Willy Klages

VERFOLGT, VERTRIEBEN … HEIMATLOS

Das Ende der deutschen Siedlung in Ost-Mitteleuropa

Chronik vom 1. Januar 1948 bis zum 31. Dezember 2020

in sechs Bänden
Band IV/1

VERFOLGT, VERTRIEBEN … HEIMATLOS

Das
Ende der deutschen Siedlung
in
Ost-Mitteleuropa

Chronik vom
1. Januar 1948 bis zum 31. März 1950

Band IV/1

Inhaltsverzeichnis Band IV/1	**Seite**
Widmung und Danksagung Vorbemerkungen und einleitende Zitate	3-7
Territoriale Entscheidungen und politische Vereinbarungen der Siegermächte, internationale Pressemeldungen sowie sonstige Publikationen von 1938 bis 1947	8-61
Das Schicksal der ost- und volksdeutschen Bevölkerung in den letzten Jahren bis zur Ausreise in die Bundesrepublik Deutschland	62-113
Chronik der Lebensbedingungen der Deutschen in Ost-Mitteleuropa, Mittel- und Westdeutschland sowie Vereinbarungen und Pressemeldungen vom 1. Januar 1948 bis zum 31. März 1950	114-398
Inhaltsverzeichnis Band IV/2	
Chronik der Lebensbedingungen der Deutschen in Ost-Mitteleuropa, Mittel- und Westdeutschland sowie Vereinbarungen und Pressemeldungen vom 1. April 1950 bis zum 16. Januar 1962	2-398
Inhaltsverzeichnis Band IV/3	
Chronik der Lebensbedingungen der Deutschen in Ost-Mitteleuropa, Mittel- und Westdeutschland sowie Vereinbarungen und Pressemeldungen vom 17. Januar 1962 bis zum 30. September 1988	2-401
Inhaltsverzeichnis Band IV/4	
Chronik der Lebensbedingungen der Deutschen in Ost-Mitteleuropa, Mittel- und Westdeutschland sowie Vereinbarungen und Pressemeldungen vom 1. Oktober 1988 bis zum 29. Mai 1996	2-393
Inhaltsverzeichnis Band IV/5	
Chronik der Lebensbedingungen der Deutschen in Ost-Mitteleuropa, Mittel- und Westdeutschland sowie Vereinbarungen und Pressemeldungen vom 30. Mai 1996 bis zum 31. Dezember 1999	2-362

Inhaltsverzeichnis Band IV/6	
Chronik der Lebensbedingungen der Deutschen in Ost-Mitteleuropa, Mittel- und Westdeutschland sowie Vereinbarungen und Pressemeldungen vom 1. Januar 2000 bis zum 31. Dezember 2020	2-417
Die reichs- und volksdeutschen Nachkriegsverluste	418-432
Anstatt eines Schlußwortes	433-440
Hinweise für den Leser Abkürzungsverzeichnis Quellen- und Literaturnachweis Bildnachweis	441-451

Widmung und Danksagung

>>Nichts ist zarter als die Vergangenheit. Rühre sie an wie ein glühend Eisen; denn sie wird dir sogleich beweisen, du lebest auch in heißer Zeit.<< (Johann Wolfgang von Goethe)

Diese Dokumentation ist meiner Mutter Elisabeth gewidmet, die im Jahre 1946 aus ihrer schlesischen Heimat in Ludwigsdorf, Kreis Hirschberg, vertrieben wurde, und soll an alle Reichs- und Volksdeutschen erinnern, die nach dem Zweiten Weltkrieg gewaltsam aus ihrer Heimat in Ost-Mitteleuropa vertrieben wurden, weil sie Deutsche waren.

Mein Dank gilt
allen Zeitzeugen und Historikern, die diese Dokumentation überhaupt erst ermöglichten. Ihre wahrheitsgetreuen Erlebnisberichte und wissenschaftlichen Publikationen haben entscheidend dazu beigetragen, daß diese Tragödie der Deutschen niemals in Vergessenheit geraten wird.
Ich danke außerdem dem Bundesarchiv Koblenz für die Erlaubnis, in dieser Doku-Reihe aus den Dokumentationen "Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa" sowie "Vertreibung und Vertreibungsverbrechen 1945-1948" zu zitieren.

Diese Dokumentation ist besonders meiner Frau Angelika gewidmet, die leider viel zu früh von uns gehen mußte.

Vorbemerkungen

>>Wohl oft fand ich, was Aug' und Herz ergötzte, doch nie, was meine Heimat mir ersetzte!<< (Friedrich Martin von Bodenstedt)

In diesem Dokumentarbericht geht es um das tragische Schicksal von mindestens 16 Millionen Deutschen, die nach dem Zweiten Weltkrieg gewaltsam aus ihrer Heimat vertrieben wurden.
Für die meisten Deutschen ist es sicherlich erstaunlich, aber die Nachkriegserlebnisse der Reichs- und Volksdeutschen gehören zweifelsfrei zu den bestdokumentierten Episoden der deutschen Geschichte. Das Bundesarchiv Koblenz verfügt z.B. nach jahrzehntelanger Sammlungstätigkeit über außergewöhnlich reichhaltige "Ost-Dokumentationen". Diese Archivalien sind sowohl quantitativ als auch qualitativ einzigartige Quellen.
Im Jahre 1950 beauftragte die deutsche Bundesregierung bekannte Historiker, die Flucht und Vertreibung der Reichs- und Volksdeutschen wahrheitsgemäß und ausführlich für die Nachwelt aufzuarbeiten. Das Gesamtwerk wurde schließlich in den Jahren 1954-61 fertiggestellt und dem Bundesministerium für Vertriebene übergeben. Diese amtliche "Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa" war im Jahre 1984 erstmalig im Deutschen Taschenbuch Verlag (dtv; München) erhältlich und umfaßt insgesamt 8 Bände.
Wer diese erschütternden Dokumente gelesen hat, wird sicherlich verstehen, warum die deutsche Bundesregierung erst nach 30 Jahren einer (unfreiwilligen) Veröffentlichung zustimmte.

>>Was wir gehört haben und wissen / und unsere Väter uns erzählt haben, das wollen wir nicht verschweigen ihren Kindern ...<< (Psalm 78, 3-4)

Am 5. August 1950 verkündeten die deutschen Vertriebenenorganisationen in der "Charta der Heimatvertriebenen" feierlich ihren Verzicht auf Rache und Vergeltung für das ihnen angetane Unrecht. Die Vertriebenen hielten dieses Versprechen und wurden nachweislich keine Terroristen. Niemand ging später den Weg der Palästinenser, um sein Heimatrecht mit Gewalt und Terror zu erkämpfen.
Der jahrzehntelange Friedenswille zahlte sich jedoch nicht aus, denn die unfaßbare Tragödie der deutschen Vertriebenen wurde Jahr für Jahr weniger beachtet und geriet fast völlig in Vergessenheit. Da die vertriebenen Ost- und Volksdeutschen irgendwann nicht mehr unter uns sein werden, ist es die Pflicht der Nachkommen, an das unsägliche Schicksal ihrer Vorfahren zu erinnern und die längst fällige historische Aufarbeitung und Ächtung der Vertreibungsverbrechen durchzusetzen.
Wer eine wirkliche Völkerverständigung anstrebt, ist verpflichtet, sämtliche finsteren Kapitel der Nachkriegszeit konsequent und schonungslos aufzuarbeiten. Wenn man gleichberechtigte Partnerschaften in einem "vereinten Europa" realisieren will, müssen zunächst alle "unbequemen" Tatsachen geklärt werden. Echte Freundschaften und dauerhafte Bündnisse erfordern vor allem Ehrlichkeit und Gerechtigkeit.
Ohne eine angemessene Aufarbeitung der angeblichen "Befreiung" und "humanen Umsiedlung" der Deutschen wird es keine verbindliche Friedensordnung, keinen dauerhaften Frieden und niemals ein vereintes Europa geben, denn Lügen oder Halbwahrheiten waren noch nie tragende Fundamente für langfristige Freundschaften und politische Bündnisse.

Einleitende Zitate

>>Gottes Mühlen mahlen langsam, mahlen aber trefflich klein.<< (Friedrich von Logau)

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung schrieb in der Dokumentation "Die Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa" (x001/I, VII): >>Die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten ist ein Ereignis, dessen volle geschichtliche Tragweite sich heute noch einem Urteil entzieht. Mag man es als Schlußakt eines Krieges betrachten, in dem die geschriebenen und ungeschriebenen Gesetze des Nationen- und Staatenverkehrs tausendfach verletzt und die Vernichtung ganzer Völker nicht nur als Ziel verkündet, sondern in der Tat begonnen worden war; oder mag man es als Endphase eines fast anderthalb Jahrhunderte tobenden immer erbitterten Nationalitätenkampfes in der Völkermischzone Europas ansehen; in jedem Fall lassen uns die geläufigen Maßstäbe der europäischen Geschichte im Stich. ...<<

>>... Sie (die Herausgeber der Dokumentation "Die Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa") hoffen, ... daß durch ihre Arbeit die Einsicht gestärkt wird, daß sich Ereignisse wie die Vertreibung nicht wiederholen dürfen, wenn Europa noch eine Zukunft haben soll. Sie hoffen auf eine Neuordnung der Völkerbestimmungen in dem Raume, der zuletzt ein Inferno der Völker geworden war. Nicht aus einem Vorbeisehen an der jüngsten Vergangenheit, sondern nur aus der verantwortungsbewußten Auseinandersetzung mit ihr kann eine neue moralische Kraft geboren werden, um die Spannungen zwischen den Völkern des östlichen Mitteleuropas, ganz Europas zu überwinden, damit das unsagbare Leid unserer Generation nicht ganz sinnlos bleibt.<<

Herbert Hupka ("Meine Heimat Schlesien. Die letzten Tage") schrieb über das Schicksal seiner Landsleute (x022/15-16): >>Werden nicht längst vernarbte Wunden wieder aufgerissen, wenn über die Ereignisse am Ende des Zweiten Weltkrieges in Schlesien berichtet wird? Es ist auch gefragt worden, ob nicht mancher dieser Berichte zu hart ausgefallen sei, weil die geistige Verarbeitung des Erlebten fehle? Hat es die Vertreibung überhaupt gegeben? Waren es nicht lediglich Einzelerscheinungen, auch Exzesse, die man aber doch wohl nicht verallgemeinern darf?

Wer überwinden will, was geschehen ist, damit es sich nie mehr wiederhole, muß die ganze Wahrheit offenbaren. Es darf nichts, auch wenn es den Urhebern nicht gefallen will und diese vielleicht dann gleich mit dem selbst Erlittenen und nicht minder Grausamem aufwarten könnten und wollen, verschwiegen werden. Die Tatsachen sprechen ihre eigene Sprache.

Niemand will und darf aufrechnen. Jedes Schicksal zählt. Ein Ermordeter war immer ein Ermordeter zu viel. Es werden nicht alte Wunden neu aufgerissen, sondern es wird lediglich darüber berichtet, was der Mensch dem Nächsten alles an Leid zufügen kann, aus Haß, aus Rache, aus angeblicher Sühne, in der selbstangemaßten Rolle eines Richters. ...

... Niemand ruft nach Rache und Vergeltung. Wer aber zu vergeben bemüht ist, muß wissen, wofür er diese Vergebung auszusprechen bereit ist, und ob auch der andere dazu bereit ist. Nur die Wahrheit ... führt in eine bessere Zukunft; bei aller Subjektivität geht es immer um die Wahrheit, zu sagen und andere wissen zu lassen, wie es tatsächlich gewesen ist.<<

Ludwig Martin, Generalbundesanwalt a.D., schrieb im Vorwort des Buches "Vertreibungsverbrechen an Deutschen" (x025/IV-V): >>... Eine schonungslose Offenlegung finsterer Kapitel der Menschheitsgeschichte ohne Rücksicht auf die Nationalität der für diese Tragödien Verantwortlichen ist ein Gebot der Wahrheit und der Gerechtigkeit; sie allein kann Grundlage gegenseitigen Verzeihens und echter Verständigung sein ...

Es verstieße gegen seine Würde und sein Selbstverständnis, wenn sich das deutsche Volk widerspruchslos auf Generationen hinaus mit der ihm zugedachten Büßerrolle abfinden und zu

all dem schweigen würde, was ihm von den Siegern an Furchtbarem angetan worden ist. Eine Besinnung hierauf - fernab von Rache- und Vergeltungsgefühlen - schulden wir Deutschen auch den Millionen der unschuldigen Opfer der Vertreibungsverbrechen, die stellvertretend für das deutsche Volk Unsägliches erduldet haben ...
Die Initiatoren und Täter dieser Verbrechen haben die Menschlichkeit und die Menschheit verraten. Das muß vor der Geschichte klargestellt werden.<<
Heinz Nawratil schrieb in seinem Buch "Vertreibungsverbrechen an Deutschen" (x025/15):
>>Dieses Buch möchte dazu beitragen, die Grabkreuze wieder aufzurichten und den Toten endlich die verdiente letzte Ehre zu erweisen.
Wenn es wahr ist, daß alle Menschen gleich sind, gleich an Wert und Würde, dann hat jede verfolgte Gruppe einen uneingeschränkten Anspruch auf Würdigung ihrer Opfer, auch und gerade in publizistischer Hinsicht. ...<<

Territoriale Entscheidungen und politische Vereinbarungen der Siegermächte, internationale Pressemeldungen sowie sonstige Publikationen von 1938 bis 1947

>>Eine gute Tat wird vergessen, Unrecht nicht.<< (Marcus P. Cato)

29.09.1938

Als Großbritannien, Frankreich und Italien am 29. September 1938 dem Anschluß des Sudetenlandes an das Deutsche Reich zustimmen ("Münchener Abkommen"), atmet ganz Europa auf. Der Frieden ist scheinbar gerettet, denn Hitler beteuert, daß er nach Abtretung der sudetendeutschen Gebiete keine weiteren Gebietsforderungen stellen wird.

In München finden damals große Freudenkundgebungen statt. Die Briten und Franzosen bereiten ihren Ministerpräsidenten ebenfalls begeisterte Friedensfeiern.

Die Menschen freuen sich aber leider zu früh, denn Hitler denkt in jenen Tagen keinen Augenblick daran, die vertraglichen Zusagen des Münchener Abkommens einzuhalten.

Dezember 1938

Nach dem Münchener Abkommen erörtern Dr. Benesch (Präsident der tschechoslowakischen Exilregierung) und der spätere Minister Ripka erstmalig die Ausweisung der Sudetendeutschen, die nach dem Kriegsende erfolgen soll (x025/95).

12.03.1939

Nach Konflikten zwischen der Prager Regierung und den Slowaken beschließt Hitler die Zerschlagung der Tschechoslowakei (x041/97).

15.03.1939

Der tschechische Präsident Emil Hacha unterschreibt einen Vertrag über die Schaffung des "Reichsprotektorats Böhmen und Mähren".

Die Tschechoslowakei wird anschließend kampflos besetzt ("Prager Coup"), weil die gutausgerüstete tschechische Armee erstaunlicherweise keinen Widerstand leistet und sofort bedingungslos kapituliert.

17.03.1939

Trotz der gewaltsamen Besetzung der Tschechoslowakei erläutert der britische Premierminister Chamberlain am 17. März 1939 in Birmingham, "daß die in den Pariser Verträgen festgelegten Grenzen ungerecht gewesen seien" (x028/56).

31.03.1939

England und Frankreich beenden nach der Nichtbeachtung des Münchner Abkommens am 31. März 1939 ihre Appeasement-Politik gegenüber Hitler und geben Garantieerklärungen ("Blankoschecks") für die Unabhängigkeit Polens ab (x041/97).

Neville Chamberlain (1869-1940, britischer Ministerpräsident) gibt der polnischen Regierung z.B. die Zusicherung, England werde Polen sofort Waffenhilfe gewähren, wenn Polen sich genötigt sehen sollte, die polnischen Streitkräfte gegen eine äußere Bedrohung einzusetzen (x069/175).

17.04.1939

Der sowjetische Botschafter leitet am 17. April 1939 weitere sowjetisch-deutsche Annäherungsversuche ein.

18.04.1939

In Moskau führt Stalin am 18. April 1939 Bündnisverhandlungen mit den Briten und Franzosen (britisch-französisch-sowjetischer "Dreibund").

Stalin stellt jedoch bewußt unannehmbare Forderungen (z.B. Übernahme der baltischen Staaten und das sowjetische Durchmarschrecht für Polen und Rumänien), so daß die Verhandlungen später ergebnislos abgebrochen werden (x069/176).

Stalin läßt das "geheime Doppelspiel" danach jedoch monatelang fortsetzen (x041/97).

03.05.1939
Nach der antideutschen Rede des polnischen Außenministers Beck wird klar, daß die polnische Regierung einen deutsch-polnischen Krieg erwartet und Kriegsvorbereitungen trifft (x104/277).
23.05.1939
Nachdem Hitler die Oberbefehlshaber der Wehrmacht zur strengsten Geheimhaltung verpflichtet hat, kündigt er am 23. Mai 1939 den Krieg gegen Polen an (x256/155, x023/238):
>>... Weitere Erfolge können ohne Blutvergießen nicht mehr errungen werden. Danzig ist nicht das Objekt, um das es geht. Es handelt sich um die Erweiterung des Lebensraumes im Osten und Sicherstellung der Ernährung, sowie um die Lösung des Baltikum-Problems. Zwingt uns das Schicksal zur Auseinandersetzung mit dem Westen, ist es gut, einen größeren Ostraum zu besitzen. ...
Es bleibt der Entschluß, bei erster passender Gelegenheit Polen anzugreifen. An eine Wiederholung der Tschechei ist nicht zu glauben. Es wird zum Kampf kommen. Aufgabe ist es, Polen zu isolieren. Das Gelingen der Isolierung ist entscheidend. ...<<
>>... Wir müssen, wenn bei polnischem Krieg England angreifen will, blitzartig Holland angreifen. Erstrebenswert ist es, eine neue Verteidigungslinie mit holländischem Gebiet bis Zuidersee zu gewinnen. ... Es handelt sicht nicht mehr um Recht oder Unrecht, sondern um Sein oder Nichtsein von 80 Millionen Deutschen.<<
Juni 1939
Die französisch-britischen Garantieerklärungen (März/April 1939) fördern den polnischen Nationalismus und die nationale Begeisterung, so daß sich in Polen im Juni 1939 eine gefährliche Kriegsstimmung entwickelt. Nicht wenige Polen feiern bereits ihr polnisches Großreich.
Polnische Nationalisten schätzen das polnisch-deutsche Kräfteverhältnis oftmals völlig falsch ein. Sie halten die deutsche Wehrmacht für einen großen Bluff und sprechen vom "Marsch auf Berlin" (x025/183).
Abgesandte bzw. Beobachter der britischen Regierung registrieren im Juni 1939 in einem Geheimbericht, der erst 1979 veröffentlicht wird, ein riskantes, aber wohlüberlegtes Vorgehen der polnischen Staatsführung (x025/183).
Dieser Geheimbericht schildert nicht nur den verbreiteten Chauvinismus und Antisemitismus der polnischen Bevölkerung, sondern er informiert auch über bereits vorhandene Annexions- und Vertreibungspläne der polnischen Regierung, die man nach dem erwarteten "allgemeinen Krieg" realisieren will.
Juli 1939
Die polnische Zeitung "Dziennik Poznanski" (Posener Tageblatt) veröffentlicht im Juli 1939 eine Landkarte, in der Polen sämtliche "slawischen Gebiete" zwischen Oder und Elbe beansprucht (x025/178).
19.08.1939
Die Sowjetunion und das NS-Regime schließen in Moskau einen Wirtschaftsvertrag.
Durch diesen deutsch-sowjetischen Wirtschaftsvertrag werden die sowjetischen Rohstofflieferungen erheblich gesteigert, so daß die spätere britische Blockade zunächst weitgehend wirkungslos bleibt (x051/125).
Stalin will den unausweichlichen Kampf gegen das NS-Regime erst in der "günstigsten Kriegsphase" beginnen.
Stalin ("der lachende Dritte") kündigt am 19.08.1939 an (x090/279): >>... Daß die UdSSR in einem Krieg zwischen den "Imperialisten" als letzte Macht eingreifen werde ...<<
23.08.1939
Reichsaußenminister Joachim von Ribbentrop und der sowjetische Außenminister Molotow unterzeichnen in Moskau den deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt.

Dieser deutsch-sowjetische Nichtangriffspakt gibt Hitler endlich die erforderliche Rückendekkung, um seine Kriegspläne zu verwirklichen.
Obwohl die Sowjetunion bereits monatelang Bündnisverhandlungen mit den Westmächten führt, schließen die vermeintlichen Todfeinde Hitler und Stalin "völlig überraschend" einen deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt ab ("die übrige Welt reagiert völlig sprachlos").
Hitler und Stalin legen in einem geheimen Zusatzprotokoll die "neuen Grenzen" Osteuropas fest. Estland, Lettland, Bessarabien und Polen (östlich der Flüsse Pissa, Narew, San und Weichsel) werden der UdSSR zugeschanzt, während Litauen und Westpolen an das Deutsche Reich fallen sollen (x041/98).
Japan reagiert nach dem deutsch-sowjetischen Bündnis verunsichert und rückt vom NS-Regime ab, so daß Stalin zusätzliche Zeit gewinnt, um die radikale Neuorganisation der Roten Armee zu beenden.

01.09.1939

Nach einem blutigen Grenzzwischenfall, der von deutschen SS-Sondereinheiten inszeniert wird, beginnt am 1. September 1939 um 4.45 Uhr (Beschießung der Westerplatte) - ohne vorherige Kriegserklärung - der überfallartige deutsche Angriff gegen Polen ("Fall Weiß").
Nach dem deutschen Überfall (die Angreifer treffen auf eine kampfbereite polnische Armee) verkündet der polnische Staatspräsident Moscicki (x064/136-137): >>Bürger!
Diese Nacht hat unser Erbfeind Angriffshandlungen gegen den polnischen Staat begonnen. Ich stelle das vor Gott und der Geschichte fest. ...<<

03.09.1939

Botschafter Henderson überreicht das "letzte britische Ultimatum" (x059/92): >>Wenn nicht bis 11 Uhr vormittags das Feuer gegen Polen eingestellt worden ist, befindet sich England mit Deutschland im Kriegszustand.<<
Als Hitler diese Nachricht erhält, reagiert er völlig überrascht, denn Außenminister Ribbentrop hatte eine britische Kriegserklärung stets ausgeschlossen (x069/177).
Der deutsche Chefdolmetscher des Auswärtigen Amtes, Dr. Schmidt, berichtet am 3. September 1939 über die Reaktion der NS-Führung nach Übergabe des britischen Ultimatums (x243/68): >>... Ich blieb in einiger Entfernung vor Hitlers Tisch stehen und übersetzte ihm dann langsam (das soeben übergebene) Ultimatum der britischen Regierung. Als ich geendigt hatte, herrschte völlige Stille. ...
Wie versteinert saß Hitler da und blickte vor sich hin. (Dann) wandte er sich Ribbentrop zu, der wie erstarrt am Fenster stehen geblieben war.
"Was nun?" fragte Hitler seinen Außenminister mit einem wütenden Blick. ...
Im Vorraum herrschte Totenstille. Göring drehte sich zu mir um und sagte: "Wenn wir diesen Krieg verlieren, dann möge uns der Himmel gnädig sein!"
Goebbels stand (im Vorraum und wirkte) ... niedergeschlagen. ...<<
Um 11.30 Uhr lehnt Hitler per Memorandum das britische Ultimatum ab.
Nach Ablauf des Ultimatums überreicht Frankreich um 12.30 Uhr die Kriegserklärung. Australien, Neuseeland und Indien geben ebenfalls noch am selben Tag ihre Kriegserklärung ab, während der Irische Freistaat seine Neutralität erklärt (x033/11).
Um 14.30 Uhr informiert Hitler die Bevölkerung in einer Rundfunkansprache über den Kriegszustand des Reiches mit Großbritannien und Frankreich.

17.09.1939

Die Sowjetunion greift in den Krieg gegen Polen ein.
Als der deutsch-polnische Krieg fast entschieden ist, greifen sowjetische Truppen die ostpolnische Grenze an. Am 17. September 1939 marschieren 2 sowjetische Heeresgruppen (die Ukrainische und die Weißrussische Front) in Ostpolen ein, während sich die deutschen Truppen vereinbarungsgemäß auf die Narew-Weichsel-San-Linie zurückziehen.

Die polnische Regierung flüchtet nach Rumänien, wird dort vorübergehend interniert und findet später Zuflucht in London.
In Moskau erklärt Stalin (x064/140): >>... Der polnische Staat und seine Regierung haben aufgehört zu existieren. ...<<

19.11.1939

General Sikorski (polnischer Exil-Ministerpräsident) verkündet bei einer Pressekonferenz in London (x039/225): >>Großbritannien und Frankreich stimmen zu, daß Polen in erster Linie eine längere Meeresküste, als sie ihm im Versailler Vertrag zugestanden worden sei, benötige.<<

20.12.1939

Die polnische Exilregierung ruft zur Befreiung Polens auf und verlangt gleichzeitig "neue polnische Grenzen", die die künftige Sicherheit Polens gewährleisten und einen unmittelbaren, breiten Zugang zum Meer berücksichtigen (x064/159).

09.02.1940

Churchill versichert der NS-Führung (x024/111): >>Wir lehnen jeden Versuch von außen ab, Deutschland zu zerstückeln. Wir sind nicht auf Demütigung oder Verstümmelung ihres Landes aus. Wir wünschen aus ganzem Herzen, Sie ohne Verzögerung in die friedliche Zusammenarbeit zivilisierter Nationen einzubeziehen.<<

03.12.1940

In Chicago (USA) veröffentlicht die exilpolnische Zeitung "Zwiazkowy" Gebietsforderungen (x039/225): >>Die Westgrenze Polens muß eine Linie bilden, die zumindest etliche 10 km westlich der unteren Oder und dann hin zum Erzgebirge verläuft.<<

06.01.1941

In seiner Jahresbotschaft an den US-Kongreß erläutert US-Präsident Roosevelt den "europäischen Demokratien" die sog. "menschlichen Freiheiten" (x058/376): >>Für künftige Tage, die wir in Sicherheit gestalten wollen, erhoffen wir eine Welt, die auf vier wesentlichen menschlichen Freiheiten gegründet ist:
Die erste ist die Freiheit der Rede und ihr Ausdruck überall in der Welt.
Die zweite ist die Freiheit für jeden Menschen, Gott auf seine Art überall in der Welt zu verehren.
Die dritte ist die Freiheit von Not; die bedeutet, übertragen auf weltweite Bedingungen, das wirtschaftliche Verständnis, daß jeder Nation ein gesundes und friedliches Leben für ihre Bewohner überall in der Welt sichert.
Die vierte ist die Freiheit von Furcht; dies bedeutet, übertragen auf weltweite Bedingungen, eine weltweite Verminderung der Rüstungen ...<<

27.03.1941

In Washington wird am 27. März 1941 für den Fall einer Kriegsbeteiligung der USA die grundlegende strategische nordamerikanisch-britische Konzeption "Germany first" - danach Japan - festgelegt (x041/109).

30.03.1941

Hitler teilt den höheren Wehrmachtsbefehlshabern am 30. März 1941 mit, daß der Rußlandfeldzug ein rassenideologischer Vernichtungskrieg werden wird.
In diesem Vernichtungskrieg sollen bisherige völker- und kriegsrechtliche Normen nicht beachtet werden (x033/163): >>... (Daher müsse die deutsche Wehrmacht in diesem Feldzug) vom Standpunkt des soldatischen Kameradentums abrücken. (Es handele sich um einen) Vernichtungskampf ...<<

06.04.1941
Da der italienische Griechenland-Feldzug kläglich gescheitert ist und die griechischen Truppen bereits nach Albanien vorstoßen, beginnt um 5.15 Uhr der Balkanfeldzug ("Marita") gegen Jugoslawien und Griechenland.
Jugoslawien schließt nach dem deutschen Angriff einen Freundschaftsvertrag mit der UdSSR ab, der auf den 5.04.1941 vordatiert wird (x040/66). Bei diesen Verhandlungen schlägt Stalin vor, in den jugoslawischen Bergen und Wäldern einen Guerilla-Krieg zu organisieren, um die deutschen Truppen möglichst lange aufzuhalten.
17.04.1941
Die jugoslawischen Truppen kapitulieren. 344.000 jugoslawische Soldaten geraten in deutsche Kriegsgefangenschaft (x040/69).
Die jugoslawische Regierung (Simovic und König Peter II.) flüchtet rechtzeitig nach London.
Nach der Niederlage muß Jugoslawien die Süd-Batschka und das Donau-Drau-Dreieck an die "Siegermacht" Ungarn abtreten. Kroatien überläßt Italien die dalmatischen Küstengebiete. In Serbien errichten die Deutschen ein Protektorat, während Montenegro italienisches Besatzungsgebiet wird, so daß 3 "jugoslawische Teilstaaten" entstehen.
Durch den Balkanfeldzug geht wertvolle Zeit verloren, die später beim deutsch-sowjetischen Ostkrieg fehlt. Der erbitterte jugoslawische Widerstand verzögert den deutschen Angriff gegen die UdSSR um mehrere Wochen. Diese Verzögerung wird sich im Ostkrieg 1941/42 verhängnisvoll auswirken. In Jugoslawien und Griechenland werden außerdem jahrelang starke deutsche Truppenverbände gebunden.
Anfang Mai 1941
Der deutsche Journalist und Geheimagent Richard Sorge (1895-1944, in Japan hingerichtet) informiert die Sowjets über die deutschen Angriffsvorbereitungen gegen die Sowjetunion. Sorge verschätzt sich bei dem voraussichtlichen deutschen Angriffstermin nur um 2 Tage (x030/327).
22.06.1941
Um 3.15 Uhr beginnt der deutsche Überraschungsangriff gegen den sowjetischen Bündnispartner von 1939 (Napoleon hatte den Rußlandfeldzug "rein zufällig" am 22.06.1812 eröffnet).
Während die Bündnispartner Italien und Rumänien rechtzeitig Kriegserklärungen abgeben, untersagt Hitler ausdrücklich, die Abgabe der üblichen Kriegserklärung.
Mit dem "Unternehmen Barbarossa" beginnt am 22. Juni 1941 ein gnadenloser Vernichtungsfeldzug gegen die Sowjetunion.
24.06.1941
Nach dem deutschen Überraschungsangriff gegen die UdSSR begrüßt Churchill die neuen Verbündeten und verspricht großzügige Hilfslieferungen.
Aufgrund des Leih- und Pachtgesetzes vom 11. März 1941 unterstützt Nordamerika auch die Sowjetunion. Schon 2 Tage nach dem deutschen Angriff gegen die UdSSR kündigt US-Präsident Roosevelt den Sowjets Hilfslieferungen an und vergibt große Staatsaufträge an die nordamerikanische Rüstungsindustrie.
12.07.1941
Die Sowjets und Briten beschließen militärische Vereinbarungen.
Das britisch-sowjetische Militärabkommen verbietet jeglichen Separatfrieden oder Waffenstillstand mit dem NS-Regime (x040/85).
Dieser Militärpakt wird am 26.05.1942 erweitert (Dauer: 20 Jahre). Zur Entlastung der Ostfront verlangt Stalin z.B. auch Luftangriffe gegen deutsche Städte (x054/223).
30.07.1941
Sowjetisch-polnisches Abkommen in London (x039/226).

Die Sowjetunion erklärt die deutsch-sowjetischen Verträge von 1939 für hinfällig, lehnt die Anerkennung der sowjetisch-polnischen Grenzen von 1921 jedoch ab.
Die US-Regierung erklärt sich bereit, die UdSSR mit umfangreichen Kriegsmaterial-Lieferungen zu unterstützen (x040/88). Bereits 7 Tage später treffen die ersten US-Panzer, Geschütze und anderes Kriegsmaterial in der UdSSR ein.

14.08.1941

Die westlichen Alliierten (Roosevelt und Churchill) legen gemeinsame Kriegsziele fest und veröffentlichen die "Atlantik-Charta" (x058/376): >>Der Präsident der Vereinigten Staaten und Premierminister Churchill als Vertreter der britischen Regierung haben es auf ihrer Zusammenkunft als zweckmäßig erachtet, gewisse gemeinsame Grundsätze der Politik ihrer beiden Länder bekanntzugeben, Grundsätze, auf denen sie eine bessere Zukunft der Welt aufzubauen hoffen:
1. Ihre Länder suchen keinen Gewinn, weder territorialer noch anderer Natur.
2. Sie streben keine territorialen Veränderungen, die nicht mit den frei zum Ausdruck gebrachten Wünschen der betroffenen Völker übereinstimmen.
3. Sie respektieren das Recht aller Völker, die Regierungsform zu wählen, unter der sie leben wollen, und es ist ihr Wunsch, daß souveräne Rechte und eine autonome Regierung allen denen zurückgegeben werden, denen sie entrissen worden sind.
4. Sie werden sich bemühen, unter voller Beachtung ihrer bestehenden Verpflichtungen, für alle Staaten, groß oder klein, Sieger oder Besiegte, zu gleichen Bedingungen besseren Zugang zum Handel und zu den Rohstoffen der Welt zu schaffen, die zum wirtschaftlichen Wohlstand der Staaten benötigt werden. ...
6. Nach der endgültigen Vernichtung der Tyrannei hoffen sie, daß ein Friede geschlossen werde, in dessen Rahmen allen Nationen die Möglichkeit gegeben wird, innerhalb ihrer Grenzen in Sicherheit zu leben und der die Gewähr dafür bieten wird, daß alle Menschen in allen Ländern ihr Leben frei von Furcht und Not führen können. ...
8. Sie glauben, alle Völker der Welt müssen aus realpolitischen und aus geistigen Gründen auf die Anwendung von Gewalt verzichten. ...<<
Die Sowjetunion, Polen und 13 andere Regierungen unterzeichnen die Atlantik-Charta nachträglich am 24.09.1941 (x125/62).

24.09.1941

In London verlangt die polnische Exilregierung einen breiten Zugang zur Ostsee, um die wirtschaftliche Entfaltung Polens zu sichern (x039/226).

04.12.1941

Die polnische Exilregierung (General Sikorski) schließt in Moskau einen polnisch-sowjetischen Freundschafts- und Beistandspakt ab (x040/108).

07.12.1941

Die japanische Luftwaffe fliegt am 7. Dezember 1941 zwei Überraschungsangriffe gegen den US-Pazifik-Flottenstützpunkt Pearl Harbor.
Mit diesem überraschenden Angriff eröffnet Japan den Krieg gegen die Vereinigten Staaten von Nordamerika. Die eigentlichen Hauptangriffsziele, die 3 großen US-Flugzeugträger der Pazifikflotte, sind jedoch nicht mehr im Hafen. Bei diesen Angriffen verlieren die Nordamerikaner mindestens 5 große Schlachtschiffe und 188 Flugzeuge. 2.403 US-Soldaten werden getötet. Die japanischen Verluste betragen: 55 Soldaten und 29 Flugzeuge (x040/109).

11.12.1941

Hitler, der sich trotz der amerikanischen Neutralitätsverletzungen lange bemüht hat, den Amerikanern keinen Kriegsvorwand zu geben, eröffnet mit seiner Kriegserklärung an die USA völlig überraschend den **Zweiten Weltkrieg**, um Japan für den deutsch-sowjetischen Ostkrieg zu gewinnen.

Für das Deutsche Reich besteht keine vertragliche Verpflichtung, denn das deutsch-japanische Beistandsabkommen (über eine gemeinsame Kriegsführung) sollte nur gelten, falls Nordamerika angreifen würde.
Churchill erklärt am 11. Dezember 1941 nach Hitlers Kriegserklärung (x025/126): >>... (Er wolle den Deutschen) eine Lektion erteilen, die auch in 1.000 Jahren nicht vergessen sein wird ...<<
Churchill schreibt später über den amerikanischen Kriegseintritt (x055/369): >>... Eine Bemerkung Sir Edward Greys (britischer Außenminister von 1905-16) ... fiel mir ein, in der er die Vereinigten Staaten mit einem "gigantischen Dampfkessel" verglich. Wenn er erst einmal angeheizt ist, werden der von ihm entwickelten Kraft, keine Grenzen gesetzt sein. Übersättigt von Aufregung und Gefühlsstürmen, ging ich zu Bett und schlief dankbar den Schlaf des Geretteten.<<

16.12.1941

Der britische Außenminister Eden verhandelt in Moskau vom 16. bis zum 20. Dezember 1941 über die europäischen Nachkriegsgrenzen.
Stalin und Molotow verlangen am 16. Dezember 1941 die Abtretung Ostpreußens an Polen (x039/226). Die Curzon-Linie soll die Grundlage für eine zukünftige sowjetisch-polnische Grenze bilden (Bestätigung der sowjetischen Grenzen vom 22.06.1941). Außerdem schlägt Stalin die Wiederherstellung Österreichs und eine Aufteilung des Deutschen Reiches vor (x041/123). Ferner sollen das Rheinland und Bayern abgetrennt, Teile Ostpreußens an Polen abgetreten und das Sudetenland an die Tschechoslowakei zurückgegeben werden.

08.01.1942

Churchill erklärt gegenüber Außenminister Eden am 8. Januar 1942, daß die Briten keine voreiligen Grenzverschiebungen akzeptieren werden (x028/209): >>... Doch keine britische Regierung, an deren Spitze ich stehe, darf einen Zweifel offen lassen, daß sie sich an die Grundsätze der Freiheit und der Demokratie gebunden erachtet, die in der Atlantik-Charta niedergelegt sind, und daß diese Grundsätze ganz besondere Geltung haben, wenn Fragen territorialer Verschiebungen zur Debatte stehen.
Meine Auffassung geht deshalb dahin, den Russen mitzuteilen, daß alle Grenzfragen der Entscheidung einer Friedenskonferenz vorbehalten bleiben müssen.<<

26.05.1942

Nachdem US-Präsident Roosevelt Stalins Gebietsforderungen abgelehnt hat, weigert sich auch die britische Regierung, Stalins Pläne zu akzeptieren (x041/123).
Der sowjetisch-britische Bündnisvertrag (Laufzeit: 20 Jahre) wird jedoch trotzdem abgeschlossen.

06.12.1942

Bei Verhandlungen mit US-Präsident Roosevelt fordert Polens Exilpräsident Sikorski in Washington die Oder-Neiße-Linie; mit Stettin als natürliche polnische Sicherheitslinie (x039/-226).

18.12.1942

Während einer Pressekonferenz in Chicago verlangt Sikorski große Teile der deutschen Ostgebiete (x039/226): >>... Erweiterten Zugang zur Ostsee, deutsche Grenzgebiete im Westen Polens sowie polnische Besetzung aller deutschen Gebiete östlich der Oder.<<

25.01.1943

Im Verlauf der Konferenz von Casablanca (vom 14. bis zum 25.01.1943) vereinbaren Roosevelt und Churchill, auf Sizilien zu landen. Bei der abschließenden Presseerklärung verkündet Roosevelt, daß nur noch eine vollständige militärische und staatlich-politische Kapitulation - "Unconditional Surrender" - der Deutschen in Frage kommen würde (x069/188). Jeder Waf-

fenstillstand (auch mit einer "neuen" deutschen Regierung, nach einem Sturz Hitlers) wird strikt ausgeschlossen (x041/123).
Nach der Konferenz von Casablanca ist es für das NS-Regime endgültig zu spät, den Krieg durch politische Lösungen zu beenden (x084/40). Diese vollständige militärische und staatlich-politische Kapitulationsforderung verlängert den Zweiten Weltkrieg unnötig, fordert unzählige sinnlose Opfer und unterstützt letzten Endes Stalins Expansionspläne.
Die bedingungslose Kapitulationsforderung der westlichen Alliierten wird ferner von der NS-Propaganda bis zum Kriegsende unermüdlich eingesetzt, um den Durchhaltewillen und die Kampfbereitschaft der Deutschen zu steigern.

15.03.1943

Der US-Sonderbeauftragte Harry Hopkins berichtet am 15. März 1943 über eine Besprechung mit US-Präsident Roosevelt und Außenminister Eden (x028/32-33,62): >>Der Präsident sagte, er glaube, wir sollten Anordnungen treffen, um die Preußen aus Ostpreußen auf die gleiche Weise zu entfernen, wie die Griechen nach dem letzten Krieg aus der Türkei entfernt wurden; wenn es sich auch um eine harte Maßnahme handelt, ist es doch der einzige Weg, den Frieden zu bewahren, und den Preußen kann man auf keinen Fall trauen. ...<<
>>... Polen will Ostpreußen haben und der Präsident und Eden sind beide der Meinung, Polen soll es erhalten. Eden sagte, die Russen sind insgeheim einverstanden, aber nicht bereit, ihre Zustimmung den Polen mitzuteilen, weil sie es als ein Handelsobjekt für die Friedenskonferenz sähen. ...<<

28.06.1943

In Moskau fordert der kommunistische "Verband Polnischer Patrioten" die Abtretung von Westpreußen, Danzig und Oberschlesien (x040/174).

30.10.1943

Die Außenminister Eden (Großbritannien), Hull (USA) und Molotow (UdSSR) führen in Moskau (vom 19. bis zum 30.10.1943) sog. "Nachkriegsplanungen" (x040/189).
Sie vereinbaren u.a. die Wiederherstellung Österreichs (in den Grenzen von 1937) und die Bestrafung aller deutschen und japanischen Kriegsverbrecher. Ferner schlägt man die Abtrennung Ostpreußens vor, denn Stalin soll nicht vorzeitig aus dem Zweiten Weltkrieg "aussteigen" (x041/124).

01.12.1943

Während der Konferenz von Teheran (vom 28.11. bis zum 1.12.1943) einigen sich die "Großen Drei" (Premierminister Churchill, US-Präsident Roosevelt und Regierungschef Stalin) bereits grundsätzlich über die politische Zukunft und das wirtschaftliche Schicksal des Deutschen Reiches. Es werden außerdem verbindliche Vereinbarungen über die Invasion der westlichen Alliierten getroffen.
Churchill und Roosevelt vertreten die Meinung, daß Polen auf alle Fälle stark sein müsse. Die polnischen Grenzen sollen deshalb zu Lasten Deutschlands nach Westen verschoben werden, um Polen zu entschädigen. Nachdem man die Curzon-Linie (die schon im Dezember 1919 festgelegt wurde) als künftige polnische Ostgrenze vereinbart hat, schlägt Stalin die Oder-Linie als polnische Westgrenze vor (x041/124). Stalin fordert danach die ostpreußischen Gebiete um Königsberg für die UdSSR.
Der britische Premierminister Churchill erklärt während der Konferenz von Teheran (x028/-63): >>... Polen könnte sich nach Westen verlagern, wie Soldaten, die seitlich wegtreten. Falls es dabei auf "einige deutsche Zehen" trete, könne man das eben nicht ändern ...<<
Mit Hilfe von 3 Streichhölzern, die er nach Westen fallen läßt, demonstriert Churchill anschließend die westliche Verlagerung Polens. Für dieses berühmt-berüchtigte "Streichhölzchenspiel" ("Nimm von 3 Hölzchen das rechte weg und lege es links wieder an") erhält Churchill vor allem von der sowjetischen Delegation großen Beifall (x035/331).

Von der Lausitzer Neiße, Niederschlesien und Stettin ist in Teheran noch nicht die Rede. Die Vorschläge für die Westverschiebung der polnischen Grenzen werden in das offizielle Teheraner Verhandlungsprotokoll aufgenommen.

US-Präsident Roosevelt schlägt während der Konferenz von Teheran vor, das Deutsche Reich in 5 unabhängige Länder aufzuteilen (x114/1.48): >>Zur Deutschlandfrage übergehend, sagte der Präsident, die Frage sei, ob man Deutschland aufteilen solle oder nicht. ... Stalin erwiderte, daß sie die Zerstückelung Deutschlands vorzögen. ... Churchill sagte, er sei vollkommen dafür, aber er sei in erster Linie mehr daran interessiert, Preußen, den bösen Kern des deutschen Militarismus, vom Rest Deutschlands getrennt zu sehen.<<

Der britische Premierminister Churchill verlangt vor allem die Zerschlagung Preußens, um die jahrhundertelange Vormachtstellung Österreichs und Ungarns (sog. "Donaukonföderation"; mit der Reichshauptstadt Wien) wieder herzustellen. Stalin, der die Vorschläge des US-Präsidenten unterstützt, lehnt die Neuauflage des "Habsburger Reiches" (Churchills "Lieblingsthema") jedoch entschieden ab.

Churchills Plan, eine anglo-amerikanische Balkanfront zu errichten, wird von Stalin ebenfalls energisch abgelehnt. Als sich Harry L. Hopkins (ein enger Berater des nordamerikanischen Präsidenten) ebenfalls gegen die Balkan-Offensive der Amerikaner und Briten ausspricht, scheitert Churchills Vorschlag. Hopkins, ein großer Verehrer Stalins, will angeblich die nordamerikanisch-sowjetische Zusammenarbeit nicht unnötig gefährden.

Da Stalin die vorgeschlagene Balkanfront der Briten strikt verweigert, beschließen die Konferenzteilnehmer schließlich, daß die Invasion der Westalliierten ab Mai 1944 in Frankreich (Unternehmen "Overlord": Normandie) erfolgen soll (x006/152).

Roosevelts Sohn berichtet später über die Konferenz von Teheran (x069/190): >>Immer wenn der P. M. (Churchill) für unsere Invasion auf dem Balkan eintrat, war es für jedermann im Raum ganz augenfällig, was er in Wirklichkeit meinte. Daß es vor allem seine Absicht war, bis nach Mitteleuropa vorzustoßen, um die Rote Armee aus Österreich und Rumänien, ja, wenn möglich, selbst aus Ungarn herauszuhalten. ...<<

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtet im Jahre 1961 über die Konferenz von Teheran (x006/152): >>Stalin hatte sich bereits auf der Konferenz in Teheran bei der Beratung der militärischen Pläne der Alliierten für 1944 einer anglo-amerikanischen Operation auf dem Balkan, die Churchill im Hinblick auf den erwünschten Kriegseintritt der Türkei und auch schon aus Besorgnis wegen der Gefahren einer sowjetischen Hegemonie in Südosteuropa befürwortete, entschieden widersetzt. Roosevelt, um Stalins Freundschaft bemüht, auf innenpolitische Rücksichten bedacht und aus prinzipiellen Gründen argwöhnisch gegenüber der britischen europäischen Politik, war entschlossen, sich nicht in Südosteuropa zu binden, und damit gegen einen Balkanfeldzug oder verstärkte Aktionen im Mittelmeergebiet. ...

So wurde schließlich auch im Sommer 1944, als nach der erfolgreichen Landung in der Normandie (6. Juni) die britischen Stabschefs eine Überprüfung der interalliierten Mittelmeerstrategie verlangten, gegen die Fortführung der Offensive in Italien und einen möglichen Übergang nach Jugoslawien und Österreich entschieden, da der nordamerikanische Oberbefehlshaber auf der Landung in Südfrankreich (15. August) bestand und Roosevelt auf die Notwendigkeit einer Einwilligung Stalins hinwies.<<

Der leichtfertige Verzicht, eine anglo-amerikanische Balkanfront zu errichten, entscheidet schließlich vorzeitig das Schicksal des Ostjudentums sowie der Ost- und Volksdeutschen. Churchill und Roosevelt wollen es später zwar nicht wahrhaben, aber in Teheran werden die Völker Ost-Mitteleuropas bereits an den Kommunismus ausgeliefert. Nach der Konferenz von Teheran kann Stalin in aller Ruhe die jahrhundertealten slawischen Expansionspläne verwirklichen. Der "eiserne Vorhang" muß praktisch nur noch heruntergelassen werden.

Churchill und Roosevelt sind dem verschlagenen Machtpolitiker Stalin in Teheran zu keinem Zeitpunkt gewachsen. Stalin erkennt im Verlauf der Teheraner Konferenz, daß Roosevelt und Churchill nicht um Ost-Mitteleuropa kämpfen würden. Arglos, gleichgültig und leichtfertig vertrauen sie dem sowjetischen Diktator und lassen ihm sträflicherweise völlig freie Hand.
Der nordamerikanische Präsident, der den sowjetischen Diktator in seinen Schreiben meistens nur "Uncle Joe" nennt, wird damals besonders durch seine persönlichen Berater (Alger Hiss, Harry Hopkins, Harry D. White, Henry Morgenthau, Summer Welles und andere) beeinflußt, die überwiegend Stalin-Verehrer, kommunistische Spione (wie z.B. US-Diplomat Alger Hiss, der später zu 10 Jahren Gefängnis verurteilt wurde) oder deutschfeindliche Politiker waren (x025/135).
Der sowjetische Diktator Stalin, den Milovan Djilas (serbischer Politiker und Schriftsteller; jugoslawischer KP-Generalsekretär sowie enger Berater Titos) später als den größten Verbrecher der Menschheit bezeichnete, hält den US-Präsidenten Roosevelt für einen gutgläubigen, geschwätzigen Politiker bzw. für einen leichtgläubigen Schwächling.
Als US-Botschafter Bullitt z.B. vor der Teheraner Konferenz erklärt, daß Stalin gewaltsame Expansionen in Europa und Asien anstreben würde und Nordamerika als Gegenleistung für die militärischen Hilfslieferungen (Lend-Lease-Abkommen) endlich eindeutige sowjetische Zusagen verlangen müßte, antwortet der nordamerikanische US-Präsident (x069/190): >>Bill, ich bestreite die von Ihnen angeführten Tatsachen nicht, sie stimmen. Ich habe aber so eine Ahnung, daß Stalin nicht so ein Typ ist. Harry (Hopkins) sagt, er sei es nicht, und er wolle nichts anderes als Sicherheit für sein Land. Wenn ich ihm alles gebe, was ich ihm geben kann, und von ihm nichts verlange, dann - Noblesse oblige - (Adel verpflichtet) glaube ich, daß er keine Annexionen versuchen, sondern mit mir für eine Welt der Demokratie und des Friedens arbeiten wird.<<
Der britische Außenminister Sir Anthony Eden berichtet über Stalins Verhandlungsgeschick in Teheran (x068/249): >>Marschall Stalin war als Unterhändler der zäheste von allen. ... Wäre mir erlaubt, eine Mannschaft für eine Konferenz ... zusammenzustellen, Stalin wäre meine erste Wahl. Der Mann war selbstverständlich unbarmherzig und kannte seine Wirkung. Er sprach nie ein überflüssiges Wort, tobte nie und war nur selten erregt. Zurückhaltend, ruhig, erhob er nie die Stimme ...<<
Robert Conquest schreibt später über Roosevelts naive Einstellung gegenüber Stalins Expansionspolitik (x080/313,334-335): >>Roosevelts Analyse, wenn man sie überhaupt so nennen will, war wohl eine der krassesten Fehleinschätzungen, die je einem nordamerikanischen Präsidenten unterlaufen sind. Die subjektiven Eindrücke des völlig uniformierten Hopkins und Roosevelts "Gefühl" wurden höher bewertet als Stalins Ruf und alle Erkenntnisse über die Sowjetunion, die erfahrene Persönlichkeiten des State Department im Laufe der Jahre gesammelt hatten. Stalin hatte einen wichtigen Sieg errungen. ...<<
>>... Roosevelt verließ die Konferenz mit dem Gefühl, er habe sich gegenüber Stalin durchgesetzt. ... Auf der Konferenz von Teheran akzeptierten die Westmächte letztlich die von Stalin gewünschten sowjetischen Grenzen. Wie Ismay es ausdrückte, erhielt Stalin "genau das, was er wollte" ...<<
Alexander Solschenizyn beurteilt die Leistungen der "Staatsmänner" Roosevelt und Churchill ebenfalls später sehr negativ (x025/136): >>In ihren Ländern werden Churchill und Roosevelt als Verkörperung staatsmännischer Weisheit verehrt. Uns hingegen, den Teilnehmern der russischen Gefängnisdebatten, offenbarte sich mit frappierender Deutlichkeit ihre notorische Kurzsichtigkeit, ja Dummheit.<<

11.01.1944

In Moskau wird am 11. Januar 1944 die Wiedererrichtung Polens verkündet.
Die Sowjets fordern einen "starken, unabhängigen polnischen Staat auf der territorialen

Grundlage der Curzon-Linie" und ... "Rückgabe von Ländern an Polen, die ihm seit undenklichen Zeiten gehörten ... und von den Deutschen entrissen worden sind" (x040/198).

15.01.1944

Die Briten legen in London ihren Aufteilungsplan des Deutschen Reiches vor (x041/129): Ost-West-Demarkationslinie = Lübeck - Helmstedt - Eisenach - Hof.

Nach der zusätzlichen Festlegung von getrennten Besatzungszonen stimmt die UdSSR dem britischen Plan am 18. Februar 1944 zu.

US-Präsident Roosevelt erteilt die Zustimmung am 1. Juni 1944.

22.02.1944

Churchill informiert das britische Unterhaus (x039/227): >>... daß Polen im Norden und Westen zu Lasten Deutschlands Kompensationen erhalten werde, daß die Atlantik-Charta auf Deutschland keine Anwendung findet und daher Gebietsübertragungen und Grenzberichtigungen zu Lasten des Feindeslandes zulässig sind.<<

23.02.1944

Anthony Eden erklärt in einer Rede vor dem britischen Unterhaus (x028/248): >>Gewisse Teile der Atlantik-Charta beziehen sich sowohl auf Sieger als auch Besiegte, so z.B. Artikel vier. Wir können aber nicht zugeben, daß Deutschland von Rechts wegen Anspruch darauf erheben kann, daß irgendein Teil der Charta auf Deutschland Anwendung finde.<<

23.03.1944

US-Außenminister Cordell Hull weist nochmals ausdrücklich darauf hin, daß die Atlantik-Charta auch für Deutschland Anwendung finden soll (x063/596).

24.05.1944

Churchill erklärt vor dem britischen Unterhaus (x028/61,248): >>Es ist keine Rede davon, daß sich Deutschland auf irgendwelche Garantien gegen territoriale Veränderungen berufen könnte, falls es den Anschein hat, daß solche Veränderungen den Frieden in Europa sicherer und dauerhafter machen. ...<<

>>... Die Atlantik-Charta bindet uns in keiner Weise hinsichtlich der Zukunft Deutschlands, noch stellt sie ein Geschäft oder einen Kontrakt mit unseren Feinden dar.<<

12.06.1944

Roosevelt stimmt einer befristeten britisch-sowjetischen Abmachung über südosteuropäische Militärzonen zu. Griechenland und Jugoslawien sollen demnach britische Zonen werden, während Rumänien und Bulgarien an die Sowjets fallen (x040/215).

Der polnische Exilministerpräsident Mikolajczyk besucht US-Präsident Roosevelt in Washington (x039/227): >>Roosevelt verspricht den Polen Schlesien und Ostpreußen. Mikolajczyk ist jedoch gegen diese übermäßige Ausdehnung Polens nach dem Westen und wendet sich gegen die "Curzon-Linie".<<

12.07.1944

Im britischen Unterhaus bezeichnet Eden die Vereinbarung über die polnische Ostgrenze (Konferenz von Teheran: 28. November bis 1. Dezember 1943) als nicht endgültig (x039/-227).

26.07.1944

Stalin und das kommunistische Lubliner Komitee schließen am 26. Juli 1944 einen Bündnisvertrag und ein Geheimabkommen über die zukünftigen Grenzen (x001/123E).

Nachdem die "Lubliner Polen" die vorgeschlagenen sowjetisch-polnischen Grenzen (einschließlich Abtretung des nördlichen Ostpreußen) an die UdSSR akzeptieren, verpflichtet sich die Sowjetregierung, nach dem Kriegsende die Oder-Neiße-Linie als polnische Westgrenze durchzusetzen.

03.08.1944

Stalin fordert den polnischen Exilministerpräsidenten Mikolajczyk in Moskau auf, die Cur-

zon-Linie anzuerkennen. Als Gegenleistung verspricht Stalin, die Oder-Linie als polnische Grenze (einschließlich Breslau, Stettin und Teile Ostpreußens) durchzusetzen. Stalin erwähnt außerdem die Ausweisung der gesamten deutschen Bevölkerung. Mikolajczyk lehnt Stalins Vorschläge jedoch ab (x039/227).

02.09.1944

Die nordamerikanische "Dreierkommission" (Außenminister Hull, Kriegsminister Stimson und Finanzminister Morgenthau) veröffentlicht am 2. September 1944 den sog. "Morgenthau-Plan".

Nach dem sog. "Morgenthau-Plan" soll das "Problem Deutschland" endgültig und radikal erledigt werden. Sämtliche Industrieanlagen des Deutschen Reiches sind vollständig zu demontieren bzw. zu zerstören. Die nordamerikanische "Dreierkommission" ist fest entschlossen, das "Nazireich" auf die Stufe eines Agrarlandes zurückzuführen.

Der Morgenthau-Plan enthält u.a. folgende Forderungen (x044/202-203): >>... Es sollte das Ziel der Alliierten sein, die vollständige Entmilitarisierung Deutschlands in kürzestmöglicher Zeit nach der Kapitulation durchzuführen. Das bedeutet:

Vollständige Entwaffnung der deutschen Wehrmacht und des deutschen Volkes.

Polen sollte denjenigen Teil Ostpreußens erhalten, welcher nicht an Rußland fällt, dazu den südlichen Teil von Schlesien.

Frankreich sollte die Saar und die angrenzenden Gebiete erhalten, welche durch den Rhein und die Mosel begrenzt werden.

Es sollte eine internationale Zone geschaffen werden, welche die Ruhr und die Industriegebiete umfaßt.

Der Restteil Deutschlands sollte in zwei autonome, unabhängige Staaten,

1. einen süddeutschen, bestehend aus Bayern, Württemberg, Baden und einigen kleineren Gebieten, und

2. einen norddeutschen, umfassend den größeren Teil des preußischen Staates, Sachsen, Thüringen und einzelne kleine Staaten, aufgeteilt werden.

Im Ruhrgebiet liegt das Herz der deutschen industriellen Macht. Diese sollte nicht nur von allen dort augenblicklich bestehenden Industrien entblößt, sondern so geschwächt und kontrolliert werden, daß es in absehbarer Zeit kein Industriegebiet wieder werden kann.

a) Innerhalb kürzester Frist, wenn möglich nicht länger als 6 Monate nach Einstellung der Feindseligkeiten, sollen alle Industrieanlagen und Ausrüstungen nicht durch eine militärische Aktion zerstört, sondern vollständig demontiert und als Restitution (Erstattung) für die Alliierten abtransportiert werden. Alle Kohlengrubenausrüstungen sollen entfernt und die Kohlengruben geschlossen werden.

b) Das Gebiet soll internationalisiert und durch eine internationale Sicherheitsbehörde, die durch die Vereinten Nationen zu errichten wäre, verwaltet werden. ...<<

04.09.1944

US-Finanzminister Morgenthau erklärt während eines Gespräches mit US-Kriegsminister Stimson (x025/126,237): >>Ich bin dafür, erst zu zerstören, und um die Bevölkerung werden wir uns dann in zweiter Linie Sorgen machen. ...

Ich konnte mit dem Präsidenten ruhig und ungestört sprechen, und ihm gefiel mein Vorschlag, auch Mrs. Roosevelt, die früher eine große Pazifistin war. Es macht ihr überhaupt keine Sorge. ...

Wenn man 1 Million (Griechen und Türken) verschieben kann, kann man auch 20 Millionen (Deutsche) verschieben.<<

10.09.1944

US-Finanzminister Morgenthau schreibt am 10.09.1944 an den nordamerikanischen Präsidenten (x025/120): >>Seit 1864 hat Deutschland 5 Angriffskriege gegen fremde Staaten geführt. ...

Das Nazi-Regime ist nicht ein wilder Trieb einer ansonsten gesunden Gesellschaft, sondern ein organisch gewachsenes Produkt der deutschen politischen Entwicklung.

Auch schon ehe das Nazi-Reich die Macht ergriff, hatte das deutsche Volk eine Anfälligkeit ohnegleichen gegenüber der Verführungskunst einer militärischen Clique an den Tag gelegt. ...<<

12.09.1944

Die Nordamerikaner, Briten und Sowjets unterzeichnen in London das 1. "Zonenprotokoll" über die Aufteilung Deutschlands (x041/135).

Das Deutsche Reich soll in Besatzungszonen aufgeteilt und vollständig besetzt werden (Ostpreußen gehört bereits zur sowjetischen Besatzungszone). Die Verbündeten können sich verhältnismäßig schnell einigen.

Die Ausarbeitung der Kapitulationsurkunde bereitet jedoch große Probleme, so daß sich die Nordamerikaner und Briten monatelang wegen des Textes streiten. Die Sowjets beteiligen sich nicht an diesen unsinnigen Streitereien (x052/31).

15.09.1944

Roosevelt und Churchill unterzeichnen am 15.09.1944 in Quebec einen modifizierten (abgewandelten) "Morgenthau-Plan". Führende nordamerikanische Politiker wie Hull und Stimson lehnten diesen radikalen Plan jedoch später massiv ab (x114/1.55).

US-Kriegsminister Henry L. Stimson übergibt dem nordamerikanischen Präsidenten später folgende Denkschrift (x063/598): >>Unvorstellbar sei es, im gegenwärtigen Zustand der Welt ein Gebiet, das der Mittelpunkt eines der am höchsten industrialisierten Kontinente sei, bewohnt von einem Volke voll Energie, Arbeitseifer und Fortschrittlichkeit, in ein "Geisterterritorium" zu verwandeln. ...

Übrigens müßte der Wiederaufbau nach den Verheerungen des Krieges möglichst rasch vor sich gehen, wenn gefährliche Umwälzungen in Europa vermieden werden sollen. Die Deutschen auf einem "Existenzminimum" festzuhalten, am Rande der Armut, bedeute, das deutsche Volk zur Sklaverei zu verurteilen - die Schuld der Nazis würde damit verdunkelt werden und die Quellen vergiftet, aus denen wir Hoffnung auf einen Weltfrieden speisen wollen.<<

Cordell Hull (US-Staatssekretär des Äußeren) schreibt in einem weiteren Memorandum für Präsident Roosevelt (x063/599): >>... Nur 60 % der Deutschen könnten sich auf dem Lande erhalten, 40 % werden sterben. ...

Seinem Wesen nach war dies ein Plan (Morgenthau-Plan) blinder Rache.

Blind, weil er übersah, daß mit dem Schlag gegen Deutschland der gleiche Schlag gegen ganz Europa geführt würde. Indem man die deutsche Industrie zerstöre, zerstöre man zum großen Teil die Wirtschaft Europas, die seit vielen Generationen von den in Deutschland produzierten Rohmaterialien abhängt.<<

16.09.1944

US-Finanzminister Henri Morgenthau fordert während der Konferenz in Quebec (vom 11. bis zum 16. September 1944) u.a. die Abtretung Ostpreußens an die UdSSR bzw. an Polen und die Abtretung Schlesiens bis zur Katzbach an Polen (x039/227).

22.09.1944

Nach scharfer Kritik der nordamerikanischen Medien und massiven Protesten der deutsch-nordamerikanischen Bevölkerung gegen den "Morgenthau-Plan" ziehen Roosevelt und Churchill am 22. September 1944 ihre Unterschriften zurück.

US-Präsident Roosevelt verhält sich danach distanzierter.

Roosevelt schreibt später in der offiziellen Vorrede des Morgenthau Buches "Germany is our problem" (x063/600): >>Ich würde den Grundlagen selber meiner Religion und meiner politischen Überzeugungen untreu werden, sollte ich je die Hoffnung – ja den Glauben! – aufgeben, daß in jedem Volke, ohne Ausnahme, ein gewisser Instinkt für Wahrheit lebe, eine gewisse Neigung zur Gerechtigkeit und ein gewisses Verlangen nach Frieden. ...
Wir erheben keine Anklage gegen die deutsche Rasse, denn wir können nicht glauben, daß Gott für alle Ewigkeit irgendeine Rasse der Menschheit verdammt habe ...<<
Der "Morgenthau-Plan" wird aber eigentlich nur aufgeschoben und nicht fallengelassen, denn wesentliche Bestandteile des Plans werden nach der deutschen Kapitulation von den alliierten Militärregierungen übernommen und z.T. sogar in verschärfter Form realisiert.
Die westlichen Alliierten "verschenken" später nicht nur die wertvollen landwirtschaftlichen Überschußgebiete östlich der Oder und Neiße, sondern sie stimmen schließlich außerdem zu, daß Millionen von Reichs- und Volksdeutschen aus ihrer jahrhundertealten Heimat vertrieben werden.

15.10.1944

Churchill und Eden üben vom 13. bis zum 15. Oktober 1944 massiven Druck gegenüber Mikolajczyk (polnischer Exilministerpräsident) aus, um die sog. Curzon-Linie durchzusetzen (x028/67-69): >>(Churchill): "Ich muß im Namen der britischen Regierung erklären, daß die Opfer, die die Sowjetunion im Laufe des Krieges gebracht hat, und ihre Bemühungen um die Befreiung Polens ihr in unseren Augen Anspruch auf eine Grenze entlang der Curzon-Linie geben." ...
(Polen erhält dafür) "Territorien im Norden und im Westen, in Ostpreußen und in Schlesien, einschließlich einer günstigen Küste, eines ausgezeichneten Hafens in Danzig und wertvoller Rohstoffe in Schlesien. Es wird ein großes Land sein, nicht dasselbe, das in Versailles umrissen wurde, aber es wird eine echte solide Struktur bilden, in der die polnische Nation leben und sich in Sicherheit, Wohlstand und Freiheit entwickeln kann." ...
Mikolajczyk: "Ich weiß, daß unser Schicksal in Teheran besiegelt wurde."
Churchill: "In Teheran wurde es gerettet."
Mikolajczyk: "Ich bin kein Mensch, dem jedes patriotische Gefühl abgeht und der halb Polen verschenken würde." ...
Churchill: "Falls Sie die Grenze (Curzon-Linie) nicht akzeptieren, scheiden Sie für alle Zeiten aus dem Spiel aus. Die Russen werden durch Ihr Land stürmen, und Ihr Volk wird liquidiert werden. Sie stehen am Abgrund der völligen Vernichtung." ...
Mikolajczyk: "Alles verlieren wir."
Churchill: "Die Pripet-Sümpfe und 5 Millionen Einwohner. Die Ukrainer gehören nicht zu ihrem Volk." ...
Mikolajczyk: "Wir verlieren alle Autorität in Polen, wenn wir die Curzon-Linie anerkennen, und außerdem ist nichts darüber gesagt, was wir von den Deutschen bekommen könnten." ...
Churchill: "Wenn wir in diesem Augenblick bekanntgeben, was wir den Deutschen im Osten nehmen wollen, würde die deutsche Wut entfesselt, und das würde viele Menschenleben kosten." ...
Mikolajczyk: "Die polnische Regierung kann nicht über den Verlust fast der Hälfte polnischen Territoriums im Osten bestimmen, ohne die Meinung des polnischen Volkes einzuholen, die für die Regierung entscheidend ist."
Churchill: "Sie sind keine Regierung, wenn Sie nicht imstande sind, eine Entscheidung zu treffen. Sie sind abgebrühte Leute, die Europa zerstören möchten. Ich werde Sie ihren Skrupeln überlassen. Sie haben kein Verantwortungsgefühl, wenn Sie Ihr Volk daheim im Stich lassen wollen, gegen dessen Leiden Sie gefühllos sind. Sie kümmern sich nicht um die Zukunft Europas, Sie haben nur Ihre eigenen kümmerlichen, selbstsüchtigen Interessen im Sinn.

Ich werde mich an die anderen Polen wenden müssen, und diese Lubliner Regierung (Kommunisten) wird vielleicht sehr gut arbeiten. Sie wird die Regierung sein. Sie machen den kriminellen Versuch, durch Ihr "liberum veto" das Einverständnis unter den Verbündeten zu stören. Das ist Feigheit von Ihnen."<<
Mikolajczyk lehnt es jedoch trotz aller Drohungen weiterhin ab, die vorgeschlagene polnisch-sowjetische Ostgrenze (Curzon-Linie) zu akzeptieren.

20.10.1944

Stalin, Churchill und Eden (sowie US-Botschafter Harriman als "Beobachter") einigen sich in Moskau (vom 9. bis zum 20. Oktober 1944) über die "vorläufige" polnische Westgrenze (x028/66-72). Die zukünftige polnische Westgrenze soll entlang der Oder verlaufen.

02.11.1944

Das britische Foreign Office (Sir A. Cadogan) schreibt an den exil-polnischen Außenminister T. Romer (x039/272): >>England unterstützt Veränderung der Westgrenze Polens, auch wenn USA sie ablehnen; England hält polnische Grenze an der Oder einschließlich Stettin für richtig.<<

10.11.1944

In Paris fordert de Gaulle die britischen Verbündeten auf, Frankreich an der Besetzung des Deutschen Reiches zu beteiligen.

14.11.1944

Die Alliierten beschließen in London einstimmig das 2. "Zonenprotokoll" (x040/248). In diesem Abkommen werden u.a. die zukünftigen Besatzungszonen des Deutschen Reiches abgegrenzt und die Errichtung eines alliierten "Kontrollrates" vereinbart.
Durch dieses Abkommen wird nach dem Kriegsende die gesamte Regierungsgewalt auf die Sieger- bzw. Besatzungsmächte übertragen und das Deutsche Reich praktisch liquidiert.
Der US-Diplomat D. John Hickerson (1898-1989, von 1944-47 stellvertretender Direktor des Amtes für europäische Angelegenheiten im State Department) begründet damals in einer Studie die US-Europapolitik wie folgt (x058/387-388): >>Wir haben eine ziemlich klare Vorstellung von den Zielen der Sowjets in Osteuropa. Wir kennen die Bedingungen ihres Abkommens mit Finnland. Wir wissen, daß die 3 baltischen Staaten der Sowjetunion wieder einverleibt worden sind und daß wir nichts unternehmen können, um dies zu ändern.
Es ist keine Frage, ob wir es gerne sehen; ich persönlich sehe es nicht gern, obgleich ich anerkenne, daß die sowjetische Regierung Argumente auf ihrer Seite hat.
Es ist Tatsache, daß es geschehen ist, und nichts, was zu tun in der Macht der Regierung der Vereinigten Staaten steht, kann es ungeschehen machen.
Wir wissen, daß die Russen auf die Einverleibung eines wesentlichen Teiles von Ostpreußen und eine annähernd mit der Curzon-Linie übereinstimmenden Grenze mit Polen bestehen werden. Die Sowjetunion hat schon Bessarabien seinem Gebiet einverleibt. Die Sowjetunion wird vielleicht auf kleinere Berichtigungen ihrer Grenzen mit Rumänien bestehen.
Ich würde es begrüßen, daß irgendwelche Möglichkeiten zu einer günstigen Übereinkunft zu gelangen, die in Verbindung mit den vorerwähnten Angelegenheiten bestehen, voll ausgenutzt werden, um die Russen zu veranlassen, einer befriedigenden Organisation der Vereinten Nationen zuzustimmen und sich damit einverstanden zu erklären, daß sich der geplante provisorische Sicherheitsrat für Europa mit Polen, Griechenland und anderen Unruheherden befaßt.
Ich würde es begrüßen, wenn wir zustimmen würden, die Einverleibung der 3 baltischen Staaten in die Sowjetunion als Tatsache und unsere Anerkennung dieser Gebiete als sowjetisches Territorium zu akzeptieren. Dies würde zur Folge haben, daß wir die Anerkennung der drei diplomatischen Vertreter dieser Länder in den Vereinigten Staaten zurückziehen.
Ich würde es begrüßen, wenn wir zum geeigneten Zeitpunkt zustimmen würden, die Abtretung des Teiles Ostpreußen an die Sowjetunion, worauf dieses Land besteht, zu akzeptieren.

Ebenso würde ich die Zustimmung unsererseits begrüßen, zu einem geeigneten Zeitpunkt die Curzon-Linie als Grenze zwischen Polen und der Sowjetunion anzuerkennen und eine solche Anerkennung öffentlich bekanntzugeben. Die Anerkennung der Rückgabe Bessarabiens an die Sowjetunion sollte für uns keine Schwierigkeiten darstellen.
Wir müssen die Unterstützung der Sowjetunion zur Vernichtung Deutschlands haben. Wir brauchen die Sowjetunion nötig im Krieg gegen Japan, wenn der Krieg in Europa vorüber ist. Die Wichtigkeit dieser beiden Dinge kann ermessen werden, wenn man bedenkt, wie viele amerikanische Menschenleben davon betroffen werden. Wir sind auf die Zusammenarbeit mit der Sowjetunion angewiesen, um den Frieden zu organisieren.
Gewisse Dinge im Zusammenhang mit den vorerwähnten Vorschlägen sind mir persönlich zuwider, aber ich bin bereit, ihre Annahme nahezulegen, um die Mitarbeit der Sowjetunion beim Gewinnen des Krieges und der Organisation des Friedens zu erlangen. Vom sowjetischen Standpunkt aus gesehen gibt es gute Argumente für alle diese Vorschläge.
Ich bin bereit, die Argumente der Sowjets zu unterstützen und zu befürworten, falls dadurch beim Gewinnen des Krieges amerikanische Menschenleben geschont werden und das übrige Europa vor der "Dschungeldiplomatie", die sonst ziemlich sicher folgen wird, gerettet wird. ...<<

24.11.1944

Mikolajczyk muß am 24. November 1944 zurücktreten, weil er die Curzon-Linie nicht als polnische Ostgrenze akzeptieren will (x106/308).
Thomasz Arciszewski bildet anschließend ein neues polnisches Exilkabinett. Diese polnische Exilregierung verliert später vor allem wegen Ablehnung der strittigen sowjetisch-polnischen Ostgrenze die anglo-amerikanische Unterstützung.

10.12.1944

De Gaulle (provisorischer französischer Regierungschef) und Bidault (französischer Außenminister) schließen in Moskau einen französisch-sowjetischen Bündnisvertrag (Laufzeit: 20 Jahre).
Da de Gaulle die Anerkennung des kommunistischen Lubliner Komitees ablehnt, verweigert Stalin die Abtrennung des Rheinlandes und des Ruhrgebietes. De Gaulle stimmt aber der Oder-Neiße-Linie zu und akzeptiert damit, daß Ostpreußen, Schlesien, Ostpommern und Ostbrandenburg an Polen fallen sollen (x041/136).

15.12.1944

Vor dem britischen Unterhaus billigt Churchill eine Ausweitung der polnischen Grenzen nach Westen (mit einer Ostseeküste von 200 Meilen) und die totale Austreibung dieser Deutschen (x024/105): >>... Die Umsiedlung von mehreren Millionen Menschen müßte von Osten nach dem Westen oder Norden durchgeführt werden, ebenso die Vertreibung der Deutschen - denn das wurde vorgeschlagen: völlige Vertreibung der Deutschen - aus den Gebieten, die Polen im Westen und Norden gewinnt. Denn die Vertreibung ist, soweit wir in der Lage sind, es zu überschauen, das befriedigendste und dauerhafteste Mittel. Es wird keine Mischung der Bevölkerung geben, wodurch endlose Unannehmlichkeiten entstehen, wie z.B. im Fall Elsaß-Lothringen. Reiner Tisch wird gemacht werden.
Mich beunruhigt die Aussicht des Bevölkerungsaustausches ebensowenig wie die großen Umsiedlungen, die unter modernen Bedingungen viel leichter möglich sind als je zuvor. ... Ich sehe auch nicht ein, warum in Deutschland kein Platz für die Bevölkerung Ostpreußens und der anderen von mir erwähnten Gebiete sein sollte.<<

17.12.1944

Tomasz Arciszewski (Ministerpräsident der polnischen Exilregierung) antwortet Churchill.

Er verlangt Ostpreußen, Oberschlesien und Teile von Pommern für Polen, wünscht jedoch weder Breslau noch Stettin und keine Westgrenze, die 8 bis 10 Millionen Deutsche in Polen lassen würde (x039/227).
Arciszewski erklärt ferner in einem Bericht der "Sunday Times" (x035/331): >>... Wir wollen die Grenze nicht so weit nach Westen ausdehnen, daß wir bis 10 Millionen Deutsche aufnehmen müssen. Wir wollen Breslau und Stettin nicht.<<

18.12.1944

Das kommunistische Lubliner Komitee veröffentlicht am 18. Dezember 1944 in der "Prawda" die bisher umfangreichsten Gebietsforderungen (x024/116).
Mit Breslau und Stettin fordert man sogar große Gebiete westlich der Oder (die spätere Oder-Neiße-Linie). Stalin unterstützt diese polnischen Gebietsansprüche.
US-Außenminister Stettinius (Nachfolger von Cordell Hull) erklärt am 18. Dezember 1944, daß die nordamerikanische Regierung alle Grenzregelungen bis zum Kriegsende vertagen wird (x040/254).
Stettinius erklärt jedoch bereits am 18. Dezember 1944 in einer offiziellen Mitteilung (x028/-33): >>Wenn Regierung und Volk von Polen beschließen, im Interesse des polnischen Staates nationale Gruppen umzusiedeln, wird die Regierung der Vereinigten Staaten in Zusammenarbeit mit anderen Regierungen Polen nach Möglichkeit dabei unterstützen. ...<<
Der nordamerikanische Diplomat und Historiker George F. Kennan (1904-2005, Berater des US-Botschafters Harriman in Moskau) schreibt später in einem Memorandum über die geplante Verschiebung der deutschen Ostgrenze (x028/71-72): >>... Es macht jeden Glauben an ein freies und unabhängiges Polen unrealistisch. Es richtet in Mitteleuropa eine Grenze auf, die sich nur verteidigen läßt, wenn an ihrer ganzen Länge dauernd starke Truppenverbände unterhalten werden.
Es macht die Lösung der wirtschaftlichen und sozialen Probleme im restlichen Deutschland außerordentlich schwierig - trotz Churchills nicht überzeugender Zuversicht, es werde nicht schwerfallen, in Deutschland für 6 Millionen Menschen eine neue Heimat zu finden (übrigens halte ich die Zahl für zu niedrig).
Mit anderen Worten erschwert es eine Stabilisierung der Verhältnisse gerade in den Teilen Deutschlands, die für die atlantische Gemeinschaft besonders wichtig sind, und kann sich also nur zu unsren und der Briten Ungunsten auswirken.
Die Verwirklichung dieses Plans mag sich nicht verhindern lassen, ... aber ich glaube, das es geboten wäre, ihn für das zu nehmen, was er ist, und unsere Überlegungen über die Zukunft Europas danach einzurichten. Vor allem aber sehe ich keinen Grund für uns, die Mitverantwortung für die Komplikationen zu übernehmen, die unausweichlich daraus entstehen müssen.<<

21.12.1944

Der französische Außenminister Bidault bestätigt, daß die französische Regierung mit der geplanten Abtretung der preußischen Provinzen Ostpreußen, Ostpommern und Schlesien einverstanden ist (x040/254).

12.01.1945

Das US-Außenministerium schlägt folgende Aufteilung der deutschen Ostgebiete vor (x039/-227): Nordostpreußen an Rußland, Restostpreußen, Danzig und die Nordostspitze Pommerns sowie den Regierungsbezirk Oberschlesien an Polen (54.390 qkm).

01.02.1945

Während der nordamerikanisch-britischen Vorbesprechung in Jalta einigen sich die Außenminister Stettinius und Eden am 1. Februar 1945, zunächst keine sowjetisch-polnischen Grenzforderungen (Görlitzer Neiße) anzuerkennen (x028/72-73): >>... Schon die Grenze am Oderverlauf würde Polens Aufnahmefähigkeit schwer belasten und die ungeheuren Schwierigkei-

ten vergrößern, die mit der Umsiedlung von Millionen Deutschen entstehen. ...
Wir sollten uns nachdrücklich den Bestrebungen widersetzen, die polnische Grenze bis an die Oder-Linie oder an die Oder-Neiße-Linie vorzuschieben.<<
Am 1. Februar 1945 wird Churchill durch Außenminister Eden über die Besprechung mit US-Außenminister Stettinius informiert (x028/102): >>... Die Abtretungen, auf die wir uns mit den Amerikanern geeinigt haben, (würde) die Umsiedlung von 2,5 Millionen Deutschen bedeuten.<<
Ferner meint Stettinius, "daß die Ausdehnung Polens an die Oder ohne Breslau und Stettin weitere zweieinhalb Millionen, eine Grenze an der westlichen Neiße mit Breslau und Stettin dazu noch dreieinviertel Millionen Menschen betreffen werde" (x028/102).

05.02.1945

Boleslaw Bierut teilt in Warschau mit, daß die polnische Regierung in den deutschen Reichsgebieten ostwärts der Oder-Neiße-Linie die Zivilverwaltung übernommen hat (x039/228).

11.02.1945

Die "Großen Drei", Churchill, Roosevelt und Stalin, beenden am 11.02.1945 auf der Halbinsel Krim die "Jalta-Konferenz".
Im Verlauf der "Jalta-Konferenz" fassen die "Großen Drei" vom 4. bis zum 11. Februar 1945 z.B. folgende Beschlüsse:
1. Zerstückelung des Deutschen Reiches und Aufteilung in 4 Besatzungszonen (die französische Besatzungszone wird von Churchill durchgesetzt).
2. In einem Geheimprotokoll werden die deutschen Reparationen festgelegt (Gesamthöhe = mindestens 20 Milliarden US-Dollar, von denen die Sowjetunion 50 % erhalten soll. In einem Geheimprotokoll wird ferner vereinbart, daß die Sowjets deutsche Arbeitskräfte in die Sowjetunion "schaffen" können (x001/79E, 041/137).
3. Geheimabkommen über den sowjetischen Kriegseintritt gegen Japan und Überlassung der Kurilen und Süd-Sachalin.
4. Festlegung einer Gründungscharta für die "Vereinten Nationen" (jedes Mitglied des Sicherheitsrates erhält im Konfliktfall ein Vetorecht und hat damit Möglichkeiten, die Handlungsfähigkeit der UNO zu blockieren).
5. Stalin verpflichtet sich, in Polen freie und uneingeschränkte Wahlen zu gestatten.
6. Die Curzon-Linie wird zwar als polnische Ostgrenze bestätigt, aber Churchill und Roosevelt treffen in Jalta noch keine verbindlichen Entscheidungen über die polnischen Westgrenzen und den Zeitpunkt der Vertreibung. Sie erkennen jedoch bereits grundsätzlich an, daß Polen zu Lasten der deutschen Ostgebiete entschädigt und die deutsche Bevölkerung umgesiedelt werden muß. Churchill erklärt am 7. Februar 1945 zur "Aussiedlung" der Ostdeutschen, daß 6 Millionen Vertriebene vielleicht gehandhabt werden könnten, aber alles was darüber hinausgehen würde, wäre nicht zu bewältigen (x020/59).
Churchill bemerkt später zu den Gebietsforderungen (x028/73): >>... (Es) wäre ... höchst bedauerlich, wenn man die polnische Gans dermaßen mit deutschem Futter mäste, daß sie an Verdauungsbeschwerden eingehe ...<<
Stalin stellt daraufhin fest, daß es bei den "Umsiedlungen" der Deutschen keine großen Probleme geben würde, denn in den fraglichen Gebieten würden sich ohnehin keine Deutschen mehr aufhalten, da die meisten Deutschen bereits vor der Roten Armee in den Westen geflohen seien (x028/103).
US-Präsident Roosevelt beteiligt sich fast gar nicht an den Grenzdiskussionen. Er bestätigt nur, daß Polen auf Kosten des Deutschen Reiches entschädigt werden soll, lehnt die polnische Grenzverlagerung bis zur Görlitzer Neiße jedoch ab. Für die anstehenden Vertreibungen der Ostdeutschen hat der todkranke nordamerikanische Präsident kein einziges Wort übrig.
US-Präsident Roosevelt widersetzt sich am 8.02.1945 der polnischen Gebietsforderung (pol-

nische Westgrenze = Lausitzer Neiße). Er hält jedoch die Oder-Linie für tragbar. Churchill schließt sich dieser Auffassung an und spricht sich für die Umsiedlung aller Deutschen aus diesen Gebieten aus (x039/228).
Die Organisation bzw. Durchführung der gigantischen Massenaustreibungen und die bereits beschlossene Vertreibung von über 3,0 Millionen Sudetendeutschen werden während der Konferenz von Jalta nicht erwähnt.
Die endgültige Festlegung der polnischen Westgrenze wird zwar zurückgestellt, aber durch die indirekte Anerkennung der Oder-Linie treffen die Westmächte frühzeitig verhängnisvolle Vorentscheidungen.
Stalin ist spätestens nach der Jalta-Konferenz davon überzeugt, daß die westlichen Verbündeten auch zukünftig keine ernsthaften Probleme bereiten werden, obwohl die Nordamerikaner und Briten die völkerrechtswidrigen Deportations- und Vertreibungspläne der Sowjets, Polen und Tschechen hinlänglich kennen. Der sowjetische Diktator nutzt diese gleichgültige Duldung bzw. indirekte Zustimmung der Anglo-Amerikaner anschließend im Verlauf der "sowjetischen Befreiungsmission" gewissenlos aus, um die "deutsche Ostsiedlung" endgültig und radikal zu liquidieren.
Die "Krim-Konferenz" endet sinnigerweise mit einer "Erklärung über das befreite Europa". In dieser Botschaft sichert man allen Völkern z.B. die "freie Wahl" der Regierungsform zu.
In der Jalta-Schlußerklärung vom 11. Februar 1945 heißt es (x114/2.123): >>Es ist unser unbeugsamer Wille, den deutschen Militarismus und Nationalsozialismus zu zerstören und dafür Sorge zu tragen, daß Deutschland nie wieder imstande ist, den Weltfrieden zu zerstören. ...
Es ist nicht unsere Absicht, das deutsche Volk zu vernichten. Aber nur dann, wenn der Nationalsozialismus und Militarismus ausgerottet sind, wird für die Deutschen Hoffnung auf ein würdiges Leben und einen Platz in der Völkergemeinschaft bestehen.<<
Der nordamerikanische Völkerrechtler und Historiker Dr. Alfred M. de Zayas schreibt später über die Konferenz von Jalta (x028/72,76): >>Heute weiß jeder politische Amateur, daß Stalin das Spiel der Machtpolitik viel besser beherrschte als die Leiter der westlichen Demokratien, die sich in den Jahren der Zusammenarbeit niemals vorstellten, in welchem Ausmaß viele ihrer Kriegsziele unerfüllt bleiben würden.
Vor allem da, wo es um Polens Grenzen und seine Zukunft als freies Land ging, wurde reichlich viel Vertrauen an Stalin verschwendet. So war und blieb es Präsident Roosevelts ständige Taktik, z.B. klare Entscheidungen über Grenzziehungen auf die Zeit nach Beendigung der Feindseligkeiten hinauszuschieben.
Weil man es versäumte Stalins Ehrgeiz rechtzeitig Einhalt zu gebieten, kam es zur Versetzung der sowjetisch-polnischen Grenze nach Westen und schließlich zur Diskussion über die neue polnisch-deutsche Grenze. Da man von Stalin nie eine bindende Verpflichtung verlangte, blieb ihm natürlich freie Hand, der von den Sowjets beherrschten polnischen Regierung einen viel größeren Bissen Deutschlands zu überlassen, als die Amerikaner und die Briten je bewilligen wollten. ...<<
>>... Die Weigerung, eine verbindliche Entscheidung über Polens Westgrenze zu treffen, war ein etwas kläglicher Versuch der westlichen Alliierten, ihre Verhandlungsposition gegenüber den Russen zu behaupten. ...<<

27.02.1945

Churchill stellt am 27. Februar 1945 während einer Debatte des britischen Unterhauses fest (x028/77, x039/228): >>Die 3 Mächte haben sich jetzt geeinigt, daß Polen beträchtlichen Landzuwachs sowohl im Norden wie im Westen erhalten soll.
Im Norden wird es sicherlich anstelle des gefährdeten Korridors die Großstadt Danzig, den größeren Teil Ostpreußens westlich und südlich Königsbergs erhalten, dazu einen langen, breiten Küstenstreifen an der Ostsee.

Im Westen wird es die wichtige Industrieprovinz Oberschlesien bekommen, dazu die Gebiete östlich der Oder, die bei der Friedensregelung vielleicht von Deutschland abgetrennt werden ...<<

>>... Wir haben nicht zu befürchten, daß die Aufgabe, diese neue Grenze zu halten, für Polen zu schwer sein wird. Ich habe selten eine Angelegenheit gesehen, die ich mit größerer Zuversicht dem gesunden Urteil der Abgeordneten anempfehlen könnte. ...<<

01.03.1945

US-Präsident Roosevelt berichtet am 1. März 1945 in Washington über die Jalta-Konferenz (x028/76): >>... Im Laufe der Geschichte bildete Polen den Korridor, durch den die Angriffe auf Rußland erfolgten. Zweimal in dieser Generation hat Deutschland durch diesen Korridor gegen Rußland losgeschlagen. Damit sich das nicht wiederholt und um die europäische Sicherheit und den Weltfrieden zu erhalten, ist ein starkes, unabhängiges Polen notwendig.

Die Entscheidungen im Hinblick auf Polen waren durchaus ein Kompromiß, ... der die Polen im Norden und Westen für das Land entschädigen soll, das sie im Osten durch die Curzon-Linie verlieren. Bei der endgültigen Friedenskonferenz soll der Grenzverlauf für die Dauer festgelegt werden. Im großen und ganzen wird das neue, starke Polen einen bedeutenden Anteil des jetzt als Deutschland bezeichneten Gebietes erhalten. ...

Ich bin überzeugt, daß diese Übereinkunft über Polen unter diesen Umständen die denkbar hoffnungsvollste Vereinbarung für einen freien, unabhängigen und blühenden polnischen Staat ist.<<

Im britischen Unterhaus diskutiert man am 1. März 1945 kontrovers über das Schicksal der Ostdeutschen.

Der Vorsitzende der britischen Labourpartei, Clement Attlee, erörtert die "Jalta-Beschlüsse" (x028/38,202): >>Sie (die Deutschen) haben die alten Schranken eingerissen, und deshalb sage ich, daß sie sich nicht auf das alte Europa berufen können. Falls sie sich fügen, falls sie wiedergutmachen müssen, haben sie kein Recht, die Grundlage der Moralgesetze zu beschwören, die sie selbst nicht beachtet haben, oder auf Mitleid und Gnade zu rechnen, die sie niemals anderen zuteilwerden ließen. ...<<

>>... Die Umschichtung der Bevölkerung zum gegenwärtigen Zeitpunkt mag sehr, sehr schmerzlich sein, aber vielleicht ist sie weitaus besser als ein lang hinausgezögertes Leiden einer Bevölkerung unter Menschen, die sie hassen.<<

Der britische Abgeordnete Strauß warnt damals vor den Folgen dieser völkerrechtswidrigen Vertreibung (x028/77): >>... Wir erfahren durch den Premierminister, daß einige Teile Deutschlands, bestimmt aber Oberschlesien, an Polen übergehen. Ich hoffe, die Regierung wird sich Zeit lassen, bevor sie einem Vorschlag dieser Art zustimmt, der keinen Vorteil für irgendjemanden bringen kann, aber vielleicht außerordentlich gefährlich für die allgemeinen Aussichten auf einen dauerhaften europäischen Frieden ist.

Mit welcher Begründung wird ein solcher Vorschlag gemacht? Er soll Polen eine Entschädigung bieten. Doch die ganze Rechtfertigung der Curzon-Linie liegt darin, daß man sich 1919 in Versailles auf sie geeinigt hat. Aber nicht nur die Curzon-Linie, auch Polens Westgrenze wurde in Versailles gebilligt. War die eine gerecht, mußte es wohl auch die andere sein.<<

Der britische Abgeordnete Rhys-Davis beendet am 1. März 1945 seine unerbittliche Kritik mit folgenden Worten (x028/77-78): >>... Wenn die Politik der alliierten Mächte Danzig und Ostpreußen und andere Teile von Deutschland Polen geben will, um einen neuen Staat zu schaffen, weil Teile Polens andererseits Rußland gegeben werden, stellen sie sich dann auch nur einen Augenblick lang vor, daß sie damit einen dauerhaften Frieden in Europa schaffen? ...<<

>>... Wir haben diesen Krieg mit großen Motiven und hohen Idealen begonnen. Wir haben die Atlantik-Charta veröffentlicht, sie dann bespieen und auf ihr herumgetrampelt und sie schließlich auf dem Scheiterhaufen verbrannt, und nun ist nichts mehr von ihr übrig.<<

14.03.1945
Die provisorische polnische Regierung errichtet am 14. März 1945 in den besetzten deutschen Ostprovinzen die neuen Verwaltungsbezirke bzw. Woiwodschaften Masuren, Pommern, Nieder- und Oberschlesien (sowie Danzig am 20.03.1945, Dekret vom 30.03.1945) und sorgt frühzeitig für vollendete Tatsachen (x039/228).
Die Nordamerikaner legen danach in Moskau zwar Protest ein, aber Stalin erwidert beschwichtigend, daß diese Handlungen absolut nichts mit der endgültigen Grenzziehung zu tun hätten. Obwohl man in Warschau schon offiziell von den "Wiedergewonnenen Gebieten" spricht, geben sich die Nordamerikaner mit Stalins Antwort zufrieden.
06.04.1945
Die US-Regierung fordert Stalin noch einmal auf, den Status der russisch besetzten Gebiete in Ostpreußen, Danzig, Schlesien und in Pommern zu erläutern (x039/228).
17.04.1945
Die nordamerikanische Regierung erhält am 17. April 1945 eine sowjetische Antwortnote (x039/228): >>Es sind (in Ostdeutschland) keine Grenzregulierungen getroffen, nur örtliche polnische Verwaltungsstellen eingerichtet.<<
07.05.1945
Da Eisenhowers Haltung unerbittlich bleibt, unterzeichnen Generaloberst Alfred Jodl (Chef des OKW), Generaladmiral Hans-Georg von Friedeburg (Oberbefehlshaber der Kriegsmarine) und General Wilhelm Oxenius (Luftwaffe) am 7. Mai 1945, um 2.41 Uhr, die "bedingungslose" deutsche Gesamtkapitulation (in Kraft ab 9.05.1945, 0.01 Uhr).
General Eisenhower, der sich bis zum Schluß starrsinnig weigert, persönlich mit den Deutschen zu verhandeln, schreibt später in seinen Memoiren "Kreuzzug in Europa" (x106/432): >>Als Admiral von Friedeburg am 5. Mai in Reims eintraf, erklärte er, er möchte eine Reihe von Punkten klären. Für uns führte mein Chef des Stabes, General Smith, die Verhandlungen. Dieser teilte Friedeburg mit, daß es keinen Sinn habe, über irgend etwas zu debattieren, da wir nur eine bedingungslose Kapitulation entgegennehmen würden. Friedeburg gab vor, er sei nicht ermächtigt, ein solches Dokument zu unterzeichnen. ...
Uns war klar, daß die Deutschen Zeit gewinnen wollten, um möglichst viele deutsche Soldaten, die noch im Felde standen, hinter unsere Linien bringen zu können. Ich trug General Smith auf, er solle Jodl sagen, ich würde den Durchgang weiterer deutscher Flüchtlinge unter Gewaltanwendung verhindern, wenn sie nicht augenblicklich mit ihrer Vorspiegelungs- und Verzögerungstaktik aufhörten.
Ich hatte es satt, mich dauernd hinhalten zu lassen. Schließlich setzten Jodl und Friedeburg einen Funkspruch an Dönitz auf, worin sie um Vollmacht zur Unterzeichnung einer bedingungslosen Kapitulation baten, die 48 Stunden später in Kraft treten sollten. Hätte ich das noch länger mitgemacht, so hätten die Deutschen immer wieder eine Ausrede gefunden. ... Dönitz sah schließlich ein, daß er sich fügen mußte, und so unterzeichnete Jodl am 7. Mai um 2.41 Uhr die Kapitulation. Am 8. Mai um Mitternacht sollten alle Feindseligkeiten eingestellt werden. ... <<
Nach der Kapitulationsanerkennung erklärt Generaloberst Alfred Jodl im nordamerikanischen Hauptquartier (x027/425): >>Herr General, mit dieser Unterzeichnung sind das deutsche Volk und die deutsche Wehrmacht auf Gedeih und Verderb dem Sieger ausgeliefert. ... In dieser Stunde bleibt mir nichts, als auf die Großmut des Siegers zu hoffen.<<
Angesichts der feindseligen Haltung der Sieger, die verächtlich schweigen, salutiert die deutsche Delegation und kehrt sofort nach Flensburg zurück.
Im Artikel 1 der Kapitulationsurkunde heißt es (x063/602): >>... (daß die) hier Unterzeichneten ... im Auftrag des Oberkommandos der Deutschen Wehrmacht handeln.<<
Die Gesamtkapitulation war demnach rein militärischer Natur und keine politische Übergabe

des gesamten deutschen Staatswesens, denn nicht die politischen Machthaber des Deutschen Reiches, sondern die Oberbefehlshaber der deutschen Wehrmacht unterzeichneten die Kapitulationsurkunde.
Mit dieser Kapitulation verhindert die deutsche Wehrmacht wahrscheinlich unwissentlich den Abwurf der ersten Atombombe auf ein Ziel in Deutschland (x090/296).

08.05.1945

Der britische Rundfunk meldet die bedingungslose Kapitulation der Wehrmacht: >>**DEUTSCHLAND IST EIN UNTERWORFENES, EROBERTES LAND!**<<
Churchills Kommentar lautet damals (x111/12): >>Die bedingungslose Kapitulation unserer Feinde war das Signal für den größten Freudenausbruch in der Geschichte der Menschheit.<<
Die US-Regierung protestiert wieder gegen die eigenmächtige Errichtung von polnischen Besatzungszonen (x001/109E): >>In der amerikanischen Note vom 8. Mai 1945 wurde erklärt, daß die Warschauer Regierung in den ostdeutschen Gebieten bereits ihren vollständigen Staatsapparat errichtet und ihre Gesetze in Kraft gesetzt habe, daß ferner bereits eine Umsiedlung von Polen in diese Gebiete begonnen habe und offensichtlich eine noch weitere Ausdehnung der polnischen Verwaltung in Ostdeutschland geplant sei.
Diese Maßnahmen seien einseitige Handlungen ohne vorherige Beratung und verstießen gegen die Grundsätze, die in Jalta über die Kontrolle und Besetzung Deutschlands aufgestellt worden seien.<<
Stalin erwidert daraufhin beschwichtigend, daß diese Maßnahmen nichts mit der endgültigen Grenzziehung zu tun hätten.
Erich Kästner (1899-1974, Schriftsteller) kritisiert die zwielichtige Außenpolitik der Alliierten (x111/13): >>Wer hat denn, als längst der Henker bei uns öffentlich umging, mit Hitler paktiert? Das waren nicht wir. ...
Wer hat denn Konkordate (Verträge zwischen Staat und der katholischen Kirche) abgeschlossen? Handelsverträge unterzeichnet? Diplomaten zur Gratulationscour und Athleten zur Olympiade nach Berlin geschickt?
Wer hat denn den Verbrechern die Hand gedrückt statt den Opfern?
Wir nicht, meine Herren Pharisäer!<<

09.05.1945

Da Stalin ausdrücklich die Wiederholung der deutschen Kapitulationserklärung verlangt, unterzeichnen Generalfeldmarschall Wilhelm Keitel (Chef des OKW), Generaladmiral von Friedeburg (Oberbefehlshaber der Kriegsmarine) und Generaloberst Hans-Jürgen Stumpff (stellvertretender Oberbefehlshaber der Luftwaffe) um 0.16 Uhr die militärische Kapitulationsurkunde im sowjetischen Hauptquartier in Berlin-Karlshorst.
Die militärische Kapitulationsurkunde lautet wie folgt (x092/927): >>1. Wir, die hier Unterzeichneten, die wir im Auftrage der Deutschen Wehrmacht handeln, übergeben hiermit bedingungslos dem Obersten Befehlshaber der Alliierten Expeditionsstreitkräfte und gleichzeitig dem Oberkommando der Roten Armee alle gegenwärtig unter deutschem Befehl stehenden Streitkräfte zu Lande, zu Wasser und in der Luft.<<
Die deutsche Gesamtkapitulation tritt unverändert am 9. Mai 1945 um 0.01 Uhr in Kraft. An allen deutschen Frontabschnitten (mit Ausnahme der Tschechoslowakei) ruhen die Waffen.
Nach der Kapitulation verkündet Stalin in einer Rundfunkansprache, daß die deutsche Einheit erhalten werden soll und es keine Zerstückelung des Deutschen Reiches geben wird (x040/-285).

11.05.1945

Die französische Nachrichtenagentur "AFP" meldet am 11. Mai 1945, daß die militärische Besetzung Deutschlands in der Hauptsache nach dem Morgenthau-Plan erfolgen soll (x043/-31): >>**Zertrümmerung des deutschen Industriestaates**

Die militärische Besetzung durch die Truppen der USA, Großbritanniens, der Sowjetunion und Frankreichs erfolgt nach den Plänen des amerikanischen Finanzsekretärs Morgenthau, der das hochindustrialisierte Deutschland zu einem reinen Agrarstaat machen will.
Für die amerikanische Besatzungszone gelten folgende Richtlinien: Vollständige Entwaffnung der Deutschen, Ausschaltung der Rüstungsbetriebe, Überführung der deutschen Industrieeinrichtungen nach den von den Nationalsozialisten verwüsteten europäischen Ländern, Aufstellung deutscher Arbeiterbataillone für den Wiederaufbau der verwüsteten Gebiete, Beschlagnahme der deutschen Patente, Kontrolle über die Finanzoperationen der deutschen Banken, Aufteilung des deutschen Großgrundbesitzes in Bauernhöfe, Lieferungen von Rohstoffen nach den alliierten Ländern, Verbot des Baues von Flugzeugen, Beschränkung der deutschen Industrieproduktion, Kontrolle der örtlichen Verwaltungen, Rückführung der während des Krieges geraubten Güter, Schadenersatz usw.<<

12.05.1945

Churchill sendet ein Telegramm an US-Präsident Truman (x043/98): >>Die Lage in Europa beunruhigt mich zutiefst. ... Es liegt offen zutage, daß unsere Macht auf dem europäischen Kontinent binnen kurzem dahinscheiden wird. ... Ich habe mich stets um die Freundschaft der Russen bemüht; aber ihre falsche Auslegung der Jalta-Beschlüsse, ihre Haltung gegen Polen, ihr überwältigender Einfluß auf dem Balkan, ... vor allem ihre Fähigkeit, lange Zeit große Armeen im Felde stehen zu lassen, beunruhigen mich. ...
Ein eiserner Vorhang ist vor ihrer Front niedergegangen. Was dahinter vorgeht wissen wir nicht. Es ist kaum zu bezweifeln, daß der gesamte Raum östlich der Linie Lübeck - Triest - Korfu schon binnen kurzem völlig in sowjetischer Hand sein wird. General Eisenhower wird alle nur möglichen Maßnahmen treffen müssen, um eine 2. Massenflucht der Deutschen nach Westen zu verhindern, wenn dieser enorme moskowitische Vormarsch ins Herz Europas erfolgt. ... Damit werden uns russisch besetzte Territorien von vielen hundert Kilometern Tiefe wie ein breites Band von Polen abschneiden.<<

24.05.1945

Die polnische Regierung erläßt ein Dekret über die Verwaltung der "Wiedergewonnenen Gebiete" und unterstellt die deutschen Ostgebiete den Organen des polnischen Staates (x001/-108E).

04.06.1945

Churchill warnt die US-Regierung vor Stalins Einflußnahme in Westeuropa und lehnt die Übergabe Mitteldeutschlands ab (x118/29): >>Ich sehe dem im Mittelabschnitt unserer Front beabsichtigten Rückzug der amerikanischen Armee auf unsere Zonengrenzen mit größtem Unbehagen entgegen, ist doch der Vormarsch der Sowjetmacht ins Herz Westeuropas und die Senkung eines eisernen Vorhangs zwischen uns und dem ganzen Osten verbunden.
Ich hatte gehofft, dieser Rückzug würde, falls er überhaupt erfolgen muß, von der Regelung vieler wesentlicher Dinge begleitet sein, die allein eine echte Grundlage des Weltfriedens darstellen könnten. Noch ist nichts von Bedeutung geregelt.<<

05.06.1945

Mit der "Berliner Deklaration" vom 5. Juni 1945 wird die deutsche Regierungsgewalt offiziell beendet und an die 4 Militärgouverneure der alliierten Siegermächte (Eisenhower, Montgomery, Shukow und de Lattre de Tassigny) übertragen.
Die Aufteilung in 4 Besatzungszonen erfolgt nach den Grenzen des Deutschen Reiches von 1937. Berlin wird in 4 Sektoren eingeteilt. Die oberste Regierungsgewalt übt ein Kontrollrat der 4 alliierten Oberbefehlshaber (Sitz in Berlin) aus, der damit die Verantwortung für die Aufrechterhaltung der Ordnung und für die Verwaltung des Landes übernimmt (Übernahme der "absoluten Autorität").
In der Erklärung der Siegermächte vom 5. Juni 1945 heißt es (x101/185):

>>**Erklärung**
In Anbetracht der Niederlage Deutschlands und der Übernahme der obersten Regierungsgewalt hinsichtlich Deutschlands durch die Regierungen des Vereinigten Königreichs, der Vereinigten Staaten von Amerika und der Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken und durch die Provisorische Regierung der Französischen Republik ...
Die deutschen Streitkräfte zu Lande, zu Wasser und in der Luft sind vollständig geschlagen und haben bedingungslos kapituliert, und Deutschland, das für den Krieg verantwortlich ist, ist nicht mehr fähig, sich dem Willen der siegreichen Mächte zu widersetzen. Dadurch ist die bedingungslose Kapitulation Deutschlands erfolgt, und Deutschland unterwirft sich allen Forderungen, die ihm jetzt oder später auferlegt werden.
Es gibt in Deutschland keine zentrale Regierung oder Behörde, die fähig wäre, die Verantwortung für die Aufrechterhaltung der Ordnung, für die Verwaltung des Landes und für die Ausführung der Forderungen der siegreichen Mächte zu übernehmen.
Unter diesen Umständen ist es notwendig, unbeschadet späterer Beschlüsse, die hinsichtlich Deutschlands geschlossen werden mögen, Vorkehrungen für die Einstellung weiterer Feindseligkeiten seitens der deutschen Streitkräfte, für die Aufrechterhaltung der Ordnung in Deutschland und für die Verwaltung des Landes zu treffen und die sofortigen Forderungen zu verkünden, denen Deutschland nachzukommen verpflichtet ist.
Die Vertreter der obersten Kommandobehörden des Vereinigten Königreichs, der Vereinigten Staaten von Amerika, der Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken und die Provisorische Regierung der Französischen Republik, im folgenden "Alliierte Vertreter" genannt, die mit der Vollmacht ihrer betreffenden Regierungen und im Interesse der Vereinten Nationen handeln, geben dementsprechend die folgende Erklärung ab:
Die Regierungen des Vereinigten Königreichs, der Vereinigten Staaten von Amerika, der Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken und die Provisorische Regierung der Französischen Republik übernehmen hiermit die oberste Regierungsgewalt in Deutschland, einschließlich aller Befugnisse der deutschen Regierung, des Oberkommandos der Wehrmacht und der Regierungen, Verwaltungen oder Behörden der Länder Städte und Gemeinden. Die Übernahme zu den vorstehend genannten Zwecken der besagten Regierungsgewalt und Befugnisse bewirkt nicht die Annektierung Deutschlands.
Die Regierungen des Vereinigten Königreichs, der Vereinigten Staaten von Amerika, der Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken und die Provisorische Regierung der Französischen Republik werden später die Grenzen Deutschlands oder irgendeines Teiles Deutschlands und die rechtliche Stellung Deutschlands oder irgendeines Gebietes, das gegenwärtig einen Teil deutschen Gebietes bildet, festlegen.
Kraft der obersten Regierungsgewalt und Befugnisse, die die vier Regierungen auf diese Weise übernommen haben, verkünden die Alliierten Vertreter die folgenden Forderungen, die sich aus der vollständigen Niederlage und der bedingungslosen Kapitulation Deutschlands ergeben und denen Deutschland nachzukommen verpflichtet ist. ...<<
Die siegreichen Mächte sind aufgrund dieser Deklaration für sämtliche Geschehnisse in ihrer Zone verantwortlich. Fragen, die das gesamte Deutsche Reich betreffen, sind gemeinsam und einstimmig durch die Mitglieder des alliierten Kontrollrats zu entscheiden.
Die Berliner Erklärung vom 5. Juni 1945 stellt z.B. eindeutig fest, daß das Deutsche Reich als Völkerrechtssubjekt nicht untergehen soll (x151/67).
Es ist noch immer eine ungelöste staatsrechtliche Frage, ob die Alliierten nach der "militärischen Kapitulation" überhaupt berechtigt waren, die Regierungsgewalt in Deutschland zu übernehmen oder ob das Deutsche Reich nach wie vor existierte.

Gemäß Haager Landkriegsordnung blieb das Deutsche Reich von 1871/1919 jedenfalls weiterhin völkerrechtlich bestehen, denn es wurde nachweislich nicht annektiert, sondern nur besetzt (x063/605).
Prof. Rudolf Laun (deutscher Staats- und Völkerrechtler) schrieb später z.B. über den Fortbestand des Deutschen Reiches, daß die Siegermächte nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges verpflichtet gewesen wären, die Bestimmungen der Haager Landkriegsordnung gegenüber dem geschlagenen Deutschland anzuwenden (x063/604).

08.06.1945

Der Londoner "Exchange Telegraph" berichtet über das besetzte Deutschland (x043/75):
>>Von einem Gebiet innerhalb der Grenzen von 1937 mit 471.000 qkm werden die Russen 221.000 qkm oder 47 % besetzen. ...
In der russischen Zone befinden sich 9 von 27 deutschen Städten mit einer Einwohnerzahl von mehr als 200.000. Bemerkenswert ist, daß die Russen in ihrer Zone die intakt gebliebene Großindustrie des Reiches haben werden und daß Bombenschäden in den von den Russen besetzten Provinzen am geringsten sind. Neben einer wesentlich höheren Industriekapazität liegt auch die Nahrungsmittelerzeugung in der russischen Zone wesentlich günstiger.<<

09.06.1945

Die sowjetische Besatzungsmacht übernimmt in der SBZ sämtliche Verwaltungsaufgaben. Marschall Shukow, Oberbefehlshaber der sowjetischen Besatzungstruppen, läßt am 9. Juni 1945 die "Sowjetische Administration für Deutschland" (SMAD) errichten. Dieser Apparat stellt eine zentrale sowjetische Regierung dar (x009/358).
Die SMAD setzt danach lokale und regionale deutsche Verwaltungen ein und befiehlt die Errichtung von "Deutschen Zentralverwaltungen".

14.06.1945

Die tschechoslowakische Regierung fordert von Polen die Abtretung der Gebiete um Glatz, Ratibor und das Hultschiner Ländchen (x111/36).

16.06.1945

Stalin telegrafiert an US-Präsident Truman und fordert, die US-Truppen ab 1. Juli aus den westlichen Gebieten der sowjetischen Besatzungszone (Mitteldeutschland) abzuziehen (x116/58).
Das Statut der Vereinten Nationen wird am 16. Juni 1945 veröffentlicht (x058/377-378):
>>Kapitel I: Ziele und Grundsätze.
Artikel 1: Die Ziele der Vereinten Nationen sind:
1. Internationalen Frieden und internationale Sicherheit aufrechtzuerhalten und zu diesem Zwecke: wirksame gemeinsame Maßnahmen zur Verhütung und Beseitigung von Bedrohungen des Friedens und zur Unterdrückung von Angriffshandlungen oder anderen Friedensbrüchen zu treffen und auf friedlichem Wege und gemäß den Grundsätzen der Gerechtigkeit und des Völkerrechts für die Schlichtung oder Entscheidung zwischenstaatlicher Streitfragen oder Regelung möglicherweise zu einem Friedensbruch führender Situationen zu sorgen;
2. freundschaftliches, auf Achtung für den Grundsatz gleicher Rechte und der Selbstbestimmung der Völker beruhende Beziehungen zwischen Nationen herbeizuführen und zu pflegen und andere geeignete Maßnahmen zur Stärkung allgemeinen Friedens zu treffen;
3. Zusammenarbeit der Nationen zu erzielen in der Lösung internationaler, wirtschaftlicher, sozialer, kultureller und humanitärer Probleme und bei der Förderung und Unterstützung des Respekts für die Grund- und Freiheitsrechte des Menschen für alle, ohne Unterschied der Rasse, des Geschlechts, der Sprache oder der Religion; und
4. ein Mittelpunkt zu sein, von dem aus die Handlungen der Nationen zur Erreichung dieser gemeinsamen Ziele in Einklang gebracht werden.
Artikel 2: Die Organisation und ihre Mitglieder sollen entsprechend den in Artikel 1 festge-

stellten Zielen in ihren Handlungen folgende Grundsätze beobachten:
1. Die Organisation beruht auf dem Grundsatz gleicher Souveränität aller ihrer Mitglieder.
2. Um die aus der Mitgliedschaft sich ergebenen Rechte und Rechtsvorteile für alle Mitglieder zu sichern, sollen alle Mitglieder die von ihnen gemäß dem gegenwärtigen Pakt übernommenen Verpflichtungen in Treu und Glauben erfüllen.
3. Alle Mitglieder sollen ihre zwischenstaatlichen Streitigkeiten auf friedlichem Wege auf eine solche Weise schlichten, daß internationaler Friede und internationale Sicherheit und Gerechtigkeit nicht gefährdet werden.
4. Alle Mitglieder sollen in ihren zwischenstaatlichen Beziehungen Androhung oder Anwendung von Gewalt gegen die Unversehrtheit des Gebietes oder politische Unabhängigkeit irgendeines Staates oder sonst irgendeine andere mit den Zielen der Vereinten Nationen unvereinbare Handlungsweise unterlassen. ...
Artikel 4:
1. Mitgliedschaft in den Vereinten Nationen steht allen anderen friedliebenden Staaten offen, welche die in dem gegenwärtigen Pakte enthaltenen Verpflichtungen übernehmen und nach Ansicht der Organisation fähig und willig sind, diese Verpflichtungen zu erfüllen. ...<<

20.06.1945

Nach langen Streitereien zwischen Polen und der CSR schaltet sich am 20. Juni 1945 die UdSSR ein. Polen muß die im Oktober 1938 besetzten Gebiete in Teschen räumen und an die CSR abtreten (x040/288).

26.06.1945

In San Francisco unterzeichnen 50 Nationen die Charta der Vereinten Nationen.
Die Unterschrift der provisorischen polnischen Regierung wird von den Westmächten zunächst nicht anerkannt und muß am 15.10.1945 nachvollzogen werden (x040/289).
Die UN-Satzung beginnt mit folgenden Worten (x069/202): >>Wir, die Völker der Vereinten Nationen, sind entschlossen, die nachfolgenden Generationen vor der Geißel des Krieges zu bewahren, der zweimal zu unseren Lebzeiten unsagbares Elend über die Menschen gebracht hat, und den Glauben an die fundamentalen Menschenrechte, an die Würde und den Wert der menschlichen Person und an die gleichen Rechte von Männern und Frauen und der großen wie der kleinen Völker erneut zu bekräftigen und Verhältnisse herzustellen, unter denen Gerechtigkeit und Achtung vor den Verpflichtungen aufrechterhalten werden können, die sich aus den Verträgen und anderen Quellen des Völkerrechts ergeben.<<
Bei dieser Konferenz wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die deutschen Vertriebenen und Flüchtlinge von der internationalen Flüchtlingsfürsorge ausgeschlossen werden (x024/-344).

01.07.1945

Aufgrund der endgültigen Einteilung der Besatzungszonen räumen die nordamerikanischen und britischen Truppen vom 1. Juli bis zum 4. Juli 1945 sämtliche eroberten Gebiete in Mecklenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt und das gesamte Land Thüringen (x111/41).
Teile der mitteldeutschen Gebiete (ca. 7,0 Millionen Einwohner) werden bereits seit dem 21.06.1945 von der sowjetischen Militäradministration (SMAD) verwaltet.
Während die Berliner in den Westsektoren aufatmen können, beginnt nach dem Einzug der Roten Armee für die Mitteldeutschen ein endloser Leidensweg.
Diese Aufteilung in Besatzungszonen und Abmachungen der Besatzungsmächte verhindern zunächst weitere Wanderungsbewegungen in den Westen.
Churchill kritisiert den Rückzug der Nordamerikaner und Briten aus Mitteldeutschland (x111/42): >>Sowjetrußland setzte sich im Herzen Europas fest. Es war für die Menschheit ein verhängnisvoller Tag. ...<<

02.07.1945
Der tschechoslowakische Ministerpräsident Fierlinger fordert in einer Rundfunkrede die von Polen besetzten Glatzer Gebiete (Glatz, Leobschütz und Ratibor). Die polnisch-tschechischen Auseinandersetzungen erhalten dadurch neuen Auftrieb (x005/587).
09.07.1945
Die SMAD stellt Stettin unter polnische Verwaltung (x111/46).
17.07.1945
Die Konferenz von Potsdam beginnt.
Im Verlauf der Potsdamer Konferenz, die vom 17. Juli bis 2. August 1945 im Schloß Cäcilienhof bei Potsdam stattfindet, verhandeln Stalin, Truman, Churchill (bis zur Wahlniederlage am 28.07.) und Attlee (ab 29.07.) angeblich über gemeinsame Maßnahmen zur Behandlung des Deutschen Reiches und die Schaffung einer neuen Friedensordnung.
Den beteiligten Konferenzteilnehmern geht es jedoch in erster Linie um Reparationsregelungen, so daß sich die Potsdamer Verhandlungen schnell zum verbissenen Kampf um die Kriegsbeute entwickeln.
Die Vertreibung der Reichs- und Volksdeutschen aus Ostdeutschland, Polen, der CSR und Ungarn wird trotz der langen Verhandlungsdauer nicht mehr ernsthaft diskutiert. Die sog. "Umsiedlung" der Deutschen wird lediglich noch zur Kenntnis genommen.
18.07.1945
Die dänische Regierung befürwortet die Internationalisierung Südschleswigs und des Nord-Ostseekanals (x111/51).
21.07.1945
Während der Potsdamer Konferenz erwähnt man am 21. Juli 1945 im nordamerikanischen Sitzungsprotokoll erstmalig die Umsiedlungsfrage (x128/187): >>... Stalin beharrte darauf, daß auf dem Papier diese Gebiete (deutsche Ostprovinzen) zwar zum deutschen Staatsgebiet gehörten, in Wirklichkeit aber polnische Gebiete seien, da es in ihnen keine deutsche Bevölkerung gebe.
Der Präsident (Truman) bemerkte, daß 9 Millionen Deutsche sehr viel seien.
Stalin behauptete, daß sie alle geflohen seien. (US-Stabschef Admiral Leahy flüsterte Präsident Truman ins Ohr: "Die Bolschewiken haben sie alle umgebracht." - x150/12)
Churchill bemerkte, daß man, wenn dies zutreffe, sich die Möglichkeit überlegen sollte, wie man sie in den Gebieten, in die sie geflohen seien, mit Lebensmitteln versorgen könne, da die Erzeugung des Gebietes, das sie verlassen hätten, nicht für die Ernährung der deutschen Bevölkerung zur Verfügung stehe.
Churchill sagte, daß seinem Vernehmen nach im Rahmen des von der sowjetischen Regierung unterbreiteten polnischen Planes ein Viertel der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche des deutschen Gebietes vom Jahre 1937 vom deutschen Gebiet abgetrennt würde, von dem man bei der Versorgung mit Lebensmitteln ausgehe. Das sei ungeheuerlich.
Was die Bevölkerung anbetreffe, so scheine es so zu sein, daß 3 bis 4 Millionen Menschen aus dem Gebiet östlich der Curzon-Linie ausgesiedelt würden, die Zahl der aus dem deutschen Gebiet auszusiedelnden Bevölkerung vor dem Kriege sich jedoch auf 8,5 (Millionen) belaufen habe.
Es liege auf der Hand, daß es eine schwerwiegende Sache sei, deutsche Bevölkerungsteile geschlossen auszusiedeln und das übrige Deutschland mit ihrer Versorgung zu belasten, wenn man ihnen die Möglichkeit zur Versorgung mit Lebensmitteln genommen habe. ...
Stalin sagte, das Gebiet sei von den Polen bewohnt, die die Felder bearbeiteten, und nicht von Deutschen. Es sei unmöglich, von den Polen zu verlangen, die Felder zu bearbeiten und die Lebensmittel den Deutschen zu geben. ...<<
US-Präsident Truman erklärt zum Schluß (x150/13): >>Ich kann mich im Hinblick auf die

Lösung der Reparationsfrage und im Hinblick auf die Versorgung der gesamten deutschen Bevölkerung mit Nahrungsmitteln und Kohle nicht mit der Fortnahme des östlichen Teils von Deutschland in den Grenzen von 1937 einverstanden erklären.<<

22.07.1945

Im Verlauf der Potsdamer Konferenz begründet Churchill nochmals seine Ablehnung, die polnische Westgrenze an die westliche Neiße zu verlegen (x150/13): >>Wir hegen ... einige Zweifel moralischer Art, ob eine so große Bevölkerungsumsiedlung wünschenswert ist. Wir sind im Prinzip mit einer Umsiedlung einverstanden, jedoch nur in den gleichen Ausmaßen, wie die Bevölkerung östlich der Curzon-Linie umgesiedelt wird. Wenn von einer Umsiedlung von 8 oder 9 Millionen Menschen die Rede ist, dann halten wir das nicht für richtig.<<

23.07.1945

Bei der Potsdamer Konferenz wird die Abtretung von "Königsberg und Umgebung" erörtert. Die zurückgebliebene ostpreußische Bevölkerung erwähnt man überhaupt nicht (x150/14).

24.07.1945

Eine polnische Delegation begründet bei der Potsdamer Konferenz die Notwendigkeit der Oder-Neiße-Linie. Polen soll ein Staat ohne nationale Minderheiten werden. Das Schicksal der Minderheiten wird nicht diskutiert (x150/14).

Churchill warnt vor der polnischen Expansion nach Westen (x039/229).

US-Präsident Truman informiert Stalin "beiläufig" über den erfolgreichen Atombombentest in Los Alamos, um ihn einzuschüchtern (x116/68).

29.07.1945

Die Potsdamer Konferenz wird mit dem unerfahrenen britischen Labour-Chef Premierminister Attlee (1883-1967, von 1922-24 Privatsekretär des Labour-Parteiführers, ab 1935 Vorsitzender der Labour-Party, 1945-1951 britischer Ministerpräsident) fortgesetzt.

Der sowjetische Außenminister Molotow fordert mit allem Nachdruck die Oder und westliche Neiße als Polens Westgrenze (x039/229).

31.07.1945

Die große deutsche Hafenstadt Stettin, die bisher noch nicht ernsthaft als offizielles Abtretungsobjekt erwähnt worden ist, wird während der Potsdamer Konferenz trotz ihrer Lage (westlich der Oder) dem polnischen Territorium zugeordnet.

Nachdem Stalin die maßlosen sowjetischen Reparationsforderungen reduziert, stimmen die sichtlich erschöpften Westalliierten irgendwann gedankenlos und leichtfertig den sowjetisch-polnischen Gebietsforderungen zu.

US-Außenminister Byrnes stellt lediglich fest, daß die Festlegung der Oder-Neiße-Linie erst nach Abschluß eines Friedensvertrages erfolgen würde und deshalb nicht endgültig sei. Stalin bestätigt diese Feststellung (x039/229).

Nach den Protokollen der US-Delegation bestätigt Präsident Truman zum Schluß (x028/176): >>Damit ist die polnische Frage erledigt. ...

(Stalin): Stettin liegt auf polnischem Territorium. ...

(Der britische Außenminister Bevin antwortet): Ja, wir sollten die Franzosen verständigen. ...<<

02.08.1945

Die Potsdamer Konferenz wird am 2. August 1945 um 0.30 Uhr beendet. Im Verlauf dieser internationalen Konferenz schließen die Alliierten keine völkerrechtlichen Verträge. Es handelt sich lediglich um Absprachen bzw. Vereinbarungen zwischen den Siegermächten und den Vertreiberstaaten (x150/18-19).

Mit Verabschiedung der Potsdamer Erklärung werden die jahrhundertealten Grenzen des deutschen Volkes beispiellos verändert. Die westlichen Alliierten beginnen gleichzeitig eine "Politik des Aufschubs" ("policy of postponement"). Die Unbestimmtheiten des Potsdamer Ab-

kommens verursachen nicht nur einen jahrzehntelangen Schwebezustand der künftigen deutschen Staatsgrenzen, sondern sie besiegeln außerdem endgültig das Schicksal der Reichs- und Volksdeutschen in Ost-Mitteleuropa.

03.08.1945

Aufgrund der Potsdamer Beschlüsse tritt die polnische Verwaltung der deutschen Ostgebiete und die ostpreußische Teilung in Kraft (x111/55).

07.08.1945

Die französische Regierung stimmt den Potsdamer Beschlüssen - mit Ausnahme der Abschnitte, die sich auf die Erhaltung der Einheit Deutschlands beziehen - nachträglich am 7.08.1945 zu, lehnt es jedoch ab, die französische Besatzungszone für deutsche Flüchtlinge und Vertriebene zu öffnen (x040/293, x118/31).

09.08.1945

In einem Rundfunkbericht teilt US-Präsident Truman erstmalig offiziell mit, daß der verstorbene US-Präsident Roosevelt bereits während der Jalta-Konferenz (04.-11.02.1945) der Abtretung von ostpreußischen Gebieten an die UdSSR zugestimmt hat (x028/177): >>Das Territorium, das die Polen verwalten sollen, wird Polen ermöglichen, seine Bevölkerung besser zu unterhalten. Es wird eine kurze und besser zu verteidigende Grenze zwischen Polen und Deutschland schaffen. Von Polen besiedelt, wird es zu einer homogeneren Nation führen.<<

16.08.1945

Die UdSSR und Polen schließen ein Grenzabkommen über die gemeinsame "ostpreußische Grenze".

Im Artikel 1 des Grenzvertrages stellt man fest, daß die sowjetisch-polnische Staatsgrenze entlang der "Curzon-Linie" verläuft (x111/65).

Die endgültige Grenzziehung wird jedoch ausdrücklich bis zum Abschluß eines Friedensvertrages aufgeschoben (x028/178).

Churchill, der neue Oppositionsführer (ein ehemaliger Befürworter der Vertreibungspolitik), beklagt am 16. August 1945 vor dem britischen Unterhaus die Ausweisung der Deutschen aus dem "neuen Polen" und der CSR (x028/128,178): >>... Besonders beschäftigen mich in diesem Augenblick die Berichte, die uns über die Bedingungen zukommen, unter denen die Vertreibung und der Auszug der Deutschen aus dem neuen Polen durchgeführt werden. Vor dem Krieg lebten acht bis neun Millionen Menschen in diesen Gebieten. Die polnische Regierung sagt, von diesen befänden sich noch 1.500.000, die bisher nicht vertrieben wurden, innerhalb der neuen Grenzen. Andere Millionen müssen hinter den britischen und amerikanischen Linien Zuflucht genommen haben, wodurch sie die Lebensmittelknappheit in unserer Zone erhöhen.

Über eine riesige Anzahl fehlt jede Nachricht. Wohin haben sie sich gewandt, was war ihr Schicksal? Die gleichen Zustände können sich in veränderter Form bei der Ausweisung einer großen Anzahl Sudetendeutscher und anderer Deutscher aus der Tschechoslowakei wiederholen.

Spärliche und vorsichtige Berichte über die Dinge, die vor sich gingen und gehen, sind durchgesickert; es ist aber nicht ausgeschlossen, daß eine Tragödie ungeheuren Ausmaßes sich hinter dem Eisernen Vorhang, der Europa gegenwärtig entzweischneidet, abspielt. ...<<

>>... Ich muß meine persönliche Meinung zu Protokoll geben, daß die Polen zugestandene, provisorische Westgrenze, die ... ein Viertel des Ackerlandes ganz Europas umschließt, kein gutes Vorzeichen für die künftige Karte Europas ist. ...<<

20.08.1945

Außenminister Bevin berichtet im britischen Unterhaus über die Folgen der Potsdamer Konferenz (x028/241): >>Die Frage des endgültigen zukünftigen Gebiets von Polen muß am Verhandlungstisch für den Frieden geregelt werden, und ich persönlich sehe die Gefahr - und

schließe mich damit der von dem sehr ehrenwerten Mitglied für Woodford (Churchill) geäußerten Ansicht an - daß die Polen zu weit nach Westen geraten.<<

22.08.1945

Das sogenannte Potsdamer Protokoll (Mitteilung über die Dreimächte-Konferenz, die vom 17. Juli bis zum 2. August 1945 in Potsdam stattfindet) wird am 22. August 1945 veröffentlicht (x156/12-14, x028/253-254, x156/14-16, x028/256-258): >>...

I. ... Die Konferenz schloß am 2. August 1945. Es wurden wichtige Entscheidungen und Vereinbarungen getroffen. Es fand ein Meinungsaustausch über eine Reihe anderer Fragen statt. Die Beratung dieser Probleme wird durch den Rat der Außenminister, der durch diese Konferenz geschaffen wurde, fortgesetzt.

Präsident Truman, Generalissimus Stalin und Premierminister Attlee verlassen diese Konferenz, welche das Band zwischen den drei Regierungen fester geknüpft und die Rahmen ihrer Zusammenarbeit und Verständigung erweitert hat, mit einer erneuerten Überzeugung, daß ihre Regierungen und Völker, zusammen mit anderen Vereinten Nationen, die Schaffung eines gerechten und dauerhaften Friedens sichern werden.

II. Die Einrichtung eines Rates der Außenminister

... 3a. Als eine vordringliche und wichtige Aufgabe des Rates wird ihm aufgetragen, Friedensverträge für Italien, Rumänien, Bulgarien, Ungarn und Finnland aufzusetzen, um sie den Vereinten Nationen vorzulegen und Vorschläge zur Regelung der ungelösten territorialen Fragen, die in Verbindung mit der Beendigung des Krieges in Europa entstehen, auszuarbeiten. Der Rat wird zur Vorbereitung einer friedlichen Regelung für Deutschland benutzt werden, damit das entsprechende Dokument durch die für diesen Zweck geeignete Regierung Deutschlands angenommen werden kann, wenn eine solche Regierung gebildet sein wird. ...

III. Über Deutschland

Alliierte Armeen führen die Besetzung von ganz Deutschland durch, und das deutsche Volk fängt an, die furchtbaren Verbrechen zu büßen, die unter der Leitung derer, welche es zur Zeit ihrer Erfolge offen gebilligt und denen es blind gehorcht hat, begangen wurden. ...

Der deutsche Militarismus und Nationalsozialismus werden ausgerottet und die Alliierten treffen nach gegenseitiger Vereinbarung in der Gegenwart und in der Zukunft auch andere Maßnahmen, die notwendig sind, damit Deutschland niemals mehr seine Nachbarn oder die Erhaltung des Friedens in der ganzen Welt bedrohen kann.

Die Alliierten sind nicht gewillt, das deutsche Volk zu vernichten oder in die Sklaverei zu stürzen. Die Alliierten haben vor, dem deutschen Volk eine Möglichkeit zu geben, sich vorzubereiten, um zukünftig die Wiederherstellung seines Lebens auf einer demokratischen und friedlichen Grundlage zu verwirklichen. Wenn die eigenen Anstrengungen des deutschen Volkes unablässig auf die Erreichung dieses Zieles gerichtet sein werden, wird es ihm möglich sein, zu gegebener Zeit einen Platz unter den freien Völkern der Welt einzunehmen. ...

A. Politische Grundsätze

1. Entsprechend der Übereinkunft über das Kontrollsystem in Deutschland wird die höchste Regierungsgewalt in Deutschland durch die Oberkommandierenden der Streitkräfte der Sozialistischen Sowjetrepubliken, der Vereinigten Staaten von Amerika, des Vereinigten Königreiches und der Französischen Republik, welche in ihrer Eigenschaft als Mitglieder des Kontrollrats handeln, jeder in seiner Besatzungszone nach den Leitsätzen seiner entsprechenden Regierung sowie gemeinsam in den ganz Deutschland betreffenden Fragen ausgeübt.

2. Soweit dieses praktisch durchführbar ist, muß die Behandlung der deutschen Bevölkerung in ganz Deutschland gleich sein.

3. Die Ziele der Besetzung Deutschlands, durch welche der Kontrollrat sich leiten lassen soll, sind:

I. Völlige Abrüstung und Demilitarisierung Deutschlands und die Liquidierung der gesamten

deutschen Industrie, welche für eine Kriegsproduktion benutzt werden kann, oder deren Überwachung. ...
II. Das deutsche Volk ist zu überzeugen, daß es eine militärische Niederlage erlitten hat und daß es sich nicht der Verantwortung entziehen kann für das, was es auf sich geladen hat, indem seine eigne mitleidlose Kriegsführung und der fanatische Widerstand der Nazis das deutsche Wirtschaftsleben zerstört und Chaos und Elend unvermeidlich gemacht haben.
III. Die nationalsozialistische Partei mit ihren angeschlossenen Gliederungen und Unterorganisationen sind zu vernichten; alle nationalsozialistischen Ämter sind aufzulösen; es sind Sicherheiten dafür zu schaffen, daß sie in keiner Form wieder auferstehen können, jeder nazistischen Propaganda ist vorzubeugen.
IV. Die endgültige Umgestaltung des deutschen politischen Lebens auf demokratischer Grundlage und eine eventuelle friedliche Mitarbeit Deutschlands am internationalen Leben sind vorzubereiten. ...<<
>>... 4. Alle nazistischen Gesetze, welche die Grundlagen für das Hitlerregime geliefert haben oder eine Diskriminierung aufgrund der Rasse, Religion oder politischen Überzeugung errichteten, müssen abgeschafft werden. Keine solche Diskriminierung, weder eine rechtliche, noch eine administrative oder irgendeiner anderen Art, wird geduldet werden.
5. Kriegsverbrecher und alle diejenigen, die an der Planung oder Verwirklichung nazistischer Maßnahmen, die Greuel oder Kriegsverbrechen nach sich zogen oder als Ergebnis hatten, teilgenommen haben, sind zu verhaften und dem Gericht zu übergeben. Nazistische Parteiführer, einflußreiche Nazianhänger und die Leiter der nazistischen Ämter und Organisationen und alle anderen Personen, die für die Besetzung und ihre Ziele gefährlich sind, sind zu verhaften und zu internieren.
6. Alle Mitglieder der nazistischen Partei, welche mehr als nominell an ihrer Tätigkeit teilgenommen haben, und alle anderen Personen, die den alliierten Zielen feindlich gegenüberstehen, sind aus den öffentlichen oder halböffentlichen Ämtern und von verantwortlichen Posten in wichtigen Privatunternehmungen zu entfernen. Diese Personen müssen durch Personen ersetzt werden, welche nach ihren politischen und moralischen Eigenschaften fähig erscheinen, an der Entwicklung wahrhaft demokratischer Einrichtungen in Deutschland mitzuwirken.
7. Das Erziehungswesen in Deutschland muß so überwacht werden, daß die nazistischen und militaristischen Lehren völlig entfernt werden und eine erfolgreiche Entwicklung der demokratischen Ideen möglich gemacht wird.
8. Das Gerichtswesen wird entsprechend den Grundsätzen der Demokratie und der Gerechtigkeit auf der Grundlage der Gesetzlichkeit und der Gleichheit aller Bürger vor dem Gesetz ohne Unterschied der Rasse, der Nationalität und der Religion reorganisiert werden.
9. Die Verwaltung Deutschlands muß in Richtung auf eine Dezentralisation der politischen Struktur und der Entwicklung einer örtlichen Selbstverwaltung durchgeführt werden. Zu diesem Zwecke:
(I) wird die lokale Selbstverwaltung in ganz Deutschland nach demokratischen Grundsätzen und zwar durch Wahlausschüsse (Räte), so schnell wie es mit der Wahrung der militärischen Sicherheit und mit den Zielen der militärischen Besatzung vereinbar ist, wiederhergestellt.
(II) sind in ganz Deutschland alle demokratischen politischen Parteien zu erlauben und zu fördern mit der Einräumung des Rechtes, Versammlungen einzuberufen und öffentliche Diskussionen durchzuführen. ...
(IV) wird bis auf weiteres keine zentrale deutsche Regierung errichtet werden. Jedoch werden einige wichtige zentrale deutsche Verwaltungsabteilungen errichtet werden, an deren Spitze Staatssekretäre stehen, und zwar auf den Gebieten des Finanzwesens, des Transportwesens, des Verkehrswesens, des Außenhandels und der Industrie. Diese Abteilungen werden unter der Leitung des Kontrollrates tätig sein.

10. Unter Berücksichtigung der Notwendigkeit zur Erhaltung der militärischen Sicherheit wird die Freiheit der Rede, der Presse und der Religion gewährt. Die religiösen Einrichtungen sollen respektiert werden. Die Schaffung freier Gewerkschaften, gleichfalls unter Berücksichtigung der Notwendigkeit der Erhaltung der militärischen Sicherheit, wird gestattet werden. ...<<

>>... **B. Wirtschaftliche Grundsätze**

11. Mit dem Ziele der Vernichtung des deutschen Kriegspotentials ist die Produktion von Waffen, Kriegsausrüstung und Kriegsmitteln, ebenso die Herstellung aller Typen von Flugzeugen und Seeschiffen zu verbieten und zu unterbinden. Die Herstellung von Metallen und Chemikalien, der Maschinenbau und die Herstellung anderer Gegenstände, die unmittelbar für die Kriegswirtschaft notwendig sind, ist streng zu überwachen und zu beschränken ... Die Produktionskapazität, entbehrlich für die Industrie, welche erlaubt sein wird, ist entsprechend dem Reparationsplan, ... entweder zu entnehmen oder, falls sie nicht entnommen werden kann, zu vernichten.

12. In praktisch kürzester Frist ist das deutsche Wirtschaftsleben zu dezentralisieren mit dem Ziel der Vernichtung der bestehenden übermäßigen Konzentration der Wirtschaftskraft, dargestellt insbesondere durch Kartelle, Syndikate, Trusts und andere Monopolvereinigungen.

13. Bei der Organisation des Wirtschaftslebens in Deutschland ist die Hauptaufmerksamkeit auf die Entwicklung der Landwirtschaft und der Friedensindustrie für den inneren Bedarf (Verbrauch) zu richten.

14. Während der Besatzungszeit ist Deutschland als ein einziges wirtschaftliches Ganzes zu betrachten. ...

15. Es ist eine alliierte Kontrolle über das deutsche Wirtschaftsleben zu errichten, jedoch nur in den Grenzen, die notwendig sind:

a) zur Erfüllung des Programms der industriellen Abrüstung und Demilitarisierung, der Reparationen und der erlaubten Aus- und Einfuhr,

b) zur Sicherung der Warenproduktion und der Dienstleistung, die zur Befriedigung der Bedürfnisse der Besatzungsstreitkräfte und der verpflanzten Personen in Deutschland notwendig sind, und die für die **Erhaltung eines mittleren Lebensstandards in Deutschland, der den mittleren Lebensstandard der europäischen Länder nicht übersteigt,** wichtig sind (Europäische Länder bedeuten alle europäischen Länder mit Ausnahme des Vereinigten Königreichs und der Sowjetunion) ...

e) zur Überwachung aller deutschen öffentlichen oder privaten wissenschaftlichen Forschungs- oder Versuchsanstalten. Laboratorien usw., die mit einer Wirtschaftstätigkeit verbunden sind.

16. Zur Einführung und Unterstützung der wirtschaftlichen Kontrolle, die durch den Kontrollrat errichtet worden ist, ist ein deutscher Verwaltungsapparat zu schaffen. ... Jede deutsche Verwaltung, die dem Ziel der Besatzung nicht entsprechen wird, wird verboten.

... 18. Der Kontrollrat hat entsprechende Schritte zur Verwirklichung der Kontrolle und der Verfügung über alle deutschen Guthaben im Auslande zu übernehmen, welche noch nicht unter die Kontrolle der alliierten Nationen, die an dem Kriege gegen Deutschland teilgenommen haben, geraten sind.

19. Nach der Bezahlung der Reparationen sind dem deutschen Volke genügend Mittel zu belassen, um ohne Hilfe von außen zu existieren.

IV. Reparationen aus Deutschland

In Übereinstimmung mit der Entscheidung der Krim-Konferenz, daß Deutschland gezwungen werden sollte, in größtmöglichem Ausmaß für die Verluste und Leiden, die es den Vereinten Nationen verursacht hat, und wofür das deutsche Volk der Verantwortung nicht entgehen kann, Ausgleich zu schaffen, wurde folgende Übereinkunft erreicht:

1. Die Reparationsansprüche der UdSSR sollen durch Entnahmen aus der von der UdSSR besetzten Zone in Deutschland und durch angemessene deutsche Auslandsguthaben befriedigt werden.
2. Die UdSSR wird die Reparationsansprüche Polens aus ihrem eigenen Anteil an den Reparationen befriedigen.
3. Die Reparationsansprüche der Vereinigten Staaten, des Vereinigten Königreiches und der anderen zu Reparationsforderungen berechtigten Länder werden aus den westlichen Zonen und den entsprechenden deutschen Auslandsguthaben befriedigt werden.
4. In Ergänzung der Reparationen, die die UdSSR zusätzlich aus den westlichen Zonen erhalten:
a) 15 % derjenigen verwendungsfähigen und vollständigen industriellen Hauptausrüstung, vor allem der metallurgischen, chemischen und Maschinen erzeugenden Industrien, soweit sie für die deutsche Friedenswirtschaft unnötig sind und aus den westlichen Zonen Deutschlands im Austausch für einen entsprechenden Wert an Nahrungsmitteln, Kohle, Pottasche, Zink, Holz, Tonprodukten, Petroleumprodukten und solchen anderen Waren entnommen werden soll, über die noch eine Vereinbarung getroffen werden mag.
b) 10 % derjenigen industriellen Hauptausrüstung, die für die deutsche Friedenswirtschaft unnötig ist und aus den westlichen Zonen zu entnehmen und auf Reparationskonto an die Sowjetregierung zu übertragen ist ohne Bezahlung oder Gegenleistung irgendwelcher Art. ...
8. Die Sowjetregierung verzichtet auf alle Ansprüche bezüglich der Reparationen aus Anteilen an deutschen Unternehmungen, die in den westlichen Besatzungszonen in Deutschland gelegen sind. Das gleiche gilt für deutsche Auslandsguthaben in allen Ländern mit Ausnahme der weiter unten in § 9 gekennzeichneten Fälle.
9. Die Regierungen der USA und des Vereinigten Königreiches verzichten auf ihre Ansprüche im Hinblick auf Reparationen hinsichtlich der Anteile der deutschen Unternehmen, die in der östlichen Besatzungszone in Deutschland gelegen sind. Das gleiche gilt für deutsche Auslandsguthaben in Bulgarien, Finnland, Ungarn, Rumänien und Ost-Österreich.
10. Die Sowjetunion erhebt keine Ansprüche auf das von den alliierten Truppen in Deutschland erbeutete Gold. ...<<
>>... **VI. Stadt Königsberg und das anliegende Gebiet**
... Die Konferenz hat grundsätzlich den Vorschlag der Sowjetregierung hinsichtlich der endgültigen Übergabe der Stadt Königsberg und der anliegenden Gebiete an die Sowjetunion ... zugestimmt, wobei der genaue Grenzverlauf einer sachverständigen Prüfung vorbehalten bleibt.
Der Präsident der USA und der britische Premierminister haben erklärt, daß sie den Vorschlag bei der bevorstehenden Friedensregelung unterstützen werden. ...
IX. Polen
... Hinsichtlich der Polnischen Provisorischen Regierung der Nationalen Einheit definieren sie ihre Haltung in der folgenden Feststellung:
... Die Regierungen der Vereinigten Staaten und Großbritanniens haben Maßnahmen zum Schutze der Interessen der Polnischen Provisorischen Regierung der Nationalen Einheit als der anerkannten Regierung des polnischen Staates hinsichtlich des Eigentums getroffen, das dem polnischen Staate gehört, in ihren Gebieten liegt und unter ihrer Kontrolle steht, unabhängig davon, welcher Art dieses Eigentum auch sein mag.
Sie haben weiterhin Maßnahmen zur Verhinderung einer Übereignung derartigen Eigentums an Dritte getroffen. ...
b) Bezüglich der Westgrenze wurde folgendes Abkommen erzielt:
In Übereinstimmung mit dem bei der Krim-Konferenz erzielten Abkommen haben die Häupter der drei Regierungen die Meinungen der Polnischen Provisorischen Regierung der Natio-

nalen Einheit hinsichtlich des Territoriums im Norden und Westen geprüft, das Polen erhalten soll. Der Präsident des Nationalrates Polens und die Mitglieder der Polnischen Provisorischen Regierung der Nationalen Einheit sind auf der Konferenz empfangen worden und haben ihre Auffassungen in vollem Umfange dargelegt.
Die Häupter der drei Regierungen bekräftigen ihre Auffassung, daß die endgültige Festlegung der Westgrenze Polens bis zu der Friedenskonferenz (Bildung einer deutschen Zentralregierung) zurückgestellt werden soll (eine Formulierung, die sich von der Verfügung Art. VI des Abkommens deutlich unterschied).
Die Häupter der drei Regierungen stimmen darin überein, daß bis zur endgültigen Festlegung der Westgrenze Polens die früher deutschen Gebiete östlich der Linie, die von der Ostsee unmittelbar westlich von Swinemünde und von dort die Oder entlang bis zur Einmündung der westlichen (Lausitzer) Neiße und die westliche Neiße entlang bis zur tschechoslowakischen Grenze verläuft, einschließlich des Teiles Ostpreußens, der nicht unter die Verwaltung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken ... gestellt wird, und einschließlich des Gebietes der Freien Stadt Danzig unter die Verwaltung des polnischen Staates kommen und in dieser Hinsicht nicht als Teil der sowjetischen Besatzungszone in Deutschland betrachtet werden sollen.

XIII. Ordnungsgemäße Überführung deutscher Bevölkerungsteile

Die Konferenz erzielte folgendes Abkommen über die Ausweisung aus **Polen**, der Tschechoslowakei und Ungarn:
Die drei Regierungen haben die Frage unter allen Gesichtspunkten beraten und erkennen an, daß die Überführung der deutschen Bevölkerung oder Bestandteile derselben, die in **Polen**, der Tschechoslowakei und Ungarn zurückgeblieben sind, nach Deutschland durchgeführt werden muß. Sie stimmen darin überein, daß jede derartige Überführung, die stattfinden wird, in ordnungsgemäßer und humaner Weise erfolgen soll.
Da der Zustrom einer großen Zahl Deutscher nach Deutschland die Lasten vergrößern würde, die bereits auf den Besatzungsbehörden ruhen, halten sie es für wünschenswert, daß der alliierte Kontrollrat in Deutschland zunächst das Problem unter besonderer Berücksichtigung der Frage einer gerechten Verteilung dieser Deutschen auf die einzelnen Besatzungszonen prüfen soll. Sie beauftragen demgemäß ihre jeweiligen Vertreter beim Kontrollrat, ihren Regierungen so bald wie möglich über den Umfang zu berichten, in dem derartige Personen schon aus **Polen**, der Tschechoslowakei und Ungarn nach Deutschland gekommen sind, und eine Schätzung über Zeitpunkt und Ausmaß vorzulegen, zu dem die weiteren Überführungen durchgeführt werden könnten, wobei die gegenwärtige Lage in Deutschland zu berücksichtigen ist.
Die tschechoslowakische Regierung, die Polnische Provisorische Regierung und der Alliierte Kontrollrat in Ungarn werden gleichzeitig von Obigem in Kenntnis gesetzt und ersucht werden, inzwischen weitere Ausweisungen der deutschen Bevölkerung einzustellen, bis die betroffenen Regierungen die Berichte ihrer Vertreter an den Kontrollausschuß (Verteilung auf die einzelnen Besatzungszonen) geprüft haben. ...
Unterzeichnet: J. Stalin - Harry S. Truman - C. R. Attlee.
2. August 1945.<<
General de Gaulle fordert am 22.08.1945 in Washington die Abtrennung des Rheinlandes und die Angliederung des Saargebietes an Frankreich sowie die internationale Verwaltung des Ruhrgebietes (x111/67).

09.09.1945

Ministerpräsident de Gaulle fordert am 9. September 1945 während einer Pressekonferenz die Abtrennung des Rheinlands (x156/32-33): >>Gemäß den Beschlüssen von Potsdam wurde Deutschland im Osten, nicht aber im Westen amputiert. Der Strom der deutschen Vitalität richtet sich damit nach Westen. Eines Tages könnte sich auch die deutsche Aggressivität ge-

gen Westen wenden. Deshalb muß im Westen eine Regelung gefunden werden, die ein Gegengewicht zu jener im Osten darstellt.
Die Schlüsselzonen sind das Rheinland und das Ruhrgebiet. Für jede sollte eine Sonderregelung ausgearbeitet werden. Das Rheinufer, d.h. das linke Rheinufer, stellt ein Grenzland dar, das Köln einschließt und sich bis zur Schweizer Grenze ausdehnt.
Die militärische Sicherheit Frankreichs, Belgiens, Hollands und Großbritanniens erfordert die Unterstellung des Rheinlands unter ihre gemeinsame strategische und politische Kontrolle. Sie erfordert, daß es ein für allemal vom deutschen Staat in solcher Weise abgetrennt wird, daß seine Bewohner wissen, daß ihre Zukunft nicht in Deutschland liegt. Die Aufgabe des Rheinlands durch Frankreich war das Vorspiel zu diesem Kriege. ...<<

19.09.1945

General Eisenhower proklamiert am 19. September 1945 in der US-Zone die Gründung der Länder Groß-Hessen, Württemberg-Baden und Bayern (x114/2.101): >>**An das Deutsche Volk in der Amerikanischen Zone!**
Ich, General Dwight D. Eisenhower, Oberbefehlshaber der Amerikanischen Streitkräfte in Europa, erlasse hiermit folgende Proklamation.
Artikel I
Innerhalb der Amerikanischen Besatzungszone werden hiermit Verwaltungsgebiete gebildet, die von jetzt ab als Staaten bezeichnet werden: Jeder Staat wird eine Staatsregierung haben. Die folgenden Staaten werden gebildet: Groß-Hessen umfaßt Kurhessen und Nassau ... und Hessen-Starkenburg, Oberhessen und den östlich des Rheines belegenen Teil von Rheinhessen.
Württemberg-Baden umfaßt die Kreise Aalen, Backnang ... und Pforzheim Stadt und Land.
Bayern umfaßt ganz Bayern, wie es 1933 bestand, ausschließlich des Kreises Lindau. ...<<

02.10.1945

Bei der "Londoner Konferenz" (vom 10.09. bis zum 2.10.1945) verlangt der französische Außenminister die Abtrennung des Rhein-Ruhr-Gebietes (x101/11).

13.10.1945

Die "United Press" berichtet am 13. Oktober 1945 über französische "Deutschlandpläne" und die Behandlung der deutschen Kriegsgefangenen (x043/119): >>General de Gaulle nahm in seiner Pressekonferenz ... zu verschiedenen internationalen Problemen Stellung.
Über die "deutsche Frage" führte er unter anderem aus:
"Ich will, daß niemals wieder ein Deutsches Reich gebildet wird. Frankreich will keine deutschen Gebiete annektieren, doch wünscht die französische Regierung für die Zukunft eine Aufteilung Deutschlands in verschiedene Einzelstaaten."
Ein Journalist lenkte die Aufmerksamkeit de Gaulles auf die Berichte, daß die deutschen Kriegsgefangenen von den Franzosen schlecht behandelt würden, worauf der französische Staatschef erwiderte:
"Im Rahmen des französisch-amerikanischen Abkommens wurden 1.100.000 deutsche Kriegsgefangene den Franzosen für den Einsatz bei Wiederaufarbeiten übergeben. Von diesen waren einige Tausend in einem derart beklagenswerten Gesundheitszustand, daß wir mit den nordamerikanischen Behörden jetzt über ihre Rückkehr nach Deutschland verhandeln. Die deutschen Kriegsgefangenen, die in Frankreich arbeiten, erhalten dieselben Rationen, wie die französischen Arbeiter. Jenen, die Grubenarbeit zu verrichten haben, werden französische Schwerarbeiterrationen zugeteilt.
Es ist die Ansicht der französischen Regierung, daß alle Kriegsgefangenen menschlich und strikt nach den Bestimmungen der Genfer Konvention behandelt werden müssen. Wir stehen in sehr enger Zusammenarbeit mit dem Internationalen Roten Kreuz."...<<

13.11.1945

Die polnische Regierung erläßt am 13. November 1945 ein Dekret über die Verwaltung der Wiedergewonnenen Gebiete (x003/95-96): >>... Art. 1. Solange es die außerordentlichen Bedürfnisse erfordern, wird für eine Übergangszeit ein Ministerium für die Wiedergewonnenen Gebiete gebildet.

Art. 2. Die Tätigkeit des Ministeriums für die Wiedergewonnenen Gebiete erstreckt sich auf die westlich und nördlich der Staatsgrenzen von 1939 gelegenen Gebiete.

Zum Aufgabenbereich des Ministeriums für die Wiedergewonnenen Gebiete gehören:

a) die Ausarbeitung von Richtlinien für die Staatspolitik in den Wiedergewonnenen Gebieten sowie eines Planes für ihre Bewirtschaftung und die Überwachung seiner Ausführung,

b) die Durchführung einer planmäßigen Ansiedlungsaktion,

c) die Versorgung der Bevölkerung mit Gütern, die ihre wirtschaftlichen Bedürfnisse befriedigen,

d) die Verwaltung des ehemals deutschen Vermögens,

e) die Verwaltung der Wiedergewonnenen Gebiete, wobei der Zuständigkeit des Ministers für die Wiedergewonnenen Gebiete alle Angelegenheiten unterstehen, welche außerhalb dieser Gebiete zur Zuständigkeit des Ministers für Öffentliche Verwaltung gehören ...

Art. 7. In den Wiedergewonnenen Gebieten üben die Wojewoden und Starosten - jeder in seinem Verwaltungsbereich - die oberste Leitung aller Zweige der staatlichen Verwaltung aus (Art. 2) und haben das Recht in diesem Bereich allen Behörden, Ämtern und amtlichen Organen innerhalb des in Art. 2 bezeichneten Aufgabenbereichs des Ministers für die Wiedergewonnenen Gebiete Dienstanweisungen zu erteilen. ...<<

Das Ministerium für die Wiedergewonnenen Gebiete ist auch für die planmäßige Ansiedlung von Polen zuständig.

19.11.1945

Nach polnisch-sowjetischen Sonderverhandlungen besetzen polnische Truppen die westlichen Oder-Gebiete um Stettin, Pölitz und Swinemünde (x039/229).

04.12.1945

Das französische Kabinett verlangt für ihre Zustimmung zur Errichtung einer deutschen Zentralregierung die Abtretung des Rheinlandes und des Ruhrgebietes (x111/110).

12.12.1945

Der französische Außenminister Bidault erklärt während einer Pressekonferenz, daß man der Errichtung einer deutschen Zentralregierung nur zustimmen könnte, wenn man das Rheinland und das Ruhrgebiet vom Deutschen Reich abtrennen würde (x111/113).

05.01.1946

US-Präsident Truman erklärt am 5. Januar 1946 während einer Unterhaltung mit Außenminister Byrnes (x156/31-32): >>... In Potsdam sahen wir uns fertigen Tatsachen gegenüber und waren durch die Umstände geradezu gezwungen, die Besetzung Ostpolens durch die Russen und die Besetzung Schlesiens östlich der Oder durch Polen gutzuheißen. Es war ein glatter Gewaltakt.

Damals lag uns noch an der russischen Kriegsbeteiligung gegen Japan. Erst nachher stellten wir fest, daß wir Rußland gar nicht gebraucht hätten, und seither haben uns die Russen dort nichts als Kopfschmerzen bereitet.

In Moskau hast Du Dich hinsichtlich Irans wiederum einer fertigen Tatsache gegenüber gesehen. Iran war im Krieg mit uns verbündet. Es war mit Rußland verbündet. Es hat uns gestattet, Waffen, Kriegsmaterial, Lebensmittel usw. im Gewicht von vielen Millionen Tonnen über iranisches Gebiet vom Persischen Golf zum Kaspischen Meer zu transportieren.

Ohne diese materielle Hilfe wäre Rußland schmählich geschlagen worden. Trotzdem unterhält es dort Truppen und zettelt im Gebiet des befreundeten und verbündeten Iran einen Aufstand

an.
Ich zweifle keinen Augenblick, daß Rußland in die Türkei einmarschieren will, um sich der Meerengen zum Mittelmeer zu bemächtigen.
Wenn man ihm nicht die eiserne Faust zeigt und die stärkste Sprache spricht, werden wir einen neuen Krieg erleben. Es gibt nur eine Sprache, die die Russen verstehen, nämlich: Wie viele Divisionen habt ihr?
Ich glaube, wir sollten uns jetzt auf keine Kompromisse einlassen. ... Ich habe es satt, die Sowjets in Watte zu packen.<<

05.02.1946

Das polnische Ministerium für die Wiedergewonnenen Gebiete beschließt am 5. Februar 1946 einen Runderlaß betreffend die Übernahme des verlassenen und ehemals deutschen Vermögens durch die Behörden der allgemeinen Verwaltung (x003/106,109): >>... Um die Übernahme der Bewirtschaftung des verlassenen und ehemals deutschen Vermögens durch den Minister für die Wiedergewonnenen Gebiete und durch die ihm unterstellten Behörden möglichst zu beschleunigen, ist vor der formellen Veröffentlichung dieses Dekrets mit der Übernahme der Geschäfte der vorläufigen Staatlichen Verwaltung zu beginnen. ...
Dieser Runderlaß betrifft alle nordwestlichen Wojewodschaften, d.h. sowohl diejenigen, welche ausschließlich Wiedergewonnene Gebiete umfassen (Masuren, Pommern, Niederschlesien), wie auch diejenigen, welche nur z.T. Wiedergewonnene Gebiete einschließen, wie:
1. die Wojewodschaft Schlesien-Dombrowa, und zwar die Kreise: Kreuzburg, Rosenberg, Guttentag, Stadt Oppeln, Landkreis Oppeln, Groß-Strehlitz, Hindenburg, Stadt Beuthen, Landkreis Beuthen, Stadt Ratibor, Landkreis Ratibor, Cosel, Leobschütz, Neustadt, Falkenberg, Stadt Neiße, Landkreis Neiße, Grottkau.
2. die Wojewodschaft Posen – das Land Lebus, und zwar die Kreise: Schneidemühl, Schönlanke, Friedeberg/Neumark, Stadt Landsberg, Landkreis Landsberg, Meseritz, Schwerin, Zielenzig, Frankfurt (der rechts gelegene Teil des Stadtkreises), Schwiebus, Grünberg, Crossen/Oder, Guben, Fraustadt.
3. die Wojewodschaft Danzig, und zwar die Kreise: Stadt Elbing, Landkreis Elbing, Marienburg, Stuhm, Marienwerder, Lauenburg, Bütow, Stadt Stolp, Landkreis Stolp, Rummelsburg, Schlawe.
4. die Wojewodschaft Pommerellen, und zwar die Kreise: Schlochau, Flatow. ...
5. die Wojewodschaft Bialystok, und zwar die Kreise Goldap, Treuburg und Lyck. ...<<

10.02.1946

Dr. Kurt Schumacher (1895-1952, von 1933-45 fast ständig in KZ-Haft, ab Mai 1946 SPD-Vorsitzender) weist den Vorwurf der Kollektivschuld entschieden zurück (x101/12): >>Die Deutschen stehen deshalb vor einer schweren Aufgabe, weil die Welt meint, der Nazismus sei Deutschland gewesen, das ganze Volk sei schuldig. ...
Es ist nicht das ganze deutsche Volk schuldig, und wir lehnen eine derartige These ab. ...
Immer sind es vor 1933 und nach 1933 große Teile der Deutschen gewesen, die gegen Hitler gekämpft und Mut bewiesen und Leid erduldet haben. ...<<

23.02.1946

Konrad Adenauer (ab 1949 deutscher Bundeskanzler) schreibt am 23. Februar 1946 (x095/40-41): >>... Nach meiner Meinung trägt das deutsche Volk und tragen auch die Bischöfe und der Klerus eine große Schuld an den Vorgängen in den Konzentrationslagern.
Richtig ist, daß nachher vielleicht nicht viel mehr zu machen war. Die Schuld liegt früher. Das deutsche Volk, auch Bischöfe und Klerus zum großen Teil, sind auf die nationalsozialistische Agitation eingegangen. Es hat sich fast widerstandslos, ja zum Teil mit Begeisterung ... gleichschalten lassen. Darin liegt seine Schuld.
Im übrigen hat man aber auch gewußt – wenn man auch die Vorgänge in den Lagern nicht in

ihrem ganzen Ausmaße gekannt hat -, daß die persönliche Freiheit, alle Rechtsgrundsätze, mit Füßen getreten wurden, daß in den Konzentrationslagern große Grausamkeiten verübt wurden ...
Ich glaube, daß, wenn die Bischöfe alle miteinander an einem bestimmten Tage öffentlich von den Kanzeln aus dagegen Stellung genommen hätten, sie vieles hätten verhüten können. Das ist nicht geschehen und dafür gibt es keine Entschuldigung.
Wenn die Bischöfe dadurch ins Gefängnis oder in Konzentrationslager gekommen wären, so wäre das kein Schade, im Gegenteil.
Alles das ist nicht geschehen und darum schweigt man am besten. ...<<

28.02.1946

Nach amtlichen polnischen Angaben befinden sich in den "Wiedergewonnenen Gebieten" erst 2.719.320 Polen; davon sind 992.000 "Autochthone", die teils auf Grund freiwilliger oder erzwungener Option als Angehörige des polnischen Volkes betrachtet werden (x001/119E).

01.03.1946

In einem Brief an den nordamerikanischen Botschafter fordert der französische Außenminister Bidault am 1. März 1946 weiterhin die Zerstückelung Deutschlands (x058/395-396): >>... Sie haben schließlich ihr volles Verständnis für den Wunsch der französischen Regierung ausgedrückt, sich gegen die Wiederkehr deutscher Aggressionen zu sichern und zu diesem Zweck Abänderungen des territorialen Status der ihrer Grenze benachbarten Gebiete vorgenommen zu sehen.
Die französische Regierung ihrerseits kann, wenn sie in Übereinstimmung mit der amerikanischen Regierung die längere Besetzung Deutschlands als die beste Garantie der Sicherheit betrachtet, nicht übersehen, daß diese Besetzung eines Tages ein Ende nehmen wird.
Sie macht sich bereits jetzt Gedanken über die Vorsichtsmaßnahmen, die zu treffen sind, um zu vermeiden, daß Deutschland, wenn diese Besetzung ein Ende nimmt, wieder eine Bedrohung für den Frieden wird. Es scheint ihr, in Anbetracht des Menschenpotentials dieses Landes, daß die deutsche Gefahr so lange bestehen bleiben wird, wie eine deutsche Regierung, unter der Wirkung eines Nachlassens der internationalen Wachsamkeit, so wie sie zwischen den beiden Weltkriegen eingetreten ist, die Möglichkeit behält, über industrielle Hilfsquellen zu verfügen, die geeignet sind, die Wiederherstellung ihrer militärischen Macht zu sichern.
Die Erfahrung der letzten 25 Jahre hat gezeigt, daß die territorialen Klauseln die letzten sind, welche die revisionistischen Staaten wieder in Frage zu stellen wagen. Diese Klauseln sind es auch, die am leichtesten mit einer wirksamen und präzisen internationalen Garantie zu versehen sind.
Aus diesen Gründen schlägt die französische Regierung vor, daß der Entzug gewisser Gebiete aus dem Bereich der deutschen Souveränität den unwiderruflichen Charakter der auf diese Weise erfolgten Begrenzung der deutschen Möglichkeiten unterstreicht und diese auch tatsächlich unwiderruflich macht. ...
Aus allen diesen Gründen hält die französische Regierung an ihrer Ansicht fest, daß es nicht angebracht ist, daß die Besatzungsmächte, wenn sie eine Politik der Dezentralisierung verfolgen wollen, damit beginnen, verzweigte Verwaltungen mit eigener Entscheidungsgewalt zu schaffen. Sie könnte auf keinen Fall ihre Zustimmung zur Ausdehnung der Zuständigkeit solcher Verwaltungen auf die Gebiete der Ruhr, des Rheinlands oder, noch weniger, der Saar erteilen.
Das soll nicht heißen, daß meine Regierung die Notwendigkeit einer Koordinierung der Bemühungen in den verschiedenen Zonen verkennt. Sie ist jedoch der Ansicht, daß die Rolle der Koordinierung dem Interalliierten Kontrollrat zukommt und das dieser Rat beim augenblicklichen Stand der Dinge allein die Befugnis behalten muß.<<

05.03.1946
Churchill weist während seiner Rede in Fulton/Missouri darauf hin, daß die Inbesitznahme der deutschen Ostgebiete durch den polnischen Staat unrechtmäßig sei, weil die endgültige polnische Westgrenze erst durch einen Friedensvertrag festgelegt werden soll. Polen würde die Vereinbarungen des Potsdamer Abkommens mißachten.
Churchill bedauert außerdem erstmalig die Folgen der Austreibung (x156/32): >>Es ist ein Schatten auf die Erde gefallen, die erst vor kurzem durch den Sieg der Alliierten hell erleuchtet worden ist. ...
Von Stettin an der Ostsee bis hinunter nach Triest an der Adria ist ein eiserner Vorhang über den Kontinent gezogen. ... Die von Rußland beherrschte polnische Regierung ist ermächtigt worden, sich in unrechtmäßiger Weise und in gewaltigem Ausmaße in deutsche Angelegenheiten einzumischen und Massenausweisungen von Deutschen anzuordnen, wie man sie bisher noch nicht kannte. Die kommunistischen Parteien, die in allen diesen östlichen Staaten Europas bisher sehr klein waren, sind überall großgezogen worden, sie sind zu unverhältnismäßig hoher Macht gelangt und suchen jetzt überall, die totalitäre Kontrolle an sich zu reißen. Fast in jedem Fall herrscht eine Polizeiregierung, und bisher ist mit Ausnahme der Tschechoslowakei noch nirgends die Demokratie eingeführt. ...
In Berlin haben die Russen den Versuch unternommen, in ihrer Zone die Kommunistische Partei großzuziehen. ... Das ist sicher nicht das befreite Europa, für dessen Aufbau wir gekämpft haben. ...
Nach dem zu schließen, was ich während des Krieges bei unseren russischen Freunden und Verbündeten gesehen habe, bewundern sie nichts so sehr wie die Kraft und Macht, und nichts verachten sie so sehr wie militärische Schwäche. ...<<
13.03.1946
Stalin protestiert am 13. März 1946 in der Prawda gegen Churchills antisowjetische Politik und Churchills Rede vom 5. März 1946 in Fulton (x068/272): >>Es sei doch eigentlich nur ein geringer Unterschied, ob man, wie Hitler, die Hegemonie der Welt für die "arische" Rasse beanspruche oder für die "englischsprechenden" Völker. ...<<
Stalin vergleicht Churchill z.B. mit Hitler und bezeichnet ihn als "Hetzer des 3. Weltkrieges" (x111/145).
16.04.1946
Konrad Adenauer schreibt am 16. April 1946 (x095/44-45): >>... Köln ist in seinen Hauptteilen zerstört. Es zählt wieder zur Zeit 500.000 Einwohner. Aber schätzungsweise wohnen 1/3 davon in Kellern oder mehr oder weniger zerstörten Gebäudeteilen. ...
Es sieht sehr ernst aus hier! Größte Arbeitslosigkeit, eine sehr schwere Ernährungskatastrophe. Keine Aussicht auf Besserung. ...
Bild von der Lage in Köln:
Geburtenziffer monatlich rd. 250.
Sterblichkeitsziffer monatlich rd. 650.
Ansteckende Krankheiten herrschen nicht in besonderem Maße. Die Menschen sterben an Schwäche. Was aus allem werden soll, ist noch völlig unübersichtlich. Ich glaube aber, daß noch viele Millionen in Deutschland sterben werden. Die Menschen sind meistens apathisch und hoffnungslos, die Jugend verwildert und verkommt. Die Verhältnisse von 1918 lassen sich auch nicht im entferntesten mit den Verhältnissen von heute vergleichen.
... Es gibt sehr wenige tüchtige Leute. Die beiden Kriege haben sehr große Lücken gerissen, und Nachwuchs ist infolge des verheerenden Einflusses der NSDAP nicht da. ...
Wir brauchen alle sehr viel Geduld! Es ist unsere einzige Stärke. ...<<
29.04.1946
Der Stettiner Stadtkommandant Zaremba fordert am 29. April 1946 von den Sowjets die

Übergabe der Insel Usedom (pommersche Insel vor dem Stettiner Haff, 445 qkm) und eine Gebiet entlang des Rendow-Flusses an Polen (x111/161).

01.05.1946

Feldmarschall Montgomery berichtet am 1. Mai 1946 in einer Denkschrift für den britischen Premierminister (x114/1.152): >>Morgen verlasse ich Deutschland. ... Ich bin nicht zufrieden. Ich glaube, das Gesamtbild ist eher trüb, wenn nicht sogar schwarz. Wir müssen jetzt die Entscheidung darüber treffen, ob wir die Deutschen ernähren wollen oder sie verhungern lassen sollen. Grundsätzlich dürfen wir das letztere nicht tun. Wenn wir so dächten, dann hätten alle unsere übrigen Anstrengungen keinen Sinn mehr.

Wir müssen mit dem Wiederaufbau beginnen. Und vor allen Dingen müssen wir dem deutschen Volk erklären, was mit ihm und seinem Land geschehen soll. Wenn wir das nicht tun, dann gehen wir möglicherweise einem Scheitern entgegen. Es wird dadurch gekennzeichnet sein, daß eine feindliche Haltung in der Bevölkerung heranwächst, die sich dann vielleicht nach Osten wendet. Solch ein Deutschland wäre eine Bedrohung für die Sicherheit des britischen Empire. Andererseits könnte ein zufriedenes Deutschland mit einer gesunden politischen Basis ein großer Vorteil für die Sicherheit des Empire und für den Frieden der Welt darstellen. ...<<

15.05.1946

Der französische Außenminister Bidault fordert während einer Konferenz in Paris (x111/169): >>Das Grubengebiet der Ruhr mit 5 Millionen Einwohnern soll internationalisiert und zur Überwachung der dauernden Entmilitarisierung von internationalen Truppen besetzt werden. ...

Zwischen dem Ruhrgebiet und Deutschland muß eine Wirtschaftsgrenze errichtet werden. Das Rheinland soll von der Pfalz bis einschließlich Köln von französischen und nördlich davon von belgischen, niederländischen und allenfalls angelsächsischen Truppen besetzt werden und entweder als staatsrechtliche Einheit oder in 2-3 neuzuschaffende Staaten aufgeteilt und organisiert werden.

Im Saargebiet sollen die Bergwerke Frankreich übergeben und der Zuständigkeit der alliierten Kontrollkommission entzogen werden. ...<<

10.06.1946

Die "New York Times" schlägt die Zersplitterung des Deutschen Reiches vor. Deutschland soll in 12 unabhängige Staaten geteilt werden, die wirtschaftlich eine Zollunion bilden (x111/-178).

30.06.1946

Die polnische Regierung läßt eine Volksabstimmung über die Oder-Neiße-Linie als endgültige polnische Westgrenze durchführen.

Rd. 10,5 Millionen Wähler stimmen mit "Ja" für diese Grenzfestlegung, während rd. eine Million Wähler diese "neue Grenze" ablehnen (x064/170).

In der sowjetischen Besatzungszone tritt die Sperrung der Zonengrenze in Kraft. Später werden mehrere Grenzübergänge geöffnet.

In Sachsen führen die Sowjets einen "Volksentscheid" über die Enteignung von "Kriegsverbrechern und Naziaktivisten" durch. In den anderen SBZ-Landesverwaltungen folgen ebenfalls entschädigungslose Enteignungen (x009/507).

07.07.1946

Kurt Schumacher lehnt Dänemarks Gebietsforderungen ab (x111/190): >>... Schleswig ist ein Teil Deutschlands. Das Streben, von Deutschland wegzukommen, und alle Bemühungen, irgendeinen Teil Schleswigs abzutrennen, erfolgt nicht aus Liebe zum dänischen Volk, sondern einzig und allein wegen des dänischen Specks.<<

09.07.1946

Der sowjetische Außenminister Molotow erklärt während der Pariser Konferenz (x111/190): >>Die Sowjetregierung hält es für nötig, die Abrüstung und Demilitarisierung Deutschlands auf eine Dauer von 40 Jahren auszudehnen. ...

Die Sowjetregierung besteht darauf, daß von seiten Deutschlands die Reparationsforderungen in der Höhe von 10 Mrd. Dollar erfüllt werden, da dies nur einen Teil der von der Sowjetunion und ihren Völkern erlittenen Schäden darstellt.<<

10.07.1946

Der französische Außenminister Bidault erklärt während der Pariser Konferenz (x039/230): >>Die Konferenz von Potsdam hat in bezug auf Ostdeutschland prinzipiell zwar provisorisch, sachlich jedoch grundlegende Abmachungen getroffen, welche die französische Regierung nicht strittig gemacht hat. ...<<

Der sowjetische Außenminister Molotow kündigt in Paris den Abschluß eines Friedensvertrages mit dem Deutschen Reich an (x111/190): >>Die Zeit ist gekommen, da wir die Frage der Geschicke Deutschlands und den Friedensvertrag mit ihm erörtern müssen. Die Sowjetregierung war stets der Meinung, daß Rachegefühl kein guter Ratgeber in solchen Angelegenheiten sei.

Es ist nicht richtig, Hitler-Deutschland mit dem deutschen Volk zu identifizieren, obwohl das deutsche Volk die Verantwortung für die Aggression Deutschlands und für deren außerordentlich schwere Folgen nicht von sich abschütteln kann. ...

Ich gehe davon aus, daß es im Interesse der Weltwirtschaft und der Ruhe in Europa nicht richtig wäre, den Standpunkt der Vernichtung Deutschlands als Staat oder seine Umwandlung in einen Agrarstaat unter Zerstörung seiner hauptsächlichsten Industriekräfte einzunehmen.

Eine solche Einstellung würde zur Untergrabung der Wirtschaft Europas, zur Zerrüttung der Weltwirtschaft und zur chronischen politischen Krise in Deutschland führen, deren Auswirkungen eine Bedrohung des Friedens schaffen würden. ...

Wir sind natürlich im Prinzip für den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland, doch muß vor Abschluß eines solchen Vertrages eine einheitliche deutsche Regierung geschaffen werden, die demokratisch genug ist, um alle Überreste des Faschismus in Deutschland auszumerzen, und die genügend Verantwortung besitzt, um alle Verpflichtungen gegenüber den Verbündeten zu erfüllen und insbesondere hinsichtlich der Reparationsleistungen an die Verbündeten. ...<<

20.07.1946

Ein Vorschlag der US-Regierung, die Wiedervereinigung der Besatzungszonen anzustreben, wird im Alliierten Kontrollrat von Frankreich und der Sowjetunion abgelehnt (x009/507).

28.07.1946

Ministerpräsident Charles de Gaulle schlägt am 28. Juli 1946 "praktische, einfache Deutschland-Lösungen" vor (x156/33-34): >>Deutschland bleibt Deutschland, das heißt, ein großes Volk, konzentriert im Herzen Europas, ein Volk, das sich im Abgrund doch noch seiner Höhepunkte erinnert und das der Dämon des Krieges noch eines Tages dazu verleiten könnte, seine Größe wiederzufinden, wenn man ihm die Möglichkeit gibt, seinen Ehrgeiz mit dem eines anderen Volkes zu verbinden.

Es ist die Aufgabe Frankreichs, zu verhindern, daß Deutschland wieder ein zentralisierter Einheitsstaat, kurz das "Reich" wird, dessen Bewaffnung und Drang immer die Bedingungen seiner kriegerischen Unternehmungen bildeten.

Jetzt, da der Geist des Friedens sich sehr schüchtern bewegt, da die internationale Zusammenarbeit noch nicht über die Verfahrensstreitigkeiten hinausgekommen ist und es in die Augen fällt, daß sehr viel Zeit noch vergehen muß, bis eine solche internationale Zusammenarbeit verwirklicht wird, vor allem, da es unter den siegreichen Mächten Differenzen gibt, von denen

keiner weiß, wohin sie noch führen können, wie sollen wir da zugeben, daß man jetzt politisch oder wirtschaftlich – was bald auf dasselbe herauskäme – das Instrument wiederherstellt, welches dasjenige Bismarcks, Wilhelm II. und Hitlers war?
Der Vorschlag Frankreichs ist eine ehrliche, praktische, hinsichtlich Deutschlands menschliche und einfache Lösung, und jeder kennt sie. Die verschiedenen traditionsgebundenen deutschen Einheiten: Preußen, Sachsen, Bayern, Württemberg, Baden, Hessen, Pfalz, Provinz Rheinland, die nordwestlichen Provinzen sollen wiedererstehen, sich selbst verwalten und jede sich auf ihre Rechnung und auf ihre Art und Weise einrichten.
Das ungeheure Arsenal der Ruhr soll unter internationale Kontrolle gestellt werden, nicht um deutsche Bevölkerung des Lebensnotwendigen zu berauben, sondern um unter den Nachbarstaaten die für das wirtschaftliche Leben aller notwendigen Kohle aufzuteilen.
Das Saarbecken, dessen Kohle uns durch den Versailler Vertrag übergeben wurde, deren Ausbeutung sich ganz natürlich an den unserer Erzbergwerke anschließt, soll in die französische Wirtschaft eingegliedert werden.
Polen soll eine Westgrenze bekommen, die den im Osten erlittenen Verlust wiedergutmacht. ...<<

30.08.1946

Die französische Militärregierung bildet aus der bayerischen Pfalz, dem preußischen Regierungsbezirk Koblenz und Trier, 4 Kreisen der preußischen Provinz Hessen-Nassau sowie aus dem linksrheinischen Teil Hessens (Rheinhessen) das Land Rheinland Pfalz.

06.09.1946

US-Außenminister James F. Byrnes (1879-1972, der 1947 wegen Differenzen mit US-Präsident Truman zurücktritt, erklärt während seiner "Stuttgarter Rede" am 6. September 1946 (x156/34-37): >>Ich bin nach Deutschland gekommen, um mich an Ort und Stelle über die mit dem Wiederaufbau Deutschlands verbundenen Probleme zu orientieren und die Ansichten der Regierung der Vereinigten Staaten über einige der vor uns liegenden Probleme mit unseren Vertretern in Deutschland zu besprechen. Wir Amerikaner haben diesen Problemen beträchtliche Zeit und Aufmerksamkeit gewidmet, weil von ihrer erfolgreichen Lösung nicht nur das künftige Wohlergehen Deutschlands, sondern auch das Europas abhängt.
Wir haben wohl oder übel lernen müssen, daß wir alle in einer Welt leben, von der wir uns nicht isolieren können. Wir haben gelernt, daß Frieden und Wohlergehen unteilbar sind und daß Frieden und Wohlergehen in unserem Land nicht auf Kosten des Friedens und Wohlergehens eines anderen Volkes erkauft werden können. ...
Das amerikanische Volk will den Frieden. Es hat schon seit langem nicht mehr von einem strengen oder milden Frieden für Deutschland gesprochen. Darauf kam es auch wirklich niemals an. Was wir wollen, ist ein dauerhafter Friede. Wir werden uns gegen zu harte und von Rachsucht diktierte Maßnahmen wenden, die einem wirklichen Frieden im Wege stehen. Wir werden uns zu milden Maßnahmen widersetzen, welche zum Bruch des Friedens einladen.
Als die Vereinigten Staaten in Potsdam der Entwaffnung und Entmilitarisierung Deutschlands zustimmten und als sie vorschlugen, dafür zu sorgen, daß Deutschland für die Dauer einer Generation entwaffnet und entmilitarisiert bleibt, waren sie sich der auf ihnen und ihren Hauptverbündeten ruhenden Verantwortung für die Aufrechterhaltung und gesetzmäßige Durchführung des Friedens voll bewußt.
Die Befreiung vom Militarismus wird dem deutschen Volke Gelegenheit geben, seine Kräfte und Fähigkeiten den Werken des Friedens zuzuwenden. Es braucht sie nur zu ergreifen. Sie gibt ihm die Gelegenheit, sich der Achtung und Freundschaft friedliebender Völker würdig zu erweisen und eines Tages einen ehrenvollen Platz unter den Mitgliedern der Vereinten Nationen einzunehmen.
Es liegt weder im Interesse des deutschen Volkes noch im Interesse des Weltfriedens, daß

Deutschland eine Schachfigur oder ein Teilnehmer in einem militärischen Machtkampf zwischen dem Osten und dem Westen wird. Zweimal in einer Generation haben der deutsche Militarismus und der Nazismus die Gebiete von Deutschlands Nachbarn verwüstet.
Es ist nur recht und billig daß Deutschland sein Teil dazu beitragen soll, diese Verwüstungen wiedergutzumachen. Die meisten Opfer der Naziaggression waren vor dem Krieg weniger begütert als Deutschland. Deutschland darf nicht erwarten, daß diese Opfer ohne fremde Hilfe die Hauptkosten dieser Naziüberfälle tragen sollen.
Die Vereinigten Staaten sind daher bereit, die in den Potsdamer Beschlüssen über die Entmilitarisierung und die Reparationen niedergelegten Grundsätze in vollem Umfange durchzuführen. Wenn Deutschland jedoch nicht in der in den Potsdamer Beschlüssen vorgesehenen und geforderten Weise als wirtschaftliche Einheit verwaltet wird, müßten an dem von der Alliierten Kontrollkommission genehmigten Industrieniveau Änderungen vorgenommen werden.
Die Grundlage der Potsdamer Beschlüsse war, daß im Rahmen eines kombinierten Entmilitarisierungs- und Reparationsprogramms Deutschlands Kriegspotential durch Ausschaltung und Demontage seiner Kriegsindustrie und durch Verminderung und Beseitigung schwerindustrieller Anlagen herabgesetzt werden sollte.
Es war vorgesehen, dies soweit durchzuführen, daß Deutschland ein Industriepotential belassen bliebe, welches ihm die Aufrechterhaltung eines durchschnittlichen europäischen Lebensstandards ohne Hilfe anderer Länder ermöglicht.
Die auf diese Weise zu entfernenden Fabriken sollten als Reparationen an die Alliierten abgeliefert werden. Die aus der russischen Zone zu entfernenden Fabriken sollten der Sowjetunion und Polen zufallen, während die aus den westlichen Zonen zu entfernenden Fabriken teilweise der Sowjetunion, in der Hauptsache jedoch den westlichen Alliierten zufallen sollten.
Ferner wurde eine Aufteilung des deutschen Vermögens im Ausland unter den Alliierten vorgesehen.
Nach langen Verhandlungen einigten sich die Alliierten über den Stand, auf den die hauptsächlichsten deutschen Industrien zwecks Durchführung der Potsdamer Beschlüsse herabgesetzt werden sollten.
... Der Stand der Industrie, wie er festgesetzt worden ist, reicht nur aus, das deutsche Volk in die Lage zu versetzen, sich selbst zu versorgen und einen Lebensstandard aufrechtzuerhalten, der den durchschnittlichen Lebensverhältnissen in Europa annähernd gleichkommt. Dieser Grundsatz bedeutet erhebliche Härten für das deutsche Volk, aber er verlangt von ihm lediglich, die Härten zu teilen, die der Angriff der Nazis dem Durchschnittseuropäer auferlegt hat.
Dem deutschen Volk wurde jedoch nicht die Möglichkeit genommen, sein Los im Laufe der Jahre durch harte Arbeit zu verbessern. Eine industrielle Entwicklung und industrieller Fortschritt wurden ihm nicht verweigert. Gleich den Völkern anderer verwüsteter Länder sollte das deutsche Volk den Wiederanfang mit einer Friedenswirtschaft machen, die nicht imstande ist, ihm mehr als den durchschnittlichen europäischen Lebensstandard zu gewähren.
Dabei sollte ihm nicht das Recht verwehrt werden, mögliche, aufgrund harter Arbeit und einfacher Lebensweise erworbene Ersparnisse für den Aufbau einer Industrie zu verwenden, die friedlichen Zwecken dient.
Dieses war der Grundsatz der Reparationen, wie Präsident Truman ihm in Potsdam zugestimmt hat. Die Vereinigten Staaten werden nicht ihre Zustimmung geben, daß Deutschland größere Reparationen leisten muß, als in den Potsdamer Beschlüssen vorgesehen wurde.
Die Durchführung der Potsdamer Beschlüsse ist jedoch dadurch behindert worden, daß der Alliierte Kontrollrat nicht die notwendigen Maßnahmen getroffen hat, um es der deutschen Wirtschaft zu ermöglichen, als Wirtschaftseinheit zu arbeiten. Die notwendigen deutschen Zentralverwaltungskörper sind nicht geschaffen worden, obgleich die Potsdamer Beschlüsse sie ausdrücklich verlangten. ...

Die Vereinigten Staaten sind der festen Überzeugung, daß Deutschland als Wirtschaftseinheit verwaltet werden muß und daß die Zonenschranken, soweit sie das Wirtschaftsleben und die wirtschaftliche Betätigung in Deutschland betreffen, vollständig fallen müssen.
Die jetzigen Verhältnisse machen es in Deutschland unmöglich, den Stand der industriellen Erzeugung zu erreichen, auf den sich die Besatzungsmächte als absolutes Mindestmaß einer deutschen Friedenswirtschaft geeinigt hatten. Es ist klar, daß wir, wenn die Industrie auf den vereinbarten Stand gebracht werden soll, nicht weiterhin den freien Austausch von Waren, Personen und Ideen innerhalb Deutschlands einschränken können. Die Schranken zwischen den 4 Zonen Deutschlands sind weit schwieriger zu überwinden als die zwischen normalen unabhängigen Staaten.
Die Zeit ist gekommen, wo die Zonengrenzen nur als Kennzeichnung der Gebiete angesehen werden sollten, die aus Sicherheitsgründen von den Streitkräften der Besatzungsmächte besetzt gehalten werden, und nicht als eine Kennzeichnung für in sich abgeschlossene oder politische Einheiten. ...
Bis jetzt hat sich nur die britische Regierung bereit erklärt, mit ihrer Zone daran teilzunehmen. ...
Wir treten für die wirtschaftliche Vereinigung Deutschlands ein. Wenn eine völlige Vereinigung nicht erreicht werden kann, werden wir alles tun, was in unseren Kräften steht, um eine größtmögliche Vereinigung zu sichern. ...
Nun ist es an auch der Zeit, die Grenzen des neuen Deutschlands festzusetzen. Österreich ist bereits als freies unabhängiges Land anerkannt worden. Seine zeitweilige und erzwungene Vereinigung mit Deutschland war für beide Länder kein glücklicher Zustand, und die Vereinigten Staaten sind überzeugt, daß es im Interesse beider Länder und des Friedens für Europa liegt, wenn jedes seinen eigenen Weg geht.
In Potsdam wurden, vorbehaltlich einer endgültigen Entscheidung durch die Friedenskonferenz, bestimmte Gebiete, die einen Teil Deutschlands bildeten, vorläufig der Sowjetunion und Polen zugewiesen. Damals waren diese Gebiete von der Sowjetarmee und von der polnischen Armee besetzt. Es wurde uns gesagt, daß die Deutschen aus diesen Gebieten in großer Zahl flüchteten und daß es im Hinblick auf die durch den Krieg hervorgerufenen Gefühle tatsächlich schwierig sein würde, das wirtschaftliche Leben dieser Gebiete wieder in Gang zu bringen, wenn diese nicht als integrale Bestandteile der Sowjetunion bzw. Polens verwaltet würden.
Die Staatsoberhäupter erklärten sich damit einverstanden, bei den Friedensregelungen den Vorschlag hinsichtlich der endgültigen Übertragung der Stadt Königsberg und des anliegenden Gebietes an die Sowjetunion zu unterstützen. Sofern die sowjetische Regierung ihre Auffassung diesbezüglich nicht ändert, werden wir an diesem Abkommen festhalten.
Was Schlesien und andere ostdeutsche Gebiete anbetrifft, so fand die zur Verwaltungszwekken erfolgte Übergabe dieses Gebietes durch Rußland an Polen vor der Potsdamer Zusammenkunft statt. Die Staatsoberhäupter stimmten zu, daß Schlesien und andere ostdeutsche Gebiete bis zur endgültigen Festlegung der polnischen Westgrenze durch den polnischen Staat verwaltet und zu diesem Zweck nicht als Teil der russischen Besatzungszone in Deutschland angesehen werden sollten. Wie aus dem Protokoll der Potsdamer Konferenz hervorgeht, einigten sich die Staatsoberhäupter jedoch dahingehend, die Abtretung eines bestimmten Gebietes zu unterstützen.
Rußland und Polen haben schwer durch Hitlers einfallende Armeen gelitten. Durch das Abkommen von Jalta hat Polen an Rußland das Gebiet östlich der Curzon-Linie abgetreten. Polen hat dafür eine Revision seiner nördlichen und westlichen Grenzen verlangt. Die Vereinigten Staaten werden eine Revision dieser Grenzen zugunsten Polens unterstützen. Der Umfang des an Polen abzutretenden Gebietes kann jedoch erst entschieden werden, wenn das endgül-

tige Abkommen darüber getroffen ist.
Die Vereinigten Staaten finden, daß Frankreich, in welches Deutschland innerhalb von 70 Jahren dreimal eingefallen ist, seinen Anspruch auf das Saargebiet, dessen Wirtschaft mit Frankreich eng verbunden ist, nicht verweigern können. Natürlich müßte Frankreich, wenn ihm das Saargebiet eingegliedert wird, seine Reparationsansprüche an Deutschland entsprechend ändern.
Von diesen Veränderungen abgesehen, werden die Vereinigten Staaten keine Eingriffe in unbestritten deutsches Gebiet oder eine Aufteilung Deutschlands, die nicht dem echten Willen der Bevölkerung entspricht, unterstützen. Soweit den Vereinigten Staaten bekannt ist, wünscht die Bevölkerung des Ruhrgebietes und des Rheinlandes mit dem übrigen Deutschland vereinigt zu bleiben, und die Vereinigten Staaten werden sich diesem Wunsch nicht widersetzen. ...<<

16.09.1946

Außenminister Molotow bestätigt am 16. September 1946 nochmals die "neue deutsche Ostgrenze" (x156/37-39): >>In seiner Stuttgarter Rede am 6. September sagte Herr Byrnes, daß die Häupter der Regierungen der Vereinigten Staaten von Amerika, Großbritanniens und der Sowjetunion auf der Berliner (Potsdamer) Konferenz übereingekommen sind, Schlesien und andere ehemalige deutsche Ostgebiete Deutschlands der Verwaltung des polnischen Staates zu unterstellen, jedoch nicht die Entscheidung getroffen haben, bei der Friedensregulierung die Übergabe eines konkreten Gebietes zu unterstützen, und daß der Umfang des Gebietes, das Polen übergeben werden wird, in der endgültigen Regelung bestimmt werden muß.
Man muß zugeben, daß eine derartige Erklärung Zweifel über die Dauerhaftigkeit der jetzigen Westgrenzen Polens hervorrufen kann und daß man daher nicht unterlassen kann, dazu Stellung zu nehmen.
In diesem Zusammenhang muß man auf einige Tatsachen eingehen. Vor allem muß an das erinnert werden, was die Berliner Konferenz beschlossen hat. Bekanntlich kamen die Häupter der 3 Regierungen auf dieser (Potsdamer) Konferenz überein, daß die ehemaligen deutschen Gebiete östlich von Swinemünde, der Oder und der West-Neiße unter der Verwaltung des polnischen Staates stehen müssen und daß die endgültige Bestimmung der Westgrenze Polens bis zur Friedenskonferenz aufgeschoben werden muß.
Diese Entscheidung war nur eine Entscheidung der Krimer Dreimächte-Konferenz, die ein halbes Jahr früher anerkannt hatte, daß Polen eine wesentliche Gebietsvergrößerung im Norden und Westen erhalten muß.
Somit brachte die Berliner Konferenz lediglich das in Erfüllung, was noch mit der Beteiligung Roosevelts in Aussicht genommen worden war, und ihre Entscheidung kann keineswegs als eine zufällige, unter dem Einfluß vorübergehender Umstände getroffene Entscheidung betrachtet werden. Im Gegenteil, der Beschluß über die Verlegung der polnischen Westgrenze an die Oder und West-Neiße wurde nach langer Erörterung getroffen, an der sich auch Vertreter der polnischen Regierung beteiligten. Es ist noch hinzuzufügen, daß auch die französische Regierung dieser Entscheidung zustimmte.
Welche große Bedeutung die Berliner Konferenz ihrer Entscheidung hinsichtlich der neuen Westgrenze beimaß, ist aus folgendem ersichtlich: Auf dieser Konferenz wurde auch eine andere Entscheidung getroffen, nämlich die Überführung der deutschen Bevölkerung aus diesem Gebiet, das Polen übergeben wurde, nach Deutschland. Da dies alles bekanntgegeben wurde, ergibt es sich, auf die Einzelheiten einzugehen. Die Entscheidungen der Berliner Konferenz sind keineswegs nur auf dem Papier geblieben. Gleich nach der Berliner Konferenz begann man, sie in die Tat umzusetzen.
Es ist schon über ein Jahr her, daß die Westgrenze Polens auf der Linie Swinemünde – Oder - Westneiße liegt. Die Verwaltung des gesamten Gebietes östlich dieser Linie liegt schon das

zweite Jahre in der Hand der polnischen Regierung.
Schon am 20. November 1945 legte der Kontrollrat in Deutschland den Plan der Aussiedlung der deutschen Bevölkerung aus Polen fest. Gemäß diesem Plan schritt man dazu, 3,5 Millionen Deutsche aus Polen in die sowjetische und britische Besatzungszone Deutschlands zu übersiedeln. Im Laufe der gesamten folgenden Zeitspanne nahm diese Übersiedlung ohne Unterbrechung bis auf den heutigen Tag ihren Fortgang. 2,5 Millionen Deutsche sind bereits aus Polen auf den Boden Deutschlands übergesiedelt, wobei mehr als die Hälfte in die britische Zone versetzt wurde. Statt der ausgesiedelten Deutschen werden dort Polen aus anderen Gebieten Polens angesiedelt.
All das ist den Vertretern der Vereinigten Staaten von Amerika wie auch den Vertretern anderer Länder sehr wohl bekannt. Aus den angeführten Tatsachen ist ersichtlich, welch ernstliche Bedeutung die Regierungen der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und der Sowjetunion der Entscheidung betreffs Verlegung der Westgrenzen Polens beimaßen und daß sie keineswegs davon ausgingen, diese Entscheidung in Zukunft einer Revision unterziehen zu lassen.
Der Hinweis darauf, daß die Berliner Konferenz es für nötig erkannt habe, die endgültige Festsetzung der Westgrenze Polens bis zur Friedenskonferenz aufzuschieben, ist natürlich richtig. Formal verhält es sich auch wirklich so.
Was aber den Kern der Sache anbelangt, so haben die Regierungen ihre Meinung über die zukünftige Westgrenze geäußert, indem sie Schlesien und die obengenannten Gebiete der Verwaltung der polnischen Regierung unterstellten und außerdem den Plan betreffs Aussiedlung der Deutschen aus diesen Gebieten annahmen.
Wem könnte es einfallen, daß diese Aussiedlungen der Deutschen lediglich als zeitweiliges Experiment unternommen wurde?
Wer die Entscheidung traf, daß die Deutschen ausgesiedelt werden sollen, damit sogleich Polen aus anderen Gebieten Polens ansiedeln, kann nicht nach einiger Zeit die Durchführung entgegengesetzter Maßnahmen vorschlagen. Selbst der Gedanke, daß mit Millionen Menschen derartige Experimente unternommen werden könnten, ist an sich unwahrscheinlich, abgesehen davon, daß dies eine Grausamkeit sowohl gegen die Polen als auch gegen die Deutschen wäre.
All das zeugt davon, daß der von Truman, Attlee und Stalin unterzeichnete Beschluß der Berliner Konferenz die Westgrenzen Polens bereits bestimmt hat und lediglich seiner Formulierung auf der künftigen internationalen Konferenz über den Friedensvertrag mit Deutschland harrt. ...
Einzelne Formulierungen in der Rede des Herrn Byrnes über die Westgrenzen Polens können zwar diese oder jene Zweifel betr. der Beständigkeit der Haltung gewisser amerikanischer Kreise hervorrufen, doch ist es andererseits vollkommen klar, daß solche Fragen nicht der Gegenstand irgendwelcher vorübergehender politischer Kalkulation sein können.
Den historischen Beschluß der Berliner Konferenz kann niemand erschüttern. Die Tatsachen zeugen davon, daß dies jetzt schon einfach unmöglich wäre.
Das ist der Standpunkt der Sowjetunion. ...<<

16.10.1946

Wilhelm Pieck (SED-Vorsitzender) lehnt die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie am 16. Oktober 1946 strikt ab (x009/313): >>Wir werden alles tun, damit bei den Alliierten die Grenzfragen nachgeprüft und eine ernste Korrektur an der jetzt bestehenden Ostgrenze vorgenommen wird.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die Oder-Neiße-Linie (x009/313): >>Die Demarkationslinie zwischen der SBZ und den unter polnischer Verwaltung stehenden deutschen Ostgebieten verläuft von der Ostsee unmittelbar westlich Swinemünde an der Oder entlang bis zur Mündung der Lausitzer Neiße und folgt dem Lauf der Neiße bis zur tschechoslowakischen Grenze.

Im Februar 1945 wurde auf der Krim-Konferenz von Roosevelt, Churchill und Stalin eine Entschädigung Polens für die von der Sowjetunion annektierten polnischen Ostgebiete auf Kosten Deutschlands anerkannt, ohne das Vereinbarungen über den Umfang des Gebietes getroffen worden wären.
Nach Abschnitt IX des Potsdamer Abkommens wurde die diesbezügliche Meinung der Provisorischen Polnischen Regierung lediglich "geprüft", doch "bekräftigten die Häupter der 3 Regierungen die Auffassung, daß die endgültige Festlegung der Westgrenze Polens bis zur Friedenskonferenz zurückgestellt werden solle". Ferner ergab die Potsdamer Konferenz darin Übereinstimmung, daß die in Frage stehenden deutschen Gebiete "unter die Verwaltung des polnischen Staates kommen und in dieser Hinsicht nicht als Teil der sowjetischen Besatzungszone in Deutschland betrachtet werden sollen".
In der Folgezeit wurde von seiten der Westmächte bei jedem diplomatischen Anlaß der vorläufige Charakter der Oder-Neiße-Linie betont, während Polen und die Sowjetunion die Vereinbarungen des Potsdamer Abkommens als endgültige Regelung betrachteten. Polen paßte den Verwaltungs- und Wirtschaftsaufbau den polnischen Verhältnissen an und begann mit einer (bis heute allerdings erst teilweise durchgeführten) polnischen Besiedlung der deutschen Gebiete.
Die Haltung der SED wandelte sich gegenüber der Oder-Neiße-Linie im Laufe der Zeit nach den sowjetischen Wünschen bis zur Anerkennung als endgültige "Staatsgrenze".<<

22.10.1946

Der britische Außenminister Bevin stellt vor dem Unterhaus fest, daß die Oder-Neiße-Grenze noch nicht endgültig ist (x028/180): >>Was die polnische Grenze angeht, will ich nicht verhehlen, daß wir in Potsdam erst nach langem Zögern mit den umfassenden Veränderungen einverstanden waren, auf denen unsere russischen Verbündeten bestanden. ...
Wir möchten auch unbedingt wissen, ob die Polen imstande sind, das Gebiet zu entwickeln, damit die wirtschaftlichen Ressourcen (Hilfsmittel) angemessen genutzt werden, so daß hier nicht eine Ödnis entsteht, aus der die Deutschen ausgeschlossen worden sind, die aber von den Polen nicht bevölkert werden kann.<<

25.10.1946

Ein britischer Beamter des Foreign Office notiert am 25. Oktober 1946 (x020/78): >>... Je mehr wir im Falle einer Teilung Deutschlands von Deutschland haben, um so besser.
Ostdeutschland ist dann zumindest im Verhältnis kleiner. Selbst wenn Deutschland nicht geteilt werden sollte, wird die Oder-Neiße-Grenze es den Russen sehr viel schwerer machen, sich der vollen Unterstützung der Deutschen zu versichern.
Nicht daß die Deutschen jemals den Verlust von Ostpreußen, Danzig und Oberschlesien vergessen werden, daß die Deutschen niemals zufrieden sein werden. Aber wenn wir wirklich der Gefahr gegenwärtig sein müssen, daß die Russen die Sympathien eines geeinten Deutschlands gewinnen könnten, dann ist die Oder-Neiße-Grenze für sie eine schwer zu überwindende Barriere.<<

29.10.1946

Der Alliierte Kontrollrat erleichtert den Interzonenverkehr und führt den Interzonenpaß ein.

01.11.1946

Die britische Militärregierung gründet das Land Niedersachsen.
Das Land besteht aus den alten Ländern und Provinzen Braunschweig, Oldenburg, Schaumburg-Lippe und Hannover.

02.12.1946

Die Außenminister Byrnes (USA) und Bevin (England) unterzeichnen ein Abkommen über die wirtschaftliche Vereinigung ihrer Besatzungszonen.

22.12.1946
Das Saarland wird in den französischen Zoll- und Wirtschaftsraum eingegliedert.
31.12.1946
Von den bis Ende 1946 in den deutschen Ostgebieten angesiedelten Polen stammen rd. 1,4 Millionen aus dem an Rußland abgetretenen Ostpolen, 237.000 sind repatriierte polnische Displaced Persons aus Mittel- und Westeuropa, und ca. 1.950.000 hat man aus Zentralpolen und aus den südpolnischen Wojewodschaften umgesiedelt (x001/119E).
Nach polnischen Angaben liegen im Jahre 1946 in den ehemaligen deutschen Ostgebieten noch 63,3 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche brach (x001/118E).
01.01.1947
Die nordamerikanische und die britische Besatzungszone werden zu einem Wirtschaftsgebiet vereinigt (sog. "Bizone").
Konrad Adenauer erklärt am 1. Januar 1947 in einem CDU-Aufruf, daß kein christlich-demokratischer Politiker einen Friedensvertrag unterschreiben werde, in dem man die Oder-Neiße-Linie anerkennen müßte (x111/269).
07.01.1947
Konrad Adenauer schreibt am 7. Januar 1947 (x095/60-61): >>... Sie fragen mich nach meiner Ansicht über die Zukunft des deutschen Ostens.
Es hat den Anschein, als ob zwischen den angelsächsischen Mächten und Rußland eine Verständigung dahingehend stattgefunden hat, daß die letzteren die Oder-Neiße-Linie anerkennen und daß dafür die Russen die wirtschaftliche Vereinigung des Restes ihrer Zone mit den übrigen Zonen einwilligen.
Meinen Standpunkt dazu habe ich in einer Neujahrsbotschaft an die CDU der britischen Zone bekanntgegeben. Ich habe darin gesagt: Kein Angehöriger der CDU werde m.E. einen Friedensvertrag unterschreiben, der die Oder-Neiße-Linie enthalte.
Was die fernere Zukunft bringen wird, das steht ganz dahin. Kein Mensch kann es wissen. Uns bleibt mur eins übrig: alles zu tun, was in unseren Kräften steht, um die gesunden und wertvollen Eigenschaften unseres Volkes zu erhalten und weiter zu entwickeln. ...<<
11.01.1947
Der französische Politiker Maurice Schumann erklärt am 11. Januar 1947 während einer Rede in Nordamerika (x156/52-54): >>Was ist unser Ziel? Und was ist Ihr Ziel? ...
Wir wollen verhindern, daß Europa wieder zum Schlachtfeld und Frankreich wieder zum Friedhof wird, auf dem Tausende Ihrer Söhne - wie ihre Väter und Großväter - Seite an Seite mit den Söhnen Frankreichs begraben liegen würden.
Um dieses Ziel zu erreichen, müssen wir ein Europa aufbauen und dann Deutschland in dieses Europa hineinbauen - wir sind die ersten, die für eine solche Entwicklung eintreten würden. Aber andererseits dürfen wir nicht versuchen, Europa um Deutschland herum aufzubauen. Denn dann würde es, wie uns die bittere Erfahrung gelehrt hat, kein Europa und damit keinen Frieden geben. Aufstellung und Befolgung dieser Reihenfolge im Verfahren hängen von den Vereinigten Staaten ab. ...
Erstens: der Friedensvertrag muß die Wiedererrichtung eines stark zentralisierten Reichs unmöglich machen. Wenn in der Hauptstadt dieses zukünftigen Reichs ein von ganz Deutschland in allgemeiner Wahl gewählter Reichstag sitzen sollte, so gäbe es nichts, was diese souveräne Körperschaft daran hindern könnte, wieder einen Bismarckschen Staat zu schaffen.
Wenn wir dagegen einen lebensfähigen Bundesstaat aus Deutschland machen wollen, müßten alle Mitgliedstaaten Wirtschaftseinheiten von ausreichender Stärke darstellen und eine eigene, den Eigenarten des Gebietes oder der Provinz angepaßte Verfassung haben und dann müßte jedes Land eine Anzahl von Vertretern in den Bundesrat abordnen.
Diese aus Provinzparlamenten gewählte Versammlung würde ihrerseits die Bundesregierung

bestimmen, deren Befugnisse streng auf wirtschaftliche und diplomatische internationale Beziehungen begrenzt sein müßten. Es würde keinen Staatschef geben. Aber einer der Minister könnte in jährlichem Turnus jeweils die Funktion des Präsidenten ausüben. Diesen Grundsätzen, die in den Friedensvertrag aufzunehmen wären, sollte die zukünftige Verfassung des Reichs entsprechen.
Zweitens: es genügt ein Blick auf die Landkarte des heutigen Europa und auf die verschiedenen darauf verzeichneten de-facto-Grenzen, um zu verstehen, daß im Friedensvertrag keine allgemeine Festsetzung der Besetzungszeit enthalten sein sollte, vor allem nicht für das Rheinland. Wenn die besetzten Westgebiete bald oder nach einer jetzt festgelegten Zeitspanne geräumt würden, würde sich der Mangel an Gleichgewicht unter dem Europa schon jetzt leidet, noch ungemein verschärfen, wie jedermann leicht verstehen kann.
Nur in dem Maße, wie dieses Gleichgewicht zwischen Ost und West wiederhergestellt und das neue föderalistische und demokratische Deutschland wirklich fest begründet ist, sollten die Besatzungsmächte - und nur sie allein - entscheiden, wann und wie sie ihre Truppen zurückziehen.
... Das bedeutet, daß die großen Schätze, die der deutsche Boden birgt, zum Wohle der ganzen europäischen Gemeinschaft einschließlich Deutschlands ausgenutzt werden sollten, anstatt von Deutschland gegen die europäische Gemeinschaft ausgebeutet zu werden wie bisher.
Sie wissen, daß Frankreich das einzige Land in Europa ist, dessen Bergwerke heute ebensoviel und mehr Kohle fördern als vor dem Krieg. ... Aber selbst vor dem Krieg, als wir nicht so furchtbar verwüstetes Land wiederaufzubauen hatten, mußten wir jährlich etwa 20 Millionen Tonnen Kohle einführen. Heute hätten wir ohne die amerikanischen Lieferungen trotz der heroischen Leistungen unserer Arbeiter nicht einmal genug Kohle, um unsere Fabriken in Betrieb zu halten. Unsere Privathäuser sind natürlich fast gänzlich ohne Heizung, so streng der Winter auch sein mag.
Ich brauche nicht zu erwähnen, daß wir sehr dankbar für die amerikanischen Lieferungen sind. Aber es ist gerecht und vernünftig, daß Sie nun verpflichtet sein sollten, uns Kohlen zu schikken, und daß das Leben Frankreichs von Monat zu Monat davon abhängig sein soll, was Sie uns schicken können, während das Ruhrgebiet vor unseren Toren liegt?
Wenn ich dies Frage auf die moralische Ebene bringen sollte, hätte ich das Recht zu sagen: Wenn es sein muß, daß die Lebensinteressen eines von uns beiden durch den Kohlenmangel leiden müssen, dann sollte Deutschland an erster Stelle leiden und dann erst Frankreich. Denn eine solche Reihenfolge wäre für Deutschland der einzig konkrete Weg, zur Wiedergutmachung dessen beizutragen, was es zerstört hat oder was durch seine Schuld zerstört wurde.
Aber – um auf der politischen Ebene zu bleiben – ich glaube, ich habe Ihnen die logische Entwicklung unserer These gezeigt: Um eine europäische Gemeinschaft zu schaffen, müssen die Hilfsquellen, die bisher nur zur Kriegsvorbereitung benutzt wurden, neutralisiert und für ganz Europa ausgebeutet werden anstatt für Deutschland allein. Eine solche Verteilung ist unmöglich, ja sogar unvorstellbar, wenn nicht die Hauptquellen, nämlich die des Ruhrgebietes, einer internationalen Behörde unterstellt werden.
Es dürfte schwierig sein, dieses Argument zu widerlegen. Aber wenn Sie mir gestatten, ganz offen zu sein, so möchte ich sagen, ich habe den Eindruck, daß gewisse wohlmeinende Leute gegen die Errichtung einer internationalen Behörde für das Ruhrgebiet sind, weil sie darin eine Möglichkeit sehen, die Sowjet-Union nach dem Westen hineinzuziehen. "Die Sowjets sind schon jetzt an der Oder und an der Spree", sagte einer meiner englischen Bekannten neulich zu mir, "warum müßt Ihr sie auch noch an den Rhein holen?"...
Es ist klar, daß es ohne eine internationale Kontrolle des Ruhrgebiets keine deutsche Entwaffnung gibt. Es ist ebenfalls klar, daß alles, was die deutsche Abrüstung betrifft, von unmittelbarem Interesse für die Sowjetunion ebenso wie für Frankreich ist, da sie zweimal innerhalb von

25 Jahren eine Invasion erlebte, durch die Gebiete wie die Ukraine, die so groß wie ganz Frankreich ist, ausgebrannt, geplündert und verwüstet worden sind.
Eine Beteiligung der Sowjetunion an der internationalen Kontrolle des Ruhrgebietes wäre also vollkommen zu rechtfertigen. Diese Beweisführung kann aber auch umgekehrt werden; wenn es fair ist, daß die Sowjetunion sich mit uns am Ruhrgebiet und Rheinland beteiligt, wäre es ebenso fair, daß wir mit den Sowjets an den Produktionen Schlesiens, Sachsens und des Donaugebiets teilhaben. ...<<

18.01.1947

Der CDU-Politiker Konrad Adenauer schreibt an den ehemaligen Reichsinnenminister Wilhelm Sollmann (x111/275): >>... Die Befreiung ist eine grausame und harte Enttäuschung. Wenn nicht ein Wunder geschieht, geht das deutsche Volk zugrunde, langsam aber sicher! ...<<

22.01.1947

Die nordamerikanische und die britische Militärregierung einigen sich über die Gründung des Landes Bremen.
Bremen, Wesermünde und Bremerhaven werden am 22. Januar 1945 als eigenständiges Land Bremen gegründet und Bestandteil der US-Zone.

28.01.1947

Dr. Kurt Schumacher (1895-1952, von 1946-52 SPD-Vorsitzender) lehnt am 28. Januar 1947 die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie entschieden ab (x111/277): >>Ein Friedensvertrag, der die in Potsdam provisorisch als die Ostgrenze Deutschlands festgelegte deutsch-polnische Grenze als endgültig erklären würde, kann nicht unterzeichnet werden.
Es muß der Versuch unternommen werden, um jeden Preis so viel Territorium wie möglich östlich der Oder und Neiße zu gewinnen.
Wir anerkennen unsere Pflicht, Reparationen zu zahlen, aber die deutsche Zahlungsfähigkeit muß berücksichtigt werden. Zuerst muß die deutsche Wirtschaft wieder hergestellt werden, erst nachher sind Reparationszahlungen möglich.<<

25.02.1947

Der Alliierte Kontrollrat führt am 25. Februar 1947 die Liquidierung des preußischen Staates - Kontrollratsgesetz Nr. 46 - durch (x056/33): >>Der Staat Preußen, der seit jeher Träger des Militarismus und der Reaktion in Deutschland gewesen ist, hat in Wirklichkeit zu bestehen aufgehört.
Geleitet von dem Interesse an der Aufrechterhaltung des Friedens ... (bestimmt) der Kontrollrat ... Art, I: Der Staat Preußen, seine Zentralregierung und alle nachgeordneten Behörden werden hiermit aufgelöst. ...<<
Die Besatzungsmächte erlassen damals ein völkerrechtswidriges Gesetz, denn bei dieser willkürlichen Auflösung Preußens handelt es sich eindeutig um einen Verstoß gegen die Haager Landkriegsordnung (x063/635).

09.03.1947

Der SED-Politiker Otto Grotewohl erklärt am 9. März 1947 während einer KPD-Versammlung in Frankfurt (x039/230): >>Die SED billige die Grenzziehung im Osten ebenso wenig, wie sie sich mit einer geplanten Neuregelung der Grenzen im Westen abfinden würde.<<

12.03.1947

US-Präsident Truman verkündet am 12. März 1947, die kommunistische Bedrohung mit wirtschaftlichen Mitteln zu bekämpfen ("Truman-Doktrin").
Truman erklärt am 12. März 1947 vor dem nordamerikanischen Kongreß (x156/39, x073/-226): >>Eins der ersten Ziele der Außenpolitik der Vereinigten Staaten ist es, Bedingungen zu schaffen, unter denen wir und andere Nationen uns ein Leben aufbauen können, das frei von

Zwang ist. Das war ein grundlegender Faktor im Krieg gegen Deutschland und Japan. Wir überwanden mit unserem Sieg Länder, die anderen Ländern ihren Willen und ihre Lebensweise aufzwingen wollten. ...
In einer Anzahl von Ländern waren den Völkern kürzlich gegen ihren Willen totalitäre Regimes aufgezwungen worden. Die Regierung der Vereinigten Staaten hat mehrfach gegen Zwang und Einschüchterung bei der Verletzung des Jalta-Abkommens in Polen, Rumänien und Bulgarien protestiert.
Und weiter muß ich feststellen, daß in einer Anzahl anderer Staaten ähnliche Entwicklungen stattgefunden haben. Im gegenwärtigen Abschnitt der Weltgeschichte muß fast jede Nation ihre Wahl in bezug auf ihre Lebensweise treffen. Nur allzuoft ist es keine freie Wahl.
Die eine Lebensweise gründet sich auf den Willen der Mehrheit und zeichnet sich durch freie Einrichtungen, freie Wahlen, Garantie der individuellen Freiheit, Rede- und Religionsfreiheit und Freiheit vor politischer Unterdrückung aus.
Die zweite Lebensweise gründet sich auf den Willen einer Minderheit, der der Mehrheit aufgezwungen wird. Terror und Unterdrückung, kontrollierte Presse und Rundfunk, fingierte Wahlen und Unterdrückung der persönlichen Freiheiten sind ihre Kennzeichen. ...<<
>>... Ich bin der Ansicht, daß es die Politik der Vereinigten Staaten sein muß, die freien Völker zu unterstützen, die sich der Unterwerfung durch bewaffnete Minderheiten oder durch Druck von außen widersetzen. ...
Ich bin der Ansicht, daß unsere Hilfe in erster Linie in Form von wirtschaftlicher und finanzieller Unterstützung gegeben werden sollte, die für eine wirtschaftliche Stabilität und geordnete politische Vorgänge wesentlich ist. ...
Wir müssen diese Hoffnung am Leben erhalten. Die freien Völker der Erde blicken auf uns und erwarten, daß wir sie in der Erhaltung der Freiheit unterstützen. ...<<

13.03.1947

Wilhelm Pieck dementiert angebliche Äußerungen des SED-Vorsitzenden Ackermann über die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie und betont, daß die SED nach wie vor jede Grenzverlegung ablehnt (x039/230).

18.03.1947

Eine nordamerikanische Studiengruppe, die unter Leitung des ehemaligen US-Präsidenten Herbert Hoover (1874-1964) Anfang 1947 durch Westdeutschland und Europa gereist ist, veröffentlicht am 18. März 1947 einen Bericht über die unzureichende Verpflegung in Westdeutschland.
Der Hoover-Bericht fordert in erster Linie wirtschaftliche Aufbauhilfen für Deutschland und Europa (x069/208, x114/2.166, x021/473, x073/225): >>... Mehr als die Hälfte der Kinder und Jugendlichen, sowie ein beträchtlicher Teil der Normalverbraucher sind in erbärmlicher Verfassung und leben nicht nur weit, sondern in gefährlichem Ausmaß schlechter als die Nachbarvölker im Westen. ...<<
>>... Es mag für den amerikanischen Steuerzahler ein schwerer Schlag sein, daß wir, die wir den Krieg gegen Deutschland gewonnen haben, nun für einige Jahre hohe Ausgaben für die Unterstützung dieses Volkes tragen müssen. Es ist in der Tat in der Geschichte der Menschheit etwas Neues, daß der Sieger dies übernimmt. ...
Dieses Volk ist – in seinen Lebensmitteln, in seiner Heizung und seiner Unterkunft – auf den niedrigsten Stand gesunken, der seit hundert Jahren in der Geschichte des Westens bekannt ist. Wenn die westliche Zivilisation in Europa weiterleben soll, dann muß sie auch in Deutschland weiterleben. ...<<
>>... Europas Produktivität kann nicht wiederhergestellt werden, solange Deutschland nicht wiederaufgerichtet wird. ... Und es darf weder eine Abtrennung der Ruhr oder des Rheinlandes von Deutschland noch ein gesondertes Regime für diese Gebiete geben, ... weil sie das

Herz der deutschen Industriewirtschaft sind. ...<<
>>... Es gibt nur einen Weg, der zur Gesundung Europas führt, nämlich die Erhöhung der Produktion. Die gesamte Wirtschaft Europas ist mit der deutschen Wirtschaft durch den Austausch von Rohstoff und Fertigwaren eng verkettet. Die Produktionsfähigkeit Europas kann nicht wiederhergestellt werden, ohne daß Deutschland in die Lage versetzt wird, zu dieser Produktivität beizutragen. ...
Es ist eine amerikanische Politik angekündigt worden, die die Grenzen der westlichen Zivilisation verteidigen soll. Die wichtigsten dieser Grenzen sind die deutschen und japanischen. Wenn diese verloren gehen, sind ganz Europa und der ganze Ferne Osten verloren. ...<<

19.04.1947

Die britische Wochenzeitschrift "The Economist" kritisiert am 19. April 1947 in einem Leitartikel die "historische Ausstellung" der Polen, in der man die polnischen Westgebiete als "urpolnische Gebiete" darstellt (x028/187): >>Die Ausstellung über Polens Westgrenze, die in der Abteilung für slawische Studien stattfindet und von einem Mitglied des Abteilungsvorstands eröffnet wurde, gehört zu einem offiziellen polnischen Unterfangen, die schlichte Tatsache zu leugnen, daß die Oder-Neiße-Linie Polen nur als Entschädigung für die sowjetischen Annexionen der östlichen Provinzen eingeräumt wurde, und um völlig unhaltbare ethnische Behauptungen durchzupauken. ...<<

30.04.1947

Außenminister George Marshall beauftragt den Diplomaten Georg F. Kennan, einen Ausschuß für den wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas zu bilden, um geeignete Vorschläge und Hilfsmaßnahmen zu erarbeiten ("Geburtsstunde des Marshall-Planes").

03.05.1947

Die britische Wochenzeitschrift "The Economist" kritisiert am 3. Mai 1947 in einem Leitartikel eine "historische Ausstellung" über die polnischen Westgebiete (x028/187): >>... Die Polen wären gut beraten, in ihrem eigenen Interesse das Gerede vom mittelalterlichen slawischen Szczecin (das für die meisten Englisch Sprechenden immer noch Stettin heißt) fallenzulassen und ihre Sache, wie sie nun einmal geworden ist, auf dem Handel beruhen lassen, der nun wirklich durch das politische Tauziehen der Großmächte 1945 zustandekam und von Ethnographie so weit entfernt ist, wie von historischer oder irgendeiner anderen Gerechtigkeit. ...<<

09.05.1947

Außenminister Marshall informiert US-Botschafter Arthur Lane über die Gründe, die zur vorläufigen Festlegung der Oder-Neiße-Linie führten (x028/184): >>Der Präsident ist in Potsdam gezwungen gewesen, einer Regelung zuzustimmen, die ihm sehr unangenehm war.
Damals hatten ja die Russen das Territorium in der Hand. Sie hatten absichtlich den Sinn der erreichten Übereinstimmung verzerrt, doch wie die Notizen und Erklärungen der Konferenzteilnehmer klar beweisen, haben wir nicht in eine definitive Grenzziehung eingewilligt.<<

22.05.1947

In der "Iswestija" wird der britische Außenminister Bevin kritisiert (x028/185): >>Bevin versuchte, das bekanntlich sinnlose Argument vorzubringen, daß die Frage von Polens Westgrenze nicht geregelt sei und daß es sich dabei um eine Form von "Entschädigung" und nicht um eine Rückkehr alten polnischen Landes handelte.
Auch hier haben wir es mit dem offensichtlichen Versuch zu tun, das Potsdamer Abkommen zu revidieren und gewisse Zusagen zu umgehen, die sich aus dem Abkommen herleiten.
Die Frage von Polens Westgrenze ist ein für allemal geregelt worden und nicht mehr Gegenstand irgendeiner Revision.<<

05.06.1947
Nachdem Stalin in allen befreiten bzw. besetzten Ländern kommunistische Diktaturen errichtet hat, beginnt ab 1947 die nordamerikanische Eindämmungspolitik ("Truman Doktrin"), um ein weiteres Vordringen der UdSSR zu verhindern.
US-Außenminister George C. Marshall (1880-1959, Verfasser der "Truman-Doktrin = wirtschaftliche Hilfe - Waren und Kredite - für nichtkommunistische Länder) stellt am 5. Juni 1947 das nordamerikanische Hilfsprogramm für Europa "ERP = European Recovery Programm" an der Harvard-Universität vor (x058/379).
Der Marshall-Plan (wirtschaftliche und finanzielle Hilfsaktion für westeuropäische Staaten) soll vor allem den Wiederaufbau der westeuropäischen Wirtschaft unterstützen und den Expansionsdrang des Stalinismus stoppen bzw. beenden. Im Rahmen des Marshall-Planes erhalten die westeuropäischen Länder von 1948-52 etwa 14,7 Milliarden Dollar. Der Anteil der Bundesrepublik Deutschland beträgt 1,5 Milliarden Dollar. Dieser Darlehensbetrag wird später in voller Höhe zurückgezahlt (x073/225).
Die Nordamerikaner können die erforderlichen finanziellen Hilfen bereitstellen, weil sie damals große Außenhandelsüberschüsse erzielen. Von 1938-47 kann Nordamerika die industrielle Produktion mehr als verdoppeln, so daß man in der Lage ist, das Hilfsprogramm für Westeuropa zu finanzieren (x028/233).
06.06.1947
Der bayerische Ministerpräsident Hans Ehard bekennt sich während einer Konferenz der west- und mitteldeutschen Ministerpräsidenten zur deutschen Einheit (x111/325): >>Trotz der Aufspaltung in 4 Zonen geben wir keinen Teil unseres deutschen Vaterlandes auf.
Trotz des Weggangs der Ministerpräsidenten der Ostzone bleiben wir auch diesem Teil Deutschlands zutiefst verbunden.
Den deutschen Osten und Berlin betrachten wir als lebenswichtige Bestandteile Deutschlands.<<
15.08.1947
US-General Clay erteilt den Befehl, illegal eingewanderte Grenzgänger in die sowjetische Besatzungszone abzuschieben.
19.09.1947
Stettin wird aufgrund einer sowjetisch-polnischen Vereinbarung der polnischen Verwaltung unterstellt (x039/230).
26.09.1947
Die Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU veröffentlicht folgende Resolution (x156/54): >>Vor Beginn der Londoner Konferenz richtet die Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU an die Alliierten und die gesamte Weltöffentlichkeit den dringenden Appell, nicht zuzulassen, daß Deutschland zerrissen oder verstümmelt wird. ...<<
05.11.1947
Aufgrund des sowjetisch-polnischen Abkommens vom 19.09.1947 besetzen polnische Truppen in Ostpommern einen Gebietsstreifen von 50 km Länge und 10 km Breite mit der Hafenstadt Stettin.
Diese Verletzung des Potsdamer Abkommens wird im Jahre 1950 von der DDR sanktioniert (x064/15).
27.11.1947
US-Außenminister Marshall erklärt am 27. November 1947 während der 5. Außenministerkonferenz in London zur Oder-Neiße-Linie (x028/168): >>... Bei der Erklärung der deutsch-polnischen Grenze müssen wir vom Potsdamer Protokoll ausgehen, in dem vorgesehen wird, daß "die endgültige Festlegung der Westgrenze Polens bis zur Friedensregelung warten" soll.
Mr. Molotow äußerte die Ansicht, daß die Entscheidung über die Westgrenzen bereits gefallen

sei. Wie das erwähnte Zitat zeigt, ist das durchaus nicht der Fall.
Eine gerechte Grenzziehung erfordert, daß die Belange der Einwohner, die unmittelbar betroffen sind, gründlich geprüft werden, wie ich bereits bei unserem Treffen in Moskau am 9. April 1947 sagte.
Ferner müssen wir die Bedeutung dieser Grenze für die wirtschaftliche und politische Stabilität Europas im Auge behalten.<<

15.12.1947

Großbritannien: Bei der 5. Außenministerkonferenz in London (vom 25. November bis zum 15. Dezember 1947) können sich die 4 Siegermächte über keine deutsche Friedensregelung einigen. US-Außenminister Marshall lehnt weitere sowjetische Reparationsforderungen aus der laufenden Produktion Westdeutschlands ab.

Das Schicksal der ost- und volksdeutschen Bevölkerung in den letzten Jahren bis zur Ausreise in die Bundesrepublik Deutschland

>>Die Dummheit geht oft Hand in Hand mit Bosheit.<< (Heinrich Heine)

Nach dem Zweiten Weltkrieg vollzog sich in Ost-Mitteleuropa ein radikaler außen- und innenpolitischer Kurswechsel. Die "Provisorischen Nationalregierungen" wurden notgedrungen willige Befehlsempfänger und Vasallen der Sowjetunion. Diese neuen osteuropäischen Regierungen erließen frühzeitig "geeignete Gesetze" und Verordnungen, um die deutschen "Landesverräter" und "Volksfeinde" zu bestrafen und die rechtlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Fundamente der Volksdeutschen zu zerstören.
Zu den Landesverrätern zählten Volksdeutsche, die "freiwillig" einer deutsch-faschistischen, militärischen oder polizeilichen Formation angehört hatten. Deutsche, die z.B. nach 1939 wieder ihre ehemaligen deutschen Familiennamen angenommen hatten oder vorübergehend in das Deutsche Reich geflüchtet waren, stufte man ebenfalls als Staatsfeinde ein. In den Nachkriegsjahren beseitigte man nicht nur alle Faschisten, sondern gleichzeitig verfolgte man überall politische Gegner der Kommunisten.
Die "faschistisch-hitleristischen Verbrechen" waren derartig allgemein gefaßt, daß praktisch jede Willkürmaßnahme gegen "verdächtige Personen" und "Volksverräter" durchgeführt werden konnte. Die Angehörigen der öffentlichen Sicherheitsbehörden (Milizen und Polizei) mußten ihre Anklagen nicht begründen, da es sich im allgemeinen um "Sonderstrafverfahren" handelte.
Führende Politiker forderten die einheimische Zivilbevölkerung Ost-Mitteleuropas offiziell zur kollektiven Bestrafung aller deutschen "Landesverräter" auf. In Rundfunkansprachen, Broschüren, Presseartikeln, Flugblättern und Lautsprecherdurchsagen schürte man nicht selten den traditionellen slawischen Nationalismus und förderte antideutsche Ausschreitungen.
Im Rahmen der allgemeinen Kollektivschuld traf die Rache zunächst grundsätzlich alle Deutschen. Den Massenverhaftungen fielen jedoch nur selten prominente NS-Angehörige zum Opfer, denn die Schuldigen waren meistens schon längst in den Westen geflohen. Die festgenommenen Volks- und Reichsdeutschen erhielten keinen Rechtsschutz und konnten außerdem ohne Angabe von Gründen für unbegrenzte Zeit in Gefängnisse und Internierungslager eingewiesen werden. Während der "Verhöre" ereigneten sich in den Kellern der Geheimpolizei vielerorts unmenschliche Gewalttaten. Viele Unschuldige gaben nach barbarischen Folterungen Schuldbekenntnisse ab.
Die Deutschen wurden ohne gesetzliche Grundlage der Zwangsarbeit unterworfen, verloren ihre bürgerlichen Ehrenrechte und ihr gesamtes Vermögen. Ungezählte Volksdeutsche wurden pauschal als Volksverräter eingestuft und zur Rechenschaft gezogen. Ab Ende 1946 bzw. Anfang 1947 nahmen sog. außerordentliche Strafgerichte ihre Arbeit auf. Gegen diese Urteile gab es keine Revisionsmöglichkeit oder Einspruchsrechte. Nicht wenige Deutsche, die bereits jahrelang in "Untersuchungshaft" waren, landeten anschließend im Arbeits- oder Internierungslager.
Die staatlich organisierte Aussiedlung der deutschen Bevölkerung wurde mehrheitlich in den Jahren 1945 bis 1948 durchgeführt und endete im Jahre 1951. Durch die Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa veränderte sich nicht nur die nationale, sondern auch die soziale Struktur entscheidend. In allen Vertreibungsstaaten begünstigten die Entrechtung, Entdeutschung und Vertreibung der Deutschen außerdem die Durchsetzung des Kommunismus und leiteten zwangsläufig den Abschied vom Westen ein.
Im Rahmen der kommunistischen Wirtschaftsplanung erfolgten in Rumänien z.B. 1951/52 staatlich organisierte Zwangsumsiedlungen, von denen die Volksdeutschen besonders stark

betroffen waren. Im Banat wurden damals etwa 30.000 bis 40.000 Schwaben in die nur dünn besiedelte Baragan-Steppe zwischen Donau und Ialomita verschleppt.
Da nur wenige Volks- und Reichsdeutsche eine "Treueerklärung" gegenüber dem polnischen Volk und Staat geleistet und die polnische Staatsbürgerschaft beantragt hatten, versuchten polnische Behörden, die Option der Staatsbürgerschaft gewaltsam durchzusetzen. Später verordnete man in Polen, in der Tschechoslowakei, Jugoslawien, Rumänien und Ungarn die zwangsweise Übernahme der jeweiligen Staatsbürgerschaft per Gesetz. Gegen diese staatliche Repatriierung gab es kein Einspruchsrecht. Nach dieser "Gleichstellung" wurde es für die Deutschen noch schwieriger, eine Ausreisegenehmigung zu erhalten.

Sowjetisch verwalteter Teil Ostpreußens
Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtete im Jahre 1954 über die Lebensverhältnisse der Deutschen im sowjetisch verwalteten Teil Ostpreußens (x001/92E-96E): >>... Infolge der Menschenarmut, die auch durch den Zuzug von Zivilrussen nur sehr wenig und nur ganz allmählich etwas behoben werden konnte, lag in den Jahren 1946-1949 der überwiegende Teil der landwirtschaftlichen Nutzfläche brach, womit eine zunehmende Versteppung einsetzte.
Lediglich einige der großen Güter wurden als sowjetische Kolchosen organisiert. Auf ihnen mußte der größte Teil der ländlichen deutschen Bevölkerung und teilweise auch die Bevölkerung der kleinen Städte arbeiten. Die Mehrzahl dieser Kolchosen befand sich in der Gegend um Insterburg, Gumbinnen, Schloßberg und Ebenrode.
Die Deutschen, die zwangsweise auf die Kolchosen verschleppt worden waren oder in Ermangelung anderer Existenzmöglichkeiten dort Arbeit gesucht hatten, lebten und arbeiteten in den Jahren 1946 und 1947 in äußerst primitiven Verhältnissen.
Die Wasser- und Lichtversorgung war kaum irgendwo in Gang gesetzt, die wichtigsten Maschinen und das Vieh waren abtransportiert, so daß mitunter Frauen vor den Pflug gespannt wurden und die Felder mit der Sense gemäht werden mußten. Die Gutshöfe waren großenteils verwildert, und es setzte sich die in Rußland seit altersher übliche Gewohnheit durch, leerstehende Scheunen und Gehöfte abzureißen und die Holzteile im Winter als Brennmaterial zu verheizen.
Durch die Ankunft von Zivilrussen, die gleichfalls auf den Kolchosen arbeiten mußten, wurden viele Deutsche aus ihren Unterkünften verdrängt und neue Belästigungen und Plünderungen hervorgerufen, gegen die es keine Wehr gab. Krankheiten, Erschöpfung durch die schwere Arbeit und mangelhafte Ernährung kamen hinzu und hielten den überwiegenden Teil der Landbevölkerung im nördlichen Ostpreußen in einem Zustand des bloßen Vegetierens. Einzelne versuchten deshalb, die streng bewachte Grenze zu überschreiten, die den nördlichen, sowjetischen Teil Ostpreußens von dem südlichen, polnisch verwalteten Teil trennte, um von dort aus nach Westen zu gelangen.
Eine besondere Anziehungskraft übten vor allem aber Litauen und Lettland aus. Viele Deutsche aus den östlichen Kreisen Ostpreußens, aber auch aus Königsberg machten sich trotz Verbots und drohender Verhaftung auf den gefahrvollen Weg nach den baltischen Staaten, die zu dieser Zeit landwirtschaftlich und ernährungsmäßig wesentlich günstiger gestellt waren als das durch die Sowjets ausgeraubte und verwahrloste Ostpreußen. Vor allem in das nahegelegene Litauen, vereinzelt aber auch nach dem entfernteren Lettland, zogen Frauen, Männer und viele Jugendliche aus Ostpreußen, um sich Nahrungsmittel zu erbetteln und dann zu ihren Angehörigen in Ostpreußen zurückzukehren oder auch, um dort zu bleiben und bei litauischen oder lettischen Bauern Arbeit und Brot zu finden.
Die große Hilfsbereitschaft und Freundlichkeit der Litauer und Letten haben für viele Ostpreußen eine sehr wirksame Erleichterung ihrer Lage bedeutet und manchem Gelegenheit ge-

geben, sich den unerträglichen Verhältnissen und den sowjetischen Zwangsmaßnahmen solange zu entziehen, bis eine Ausreise nach Mittel- oder Westdeutschland möglich wurde.
Die große Masse der deutschen Bevölkerung in Königsberg und auf dem Lande mußte jedoch bleiben, wo sie war, und auf eine Besserung ihrer Lage in der Zukunft hoffen. Besonders niederdrückend war es, daß sie fast ohne jegliche Verbindung mit der Außenwelt lebte und nur die spärlichste Kunde vom übrigen Deutschland erhielt.
Der Grad der Abgeschlossenheit von der Welt, in der sich die Deutschen seit Januar 1945 in Ostpreußen befanden, wird daran deutlich, daß manche von ihnen erst im Herbst 1945 vom Waffenstillstand und vom Ende des Krieges erfuhren, und daß die Deutschen in Königsberg und in anderen Orten des nördlichen Ostpreußens erstmalig im Jahre 1946 Post von ihren Angehörigen aus Mittel- und Westdeutschland empfingen.
Im Gegensatz zu den anderen Provinzen Ostdeutschlands, in denen die Bevölkerung bereits seit dem Sommer 1945 zu Tausenden nach Mittel- und Westdeutschland ausgetrieben wurde, blieben die Deutschen im sowjetischen Teil Ostpreußens zwar im Lande, aber herabgedrückt auf die niedrigste Stufe menschlichen Daseins, die sie zwang, sich in primitivster Weise nur noch um die pure Erhaltung ihres Lebens zu kümmern, war ihnen die Heimat völlig entfremdet worden.
In Königsberg sowie in den Städten nahe der litauischen Grenze verhalf der Schwarzmarkt-Handel, der seit 1946 überall in Gang gekommen war, manchem, sich über Wasser zu halten. Seit Herbst 1945 war der Rubel als allein gültiges Zahlungsmittel eingeführt worden, und jedermann suchte durch Verkauf der restlichen irgendwie entbehrlichen Kleidungsstücke und noch nicht geraubten Sachgüter in Besitz von Rubeln zu kommen, mit denen auf dem Schwarzen Markt Lebensmittel zu teueren Preisen erstanden werden konnten.
In Königsberg, in Tapiau, Gumbinnen, Wirballen, Tilsit und anderen Orten wurde der Schwarze Markt sehr stark durch litauische und polnische Verkäufer belebt, und auch die russischen Soldaten suchten hier direkt oder indirekt Gelegenheit zu unsauberen Geschäften.
Während die Landbevölkerung weiter in unerträglich primitiven Verhältnissen lebte, begann sich seit 1947 wenigstens in Königsberg die Lage für die Deutschen etwas zu bessern. Seit dem Sommer flauten die Typhusepidemien ab. Im Dezember des gleichen Jahres kam die russische Währungsreform, durch die die Kaufkraft des Rubels erheblich erhöht wurde.
Seitdem wurden die Lebensmittel billiger und die Versorgung der am Leben gebliebenen deutschen Bevölkerung, die für Arbeitsleistungen nunmehr auch entlohnt wurde, allmählich geregelter.
Zu dieser Zeit hatte die alte Ordensstadt aber infolge des fortgesetzten Zuzugs russischer Zivilisten bereits das Aussehen einer russischen Stadt erhalten. Die ca. 25.000 am Leben gebliebenen Deutschen traten im Straßenbild kaum noch hervor, zumal sie weitgehend in die zerstörten und abgelegenen Stadtteile abgedrängt worden waren. Das fortgesetzte Eintreffen von Zivilrussen nahm den Deutschen auch allmählich ihre Arbeitsplätze, die für sie die einzige Existenzmöglichkeit bedeuteten.
Damit wurde es offensichtlich, daß die Deutschen in jeder Beziehung entbehrlich geworden waren, und es begann im Sommer und Herbst 1947, als durch die Besserung der Ernährungslage neue Hoffnung unter den Deutschen in Königsberg erwacht war, ihre Ausweisung nach den westlichen Teilen Deutschlands.
Ähnlich wie in Königsberg war das deutsche Bevölkerungselement in den anderen Städten, ebenso in den Kolchosen auf dem Lande, infolge der hohen Sterblichkeit in den Jahren 1945-1947 ständig geringer geworden und gegenüber den in steigendem Maße hinzukommenden Russen in den Hintergrund getreten. Die Deutschen verloren damit auch als Arbeitssklaven an Bedeutung, und mit der gleichen Entschiedenheit, mit der die Sowjets in der vergangenen Zeit verhindert hatten, daß sie das sowjetisch besetzte Ostpreußen verließen, betrieben sie in den

Jahren 1947-1949 ihre Ausweisung.
Abgesondert von dem sowjetisch besetzten Teil Ostpreußens und getrennt von den dort ansässigen Deutschen erlebten nach Kriegsende die Memeldeutschen ein besonderes Schicksal. Mehrere Tausende von ihnen waren beim Einzug der sowjetischen Truppen im Herbst 1944 zurückgeblieben, und viele versuchten, nachdem sie geflüchtet waren, im Frühjahr und Sommer 1945 in ihre Heimat zurückzukehren. –
Wie alle anderen Gebiete, die während des nationalsozialistischen Regimes nach 1937 dem Reiche einverleibt worden waren, wurde auch das im Jahre 1939 durch einen Vertrag mit Litauen zurückgegliederte Memelland bei Kriegsende von den Siegermächten nicht als Teil Deutschlands betrachtet und wieder mit Litauen vereinigt, das nunmehr allerdings als Sowjetrepublik Litauen einen Teil der UdSSR bildete.
Die verlassenen Wohnungen und Gehöfte der geflohenen Deutschen wurden bereits im Frühjahr und Sommer 1945 zum großen Teil von Litauern besetzt, wodurch die Rückkehr der Deutschen von vornherein erschwert war. Dazu kam, daß bis zum Herbst 1945 die Grenze an der Memel für die rückkehrenden Deutschen gesperrt blieb, so daß diese meist im Kreis Tilsit und in anderen Gegenden südlich der Memel Zuflucht suchen mußten.
Dennoch gelang schon im Sommer 1945 und auch in den folgenden Jahren noch zahlreichen Memeldeutschen die Rückkehr in die Heimat; teils ließen sie sich, weil sie vor 1939 die litauische Staatsbürgerschaft besessen hatten, von den Flüchtlingslagern in Mittel- und Westdeutschland sowie in Dänemark als litauische DP (Displaced Persons) repatriieren, teils kamen sie heimlich von Ostpreußen über die Memel zurück.
Ähnlich wie in Ostpreußen regierte auch im Memelland zunächst die russische Militärverwaltung, die ihre eigenen Kolchosen errichtete und dafür besonders die im Lande befindlichen Deutschen zur Arbeit heranzog.
Andere Deutsche mußten bei litauischen Bauern arbeiten. Trotz der nationalen Spannungen zwischen Litauern und Deutschen, die anläßlich der Rückgliederung des Memellandes im Jahre 1939 und durch die Beschlagnahme zahlreicher den Memeldeutschen gehörender Vermögen durch die Litauer im Jahre 1945 verstärkt worden waren, ist das persönliche Verhältnis zwischen Litauern und Deutschen im Memelland nach 1945 im allgemeinen durchaus freundlich gewesen. Der gemeinsame Gegensatz zur sowjetischen Herrschaft hat sehr zur Überwindung der seit dem Ende des ersten Weltkriegs aufgetretenen nationalen Gegensätze beigetragen.
Während des Frühjahres und Sommers 1945 ging die Zivilverwaltung im Memelland allmählich in litauische Hände über, obwohl russische Kommandanturen oft noch lange im Lande blieben. Sofern die Deutschen noch im Besitz ihrer Höfe waren, fiel ihr Land ebenso wie das der litauischen Bauern der im Jahre 1947 beginnenden radikalen sowjetischen Kollektivierungspolitik zum Opfer, die jeden privaten Grundbesitz aufhob.
Der Unterschied zwischen Deutschen und Litauern wurde dadurch immer mehr verwischt, und die Memeldeutschen, die inzwischen meist die litauische Staatsbürgerschaft angenommen hatten, leben infolgedessen heute nahezu gleichberechtigt zusammen mit ihren litauischen Nachbarn im Memelland.
Wieweit sie in sprachlicher und kultureller Hinsicht ihre Eigenart zu erhalten imstande sind, nachdem der größte Teil der Memeldeutschen auf dem Wege der Flucht nach Mittel- und Westdeutschland abgewandert ist, kann bei den spärlichen Nachrichten, die aus Litauen nach Westen gelangen, kaum festgestellt werden.<<

Polen und polnisch verwaltete Gebiete östlich der Oder-Neiße-Linie

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtete im Jahre 1954 über das Schicksal der in die Sowjetunion verschleppten Zwangsarbeiter aus Ostdeutschland

und Polen (x001/84E-87E): >>… Der überwiegende Teil der zahlreichen Lager mit teils nur wenigen hundert, teils mehreren tausend Deportierten, befand sich in den Industriebezirken am Ural, im Donez- oder Don-Gebiet.
Von den Strapazen des wochenlangen Transportes waren die Deportierten so geschwächt, daß ihnen im allgemeinen nach der Ankunft einige Wochen der Ruhe gewährt werden mußten, sollten sie wieder arbeitsfähig werden. Mit der Ankunft in den russischen Arbeitslagern hörten im großen Ganzen die Quälereien durch die Wachmannschaften auf, von denen die Verschleppten auf dem Weg in die Sammellager in Ostdeutschland und bis zur Abfahrt heimgesucht worden waren. Auch Vergewaltigungen von Frauen scheinen kaum noch vorgekommen zu sein.
Statt dessen begannen besonders im Frühjahr 1945 das Übermaß der zu leistenden Arbeit und die unzureichende Verpflegung in den Lagern katastrophale Folgen hervorzurufen. Allein die Art der zu leistenden Arbeit bedeutete eine Überforderung der Deportierten. Denn in der Regel waren es die körperlich schwersten Arbeiten, die sie zu verrichten hatten.
In den Waldgebieten Nordrußlands und des Kaukasus mußten Bäume gefällt und zersägt, daneben auch schwere Erd- und Torfarbeiten geleistet werden. In den Industrierevieren im Ural und am Donez und Don haben Frauen und Männer aus Ostdeutschland in langen Schichten unter Tage Kohle und Erz fördern müssen, und zahlreiche verschleppte Deutsche wurden hier auch zu schweren Verlade- und Transportarbeiten herangezogen und in Fabriken, Steinbrüchen und Ziegeleien oder beim Straßen- und Schienenbau eingesetzt.
Je nach Jahresfrist wechselten die Arbeiten. Im Sommer und Herbst nahm die Kolchoswirtschaft einen großen Teil Deportierter in Anspruch; im Winter bestand die Zwangsarbeit oft darin, die Schienen- und Straßenwege von den Schneemassen freizuhalten. –
Verstärkt wurden die arbeitsmäßige Überbeanspruchung und bewußte Ausnutzung durch Arbeitszeiten von oft 12 und mehr Arbeitsstunden täglich. In diesem Zusammenhang kam vor allem dem sowjetischen Leistungs- und Norm-Prinzip eine verhängnisvolle Bedeutung zu.
Je nach Gesundheitszustand und körperlicher Verfassung in Arbeitsgruppen mit verschieden hoher Norm eingestuft, haben die Deportierten oft versucht, durch Übererfüllung der Leistungsnorm sich zusätzliche Verpflegung zu erarbeiten, da der kärgliche Normalsatz oft völlig unzureichend war.
Solche regelmäßigen Übersoll-Leistungen bedeuteten aber nicht nur eine fortgesetzte Ausbeutung der Arbeitskraft, sondern führten oft auch dazu, daß die Normen erhöht wurden. Im Gegensatz zu den russischen Arbeitern, die mit solchen Gepflogenheiten der "Leistungssteigerung" schon vertraut waren und sich davon kaum noch antreiben ließen, sind viele Deutsche diesem ausgeklügelten System zum Opfer gefallen.
Da die Verhältnisse in den Lagern außerdem meist völlig unhygienisch waren, nahmen - trotz anerkennenswerter, aber wegen des Mangels an Medikamenten meist fruchtloser Bemühungen russischer Ärzte und Ärztinnen - Krankheiten und Sterbefälle im Jahre 1945 immer stärker zu. Weitaus die meisten Verluste, die unter den deportierten Deutschen entstanden, fielen in die Zeit vom Frühjahr bis zum Herbst 1945, als in manchen Lagern mehr als die Hälfte der Belegschaft zugrunde ging.
Für diejenigen, die diese Zeit überstanden, begann sich die Lage in der folgenden Zeit etwas zu bessern. Zwar ließ das Übermaß der Arbeit in Kohlengruben, in der Landwirtschaft, beim Holzfällen oder bei der Aufräumung von Städten nicht nach, aber allmählich wurden die Verpflegungssätze erhöht, so daß der Gesundheitszustand der Verschleppten sich besserte. Unterschlagungen von Lebensmitteln durch die Lagerleitung sowie Bestechungen und Übervorteilungen durch die Wachmannschaften, bei denen in manchen Lagern auch Polen mitwirkten, haben jedoch dazu geführt, daß auch später noch teilweise recht schlimme Verhältnisse herrschten.

Da die Lager für Zivilpersonen in Rußland ganz allgemein als Straf- oder Besserungslager galten, waren ihre Insassen im Grundsatz wesentlich schlechter gestellt als die deutschen Kriegsgefangenen. In den Jahren 1947-1948 wurden in manchen Lagern die strengen Bestimmungen gelockert und den Verschleppten eine größere Bewegungsfreiheit gewährt. Teilweise gab es zu dieser Zeit auch eine geringfügige Entlohnung für die geleistete Arbeit, so daß die Verschleppten sich Lebensmittel oder Kleidung kaufen konnten. Soweit sich ein Kontakt mit der russischen Zivilbevölkerung ergab, zeigte diese keine Feindschaft gegenüber den Deutschen.
Schon im Sommer und Herbst 1945 waren, zum Teil verursacht durch die enorm hohe Sterblichkeit, die ersten Lagerauflösungen und Rücktransporte erfolgt. Damals wurden vor allem zahlreiche Kranke und Nichtarbeitsfähige nach Deutschland entlassen; auch von ihnen starben noch manche unterwegs, obwohl die Verpflegung auf der Rückfahrt im allgemeinen wesentlich besser war als auf der Hinfahrt.
Nach der ersten großen Entlassungswelle von 1945 zogen sich die Lagerauflösungen und Rücktransporte nach Deutschland in großen Abständen und Unterbrechungen durch die Jahre 1946, 1947 und 1948 hin. Die letzten größeren Rücktransporte fanden im Jahre 1949 statt, nachdem die Verschleppten vierjährige Zwangsarbeit geleistet hatten. Seitdem sind nur noch vereinzelt verschleppte ostdeutsche Zivilpersonen zurückgekehrt. Obwohl bekannt ist, daß noch manche von ihnen in der UdSSR leben, muß zweifellos damit gerechnet werden, daß der überwiegende Teil der Nichtzurückgekehrten in Rußland verstorben ist.
Die Höhe der durch die Verschleppungsaktion unter der ostdeutschen Zivilbevölkerung hervorgerufenen Verluste kann vorläufig nur annähernd erfaßt werden.
Nach allen bisher vorliegenden Ermittlungen und den Angaben der Berichterstatter über die Sterblichkeit in den Verschleppungslagern und während der Transporte, muß angenommen werden, daß etwa die Hälfte der Deportierten und dazu noch mehrere Tausende von denen, die zwar festgenommen und in Sammellager eingeliefert, aber nicht mehr deportiert wurden, im Verlaufe der Verschleppungsaktion umgekommen sind.
Die Gesamtverluste, die infolge der Verschleppung eintraten, beziffern sich sicher auf mindestens 100.000 bis 125.000 Tote.<<
Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtete im Jahre 1954 über die polnischen Ansiedlungsbemühungen und Zwangsmaßnahmen in den deutschen Ostgebieten (x001/118E-123E): >>... Erst allmählich setzten die Polen auf den Staatsgütern Traktoren und Maschinen ein, wodurch die Wirtschaft intensiver gestaltet werden konnte. Demgegenüber blieben die kleinen Güter, die im Besitz polnischer Ansiedler waren, weiterhin noch lange völlig vernachlässigt.
Nach polnischen Angaben lagen noch 1946 63,3 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche in den ehemaligen deutschen Ostgebieten brach, und 1948 betrug der Anteil der nicht bebauten Fläche immer noch 24,6 Prozent.
An diesen Zahlen wird deutlich, wie wenig der polnische Staat imstande war, die ostdeutschen Gebiete mit ihrer hochintensiven Landwirtschaft zu verwalten und ihre Kapazität zu nutzen. Dies gilt auch für die von der polnischen Verwaltung betriebene Besiedlung des Landes, das man von der einheimischen deutschen Bevölkerung eiligst und radikal entleert hatte.
Es ist bereits dargelegt worden, daß die Ansiedlung von Polen in Ostdeutschland bis gegen Ende des Jahres 1945 wenig organisiert war und im wesentlichen der Willkür einzelner Polen und untergeordneter polnischer Behörden überlassen blieb.
Um die Jahreswende trat in dieser Beziehung eine allmähliche Änderung ein. Am 13. November 1945 wurde ein gesondertes Ministerium für die Wiedergewonnenen Gebiete gegründet, das u.a. für die planmäßige Ansiedlung von Polen in den ostdeutschen Gebieten zuständig sein sollte.

Denn obwohl die ostdeutschen Gebiete für die polnischen Ansiedler nahezu eine Freistatt bedeuteten, blieb die Ansiedlung bis zum Ende des Jahres 1945 weit hinter den Wünschen der polnischen Regierung zurück. Nur etwa 1,7 Millionen Polen hatten sich bis zu diesem Zeitpunkt in den deutschen Ostgebieten niedergelassen.
Nach der Errichtung des Ministeriums für die Wiedergewonnenen Gebiete wurde die polnische Ansiedlung in Ostdeutschland nunmehr in jeder erdenklichen Weise forciert, denn nichts erstrebte die polnische Regierung so sehr wie den Nachweis der Notwendigkeit ihres Anspruchs auf die ostdeutschen Provinzen als Aufnahmegebiet für die polnische Überbevölkerung, und nichts wünschte sie mehr, als diesen alten deutschen Gebieten so schnell wie möglich einen rein polnischen Charakter zu verleihen.
Hand in Hand mit der Ausweisung der Deutschen, die im Jahre 1946 ihren Höhepunkt erreichte, begann jetzt überall in Polen die systematische Werbung für eine Ansiedlung in den deutschen Ostgebieten.
Da aus dem an Rußland abgetretenen polnischen Land jenseits des Bug nur rund 1,4 Millionen Polen repatriiert und in den deutschen Ostgebieten angesiedelt werden konnten, richtete sich die Ansiedlungspropaganda nun verstärkt an die Bevölkerung Zentralpolens, vor allem an die nach Kriegsende entlassenen Soldaten.
Daneben war man auch bemüht, die zahlreichen infolge der Kriegsereignisse und schon früher nach Mittel- und Westdeutschland sowie nach den westeuropäischen Staaten verschlagenen Polen, die zur Kategorie der Displaced Persons gehörten, zur Ansiedlung in den ehemaligen deutschen Ostgebieten zu bewegen.
Selbst unter den seit Generationen im rheinischwestfälischen Ruhrgebiet und in Frankreich lebenden Bergarbeitern polnischer Abstammung versuchten polnische Werbungskommissionen Ansiedler für die unter polnische Verwaltung gestellten Ostgebiete zu gewinnen.
Im Jahre 1946 stand die polnische Ansiedlungsbewegung auf dem Höhepunkt. Nach polnischen Angaben vermehrte sich die Zahl der Polen seit der polnischen Volkszählung vom 14. Februar 1946 bis zum 1. Januar 1947 in den deutschen Ostgebieten um fast 2,5 Millionen auf insgesamt 4.584.000.
Darunter war auch rund eine Million Personen deutscher Staatsangehörigkeit, die bereits früher dort gelebt hatten und von den Polen als Autochthone reklamiert wurden, obwohl der größte Teil von ihnen sich entschieden zum Deutschtum bekannt hatte.
Von den bis Ende 1946 in den deutschen Ostgebieten angesiedelten Polen stammten rund 1,4 Millionen aus dem an Rußland abgetretenen Ostpolen, 237.000 waren repatriierte polnische Displaced Persons aus Mittel- und Westeuropa, und ca. l.950.000 waren aus den zentral- und südpolnischen Wojewodschaften in die deutschen Ostgebiete umgesiedelt worden.
In den folgenden Jahren nahm die polnische Bevölkerung in den polnisch verwalteten deutschen Ostgebieten nur noch langsam zu. Ende 1948 überschritt die Bevölkerungszahl dort die 5 Millionengrenze, und bis 1952 hat sie sich auf rund 6 Millionen erhöht.
Bedenkt man, daß in dieser Zahl ca. l Million Personen ehemaliger deutscher Staatsangehörigkeit einbegriffen ist, die teils als Autochthone, d.h. Masuren, Ermländer, Kaschuben und Ostoberschlesier wegen ihres Dialekts oder ihrer Namensform als Polen reklamiert, teils als unabkömmliche deutsche Arbeiter nicht ausgewiesen und zur Option für Polen gezwungen worden sind, so ergibt sich, daß in den ostdeutschen Gebieten, soweit sie unter polnischer Verwaltung stehen, nur rund 5 Millionen Polen angesiedelt wurden, während in den gleichen Gebieten vor dem Kriege rund 8,5 Millionen deutsche Staatsangehörige lebten.

Die Verschiedenheit der polnischen Bevölkerungsdichte in den einzelnen ostdeutschen Provinzen und ihr Verhältnis zur deutschen Bevölkerungsdichte vor dem Kriege geht aus der folgenden Übersicht hervor.

Ostdeutsche Provinzen (in den Grenzen der späteren polnischen Wojewodschaften)	Stand vom 17. 5. 1939		Stand vom 1. 10. 1948	
	Einwohnerzahl (deutsche Bevölkerung)	Einwohner pro qkm	Einwohnerzahl (Zurückgeblieb. deutsche u. angesiedelte poln. Bevölkerung)	Einwohner pro qkm
Süd-Ostpreußen (Wojew. Bialystok und Allenstein)	1 061 000	48	617 500	27
Ostpommern (Wojew. Stettin)	1 786 000	59,3	1 005 900	35
Ostbrandenburg (Wojew. Grünberg)	661 100	59,5	401 500	36
Niederschlesien (Wojew. Breslau)	3 062 000	124,2	1 905 200	79
Oberschlesien (Wojew. Oppeln)	1 516 800	156,1	1 291 700	133

An der vorstehenden Übersicht wird deutlich, daß die Ansiedlung von Polen in den deutschen Ostgebieten in keiner der einzelnen Provinzen den Bevölkerungsschwund wiedergutmachen konnte, der durch die Vertreibung der ostdeutschen Bevölkerung entstanden war, und daß die Bevölkerungskapazität und damit auch die Produktionskapazität dieser Gebiete unter polnischer Verwaltung in absolut unzureichender Weise genutzt sind.
Breslau, das 1939 weit über 600.000 Einwohner zählte, erreichte 1949 eine Einwohnerzahl von gerade 300.000, und ähnlich verhielt es sich auch in Danzig und Stettin.
Auf dem Lande waren zwar die kleinen Bauernhöfe bereits Ende 1946 nahezu sämtlich an polnische Besitzer übergeben, mehr Schwierigkeiten machte jedoch die Besiedlung der größeren Höfe. Infolge der polnischen Bodenreform, die jeglichen privaten Grundbesitz über 100 Hektar unmöglich machte, konnten diese Höfe nicht an private polnische Eigentümer übergehen, und andererseits bot die Aussicht auf ein bloßes Landarbeiter-Dasein auf staatlichen Domänen wenig Anreiz für Ansiedler.
Man begann deshalb polnischerseits mit der sogenannten genossenschaftlichen Siedlung, die in Abwandlung des Kolchossystems eine Verbindung zwischen Kollektiv- und Privateigentum auf den größeren Gütern vorsah und ähnlich wie in der sowjetischen Besatzungszone zu einer Parzellierung vieler großer Güter führte, die zunächst vom polnischen Staat übernommen, aber infolge des nach der Ausweisung der Deutschen besonders akuten Landarbeitermangels nicht zureichend bewirtschaftet werden konnten.
Dieser Prozeß der Aufteilung der großen deutschen Güter ist noch gegenwärtig im Gange,

aber es zeigt sich bereits, daß der größte Teil von ihnen weiterhin in Staatsbesitz bleiben wird, da die polnische Ansiedlungsbewegung heute im allgemeinen als abgeschlossen gelten kann. Im großen ganzen hat die Enteignung und Ausweisung der Deutschen und die Ansiedlung von Polen bewirkt, daß es heute in den ehemaligen deutschen Ostgebieten überwiegend nur noch landwirtschaftliche Großbetriebe oder Kleinbetriebe bis zu 20 ha gibt. Der bäuerliche Mittelstand dagegen ist stark vermindert und dadurch auch der Lebensstandard der polnischen landwirtschaftlichen Bevölkerung im Vergleich zu dem der früheren deutschen Eigentümer recht erheblich gesenkt worden.

Wie in den anderen Ostblockstaaten und in der sowjetisch besetzten Zone Deutschlands begann auch in Polen seit 1949 eine fortgesetzt radikaler werdende Sowjetisierung aller Lebensbereiche. Diese Entwicklung fing bereits in den Jahren 1945 und 1946 an, als noch Millionen von Deutschen in den polnisch verwalteten Gebieten jenseits der Oder-Neiße-Linie lebten, und sie hat nicht wenig dazu beigetragen, daß das Leben der einheimischen Deutschen unter der Verwaltung des polnischen Staates immer unerträglicher wurde.

Die von der kommunistischen polnischen Regierung gelenkten Maßnahmen gegen die Deutschen hatten mit der dem Kommunismus eigenen Radikalität die vorhandenen nationalen Gegensätze noch verschärft durch die gegen die Deutschen als Besitzende gerichteten Bestrebungen und hatten die aus Vergeltungsabsichten gegen die ehemalige Okkupationsmacht unternommene Verfolgung und Unterdrückung der Deutschen unermeßlich gesteigert.

Rechtlosigkeit, Besitzlosigkeit, Hunger, Krankheit und Zwangsarbeit drückten die deutsche Bevölkerung jenseits der Oder und Neiße zu einem großen Teil in einen Zustand apathischen Vegetierens hinab, und es wurde auch dafür gesorgt, daß die Deutschen, etwa durch das Tragen weißer Armbinden, als Ausgestoßene sichtbar gekennzeichnet waren. So war es kein Wunder, daß viele von ihnen den Ausweisungsbefehl als eine Erlösung empfanden, denn ihre Heimat war ihnen seit langem entfremdet.

Da die Ausweisungen sich über eine lange Zeit erstreckten und erst in den Jahren 1947/48 allmählich zu Ende gingen, bedeutete dies für viele der in Ostpreußen, Ostpommern und Ostbrandenburg lebenden Deutschen z.T. jahrelange Unterdrückung.

Noch immer aber waren Hoffnungen und der Glaube an eine Besserung unter der deutschen Bevölkerung vorhanden, was sich nicht zuletzt in den zahllosen unter ihnen umgehenden Gerüchten äußerte, die alle von einer bevorstehenden Änderung und dem Ende der polnischen Herrschaft wissen wollten.

Doch schließlich setzte die Ausweisung all diesen Vorstellungen ein brutales Ende. Der Abschluß der Ausweisungen, der für die ostdeutschen Reichsgebiete im allgemeinen Ende 1947 erreicht war, stellte das bedeutsamste Datum in dem Prozeß der Entdeutschung und Polonisierung Ostdeutschlands dar.

Nachdem die polnische Verwaltung bereits vorher die an die deutsche Vergangenheit erinnernden Namen und Zeichen so weit irgend möglich beseitigt und durch polnische Namen und polnische Einrichtungen ersetzt hatte, nachdem Ende Mai 1946 durch die polnische Wojewodschaftseinteilung die historische Überlieferung der alten deutschen Ostprovinzen weitgehend zerschlagen war, wurde nach der vollzogenen Ausweisung der einheimischen deutschen Bevölkerung auch ganz offen zu erkennen gegeben, daß der polnische Staat diese Gebiete nicht nur als seiner Verwaltungshoheit unterstellt, sondern als integrierenden Teil Polens betrachtete.

Ende 1948 wurde das Ministerium für die Wiedergewonnenen Gebiete aufgelöst und die deutschen Gebiete östlich der Oder-Neiße-Linie durch einen völkerrechtlich unzulässigen Verwaltungsakt dem Verband des polnischen Staates eingegliedert.

Durch diesen Schritt gab Polen zu verstehen, daß es die Verwaltungshoheit über Ostdeutschland nicht, wie in Potsdam festgelegt, als ein Provisorium zu betrachten gedenke, sondern die-

se deutschen Provinzen als einen Teil Polens für immer zu behalten entschlossen sei. Die Polonisierung der deutschen Provinzen östlich der Oder und Neiße sollte damit auch staatsrechtlich abgeschlossen werden.<<

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtete im Jahre 1954 über die Internierungslager sowie Zwangsarbeit in Polen und in den polnisch verwalteten Gebieten östlich der Oder-Neiße-Linie (x001/133E-135E): >>... Allein im Altersheim des Lagers Potulice starb in den Jahren 1947 bis 1949 die Hälfte aller Eingelieferten.

Wie hoch die Zahl derjenigen ist, die in der Zeit von 1945-1950 in den polnischen Internierungslagern gestorben sind, wird sich wohl nie mehr feststellen lassen. Die Zahl der Verstorbenen, wo sie überhaupt registriert wurde, ist von den Lagerleitungen möglichst geheim gehalten worden.

Massengräber wurden zum Teil eingeebnet, bepflanzt und als Grabstätten unkenntlich gemacht. Niemand durfte Gräber mit namentlich gezeichneten Holzkreuzen versehen.

Katastrophal wirkte sich die Internierung auf die deutschen Kinder aus, zumal als man im Sommer 1945 dazu überging, sie rigoros von ihren Müttern zu trennen, um auch deren Arbeitskraft voll ausnutzen zu können. Fast alle Säuglinge starben, größere Kinder lebten in Gemeinschaftsbaracken, getrennt von ihren Eltern und sich selbst überlassen. Ihre Ernährung besserte sich in späteren Jahren dank der Hilfsaktion des Internationalen Roten Kreuzes, obwohl ihre Verwahrlosung dadurch nicht aufgehalten werden konnte.

Die polnische Regierung betrachtete die von ihren Eltern getrennten deutschen Kinder als Staatseigentum und war bestrebt, sie zu polonisieren. Sie veranlaßte ihren Transport in Kinderheime, wo viele infolge der zeitweiligen Überfüllung verhungerten, oder gab sie in polnische Familien. Jeglicher Briefwechsel mit den Eltern war untersagt, und nur illegal gelang es manchen der verzweifelten Mütter, mit ihren Kindern in Verbindung zu bleiben.

Einer größeren Anzahl von ihnen ist es gelungen, im Laufe der nächsten Jahre ihre entfremdeten, häufig nur noch polnisch sprechenden Kinder zurückzubekommen. Viele dagegen wurden schließlich ausgewiesen, ohne ihre Kinder je wieder zu Gesicht bekommen zu haben. Anderen wiederum verweigerten polnische Familien die Rückgabe der ihnen übergebenen Kinder.

Es gab Fälle, wo eine Kostenvergütung zur Bedingung der Rückgabe gemacht wurde, die von den zwangsweise und unbezahlt arbeitenden Müttern nicht aufgebracht werden konnte. Auch diese mußten die Heimat ohne ihre Kinder verlassen, falls sich nicht mitempfindende Polen fanden, die ihnen das Geld gaben.

Noch heute, acht Jahre nach Kriegsende, bemüht sich der Suchdienst des Deutschen Roten Kreuzes in Einzelverhandlungen, diese Kinder ihren Eltern wieder zuzuführen.

Am unerträglichsten waren die Lebensverhältnisse der Volksdeutschen in den Jahren 1945/46; erst in den folgenden Jahren besserten sie sich allmählich. Zumindest in der breiten Masse des polnischen Volkes waren Haß- und Rachegefühl abgeklungen. Der Widerwille gegen das kommunistische Regime im eigenen Lande und die Abhängigkeit von der Sowjet-Union bestimmte jetzt die Empfindungen vieler Polen und nahm der Feindschaft gegenüber den Deutschen einiges an Schärfe.

Aber das Leben der deutschen Bevölkerung war inzwischen hoffnungslos verelendet, das Dasein unter den drückenden Anforderungen der Zwangsarbeit und dem Mangel jeglicher Freizügigkeit in den Internierungslagern noch 1949 so quälend und entmutigend, daß sie nach dem totalen Verlust von Heimat und Besitz nur noch die Ausweisung als Erlösung aus furchtbarer menschlicher Not erhoffen konnte.<<

Das Bundesarchiv Koblenz berichtete im Jahre 1974 über die polnischen Lager (x010/36-38): >>Nicht möglich ist es aber, auch nur annähernd zu einer Schätzung der Anzahl der Personen zu gelangen, deren Tod auf Ausschreitungen in Gefängnissen und Lagern zurückzuführen ist. Sehr unterschiedlich sind aber auch die Todesquoten über die einzelnen Lager. Sie differieren

z.T. zwischen 20 und 50 % der Insassen, die zwar vorwiegend als Folge von Seuchen und Krankheiten, verursacht durch unzureichende Ernährung (Hungertyphus), unhygienische Zustände zu verzeichnen waren, die aber auch in nicht unerheblicher Anzahl Todesopfer durch Mißhandlungen und Erschießungen umfaßten.
Im Lager Lamsdorf kamen z.B. 6.084 der Insassen um. Unter anderem wird berichtet, daß alte, nicht mehr arbeitsfähige Menschen, die sich unter den Internierten befanden, nicht allein durch Aushungern, sondern auch durch Erschießung beseitigt wurden. Über die Anzahl der Kinder, die längere oder kürzere Zeit in Lagern waren, liegen für die Lager Lamsdorf und Potulice genauere Angaben vor.
Insgesamt sollen hiernach in jedem dieser Lager 800 Kinder gewesen sein, davon auch Säuglinge, deren Anzahl in Potulice zwischen 30 und 50 wechselte. In einem kurzen Zeitabschnitt blieben von 50 Säuglingen in Potulice nur 2 am Leben. Zu den in Verbindung mit dem Lagergeschehen dargestellten Unmenschlichkeiten gehört auch die Verbringung von Kindern der Internierten, ohne daß die Eltern verständigt wurden, wodurch eine große Anzahl von Kindern für die Eltern verschollen blieb.
... Besonders schwere Mißhandlungen, auch mit Todesfolge, mußten Bewohner der Gemeinden erleiden, in deren Nähe Massengräber von KZ-Insassen, von russischen Kriegsgefangenen oder Ostarbeitern aufgefunden wurden. Die Bewohner der Gemeinden wurden gezwungen, die Gräber aufzugraben und die Leichen zu exhumieren, was unter Stock- und Peitschenhieben der Miliz, die hierzu von der umstehenden Menge angefeuert wurde, geschah. ...
Zu Mißhandlungen und Erschießungen kam es ferner in den Gemeinden bei der Austreibung der Bevölkerung insbesondere zu Beginn der Austreibung im Sommer 1945 aus dem Gebiet des östlichen Brandenburgs sowie aus den westlichen Kreisen Ostpommerns und Niederschlesiens. Schließlich sind die brutalen Mißhandlungen zu erwähnen, die ... an Personen verübt wurden, die sich weigerten, der an sie gerichteten Forderung, für Polen zu optieren, nachzukommen.<<
Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtete im Jahre 1954 über die letzten Vertreibungen der Deutschen aus Polen und den polnisch verwalteten Gebieten östlich der Oder-Neiße-Linie (x001/153E-157E): >>... Erst im Sommer 1949 wurde auch ein großer Teil der Arbeitsfähigen erfaßt, und die Entlassungen, die Auflösung ganzer Lager, und die Ausweisungstransporte erreichten jetzt ihren Höhepunkt, bis sie im Jahre 1950 im wesentlichen beendet waren.
Die zur Entlassung Bestimmten wurden von ihren Arbeitsstellen, die überall im Lande verteilt waren, nach den für sie zuständigen Zentrallagern befördert. Dort wurden die Entlassungen vorgenommen und die Transporte zusammengestellt. Besonders vom Lager Potulice bei Bromberg und vom Lager Sikawa bei Lodz gingen 1949 zahlreiche Transporte mit je durchschnittlich 2.000 Deutschen nach Deutschland ab.
Nach den jahrelangen schweren Leiden erschien fast allen Deutschen aus Polen die Ausweisung als eine Erlösung. Die Empfindung des Dankes und die Freude darüber, die zurückliegenden Bedrängnisse und menschenunwürdigen Lebensverhältnisse überlebt zu haben und endlich von ihnen befreit zu sein, überdeckten für einen Moment die Erkenntnis des schweren Loses, das die zwangsweise Ausweisung aus der seit Generationen bewohnten Heimat bedeutete.
Schon bei den Ausweisungen in den Jahren 1947 bis 1949 ließ sich erkennen, daß den polnischen Behörden nicht mehr in gleichem Maße wie vorher an einer Aussiedlung der Deutschen gelegen war. Die Ansiedlung von Polen in den ostdeutschen Städten und Dörfern machte kaum noch Fortschritte, und es zeigte sich, daß man die frühere Bevölkerungs- und Produktionskapazität der deutschen Ostgebiete nach der Ausstoßung der deutschen Bevölkerung nicht wieder erreichen würde.

Es setzte sich deshalb immer mehr die Erkenntnis durch, daß eine weitere restlose Ausweisung der noch im Lande befindlichen Deutschen eine wirtschaftliche Schädigung Polens bedeutete, zu der man es um so weniger kommen lassen durfte, als infolge der zunehmenden Sowjetisierung aller Lebensbereiche, wie in den anderen volksdemokratischen Staaten so auch in Polen, die Steigerung der Produktion und die Erfüllung der Wirtschaftspläne zum obersten politischen Gebot geworden waren.
Um eine weitere Verminderung der in Polen lebenden arbeitsfähigen Bevölkerung und eine dadurch bedingte Herabsetzung der wirtschaftlichen Kapazität Polens zu verhindern, wurde nach den letzten umfassenden Ausweisungen im Jahre 1949 neue Abtransporte von Deutschen zu verhindern gesucht.
Der nationalpolnische Chauvinismus, der ursprünglich zur Ausweisung aller Deutschen getrieben hatte, war zwar noch lange nicht erloschen, doch er wurde durch die kommunistischen Wirtschaftsprinzipien der Warschauer Regierung in den Hintergrund gedrängt.
Infolge des Abstoppens der Ausweisungen kam es zu zahlreichen gewaltsamen Trennungen von Familienangehörigen. Frauen blieben in Polen oder Ostdeutschland zurück, deren Männer bei ihrer Rückkehr aus der Kriegsgefangenschaft nach Mittel- oder Westdeutschland gekommen waren, und zahlreiche Deutsche, selbst Kinder, wurden nun als wichtige Arbeitskräfte in Polen und den polnisch verwalteten deutschen Ostgebieten festgehalten, obwohl ihre engsten Angehörigen schon lange ausgewiesen waren.
Um diesen Zustand zu beheben, haben britische Behörden unter Mitwirkung des Deutschen Roten Kreuzes die sogenannte Aktion Link in die Wege geleitet mit dem Ziele, die getrennten Familien zusammenzuführen.
Im Rahmen dieser Aktion, die vom März 1950 bis Ende 1951 andauerte, sind noch einmal fast 44.000 Deutsche über die Oder-Neiße-Linie nach Westdeutschland gekommen. Allerdings haben die polnischen Behörden auch hier nicht die Vereinbarung eingehalten, indem sie meist nicht die angeforderten von ihren Angehörigen in Westdeutschland getrennten Personen auswiesen, sondern in der Mehrzahl kranke, alte oder aus anderen Gründen arbeitsunfähige Deutsche, auf deren Verbleiben in den polnisch verwalteten Ostgebieten sie wenig Wert legten.
Seit dem Ende der Aktion Link sind nach Westdeutschland und offenbar auch nach der sowjetischen Besatzungszone nur noch ganz vereinzelt Deutsche über die Oder-Neiße-Linie nach Westen gekommen. Die Ausweisungen von Deutschen aus den polnisch verwalteten deutschen Ostgebieten und aus Polen scheinen damit ihr Ende gefunden zu haben.

Versucht man die einzelnen Etappen der Ausweisung ihrer Größenordnung nach durch Zahlen zu verdeutlichen, so ergibt sich etwa das folgende Bild:

Die einzelnen Etappen der Ausweisung.	Anzahl der Ausgewiesenen:
Vor dem Potsdamer Abkommen (Juni/Juli 1945) vor allem aus Ostbrandenburg, Ostpommern und Niederschlesien:	250 000
Vom Spätsommer bis Spätherbst 1945 aus allen ostdeutschen Gebieten mit Ausnahme des sowjetisch verwalteten Ostpreußens:	400 000
Während des Jahres 1946 vor allem aus Schlesien, Ostpommern und dem polnisch verwalteten Ostpreußen:	2 000 000
Während des Jahres 1947 aus allen polnisch verwalteten deutschen Ostgebieten und aus dem sowjetisch verwalteten Ostpreußen:	500 000
Während des Jahres 1948 aus dem sowjetisch verwalteten Ostpreußen und aus Polen	150 000
Während des Jahres 1949 aus dem sowjetisch verwalteten Ostpreußen und aus Polen	150 000
In den Jahren 1950—1951 im Rahmen der *Aktion Link:*	50 000
Insgesamt:	3 500 000

Nachdem 1950/51 mit den letzten größeren Ausweisungstransporten aus Polen und den polnisch verwalteten Gebieten die Ausweisung der Deutschen zum Stillstand gekommen war und Hunderttausende von Deutschen schon vorher infolge der katastrophalen Lebensverhältnisse, unter denen sie besonders in den Jahren 1945 und 1946 zu leben hatten, zugrundegegangen waren, blieb von der Bevölkerung deutscher Staatsangehörigkeit, die bei Kriegsende in den Reichsgebieten östlich der Oder-Neiße gelebt hatte, und von den Deutschen, die ehemals in Danzig und in Polen ansässig gewesen waren, noch insgesamt etwa eine Million zurück.
Gegenüber diesen Menschen, von denen ein kleiner Teil auf Grund der Zugehörigkeit zum polnischen Volkstum oder zur polnischen Sprachgemeinschaft freiwillig die polnische Staatsbürgerschaft angenommen hatte, wurde nun nach Abschluß der Ausweisungen in erhöhtem Maße die Politik der Zwangsoptionen aufgenommen, durch die die noch im Lande befindlichen Deutschen dem polnischen Staat eingegliedert werden sollten.
Noch in dem Dekret der polnischen Regierung vom 28. April 1946 war daran festgehalten worden, daß die polnischen Bürgerrechte nur denjenigen Personen ehemaliger deutscher Staatsangehörigkeit zustanden, deren polnische Volkszugehörigkeit nachgewiesen werden konnte und die gegenüber dem polnischen Volk und Staat eine "Treue-Erklärung" geleistet hatten.
Da sich nur sehr wenige von den damals noch im Lande befindlichen Personen deutscher Staatsangehörigkeit als Polen fühlten und von der Möglichkeit, die polnische Staatsbürgerschaft zu erlangen, Gebrauch machten, haben die polnischen Behörden vielerorts versucht, allen denen die polnische Staatsbürgerschaft aufzuzwingen, die sie auf Grund irgendwelcher äußerst fragwürdiger Voraussetzungen, etwa weil sie polnisch klingende Namen besaßen oder weil sie polnische Sprachkenntnisse hatten, als autochthone Polen reklamieren zu können

glaubten. –
Später wurden diese verzweifelten Versuche, einen beachtlichen Teil der noch in ihrer Heimat lebenden Deutschen als Polen zu deklarieren, jedoch fallen gelassen. Durch das Dekret vom 8. Januar 1951 wurde verordnet, daß allen Personen ehemals deutscher Staatsangehörigkeit, die sich noch in Ostdeutschland befinden, gleich ob sie deutscher oder polnischer Volkszugehörigkeit sind, ob sie polnisch oder deutsch sprechen, die polnische Staatsbürgerschaft zusteht. Auf Grund dieser Bestimmung erhöhte sich überall in den polnisch verwalteten Gebieten Ostdeutschlands der auf die Deutschen ausgeübte Druck, für Polen zu optieren.
Wie viele Deutsche diesem Druck inzwischen nachgegeben haben, ist gegenwärtig kaum feststellbar. Sicher ist jedoch, daß sehr viele von ihnen noch heute eine Annahme der polnischen Staatsbürgerschaft verweigern, weil sie fürchten müssen, damit endgültig die Aussicht auf ein Entrinnen aus einem ideologisch und national fremden Staatsgebilde und ihren Anspruch auf eine Zusammenführung mit ihren in Mittel- oder Westdeutschland lebenden Angehörigen zu verlieren.
Vom Deutschen Roten Kreuz allein wurden bisher insgesamt 204.000 Deutsche aus Polen und den polnisch verwalteten deutschen Ostgebieten registriert, die ihre Überführung nach Deutschland beantragt haben. Eine solche Entwicklung konnte von der polnischen Regierung auch dadurch nicht aufgehalten werden, daß sie die Diskriminierungen der Deutschen aufhob und zuließ, daß heute in manchen Gegenden und Orten Schlesiens und Pommerns wieder regelmäßige deutsche Gottesdienste abgehalten werden und deutsche Schulen wiedererrichtet sind, was zweifellos darauf hinzielte, die Deutschen zum Bleiben und zur Annahme der polnischen Staatsbürgerschaft zu bewegen.
Aus alledem wird deutlich, wie sehr sich die Situation gegenüber 1945 in ihr Gegenteil verkehrt hat. Waren die Polen damals an einer möglichst schleunigen Vertreibung interessiert, so sehen sie sich heute dazu gezwungen, entweder durch Drohungen oder durch Entgegenkommen die Deutschen als Staatsbürger zu gewinnen.
Indem die Leiter des polnischen Staates durch ihre Maßnahmen zu erkennen geben, daß sie die radikale Vertreibungspolitik - aus welchen Gründen auch immer - selbst nicht mehr gutheißen, wird in sehr eindringlicher Weise deutlich, daß die Vertreibung der ostdeutschen Bevölkerung in jeder Hinsicht eine politische Fehlentscheidung war.
Sie brachte unsägliches Leid und erschreckend hohe Menschenverluste über ein Volk, belastete eine ganze Nation, ja, ganz Europa und die westliche Welt mit dem schier unlösbarem Problem der Vertriebenen und schadete im letzten Grunde auch dem polnischen Volk mehr, als es ihm nutzte.
Die Vertreibung hat damit längst aufgehört, ein internes deutsches Problem zu ein; sie ist zu einer Frage geworden, die die politische und soziale Ordnung und Sicherheit der ganzen westlichen Welt gefährdet.
Diese ihre Wirkungen auch nur zu umreißen, überschreitet den Rahmen dieser Darstellung, die sich darauf beschränken sollte, schlicht und im vollen Wissen um das Fragmentarische eines solchen Versuches, den Hergang der großen Katastrophe Ostdeutschlands zu erzählen. Was diesem knappen Bericht an Farbe und Unmittelbarkeit fehlt, soll das Wort derjenigen ergänzen, die selbst die Opfer des großen Unheils und Unrechts gewesen sind.<<
Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtete im Jahre 1954 über die Verluste der deutschen Zivilbevölkerung östlich der Oder-Neiße (x001/157E-160E):
>>... Der Bericht über den Verlauf der Vertreibung aus dem Osten bliebe unvollständig ohne den Versuch, etwas über das Ausmaß der dabei eingetretenen Menschenverluste auszusagen und Zahlen zu nennen, durch die in sehr eindringlicher Weise bestätigt wird, was in den Erlebnisberichten über die unmenschlichen Formen der Vertreibung berichtet ist. Es muß dabei

allerdings betont werden, daß darüber gegenwärtig und wohl niemals in vollem Umfange exakte, bis ins einzelne statistisch belegbare Angaben gemacht werden können.
Da die bei der Vertreibung entstandenen Verluste nirgends registriert worden sind, kann ihre Höhe heute nur noch nachträglich indirekt errechnet werden. Sie läßt sich einigermaßen aus der Differenz zwischen der Anzahl derjenigen Ostdeutschen ermitteln, die vor der Vertreibung östlich der Oder lebten, und der Zahl derer, die davon entweder als Vertriebene im Gebiet der Bundesrepublik und der Sowjetzone registriert wurden oder heute noch in der Heimat leben.

Verluste der ostdeutschen Bevölkerung durch Kriegseinwirkungen und infolge der Vertreibung (1939—1950).

Reichsgebiete jenseits der Oder und Neiße	Bevölkerungsstand von 1939 plus Bevölkerungszuwachs während der Kriegszeit [2])	Anzahl der Vertrieb. aus d. Reichsgeb. östlich der Oder-Neiße i. Bundesgeb. u. d. Sowjet-Zone [3])	Noch in ihrer Heimat befindlich [4])	Differenz (Verluste durch Kriegseinwirkung u. Vertreibung)
Ostpreußen	2 619 000	1 930 000	75 000	614 000
Ostpommern	1 985 000	1 495 000	50 000	440 000
Ostbrandenburg	659 000	410 000	10 000	239 000
Schlesien	4 824 000	3 250 000	700 000	874 000
Insgesamt	10 087 000	7 085 000	835 000	2 167 000

2)-4): x001/158E.
Das Ergebnis der obigen Aufstellung zeigt, daß die deutsche Bevölkerung in den Reichsgebieten östlich der Oder-Neiße (Grenzen von 1937) durch Kriegseinwirkung und infolge der Vertreibung einen Gesamtverlust von 2,17 Millionen Menschen zu beklagen hatte.
Da die Zahl der Gefallenen und in Gefangenschaft verstorbenen ostdeutschen Soldaten sicher nicht mehr als eine halbe Million betragen hat und die Zahl der vor Beginn der Flucht den Bombenangriffen zum Opfer gefallenen Zivilpersonen in Ostdeutschland kaum höher als 50.000 liegen dürfte, ergibt sich, daß allein während des Gesamtprozesses der Vertreibung 1,6 Millionen Deutsche aus den Reichsgebieten östlich der Oder-Neiße umgekommen sind, das ist 15,8 Prozent der Gesamtbevölkerung Ostdeutschlands vor Kriegsende. Die Höhe dieser Verluste wird daran deutlich, daß sie mehr als das Dreifache derer beträgt, die infolge des Krieges unter den ostdeutschen Soldaten entstanden. –
Es hat sich dabei erwiesen, daß die Zahl der Opfer bei den Deutschen, die unter russisch-polnische Herrschaft gerieten, durchschnittlich mehr als das Dreifache aller im Verlaufe der Flucht Umgekommenen beträgt.
Die wahllosen Erschießungen beim Einzug der Roten Armee, die Einlieferung großer Teile der ostdeutschen Bevölkerung in Zwangsarbeitslager und Gefängnisse, die allgemeine Hungersnot und die zahlreichen in den Jahren 1945/1946 herrschenden Epidemien, schließlich auch die Vorgänge während der Deportation nach Rußland und der Zwangsaustreibung haben weit mehr Deutschen das Leben gekostet als manche Ereignisse während der Flucht, wie z.B. der Haffübergang, das Bombardement von Dresden und zahlreiche Schiffsuntergänge.
Das bedeutet, daß die Verlustquote der nach 1945 in der Heimat Zurückgebliebenen sicher

höher war als die Durchschnittszahl von 15,8 Prozent aussagt.
Prozentual noch höher als in den Reichsgebieten östlich der Oder-Neiße waren die Verluste der deutschen Bevölkerung im Gebiet der Freien Stadt Danzig und im polnischen Staatsgebiet. In Danzig lebten nach der Personenstandsaufnahme vom 10. Oktober 1941 404.000 Deutsche; 1950 waren im Bundesgebiet, in Berlin und der Sowjetzone rund 300.000 Vertriebene aus Danzig registriert, so daß - da nur einige wenige Deutsche heute noch in Danzig leben - mit einem Gesamtverlust von rund 100.000 Danzigern, d.h. 25 Prozent, zu rechnen ist.
Eine Verlustermittlung für die Deutschen, die 1944 auf polnischem Territorium (Grenzen von 1937) lebten, ist gegenwärtig nur für die alteingesessene volksdeutsche Bevölkerung möglich. Sie ergibt folgendes Bild:

Verluste der deutschen Bevölkerung in Polen 1939—1950.

Alteingesessene dt. Bevölkerung in Polen (Grenzen von 1937) nach d. Stande v. 1939 [2])	Davon bis 1950 im Bundesgebiet, i. d. Sowjetzone u. in Berlin registriert	Noch in Polen befindlich	Differenz (= Verluste)
958 000	666 000	75 000	217 000 (22,5 %)[3])

2)-3): x001/160E.
Nicht wesentlich anders als das Schicksal der alteingesessenen Deutschen in Polen hat sich das Los der während des Krieges in westpolnischen Gebieten angesiedelten deutschen Umsiedler und der aus dem Reich zugezogenen Deutschen (insgesamt rund 800.000) gestaltet. Auch unter ihnen wird es demnach ähnlich hohe Verluste gegeben haben.
Alles in allem ist damit zu rechnen, daß mindestens 400.000 Deutsche aus Danzig und den polnischen Gebieten (Grenzen von 1937) den langjährigen Vertreibungsprozeß von der Flucht vor der Roten Armee bis zur Ausweisung nicht überlebten. –
Die erschreckende Höhe der Menschenverluste unter der deutschen Bevölkerung Polens und Danzigs erklärt sich aus der Tatsache, daß der überwiegende Teil dieser Menschen 1945 in Lagern untergebracht wurde, in denen infolge von Mißhandlungen und Gewalttaten, auf Grund der schlechten Ernährung, absolut unhygienischer Verhältnisse und zahlreicher Seuchen und Epidemien eine Sterblichkeit von ungewöhnlichem Ausmaße herrschte.
Die Gesamtzahl der infolge der Vertreibung östlich der Oder und Neiße umgekommenen deutschen Zivilpersonen erhöht sich durch die hohen Verluste der Deutschen aus Polen und Danzig auf rund 2 Millionen. Dies bedeutet, daß im Laufe des Vertreibungsprozesses etwa der sechste Teil der deutschen Bevölkerung aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße ums Leben gekommen ist.<<

Tschechoslowakei
Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtete im Jahre 1957 über die willkürlichen Strafverfahren und Verfolgung der Deutschen in der CSR (x004/78-83): >>... Gegen Ende der organisierten Ausweisungsaktion wurde ein großer Teil der bis zu fünf Jahren Freiheitsstrafe Verurteilten und Untersuchungshäftlinge, die keine höhere Strafe zu erwarten hatten, in die Ausweisungstransporte eingewiesen.
Gewiß mußten alle diejenigen, die wirklicher Verbrechen überführt waren, bestraft werden, aber die politischen und rechtlichen Hypothesen, auf denen das Retributionsdekret beruhte, ebenso wie die Verfahrenspraxis schufen statt Recht in vielen Fällen neues Unrecht.

So gerieten auch eine Reihe der großen Prozesse gegen Repräsentanten des deutschen Regimes in das Zwielicht politischer Vergeltungsmaßnahmen. Das gilt z.B. für die Verhandlung, die vom 10. Dezember 1946 bis 15. Februar 1947 im Kreisgericht Prag-Süd in Pankrác gegen 16 Abgeordnete und Senatoren der Sudetendeutschen Partei geführt wurde, den sogenannten "Abgeordnetenprozeß".
Das Retributionsdekret, das zur Bestrafung und Ausschaltung vorwiegend der Deutschen und ihrer tschechischen Kollaborateure erlassen worden war, wurde nach dem kommunistischen Umsturz erneuert und als Instrument der neuen Machthaber diesmal fast ausschließlich gegen ihre tschechischen politischen Gegner angewandt. Wie eine Reihe weiterer gegen die Deutschen gerichteten Dekrete und Gesetze erwies es sich als Hilfsmittel der Kommunisten zur Verwirklichung ihrer politischen und Sozialrevolutionären Ziele.
Von der Idee kollektiver Schuld und Verantwortung gingen auch eine Reihe weiterer gegen die Deutschen (und Madjaren) insgesamt gerichteter demütigender und diskriminierender Maßnahmen aus, die zum großen Teil der nationalsozialistischen Judenpolitik nachgeahmt waren und mit ihr gerechtfertigt wurden.
Dazu gehörte die befohlene Kennzeichnung der Deutschen durch besondere weiße oder gelbe Armbinden oder weiße Stofflecken mit einem aufgezeichneten N (Nemec = Deutscher), das Verbot der Benutzung von öffentlichen Verkehrsmitteln und Einrichtungen, die Behinderung der Bewegungsfreiheit durch Sperrstunden mit der Anordnung, den Wohnort über einen Umkreis von 7 km hinaus nicht zu verlassen, und weitere Beschränkungen der persönlichen Freiheit und Existenz. Auch die Festsetzung der Verpflegungssätze nach den im Dritten Reich für die Juden festgesetzten Rationen ist hier zu nennen, ebenso die Einschränkung der Einkaufszeiten für Deutsche auf so knapp bemessene Fristen, daß oft die zum Arbeitseinsatz herangezogenen Frauen sie gar nicht wahrnehmen konnten.
Eine weitere Maßnahme, die über den durch das Dekret vom 19. Juni betroffenen Personenkreis weit hinausging, war die systematische Internierung der Deutschen.
Vom innertschechischen Gebiet ausgehend, wo der größte Teil der deutschen Bevölkerung bereits während des Aufstandes oder in den Tagen und Wochen danach interniert worden war, griff sie mit dem Erscheinen größerer Partisaneneinheiten und Formationen der Svoboda-Armee auf die sudetendeutschen Gebiete über. In einzelnen Gegenden, vor allem im Ostsudetenland und in dem Gebiet von Saaz - Brüx - Komotau, wurden davon die Bewohner ganzer Dörfer und Städte erfaßt. In vielen Fällen bildete sie im innertschechischen Gebiet wie im Sudetenland den Auftakt zur Austreibung in die sowjetischen Besatzungszonen Deutschlands und Österreichs oder zum Zwangsarbeitseinsatz im innertschechischen Gebiet.
So wurden auch durchweg die bald nach Kriegsende und später aus der Kriegsgefangenschaft heimkehrenden Sudetendeutschen, ohne Rücksicht darauf, daß sie von den alliierten Gewahrsamsmächten und auch von den Sowjets einzeln oder in geschlossenen Transporten in ihre Heimat entlassen worden waren, gleich nach ihrer Ankunft in der CSR wieder gefangengesetzt und in die zahlreichen Lager geschafft, wo sie dann oft ein härteres Los zu erleiden hatten als das ihrer bisherigen Kriegsgefangenschaft.
Das Schicksal der in den Lagern Zusammengetriebenen unterschied sich vor allem in den ersten Monaten kaum von dem derjenigen Deutschen, die auf Grund der neuen politischen Strafgesetzgebung oder unter willkürlichen Vorwänden verhaftet worden waren und z.T. in denselben Lagern wie die Internierten, meist allerdings von ihnen getrennt, untergebracht worden waren.
In einigen dieser Lager, wie vor allem in Theresienstadt, wechselten nur die Opfer:
wo vorher jüdische Gefangene unter dem nationalsozialistischen Zwangssystem litten, wurden jetzt Deutsche gequält und mißhandelt.
"Bestimmt gab es unter ihnen welche", so lesen wir in dem erschütternden Bericht eines jüdi-

schen Mitgefangenen über das Lager Theresienstadt, "die sich während der Besetzungsjahre manches haben zuschulden kommen lassen, aber die Mehrzahl, darunter viele Kinder und Halbwüchsige, wurden bloß eingesperrt, weil sie Deutsche waren. Nur weil sie Deutsche waren ...?
Der Satz klingt erschreckend bekannt; man hatte bloß das Wort "Juden" mit "Deutsche" vertauscht. Die Fetzen, in die man die Deutschen hüllte, waren mit Hakenkreuzen beschmiert. Die Menschen wurden elend ernährt, mißhandelt, und es ist ihnen um nichts besser ergangen, als man es von deutschen Konzentrationslagern her gewohnt war. Der Unterschied bestand lediglich darin, daß der herzlosen Rache, die hier am Werke war, das von der SS zugrunde gelegte großzügige Vernichtungssystem fehlte".
Nachdem in der angelsächsischen Presse kritische Berichte über die Verhältnisse in der Tschechoslowakei erschienen waren, mehrten sich in den westlichen Ländern Stimmen, die die grausame Behandlung der Sudetendeutschen verurteilten.
Wie weit solche Vorhaltungen die Bemühungen tschechischer Regierungsstellen um eine Beseitigung der ärgsten und offenkundigsten Mißstände in den Lagern und Gefängnissen beeinflußt haben, läßt sich nicht mit Bestimmtheit sagen.
Zweifellos waren seit dem Sommer 1945 vor allem bürgerliche Kräfte auch aus innerpolitischen Gründen bestrebt, der seit den Revolutionstagen in den Sudetenländern herrschenden chaotischen Zustände Herr zu werden und die Kontrolle über die neuerrichteten Verwaltungs- und Sicherheitsorgane zu gewinnen; sie suchten die radikalen und für ihre Posten unqualifizierten Elemente, die meist für die fortdauernden Ausschreitungen verantwortlich waren, nun möglichst rasch auszuschalten, zumal auch in der tschechischen Öffentlichkeit vereinzelt Kritik an den Methoden der Behandlung der Sudetendeutschen laut wurde.
Als einige der ärgsten Schinder wegen Unterschlagung und persönlicher Bereicherung verhaftet worden waren, besserten sich seit Ende des Jahres dann auch die Zustände in einzelnen Lagern. Die Änderung der anfänglichen Bezeichnung Konzentrationslager in Internierungs-, Arbeits- und schließlich Sammellager scheint aus Rücksicht auf die Weltöffentlichkeit vorgenommen worden zu sein, da man mit dem Begriff des Konzentrationslagers zwangsläufig die Vorstellung von Massengrausamkeiten verband.
Die Änderung der Lager-Bezeichnung bedeutete aber keineswegs eine gleichzeitige Änderung der geübten Praktiken; denn die Bewachungsmannschaften setzten sich hier wie in den Gefängnissen in der ersten Zeit nach der Wiedererrichtung des Staates aus Angehörigen der Revolutionsgarde und später der Stráz (Sbor) Národni Bezpecnosti (SNB, Wache der nationalen Sicherheit) zusammen.
Die SNB, die die Funktionen des Staatssicherheitsdienstes und zugleich der Gendarmerie und Polizei ausübte, war genauso gefürchtet wie die Revolutionsgarde. Bei ihrer überstürzten Aufstellung waren zweifelhafte Elemente in ihre Reihen eingeströmt. Offenbar wurden auch ganze Gruppen von Revolutionsgardisten, die in einzelnen Orten stationiert waren, in die SNB übernommen. Es ist daher nicht verwunderlich, daß die Methoden der Revolutionsgarde in den meisten Lagern weiter praktiziert wurden. Andererseits bemühten sich freilich auch einzelne SNB-Männer, wenn sie sich vor einer Denunzierung durch ihre Landsleute sicher fühlten, das Los der Häftlinge und Internierten zu erleichtern.<<
Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtete im Jahre 1957 über das Vorgehen gegen Institutionen des deutschen Kulturlebens in der CSR (x004/94-97):
>>... Die gesamte Politik der neuen Tschechoslowakischen Republik zielte nach den Grundsätzen des Kaschauer Programms darauf, die Lebensgrundlagen der Deutschen in der Tschechoslowakei zu untergraben. Diesem von Anfang an offen bekannten Ziele diente auch das Vorgehen gegen die Institutionen des deutschen Kulturlebens, vor allem gegen Kirche und Schule.

Mit Ausnahme der Bevölkerung des Kreises Asch und einiger protestantischer Diasporagemeinden gehörten die Sudetendeutschen der römisch-katholischen Kirche an. Da die Bischofssitze der Diözesen mit Ausnahme von Leitmeritz im tschechischen Gebiet lagen, waren mit Zustimmung des Heiligen Stuhls nach der Eingliederung des Sudetenlandes in das Deutsche Reich für die sudetendeutschen Bistumsanteile Generalvikariate mit selbständigem Jurisdiktionsbereich errichtet worden. Allen kirchenrechtlichen Bestimmungen entgegen wurden diese im Sommer 1945 durch die tschechischen Ordinariate aufgelöst.
Das gleiche geschah mit der Theologischen Fakultät der Deutschen Universität Prag und dem dortigen Theologenkonvikt. Auch das Priesterseminar mit der theologischen Lehranstalt in Leitmeritz wurde geschlossen. Die aus dem Kriege heimkehrenden deutschen Theologen nahm man in den im tschechischen Gebiet liegenden Seminaren nicht auf.
Das kirchliche Vermögen galt als deutscher Besitz, wenn es von einem Deutschen verwaltet wurde. Zu seiner Sicherstellung entsandten daher die tschechischen kirchlichen Behörden in die Klöster und andere kirchliche Institutionen tschechische Geistliche, die die Vermögensverwaltung übernahmen. Die deutschen Ordensprovinzen im Sudetenland verfielen auf diese Weise der Liquidation ebenso, wie das andere Kirchenvermögen für die deutschen Gläubigen verloren ging. Karitative Hilfsaktionen für die unverschuldet in Not geratene Bevölkerung waren damit unmöglich geworden.
Aber auch die seelsorgliche Betreuung der Deutschen wurde offensichtlich planmäßig behindert. Wie viele Berichte bezeugen, verbot man den Gebrauch der deutschen Sprache in den Gottesdiensten und wurden deutsche Pfarrer und Ordensgeistliche zur Zwangsarbeit herangezogen und verschleppt. Die Abhaltung des Religionsunterrichts für die deutschen Kinder scheiterte am Einspruch tschechischer Behörden. Mancherorts waren wochenlang auch keine kirchlichen Begräbnisse mehr möglich, da entweder das Betreten des Friedhofs verboten wurde oder überhaupt keine Priester vorhanden waren.
Tschechische Priester übernahmen die Pfarreien, die oft monatelang verwaist geblieben waren. Einzelne dieser Geistlichen und ihrer Oberen vergaßen Amt und Würde und steigerten durch ihr chauvinistisches Verhalten die Verzweiflung unter den Gläubigen. Andererseits bemühten sich tschechische Priester um die seelsorgerische Betreuung vor allem der in ihren Pfarrbezirken befindlichen Häftlinge, Lagerinsassen und Zwangsarbeiter. Nur allzuoft wurden sie allerdings dabei durch den Druck der öffentlichen Meinung, die jeden Kontakt mit Deutschen als nationalen Verrat brandmarkte, und auch durch radikale Lagerkommandanten und Bewachungsmannschaften behindert.
Auch die internierten deutschen Geistlichen hatten meist keine Möglichkeit, Gottesdienst zu halten oder den Gläubigen geistlichen Beistand zu leisten. Der deutsche Klerus mußte bis auf wenige Ausnahmen mit seinen Gemeinden das Land verlassen.
Das gleiche Schicksal widerfuhr den Klosterschwestern. Einige Kongregationen, die in der Krankenpflege tätig waren, durften wohl zunächst noch bleiben und konnten viel Not unter der deutschen Bevölkerung lindern, in den folgenden Jahren wurden aber auch sie zum Verlassen der CSR gezwungen.
Von der Deutschen Evangelischen Kirche in Böhmen, Mähren und Schlesien, der einzigen rein deutschen kirchlichen Gemeinschaft wurde nach dem offiziellen Abschluß der Austreibung durch ein Gesetz vom 6. Mai 1948 festgestellt, daß sie am 4. Mai 1945 aufgehört habe zu bestehen. Ihr Vermögen wurde in das Eigentum des tschechoslowakischen Staates überführt.
Bereits im Kaschauer Programm war die Schließung aller deutschen Schulen in der Tschechoslowakei angekündigt worden. Anfang Juni 1945 wurden sie durch eine Verordnung des Erziehungsministers geschlossen, ohne daß der durch die Kriegsereignisse unterbrochene Unterricht wieder aufgenommen worden war. Eine Aufnahme des Schulbetriebs wäre ohnehin nicht

möglich gewesen, da die Lehrer bis auf wenige Ausnahmen verhaftet, interniert oder in Zwangsarbeit beschäftigt waren.
Das gleichzeitige Aufnahmeverbot für Kinder deutscher Volkszugehörigkeit in tschechische Schulen schloß die Jugend von jeder Schulbildung auch in den Grundschulen aus und unterband vor allem für die Tausende deutscher Kinder, die noch nach Abschluß der Aussiedlung im Lande verblieben, jede Aufstiegsmöglichkeit in sozial höherstehende Berufe. Es waren Maßnahmen, die weniger der nationalsozialistischen Schulpolitik im "Protektorat" als der in Polen und den besetzten Gebieten der Sowjetunion glichen.
Als Krönung dieser Aktionen erklärte das Dekret vom 18. Oktober 1945 die Deutsche Universität Prag als "feindliches Institut" und löste sie für immer auf, "um die lang andauernden historischen Bemühungen des ganzen tschechischen Volkes in der Frage der Prager Universität zum Abschluß zu bringen und die Früchte der nationalen Revolution und des Kampfes um die Befreiung der Tschechoslowakischen Republik rechtlich zu sichern".
Es war ein Akt von symbolischer Bedeutung für das Schicksal des Sudetendeutschtums, denn die wechselvolle Geschichte der Prager Universität seit ihrer Gründung war immer ein Spiegelbild des jeweiligen Auf und Ab der jahrhundertelangen Auseinandersetzung zwischen Tschechen und Deutschen im Sudetenraum gewesen. Die rückwirkende Datierung der Auflösung der Deutschen Universität auf den 17. November 1939 sollte eine nationale Demonstration und zugleich eine späte politische Vergeltungsaktion für die Schließung der tschechischen Hochschulen bilden.
Tatsächlich hatte die Prager Deutsche Universität, die älteste deutsche überhaupt, schon seit dem Ausbruch des Aufstandes am 5. Mai zu bestehen aufgehört und war in jenen Tagen zum Schauplatz von Exzessen gegen Dozenten und Studenten geworden. Zugleich mit der Deutschen Universität Prag wurden auch die Deutschen Technischen Hochschulen in Prag und Brünn aufgelöst.
Konsequent unterdrückte man jede kulturelle Betätigung der Sudetendeutschen und konfiszierte das Vermögen der kulturellen Organisationen, Verbände und Institutionen. Zeitungen und Bücher in deutscher Sprache durften nicht erscheinen. In dem Bestreben, jedes Zeugnis, das von der jahrhundertelangen Anwesenheit deutscher Menschen in den Sudetenländern sprach, auszulöschen, verbot man nicht nur deutsche Ortsnamen, beseitigte die deutschen Schilder und Straßenbezeichnungen, sondern ging in einzelnen Orten so weit, auch die deutschen Inschriften von den Grabdenkmälern zu entfernen.<<
Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtet im Jahre 1957 über die Behandlung der Juden und der sudetendeutschen Antifaschisten in der CSR (x004/97-104): >>... Fast in allen Begründungsversuchen, die Benes und seine Ratgeber dem "Transfer" der Deutschen aus der Tschechoslowakei gegeben hatten, war der Zusammenhang zwischen einer Bestrafung der Deutschen, die ihnen für ihr Verhalten gegenüber der Republik zukomme, und der Austreibung hervorgehoben worden.
Regelmäßig war daher auch ein Vorbehalt zugunsten der "loyalen" Deutschen gemacht worden, die "sich niemals gegen das tschechische und slowakische Volk vergangen und sich entweder aktiv am Kampfe um seine Befreiung beteiligt oder unter dem nazistischen oder faschistischen Terror gelitten haben", wie es z.B. in dem Verfassungsdekret über die Staatsbürgerschaft vom 2. August 1945 heißt.
Die Bestimmung der Zahl dieser Deutschen ist das einzige Problem gewesen, das in der internationalen und innertschechischen Diskussion der Vertreibung seit 1944 als noch offen behandelt wurde. Sicher aber ist, daß Benes und seine Freunde, aber auch Gottwald, von Anfang an bestrebt waren, den Kreis der im Lande Verbleibenden so klein wie möglich zu halten. An diesem Ziel hielten sie trotz einiger Einwirkungsversuche anderer Staaten und mancher, meist wirtschaftlich, in einigen Fällen auch humanitär begründeter Bedenken von tschechischer Sei-

te fest.
Über diese Absicht konnten auch die im Kaschauer Regierungsprogramm und in erläuternden Verordnungen und Verlautbarungen des Innenministeriums gegebenen Zusicherungen nicht hinwegtäuschen.
In der Verordnung vom 16. Mai 1945 wird festgestellt, daß im Sinne des Regierungsprogramms dem dort bezeichneten Personenkreis die tschechoslowakische Staatsbürgerschaft zu bestätigen ist, und bestimmt, daß diese "staatstreuen" Deutschen und ihre Angehörigen ("mit Ausnahme Schuldbeladener") von den Maßnahmen gegen die "übrigen" Deutschen auszunehmen und ihnen von den Nationalausschüssen amtliche Legitimationen auszustellen sind, die sie davor schützen. Diese Sonderstellung sollten vor allem Kommunisten und anerkannte Mitglieder der sozialdemokratischen Partei erhalten.
In einer am 10. Juni in der Presse veröffentlichten Verlautbarung des Innenministeriums wurde sie auch auf Personen ausgedehnt, die aus politischen oder rassischen Gründen in deutschen KZ-Lagern waren oder nachweisbare Unterstützung im Kampf gegen das NS-Regime geleistet haben und - was sehr aufschlußreich ist - auch auf unentbehrliche Fachkräfte.
In der Praxis erfuhr die von der Regierung zugesicherte Sonderstellung dieser als "staatstreu" oder "unentbehrlich" anerkannten Deutschen gleichwohl manche Einschränkung und hing in den ersten Wochen und Monaten der noch wenig organisierten tschechischen Verwaltung in den sudetendeutschen Gebieten von der Willkür, allzu oft auch der parteipolitischen Einstellung der örtlichen Nationalausschüsse oder Verwaltungskommissionen ab.
Die grundsätzlichen Voraussetzungen für eine Sonderbehandlung der "Antifaschisten" schuf dann das Dekret über die Regelung der tschechoslowakischen Staatsbürgerschaft vom 2. August 1945.
Ein Runderlaß des Innenministeriums vom 24. August zu diesem Gesetz enthält einige interessante Hinweise auf die Absichten und Meinungen, die in tschechischen Regierungskreisen über das Problem der deutschen Antifaschisten herrschten. In diesen Richtlinien wurde wieder die doppelte Voraussetzung für eine Sonderbehandlung, nämlich Kampf gegen den Nazismus und für die Tschechoslowakische Republik gefordert, darüber hinaus der Umkreis der zuzulassenden Anträge auf Bestätigung der Staatsbürgerschaft mittelbar von vornherein dadurch begrenzt, daß die Zahl der auszugebenden Bescheinigungen über angenommene Anträge auf 200.000 Stück festgesetzt wurde.
Unter diesen Verhältnissen konnten auch die sudetendeutschen Gegner Hitlers und Henleins nur wenig Hoffnung auf erträgliche Daseinsbedingungen in der CSR und für ihre künftige soziale, kulturelle und politische Stellung haben. Das gilt auch im hohen Grade für die deutschen Juden, die in Böhmen und Mähren, vor allem in der Hauptstadt Prag, einen bedeutenden wirtschaftlichen, aber auch kulturellen Einfluß besessen hatten. Sie waren 1938 und 1939 großenteils in die Machtsphäre der SS und Gestapo gefallen.
Ihr Schicksal unterschied sich seither kaum von dem der Juden in anderen vom nationalsozialistischen Reich beherrschten Gebieten: soweit ihnen nicht rechtzeitig die Auswanderung glückte, sind sie größtenteils der Deportation und Vernichtung anheimgefallen.
Das in dem böhmischen Städtchen Theresienstadt eingerichtete Lager, durch das die meisten Juden aus dem "Protektorat" geschleust wurden, war nicht im eigentlichen Sinne eine Vernichtungslager wie Auschwitz, sondern ein "Ghetto"-Lager, ist aber für viele aus Böhmen und Mähren stammende Juden - neben solchen aus anderen europäischen Ländern - zum Schicksalsort und zur Stätte grauenvoller Erlebnisse geworden.
Ein Chronist, der die Auflösung des Lagers im Mai 1945 schildert, berichtet mit Zurückhaltung über das Verhalten der ersten in Theresienstadt auftauchenden tschechischen Vertreter, die "den Juden gegenüber, gar wenn es sich nicht um Tschechoslowaken handelte, sich in vielen Fällen alles andere ... als freundschaftlich, und mitunter nicht einmal korrekt verhielten".

Auch in der unmittelbaren Nachkriegszeit sind die wenigen noch überlebenden Juden aus Böhmen und Mähren, die sich zu irgendeinem Zeitpunkt seit 1929 zum Deutschtum bekannt hatten, als Deutsche behandelt und verfolgt und, eben einem vernichtenden System entronnen, aufs neue Demütigungen und Entrechtungen ausgesetzt worden.
Nach einem Bericht an die Delegierten der jüdischen Religionsgemeinschaften in Böhmen und Mähren vom Oktober 1947 mußten sie die Abzeichen für Deutsche tragen und erhielten die jetzt für die Deutschen bestimmten jüdischen Lebensmittelrationen der NS-Zeit. Eine Reihe von ihnen wurde auch in die Internierungslager für Deutsche geschafft. Auch von finanziellen Restriktionen wird berichtet.
Entscheidend für die Lage des Judentums in der neuen CSR wurde dann die Behandlung, die das Problem der Rückerstattung des jüdischen, unter deutscher Herrschaft eingezogenen Eigentums erfahren hat. Die gesetzliche Grundlage hierfür bildete das Restitutionsgesetz vom 16. Mai 1946. Es enthielt die Bestimmung, daß enteigneter Besitz nur an national zuverlässige Personen zurückzuerstatten sei. Gehörte der ursprüngliche Besitzer zum Kreis der "national unzuverlässigen" Personen, fielen die Ansprüche an den Staat.
Dieser Personenkreis wurde entsprechend den gegen die Sudetendeutschen angewandten Gesetzen auf die sich zur deutschen und madjarischen Nationalität Bekennenden - mit den auch dort gemachten Ausnahmen - fixiert, aber noch um eine Gruppe erweitert: das Restitutionsgesetz rechnete auch Personen hinzu, die die Germanisierung und Madjarisierung auf dem Gebiet der Tschechoslowakischen Republik unterstützt haben.
In einer späteren Verordnung des Innenministeriums vom 13. September 1946, die die Behandlung der Juden grundsätzlich regelte, wurde dieses Verhalten definiert als "Aktivität für den Zweck, die deutschen und ungarischen Interessen zu fördern" - gleichgültig ob vor oder nach 1918 -, z.B. durch die Errichtung deutscher oder madjarischer Schulen und kultureller Einrichtungen, durch die Förderung solcher Schulen und anderer Einrichtungen, ebenso durch die wirtschaftliche und moralische Unterstützung irgendeiner irredentistischen Bewegung oder sogar nur die Beschäftigung von Deutschen oder Ungarn in führenden Positionen irgendeines Unternehmens.
Obwohl diese Verordnung sonst einige Verbesserungen für die Stellung der Juden enthielt und grundsätzlich alle Personen jüdischer Abstammung, die unter deutscher Besetzung gelebt haben, als Opfer des nationalsozialistischen Terrors im Sinne der Gesetze ansah, zeigte sie doch deutlich die Tendenz, die Lage der Juden, vor allem die Wiedereinsetzung in ihren Besitz zu erschweren, wenn nicht zu verhindern.
Nur diejenigen Juden, die den Nachweis führen konnten, daß sie niemals auf kulturellem Gebiet für das Deutschtum eingetreten waren, noch Deutsche oder Madjaren in führenden Stellungen beschäftigt hatten, und schließlich, daß sie bei einer Flucht ins Ausland in den alliierten Armeen gedient hatten, behielten Wohnrecht und Staatsbürgerschaft in der CSR. Die anderen verloren sowohl Eigentum wie Staatsbürgerrechte und konnten ein Gesuch stellen, aus der Republik auswandern zu dürfen.
Über die tatsächliche Anwendung dieser Bestimmungen und ihr Ausmaß besteht noch keine volle Übersicht. Man muß berücksichtigen, daß die Restitution großer Vermögen und Besitztümer ohnedies durch die Nationalisierungspolitik unmöglich geworden war, hier konnte höchstens statt der reinen Konfiskation die theoretisch bessere Rechtsform der Nationalisierung erwartet werden. Bei kleinerem Besitz ist offenbar der Anteil der Fälle, in denen die Rückgabe verweigert wurde, sehr hoch. Das am häufigsten ins Feld geführte Argument für die Zurückweisung von Restitutionsansprüchen war der Vorwurf, daß die Betroffenen zur "Germanisierung" beigetragen hätten. In der Slowakei, wo den Juden sowohl der Vorwurf der Germanisierung wie Madjarisierung gemacht wurde, war die Lage besonders schlecht.
Wie in der sudetendeutschen Frage überhaupt haben sich auch in der Frage der deutschen Ju-

den nationalistische und sozialrevolutionäre Tendenzen miteinander vermengt, nur daß sich für das Restdeutschtum nach der Austreibung die äußere Lage unter kommunistischer Herrschaft später etwas besserte, während der Kurs gegenüber den Juden ständig verschärft wurde: eine bereits nach dem kommunistischen Staatsstreich am 7. April 1948 vorgenommene Revision des Restitutionsgesetzes verneinte die Wiedergutmachungsverpflichtung schließlich für alle Fälle, in denen sie gegen das öffentliche Interesse verstieß.

Im allgemeinen nicht viel besser als die Lage der deutschen Juden war die Situation der sudetendeutschen Antifaschisten, soweit sie sich nicht vorbehaltlos, wie die führenden Kommunisten, mit der kollektiven Vergeltungspolitik gegen ihre Landsleute identifizierten.

Es waren vorwiegend Mitglieder der Deutschen Sozialdemokratischen Partei in der Tschechoslowakei gewesen, die seit der Eingliederung des Sudetenlandes oder der Errichtung des Protektorats wegen ihrer Ablehnung der nationalsozialistischen Ideologie und ihres Eintretens für die Erhaltung der CSR verfolgt und zurückgesetzt worden waren, daneben auch vom NS-Regime verfolgte Geistliche und Angehörige der ehemaligen Christlichsozialen Partei.

Die gerade für diese Personengruppe gesetzlich vorgesehene Sonderbehandlung, vor allem die Zuerkennung der sogenannten Antifa-Legitimation mit dem Recht auf Kennzeichnung als Antifaschist (rote Armbinde) und auf die Lebensmittelzuteilung für Tschechen, hing meist von der parteipolitischen Einstellung der Nationalausschüsse oder Verwaltungskommissionen ab. Vielfach mußten auch Antifaschisten für die Sünden des Regimes, das sie selbst verfolgt hatte, büßen; sie wurden enteignet, willkürlich verhaftet oder auch ausgetrieben. Selbst dann, wenn es gelang, diese Maßnahmen teilweise rückgängig zu machen, verbitterte doch das erlittene Unrecht, meist war dann auch der zurückgegebene Besitz ausgeplündert.

In einzelnen Orten und Bezirken bildeten sich Komitees der Antifaschisten, um ihre Interessen zu wahren und die für die Anerkennung ihres Sonderstatus erforderlichen Verhandlungen zu führen. Später spalteten sich diese Komitees meist in sozialdemokratische und kommunistische Gruppen, von denen die sozialdemokratischen einen gewissen Rückhalt bei der tschechischen sozialdemokratischen Partei fanden.

Verschiedentlich übernahmen die Antifa-Komitees in den Orten ohne tschechische Einwohner bereits nach dem Zusammenbruch die Verwaltungsbefugnisse und konnten ungerechtfertigte Maßnahmen der einströmenden tschechischen Verwaltungsfunktionäre mildern oder gar verhindern. Ihr Einfluß sank aber mit dem stärkeren Zustrom der Tschechen in den Sommermonaten 1945.

Eine Ausnahmestellung innerhalb des Personenkreises, für den wegen seiner Verfolgung im Dritten Reich eine Sonderbehandlung vorgesehen war, hatten zunächst die sudetendeutschen Kommunisten. Ihre günstige Position gegenüber allen anderen deutschen Gruppen erklärt sich daraus, daß die kommunistische Partei nur territoriale Organisationen ohne Scheidung der Mitglieder nach der Volkszugehörigkeit kannte, um aus ideologischen Gründen nationale Gegensätze in der Partei nicht aufkommen zu lassen.

Daher fanden die deutschen Mitglieder der KP bei ihren tschechischen Genossen Schutz und Unterstützung, die um so wirksamer waren, als die wichtigsten Ressorts in der Prager Regierung, wie vor allem das Innenministerium, Kommunisten unterstanden.

Entsprechend der Devise der Parteileitung setzten sich die deutschen Kommunisten meist vorbehaltlos für die kollektive Bestrafung ihrer Landsleute ein, beteiligten sich an den Vergeltungsaktionen und trugen durch Denunzierung deutscher Familien dazu bei, deren Lage zu verschlechtern.

Es blieb allerdings nicht aus, daß der in der kommunistischen Partei sich durchsetzende tschechische Nationalismus sich schließlich auch gegen ihre deutschen Mitglieder wandte und diese vielerorts nicht besser behandelt wurden als die übrigen Sudetendeutschen auch. Einzelne von ihnen suchten dem zu begegnen, indem sie ihr Deutschtum verleugneten und möglichst

rasch im Tschechentum aufzugehen sich bemühten.<<

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtete im Jahre 1957 über die letzten Vertreibungen der Sudeten- und Karpatendeutschen (x004/126-136): >>...

Nach dem kommunistischen Staatsstreich im Februar 1948 setzte noch einmal ein von den Tschechen organisierter, nicht auf Vereinbarungen mit der amerikanischen Militärregierung beruhender Abschub von Sudetendeutschen ein.

Auf Lastkraftwagen schaffte man Tausende von ihnen ins Grenzgebiet und schob sie dann in Gruppen bis zu 50 Personen nach Bayern ab. Die deutschen Grenzwachen besaßen die strikte Anweisung der Militärregierung, den Grenzübertritt dieser Ausgewiesenen zu unterbinden. Wenn auch im allgemeinen nicht danach gehandelt wurde, so blieb es doch nicht aus, daß der Übertritt einzelner Gruppen, die von bewaffneten Tschechen begleitet den Grenzstreifen betraten, verhindert wurde. Die Tschechen versuchten dann den illegalen Abschub an weniger gut bewachten Grenzstellen. Das Gepäck der auf solche Weise Ausgewiesenen wurde meist auf Lastkraftwagen nachgeschickt.

Im Rahmen dieser nicht auf Vereinbarungen mit den Amerikanern beruhenden Ausweisung schoben die Tschechen 24.009 Sudetendeutsche im Laufe des Jahres 1948 nach Westdeutschland ab. Insgesamt sind in den Jahren 1947/48 30.587 Sudetendeutsche nach Westdeutschland gelangt. 1949 ebbte der Zustrom ab. Die Zahl der "illegalen Grenzgänger" ging auf etwa 5.000 zurück.

Noch immer befanden sich aber Zehntausende von Angehörigen der nach Westdeutschland ausgewiesenen Familien in der CSR. Am 26. Oktober 1949 beantragte daher die Regierung der Bundesrepublik bei der Alliierten Hohen Kommission die Überführung von 20.000 Sudetendeutschen aus der CSR zu ihren Familien nach Westdeutschland. Nachdem diese ihre Zustimmung gegeben hatte, erzielte das amerikanische Permit Office in Prag in Verhandlungen mit dem tschechoslowakischen Innenministerium, an denen auch Vertreter des Internationalen Roten Kreuzes teilnahmen, ein Übereinkommen, in dem das Verfahren und die technischen Einzelheiten dieser Aktion festgelegt wurden.

Die Transporte wurden in den Sammellagern Reichenberg und Eger zusammengestellt und setzten sich durchschnittlich aus 350 Personen zusammen. Der Abtransport ging ausschließlich in Personenzügen vor sich. Außer Devisen, echtem Schmuck und neuwertigen Textilien durften die Aussiedler ihre ganze bewegliche Habe, die in Güterwagen noch vor dem Verlassen der CSR oder auch danach über die Grenze gebracht wurde, mitnehmen.

Diese letzte Aussiedlungsaktion, die am 17. März 1950 begann, wurde von der tschechoslowakischen Regierung am 28. April 1951 eingestellt. Bis zu diesem Zeitpunkt waren in 49 Transporten 16.832 Sudetendeutsche nach Westdeutschland gekommen.

In den folgenden Jahren wurde nur einer beschränkten Zahl von Deutschen die Ausreise aus der CSR gestattet. Es waren fast ausschließlich solche Personen, die die langjährige Haft, zu der sie auf Grund des Retributionsgesetzes verurteilt worden waren, verbüßt hatten und nun zu ihren Familien nach Westdeutschland ausreisten. Oft mußten sie monatelang auf die Ausreisegenehmigung warten, die sie auch nur nach wiederholten persönlichen Vorsprachen bei den zuständigen tschechischen Behörden erhielten.

Nach den offiziellen Erklärungen der Staatsmänner der Tschechoslowakischen Republik und nach dem Wortlaut der Gesetze sollten die "loyalen" Deutschen, die der Republik die Treue gehalten und gegen Hitler und Henlein Widerstand geleistet hatten, von jeder Verfolgung und damit auch vom "Abschub" verschont bleiben. Über den zahlenmäßigen Umfang des Kreises dieser Personen waren schon von der tschechoslowakischen Exilregierung sehr verschiedene Äußerungen bekannt geworden; auch nach der Wiedererrichtung der Republik wurde die darüber bestehende Unklarheit nicht geringer.

Die im Dekret vom 2. August 1945 für die "Antifaschisten" vorgesehene Regelung schränkte

sich praktisch immer mehr auf eine Sonderbehandlung bei der Ausweisung ein, da die sudetendeutschen Gegner des NS-Regimes im allgemeinen kaum anders als die übrigen Sudetendeutschen behandelt wurden.
So zeigte der größte Teil von ihnen, sogar die meisten deutschen Kommunisten, angesichts der Zerstörung der deutschen Lebensgemeinschaft in der Tschechoslowakei kein Verlangen, in einem in seiner Struktur völlig veränderten tschechischen Nationalstaat zu verbleiben, der ihnen zwar theoretisch die Staatsbürgerrechte zubilligte, von ihnen aber tatsächlich das völlige Aufgehen im Tschechentum verlangte.
So haben vor allem sudetendeutsche Sozialdemokraten schon sehr früh eine rege Initiative entfaltet, um ihre Gesinnungsgenossen nach Deutschland zu überführen. Bereits im Juni 1945, als die "wilden" Austreibungen einen ersten Höhepunkt erreichten und auch auf Antifaschisten übergriffen, beschlossen in den nördlichen Kreisen des Sudetenlandes Vertreter sudetendeutscher Sozialdemokraten, eine geschlossene Aussiedlung der Mitglieder ihrer Partei und deren Angehöriger vorzubereiten.
Sie entsandten Beauftragte nach Sachsen und Thüringen; mit der Landesregierung von Thüringen und der dortigen sozialdemokratischen Parteiorganisation schlossen sie eine auch von der sowjetischen Militärregierung gebilligte Vereinbarung über die Aufnahme von 100.000 sudetendeutschen Sozialdemokraten.
Auf Grund dieser Regelung verließen schon im November 1945 die ersten Transporte sudetendeutscher Sozialdemokraten, meist aus dem Kreis Tetschen, ihre Heimat. Sie durften ihre bewegliche Habe mit Ausnahme von Möbeln mitnehmen.
Die Fortführung dieser Unternehmung scheiterte dann aber am Widerstand kommunistischer Kräfte und der sowjetischen Militärverwaltung, vor allem in Sachsen, die offenbar durch den starken Zustrom sudetendeutscher Sozialdemokraten einen noch stärkeren Widerstand gegen die angestrebte Vereinigung der kommunistischen und sozialdemokratischen Partei der sowjetischen Besatzungszone befürchteten. Nur 6.000 von der ursprünglich vereinbarten Zahl von 100.000 sudetendeutschen Sozialdemokraten waren in der sowjetischen Besatzungszone aufgenommen worden.
Inzwischen war durch die Initiative von Alois Ullmann aus Aussig, einem Funktionär der ehemaligen Deutschen Sozialdemokratischen Partei in der CSR, im September 1945 in Prag eine Zentralorganisation - nach ihrem Initiator "Organisation Ullmann" genannt - gebildet worden, die die Vorbereitung der Ausreise von Sozialdemokraten und schließlich auch von Mitgliedern der ehemaligen Christlichsozialen Partei in die Hand nahm.
Dieser Organisation gelang es durch Vermittlung tschechoslowakischer Behörden, Vereinbarungen mit der amerikanischen Militärregierung für Deutschland über die Aufnahme von 40.000 "Antifaschisten"-Familien in die amerikanische Besatzungszone zu treffen und auch die gesetzlichen Voraussetzungen für die Ausreise zu schaffen.
Ursprünglich bestanden diese in einer vom Innenministerium am 26. November 1945 erlassenen Weisung über die "Aussiedlung der deutschen Antifaschisten in die russische Zone Deutschlands", die nach Verhinderung weiterer sozialdemokratischer Transporte nach Thüringen nun allein den Kommunisten zugute kam.
Mit Hilfe der tschechischen sozialdemokratischen Partei erwirkten Vertreter der "Aktion Ullmann" die Richtlinien des Innenministeriums vom 17. Januar 1946. Hier wurde aber die Zahl der zur Ausreise zugelassenen Sozialdemokraten auf 50.000, die der Kommunisten auf 45.000 festgelegt, was bei dem früheren Mitgliederstand beider Parteien die Sozialdemokratie außerordentlich benachteiligte. Nach weiteren Interventionen der "Aktion Ullmann" über die tschechische sozialdemokratische Partei faßte schließlich die Regierung den Beschluß vom 15. Februar 1946, der die Beschränkungen aufhob, im übrigen erneut die Modalitäten der Ausreise von deutschen Antifaschisten fixierte.

Danach wurde den deutschen Antifaschisten formell das Recht der "Auswanderung" in die sowjetische und amerikanische Zone Deutschlands unter Mitnahme ihres gesamten beweglichen Eigentums bestätigt "zu dem Zweck, den Okkupationsorganen in Deutschland eine wirksame Unterstützung bei der Bildung demokratischer Verhältnisse in Deutschland mit Hilfe der in der CSR befindlichen Personen zu gewähren".
Als Antifaschisten wurden nur Personen anerkannt, die "vor der Okkupation Mitglieder der Kommunistischen oder Deutschen Sozialdemokratischen Partei (in der CSR) waren"; später, in dem Rundschreiben des Innenministeriums vom 15. März 1946, wurde die Möglichkeit geschaffen, in der Begrenzung dieses Personenkreises etwas großzügiger zu verfahren, so daß in einzelnen Fällen auch Mitglieder der ehemaligen Christlich-sozialen Partei einbezogen wurden.
Die "Aktion Ullmann" übernahm es, die von den Ortvertrauensleuten und Antifa-Kommissionen aufgestellten Listen, die vom Orts- und Bezirksnationalausschuß geprüft und genehmigt werden mußten, zu sichten und dem Innenministerium zur endgültigen Genehmigung vorzulegen und danach die Einwilligung des amerikanischen Verbindungsoffiziers in Prag einzuholen.
Diese umständliche bürokratische Prozedur brachte es mit sich, daß die ersten Transporte erst im Mai 1946 abgefertigt werden konnten. In der Regel stellte das Ministerium für Eisenbahnen eigene Züge (40 Waggons für durchschnittlich 300 Personen) zur Verfügung; da aber der zugeteilte Transportraum nicht ausreichte und die zügige Ausreise der Antifaschisten dadurch noch mehr verzögert worden wäre, wurden Lastkraftwagen-Transporte eingelegt, die von den Teilnehmern selbst finanziert werden mußten.
Wurde bei den Transporten im Frühjahr 1946 allgemein großzügig verfahren, so verschlechterten sich die Bedingungen für die Ausreise der Antifaschisten im Laufe der Sommer- und Herbstmonate. In zahlreichen Orten und Bezirken wurde jetzt die Mitnahme der beweglichen Habe, vor allem von Möbeln, bei Antifa-Transporten beschränkt, z.T. sogar ganz unterbunden. Willkürlich strich man Antifaschisten, die tatsächlich wegen ihrer politischen Einstellung unter dem nationalsozialistischen Regime verfolgt worden waren, aus den Transportlisten, entzog ihnen die Sonderausweise und unterwarf sie den gleichen Behandlungsmethoden bei der Ausweisung, die für die Sudetendeutschen generell zutrafen.
Andererseits wird berichtet, daß die Behörden oder einzelne einflußreiche Tschechen auch solchen Deutschen, die keineswegs den Status der Antifaschisten fordern konnten, die Aufnahme in die Sondertransporte verschafften, wie überhaupt oft das Gutdünken der tschechischen Ämter für die Zuerkennung des Status eines Antifaschisten ausschlaggebend gewesen zu sein scheint.
Im Spätsommer des Jahres 1946 wurde die Lage der noch nicht ausgesiedelten Antifaschisten in einigen Kreisen des Nordsudetenlandes, so im Kreis Tetschen, besonders prekär, da diese Personengruppe nun, nach der Ausweisung der übrigen Deutschen, deutschfeindlichen Maßnahmen weit stärker ausgesetzt war als bisher. Vielfach wurden Antifaschisten, die bereits Sondertransporten zugeteilt waren, aus den Wohnungen verwiesen, ins Landesinnere verschleppt oder in die letzten allgemeinen Ausweisungstransporte eingegliedert.
Als alle Proteste der Antifa-Kommissionen diesen Maßnahmen nicht Einhalt gebieten konnten, erwirkte z.B. die Antifa-Kommission des politischen Bezirkes Tetschen von den Bezirks- und Landesbehörden die Unterbringung der von ihr betreuten Antifaschisten in einem von ihr selbst verwalteten Lager, um sie bis zum Abtransport allen Verfolgungen zu entziehen.
Die unzureichende Bereitstellung von Transportmitteln und Schikanen der Behörden hatten zur Folge, daß nach der Einstellung der Ausweisungstransporte in die amerikanische Besatzungszone Zehntausende von Antifaschisten, meist Sozialdemokraten, in der CSR zurückbleiben mußten. Immerhin war es der "Aktion Ullmann" gelungen, rund 82.600 Personen nach

Westdeutschland zu überführen.
Während etwa 30.000 sudetendeutsche Sozialdemokraten die CSR nicht mehr verlassen konnten und jahrelang - oft auch vergeblich - auf eine Ausreisegenehmigung warten mußten, glückte es den aussiedlungswilligen sudetendeutschen Kommunisten, vollzählig die CSR zu verlassen und in die Sowjetzone zu gehen.
Übereinstimmend wird berichtet, daß ihre Transporte, die bereits im Herbst 1945 begannen und ohne Störungen fortliefen, bevorzugt abgefertigt wurden. Durch diese Aktionen kamen etwa 30.000 Kommunisten nach Mitteldeutschland.
Daß deutsche Juden entweder nach Deutschland ausgewiesen wurden oder dorthin freiwillig übergesiedelt sind, läßt sich aus den vorliegenden Berichten nicht erschließen.
Entgegen ihren Erklärungen galt aber das eigentliche Interesse der tschechoslowakischen Regierung weniger dem Problem der Antifaschisten, als der Erhaltung eines genügenden Stammes von Facharbeitern für die im Sudetenland gelegenen Industriebetriebe. Von den Wirtschaftsbehörden der nationalisierten Industrien war die schärfste Kritik am "Odsun" der Facharbeiter gekommen, und hinter den Kulissen der offiziellen Politik spielte offenbar eine lebhafte Auseinandersetzung um die Zahl der zurückzubehaltenden Spezialisten, die das Regime dringend für die Ausführung seiner Wirtschaftspläne benötigte.
Die wirtschaftspolitischen und nationalstaatlichen Ziele des neuen Staates standen sich hier diametral entgegen, doch hat sich, auch unmittelbar nach dem kommunistischen Staatsstreich, die nationalistische Tendenz stets als die stärkere erwiesen.
Die Lage der nach Abschluß der großen Vertreibungsaktion in der CSR zurückgebliebenen Deutschen, die sich aus verschiedenen Gruppen zusammensetzten, war zunächst sehr ungünstig. Soweit sie nicht als unentbehrliche Facharbeiter in den Industriebetrieben des Grenzgebiets benötigt wurden, deportierte man sie zu Zwangsarbeiten in das innertschechische Gebiet, wo sie unter kümmerlichsten Bedingungen, die in vielem den Verhältnissen von 1945/46 nicht nachstanden, dahinvegetierten.
Von diesen Deportationen wurde jetzt auch ein großer Teil der zurückgebliebenen Antifaschisten betroffen. In vielen Fällen verloren sie jetzt noch das gerettete Eigentum, das sie meist, wenn es sich um unbeweglichen Besitz handelte, erst nach langwierigen Bemühungen wieder zurückerhalten konnten.
Erst im Laufe des Jahres 1949 begann sich die tschechische Haltung den zurückgebliebenen oder zurückgehaltenen Deutschen gegenüber zu ändern. Jetzt, wo in der relativ kleinen Restgruppe der Deutschen für den tschechischen Staat keine politische Gefahr mehr gesehen werden konnte, machte sich das Interesse an den deutschen Facharbeitern offen bemerkbar, und ihre Lebensbedingungen wurden allmählich erleichtert. Die für die Sudetendeutschen geltenden Ausnahmegesetze wurden nicht nur großzügiger gehandhabt, sondern z.T. auch gar nicht mehr beachtet. Freilich vollzog sich dieser Vorgang erst langsam und wirkte sich nicht überall gleichmäßig aus.
Seinen formalrechtlichen Ausdruck hat er in dem allmählichen Abbau des Verfassungsdekrets vom 2. August 1945 gefunden, das den Sudetendeutschen die tschechoslowakische Staatsangehörigkeit abgesprochen hatte.
In diesem Dekret war für einen bestimmten Personenkreis der "loyalen" Deutschen ein Recht eröffnet worden, die Rückgabe der tschechoslowakischen Staatsangehörigkeit zu beantragen. Diese Möglichkeit ist in den folgenden Jahren durch eine Reihe von Verordnungen schrittweise erleichtert worden, ohne daß offenbar die zurückgebliebenen Deutschen viel Gebrauch von ihr gemacht haben.
Vor allem vereinfachte die Verordnung vom 29. November 1949 "über die Rückgabe der tschechoslowakischen Staatsbürgerschaft an Personen deutscher Nationalität" das Antragsverfahren für Personen deutscher Volkszugehörigkeit, "die ihre Treueverpflichtung als tschecho-

slowakische Staatsbürger nicht verletzt und sich insbesondere nicht feindlich gegenüber der volksdemokratischen Ordnung verhalten haben".
Am Ende wurde sogar das Antragsverfahren überhaupt abgeschafft und durch das Gesetz vom 24. April 1953 allen Personen deutscher Nationalität, die in der tschechoslowakischen Republik ihren Wohnsitz und die tschechoslowakische Staatsangehörigkeit noch nicht erworben hatten, diese automatisch zuerkannt.
Diese zwangsweise Repatriierung, gegen die den Betroffenen kein Einspruchsrecht zugestanden wurde und die alle gestellten Aussiedlungsanträge erledigte, wurde mit den Prinzipien der sozialistischen Nationalitätenpolitik: Gleichberechtigung und Zusammenwirken der Nationen im Aufbau des Sozialismus begründet.
Das deutsche kommunistische Organ "Aufbau und Frieden" stellte diese Lösung gegen die "wüste chauvinistische Hetze", die in den Jahren 1945 bis 1948 "die Reaktionäre und Verräter von Benes bis Slánský" gegen alle Deutschen getrieben hätten und deren Losung "... ein Deutscher ist wie der andere"
Gottwald schon 1945 und 1947 die Parole "... kein Deutscher ist wie der andere" entgegengestellt habe.
Auch sonst traten kommunistische Politiker in öffentlichen Kundgebungen für eine Verbesserung des Status der sudetendeutschen Minderheit ein. Nachdem drei Jahre lang Kinder deutscher Volkszugehörigkeit von jedem Schulbesuch ausgeschlossen waren, wurde ihnen seit 1948 erlaubt, tschechische Schulen zu besuchen; später wurde sogar in einigen Schulen Deutschunterricht eingerichtet, dessen Besuch nur Schülern gestattet war, die in Tschechisch und Russisch den Durchschnitt des Klassenziels erreicht hatten.
Auch der Gebrauch der deutschen Sprache in der Öffentlichkeit und auf den Ämtern, sogar in Bezirken mit geringen deutschen Minderheiten, wurde wieder zugelassen, und seit November 1951 wird von dem tschechischen Gewerkschaftsverlag "Práce" die deutschsprachige, zweimal wöchentlich erscheinende Zeitung "Aufbau und Frieden" herausgegeben.
Durch Gastspiele sowjetzonaler Theater- und Kulturgruppen, durch literarische Vortragsabende und Sprachkurse werden die Deutschen in der CSR im Geiste kommunistischer Nationalitätenpolitik kulturell betreut, doch haben sie noch keineswegs den Stand der ukrainischen und sogar madjarischen Minderheit erreicht, sich vor allem noch nicht wie diese in einem eigenen Kulturverband organisieren können.
Soweit man immerhin von einem Wandel in der Stellung der Deutschen sprechen kann, vermag dieser doch nicht darüber hinwegzutäuschen, daß das Deutschtum in der gegenwärtigen tschechoslowakischen Volksrepublik nur noch eine zerstreute Splittergruppe ist, die kaum mit dem in jahrhundertelanger Geschichte durchgeformten Deutschtum Böhmens und Mährens verglichen werden kann.
Durch die Austreibung der Deutschen haben diese Länder völlig ihr Gesicht verändert, nicht nur im nationalen, sondern auch im sozialen Sinn. In keinem der Vertreibungsstaaten Ostmitteleuropas ist die Entrechtung, Enteignung und Vertreibung der Deutschen so eindeutig Schrittmacherin des Kommunismus gewesen wie in der Tschechoslowakei. Die nichtkommunistischen Kräfte des tschechischen Volkes, die sich an dieser Politik beteiligt haben, sind längst ihrerseits zwischen die Mühlsteine des kommunistischen Regimes geraten.
Die utopische Hoffnung des Präsidenten Benes, die Tschechoslowakei zu einem Ausgleichs- und Vermittlungszentrum zwischen dem westlichen und östlichen System zu machen, ist ebenso zerronnen wie die Machtträume Hitlers, der das tschechische Volk germanisieren wollte und, was trotz des erlittenen Unrechts kein Deutscher vergessen sollte, mit seiner Politik die späteren Verhängnisse erst ausgelöst hat.
Böhmen ist vielmehr, was schon der große tschechische Historiker Palacký im 19. Jahrhundert befürchtet hatte, in den Bereich der russischen Macht gefallen, und das tschechische Volk,

von jeher stolz auf seine europäische Tradition und Gesinnung, hat seine Freiheit erneut eingebüßt. Die Austreibung der mit ihm durch Jahrhunderte in Glück und Unglück verbundenen Deutschen ist ihm nicht zum Segen geworden: der "Abschub" war die Einleitung zum Abschied vom Westen.<<

Jugoslawien

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtete im Jahre 1961 über das Schicksal der in die Sowjetunion verschleppten Jugoslawien-Deutschen (x006/96E-97E): >>… Bis 1947 wurde häufig wochentags in zwei Schichten zu 12, sonntags zu 9 Stunden gearbeitet, später in drei Schichten zu je 8 Stunden.

Die mangelnde fachliche Qualifikation für die Arbeitsleistungen, allgemeine Erschöpfung und ungenügend geschützte Arbeitsplätze führten häufig zu schweren Unfällen. Die Ernährung war völlig unzulänglich und stand in keinem Verhältnis zur geforderten Leistung. Wenn sich die Versorgung auch allmählich im Zuge der allgemeinen Verbesserung der Verhältnisse in der Sowjetunion nach dem Kriege hob - insbesondere bedeutet das Jahr 1947 hier einen gewissen Wendepunkt - und die Möglichkeiten eines zusätzlichen Lebensmittelerwerbs, z.B. durch Arbeit auf Kolchosen, zunahm, so forderten Hunger, Unfälle und Unterernährung doch viele Todesopfer.

Dazu kamen die mangelhaften hygienischen Verhältnisse; sie riefen in den Lagern zahlreiche Epidemien hervor, die durch die Überfüllung der Massenquartiere, fehlende ärztliche Behandlung und Medikamentenmangel noch gesteigert wurden.

Die ersten Kranken und Arbeitsunfähigen wurden im Sommer 1945 entlassen. Weitere Krankentransporte wurden im Laufe der Jahre 1946, 1947 und 1948 zusammengestellt. Die allgemeine Entlassung begann mit der Auflösung dieser Lager im Oktober/November 1949.

Die Transporte wurden über Frankfurt (Oder) in die sowjetische Besatzungszone Deutschlands geleitet. Einige kleinere Krankentransporte wurden im Sommer und Herbst 1945 nach Jugoslawien zurückgeführt, wo man die von den Sowjets entlassenen Heimkehrer sofort in die bestehenden Zwangslager für Volksdeutsche verbrachte.

Als im Laufe des Jahres 1946 weitere Volksdeutsche aus Jugoslawien mit Krankentransporten ins rumänische Entlassungslager Focsani kamen und dann in ihre Heimat weitergeleitet werden sollten, verweigerten die jugoslawischen Behörden ihre Aufnahme. Die Transporte dieser Heimkehrer wurden dann wochenlang im Grenzgebiet zwischen Jugoslawien, Rumänien und Ungarn hin- und hergeschoben, bis sie sich zerstreuten oder sie schließlich von den ungarischen Behörden nach Österreich abgeschoben wurden.

Die Gesamtzahl der in die Sowjetunion deportierten Jugoslawiendeutschen läßt sich nach der Zahl und Stärke der ermittelten Transporte auf ca. 27.000 bis 30.000 schätzen.

Die Verlustquote ist schwerer zu bestimmen, jedoch wird man annehmen dürfen, daß ca. 16 Prozent der Deportierten in der Sowjetunion verstorben sind; die Mehrzahl der Überlebenden wurde durch Krankheiten und Entbehrungen physisch gebrochen.<<

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtete im Jahre 1961 über die Internierungslager und Zwangsarbeit der Jugoslawien-Deutschen (x006/112E-116E): >>... Da die Internierungslager der Jugoslawiendeutschen keineswegs eigens zu diesem Zweck errichtete und umzäunte Gebäudekomplexe waren, boten sich aller scharfen und auch oft rücksichtslos durchgreifenden Bewachung zum Trotz immer wieder Gelegenheiten zur Flucht. Diese wurden anfangs nur von beherzten Einzelnen ausgenutzt.

Seit der ersten, wenn auch sehr begrenzten Auflockerung der Verhältnisse in manchen Lagern der Batschka und des Banats im Frühjahr 1946 kam es auch häufiger vor, daß ganzen Gruppen die Flucht über die ungarische oder rumänische Grenze gelang.

Wem es glückte, in eines dieser Länder zu entkommen, konnte sich auf die zahlreichen ver-

wandtschaftlichen und freundschaftlichen Verbindungen verlassen, die das jugoslawische Deutschtum trotz der Grenzziehung von 1918 immer noch mit der deutschen Bevölkerung des rumänischen Banats und der ungarischen Batschka und Schwäbischen Türkei besaß, jedoch war auch das Mitleid und die Hilfsbereitschaft der andersnationalen Bevölkerung in ungezählten Fällen so stark, daß den Flüchtlingen, gleich wo sie um Unterstützung baten, fast ausnahmslos weitergeholfen wurde.
Zu Beginn des Jahres 1947 besserten sich die Verhältnisse in den Internierungslagern erneut etwas. Regelmäßiger Post- und Paketempfang wurde gestattet, amerikanische Lebensmittelspenden konnten verteilt werden, DDT-Pulver wurde bereits seit dem Frühjahr 1946 mit spürbarem Erfolg gegen das Ungeziefer der verwahrlosten Lagerräume verwendet.
Die Ablösung der aus Partisanen bestehenden Wachmannschaften durch Miliz oder reguläres Militär trug auch zur Einschränkung der gröbsten Willkür bei, zumal da die physische Mißhandlung der Internierten zu dieser Zeit offiziell verboten wurde, eine Anordnung, die mancherorts auch den Lagerinsassen mitgeteilt wurde.
Dennoch blieb der Entscheidungsfreiheit und dem persönlichen Wohl- oder Übelwollen der Lagerleiter und Wachmannschaften noch immer ein weiter Spielraum; die systematische Quälerei von Deutschen war auch zu dieser Zeit keineswegs ausgeschlossen.
Seit der Besetzung des Landes durch Russen und Partisanen im Oktober 1944 ließ sich jedoch eine deutliche Besserung feststellen, zu der auch die Familienzusammenführung innerhalb des Systems der Internierungslager erheblich beitrug. Allmählich wirkten sich auch die Anstrengungen des amerikanischen Hilfskomitees von P. Wagner, des Hilfswerks der Evangelischen Kirche in Stuttgart und der päpstlichen Aktion zugunsten der Donauschwaben aus.
Zwei Jahre nach dem Kriege begannen die Wiederherstellungs- und Aufräumungsarbeiten an Straßen und Eisenbahnen, zu denen man die internierten Volksdeutschen herangezogen hatte, auszulaufen. Die Neusiedler hatten die Besitzungen der Donauschwaben übernommen, auf Kolchosen und Staatsgütern wurde der Stamm der Landarbeiter aus den verschiedenen Völkerschaften Jugoslawiens gewonnen. Tausende von Deutschen waren über die Landesgrenze abgeschoben worden und geflohen, Zehntausende durch Mißhandlungen, Lagerentbehrungen und Exekutionen umgekommen.
Den jugoslawischen Behörden und Lagerverwaltungen mußte sich die Frage aufdrängen, was man mit den Überlebenden, die auf mehr als 100.000 Volksdeutsche geschätzt werden müssen, tun solle.
Da man sich zu dieser Zeit offensichtlich noch nicht dazu entschließen konnte, das System der Diskriminierungen der Deutschen abzubauen, wurde seit den ersten Monaten des Jahres 1947 stillschweigend die Flucht aus den Lagern gefördert. Wie bisher flohen Einzelne und Gruppen "schwarz" über die Grenze, vornehmlich nach Ungarn.
Daneben aber bildete sich nun ein System offiziös (halbamtlich) geduldeter Gruppenflucht aus, die von den eingeschüchterten und durch den jahrelangen Lageraufenthalt geschwächten Volksdeutschen bevorzugt wurde. Führer boten sich gegen hohes Entgelt dazu an, Gruppen von 10 bis 100 Volksdeutschen durch das Grenzgebiet mit seinen schwer zu kontrollierenden Wäldchen und Kukuruzfeldern auf ungarischen Boden zu führen. Manchmal steckten diese Führer mit der Lagerleitung und den Wachmannschaften oder auch den Grenzpolizisten unter einer Decke und beteiligten, diese an dem Gewinn des Menschenschmuggels.
Aus dem großen Sammellager Gakovo in der nördlichen Batschka ebenso wie aus dem benachbarten Lager Krusevlje war wegen der Nähe zur ungarischen Grenze der Weg zur Flucht besonders verlockend. In Gakovo kam es bereits im Dezember 1946 schon einmal zu einer Massenflucht, und in den letzten März- und ersten Aprilwochen des folgenden Jahres soll die Zahl der Geflohenen auf ca. 3.000 gestiegen sein. Ziffern von bisweilen 100 Flüchtlingen in einer Nacht werden aus verschiedenen Lagern berichtet. Eine Fluchtbewegung von solchem

Ausmaß wäre ohne Wissen und Willen der Lagerleitungen undenkbar gewesen, deren mindestens passive Mitwirkung von einer indirekten Form des Abschubs sprechen läßt.
Zahlreiche Berichte gewähren ein vollständiges Bild von diesen Vorgängen. Wer sich zur Flucht in einer Gruppe entschlossen hatte, nahm Kontakt mit einem der Führer auf und mußte den geforderten Kopfpreis in Bargeld entrichten. Häufig kostete dies die Internierten ihr gesamtes bisher verstecktes oder während der Zwangsarbeit von Freunden zugestecktes und erbetteltes Geld oder ihre letzten verborgenen Wertgegenstände, so daß sie anschließend völlig mittellos auf die Hilfe anderer in Ungarn angewiesen waren.
Wer von jugoslawischen Posten auf der Flucht gestellt oder von ungarischen Grenzwachen zurückgewiesen wurde, hatte zu dieser Zeit nur noch mit einigen Tagen Freiheitsentzug, kaum aber mehr wie bisher mit Mißhandlung oder Erschießung zu rechnen. Jede günstige Situation ausnutzend, versuchten es auch diese beim ersten Fluchtversuch gefaßten Volksdeutschen bald wieder, dem Lager zu entrinnen.
Schätzungen beziffern die Zahl der Flüchtlinge bis zu einem erneuten Umschwung in der Behandlung der Lagerinsassen gegen Ende des Jahres 1947 auf etwa 30-40.000.
Jenseits der Grenze sahen sich die Flüchtlinge, waren sie auf eigene Faust oder von einem Führer geleitet entkommen, sich selber überlassen. Manche blieben, z.T. noch jahrelang, in Ungarn; die meisten schlugen sich in wochenlangen Fußmärschen bis zur österreichischen Grenze durch oder benutzten, nachdem sie von Verwandten und Bekannten Geld erhalten hatten oder dies auch oft genug hatten erbetteln müssen, die Eisenbahn bis zu einer Grenzstation. Hier angelangt passierten sie erneut "schwarz" oder mit Führern die Grenze und fanden schließlich in Österreich oder Deutschland ein Unterkommen, nicht ohne daß sie oft noch vielfältige Schwierigkeiten in den Durchgangslagern zu bestehen hatten. ...
Seit dem Ende des Jahres 1947 begann eine neue Phase in der Behandlung der internierten Volksdeutschen. Die bis zum Dezember 1947 geduldete Fluchtbewegung aus den Lagern wurde unterbunden, die Grenze wieder scharf bewacht. Viele jüngere arbeitsfähige Volksdeutsche wurden seither zur Arbeit in den Bergwerken verpflichtet, wo man sie anstelle der deutschen Kriegsgefangenen, deren Zahl sich durch Entlassungen stark vermindert hatte, unter Tage einsetzte. Gleichzeitig wurden die Lager in der Woiwodina bis Ende März 1948 in mehreren Stufen aufgelöst.
Zuerst wurden die noch Arbeitsfähigen gesondert erfaßt, den Staatsgütern und staatlichen Industriebetrieben zugewiesen und von diesen in der Regel für zunächst drei Jahre in ein sogenanntes vertragliches Arbeitsverhältnis übernommen, das aber noch keineswegs volle Freiheit brachte. Ausgangsbeschränkungen, Meldepflicht und Polizeikontrollen gehörten zum Alltag der Entlassenen. Auf den Staatsgütern brachte man die Volksdeutschen in provisorisch errichteten Baracken, in Scheunen oder sogar in Ställen unter. Die Verpflegung war spürbar besser als in den Lagern.
Dafür wurde allerdings auch von der Entlohnung in Bargeld ein hohes Kostgeld abgezogen. Allmählich erhielten dann auch diese in der Landwirtschaft eingesetzten Deutschen Lebensmittel- und Textilkarten. Das durchweg freundliche Verhalten der andersnationalen Bevölkerung und die sich schrittweise verbessernden Lebensbedingungen erlaubten ihnen, sich ihr Leben erträglicher zu machen und die Vorteile der neuen Arbeitsverfassung auszunutzen.
Schwierigeren Aufgaben sahen sich die Volksdeutschen gegenüber, die Industriebetrieben oder Bergwerken - z.B. dem Kupferbergwerk Bor oder den Kohlengruben in Serbien - zur Verfügung gestellt worden waren. Wohnräume waren in den Städten ungleich schwerer zu finden als auf dem Lande. Oft mußten die Volksdeutschen bei entfernten Verwandten oder Bekannten monatelang unterschlüpfen, ehe sie ein Zimmer fanden.
Die Arbeitsbedingungen, vor allem die nach sowjetrussischem Vorbild ausgebildeten Normen und das Stoßarbeitersystem, verlangten äußerste Anstrengung. Unter primitiven Lebensbedin-

gungen suchten sich diese deutschen Arbeiter, z.T. mit ihren Angehörigen, durchzuschlagen und zu einer eigenen kleinen Wohnung zu kommen; die Frauen bemühten sich, als Köchinnen in Betriebskantinen oder Gasthäusern angestellt zu werden oder sonstwie eine Arbeitsstelle zu finden, um Lebensmittelkarten für Arbeitende zu erhalten. Selbst dann noch waren sie darauf angewiesen, durch den blühenden Schwarzhandel die offizielle Zuteilung nach Karten zu ergänzen.
Während die Transporte der Arbeitsfähigen die Lager verließen, wurden auch die Arbeitsunfähigen gesammelt und nach Rudolfsgnad überführt. Dort strömten bis zur Auflösung des Lagers im März 1948 noch einmal Tausende von neuen Insassen zusammen: zumeist arbeitsunfähige Deutsche aus kleineren Ortslagern. Die Belegschaft von Rudolfsgnad wurde dann wieder aufgeteilt.
Die als arbeitsfähig Erklärten wurden zu neuer Tätigkeit auf Staatsgütern und in Fabriken verpflichtet, die Alten und Arbeitsunfähigen in das Lager Karlsdorf transportiert, das sich seit dem April 1948 zu einem großen Alters- und Krankenheim für Volksdeutsche entwickelte. Die zahlreichen elternlosen Kinder verbrachte man in staatliche Kinderheime. Außer in Karlsdorf wurde im Oktober 1948 noch in St. Georgen im Banat ein zweites Altersheim für Volksdeutsche eingerichtet. Die pflegebedürftigen Alten und Kranken wurden dort im allgemeinen recht human behandelt und genossen ausreichende ärztliche Fürsorge.
Nach der Entlassung aus den Internierungslagern erhielten viele Volksdeutsche in der Woiwodina die Aufforderung, ihre Staatsbürgerschaft bei den jugoslawischen Behörden registrieren zu lassen. Bisweilen wurde sogar die Entlassung von einer solchen Eingabe abhängig gemacht.
In manchen Fällen aber überging man stillschweigend die Vorschriften des Staatsangehörigkeitsgesetzes und behandelte die entlassenen Volksdeutschen ohne weitere Formalitäten als jugoslawische Staatsbürger. Für die jungen Männer bedeutete das auch, daß sie von ihren Arbeitsstellen weg zum jugoslawischen Wehrdienst einberufen wurden und zum Teil ihre Dienstzeit voll ableisten mußten. ...<<
Das Bundesarchiv Koblenz berichtete im Jahre 1974 über die Lager in Jugoslawien (x010/51-52): >>Besonders hohe Todesquoten sind für die Konzentrationslager, die sog. Vernichtungs- oder "Endlager", überliefert, in die alte Menschen, Kranke und Kinder verbracht worden waren. Das größte Lager dieser Art Knicanin (Rudolfsgnad) passierten ca. 33.000 Menschen, von denen nach geretteten Aufzeichnungen eines Lagerarztes 9.503 verstorben sind, davon 8.012 Erwachsene und 1.491 Kinder unter 14 Jahren. Als weitere Beispiele seien genannt: Gakovo mit 18.000 Insassen, davon ca. 8.800 Todesfälle, Backi Jarek mit 18.000 Insassen und 6.400 Todesfällen, Krusevlje mit 10.000 Insassen, davon rd. 3.000 Todesfälle. ...
Für 49 der größten Lager, unter denen die sog. Vernichtungslager mit den höchsten Sterberaten mit einbegriffen sind, ergibt sich aus dem vorhandenen Material eine Gesamtzahl von 67.000 Toten. Ca. 8.000 Personen bzw. 12 % dürften gewaltsam getötet worden sein, während alle übrigen Opfer der unmenschlichen Verhältnisse in den Lagern, vor allem von Hunger, Seuchen und Mißhandlungen geworden sind. ...
Es wird ferner von Tausenden von Kriegsgefangenen in Jugoslawien berichtet, die von Partisanen erschossen wurden. Auch unter ihnen befanden sich Angehörige der deutschen Volksgruppe in Jugoslawien.<<
Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtete im Jahre 1961 über das Schicksal der in Jugoslawien verbliebenen Deutschen (x006/116E-118E): >>... Seit der Begründung der Bundesrepublik Deutschland bemühten sich die meisten der zurückgebliebenen Jugoslawiendeutschen um eine Ausreisegenehmigung. Manchen von denen, die es abgelehnt hatten, die Staatsbürgerschaft zu beantragen, gelang es, relativ frühzeitig über Triest in einigen Sammeltransporten das Land zu verlassen.

Für die Mehrheit der Ausreisewilligen aber konnten erst nach dem Übergang der Paßhoheit von den alliierten auf deutsche Dienststellen im Oktober 1951 die rechtlichen Voraussetzungen für ihre Überführung in das Bundesgebiet geschaffen werden. Allerdings waren mit Hilfe des Internationalen Komitees des Roten Kreuzes schon seit dem April 1950 vorläufige Vereinbarungen des Deutschen mit dem Jugoslawischen Roten Kreuz zustande gekommen. Seit diesem Zeitpunkt wurde versucht, in erster Linie getrennt lebende Familien nach "Dringlichkeitsstufen" zusammenzuführen.
Die jugoslawischen Behörden zögerten zuerst, solche Anträge zu bewilligen und machten geltend, die ausreisenden Volksdeutschen würden bei einem solchen Verfahren ihre jugoslawische Staatsangehörigkeit verlieren, ohne vorher eine andere Staatsangehörigkeit erworben zu haben; dies könne Jugoslawien als Signatarstaat der "Allgemeinen Deklaration der Menschenrechte" nicht zulassen. Hinter solchen Vorwänden mag sich die Absicht verborgen haben, nicht eine zu große Anzahl billiger Arbeitskräfte zu verlieren.
Nach erneuten Verhandlungen zwischen Vertretern des Internationalen Roten Kreuzes in Genf und der jugoslawischen Rot-Kreuz-Organisation im Jahre 1952 begnügten sich die jugoslawischen Stellen schließlich mit der Erklärung, daß die ausreisenden Volksdeutschen in der Bundesrepublik nicht als Staatenlose, sondern wie Bundesbürger behandelt werden sollten.
Darauf konnte das Ausreiseprogramm auf eine breitere Grundlage gestellt werden. Die Jugoslawiendeutschen mußten die Zuzugsgenehmigung eines Landes der Bundesrepublik vorweisen und sich gegen eine Gebühr die Entlassung aus dem jugoslawischen Staatsverband bestätigen lassen, in den sie manchmal erst vor kurzen aufgenommen worden waren.
Der Preis für den Verzicht auf die jugoslawische Staatsangehörigkeit betrug am Anfang 1.500 Dinar pro Person, stieg aber sehr bald auf 12.000 Dinar, d.h. auf die Höhe eines drei- bis vierfachen durchschnittlichen Monatsgehaltes an und erreichte damit eine für viele zunächst unerschwingliche Höhe, lag doch die Internierungszeit und der Neubeginn eigener Einkünfte nach völliger Mittellosigkeit erst zwei, drei Jahre zurück.
Dennoch gelang es im Laufe der folgenden Jahre den meisten, die sich zur Ausreise entschlossen hatten und die erforderlichen Unterlagen beibringen konnten, Gebühren, Rechtsanwaltsspesen und Fahrkosten aufzubringen.
Allmählich wurde dann das Programm der Familienzusammenführung ergänzt. Anträge von Volksdeutschen, die die Zugehörigkeit zur deutschen Wehrmacht oder den Aufenthalt in einem Internierungslager glaubhaft nachzuweisen vermochten, wurden jetzt von deutscher Seite berücksichtigt.
Seit 1956 war das Verfahren soweit erleichtert, daß es für die Überführung in die Bundesrepublik genügte, für die deutsche Behörden den Nachweis der deutschen Volkszugehörigkeit (§ 6 des Bundesvertriebenengesetzes vom 13.5.1953) und für Jugoslawien die Bestätigung des künftigen Rechtsstatus von deutscher Seite durch eine Gleichstellungsbescheinigung zu erbringen. Daraufhin wurden die Antragsteller aus dem jugoslawischen Staatsverband entlassen.
Von 1952 bis 1955 stieg die Anzahl der in die Bundesrepublik Deutschland übernommenen sogenannten "deutschen Aussiedler" aus der FVR Jugoslawien auf 11.839 im Jahre 1955 an und sank dann langsam ab. Im Jahre 1960 war sie ungefähr wieder auf den Stand von 1952 zurückgegangen.
Nach der jugoslawischen Volkszählung vom 31.3.1953 wurden noch ca. 62.000 Volksdeutsche in der FVR Jugoslawien gezählt. Davon entfielen auf die Woiwodina 35.000, auf Altserbien 13.000, auf Kroatien 11.000, auf Slawonien 1.000, auf Bosnien-Herzegowina 1.000; der Rest von 1.000 verteilte sich auf die übrigen Landesteile. Bis zu diesem Zeitpunkt (31.3.1953) waren 9.016 Volksdeutsche als Aussiedler in die Bundesrepublik aufgenommen worden.
Da seit dem 31.3.1953 bis Ende 1960 53.298 Aussiedlern die Ausreise in die Bundesrepublik

Deutschland gestattet wurde, hat die überwiegende Mehrheit der im Jahre 1944 im Lande verbliebenen Jugoslawiendeutschen, soweit sie die Verfolgungen und Entbehrungen der ersten Nachkriegsjahre überstanden hatten, ihre ihnen entfremdete Heimat verlassen.
Zahlreiche zur Zeit bearbeitete Anträge auf Ausreise deuten darauf hin, daß auch von den noch in Jugoslawien wohnenden Deutschen, die sich nach der jugoslawischen Statistik auf ca. 10.000 beziffern müssen, viele das Land zu verlassen beabsichtigen.
Im Gegensatz zu Rumänien und zu Ungarn haben Evakuierung, Flucht, Massenverluste in der Internierungszeit, verschleierter Abschub und schließlich der seit 1950 im Gange befindliche "Transfer" dazu geführt, daß das Deutschtum in der FVR Jugoslawien so gut wie vollständig aus dem Lande verschwunden ist.
Präzise Angaben über die noch in Jugoslawien in der Zerstreuung lebenden Deutschen lassen sich nicht machen. Sie wohnen seit der Arbeitsverpflichtung im Jahre 1948 auf Staatsgütern und in Industriebetrieben jeweils dort, wo sie im System der staatlichen Verwaltungswirtschaft ihren Platz angewiesen erhielten.
Die Rückkehr in die von Neusiedlern besetzten Heimatdörfer ist so gut wie ausgeschlossen, auch die ganz wenigen Deutschen, die zunächst, z.B. wegen partisanenfreundlicher Einstellung, noch in den ehemals donauschwäbischen Siedlungen geduldet wurden, sind im Laufe der Zeit verdrängt worden. Die völlige Entwurzelung und Heimatlosigkeit im Lande ist einer der wesentlichen Gründe, weshalb die Volksdeutschen unter Ausnutzung aller Möglichkeiten dem Leben in Jugoslawien zu entrinnen suchen.
Unter diesen Bedingungen kann von einer deutschen Volksgruppe keine Rede mehr sein. Die Deutschen sind auch keine staatsrechtlich anerkannte Minderheit, wie z.B. die Madjaren, Albaner, Slowaken, Rumänen und Skipetaren, so daß sie auch nicht im System der kommunistischen Nationalitätenpolitik ihre nationalkulturelle Eigenart bewahren können.
Einige Nachrichten deuten zwar daraufhin, daß ihnen gelegentlich gewisse kulturelle Rechte gewährt werden. So soll an einigen Schulen der Woiwodina 1952 wieder Deutschunterricht eingeführt worden sein, den 17 Volksdeutsche, am Seminar in Subotica ausgebildete Lehrer erteilten.
Da aber seither nahezu 85 % der 1953 gezählten Volksdeutschen in die Bundesrepublik übergeführt worden sind, ist es fraglich, ob solche Einrichtungen noch bestehen oder wie lange sie noch bestehen werden. Im öffentlichen Leben der FVR Jugoslawien spielen die Deutschen keine Rolle mehr und entbehren im Alltag häufig der vollen tatsächlichen Gleichstellung mit den andersnationalen Staatsbürgern.
Da unter solchen Umständen die Ausreise in die Bundesrepublik das Ziel für die meisten der noch in Jugoslawien lebenden Volksdeutschen bleibt, läßt sich der Zeitpunkt absehen, wo es ein Deutschtum in Jugoslawien nicht mehr geben wird.<<

Rumänien

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtete im Jahre 1957 über das Schicksal der in die Sowjetunion verschleppten Rumänien-Deutschen (x007/80E):
>>… Schon im Spätsommer 1945 kehrten die ersten Krankentransporte nach Rumänien zurück. Weitere Transporte mit Arbeitsunfähigen folgten.
In den Jahren 1946/47 wurden diese Heimkehrerzüge allerdings fast ausschließlich über Frankfurt/Oder nach Mitteldeutschland geführt; eine Rückkehr nach Rumänien wurde den Angehörigen dieser Transporte, die zum Teil jahrelang in sowjetzonalen Arbeitslagern oder zur Landarbeit eingesetzt wurden, im allgemeinen nicht gestattet.
Die Masse der Deportierten wurde in den Jahren 1948/49 nach Rumänien oder Deutschland zurückgeführt; die letzten konnten erst 1950/51 heimkehren.

Nach zuverlässigen Schätzungen muß mit einer Verlustquote von nahezu 15 % gerechnet werden: mehr als 10.000 kehrten nicht zurück. Von den Heimkehrern blieb fast die Hälfte in Deutschland und Österreich.<<

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtete im Jahre 1957 über die wirtschaftliche Lage der Rumänien-Deutschen nach der Bodenreform sowie die Lage der Kirche und Schule (x007/85E-93E): >>... **Die wirtschaftliche Lage der Volksdeutschen nach der Bodenreform**

Schon das erste, Ende September 1944 veröffentlichte Programm der Nationaldemokratischen Front hatte umfassende Enteignungen und Verstaatlichungen propagiert. Die Weigerung Radescus, die von der FND geforderte Bodenreform unverzüglich durchzuführen, trug wesentlich zu seinem Sturz bei.

Appellierte die Nationalitätenpolitik der rumänischen Kommunisten an die Mitarbeit der nationalen Minderheiten, so sprach auch aus der Bodenreform in erster Linie das Bemühen, die landlose und landarme Dorfbevölkerung für die kommunistische Politik zu gewinnen.

Aus wirtschaftlichen Erwägungen war eine neue Agrarreform, nachdem der eigentliche Großgrundbesitz mit wenigen Ausnahmen schon durch die nach dem ersten Weltkrieg durchgeführten Reformen beseitigt worden war, zweifellos nicht zu rechtfertigen. Das Ergebnis der Bodenreform von 1945 war neben einer katastrophalen Schwächung der rumänischen Landwirtschaft vor allem die Zerstörung der wirtschaftlichen Fundamente des rumänien-deutschen Bauerntums.

Die gesetzliche Grundlage der neuen Bodenreform bildete das Dekret-Gesetz Nr. 187 vom 23. März 1945, das durch das Durchführungs-Reglement Nr. 4 vom 11. April 1945 ergänzt wurde. Entschädigungslos enteignet wurden nach Art. 3 des Reformgesetzes:

a) "die Bodenflächen und landwirtschaftlichen Besitztümer jeder Art, die deutschen Staatsangehörigen sowie rumänischen Staatsangehörigen, physischen und juristischen Personen, deutscher Nationalität (Volksabstammung) angehören, die mit Hitler-Deutschland zusammengearbeitet haben;

b) "die Bodenflächen und sonstigen landwirtschaftlichen Besitztümer der Kriegsverbrecher und der für das Unglück des Landes Verantwortlichen;

c) "die Bodenflächen derjenigen, die in Länder geflohen sind, mit denen Rumänien sich im Kriegszustand befindet oder die nach dem 23. August 1944 ins Ausland geflüchtet sind".

Erst an achter Stelle erwähnt das Gesetz den Großgrundbesitz, soweit er 50 ha überschreitet.

Nach der Definition der Durchführungsverordnung fielen unter Artikel 3, a:

"rumänische Staatsbürger, die Angehörige der deutschen Waffen-SS waren, mit ihren Familienangehörigen in auf- und absteigender Linie; "rumänische Staatsbürger, die mit der deutschen und ungarischen Armee abgezogen sind";

und schließlich:

"rumänische Staatsbürger deutscher Nationalität (Abstammung), die der deutschen Volksgruppe angehört haben, sowie alle diejenigen, die hitleristische Propaganda betrieben haben, indem sie gegen die demokratischen Grundsätze gekämpft oder in irgendeiner Weise zur Unterstützung des hitleristischen Deutschland beigetragen haben, sei es auf politischem, wirtschaftlichem, kulturellem oder sportlichem Gebiet".

Da durch das Volksgruppen-Dekret der rumänischen Regierung vom 20. November 1940 alle rumänischen Staatsbürger deutscher Volkszugehörigkeit zu Mitgliedern der Deutschen Volksgruppe in Rumänien erklärt worden waren, bedeutete dies faktisch die vollständige Enteignung der volksdeutschen Bauern, unabhängig von der Größe ihres Besitzes.

Ausgenommen waren lediglich die wenigen, die nachweisen konnten, daß sie aus der Volksgruppe ausgetreten waren oder doch ihren Beitrag nicht gezahlt hatten; gelegentlich wurden dabei Gutachten deutscher Antifaschisten herangezogen.

Verschont blieben ferner diejenigen Volksdeutschen, die noch nach dem 23, August 1944 in den gegen Deutschland eingesetzten rumänischen Einheiten gekämpft hatten. Auch ihre Zahl war gering, wobei die Berücksichtigung ihrer Ansprüche überdies in der Hand der örtlichen Ausschüsse lag.
Eine Entscheidung des Ackerbauministeriums vom 31. Mai 1946 nahm auch Zwangsevakuierte von den Bestimmungen der Agrarreform aus; bedeutete dies eine gewisse Milderung, so betraf es doch, da Art. 3, a des Reformgesetzes ausdrücklich beibehalten wurde, nur einen kleinen Teil der volksdeutschen Rückkehrer, vor allem der Sathmarer Schwaben und Nord-Siebenbürger, die nicht Mitglieder des für sie zuständigen Volksbundes der Deutschen in Ungarn gewesen waren.
Das Agrarreform-Gesetz wurde mit seiner Verkündung wirksam, doch setzte die tatsächliche Enteignung im allgemeinen erst im Herbst 1945 ein, da die Ernte laut Gesetz noch von den alten Besitzern eingebracht werden sollte.
Besonders in den ganz oder zum Teil von den deutschen Bewohnern geräumten Dörfern war es freilich schon vor der Verkündung des Reform-Gesetzes zu örtlichen Enteignungsaktionen gekommen, in deren Verlauf auch die zurückgebliebenen deutschen Bauern ausgeplündert und aus ihren Höfen verdrängt wurden. In anderen Orten begannen die im Gesetz vorgesehenen Gemeindeausschüsse sofort nach der Veröffentlichung mit ihrer Arbeit, so daß Enteignung und Neuverteilung bereits im Sommer 1945 beendet waren.
Die gesamte Enteignungsprozedur vollzog sich nur selten in den geordneten Formen, die das Gesetz vorsah. Die örtlichen Ausschüsse, die sich aus Kleinbauern, rumänischen Landarbeitern und Zigeunern zusammensetzten, gaben durch persönliche Bereicherungen und Cliquenwirtschaft vielfach Anlaß zu Beschwerden, so daß ihre Zusammensetzung häufig wechselte. Zunächst wurde den Deutschen im allgemeinen Vieh und Geräte abgenommen.
Dann wurde die Aufteilung des Bodens und der Gebäude auf die neuen Besitzer vorgenommen, soweit sich diese nicht schon vorher auf eigene Faust in den ihnen genehmen Höfen eingenistet hatten. Das Gesetz überließ die Größe der zu vergebenden Parzellen den örtlichen Ausschüssen, wobei jedoch die Gesamtgröße der neuen Anwesen 5 ha nicht überschreiten durfte, in Siebenbürgen waren die "Kolonisten" vor allem Rumänen aus ärmeren Nachbargemeinden, "Motzen" aus den Gebirgsdörfern und Zigeuner.
Die ortsansässigen rumänischen Bauern beteiligten sich nur zum kleinen Teil an den Enteignungen. In den rein deutschen Siedlungsgebieten des Banats gab es im allgemeinen nur wenige Rumänen, Serben und Bulgaren, die für eine Landzuteilung in Frage kamen, so daß man hier in stärkerem Maße Kolonisten aus dem Altreich heranführen mußte; in großer Zahl waren rumänische Flüchtlinge, die im Verlauf der Kriegshandlungen aus Bessarabien, der Bukowina und der nördlichen Moldau ins Altreich gekommen waren, an den Landzuweisungen beteiligt. Ein Teil der nicht an geordnete Arbeit gewöhnten Neubauern kehrte schon nach kurzer Zeit in ihre Heimatgemeinden zurück, so daß oft größere Landflächen brach lagen.
Nach den im Frühjahr 1947 nach dem vorläufigen Abschluß der Bodenreform veröffentlichten Zahlen wurden 143.219 Landbesitzern insgesamt l.443.911 ha Grund und Boden enteignet. Nur 114.000 ha wurden angeblich aus der Enteignung von Großgrundbesitz über 50 ha gewonnen, während die Enteignung der deutschen Klein- und Mittelbauern 536.000 ha ergab. Ein Vergleich der Gesamtzahlen für die Gebiete mit starker deutscher Bevölkerung mit denen der altrumänischen Provinzen ergibt ein klares Bild":

	Zahl der enteigneten Besitzer	Umfang des Bodens enteigneten	Durchschnittliche Größe der enteigneten Besitzungen
in Siebenbürgen	62 157	345 598 ha	5,5 ha
in der Theißebene (Banat und Sathmar)	73 381	362 760 ha	4,9 ha
im Regat (einschließlich Bukowina und Dobrudscha)	7 681	735 553 ha	95,7 ha

Es entfielen somit 97 % der enteigneten Grundbesitzer mit - trotz Überwiegens der kleineren und mittleren Besitzungen - 49 % des enteigneten Bodens auf die Deutschtumsgebiete. Eine Gegenüberstellung der Zahlen für die einzelnen Judete (Kreise) läßt die aufgezeigten Verhältnisse noch eindeutiger hervortreten.

Rund 1,1 Million Hektar Land wurden an mehr als 900.000 Bauernfamilien aufgeteilt, von denen fast die Hälfte vorher kein eigenes Land besessen hatte. 350.000 ha verblieben als Staatsreserve, aus der später Staatsgüter (Staatsfarmen) gebildet wurden. Der Anteil des letztlich unproduktiven Kleinbesitzes unter 5 ha an der gesamten Anbaufläche Rumäniens wurde durch die Reform von 32,8 auf 57,7 % erhöht.

Die schon im Sommer 1945 auftretende, im Jahre 1946 wiederholte Dürre verstärkte die negativen Auswirkungen der Agrarreform, so daß es besonders im Jahre 1946 zu einer schweren Krise in der rumänischen Landwirtschaft, zu regelrechten Hungersnöten, vor allem in der Moldau, kam.

Die Volksdeutschen hatten ihr Ackerland, ihr Vieh und ihre Gerätschaften bis zum Jahresende 1945 fast ausnahmslos verloren. Geblieben waren ihnen zum Teil die Weinberge, da sie von den Kolonisten nicht bewirtschaftet werden konnten. In manchen Dörfern hatte man die deutschen Bauern kurzerhand auch aus ihren Häusern verdrängt und in die am Ortsrand gelegenen Zigeunerhütten umgesiedelt; zum Teil wurden ihnen einzelne Höfe oder auch die Schule als Gemeinschaftswohnungen angewiesen.

In vielen Fällen gaben sich die Kolonisten mit einem Teil des Hofes zufrieden, so daß der deutsche Vorbesitzer mit seiner Familie in einem Winkel seiner Wohnung, im Nebengebäude oder in der Waschküche wohnen bleiben konnte. Oft waren die unerfahrenen und vielfach arbeitsscheuen Neubauern froh, wenn sie den Rat und die Hilfe der Deutschen in Anspruch nehmen konnten. Mancher volksdeutsche Bauer konnte einen Teil seines alten Bodens gegen Ablieferung des halben Ertrages selbst bestellen; sogar Teile der Staatsreserve wurden vorübergehend an Deutsche verpachtet.

Dennoch suchte ein Teil der enteigneten deutschen Bauern, besonders in der Nähe der Städte, in den Fabriken Arbeit zu finden. Andere versuchten sich durch Aushilfs- und Gelegenheitsarbeiten, im Straßenbau oder auf den zunächst erhaltenen Muster- und Versuchsgütern einen kärglichen Lebensunterhalt zu verdienen.

Das Fehlen der arbeitsfähigen Männer machte sich in vielen Familien erschwerend bemerkbar. Besonders die Jahre 1946/47 waren vielfach Hungerjahre. Eine gewisse Besserung ergab sich mit der teilweise schon 1946 einsetzenden Einrichtung von Staatsgütern, die vor allem die Volksdeutschen zur Arbeit heranzogen.

Für den weiteren Bestand des rumänischen Deutschtums war es von Gewicht, daß die Bodenreform nicht nur die selbständige Lebensgrundlage der zu einem großen Teil bäuerlichen

Sachsen und Schwaben vernichtet, sondern zugleich auch die Geschlossenheit der deutschen Bauerndörfer durch die Hinzuführung ortsfremder Kolonisten gesprengt hatte.
Nach der im ersten Anlauf verwirklichten Bodenreform zwang die verschärfte innerpolitische Auseinandersetzung die kommunistische Regierung, auf weitere wirtschaftliche Reformmaßnahmen zunächst zu verzichten.
So konnte sich - von willkürlichen, örtlichen Übergriffen abgesehen - der deutsche Anteil am Wirtschaftsleben der Städte sehr viel länger behaupten. Deutsche Handwerksbetriebe, Geschäfte, ja selbst Fabriken arbeiteten zum Teil ungestört weiter, um erst 1948 von der allgemeinen Bolschewisierung des rumänischen Wirtschaftslebens erfaßt zu werden.

Kirche und Schule

Daß das rumänische Deutschtum die ersten Nachkriegsjahre überhaupt überstehen, daß es gewisse Positionen, besonders im kulturellen Leben, halten oder zurückgewinnen konnte, ist vor allem dem Wirken der Kirchen zu danken, denen die demokratischen Sprecher der Volksdeutschen, Landeskirchenkurator Dr. Hans Otto Roth in Siebenbürgen wie der ehemalige katholische Abgeordnete Dr. Franz Kräuter im Banat, eng verbunden waren.
In der Evangelischen Landeskirche ... war mit dem Hermannstädter Stadtpfarrer und Bischofsvikar Dr. Friedrich Müller am 15. Februar 1945 einer der unversöhnlichsten Gegner der nationalsozialistischen Volksgruppe zum Landesbischof gewählt worden; die Bestätigung der Wahl war eine der ersten Amtshandlungen der Regierung Groza. Bischof Müller hat es durch seine Politik in den folgenden Jahren verstanden, der Evangelischen Kirche eine relativ gesicherte Stellung innerhalb des neuen Staatswesens zu verschaffen.
Man hat Dr. Müller, nicht zuletzt auf Grund seines guten persönlichen Verhältnisses zu Groza, den Vorwurf der Kollaboration nicht erspart; dennoch ist es seiner Arbeit zuzuschreiben, daß seine Kirche, wenigstens bis 1947, die Trägerin des sächsischen Schul- und Kulturlebens bleiben konnte. Im März 1946 erhielt sie die Erlaubnis, ein eigenes Wochenblatt herauszugeben, das ebenso wie die Mitteilungen des Hermannstädter Brukenthal-Museums bis Ende 1947 erscheinen konnte.
Es zeugte für die noch ungebrochene Kraft der Kirche, daß sie im Sommer und Herbst 1946 zu Hilfsaktionen für die Volksdeutschen Nord-Siebenbürgens und für dobrudscha-deutsche Rückkehrer aufrufen konnte. Sehr viel schwieriger war schon damals die Lage der als "kosmopolitisch" geltenden römisch-katholischen Kirche, wenn auch die schwäbischen Bischöfe, Dr. Augustin Pacha in Temeschburg und der apostolische Administrator von Sathmar und Großwardein, Monsignore Johann Scheffler, zunächst noch ungestört amtieren konnten.
Ausschließlich der Kirche war es zu danken, wenn - besonders in Siebenbürgen - in vielen Orten schon kurz nach Kriegsende neben der deutschen Predigt auch wieder deutscher Schulunterricht erteilt werden konnte. Die Evangelische Landeskirche hatte ihre Schulen in Siebenbürgen nach der Aufhebung der Deutschen Volksgruppe wieder übernommen.
Viele Schulgebäude waren freilich zunächst beschlagnahmt, waren mit Lazaretten belegt oder wurden von rumänischen Schulen in Anspruch genommen. Die Honterus-Schule in Kronstadt war Krankenhaus; in der Hermannstädter Brukenthal-Schule (deutsches Gymnasium) wurde eine rumänische Hoch- und Tiefbau-Mittelschule, in der Temeschburger "Banatia" eine medizinische Akademie "23. August" untergebracht, die später zur medizinisch-pharmakologischen Fakultät der Universität ausgebaut wurde. Die zunächst noch freigestellte deutsche Mädchenoberschule in Kronstadt wurde später Sitz einer rumänischen Forstakademie. Überdies fehlte es nach der Verschleppung vielerorts an Lehrkräften.
Trotz aller Schwierigkeiten wurde jedoch, zum Teil in Kirchenräumen, Pfarrhäusern und Privatwohnungen, zum Teil in zur Mitbenutzung freigegebenen rumänischen Schulen, deutscher Unterricht abgehalten.
Mußten im Schuljahr 1945/46 dennoch zahlreiche deutsche Kinder, vor allem im Banat. ru-

mänische Schulen besuchen, wobei ihnen zum Teil zwei bis drei Wochenstunden in deutscher Sprache zugebilligt wurden, so kam es bereits im Frühjahr 1946 zu einer systematischen Neuordnung auch des staatlichen deutschen Schulwesens. Mit Wirkung vom 1. April 1946 wurden im Banat 169 deutsche Lehrer und Lehrerinnen, die vom zentralen Säuberungskomitee überprüft waren, "reinkadriert", d.h. ins Lehramt zurückberufen.
Um die Jahreswende 1946/47 wurde eine zweite Liste mit 78 Namen veröffentlicht, wobei zum Teil auch Lehrkräfte der ehemaligen katholischen Konfessionsschulen in den Staatsdienst übernommen wurden, Bis zum 1. September 1947 sollten in allen deutschen Gemeinden deutschsprachige Schulen mit deutschen Lehrern eröffnet werden. Das Programm konnte nicht voll verwirklicht werden.
In vielen Gemeinden wurden nur vierklassige deutsche Sprachzüge innerhalb der rumänischen Volksschulen geschaffen, die überdies zahlreiche rumänische Pflichtstunden zu absolvieren hatten, zum Teil auch von rumänischen Lehrkräften unterrichtet wurden. Dennoch konnte man gerade im deutschen Schulwesen gegen Ende 1947 - unter den besonderen Bedingungen des Regimes - durchaus von einer Konsolidierung reden.<<
Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtete im Jahre 1957 über die allgemeinen Lebensbedingungen der Rumänien-Deutschen (x007/100E-106E): >>...
Nachdem sich die tragenden Kräfte des neuen volksdemokratischen Rumänien nach Bildung einer sozialistisch-kommunistischen Einheitspartei, der "Rumänischen Arbeiterpartei", in der am 27. Februar 1948 proklamierten "Demokratischen Volksfront" neu organisiert hatten, kam es am 13. April 1948 zur Verabschiedung der ersten "Verfassung der Volksrepublik Rumänien".
Die in Titel III der Verfassung niedergelegten "Grundrechte und Grundpflichten der Bürger" halten sich im Rahmen des auch weiterhin gültigen Nationalitätenstatuts von 1945:
"Alle Bürger der rumänischen Volksrepublik sind, ohne Unterschied des Geschlechtes, der Nationalität, der Rasse, der Religion oder des Bildungsstandes, vor dem Gesetz gleich" und "haben das aktive und passive Wahlrecht für alle Organe des Staates" (Art. 16, 18);
"jede Propagierung oder Manifestation von Rassen- oder Nationalitätenhaß wird gesetzlich bestraft" (Art. 17);
"allen mitwohnenden Nationalitäten" wird "das Recht zugesichert, ihre Muttersprache zu gebrauchen und die gesamte Erziehung in ihrer Muttersprache zu organisieren" (Art. 24).
Die Nationalitätenpolitik der seit dem Sturz des Königtums unumschränkt herrschenden rumänischen Kommunisten blieb bestimmt von dem Bestreben, die Nationalitäten für den kommunistischen Staat zu gewinnen, getreu dem Lehrsatz Stalins, daß der "Sieg des Proletariats ohne die Befreiung der nicht vollberechtigten Nationen und der Kolonien vom Joch des Imperialismus nicht von Dauer sein kann".
Wichtig ist, daß sich der 2. Kongreß des Zentralkomitees der Rumänischen Arbeiterpartei (10./11. Juni 1948) in konsequenter Durchführung dieser Politik zu der Notwendigkeit bekannte, "das Problem der deutschen Bevölkerung in Siebenbürgen und dem Banat auf demokratische Weise zu lösen"; nach "Ausmerzung des Einflusses, den der Hitlerismus in den Reihen der deutschen Bevölkerung in der Volksrepublik Rumänien gehabt hat", sollte, so wollte es die Resolution, mit Hilfe des Zentralkomitees "eine Arbeiterpartei der deutschen Bevölkerung auf der Grundlage der Klassendifferenzierung" geschaffen werden.
Noch im Juni 1948 kam es an verschiedenen Orten des Landes zu organisierten deutsch-rumänischen Verbrüderungsfeiern. Im Dezember nahm eine Entschließung des Politbüros der Partei zur nationalen Frage die Thesen der Juni-Resolution wieder auf. Man sprach von ideologischer Umerziehung der deutschen Bevölkerung, von der Bedeutung der "deutschen werktätigen Massen" als eines aktiven Faktors beim sozialistischen Aufbau Rumäniens.
Am 13. Februar 1949 wurde nach längeren Vorverhandlungen das "Deutsche antifaschistische

Komitee für Rumänien" oder, wie es sich später nannte, "Antifaschistisches Komitee der deutschen Werktätigen in Rumänien" gegründet. In Reschitza, Temeschburg und Kronstadt wurden in den nächsten Wochen und Monaten die ersten lokalen Organisationen eingerichtet. Vorsitzender des Komitees, das seinen Sitz in Bukarest hat, wurde zunächst Emmerich Stoffel, der zugleich als Ministerialrat ins Nationalitätenministerium berufen wurde. Sekretär war der Arader Tischler Philipp Geltz, Herausgeber des neugegründeten amtlichen Organs "Neuer Weg" Anton Breitenhofer aus Broos.

Das Komitee, dessen "antifaschistische" Sprecher zunächst völlig unbekannt waren, wurde von der deutschen Bevölkerung anfangs kaum zur Kenntnis genommen; es ist seitdem die von der Regierung anerkannte offizielle Vertretung der volksdeutschen Interessen.

Durch einen im Dezember 1948 ergangenen Erlaß wurden die rechtlichen Bestimmungen des Nationalitätenstatuts und die entsprechenden Klauseln der Verfassung ausdrücklich auch auf die deutsche Bevölkerung ausgedehnt, die bis dahin faktisch unter Ausnahmerecht gestanden hatte. Bei den Wahlen für die durch Gesetz vom 15. Januar 1949 ins Leben gerufenen Volksräte der neu geschaffenen "Regionen" und "Rayons" am 3. Dezember 1950 wurden über 1.000 volksdeutsche Deputierte gewählt, die das "Deutsche Antifaschistische Komitee" vorgeschlagen hatte.

Schon seit 1949 unterlagen die Volksdeutschen wieder der rumänischen allgemeinen Wehrpflicht, wenn sie auch im allgemeinen Arbeitsbataillonen, nicht der eigentlichen Truppe zugeteilt wurden. Bald konnte auch die deutsche Sprache wieder ungehindert in der Öffentlichkeit gebraucht werden; Schul- und selbst Ortsnamen in Gemeinden mit starkem deutschen Bevölkerungsanteil werden heute zweisprachig geführt.

Das neue Wahlgesetz vom 7. September 1950 schloß nicht mehr, wie das von 1946, alle ehemaligen Volksgruppenmitglieder, wohl aber, neben ehemaligen Großgrundbesitzern, ehemaligen Bankherren, ehemaligen Großkaufleuten und "anderen Elementen der Großbourgeoisie" auch die Kulaken (rumänisch: Chiabur), die enteigneten Groß- und Mittelbauern vom Wahlrecht aus. Betraf dies in starkem Maße gerade auch enteignete deutsche Bauern, so zeigt die Formulierung doch zugleich die seit 1948 vorherrschende Tendenz, Zwangsmaßnahmen nicht mehr kollektiv gegen die Deutschen an sich, sondern gegen bestimmte Klassen oder Individuen zu lenken.

Die im Zuge der Bolschewisierung des Wirtschaftslebens in den Jahren 1948 bis 1950 verfügten Enteignungen und Verstaatlichungen richteten sich gleichermaßen gegen rumänische, deutsche und madjarische "Kapitalisten". Auch die in den nächsten Jahren immer häufiger werdenden Verhaftungen von "Saboteuren", "Verrätern" und "Staatsfeinden", die willkürlich, vielfach nur durch administrative Verfügungen zu langjährigen Haftstrafen verurteilt und in den Lagern am Donau-Schwarzmeer-Kanal zur Zwangsarbeit eingesetzt wurden, betrafen die gesamte Bevölkerung des Landes.

Hans Otto Roth, Rudolf Brandsch, Franz Kräuter, Rudolf Spek und andere wurden weniger als Deutsche, denn als führende Persönlichkeiten des demokratisch-bürgerlichen Lagers verhaftet und ausgeschaltet.

Mit Bischof Pacha und seinen deutschen Mitarbeitern wurden Hunderte von rumänischen Geistlichen der römisch-katholischen Kirche inhaftiert und verurteilt. Mittelbar richteten sich freilich all diese Maßnahmen gegen die geistige Selbständigkeit des Deutschtums, die der völligen Einfügung in das System des kommunistischen Staates im Wege stand.

Die Umsiedlungen innerhalb Rumäniens in den Jahren 1951/52 zeigen zwar die noch herrschende Rechtsunsicherheit, sind jedoch kaum als primär "anti-deutsche" Aktionen zu werten.

Sehr viel klarer konnte das kommunistische Grundkonzept der neuen rumänischen Nationalitätenpolitik auf kulturellem Gebiet realisiert werden. Der volksdemokratische Staat gewährleistet - nach den Worten der neuen rumänischen Verfassung vom 24. September 1952 - "die

Entfaltung der Kultur des rumänischen Volkes sowie der Kultur der nationalen Minderheiten, die dem Inhalt nach sozialistisch, der Form nach national sind".
Um "die Erziehung der Jugend im Geiste der Volksdemokratie" sicherzustellen, hatte schon das Schulreform-Dekret vom 2. August 1948 die Verstaatlichung "aller konfessionellen oder privaten Schulen" verfügt.
Noch immer waren es rund 260 deutsche Schulen, die mit dem gesamten zu ihrer Unterhaltung dienenden "Kirchen-. Kongregations-, Gemeinschafts- oder Privatvermögen" verstaatlicht wurden. Die Verbindung von Kirche und Schule, die sich besonders im deutschen Schulwesen Siebenbürgens seit Jahrhunderten bewährt hatte, war damit endgültig zerstört. Der formale Protest der Kirchen hatte keine Bedeutung. Selbst die Evangelische Landeskirche wäre allerdings nach den Verstaatlichungen in allen Zweigen der Wirtschaft kaum in der Lage gewesen, ihre Schulen weiterhin aus eigener Kraft zu erhalten.
Rein äußerlich verlief die Entwicklung des - nunmehr staatlichen - deutschen Schulwesens nach 1948 nicht ungünstig. Nach dem Schulreform-Dekret sollte "der Unterricht für die mitwohnenden Nationalitäten" "in allen Schulen in der entsprechenden Muttersprache" erfolgen; die Lehrpläne für die "Schulen der mitwohnenden Nationalitäten" sollten "den ihnen spezifischen Charakter berücksichtigen", wenn auch die rumänische Sprache von der 1. Grundschulklasse, Russisch von der 4. Klasse an für alle Schulen vorgeschrieben war.
Im August 1950 gab es in Rumänien insgesamt 361 Elementarschulen, 2 pädagogische und 10 gewerbliche und technische Mittelschulen mit deutscher Unterrichtssprache. Ende 1952 waren es neben 112 deutschen Kindergärten 231 vierklassige und 155 siebenklassige Volksschulen mit insgesamt fast 40.000 Schülern, sowie 6 pädagogische, 18 technische und 8 allgemeine Mittelschulen, die von 3.164 deutschen Schülern besucht wurden. Bei diesen Zahlen ist freilich zu berücksichtigen, daß der Unterricht in den "deutschen" Schulen oft nicht oder nur teilweise von deutschen Lehrern erteilt wurde.
Darüber hinaus war die Aufgabe all dieser Schulen eben nicht mehr die Pflege deutschen Kulturguts, sondern - neben der Ausbildung des dringend benötigten technischen Nachwuchses - vor allem die Erziehung der volksdeutschen Jugend im Sinne des volksdemokratischen Regimes, das sie in den "Jungen Pionieren" und im "Verband der werktätigen Jugend" bald auch organisatorisch zu erfassen suchte. Die alten deutschen Lehrer mußten sich, soweit sie überhaupt im Amt blieben, kommunistischen Schulungskursen unterziehen.
Im Lichte einer kommunistischen Durchdringung unter dem Deckmantel nationaler Volkstumspflege muß auch die von Staat und Partei geförderte Entwicklung des allgemeinen volksdeutschen Kulturlebens in den folgenden Jahren gesehen werden, das dem Einfluß der Kirchen fast völlig entzogen wurde. Ende 1952 gab es in Rumänien 285 deutsche Kulturheime, 287 volksdeutsche Chöre, 157 Laienspiel- und Theatergruppen, 200 Musik- und 235 Trachten- und Tanzgruppen.
Der Errichtung einer deutschen Sektion des Bukarester Staatstheaters in Hermannstadt im Jahre 1950 folgte 1953 die Eröffnung eines deutschen Theaters in Temeschburg. Neben der Tageszeitung "Neuer Weg", dem Organ des "Deutschen Antifaschistischen Komitees" (Auflage: etwa 60.000), erschienen bald auch die literarische Zeitschrift "Kultureller Wegweiser", das von der Sektion Temeschburg des Schriftstellerverbandes herausgegebene "Banater Schrifttum" und die "Neue Welt", eine von der Rumänisch-Sowjetischen Gesellschaft publizierte Illustrierte, in deutscher Sprache.
Im Jahre 1951 allein erschienen, zum großen Teil staatlich subventioniert, 206 deutschsprachige Bücher mit einer Gesamtauflage von 550.000 auf dem rumänischen Büchermarkt. Zahlreiche deutsche Schriftsteller und Künstler erhalten staatliche "Pensionen".
Die Tendenz dieses "Kulturbetriebes" ist offenkundig. Sächsische Trachtengruppen nehmen an den Umzügen zum 1. Mai und zum Tag der Roten Armee, an den politischen Demonstra-

tionen gegen Tito teil. Vom Staat geforderte Gemeinschaftsveranstaltungen der verschiedenen Nationalitätengruppen sollen nach außen demonstrieren, daß "die marxistisch-leninistische Nationalitätenpolitik ... in Rumänien einen neuen welthistorischen Sieg errungen" hat.
Diese Tendenz bleibt auch den Volksdeutschen Rumäniens nicht verborgen, die es dennoch begrüßen, wenn im rumänischen Staatsverlag neben kommunistischen Propagandabroschüren deutsche Klassikerausgaben in manchmal mustergültiger Ausstattung erscheinen oder wenn die Saison des Temeschburger deutschen Theaters 1956 mit "Minna von Barnhelm" eröffnet wird.
In den Literaturzeitschriften kommen neben den marxistischen Propagandisten anerkannte volksdeutsche Schriftsteller wie Erwin Wittstock oder Oskar Walter Cissek zu Wort. Mittelbar dient zweifellos auch diese Förderung dem kommunistischen System. Ohne Zweifel schafft die staatliche Unterstützung des evangelischen theologischen Seminars in Hermannstadt wie die staatliche Besoldung der Geistlichen aller rumänischen Konfessionen eine gewisse Abhängigkeit der Kirchen vom Staat.
Dennoch muß es unter den Aspekten von 1945 als Fortschritt erscheinen, daß deutsche Theater- und Konzertaufführungen in Hermannstadt, Kronstadt und Temeschburg überhaupt wieder stattfinden konnten und können, daß sich in Rumänien - wenn auch unter eindeutig politischen Vorzeichen - ein deutsches Kulturleben entwickeln konnte, das seinem Charakter nach allerdings bis zu einem gewissen Grade mit dem dirigierten Kulturleben der deutschen Sowjetzone verglichen werden kann.<<
Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtete im Jahre 1957 über die Bolschewisierung und Kollektivierung des Wirtschaftslebens in Rumänien (x007/-106E-110E): >>... Im wirtschaftlichen Bereich hatten sich die rumänischen Kommunisten in den ersten Nachkriegsjahren mit der Durchführung der anfangs auch von den Nationaltaranisten befürworteten Bodenreform begnügt. Als dann bis zum Ende des Jahres 1947 die demokratischen Oppositionsparteien endgültig ausgeschaltet waren und das Königtum beseitigt war, war der Weg frei für eine systematische Umgestaltung und Neuordnung des gesamten rumänischen Wirtschaftslebens im bolschewistischen Sinne.
Als erste einschneidende Maßnahme in dieser Richtung muß - nach der Verstaatlichung der Rumänischen Nationalbank Ende Dezember 1946 - die Währungsreform vom 15. August 1947 angesehen werden, die einerseits der herrschenden Inflation Halt gebot, gleichzeitig aber die Privatwirtschaft ihrer flüssigen Betriebskapitalien beraubte, um sie damit von der staatlichen Kreditpolitik abhängig zu machen. Unerfüllbare Steuerforderungen führten in der Folgezeit zur Liquidierung zahlreicher Unternehmen, deren Besitzer als "Saboteure" verhaftet und verurteilt wurden.
Andere "Kapitalisten" wurden wegen angeblicher Hintergehung der Ablieferungsbestimmungen für Gold und Devisen inhaftiert und aus ihren Betrieben verdrängt.
Nachdem noch die im April 1948 verabschiedete Verfassung ein Privateigentum auch im industriellen Bereich grundsätzlich anerkannt hatte, beschloß die Große Nationalversammlung der Rumänischen Volksrepublik am 11. Juni 1948 ein Gesetz "über die Verstaatlichung von Industrie-, Bank-, Versicherungs-, Hütten- und Transportunternehmen", auf Grund dessen bis Mitte 1950 1.609 Betriebe der verschiedensten Produktionszweige, im allgemeinen entschädigungslos, enteignet und in Staatseigentum übergeführt wurden. Ende 1952 befanden sich 96,5 % aller industriellen Produktionsbetriebe in staatlicher Hand.
Fast gleichzeitig mit der Verstaatlichung der Industrie, die auch die größeren, mechanisierten Handwerksbetriebe mit einbezog, begann die Sozialisierung des Groß- und Einzelhandels, der sich ebenfalls nur wenige kleinere Geschäfte entziehen konnten.
Ein besonderes Dekret verfügte am 2. April 1949 die Nationalisierung aller Apotheken, Drogerien und Laboratorien.

Den Schlußstein in dieser Politik der Zerstörung des bürgerlichen Privateigentums bildete das Immobilien-Enteignungs-Dekret vom 19. April 1950, das neben Mietshäusern – "Immobilien, die den Ausbeutern des Wohnraumes gehören" - auch die Häuser der enteigneten Industriellen, Gutsbesitzer, Bankiers. Großhändler und "aller anderen Elemente der Großbourgeoisie" verstaatlichte, "um den Ausbeutern ein wichtiges Mittel der Ausbeutung aus der Hand zu nehmen".

In zahlreichen Fällen waren die Besitzer freilich schon lange vorher aus ihren Häusern und Wohnungen verdrängt worden. Das Verfügungsrecht der Haus- und Wohnungsinhaber war bereits im Februar 1949 durch das Gesetz über die Wohnraumbeschränkung erheblich eingeengt worden.

Die gesamten Verstaatlichungsmaßnahmen der Jahre 1947 bis 1950 kannten keinen Unterschied der Nationalität. Sie betrafen Deutsche und Rumänen gleichmäßig, wenn auch der Anteil der Volksdeutschen in einzelnen Produktionszweigen, wie etwa unter den Apotheken-Inhabern, unverhältnismäßig hoch war.

Den entschädigungslos enteigneten Fabrikanten und Geschäftsleuten wurde nur in wenigen Fällen Gelegenheit geboten, als Techniker, Berater und Angestellte in ihren alten Berufszweigen Verwendung zu finden. Die gewaltsam vorangetriebene Industrialisierung des Landes im Rahmen des ersten rumänischen Fünfjahresplanes von 1950 bewirkte freilich einen stetig steigenden Bedarf an technisch geschulten Arbeitskräften, der in zunehmendem Maße auch deutschen Technikern und Facharbeitern gute Aufstiegschancen bot.

Schon 1949 wurde zur Erweiterung des "sozialistischen Sektors" die Zusammenfassung der nicht enteigneten kleineren Handwerksbetriebe zu Produktionsgenossenschaften in Angriff genommen. Auch von diesen Bestrebungen wurden zahlreiche deutsche Handwerker betroffen, doch haben sich die Handwerkerkollektive, die 1951, bei insgesamt rund 30.000 Mitgliedern, über 3.380 Geschäfte und Werkstätten verfügten, nur bedingt bewährt, so daß sie vielfach nach verhältnismäßig kurzer Zeit wieder aufgelöst wurden.

Nachhaltiger konnten sich die Kollektivierungs-Bestrebungen der Kommunisten in der rumänischen Landwirtschaft auswirken. Schon bei der Neuverteilung des 1945 enteigneten Bodens blieb ein Teil des Landes dem Staat vorbehalten, der seinen Grundbesitz Anfang März 1948 durch die Übernahme der Kronländereien, nach dem 1. März 1949 durch die Enteignung der von der Bodenreform verschonten Mustergüter sowie der 50-ha-Restbetriebe weiter vergrößerte.

Aus dieser Staatsreserve wurden, in verstärktem Maße nach 1948, Staatsgüter ... geschaffen, deren Zahl sich im Frühjahr 1949 auf 692 mit einer Gesamtbodenfläche von 662.000 ha belief. Weiteres Land suchte man durch die allmähliche Verdrängung der nicht enteigneten Großbauern zu gewinnen, die unter schärfsten Abgaben- und Steuerdruck gesetzt wurden, um der Sabotage beschuldigt und enteignet zu werden, wenn sie ihr Soll nicht erfüllten.

Durch entsprechende Zwangsmaßnahmen suchte die Regierung seit 1949 auch die Klein- und Mittelbauern, einschließlich der neubegüterten Kolonisten, zum Eintritt in die abgabenmäßig bevorzugten Produktivgenossenschaften zu bewegen, die in immer größerer Zahl errichtet wurden. Neben der eigentlichen Kollektivwirtschaft (Kolchos) gab es dabei die losere Form der Feldbestellungsgenossenschaft, die an die älteren Formen des ländlichen Genossenschaftswesens anknüpfte. Wie in anderen volksdemokratischen Ländern wurden auch in Rumänien Maschinen-Traktoren-Stationen eingerichtet, die nur Staatsgütern und Genossenschaften zur Verfügung standen.

Für die enteigneten volksdeutschen Bauern, die zunächst vor allem auf den Staatsgütern Arbeit gefunden hatten, war es von Bedeutung, daß in die Kollektivwirtschaften in begrenztem Umfang auch Bauern ohne Landbesitz und Inventar aufgenommen werden konnten. Das fehlende Land wurde zum Teil aus der Staatsreserve zur Verfügung gestellt. Für die volksdeut-

sche Landbevölkerung bedeutete somit die Kollektivierung vielfach eine Besserung der Lebensverhältnisse, da sie sich innerhalb des Kollektivs, gerade den unerfahrenen Neubauern gegenüber, oft erfolgreich durchsetzen konnte. Ende 1952 befanden sich allerdings unter insgesamt rund 165.000 Kollektivbauern erst 1.600 Volksdeutsche.
Die volksdeutschen Rückkehrer aus den sowjetischen Arbeitslagern wie die inzwischen herangewachsenen Jugendlichen haben auch in der neuen rumänischen Wirtschaft vielfach ihren Arbeitsplatz gefunden, sei es als Traktoristen oder Kollektivbauern in der Landwirtschaft, als Facharbeiter oder Techniker in der Industrie. Die Bolschewisierung der gesamten Wirtschaft bewirkte jedoch eine allgemeine Nivellierung und Proletarisierung, der sich auch die Volksdeutschen nicht entziehen konnten. Forciert wurde diese Entwicklung nicht zuletzt durch die überaus schwierigen Wohnungsverhältnisse, die vor allem in den mit der Industrialisierung allzu rasch anwachsenden Städten herrschen.
Von einem volksdeutschen Wirtschaftsleben kann im heutigen Rumänien nicht mehr die Rede sein. Nachdem das geschlossene deutsche Bauerndorf als Wirtschafts- und Lebensform schon durch die Bodenreform zerstört worden war, haben die späteren Bolschewisierungsmaßnahmen auch die traditionellen Lebensgrundlagen des deutschen Bürgertums, damit zugleich aber den deutschen Charakter seiner Städte vernichtet.<<
Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtete im Jahre 1957 über die Zwangsumsiedlung von Rumänien-Deutschen (x007/110E-114E): >>... Eine mittelbare Folge der rücksichtslos verwirklichten kommunistischen Wirtschaftspläne waren letztlich auch die rumänischen Zwangsumsiedlungen der Jahre 1951/52, von denen die volksdeutsche Bevölkerung besonders stark in Mitleidenschaft gezogen wurde. Dem versöhnlicheren Charakter, der die Politik des volksdemokratischen Rumänien gegenüber den Volksdeutschen seit 1948/49 bestimmt, widersprachen diese Aktionen freilich nur scheinbar, da sie in ihrem Ansatz nicht national, sondern wirtschaftlich-sozial bestimmt waren.
Die seit 1949 ständig verschärfte Kollektivierungs-Kampagne in der Landwirtschaft, die auch andernorts in Rumänien auf Widerstand gestoßen war, hatte im Banat im Winter 1950/51 zu regelrechten Unruhen geführt. Angesichts der außenpolitischen Lage kurz nach dem Höhepunkt der Tito-Krise mögen in der Sperrzone des jugoslawischen Grenzgebiets auch militärische Erwägungen für eine Ausschaltung derartiger Unsicherheitsfaktoren geltend gemacht worden sein.
Die im Juni 1951 fast schlagartig einsetzenden Evakuierungen erfaßten die Landgemeinden eines 35 bis 50 km breiten Gebietsstreifens entlang der rumänisch-jugoslawischen Grenze, wobei die Städte Temeschburg und Arad ausgespart wurden.
Die Aktion war sorgfältig vorbereitet und folgte im wesentlichen dem Schema der Deportationen von 1945. Die örtlichen Volksräte hatten Listen aufgestellt, in die vor allem enteignete Groß- und Mittelbauern, daneben aber auch sonstige Einwohner, die als politisch unzuverlässig galten, aufgenommen wurden. Kurzfristig eingerückte Securitate- und Miliz-Einheiten sperrten die einzelnen Ortschaften einige Zeit vor Anlaufen der Aktion ab; Kommandos benachrichtigten die betroffenen Familien, die im allgemeinen nur wenige Stunden Zeit hatten, um ihre Habe zu verpacken und in die bereitgestellten Waggons zu verladen.
Die Mitnahme des noch vorhandenen Eigentums war allerdings in fast unbegrenztem Umfang erlaubt; selbst Vieh konnte vielfach mitgeführt werden, wobei für die zurückgelassenen Besitztümer nach Inventarisierung eine Pauschalabfindungssumme gezahlt wurde. Gelegentliche Übergriffe und Ungenauigkeiten müssen wohl den örtlichen Behörden zur Last gelegt werden. Im allgemeinen konnten sich die Transportzüge, in denen zumeist ein Waggon pro Familie zur Verfügung stand, noch am Tage der Aushebung nach Osten in Bewegung setzen.
In den vordem fast rein deutschen Bauerndörfern der schwäbischen Heide östlich Temeschburg war der Anteil der Schwaben unter den Deportierten besonders hoch. Aus Hatzfeld allein

sollen etwa 1.000 deutsche Familien verschickt worden sein, für das gesamte Banat wird die Zahl der im Juni 1951 umgesiedelten Schwaben auf 30.000 bis 40.000 angesetzt. Von einer Beschränkung auf die Volksdeutschen, wie das im Jahre 1945 der Fall war, konnte jedoch nun keine Rede sein.
Wie die Schwabendörfer wurden auch das bulgarische Altbeschenowa und besonders die zahlreichen serbischen Gemeinden der Grenzzone von den Evakuierungen erfaßt. Madjaren und einzelne Tschechen wurden ebenso wie eine große Anzahl rumänischer Kulaken, ja sogar ein Teil der neuangesiedelten Flüchtlinge aus Bessarabien und der Bukowina von den Umsiedlungen betroffen, die entlang der Grenze, nach Turnu Severin hin, auch in fast nur rumänisch besiedeltes Gebiet übergriffen.
Kleinere Gruppen jugoslawien-deutscher Flüchtlinge wurden aus den Grenzgemeinden lediglich in weiter landeinwärts gelegene Orte, des Nordost-Banats übergeführt. Die Transportzüge der übrigen Zwangsumsiedler wurden jedoch ins Altreich geleitet. Die Mehrzahl der Deportierten wurde in die nur dünn besiedelte Baragan-Steppe zwischen Donau und Ialomita verschickt, auf deren riesigen Weizen- und Baumwollfarmen neue Kollektivdörfer entstehen sollten. Nur Teile fanden weiter nördlich in den landschaftlich ähnlichen Bezirken des Judet Braila Unterkunft.
Von Unterkunft konnte freilich zunächst kaum die Rede sein. Die Umsiedler erhielten grob vermessene Landflächen zugewiesen, auf denen sie sich zunächst provisorische Behausungen, zumeist nur notdürftig überdachte Erdhöhlen, bauen mußten. Schwierigkeiten bereitete, auch in der Folgezeit, vor allem die Wasserversorgung. Zumeist schon nach wenigen Tagen oder Wochen wurde jedoch mit primitivsten Hilfsmitteln die Errichtung der geplanten Neusiedlungen begonnen, deren Häuser, von den Deportierten selbst in behelfsmäßig organisierter Zusammenarbeit erbaut, einschließlich Schule, staatlicher Verkaufsstelle und Miliz-Station, im allgemeinen noch vor Einbruch des Winters unter Dach waren.
Die Arbeitsfähigen wurden zumeist zur Arbeit auf den Staatsgütern verpflichtet. Im Laufe der Zeit kehrten nach den geradezu katastrophalen Anfängen in den meisten Neugemeinden einigermaßen geordnete Verhältnisse ein, wobei sich auch ein erträgliches Zusammenleben der völlig wahllos durcheinandergewürfelten Deutschen, Rumänen, Serben und Madjaren einstellte.
In ihrem Umfang geringer waren die Evakuierungen, die durch ein am 9. Februar 1952 erlassenes Dekret verfügt wurden, um eine Entlastung der städtischen Zentren herbeizuführen. Die rasch fortschreitende Industrialisierung im Rahmen der kommunistischen Planwirtschaft hatte besonders in Bukarest wie in den Städten Siebenbürgens zu einer Überfüllung der Städte geführt, der durch die Aussiedlung der aus dem Wirtschaftsleben ausgeschalteten Angehörigen der "Bourgeoisie" bis zu einem gewissen Grade abgeholfen werden sollte.
Zur Evakuierung vorgesehen wurden die Familien der "Kriegsverbrecher" und politischen Häftlinge, sowie die Angehörigen der ins Ausland Geflohenen, weiterhin entlassene Beamte und Offiziere, enteignete Kaufleute, Industrielle und Großbauern, vorbestrafte Saboteure und Arbeitslose unter 70 Jahren. Im Gegensatz zu der ersten Kategorie, die bei Mitnahme von nur 50 kg Gepäck ihren neuen Wohnsitz zugewiesen erhielten, konnten die zuletzt Genannten mit ihrer gesamten Habe an einen frei zu wählenden Ort umziehen, der allerdings mehr als 50 km vom alten Wohnort entfernt sein mußte.
Die Durchführung der Evakuierungen begann unmittelbar nach der Verkündung des Dekrets und noch vor seiner Veröffentlichung in Bukarest. Für den Anteil der Deutschen an den in der Hauptstadt von der Evakuierung Betroffenen, die zumeist in die Lager am Donau-Schwarzmeer-Kanal und an der Bicaz-Talsperre sowie ebenfalls in die Baragan-Steppe verbracht wurden, liegen Anhaltspunkte nicht vor. Nur wenige Tage später wurden jedoch auch die siebenbürgischen Städte von der Evakuierungswelle erfaßt.

Besonders aus Kronstadt und den Burzenländer Bauerndörfern der unmittelbaren Umgebung wurden schätzungsweise 2.000 Sachsen evakuiert, die in ihrer Mehrzahl in Elisabethstadt, zum Teil in Mediasch, Schäßburg und kleineren Orten, sämtlich aber innerhalb Siebenbürgens, Unterkunft fanden. In kleinerem Ausmaß fanden auch in Mühlbach, Broos und anderen Städten Evakuierungen statt, während Hermannstadt überraschenderweise fast völlig ausgenommen blieb, obwohl es 1953 wie schon vorher Kronstadt, das neue "Stalinstadt" (Orasul Stalin), zur Arbeiterstadt erhoben wurde.
Das Los der Evakuierten war nicht leicht, wenn auch besser als das der Baragan-Verschleppten. Wohnraum war auch in den Aufnahmeorten knapp, geeignete Arbeit nur schwer zu beschaffen, so daß die Mehrzahl in der Landwirtschaft der umliegenden Dörfer Arbeit suchen mußte. Erst im Laufe der Jahre kam es auch hier zu einer Normalisierung. Die anfänglich strenge Beschränkung der Bewegungsfreiheit fiel, und manche fanden befriedigende Wohnungen und Anstellungen, so daß sie nur zum Teil von der Rückkehrerlaubnis, die ihnen ebenso wie den Banatern im Baragan 1955 erteilt wurde, Gebrauch machten.<<
Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtet im Jahre 1957 über die Familienzusammenführung, Wiederverleihung der Staatsangehörigkeit und die allgemeine Situation der zurückgebliebenen Rumänien-Deutschen (x007/114E-122E): >>In den ersten Jahren nach Kriegsende hatten die zum Teil unerträglichen Lebensbedingungen, politische Verfolgung und der Wunsch, den schon vorher evakuierten oder geflohenen Verwandten zu folgen, zahlreiche Volksdeutsche zum Verlassen der rumänischen Heimat getrieben.
In vielfach abenteuerlicher Flucht gelang es ihnen, zum Teil mit Hilfe bestochener Grenzwachen, die rumänisch-ungarische Grenze zu überschreiten und sich durch Ungarn und die sowjetisch-besetzte Zone Österreichs nach Westen durchzuschlagen. Nicht wenige wurden schon an der Grenze gefaßt und strafweise in rumänische Arbeitslager, nach Großwardein und später in die Lager am Donau-Schwarzmeer-Kanal eingewiesen.
Im Jahre 1947 wurde, ähnlich wie bei den Rückkehrern in Dobrudscha und Bukowina, auch den Banater Deutschen zum Teil Gelegenheit geboten, sich auf Antrag von den rumänischen Behörden ausweisen zu lassen, so daß es in vereinzelten Fällen zur legalen Abwanderung größerer Gruppen kam. Die Festigung des kommunistischen Regimes, in Rumänien wie im benachbarten Ungarn, bewirkte in den Jahren 1948/49 einen deutlichen Rückgang des illegalen Grenzverkehrs, da die Grenzen hinfort sehr viel schärfer bewacht wurden.
Die veränderte Haltung des rumänischen Staates gegenüber den Volksdeutschen bewirkte zugleich eine leichte Besserung der allgemeinen, insbesondere auch wirtschaftlichen Lage, wenn auch das städtische Bürgertum gerade in diesen Jahren seiner Existenzgrundlage beraubt wurde. Ungelöst blieb in jedem Fall das Problem der auseinandergerissenen volksdeutschen Familien, das durch die Kriegsereignisse, die nur teilweise durchgeführte Evakuierung der Banater Schwaben und die Rückführung der in Niederösterreich überrollten Flüchtlinge entstanden war. Zehntausende von Kriegsgefangenen und Verschleppten, die oft entgegen ihrem Willen nach Ost- und Westdeutschland entlassen wurden, hatten die Zahl der Getrennten weiter erhöht.
In beschränktem Umfang waren 1949/50, teils auf unmittelbaren Antrag bei den rumänischen Behörden, teils durch Vermittlung des französischen Konsulats in Bukarest, Ausreisegenehmigungen erteilt worden, wobei die Antragsteller freilich in den meisten Fällen jahrelang auf die Erledigung ihrer Gesuche warten mußten. Zu einer systematischeren Zusammenführungs-Aktion kam es in den Jahren 1950/51 durch Vermittlung der Bukarester Vertretung der sogenannten Deutschen Demokratischen Republik, die mit den bisher tätigen französischen Stellen zusammenarbeitete.
In acht Transporten wurde im Herbst 1950 und in den Monaten Mai bis Dezember 1951 etwas mehr als 1.000 Volksdeutschen, deren Angehörige in Deutschland lebten, das Verlassen Ru-

mäniens ermöglicht, wobei die in diesen Transporten Ausreisenden im Rahmen der Ausfuhrbestimmungen ihre gesamte bewegliche Habe mitführen konnten. Die Betreuung durch die sowjetzonalen Dienststellen war - offensichtlich aus politischen Gründen - betont sorgfältig, obwohl die überwiegende Mehrzahl der Antragsteller zu Angehörigen in Westdeutschland fuhren. Die Weiterleitung in die Bundesrepublik verlief, nach kurzen Quarantäneaufenthalten in den Lagern Oelsnitz/Vogtland oder Bischofswerda ohne Schwierigkeiten.
Schon im Jahre 1952 fanden jedoch derartige Transporte nicht mehr statt. In den Jahren 1952 bis 1956 passierten insgesamt nur 269 Rumänien-Deutsche die Grenzdurchgangslager der Bundesrepublik. Die Gesamtzahl der Volksdeutschen, die Rumänien in diesem Zeitraum mit Einzelreisegenehmigungen verlassen konnten, dürfte kaum höher sein.
Das Gesamtproblem der Familienzusammenführung ist - das bleibt ausdrücklich festzustellen - noch immer ungelöst. Im Herbst 1956 lagen mehr als 10.000 Anträge auf Ausreise zu Verwandten in der Bundesrepublik vor. Die Ungeklärtheit der Situation und das Ausbleiben einer Entscheidung über diese Anträge gab umgekehrt der im Sommer 1955 eingeleiteten Repatriierungs-Aktion der rumänischen Regierung auch bei den Volksdeutschen gewisse Erfolgsaussichten.
Neben dem Wunsch, die Kritik der Emigration im westlichen Ausland auszuschalten, wird diese Aktion vor allem durch den im Lande nicht mehr zu deckenden Bedarf an Arbeitskräften veranlaßt worden sein. Ein im Juni 1955 veröffentlichtes Dekret sicherte allen Rückkehrern völlige Straffreiheit zu.
Unter Hinzuziehung prominenter Politiker der ehemaligen demokratischen Parteien, des Sozialdemokraten Constantin Titel Petrescu, des liberalen Ex-Außenministers Tatarescu und des Maniu-Neffen Jonel Pop wurde wenig später ein "Nationales Repatriierungskomitee" gebildet, dem auch verschiedene Volksdeutsche, Chefredakteur Anton Breitenhofer vom "Neuen Weg", der Schriftsteller Bulhardt und andere angehörten. Rundfunk- und Presseaufrufe, ein eigenes Presseorgan "Glasul Patriei" (Stimme des Vaterlandes), Auslandsdienststellen und Delegationen forderten alle Flüchtlinge und Emigranten zur Rückkehr nach Rumänien auf. Selbst die deutsche Evangelische Landeskirche mußte die ausgegebenen Parolen übernehmen.
Das Echo unter den Auslands-Rumänen wie unter den volksdeutschen Flüchtlingen war schwach. Schätzungen von 3.000 Volksdeutschen, die bis Jahresende 1956 nach Rumänien zurückgekehrt sein sollen, dürften bereits zu hoch greifen; andere Angaben sprechen von 450 schwäbischen Rückkehrern im rumänischen Banat.
Daß sich trotz allem eine gewisse Zahl zur Rückkehr in die Heimat, auch unter kommunistischer Herrschaft, entschloß, kann nicht als Zustimmung zum Regime gedeutet werden, sondern zeigt nur den noch völlig ungebrochenen Zusammenhalt der volksdeutschen Familien- und Gemeindeverbände, der zehn und mehr Jahre der Trennung überdauert hat.

... **Die gegenwärtige Situation des Deutschtums in Rumänien - Statistischer Überblick**

Stalins Tod und die allmähliche Auflockerung seines Systems begannen sich 1954 auch in Rumänien auszuwirken. Das Tempo der Zwangskollektivierung wurde wesentlich verlangsamt. Die sogenannten administrativen (Strafen) oder Verwaltungsstrafen wurden abgeschafft, die Mehrzahl der in den vorhergehenden Jahren oft ohne Haftbefehl und Urteil Inhaftierten wurde freigelassen.
Die berüchtigten Zwangsarbeitslager am Donau-Schwarzmeer-Kanal wurden im allgemeinen noch 1954 aufgelöst, die Arbeiten am Kanal suspendiert. Nach einer durchgreifenden Reorganisation der Staatssicherheitspolizei (Securitate) kam es schließlich im Herbst 1955 zur Verkündung einer umfassenden Amnestie für politische Verbrechen und Vergehen, die die überlebenden Insassen der Lager und Gefängnisse auf freien Fuß setzte.
Befanden sich schon unter den 1954/55 entlassenen Häftlingen zahlreiche Deutsche, so wirkten sich andere Erleichterungen in noch stärkerem Maße gerade auf die Volksdeutschen aus.

Die 1952 aus den Industriestädten Siebenbürgens evakuierten Familien konnten, soweit sie Wohn- und Arbeitsmöglichkeiten fanden, 1954/55 in ihre Heimatstädte zurückkehren.
Im Winter 1955/56 wurde den Zwangsumsiedlern in der Baragan-Steppe die Genehmigung zur Rückkehr ins Banat erteilt, wenn viele auch zunächst nicht in der Lage waren, die kostspielige Rückreise zu finanzieren. Philipp Geltz wurde 1955 zum Minister für Kommunalwirtschaft und örtliche Industrie ernannt und zugleich mit der "Wiedergutmachung der dem Deutschtum infolge der vorangegangenen staatsbürgerlichen Diskriminierung zugefügten Schäden" betraut, während Anton Breitenhofer ins Zentralkomitee der Rumänischen Arbeiterpartei gewählt wurde.
Die Tätigkeit des Ministeriums Geltz, das Zehntausende von Beschwerden bearbeitete, führte in der Tat im Sommer 1956 zum Erlaß eines Dekrets über die Rückgabe von Wohnhäusern und Höfen an enteignete volksdeutsche Besitzer, auf Grund dessen bis zum Jahresende 1956 22.000 Volksdeutsche ihre Höfe und Häuser zurückerhalten haben sollen. Rund 1.500 Deutsche waren im Dezember 1956 als Deputierte in den Volksräten des Landes tätig, und in den allgemeinen Wahlen vom 3. Februar 1957 wurde neben Geltz und Breitenhofer auch Bischof Friedrich Müller zum Mitglied der Großen Nationalversammlung gewählt.
Freilich waren die Neuerungen für die Deutschen nicht immer vorteilhaft. Die Vergünstigungen, die den mit ihrem Landbesitz in die Kolchose eingetretenen rumänischen Bauern im Jahre 1956 gewährt werden mußten, verschlechterten die Lage der zum Zeitpunkt ihres Eintritts landlosen deutschen Mitglieder. Auch die Rückgabe der Häuser war mit Schwierigkeiten verbunden, da die deutschen Besitzer die aufgelaufenen Steuerlasten begleichen, die Häuser renovieren und sich überdies vielfach weiter mit dem einsitzenden rumänischen Kolonisten abfinden mußten. Alles in allem ist die rechtliche, wirtschaftliche und kulturelle Stellung der Volksdeutschen in Rumänien jedoch heute zweifellos besser als die der deutschen Gruppen in den anderen Oststaaten.
Die verhältnismäßig günstige Position der Deutschen Rumäniens darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß das rumänische Deutschtum in seinen Grundfesten erschüttert und bedroht ist. Die erreichte Gleichberechtigung beruht auf der wenigstens äußerlichen Einordnung der Deutschen in den kommunistischen Staat. Deutsche Vereinigungen, deutsches Kulturleben sind nur unter den politischen Vorzeichen der herrschenden Ideologie möglich.
Der Kommunismus bedient sich der nationalen Formen, um das nationale Bewußtsein als Grundlage einer oppositionellen Haltung auszuschalten. Noch ist die politische Beeinflussung nur wenig unter die Oberfläche gedrungen. Noch ist es auch, trotz Zerstörung der deutschen Dorfgemeinschaft und des geschlossenen deutschen Bürgertums der Städte, zu einer Vermischung mit anderen Nationalitäten in größerem Umfang nicht gekommen. Dennoch erscheint die Zukunft des rumänischen Deutschtums mehr denn je gefährdet.
Die Zahl der heute noch in Rumänien lebenden Volksdeutschen ist verhältnismäßig genau zu bestimmen. Am 25. Januar 1948 und am 21. Februar 1956 fanden in der Rumänischen Volksrepublik allgemeine Volkszählungen statt, deren veröffentlichte Ergebnisse auch die Nationalitäten-Verhältnisse berücksichtigen. 1956 wurde, wie schon 1930, getrennt nach Muttersprache und Nationalität, 1948 nur nach der Muttersprache gefragt.
Die Resultate der Zählungen sind in ihrer Verläßlichkeit kaum anzuzweifeln, da die Durchführung des Zählverfahrens, jedenfalls 1948, noch von den Fachleuten des alten Statistischen Zentralinstituts betreut wurde, eine Verschleierung der tatsächlichen Verhältnisse angesichts der von Partei und Regierung vertretenen Nationalitätenpolitik überdies kaum motiviert wäre. In der Zählung von 1948 gaben in Rumänien 343.913 Personen - 2,2 % der gezählten Gesamtbevölkerung von 15,9 Millionen - Deutsch als ihre Muttersprache an. Der Anteil der städtischen Bevölkerung an der Gesamtzahl der Deutschsprechenden entsprach dem des Jahres 1930.

Nach Gebieten aufgeschlüsselt ergab sich folgendes Bild:

Siebenbürgen	157 105
Banat	171 022
Sathmar	3 939
Süd-Bukowina	4 189
Dobrudscha	462
Alt-Rumänien	7 196
Rumänien insgesamt	343 913

Für Siebenbürgen ermittelte die Evangelische Landeskirche bereits im Juni 1948 auf Grund interner Erhebungen 173.737 Deutsche. Nach der jüngsten amtlichen Zählung im Februar 1956 hatte Rumänien 382.400 Einwohner deutscher Nationalität, während 391 388 Deutsch als Muttersprache nannten.

Da die Veröffentlichung der vorläufigen Ergebnisse von 1956 der durch die Verwaltungsreform von 1950/52 geschaffenen Regions-Einteilung folgt, sind die Vergleichsmöglichkeiten begrenzt. Der gegenüber 1948 zu verzeichnende Anstieg hat sich jedoch, da er vor allem auf die Rückkehr von Verschleppten und Gefangenen zurückzuführen ist, gleichmäßig auf die verschiedenen volksdeutschen Siedlungsgebiete verteilt.

Die Gesamtzahl der Deutschen in Siebenbürgen und dem Banat einschließlich Sathmars stieg von 332.066 Deutschsprechenden im Jahre 1948 auf 366.194 Einwohner deutscher Nationalität bzw. 369.477 mit deutscher Muttersprache im Jahre 1956. Die 1951 in die Baragan-Steppe deportierten Banater Schwaben waren bis zum Februar 1956 in ihrer großen Mehrzahl wieder ins Banat zurückgekehrt, so daß sie in den Volkszählungsergebnissen kaum noch ins Gewicht fallen.

Bemerkenswert ist jedoch, daß in Rumänien 1956, wie eine Gegenüberstellung der Zahlen für die einzelnen Provinzen zeigt, noch immer mehr als 12.500 Angehörige anderer Nationalitäten Deutsch als Muttersprache angaben, während sich andererseits rund 3.500 nicht Deutsch sprechende Sathmarer und Siebenbürger noch immer oder wieder zu ihrer deutschen Volkszugehörigkeit bekannten. Man muß diese Faktoren auch bei der Beurteilung der Muttersprachenzahlen von 1948 berücksichtigen.

Aus der amtlichen Zählung von 1956 wäre demnach eine Gesamtzahl von höchstens 380.000 Volksdeutschen zu entnehmen, wenn man Bekenntnis zum Deutschtum bei gleichzeitiger Beherrschung der deutschen Sprache zugrundelegt. Von Seiten des Deutschen Antifaschistischen Komitees wurde die Zahl der Volksdeutschen in der Rumänischen Volksrepublik schon 1952 mit rund 400.000 angegeben.

Läßt sich die Zahl der heute in Rumänien lebenden Deutschen verhältnismäßig genau feststellen, sehr viel genauer, als dies für die deutschen Gruppen in Ungarn, Jugoslawien und der Tschechoslowakei möglich ist, so stößt doch der Versuch einer zahlenmäßigen Bilanz des rumänischen Deutschtums, seiner Kriegs- und Nachkriegsverluste, auf beträchtliche Schwierigkeiten. Selbst ein Ansatz von 400.000 für das gegenwärtige Rumänien-Deutschtum ergäbe gegenüber den Vorkriegszahlen einen Rückgang von 350.000 bis 400.000.

In Deutschland und Österreich lebten 1950, soweit feststellbar, rund 250.000, höchstens

260.000 Volksdeutsche, die innerhalb der rumänischen Grenzen von 1939 beheimatet waren. Die Zahl kann sich bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt nur geringfügig verschoben haben, doch schafft das Fehlen genauer Angaben für die deutsche Sowjetzone schon hier einen gewissen Unsicherheitsfaktor. Eine für genaue Berechnungen notwendige Aufgliederung der Gesamtzahl nach den Herkunftsgebieten innerhalb Rumäniens ist an Hand der vorhandenen Unterlagen nicht möglich.
Darüber hinaus ist die Zahl der nach dem Kriege aus Deutschland und Österreich in andere europäische Länder und nach Übersee ausgewanderten Rumänien-Deutschen nicht einmal annähernd abzuschätzen; nach im einzelnen nicht überprüfbaren Meldungen sollen allein rund 10.000 Banater Schwaben aus Österreich nach Frankreich gelangt sein, wo sie vor allem im Elsaß Unterkunft fanden.
Schon die Tatsache, daß die Zahl derjenigen, die Deutsch als ihre Muttersprache angaben, im Sathmar-Gebiet von 21.845 im Jahre 1930 auf nur 3.939 im Jahre 1948 zurückging, obwohl aus Sathmar allenfalls 2.500 Deutsche evakuiert wurden zeigt, daß auch die restlichen 100.000 nicht kurzerhand als Kriegsverluste abgebucht werden dürfen.
Auf Grund kirchlicher Schätzungen wurden die Verluste der Rumänien-Deutschen an Gefallenen und in Gefangenschaft und Verschleppung Umgekommenen mit knapp 20.000 veranschlagt. Hohe Verluste hatten die in den eingegliederten polnischen Gebieten angesetzten rumänien-deutschen Umsiedler. Bei mehr als 160.000 Ansiedlern im Jahre 1944 muß hier, der allgemeinen Verlustrate für die deutsche Gesamtbevölkerung dieser Gebiete entsprechend, mit wenigstens 30 000 Toten gerechnet werden. Für die Zahl der in die Sowjetunion verschleppten Bessarabien- und Nordbuchenland-Deutschen fehlen jegliche Anhaltspunkte.
Über die angegebenen Zahlen hinaus, die auf reinen Schätzungen beruhen, ist es in Rumänien selbst zu eigentlichen Kriegs- oder Vertreibungsverlusten unter den Volksdeutschen nicht gekommen; auch Flucht und Evakuierung des Jahres 1944 vollzogen sich ohne nennenswerte Verluste.
Für den Rückgang der volksdeutschen Bevölkerung, soweit er über die echten Kriegs- und Vertreibungsverluste hinausgeht, muß zunächst die besonders im Sathmar-Gebiet, daneben aber zweifellos auch in den altrumänischen Provinzen wirksam gewordene Entnationalisierung verantwortlich gemacht werden. Daneben ist infolge der Abwesenheit von Kriegsgefangenen und Verschleppten, besonders in den ersten Nachkriegsjahren, mit einem starken Geburtenausfall zu rechnen, dessen Auswirkungen durch eine erhöhte Sterblichkeit infolge der allgemeinen Lebensbedingungen verstärkt wurden.
Selbst wenn man angesichts der zuletzt erwähnten Faktoren von mittelbaren Kriegseinwirkungen sprechen kann, bleibt doch abschließend zu betonen, daß die Volksdeutschen des heutigen Rumänien echte Vertreibungsverluste in größerem Umfange nicht erlitten haben. In Rumänien konnte sich trotz aller politischen, sozialen und wirtschaftlichen Gefährdung ein auch zahlenmäßig beachtliches Deutschtum behaupten, wenn es auch seiner alten institutionellen und materiellen Sicherungen größtenteils beraubt ist, einem sozialen Nivellierungsprozeß unterliegt und in stärkerem Maße als früher in Zerstreuung lebt.<<

Ungarn

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtete im Jahre 1956 über das Schicksal der in die Sowjetunion verschleppten Ungarn-Deutschen (x008/44E): >>…
Schon im Sommer und Herbst 1945 trafen die ersten Züge mit Rückkehrern aus Rußland wieder in der Heimat ein. Es waren ausschließlich Krankentransporte, deren Insassen bis zum Skelett abgemagert waren. Auch die Heimkehrer der folgenden Jahre wurden nur entlassen, weil sie inzwischen arbeitsunfähig geworden waren.
Seit 1948 kehrten auch Gesunde zurück, die Transporte gingen zu dieser Zeit schon in vielen

Fällen über Frankfurt an der Oder, da inzwischen der größte Teil der Angehörigen der Verschleppten ausgewiesen war und in Deutschland lebte.
Insgesamt sind nach ungarischen Angaben 600.000 Menschen aus Ungarn als Kriegsgefangene oder Zivilarbeiter in die Sowjetunion verschleppt worden, darunter etwa 30.000 bis 35.000 volksdeutsche Zivilisten und etwa 30.000 ungarndeutsche Kriegsgefangene.
Dies bedeutet, daß etwa 10 % der ungarischen Verschleppten und Kriegsgefangenen Volksdeutsche waren, während deren Anteil an der Gesamtbevölkerung nach dem amtlichen Volkszählungsergebnis von 1941 nur 5,2 % für Trianon-Ungarn bzw. 4,8 % für das damalige Gesamtungarn betrug.
Die meisten verschleppten Volksdeutschen stammten aus Südwestungarn, also der ungarischen Batschka und der Schwäbischen Türkei. Das Deutschtum um Budapest wurde nur in den ostwärts der Donau gelegenen Orten radikal von der Verschleppung erfaßt. In den westlichen Vororten, im Ofener Bergland, dem Industriegebiet, ist die Aktion nur in einzelnen Gemeinden durchgeführt worden, während andere Orte dieser Gegend, ebenso wie das schon erwähnte Westungarn, von dem Verschleppungsvorgang völlig unberührt geblieben sind.<<
Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtete im Jahre 1956 über das Schicksal der in Ungarn verbliebenen Deutschen (x008/69E-72E): >>... Mit dem schrittweisen Hervortreten der Kommunisten als der bestimmenden politischen Macht - 1950 stellten sie zum erstenmal mit ihrem Führer Rákosi den Ministerpräsidenten - lief die Verstaatlichung und Kollektivierung der ungarischen Industrie und Landwirtschaft parallel.
Das Bodenreformgesetz verlor mehr und mehr seine Bedeutung. Auf die deutschen Facharbeiter konnte zur Aufrechterhaltung des Wirtschaftspotentials nicht verzichtet werden. Diese Entwicklung schlug sich in weiteren Gesetzen und Erlassen nieder, die zu einer Gleichstellung von Deutschen und Madjaren im Sinne der kommunistischen Doktrin hinführten. Rákosi verlangte schon 1948 in einer Rede vor dem Zentralkomitee der KP die Wiedereingliederung der "Schwaben" in den Staat.
Im Oktober 1949 wurde eine Generalamnestie für die Ungarndeutschen ausgesprochen, wenn sie sich innerhalb von 14 Tagen bei ihren Gemeinden als Volksdeutsche meldeten. Ein halbes Jahr später, im März 1950, wurde die Einstellung der Aussiedlung offiziell angeordnet und alle Personen, die unter Ausweisungsbestimmungen fielen, wurden wieder zu ungarischen Staatsbürgern erklärt. Sogar ausgesiedelte Personen konnten "in berücksichtigungswürdigen Fällen" die Staatsbürgerschaft wiedererwerben und zurückkehren.
Auf Grund dieses Erlasses versuchten Evakuierte und Ausgesiedelte, die in Österreich und Westdeutschland lebten, wieder in die Heimat zu gelangen. Eine allgemeine Rücksiedlung wurde aber von den ungarischen Behörden unterbunden, da nur ausgesuchten Facharbeitern der Weg zu den alten Arbeitsplätzen offengehalten werden sollte.
Um die Tragödie zu vollenden, wirkte sich diese endliche Gleichstellung noch einmal als Unheil aus, jedenfalls für alle diejenigen, die das ungarische Staatsgebiet verlassen wollten und auf Grund ihrer Staatszugehörigkeit keine Ausreisegenehmigung erhielten.
Ein großer Teil der ehemaligen SS-Leute hatte nach der Entlassung aus der Gefangenschaft gar nicht erst versucht, in die Heimat zurückzukehren, sondern sich in Westdeutschland eine Existenz aufgebaut. Ihre Angehörigen wohnten noch in Ungarn. Da jetzt weder eine Ausnoch Einreise möglich war, gab und gibt es im Augenblick keinen Weg, um die auseinandergerissenen Familien wieder zusammenzuführen.
Ebenso schwer wurden die 1950 aus der Sowjetunion nach Ungarn einreisenden Spätheimkehrer von der Ausreisesperre betroffen. Da sie nach ihrer Gefangennahme ungarisch als Staatszugehörigkeit angegeben hatten, wurden sie ohne Rücksicht auf persönliche Wünsche nach Ungarn transportiert und im Auffanglager Debrecen gesammelt. Wer in Ungarn bleiben wollte, wurde entlassen, alle übrigen strengen Verhören unterzogen, in denen man ihnen ihre

ungarische Staatsbürgerschaft nachzuweisen versuchte. Ein Teil konnte nach 3jähriger Zwangsarbeit in die sowjetische Zone ausreisen.

Statistischer Überblick

Obwohl das ungarländische Deutschtum bei Kriegsende und in den Nachkriegsjahren nicht in dem Maße brutalen Verfolgungen und Ausschreitungen ausgesetzt war wie das Deutschtum in der Tschechoslowakei oder in Jugoslawien, so ist das Ergebnis der vom ungarischen Staat getroffenen Maßnahmen im ganzen nicht weniger einschneidend: das Deutschtum in Ungarn ist als selbständige Volksgruppe und geschlossener Bestandteil der ungarischen Bevölkerung in seiner sozialen und nationalen Existenz aufs allerschwerste getroffen.

Eine statistische Erfassung dieses Vorganges gestaltet sich dadurch schwierig, daß nur sehr wenig wirklich zuverlässige Zahlen zur Verfügung stehen. Da schon die tatsächliche Zahl der Volksdeutschen in Ungarn vor dem Zusammenbruch ... außerordentlich umstritten ist, kann sie nur mit Vorbehalt als Ausgangspunkt für eine Berechnung genommen werden. Im Jahre 1950 lebten in der Bundesrepublik etwa 170.000 Ungarndeutsche, in Österreich (nach dem Stand vom 1. Oktober 1951) etwa 15.000. In diesen Zahlen sind die Flüchtlinge, die Evakuierten und die Ausgewiesenen enthalten.

In der sowjetischen Zone Deutschlands werden sich ungefähr 54.000 Volksdeutsche aus Ungarn aufhalten. Nimmt man weiter an, daß 5.000 bis 8.000 im Kriege gefallen und daß von den 30.000 Kriegsgefangenen und 25.000 Zivilverschleppten in Rußland etwa 6.000 umgekommen sind - Verluste während der Vertreibung sind in größerem Umfange nicht eingetreten - dann läßt sich folgende Tabelle mit Annäherungswerten zusammenstellen:

	Bundes-republ.	Sowj. Zone	Öster-reich	Insges.
evakuiert oder geflüchtet	20 000	4 000	15 000	39 000[1]
ausgewiesen	150 000	50 000		200 000
insgesamt	170 000	54 000	15 000	239 000
Verluste in der Kriegs- und Nachkriegszeit				11 000
Gesamtzahl der aus Ungarn vertriebenen und im Kriege und in der Nachkriegszeit umgekommenen Deutschen				250 000

1) Die Zahl wurde um die Rückkehrer reduziert (x008/72E).

Bei einem Vergleich dieses Ergebnisses mit der Zahl der deutschsprachigen Personen in Ungarn nach der Volkszählung von 1941 (490.449) ergibt sich, daß heute noch mindestens 240.000 Volksdeutsche in ihrer alten Heimat leben müßten.

Chronik der Lebensbedingungen der Deutschen in Ost-Mitteleuropa, Mittel- und Westdeutschland sowie Vereinbarungen und Pressemeldungen vom 1. Januar 1948 bis zum 31. März 1950

Aufgrund der Tatsache, daß das Leben der deutschen Bevölkerung in den Gebieten Ost-Mitteleuropas örtlich, zeitlich und sachlich unterschiedlich verlief, wurde diese Chronik systematisch nach Regionen unterteilt.
Um den Ablauf der damaligen Ereignisse, Maßnahmen und Zustände realistisch darzustellen, wurde eine Vielzahl von Erlebnis- und Presseberichten zitiert. Die Erlebnisberichte mußten im allgemeinen geteilt werden, damit die Ereignisse in zeitlicher Folge angeordnet werden konnten.

Gliederung (im Überblick):

01.	SBZ/Ostpreußen (sowjetisch verwaltete Gebiete im Nordteil Ostpreußens gemäß Potsdamer Abkommen vom 2. August 1945)
02.	Ostdeutschland (polnisch verwaltete Gebiete in Ostpreußen, Ostbrandenburg, Schlesien, Danzig und Ostpommern gemäß Potsdamer Abkommen vom 2. August 1945)
03.	Polen
04.	CSR (einschließlich Sudetenland und Slowakei). Die Slowakei trennt sich im Jahre 1992 von der CSR. Die CSR nennt sich ab 1993 Tschechien
05.	Jugoslawien
06.	Rumänien
07.	Ungarn
08.	UdSSR (seit 1991 Bundesrepublik Rußland)
09.	Österreich
10.	SBZ (Sowjetische Besatzungszone in Mitteldeutschland – seit dem 7. Oktober 1949 Deutsche Demokratische Republik)
11.	DDR (Deutsche Demokratische Republik). Die DDR tritt am 3. Oktober 1990 der Bundesrepublik Deutschland bei
12.	Berlin (Sitz der Viermächteverwaltung bzw. des Alliierten Kontrollrats). Ost-Berlin wird am 13. August 1961 durch sowjetische Truppen abgeriegelt und von West-Berlin getrennt (Baubeginn der "Berliner Mauer")
13.	WBZ (Besatzungszonen der Nordamerikaner, Briten und Franzosen in Westdeutschland – seit dem 23. Mai 1949 Bundesrepublik Deutschland)
14.	BRD (Bundesrepublik Deutschland)
15.	Westeuropa
16.	Amerika
17.	Asien

Januar 1948

>>Der eine kriegt's Brot, der andere ist tot.<< (Jüdisches Sprichwort)

01.01.1948

CSR: Kommunistische Politiker treten in öffentlichen Kundgebungen für die Verbesserung des Status der sudetendeutschen Minderheit ein.
Nachdem man Kinder deutscher Volkszugehörigkeit 3 Jahre lang von jedem Schulbesuch ausgeschlossen hat, dürfen sie ab 1948 wieder tschechische Schulen besuchen. Der Gebrauch der deutschen Sprache in der Öffentlichkeit und in den Ämtern wird ebenfalls erlaubt (x004/133-134).

WBZ: In Dachau wird am 1. Januar 1948 der letzte Kriegsverbrecherprozeß des US-Militärgerichtes beendet. Der Dachauer US-Militärgerichtshof verurteilt insgesamt 1.648 Angeklagte, davon 417 Angeklagte zum Tode. 196 Angeklagte erhalten eine lebenslängliche Freiheitsstrafe (x112/429).

Die Wochenzeitung "DIE ZEIT" berichtet am 1. Januar 1948 über die Absicht der westlichen Siegermächte, einen westdeutschen Staat zu gründen (x112/429): >>... Nur auf ein solches Kerndeutschland, das seiner Idee nach von Beginn an das ganze Deutschland wäre, ließe sich ein politischer Wille richten, der das Recht nicht preis gibt.

Und wo könnte es gelegen sein?

Dort und nur dort, wo die größten Möglichkeiten deutsch zu sein, gegeben wären.<<

Der "Rheinische Merkur" berichtet am 1. Januar 1948 über das geteilte Deutschland (x112/-429): >>So wie Deutschland in seiner Gesamtheit eine Funktion des europäischen Schicksals geworden ist, so auch in seinen Teilen.

Es gibt für das westelbische Deutschland keinen anderen Trost, als daß es im Machtbereich von Staaten belassen ist, mit denen es seine geistige Tradition, seine Ansichten von Freiheit und Recht, von Demokratie und Selbstverwaltung gemeinsam hat. Ihm ist trotz aller räumlichen Begrenzung die Aussicht geblieben, seine geschichtliche Linie fortsetzen zu können. ...<<

02.01.1948

WBZ: Vor dem Nürnberger Militärgerichtshof beginnt am 2. Januar 1948 der sog. "OKW-Prozeß".

Angeklagt sind folgende ehemalige Offiziere der deutschen Wehrmacht: Wilhelm von Leeb, Hugo Sperrle, Georg Karl Friedrich von Küchler, Johannes Blaskowitz, Hermann Hoth, Hans Reinhardt, Hans von Salmuth, Generaloberst Karl Hollidt, Otto Schniewind, Karl von Roques, Hermann Reinecke, Walter Warlimont, Otto Wöhler und Rudolf Lehmann (x112/430).

Walter Müller-Bringmann berichtet am 2. Januar 1948 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/70): >>2. Januar 1948. Es kamen wieder Kriegsgefangene aus dem Osten an. ...

Heute wurden 10.000 Scheiben Brot von den Lagerschwestern gestrichen. Und alle sind so dankbar dafür.

Ein Bildersuchdienst ist eingerichtet worden. Angehörige schicken möglichst lebenswahre Fotos von Vermißten nach Friedland. Hier werden die Bilder sortiert ... und zur Durchsicht den Heimkehrern vorgelegt. Man hofft, dadurch manches Schicksal klären zu können. ...<<

03.01.1948

SBZ: Das "Leipziger Börsenblatt" berichtet am 3. Januar 1948 über die damalige Lage der deutschen Literatur (x112/431): >>Läßt man Revue passieren, was an Büchern allenthalben erscheint, so wird dieser Eindruck bestätigt.

Es sind überwiegend die alten Schätze, wahllos dargeboten, ausgeplündertes Kapital. Neben dem Rückgriff auf die alten Bestände unserer und der ausländischen Literatur machen sich in starkem Maße Übersetzungen bemerkbar, die keineswegs immer die repräsentative Literatur anderer Völker oder unserer eigenen Emigranten, auf deren Kenntnis wir sehnsüchtig warten und die wir dringend brauchen, uns vermitteln.

Aus rein merkantilen Gesichtspunkten, die nicht allein mit finanztechnischen Schwierigkeiten "begründet" werden können, werden statt dessen abgestandene Schmöker und Belanglosigkeiten in entsprechend schlechten Übertragungen nochmals ins Geschäft geworfen.

Die Förderung unserer jungen Literatur durch offizielle Instanzen, die ja meistens noch fehlen, oder durch private mäzenatische Initiative läßt auf sich warten.

Die Unmasse an Zeitschriften – ein zeitbedingtes Leidenskapital für sich – absorbiert einen hohen Prozentsatz der schöpferischen Kräfte, teils aus der Notwendigkeit, schnell das Existenzminimum zu sichern.

So ist das, was sich darbietet, ein getreues Abbild unserer katastrophenhaften Epoche. Aber wir können die Hoffnung hegen, daß in diesem Trümmerfeld, wie in jedem Chaos, auch jede Möglichkeit für künftiges beschlossen liegt. ...<<

04.01.1948

WBZ: Der bayerische Ministerpräsident Hans Ehard (1887-1980) erklärt am 3. Januar 1948 während einer Tagung der CDU in Erlangen (x112/431): >>Die Lage des deutschen Volkes gleicht der eines Ertrinkenden, dem die Umstände keine Wahl mehr lassen und dem unter allen Umständen geholfen werden muß.

Wenn die Besatzungsmacht nicht einsieht, daß mit einem solchen Volk keine Demokratie aufzubauen ist, werden entweder die Kommunisten oder Nationalisten gestärkt werden. Das eine ist so schlimm wie das andere. ...<<

Walter Müller-Bringmann berichtet am 4. Januar 1948 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/71): >>4. Januar 1948. Er ist einer von den Hunderten, die in den letzten Tagen kamen. Angetan mit einem zerschlissenen Militärmantel, Holzschuhen an den Füßen, der "Schapka", einer russischen Pelzmütze, auf dem Kopf, den leeren Brotbeutel mit der Konservendose als Ersatz für das Kochgeschirr in der Hand – so sitzt er in der Nähe des kleinen Barackenofens, der mit Sägemehl bis obenhin aufgefüllt ist und eine angenehme Wärme verbreitet.

"Wissen Sie", sagt der Mann, "ich war fast 4 ½ Jahre in russischer Gefangenschaft und hatte in dieser Zeit Gelegenheit genug, Erfahrungen zu sammeln. Es ging mir nicht gut. ...

Vorhin sprach ich jemanden, der war im amerikanischen Lager Bad Kreuznach. Der hat auch gehungert. Wenn auch längst nicht so lange wie wir. Und jetzt höre ich, daß es hier auch nur 250 g Brot pro Tag und 100 g Fleisch im Monat geben soll." ...<<

05.01.1948

WBZ: In der britischen und nordamerikanischen Besatzungszone werden vom 5. Januar bis zum 1. Februar 1948 täglich nur 1.400 Kalorien zugeteilt (x117/31).

06.01.1948

WBZ: Der Regierungspräsident von Münster erteilt am 6. Januar 1948 die Weisung, "entnazifizierte Lehrer" wieder einzustellen (x117/81): >>Im Jahre 1945 habe ich veranlaßt, daß alle Schulleiter, die Mitglieder der NSDAP waren, die Leitung der Schule an Nichtparteigenossen abgegeben haben. Ich hatte damals bereit in Aussicht gestellt, daß nach einer gewissen Bewährungszeit auf die wertvollen Kräfte zurückgegriffen werden solle. ...

Ich beabsichtige nunmehr, entsprechend einer Anregung, die der Herr Innenminister in Verbindung mit dem Herrn Kultusminister gegeben hat, bewährte Schulleiter, die nur nominelle Mitglieder der NSDAP waren und politisch nicht hervorgetreten sind, dem Herrn Kultusminister für die Wiederübernahme ihres früheren Amtes namhaft zu machen.

Die mit der Wahrnehmung der Schulleitergeschäfte inzwischen beauftragten Lehrpersonen genügen nicht allerorts den in der heutigen Zeit in besonderem Maße an sie zu stellenden fachlichen und organisatorischen Anforderungen. ...<<

09.01.1948

WBZ: Konrad Adenauer erklärt am 9. Januar 1948 vor der Presse (x112/434): >>Der Länderrat bedarf in mehrfacher Hinsicht eine Änderung.

Es ist nicht richtig, daß so kleine Staaten wie Bremen ebenso zwei Vertreter wie beispielsweise Bayern oder Nordrhein-Westfalen mit 13 Millionen Einwohnern haben. ...<<

10.01.1948

Jugoslawien: Internierungslager Krusevlje – Erlebnisbericht des Lehrers Josef K. (x006/441): >>Im Lager Krusevlje sind von Mitte März 1945 bis zu seiner Auflösung Anfang Januar 1948 insgesamt 3.605 Personen gestorben, und zwar 1.068 im Jahre 1945, 2.133 im Jahre 1946 und 404 im Jahre 1947/48.<<

USA: Nach Auswertung des beschlagnahmten Forschungsmaterials der deutschen Luftwaffe berichten US-Luftfahrtexperten am 10. Januar 1948, daß man zukünftig Einsparungen in Höhe von etwa 2-3 Milliarden Dollar realisieren kann.

12.01.1948

WBZ: Die Betriebsräte der Stadt und des Kreises Peine demonstrieren am 12. Januar 1948 wegen der unzureichenden Ernährungslage (x112/435): >>Wir können den Arbeitern, Angestellten und Beamten nicht mehr zumuten, bei den jetzigen Hungerrationen weiter zu arbeiten, und uns der lange gärenden Unzufriedenheit in der breiten Masse der arbeitenden Bevölkerung und den daraus eventuell entspringenden Aktionen weder verschließen noch widersetzen. ...<<

14.01.1948

WBZ: Im Ruhrgebiet fordern die streikenden Gewerkschaftsführer am 14. Januar 1948 (x112/436): >>... Zwangsabgabe von Fleisch und Fett von Selbstversorgern, Kohlenlieferungen nur noch an solche deutschen Länder, die mit ihren Lebensmittellieferungen nach Nordrhein-Westfalen nicht in Verzug sind, Freigabe zusätzlicher Kohlenmengen aus Haldenbeständen durch die Militärregierung, um damit Lebensmittelkäufe in Holland und Belgien zu tätigen.
Stärkung der Exekutivgewalt der Zweizonenbehörden.<<

15.01.1948

Jugoslawien: Sammellager Karlsdorf im Banat – Erlebnisbericht des Josef B. (x006/597-598): >>Das Lager war wieder total überfüllt. Von überall wurden die Deutschen zusammengetrieben. Das Lagerleben verschlechterte sich von Tag zu Tag.
... Im Januar 1948 wurde ein Transport zusammengestellt. ... Meine Mutter, ich und ca. 30 Familien wurden in Güterwagen verladen. Es ging in Richtung Novi Sad (Neusatz). Wir kamen dort erst am späten Abend an. Bevor wir das Lager Neusatz betreten durften, wurden wir alle mit Läusepulver bestäubt. Wir mußten die obersten Knöpfe öffnen. Danach wurde das Läusepulver auf unsere Haut geblasen, so daß es an den Beinen herunterrieselte.
Das Lager war ebenfalls überfüllt. Wir konnten erst später in einer sehr alten, baufälligen Baracke untergebracht werden. Da wir nicht genügend Platz hatten, konnte sich niemand hinlegen. Die kleinen Kinder jammerten, denn die Kälte war sehr groß. Ein eiskalter Wind blies ständig durch die morsche Bretterbude. Wegen der großen Kälte konnte keiner auf der Stelle stehen. Während der gesamten Nacht liefen die frierenden Menschen auf und ab. Zu essen gab es an diesem Abend nichts. Erst am nächsten Mittag gab es eine fast leere Suppe und ganz wenig Maisbrot. Das Maisbrot war jedoch hart wie Stein, so daß man das Brot vorher einweichen mußte, um es verzehren zu können.
Das Lager lag direkt an der Donau. Auf der gegenüberliegenden Flußseite stand die Festung Peterwardein.<<

UdSSR: Zwangsarbeitslager Leninsk – Erlebnisbericht der L. T. (x002/80): >>Aufrechterhalten haben uns die Russen immer wieder damit, daß sie uns sagten, wir kämen bald nach Hause.
Am 15. Januar 1948 mußten wir uns ... einer Kommission von 9 Russen, darunter war nur ein Arzt, nackt zeigen. Das war die Voruntersuchung für den Transport in die Heimat.
Wir haben in den 3 Jahren immer hinter Zäunen und streng bewacht gelebt. Außer einigen Gesangbüchern, die meistens von den Russen als Zigarettenpapier verwendet wurden, sahen wir kaum ein geschriebenes oder gedrucktes Wort. Wir durften wohl in den 3 Jahren dreimal oder viermal schreiben, aber die Post kam in der Heimat nie an. Wir wußten also nichts von unserer Heimat noch von unseren Angehörigen, die wir in den schwersten Tagen hatten verlassen müssen. ...<<

Berlin: In der Berliner Stadtverordnetenversammlung ereignen sich am 15. Januar 1948 hefti-

ge Tumulte, weil der SPD-Fraktionsführer Swolinski die politischen Ziele der SED ablehnt (x112/437): >>Wir wollen eine deutsche Demokratie von Königsberg und Memel bis zum Süden Deutschlands. ...<<

WBZ: Die Ernährungsminister der Bizone beschließen am 15. Januar 1948 ein 8-Punkte-Hilfsprogramm für Nordrhein-Westfalen (x112/437):

>>1. Nordrhein-Westfalen muß allen übrigen Ländern in der Ernährung gleichgestellt werden.
2. Alle übrigen 7 Länder verzichten für Januar auf die halbe Fettration (75 g), um die Fettrückstände in Nordrhein-Westfalen abzudecken.
3. Dieses Land erhält ferner als Fettersatz Zucker.
4. Alle Einsparungen werden dem Land zur Verfügung gestellt.
5. Die 7 anderen Länder verzichten im Februar auf eine Fettzuteilung zugunsten des Landes Nordrhein-Westfalen.
6. Die Selbstversorgerration an Butter wird für zwei Wochen nicht ausgegeben und den Städten der Bizone zur Verfügung gestellt.
7. Die Erfassung von Geräten und Maschinen für die Landwirtschaft soll verbessert werden.
8. Das engere Ruhrgebiet soll eine Priorität in der Belieferung erhalten.<<

16.01.1948

Berlin: US-Militärgouverneur Clay (1897-1978) erklärt am 16. Januar 1948 während einer Pressekonferenz (x112/438): >>Amerika ist in der Lage eines Riesen, der einer kleinen Gipsfigur gegenübersteht.
Die prahlerische sowjetische Stärke gleicht einer Strohpuppe und Moskau muß wissen, daß die Amerikaner nicht die Angewohnheit haben, an irgendeinem Punkt unter Druck nachzugeben.
Die Möglichkeit, daß die Sowjetunion versuchen könnte, wegen Frankfurt die USA aus Berlin herauszudrängen, ist nicht ernst zu nehmen.
Falls die Sowjets die Bahnverbindungen nach Berlin unterbrechen, werden die Amerikaner den Nachschub für ihre Truppen und deren Angehörige auf dem Luftweg nach Berlin bringen und die Verantwortung für die Versorgung der Deutschen im amerikanischen Sektor den Sowjets überlassen. ...<<

WBZ: General Pierre König (französischer Oberbefehlshaber in Deutschland) erklärt am 16. Januar 1948 im Radio Saarbrücken (x112/438): >>... Da eine Währungsreform in der französischen Zone allein sehr schwierig sein würde, muß Frankreich sich wahrscheinlich der Reform der Bizone anschließen.
Diese gemeinsame Währungsreform bedeutet jedoch keineswegs eine Fusion mit der Bizone, da auch bisher alle vier Zonen trotz gemeinsamer Währung unabhängig sind.<<

19.01.1948

WBZ: Walter Müller-Bringmann berichtet am 19. Januar 1948 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/71-72): >>19. Januar 1948. Unmittelbar in der Nähe des Lagers gehen Mörder um.
Die Zonengrenze ist gefährlich geworden. Banditen überfallen Frauen, stehlen ihnen die Koffer, reißen den wehrlosen die Kleider vom Leibe, nehmen alles, was genommen werden kann.
Ein 72 Jahre alter Mann, der über die Zonengrenze wollte, wurde von 2 jungen Männern ... so lange mit Knüppeln geschlagen, bis er bewußtlos liegen blieb. Dann raubten sie ihn aus ...<<

Der Duisburger Stadtdirektor informiert das Landesernährungsamt am 19. Januar 1948 über die Schulspeisung (x117/102): >>Nach 1 ¾ Jahre langer Ausgabe von immer gleichbleibender Kost wurde die Neueinführung verschiedener Mahlzeiten von den Schulspeisungsteilnehmern besonders begrüßt.
Die abwechslungsreiche Kost, die von allen Kindern sehr gelobt wird, findet im Vergleich zur alten Speisung regeren Zuspruch. Es ist nicht nur eine Erhöhung der Speisungsteilnehmer zu

verzeichnen gewesen, sondern auch der Schulbesuch wurde wesentlich regelmäßiger. ...<<

20.01.1948

Jugoslawien: Internierungslager Neusatz – Erlebnisbericht des Josef B. (x006/598): >>Wir wurden wieder in Viehwagen verladen. Bewaffnete Partisanen begleiteten uns auf der Reise. Niemand wußte, wohin man uns bringen würde.

Vor der Abfahrt bekam jede Person ca. 1 kg Maisbrot und eine Konservenbüchse mit Leberwurst. Dazu erhielten wir 15 Dinar, um ein Mittagessen zu bezahlen. Als wir den Erhalt dieser Dinge zwischen 2 bewaffneten Partisanen unterschrieben, verpflichteten wir uns indirekt, für 3 Jahre Zwangsarbeit im Kohlenbergwerk zu leisten.

Gegen Mittag kamen wir in Belgrad an. Als der Zug hielt, sprangen viele Mütter aus den Waggons und suchten nach Steinen, um ihren hungrigen Kindern eine warme Suppe oder einen Maisbrei zu kochen. In Flaschen hatten wir etwas Wasser, und Brennmaterial wurde gesammelt. Das Brennmaterial bestand größtenteils aus Teerpappe, die zwar wenig Wärme, aber dafür mehr Rauch und Teergeruch erzeugte. ... Gegen 22.00 Uhr ging es dann wieder weiter. ... Wir fuhren in Richtung Serbien. ...<<

Ungarn: Kriegsgefangenenlager bei Budapest – Erlebnisbericht des Josef R. (x008/105): >>Wir waren nicht allein, denn es gab dort noch viele andere Kameraden, die schon lange auf den Tag der Befreiung warteten. Aber es ging nicht so schnell. Wir hatten auch die Ehre, noch 9 Monate in dem Lager zu bleiben. ... Einmal bekamen wir 4 Wochen lang gelbe Rüben zu essen. Es hätte nicht mehr lange gehen dürfen, denn wir sahen alle schon fast gelb aus. ...

Am 20. Januar 1948 wurde ich aus dem Lager entlassen. Ich hatte wieder Glück. Als ich nach meiner Entlassung zum Bahnhof gebracht wurde, kam gerade ein Vertreibungstransport aus meinem Landkreis an. Es waren lauter Volksdeutsche - meine Eltern waren auch dabei -, denen man die Heimat geraubt hatte. ...<<

Großbritannien: In England werden am 20. Januar 1948 noch 160.000 deutsche Kriegsgefangene festgehalten (x112/440).

21.01.1948

Jugoslawien: Transport von volksdeutschen Zwangsarbeitern nach Serbien – Erlebnisbericht des Josef B. (x006/598-599): >>Als wir aus dem Waggon aussteigen durften, fragten wir die Leute auf dem Bahnhof, ob sie die Zustände in den Bergwerken kennen würden. ...

Wir warteten dann auf den Kohlenzug, der die Kohlen vom Bergwerk zum Bahnhof transportierte. Wir mußten unser Gepäck verladen und dann ging es (weiter in) Richtung Bergwerk. Nach ein paar Kilometern blieb die kleine Lokomotive plötzlich stehen. Jetzt mußten alle Männer und kräftigen Frauen aussteigen und schieben. Nach ein paar Kilometern war es geschafft. Um 11 Uhr kamen wir bei den Verwaltungsgebäuden des Bergwerkes an. Dort warteten wir bis in die späte Nacht unter freiem Himmel im kalten Regen. Keiner kümmerte sich ums uns. Man gab uns keinen Tropfen Wasser und kein Gramm Brot.

In der späten Nacht holten uns dann einheimische Bauern ab, die den Auftrag hatten, uns vorübergehend aufzunehmen. ... Wir mußten unser Gepäck bis zu 6 km weit schleppen. Alle waren vom kalten Sprühregen durchnäßt. Als wir bei den Bauern ankamen, wurden uns Räume zugewiesen, die oftmals seit Jahren nicht mehr bewohnt wurden. Wir konnten uns gegen Mitternacht endlich auf den Steinfußboden legen. Viele Bauern konnten uns nicht mehr bieten, weil sie selbst nicht viel besaßen. Sie hatten trotz der schlimmen Kriegsereignisse Mitleid mit uns. Sie gaben uns zu essen und zu trinken, worüber wir sehr dankbar und froh waren. Von den Behörden kümmerte sich zunächst keiner um uns. Wir erfuhren nur, daß wir uns am nächsten Morgen melden sollten.<<

22.01.1948

Jugoslawien: Volksdeutsche Zwangsarbeiter in Serbien – Erlebnisbericht des Josef B. (x006/599): >>Als wir ... bei der Meldestelle ankamen, wurden wir in Reih und Glied aufge-

stellt und marschierten mit schwerbewaffneten Posten zur nächsten Stadt nach Ub, wo wir untersucht werden sollten.
Die Stadt war über 10 km entfernt. Da es keine Straße gab, ging es über Felder und Wiesen. Die zu großen Schuhe blieben oft im klebrigen Lehm stecken. Gegen Mittag kamen wir in der Stadt an. Die Posten führten uns mit schußbereiten Gewehren durch die Stadt, obwohl die meisten Zwangsarbeiter lauter Kinder waren. Die neugierige Bevölkerung beobachtete dieses Schauspiel.
Der Arzt untersuchte keinen. Er schaute nur in den Mund und in die Augen. Danach marschierten wir wieder zurück. Gegen Abend hatten wir auch den Rückweg geschafft. Auch dieser Tag ging ohne Mahlzeit und Getränke vorbei.<<

23.01.1948

Jugoslawien: Zwangsarbeitseinsatz im serbischen Bergwerk Radljevo – Erlebnisbericht des Josef B. (x006/599): >>Wir mußten gleich arbeiten. Nur einige wurden über Tage als Arbeiter im Kohlenbunker beschäftigt. Da ich keine Arbeitskleidung besaß, mußte ich mir gegen einen Schuldschein ein Paar primitive Arbeitsschuhe und einen Arbeitsanzug besorgen. Lebensmittel konnten wir uns nicht kaufen, da wir kein Geld hatten.
Unsere Mütter gingen sofort in die umliegenden Dörfer, um bei den Bauern Arbeit zu suchen. Um einige Lebensmittel zu bekommen, wurde jede Arbeit angenommen. Die einheimischen Bauern waren uns sehr geneigt. Sie belohnten unsere Arbeit gerecht und unterstützen uns nach Möglichkeit. ...<<

WBZ: Die "Neue Zeitung" berichtet am 23. Januar 1948 (x114/2.183): >>... Es besteht Aussicht, daß bis zum Jahre 2000 der Wiederaufbau Münchens sehr fortgeschritten, wenn nicht gar beendet ist, meinte vor einigen Wochen ein hoffnungsvoller Wiederaufbaureferent.
Die Stadt ist Behüterin einer Schuttmasse von 5 Millionen Kubikmetern, von denen immerhin schon 2 Millionen beseitigt wurden. Wegen Benzinmangel wird im Augenblick und bis auf weiteres kein Schutt mehr geräumt.
1.500 Architekten und 3.000 Maurer, also im harmonischen Verhältnis 1:2, sind für weitere Aufbautaten gerüstet. Sollte das Verhältnis sich zugunsten der Architekten verschieben und auf einen Maurer ein Architekt kommen, werden die Architekten Sonderkurse im Brotzeitholen für die Herren Maurer absolvieren müssen. ...<<

24.01.1948

Polen: Der ehemalige SS-Obersturmbannführer Arthur Liebehenschel wird am 24. Januar 1948 in Krakau hingerichtet.
Der deutsche Oberstaatsanwalt Alfred Streim (1932-1996) schreibt später über Arthur Liebehenschel (x051/353-354): >>Liebehenschel, Arthur, geboren in Posen 25.11.1901, gestorben in Krakau 24.1.1948 (hingerichtet); SS-Obersturmbannführer (30.1.41); Besuch der Heeresfachschule für Verwaltung und Wirtschaft, danach bei der Eisenbahn und der Reichswehr (Oktober 31 Entlassung als Oberfeldwebel); 1.2.32 Eintritt in NSDAP und SS.
Am 4.8.34 kam Liebehenschel zu den Totenkopfverbänden, wurde Adjutant bei den KZ-Kommandanturen Columbia und Lichtenburg und am 5.7.37 Abteilungsleiter im Stab des Führers der Totenkopfverbände/KZ.
Er stieg weiter auf zum Stabsführer in der Inspektion der KZ (1.5.40) und zum Amtschef im SS-Wirtschafts- und Verwaltungshauptamt. Am 10.11.43 wurde Liebehenschel Kommandant des KZ Auschwitz (I), und am 19.5.44 übernahm er in gleicher Funktion das KZ Maidanek. Bei Kriegsende war er Stabsführer im SS-Personalhauptamt.
Von den Amerikanern an Polen ausgeliefert, wurde Liebehenschel am 22.12.47 vom Obersten Volkstribunal zum Tod verurteilt.<<

WBZ: Der Schriftsteller Hermann Kesten (1900-1996) schreibt am 24. Januar 1948 über die schwierige politische Weltlage (x112/442): >>... Wir tummeln uns, mitten im Jahr 1948, zwi-

schen den wildesten Kriegsreden und Gerüchten seit 1939.
Eine optimistische Dame erklärte mir heute nachmittag, vor September 1948 käme es bestimmt nicht zum Krieg.<<

25.01.1948

Jugoslawien: Volksdeutsche im Banat – Erlebnisbericht des Pfarrers Franz W. (x006/621): >>Im Januar 1948 wurde ich aufgefordert, die jugoslawische Staatsbürgerschaft anzunehmen. Jetzt lag es an mir: Ich wußte, wenn der Pfarrer des Dorfes die Staatsbürgerschaft annehmen würde, würden die restlichen Deutschen die noch hier lebten, ebenfalls dasselbe tun. ...
(Ich lehnte die Aufforderung zunächst ab.) ...<<

Rumänien: In der Rumänischen Volksrepublik finden am 25. Januar 1948 allgemeine Volkszählungen statt (x007/118E-119E).
Bei dieser Zählung geben 343.913 (2,2 % der gezählten Gesamtbevölkerung) Deutsch als ihre Muttersprache an (x007/119E): Siebenbürgen (157.105 Personen), Banat (171.022), Sathmar (3.939), Süd-Bukowina (4.189), Dobrudscha (462) und Alt-Rumänien (7.196).
Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtet im Jahre 1957 über die Familienzusammenführung, Wiederverleihung der Staatsangehörigkeit und die allgemeine Situation der zurückgebliebenen Rumänien-Deutschen (x007/114E-119E): >>In den ersten Jahren nach Kriegsende hatten die zum Teil unerträglichen Lebensbedingungen, politische Verfolgung und der Wunsch, den schon vorher evakuierten oder geflohenen Verwandten zu folgen, zahlreiche Volksdeutsche zum Verlassen der rumänischen Heimat getrieben.
In vielfach abenteuerlicher Flucht gelang es ihnen, zum Teil mit Hilfe bestochener Grenzwachen, die rumänisch-ungarische Grenze zu überschreiten und sich durch Ungarn und die sowjetisch besetzte Zone Österreichs nach Westen durchzuschlagen.
Nicht wenige wurden schon an der Grenze gefaßt und strafweise in rumänische Arbeitslager, nach Großwardein und später in die Lager am Donau-Schwarzmeer-Kanal eingewiesen.
Im Jahre 1947 wurde, ähnlich wie bei den Rückkehrern in Dobrudscha und Bukowina, auch den Banater-Deutschen zum Teil Gelegenheit geboten, sich auf Antrag von den rumänischen Behörden ausweisen zu lassen, so daß es in vereinzelten Fällen zur legalen Abwanderung in größeren Gruppen kam.
Die Festigung des kommunistischen Regimes, in Rumänien wie im benachbarten Ungarn bewirkte in den Jahren 1948/49 einen deutlichen Rückgang des illegalen Grenzverkehrs, da die Grenzen hinfort sehr viel schärfer bewacht wurden.
Die veränderte Haltung des rumänischen Staates gegenüber den Volksdeutschen bewirkte zugleich eine leichte Besserung der allgemeinen, insbesondere auch wirtschaftlichen Lage, wenn auch das städtische Bürgertum gerade in diesen Jahren seiner Existenzgrundlage beraubt wurde.
Ungelöst blieb in jedem Fall das Problem der auseinandergerissenen volksdeutschen Familien, das durch die Kriegsereignisse, die nur teilweise durchgeführte Evakuierung der Banater Schwaben und die Rückführung der in Niederösterreich überrollten Flüchtlinge entstanden war. Zehntausende von Kriegsgefangenen und Verschleppten, die oft gegen ihren Willen nach Ost- und Westdeutschland entlassen wurden, hatten die Zahl der Getrennten weiter erhöht.
In beschränktem Umfang waren 1949/50, teils auf unmittelbaren Antrag bei den rumänischen Behörden, teils durch Vermittlung des französischen Konsulats in Bukarest, Ausreisegenehmigungen erteilt worden, wobei die Antragsteller freilich in den meisten Fällen jahrelang auf die Erledigung ihrer Gesuche warten mußten.
Zu einer systematischeren Zusammenführungsaktion kam es in den Jahren 1950/51 durch Vermittlung der Bukarester Vertretung der sog. Deutschen Demokratischen Republik, die mit den bisher tätigen französischen Stellen zusammenarbeitete. In 8 Transporten wurde im Herbst 1950 und in den Monaten Mai bis Dezember 1951 etwas mehr als 1.000 Volksdeut-

schen, deren Angehörige in Deutschland lebten, das Verlassen Rumäniens ermöglicht, wobei die in diesen Transporten Ausreisenden im Rahmen der Ausfuhrbestimmungen ihre gesamte bewegliche Habe mitführen konnten.
Die Betreuung durch die sowjetzonalen Dienststellen war - offensichtlich aus politischen Gründen - betont sorgfältig, obwohl die überwiegende Mehrzahl der Antragsteller zu Angehörigen in Westdeutschland fuhren. Die Weiterleitung in die Bundesrepublik verlief, nach kurzen Quarantäneaufenthalten in den Lagern Oelsnitz/Vogtland oder Bischofswerda ohne Schwierigkeiten.
Schon im Jahre 1952 fanden derartige Transporte nicht mehr statt. In den Jahren 1952 bis 1956 passierten insgesamt nur 269 Rumänien-Deutsche die Grenzdurchgangslager der Bundesrepublik. Die Gesamtzahl der Volksdeutschen, die Rumänien in diesem Zeitraum mit Einzelreisegenehmigungen verlassen konnten, dürfte kaum höher sein.
Das Gesamtproblem der Familienzusammenführung ist - das bleibt ausdrücklich festzustellen - noch immer ungelöst. Im Herbst 1956 lagen mehr als 10.000 Anträge auf Ausreise zu Verwandten in der Bundesrepublik vor. Die Ungeklärtheit der Situation und das Ausbleiben einer Entscheidung über diese Anträge gab umgekehrt der im Sommer 1955 eingeleiteten Repatriierungsaktion der rumänischen Regierung auch bei den Volksdeutschen gewisse Erfolgsaussichten.
Neben dem Wunsch, die Kritik der Emigration im westlichen Ausland auszuschalten, wird diese Aktion vor allem durch den im Lande nicht mehr zu deckenden Bedarf an Arbeitskräften veranlaßt worden sein. Ein im Juni 1955 veröffentlichtes Dekret sicherte allen Rückkehrern völlige Straffreiheit zu. Unter Hinzuziehung prominenter Politiker der ehemaligen Parteien ... wurde wenig später ein "Nationales Repatriierungskomitee" gebildet. ...
Rundfunk- und Presseaufrufe, ein eigenes Presseorgan ("Stimme des Vaterlandes"), Auslandsdienststellen und Delegationen forderten alle Flüchtlinge und Emigranten zur Rückkehr nach Rumänien auf. Selbst die Evangelische Landeskirche mußte die ausgegebenen Parolen übernehmen.
Das Echo unter den Auslandsrumänen wie unter den volksdeutschen Flüchtlingen war schwach. Schätzungen von 3.000 Volksdeutschen, die bis zum Jahresende 1956 nach Rumänien zurückgekehrt sein sollen, dürften bereits zu hoch greifen; andere sprechen von 450 schwäbischen Rückkehrern im rumänischen Banat. Daß sich trotz allem eine gewisse Zahl zur Rückkehr in die Heimat, auch unter kommunistischer Herrschaft, entschloß, kann nicht als Zustimmung zum Regime gedeutet werden, sondern zeigt nur den noch völlig ungebrochenen Zusammenhalt der volksdeutschen Familien- und Gemeindeverbände, der 10 und mehr Jahre der Trennung überdauert hat.
Stalins Tod und die allmähliche Auflockerung seines Systems begannen sich seit 1954 auch in Rumänien auszuwirken. Das Tempo der Zwangskollektivierung wurde wesentlich verlangsamt. Die sog. administrativen oder Verwaltungsstrafen wurden abgeschafft, die Mehrzahl der in den vorhergehenden Jahren ohne Haftbefehl und Urteil Inhaftierten wurde freigelassen. Die berüchtigten Zwangsarbeitslager am Donau-Schwarzmeer-Kanal wurden im allgemeinen noch 1954 aufgelöst, die Arbeiten am Kanal suspendiert. –
Die 1949 in Angriff genommenen Arbeiten an dem Riesenprojekt des Kanals, der zwischen Cernavoda und Poarta-Alba nördlich Konstanza eine wesentlich verkürzende Schiffahrtsstraße schaffen sollte, wurde fast ausschließlich durch den Einsatz von Zwangsarbeitern vorangetrieben. –
Nach einer durchgreifenden Reorganisation der Staatssicherheitspolizei (Securitate) kam es schließlich im Herbst 1955 zur Verkündung einer umfassenden Amnestie für politische Verbrechen und Vergehen, die die überlebenden Insassen der Lager und Gefängnisse auf freien Fuß setzte.

Befanden sich schon unter den 1954/55 entlassenen Häftlingen zahlreiche Deutsche, so wirkten sich andere Erleichterungen in noch stärkerem Maße gerade auf die Volksdeutschen aus. Die 1952 aus den Industriestädten Siebenbürgens evakuierten Familien konnten, soweit sie Wohn- und Arbeitsmöglichkeiten fanden, 1954/55 in ihre Heimatstädte zurückkehren. Im Winter 1955/56 wurde den Zwangsumsiedlern in der Baragan-Steppe die Genehmigung zur Rückkehr ins Banat erteilt, wenn viele auch nicht in der Lage waren, die kostspielige Rückreise zu finanzieren.

Philipp Geltz wurde 1955 zum Minister für Kommunalwirtschaft und örtliche Industrie ernannt und zugleich mit der "Wiedergutmachung der dem Deutschtum infolge der vorangegangenen staatsbürgerlichen Diskriminierung zugefügten Schäden" betraut, während Anton Breitenhofer ins Zentralkomitee der Rumänischen Arbeiterpartei gewählt wurde.

Die Tätigkeit des Ministeriums Geltz, das Zehntausende von Beschwerden bearbeitete, führte ... im Sommer 1956 zum Erlaß eines Dekrets über die Rückgabe von Wohnhäusern und Höfen an enteignete volksdeutsche Besitzer, auf Grund dessen bis zum Jahresende 1956 22.000 Volksdeutsche ihre Höfe und Häuser zurückerhalten haben sollen. –

Nach Pressemitteilungen verfügte das in den ersten Junitagen 1956 veröffentlichte Dekret, daß rumänische Staatsangehörige ungarischer und deutscher Nationalität ihre verstaatlichten Häuser und Hausgrundstücke oder gleichwertige Anwesen zurückerhalten sollten; wo eine Rückgabe nicht möglich wäre, sollten Entschädigungen gezahlt, langfristige Kredite und Bauzuschüsse gewährt sowie gegebenenfalls Baugrundstücke aus staatlichem Besitz zugewiesen werden. –

Rund 1.500 Deutsche waren im Dezember 1956 als Deputierte in den Volksräten des Landes tätig, und in den allgemeinen Wahlen vom 3. Februar 1957 wurde neben Geltz und Breitenhofer auch Bischof Friedrich Müller zum Mitglied der Großen Nationalversammlung gewählt.

Freilich waren die Neuerungen für die Deutschen nicht immer vorteilhaft. Die Vergünstigungen, die den mit ihrem Landbesitz in die Kolchose eingetretenen rumänischen Bauern im Jahre 1956 gewährt werden mußten, verschlechterten die Lage der zum Zeitpunkt ihres Eintritts landlosen deutschen Mitglieder.

Auch die Rückgabe der Häuser war mit Schwierigkeiten verbunden, da die deutschen Besitzer die aufgelaufenen Steuerlasten begleichen, die Häuser renovieren und sich überdies vielfach weiter mit dem einsitzenden rumänischen Kolonisten abfinden mußten. Alles in allem ist die rechtliche, wirtschaftliche und kulturelle Stellung der Volksdeutschen in Rumänien jedoch heute zweifellos besser als die der deutschen Gruppen in den anderen Oststaaten.

Die verhältnismäßig günstige Position der Deutschen Rumäniens darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß das rumänische Deutschtum in seinen Grundfesten erschüttert und bedroht ist. Die erreichte Gleichberechtigung beruht auf der wenigstens äußerlichen Einordnung der Deutschen in den kommunistischen Staat. Deutsche Vereinigungen, deutsches Kulturleben sind nur unter den politischen Vorzeichen der herrschenden Ideologie möglich.

Der Kommunismus bedient sich der nationalen Formen, um das nationale Bewußtsein als Grundlage einer oppositionellen Haltung auszuschalten. Noch ist die politische Beeinflussung nur wenig unter die Oberfläche gedrungen. Noch ist es auch, trotz Zerstörung der deutschen Dorfgemeinschaft und des geschlossenen Bürgertums der Städte, zu einer Vermischung mit anderen Nationalitäten in größerem Umfang nicht gekommen. Dennoch erscheint die Zukunft des rumänischen Deutschtums mehr denn je gefährdet.

Die Zahl der heute noch in Rumänien lebenden Volksdeutschen ist verhältnismäßig genau zu bestimmen. Am 25. Januar 1948 und am 21. Februar 1956 fanden in der Rumänischen Volksrepublik allgemeine Volkszählungen statt, deren veröffentlichte Ergebnisse auch die Nationalitätenverhältnisse berücksichtigten. ...

In der Zählung von 1948 gaben in Rumänien 343.913 Personen – 2,2 % der gezählten Ge-

samtbevölkerung von 15,9 Millionen - Deutsch als ihre Muttersprache an. ...<<

WBZ: Dr. Kurt Schumacher (1895-1952, von 1946-52 SPD-Vorsitzender) erklärt am 25. Januar 1948 in Düsseldorf (x112/442): >>... Die Partei wird weiterhin Berlin als die natürliche Hauptstadt Deutschlands verlangen, und dies bedeutet das Verlangen nach Ostdeutschland.<<

26.01.1948

USA: Die "United-Press" berichtet am 26. Januar 1948 über den "Palästina-Krieg" (x043/-340): >>Nach 8 Wochen Krieg zwischen Juden und Arabern in Palästina beträgt die Gesamtzahl der Toten 1.160 und die der Verwundeten 2.040 Personen. ...

Seit Beginn der Kämpfe, Anfang Dezember, (wurden) 721 Araber, 408 Juden, 19 weitere Zivilisten und 12 britische Polizisten getötet. ...<<

29.01.1948

Luxemburg: Während einer Tagung der Europäischen Union christlicher Demokraten erklärt der CDU-Politiker Adenauer am 29. Januar 1948 (x112/444): >>Ich fühle mich heute in erster Linie als Europäer und erst in zweiter Linie als Deutscher. ...<<

30.01.1948

UdSSR: Zwangsarbeitslager im Bezirk Tscheljabinsk – Erlebnisbericht der Gerlinde W. (x002/21): >>Den Winter 1947/48 ... verbrachte ich auf der Kolchose Tomino und draußen im Wald bei schwerer Holzarbeit, starker Kälte und mehr als kniehohem Schnee.

Mit Ochsenschlitten fuhr man in den Wald. Der großen Kälte wegen mußten wir jedoch zu Fuß laufen, um nicht mit erfrorenen Gliedern in die Baracke zu kommen. Müde und erschöpft fiel man abends auf seine Pritsche.<<

Indien: Mahatma Gandhi (1869-1948, Führer einer indischen Unabhängigkeitsbewegung, kämpft seit dem Ersten Weltkrieg für die Unabhängigkeit Indiens, tritt für die Methode des gewaltlosen Widerstands ein) wird am 30. Januar 1948 während einer Abendandacht durch einen Hindu-Nationalisten erschossen (x175/439).

31.01.1948

SBZ/Ostpreußen: Kreis Gumbinnen – Erlebnisbericht des Ernst W. (x002/153): >>Nach meiner bisherigen Tätigkeit (Messerschleifer für Mähmaschinen) wurde ich Wachposten an den Kartoffelmieten. ...

Mein neuer Dienst begann bei Eintritt der Dunkelheit und endete mit Anbruch des neuen Tages. Der Unterstand aus großen Wellblechtafeln, den ich mit Stroh verkleidet hatte, befand sich auf einer Anhöhe am Waldrand. Es war eine gefährliche Ecke, denn in diesem Waldabschnitt trieb ein Rudel Wildschweine ihr Unwesen. Solange das milde Wetter noch anhielt, ließ sich der Dienst auf dem einsamen Posten ertragen; als dann aber die Kälte und Schneetreiben einsetzten, war ein längerer Aufenthalt im Freien ohne Pelz und Filzstiefel unmöglich. Meine Fußbekleidung bestand aus gewöhnlichen Holzschuhen, in die der Schnee ungehindert eindringen konnte. So war ich gezwungen, ab und zu vorübergehend Unterschlupf in einem ein Kilometer entfernten Pferdestall zu suchen.

Diesen Nachtdienst leistete ich bis Ende Januar 1948 und erkrankte dann an Erkältung mit hohem Fieber, so daß ich eine Woche lang das Bett hüten mußte. Einen Arzt und Medikamente konnte man nicht bekommen. In dieser Zeit wurde ein Zivilrusse als Wachposten eingesetzt.<<

01.02.1948

SBZ/Ostpreußen: Stadt Gumbinnen in Ostpreußen – Erlebnisbericht des B. L. (x002/148): >>Als Anfang 1948 immer mehr Zivilrussen zuzogen, wurde ich nicht mehr gebraucht. Ich ging dann nach Litauen.

Und wie hat sich unser Leben bis dahin gestaltet? In kurzer Zeit wurden wir gezwungen, uns völlig umzustellen. Was uns früher unmöglich gewesen wäre, jetzt ging es. Der Fußboden war unser Bett, ein Mantel oder eine alte Decke unser Deckbett. Unsere Wäsche, unsere Kleider

waren zerrissen, unsere Schuhe gingen auseinander. Zum Waschen und Rasieren fehlte uns die Seife. Die Haare beschnitten wir uns gegenseitig. Läuse, Wanzen und besonders Flöhe waren ständig mit uns und um uns. Mit allen Mitteln versuchten wir, uns selbst und, wenn es möglich war, auch unsere Unterkünfte sauber zu halten. Die aufdringlichen Gäste fanden sich immer wieder ein.
Wir besuchten uns gegenseitig, um uns auszusprechen und besonders um Pläne zu schmieden, wie man fortkommen konnte. Wir wollten unser Leben ja nicht beim Russen beschließen. Wir nahmen an Gebetsstunden teil, die in größeren Wohnungen abgehalten wurden. In unseren Gesprächen bei unserer Arbeit mußten wir vorsichtig sein, man konnte zu leicht auffallen. Dann waren wir bei Tag und Nacht nicht sicher. Die NKWD konnte jeden zum Verhör oder zur Untersuchung holen: "Du Spion, du Faschist?" ...
Einige sind (von diesem Verhör) nicht wiedergekommen. ...<<
Jugoslawien: Sammellager Karlsdorf im Banat – Erlebnisbericht der Wilhelmine K. (x006/-605-606): >>Am 1.2.48 wurden wir aus dem Zwangslager entlassen.
Der Oberkommandant des Lagers Neusatz, Vid Dodig, hielt sogar eine Ansprache. Dann begann für mich und viele andere Lagerinsassen eine 3jährige Internierung mit Pflichtarbeit. Ich wurde mit einem großen Transport in einem Viehwaggon nach dem Staatsgut Belje gebracht. ... Dort bekam ich Arbeit in einer großen Gemüsegärtnerei.<<
UdSSR: Geflohene Ostpreußen in Litauen – Erlebnisbericht der Johanna M. (x002/164): >>Mein Sohn fand ... bei einem litauischen Bauern eine Arbeit. Der Bauer war sehr gut zu ihm. Er hat ihn ... dauernd vor der Polizei versteckt.
1948 wurde es dann besser. ... Ich bekam ebenfalls eine Arbeit. Wir durften etwas später auch schon nach Deutschland schreiben und unsere Angehörigen suchen lassen. Wir bekamen eine Unterkunft in einem Haus, aus dem man eine litauische Familie nach Sibirien verschleppt hatte.
Hier blieben wir bis zu unserer Abreise am 4. Mai 1951.<<

02.02.1948

Jugoslawien: Arbeitsvertrag vom 2. Februar 1948 zwischen dem "Bergwerk Radljevo" und einem Volksdeutschen (x006/263E-264E): >>Vertrag über die Arbeit und die Arbeitsbeziehungen zwischen dem Bergwerk und J. B. ... 7. Die normale Arbeitszeit für J. B. beträgt 8 Stunden täglich, mit der Maßgabe, daß nach Bedarf Überstunden angeordnet werden können zu den gleichen Bedingungen wie auch bei den übrigen Arbeitern.
8. Dieser Vertrag wird auf 3 Jahre abgeschlossen. ... 10. Dem freigelassenen J. B. wird in gewissem Maße die Bewegungsfreiheit eingeschränkt, bzw. er kann sich nicht außerhalb des Geländes des Bergwerkes ohne vorherige schriftliche Genehmigung der Bergwerksdirektion begeben. ...<<
USA: Das "Time-Magazine" kommentiert am 2. Februar 1948 Stalins Beziehungen zu Hitler (x043/341): >>... Letzte Woche veröffentlichte das US-Außenministerium (State Department) erstmals ... 357 Seiten erbeuteter deutscher Dokumente über Stalins Beziehung zu Hitler. ... Im August 1939, nach der Unterschrift des Nichtangriffspakts, der Hitler für den Angriff im Westen freimachte, brachte Stalin auf Hitler folgenden Toast aus: "Ich weiß, wie sehr das deutsche Volk seinen Führer liebt; deshalb möchte ich auf seine Gesundheit trinken."
Am 18. Juni 1940, nach dem Fall Hollands, Belgiens und Frankreichs, berichtet der deutsche Botschafter in Moskau: "Molotow ... brachte die herzlichsten Glückwünsche zu dem großartigen Erfolg der deutschen Streitkräfte zum Ausdruck."
Im November 1940 kam es zu den schicksalhaften Meinungsverschiedenheiten über die Kriegsbeute.
Das State Department verbreitet zur Zeit über alle Sender der "Stimme Amerikas" die Dokumente über den Pakt. Natürlich ist das Propaganda, aber eine Propaganda, die auf lauterer

Wahrheit basiert.<<

04.02.1948

CSR: In der tschechoslowakischen Kriegsgefangenschaft werden am 4. Februar 1948 noch 6.350 Deutsche festgehalten (x112/447).

In der Tschechoslowakei wurden nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges ca. 25.000 deutsche Kriegsgefangene als Zwangsarbeiter festgehalten, die man größtenteils im Bergbau einsetzte. Etwa 25 % überlebten diese Gefangenschaft nicht (x151/7).

05.02.1948

SBZ: Vertriebene Ungarn-Deutsche im Landkreis Chemnitz/Sachsen – Erlebnisbericht der Franciska H. (x008/134-135): >>In der russischen Zone ging es uns nicht sehr gut, darum entschloß ich mich, mit meiner Mutter wieder nach Hause zu gehen.

Im Februar 1948 ließen wir unsere wenigen Habseligkeiten in Siegmar-Schönau zurück und gingen fort. Wir kamen in Österreich an und wollten weiter nach Ungarn. 8 km vor der ungarischen Grenze wurden wir von Einheimischen gewarnt, daß wir nicht in unser Unglück gehen sollten. Die Ungarn würden jeden erwischten Grenzgänger sofort einsperren und wieder abschieben. ...

So blieben wir in Österreich.<<

06.02.1948

SBZ: Auf dem jüdischen Friedhof in Leipzig werden am 6. Februar 1948 Grabsteine umgeworfen und zerstört.

WBZ: Die britische und die US-Militärregierung veröffentlichen am 6. Februar 1948 die Proklamation Nr. 8 über die Einführung eines Obergerichtes (x112/448): >>Es wird hiermit ein Obergericht für das Vereinigte Wirtschaftsgebiet mit Sitz in Köln errichtet. ...

Der Präsident, der Vizepräsident, die Obergerichtsräte sowie der Generalanwalt und die stellvertretenden Generalanwälte werden von den Militärgouverneuren der amerikanischen und britischen Zone ernannt. ...

Das Obergericht ist für die Verhandlung und Entscheidung der folgenden Rechtsstreitigkeiten in erster Instanz ausschließlich zuständig:

1. Streitigkeiten zwischen der Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes und einem Lande oder zwischen zwei oder mehreren Ländern, wenn es sich um die Anwendung und Auslegung von Gesetzen der Verwaltung des vereinigten Wirtschaftsgebietes oder die Gültigkeit, die Anwendung oder Auslegung von dazu ergangenen Ausführungsbestimmungen, einschließlich der dazu von einem der Länder erlassenen Ausführungsbestimmungen handelt.
2. Klagen der Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes gegen ein Land, die sich darauf stützen, daß die Gesetzgebung eines Landes oder die dazu ergangenen Ausführungsbestimmungen mit einem Gesetz der Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes oder der dazu ergangenen Ausführungsbestimmungen unvereinbar sind oder daß sie im Hinblick auf die der Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes zustehenden Befugnisse die Zuständigkeit der Länder überschreiten.<<

Generalfeldmarschall List erklärt am 6. Februar 1948 vor dem Nürnberger Militärgerichtshof (x112/448): >>Wir dienten nicht der Partei. Wir taten unsere soldatische Pflicht für unser Vaterland, für Deutschland, so, wie wir sie Jahrzehnte hindurch getan hatten ...

Wir haben den Krieg nicht gewollt, wir haben die Kämpfe ... (während des Balkanfeldzuges) und ihre Folgeerscheinungen nicht ausgelöst. Sie wurden uns aufgezwungen. Wir handelten ... zum Schutze der uns anvertrauten Soldaten, zum Schutze der ganzen deutschen Kampffront. ...<<

09.02.1948

WBZ: Landesbischof Theophil Wurm (Vorsitzender der Evangelischen Kirche Deutschlands) kritisiert am 9. Februar 1948 die "Rechtsprechung" der Siegermächte (x112/450): >>... Auf

internationalem Boden kann man nicht Verbrechen, die von Deutschen begangen sind, verurteilen und im Namen derselben Gerechtigkeit über andere Verbrechen und Verbrechen ähnlicher Art schweigen.<<

Walter Müller-Bringmann berichtet am 9. Februar 1948 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/72-73): >>9. Februar 1948. Zwischen die Menschen, die aus wirklicher Not ... über die Zonengrenze in Richtung West und Ost getrieben werden, haben sich solche eingeschlichen, die mit der Not Geschäfte machen. Schwarzhändler, Schieber, Nachkriegsgewinnler. ...

Schwarzhändler haben hier in der Nähe von Friedland ihre großen Umschlagstationen. Hierher fließen Strümpfe und Textilwaren aus Sachsen und Thüringen und gehen umgekehrt Lebensmittel und Eisenwaren in die sowjetische Besatzungszone. Hier werden die gewinnbringenden Geschäfte abgeschlossen, die Grenzgänger entlohnt, neue Ware bestellt, ein alter Posten abgeschoben und Geld – Geld wird gezählt. Bündelweise. ...

Es wird von der Polizei berichtet, daß die Schieber unter sich einen richtigen Nachrichtenapparat aufgezogen haben. Man will sicher gehen, kundschaftet vorher die Streifen der Polizei aus, läßt sog. "blinde Trupps" irgendwo mit viel Lärm die Grenze passieren, um dafür geruhsam an einer anderen Stelle unbeobachtet die Waren hin- oder herüberbringen zu können

Es sind entsetzliche Zustände. Nur wer schiebt oder irgendwas "zu bieten" hat, kann noch einigermaßen leben. Alle anderen - und das ist die überwiegende Mehrzahl - darben und hungern. ...<<

10.02.1948

Jugoslawien: Internierungslager Rudolfsgnad – Erlebnisbericht des Pfarrers Kornelius W. (x006/394): >>Als die Tito-Lager (wohl auf ausländischen Druck hin) im Februar 1948 aufgelöst wurden, hat man diejenigen unserer Volksgenossen, die aller Lagertorturen zum Trotz noch voll einsatzfähig waren, in den staatlichen Arbeitsprozeß eingebaut.

Die meisten von ihnen kamen auf Staatsgüter und mußten hier hinfort als bezahlte Arbeitssklaven ihr schweres Los weiter tragen. So manchem erging es hier schlechter als einst im Lager! Viele Tausende aber waren alt geworden, müde und matt und konnten ihr Brot nicht mehr verdienen. Diese tat man in sog. Altersheime.

Wir Pfarrer befanden uns zur Zeit der Lagerauflösung wieder einmal in Knicanin (Rudolfsgnad). Als auch dieses Lager aufgelöst wurde, schob man uns ins Zentrallager Neusatz ab. Wir hofften, daß man nun auch uns freiließe. Aber weit gefehlt, es kam ganz anders. Als auch die letzten Menschen aus dem Zentrallager entlassen und auch die ehemaligen österreichischen Staatsbürger nach Österreich abgeschoben waren, blieben wir Pfarrer allein zurück.<<

11.02.1948

SBZ: Ein britischer Militärzug wird am 11. Februar 1948 an der Zonengrenze daran gehindert, nach Berlin zu fahren. Danach beginnen vielerorts sowjetische Schikanen.

WBZ: Der Bremer Senator Gustav W. Harmssen veröffentlicht am 11. Februar 1948 eine Denkschrift über die geleisteten Reparationen und beziffert die bisherigen Leistungen zugunsten der Alliierten mit 177,75 Milliarden RM (x112/451).

USA: Die US-Zeitschrift "LIFE" schreibt am 11. Februar 1948, daß der tatsächliche Reparationspreis des Krieges nicht die maschinelle Ausplünderung Deutschlands war, sondern das deutsche Hirn und die deutsche Forschung.

Die deutsche Journalistin Eva Schweitzer berichtet später über die "Anwerbung von deutschen Wissenschaftlern" (x310/315-316): >>Das streng geheime Rekrutierungsprogramm wurde von der Joint Intelligence Objective Agency (JIOA) betrieben, die William Henry Whalen unterstand.

Im September 1945 wurde die erste Gruppe von sieben Wissenschaftlern eingeflogen, darunter Wernher von Braun. Insgesamt kamen 127 Raketenforscher aus Peenemünde ...

Insgesamt brachte die "Operation Paperclip" so Linda Hunt, um die 1.600 Wissenschaftler und Spezialisten in die USA, die für die Regierung, die U.S. Army oder die NASA arbeiteten, dabei auch am Mondlandungsprogramm. Darüber hinaus kamen Hunderte von Wissenschaftlern, die bei CIA-Tarnorganisationen, Universitäten, oder Rüstungsfirmen angestellt wurden, darunter Lockheed, Martin Marietta und North American Aviation.
Die JIOA hatte immer behauptet, die Operation habe 1947 geendet, aber tatsächlich wurde sie 1948 noch ausgeweitet, erreichte ihren Höhepunkt 1956 und endete erst 1973. Die USA befanden sich dabei in einem Wettlauf mit den Sowjets, die ebenfalls nach Nazi-Wissenschaftlern und Spionen in den von ihnen besetzten Gebieten suchten. ...<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtet später (im Jahre 2022) im COMPACT-Spezial Nr. 36 über den US-Raubzug im Deutschen Reich (x373/25-27): >>**Der größte Raub aller Zeiten**
_ von *Stephanie Eckhardt*
Die USA stahlen nach Kriegsende hunderttausende deutsche Patente, ohne die ihr Aufstieg zur Weltmacht kaum möglich gewesen wäre - und entführten unsere besten Erfinder. Besonders einer von ihnen schrieb amerikanische Geschichte.
Wissenschaftliche Höchstleistungen und technische Erfindungen, die die Welt veränderten: Um das Genie der Deutschen wußten auch die Amerikaner und landeten 1945 einen der größten Coups ihrer Geschichte, indem sie geistiges Eigentum aus dem Land der Dichter und Denker raubten.
Das Deutsche Reich war in Wissenschaft und Technik allen anderen Nationen haushoch überlegen, mit 47 Nobelpreisen zwischen 1900 und 1945, die meisten in Physik, Chemie und Medizin (darunter Max Planck, Werner Heisenberg, Robert Koch und Wilhelm Conrad Röntgen) sowie einer unglaublichen Fülle an neuartigen Forschungen und industriellen Verfahrensweisen.
Bei Nacht und Nebel
Dezember 1943: In der Dunkelheit und bei Schneeregen halfen Wehrmachtssoldaten dem Reichspatentamt, geheime Akten im hessischen Heringen zu verstecken. Sie lagerten die Dokumente in dem über 500 Meter tiefen Schacht eines Salzbergwerks ein und türmten zahlreiche Kanister mit Chemikalien darüber. Mindestens 250.000, wenn nicht 320.000 Erfindungen umfaßte dieser Schatz, weitere 180.000 Dokumente verbrachten die Männer nach Niederschlesien, ins Kloster von Striegau und in die Stadt Jauer.
April 1945: Tausende amerikanische Soldaten und US-Spezialisten durchforsteten deutsche Betriebe nach Maschinen und technischen Erfindungen und beschlagnahmten in Heringen die Schätze. Eine US-Mannschaft nahm die Patente sicherheitshalber auf Mikrofilm auf: Das Papier hätte sich auflösen können, und es waren hunderttausende Seiten, die nicht so schnell transportiert werden konnten.
Danach verluden sie die Akten in Güterwaggons und verschifften diese weiter nach Amerika, dazu kamen über 145.000 noch nicht vollständig bearbeitete Patentakten aus der Berliner Zentralbehörde. Menschenraub inklusive: Die Amerikaner nahmen tausende deutsche Techniker und Wissenschaftler mit über den Großen Teich: zur Bedienung der drüben meist unbekannten Maschinen und zur Umsetzung ihrer Forschungsarbeit.
Dieser Raubzug umfaßte auch militärische Entwicklungen der Deutschen wie Nuklearwaffen, Raketen, Düsenjets oder U-Boote. Gipfel der Dreistigkeit: US-Präsident Truman schmückte sich mit fremden Federn: "Wir haben die Atombombe erfunden", log er in einer Fernsehansage nach dem Nukleareinsatz von Hiroshima und Nagasaki - und verschwieg die Grundlagenarbeiten von Otto Hahn. Der Nobelpreisträger des Jahres 1944 wurde "Vater der Kernchemie" genannt und ist einer der bedeutendsten Wissenschaftler des 20. Jahrhunderts.
Fette Beute

Die US-Räuber durchstöberten hunderttausende wertvolle Geheimdokumente, hier einige Beispiele:
Vakuum-Röhren aus sogenanntem schwerem Porzellan, anders als die Ami-Funzeln unzerstörbar und tausend Watt stark.
Bänder aus Kunststoff und mit Eisenoxyd metallisiert, die in Deutschland Magnetofon bereits die Schallplatten verdrängt hatten.
Infrarotsichtgeräte, mit denen Autos in der Dunkelheit mit jeder Geschwindigkeit fahren konnten. Sie erkannten auf zweihundert Meter jedes Hindernis, Panzer konnten weit entfernte Ziele ausmachen, Scharfschützen in absoluter Dunkelheit zielen.
Modernste elektrische Kondensatoren, millionenfach benötigt von der Radar- und Radio-Industrie: Die Deutschen hatten sie aus Papier mit vaporisiertem Zink überzogen hergestellt, damit waren sie 40 Prozent kleiner und 20 Prozent billiger als die der Konkurrenz sowie nahezu unverwüstlich. Ging einer kaputt, vaporisierte der Überzug und das Papier isolierte - so brachte sich der Kondensator von selbst wieder in Ordnung und arbeitete auch bei Störungen mit 50 Prozent höherer Voltzahl als alle anderen Geräte auf dem Weltmarkt. Den amerikanischen Fachleuten kam allein diese deutsche Erfindung vor wie Magie.
Eine lange Reihe chemischer Verfahren zur Herstellung von synthetischem Treibstoff, Gummi, Textilien und Kunstleder oder auch ein revolutionäres Verfahren zur Metallverarbeitung, der sogenannte Kalt-Ausstoß-Prozeß, verwendet beispielsweise für Radiorahmen. Die Amerikaner mußten diese bislang in mehreren Arbeitsgängen mit einer Schneidemaschine herstellen, Löcher stanzen und anpassen, während die Deutschen auf einer einzigen Presse die Herstellungszeit tausendfach verkürzten. Allein dieses kleine Verfahrensgeheimnis revolutionierte die metallverarbeitenden Industrien der USA.
Eine Vielzahl von Präzisionsgeräten und Patenten in den Segmenten Chemie, Physik und Elektronik trieben den Amis Dollarzeichen in die Augen wie bei Dagobert Duck - nie zuvor und danach sahen sie eine solche Sammlung geheimer Herstellungsanleitungen für flüssige und feste Brennstoffe, Metallurgie, Chemikalien, Kunststoffe und Farben.
Nicht weniger revolutionär waren die Funde im Bereich Medizin und Nahrungsmittel. So hatten die Deutschen bereits eine fortgeschrittene Konservierungs- und Gefriertechnik für die Versorgung ihrer Mannschaften in den U-Booten entwickelt, die der Lebensmittelindustrie Billionen Umsatz bringen sollte. Auch die Geheimnisse deutscher Pharmakologen und Mediziner zur Herstellung von synthetischem Blut-Plasma und neuer Medikamente nahmen die US-Räuber mit.
Amerikanische Geschäftsleute stürzten sich auf die Patente wie die Geier, nachdem sie von Präsident Truman der Öffentlichkeit preisgegeben wurden. So bekam die Bendix Corporation in Indiana den automatischen Schallplattenwechsler, Pillsbury riß alles über deutsche Mehl- und Brotherstellung an sich, die Kendall Manufacturing Company war scharf auf unsere Insektizide, und eine Pioneer Hi-Bred Corn Company aus Iowa wollte alles, was Forscher der landwirtschaftlichen Hochschule in Hohenheim herausgefunden hatten. Die Pacific Mills verlangten das Produkt der IG-Farben, mit dem Kunstseide wasserdicht und knitterfest gemacht werden kann, und die Polaroid Company übernahm die Erfindungen von Zeiss. Fazit: Die deutschen Erfindungen brachten US-Fabrikanten unermeßliche Profite. Dagegen läßt sich der riesige Schaden für Deutschland bis heute nicht mehr beziffern.

Der Mond ist ein Deutscher

Am brennendsten interessierten sich Trumans Diebe jedoch für die deutsche Luftfahrt- und Raketentechnik, vor allem deren Leiter Wernher von Braun. "Die V2-Rakete, mit der London bombardiert wurde", so eine Veröffentlichung der Army Air Force, "war nur ein Spielzeug verglichen mit dem, was die Deutschen noch in der Hinterhand hatten".
Bei Kriegsende hatten Deutschland 138 Raketen-Typen im Entwicklungs- und Herstellungs-

stadium. Wernher von Brauns A-4-Geschoß, das zur Massenproduktion kommen sollte, war 14 Meter lang, wog über zwölf Tonnen, stieg auf 100 Kilometer Höhe und erreichte eine Höchstgeschwindigkeit von über 5.000 Kilometern pro Stunde. Sein Geheimnis war ein Triebwerk auf Basis von flüssigem Sauerstoff. Ein Fernbomber also, der binnen 40 Minuten von Deutschland nach New York geflogen wäre - und künftig der Air Force Angriffe auf Moskau ermöglichen sollte.
Mai 1945: Die deutschen Experten wurden in Garmisch-Partenkirchen von den Amerikanern verhört - dabei interessierten diese sich ausschließlich für Raketentechnik, nicht für deren NS-Vergangenheit. Wernher von Braun selbst kam jedoch nicht nach Oberbayern und wurde statt dessen im Juni 1945 ins nordhessische Witzenhausen gebracht, wohin die Amerikaner auch die Raketeningenieure aus Thüringen holten, bevor dieser Gau, wie in der Konferenz von Jalta vereinbart, der sowjetischen Besatzungszone zufiel.
Von Braun blieb mit Walter Dornberger und weiteren Ingenieuren unter strenger Bewachung, bis alle zusammen von den Yankees im September 1945 in die USA geflogen wurden (bekannt als Operation Overcast).
In Texas standen sie unter Aufsicht der US Army. Bis Anfang 1946 wurden über hundert weitere Raketentechniker eingeflogen, um den Amis ihr Wissen zu vermitteln. Als Wernher von Braun 1947 seine Familie in Deutschland besuchen und dort seine Verlobte heiraten wollte, stand er die ganze Zeit unter militärischer Bewachung. Im März 1947 heiratete er in seiner Heimat, doch anschließend mußten er und seine Ehefrau zurück über den Großen Teich.
Von Braun blieb in Amerika, es gab kein Zurück mehr. Er brachte die amerikanische Raumfahrt und Raketentechnik mächtig nach vorn, war 1953 für mehr als 1.000 Mitarbeiter verantwortlich und erhielt 1955 die amerikanische Staatsbürgerschaft. Er entwickelte weitere Raketen wie die Mittelstreckenrakete Jupiter mit präzisionsgelenkter Munition und einer auf 2.410 km vergrößerten Reichweite.
Im Juli 1958 wurde die Luft- und Raumfahrtbehörde NASA gegründet, die von Braun und seine Mannschaft leiteten - sie ermöglichten den USA erstmals den Flug eines Astronauten in den Weltraum. Wernher von Braun überzeugte US-Präsident John F. Kennedy, auf eine Mondlandung hinzuarbeiten, und baute ihm mit der Saturn V die Trägerrakete dafür. Im Juli 1969 flogen mit der Mission Apollo 11 die ersten Menschen zum Mond. "Der Mond ist ein Ami", titelte *Bild* damals. Es ist jedoch ein Deutscher!

Unsere Genies

Aus der gigantischen Fülle deutscher Erfindungen im Folgenden einige Glanzpunkte: der Buchdruck von Johannes Gutenberg, das Gleitflugzeug von Otto Lilienthal und das Düsentriebwerk für Flugzeuge von Hans von Ohain, der Hubschrauber von Henrich Focke, Auto und Motorrad von Carl Friedrich Benz und Gottlieb Daimler, der Dieselmotor von Rudolf Diesel und der Ottomotor von Nicolaus August Otto mit Zündkerzen von Robert Bosch, die Elektronik von Werner von Siemens, der Computer von Konrad Zuse, die Kamera von Oskar Barnack, die Kernspaltung von Otto Hahn, Raumfahrttechnik und Raketen von Wernher von Braun, der Fernseher von Manfred von Ardenne, Röntgenstrahlen von Wilhelm Conrad Röntgen, Justus Liebigs Erfindungen gegen den Welthunger wie Backpulver, Lebensmittelextrakte und Mineraldünger, das Telefon von Johann Philipp Reis, die Glühbirne von Heinrich Göbel, das Tonband von Fritz Pfleumer, der Elektromotor von Hermann Jacobi - um die Wichtigsten zu nennen.<<

12.02.1948

SBZ: Die Länder- und Kommunalverwaltungen der SBZ werden auch de jure (von Rechts wegen) zu bloßen Ausführungsorganen des Zentralapparates degradiert. Am 12.02.1948 wird der DWK das Recht eingeräumt (x009/358): >>... gemäß von der SMAD festgelegten Ordnung, Verfügungen und Instruktionen zu beschließen und zu erlassen, die für alle deutschen

Organe auf dem Gebiet der sowjetischen Besatzungszone obligatorisch sind, und ihre Erfüllung zu überprüfen.<<
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die Deutsche Wirtschaftskommission (x009/104): >>Erst durch SMAD-Befehl Nr. 32 vom 12.2.1948 wurden die Zuständigkeiten erweitert, "um die deutschen demokratischen Organe zu einer aktiven Teilnahme am Wiederaufbau und an der Entwicklung der Friedenswirtschaft in der sowjetischen Besatzungszone heranzuziehen".
... Das Sekretariat der DWK wurde zum Vollzugsorgan erklärt. Die SMAD verfügte, daß Entscheidungen der Plenarsitzungen und des Sekretariats der DWK als für die SBZ verpflichtende Verordnungen, Anweisungen des Vorsitzenden der DWK und seiner Stellvertreter als für den Apparat der DWK verpflichtende Anordnungen zu gelten hatten.
Die Hauptaufgabe der DWK war zunächst die Sicherstellung der Reparationen aus der laufenden Produktion. Ausdrücklich wurde im Befehl 32 betont: "Die Wirtschaftskommission wird ihre Tätigkeit unter der Kontrolle der SMAD ausüben." ...
Das Sekretariat der DWK war nicht nur praktisch, sondern auch formell (auf Grund der ihm zugebilligten Vollmachten) die erste Regierung der SBZ.<<
Die "Neue Zeitung" veröffentlicht am 12. Februar 1948 einen Artikel des Politologen Eugen Kogon über "Die Rolle des Publizisten" (x115/276): >>Was haben wir als politische Publizisten konkret zu tun?
Die Wirklichkeit zu beobachten und darzustellen, die Entwicklungstendenzen aufzuzeigen, die Richtung durch unser Wort mitzubestimmen – ein Wort, das dem Verstand sowohl wie dem Herzen gilt. ...
Es ist ein begrenzter Beitrag, freilich ein wichtiger; denn er klärt, er ordnet, er säubert das öffentliche Bewußtsein, er bringt es in Verbindung mit den Erkenntnissen der Wissenschaft, er steht für die großen Überlieferungen, die es wert sind, weiterzuwirken, er hilft mit, die moralischen Kräfte zu wecken, er zeigt die zumutbaren Ziele auf. ...
Die Verantwortung ist ungeheuerlich. ... Wieder befinden wir uns mitten in einem großen Abenteuer der europäischen Geschichte, die wahrlich an Totalkrisen nicht arm ist, und wieder geht es ums Ganze, diesmal in einem noch umfassenderen Sinn als je. ...<<

13.02.1948

WBZ: Die "Hamburger Volkszeitung" (KPD) wird am 13. Februar 1948 wegen "Verfälschung von Agenturmeldungen" von der britischen Militärregierung verboten.
Die evangelische Kirche der britischen Zone fordert am 13. Februar 1948 eine Amnestie für politische Straftaten (x112/453): >>... Nur diejenigen, die persönliche Schuld auf sich geladen haben, dürfen bestraft werden.
Es ist weder Recht noch christlich, daß Deutsche einander klassifizieren und über des anderen politische Gesinnung richten.<<
Die Stuttgarter "Wirtschafts-Zeitung" berichtet am 13. Februar 1948 über das Leseverhalten der Deutschen (x112/453): >>Im Antiquariat sind fast alle Klassiker zu haben ... Viel angeboten werden historische Bücher über Friedrich den Großen und aus der Wilhelminischen Zeit. Doch hat die starke Propaganda der letzten 2 Jahre bewirkt, daß sie nicht "gehen". Ähnliches gilt von leichten Unterhaltungsromanen früherer Jahre, die selbst von den einfachen Lesern abgelehnt werden, obwohl unter den Neuerscheinungen für ihren Bedarf überhaupt nicht gesorgt ist.
Antiquarisch besonders gesucht sind Autoren wie Hermann Hesse, Wiechert, Edschmid und alle modernen amerikanischen und englischen Romane. ...
Französische Romane sind weniger gefragt, werden auch in der Neuproduktion weniger oft übersetzt.
Die Einnahme Berlins und einiges, was auf sie folgte, scheint manchen Berlinern soviel von

ihrer Objektivität geraubt zu haben, daß Dostojewski, Tolstoi, Gogol von Leserschichten abgelehnt werden, die früher für russische Autoren Verständnis, wenn nicht gar eine Vorliebe gehabt haben.
Genauso unverkäuflich wie zur Nazizeit bleibt in Bahnhofskiosken sowie in den Buchläden die Flut der politischen und weltanschaulichen Broschüren, obwohl sie heute unter umgekehrten Vorzeichen stehen ... Das Publikum ist "escapist" (realitätsfern); es will nichts über die 12 Jahre lesen, aber auch nicht an die heutige Lage erinnert werden. Deshalb sind Gefängnismemoiren und KZ-Bücher mit einigen Ausnahmen (wie Isa Vermehren und Eugen Kogon) geradezu unverkäuflich. ...<<

15.02.1948

Ostdeutschland: Kreis Hohensalza in Posen – Erlebnisbericht des Schmiedemeisters Hermann K. (x002/543): >>Die Sehnsucht zehrte an den Menschen. Jeder wollte seine Angehörigen wiedersehen. Mir ging es auch so. Ich ging zum Wojt (Landrat) und fragte ihn. Ich bekam immer wieder die Antwort: "Gedulden Sie sich, bald kommen Sie auch dran. ... Noch sind Sie für uns unentbehrlich." Mit "diesem Trost" mußte ich mich begnügen.
Es kam das Jahr 1948, und das Leben ging weiter. ... Es war gerade Dreschzeit als mich der Wojt während der Arbeit ansprach. Ich hatte meinen Dreschsatz in bester Ordnung, er arbeitete vorzüglich, meine Lokomotive blitzte vor Sauberkeit. Ich bekam ein großes Lob. Das nützte mir aber wenig, deshalb nutzte ich gleich die Gelegenheit aus, um den Landrat um meine Ausweisung zu bitten. Er sprach mir auch gut zu und ich wartete weiter.
Als ich die Drescharbeiten in meinem Bezirk abgeschlossen hatte, sollte ich in anderen Kreisen dreschen. Dies lehnte ich jedoch entschieden ab, denn ich wußte, falls es dort bei den Drescharbeiten Schwierigkeiten gab, würde man mich als Saboteur bezeichnen.<<

19.02.1948

Berlin: Im französischen Sektor verbietet der Militärgouverneur am 19. Februar 1948 die Zeitungen "Vorwärts", "Neues Deutschland" und "Berliner Zeitung" wegen Beleidigung der Besatzungsmacht.

WBZ: Der Nürnberger Militärgerichtshof verurteilt am 19. Februar 1948 folgende Wehrmachtsoffiziere (x112/457): >>... Feldmarschall Wilhelm List und General Walter Kuntze (erhalten eine) ... lebenslängliche Zuchthausstrafe (Fall VII).
Die Generale Lothar Rendulic und Wilhelm Speidel erhalten 20 Jahre, Helmuth Felmy 15 Jahre, Hubert Lanz 12 Jahre, Ernst von Leyser 10 Jahre und Ernst Dehner 7 Jahre Zuchthaus.
Die Generale Curt von Geitner und Hermann Foertsch werden freigesprochen.
Feldmarschall Maximilian von Weichs wird wegen lebensgefährlicher Erkrankung von der Verhandlung freigestellt.<<

Strafen nur für die Verlierer

Im Verlauf der Nürnberger Kriegsverbrecherprozesse wurden lediglich die zahllosen Verbrechen der Verlierer geahndet. Die Kriegsverbrechen der Siegermächte ahndete man fast nie. In der offiziellen sowjetischen Geschichtsschreibung und im öffentlichen Leben der UdSSR existieren bis heute keine Massenverbrechen der Roten Armee.
Das unvorstellbare Ausmaß und die gesellschaftspolitischen Folgen der unfaßbaren Gewalttaten, die sich während der angeblichen "sowjetischen Befreiungsmission" ereigneten, wurden nach dem Krieg zum brisanten Tabuthema erklärt. Auch die unfaßbaren Notzuchtverbrechen der osteuropäischen "Befreier" blieben ungesühnt, weil ungezählte Opfer schwiegen und die deutschen Bundesregierungen nicht den erforderlichen Mut besaßen, die an den Ost-, Mittel- und Volksdeutschen verübten Massenverbrechen juristisch zu verfolgen. In der späteren DDR durften die Befreier selbstverständlich keine Vergewaltiger sein, denn es paßte natürlich nicht zur kommunistischen Ideologie.
Die Regierungen der UdSSR leugneten jahrzehntelang alle Kriegsverbrechen und gaben nie

öffentliche oder offizielle Entschuldigungen ab. Die sog. Befreiungs- und Nachkriegskatastrophen der Deutschen wurden bis zum heutigen Tag von allen deutschen Bundesregierungen tabuisiert und feige verdrängt, um die vermeintlich guten diplomatischen Beziehungen mit den osteuropäischen Staaten nicht zu stören oder zu gefährden.

Die ungesühnten Massenverbrechen der sowjetischen "Befreier"

Während die Siegermächte nach dem Kriegsende viele deutsche Wehrmachtsoffiziere zu langen Haftstrafen oder zum Tod verurteilten, blieben z.B. sämtliche verantwortlichen Armeeführer der sowjetischen "Befreiungstruppen" unbehelligt.

Diese sowjetischen Armeeführer wurden damals mit den höchsten Militärorden und Auszeichnungen der UdSSR ausgezeichnet. Sie erhielten nach dem Zweiten Weltkrieg wichtige politische Ämter und machten z.T. als Mitglieder des ZK der KPdSU und als Deputierte des Obersten Sowjets der UdSSR glänzende Karrieren.

Iwan Tschernjachowski (1906-1945, seit 1928 Mitglied der KPdSU, ab 1944 Armeegeneral, 2facher Held der Sowjetunion: 1943, 1944). Tschernjachowski wurde in Ostpreußen tödlich verwundet und starb am 18.02.1945.

Sein Nachfolger war Alexander Wassilewski (1895-1977, seit 1938 Mitglied der KPdSU, ab 1943 Marschall, 2facher Held der Sowjetunion: 1944, 1945).

Konstantin Rokossowski (1896-1968, seit 1919 Mitglied der KPdSU, ab 1944 Marschall, 2facher Held der Sowjetunion: 1944, 1945).

Georgi Shukow (1896-1974, seit 1919 Mitglied der KPdSU, ab 1943 Marschall, 4facher Held der Sowjetunion: 1939, 1944, 1945, 1956).

Iwan Konjew (1897-1974, seit 1918 Mitglied der KPdSU, ab 1944 Marschall, 2facher Held der Sowjetunion: 1944, 1945).

Die sowjetischen Massenverbrechen wurden von allen Regierungen der Sowjetunion hartnäkkig geleugnet und energisch abgestritten. Gemäß sowjetischer Geschichtsschreibung verübten die Soldaten der Roten Armee nirgends Massenverbrechen. Es hätte auch keine Gründe zur Panik und Flucht gegeben. Die Deutschen wären lediglich aus psychotischer Angst vor der sowjetischen Armee geflohen, weil sie Goebbels verlogene Propaganda in Angst und Schrekken versetzt hätte. Während der sowjetischen Befreiungsmission hätten sich höchstens "persönliche Racheakte" von Einzeltätern oder "harmlose und verständliche Entgleisungen" ereignet. Das Benehmen der Sowjetsoldaten wäre ansonsten im allgemeinen überall menschlich gewesen.

General Katukow stellt später fest (x025/110): >>Bevor wir in deutsches Gebiet einmarschierten, rief der Kriegsrat die Truppen auf, sich auf gegnerischem Territorium würdig zu verhalten.

Der Haß, den unsere Menschen gegen die Faschisten hegten, machte diesen Appell notwendig. ... Doch dieser Haß durfte sich nicht gegen die deutsche Zivilbevölkerung richten. ...

Unsere Erziehungsarbeit war erfolgreich: Der Kriegsrat brauchte sich nicht mit unwürdigem Verhalten gegenüber der deutschen Bevölkerung auseinanderzusetzen. ...<<

Nach Kriegsende berichtet Marschall Sokolowskij (ab 1944 Stabschef der 1. Ukrainischen Front) vor westeuropäischen Pressekorrespondenten (x025/110-111): >>Gewiß, es sind eine Menge häßliche Dinge passiert. Aber haben Sie etwas anderes erwartet?

Sie wissen, was die Deutschen mit unseren Kriegsgefangenen anstellten. Wie sie unser Land verwüsteten, wie sie mordeten, raubten und plünderten. Haben sie Majdanek oder Auschwitz gesehen?

Jeder unserer Soldaten hat Dutzende seiner Kameraden verloren. Jeder von ihnen hat seine persönliche Rechnung mit den Deutschen zu begleichen und im ersten Rausch des Sieges empfanden unsere Soldaten eine gewisse Genugtuung, wenn sie es den Frauen dieses Herrenvolkes zeigen konnten.

Aber das ist jetzt vorbei. Wir haben diese Dinge weitgehend abgestellt. Im übrigen ist es auch nicht gerade so, daß die meisten deutschen Frauen keusche Jungfrauen wären. Unsere Hauptsorge ist das erschreckende Ansteigen der Syphilis bei unseren Soldaten. ...<<

In der offiziellen sowjetischen Geschichtsschreibung ("Geschichte des Großen Vaterländischen Krieges der Sowjetunion 1941-45", herausgegeben vom ZK der KPdSU, Moskau 1963, Bd., heißt es (x010/24-25): >>Eine der wichtigsten Aufgaben der politischen Arbeit in der Armee war nach wie vor die Erziehung zum glühenden Haß gegen die faschistischen Okkupanten. Die Kommandeure und Politarbeiter begriffen sehr wohl, daß man keinen Feind besiegen kann, wenn man ihn nicht aus vollster Seele haßt. In Flugblättern und Zeitungsartikeln wurden die Verbrechen der faschistischen Eroberer auf sowjetischem und polnischem Boden beschrieben. Die Familien vieler Militärangehöriger hatten unter den faschistischen Okkupanten gelitten.

... Zorn und Haß glühten in den Herzen der Soldaten, als sie auf die ehemaligen faschistischen Todeslager in Litauen, Ostpreußen und Polen trafen oder Berichte von Sowjetmenschen hörten, die der faschistischen Sklaverei entronnen waren. ...

Vor dem Angriff verstärkten neue Kader die Politorgane. ... Aus den rückwärtigen Truppenteilen und der Reserve kamen die besten Kommunisten und Komsomolzen in die Partei- und Komsomolorganisationen der Kampfeinheiten ...

Bei der 2. und 3. Belorussischen Front machten die Kommunisten und Komsomolzen fast die Hälfte des gesamten Personalbestandes aus. ... Die Leiter der Politabteilungen der Divisionen und Brigaden händigten die Parteimitgliedsbücher teilweise in den vordersten Stellungen aus. ...<<

In der offiziellen sowjetischen Geschichtsschreibung berichtet man später über die Streitkräfte der UdSSR (x047/107,277): >>... Der Organisator und Inspirator des Sieges des Sowjetvolkes im Großen Vaterländischen Krieg war die Kommunistische Partei mit ihrem Kampfstab - dem Zentralkomitee. Während des Krieges nahm die Autorität der Partei unermeßlich zu. ...

Außerordentlich große Aufmerksamkeit widmete die Partei den sowjetischen Streitkräften. Ihr Sieg war der Sieg der Militärpolitik der Partei. Die Politorgane von Armee und Flotte leisteten eine enorme parteipolitische Arbeit zur erfolgreichen Lösung der Aufgaben des bewaffneten Kampfes und zur Erziehung der Armeeangehörigen. ...

Zur Festigung der Führung der Parteikräfte durch die Partei entsandte die KPdSU 1,6 Millionen Kommunisten und 3,5 Millionen Komsomolzen an die Front. Sie zementierten die Truppenteile und waren im Gefecht eine zuverlässige Stütze der Kommandeure. Die Reihen der Partei wurden ununterbrochen aufgefüllt. Während des Krieges traten 5.319.000 Werktätige in die Partei ein. Mehr als 3,0 Millionen Kommunisten fielen an den Fronten des Krieges. ...<<

>>... Der größte Teil der Streitkräfte war an der sowjetisch-deutschen Front konzentriert. Hier hatte die handelnde Armee (Kampftruppen) 1945 eine Stärke von 6,7 Millionen Mann (ohne Reserve- und Nachschubeinheiten). ...

Die Streitkräfte der UdSSR haben sich in den Jahren des Zweiten Weltkrieges unsterblichen Ruhm erworben. Für Heldentaten im Kampf wurden mehr als 7,0 Millionen Armeeangehörige mit Orden und Medaillen geehrt, mehr als 11.600 Angehörigen der Streitkräfte wurde der Titel "Held der Sowjetunion" verliehen. Ungefähr die Hälfte aller Ausgezeichneten waren Kommunisten oder Komsomolzen. ...<<

In der offiziellen sowjetischen Geschichtsschreibung berichtet man später über die "Befreiungsmission" der sowjetischen Streitkräfte im "Großen Vaterländischen Krieg" (x047/5,39): >>... Sie befreiten auch einen großen Teil Deutschlands und setzten der Aggression dort das Ende, von wo diese ausgegangen war – in der faschistischen Befehlszentrale Berlin. Sie bewahrten die Welt vor faschistischer Sklaverei und erfüllten zuverlässig alle militärischen Pflichten, die der Sowjetstaat als Verbündeter der Antihitlerkoalition übernommen hatte. ...

Die Schlachten des Krieges tobten noch, da halfen sie bereits den befreiten Völkern, das Leben im Lande wieder in Gang zu bringen und ihre demokratischen Errungenschaften vor Anschlägen der Konterrevolution zu verteidigen. Der Sieg der Sowjetunion über den Hitlerfaschismus und die Befreiung des deutschen Volkes von der Naziherrschaft eröffneten ihm den Weg zum antifaschistischen, demokratischen und sozialistischen Neubeginn, eröffneten den Weg zur Gründung der DDR ...
Die Völker der Welt feierten dankbar die historische Befreiertat der Sowjetstreitkräfte ...<<
>>... Die Ziele der Befreiungsmission wurden vom ZK der KPdSU und der Sowjetregierung gleich zu Beginn des Großen Vaterländischen Krieges festgelegt.
Es war vorgesehen, den Völkern Europas bei ihrer Befreiung von den faschistischen Eroberern Hilfe zu leisten und sie bei der Wiedererrichtung ihrer unabhängigen Nationalstaaten zu unterstützen sowie ihnen völlige Freiheit bei der Lösung der Frage des Staatsaufbaus und der sozialen Ordnung zu gewähren. 1944/45 wurden von den sowjetischen Truppen 13 Länder Europas und Asiens vollständig oder teilweise befreit. ... Mehr als 1,0 Millionen sowjetische Soldaten fielen im Kampf für die Befreiung der unterdrückten Völker. ...
Die Befreiungsmission der sowjetischen Streitkräfte hatte große historische Bedeutung und wurde von den Völkern der Welt mit aufrichtiger Dankbarkeit begrüßt. ...<<
Der deutsche Historiker Joachim Hoffmann (1930-2002) berichtet später über "Ausblendung" der sowjetischen Verbrechen (x046/20): >>In der Sowjetunion sind auch von deutscher Seite Verbrechen begangen worden, für die vor allem die zuständigen Organe des Reichsführers SS Himmler die Verantwortung tragen. Doch alle diese Untaten sind immer wieder Gegenstand eingehender Schilderungen; sie sind heute fast bis ins Detail bekannt.
Die von den Sowjets begangenen Verbrechen dagegen werden bewußt und methodisch der Vergessenheit anheimgegeben, denn um keinen Preis darf ja so etwa wie eine "Aufrechnung" stattfinden. Und dabei gehört der historische Vergleich, das Aufzeigen von Zusammenhängen und Parallelitäten doch zu den unveräußerlichen Pflichten einer wahrheitsgetreuen Geschichtsschreibung, soll anders nicht bewußt einem einseitigen Bild der Geschehnisse Vorschub geleistet werden. ...<<
Der US-Politikwissenschaftler Zbigniew Brzezinski (von 1966-1968 und 1977-1981 Sicherheitsberater der US-Präsidenten Johnson und Carter) berichtet später über die sowjetischen Massenverbrechen (x046/191): >>Hitlers Verbrechen werden immer noch gerecht bestraft. Aber in der Sowjetunion gibt es buchstäblich Tausende von ehemaligen Killern und ehemaligen Folterern, die von offiziellen Pensionen leben und den verschiedenen revolutionären Festlichkeiten, geschmückt mit ihren Medaillen, beiwohnen. ...<<
Der französische Politikwissenschaftler und Germanist Alfred Grosser schreibt später in seinem Buch "Ermordung der Menschheit" über Stalins Verbrechen (x075/88-89): >>... Das sowjetische Verbrechen ist in der Innenpolitik der westlichen Länder immer wieder angeführt worden, um vorhandene soziale Privilegien zu verteidigen und um strukturelle Gewalt aufrechtzuerhalten.
Mit derselben Beständigkeit wurde das Verbrechen aber auch geleugnet; man glorifizierte sogar den oder die Schuldigen, um nicht der Partei oder dem Bündnis mit ihr zu schaden. Ein Leugnen, das bald der wissentlichen Lüge, bald der Blindheit durch Glauben oder Leichtsinnigkeit oder dem Wunsch, die Augen zu verschließen, entsprang; ein Leugnen auch, weil es Verbrechen gab, die in der damaligen Zeit noch nicht erkennbar waren. ...
Auf der anderen Seite wurde das Verbrechen als eine Verirrung, als ein Unfall oder auch als das Produkt einer bestimmten Gesellschaft verstanden; als ein Verbrechen, das keinesfalls für eine in einem Regime konkrete Wirklichkeit gewordene Doktrin kennzeichnend sei, während zugleich Auschwitz als die zwangsläufige Vollendung eines übersteigerten Faschismus verstanden wurde.

... Die makabren Zahlenvergleiche zeigen, daß Stalin außerhalb des Krieges mehr Leichen "produziert" hat als Hitler. Zwar hat Hitler den Polizeistaat begründet und organisiert, was die Durchführung der Massaker ermöglichte, aber dafür hat Stalin als Nachfolger Lenins sowohl die Tscheka (sowjetische Geheimpolizei) als auch die Lager vorgefunden. ...<<

Der deutsche Historiker Joachim Hoffmann (1930-2002) berichtet später über die sowjetischen Kriegsverbrechen (x046/314-315): >>... Durch die auf deutschem Boden begangenen Völkerrechtsverletzungen hatten große Teile der Roten Armee sich außerhalb der Traditionen herkömmlichen Soldatentums gestellt. Straftaten gegen Wehrlose ... als Massenerscheinung und nach Anstiftung und unter Beteiligung der militärischen Führer waren in den Armeen anderer europäischer Staaten selbst im Zweiten Weltkrieg unbekannt und wären von den Kommandostellen auch niemals geduldet worden.

Und die deutsche Wehrmacht machte hiervon keine Ausnahme. Raub und Plünderung, ganz zu schweigen von Mord und Notzuchtverbrechen, waren nach zwingenden Vorschriften des Militärgesetzbuches mit schweren Strafen bedroht. Die Kriegsgerichte haben auch in den sowjetischen Gebieten zur Wahrung der militärischen Disziplin Vergehen und Verbrechen von Wehrmachtsangehörigen an der Zivilbevölkerung in der Regel mit harten Strafen geahndet und oft nicht gezögert, selbst die Todesstrafe zu verhängen.

Fragt man daher nach den Verantwortlichen für die in den deutschen Ostprovinzen begangenen Kriegsverbrechen, so würde es sich, folgte man dem alten militärischen Grundsatz, daß die Vorgesetzten in jedem Fall für die Handlungen ihrer Untergebenen verantwortlich sind, bei der Mehrzahl der dort eingesetzten Befehlshaber und Truppenführer und bei vielen Angehörigen des mittleren und unteren Führerbestandes auch im Sinne des Nürnberger Statutes um "Kriegsverbrecher" gehandelt haben. ...<<

21.02.1948

Jugoslawien: Internierungslager Rudolfsgnad – Erlebnisbericht der Wilhelmine K. (x006/-606): >>Vor unserer Entlassung aus dem Vernichtungslager Rudolfsgnad mußten wir alle antreten. Der Kommandant hielt eine Ansprache.

Er sagte, daß alle Deutschen in die Freiheit entlassen werden. Die Deutschen könnten sich jetzt viel Geld verdienen. Wer Verwandte im Ausland hätte, könnte nach Deutschland, Österreich oder nach Amerika auswandern. –

Wir glaubten es nicht.

Am 21. Februar 1948 mußten wir in der Früh um 7 Uhr am Bahnhof sein. Es herrschte eine grimmige Kälte. Wir fuhren erst um 17 Uhr ab. Niemand wußte, wohin die Fahrt ging. Man hatte uns in Viehwaggons zusammengepfercht. Für die Reise gab es für je 4 Personen 1 kg Maisbrot, das hart wie Stein war. ...<<

22.02.1948

Jugoslawien: Internierungslager Rudolfsgnad (x006/593): Mit dem 1. Auflösungstransport am 22. Februar 1948 schickt man 1.850 Volksdeutsche nach dem Staatsgut Belje in der Baranja.

Arbeitsverpflichtung in der Baranja – Erlebnisbericht der Wilhelmine K. (x006/606): >>Am 22. kamen wir in Beli Manastir an. Als der Zug hielt, bekam jede Person einen Schein: "3 Jahre Arbeitsverpflichtung auf dem Staatsgut Belje". Wir waren sehr enttäuscht, denn man hatte uns doch die Freiheit zugesagt.

Wir wurden auf dem Staatsgut verteilt. 300 Deutsche kamen nach Knezevo. Mein Kind und ich sowie 4 Frauen mit ihren Kindern mußten in einem Ochsenstall übernachten, wo 8 Ochsen angebunden waren. Andere übernachteten im Pferdestall oder in Baracken.

Nach 8 Tagen kamen wir auch in den Pferdestall, wo etwa 50 Personen untergebracht wurden. Dort lagen wir auf Brettern und Stroh. Nach einem Jahr durften wir mit 120 Personen in einen Raum umziehen, in dem man vorher Getreide und Hopfen gelagert hatte. ...<<

23.02.1948

Jugoslawien: Zwangsarbeitseinsatz im serbischen Bergwerk Radljevo – Erlebnisbericht des Josef B. (x006/599-600): >>Der erste Monatslohn langte kaum, um ein Paar Schuhe und einen Anzug zu bezahlen. ... Erst später konnte man sich genügend Lebensmittel kaufen. ...
Der Weg zur Arbeitsstelle war so schwer wie die Arbeit, denn es ging über eine Stunde über Äcker und Wiesen. Nach der Arbeit mußten wir naß und schmutzig nach Hause gehen, denn im Bergwerk gab es kein Bad und keinen Umkleideraum. Bei Kälte und Sturm zogen wir frierend heimwärts. Wir kamen meistens erst spät am Abend in den Baracken an.
Unsere Karbidlampen mußten für die 8 Stunden Arbeit, für den Heimweg und für Wohnungsbeleuchtung reichen. Oft wurden die Lampen vom Sturm ausgeblasen. Unsere Betten bestanden aus aufgestapelten Ziegelsteinen, über die man Bretter und Stroh gelegt hatte. Auf diesen Betten mußten die erschöpften, schwachen Bergmänner versuchen, sich für den nächsten Arbeitstag auszuruhen.
Die Arbeit im Bergwerk war sehr schwer. Das Bergwerk Radljevo besaß keinen Lift zur Beförderung der Bergleute, so daß die Arbeiter eine Leiter hinabsteigen mußten, die über 50 m senkrecht in die Tiefe führte. Nach der Arbeit mußten die ermüdeten Bergleute wieder über 50 m hinaufsteigen. ...
Im Bergwerk wurden wir an den gefährlichsten Stellen eingesetzt und mußten die schwersten Arbeiten ausführen. Man betrachtete uns als Sträflinge, die ihre Zwangsarbeit zu verrichten hatten. Wir mußten auch an Sonn- und Feiertagen arbeiten.
Wenn jemand sonntags nicht arbeitete, mußte er sich am Montagmorgen zum Rapport melden. In der ersten Zeit gab es dort "Ohrfeigen nach Noten". ... Alle, die am Sonntag nicht gekommen waren, mußten sich in Reih und Glied aufstellen. Sie wurden dann einzeln "zur Sau gemacht". Man drohte uns mit dem Rücktransport ins Vernichtungslager, wo wir alle kaputtgehen würden. Wir wurden als "Hitlerbanditen" beschimpft, für die es keinen Platz auf der Welt geben würde. Alle möglichen Strafen wurden uns angedroht, falls wir unsere Pflichten nicht erfüllen würden. Da wir fast noch Kinder waren, hielten wir unsere Arbeitspflicht anschließend immer ein. Wir arbeiteten später am Weihnachtstag, Silvester und an anderen Feiertagen.
... Es wurde uns außerdem verboten, die deutsche Sprache zu sprechen. Wir durften uns keine gegenseitigen Besuche abstatten und man durfte keine Gespräche mit Einheimischen führen. Es wurde uns untersagt, in einen anderen Ort zu fahren, um Lebensmittel zu besorgen. - Wir mußten aber irgendwo einkaufen, denn im Bergwerk konnte man überhaupt nichts kaufen. Wenn unsere Mütter in der Stadt UB einkaufen wollten, wurden sie oft von der Polizei festgenommen und zurückgeschickt. Da die Stadt UB 10 km entfernt war, mußte man für den Hin- und Rückweg von 20 km - über Felder und Wiesen - zu Fuß marschieren und die gekauften Lebensmittel tragen. Diesen bitteren Weg mußten wir mindestens 2mal in der Woche zurücklegen.
Im Bergwerk gab es keinen Arzt, so daß man in die Stadt Ub mußte, wenn man krank war. Ohne ärztliches Attest wurde keine Krankheit anerkannt. Für die Fehltage wurden uns sofort die Lebensmittelkarten abgezogen, die doch sowieso nie reichten, um satt zu werden. Manche Kranke, die sich trotz ihrer Krankheit nach Ub schleppten, bekamen trotzdem kein Attest, weil der Arzt meinte, daß ein Kranker diesen langen Marsch überhaupt nicht bewältigen könnte. ...<<

25.02.1948

CSR: Staatspräsident Benesch wird nach einem Staatsstreich der Kommunistischen Partei (Gleichschaltung von Polizei, Presse, Rundfunk und Verwaltung) am 25. Februar 1948 zum Rücktritt gezwungen.
Der parteilose Außenminister Jan Masaryk kommt unter mysteriösen Umständen ums Leben

(x058/155).
KP-Chef Klement Gottwald gründet nach der gewaltsamen Machtübernahme die "Volksrepublik Tschechoslowakei" und bildet in der CSR eine kommunistische Regierung (x004/68).

26.02.1948

SBZ: Gemäß SMAD-Befehl Nr. 35 vom 26. Februar 1948 werden die Enteignungskommissionen mit Wirkung ab 10. März 1948 aufgelöst und die allgemeine Entnazifizierung in der sowjetischen Besatzungszone beendet. Die Verfolgung von "Kriegs- und faschistischen Verbrechern" wird den Gerichten übertragen.

WBZ: In Hameln werden am 26. Februar 1948 14 ehemalige Gestapo-Beamte gehängt, die man wegen der Ermordung von 50 gefangenen britischen Fliegeroffizieren zum Tode verurteilt hatte (x130/253).

Das Präsidium des Bayerischen Roten Kreuzes beschwert sich am 26. Februar 1948 schriftlich beim Länderrat der nordamerikanischen Besatzungszone, daß von den 340.000 im Gebiet von Hessen ansässig gewordenen sudetendeutschen Vertriebenen noch mindestens 6.000 Familienangehörige zwangsweise in der CSR zurückgehalten werden (x004/125).

Frankreich: Nach offiziellen Angaben befinden sich am 26. Februar 1948 noch 280.000 Deutsche in französischer Kriegsgefangenschaft (x112/461).

27.02.1948

SBZ: Das SED-Zentralorgan "Neues Deutschland" berichtet am 27. Februar 1948 über den kommunistischen Staatsstreich in der Tschechoslowakei (x112/462): >>... Das tschechoslowakische Volk hat für die Sache der Demokratie einen großen Sieg errungen.<<

28.02.1948

Jugoslawien: Internierungslager Rudolfsgnad (x006/593): Mit dem 2. Auflösungstransport deportiert man 2.000 Volksdeutsche in das Staatsgut Pantschowaer Ried, Banat.

01.03.1948

CSR: Nach dem kommunistischen Staatsstreich im Februar 1948 setzt nochmals ein "Abschub" von Sudetendeutschen ein. Tausende schafft man auf Lastkraftwagen ins Grenzgebiet und schiebt sie dann in Gruppen bis zu 50 Personen nach Bayern ab (x004/126).

Die Tschechen führen den illegalen Abschub grundsätzlich an weniger gut bewachten Grenzstellen durch, denn die deutschen Grenzwachen erhalten strikte Anweisungen der US-Militärregierung, den Grenzübertritt dieser Ausgewiesenen zu unterbinden.

Jugoslawien: Internierungslager Rudolfsgnad – Erlebnisbericht des Landarbeiters Franz U. (x006/379-380): >>Am 1.3.1948 kam endlich der Tag der Erlösung, an diesem Tag wurden die Lager aufgelöst. Aber Tausende ... haben diesen Tag nicht erlebt. Sie starben den Marter- und Hungertod.

Die überlebenden Arbeitsfähigen kamen in die verschiedenen staatlichen Betriebe zu Arbeit und Verdienst. Einem jeden wurde ein Arbeitsplatz angewiesen. Dort mußte er sich zu 3jähriger Zwangsarbeit verpflichten. Nach Ablauf dieser Zeit konnte er seinen Arbeitsplatz frei wählen. ...

Nach unserer Freilassung durfte uns niemand mehr mit der Bezeichnung "Logorasch" (Internierter) belästigen. Der Deutsche war wieder eine gesuchte und verläßliche Arbeitskraft. ...Wir wurden mit Lumpen aus den Lagern entlassen. In einigen Monaten hatten wir schon wieder mehr und schönere Kleider als die (einheimischen) Arbeitskollegen. Darum sagten die Serben zu uns: "Ihr seid wie die Gänse, rupft man sie, wachsen ihnen die Federn wieder. So seid ihr auch, man rupfte euch total, und wieder habt ihr mehr als wir." –

Die Alten und Gebrechlichen, die niemanden hatten, kamen in Altersheime, wo sie nach ihren Aussagen gute Verpflegung bekamen. Die elternlosen Kinder wurden in Heimen untergebracht, viele von ihnen verlernten dort die deutsche Sprache. ...<<

UdSSR: Zwangsarbeitslager Makejewka im Donezbecken – Erlebnisbericht der Katharina T.

(x006/301): >>Ab 1948 wurden wir nicht mehr bewacht und durften frei herumgehen.
In Rußland wurde uns gesagt, daß wir von den Serben ... für 5 Jahre verpflichtet wurden, dies traf auch zu, denn wir wurden erst nach 5 Jahren Arbeit aus Rußland entlassen.<<
SBZ: Die Zeitschrift "Einheit" berichtet am 1. März 1948 über die hochschulpolitischen Grundsätze der SED (x112/466): >>Die Gelegenheit zur Schaffung einer neuen werktätigen Intelligenz gilt es voll auszunutzen. ...
Die besonderen ökonomischen und politischen Verhältnisse, unter denen wir in der Ostzone leben, bedingen die besonderen Formen des Klassenkampfes. So sind die Universitäten und das gesamte Bildungswesen in unserer Zone zu Brennpunkten des Klassenkampfes geworden. ...<<
Berlin: Nach offiziellen Angaben des Viermächtekomitees in Berlin sind bis zum 1. März 1948 erst 252.395 deutsche Wehrmachtssoldaten aus der sowjetischen Kriegsgefangenschaft zurückgekehrt (x112/641).
WBZ: In der britischen und nordamerikanischen Besatzungszone werden im März 1948 täglich nur 1.298 Kalorien zugeteilt.
Vatikan: Papst Pius XII. schreibt am 1. März 1948 an die deutschen Bischöfe (x150/44): >>...
Besondere Berücksichtigung werden immer die Ostflüchtlinge verdienen, die aus ihrer Heimat im Osten zwangsweise und unter entschädigungsloser Enteignung ausgewiesen und in die deutschen Zonengebiete überführt wurden.
Wenn wir auf sie zu sprechen kommen, so beschäftigt uns hier nicht so sehr der rechtliche, wirtschaftliche und politische Gesichtspunkt jenes in der Vergangenheit Europas beispiellosen Vorgehens. Über die genannten Gesichtspunkte wird die Geschichte urteilen. Wir fürchten freilich, daß ihr Urteil streng ausfallen wird.
Wir glauben zu wissen, was sich während der Kriegsjahre in den weiten Räumen von der Weichsel bis zur Wolga abgespielt hat.
War es jedoch erlaubt, im Gegenschlag 12 Millionen Menschen von Haus und Hof zu vertreiben und der Verelendung preiszugeben?
Sind die Opfer jenes Gegenschlags nicht in der ganz überwiegenden Mehrzahl Menschen, die an den angedeuteten Ereignissen und Untaten unbeteiligt, die ohne Einfluß auf sie gewesen waren? ...
Ist es wirklichkeitsfremd, wenn wir wünschen und hoffen, es möchten alle Beteiligten zu ruhiger Einsicht kommen und das Geschehene rückgängig machen, soweit es sich rückgängig machen läßt? ... <<
Der deutsche Historiker Alfred Schickel berichtet später in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 3 – 1998 über den Papst-Brief vom 1. März 1948 (x853/...): >>...
Ein "vergessener" Papst-Brief ...
Während sich die deutschen Heimatvertriebenen damals in ihrer seelischen und geistigen Not durch das väterliche Wort des Papstes innerlich gestärkt und ermuntert fühlten, verübelten polnische Kreise dem Pontifex den Brief und hielten ihm in einer Erklärung vom Juni 1948 vorwurfsvoll entgegen:
"Der Papst hat es nicht als beispiellos befunden, als die Deutschen Millionen von Polen töteten und die Professoren und Gelehrten einer der ältesten europäischen Universitäten in Dachau und Oranienburg sterben ließen."
Gleichsam eine später wieder aufgegriffene Anklage vorwegnehmend, fuhren die polnischen Papst-Kritiker in ihrem Protest fort:
"Der Papst hat weder gegen die Gaskammern und Krematorien von Auschwitz, Majdanek und Treblinka protestiert noch diese ein in Europa ohne Beispiel dastehendes Verbrechen genannt".
- Kardinalprimas Hlond fühlte sich veranlaßt, diese scharfe Attacke der Krakauer Hochschul-

lehrerschaft und 50 weiterer Kollegen aus ganz Polen in einem eigenen Hirtenbrief etwas abzuschwächen und seine polnischen Landsleute zu beruhigen. Sie sollten "in den neu gewonnenen Gebieten alle Beunruhigung fallen lassen und sich in dem Glauben bestärken, daß sie nicht vergeblich im Schweiße ihrer Arbeit Brachland fruchtbar gemacht und Industrien in Gang gesetzt" hätten.
Formulierungen, die mit Ausdrücken wie "Brachland" und "Industrien in Gang gesetzt" dem Unkundigen oder Nachgeborenen eine irreführende Vorstellung nahe bringen und ihn die vorausgegangene Vertreibung der bisherigen Landbearbeiter und Industriebetreiber aus den Augen verlieren lassen.
Bei Primas Augustyn Hlond fast eine "Neuauflage" seiner täuschungsverdächtigen Ausdeutung päpstlicher "Vollmachten" im Jahre 1945, welcher deutsche Ordinarien und Kapitular-Vikare zum Opfer gefallen sind.
Vermied Kardinal Hlond immerhin noch augenscheinliche Unrichtigkeiten und operierte in national-polnischen Angelegenheiten mit Vieldeutigkeiten, die er dann stets in seinem Sinne auszulegen verstand, hantierten die akademischen Papst-Kritiker von Krakau und anderen polnischen Hochschulen sogleich mit offenen Zahlen und beschwerten sich in ihrem Protest gegen den Papst-Brief vom 1. März 1948 auch über die von Pius XII. gemachte Angabe von "zwölf Millionen Deutschen", die aus Polen vertrieben worden seien. Sie hielten dagegen: "Die in der päpstlichen Botschaft an die deutschen Kirchenführer enthaltene Behauptung, es seien zwölf Millionen aus Polen ausgesiedelt worden, ist unrichtig. Es sind nur 2.155.000 Deutsche nach Deutschland umgesiedelt worden."
- Mit dieser "Gegendarstellung" übernahmen die polnischen Beschwerdeführer unbesehen die falschen Zahlenangaben der kommunistischen Regierung in Warschau und machten sich damit im wahrsten Sinne des Wortes zum Sprachrohr der kommunistischen Menschenvertreiber.
Der angesehene Zeithistoriker und renommierte Bevölkerungsstatistiker Heinz Nawratil, hat in einer vielbeachteten Studie der Zeitgeschichtlichen Forschungsstelle Ingolstadt (ZFI) schlüssig nachgewiesen, daß sogar mehr als "nur" 12 Millionen Menschen 1945 aus den Ostgebieten des Deutschen Reiches geflohen und vertrieben worden sind.
Unzutreffend wie die von Warschau angegebene Zahl ist auch die von ihr verwendete Bezeichnung "ausgesiedelt". Die ihr innewohnende Verharmlosung beleidigt die Millionen Vertreibungsopfer, welche die Ost- und die Sudetendeutschen zu beklagen hatten.
Pius XII. gedachte in seinem Brief dieses Opfergangs, wenn er von dem "furchtbaren Verhängnis" sprach, das über "die ostdeutsche Bevölkerung hereingebrochen ist". Und daß ihm diese Mitleidensbekundungen nicht wohlfeile Worte waren, erhellt die Erwähnung seiner persönlichen Erinnerungen:
"Wir haben in den Tagen, da wir in Eurem Vaterland wirkten, die Glaubensfreudigkeit und Glaubenstreue der ostdeutschen Katholiken kennen und schätzen gelernt. Wie lebendig ist in uns noch vom Jahre 1926 her die Erinnerung an die stolze Heerschau des katholischen Deutschlands in Breslau, die ja der Hauptsache nach eine Heerschau des katholischen deutschen Ostens war, ein gewaltiger Ausdruck katholischen Denkens und treuer Hingabe an Kirche und Papst."
"Mit Ergriffenheit gedenken wir der Stunden, in denen bei unvergeßlichen Feiern die Weihe eurer Heiligtümer uns die Seele erfüllte, und Trauer bedrückt uns bei dem Gedanken, daß ihre Türme, wo sie noch stehen, heute weit hinaus in ein verwüstetes und hoffnungsarmes Land ragen." ...<<

02.03.1948

Jugoslawien: Kolchose im Pantschowaer Ried, Banat – Erlebnisbericht des Arztes Dr. K. F. (x006/593-594): >>Für die Unterbringung der Menschen waren in den Kolchosen kaum Vorbereitungen getroffen. Die Baracken waren teilweise noch im Aufbau. Statt der Volkspolizei

gab es hier die Industriepolizei. So arm wie die Lagerleute waren, notdürftig gekleidet, kamen sie in den Kolchosen an.
Zu den Kolchosen führten meistens keine befestigten Wege. Bei Regenwetter sah man überall nur Dreck und Morast. An manchen Stellen gab es keinen Baum.
Im Pantschowaer Ried waren die Unterbringung und die Wohnverhältnisse in der ersten Zeit noch viel schlechter als im Lager Rudolfsgnad. Es gab Baracken, in welchen in einem einzigen Raum 300 Personen untergebracht wurden - im Sommer und Winter, Kinder wie Erwachsene, Arbeiter und Kranke. Es gab nicht genügend Platz im Raum, um sich umzudrehen bzw. um sich bewegen zu können. Die Aborte waren unzureichend. Die hygienischen Verhältnisse waren unter aller Kritik und viel schlechter als im Lager Rudolfsgnad. Ärztliche Betreuung war kaum vorhanden.
In der ersten Zeit gab es Kesselkost, dieses Essen war allerdings besser als im Lager Rudolfsgnad. Angesichts der besseren Ernährung erholte sich der Großteil der geschwächten Vertriebenen. Nur noch einzelne Volksdeutsche sind an den Folgen des Lagerlebens gestorben.
Wer arbeitsfähig war, mußte zur Arbeit gehen: (Es begann mit dem) Frühapport und der Arbeitseinteilung. (Dann ging es) ... brigadeweise zur Arbeit. Am Anfang gab es keinen wesentlichen Unterschied zum Lagerleben, bloß daß die Arbeiter etwas Bezahlung, Lebensmittelkarten sowie Textilkarten erhielten. Die Bewegungsfreiheit war eingeschränkt. Von der versprochenen Gleichberechtigung war wenig zu sehen. Die Versprechungen, welche gemacht wurden, waren nichts anderes als leere Vorwände, um die Kräfte bis zur höchsten Leistungsfähigkeit anzuspannen und die Menschen als Arbeitsobjekte festzuhalten.
Aus den früher freien, wohlhabenden Bauern wurden Pionier-Kolchosarbeiter, die unter erbärmlichen Verhältnissen leben mußten. Die Deutschen, die die Rolle des Schrittmachers für die "bessere Neuordnung" übernehmen sollten, standen unter dem Lebensstandard eines Knechtes oder einer Magd. ... <<

05.03.1948

Jugoslawien: Internierungslager Rudolfsgnad (x006/593): Mit dem 3. Auflösungstransport verschleppt man 1.500 Volksdeutsche nach Sremska Mitrovica, Syrmien.

06.03.1948

Großbritannien: Während einer Konferenz in London beraten die Westmächte am 6. März 1948 u.a. auch über eine bessere Zusammenarbeit in der nordamerikanischen, britischen und französischen Besatzungszone sowie über Deutschlands Teilnahme am Marshall-Plan.

07.03.1948

Jugoslawien: Internierungslager Rudolfsgnad (x006/593): Mit dem 4. Auflösungstransport werden 1.500 Volksdeutsche in das Kupferbergwerk Bor nach Serbien verlagert.

08.03.1948

Frankreich: Der Dichter Paul Claudel fordert am 8. März 1948 in der französischen Zeitschrift "Documents" (x115/274): >>Wir müssen dem deutschen Volk vor allem das unschätzbare Gut zurückgeben, das keinem christlichen Volk vorenthalten werden sollte: das Recht auf eine Perspektive, das Recht auf Hoffnung ...<<

10.03.1948

CSR: 2 Wochen nach der kommunistischen Machtübernahme wird am 10 März 1948 offiziell mitgeteilt, daß der tschechoslowakische Außenminister Jan Masaryk nach dem Sprung aus einem Fenster des Prager Außenministeriums gestorben sei.

Jugoslawien: Internierungslager Rudolfsgnad (x006/593): Mit dem 5. Auflösungstransport verfrachtet man 1.200 Volksdeutsche in das Kohlenbergwerk Ivanovo bei Zajecar, Serbien.

WBZ: Ein US-Militärgericht fällt am 10. März 1948 in Nürnberg die Urteile gegen 14 angeklagte ehemalige SS-Abteilungsleiter ("RuSHA-Prozeß").
Der deutsche Oberstaatsanwalt Alfred Streim (1932-1996) schreibt später über den "RuSHA-

Prozeß" (x051/507): >>RuSHA-Prozeß, Verfahren vor dem Militärgerichtshof I der USA in Nürnberg gegen den Chef des Stabshauptamts/Reichskommissar für die Festigung des deutschen Volkstums Ulrich Greifelt und 13 andere wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Kriegsverbrechen und Mitgliedschaft in einer verbrecherischen Organisation (Fall 8).
Die Angeklagten waren 14 hohe Angehörige verschiedener SS-Organisationen – z.B. des Rasse- und Siedlungshauptamts (RuSHA) und der Volksdeutschen Mittelstelle –, deren Ziel es nach der Anklageschrift war, die angebliche Überlegenheit der nordischen Rasse zu fördern und zu schützen sowie alle diejenigen Kräfte zu unterdrücken und auszurotten, die dem entgegenstanden.
Durch Urteil vom 10.3.48 wurden Greifelt zu lebenslänglich und zwölf Mitangeklagte bei teilweiser Freisprechung von Anklagepunkten zu zeitigen Freiheitsstrafen von zwei Jahren acht Monaten bis 25 Jahren verurteilt.
Die einzige weibliche Angeklagte, Inge Viermetz vom Lebensborn, wurde freigesprochen. Fünf Verurteilte wurden auf Anordnung des Gerichts sofort freigelassen, weil die Untersuchungshaft eine "hinreichende Bestrafung darstelle".
Ein ehemaliger Leiter des RuSHA, Richard Hildebrandt (25 Jahre Haft), wurde an Polen ausgeliefert, dort zum Tod verurteilt und am 10.3.51 hingerichtet.
Greifelt starb während der Strafhaft.
Die Strafen der weiteren Verurteilten wurden durch Gnadenerlaß des US-Hochkommissars McCloy vom 31.1.51 herabgesetzt.<<
Der Rat der EKD und andere evangelische Kirchengemeinschaften veröffentlichen am 10. März 1948 ein "Wort christlicher Kirchen in Deutschland für einen rechten Frieden und gegen die Zerreißung des deutschen Volkes" (x112/470): >>... Echter Friede kann nur werden, wenn im Mittelpunkt Europas die natürlichen Lebensverhältnisse wiederhergestellt werden.
Der Osten kann den Westen und der Westen den Osten auch wirtschaftlich nicht entbehren.<<

12.03.1948

Jugoslawien: Internierungslager Rudolfsgnad (x006/593): Mit dem 6. Auflösungstransport siedelt man 750 Volksdeutsche (Alte und Arbeitsunfähige) in das Altersheim nach Karlsdorf um.

13.03.1948

Ostdeutschland: Internierungslager Potulice bei Nakel, Westpreußen – Erlebnisbericht der F. K. (x002/499): >>Mein Vater hat ... am 13. März 1948 seine Augen geschlossen.
Nach einem Jahr habe ich es erfahren. Ja, unsere Lieben sind uns schändlich geraubt worden. Nun aber liegen sie zu Tausenden stumm in langer Reihe in Potulice. Man hat sie ... ohne ein einziges Kleidungsstück, splitternackt in die Gräber (Massengräber) geworfen ...<<

15.03.1948

Jugoslawien: Nach den Ergebnissen der jugoslawischen Volkszählung vom 15. März 1948, die zweifellos nicht alle in Jugoslawien zurückgebliebenen oder zurückgehaltenen Volksdeutschen erfaßt, werden 22.209 männliche und 33.119 weibliche Volksdeutsche gezählt (x006/-129E).
Die Jugoslawien-Deutschen befinden sich in folgenden Provinzen: Serbien (41.463), Kroatien (10.144), Slowenien (1.824), Bosnien und Herzegowina (1.163), Mazedonien (359) und Montenegro (375).
Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtet im Jahre 1961 über das Schicksal der Jugoslawien-Deutschen (x006/116E-118E): >>... Seit der Begründung der Bundesrepublik Deutschland bemühten sich die meisten der zurückgebliebenen Jugoslawien-Deutschen um eine Ausreisegenehmigung.
Manchen von denen, die es abgelehnt hatten, die Staatsbürgerschaft zu beantragen, gelang es, relativ frühzeitig über Triest in einigen Sammeltransporten das Land zu verlassen. Für die

Mehrheit der Ausreisewilligen aber konnten erst nach dem Übergang der Paßhoheit von den alliierten auf deutsche Dienststellen im Oktober 1951 die rechtlichen Voraussetzungen für ihre Überführung in das Bundesgebiet geschaffen werden. Allerdings waren mit Hilfe des Internationalen Komitees des Roten Kreuzes schon seit dem April 1950 vorläufige Vereinbarungen zustande gekommen. Seit diesem Zeitpunkt wurde versucht, in erster Linie getrennt lebende Familien nach "Dringlichkeitsstufen" zusammenzuführen.

Die jugoslawischen Behörden zögerten zuerst, solche Anträge zu bewilligen und machten geltend, die ausreisenden Volksdeutschen würden bei einem solchen Verfahren ihre jugoslawische Staatsangehörigkeit verlieren, ohne vorher eine andere Staatsangehörigkeit erworben zu haben; dies könne Jugoslawien als Signatarstaat der "Allgemeinen Deklaration der Menschenrechte" nicht zulassen. Hinter solchen Vorwänden mag sich die Absicht verborgen haben, nicht eine zu große Anzahl billiger Arbeitskräfte zu verlieren.

Nach erneuten Verhandlungen zwischen Vertretern des Internationalen Roten Kreuzes in Genf und der jugoslawischen Rot-Kreuz-Organisation im Jahre 1952 begnügten sich die jugoslawischen Stellen schließlich mit der Erklärung, daß die ausreisenden Volksdeutschen in der Bundesrepublik nicht als Staatenlose, sondern wie Bundesbürger behandelt werden sollten.

Darauf konnte das Ausreiseprogramm auf eine breitere Grundlage gestellt werden. Die Jugoslawiendeutschen mußten die Zuzugsgenehmigung eines Landes der Bundesrepublik vorweisen und sich gegen eine Gebühr die Entlassung aus dem jugoslawischen Staatsverband bestätigen lassen, in den sie manchmal erst vor kurzem aufgenommen worden waren.

Der Preis für den Verzicht auf die jugoslawische Staatsangehörigkeit betrug am Anfang 1.500 Dinar pro Person, stieg aber sehr bald auf 12.000 Dinar, d.h. auf die Höhe eines 3- bis 4fachen durchschnittlichen Monatsgehaltes an und erreichte damit eine für viele zunächst unerschwingliche Höhe, lag doch die Internierungszeit und der Neubeginn eigener Einkünfte nach völliger Mittellosigkeit erst 2, 3 Jahre zurück. Dennoch gelang es im Laufe der folgenden Jahre den meisten, die sich zur Ausreise entschlossen hatten und die erforderlichen Unterlagen beibringen konnten, Gebühren, Rechtsanwaltsspesen und Fahrkosten aufzubringen.

Allmählich wurde dann das Programm der Familienzusammenführung ergänzt. Anträge von Volksdeutschen, die die Zugehörigkeit zur deutschen Wehrmacht oder den Aufenthalt in einem Internierungslager glaubhaft nachweisen vermochten, wurden jetzt von deutscher Seite berücksichtigt. Seit 1956 war das Verfahren soweit erleichtert, daß es für die Überführung in die Bundesrepublik genügte, für die deutschen Behörden den Nachweis der deutschen Volkszugehörigkeit (§ 6 des Bundesvertriebenengesetzes vom 13.5.1953) und für Jugoslawien die Bestätigung des künftigen Rechtsstatus von deutscher Seite durch eine Gleichstellungsbescheinigung zu erbringen. Daraufhin wurden die Antragsteller aus dem jugoslawischen Staatsverband entlassen.

Von 1952 bis 1955 stieg die Anzahl der in die Bundesrepublik Deutschland übernommenen sog. "deutschen Aussiedler" aus der FVR Jugoslawien auf 11.839 im Jahre 1955 an und sank dann langsam ab. Im Jahre 1960 war sie ungefähr wieder auf den Stand von 1952 zurückgegangen.

Die statistisch erfaßte Gesamtzahl der Aussiedler für die Jahre 1950 bis 1960 beträgt ... 62.314. ...

Im Gegensatz zu Rumänien und zu Ungarn haben Evakuierung, Flucht, Massenverluste in der Internierungszeit, verschleierter Abschub und schließlich der seit 1950 im Gange befindliche "Transfer" dazu geführt, daß das Deutschtum in der FVR Jugoslawien so gut wie vollständig aus dem Lande verschwunden ist.

Präzise Angaben über die noch in Jugoslawien in der Zerstreuung lebenden Deutschen lassen sich nicht machen. Sie wohnen seit der Arbeitsverpflichtung im Jahre 1948 auf Staatsgütern und in Industriebetrieben jeweils dort, wo sie im System der staatlichen Verwaltungswirt-

schaft ihren Platz angewiesen erhielten.
Die Rückkehr in die von Neusiedlern besetzten Heimatdörfer ist so gut wie ausgeschlossen, auch die ganz wenigen Deutschen, die zunächst, z.B. wegen partisanenfreundlicher Einstellung, noch in den ehemals donauschwäbischen Siedlungen geduldet wurden, sind im Laufe der Zeit verdrängt worden. Die völlige Entwurzelung und Heimatlosigkeit im Lande ist einer der wesentlichen Gründe, weshalb die Volksdeutschen unter Ausnutzung aller Möglichkeiten dem Leben in Jugoslawien zu entrinnen suchen.
Unter diesen Bedingungen kann von einer deutschen Volksgruppe keine Rede mehr sein. Die Deutschen sind auch keine staatsrechtlich anerkannte Minderheit, wie z.B. die Madjaren, Albaner, Slowaken, Rumänen und Skipetaren, so daß sie auch nicht im System der kommunistischen Nationalitätenpolitik ihre nationalkulturelle Eigenart bewahren können.
Einige Nachrichten deuten zwar daraufhin, daß ihnen gelegentlich gewisse kulturelle Rechte gewährt werden. So soll an einigen Schulen der Woiwodina 1952 wieder Deutschunterricht eingeführt worden sein, den 17 Volksdeutsche, am Seminar in Subotica ausgebildete Lehrer erteilten. Da aber seither nahezu 85 % der 1953 gezählten Volksdeutschen in die Bundesrepublik überführt worden sind, ist es fraglich, ob solche Einrichtungen noch bestehen oder wie lange noch bestehen werden.
Im öffentlichen Leben der FVR Jugoslawien spielen die Deutschen keine Rolle mehr und entbehren im Alltag häufig der vollen tatsächlichen Gleichstellung mit den andersnationalen Staatsbürgern. Da unter solchen Umständen die Ausreise in die Bundesrepublik das Ziel für die meisten der noch in Jugoslawien lebenden Volksdeutschen bleibt, läßt sich der Zeitpunkt absehen, wo es ein Deutschtum in Jugoslawien nicht mehr geben wird.<<
UdSSR: Zwangsarbeitslager Leninsk – Erlebnisbericht der L. T. (x002/80): >>Am 15. März 1948 begann unsere Heimfahrt mit allen Kranken und Schwachen, und am 18. April 1948 langten wir in Frankfurt/Oder an.
Meine Quarantänezeit und damit die letzte Zeit hinter Schloß und Riegel verbrachte ich in Pirna. Hier erhielt ich durch einen Zufall die Adresse meiner Mutter und meiner Geschwister, die in der britischen Zone lebten.
Erst als ich in Friedland die Zonengrenze passiert hatte und keine russischen Uniformen mehr sah, hatte ich das Gefühl, zu Hause zu sein, wenn auch fern der geliebten Heimat.<<
Das "Frankfurter Börsenblatt" berichtet am 15. März 1948 über die Probleme des Deutschen Buchhandels (x112/472): >>Die Papiernot erlaubt keine höheren Auflagen als 5.000 Stück für jeden Titel. Das zwingt nicht nur heute, sondern auch vermutlich auf lange Zeit die Verleger zum Zuteilungsverfahren. ...
Auflagen von 5.000 sind gar nicht so gering, wie sie im Augenblick scheinen, es war früher die Normalauflage eines guten Romans oder eines anderen Buches und die Verleger waren glücklich und froh, wenn sie solche Auflagen verkauften.
Erst die Zeit nach dem Währungsschnitt wird klarstellen, wo echter Bedarf vorhanden ist.<<

16.03.1948

Jugoslawien: Internierungslager Rudolfsgnad (x006/593): Mit dem 7. Auflösungstransport schickt man 620 Volksdeutsche (verwaiste, elternlose Kinder von 2-12 Jahren) in das staatliche Kinderheim nach Zajecar, Serbien.

18.03.1948

SBZ: Beim 2. Volkskongreß spricht sich Otto Grotewohl (ab 1949 Ministerpräsident der DDR) am 18. März 1948 für die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie aus (x009/509).
Berlin: Der SPD-Politiker Ernst Reuter (1889-1953, seit 1948 Oberbürgermeister von West-Berlin) erklärt am 18. März 1948 anläßlich des 100. Jahrestages des 18. März 1848 im US-Radiosender "RIAS" (x112/474): >>Die deutsche Märzrevolution von 1848 ist eines der großen wichtigen Ereignisse unserer Vergangenheit, die wir verstehen und begreifen müssen,

wenn wir die Gegenwart meistern, unserer heutigen Nöte Herr werden und den Grund für ein Durchkommen zu besseren Zeiten legen wollen. ...
Besiegt wurde die Revolution, weil es dem deutschen Volke bei aller Begabung, die sich in glänzenden Rednern der Paulskirche zeigte, an realer politischer Erfahrung fehlte. Zu lange waren die Deutschen obrigkeitlichen Regimen unterworfen, als daß sie sofort imstande gewesen wären, sich der entscheidenden Machtzentren zu bemächtigen.
Es fehlte an politischer Organisation, an klarem politischen Machtwillen, an durchgreifender Führung und an der Härte des Gestaltungswillens, ohne die große historische Leistungen nun einmal nicht zu schaffen sind. ...<<
Die West-Berliner Parteien erinnern während einer gemeinsamen öffentlichen Kundgebung an den 18. März 1848 (x112/474): >>... 1848-1948, das sind hundert Jahre Kampf um die Freiheit.
Dieser Kampf muß entschlossen fortgesetzt werden, wenn Leben und Zukunft gesichert werden sollen. Jeder entscheide sich klar für eine freiheitlich und demokratisch geordnete Gesellschaft, gegen Willkür, Rechtlosigkeit und totalitäre Machtansprüche. Bekennt Euch erneut zu Frieden, Freiheit, Demokratie!
Gebt diesem Willen Ausdruck am 18. März, 16.00 Uhr, auf dem Platz der Republik.<<
Der SPD-Politiker Ernst Reuter (1889-1953, seit 1948 Oberbürgermeister von West-Berlin) erklärt am 18. März 1948 während dieser Kundgebung der demokratischen Parteien vor dem Berliner Reichstagsgebäude (x112/474): >>... Bang fragte sich die Welt: Was wird kommen? Prag, Finnland – wer kommt dann dran? –
Berlin wird nicht drankommen! An unserem eisernen Willen wird sich die Flut brechen. ...
Einmal wieder werden wir miteinander singen: Einigkeit und Recht und Freiheit für das deutsche Vaterland!
Und heute wollen wir uns zusammenschließen in unserem alten, ewig neuen, ewig jungen, unveräußerlichen Gelöbnis: Freiheit! Freiheit! Freiheit!<<
Die deutsche Journalistin und Schriftstellerin Ruth Andreas-Friedrich (1901-1977) berichtet damals über die getrennten Berliner Kundgebungen zum Jahrhunderttag der Revolution von 1848 (x112/474): >>"Freiheit, Friede, Demokratie", rufen 50.000 Demonstranten auf dem Platz der Republik im westlichen Sektor.
Regen strömt auf sie herab. Wind reißt den Rednern die Worte von den Lippen und trägt sie zerflatternd über die wogende Menge. "Wir wollen keine zweite Diktatur! Wir fordern unsere Verschleppten zurück", schreit Franz Neumann, Vorsitzender der Berliner SPD und schüttelt seine Fäuste gegen den östlichen Sektor. "Freiheit – Freiheit – Freiheit" ...
"Freiheit, Friede, Einheit", rufen 50.000 Demonstranten zwischen Gendarmenmarkt und Friedrichshain im östlichen Sektor. Regen strömt auf sie herab. Wind reißt den Rednern die Worte von den Lippen und trägt sie zerflatternd über die wogende Menge.
Revolutionäre Lieder klingen auf.
"Kriegsanstifter, Nazis, Reaktionäre, Spalter", schreit der Redner und schüttelt seine Fäuste gegen den westlichen Sektor. "Einheit – Einheit – Einheit", applaudiert ihm die Menge.<<
Auf dem Friedhof der Märzgefallenen im Berliner Ortsteil Friedrichshain wird am 18. März 1948 offiziell ein Gedenkstein enthüllt (x112/475): >>Den Toten 1848/1918
Das Denkmal habt Ihr selber Euch errichtet - Nur ernste Mahnung spricht aus diesem Stein / Dass unser Volk niemals darauf verzichtet, wofür Ihr starbt - Einig und frei zu sein.<<
WBZ: Die Wochenzeitung "DIE ZEIT" berichtet am 18. März 1948 unter der Überschrift "1848-1948" (x112/474): >>... Aus unserer ganzen Geschichte seit 1848 können wir das eine lernen, daß die Freiheit noch höher steht als die Einheit. Das hat schon für die alte Freiheit gegolten, und es gilt erst recht für eine neue Freiheit, die sich mit der sozialen Gerechtigkeit zu verbinden hätte.

Wir besitzen sie bisher nirgends, ... aber sie läßt sich nur im Westen Deutschlands gewinnen.<<

19.03.1948

Belgien: Die interalliierte Reparationsagentur (IARA) berichtet am 19. März 1948 in Brüssel, daß die bisherigen deutschen Reparationsleistungen an Frankreich einen Wert von 54 Mrd. Franc betragen (x112/475).

20.03.1948

SBZ/Ostpreußen: Vertreibung aus Königsberg – Erlebnisbericht der A. F. (x002/860-861):

>>In der zweiten Hälfte des Monats März 1948 hieß es, es gehen wieder Transporte. Überall erschien die Miliz, (um die Deutschen zu registrieren). Nicht immer waren es die Milizionäre. Es kamen auch andere, unter dem Vorwand der Eintragung, die nur sehen wollten, was wir noch besitzen. Eine deutsche Frau, die neben uns im Keller wohnte, hatte Beziehungen zur Miliz und erklärte uns, daß wir schon alle vorgemerkt wären, wir brauchten uns deshalb nicht extra aufschreiben zu lassen.

Als die ersten Transporte schon fort waren und wir immer noch keinen Propusk (Fahrschein) hatten, wurden wir doch unruhig. Wir gingen nun selbst zur Miliz und hatten Glück, daß der Kapitän uns persönlich aufschrieb. ... Wir konnten vor Unruhe und Angst, daß wir wieder nicht dabei wären, nicht mehr schlafen.

Es waren kaum noch Deutsche auf der Straße zu sehen. Wir fühlten uns in unseren Quartieren nicht mehr sicher. Die Russenkinder warfen Steine durch die Fenster. Auf der Straße pöbelten sie uns an oder versuchten auch Überfälle, besonders in den Abendstunden. Das Leben wurde immer unerträglicher. Russen kamen zu uns und wollten noch einiges kaufen, aber wir hatten nichts mehr zu verkaufen. Selbst die Russen wunderten sich, daß wir noch in Königsberg waren. Sie sagten zu mir: "Frau, Du noch hier, warum nicht fahren nach Germanien?" Nach Berlin wollten sie auch gerne, aber Zivilrussen kamen nicht ins Reich, auch nicht nach Berlin.<<

Berlin: Da sich die Sowjetunion erwartungsgemäß nicht an die Abmachungen des Alliierten Kontrollrats hält, und die westlichen Alliierten nicht bereit sind, weitere Zugeständnisse zu machen, verschärfen sich allmählich die unüberwindlichen Gegensätze zwischen Ost und West.

Am 20. März 1948 findet die letzte Sitzung des Alliierten Kontrollrats statt. Marschall Wassili D. Sokolowski (1897-1968; ab 1946 Oberkommandierender der sowjetischen Truppen in der SBZ) protestiert gegen die antisowjetische Haltung der Westmächte und verläßt vorzeitig die Sitzung des Alliierten Kontrollrats.

Die Viermächte-Verwaltung Deutschlands wird damit beendet, denn der Alliierte Kontrollrat nimmt die Arbeit später nicht mehr auf. Danach beginnt der sog. "Kalte Krieg" mit scharfer Propaganda, Druckmitteln und Zwangsmaßnahmen aller Art. Dieser "Kalte Krieg" hat für Deutschland verhängnisvolle Folgen, denn er besiegelt langfristig die deutsche Spaltung. Er zwingt die Mittel- und Westdeutschen, Partei zu ergreifen, so daß die Wiedervereinigung Deutschlands jahrzehntelang unmöglich wird. Der wirtschaftliche und politische Aufbau Westdeutschlands und der militärische Schutz Westeuropas wird nachweislich mit dem vorläufigen Verzicht auf die Wiederherstellung Deutschlands erkauft.

Während des "Kalten Krieges" erlahmen die politischen Säuberungsmaßnahmen der Siegermächte zusehends, denn man benötigt jetzt auch die stärker belasteten NSDAP-Mitglieder für den Kampf gegen den Kommunismus oder den Kapitalismus und stuft sie deshalb nicht selten pauschal als Mitläufer ein.

US-Militärgouverneur Clay (1897-1978) berichtet später über die letzte Sitzung des Kontrollrats am 20. März 1948 und die Spannungen im Alliierten Kontrollrat (x299/146, x059/109):

>>... Nachdem der Dolmetscher die Übersetzung der sowjetischen Anwürfe beendet hatte, begann der britische Vertreter mit einer Erwiderung. Die sowjetische Delegation unterbrach

ihn grob, indem sie sich ohne Erklärung ... wie ein Mann erhob; Sokolowskij erklärte: "Ich finde es sinnlos, die Sitzung fortzusetzen, und ich erkläre sie hiermit für vertagt."
Ohne ein weiteres Wort machten die sowjetischen Vertreter auf den Absätzen kehrt und verließen den Konferenzsaal. ...<<
>>... Wir hatten viele Monate versucht, zu einer gemeinsamen Politik zu kommen, während die Sowjetunion rücksichtslos ihre eigene Politik betrieb; wir wollten nun nicht mehr länger warten, sondern versuchten, allein oder mit jenen zusammen, die sich uns anschließen würden, die Ziele zu erreichen, die wir alle uns in Deutschland gesteckt hatten.<<
Sir Brian Robertson (1896-1974, britischer General, 1947-1948 Militärgouverneur der britischen Besatzungszone, 1949-1950 Hoher Kommissar in der Bundesrepublik Deutschland) schreibt später über die Fehler der anglo-amerikanischen Besatzungspolitik (x128/194): >>... Frankreich, das weder in Jalta noch in Potsdam vertreten war, ist seitdem stets bestrebt gewesen, die Verantwortung für die Folgen dieser Konferenzen von sich zu weisen. Seine Einstellung zu Deutschland kam deutlich zum Ausdruck in der auf der Pariser Konferenz von Mai 1946 erhobenen Forderung, das Ruhrgebiet von Deutschland abzutrennen und durch eine internationale Behörde verwalten zu lassen. ...
Sehr bald erkannte ich, daß die Voraussetzungen, auf denen unsere Politik gegründet war, falsch waren und daß es auf die Ziele, die man erreichen wollte, überhaupt nicht ankam. Die eigentliche Gefahr für die Zukunft Europas und für den Frieden in der Welt war nicht Deutschland, sondern Rußland.
Das unmittelbare Ziel hatte nicht zu sein, Deutschland zu zerschlagen - es lag ja schon am Boden -, sondern es wiederaufzubauen und dabei so klug wie möglich vorzugehen. Wir mußten Deutschland retten - physisch vor Hunger, Schmutz und Not, geistig vor Verzweiflung und vor dem Kommunismus.
Den Amerikanern gingen erst bei der Moskauer Konferenz vom März 1947 endgültig die Augen auf. Dort ließ Rußland keinen Zweifel daran, daß es nicht die geringste Absicht hatte, Deutschland, wie in Potsdam vereinbart, als wirtschaftliche Einheit zu behandeln, oder den Deutschen zu erlauben, baldige Fortschritte im Sinne der Westmächte zu machen. Nun endlich wurde den Vereinigten Staaten klar, daß sie auf unabsehbare Zeit für die Ernährung Deutschlands, die Verwaltung der amerikanischen Zone und für die Verteidigung Europas eine gewaltige Last würden auf sich nehmen müssen, wenn sie weiterhin den Dingen Ihren Lauf ließen.<<
Der deutsche Historiker Ernst Deuerlein (1918-1971) berichtet später über die sowjetische Deutschlandpolitik (x128/195): >>Das Nebeneinander gegensätzlicher und einander sich ausschließender Äußerungen und Haltungen sowjetischer Funktionäre, vornehmlich Stalins, zur Frage der Behandlung Deutschlands nach dessen Besiegung und Besetzung, erschwert nicht nur die Charakterisierung und Festlegung der sowjetischen Deutschlandpolitik. Es macht zweifelsfreie Feststellungen über die tatsächlichen Absichten der Sowjetunion in Deutschland unmöglich. Möglich sind nur begründete Mutmaßungen. Erkennbar sind heute drei Richtungen:
1. Stalin verstand die Besetzung eines Teiles Deutschlands als Möglichkeit der Westverlagerung Polens und als Mittel zur Stärkung der Sowjetunion.
2. Die Gruppe um den 1948 verstorbenen sowjetischen Spitzenfunktionär Andrej A, Shdanow, der im Zweiten Weltkrieg die Verteidigung der eingeschlossenen Stadt Leningrad leitete und als Nachfolger Stalins galt, betrachtete die sowjetische Besatzungszone Deutschlands als ein "Sprungbrett, von dem aus sich die Bolschewisierung Westdeutschlands und danach ganz Westeuropas organisieren lasse.".
3. Stalins langjähriger Innenminister Berija soll, wie N. S. Chruschtschow im März 1953 mitteilte, vor allem nach dem Tode Stalins im Sommer 1953 willens gewesen sein, das Regime

von Pankow zu liquidieren. Er soll einem Arrangement mit Deutschland den Vorzug vor der Behauptung eines Teiles von Deutschland gegeben haben. ...<<
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Besatzungspolitik" in der SBZ (x009/66): >>... Die sowjetische Verwaltungsspitze wurde die "Sowjetische Militär-Administration" in Deutschland (SMAD) mit Sitz in Berlin-Karlshorst. ...
Die SMAD, die ein Veto hatte, ließ nur solche Kontrollratsbeschlüsse zu, die ihr zusagten. So wurde der Kontrollrat bald gelähmt, eine gemeinsame Besatzungspolitik war gescheitert.
Mit dem Aufbau eines neuen, bald rein kommunistischen Verwaltungsapparates entstand neben der SMAD ein Apparat, der jedoch schon auf der untersten Stufe sowjetisch gelenkt wurde.
Die Besatzungspolitik hatte 2 verschiedene Ziele:
1. die wirtschaftliche Ausbeutung der Zone und
2. die politische Bolschewisierung.
Nachdem alle Pläne, eine Vereinigung der Westzonen und der SBZ auf kommunistischer Grundlage herbeizuführen, gescheitert waren, ist seit etwa Anfang 1948 die Einbeziehung der SBZ in den Ostblock das wichtigste Ziel der sowjetischen Besatzungspolitik.<<

22.03.1948

Jugoslawien: Arbeitsverpflichtung von Volksdeutschen in der Baranja – Erlebnisbericht der Wilhelmine K. (x006/606): >>Wir mußten täglich Feldarbeit verrichten. ... Ohne Erlaubnis oder Genehmigung der Abteilung für innere Sicherheit konnte man vor Ablauf von 3 Jahren nicht in die Heimatdörfer zurück. Wir durften uns nur auf dem Staatsgut frei bewegen. ... Für unsere Arbeit erhielten wir nur eine geringe Bezahlung. ...<<

23.03.1948

SBZ: Der Landtag von Sachsen beschließt am 23. März 1948 ein "Gesetz zur Wahrung der kulturellen, sprachlichen und politischen Rechte der sorbischen Bevölkerung" (x112/478): >>... Die personelle Besetzung erfolgt auf Vorschlag der zugelassenen antifaschistischen sorbischen Organisation. ... Die Behörden ... haben die Pflicht, die sorbischen Kulturinteressen in jeder Weise zu fördern. ... In den sorbisch-deutschen Gebieten sind, der zahlenmäßigen Stärke der sorbischen Bevölkerung entsprechend, antifaschistisch-demokratische Sorben zur Verwaltung heranzuziehen.<<

24.03.1948

Jugoslawien: Am 24. März 1948 werden die letzten Konzentrationslager für Volksdeutsche aufgelöst (x025/26).
Volksdeutsche im Bezirk Hodschag in der Batschka – Erlebnisbericht des Bauern G. R. (x006/627): >>Nach dem 24.3.1948 wurden alle Deutschen, die noch arbeitsfähig waren, auf Staatsgüter (Kolchosen), Kohlengruben und andere staatliche Betriebe verteilt.
Jeder mußte einen 3jährigen Arbeitsvertrag unterschreiben. Die alten Leute und die Arbeitsunfähigen wurden in zentralen Heimen untergebracht, wo im allgemeinen ärmliche, aber menschliche Verhältnisse herrschten.<<

25.03.1948

Jugoslawien: Internierungslager Rudolfsgnad im Banat – Erlebnisbericht des Arztes Dr. K. F. (x006/507-512): >>Die meisten Lagerinsassen sind an den Folgen der Ernährungsstörungen und des Fleckfiebers (Herzmuskeldegeneration, Ödeme, Durchfall) gestorben. ...
Gestorben sind in Rudolfsgnad vom 10. Oktober 1945 bis 25. März 1948 insgesamt 9.503 Personen; davon waren 5.645 Frauen, 2.367 Männer, 746 Mädchen und 745 Knaben im Alter bis 14 Jahre. ...
Die durch das Absterben entstandenen Lücken sind durch neue Zugänge von Deutschen aufgefüllt worden. Anfang des Jahres 1947 kamen die Deutschen aus der Baranja, aus Slawonien, Bosnien und der Untersteiermark mit teilweise österreichischen und reichsdeutschen Staats-

bürgern, unter anderen die Mönche aus dem Kloster Travnik.
Anfang des Jahres 1948 sind die Lager Gakovo und Molidorf mit über 6.000 Vertriebenen nach Rudolfsgnad übersiedelt worden. Die Molidorfer Lagerinsassen sahen noch erbärmlicher aus als die Rudolfsgnader. In Molidorf wütete stark die Malaria und da keine Arzneimittel zur Malariabehandlung vorhanden waren, sahen die Leute so verfallen aus.
... Es sind 11 Erschießungen für 1946 und 3 für 1947 verzeichnet, alle außerhalb der Lagergrenzen; Ausnahmen waren 2 männliche Lagerinsassen aus Cestereg, die im Frühjahr 1947 beim Absägen eines Baumastes von einem Volkspolizisten ertappt und innerhalb des Lagers aus 30 m Entfernung erschossen wurden. ... Die Erschossenen waren alle von hinten, von der Rückseite, in Fluchtversuchstellung getroffen, nach der Einschußöffnung beurteilt.
Selbstmord verübten etwa 11 Personen aus Verzweiflung. ... 4 bis 5 Geisteskranke wurden in eine Irrenanstalt eingewiesen. - Jeder natürliche und unnatürliche Todesfall wurde registriert. Das von der Lagerverwaltung geführte Sterbebuch wurde nach der Auflösung des Lagers Rudolfsgnad nach Perlez verlegt. ...
Etwa 33.000 Volksdeutsche und Deutsche passierten das Konzentrationslager in Rudolfsgnad von Oktober 1945 bis Ende März 1948.
Das Lager Rudolfsgnad nannte sich zuerst "Konzentrationslager Rudolfsgnad" und "Arbeitssiedlung Rudolfsgnad" (Knicanin), dann "Zivillager Rudolfsgnad" und zuletzt "Arbeitssiedlung Rudolfsgnad - in Liquidierung". Für das alles, was in Rudolfsgnad war und was sich dort abgespielt hatte, war und blieb in Jugoslawien der amtliche Name: Arbeitssiedlung Rudolfsgnad. Der Vorsteher des Konzentrationslagers hieß zuerst: Lagerkommandant, dann Lagerverwalter (Direktor).
In Rudolfsgnad waren Volksdeutsche aus Jugoslawien, Rumänien, der Tschechoslowakei und österreichische und reichsdeutsche Staatsbürger interniert. Vor der Auflösung des Lagers wurden die hygienischen Vorbereitungen und Maßnahmen von einem Arzt des hygienischen Instituts in Neusatz überwacht. Es wurde eine Trockenkammer errichtet - die ... man wie das begonnene Bad aber nie fertigstellte. Es wurde ein amerikanisches Feldbad aufgestellt.
Anscheinend wollte man sämtliche Lager über Rudolfsgnad auflösen; da aber viele nach Rudolfsgnad eingewiesene Lagerleute - auch die, die bei Zivilpersonen arbeiteten - hygienisch nicht einwandfrei waren und dadurch nachteiligen Einfluß auf die hygienischen Verhältnisse im Rudolfsgnader Lager verursacht hätten, hat man davon abgesehen.<<
Rumänien: Judet Tarnava-Mare in Süd-Siebenbürgen – Erlebnisbericht der A. R. (x007/293):
>>Als wir schon dachten, daß wir diese Hölle nicht mehr aushalten würden, wurde es besser. Im Frühjahr 1948 wurde auf enteignetem sächsischen Grund eine Staatsfarm errichtet. Es erschien ein Ingenieur, der uns Sachsen im Gemeindehaus versammelte und uns aufforderte, auf der geplanten Staatsfarm zu arbeiten: "Ihr habt nichts mehr, jetzt werdet ihr Arbeit bekommen und es wird besser werden."
Das Gebiet der Farm umfaßte ein Drittel der Gemeinde und bestand aus ... sächsischem Boden. Die anderen 2 Drittel blieben in privatem Besitz der Zigeuner und Rumänen. Die Farm war zunächst nur mit dem enteigneten Vieh und Ackergeräten der Sachsen ausgestattet. ... Die Arbeiter der Farm waren durchweg Sachsen. Im ersten Jahr durften überhaupt keine Rumänen und Zigeuner angestellt werden.
Wir erhielten einen kärglichen Lohn, für den wir uns bis zur Erschöpfung schinden mußten. Da wir keine Lebensmittelkarten besaßen, mußten wir unsere Nahrung schwarz zu Wucherpreisen kaufen. Von den Erträgnissen der Farm erhielten wir nichts, diese wurden vollständig nach Schäßburg geschafft. Im 2. Jahr wurde von der Leitung der Farm eine Küche eingerichtet, wo wir Essen erhielten. Dieses Essen war jedoch so unzulänglich und schlecht, daß wir uns zusätzlich Lebensmittel kaufen mußten. ...<<

26.03.1948

Jugoslawien: Bescheinigung vom 26. März 1948 über die Entlassung aus dem Internierungslager Rudolfsgnad (x006/263E): >>Bescheinigung für K. W., ... die mit den Mitgliedern ihrer Familie ... von der Arbeitssiedlung entlassen und auf Arbeit zum Arbeitgeber P. ... (Landwirtschaftliches Gut des Gebietes) nach Mihajlovo eingewiesen wird, mit dem sie einen Arbeitsvertrag auf die Dauer von 3 Jahren schließen wird.
Der angeführte Ort wird zugleich als ständiger Aufenthaltsort bestimmt, welchen sie ohne Erlaubnis der Abteilung für innere Angelegenheiten weder verlassen noch ändern kann.
Nach der Ankunft in dem zugewiesenen Ort hat sie sich in der Anmeldestelle bzw. beim Ortsvolksausschuß zu melden.
Diese Bescheinigung dient nicht als Grundlage zur Erlangung eines ständigen Personalausweises.<<

USA: Die US-Regierung sendet am 26. März 1948 eine Protestnote an die Sowjetunion (x112/479): >>... Nicht die Westmächte und die Schaffung der Frankfurter Verwaltung sind Anlaß für die politische Teilung Europas, sondern das systematische einseitige Vorgehen der Sowjetregierung in ihrer Besatzungszone und das Verhalten der osteuropäischen Staaten.<<

31.03.1948

SBZ/Ostpreußen: Stadt Königsberg in Ostpreußen – Erlebnisbericht der Hildegard R. (x002/122): >>Frühjahr 1948 schlug dann die Stunde der Erlösung.
Ende März wurden wir auf Lastautos nach dem Güterbahnhof gebracht. (Wir waren) ein Häuflein in Lumpen und Kopftüchern, die nur ein Bündel mit Decken und anderen Habseligkeiten besaßen. Dort mußte man noch einige Male durch Kontrollen. In der Halle gab es Verkaufsstände mit Zucker, Brot und anderen Eßwaren. Auch Textilien wurden angeboten, und besonders seien noch Zigaretten genannt. Familien, in denen mehrere Arbeitskräfte waren, hatten dementsprechend auch Rubel verdient, und diese konnten Einkäufe tätigen. Wir wurden immer wieder darauf aufmerksam gemacht, daß es solche Dinge in Deutschland nicht gäbe.
Ein letzter Schreck kam noch hinzu, als wir mitten in der Nacht, schon im Güterwagen schlafend, aufgeweckt wurden und 6 überzählige Personen aussteigen mußten. Ich war auch darunter. Wir mußten auf den nächsten Transport warten. Ein paar Tage später stiegen Dankgebete gen Himmel, als sich die Güterwagen in Bewegung setzten. Und waren die Strapazen auch groß, größer war die Freude, unter deutsche Verwaltung und deutsche Menschen zu kommen.<<

Ausweisung aus Gumbinnen – Erlebnisbericht des Ernst W. (x002/867): >>Ende März erfuhren wir z.T. von Zivilrussen, daß wir nun bald fortkommen würden. Es dauerte auch nur noch einige Tage, bis ein russischer Politoffizier mit einem Dolmetscher aus Gumbinnen in Nemmersdorf eintraf, um die Personalien der Heimkehrer für die Transportliste fertigzustellen.
Schon 2 Tage danach begab ich mich mit gepacktem Rucksack, aufgerollter Schlafdecke und mit meinem Wanderstab nach Nemmersdorf. Von hier aus erfolgte der Abtransport mit Lastkraftwagen über Stobricken, Kampischkehmen und Fichtenwalde. ...
Auf dieser Abschiedsfahrt sah ich unseren herrlichen Fichtenwald wohl zum letzten Mal. Dort erblickte man nur noch Gestrüpp, Unkraut und dazwischen standen einzelne Laubbäume. Inmitten des ausgestorbenen Waldes stand einsam und verlassen ein (deutsches) Mahnmal: "Schonet den deutschen Wald, er bietet dir Erholung und schattigen Aufenthalt." Auch hier hatten die Kulturbringer des Ostens Bauschutt und sonstiges Gerümpel fuhrenweise abgeladen. ...<<

Jugoslawien: Bis Ende März 1948 werden die Internierungslager in mehreren Stufen aufgelöst.
Die noch Arbeitsfähigen weist man Staatsgütern und staatlichen Industriebetrieben zu, wo sie

meistens für zunächst 3 Jahre in ein sog. vertragliches Arbeitsverhältnis übernommen werden. Ausgangsbeschränkungen, Meldepflicht und Polizeikontrollen gehören weiterhin zum Alltag der Entlassenen (x006/114E).

Internierungslager Gakovo – Erlebnisbericht des Kaplans M. J. und des J. H. (x006/441): >>Im Lager Gakovo, das ... Mitte März 1945 errichtet wurde, sind bereits in den ersten 10 Monaten ca. 4.500 Personen gestorben, davon die Hälfte allein in den Monaten Dezember und Januar 1945/46 ...

Die Gesamtzahl der Sterbefälle bis zur Auflösung des Lagers im März 1948 beträgt ca. 8.900.<<

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtete im Jahre 1961 über das Internierungslager Rudolfsgnad (x006/593): >>Schon vor der Entlassung aus dem Lager hatte man darauf geachtet, die jüngeren männlichen Arbeitskräfte im Alter von 15-45 Jahren als Ersatz für die zu entlassenden deutschen Kriegsgefangenen, besonders aus den Kohlengruben, zwangsweise auf 3 Jahre für den Grubenarbeitsdienst zu verpflichten.

Die Entlassung aus dem Lager und aus der Internierung geschah mit der Verpflichtung zu einem 3jährigen "Arbeitsvertrag" und der gleichzeitigen Einweisung an einen bestimmten Ort und Arbeitsplatz, die ohne besondere Bewilligung weder verlassen noch gewechselt werden durften.

Einfacher machte man es mit jenen Lagerleuten, die in die Landwirtschaft eingewiesen wurden. Man leitete sie, ohne sie zu fragen, mit Transportzügen zu Hunderten und Tausenden unter Volkspolizei-Begleitung in die angeordneten Bestimmungsorte weiter. Die volksdeutschen landwirtschaftlichen Arbeiter hatte man für die Pionierarbeit in den Kolchosen, für den Aufbau der Kolchosen vorgesehen und bestimmt.

Die eigentliche Auflösung des Lagers Rudolfsgnad fiel in den Monat März 1948 und war bis Ende des Monats ziemlich durchgeführt. Man schickte die Leute in alle Windrichtungen.

Die größten Einweisungen erfolgten auf das Staatsgut "Belje" in der Baranja und das Staatsgut "Pantschowaer Ried" bei Belgrad. - Die verlassenen einsamen Alten und Kranken schickte man in das neugegründete Altersheim für Volksdeutsche nach Karlsdorf im Banat. ...<<

April 1948

>>Die Vögel sind geboren um zu fliegen und die Menschen um zu leiden.<< (Niederländisches Sprichwort)

01.04.1948

SBZ/Ostpreußen: Kreis Samland – Erlebnisbericht der F. M. (x002/162): >>Im April 1948 herrschte nochmals eine Fieberepidemie. Das Fieber hielt wochenlang bei den Erkrankten an. Ob es Malaria war, wußte man nicht, da kein Arzt für die Deutschen zuständig war. Auch diese Krankheit mußte ich 6 Wochen durchhalten und habe sie auch überstanden. Es gab aber auch einige Tote.

Anfangs waren die Zivilrussen sehr gegen die Deutschen. Die Gräber wurden geschändet, Kreuze, Blumen fortgenommen und das Vieh auf den Friedhof getrieben. Als bekannt wurde, daß man die Deutschen endlich ausweisen würde, wurde das Verhältnis ... erträglicher, ... weil sie noch die letzten Habseligkeiten der Deutschen erben wollten. Haussuchungen wurden ebenfalls noch vorgenommen, bis wir dann endlich soweit waren und unseren Rucksack nehmen durften.<<

Jugoslawien: Das Internierungslager Karlsdorf entwickelt sich seit April 1948 zu einem großen Alters- und Krankenheim für Volksdeutsche. Tausende von Arbeitsunfähigen werden aus den großen und kleineren Ortslagern nach Karlsdorf transportiert (x006/115E).

Lebensverhältnisse der Volksdeutschen im Banat – Erlebnisbericht der Korrespondentin Wilhelmine S. (x006/616-618): >>Nach der Auflösung der Lager wurden die Menschen in Frei-

heit gesetzt und aus den Lagern entlassen. Jene, die in Städten wie Betschkerek oder Kikinda, Werschetz gewohnt hatten, die mit Andersnationalen verheiratet und dadurch vom Lager verschont geblieben waren, nahmen diese Deutschen für kürzere oder längere Dauer auf. Es waren zumeist nur Frauen und Kinder. Von den Männern waren nicht mehr viele übrig.
Nur wenigen Frauen wurden Wohnungen zugewiesen. Die meisten mußten bei Verwandten unterschlüpfen, bis sie Arbeit fanden und ein möbliertes Zimmer bezahlen konnten. Schneiderinnen fanden am ehesten Arbeit in den staatlichen Schneiderwerkstätten. Auch Frauen, die gut kochen konnten und noch kräftig genug waren, die Strapazen ... auszuhalten, wurden in Betriebskantinen oder Gasthäusern angestellt. Sie bekamen den tariflichen Lohn wie jede andere. Am schlimmsten waren die Alten und die Schwachen oder Kranken dran, denn diese fanden schwer Aufnahme. Ich kannte eine Frau, die hatte 3 Jahre nach der Entlassung aus dem Lager Rudolfsgnad immer noch kein Zimmer. Sie schlief abwechselnd bei verschiedenen Bekannten, bis sich eine Frau ihrer erbarmte und sie zu sich ins Zimmer nahm. ...
Um mich und meine alte Mutter erhalten zu können, mußte ich um jeden Preis Arbeit finden. Ich ging also als Hausangestellte zu einer serbischen Familie, die mich von früher kannte, da sie einmal bei uns im Haus gewohnt hatten. Dort arbeitete ich fast ein Jahr, bis mich der Leiter eines staatlichen Betriebes, der vor dem Kriege ein eigenes Unternehmen geleitet hatte und mich aus unserem damaligen Betrieb gut kannte, rufen ließ und mich fragte, ob ich in seiner Abteilung, in der Buchhaltung und Kalkulation, arbeiten wollte. Ich sagte selbstverständlich zu, denn ich mußte Geld verdienen. Mein bisheriger Arbeitsplatz war mir schon fast gekündigt worden, da sich die Privathaushalte infolge der ungünstigen Wirtschaftsverhältnisse keine Angestellten mehr leisten konnten.
Bevor der Abteilungsleiter des staatlichen Betriebes - es war das größte staatliche Bauunternehmen Jugoslawiens in Betschkerek - mich aufnehmen konnte, gab es zwischen meinem Chef und dem kommunistischen Personalchef große Streitigkeiten. Der Personalchef (ein ehemaliger Spenglergehilfe und KP-Parteimitglied) wollte es nicht zulassen, daß man eine Deutsche in seinem Betrieb aufnehmen wollte. Erst als ihm der Betriebsdirektor und mein Chef erklärten, daß sie ohne geschulte Arbeitskräfte nicht arbeiten und daher auch nicht ihren Verpflichtungen nachkommen könnten, gab er nach, und ich wurde eingestellt.
Der Personalchef kam aber täglich ins Büro und beobachtete mich durch ein Fenster im Gang, wenn er vorüberging. Er sagte mir einmal, als er vor meinem Schreibtisch stand, daß er die Deutschen hassen würde, weil ihn die Deutschen während des Krieges in ein Konzentrationslager gesperrt hätten. Auf solche Reden konnte und wollte ich nicht antworten, schließlich konnte ich nichts dafür, daß ihm dies passiert war. - In diesem staatlichen Betrieb arbeitete ich 3 Jahre. ...
Ich muß der Wahrheit die Ehre geben und ausdrücklich betonen, daß die ungarische wie auch jene serbische Bevölkerung, die nicht zu den Kommunisten zählte, sich uns gegenüber hilfsbereit benommen hat, als wir aus dem Lager entlassen wurden und mit leeren Händen dastanden. Auch später, als wir schon in Arbeit standen, kann ich nicht behaupten, daß uns jemand - außer den Kommunisten - angegriffen hätte, weil wir Deutsche waren. Das Leben war in jener Zeit für alle schwer. ...
Von den zurückgebliebenen deutschen Kindern, die man in Kinderheimen untergebracht hatte, hörte man oft, daß sie nur noch serbisch sprechen und schreiben konnten. ... Solche Kindertragödien waren keine Seltenheit.<<

UdSSR: Die "Prawda" kommentiert am 1. April 1948 die letzte AKR-Sitzung (x112/485):
>>Die Zerstückelung Deutschlands ist vollendete Tatsache geworden.<<
Zwangsarbeitslager bei Charkow – Erlebnisbericht der Schülerin E. K. (x006/341-343):
>>Unsere (im Jahre 1946 gegründete Kulturgruppe) brachte es im Jahre 1948 schon zu Theatervorstellungen, Tanzrevuen und guten Musikveranstaltungen. So hatten wir ... jeden Sams-

tag einen Tanzabend.
Nach den großen Hungerjahren ... nahm allmählich das Interesse unserer Leute an den kulturellen Veranstaltungen zu. So dienten die verschiedenen Darbietungen an den Nachmittagen und Abenden zur allgemeinen Entspannung, Erholung und Überwindung unserer verzweifelten Lage. Zeitweise hatten wir auch Gastspiele aus den Kriegsgefangenenlagern mit ausgezeichneten Programmen.
Die religiösen Veranstaltungen (Gottesdienste usw.) wurden von russischer Seite nicht gern gesehen, jedoch toleriert. So konnten jährlich viermal ... heilige Messen gehalten werden. Es war natürlich nur möglich, weil wir 2 katholische Priester im Lager hatten. ... Hierbei muß jedoch erwähnt werden, daß wir in all den Jahren an beiden Weihnachtsfeiertagen arbeiten mußten. Das hinderte uns jedoch nicht, sehr zum Verdruß der Sowjets, die heiligen Messen nach getaner Arbeit am späten Abend zu feiern. Die Beteiligung an den Gottesdiensten war immer hundertprozentig.
Das sittliche Leben - da wir ja Frauen und Männer in einem Lager waren - blieb dank unserer Priester im Rahmen. In unserem Lager wurden heimlich durch Kaplan H. 3 Ehen geschlossen, die nach der Rückkehr in die Bundesrepublik ohne weiteres gesetzlich anerkannt wurden. Aus diesen Ehen stammten 3 Kinder, die gleichfalls heimlich getauft wurden. Da unsere Priester immer bemüht waren, die Moral aufrechtzuerhalten, waren sie den Russen stets ein Dorn im Auge. Man versuchte, sie immer wieder sittlich zu kompromittieren. So schickte man zum Beispiel einen Priester, der als Maurer im Lager arbeiten mußte, mit einer Frau für etliche Tage allein in einen entlegenen Wald, um das Haus eines Aufsehers zu renovieren.
Bei ihrer Rückkehr antwortete die Frau dem fragenden diensthabenden Offizier, wie es ihr ergangen war: "Das nächste Mal soll eine andere Frau geschickt werden, denn ich habe keine Lust, allabendlich den Rosenkranz zu beten."
Erwähnt muß werden, daß die Frauen im Lager von den Russen nicht belästigt wurden. ...
Im Jahre 1948 wurden plötzlich über 100 Personen aus unserem Lager nach Sibirien abkommandiert. Dies war jedoch keine Strafversetzung, sondern eine organisatorische Aktion. Um diese Lücke zu schließen, kamen junge Leute zu uns, ... die unweit von Charkow in einem Lager untergebracht worden waren.<<
SBZ: Die Bestimmungen für den Verkehr durch die sowjetische Besatzungszone (Interzonenverkehr) werden am 1. April 1948 nochmals verschärft.
WBZ: Der deutsche Jurist und SPD-Politiker Heinrich Troeger (1901-1975) schreibt am 1. April 1948 in seinem Tagebuch über die drohende Blockade Berlins (x112/485): >>Die Russen gehen nun daran, die anderen Besatzungsmächte aus Berlin herauszudrängen.
Das kostet Nerven. Man weiß nicht recht, wie die Amerikaner nach den vielen Beteuerungen, daß sie in Berlin bleiben würden, ohne einen erheblichen Prestigeverlust davonkommen sollen. Denn schließlich müssen zwei Millionen Berliner ernährt werden.
Man darf gespannt sein, was jetzt kommt.<<
02.04.1948
SBZ/Ostpreußen: Tapiau, Kreis Wehlau – Erlebnisbericht der Frieda R. (x002/857-858): >>Im April 1948 war ich endlich an die Reihe gekommen. Registriert wurden wir wohl oft, aber nun kam eine russische Ärztin zur Schule und sagte, in 4 Tagen geht ein Transport, wir sollten uns bereithalten und unsere Wäsche waschen - daß wir keine Läuse hätten, sehe sie uns schon an. (Wir sollten) für 10 Tage Verpflegung mitnehmen.
Der Tag kam, an dem wir unsere Fahrscheine in Empfang nehmen sollten. Natürlich strömte alles herbei, was laufen konnte. Der Dolmetscher trat vor die Tür und sagte, es wäre nicht nötig, daß alle hier herumstehen würden, er werde eine Liste verlesen. ... Die Belegschaft der Schule wurde aufgerufen, außer dem Heizer, ... der bei München beheimatet war und den es doch ganz besonders nach Hause zu den Eltern zog. Wir (Heimatlosen) fuhren doch in die

Fremde. ...
Wir stellten uns an, um unseren Schein zu empfangen. ... Nur 3 Personen standen vor uns. Da erschien der einarmige Direktor Nikolai Iwanowitsch, funkelte uns böse an und fragte, warum wir hier herumstehen würden, wir sollten an unsere Arbeit gehen. Wir erklärten ihm, daß wir unseren Fahrschein empfangen wollten, um am nächsten Tag abzufahren. Er stampfte mit dem Fuß auf und brüllte: "Aber ihr sollt doch nicht fahren!"
Darauf wandte er sich an den Beamten: "Kapitän, ich habe Ihnen doch gesagt, daß die Deutschen aus der Schule noch nicht fahren sollen." Der Kapitän reagierte nicht darauf, sagte nur "ladno" ("ist in Ordnung") und fertigte uns bangenden, zitternden Kreaturen den Fahrschein aus. Als wir den Fahrschein in Händen hielten, wollten wir ihn gegen alle Teufel verteidigen. Nikolai Iwanowitsch gab sich nicht damit zufrieden. Er ging ins Nebenzimmer und rief dem Beamten zu: "Kapitän, auf eine Minute bitte!" Der erwiderte: "Nachher!"
Glücklich, unseren Propusk (Fahrschein) in den Händen, zogen wir der Schule zu, um die letzten Vorbereitungen für die Reise zu treffen. An Arbeit dachte niemand mehr, aber unsere Freude sollte noch einen Dämpfer erfahren. Wir besprachen noch die Ereignisse der letzten Stunde, da erschien der russische Dolmetscher und meinte, daß er noch einmal den Fahrschein der Familie L. haben müßte, weil etwas nicht in Ordnung wäre. Die Familie L. protestierte und gab ihn natürlich nicht her.
Ich wollte nun Gewißheit haben, kam aus dem Nebenzimmer und fragte: "Willst Du meinen Fahrschein auch haben?" "Nein", sagte er, "dein Schein ist in Ordnung." Da wurde mir doch erheblich leichter ums Herz. Er verlangte immer wieder den Fahrschein, aber L. gab ihn nicht heraus. Nach vielem hin und her sagte der Dolmetscher zu L.: "Ist gut, wenn ihr mir den Schein nicht geben wollt, dann behaltet ihn, aber fahren dürft ihr trotzdem nicht. Wenn ihr auf den Bahnhof kommt und in den Zug steigt, werdet ihr hinausgeworfen und dann könnt ihr sehen, wo ihr bleibt."
Wir waren über so viel Gemeinheit entsetzt. Papa L. war wütend, die Mutti weinte, und das 3jährige Enkelkind stand sprachlos dabei. Es wußte ja nicht, worum es ging. Nikolai Iwanowitsch erschien auf der Bildfläche und versuchte die Familie zu trösten. Jetzt wäre es doch für das kleine Kind noch zu kalt. Dieses Mal würde es außerdem noch ein großes Gedränge geben, weil der Transport so groß wäre. ... In 4 Wochen würde wieder ein Transport gehen, und dann dürften sie mit, wenn der Papa L. die neuen Schulbänke fertig hätte, und es wäre doch sonst noch so viel zu tun. L. war Tischlermeister und reparierte hauptsächlich Schulbänke, welche die Engel im Paradies demolierten, und Spezialisten wurden von den Russen gern zurückgehalten.
Wir waren ratlos. ... Papa L. kannte einen russischen Offizier sehr gut, mit ihm wollte er sprechen, ob er vielleicht helfen könnte. Der Offizier konnte kein Deutsch und L. zu wenig Russisch, um ihm die Sache klar zu machen, und so ging ich mit, um zu dolmetschen. Ich hatte wenig Hoffnung, aber ich wollte nichts unversucht lassen. Der Offizier bedauerte L. ..., bemerkte aber, daß man ihn bei der sowjetischen Polizei nicht kennen würde und er deshalb nicht helfen könnte. ...
So mußte die Familie L. noch bis Mitte August 1948 in Tapiau bleiben.<<
WBZ: Die Presse berichtet am 2. April 1948 über das Ergebnis einer Besucherbefragung anläßlich der Ausstellung "Das neue Buch" in Opladen (x112/488): >>... Allen Gruppen gemeinsam ist das Motiv für den Bücherwunsch: Bildungsstreben.
Der Wunsch nach reiner Unterhaltungslektüre tritt zurück. Auffallend ist in allen Gruppen das geringe Interesse für literarische Novitäten. Es scheint jede intellektuelle Neugier nach neuen Strömungen in der Literatur zu fehlen.
Man hält sich dagegen an bewährte Namen oder an Werke, die Belehrung versprechen. Ungewöhnlich stark ist die Nachfrage nach den bekannten Dichtern des 19. Jahrhunderts, gleich-

gültig, welcher Schule. Vor allem die Jugend verlangt so gut wie ausschließlich nach ihnen.
Unter den Kopfarbeitern ist durchaus ein Gefühl für literarisches Preciosentum vorhanden, worauf die starke Nachfrage nach der Produktion des Insel Verlages hinweist. In dieser Gruppe wurde ebenso wie bei den Schülern auch Philosophie viel gefragt. Im allgemeinen überwiegt der Wunsch nach Autoren, die beschauliche Betrachtung versprechen. Der Geschmack des Publikums ist ausgesprochen konservativ.<<

03.04.1948

WBZ: Die "Rheinische Post" berichtet am 3. April 1948 über die Möglichkeit einer getrennten Staatenbildung in Deutschland (x112/488): >>Es gibt, wenn denn eines Tages der Westen tatsächlich ohne den Rest unseres Landes als souveräner Staat vor die Rampe der Weltbühne tritt, keine wirkliche Trennung, sondern nur eine vorläufige Hinderung.
Sowenig Europa kulturell an der Elbe endet, sowenig kann dieser Strom auf längere Zeit, geschweige denn auf Dauer, die deutsche Ostgrenze sein.
Wir werden den deutschen Osten in unseren Gedanken und Herzen bewahren bei jedem Schritt, den wir in den nächsten Wochen nach Westen tun. ...<<
Walter Müller-Bringmann berichtet am 3. April 1948 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/73-74): >>3. April 1948. Beim Bildersuchdienst in Friedland liegen über 23.000 Fotos von vermißten Wehrmachtsangehörigen vor. Das Rote Kreuz hat die Suchstelle eingerichtet. ...
Das Rote Kreuz hat nun planmäßig eine Suchaktion begonnen. ... Jeder ehemalige Gefangene, der das Lager durchläuft, wird nach seiner letzten Feldpostnummer gefragt. Dann wird nachgeschlagen, ob eine Suchmeldung über diese Einheit vorliegt. ...
Es gibt Heimkehrer, die unglaubliche Gedächtnisleistungen vollbringen. ... Die Bilder sind bei dieser Arbeit eine enorme Gedächtnisstütze. Leider sind es nicht nur freudige Nachrichten, die von den Angestellten des Lagers geschrieben werden können. ... Die Befragung ergibt auch oft genug die Mitteilung des Todes. ... Dann schreibt die (Lagerleitung): "Wir müssen Ihnen die traurige Nachricht übermitteln, daß heute von einem Kameraden ... mitgeteilt wurde, daß Ihr Sohn ... verstorben ist." ...
Vor allem werden sogenannte Schlüsselkräfte, also Offiziere und Lagerärzte, Sanitäter, Schreiber oder Kompaniefeldwebel sehr eingehend befragt. Denn diese wissen im allgemeinen ziemlich gut Bescheid ...<<

USA: Das europäische Wiederaufbauprogramm wird am 3. April 1948 verabschiedet. Bis zum 30. Juli 1952 erhalten z.B. England 3,176 Milliarden Dollar, Frankreich 2,706 Milliarden Dollar; Italien 1,474 Milliarden Dollar und Westdeutschland 1,389 Milliarden Dollar (x024/-225).
John F. Dulles (1888-1959; 1953-59 US-Außenminister, der den Kommunismus energisch bekämpft) schreibt später über den Marshall-Plan (x073/225-226): >>Das westliche Deutschland soll so schnell wie möglich dem westlichen Wirtschaftssystem eingegliedert werden.
Wenn ich dies sage, so denke ich nicht an eine permanente Teilung Deutschlands, aber der einzig mögliche Weg, auf dem man Deutschland einen kann, ist der, im Westen Europas einen Zustand zu schaffen, der so attraktiv ist und der für den Osten eine solche Anziehungskraft hat, daß die Sowjets nicht in der Lage sind, den Osten Deutschlands einzubehalten. Dann kann man Deutschland wieder zusammenbekommen.
Mit anderen Worten: Ich finde mich nicht notwendigerweise mit einer permanenten Teilung Deutschlands ab, sondern sage, daß der einzige Weg, Deutschland unter Bedingungen zusammenzubringen, die für uns akzeptabel sind, der ist, mit der Eingliederung des westlichen Deutschlands in die so gesunde und kraftvolle Wirtschaft Westeuropas zu beginnen. ...<<
Der deutsche Historiker Karl Dietrich Erdmann (1910-1990) schreibt später über den Marshall-Plan (x243/161): >>... Die Motive für den Marshall-Plan müßten vor allem in der ameri-

kanischen Überproduktion, im Willen zur Liberalisierung (Erleichterung) des Welthandels, aber auch im politischen und ideologischen Bereich gesehen werden.<<

05.04.1948

SBZ/Ostpreußen: Stadt Königsberg – Erlebnisbericht der A. F. (x002/861-862): >>Unsere Freude kannte keine Grenzen, als wir die Ausreisegenehmigung der sowjetischen Behörden erhielten. Ein Mann und eine Frau, die sich vollkommen auf eine Nachbarin verlassen hatten und schon im voraus eine Gegenleistung gegeben hatten, waren ganz unglücklich, daß sie keine Ausreisepapiere bekamen. Eine Bekannte besaß noch eine goldene Brosche für die größte Not. Sie war bereit, dieses Schmuckstück zu opfern, wenn diesen beiden Deutschen dadurch die Ausreisegenehmigung beschafft werden könnte. Sie ging mit ihnen zur Miliz. Dort bekamen sie schließlich ohne zusätzliche "Geschenke" die Ausreisegenehmigung. ...

Wir gingen schon zeitig zur Miliz, wo wir uns versammeln sollten. Alle waren in großer freudiger Erregung. Aus dem Lautsprecher erklangen deutsche Heimatlieder. Mit Lastwagen wurden wir zur Bahn gefahren. Zum letzten Mal fuhren wir durch die Ruinenstraßen unserer Heimatstadt. Ein kurzer Augenblick der inneren Einkehr erfaßte mich, als wir am "Kaiser-Wilhelm-Platz" vorbeifuhren. Das Denkmal Kaiser Wilhelm I. stand noch unzerstört dort. Mit erhobenem Schwert grüßte uns der alte Kaiser zum letzten Mal, als wollte er uns mit auf den Weg geben: "Ich halte Wacht, bis ihr wieder zurückkommt."

In schneller Fahrt ging es weiter. Auf dem Rangierbahnhof angekommen, sahen wir schon viele Deutsche. Wer noch Rubel hatte, konnte noch Wurst, Brot, gute Seife, Zigaretten, Schokolade, Zucker, Lederhandschuhe usw. einkaufen. Diese Stände waren aber nur für Deutsche.

Impfungen fanden auf dem Bahnhof statt. Vor der Ausreise mußten wir auch noch zur ärztlichen Untersuchung, ob wir frei von Ungeziefer waren. Dieser Untersuchungsschein mußte mit der Ausreisegenehmigung vorgelegt werden.

Auf dem Bahnhof wurde uns nochmals eine Ladung Läusepulver in den Nacken gestreut. Dann ging es zur Kontrolle. Verdächtige Personen mußten zur Leibesvisitation. Unser Zug hatte 42 Waggons. (Es waren) große Güterwagen, 50 Tonnen. In jedem Waggon waren 40 bis 45 Personen. In der Mitte des Waggons stand ein eiserner Ofen. ...

Für Verpflegung mußten wir selber sorgen. ... Die Waggons wurden verschlossen, aber nicht verplombt, wie bei früheren Transporten. Der Zug verließ Königsberg. Auch jetzt (fühlte ich) keinen Trennungsschmerz. ...

Bei wunderbarem Frühlingswetter sind wir abgefahren. Die ostpreußischen Fluren und Felder sahen wir fast unbestellt. In südlicher Richtung ging es jetzt durch das polnisch besetzte Ostpreußen. Hier waren die Felder etwas mehr bestellt. Über Thorn, Bromberg usw. ging die Fahrt ... über Berlin bis nach Pasewalk.

In Pasewalk wurde jeder Transport registriert. Dann fuhren wir wieder zurück über Berlin bis Storkow, wo wir nachts ausgeladen wurden. Wer nicht mehr weiter konnte, wurde mit Lastautos nach Küchensee ins Quarantänelager gefahren. Die anderen mußten zu Fuß gehen. Nach 6tägiger Reise hatten wir das Ziel erreicht.<<

USA: Das US-State Departement berichtet dem nordamerikanischen Senat am 5. April 1948, daß die sowjetische Behauptung zurückgewiesen wurde, wonach die Oder-Neiße-Linie die endgültige deutsch-polnische Grenze sei (x028/244).

06.04.1948

SBZ/Ostpreußen: Tapiau, Kreis Wehlau – Erlebnisbericht der Frieda R. (x002/859): >>Am 6. April nahmen wir Abschied von den zurückbleibenden Deutschen. Der Direktor, seine Vertreterin und (der) Arbeitskommandant sowie mehrere Mädel aus dem Internat ... hatten sich eingefunden, um uns eine gute Reise zu wünschen. Den Mädels, denen ich bei den deutsch-russischen Übersetzungen geholfen hatte, versprach ich noch, zu schreiben, habe es aber später nie getan.

Als der Arbeitskommandant mir die Hand reichte, sagte ich zu ihm: "Nun bist du glücklich, daß du die Sarasa (Pest) los bist." Er lächelte ganz verlegen und sagte: "Aber nein, nein."
Am Bahnhof stand ein Güterzug, in den wir ohne Kontrolle einsteigen durften. Von benachbarten Kolchosen trafen noch Deutsche ein, und so füllte sich der Zug. Ein Trupp "wandelnder Leichen", könnte man sagen, ging den Bahnsteig entlang, Ich hatte sie noch nie im Straßenbild von Tapiau gesehen, es waren mehrere Frauen mit Kindern. Die Russen wurden aufmerksam und steckten die Leute in einen schadhaften leeren Waggon. Was aus den Leuten geworden ist, kann ich nicht sagen, denn ich habe sie nie wieder gesehen. Nicht in Königsberg, wo wir uns stundenlang in einer großen Halle herumdrückten, wo es fast alle Lebensmittel zu kaufen gab, noch auf der Fahrt, wenn der Zug auf offener Strecke hielt und wir den Acker düngen durften. Es war ein seltenes Bild, wenn sich 2.300 Menschen auf dem Felde verteilten, denn auf Bahnhöfen hielt der Zug nicht. ...<<

07.04.1948

SBZ/Ostpreußen: Kreis Heiligenbeil – Erlebnisbericht des Gärtners A. R. (x002/141): >>Beim 2. Transport nach Deutschland, am 7. April 1948, waren auch wir dabei.
Der Rest unserer Verwandten, der noch zurückbleiben mußte, kam mit dem 3. Transport im Oktober 1948 heraus.<<
Vertreibung aus dem Kreis Wehlau – Erlebnisbericht der Frieda R. (x002/859-860): >>Unser Zug blieb in der Nacht auf dem Bahnhof in Tapiau stehen und fuhr am 7. April morgens nach Königsberg.
Wir wurden in eine Halle geschleust, wo wir unsere Rubel an den Mann bringen mußten, denn mitnehmen durften wir keine Rubel und hatten auch kein Verlangen danach. Dann ging es durch die Kontrolle. Ich wurde nach Geld gefragt, ich hatte 700 RM, durfte 200 RM behalten und bekam eine weiße Quittung, daß mir laut Devisengesetz 300 RM (!) abgenommen wurden und ich innerhalb von 6 Monaten dagegen Einspruch erheben kann. Als ich fragte: "Warum nehmt ihr uns das Geld fort, wir brauchen es doch", meinte er: "Das ist Gesetz" und schob mir einen 50 RM-Schein hin. Er faßte in meine Tasche und holte mein Sparbuch heraus, in dem noch Fotos und Adressen waren und warf alles in eine große Kiste, wo schon vieles drin lag. "Ich brauche die Adressen", sagte ich. "In Deutschland ist ein Suchdienst, da kannst du alles haben", erwiderte er. ... Andere mußten Leibesvisitationen über sich ergehen lassen und es gab manchen Krach.
An einem anderen Tisch mußten wir unseren Fahrschein abgeben und wurden in einer Liste registriert, auf der schon die Waggonnummer angegeben war. Wir traten an eine Sperre, wurden laut Liste aufgerufen. ... Ein Soldat mit Gewehr führte uns mit der strengen Weisung zum Waggon, ihn nicht zu verlassen. - So füllte sich langsam der Zug. In jedem Waggon waren etwa 40 bis 50 Personen.
Es war schon ganz dunkel, da hieß es plötzlich, alle Deutschen sollten ohne Gepäck den Waggon verlassen und davor stehen bleiben. Wir waren mißtrauisch, aber als dann ein Offizier mit 2 Soldaten kam, mußten wir ... gehorchen. Die Russen kletterten hinein und durchsuchten den Wagen nach Spionen oder blinden Passagieren, darauf nahm der Offizier die Liste, und wer gerufen wurde, mußte einsteigen.
Der Offizier gab dem Soldaten die strenge Weisung, gut achtzugeben und nur keine Unbefugten einsteigen zu lassen. Als alle eingestiegen waren, wurde nochmals gezählt, und es stimmte. Der Offizier sagte uns, daß er den Zug bis Pasewalk begleiten würde, in welches Lager wir kämen, wüßte er nicht. Die Wagen wurden fest verschlossen und die Nacht über streng bewacht. Wir hörten die Posten an beiden Seiten des Zuges entlanggehen, sogar über die Waggondächer gingen sie.<<

CSR: Nach dem Staatsstreich verschärft sich der antijüdische Kurs der Kommunisten. Die am 7. April 1948 vorgenommene Revision des Restitutionsgesetzes schließt sämtliche Wieder-

gutmachungsverpflichtungen aus, wenn sie gegen das öffentliche Interesse verstoßen (x004/-103).

08.04.1948

SBZ/Ostpreußen: Vertreibung aus dem Kreis Wehlau – Erlebnisbericht der Frieda R. (x002/-860): >>Am 8. April fuhr der Zug morgens aus Königsberg ab, die Wagen blieben geschlossen, bis wir über Preußisch Eylau hinaus auf polnischem Gebiet waren.

Durch Spalten in den Waggonwänden sahen wir ... nur verödetes, verkrautetes Land, wo einst mit Roggen bebautes Land war. Das gleiche Bild wie in Tapiau.

Die Heimat war unter dem russischen Regime keine traute Heimat mehr. Sie sah uns vielmehr mit traurigen Augen an, und trotz allem Schweren, das wir dort erleben mußten, fiel uns der Abschied nicht leicht.<<

Ostdeutschland: Gefängnis in Marienburg, Westpreußen – Erlebnisbericht der Bäuerin Berta P. (x002/478): >>Nach 20 Monaten kam ich ... nach Bromberg zur Miliz.

Dort wurde ich 14 Tage festgehalten. ... Ich mußte ... Lederstühle 2 Etagen heruntertragen. Als ich die Stühle absetzte, bekam ich vom Kommandanten gleich einen Tritt mit dem Stiefel ins Gesäß, daß mir das Bewußtsein schwand. Als ich zu mir kam, stand er mit der Reitpeitsche (vor mir) und schrie: "Du Kurva (Hure), Dir werde ich helfen." ...

Bei der Miliz war die Hölle auf Erden. ...<<

10.04.1948

SBZ/Ostpreußen: Ausweisung aus Gumbinnen – Erlebnisbericht des Ernst W. (x002/867-868): >>Bei unserer Ankunft auf der Verladerampe stand schon der Transportzug - bestehend aus geschlossenen Viehwagen ohne Sitzgelegenheiten - für unsere Abreise bereit.

Eine Anzahl Gumbinner Landsleute hatte sich eingefunden, um sich von uns zu verabschieden. Am Abend des gleichen Tages ging die Fahrt bis Königsberg. Hier mußte alles aussteigen und sich in einer nahegelegenen Halle zur Paßkontrolle begeben. Einzeln mußten wir durch eine Sperre, die von Zollbeamten besetzt war und unseren russischen Ausweis, sowie die Brieftasche zur Einsichtnahme abgeben.

Es sollte hier festgestellt werden, ob man noch alte Reichsbanknoten und sonstige verdächtige Papiere bei sich hatte. Wer größere Altgeldbeträge bei sich trug, dem wurden diese Geldscheine, ohne ein Wort zu sagen, von den Zollbeamten eingezogen. Sogar Sparkassenbücher wurden den ahnungslosen Menschen gestohlen.

Nach Erledigung all dieser Formalitäten durften wir dann abgezählt, zu je 30 Personen, die vorgeschriebenen numerierten Personenwagen besteigen. Für jeden dieser Wagen wurde ein Transportführer bestimmt, der für Ordnung und Sauberkeit zu sorgen hatte. Daraufhin wurde der Wagen abgeschlossen und verplombt. Russische Posten patrouillierten zu beiden Seiten mit ... Gewehren, bis sich der Zug in Bewegung setzte.

... Die Fahrt ging über Braunsberg - Allenstein - Osterode bis hinaus nach Pasewalk in Pommern. Dort wurden wir auf deutschem Boden vom Roten Kreuz verpflegt. Es war nach der jahrelangen Trennung ein eigenartiges Gefühl, jetzt mit freien Menschen über die Verhältnisse im übrigen Reich offen sprechen zu können. Eine andere Welt tat sich vor unseren Augen auf. Die Kinder, Kranken und alten Leute wurden hier in rührender Weise von den Helferinnen des DRK betreut.

Dann ging die Fahrt über Berlin - Potsdam bis zum Quarantänelager Suhl (Thüringen). In den 2 Wochen Quarantänezeit versuchte nun jeder, Verbindung mit seinen Angehörigen zu bekommen.<<

Jugoslawien: Lebensverhältnisse der Volksdeutschen im Banat – Erlebnisbericht des Pfarrers Franz W. (x006/622): >>Nach der Entlassung aus dem Lager wurde 1948 bekanntgegeben, daß man die jugoslawische Staatsangehörigkeit erwerben könne.

Man war verpflichtet, sich in der Gemeinde zu melden. Wir mußten eine Unterschrift leisten

und schon waren wir jugoslawische Staatsbürger. So schnell es gegangen war, die Staatsbürgerschaft zu verlieren, so schnell ging es auch, sie wieder neu zu erlangen. Ich nahm die Staatsbürgerschaft an, weil ich der Pfarrer, den Behörden immer ein Dorn im Auge war. ...
Ich habe diese Staatsangehörigkeit später aber wieder gekündigt. ...<<
Berlin: General Clay warnt am 10. April 1948 das US-Kriegsministerium (x116/233): >>Die Tschechoslowakei haben wir verloren. ...
Wenn Berlin fällt, folgt Westdeutschland als nächstes. Wenn wir beabsichtigen, Europa gegen den Kommunismus zu halten, dürfen wir uns nicht von der Stelle rühren. Wir können Demütigungen und Druck, die nicht zum Krieg führen, in Berlin einstecken, ohne das Gesicht zu verlieren. Wenn wir fortgehen, gefährden wir unsere europäische Position.
Falls Amerika dies jetzt nicht versteht, wenn es nicht begreift, daß die Würfel gefallen sind, wird es nie zu dieser Erkenntnis kommen, und der Kommunismus wird alles überrennen.
Ich glaube, die Zukunft der Demokratie verlangt von uns, daß wir bleiben.<<
WBZ: In Nürnberg werden am 10. April 1948 im sog. "Einsatzgruppen-Prozeß" (Fall IX) 22 ehemalige SS-Führer verurteilt. 14 Angeklagte werden zum Tod durch den Strang verurteilt (x112/492).
Der deutsche Oberstaatsanwalt Alfred Streim (1932-1996) schreibt später über den "Ohlendorf-Prozeß" (x051/427): >>Ohlendorf-Prozeß (Einsatzgruppen-Prozeß), Verfahren des Militärgerichtshofs II der USA in Nürnberg gegen den ehemaligen Chef der Einsatzgruppe D, Otto Ohlendorf, und 23 andere frühere Angehörige der Einsatzgruppen wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Kriegsverbrechen und Mitgliedschaft in verbrecherischen Organisationen (Fall 9).
Den Angeklagten wurde vorgeworfen, Hunderttausende von Menschen aufgrund eines Führerbefehls allein wegen ihres Glaubens und ebenso viele Menschen, die man als "politisch verseucht und als rassisch sowie geistig minderwertige Elemente" bezeichnete, ermordet zu haben.
Das Verfahren wurde seinerzeit von der Presse als der größte Mordprozeß der Geschichte bezeichnet. Nach Anklageerhebung verübte ein Angeklagter Selbstmord und während der Hauptverhandlung wurde das Verfahren gegen den ehemaligen Chef der Einsatzgruppe C, Otto Rasch, wegen Verhandlungsunfähigkeit abgetrennt. Rasch starb am 1.11.48.
Durch Urteil vom 10.4.48 wurden Ohlendorf und 13 weitere Angeklagte zum Tod durch den Strang verurteilt, zwei Angeklagte erhielten lebenslänglich und fünf zeitige Freiheitsstrafen von drei bis 20 Jahren.
Der zum Tod verurteilte frühere Chef der Einsatzgruppe A, Eduard Strauch, wurde an Belgien ausgeliefert und dort noch einmal zum Tod verurteilt. Er starb in der Haft.
Vier Todesurteile wurden bestätigt, u.a. das gegen Ohlendorf; die Restlichen wandelte der US-Hochkommissar McCloy am 31.1.51 im Gnadenweg in lebenslängliche Freiheitsstrafen um. Zugleich setzte er alle weiteren Strafen herab.<<

11.04.1948

Frankreich: Raymond Aron schreibt am 11. April 1948 in der Pariser Tageszeitung "Le Figaro" über die Verdrängung der kommunistischen Verbrechen (x087/128): >>Wer ein Regime, das Konzentrationslager einrichtet und eine politische Polizei unterhält, die jene des Zaren weit übertrifft, als Station auf dem Weg der Befreiung der Menschheit betrachtet, der verläßt die Grenzen selbst der für Intellektuelle noch erträglichen Idiotie. ...<<

12.04.1948

SBZ: Der SMAD-Befehl Nr. 60 vom 12. April 1948 regelt die "Transporte und die Sicherung der Reparations- und Export-Importgüter" in der sowjetischen Zone (x112/492-493): >>Die zivilrechtliche und strafrechtliche Verantwortung für die Unversehrtheit der Güter ... wird auferlegt:

a) bis zur Übernahme des Gutes durch die Eisenbahn von der Firma und den Unternehmen der Aktiengesellschaften – diesen Firmen und Unternehmen,
b) während des Transportes der Güter auf der Eisenbahn und den Wasserverkehrswegen ... der deutschen Verkehrsverwaltung,
c) für Güter, die durch die Aktiengesellschaft "Derutra" ... angenommen wurden – der Aktiengesellschaft "Derutra". ...
Der Personalbestand der Eisenbahnpolizei ist ... auf 7.400 Mann zu erhöhen<<

13.04.1948

CSR: Die Regierung der Tschechoslowakischen Republik beschließt am 13. April 1948 ein Gesetz über die Wiederverleihung der tschechoslowakischen Staatsbürgerschaft an Personen deutscher und madjarischer Nationalität (x004/308-309): >>... § 3 (1) Die tschechoslowakische Staatsbürgerschaft darf nur einem Gesuchsteller wieder verliehen werden, der die Pflichten eines tschechoslowakischen Staatsbürgers nicht verletzt, keine andere Staatsangehörigkeit erworben und seinen ständigen Wohnsitz im Gebiete der Tschechoslowakischen Republik hat.
(2) Ein Gesuchsteller, der das 14. Lebensjahr erreicht hat oder es spätestens am letzten Tage der für die Einbringung der Gesuche gesetzten Frist erreicht, muß darüber hinaus eine seinen Verhältnissen angemessene Kenntnis der tschechischen oder der slowakischen Sprache nachweisen. ...
§ 7 Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Kundmachung in Kraft, es wird vom Minister des Innern im Einvernehmen mit den beteiligten Mitgliedern der Regierung durchgeführt.<<

15.04.1948

Ostdeutschland: Kreis Kulm in Westpreußen – Erlebnisbericht der Annemarie M. (x002/-510): >>Nach über 2 Jahren kamen ... meine Kinder im Jahre 1948 nach Schwetz zurück.
Als ich sie dann zum ersten Mal besuchen wollte, wurde es mir nicht erlaubt. Ich erhielt keinen Passierschein. Es wäre (für Deutsche) verboten, von einem Kreis in einen anderen Kreis zu gehen. Die Sehnsucht nach den Kindern trieb mich dann dazu, auszurücken. Eine Polin aus dem Dorf gab mir das Reisegeld bis nach Kulm und zurück. Von Kulm nach Schwetz, etwa 9-10 km, ging ich zu Fuß. In Schwetz angekommen, wurde ich den Kindern vorgestellt. Ich war ihnen schon ganz entfremdet. ...<<

Rumänien: Hermannstadt in Süd-Siebenbürgen – Erlebnisbericht des Fabrikanten Viktor F. (x007/296): >>Im April 1948 wurde ... ein Großteil der privaten Häuser ohne Entschädigung verstaatlicht.
Mein letzter Besitz, Haus und Garten, ... wurde auch enteignet. Ich durfte noch weiter im Hause wohnen und bekam ein Zimmer zugeteilt, für das ich noch monatlich 500 Lei bezahlen mußte. Alle übrigen Räume, sofern sie nicht schon früher requiriert (beschlagnahmt) waren, wurden von kommunistischen Arbeitern belegt. In den 7 Zimmern meines Hauses wohnten nunmehr 6 Parteien, wovon 5 gemeinsam die Küche benutzten. ...<<

WBZ: Die "Neue Zeitung" veröffentlicht am 15. April 1948 einen Text des Schriftstellers Wolfgang Borchert (1921-1947), der auf die Orientierungslosigkeit der Kriegsheimkehrer hinweist (x115/101-102): >>... Wir sind die Generation ohne Bindung und ohne Tiefe. Unsere Tiefe ist der Abgrund.
Wir sind die Generation ohne Glück, ohne Heimat und ohne Abschied. Unsere Sonne ist schmal, unsere Liebe grausam, unsere Jugend ist ohne Jugend.
Und wir sind die Generation ohne Grenze, ohne Hemmung und Behütung - ausgestoßen aus dem Laufgitter des Kindseins in eine Welt, welche die uns bereiten, die uns darum verachten.
Aber sie gaben uns keinen Gott mit, der unser Herz hätte halten können, wenn die Winde dieser Welt es umwirbelten. So sind wir die Generation ohne Gott, denn wir sind die Generation ohne Bindung, ohne Vergangenheit, ohne Anerkennung.
Und die Winde der Welt, die unsere Füße und unsere Herzen zu Zigeunern auf ihren heiß-

brennenden und mannshoch verschneiten Straßen gemacht haben, machten uns zu einer Generation ohne Abschied.
Wir sind die Generation ohne Abschied. Wir können keinen Abschied leben, wir dürfen es nicht, denn unserm zigeunernden Herzen geschehen auf den Irrfahrten unserer Füße unendliche Abschiede.
Oder soll sich unser Herz binden für eine Nacht, die doch einen Morgen zum Morgen hat? Ertrügen wir den Abschied?
Und wollten wir die Abschiede leben wir ihr, die anders sind als wir und den Abschied auskosteten mit allen Sekunden, dann könnte es geschehen, daß unsere Tränen zu einer Flut ansteigen, der keine Dämme und wenn sie von Urvätern gebaut wären, widerstehen.
... Wir sind eine Generation ohne Heimkehr, denn wir haben nichts, zu dem wir heimkehren könnten und wir haben keinen, bei dem unser Herz aufgehoben wäre – so sind wir eine Generation ohne Abschied geworden und ohne Heimkehr. ... <<

16.04.1948

SBZ: In der SBZ und in Ost-Berlin dürfen keine westlichen Zeitungen mehr verkauft werden.
Walter Ulbricht hält am 16. April 1948 vor den Studenten der "Parteihochschule Karl Marx" in Ost-Berlin ein Instruktionsreferat.
Der deutsche Historiker Wolfgang Leonhard (1921-2014), der damals an dieser Veranstaltung in Ost-Berlin teilnimmt, berichtet später (x156/64): >>... Am 16. April 1948 hielt Walter Ulbricht ein 5stündiges Referat über die allgemeine Situation in der Sowjetzone, um uns auf bevorstehende Veränderungen hinzuweisen. Ulbricht sprach offen über Dinge, die teilweise erst ein halbes Jahr später "offiziell" wurden. Die wichtigsten Feststellungen seines Instruktionsreferates waren folgende:
In der Zeit von 1945 bis 1947 konnten viele Fragen nicht offen gestellt werden. Die SED mußte schrittweise vorgehen, sowohl aufgrund der ideologisch-politischen Rückständigkeit in der Partei als auch aus außenpolitischen Gründen.
1947 waren die Grundlagen einer antifaschistisch-demokratischen Grundlage geschaffen. Jetzt, im Frühjahr 1948, da 40 % der Produktion in den Händen volkseigener Betriebe liegt und der Kapitalismus entscheidend geschwächt ist, kann man diese Periode als beendet betrachten. Das gleiche gilt für die Landwirtschaft. Die Bodenreform ist abgeschlossen, der Großgrundbesitz endgültig und unwiderruflich aufgeteilt. Jetzt kommt es darauf an, sich auf die Klein- und Mittelbauern zu stützen und eine Organisation zur Zurückdrängung der Großbauern zu schaffen.
Durch die weitgehenden Veränderungen der gesellschaftlichen Verhältnisse, erklärte Ulbricht, habe sich der Klassenkampf zugespitzt, aber die Formen und Methoden des Klassenkampfes seien anders geworden. "Wir haben jetzt die Möglichkeit unsere Forderungen mit Hilfe des Staatsapparates durchzusetzen. Auf der anderen Seite müssen wir bestrebt sein, mehr die Massenorganisationen zu aktivieren und damit die Blockpolitik ihrem Wesen nach zu verändern." Unsere Partei ist zu einer Staatspartei geworden, die die Hauptverantwortung für die Lösung aller Fragen der Volkspolizei, der Wirtschaftsplanung, der Landwirtschaft und der Kulturpolitik trägt.
Die "Blockpolitik" hat in der ersten Phase eine große Rolle gespielt. Jetzt werden jedoch die reaktionären Kräfte in den bürgerlichen Parteien wieder lebendig, um unter dem Vorwand der "Überprüfung" unsere Maßnahmen rückgängig zu machen.
Wir werden auch jetzt noch nicht den Weg zum Einparteiensystem beschreiten, aber dafür sorgen, daß unsere Partei die führende und tragende Kraft im Staate ist. Wir müssen aber auch in dieser neuen Periode mit den anderen Parteien zusammenarbeiten. "Vielleicht wäre es nicht schlecht, noch ein paar neue zu gründen", meinte Olbricht sarkastisch lächelnd.
Wir wußten, daß dies nicht so hingesagt war – tatsächlich wurde 2 Monate später die Grün-

dung der "National-Demokratischen Partei" und der "Demokratischen Bauernpartei" bekanntgegeben. Beide hatten das Ziel, die bestehenden bürgerlichen Parteien (Sowjetzonen-CDU und LDP) zu schwächen und die außerhalb der SED stehenden politischen Kräfte aufzusplittern.
Durch dieses Instruktionsreferat von Ulbricht wurden wir auf der Parteihochschule bereits Mitte April auf jenen politischen Kurswechsel vorbereitet, der im Sommer und Herbst 1948 das gesamte Leben in der Sowjetzone weitgehend verändern sollte.<<

23.04.1948

SBZ: Der Eisenbahngüter- und Personenverkehr zwischen den Westzonen und Berlin wird am 23. April 1948 vorübergehend unterbrochen.
Der SMAD-Befehl Nr. 76 vom 23. April 1948 ordnet eine weitere Konzentration der Wirtschaft in der sowjetischen Zone an (x112/500): >>Es werden "Vereinigungen volkseigener Betriebe" auf der Grundlage betriebsfachlicher Gliederung geschaffen.
Für die Leitung der volkseigenen industriellen Betriebe, zwecks ihrer Entwicklung und zur Kontrolle ihrer Tätigkeit, werden bei der Deutschen Wirtschaftskommission entsprechende Hauptverwaltungen geschaffen. Die allgemeine Richtung und Koordinierung der Tätigkeit der volkseigenen Betriebe in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands wird durch die Deutsche Wirtschaftskommission durchgeführt. ...
Die in den Ländern bestehenden Hauptverwaltungen der volkseigenen Betriebe werden ... dem Sekretariat der Deutschen Wirtschaftskommission unmittelbar unterstellt. ... Dies gilt insbesondere für die Maßnahmen zur finanziellen Neuordnung der bisherigen Organisation der volkseigenen Betriebe in den Ländern.<<

29.04.1948

WBZ: Der deutsche Arzt und Schriftsteller Paul Lüth (1921-1986) schreibt am 29. April 1948 über die Diskussionen um die Hauptstadt Berlin (x112/502): >>Traurig, daß uns eine Hauptstadt fehlt. Berlin liegt zu exponiert, wer weiß, wie lange sie noch "Hauptstadt" sein kann.
Gewiß ist noch alles andere, was es an Städten gibt, gegen Berlin Provinz. Aber selbst der große Becher (gemeint ist Johannes R. Becher) meinte, wenn die Amerikaner fortgingen, würde die lebendige geistige Bewegung dort bald ermatten.<<

30.04. 1948

Rumänien: Hermannstadt in Süd-Siebenbürgen – Erlebnisbericht der Eva K. (x007/296-297): >>Familien wurden auf engstem Raum zusammengedrängt; alte erwerbslose Leute wurden mit völlig fremden Personen in einem Zimmer untergebracht. Die Aufteilung eines Raumes durch Schränke und Vorhänge war damals in Rumänien etwas Alltägliches. ...
Die Wohnungskommissare waren gefürchtet. In den ersten Jahren gelang es noch, die oft nichtkommunistischen Kommissare zu bestechen, aber es wurde immer gefährlicher. ...
Bis 1948 waren viele Russen in der Stadt. ... Hermannstadt war sehr übervölkert, da viele Flüchtlinge aus der Bukowina und Bessarabien gekommen waren, außerdem vergrößerte sich der Verwaltungsapparat, so daß Büros gebraucht wurden. Durch die Vergrößerung der Fabriken strömten viele Arbeiter vom Land in die Stadt.
Dank meiner damaligen Beziehung zum Wohnungsamt gelang es mir, in die Wohnung meiner Großmutter, die alleinstehend war, zu ziehen und 3 Jahre - ohne Einquartierung - mit ihr allein in einer Dreizimmerwohnung zu wohnen.
Im Jahre 1948 wurde jedoch ihr Haus (bestehend aus 4 Dreizimmerwohnungen, 2 Etagen) enteignet und verstaatlicht. Sie mußte einen Bogen unterschreiben, in dem stand, daß sie, als frühere Ausbeuterin, ihr Haus dem Staate zur Verfügung stellte. Von der Haussteuer, die andere Besitzer weiterzahlen mußten, war sie als über 75jährige befreit. ...<<

April 1948

Polen: Albert Forster (1902 in Fürth geboren, ehemaliger NS-Reichsstatthalter des Reichs-

gaues Danzig-Westpreußen) wird im April 1948 in Warschau wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit zum Tod verurteilt.
Das Todesurteil wird später nach Gnadengesuchen mehrfach aufgeschoben. Forster wird schließlich im Jahre 1952 in Warschau hingerichtet.
"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über Albert Forster (x051/181): >>Forster, Albert, geboren in Fürth 26.7.1902, gestorben in Polen 28.4.1948? (hingerichtet), deutscher Politiker; Bankkaufmann, 1923 NSDAP-Beitritt.
Forster machte in seiner fränkischen Heimat als Redner und aktiver SA-Führer Streicher auf sich aufmerksam, wurde 1930 als dessen Protegé in den Reichstag gewählt und zum Gauleiter von Danzig ernannt, wo er die in Auflösung befindliche Partei zu reorganisieren hatte; trotz Übernahme zusätzlicher Aufgaben nach der Machtergreifung im Reich (u.a. Führer des Gesamtverbandes der Deutschen Angestellten in der DAF) betrieb Forster vorrangig die "schleichende nationalsozialistische Machtergreifung" in Danzig mit dem Ziel der Wiedereingliederung der seit 1920 Freien Stadt ins Deutsche Reich.
Mit dem Gewinn der absoluten Mehrheit (28.5.33) konnte Forster die Regierung stellen und die freistaatliche Verwaltung der Stadt quasi "von oben" unterwandern. Am 23.9.39, eine Woche vor Ausbruch des Krieges mit Polen, der unter dem Vorwand der Danzigfrage geführt wurde, ließ sich Forster vom Senat der Stadt zum Staatsoberhaupt wählen, um das Reich offiziell um Schutz ersuchen zu können. Nach dem Sieg über Polen wurde Forster zum Reichsstatthalter von Danzig und Gauleiter von Danzig-Westpreußen ernannt, 1940 zum Reichskriegskommissar.
Wegen der von ihm verantworteten Kriegsverbrechen während der Besatzungszeit verurteilte ihn ein polnisches Gericht 1947 zum Tod.<<

01.05.1948

UdSSR: Zwangsarbeitslager im Bezirk Tscheljabinsk – Erlebnisbericht der Gerlinde W. (x002/21): >>Wer fieberfrei war, war ... nicht krank!
So habe ich mich 14 Tage lang mit einer Nierenkapselvereiterung herumschleppen müssen. Bis ich eines Tages umfiel und mit 38° Fieber endlich ins Lazarett eingewiesen wurde. Man brachte mich in ein russisches Stadtlazarett zur Operation. ...<<
Zwangsarbeitslager im Ural – Erlebnisbericht der Schneiderin Anna S. (x002/101-102): >>Nach 8wöchigem Krankenlager meldete ich mich freiwillig zur Arbeit auf einer Kolchose. Dort habe ich mich trotz langer und anstrengender Arbeit etwas erholt. Die Verpflegung war dort reichlicher und schmackhafter, die Arbeit wurde durch Ruhepausen unterbrochen.
Auch bei der Arbeit auf den Feldern hatten wir eine Norm zu erfüllen, die wir aber fast immer schafften. Eine große Plage waren die vielen Mücken und Fliegen. Dazu kam die Hitze ... Die Nächte waren dagegen kühl. Vor Sonnenaufgang war es richtig kalt, doch sobald die Sonne aufging, wurde es heiß. Das Mittagessen wurde auf dem Felde gekocht. Unsere Arbeit fing um 7.00 Uhr früh an.
Das 3jährige Warten auf die Heimkehr machte uns zuletzt gleichgültig, zänkisch oder launisch. Wir schrien uns manchmal an, waren verdrossen, müde und abgestumpft. Dann gab es wieder Parolen, die uns Hoffnungen machten, um uns dann um so tiefer zu enttäuschen.
Unsere Natschalniks waren keine Engel, aber sie behandelten uns menschlich. Nach Wochen harter Arbeit gab es am 1. Mai den ersehnten Ruhetag. Man schien mit unserer Arbeit zufrieden zu sein. Wir hatten die vorgeschriebene Norm erfüllt. Das Gemüse wuchs, aber auch das Unkraut. Wenn wir an einem Ende mit dem Hacken aufhörten, war der Anfang schon wieder grün von Unkraut. Unsere Zeit verging mit Hacken, Jäten, Essen, Schlafen, auf eine gute Nachricht hoffend.
Eine Nachricht kam auch, aber nicht für uns Reichsdeutsche. Eines Tages wurden die Ungarn und Rumänen aufgerufen, ins Lager gebracht und in ihre Heimat abtransportiert.<<

WBZ: Der Berliner "Tagesspiegel" berichtet am 1. Mai 1948 über die Ansiedlung von vertriebenen Sudetendeutschen in Bayern (x115/149-151): >>... Über jene ersten Siedler, die aus den engen Dörfern und Städten Europas auswanderten, über den Atlantik fuhren, um drüben in Amerika den Wald zu roden, Neuland zu bebauen, seßhaft zu werden, haben ganze Generationen von Schriftstellern schon die Gloriole von Courage und Zähigkeit gebreitet.
Ich glaube es ist noch kein Buch geschrieben und kein Film gedreht worden, der geschildert hätte, wie die deutschen Glas- und Bijouterie-Arbeiter aus der Stadt Gablonz im Sudetenland auswanderten.
Nicht freiwillig, sondern gezwungen, Haus, Heim, Werkstatt, Besitz zurücklassend, Neusiedler der Jahre 1945, 1946 und 1947, kamen sie in das zerschlagene Deutschland und schufen sich dort zwischen Trümmern und Verwüstung in rund 2 Jahren aus dem Nichts eine neue Lebensgrundlage. Die modernen Neusiedler wanderten, nachdem sie wochenlang in Lagern, tagelang in berstend vollen Zügen zusammengepfercht waren, gebeugt unter hastig verpackten Säcken und Koffern, müden Schrittes zunächst wieder in ein Flüchtlingslager. Nicht Männer, sondern Frauen, Kinder, Greise und Kranke bildeten die Überzahl. Die Männer hatten zum Teil zurückbleiben müssen. Zum Teil kamen sie später, auf Umwegen und aus Kriegsgefangenenlagern, nachgewandert.
Die Neusiedler von 1946 hatten nicht die Gewißheit, daß jeder Tag härtester Arbeit, jeder Meter Land, auf dem sie Kartoffeln anbauten, jeder Nagel, den sie in eine Barackenwand schlugen, und jedes Stück Arbeitsgerät, das sie sich primitiv zusammensetzten, ihnen zugute kommen oder ihnen gehören würde. Sie waren Fremde, das neue Land war nicht neue Heimat, sondern neue Unsicherheit. Der Grund und Boden, auf dem sie sich niederließen, wurde ihnen nur leihweise überlassen. Die Furcht, die hinter ihrem Auszug aus der Stadt am Isergebirge stand, verließ sie nie mehr ganz. Sie kamen nicht in einen weiten, neuen, an Möglichkeiten unbeschränkten und unentdeckten Kontinent.
Sie kamen in ein übervölkertes und zerstörtes Land, wo ihnen Mißtrauen, Ablehnung, Brotneid begegneten, wo die Tür vor ihnen öfter zugeworfen als aufgetan wurde.
In 2 Jahren haben diese Männer und Frauen aus Gablonz nun bei Kaufbeuren, einem kleinen, mittelalterlich weltfernen Städtchen am Rande der Allgäuer Berge, buchstäblich aus dem Nichts Notwohnungen, Werkstätten und eine Industrie aufgebaut, die bisher einen Umsatz von 50 Millionen Mark erzielte und mehr als 6.000 Flüchtlinge beschäftigt.
Die als Heimatlose und Bittende kamen, sind heute selbständig, die besten Steuerzahler und teilweise sogar Arbeitgeber der Einheimischen in ihrer neuen Heimat geworden. Sie haben rund 500 Glas- und Schmuckwarenbetriebe aufgebaut, die im Monat mindestens viereinhalb Millionen Mark umsetzen. Sie haben das, was sie erreichten, einzig und allein sich selbst, der Privatinitiative jedes einzelnen zu verdanken.
Unweit von Kaufbeuren, umgeben von Wald, liegt das Gelände der einstigen Dynamit AG, die zu den IG Farbenwerken gehörte. Während des Krieges wurde hier in mächtigen Betonbunkern Sprengstoff hergestellt. In dem Barackenlager neben der Fabrik hatte man die Fremdarbeiter untergebracht. Das Fabrikgelände war nach Kriegsende von Trümmern, leeren getarnten Betonklötzen, einer Fahrstraße und zahlreichen Industriegeleisen durchzogen. Es verfügte über Bahnanschluß, Wasser, Elektrizität. Die meisten Gebäude der Pulverfabrik waren gesprengt, der Rest ausgeplündert. Anna S. wohnte mit ihrem Mann im einstigen Fremdarbeiter-Barackenlager, das sich rasch mit Flüchtlingen füllte.
Als sie zum erstenmal über das einstige Gelände der Pulverfabrik ging, sah Anna ein paar Dutzend Menschen, entlassene Kriegsgefangene, hart und schmal gewordene Frauen und alte Männer, arbeiten; sie räumten Schutt, reihten Steine aneinander, sammelten sorgfältig jedes Stück Draht, jedes Stück Eisen. Sie wohnten zwischen der Verwüstung, in den klaffenden, aufgerissenen Betonklötzen, auf deren Dächer die Tarnsträucher wuchsen. Sie hatten weder

Bett noch Tisch.
Doch da und dort standen zwischen dem Schutt Maschinen – viele verrostet, zerstört, aber immerhin Maschinen -, Stanzen, Drehbänke, Elektromotoren, Pressen, ein Pumpwerk, eine Transformatorenanlage. Auf jede Maschine waren mit weißer Farbe ein R und eine Nummer gezeichnet. "Gehören die euch?" fragte damals Anna atemlos.
"Gepachtet sind sie", 25 Jahre gepachtet, wie das ganze Gelände, aber gepachtet mit täglicher Kündigung. Jede Maschine steht auf der Reparationsliste."
Anna hörte diese Einschränkungen kaum. Wo Maschinen waren, Stanzen, Pressen, Drehbänke, da konnte man schon wieder weitersehen und so war sie unter denen, die in Kaufbeuren-Hart das Kaufbeuren-Gablonz aufzubauen begannen. Das einzige größere Gebäude, das noch ganze Mauern hatte, wurde von Männern, deren Namen in Gablonz einmal guten Klang gehabt hatten, zum Büro und Verwaltungshaus der neuen "Allgäuer Glas- und Schmuckwarengenossenschaft" gemacht.
Das, was man hier plante, waren nicht ein paar Baracken, die heute oder morgen wieder leerstehen würden, sondern es sollte der Grund gelegt werden für eine neue Industriestadt. Männer und Frauen arbeiteten manchmal mit Werkzeugen wie aus der Steinzeit. Sie hobelten zuerst die Werkstische und dann erst den primitivsten Hausrat. Sie befreiten die Maschinen ... vom Rost. Als die erste wirkliche Zange herumgereicht wurde, hielten sie alle mit der Arbeit inne: es war wie ein Festtag! ...
Dann entstanden beinahe wie von selbst die ersten Nadeln, Kettchen und Knöpfe. In den Städten und Dörfern rundum riß man sie ihnen aus den Händen. Die erste Lieferung des benötigten Stangenglases traf ein. Es kam aus der Regenhütte im Bayerischen Wald bei Zwiesel, die ebenfalls ein Ausgesiedelter leitet. Rohglas! Grundelement ihrer Arbeit. Von da an arbeiteten sie systematisch: die ersten Drucköfen, die erste selbstgebaute Glashütte begann zu produzieren.
Aus dem überfüllten Flüchtlingslager Riederloh, aus dem Städtchen Kaufbeuren, aus Dörfern und Marktflecken ringsum, von überallher, wo Gablonzer in Schulsälen, Scheunen, Bauernhäusern Notquartiere bewohnten, kamen sie nach Kaufbeuren-Hart, die Werkzeugschlosser und Graveure, Estampeure, Gürtler, Glasschleifer und Heimarbeiter, Männer und Frauen, gewohnt, Glas und Metall kunstvoll zu verbinden und zu hundertfachem Wert zu veredeln. Doch ihrem Willen, mit der Arbeit voranzukommen, stellten sich Hindernisse entgegen. Ganz unüberwindlich erschien zuerst die Wohnungsnot. Ein Bezirk, in dem unter 100 Einwohnern 68 Flüchtlinge waren, konnte einfach keine neuen mehr aufnehmen. ...
... Von ihren Werktischen weg gingen die Hart-Leute in die Ziegeleien, in die Trümmerstätten Münchens und Ulms, um Baustoffe heranzubringen. Aber da von staatlicher Seite weder finanziell, noch steuerlich, noch in der Materialbelieferung nennenswerte Unterstützung kam, ging es nur langsam voran. Die anderen Hindernisse, Rohstoffmangel, Facharbeitermangel, zu wenig Kohle, zu wenig Baumaterial, zu wenig Werkzeuge, Schwerfälligkeit.
Dann kam die gefährliche Klippe: eines Tages erschien eine Kommission jugoslawischer, polnischer, belgischer Offiziere.
Was sie befürchteten, traf ein: die Demontageorder. Sie mußten und sie müssen nun ohne die R-Maschinen fertig werden. Eine harte Belastung. Aber auch daran scheitern sie nicht. Mit einigen primitiven, oft selbstgebauten Maschinen, da und dort mit neu kompensierten Maschinen wird produziert. ... Die alten Kunden aus England, aus Nord- und Südamerika, Frankreich, Indien und Ägypten haben sich schon gemeldet. ...<<
Der deutsche Journalist und Publizist Günter Böddeker (1933-2012) berichtet später über die enorme Leistungsbereitschaft der deutschen Flüchtlinge und Vertriebenen (x021/471-472):
>>... Die Vertriebenen brachten nicht nur ihre Mägen mit, wie Churchill es ausgedrückt hatte, sondern auch ihre Arbeitskraft.

Die Polen und Tschechen hatten ihnen ihre Höfe, ihre Häuser, ihre Wohnungen rauben und sie bis aufs Hemd ausplündern können, aber sie hatten ihnen nicht ihre geistigen Fähigkeiten, ihr handwerkliches und bäuerliches Geschick nehmen können.
Sie waren entwurzelt worden, aber ihre Kraft war ihnen geblieben. Sie waren auf eine der untersten Stufen menschlichen Daseins herabgedrückt worden, doch um so stärker wuchs ihre Entschlossenheit, wieder nach oben zu kommen.
In den Baracken und Trümmern der westlichen Besatzungszonen sammelte sich in jenen Tagen der Armut, des Hungers, der Abgerissenheit wie in einem Staubecken jene Schwungkraft, die Jahre später den Wiederaufbau Westdeutschlands zum sogenannten deutschen Wunder werden ließ. Die außerordentliche Lage trieb die Deutschen, Einheimische wie Vertriebene, zu außerordentlichen Leistungen. ...<<

04.05.1948

Ostdeutschland: Gefängnis in Fordon bei Bromberg, Westpreußen – Erlebnisbericht der E. S. (x002/474): >>Anfang Mai 1948 erkrankte ich an Bauchtyphus, nachdem ich in Danzig im August 1945 schon Flecktyphus überstanden hatte.
Es wurde mir diesmal nicht erlaubt, mich hinzulegen. Ich wurde nicht ins Spital aufgenommen. Der damals in Fordon amtierende Arzt hatte Urlaub. Sein Vertreter, ein leitender polnischer Beamter, Melker von Beruf, erklärte meine Krankheit zur Komödie. Die Aufsichtsbeamtinnen, die meinen elenden Zustand sahen, versuchten mehrmals, meine Aufnahme ins Spital durchzusetzen. Es gelang ihnen nicht. Immer wieder wurde ich zurückgewiesen mit der Begründung: "Komödia!"
Vorausschicken muß ich noch, daß es damals in Fordon überhaupt sehr gefährlich war, zum Arzt zu gehen, denn in 90 von 100 Fällen wurden die Betreffenden etwa eine Stunde später abgeholt und für 48 Stunden in einen dunklen Keller gesperrt, in dem außer Ratten und schmutzigem Wasser auf dem Fußboden nichts vorhanden war. ...<<

Niederlande: In Den Haag wird am 4. Mai 1948 der ehemalige österreichische SS-Obergruppenführer Hanns Rauter (1895-1949, Chef der deutschen Polizei in den Niederlanden) zum Tod verurteilt.

06.05.1948

CSR: Die Verfassunggebende Nationalversammlung der Tschechoslowakischen Republik beschließt am 6. Mai 1948 ein Gesetz über die Liquidierung der Rechtsverhältnisse der Deutschen Evangelischen Kirche in Böhmen, Mähren und Schlesien (x004/310-311): >>... § 1 Die Deutsche Evangelische Kirche in Böhmen, Mähren und Schlesien hat am 4. Mai 1945 aufgehört zu bestehen. ...
§ 3 (1) Das gesamte unbewegliche und bewegliche Vermögen, namentlich auch die Vermögensrechte, das bis zum 4. Mai 1945 im Eigentum der Kirchengemeinden (der Pfarr- oder Kreisgemeinden oder allgemeinen Gemeinden) der Kirche oder ihrer Anstalten, Stiftungen und Fonds stand, geht in das Eigentum des Tschechoslowakischen Staates über. ...
§ 5 (1) Durch dieses Gesetz wird die Gültigkeit von Handlungen, die bei der Führung der kirchlichen Matrikeln (Personenstandsregister) vorgenommen wurden, sowie die Gültigkeit der Ehen, die vor den Seelsorgern der Kirche bis zu dem Tage geschlossen wurden, an dem dieses Gesetz in Kraft getreten ist, nicht berührt. ...
§ 6 Dieses Gesetz tritt mit dem Tage der Verkündigung in Kraft, es wird von den Ministern für Schulwesen und Kultur und des Innern durchgeführt.<<

Frankreich: Der französische Jurist und sozialistische Politiker Leon Blum (1872-1950) schreibt am 6. Mai 1948 im "Populaire" (x112/508): >>... Auch Frankreich sollte sich einer kleinen Gewissensprüfung unterziehen; ist es nicht gerade Frankreich, das, um Gebietsabtrennung vom Westen zu erzwingen, monatelang jedes Vorgehen des Kontrollrates in Berlin gelähmt hat?

Hat nicht gerade Frankreich die Schaffung einer Zentralverwaltung, die sich über alle vier Zonen erstreckt hätte ... Widerstand entgegengesetzt?
Angesichts der gegenwärtigen Lage scheint es mir schwer, die Trennung als eine endgültige und unwiderrufliche Tatsache hinzunehmen, sie aufrechtzuerhalten und daraus ein für allemal die Konsequenzen zu ziehen.<<

07.05.1948

Ungarn: Kaposszekcsö im Komitat Baranya – Erlebnisbericht der Susanne K. (x008/87): >>Die Kommunisten erzählten immer, daß die Deutschen von zu Hause fort müßten. Aber wohin, sagte uns keiner. Auch hörte ich niemals etwas von einem Potsdamer Abkommen, wonach wir nach Deutschland umzusiedeln sind. Wir glaubten, wir kämen nach Rußland.
Am 7. Mai 1948 kam Gemeindediener B. zu uns und sagte auf deutsch: "In 5 Tagen kommt ihr mit einem Transport weg". Er übergab uns eine schriftliche Nachricht. ...
Im ... Hauptbahnhof stand ein großer Transportzug für uns bereit. ... Es hieß, wir kämen nach Pirna (in die russische Zone). ...<<

08.05.1948

WBZ: Die Tageszeitung "Die Welt" berichtet am 8. Mai 1948 über die Frage "Weststaat oder Provisorium?" (x112/509): >>... Man stünde vor der auf geschichtlich absehbare Zeit definitiven Teilung Deutschlands.
Kein frommer Wunsch kann die grausame Tatsache des vorläufigen Endes der gesamtdeutschen Geschichte, die damit gegeben wäre, und die weitere Tatsache aus der Welt schaffen, daß wir dann statt ein drittes, die beiden Rivalen auseinanderhaltendes Element zwischen Osten und Westen zu werden, nur noch das strategisch sehr entscheidende Kampffeld zwischen beiden wären.<<

10.05.1948

Jugoslawien: Sammellager Novi Sad/Neusatz – Erlebnisbericht des Pfarrers Kornelius W. (x006/394): >>Der stellvertretende Lagerkommandant, Vlado, ein Bürschlein von 20 Jahren, kam am 10. Mai, abends ins Lager, ließ uns zusammenrufen und hielt ... uns eine haßerfüllte Ansprache.
Er beschimpfte uns in allen Tonarten und drohte mit Tod und Verderben. Er sagte, es habe sich herausgestellt, daß wir Pfarrer unverbesserlich seien. "Wir haben euch lange Zeit gelassen zur "Besserung", aber ihr habt nicht gewollt! Wohlan denn!" Wenn wir bei ihnen nicht mitarbeiten wollten, so werden sie uns nunmehr nach Rußland abschieben. "Ihr habt es so gewollt", schrie er uns an, "so müssen wir uns denn trennen!"
Er schärfte uns dann noch ein, daß er nicht umsonst die Bewachung und Beleuchtung um das ganze Lager herum verdoppelt, ja verdreifacht habe. Die Wache habe Schießbefehl, und wer sich auch nur weiter als 3 Schritte weit von der Baracke entfernt, wird erschossen.
Am nächsten Tag wurden wir dann in verschlossenen Viehwagen abtransportiert. Aber unser Eisenbahnwaggon war ein alter Kasten, und so konnten wir ... gut durch die Ritzen schauen. Bald stellten wir fest, daß es nicht gegen Osten, sondern nach Süden ging. Na, und schließlich wurden wir in Karlsdorf auswaggoniert und dem dortigen "Altersheim" zugewiesen. (Hier blieben wir) ... bis (zur) Ausreise nach Deutschland im August 1952.<<
Kolchose bei Beograd – Erlebnisbericht der Berta S. (x006/595-596): >>Die Lagerhaft wurden mit der Zwangsarbeitsverpflichtung vertauscht. In die Freiheit wurden die Volksdeutschen nur entlassen, falls es ihnen gelang, bei Serben Arbeit zu finden. Nur wenige hatten dieses Glück. Die meisten wurden auf Staatsgüter verteilt. Im Mai verließen die letzten Lagerinsassen von Rudolfsgnad das Lager. Auf diesen Staatsgütern wurden sie zu 3 Jahren Zwangsarbeit verpflichtet. ...
Auf den Staatsgütern ging es den gewesenen Internierten oft auch sehr schlecht. Sie ... durften ihre Arbeitsstellen nicht wechseln. Der Lohn für ihre Arbeitsleistung war gering. Sie durften

sich auch nur mit Genehmigung des Vorgesetzten vom Arbeitsort entfernen. Erst nach Ablauf der vorgeschriebenen Zwangsverpflichtung gab es gewisse Erleichterungen. ... In den Dörfern war es für die Volksdeutschen leichter, weil es dort gewöhnlich auch andere nationale Minderheiten gab.
Meine Familie und ich kamen auf das Staatsgut IX, bei Beograd. 1.200 Personen kamen in die unfertigen Baracken. Wir waren 300 Personen in einer Baracke mit nur 2 Ausgängen. Hier lag Mann oder Frau, Kind oder Greis, ob Fremde oder die eigenen Angehörigen, alle lagen auf Pritschen nebeneinander. Es gab auch hier keinen Tisch, Stuhl oder Schrank. Das Essen wurde auf den Pritschen eingenommen. Die Kleider mußte man weiterhin in Säcke stopfen. An der Decke hing alles voll, weil man keinen anderen freien Platz hatte, um etwas hinzulegen. Wir bekamen Kesselkost. Bei jeder Lohnauszahlung wurde die Kost verrechnet.
Unsere Betten bestanden wie im Lager noch immer aus Stroh. ... Viele hatten ihre Pritschen mit Decken abgeteilt, weil man sich sonst gar nicht reinigen oder umziehen konnte, ohne daß man gesehen wurde. Es gab nur 4 große Baracken. Andere freie Räume standen keine zur Verfügung. Einige Familien wohnten sogar anfangs im Kuhstall, so daß es vorkam, daß die Leute, wenn sie schliefen, von den Kühen bespritzt wurden. Andere wohnten auf dem Dachboden oder neben dem Schweinestall. ... Erst Ende 1949 ... wurden neue Räume geschaffen. ... Bis dahin waren viele Familien in einem Raum untergebracht. –
Der Mensch konnte sich's nie bequem machen und hatte auch nie seine Ruhe, weil es wie in einem Wartesaal zuging.
Die auf dem Saatgut arbeitenden Serben hatten es viel besser, weil sie in jeder Hinsicht bevorzugt waren. Es wohnte keiner mit den Volksdeutschen zusammen. Während der Arbeit hatten sie die Aufsicht über die Volksdeutschen; auch wenn sie nicht lesen und schreiben konnten und sich diese Arbeit von den Deutschen machen lassen mußten, so wurde ihnen dieser Posten trotzdem zugesagt. ...
Auf dem Staatsgut wurden wir auch von Polizei bewacht. Wir erhielten fast keine Freiheit. ... Abends wurde jede Person mit Namen vorgelesen, ob auch alle da waren - und wehe, wenn dies nicht der Fall war. Die Volksdeutschen trachteten mehrheitlich danach, daß sie zu dieser Zeit in der Baracke waren. Sie hatten sich an diesen "Gehorsam" gewöhnt und ganz selten wurde eine Verordnung mißachtet. ...<<
SBZ: Die evangelischen Bischöfe der SBZ verwahren sich am 10. Mai 1948 dagegen, daß die SMAD kirchliche Einrichtungen für politische Maßnahmen nutzt.
11.05.1948
Jugoslawien: Volksdeutsche im "Altersheim" Karlsdorf – Erlebnisbericht des Pfarrers Kornelius W. (x006/608): >>Wir Pfarrer (kamen) am 11. Mai 1948 nach Karlsdorf. Wir trafen dort ungefähr 600-700 alte, ausgemergelte deutsche Menschen (vormalige Lagerinsassen) an. Diese waren in einem Magazin des früheren deutschen Fliegerhorstes untergebracht. Dieses Magazin hatte selbstverständlich keine richtigen Fenster und keine Zimmerdecke. Es war als Altenheim völlig ungeeignet.
Und doch war hier - im Vergleich zum früheren Lagerleben - ein großer Fortschritt zu verzeichnen. Fast jedes Menschenkind hatte seine eigene Bettstelle. War auch so manches Bett recht primitiv - man konnte doch sagen: "Es ist mein Bett!" Als wir Pfarrer dort die "Führung" übernahmen, lagen anfangs noch ca. 100-150 Leute auf "Pritschen", aber wir setzten durch, daß auch diese im Verlauf von wenigen Wochen ihre Bettstellen erhielten. ...<<
WBZ: Die Herausgeber des "Ulenspiegels" müssen am 11. Mai 1948 ihre Lizenz an die nordamerikanische Militärregierung zurückgeben, weil sie ihre Unabhängigkeit verteidigen und kritische Berichte veröffentlichen.
14.05.1948
Israel: Nach dem Erlöschen des britischen Mandats über Palästina ruft Ben Gurion am 14.

Mai 1948 in Tel Aviv den unabhängigen Staat Israel aus und übernimmt das Amt des Premierministers.
In der Proklamationsurkunde des Staates Israel vom 14. Mai 1948 heißt es (x128/364): >>In Erez Israel stand die Wiege des jüdischen Volkes; hier wurde sein geistiges, religiöses und politisches Antlitz geformt; hier lebte es ein Leben staatlicher Selbständigkeit; hier schuf es seine nationalen und universellen Kulturgüter und schenkte der Welt das unsterbliche "Buch der Bücher".
Mit Gewalt aus seinem Lande vertrieben, bewahrte es ihm in allen Ländern der Diaspora die Treue und hörte niemals auf, um Rückkehr in sein Land und Erneuerung seiner politischen Freiheit in ihm zu beten und auf sie zu hoffen.
Aufgrund dieser historischen und traditionellen Verbundenheit strebten die Juden in allen Geschlechtern danach, ihre alte Heimat wiederzugewinnen; In den letzten Generationen kehrten viele in ihr Land zurück; Pioniere, Helden und Kämpfer brachten die Wüste zu neuer Blüte, erweckten die hebräische Sprache zu neuem Leben, errichteten Städte und Dörfer und schufen so eine ständig zunehmende Bevölkerung eigener Wirtschaft und Kultur, friedliebend, aber imstande, sich selbst zu schützen, eine Bevölkerung, die allen Bewohnern des Landes Segen und Fortschritt bringt und nach staatlicher Selbständigkeit strebt. ...
Die über das jüdische Volk in der letzten Zeit hereingebrochene Vernichtung, in der in Europa Millionen Juden zur Schlachtbank geschleppt wurden, bewies erneut und eindeutig die Notwendigkeit, die Frage des heimat- und staatenlosen jüdischen Volkes durch Wiedererrichtung des jüdischen Staates in Erez Israel zu lösen. Dieser Staat wird seine Tore für jeden Juden weithin öffnen und dem jüdischen Volke die Stellung einer gleichberechtigten Nation unter den Völkern verleihen. ...
Der Staat Israel wird für die jüdische Einwanderung und die Sammlung der zerstreuten Volksglieder geöffnet sein; er wird für die Entwicklung des Landes zum Wohle aller seiner Bewohner sorgen; er wird auf den Grundlagen der Freiheit, der Gleichheit und des Friedens, im Lichte der Weissagungen der Propheten Israels gegründet sein; er wird volle soziale und politische Gleichberechtigung aller Bürger ohne Unterschied der Religion, der Rasse und des Geschlechts gewähren; er wird die Freiheit des Glaubens, des Gewissens, der Sprache, der Erziehung und Kultur garantieren; er wird die heiligen Stätten aller Religionen sicherstellen und den Grundsätzen der Verfassung der Vereinten Nationen treu sein. ...
Wir strecken allen Nachbarstaaten und ihren Völkern die Hand zum Frieden und auf gute Nachbarschaft entgegen und appellieren an sie, mit dem in seinem Lande selbständig gewordenen jüdischen Volke in gegenseitiger Hilfe zusammenzuarbeiten. Der Staat Israel ist bereit, seinen Anteil an der gemeinsamen Anstrengung, den ganzen Vorderen Orient zu entwickeln, beizutragen.
Wir appellieren an das jüdische Volk in der Diaspora, sich um Israel beim Werke der Einwanderung und des Aufbaus zu scharen und ihm in seinem schweren Kampfe um die Verwirklichung des Generationen alten Strebens nach Erlösung Israels zur Seite zu stehen.<<
Der neue Staat Israel wird nach dem Gründungsakt durch die Vereinigten Staaten anerkannt. Die Anerkennung durch die Sowjetunion folgt einige Tage später. Die arabische Bevölkerung lehnt den Staat entschieden ab. Nach schweren Unruhen zwischen Juden und Arabern kommt es später zum offenen Krieg.
Der israelische Schriftsteller Amos Elon (1926-2009) schreibt später in seinem Buch "Die Israelis, Gründer und Söhne" über den Zusammenhang von traumatischen Erfahrungen und politischen Entscheidungen (x128/366): >>... Die Vernichtung der Juden Europas durch die Nazis bleibt ein grundlegendes Trauma der israelischen Gesellschaft. Man kann seine Auswirkung auf den Prozeß der Nationwerdung nicht hoch genug einschätzen. ...
Im Falle Israels waren die Bilder, die in einem entscheidenden frühen Stadium auf den dunk-

len Grund der Seele eingebrannt wurden, die Bilder einer Danteschen Hölle. Diese Hölle war die Vernichtung eines Drittels des jüdischen Volkes. Ihre Vernichtung durch die Nazis bedeutete die Zerstörung eben jener osteuropäischen Welt, gegen die sich die Rebellion der frühen Pioniere gerichtet hatte, einer Welt, deren Vorposten und Erbe Israel trotz allem wurde.
Daraus erklärt sich das starke Gefühl der Einsamkeit, ein Hauptcharakteristikum der israelischen Geisteshaltung seit der Unabhängigkeit. Daraus erklärt sich das nahezu besessene Mißtrauen, der alles überwiegende Drang, sich in einer Welt, die solche Katastrophen zuließ, nur auf sich selbst zu verlassen. Daraus erklären sich die Ängste und die Vorurteile, die Leidenschaften, der Schmerz und der Stolz, die das öffentliche Leben kennzeichnen und wahrscheinlich noch lange Zeit auf die Nation einwirken werden. Die bleibende Erinnerung an die Vernichtung durch die Nazis lassen die arabischen Vernichtungsdrohungen glaubwürdig erscheinen. ...
Besonders junge Israelis sind davon überzeugt, daß die Bestimmung der Juden zur Vernichtung nur deshalb möglich war, weil die Juden allein unter den Völkern kein eigenes Land besaßen und weil sie daher auch keinerlei Mittel zum Widerstand besaßen. Das bedeutet nicht, daß Souveränität allein automatische Sicherheit und Leben garantiert. Die Erfahrungen des souveränen Israel widerlegt eine derartige Vorstellung. Ohne den Willen und die Fähigkeit, dafür zu kämpfen, ist Souveränität sinnlos. Aber die Souveränität – und sie allein – gestattet es einem Volk, den Willen, der zum Überleben notwendig ist, und die dazu erforderlichen physischen Mittel aufzubringen. ...<<
Die Tageszeitung "Die Welt" berichtet später (am 26.07.2008) über die israelische Staatsgründung: >>**Churchill - ein Zionist?**
Von Benny Morris
Winston Churchill galt unter seinen konservativen Parteifreunden als Förderer der israelischen Staatsgründung und Freund der Juden. Doch neue britische Studien belegen: So einfach und schlicht war die Haltung des Premierministers nicht.
Winston Churchill, der große britische Staatsmann, ist als lebenslanger Freund der Juden, des Zionismus und Israels in die zionistische Geschichtsschreibung eingegangen. Doch die Geschichte ist komplizierter. Gleich zwei Bücher - Michael Makovskys "Churchill's Promised Land" (Yale University Press) und Martin Gilberts "Churchill and the Jews" ("A Lifelong Friendship", Holt Paperbacks, ab Sept. im Handel) - haben die historische Rolle Großbritanniens in Palästina/Israel und die schwierige Frage nach dem Verhalten der Großmächte im Holocaust zuletzt in ein neues Licht gestellt.
Was die Juden angeht: Churchill, der den Zionismus eine "noble Vision" nannte, gehörte zum Zirkel jener britischen Politiker, die die Balfour-Deklaration vom 2. November 1917 durchsetzten und Großbritannien so darauf verpflichteten, die Errichtung einer jüdischen "Heimstatt" in Palästina zu unterstützen. Diese Politiker, darunter Premierminister David Lloyd George und Außenminister Arthur James Balfour, waren der Überzeugung, die westliche Zivilisation verdanke den Juden viel: den Monotheismus und die Bibel.
In gewissem Maß war ihnen auch bewußt, wie viel Juden zum ethischen und intellektuellen Fortschritt der Menschheit in der Neuzeit beigetragen hatten. Sie alle waren der Überzeugung, die Christenheit habe die Juden Jahrhunderte lang schlecht behandelt, und sie alle waren, in gewissem Maß, als "Restaurationisten" davon überzeugt, daß die Christenheit Wiedergutmachung leisten solle, indem sie den Juden helfe, ins Land Israel zurückzukehren. Zudem glaubten einige von ihnen, eine solche Restauration würde der Ankunft des Messias und der Erlösung vorausgehen.
Bis hin zum Zweiten Weltkrieg jedoch waren in der britischen Oberschicht antisemitische Vorurteile weit verbreitet, manche ihrer Mitglieder waren gar unverhohlene Antisemiten. Herbert Asquith, von 1908 bis 1916 britischer Premier, beschrieb die Juden als "verstreuten

und unattraktiven Stamm"; von Anthony Eden (erst Außen-, dann Premierminister) hieß es, er liebe die Araber und hasse die Juden.
Von antisemitischen Vorurteilen berührt waren die meisten, unter ihnen auch Churchill. So neigte man der Vorstellung zu, daß "die Juden" mächtige Akteure auf der internationalen Szene und - eigentlich ein Paradox - (als Kapitalisten) entweder zu reich und ausbeuterisch oder (als Kommunisten) zu radikal und subversiv wären. Churchill war lebenslang anfällig dafür, den politischen Einfluß der Juden in Washington oder dem Moskau der Jahre 1917-1925 zu übertreiben. Eine zeitlang identifizierte er sogar den "Bolschewismus" mit den Juden.
Doch es reichte noch tiefer. 1937 schrieb Churchill vor dem Hintergrund des Antisemitismus der Nazis einen pro-jüdischen Artikel, der nie veröffentlicht wurde. Er enthielt folgende Passage: "Es wäre leicht, (den Antisemitismus) der Schlechtigkeit der Verfolger zuzuschreiben, doch das stimmt nicht mit allen Tatsachen überein ...(denen) man ins Auge sehen muß ...
Darüber sollten insbesondere die Juden selbst nachdenken. Denn es mag sein, daß sie, unabsichtlich, zur Verfolgung einladen - daß sie teils selbst verantwortlich gewesen sind für die Feindseligkeit, unter der sie nun leiden."
Zugleich unterhielt Churchill, so wie sein Vater Randolph vor ihm, enge persönliche und bedeutende geschäftliche Beziehungen zu Juden (darunter einige Rothschilds und dem Bankier Sir Ernst Cassel).
In seiner Jugend tadelte er seine Mutter für eine antisemitische Bemerkung und immer wieder einmal beklagte er, was er als den Antisemitismus seiner Kabinettskollegen und des britischen Beamtentums begriff. So beschimpfte er Ernst Bevin, den antizionistischen britischen Außenminister (1945-1951), als Antisemiten. Oft machten seine konservativen Parteifreunde Churchill zum "Vorwurf", die Juden zu "mögen" und mit dem Zionismus zu sympathisieren. (General Edward Louis Spears, im Zweiten Weltkrieg Churchills Statthalter in der Levante, behauptete, Churchill sei "zu angetan von den Juden".)
Nichtsdestoweniger bleibt Winston Churchills Bilanz - in der Praxis - zwiespältig. Es stimmt, in der politischen Wildnis der Dreißigerjahre war er es, der vor Adolf Hitler und den Nationalsozialisten warnte und die Verfolgung der Juden anprangerte. Und in den 1940ern war er es, der für eine Verurteilung des Völkermords an den Juden durch die Alliierten sorgte. Doch wie Roosevelt tat auch er nichts, um die alliierten Kriegsflugzeuge umzulenken und die Todeslager oder die Bahnstrecken, die zu ihnen führten, zu bombardieren.
Darüber hinaus trug er nur zögerlich zur Gründung einer "Jewish Brigade Group" innerhalb der britischen Armee bei, die 1945 unter jüdischer Flagge in Italien gegen die Deutschen kämpfte. Während seiner Amtszeit als Erster Lord der Admiralität (1939-40) und als Premierminister (1940-45), wobei er zugleich das Amt des Verteidigungsministers versah, hielt die Royal Navy am Weißbuch von 1939 fest, blockierte Palästinas Küsten und verhinderte die Einreise "illegaler" jüdischer Flüchtlinge aus dem von den Nazis beherrschten Europa.
Churchills Palästina-Politik erweist sich bei genauerer Betrachtung ebenfalls als unentschieden. 1921-22, damals war er Kolonialminister, trennte er trotz zionistischer Proteste Transjordan vom Mandatsgebiet und reduzierte damit die mögliche "Heimstatt" um 75 Prozent. In seinem "Weißbuch" von 1922 führte Churchill das Kriterium wirtschaftlicher "Absorptionsfähigkeit" ein, um zu entscheiden, wie viele jüdische Immigranten nach Palästina dürften - eine Meßlatte, die von Whitehall später instrumentalisiert wurde, um die Einwanderung zu begrenzen und die arabische Mehrheit im Land zu sichern. In den Dreißigerjahren und Mitte der Vierzigerjahre wurde die Einwanderungsbegrenzung von Churchill wiederholt unterstützt.
Auch was den arabisch-zionistischen Konflikt betrifft, war Churchill unentschieden. Gegen den Islam und "die Araber" hatte er lebenslang eine Aversion. Über den Islam schrieb er einmal: "Wie gräßlich die Flüche, die der Mohammedismus seinen Anhänger auferlegt! Neben der fanatischen Ekstase ... gibt es diese schreckliche fatalistische Apathie ... unwirtschaftliche

Gebräuche, schludriger Ackerbau, träge Handelsmethoden ... Die Religion lähmt die soziale Entwicklung ihrer Anhänger. In der Welt gibt es keine rückschrittliche Kraft, die stärker wäre."
Die Araber nannte Churchill wechselweise "einfältige Wilde" oder "minderwertig und grausam". Und, politisch gesehen: Im Ersten Weltkrieg hatten die Araber die Osmanen gegen die Briten unterstützt; 1936-39 hatten sie in Palästina und 1941 im Irak gegen Großbritannien rebelliert; im Zweiten Weltkrieg hatten sie überwiegend die Achsenmächte unterstützt.
Dennoch hatte Churchill 1937 die Empfehlungen der Peel-Kommission zurückgewiesen, zu denen auch die sofortige Schaffung eines jüdischen Staates gehörte (wenn auch nur auf 20 Prozent der Fläche Palästinas). Und als er sich 1943-44 endlich durchgerungen hatte, die Teilung gutzuheißen, unterstützte er den Vorschlag, den Juden 15 Prozent von Palästina zu geben. So oder so aber gelang es Churchill nicht, diesen Vorschlag im Kriegskabinett durchzusetzen; der Plan starb einen stillen Tod, noch bevor Churchill nach den Labor-Sieg vom Juli 1945 aus dem Amt schied.
In der entscheidenden Phase der Jahre 1945-48 dann versagte Churchill, nun Oppositionsführer, völlig, wenn es darum ging, sich für den Zionismus einzusetzen. Der anti-britische jüdische Terrorismus von rechts, der im November 1944 seinen Freund Lord Moyne, den britischen Nahost-Minister, in den Tod riß, mag Churchill abgestoßen haben. Doch war er auch vom Wunsch getrieben, weder seine (überwiegend antizionistischen) konservativen Parteifreunde noch die Araber gegen sich aufzubringen, die er im aufkeimenden Kalten Krieg für wichtige Verbündete hielt.
Weder begrüßte er im November 1947 die historische Teilungs-Resolution der UN-Vollversammlung noch begrüßte er die Schaffung eines jüdischen Staates noch verurteilte er im Mai 1948 den pan-arabischen Angriff auf Israel. Erst im Dezember 1948/Januar 1949 fand er seine pro-zionistische Stimme wieder.
Doch einmal mehr klaffte eine riesige Lücke zwischen seinen Worten und seinen Taten. Von 1951 bis 1955 erneut Premier, mißlang es ihm, die unterkühlten britisch-israelischen Beziehungen zu verbessern. Nach Grenzzusammenstößen ergriff Whitehall ausnahmslos für die arabische Seite Partei; verkaufte Israel nicht die Waffen, die es brauchte; und versuchte, Israel dazu zu zwingen, große Teile seines Territoriums gegen einen Nichtangriffsabkommen mit den Arabern zu tauschen ("Plan Alpha"). Wie schon 1940-45 beugte sich Churchill, nun alt und krank, sowohl den Mandarinen von Whitehall als auch den konservativen Parteifreunden als auch den vermeintlichen Erfordernissen einer globalen Realpolitik.
Trotz alledem die beiden Bücher zum Thema - und das von Makovsky ist das bessere - zeigen, daß Churchill im Herzen Philosemit und überzeugter Zionist war. Oft zitierte er Benjamin Disraelis Ausspruch: "Der Herr behandelt die Nationen, wie die Nationen die Juden behandeln."
Er hielt die Juden für eine "bemerkenswerte" Rasse (wie die meisten Engländer des Fin de siècle dachte er in Begriffen der Rasse!), er war von ihrem historischen Anrecht auf das Land Israel überzeugt; er glaubte, daß ihre Entwicklung des Landes dieses Recht erneuere und daß die Juden ein "zivilisierender" Faktor in dieser barbarischen Region seien (so ähnlich wie die Briten weltweit). Churchills Zionismus aber war, in den Worten Makovskys, obschon real, stets der Realpolitik und britischen Interessen "untergeordnet und überwiegend sentimental."<<
Der palästinensische Schriftsteller Sami Hadawi (1904-2004) und der nordamerikanische Historiker Walter Laqueur schreiben später über die Gründung Israels (x243/255): >>Israel (ist) 1948 gegen den Willen der arabischen Mehrheit des Landes gegründet (worden), auf ihrem privaten Land. ... Nach Erreichen der Staatlichkeit terrorisierten die jüdische Gemeinschaft und dann der Staat mehr als die Hälfte der arabischen Bevölkerung ... in eine Flucht in die

benachbarten arabischen Länder um ihrer Sicherheit willen.
(Die Juden) vertrieben ... auf ihrer Suche nach einem Asyl vor der Verfolgung in Europa die Araber aus ihren Häusern und aus ihrer Heimat. Die Verfolgten wurden selbst zu Verfolgern. ... Eine fremde Gruppe hatte um 1948 dank des Weltzionismus und der Unterstützung einer Anzahl westlicher Länder die meisten Palästinenser des größten Teils ihres Landes enteignet. Diese Enteignung war ein Beispiel des Kolonialismus im klassischen Sinne. ...<<
>>Vom arabischen Standpunkt war der Zionismus eine aggressive Bewegung und die jüdische Einwanderung eine Invasion. Die Zionisten sind schuldig, sich so verhalten zu haben wie alle anderen Völker – nur mit einer gewissen historisch bedingten Verspätung.
Nationalstaaten sind niemals als Folge friedlicher Entwicklung und juristischer Verträge entstanden. Sie sind vielmehr aus Invasion, Kolonisation, Gewalt und bewaffneten Kämpfen hervorgegangen.
Es war die historische Tragik des Zionismus, daß er auf der internationalen Szene erschien, als es auf der Weltkarte keine weißen Flecken mehr gab. Wo immer sich die Juden angesiedelt hätten, sie wären früher oder später mit der bodenständigen Bevölkerung in Konflikt geraten. Die Bildung von Nationalstaaten war stets mit Ungerechtigkeiten verbunden. Nationale Minderheiten wurden absorbiert und assimiliert oder dezimiert oder vertrieben. ...<<
Der britisch-nordamerikanische Historiker Geoffrey Parker schreibt später über die Gründung Israels (x192/459): >>... 1947 stimmte die britische Regierung einem Abzug aus Palästina zu; am Tag des britischen Rückzugs wurde der Staat Israel proklamiert.
Es kam zum Krieg, die Araber wurden geschlagen. Zwei Drittel der arabischen Bevölkerung Palästinas verließen ihre Heimat und flüchteten nach Jordanien, Gaza, Syrien und in den Libanon. Nach dem Ende des Krieges feierten die jüdischen Soldaten die Errichtung des ersten jüdischen Staates in Palästina seit der Eroberung durch die Römer.
Israels Ablehnung palästinensischer Forderungen und die Weigerung der arabischen Staaten die Existenz Israels anzuerkennen, führte zu drei weiteren Kriegen 1956, 1967 und 1973. Dank besonderer Taktik und Bewaffnung blieb Israel in all diesen Konflikten siegreich und konnte die von ihm besetzten Gebiete noch vergrößern. ...<<
lehnt den Staat entschieden ab. Nach schweren Unruhen zwischen Juden und Arabern kommt es später zum offenen Krieg.

15.05.1948

Jugoslawien: Lebensverhältnisse der Volksdeutschen im Bezirk Pantschowa, Banat – Erlebnisbericht des Pfarrers Franz W. (x006/622): >>Viele Deutsche ... waren im Pantschowaer Ried beschäftigt. ... Viele sind auch in die Städte abgewandert.
Als Arbeiter waren unsere Leute sehr beliebt. Wir hatten einen Verwalter, M. Drago, ein Serbe, der sehr gut zu uns war. Es ging den Schwaben auf den Staatsgütern im allgemeinen nicht schlecht. Nur ein gewisser Dusan Babic war sehr brutal, er erschoß einen Deutschen. Es handelte sich um einen zum Tode verurteilten Mann, der aus dem Gefängnis von Pantschowa geflüchtet war. Unglücklicherweise arbeitete seine Frau damals auf diesem Staatsgut. ... Als er zu seiner Frau wollte, lauerte man ihm auf. ... Seine Frau wanderte später mit ihren 2 Kindern in die USA aus.
Aber sonst sind die Leute ... gut behandelt worden. Die Verwalter waren immer Einheimische. Oftmals waren es sogar ehemalige Nachbarn, die uns rücksichtsvoll behandelten. Man wollte ja auch etwas erzeugen, und da dachte man, es sei besser, wenn man ortseigene Arbeiter beschäftigen würde. Die eigenen Leute würden ... auch mehr Interesse haben, die Wirtschaft des Dorfes anzukurbeln.
Nach der Entlassung aus den Lagern bekamen die Deutschen ihr Eigentum nicht zurück, auch wenn sie die Staatsbürgerschaft angenommen hatten.<<

SBZ: Das "Leipziger Börsenblatt" berichtet am 15. Mai 1948 über den damaligen Stand des

deutschen Literaturwesens (x112/513): >>... Daß wir auf die unanzweifelbaren Meisterwerke unserer Zeit, in Sonderheit auf solche, die uns das tausendjährige Reich zwölf Jahre vorenthielt (und jeder von uns wüßte aus dem Handgelenk drei Dutzend zu nennen), noch heute meist vergeblich warten müssen, angesichts einer Inflation von Zeitschriften, jüngster Lyrik und Machwerken, die als Eintagsfliegen zu bezeichnen ihnen schon zuviel Ehre antun heißt, ist eine Tatsache, die allen, die mit Planung und Lenkung des Schrifttums zu tun haben, täglich und stündlich vor Augen stehen müßte.
Die deutsche Buchproduktion steckt im Sumpfe einer peinlichen Mittelmäßigkeit, und die besten Pferde müssen heran, sie da herauszuziehen.<<

16.05.1948

SBZ: Der evangelische Bischof Dibelius fordert am 16. Mai 1948 zum "zivilen Ungehorsam" auf (x112/513): >>Es geht in den heutigen Tagen vor allem um das eine, die Freiheit zu behalten, wahrhaftig zu bleiben, was auch immer geschieht. ...
Man muß den Kampf aufnehmen gegen jeglichen Druck auf Überzeugung und Gewissen. Wo es darum geht, eine Überzeugung zu bekunden, bei Wahlen, Kundgebungen, Entscheidungen für eine Partei, Volksabstimmungen und ähnlichen Gelegenheiten, da gilt kein Gehorsam, sondern die eigene gewissenhafte Überzeugung. ...<<

18.05.1948

WBZ: Der Frankfurter Oberbürgermeister erinnert am 18. Mai 1948 an die erste deutsche Nationalversammlung in der Frankfurter Paulskirche vor 100 Jahren (x112/514): >>... In unseren Straßen wehen, wie vor 100 Jahren, schwarz-rot-goldene Fahnen, und in der alten demokratischen Stadt Frankfurt versammeln sich, wie anno 1848, viele hundert Abgesandte aus ganz Deutschland. In feierlichem Zuge, mit hochgestimmten Herzen, werden sie wie ihre Väter von den altehrwürdigen Römerhallen zur Paulskirche hinübergehen. Die Glocken unserer Stadt tragen dann weit in deutsche Lande hinein die Kunde: Unser Volk versammelt sich zu hoher nationaler Feierstunde.<<

19.05.1948

Ostdeutschland: Internierungslager in Landsberg an der Warthe, Ostbrandenburg – Erlebnisbericht der G. W. (x002/549): >>Wir wurden damals einfach verkauft und kamen als billige Arbeitskräfte nach Landsberg. Einige Lagerinsassen schrieben an ihre Angehörigen nach Deutschland. Diese hatten sich an die zuständigen polnischen Stellen gewandt und direkt an das Ministerium nach Warschau geschrieben. Das Ministerium in Warschau wußte gar nichts von den dort bestehenden Lagern.
Im Mai kam eine Kommission und besichtigte alles. Sie haben auch einzelne Personen befragt, wie denn die Behandlung sei und woher sie stammten. Wo die Angehörigen wären und ob wir auch nach Deutschland fahren wollten.
Es dauerte auch gar nicht mehr lange, bis auch die Personen, welche außerhalb des Lagers auf Gütern, bei polnischen Bauern und im Walde arbeiteten, wieder ins Lager zurückkamen. Dann kam eine Kommission und stellte uns allerhand Fragen. Wir mußten Formulare unterschreiben, daß wir deutsche Staatsangehörige sind, Angehörige im Reich haben, den polnischen Staat verlassen wollen und an ihn keine Forderungen und Ansprüche stellen.
Es sind noch etliche Personen zurückgeblieben. Man versprach ihnen, ihr Eigentum zurückzugeben und die gleichen Rechte wie den polnischen Staatsbürgern einzuräumen, wenn sie für Polen optieren.<<

WBZ: Konrad Adenauer erklärt am 19. Mai 1948 während einer Sitzung des CDU-Zonenausschusses in Bad Meinberg/Lippe (x112/515): >>Die weltanschauliche Grundlage der Partei muß unbedingt erhalten bleiben. Nirgendwo ist eine Verteidigung der christlichen Weltanschauung nach wie vor so notwendig wie bei uns in Deutschland. ...
Die Forderung auf Rückgabe der Ostgebiete müssen wir nach wie vor nachdrücklich stellen

und aufrechterhalten, weil ohne die Ostgebiete das übrige Deutschland, abgesehen von der Flüchtlingsfrage, wirtschaftlich derart gelagert ist, daß es sowohl für die Deutschen selbst, aber auch für das übrige Westeuropa kaum tragbar ist. ...
So sehr wir den Marshallplan und die Hilfe begrüßen, so glaube ich doch, daß der Marshallplan nur eine Ankurbelung ist, die nicht ewig weiterlaufen wird. Wir Deutschen werden selbst die Hauptarbeit tragen müssen, um unser Volk wieder in die Höhe zu bringen. ...
Den Gedanken einer europäischen Föderation kann man nicht ernst genug nehmen und die Bedeutung schlechterdings nicht unterschätzen. Eine solche europäische Föderation würde ein Gefühl der Sicherheit geben, auch den westlichen Nachbarn Deutschlands, den Franzosen, Holländern, Belgiern und Luxemburgern, in denen immer noch eine große Angst vor den Deutschen herrscht. Man befürchtet mit Recht, wenn Westdeutschland der Kopf Rußlands werden würde, dann wäre es um Westeuropa geschehen. ...
Wenn man sich dieses Zukunftsbild einer westeuropäischen Föderation vor Augen hält, bestehend aus England, Frankreich, Italien und den Beneluxstaaten und Westdeutschland, mit den kolonialen Hilfsquellen Afrikas, Indonesiens, Niederländisch-Indiens usw., dann wird man zugeben, daß hier die Möglichkeit gegeben ist, daß eine dritte Macht auf der Erde entsteht, die zwar den ganz großen Mächten wie den Vereinigten Staaten von Nordamerika und Sowjetrußland nicht gleichwertig ist, aber doch immerhin so stark und so groß ist, daß jeder von den beiden, wenn sie in einen Kampf miteinander geraten sollten, daran denken müßte, wie wird sich diese dritte Macht verhalten. ...<<
Die deutsche Schriftstellerin Irmgard Keun (1905-1982) schreibt am 19. Mai 1948 über das eigenartige Nationalbewußtsein der Deutschen (x112/515): >>Ich hab' nur so eine Abneigung gegen alles, was geeignet ist, das Nationalgefühl zu stärken, dieses dümmste und verderblichste aller Gefühle. Daß es nur ein künstliches und vorgebildetes Gefühl ist, macht es nicht milder und harmloser. Wie künstlich es in Deutschland ist, konnte man hier gerade während und nach dem Kriege sehen. ...
Neulich hatte die Straßenbahn hier (sc. in Köln) mal einen bayerisch sprechenden Schaffner eingestellt – er ist einmal gefahren und nicht wieder. ...<<

23.05.1948

Berlin: Die deutsche Journalistin und Schriftstellerin Ruth Andreas-Friedrich (1901-1977) berichtet am 23. Mai 1948 über die Großaktion der SED, Unterschriften für das "Volksbegehren für Einheit und gerechten Frieden" im Osten Berlins und in der sowjetischen Zone zu sammeln (x112/517): >>Man muß es zugeben, der Schein der moralischen Rechtfertigung liegt auf seiten der Sowjetunion. Sie fordert, was wir wollen müßten. Einheit, gemeinsame Währungsreform, Abzug der Besatzungstruppen und einen raschen Frieden mit Deutschland. Warum sträuben wir uns dagegen? – Weil wir uns fürchten. ...
Zu deutlich für unser Mißtrauen tönt aus der neuen Friedensschalmei die fatale Zukunftsmusik des Anschlusses. Es schmeckt nach Schloß und Riegel. Eingeschlossen ist der winzige Punkt Berlin in der riesigen Sowjetzone. Abgeschlossen von der westlichen Welt sind seit 1947 alle Länder, die unter sowjetischem Einfluß stehen.
Und hinter Kerkerschlössern verschwindet jeder, der in jenen Ländern anderen Willens ist, als seine Machthaber es wünschen. 200.000 Menschen wurden nach mutmaßlicher Schätzung seit 1945 aus der Ostzone nach Rußland transportiert. ...<<

WBZ: Die westlichen Militärregierungen einigen sich 23. Mai 1948 über eine gleichzeitige Durchführung der Währungsreform in den Westzonen.
Der deutsche Jurist und SPD-Politiker Heinrich Troeger (1901-1975) schreibt damals über die geplante Währungsreform in den Westzonen (x112/517): >>Die Währungsreform hebt sich immer dunkler am Horizont ab wie eine schwarze aufsteigende Gewitterwand.
Die Schlauen haben sich hinter Sachwerten gesichert, die Fleißigen hoffen auf gerechte Ent-

lohnung, auch wenn sie noch die letzten Vermögensreste verlieren sollten. Die Armen und Arbeitsunfähigen können ohne Gruseln gar nicht daran denken, daß sie radikal vor dem Nichts stehen sollen. ...<<

25.05.1948

Ostdeutschland: Gefängnis in Fordon bei Bromberg, Westpreußen – Erlebnisbericht der E. S. (x002/475): >>Solange man nicht vom Arzt krankgeschrieben war oder ins Spital aufgenommen wurde, bestand Arbeitszwang. Außerdem durfte man sich während des Tages nicht hinlegen. Ich mußte mit dem hohen Fieber täglich morgens zum Appell antreten, dabei konnte ich kaum stehen und wurde beim Gehen von meinen Kameradinnen gestützt. Wenn mich das Bewußtsein verlassen wollte, hielt mich der Gedanke aufrecht: Nur nicht in den schrecklichen Keller kommen! Das wäre das Ende.

Über Mittag, während die anderen aßen, packten mich einige deutsche Kameradinnen auf ein Bett, versteckten mich, indem sie sich vor mich setzten, und sobald der Schlüssel ins Schloß gesteckt wurde, rissen sie mich auf und stellten mich auf die Beine.

Einmal gelang das nicht. ... Ich lag wieder halb bewußtlos auf dem Bett. Die Kameradinnen suchten in meinem Bündelchen nach Briefen, die ich versteckt bei mir trug, nach der Adresse meiner Mutter, um ihr von meinem Ableben berichten zu können, denn keiner glaubte mehr daran, daß ich durchkommen würde.

Plötzlich ging die Tür auf, und der Vorsteher stand da. Ich richtete mich mühsam auf und war verängstigt. (Ich hatte) nur den einen Gedanken im Sinn: Jetzt ist es zu Ende! Jetzt muß ich in den Keller, und dann ist alles aus! Er sah mir forschend ins Gesicht, das geschwollen und fieberglühend war, und fragte dann die Stubenälteste, ein Polin: "Was ist mit der Frau passiert, die ist doch schwer krank." ... Er ordnete dann an, daß ich mich sofort ins Bett legen und am anderen Morgen ins Spital gehen sollte. ... Nach einer Untersuchung erfolgte (schließlich) meine Aufnahme ins Spital.

Um den Kierownik (leitender polnischer Beamter) vor Strafe zu schützen, - es war ja ein bodenloser Leichtsinn, eine Typhuskranke in der Gemeinschaft von 800 Menschen zu lassen, - wurde ich ... lange Zeit isoliert gehalten. Das war mein Glück.

Als ich anfangs noch sehr schwach und teilweise ohne Besinnung (im Krankenhaus) lag, hörte ich, wie jemand zum Kierownik sagte: "Die Frau wird sterben." Darauf antwortete er: "Kann, kann, Bretter sind genug da!"

Mein Gedanke war: Den Gefallen tue ich euch nicht! Ich habe geatmet und immer wieder geatmet, so oft ich erwachte. Durch diese Atemübungen bekam ich wieder neue Kraft. Etwas anderes stand mir nicht zur Verfügung. Das Atmen konnten sie mir jedoch nicht verbieten. Ich bekam weder Medizin noch irgendeine Behandlung noch besseres Essen. Von Pflege war überhaupt nicht zu reden.

Ich fühlte, daß das Herz durch meine systematischen Atemübungen allmählich wieder kräftiger schlug, das Leben in mir wieder neu zu pulsieren begann. Das Fenster war Tag und Nacht weit geöffnet, so daß die Atemübungen ständig frischen Sauerstoff in meinen erschöpften Körper bringen konnten. Anfangs verlor ich noch oft das Bewußtsein, allmählich aber wurde es besser. Nach 3 Monaten durfte ich schon spazieren gehen. ...<<

Ungarn: Hegyhatmaroc im Komitat Baranya – Erlebnisbericht des Landwirts Heinrich S. (x008/90): >>Die Ausweisungen nach Deutschland begannen in unserer Ortschaft im Mai 1948.

Etwa 75 % der Deutschen haben ihre Heimat ... verlassen müssen. Die Ausweisung erfolgte nicht brutal. Die neuen Herren, die Pußta-Madjaren und CSR-Madjaren haben sich von uns sehr schwer verabschiedet. ... Viele Madjaren haben uns noch Geld zugesteckt, das uns aber von den madjarischen Polizisten bei der Abfahrt weggenommen wurde. Es fuhren sogar Madjaren bis Dombovar nach, wo wir einige Tage Halt machten, und brachten uns Lebensmittel.

Es war ein menschlicher Abschied.
Ich persönlich freute mich, daß wir nun vom Elend erlöst wurden, aber als wir die Ortschaft verließen und am Friedhof vorbeikamen, packten auch mich die Tränen.
Abschließend darf ich feststellen, daß die Sympathien der Madjaren gegenüber den Deutschen in dem Maße stiegen, in dem wir unterdrückt wurden. Am 25. Mai 1948 fuhr mein Transport ... über Budapest nach Pirna.<<

28.05.1948

Ungarn: Bezirk Pecs im Komitat Baranya – Erlebnisbericht des Tierarztes R. N. (x008/75-76): >>Da ich mich vor 2 Jahren, als ich aus der Kriegsgefangenschaft zurückgekehrt war, wegen der drohenden Internierung oder Auslieferung nach Rußland nicht angemeldet hatte, hielt ich mich illegal in meiner Heimatgemeinde auf.
Im Mai 1948 wurde ich beim Nationalkomitee der Gemeinde denunziert. - Es war am 28. Mai 1948. Ich kam am Abend von der Arbeit. Ich trug eine Sense auf der Schulter, denn ich hatte für einen magyarischen Bauern Gras gemäht. Als ich ins Dorf kam, sah ich einen Polizisten, der gerade mit dem Bürgermeister sprach. ...
Da ich ahnte, daß man mich festnehmen wollte, ergriff ich die Flucht. ... Die Polizei führte anschließend sofort eine Razzia durch, um mich zu ergreifen, aber es gelang ihnen nicht. ...<<
WBZ: Im "Telegraf" vom 28. Mai 1948 kritisiert Arno Scholz die SED (x116/24): >>Die SED bringt das deutsche Volk in die gleiche Situation, in die es nach dem Ersten Weltkrieg kam. Auch damals mußten sich alle Kräfte gegen den Kommunismus wehren. ...
Sie waren es, die den demokratischen und sozialistischen Kräften in den Rücken fielen, die sich an der Wahl zur Nationalversammlung nicht beteiligten und den Regierungen durch Aufstände und andere politische Aktionen ständig Schwierigkeiten machten.<<

01.06.1948

WBZ: In der britischen und nordamerikanischen Besatzungszone werden im Juni 1948 täglich nur 1.542 Kalorien zugeteilt.

02.06.1948

WBZ: Viktor Brack (1904 in Haaren geboren) wird am 2. Juni 1948 in Landsberg/Lech gehängt.
Brack leitete zunächst von 1939-41 die "Vernichtungsaktion T4" ("Euthanasie-Programm"). In den NS-Vernichtungslagern organisierte und überwachte Brack anschließend den Bau und Betrieb der Tötungseinrichtungen (Gaskammern und Vergasungswagen).
Großbritannien: Die Londoner Sechsmächte-Konferenz (20. April bis 2. Juni 1948) endet mit der Empfehlung, Deutschland am Wiederaufbau Europas zu beteiligen sowie die Errichtung einer internationalen Behörde für die Kontrolle des Ruhrgebietes und die Bildung eines westdeutschen Staates anzustreben (x156/55-56): >>Es wurde eine Übereinstimmung erzielt, die Errichtung einer internationalen Behörde für die Kontrolle des Ruhrgebietes zu empfehlen, in der die Vereinigten Staaten, das Vereinigte Königreich, Frankreich, die Benelux-Länder und Deutschland vertreten sein sollen.
Die Errichtung dieser Behörde bedeutet keine politische Abtrennung des Ruhrgebietes von Deutschland. Vorgesehen ist jedoch die Kontrolle über die Verteilung der Kohlen-, Koks- und Stahlproduktion der Ruhr, um einerseits zu verhindern, daß die industrielle Konzentration in diesem Gebiet zu einem Aggressionsmittel wird, und andererseits zu gewährleisten, daß die Produktion allen am europäischen Wirtschaftsprogramm teilnehmenden Ländern einschließlich Deutschlands zugute kommt. ...
Weiter wurde die Frage der Entwicklung der politischen und wirtschaftlichen Organisation Deutschlands von allen Delegationen beraten. Die Delegierten erkennen an, daß es bei Berücksichtigung der augenblicklichen Lage notwendig ist, dem deutschen Volk Gelegenheit zu geben, die gemeinsame Grundlage für eine freie und demokratische Regierungsform zu schaf-

fen, um dadurch die Wiedererrichtung der deutschen Einheit zu ermöglichen, die zum gegenwärtigen Zeitpunkt zerrissen ist.
Auf Grund dieser Sachlage sind die Delegationen zu dem Schluß gekommen, daß das deutsche Volk jetzt in den verschiedenen Ländern die Freiheit erhalten soll, für sich die politischen Organisationen und Institutionen zu errichten, die es ihm ermöglichen werden, eine regierungsmäßige Verantwortung soweit zu übernehmen, wie es mit den Mindesterfordernissen der Besetzung und Kontrolle vereinbar ist, und die es ihm schließlich auch ermöglichen werden, die volle Verantwortung zu übernehmen.
Die Delegationen sind der Ansicht, daß die Bevölkerung in den Ländern die Ausarbeitung einer Verfassung wünscht, die Bestimmungen enthält, die von allen deutschen Ländern angenommen werden können, sobald die Umstände es zulassen. Die Delegationen sind daher übereingekommen, ihren Regierungen zu empfehlen, daß die Militärgouverneure eine gemeinsame Sitzung mit den Ministerpräsidenten der Westzonen Deutschlands abhalten sollen. Auf dieser Sitzung werden die Ministerpräsidenten Vollmacht erhalten, eine verfassunggebende Versammlung zur Ausarbeitung einer Verfassung einzuberufen, die von den Ländern zu genehmigen sein wird.
Die Abgeordneten dieser verfassunggebenden Versammlung werden von den einzelnen Ländern nach Bestimmungen ernannt werden, die von den einzelnen Länderparlamenten selbst festgelegt werden.
Diese Verfassung soll so beschaffen sein, daß sie es den Deutschen ermöglicht, ihren Teil dazu beizutragen, die augenblickliche Teilung Deutschlands wieder aufzuheben, allerdings nicht durch die Wiedererrichtung eines zentralistischen Reiches, sondern mittels einer föderativen Regierungsform, die die Rechte der einzelnen Staaten angemessen schützt und gleichzeitig eine angemessene zentrale Gewalt vorsieht und die Rechte und Freiheiten des Individuums garantiert.
Wenn die Verfassung, die von der verfassunggebenden Versammlung vorbereitet wird, nicht gegen diese allgemeinen Grundsätze verstößt, werden die Militärgouverneure die Bevölkerung in den betreffenden Staaten zur Ratifizierung ermächtigen.
Bei der Zusammenkunft mit den Militärgouverneuren sind die Ministerpräsidenten ermächtigt, die Grenzen der verschiedenen Staaten zu überprüfen, um zu entscheiden, welche Veränderungen den Militärgouverneuren vorgeschlagen werden könnten, damit ein endgültiges System geschaffen wird, das für die Bevölkerung zufriedenstellend ist. ...<<
Der nordamerikanische Historiker John Gimbel (1922-1992) schreibt später über die Hintergründe dieser "Londoner Empfehlung" (x156/54): >>Die Art, in der die Londoner Empfehlung zur Bildung einer westdeutschen Regierung erfüllt wurde, zeigt also, daß die demokratischen Ideen hinter alliierten Interessen zurückstehen mußten und daß die Alliierten auf bestimmten Bedingungen, Strukturen und Machtverhältnissen bestanden, die die Deutschen vielleicht aus freien Stücken akzeptiert hätten, vielleicht aber auch nicht.
Diese Unnachgiebigkeit hat ihre besondere Bedeutung, weil sich daraus ersehen läßt, daß die alliierte Entscheidung, die Bonner Regierung zu errichten, nicht wesentlich von den bisher in der Besatzungspolitik geltenden Grundsätzen und Bemühungen abwich. Die Ereignisse der Jahre 1948 und 1949 sind daher die Fortführung einer bestimmten politischen Linie und nicht ein Bruch. Sie stellen in gewissem Sinne nur ein weiteres Experiment dar, einen weiteren pragmatischen Versuch, mit Hilfe einer deutschen Auftragsregierung fundamentale Ziele der Alliierten zu verwirklichen.
Die Entscheidung, eine westdeutsche Regierung zu errichten, war nicht mit der Freigabe von Interessen verbunden. Es läßt sich vielmehr nachweisen, daß die Anstrengungen, bestimmte alliierte Ziele und Bemühungen weiter zu verfolgen, noch verstärkt wurden. ...<<

03.06.1948

SBZ: Die SMAD läßt am 3. Juni 1948 Ausbildungseinheiten für die spätere "Kasernierte Volkspolizei" aufstellen.

09.06.1948

Ostdeutschland: Der polnische Starost (Landrat) von Neidenburg, Ostpreußen, erklärt in einer amtlichen Mitteilung zur Option für Polen (x002/206): >>In Verbindung mit Ihrem ungeklärten Verhältnis zum polnischen Volk und Staat fordere ich Sie auf, sich innerhalb von 2 Wochen ... zu erklären, ob sie die polnische Staatsangehörigkeit dadurch zu erwerben wünschen, daß Sie die Treueerklärung dem polnischen Volk und Staat gegenüber bekunden und unterzeichnen. Für den Fall, daß Sie sich in der oben erwähnten Frist nicht erklären, bemerke ich, daß Ihre Wirtschaft ... vom Staat übernommen wird.<<

10.06.1948

Rumänien: Der 2. Kongreß des Zentralkomitees der Rumänischen Arbeiterpartei beschließt am 10. Juni 1948 eine Änderung der Nationalitätenpolitik (x007/101E): >>... (um) das Problem der deutschen Bevölkerung in Siebenbürgen und dem Banat auf demokratische Weise zu lösen. ...

Nach "Ausmerzung des Einflusses, den der Hitlerismus in den Reihen der deutschen Bevölkerung in der Volksrepublik Rumänien gehabt hat", sollte, so wollte es die Resolution, mit Hilfe des Zentralkomitees "eine Arbeiterpartei der deutschen Bevölkerung auf der Grundlage der Klassendifferenzierung" geschaffen werden.<<

WBZ: Konrad Adenauer erklärt am 10. Juni 1948 in der Tageszeitung "Die Welt" (x112/525): >>Deutschland ist bereit, als gleichberechtigtes Mitglied einer Föderation auf einen Teil seiner Souveränitätsrechte zu verzichten, doch glaube ich nicht, daß Deutschland einen Friedensvertrag mit einem einseitigen Verzicht auf wesentliche Souveränitätsrechte unterzeichnen wird. Zu diesen gehören auch die freie Verfügung über Wirtschaft und Außenhandel.

Eines ist gewiß: Sicherheit wird niemals durch Zwang gewährleistet. ...<<

Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (44/1961) berichtet später über Adenauer und den Föderalismus: >>**Mein Gott - was soll aus Deutschland werden?**

Adenauer war in den zwanziger Jahren Föderalist gewesen. Das entsprach dem Programm seiner Partei, des katholischen Zentrums. Das entsprach seinen persönlichen Interessen als eines katholischen Politikers im vorwiegend protestantischen Reich. Das entsprach aber auch seinen Auffassungen von der europäischen Politik. Er meinte, daß Deutschland "friedensfreundlicher" gemacht werden könne, indem der preußische Zentralismus in Deutschland gebrochen und durch eine föderalistische Struktur des Reiches ersetzt werde.

Höchster Orientierungspunkt des Adenauerschen Föderalismus war also ein freundlicheres Verhältnis zu den westlichen Nachbarn gewesen. Diesen Gedanken hatte Adenauer 1919 ausgesprochen, als er in den rheinischen Separatismus-Wirren, die dem Ersten Weltkrieg folgten, den Plan eines westdeutschen Bundesstaates innerhalb des Reiches propagierte.

Ein gutes Vierteljahrhundert später - als Adenauer ein zweites Mal Gelegenheit erhielt, an der inneren Gestaltung eines neuen deutschen Staates mitzuwirken - war der höchste Orientierungspunkt seines Vorgehens immer noch der des Jahres 1919: die Gestaltung eines friedlichen Europa.

Die Frage blieb jedoch offen, ob - gemessen an jenem Orientierungspunkt - immer noch die Föderalisierung Deutschlands ein unbedingtes Erfordernis sei.

Das Hauptziel, das Adenauer 1919 verfolgt hatte, wurde 1945 durch die Siegermächte erzwungen: Preußen wurde von ihnen zerschlagen. Die Gründung der westdeutschen Länder in den Jahren 1945 und 1946 - vor allem die Gründung Nordrhein-Westfalens - bedeutete das Ende Preußens.

Der "Berliner Zentralismus", der für Bismarck-Staat und Weimarer Republik kennzeichnend

gewesen war, hatte damit sein Ende genommen. Zu entscheiden war nun nur noch, durch welche Art von Staatskonstruktion der Berliner Zentralismus" ersetzt werden sollte - ob
- durch einen wiederum zentralistischen Staat, nun freilich nicht mit Berlin, sondern mit einer westdeutschen Stadt als Metropole, oder
- durch ein föderalistisches Deutschland, dessen Mittelpunkt eine neue Hauptstadt - zum Beispiel Frankfurt - bilden sollte.
Die allgemeine Voraussetzung, von der die westdeutschen Politiker bei den 1945 noch sehr vagen Spekulationen über dieses Thema ausgingen, war die, daß der neue deutsche Staat zumindest das Gebiet zwischen Oder und Mosel umfassen werde. Unter dieser Voraussetzung war Adenauer - so hat es jedenfalls den Anschein - auch nach 1945 noch Föderalist. Noch im Mai 1946 propagierte der "Rheinische Merkur", der damals vielfach als ein Organ Adenauers angesehen wurde, "eine deutsche Föderation mit einer westdeutschen Stadt - möglicherweise Frankfurt - als Hauptstadt".
Schwankend in seiner föderalistischen Haltung wurde Adenauer erst, nachdem sich abzuzeichnen begann, daß für die Gründung eines neuen demokratischen deutschen Staates nur noch die drei westdeutschen Zonen, nicht aber mehr die mitteldeutschen Länder zur Verfügung standen
Von Mitte 1946 an begannen die Militärgouverneure Englands und Amerikas für die Gründung einer west- und süddeutschen "Tri-Zone" einzutreten. Erst mit dieser Initiative kam jene Wirklichkeit in Sicht, auf deren Boden auch die Frage "Zentralismus oder Föderalismus" fortan zu entscheiden war.
Vor dieser neuen Wirklichkeit aber stand Adenauer in Sachen "Föderalismus" ohne Konzept da, noch nicht Zentralist, nicht mehr Föderalist - und es war schließlich nicht er, der den "Bonner Zentralismus", sofern man von einem solchen sprechen kann, durchsetzte, sondern Kurt Schumacher.
Diese Tatsache hat inzwischen eine ironische Pointe erhalten. Heute ist es die SPD, die - entgegen ihren Traditionen, aber aus wohlerwogenem Eigeninteresse - föderalistische Grundsätze verteidigt, während Adenauer die föderalistischen Elemente des Bonner Grundgesetzes beklagt.
Im letzten Wahlkampf erklärte Adenauer vor Würzburger Studenten, die Besatzungsmächte hätten in den Jahren 1948 und 1949 "uns den föderativen Gedanken aufgezwungen. Die Amerikaner und die Franzosen haben die Entwicklung beeinflußt. Die Länder sollten sehr stark sein, die Zentralregierung sehr schwach."
Der SPD-Pressedienst versuchte nach Adenauers Würzburger Rede, mit Hilfe einer Dokumentation aus den Debatten des Parlamentarischen Rates nachzuweisen, daß Adenauer 1948/49 ein eifriger Föderalist gewesen sei.
In Wirklichkeit jedoch war Adenauer in jener Zeit weder Föderalist noch Zentralist, hatte vielmehr überhaupt keine feste Ansicht in dieser Frage und wechselte damals seinen Standpunkt zum Föderalismus-Thema nicht weniger als dreimal - und zwar jedesmal so, wie nach seiner Meinung der Wind im Lager der westlichen Besatzer stand.
Diese Haltung führte auf dem Höhepunkt des Föderalismus-Streites zu einem Satyr-Spiel, dessen nicht eben glücklich aussehende Hauptfigur Adenauer selbst war.
In der Tat erklärte sich Adenauers Unentschiedenheit im Föderalismus-Konflikt letztlich daraus, daß sein eigentlicher Orientierungspunkt - nämlich die Absicht, den neuen deutschen Staat für Westeuropa akzeptabel zu machen - in der Situation von 1948/49 keine Anweisung zu politischem Handeln bot. War es klar gewesen, daß die westlichen Alliierten ein von Preußen her zentralistisch geleitetes Gesamtdeutschland nicht akzeptieren würden, so war damals keineswegs eindeutig vorauszusehen, ob ein vielleicht von Frankfurt her zentralistisch geleiteter westdeutscher Teilstaat für den Westen, namentlich für die Angelsachsen, nicht doch an-

nehmbar sein würde
Genau auf diesen Punkt hin sollte sich der Streit zuspitzen, der 1948/49 einmal innerhalb des Parlamentarischen Rates und zum anderen zwischen Parlamentarischem Rat und den Westalliierten entbrannte.
Am 10. Juli 1948 überreichten die Militärgouverneure Englands, Amerikas und Frankreichs den Ministerpräsidenten der elf westdeutschen Länder die sogenannten "Londoner Dokumente", in denen die drei westlichen Besatzungsmächte vorschlugen, ihre drei Zonen zu einem deutschen Staat "föderalistischen Typs" zu vereinen.
Am 1. September 1948 trat daraufhin eine verfassunggebende Versammlung zusammen: der sogenannte Parlamentarische Rat. Er umfaßte 65 Abgeordnete, die von den Länderparlamenten ernannt worden waren. 27 Abgeordnete gehörten der SPD, 27 der CDU/CSU, fünf der FDP, je zwei dem Zentrum, der Deutschen Partei und der KPD an.
In den Debatten des Parlamentarischen Rates darüber, ob das Grundgesetz der geplanten Bundesrepublik "föderalistischen" oder "zentralistischen" Charakter haben solle, schälten sich schließlich zwei Hauptprobleme heraus, nämlich
- einmal die Frage, ob neben dem vom ganzen Volke gewählten Bundestag der von den Länderregierungen zu wählende Bundesrat eine gleichberechtigte gesetzgebende Gewalt ausüben solle, und
- zum anderen die Frage der Finanzhoheit.
In der ersten Frage nahm die CDU/CSU zunächst den "föderalistischen" Standpunkt ein, das hieß: Sie forderte die Gleichberechtigung der Bundesländer als gesetzgebende Gewalt neben dem Bundestag. Praktisch lief diese Ansicht darauf hinaus, daß die gesetzgebende Gewalt des neuen deutschen Staates zu gleichen Teilen auf zwei Institutionen verteilt werden sollte:
- auf den Bundestag als die gewählte Repräsentation des gesamten Staatsvolkes und auf eine "zweite Kammer" (später "Bundesrat" genannt), welche die Länder-Interessen, also das föderalistische Element, repräsentieren sollte.
Der bedeutendste Sprecher der CDU/CSU in dieser Sache war der katholische Jurist Dr. Adolf Süsterhenn. Die Abgeordneten der CDU/CSU verträten, sagte er im Parlamentarischen Rat, "grundsätzlich das machtverteilende Prinzip. Wir wollen eine pluralistische Staatsgestaltung haben ... Diesen Gedanken der Machtverteilung glauben wir unter anderem am besten dadurch zum Ausdruck zu bringen, daß neben dem Volksparlament, das aus der Volkswahl hervorgegangen ist (Bundestag), völlig gleichberechtigt in der Legislative eine andere Körperschaft in Gestalt der sogenannten zweiten Kammer (Bundesrat) steht".
Der Standpunkt Süsterhenns war jedenfalls zu Anfang auch der offizielle der CDU/CSU-Fraktion im Parlamentarischen Rat. Hätte dieser Standpunkt sich durchgesetzt, so wäre die gesamte Gesetzgebung der Bundesrepublik einschließlich der Außenpolitik zu einem großen Teil in den Landeshauptstädten bestimmt worden.
Dem späteren sogenannten "Bonner Zentralismus" wären von vornherein in radikaler Weise die Flügel beschnitten worden, und die Außenpolitik der Bundesrepublik hätte zweifellos einen völlig anderen Verlauf genommen, als sie ihn unter der einsamen Führung Adenauers tatsächlich genommen hat.
Vor allem die süddeutschen Föderalisten suchten einen "Bonner Zentralismus" zu verhindern. Aus ihren Kreisen kamen Äußerungen, wonach das Land "Nordrhein-Westfalen" drohe, "das Preußen der Bundesrepublik zu werden".
Der von Süsterhenn propagierte Plan scheiterte schließlich an Kurt Schumacher. Im Verein mit der FDP brachte der SPD-Führer den Plan eines "gleichberechtigten" Bundesrates zu Fall. In dem mit dem Problem befaßten Ausschuß stimmten zwölf Abgeordnete gegen den Süsterhenn-Plan, neun dafür.
Erst nachdem dies geschehen war, schaltete sich Adenauer in die Debatte ein - nun zwar im-

mer noch nicht mit prinzipiellen Deklarationen, sondern mit taktischen Manipulationen, die darauf hinausliefen, den traditionellen Föderalismus der Christdemokratie fallenzulassen. Ihm gelang, die eifrigsten Föderalisten der CDU/CSU, den Rheinländer Süsterhenn und den Bayern Dr. Anton Pfeiffer, die bis dahin in der "Föderalismus-Frage" Sprecher der CDU/CSU gewesen waren, durch den nachgiebigen Brentano und durch Theophil Kaufmann ersetzen zu lassen. Unter deren Einfluß kam schließlich der Artikel 50 des Grundgesetzes zustande: "Durch den Bundesrat wirken die Länder bei der Gesetzgebung und Verwaltung des Bundes mit."
Im übrigen ist - vornehmlich dank der Initiative des SPD-Führers Kurt Schumacher - im Grundgesetz eine Verteilung der Rechte von Bund und Ländern vorgenommen worden, die sich später auf vielen Gebieten als praktikabel und vernünftig erwiesen hat.
Daß dieses System nicht immer reibungslos funktionieren würde, war freilich von vornherein klar. Tatsächlich kam es 1952/53 zu einer aufsehenerregenden Kollision zwischen Bund und Ländern - und zwar im engen Zusammenhang mit der Frage der deutschen Wiederbewaffnung.
Im Mai 1952 hatte Bundeskanzler Adenauer vier Verträge mit den Westalliierten unterzeichnet. Das waren
- der sogenannte Deutschland-Vertrag, durch den die Bundesrepublik ihre Souveränität gewann (mit gewissen noch heute bestehenden Einschränkungen),
- der "Vertrag über die Gründung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft" (EVG), in dem sich die Bundesrepublik zur Aufstellung von bewaffneten Streitkräften und zu deren Einbau in eine EVG-Armee verpflichtete, und
- zwei Nebenverträge, in denen rechtliche und finanzielle Fragen geregelt wurden.
Im Bundestag war den Verträgen eine einfache Mehrheit sicher. Strittig war lediglich, ob der EVG-Vertrag, weil er die im Grundgesetz nicht vorgesehene Aufstellung von "bewaffneten Streitkräften" vorsah, verfassungsändernd sei und mithin einer Zweidrittelmehrheit im Bundestag bedürfe. In dieser Frage erklärte sich das Bundesverfassungsgericht nach einem langen juristischen Streit 1953 für unzuständig.
Danach stand der SPD nur noch der Weg offen, über die SPD-Landesregierungen von Hamburg, Bremen, Niedersachsen und Hessen im Bundesrat einen Beschluß herbeizuführen, wonach der Bundesrat gegen den EVG-Vertrag Einspruch erheben sollte.
Von den 38 stimmberechtigten Sitzen des Bundesrates nahmen die SPD-Landesregierungen 15 ein. Die von der CDU/CSU beherrschten Länder Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Bayern hatten zusammen 18 Sitze.
Ausschlaggebende Bedeutung hatten angesichts dieser Gewichtsverteilung die fünf Stimmen Baden-Württembergs. Ministerpräsident war der Liberale Reinhold Maier, aber zu seiner Regierungskoalition gehörten auch Sozialdemokraten. Es gab also einigen Grund zu der Annahme, daß Maier mit Rücksicht auf seine sozialdemokratischen Ministerkollegen die fünf Stimmen Baden-Württembergs für einen Bundesrats-Einspruch gegen die EVG zur Verfügung stellen werde. Staatsrechtlich hätte das den Versuch der Bundesländer bedeutet einen bestimmenden Einfluß auf die Außenpolitik zu gewinnen.
Maier rang sich jedoch nach einiger Zeit zu der Ansicht durch, daß die Länder keine Legitimation besäßen, eine Initiative auf dem Gebiet der Außenpolitik zu ergreifen. Der Bundesrat beschloß mit 23 gegen 15 Stimmen, also mit den fünf Stimmen Baden-Württembergs, keinen Einspruch gegen EVG-Vertrag und Deutschland-Vertrag zu erheben. Der EVG-Vertrag wurde damit Gesetz, erlangte allerdings gleichwohl keine Rechtskraft, weil das französische Parlament im August 1954 die Ratifizierung ablehnte
Der Verzicht Maiers auf Einspruch gegen den EVG-Vertrag wurde seinerzeit vielfach als eine Niederlage des deutschen Föderalismus ausgegeben. Wie die Hamburger "Welt" damals

schrieb, hatte man in Maier eine Zeitlang den Mann gesehen, der - gestützt auf den Länder-Föderalismus - "es dem Kanzler schon zeigen" und dessen Integrations-Politik zu Fall bringen werde.
Diese Erwartungen erwiesen sich als falsch, wenn auch der Verlauf des EVG-Konflikts innerhalb des Bundesrates demonstriert hatte, daß jedenfalls theoretisch den Bundesländern Möglichkeiten zur Verfügung stehen, sogar auf außenpolitischem Gebiet dem Bundestag und der Bundesregierung zumindest hinderlich zu sein.
Im übrigen hatte der Konflikt im Bundesrat zum ersten Mal deutlich gezeigt, in welcher Weise die SPD einerseits und die CDU/CSU andererseits in der Föderalismus-Frage die Fronten gewechselt hatten. Kurt Schumachers Partei, die im Parlamentarischen Rat energisch und erfolgreich für eine zentralistische Struktur der Bundesrepublik gekämpft hatte, mußte 1953 im Streit um die EVG auf die Waffen des Föderalismus zurückgreifen. Dagegen konnte sich Adenauer bei der Abwehr der SPD-Angriffe eben der Waffe bedienen, die ihm sein Gegner Schumacher geschmiedet hatte.
Hatte Adenauer in der Frage der Gleichberechtigung von Bundesrat und Bundestag schließlich wenigstens durch taktische Manipulationen im zentralistischen Sinne Stellung bezogen, so verhielt er sich in der Frage der "Finanzhoheit" im Grunde völlig richtungslos. Charakteristisch für seine Haltung in dieser Frage ist eine Äußerung, wonach ihm die ganze Sache "zum Halse heraushänge".
Bei dem Streit um die Finanzhoheit ging es, pauschal gesehen, darum, ob das Schwergewicht der Finanzhoheit beim Bund oder bei den Ländern liegen sollte. SPD, FDP und KPD vertraten den zentralistischen Standpunkt, wonach der Bund Vorrang haben müsse; die CDU/CSU hingegen forderte die Vormachtstellung der Länder. Nach monatelangem Streit spitzte sich der Konflikt vor allem auf die Frage des sogenannten Finanzausgleichs zu. Die SPD verlangte für den Bund das Recht, Steuergelder reicher Bundesländer durch zentralen Bundesentscheid steuerarmen Bundesländern zuschreiben zu dürfen.
Mitte Februar 1949 setzte sich die SPD mit ihrem Standpunkt im Parlamentarischen Rat durch. Der "Finanzausgleich" wurde daraufhin im Prinzip auch von der CDU/CSU angenommen - und zwar offenkundig unter Adenauers Einfluß. Der "Föderalist" Adenauer hatte damit seine erste Wendung - und zwar diesmal zum "Zentralismus" - vollzogen.
Bei diesem Stand der Dinge aber erhoben die Alliierten Einspruch. Sie erklärten am 2. März 1949, daß der Finanzausgleich mit ihrer Forderung nach einem Staat "föderalistischen Typs" nicht vereinbar sei.
Mit der alliierten Erklärung aber hatte die Debatte ein Stadium erreicht, in dem der einzige Orientierungspunkt Adenauers in dem ganzen Föderalismus-Streit sichtbar wurde: sein Standpunkt nämlich, daß der neue Staat auch seiner inneren Struktur nach für den Westen akzeptabel sein müsse.
Von diesem Standpunkt her aber war es durchaus logisch, daß Adenauer - kaum war das alliierte Veto gegen den "Finanzausgleich" ausgesprochen - auch seinerseits vom Finanzausgleich abrückte. Unter dem - vermeintlich unerbittlichen - Druck der Westmächte, verwandelte sich Adenauer wieder in einen "Föderalisten", und er war sich sehr wohl klar darüber, daß er damit vor den Augen der deutschen Öffentlichkeit das Odium eines Schwächlings und Konzessions-Politikers auf sich nahm.
Kurt Schumacher war nicht der Mann, der eine solche Gelegenheit ausließ. Er arbeitete die nationale Pointe, die dem Föderalismus-Streit innewohnte, scharf heraus. "Man kann", sagte er, "nur deutscher Patriot sein und nicht Patriot von elf deutschen Ländern. Das ist der ganze Gegensatz zwischen der Sozialdemokratischen Partei und der Christlich-Demokratischen Union."
Am 20. April 1949 pflanzte Kurt Schumacher - nach einer zweitägigen Parteivorstandssitzung

- in Hannover die Fahne des zentralistischen Nationalismus auf: Die SPD lehnte den Einspruch der Besatzungsmächte gegen den Finanzausgleich und alle sonstigen föderalistischen Forderungen der Alliierten entschieden und bedingungslos ab. "Entweder", sagte Schumacher, "gibt es eine deutsche Mitarbeit" (am deutschen Grundgesetz) "oder ein auf Grund der Macht gesetztes fremdes Recht für Deutschland."
Zwei Tage später traten daraufhin die Besatzungsmächte den Rückzug an und akzeptierten - nachdem sie anderthalb Monate lang scheinbar unerbittlich auf ihrem föderalistischen Standpunkt verharrt hatten - den Finanzausgleich.
Es war ein triumphaler Sieg des zentralistischen Nationalisten Kurt Schumacher und seinem Gegner Adenauer blieb - nachdem er in der Frage des Finanzausgleichs schon zweimal die Position gewechselt hatte - nichts anderes übrig, als sie ein drittes Mal zu wechseln: Die CDU/CSU akzeptierte unter Adenauers Leitung den Finanzausgleich.
Adenauer hat später versucht, das nationale Verdienst Schumachers in der Finanzhoheits-Frage zu schmälern. Er behauptete, Schumacher habe am 20. April, als er in Hannover in so herausfordernder Weise den Besatzungsmächten den Fehdehandschuh hinwarf, Kenntnis von einem Brief der Besatzungsmächte gehabt, der - obwohl vom 10. April datiert - im Panzerschrank des amerikanischen Generals Clay lag.
Dieser Brief sei von den Besatzungsmächten für den Fall entworfen worden, daß der Parlamentarische Rat den alliierten Einspruch gegen den Finanzausgleich entschieden ablehnte, und habe die Rücknahme des alliierten Einspruchs enthalten. Schumacher aber habe - unterrichtet durch britische Freunde - von diesem Brief gewußt.
Indes, selbst wenn diese Behauptung Adenauers richtig sein sollte, bleibt doch zumindest die Tatsache bestehen, daß Schumacher entschiedener und einfallsreicher als Adenauer die Position der Besatzungsmächte in der Finanzausgleichs-Frage auf ihre Festigkeit hin geprüft hat. Sein Verdienst, an einem entscheidenden Punkt für eine praktikable Gestaltung des Grundgesetzes gesorgt zu haben, bleibt vor der Geschichte bestehen.
Das Verdienst Schumachers um eine praktikable Gestaltung des Grundgesetzes ist um so höher zu bewerten, als das Grundgesetz - trotz Finanzausgleichs und trotz Vorrangstellung des Bundestages vor dem Bundesrat - immer noch einen stark föderalistischen Charakter behalten hat.
Wenn sich gleichwohl nach Billigung des Grundgesetzes durch Parlamentarischen Rat und Besatzungsmächte im Herbst 1949 eine Art von "Bonner Zentralismus" herausbildete, so war dieser weitgehend persönlicher und nicht so sehr institutioneller Art.
Tatsächlich ist die Besorgnis weit verbreitet, daß der De-facto-Zentralismus, den Adenauer während seiner Regierungszeit entwickelt hat, institutionelle (föderalistische) Schwächen des Grundgesetzes verbirgt, die erst nach seinem Ausscheiden sichtbar werden könnten. ...<<
Die Tageszeitung "Die Welt" berichtet am 10. Juni 1948 über die Gründung eines westlichen Staates (x112/525): >>... Können und sollen die Deutschen der Westzone den entscheidenden Schritt der Bildung einer eigenen Westregierung als Weg zu einer späteren Regierung für ganz Deutschland fordern und fördern?
Wir meinen ja.<<

11.06.1948

Rumänien: Die Große Nationalversammlung genehmigt am 11. Juni 1948 ein Gesetz über die Verstaatlichung von Industrie-, Bank-, Versicherungs-, Hütten- und Transportunternehmen (x007/165E-175E): >>**Das Industrie-Verstaatlichungsgesetz.**
Dekret-Gesetz Nr. 119/1948 über die Verstaatlichung von Industrie-, Bank-, Versicherungs-, Hütten- und Transportunternehmen.
Kapitel I.
Gegenstand der Verstaatlichung.

Art. 1. Es werden verstaatlicht alle Bodenschätze, die bei Inkrafttreten der Verfassung der Rumänischen Volksrepublik nicht Eigentum des Staates waren, wie auch die Privatbetriebe, Gesellschaften jeder Art und Einzelverbände der Industrie, des Bank-, Hütten-, Transport- und Telekommunikations-Wesen, die im folgenden nach den für die jeweilige Kategorie angegebenen Grundsätzen zusammengestellt worden sind:

1. Alle Betriebe für Stahlverarbeitung, der nichteisenverarbeitenden Metallurgie und des Gießereiwesens, aufgeführt in der beigefügten Liste Nr. I.
2. Alle Betriebe im Bereich der verarbeitenden Metallurgie mit über 100 Beschäftigten.
3. Betriebe für Metallverarbeitung, Werften, Produktionsbetriebe für Präzisionsinstrumente und elektrotechnisches Material, Garagen und Autoreparaturwerkstätten, aufgezählt in der beigefügten Liste Nr. II.
4. Alle Betriebe, die Elektrizität erzeugen, leiten oder verteilen, mit Ausnahme der Werke, die der örtlichen Verwaltung unterstehen und derjenigen, die Eigentum unverstaatlichter Betriebe sind und zum größten Teil dem Eigenbedarf dieser Werke dienen.
5. Alle Scheideanstalten und Verarbeitungsbetriebe für Eisen, Gold, Silber und sonstige nicht eisenhaltige Erze.
6. Betriebe der Kohlenindustrie sowie Steinbrüche, aufgeführt in der beigefügten Liste Nr. III.
7. Betriebe der Öl- und Erdgasindustrie, aufgezählt in der beigefügten Liste Nr. IV.
8. Alle Produktionsbetriebe für Zement.
9. Produktionsbetriebe für Baumaterial, und zwar: Kalk, keramisches Grob- und Feinmaterial, Bausteine, Steinprodukte, Zementprodukte, thermisches Isoliermaterial, Dachpappe, gemäß der beigefügten Liste Nr. V.
10. Alle Produktionsbetriebe für optisches Material.
11. Alle Produktionsbetriebe für Glasscheiben.
12. Produktionsbetriebe für Glas und Kristallglas für Spiegel, gemäß der beigefügten Liste Nr. VI.
13. Baubetriebe, aufgezählt in der beigefügten Liste Nr. VII.
14. Alle Sägewerke mit mindestens einem mechanischen Gatter und einer Kraftanlage von mindestens 50 PS.
15. Alle Produktionsbetriebe für Kunsttischlerei und Fachwerk, für Tischlereierzeugnisse, mit einer Motorkraftanlage von mindestens 50 PS, die mindestens 5 Werkzeugmaschinen, wie z.B. Bandsäge, Abrichtmaschine, Kreissäge, Fräsmaschine, Dicktenmaschine, Kettenfräsmaschine, Bohrmaschine, Drehbank, Nut- und Federmaschine oder Maschinen entsprechender Bedeutung antreibt.
16. Alle Produktionsbetriebe für Plakatierung, Täfelung, Furniere, Parkett und Holzfräserei, mit einer Motorkraftanlage von mindestens 20 PS.
17. Alle Produktionsbetriebe für Zubehör für die Textilindustrie, für Schuhleisten und Holznägel, mit einer Motorkraftanlage von mindestens 100 PS.
18. Alle Produktionsbetriebe für Bleistifte, Schulartikel aus Holz, Metermaße aus Holz, mit einer Motorkraftanlage von mindestens 30 PS.
19. Alle Produktionsbetriebe für Rohre und Fässer, mit einer Motorkraftanlage von mindestens 20 PS.
20. Alle Produktionsbetriebe für Sägereierzeugnisse, Karren, Spielzeuge, Bürsten und Pinsel, Rouleaus und Jalousien, Kühler und andere Holzartikel, aufgezählt in der beigefügten Liste Nr. VIII.
21. Alle Produktionsbetriebe für Papier, Karton und Pappe.
22. Alle Betriebe der graphischen Kunst, der Papier- und Kartonagenverarbeitung wie auch die zu anderen Betrieben gehörenden Unterabteilungen für graphische Kunst und Kartonagen, die mindestens eine Rotationsmaschine oder eine Motorkraftanlage von mindestens 30 PS

besitzen.
23. Alle Produktionsbetriebe für Papprohre, die von der Textilindustrie benötigt werden, wie auch Produktionsbetriebe für Glaspapier und andere Papierartikel, aufgezählt in der beigefügten Liste Nr. IX.
24. Alle Baumwollkämmereien.
25. Alle Baumwollwebereien mit mindestens 30 Webstühlen.
26. Alle baumwollverarbeitenden Betriebe, und zwar: Webereien, Trikotagefabriken, Produktionsbetriebe für Zwirn, Produktionsbetriebe für Watte wie auch Betriebe zur Baumwollveredelung, aufgezählt in der beigefügten Liste Nr. X.
27. Alle Seidenkämmereien.
28. Alle Seidenwebereien mit mindestens 20 Webstühlen.
29. Alle seideverarbeitenden Betriebe, und zwar: Webereien, Trikotage-, Flecht-, Band- und Strumpffabriken, aufgezählt in der beigefügten Liste Nr. XI.
30. Färbereien, Appretur- und Konfektionsbetriebe, aufgezählt in der beigefügten Liste Nr. XII.
31. Alle Wollkämmereien und -Webereien mit mindestens 150 Spindeln oder mindestens 4 Cordwebstühlen.
32. Produktionsbetriebe für Wolle, und zwar: für Trikotagen, Schneiderwatte, Filze, Hüte und sonstige technische Artikel, aufgezählt in der beigefügten Liste Nr. XIII.
33. Verarbeitungsbetriebe für Flachs, Hanf und Jute, aufgezählt in der beigefügten Liste Nr. XIV.
34. Alle Textilbetriebe mit gemischter Produktion, jedoch mit mindestens 30 Webstühlen.
35. Alle ganz oder teilweise zum Verband der Lederindustrie gehörenden Betriebe mit einer Motorkraftanlage von mindestens 30 PS.
36. Alle Gerbereien mit einer Motorkraftanlage von mindestens 20 PS.
37. Alle Schuhfabriken mit einer Motorkraftanlage von mindestens 10 PS.
38. Verarbeitungsbetriebe für Pelze, Produktionsbetriebe für Handschuhe und sonstige Lederartikel, aufgezählt in der beigefügten Liste Nr. XV.
39. Betriebe der chemischen Grundindustrie, gemäß der beigefügten Liste Nr. XVI.
40. Produktionsbetriebe für Gummiartikel, mit einer Motorkraft von mindestens 80 PS.
41. Produktions- und Verarbeitungsbetriebe für plastisches Material, mit einer Motorkraft von mindestens 20 PS.
42. Alle Verarbeitungsbetriebe für Fette: Seife, Stearin, Olein (Ölsäure) und Kerzen, mit einer Motorkraft von mindestens 50 PS, sowie alle Fabriken, die Glyzerin produzieren.
43. Alle Produktionsbetriebe für Farben, Lacke, Anstreichfarben, Metalloxyde, Farbstoffe, Ultramarin, mit einer Motorkraftanlage von mindestens 40 PS.
44. Produktionsbetriebe für Schreibmaschinenfarbbänder, Kohlepapier, Indigo, Pasten und Tinten für Vervielfältigungsmaschinen und Tinten allgemein, mit einer Motorkraftanlage von mindestens 10 PS.
45. Produktionsbetriebe für Ruße, Tier- und Pflanzenkohle, gemäß der beigefügten Liste Nr. XVII.
46. Produktionsbetriebe für Chemikalien für die Textilindustrie und Gerbereien, mit einer Motorkraftanlage von mindestens 10 PS.
47. Produktionsbetriebe für Sauerstoff, mit einer Motorkraftanlage von mindestens 50 PS.
48. Produktionsbetriebe für diverse Chemieerzeugnisse, aufgezählt in der beigefügten Liste Nr. XVIII.
49. Produktionsbetriebe für Parfüm und kosmetische Artikel, Lösungsmaterial, Essenzen und ätherische Öle wie auch pharmazeutische Laboratorien, aufgezählt in der beigefügten Liste Nr. XIX.

50. Alle Mühlenbetriebe mit mindestens einer Doppelwalze für Weizen oder Mais mit einer theoretischen Mahlkapazität von mindestens l Waggon Getreide oder Mais pro 24 Stunden.
51. Alle Bierfabriken mit einer Produktionskapazität von mindestens l00.000 Liter pro Jahr.
52. Alle Spritbrennereien mit einer Jahresproduktion von mindestens 100 Tonnen pro Jahr.
53. Produktionsbetriebe für alkoholische Getränke, aufgeführt in der beigefügten Liste Nr. XX.
54. Produktionsbetriebe für Glukose, Dextrin, Amidon und komprimierte Hefe, aufgezählt in der beigefügten Liste Nr. XXI.
55. Produktionsbetriebe für Öle, aufgezählt in der beigefügten Liste Nr. XXII.
56. Alle mechanischen Ölpressen, die Besitzern von Mühlen gehören, die durch dieses Gesetz verstaatlicht werden, ebenso diejenigen, die - gleich wer ihr Eigentümer ist - mit einer verstaatlichten Mühle zusammenarbeiten, wie auch diejenigen, deren Produktionskapazität mindestens 500 kg Öl in 24 Stunden beträgt.
57. Alle Produktionsbetriebe für Kunsteis sowie alle Kühlhäuser.
58. Alle Produktionsbetriebe für Zucker.
59. Alle Produktionsbetriebe für Zuckererzeugnisse (Bonbons, Schokolade, Alwa, Marmelade usw.) mit einer Produktionskapazität von mindestens l Tonne pro 8 Stunden.
60. Alle Produktionsbetriebe für Konserven aller Art, die über Anlagen zur Herstellung von Konserven in Blechbehältern oder hermetisch abgeschlossenen Gläsern verfügen; alle Produktionsbetriebe für Fleischextrakt oder Marmelade, mit einer Produktionskapazität von mindestens l Tonne pro 8 Stunden, wie auch alle Produktionsbetriebe für Räucherwaren und Fleischerzeugnisse, mit einer Produktionskapazität von mindestens 500 Tonnen Produkten pro Jahr.
61. Betriebe für Trockenfrüchte, aufgezählt in der beigefügten Liste Nr. XXIII.
62. Betriebe für geschältes Getreide (Reis, Graupen, Haferflocken) mit einer Produktionskapazität von mindestens 1,5 Tonnen pro 8 Stunden.
63. Alle Produktionsbetriebe für Mehlpasten.
64. Alle Bäckereien, die über mechanische Einrichtungen für Teigverarbeitung verfügen.
65. Produktionsbetriebe für Butter, Käse, pasteurisierte Milch, mit einer Verarbeitungskapazität von mindestens 2.000 Liter Milch täglich.
66. Alle Produktionsbetriebe für Fleischextrakt oder Marmelade, mit einer Produktionskapazität von mindestens l Tonne pro 8 Stunden.
67. Alle in Privatbesitz befindlichen Schlachthäuser mit einer täglichen Schlachtkapazität von mindestens 100 Rindern und 150 Schweinen.
68. Eisenbahnen, aufgezählt in der beigefügten Liste Nr. XXIV.
69. Alle privaten Betriebsgesellschaften für Straßenbahnen, wenn sie nicht schon zusammen mit Industriebetrieben verstaatlicht werden.
70. Unternehmen zum Betrieb von Tankwagen, aufgezählt in der beigefügten Liste Nr. XXV.
71. Alle Leitungen zum Transport von flüssigen oder gasförmigen Produkten, soweit sie nicht mit Wirkung dieses Gesetzes zusammen mit entsprechenden Industriegesellschaften verstaatlicht werden.
72. Schiffahrtsgesellschaften, aufgezählt in der beigefügten Liste Nr. XXVI.
73. Alle Fluß- und Seeschiffe, aufgezählt in der beigefügten Liste Nr. XXVII, wie auch alle unter rumänischer Flagge fahrenden Schiffe, die in rumänischen oder fremden Territorialgewässern versenkt wurden.
74. Versicherungsgesellschaften, aufgezählt in der beigefügten Liste Nr. XXVIII.
75. Die Allgemeine Rumänische Telefongesellschaft.
76. Die Rumänische Rundfunkgesellschaft.
77. Die Nationale Industrie-Kredit-Gesellschaft.

Soweit Betriebe durch Sonderabkommen zwischen einem fremden Staat und dem rumänischen Staat begründet wurden, wird alles, was nicht diesen beiden Staaten gehört, verstaatlicht.
Die in der Anlage beigefügten Listen sind Bestandteil dieses Gesetzes.
Ein Betrieb fällt unter die Voraussetzungen dieses Gesetzes dann, wenn die für die jeweilige Kategorie in Frage kommenden Voraussetzungen zu irgendeinem Zeitpunkt des Zeitraumes zwischen dem 1. Januar 1938 und dem Datum der Veröffentlichung dieses Gesetzes gegeben waren.
Die in den beigefügten Listen aufgezählten Betriebe sind auch dann als verstaatlicht anzusehen, wenn die Bezeichnung oder ihre Anschrift in diesen Listen nur zum Teil oder ungenau angegeben sind; ebenso wenn ihre Bezeichnung oder ihre Anschrift geändert wurden.
Die Betriebe sind ebenfalls als verstaatlicht anzusehen, wenn sie unter dem Namen einer physischen oder juristischen Person, die sie unter irgendeinem Titel (Pacht usw.) im Besitz hatte, geführt wurden.
Mit dem Datum der Veröffentlichung dieses Gesetzes gehen die Aktien und Sonderanteile der unter die Voraussetzungen dieses Artikels fallenden Gesellschaften und Verbände frei von allen Lasten als volkseigene Güter in das Eigentum des Staates über, verwaltet vom Ministerium der Finanzen.
Die mit Wirkung dieses Gesetzes verstaatlichen Güter werden von den Ministerien verwaltet, in deren Zuständigkeitsbereich der verstaatlichte Betrieb fällt.
Die in den Bereich des Art. l dieses Gesetzes fallenden Bäckereien, Schlachthäuser, Mühlen, mechanischen Ölpressen sind durch die Organe der örtlichen Bürgermeistereien zu übernehmen und zu verwalten, mit Ausnahmen derjenigen, für die vom zuständigen Ministerium Direktoren ernannt worden sind oder ernannt werden.
Die Bürgermeistereien haben binnen 10 Tagen nach Veröffentlichung dieses Gesetzes über die entsprechende Kreis-Verstaatlichungskommission sowohl dem Ministerrat wie auch dem Ministerium des Innern die Listen derartiger industrieller Einheiten vorzulegen, damit diese durch einen Entscheid in die Verwaltung der Bürgermeistereien überschrieben werden können.
Die Verwaltungsräte der verstaatlichten Betriebe werden mit dem Datum der Veröffentlichung dieses Gesetzes aufgelöst.
Art. 2. Zugleich mit den Hauptbetrieben werden sämtliche Nebenbetriebe verstaatlicht.
Verstaatlicht werden zugleich die Anlagen, die zur ständigen Inbetriebhaltung eines verstaatlichten Betriebes gehören, auch wenn diese Anlagen einen anderen Eigentümer als den des verstaatlichten Betriebes haben.
Art. 3. Gesellschaften jeglicher Art, die aus mehreren Einheiten bestehen, werden im ganzen verstaatlicht, auch wenn nur eine dieser Einheiten unter die Voraussetzungen dieses Gesetzes fällt.
Art. 4. Vom Tage der Veröffentlichung dieses Gesetzes darf kein Betrieb ohne vorherige Genehmigung des Fachministeriums ganz oder teilweise veräußert, noch seine Produktion verändert oder seine Einrichtung verkauft werden, auch wenn er nicht unter die Voraussetzungen des vorliegenden Gesetzes fällt.
Ohne Beachtung der angeführten Bestimmungen durchgeführte Veräußerungen sind nichtig; diese Nichtigkeitserklärung geschieht auf öffentliche Anordnung und kann von jedem beantragt werden.
Die Eigentümer oder ihre gesetzlichen Vertreter bzw. Beauftragten der noch im Bau befindlichen Betriebe oder derjenigen Betriebe, die aus irgendwelchen Gründen noch nicht in Betrieb genommen wurden, wie auch derjenigen Betriebe, die ihre Tätigkeit beendet oder unterbrochen haben, sind verpflichtet, binnen 15 Tagen nach Gesetzesveröffentlichung der Generaldi-

rektion für Wirtschaftskontrolle und in der Provinz den Kreisdienststellen für Wirtschaftskontrolle eine gemäß dem unter Nr. XXIX diesem Gesetz beigefügten Formblatt abgefaßte Erklärung abzugeben.

Art. 5. Unter die Voraussetzungen dieses Gesetzes fallen nicht und werden nicht verstaatlicht diejenigen Betriebe oder diejenigen Kapitalanteile dieser Betriebe, die Eigentum eines den Vereinten Nationen angehörenden Staates sind, welcher diese Güter infolge des Friedensvertrages oder als Ausgleich für im Kriege entstandene Entschädigungsverpflichtungen erhalten hat.

Kapitel II.

Auswirkungen der Verstaatlichung.

Art. 6. Durch die erfolgte Verstaatlichung gehen die Betriebe mit dem Handelsfonds und sämtlichen zum Zwecke der Ausbeutung eingegangenen Verpflichtungen in das Eigentum des Staates über; Betriebe in Form von Gesellschaften oder Verbänden behalten ihr Gut in der Form, wie aus der zum Zwecke der Übergabe an die neue vom Staat bestimmte Leitung abgeschlossenen Bilanz nach der Verstaatlichung zu ersehen ist; in die Aktiva und Passiva sämtlicher verstaatlichten Betriebe werden aufgenommen:

a) Zu den Aktiva sämtliche beweglichen und unbeweglichen Güter, körperlicher und unkörperlicher Natur, wie Grundstücke, Bauten, Einrichtungen, Patentrechte, Lizenzen, Verträge, Vollmachten, eingetragene Warenzeichen, Wertpapiere, Wechsel, Hinterlegungsbelege, Bargeld, dem Betrieb geschuldete Beträge, Zubehöre, Rohmaterialien, Halb- oder Fertigfabrikate und anderes dergleichen;

b) zu den Passiva die gesamten Verpflichtungen des Betriebes.

Das vorliegende Gesetz bewirkt, daß die verstaatlichten Betriebe in alle Rechte und Pflichten der alten Betriebe eintreten.

Art. 7. Die neue Leitung des verstaatlichten Betriebes kann binnen 6 Monaten nach Veröffentlichung dieses Gesetzes verlangen, daß die vor der Verstaatlichung durch den alten Betrieb eingegangenen Verpflichtungen und Transaktionen, soweit sie sichtlich zum Zwecke der Schädigung des Betriebes, zum persönlichen Vorteil des Vertragschließenden, zum persönlichen Vorteil einer fremden physischen oder juristischen Person abgeschlossen wurden, für null und nichtig erklärt werden.

Zur Beurteilung derartiger Gesuche wird bei den Gerichten vom Justizministerium je eine aus drei Richtern bestehende Kommission ernannt. Diese Kommission fällt die Entscheidung zum ersten Termin auf Grund der ihr durch die interessierten Parteien vorgelegten Denkschriften, und zwar 15 Tage vor dem endgültigen Gerichtstermin.

Die Entscheidung dieser Kommission unterliegt weder einem ordentlichen noch außerordentlichen Gegenverfahren.

Kapitel III.

Verstaatlichungsprozedur.

Art. 8. Bei Inkrafttreten dieses Gesetzes ernennen die zuständigen Ministerien Direktoren, deren Aufgabe es ist, von den Eigentümern, deren Vertretern oder Beauftragten die Leitung der verstaatlichten Betriebe auf 'Grund der summarischen vorhandenen Sachlage zu übernehmen.

Die neuen Direktoren üben die Befugnisse der alten Leitungsorgane aus.

In Abwesenheit der Eigentümer, ihrer Vertreter oder Bevollmächtigten wird der Betrieb, in Stadtgemeinden in Anwesenheit der Polizeiorgane oder, in Landgemeinden, der Gemeindeorgane übernommen.

Art. 9. Bis zur Übernahme der Betriebe durch die neue Leitung steht die alte Leitung der neuen für jegliche Erläuterungen, die das Inventar und die dafür abgeschlossene Bilanz betreffen, zur Verfügung und ist für festgestellte Mängel, mit Ausnahme der Mängel und Schäden, die

aus Handlungen der neuen Leitung stammen, verantwortlich.
Art. 10. Bei Übergabe der Betriebe ist ein in dreifacher Ausfertigung abzuschließendes Protokoll, dem die Kopien des Inventars und der Bilanz beizufügen sind, aufzustellen. Ein Exemplar des Protokolls wird dem bisherigen Eigentümer ausgehändigt, ein anderes vom Betrieb aufbewahrt, das letzte an das zuständige Ministerium abgegeben.
Kapitel IV.
Entschädigungen.
Art. 11. Seitens des Staates können an die Eigentümer und Aktionäre der verstaatlichten Betriebe Entschädigungen gewährt werden.
Zu diesem Zweck wird der "Fonds der verstaatlichten Industrie" als autonome juristische Person des öffentlichen Rechts mit Hauptsitz in Bukarest gegründet.
Für die geschuldeten Beträge stellt der Fonds der verstaatlichten Industrie Schuldscheine aus, die aus dem Nettoeinkommen der verstaatlichten Betriebe erlöst werden.
Art. 12. Die Organisation und Funktionsweise des Fonds der verstaatlichten Industrie werden durch Beschluß des Ministerrats festgelegt.
Die Tätigkeit des Fonds der verstaatlichten Industrie ist der Kontrolle des Ministeriums für Finanzen unterstellt.
Art. 13. Die den Eigentümern zustehenden Entschädigungen werden durch die den Gerichten angeschlossenen Kommissionen, die aus drei vom Justizministerium ernannten Richtern bestehen, festgestellt.
Die Entscheidungen dieser Kommission sind nicht anfechtbar.
Art. 14. Von den berechtigten Entschädigungsbeträgen werden die unter den Passiva nicht angeführten Schulden der Betriebe wie auch diejenigen, die durch Hintergehung des Fiskus oder andere gesetzwidrige Operationen und durch schlechte Verwaltung der Betriebe vor der Verstaatlichung hervorgerufen wurden, in Abzug gebracht.
Art. 15. Entschädigungen werden nicht gewährt:
a) denjenigen, die sich - im Dienste des Staates, der Kreise oder Gemeinden stehend - durch unerlaubte, gerichtlich festgestellte Taten während ihrer Dienstzeit bereichert haben;
b) denjenigen, die das Land auf geheime oder betrügerische Art verlassen haben, wie auch denjenigen, die nach Ablauf des Gültigkeitsvermerks der durch rumänische Behörden ausgestellten Reisepässe nicht fristgemäß ins Land zurückgekehrt sind.
Kapitel V.
Konzessionen. Gründung neuer Betriebe.
Art. 16. In den Betriebszweigen, die der Verstaatlichung verfallen sind, fällt das Recht, neue Betriebe zu gründen, dem Staat zu.
Art. 17. Auf dem Ausnahmewege kann der Staat physischen oder juristischen Personen auf Vorschlag des zuständigen Ministeriums und durch Beschluß des Ministerrates Konzessionen zur Gründung neuer Betriebe erteilen.
Kapitel VI.
Sanktionen.
Art. 18. Mit 5-10 Jahren Zwangsarbeit und Vermögensentzug werden diejenigen bestraft, die, ohne Rücksicht auf die angewandten Mittel, mit Absicht die durch das vorliegende Gesetz vorgesehene Verstaatlichung zunichte machen oder zu vereiteln versuchen; die einen Teil des Betriebsgutes verheimlichen oder beschädigen, es vernichten, veräußern, verlagern, exportieren oder durch irgendwelche anderen Mittel die der Verstaatlichung unterworfenen Güter oder Anlagen vermindern.
Die gleiche Strafe erhalten auch diejenigen, die versuchen, den staatlichen Organen ungenaue oder unvollständige Angaben über die in Frage kommenden Güter zu geben.
Art. 19. Mit Gefängnis von 4-10 Jahren und Geldstrafen von 50.000 bis 500.000 Lei werden

Staatsbeamte oder im Rahmen dieses Gesetzes beauftragte Personen bestraft, die die ihnen gemäß Gesetzesbestimmung auferlegten Obliegenheiten nicht durchführen bzw. ihre Durchführung zu vereiteln suchen.

Art. 20. Die Vergehen gegen das vorliegende Gesetz werden festgestellt, verfolgt und gerichtet gemäß Gesetz Nr. 351 zur Unterdrückung der ungesetzlichen Spekulationen und der wirtschaftlichen Sabotage vom 3. Mai 1945 und Gesetz Nr. 252 über die Einrichtung der wirtschaftlichen Kontrollen vom 15. Juli 1947.

Kapitel VII.

Schlußbestimmungen.

Art. 21. Mit der Durchführung der Verstaatlichung und mit der Lösung der Probleme und Konflikte, die sich aus ihrer Anwendung ergeben, wird der Ministerrat beauftragt. Der Ministerrat ist berechtigt, zur operativen Leitung des Vorgehens eine aus seinen Reihen ernannte Kommission einzusetzen, die als Außenorgan in jedem Kreis je eine Kreis-Verstaatlichungskommission bildet.

Art. 22. Die verstaatlichten Betriebe können auf Grund eines Beschlusses des Ministerrates den örtlichen Verwaltungen in Eigentum oder zur Nutzung gegeben werden.

Art. 23. Bei Auflösung eines verstaatlichten Betriebes geht das nach der Liquidation verbleibende Netto der Aktiva in Staatseigentum über.

Art. 24. Die bei diesen Betrieben vorhandenen Kreditkonten der Inhaber der verstaatlichten Betriebe werden, gleich ob diese Konten auf ihren Namen oder auf den Namen von Zwischenpersonen eröffnet wurden, als Kapitalzuwachs des entsprechenden Betriebes gemäß einer gerichtlichen Feststellung angesehen und stellen keine Schuldforderung gegen diesen Betrieb dar.

Art. 25. Mitglieder der bei Inkrafttreten dieses Gesetzes bestehenden industriellen kooperativen Gesellschaften können bei Austritt aus der Gesellschaft von ihrer Beteiligung höchstens 50.000 Lei in bar zurückziehen, wobei der Rest der Gesellschaft verfällt.

Die Bestimmungen des obigen Absatzes sind nicht anzuwenden auf die kooperativen Gesellschaften, welche nach Inkrafttreten dieses Gesetzes gegründet werden.

Art. 26. Ohne Genehmigung des zuständigen Ministeriums kann binnen 3 Monaten nach der Verstaatlichung das Verwaltungspersonal vom Abteilungschef aufwärts, wie auch das technische Personal (Ingenieure, Subingenieure, Zeichner, Konstrukteure, Meister usw.) weder aus dem Betrieb ausscheiden noch von diesem beurlaubt werden.

Art. 27. Die im Laufe eines Monats nach der Verstaatlichung fälligen Wechsel der verstaatlichten Betriebe können nicht zu Protest gegeben werden und erhalten eine dem Fälligkeitstermin entsprechende Verlängerung von 30 Tagen.

Art. 28. Die den neuen Direktoren mit der Ernennung erteilten Vollmachten berechtigen sie zur gültigen Unterschrift, sogar vor Erfüllung der gesetzlichen Voraussetzungen des Veröffentlichungsverfahrens im Monitorul Oficial.

Art. 29. Die nichtverstaatlichten Betriebe setzen ihre Tätigkeit im Rahmen der bestehenden Gesetze fort.

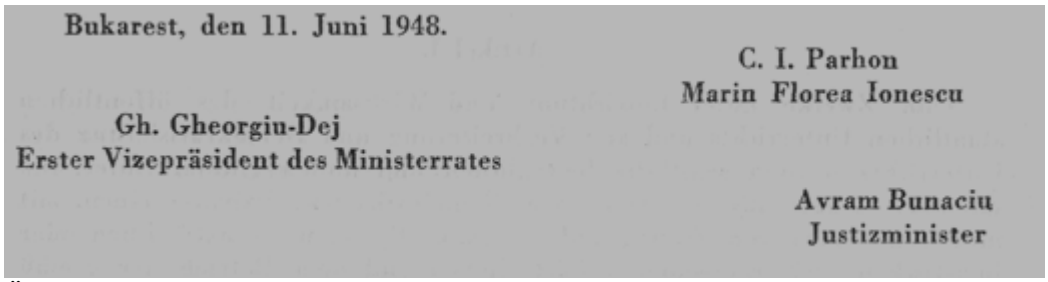
Art. 30. Dieses Gesetz tritt mit dem Datum seiner Veröffentlichung im Monitorul Oficial in Kraft.

Art. 31. Sämtliche Bestimmungen, die diesem Gesetz widersprechen, werden aufgehoben.

Dieses Gesetz ist durch die Große Nationalversammlung in ihrer Sitzung vom 11. Juni 1948 abgestimmt und mit Stimmeneinheit von 400 Stimmen genehmigt worden.

Präsident G. Agiu Sekretär Stelian Moraru

Wir zeichnen dieses Gesetz und veranlassen seine Veröffentlichung im Monitorul Oficial.


Bukarest, den 11. Juni 1948.

C. I. Parhon
Marin Florea Ionescu

Gh. Gheorgiu-Dej
Erster Vizepräsident des Ministerrates

Avram Bunaciu
Justizminister

Übersetzt aus "Monitorul Oficial", Teil I, Nr. 133 11/1948 vom 11. Juni 1948, S. 5.047 ff.<<

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtet im Jahre 1957 über die Bolschewisierung und Kollektivierung des Wirtschaftslebens in Rumänien (x007/-106E-110E): >>Im wirtschaftlichen Bereich hatten sich die rumänischen Kommunisten in den ersten Nachkriegsjahren mit der Durchführung der anfangs auch von den Nationaltarantisten befürworteten Bodenreform begnügt. Als dann bis zum Ende des Jahres 1947 die demokratischen Oppositionsparteien endgültig ausgeschaltet waren und das Königtum beseitigt war, war der Weg frei für eine systematische Umgestaltung und Neuordnung des gesamten rumänischen Wirtschaftslebens im bolschewistischen Sinne.

Als erste einschneidende Maßnahme in dieser Richtung muß - nach der Verstaatlichung Rumäniens Nationalbank Ende Dezember 1946 - die Währungsreform vom 15. August 1947 angesehen werden, die einerseits der herrschenden Inflation Halt gebot, gleichzeitig aber die Privatwirtschaft ihrer flüssigen Betriebskapitalien beraubte, um sie damit von der staatlichen Kreditpolitik abhängig zu machen.

Unerfüllbare Steuerforderungen führten in der Folgezeit zur Liquidierung zahlreicher Unternehmen, deren Besitzer als "Saboteure" verhaftet und verurteilt wurden. Andere "Kapitalisten" wurden wegen angeblicher Hintergehung der Ablieferungsbedingungen für Gold und Devisen inhaftiert und aus ihren Betrieben verdrängt.

Nachdem die noch im April 1948 verabschiedete Verfassung ein Privateigentum auch im industriellen Bereich grundsätzlich anerkannt hatte, beschloß die Große Nationalversammlung der Rumänischen Volksrepublik am 11. Juni 1948 ein Gesetz "über die Verstaatlichung von Industrie-, Bank-, Versicherungs-, Hütten- und Transportunternehmen", auf Grund dessen bis Mitte 1950 (bereits) 1.609 Betriebe der verschiedenen Produktionszweige, im allgemeinen entschädigungslos, enteignet und in Staatseigentum übergeführt wurden. Ende 1952 befanden sich 96,5 % aller industriellen Produktionsbetriebe in staatlicher Hand.

Fast gleichzeitig mit der Verstaatlichung der Industrie, die auch die größeren mechanisierten Handwerksbetriebe mit einbezog, begann die Sozialisierung des Groß- und Einzelhandels, der sich ebenfalls nur wenige kleinere Geschäfte entziehen konnten.

Ein besonderes Dekret verfügte am 2. April 1949 die Nationalisierung aller Apotheken, Drogerien und Laboratorien. ...

Den Schlußstein in dieser Politik der Zerstörung des bürgerlichen Privateigentums bildete das Immobilien-Enteignungsdekret vom 19. April 1950, das neben Mietshäusern, - "Immobilien, die den Ausbeutern des Wohnraumes gehörten" - auch die Häuser der enteigneten Industriellen, Gutsbesitzer, Bankiers, Großhändler und "aller anderen Elementen der Großbourgeoisie" verstaatlichte, "um den Ausbeutern ein wichtiges Mittel der Ausbeutung aus der Hand zu nehmen".

In zahlreichen Fällen waren die Besitzer freilich schon lange vorher aus ihren Häusern und Wohnungen verdrängt worden. Das Verfügungsrecht der Haus- und Wohnungsinhaber war bereits im Februar 1949 durch das Gesetz über die Wohnraumbeschränkung erheblich eingeengt worden.

Die gesamten Verstaatlichungsmaßnahmen der Jahre 1947 bis 1950 kannten keinen Unterschied der Nationalität. Sie betrafen Deutsche und Rumänen gleichermaßen, wenn auch der

Anteil der Volksdeutschen in einzelnen Produktionszweigen, wie etwa unter den Apothekeninhabern, unverhältnismäßig hoch war. Den entschädigungslos enteigneten Fabrikanten und Geschäftsleuten wurde nur in wenigen Fällen Gelegenheit geboten, als Techniker, Berater und Angestellte in ihren alten Berufszweigen Verwendung zu finden. ...
Schon 1949 wurde zur Erweiterung des "sozialistischen Sektors" die Zusammenfassung der nicht enteigneten kleineren Handwerksbetriebe zu Produktionsgenossenschaften in Angriff genommen. Auch von diesen Bestrebungen wurden zahlreiche deutsche Handwerker betroffen, doch haben sich die Handwerkskollektive, die 1951, bei insgesamt rund 30.000 Mitgliedern, über 3.380 Geschäfte und Werkstätten verfügten, nur bedingt bewährt, so daß sie vielfach nach verhältnismäßig kurzer Zeit wieder aufgelöst wurden.
Nachhaltiger konnten sich die Kollektivierungsbestrebungen der Kommunisten in der rumänischen Landwirtschaft auswirken.
Schon bei der Neuverteilung des 1945 enteigneten Bodens blieb ein Teil des Landes dem Staat vorbehalten, der seinen Grundbesitz Anfang März 1948 durch die Übernahme der Kronländereien, nach dem 1. März 1949 durch die Enteignung der von der Bodenreform verschonten Mustergüter sowie der 50-ha-Restbetriebe weiter vergrößerte. Aus dieser Staatsreserve wurden in verstärktem Maße nach 1948, Staatsgüter geschaffen, deren Zahl sich im Frühjahr 1949 auf 692 mit einer Gesamtbodenfläche von 662.000 ha belief.
Weiteres Land suchte man durch die allmähliche Verdrängung der nicht enteigneten Großbauern zu gewinnen, die unter schärfsten Abgaben- und Steuerdruck gesetzt wurden, um der Sabotage beschuldigt und enteignet zu werden, wenn sie ihr Soll nicht erfüllten.
Durch entsprechende Zwangsmaßnahmen suchte die Regierung seit 1949 auch die Klein- und Mittelbauern, einschließlich der neubegüterten Kolonisten, zum Eintritt in die abgabenmäßig bevorzugten Produktionsgenossenschaften zu bewegen, die in immer größerer Zahl errichtet wurden.
... Nachdem das geschlossene deutsche Bauerndorf als Wirtschafts- und Lebensform schon durch die Bodenreform zerstört worden war, haben die späteren Bolschewisierungsmaßnahmen auch die traditionellen Lebensgrundlagen des deutschen Bürgertums, damit zugleich aber den deutschen Charakter seiner Städte vernichtet. ...<<

14.06.1948

WBZ: Die Militärgouverneure Clay und Robertson sprechen am 14. Juni 1948 mit Vertretern der Zweizonenwirtschaftsverwaltungen über Fragen der Währungs- und Steuerreform.
Der Wirtschaftsrat der Bizone verabschiedet am 14. Juni 1948 in einer nicht öffentlichen Sitzung einen gemeinsamen Antrag der Fraktionen der CDU/CSU/DP, SPD, FDP und des Zentrums an die Militärregierungen (x112/527): >>Der Wirtschaftsrat hat davon Kenntnis genommen, daß die Geldreform unter Verantwortung der Militärregierungen durch Proklamation erfolgen soll und unmittelbar bevorsteht.
Nachdem diese Entscheidung gefallen ist, hält sich der Wirtschaftsrat im Interesse des Gelingens der Reform für verpflichtet, in letzter Stunde folgende Auffassung zum Ausdruck zu bringen:
1. Der Wirtschaftsrat hält es für notwendig, daß der Reformakt an einem Tage und in einer einzigen Proklamation vollzogen wird.
2. Der Wirtschaftsrat hält es für unerläßlich, daß den obersten verantwortlichen Stellen des Vereinigten Wirtschaftsgebietes noch heute der volle Wortlaut der beabsichtigten Proklamation zur Verfügung gestellt wird.
3. Der Wirtschaftsrat sieht es als eine wesentliche psychologische Voraussetzung für das Gelingen der Geldreform an, daß die neuen Steuergesetze in unmittelbarem Zusammenhang mit der Geldreform verkündet werden. Der Wirtschaftsrat hält grundsätzlich an der Forderung deutscher Zuständigkeit für die Steuergesetzgebung fest, erwartet aber, daß zumindest der ma-

terielle Inhalt der Steuergesetze den deutschen Vorschlägen entspricht. Der Wirtschaftsrat vertritt diese Auffassung auch dann, wenn die Gültigkeit der Steuergesetze sich zunächst nur auf das Vereinigte Wirtschaftsgebiet erstrecken kann.
4. Der Wirtschaftsrat hält seine Auffassung für um so berechtigter, als der Lastenausgleich durch deutsche Gesetzgebung erfolgen soll.
5. Der Wirtschaftsrat ist der Auffassung, daß beschleunigt Vorbereitungen getroffen werden müssen, um erforderlichenfalls die Einbeziehung der Stadt Berlin in die Geldreform zu ermöglichen.<<

16.06.1948

WBZ: Das Kabarett "Die Mausefalle" (Leitung: Werner Finck) beginnt am 16. Juni 1948 mit dem neuen Programm "Wir sind wieder soweit!"

17.06.1948

UdSSR: Zwangsarbeitslager im Bezirk Tscheljabinsk – Erlebnisbericht der Gerlinde W. (x002/21): >>Am 17. Juni 1948 bin ich zum Heimtransport verladen worden.
Aus dem Lager Tscheljabinsk fuhren nur Kranke und Schwache nach Hause. In Brest-Litowsk hielt man noch eine letzte Leibesvisitation ab, um jegliche Schriftsachen oder Adressenmaterial zu vernichten, nur um das Los der noch Zurückgebliebenen zu erschweren.
Am 28. Juni 1948 trafen wir in Frankfurt ... ein.<<

WBZ: Im Verlauf der 18. Vollversammlung des Wirtschaftsrates der Bizone erklärt Ludwig Erhard am 17. Juni 1948 während der ersten Lesung des Gesetzes über die "Leitsätze für die Bewirtschaftung und Preispolitik nach der Geldreform" (x112/529): >>... Ich glaube, hier ... dartun zu können, daß der Markt die einzige wohltätige Einrichtung ist, um eine gerechte, eine maximale Verteilung zu schaffen. ...
Wir müssen ... glauben, daß diese Währungsreform gelingt. Wir müssen überzeugt sein, daß wir auf dieser gesunden Grundlage aus unserer eigenen Kraft heraus auch wieder mählich gesunden können.
Dann ist dieses Gesetz kein Ermächtigungsgesetz für den Direktor der Verwaltung für Wirtschaft, sondern es ist ein Gesetz zum Schutze der deutschen Währung, ein Gesetz zur Wiederherstellung der demokratischen Freiheit und Grundrechte, ein Gesetz des sozialen Schutzes und ein Gesetz des wirtschaftlichen Wiederaufbaues.
Ich bin überzeugt, Sie sind nicht alle meiner Meinung. Aber ich bitte Sie, wenigstens überzeugt zu sein, daß das, was ich Ihnen sagte, aus ehrlicher Gesinnung und aus dem ehrlichen Willen heraus geschieht, mit liberalen Methoden unverrückbar dem Ziel einer sozialen Wirtschaftspolitik zu dienen. ...
(Der SPD-Abgeordnete Kreyssig entgegnet danach:) Die Situation wird in wenigen Tagen schon beweisen, wie gefährlich so eine Konzeption ist. Wir werden sehr dahinterher sein müssen, für tausende und Millionen Menschen das Schicksal zu klären. ...<<
In München, Erlangen und Heidelberg demonstrieren am 17. Juni 1948 wieder Tausende von Studenten gegen die schlechte Ernährungslage.
Die deutsche Fischereiflotte (68 Schiffe) darf am 17. Juni 1948 erstmals seit dem Kriegsende wieder zum Fischfang starten.

18.06.1948

SBZ: Die SMAD gibt am 18. Juni 1948 bekannt, daß der Personenverkehr von und nach den Westzonen völlig gesperrt wird.

WBZ: Die westlichen Militärregierungen verkünden am 18. Juni 1948 im Rundfunk, daß am 21. Juni die DM-Währung in den drei Westzonen eingeführt werden soll.
Jack Bennett (oberster Finanzberater der US-Regierung) informiert über die bevorstehende Währungsreform (x112/529): >>Die neue Währung heißt "Deutsche Mark". ...<<
Die deutsche Journalistin und Schriftstellerin Ruth Andreas-Friedrich (1901-1977) berichtet

am 18. Juni 1948 über die schon am Vortag angekündigte Rundfunkmeldung zur Währungsreform (x112/529): >>Wir kleben am Radio. Auf der Straße rennen Menschen. Fast kein Geschäft ist mehr geöffnet. Fünfzehn Minuten, zehn Minuten ... Stille! Nach dem Sturm – oder vor dem Sturm. – Wer weiß! Jetzt kommt es!
Der Ansager räuspert sich. Wir hören ihn atmen und ein Konzeptpapier knistern.
Das erste Gesetz zur Reform der deutschen Währung, das von den Militärregierungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs erlassen wurde, tritt am 20. Juni in Kraft.
Abwertung 10:1.
Die neue Währung heißt Deutsche Mark.
Das alte Geld wird am 21. Juni aus dem Verkehr gezogen. Münzen und Noten mit einem Nennwert von höchstens einer Mark sowie Briefmarken bleiben zum Zehntel ihres Nennwertes vorläufig gültig.<<
Das "Frankfurter Börsenblatt" veröffentlicht am 18. Juni 1948 einen Aufruf des Schutzverbandes deutscher Schriftsteller (x112/530): >>Die deutsche Bürokratie, ohne die der Hitlerismus nie sich hätte durchsetzen können, hat dessen Macht geerbt und setzt den Kampf gegen den Geist – wenn auch mit anderen Mitteln – fort.
Den geistig Schaffenden, den Schriftstellern, Künstlern und Gelehrten, wird die Staatsbürgerliche Gleichberechtigung versagt. Sie werden rücksichtslos bei der Zuteilung von Lebensmitteln, Arbeitsraum und Arbeitsmaterial benachteiligt. Man läßt sie frieren und hungern – mehr frieren und hungern als alle anderen Angehörigen anderer Berufe.
Wir wenden uns an den PEN-Club und die internationale Liga für Menschenrechte, ihren Einfluß dahin wirken zu lassen, daß die deutschen Regierungen den geistig Schaffenden endlich die Gleichberechtigung zugestehen.<<

19.06.1948

Ostdeutschland: Internierungslager in Landsberg an der Warthe, Ostbrandenburg – Erlebnisbericht der G. W. (x002/548-550): >>Am 19. Juni 1948 sind wir dann mit einem Transportzug aus Landsberg abgefahren und kamen über Forst am 25. Juni in Görlitz an. Unterwegs mußten wir vor Reppen 3 Tage auf freier Strecke liegen. Man wollte uns nicht weiter lassen. Russische und polnische Kommissionen kontrollierten ständig den Transport. Dauernd wurden Verhandlungen geführt. ...
Schließlich wurden noch ungefähr 50 Personen ausgesucht, welche zurückbleiben mußten. Es waren einige alte Frauen und Männer, die man bereits im Altersheim untergebracht hatte, weil sie keine Angehörigen mehr in Polen hatten. Sie hatten sich schon auf ein Wiedersehen mit ihren Angehörigen (im Westen) gefreut. ... Einige Familien mit arbeitsfähigen Personen mußten ebenfalls zurückbleiben. Alles Flehen und Bitten half nichts, man ließ sie nicht ausreisen. (Ich) habe nie mehr etwas von ihnen gehört. ...
Ich bin durch all die schweren Jahre sehr vergeßlich geworden und mit meinen Nerven vollkommen runter. Ich wog bei meiner Ankunft im Westen nur noch 72 Pfund, früher hatte ich 100 bis 110 Pfund gewogen. Ich habe mich schwer von allem erholt und wog erst im Jahre 1952 wieder 100 Pfund. Auch mein Kind ist für sein Alter zu klein, zu schwach und sehr zart, aber sonst - Gott sei Dank - gesund.
Die Verhältnisse in Polen waren in den letzten Jahren sehr schlecht. Die Vorräte der Deutschen waren längst verbraucht, und die Polen hatten vielfach keine Lust zur Arbeit. Die Felder lagen brach und wurden nicht bestellt. Besonders trübe und öde sah es in der Nähe der Oder-Neiße-Linie aus. In Landsberg und Umgebung, ebenso in Schlesien und Pommern siedelten meistens Polen aus den Bug- und hinteren Weichsel-Gebieten. Fast alle Wirtschaften hatte man ausgeplündert. ... Viele Bewohner hatten kein Vieh. Sie lebten sehr ärmlich und hatten kein Interesse, etwas anzubauen. Sie sagten, es wäre nicht ihre Heimat, und sie wollten wieder nach Haus (nach Ostpolen).

Es wurde auch nichts ausgebessert oder aufgebaut. Die Ziegelsteine und Holzbalken, welche wir in Landsberg aussortiert hatten, kamen nach Warschau zum Aufbau der Stadt. Auch fast unbeschädigte Häuser wurden nicht repariert, sondern vollkommen abgerissen. In vielen Orten wurden damals Kolchosen eingerichtet. Die nichtkommunistischen Polen waren sehr verbittert.<<

Berlin: US-Militärgouverneur Clay lehnt am 19. Juni 1948 den Antrag von evangelischen Bischöfen ab, eine Berufungsinstanz für die Nürnberger Verfahren zu errichten (x112/531).

Die westlichen Alliierten verkünden am 19. Juni 1948 weitere Einzelheiten zur Währungsreform (x112/531): >>... Das erste Gesetz zur Neuordnung des deutschen Geldwesens ist von den Militärregierungen Großbritanniens, der Vereinigten Staaten und Frankreichs verkündet worden und tritt am 20. Juni in Kraft.

Die bisher gültige deutsche Währung wird durch dieses Gesetz aus dem Verkehr gezogen.

Das neue Geld heißt "Deutsche Mark", jede Deutsche Mark hat 100 Deutsche Pfennige.

Das alte Geld, die Reichsmark, die Rentenmark und die alliierte Militärmark, ist vom 21. Juni an ungültig.<<

Marschall Wassili D. Sokolowski (1897-1968, 1946-48 Oberkommandierender der sowjetischen Truppen in der SBZ) verbietet am 19. Juni 1948 das Westgeld in Groß-Berlin sowie in der Ostzone und ordnet die völlige Schließung der Zonengrenzen für den Personenverkehr an.

WBZ: Der deutsche Journalist Walter von Cube (1906-1984) berichtet am 19. Juni 1948 während eines Rundfunkkommentars über die Währungsreform (x112/531): >>... An ihren Erfolg zu glauben, besteht aller Anlaß; gerade weil wir plötzlich so arm an Mitteln geworden sind, sind wir so reich an Aussichten, es wird sich die Währungsreform als einmaliger Schnitt und endgültiger Schritt zur Besserung herausstellen.

Der zunächst im Umlauf zu setzenden Summe von 1,66 Milliarden neuen Geldes stehen nämlich gemeldete Warenmengen in beträchtlich höherer Preissumme gegenüber. ... Der Schwarzhandel wird, da seinen Nutznießern das Kapital fehlt, von heute auf morgen, wie man annehmen kann, seine Farbe verlieren.<<

Der deutsche Jurist und SPD-Politiker Heinrich Troeger (1901-1975) schreibt am 19. Juni 1948 über die Währungsreform in den Westzonen (x112/531): >>Die Währungsreform ist da. Endlich, denn die Wirtschaft kam zum Stillstand aus Angst, mehr zu verdienen, als unbedingt erforderlich wäre.

Die Kaufleute drückten sich um die Warenabgabe, die Geldbesitzer kauften, was irgendwie erreichbar. Nun kommt eine Zeit echter Geldnot, hoffentlich auch zugleich die Einsicht in die Notwendigkeit, zu arbeiten und zu sparen. ...<<

20.06.1948

WBZ: In den Westzonen wird am 20. Juni 1948 die Währungsreform durchgeführt. Jeder Westdeutsche erhält ein "Kopfgeld" von 40 DM, das einen Monat später um 20 DM erhöht wird. Sämtliche Forderungen werden auf 10 % ihres Nennwertes abgewertet. Die Reichsmark-Geldkonten tauscht man im Verhältnis 100:6,5 in Deutsche Mark um (x069/214).

Diese Währungsreform trifft besonders die kleineren und mittleren Einkommensbezieher außerordentlich schwer. Die Besitzer von Sachwerten (Unternehmer, Kaufleute, Landwirte und andere) werden durch die Währungsreform nachweislich bevorzugt und erhalten beträchtliche finanzielle Vorteile. Ihr Sachkapital wird nicht reduziert und sie werden gleichzeitig von 90 % ihrer Verbindlichkeiten befreit. Die Währungsreform der Alliierten ist für die große Mehrheit der Deutschen hart und ungerecht, aber sie schafft trotz alledem eine solide Grundlage für den deutschen Wiederaufbau und das spätere deutsche "Wirtschaftswunder".

Der Geschäftsbericht der Westfalia Aktiengesellschaft, Maschinenfabriken, Bochum, berichtet später über die Währungsreform (x112/532): >>Die Produktion hat nach der Währungsreform eine Erhöhung um mehr als 100 % erfahren ...

Wir sind in der Lage und darauf eingerichtet, die bereits erreichte Höhe der Produktion zu erhalten und noch zu vergrößern. ...<<

21.06.1948

WBZ: In den drei Westzonen wird die Deutsche Mark (DM) am 21. Juni 1948 gesetzliches Zahlungsmittel.

Die Unternehmen werden am 21. Juni 1948 zur Erstellung einer DM-Eröffnungsbilanz verpflichtet.

In den Westzonen wird die Währungsreform durchgeführt. Jeder Westdeutsche erhält ein "Kopfgeld" von 40 DM, das einige Tage später um 20 DM erhöht wird. Sämtliche Forderungen werden auf 10 % ihres Nennwertes abgewertet. Die Reichsmark-Geldkonten tauscht man im Verhältnis 100:6,5 in Deutsche Mark um (x069/214).

Diese Währungsreform trifft besonders die kleineren und mittleren Einkommensbezieher außerordentlich schwer. Die "kleinen Leute" verlieren durch diese Inflation fast ihr gesamtes Vermögen. Die Besitzer von Sachwerten (Unternehmer, Kaufleute und Landwirte) werden durch die Währungsreform nachweislich bevorzugt und erhalten beträchtliche finanzielle Vorteile. Ihr Sachkapital wird nicht reduziert und sie werden gleichzeitig von 90 % ihrer Verbindlichkeiten befreit.

Die Währungsreform der Alliierten ist für die große Mehrheit der Deutschen hart und ungerecht, aber sie schafft trotz alledem eine solide Grundlage für den deutschen Wiederaufbau.

Der deutsche CDU-Politiker Ludwig Erhard (1897-1977) erklärt am 21. Juni 1948 während einer Rundfunkansprache (x112/533): >>Ich appelliere an den gesunden Sinn, die Einsicht und die Erkenntniskraft von Ihnen allen, wenn ich Ihnen vor Augen führe, daß eine Gefahr für die Stabilität des neuen Geldes nicht bestehen kann, wenn wir uns nur einer geordneten öffentlichen Haushaltsführung befleißigen und durch eine ebenso geordnete Geld- und Kreditpolitik dafür Sorge tragen, daß die Übereinstimmung von Güterproduktion und Kaufkraftbildung gewahrt bleibt. ...<<

Die in Mainz erscheinende "Allgemeinen Zeitung" berichtet am 21. Juni 1948 über die deutsche Währungsreform (x112/533): >>Die Ärzte, die den deutschen Michel kurieren wollen, haben sich zu einer Behandlungsweise entschlossen, die seinem Kräftezustand Rechnung tragen soll: Die Medizin, die ihm helfen soll, ist so stark und schmeckt so bitter, daß sie der Meinung sind, es müsse zwischen jedem Löffel voll eine gewisse Pause liegen. Das deutsche Volk ist nicht der gleichen Meinung, aber es ist entschlossen, die Medizin im Vertrauen auf ihre Heilwirkung mit Selbstüberwindung hinunterzuschlucken. ...<<

Großbritannien: Die englische Zeitung "News Chronicle" berichtet am 21. Juni 1948 über die deutsche Währungsreform (x112/533): >>An diesem Wochenende ist die stabilste Währung in Europa zerstört worden. Es ist die Währung der Zigarette. ...<<

23.06.1948

SBZ: Gemäß SMAD-Befehl Nr. 111 wird am 23. Juni 1948 die "Deutsche Mark der Deutschen Notenbank" in Ost-Berlin und in der SBZ eingeführt (das Umtauschverhältnis entspricht z.T. dem Tausch in den Westzonen).

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Währungsreform" in der SBZ (x009/474-475): >>Durch die vom 23. bis 28.6.1948 in der SBZ und Ost-Berlin auf Grund des SMAD-Befehls Nr. 111 durchgeführte Währungsreform wurde die - bis dahin für ganz Deutschland geltende - Reichsmark für die SBZ durch Reichsmarkzeichen mit aufgeklebten Spezialkupons, neue "Deutsche Mark der Deutschen Notenbank" (DM Ost), abgelöst.

Es galten sehr differenzierte Umtauschrelationen, die das "staatliche" Vermögen stark bevorzugten.

Im einzelnen wurden umgetauscht: bei Privatpersonen Barbeträge bis zu RM 70,-- im Ver-

hältnis 1:1, bis RM 1.000,-- im Verhältnis 5:1, vor dem 9.5.1945 entstandene Einlagen 10:1, wobei jedoch geprüft werden mußte, ob Beträge über RM 3.000,-- "rechtmäßig" erworben waren.
Bei Beträgen über RM 5.000,-- wurden von vornherein Kriegs- oder Schwarzmarktgewinne angenommen. Diese Beträge sind - falls nicht das Gegenteil bewiesen werden konnte - eingezogen worden, ebenso das Geldvermögen von "faschistischen Verbrechern und Kriegsverbrechern". Über diese umgetauschten Altguthaben konnte zudem nicht verfügt werden. Sie wurden in eine Altguthaben-Ablösungsanleihe umgewandelt, die seit 1959 in 25 gleichen Jahresraten getilgt wird.
Beträge nicht volkseigener Betriebe wurden nur bis zur Höhe des wöchentlichen Umsatzes und der Lohnrückstände bei Handels- und anderen Wirtschaftsorganisationen in Höhe der wöchentlichen Lohnsumme im Verhältnis 1:1 umgetauscht. Dagegen wurden alle Einlagen von ... volkseigenen Betrieben voll im Verhältnis 1:1, Versicherungspolicen im Verhältnis 1:3 umgetauscht. ...<<
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Währungspolitik" in der SBZ (x009/474): >>Die kommunistischen Machthaber der SBZ verkünden zwar lautstark, daß eine Inflation in ihrem Herrschaftsbereich nicht möglich sei, jedoch sind sie seit Schaffung der DM Ost bemüht, die permanente Inflation zu verhindern oder wenigstens zu bremsen.
Diese permanente Inflation äußert sich in einer ständigen Unterversorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln und Konsumgütern, die sich von Zeit zu Zeit zu Versorgungskrisen ausweitet.
Gründe hierfür sind eine Vernachlässigung der Konsumgüterindustrie wegen Devisenhandels, Zwangsexporte hochwertiger Verbrauchsgüter und die Unmöglichkeit, Lebensmittel und Verbrauchsgüter zu importieren, Materialmangel, Fehlplanungen und Nichterfüllung der Produktionspläne einerseits und eine ständige außerplanmäßige Überziehung des Lohnfonds andererseits. Diese Tatsachen führen zu einem Kaufkraftüberhang. ...<<
Berlin: In West-Berlin wird am 23. Juni 1948 die DM eingeführt.
Aufgrund der Einführung der West-DM läßt die SMAD am 23. Juni 1948 den Personen- und Güterverkehr nach Berlin stoppen sowie die Stromlieferungen aus dem Osten Berlins in die Westsektoren wegen angeblicher technischer Schwierigkeiten einstellen.
US-Militärgouverneur Clay telefoniert in der Nacht zum 24. Juni 1948 mit General Curtis Lemay (1906-1990, Chef des US-Luftwaffenkommandos in Frankfurt) wegen der sowjetischen Blockade Berlins (x112/535): >>Haben Sie Maschinen, die Kohlen transportieren können?
(Lemay:) Was transportieren?
(Clay:) Kohlen.
(Lemay:) Ich kann so schlecht verstehen. Es klingt nur, als ob Sie nach Flugzeugen fragen, die Kohlen transportieren können.
(Clay:) Genau, das meine ich.
(Lemay:) Die Luftwaffe transportiert alles. ...<<
Die deutsche Journalistin und Schriftstellerin Ruth Andreas-Friedrich (1901-1977) notiert am 23. Juni 1948 in ihrem Tagebuch (x112/534-535): >>Es ist also soweit.
Statt einer neuen Währung haben wir zwei. Und zu dem Eisernen Vorhang an der Elbe gesellt sich ab übermorgen der Eiserne Vorhang quer durch Berlin.
Gefährlich brodelt es in allen Kesseln. ...<<
24.06.1948
Polen: Die Außenminister der Ostblockstaaten beschließen am 24. Juni 1948 in Warschau eine gemeinsame Erklärung (x028/188): >>Die Politik der Besatzungsmächte in den westli-

chen Zonen von Deutschland ermuntert die deutschen revisionistischen Elemente, die eine Kampagne führen gegen die von den Konferenzen in Jalta und Potsdam geschlossenen Abkommen über den demokratischen Wiederaufbau und die Entmilitarisierung Deutschlands, sowie über seine Verpflichtung zur Entschädigung für die Schäden, die durch die deutsche Aggression verursacht worden sind. ...
Im Besonderen bekämpfen die deutschen revisionistischen Elemente die polnisch-deutsche Grenze an der Oder und der westlichen Neiße, die eine unverletzliche Grenze ist, eine Friedensgrenze.<<
SBZ: Gemäß SMAD-Befehl wird die "Deutsche Mark der Deutschen Notenbank" in Ost-Berlin und in der SBZ eingeführt (das Umtauschverhältnis entspricht z.T. dem Tausch in den Westzonen).
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Währungsreform" in der SBZ (x009/474-475): >>Durch die vom 23. bis 28.6.1948 in der SBZ und Ost-Berlin auf Grund des SMAD-Befehls Nr. 111 durchgeführte Währungsreform wurde die - bis dahin für ganz Deutschland geltende - Reichsmark für die SBZ durch Reichsmarkzeichen mit aufgeklebten Spezialkupons, neue "Deutsche Mark der Deutschen Notenbank" (DM Ost), abgelöst.
Es galten sehr differenzierte Umtauschrelationen, die das "staatliche" Vermögen stark bevorzugten.
Im einzelnen wurden umgetauscht: bei Privatpersonen Barbeträge bis zu RM 70,-- im Verhältnis 1:1, bis RM 1.000,-- im Verhältnis 5:1, vor dem 9.5.1945 entstandene Einlagen 10:1, wobei jedoch geprüft werden mußte, ob Beträge über RM 3.000,-- "rechtmäßig" erworben waren.
Bei Beträgen über RM 5.000,-- wurden von vornherein Kriegs- oder Schwarzmarktgewinne angenommen. Diese Beträge sind - falls nicht das Gegenteil bewiesen werden konnte - eingezogen worden, ebenso das Geldvermögen von "faschistischen Verbrechern und Kriegsverbrechern". Über diese umgetauschten Altguthaben konnte zudem nicht verfügt werden. Sie wurden in eine Altguthaben-Ablösungsanleihe umgewandelt, die seit 1959 in 25 gleichen Jahresraten getilgt wird.
Beträge nicht volkseigener Betriebe wurden nur bis zur Höhe des wöchentlichen Umsatzes und der Lohnrückstände bei Handels- und anderen Wirtschaftsorganisationen in Höhe der wöchentlichen Lohnsumme im Verhältnis 1:1 umgetauscht. Dagegen wurden alle Einlagen von ... volkseigenen Betrieben voll im Verhältnis 1:1, Versicherungspolicen im Verhältnis 1:3 umgetauscht. ...<<
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Währungspolitik" in der SBZ (x009/474): >>Die kommunistischen Machthaber der SBZ verkünden zwar lautstark, daß eine Inflation in ihrem Herrschaftsbereich nicht möglich sei, jedoch sind sie seit Schaffung der DM Ost bemüht, die permanente Inflation zu verhindern oder wenigstens zu bremsen.
Diese permanente Inflation äußert sich in einer ständigen Unterversorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln und Konsumgütern, die sich von Zeit zu Zeit zu Versorgungskrisen ausweitet.
Gründe hierfür sind eine Vernachlässigung der Konsumgüterindustrie wegen Devisenhandels, Zwangsexporte hochwertiger Verbrauchsgüter und die Unmöglichkeit, Lebensmittel und Verbrauchsgüter zu importieren, Materialmangel, Fehlplanungen und Nichterfüllung der Produktionspläne einerseits und eine ständige außerplanmäßige Überziehung des Lohnfonds andererseits. Diese Tatsachen führen zu einem Kaufkraftüberhang. ...<<
Berlin: Sowjetische Truppen blockieren am 24. Juni 1948 sämtliche Land- und Wasserwege nach den Berliner Westsektoren und unterbrechen die Energieversorgung sowie Lebensmittel-

lieferungen aus der SBZ, um die West-Berliner Bevölkerung auszuhungern. Berlin kann infolgedessen nur noch auf dem Luftweg versorgt werden.
General Lucius Clay (1897-1978, von 1947-49 Militärgouverneur der US-Besatzungszone) erklärt am 24. Juni 1948 nach Rücksprache mit dem US-Präsidenten, daß man die Nordamerikaner nur durch einen Krieg aus Berlin vertreiben könnte (x116/235).
Der SPD-Politiker Ernst Reuter (1889-1953, seit 1948 Oberbürgermeister von West-Berlin) erklärt am 24. Juni 1948 vor etwa 80.000 Berlinern auf dem Herthasportplatz (x116/240): >>... Als eine Viermächtestadt ist unser Berlin das geblieben, was es immer war; nicht eine Provinzstadt mit Provinzcharakter, sondern eine Weststadt. ...
Heute weiß die ganze Welt, daß wir nicht die heimliche, sondern die wirkliche Hauptstadt Deutschlands sind.
Heute weiß die ganze Welt, daß hier das Herz der neuen deutschen Demokratie schlägt.<<
Die deutsche Journalistin und Schriftstellerin Ruth Andreas-Friedrich (1901-1977) notiert am 24. Juni 1948 in ihrem Tagebuch (x112/535): >>Am Bahnhof Zoo (in Berlin) und Ecke Potsdamer und Kurfürstenstraße, der früheren Schwarzmarktzentrale für Weißbrot und Brötchen, handelt man bereits ganze Bogen Couponmarken gegen Reichsmark mit 50 % Aufschlag.
Die Tausender springen aus den Taschen. Jeder sein eigener Neugeldfabrikant. Zehn Schritt aus der Menge – und hinter der nächsten Ruinenwand beklebt man sich selbst den Rest seiner Reichsmarkhabe. Das Geschäft fordert Eile. Lecken – kleben, lecken – kleben. Als Coupongeldkapitalist entsteigt man den Trümmern.
"Achtung, Razzia!" – um die Ecke fegt ein vollbeladenes Polizeiauto.
Alles spritzt auseinander. Wie Mäuse jagen die fliegenden Schwarzbankiers in die umliegenden Löcher.
Noch ehe die Polizisten Zeit fanden, sich umzusehen, liegt die Straße verödet. ...<<
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über "Berlin" (x009/60-62): >>Berlin ist die Hauptstadt Deutschlands, kann jedoch z.Z. diese Funktion nicht ausüben. Mit 883,8 qkm Bodenfläche und 3,39 Millionen Einwohnern ist Berlin die größte deutsche Stadt. Von ihren 20 Verwaltungsbezirken gehören 12 mit 481 qkm und 2,2 Millionen Einwohnern zu den 3 westlichen Sektoren, 8 mit 403 qkm und 1,07 Millionen Einwohnern gehört zum Sowjetsektor. ...
Als Sitz des Kontrollrates auch nach der Kapitulation noch Regierungssitz für ganz Deutschland, wurde Berlin durch eine dem Kontrollrat nachgebildete Viermächteverwaltung regiert. ...
Um die Position der Westmächte in Berlin unmöglich zu machen, sollten diese und die West-Berliner Bevölkerung durch die Blockade vom 24.6.1948 (Unterbrechung der Verbindungswege von Berlin West nach der Bundesrepublik, dem Sowjetsektor und der SBZ) ... von allen Nachrichten-, Verkehrs- und Handelsverbindungen abgeschnitten werden. Die SMAD und SED vertraten plötzlich die Auffassung, Berlin sei ein Teil der SBZ.
Die Blockade wurde durch die Luftbrücke, über die zuletzt ca. 8.000 t Güter pro Tag eingeflogen wurden, praktisch unwirksam und politisch zu einer kommunistischen Niederlage.
Berlin hatte durch die Währungsreform vom 23.6.1948 (Ostsektor 24.6.) zwei verschiedene Währungen erhalten (DM West und DM Ost). Die Westmächte hätten der DM Ost für ganz Berlin zugestimmt, falls ihre Forderung nach Mitkontrolle der Berliner Währung von den Sowjets angenommen worden wäre. ...<<
Der deutsche Historiker Alexander Demandt schreibt später über die Blockade Berlins (x283/-235): >>Mit der Blockade Berlins 1948/49 versuchte Stalin einerseits (erfolglos), die vom Bürgermeister Ernst Reuter geforderte und erreichte Anbindung der Stadt an das Währungsgebiet der Deutschen Mark zu verhindern, und andererseits (erfolgreich) abzulenken von seinen Atombombenversuchen, die dann den Dualismus mit den USA begründeten.
Die Entscheidung Trumans für die Versorgung der Stadt über eine Luftbrücke wollte das Ri-

siko des von General Clay vorgesehenen gewaltsamen Durchbruchs auf dem Landweg vermeiden, stand aber unter dem Wagnis, daß der erste Rosinenbomber abgeschossen würde. Das hätte dann einen Gegenschlag des Pentagons zur Folge haben können, der den kalten Krieg in einen heißen verwandelt hätte. ...<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die SBZ (x009/378-379): >>(SBZ ist die) Abkürzung für sowjetische Besatzungszone. Teil Deutschlands, der auf Grund der Vereinbarungen unter den Alliierten nach der Kapitulation von sowjetischen Truppen besetzt wurde. Das Gebiet der SBZ ist nicht identisch mit dem durch die Sowjets militärisch eroberten Gebiet. Ein großer Teil des von Engländern und Amerikanern eroberten Raumes wurde im Sommer 1945 der Sowjetunion abgetreten.

Der sowjetische Sektor von Berlin gehört weder rechtlich noch verwaltungsmäßig zur SBZ, wird aber als Hauptstadt der DDR beansprucht. Die vielgebrauchte Bezeichnung "Ostzone" für die SBZ ist irreführend. Die SBZ hat als Mittelzone zu gelten, da sie mitten zwischen der Bundesrepublik und den zur Zeit von Polen und der Sowjetunion verwalteten Ostgebieten liegt.<<

26.06.1948

SBZ: Das "Leipziger Börsenblatt" berichtet am 26. Juni 1948 über den "Neuen Duden" (x112/536): >>Die deutsche Sprache ist das festeste Band, das uns Deutsche zu einer Einheit verbindet.

Der Neue Duden wird das Seine dazu beitragen, das Bewußtsein der geistigen Einheit zu stärken. ...<<

Berlin: US-Militärgouverneur Clay (1897-1978) erteilt am 26. Juni 1948 den Befehl, eine Luftbrücke nach West-Berlin einzurichten ("Operation Vittels").

Im Verlauf der Aktion "Luftbrücke" fliegen die Nordamerikaner und Briten bis zum Ende der Berliner Blockade (12. Mai 1949) in annähernd 200.000 Flügen rund 1,44 Millionen t Güter nach West-Berlin (x058/152).

Der deutsche Historiker Michael Stürmer berichtet später über die Berlin-Blockade (x073/-232): >>Die Blockade traf die USA fast ohne Panzertruppen und Infanterie in Europa. General Lucius D. Clay hat zwar für kurze Zeit erwogen, eine gepanzerte Kolonne von Hannover in Richtung Osten über die Autobahn rollen zu lassen und die russische Entschlossenheit hart zu testen.

Die USA besaßen damals das Atomwaffenmonopol, und daß ihre Luftwaffe auch mit konventionellen Waffen Städte auszuradieren vermochte, hatte der Zweite Weltkrieg erwiesen. Aber die Vereinigten Stabschefs in Washington winkten ab, zu hoch war das Kriegsrisiko, zu schwach die amerikanische Landmacht.

Es gab damals militärische Studien der Amerikaner, wonach bei einem tatsächlichen bewaffneten Vordringen der Russen nichts bleiben würde als ein langer Rückzug auf die Pyrenäen. So kam es zur Luftbrücke, auf deren Höhepunkt alle 48 Sekunden ein "Rosinenbomber" auf den Berliner Flugfeldern landete. ...<<

Großbritannien: Der ehemalige britische Premierminister Winston Churchill (1874-1965) erklärt am 26. Juni 1948 vor der Presse, daß nur eine feste und entschiedene Haltung gegenüber der Sowjetunion einen dritten Weltkrieg vermeiden könnte (x112/536).

27.06.1948

WBZ: Die Präambel des dritten Gesetzes zur Neuordnung des Geldwesens (Umstellungsgesetz) kündigt am 27. Juni 1948 einen drakonischen Geldschnitt an (x112/537): >>Im allgemeinen wird das Altgeld im Verhältnis von 10:1 gegen neue Deutsche Mark eingetauscht. Das heißt, je 10 Mark Altgeld werden auf eine Deutsche Mark zusammengelegt.

Die eine Hälfte dieses Neugeldes kommt auf ein sogenanntes Freikonto, die andere wird einem sogenannten Festkonto gutgeschrieben, das heißt, sie wird blockiert. Über diese blockier-

ten fünf Prozent des Altgeldes wird innerhalb von 90 Tagen entschieden.
Die Entscheidung hierüber hängt von der Entwicklung der deutschen Wirtschaft ab, das heißt, von der Entwicklung der Güterdeckung, die groß genug sein muß, um die Freigabe weiterer Gelder zu erlauben. ...<<
Die "Neue Zeitung" berichtet am 27. Juni 1948 über die ersten Wirkungen der Währungsreform: "Eine Woche neues Geld. Vom Tag X bis zum Tag X plus 6" (x112/537): >>Wohin man auch blickte, neue Herrlichkeiten bei durchschnittlichen Preisen!
Dreiteilige Herde 70 DM, Gaskocher 50 DM, Vier-Röhren-Rundfunkgeräte 475 DM, Volksempfänger 120 DM, Taschenlampenbatterien 0,40 DM, Nähmaschinen 250 DM, Fahrräder 80 DM, Damenstrümpfe 4 DM, Fahrradschläuche 2 DM, Lederkoffer ab 8 DM, Herrenanzüge 90 DM, Tennisschläger 60 DM, Schnürsenkel 0,30 DM, Handschuhe 6 DM, Krawatten 2,50 DM, Einweckgläser 1 DM, Junghans-Armbanduhren (15 Steine) 80 DM, Wecker und Schreibtischuhren 18 DM, Gummihosenträger 4 DM, Meißner Porzellanservice 500 DM, Opel-Olympia 5.900 DM.
Die ersten drei gegen Barzahlung verkauften Wagen gingen in Wiesbaden an ein Kaufhaus, die Stadtwerke und die Finanzverwaltung. ...<<
Der deutsche Jurist und SPD-Politiker Heinrich Troeger (1901-1975) schreibt am 27. Juni 1948 in seinem Tagebuch über die ersten Wirkungen der Währungsreform (x112/537): >>Die Eisenbahnen sind leer, die Schwarzhändler sind zum Teil verschwunden, die Bauern bringen Obst und Gemüse auf den Markt, die Kaufleute beginnen, wieder höflich zu werden. Es ist ein Wunder geschehen, alles ist in Erwartung dessen, was noch kommen mag.<<

28.06.1948

UdSSR: Das Kommunistische Informationsbüro (Kominform) kritisiert Jugoslawiens (Titos) "falsche Politik" (x148/190): >>... Das Informationsbüro stellt fest, daß die Leitung der Kommunistischen Partei Jugoslawiens gegenüber der Sowjetunion und der Kommunistischen Partei (Bolschewiki) der UdSSR eine unfreundliche Politik verfolgt.
Es wurde in Jugoslawien eine unwürdige Politik der Verleumdung sowjetischer Militärspezialisten und der Diskreditierung der Sowjetarmee zugelassen. Für die zivilen sowjetischen Spezialisten in Jugoslawien wurde ein besonderes Regime geschaffen, kraft dessen sie der Überwachung durch die Organe der Sicherheitspolizei des jugoslawischen Staates unterstellt und von Agenten verfolgt wurden. ...
Alle diese und ähnliche Tatsachen zeugen davon, daß die Führer der Kommunistischen Partei Jugoslawiens eine für Kommunisten unwürdige Haltung bezogen haben ...<<
Berlin: Die britische Royal Air Force beteiligt sich am 28. Juni 1948 an der Berliner Luftbrücke.
USA: US-Präsident Truman ordnet am 28. Juni 1948 die Verlegung von Flugzeugen des Typs B-29 nach Deutschland an.
Das Kommando der US-Luftstreitkräfte gibt am 28. Juni 1948 bekannt (x112/537): >>Die Luftbrücke nach Berlin wird bald so weit verstärkt sein, daß genügend Lebensmittel zur Versorgung der gesamten Bevölkerung der Westsektoren transportiert werden können. ...<<

30.06.1948

Berlin: Der SPD-Politiker Ernst Reuter (1889-1953, seit 1948 Oberbürgermeister von West-Berlin) erklärt am 30. Juni 1948 im US-Radiosender "RIAS" zur Berliner Blockade (x112/-539): >>... Die Entschlossenheit, mit der wir, gewitzigt durch die Erfahrungen unter dem Hitler-Regime, uns einer neuen Diktatur entgegenstemmen, diese Entschlossenheit findet ihre Parallele in der Entschlossenheit der Welt draußen, die jetzt gezeigt hat, daß sie nicht nur mit Worten, sondern auch mit Taten helfen will. ...
Diese Tage sind nicht nur für Berlin entscheidend. Sie sind von der größten Bedeutung für ganz Deutschland.<<

Juli 1948

>>Denn was ich gefürchtet habe, ist über mich gekommen, und wovor mir graute, hat mich getroffen. Ich hatte keinen Frieden, keine Rast, keine Ruhe, da kam schon wieder ein Ungemach!<< (Hiob 3, 25-26)

01.07.1948

Rumänien: Hermannstadt in Süd-Siebenbürgen – Erlebnisbericht des Fabrikanten Viktor F. (x007/296): >>Mitte 1948 erfolgte dann der große Schlag gegen die besitzende Klasse.
Die Fabriken wurden enteignet und verstaatlicht, und zwar ohne jedwede Vergütung. Unseren sächsischen Bauern nahm man den Grundbesitz weg und vertrieb sie von Haus und Hof. Meistens waren es Zigeuner, die an ihre Stelle kamen. Leute, die gar keine Erfahrung hatten, nicht arbeiten wollten. So ging die blühende Landwirtschaft unseres sächsischen Volkes zugrunde. Es folgte dann noch die Wegnahme der größeren Geschäftsläden. Apotheken und die Werkstätten der Kleingewerbetreibenden wurden in Kollektiven zusammengefaßt.
Unser sächsisches Volk, das in allen Wirtschaftszweigen (Industrie, Handel, Gewerbe und Landwirtschaft) Siebenbürgens eine große Rolle spielte und führend war, verarmte vollständig. Unsere Betriebe ... durften wir nicht mehr betreten; wir waren arbeitslos und erhielten auch keine Lebensmittel mehr. Vieles mußten wir auf dem "schwarzen Markt" besorgen. ... Dort mußten wir bis 100 Lei für 1 kg Brot bezahlen, während das mit Lebensmittelkarte gekaufte Brot nur 14 Lei kostete.<<

Berlin: Die SMAD erklärt am 1. Juli 1948 in Berlin (x112/541): >>... Die Alliierte Kommandantur hat ihre Tätigkeit faktisch eingestellt, nachdem der amerikanische Kommandant, Oberst Howley, sich auf der Sitzung am 16.6. weigerte, den Sowjetantrag über die Verbesserung der materiellen und rechtlichen Lage der Arbeiter und Angestellten in der Industrie und im Verkehrswesen Berlins zu erörtern. ...
Dieses herausfordernde Verhalten des amerikanischen Kommandanten hat zur Einstellung der Tätigkeit der alliierten Kommandantur Berlins geführt.<<

WBZ: Die westlichen Militärgouverneure übergeben den 11 Ministerpräsidenten der 3 Westzonen am 1. Juli 1948 die sog. "Frankfurter Dokumente" und beauftragen sie, einen Parlamentarischen Rat zu bilden, um eine Verfassung auszuarbeiten.
Die übergebenen Dokumente (sog. "Frankfurter Dokumente") vom 1. Juli 1948 enthalten den Gründungsauftrag für die Bundesrepublik Deutschland einschließlich Richtlinien für die Verfassung, Aufforderung zur Überprüfung der Ländergrenzen und Grundsätze eines Besatzungsstatus (x101/197-198): >>WORTLAUT DER VON DEN MILITÄRGOUVERNEUREN DEN ELF MINISTERPRÄSIDENTEN IN FRANKFURT AM MAIN ÜBERGEBENEN DOKUMENTE

a) Dokument Nr. I

In Übereinstimmung mit den Beschlüssen ihrer Regierungen autorisieren die Militärgouverneure der Amerikanischen, Britischen und Französischen Besatzungszone in Deutschland die Ministerpräsidenten der Länder ihrer Zonen, eine Verfassunggebende Versammlung einzuberufen, die spätestens am 1. September 1948 zusammentreten sollte. Die Abgeordneten zu dieser Versammlung werden in jedem der bestehenden Länder nach dem Verfahren und Richtlinien ausgewählt, die durch die gesetzgebende Körperschaft in jedem dieser Länder angenommen werden.
Die Gesamtzahl der Abgeordneten zur Verfassunggebenden Versammlung wird bestimmt, indem die Gesamtzahl der Bevölkerung nach der letzten Volkszählung durch 750.000 oder eine ähnliche von den Ministerpräsidenten vorgeschlagene und von den Militärgouverneuren gebilligte Zahl geteilt wird. Die Anzahl der Abgeordneten von jedem Land wird im selben Verhältnis zur Gesamtzahl der Mitglieder der Verfassunggebenden Versammlung stehen, wie

seine Bevölkerung zur Gesamtbevölkerung der beteiligten Länder.
Die Verfassunggebende Versammlung wird eine demokratische Verfassung ausarbeiten, die für die beteiligten Länder eine Regierungsform des föderalistischen Typs schafft, die am besten geeignet ist, die gegenwärtig zerrissene deutsche Einheit schließlich wieder herzustellen, und die Rechte der beteiligten Länder schützt, eine angemessene Zentral-Instanz schafft und die Garantien der individuellen Rechte und Freiheiten enthält.
Wenn die Verfassung in der von der Verfassunggebenden Versammlung ausgearbeiteten Form mit diesen allgemeinen Grundsätzen nicht in Widerspruch steht, werden die Militärgouverneure ihre Vorlage zur Ratifizierung genehmigen. Die Verfassunggebende Versammlung wird daraufhin aufgelöst. Die Ratifizierung in jedem beteiligten Land erfolgt durch ein Referendum, das eine einfache Mehrheit der Abstimmenden in jedem Land erfordert, nach von jedem Land jeweils anzunehmenden Regeln und Verfahren.
Sobald die Verfassung von zwei Dritteln der Länder ratifiziert ist, tritt sie in Kraft und ist für alle Länder bindend. Jede Abänderung der Verfassung muß künftig von einer gleichen Mehrheit der Länder ratifiziert werden. Innerhalb von 30 Tagen nach dem Inkrafttreten der Verfassung sollen die darin vorgesehenen Einrichtungen geschaffen sein.

b) Dokument Nr. II

Die Ministerpräsidenten sind ersucht, die Grenzen der einzelnen Länder zu überprüfen, um zu bestimmen, welche Änderungen sie etwa vorzuschlagen wünschen. Solche Änderungen sollten den überlieferten Formen Rechnung tragen und möglichst die Schaffung von Ländern vermeiden, die im Vergleich mit anderen Ländern zu groß oder zu klein sind.
Wenn diese Empfehlungen von den Militärgouverneuren nicht mißbilligt werden, sollten sie zur Aufnahme durch die Bevölkerung der betroffenen Gebiete spätestens zur Zeit der Auswahl der Mitglieder der Verfassunggebenden Versammlung vorgelegt werden.
Bevor die Verfassunggebende Versammlung ihre Arbeiten beendet, werden die Ministerpräsidenten die notwendigen Schritte für die Wahl der Landtage derjenigen Länder unternehmen, deren Grenzen geändert worden sind, so daß diese Landtage sowie die Landtage der Länder, deren Grenzen nicht geändert worden sind, in der Lage sind, die Wahlverfahren und Bestimmungen für die Ratifizierung der Verfassung festzusetzen.

c) Dokument Nr. III

Die Schaffung einer verfassungsmäßigen deutschen Regierung macht eine sorgfältige Definition der Beziehungen zwischen dieser Regierung und den Alliierten Behörden notwendig.
Nach Ansicht der Militärgouverneure sollten diese Beziehungen auf den folgenden Grundsätzen beruhen:
A. Die Militärgouverneure werden den deutschen Regierungen Befugnisse der Gesetzgebung, der Verwaltung und der Rechtsprechung gewähren und sich solche Zuständigkeiten vorbehalten, die nötig sind, um die Erfüllung des grundsätzlichen Zwecks der Besatzung sicherzustellen. Solche Zuständigkeiten sind diejenigen, welche nötig sind, um die Militärgouverneure in die Lage zu setzen:
a) Deutschlands auswärtige Beziehungen vorläufig wahrzunehmen und zu leiten.
b) Das Mindestmaß der notwendigen Kontrollen über den deutschen Außenhandel und über innenpolitische Richtlinien und Maßnahmen, die den Außenhandel nachteilige beeinflussen könnten, auszuüben, um zu gewährleisten, daß die Verpflichtungen, welche die Besatzungsmächte in bezug auf Deutschland eingegangen sind, geachtet werden und daß die für Deutschland verfügbar gemachten Mittel zweckmäßig verwendet werden.
c) Vereinbarte oder noch zu vereinbarende Kontrollen, wie zum Beispiel in bezug auf die Internationale Ruhrbehörde, Reparationen, Stand der Industrie, Dekartellisierung, Abrüstung und Entmilitarisierung und gewisse Formen wissenschaftlicher Forschung auszuüben.
d) Das Ansehen der Besatzungsstreitkräfte zu schützen und sowohl ihre Sicherheit als auch

die Befriedigung ihrer Bedürfnisse innerhalb bestimmter zwischen den Militärgouverneuren vereinbarten Grenzen zu gewährleisten.
e) Die Beachtung der von ihnen gebilligten Verfassungen zu sichern.
B. Die Militärgouverneure werden die Ausübung ihrer vollen Machtbefugnisse wieder aufnehmen, falls ein Notstand für die Sicherheit bedroht, und um nötigenfalls die Beachtung der Verfassungen und des Besatzungsstatutes zu sichern.
C. Die Militärgouverneure werden die oben erwähnten Kontrollen nach folgendem Verfahren ausüben:
a) Jede Verfassungsänderung ist den Militärgouverneuren zur Genehmigung vorzulegen.
b) Auf den in Absätzen a) und e) zu Paragraph A oben erwähnten Gebieten werden die deutschen Behörden den Beschlüssen oder Anweisungen der Militärgouverneure Folge leisten.
c) Sofern nicht anders bestimmt, insbesondere bezüglich der Anwendung des vorhergehenden Paragraphen b), treten alle Gesetze und Bestimmungen der föderativen Regierung ohne weiteres innerhalb von 21 Tagen in Kraft, wenn sie nicht von den Militärgouverneuren verworfen werden.
Die Beobachtung, Beratung und Unterstützung der föderativen Regierung und der Länderregierungen bezüglich der Demokratisierung des politischen Lebens, der sozialen Beziehungen und der Erziehung werden eine besondere Verantwortlichkeit der Militärgouverneure sein. Dies soll jedoch keine Beschränkungen der diesen Regierungen zugestandenen Vollmachten auf den Gebieten der Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtsprechung bedeuten.
Die Militärgouverneure ersuchen die Ministerpräsidenten, sich zu den vorstehenden Grundsätzen zu äußern. Die Militärgouverneure werden daraufhin diese allgemeinen Grundsätze mit von ihnen etwa genehmigten Abänderungen der Verfassunggebenden Versammlung als Richtlinien für deren Vorbereitung der Verfassung übermitteln und werden die von ihr etwa dazu vorgebrachten Äußerungen entgegennehmen.
Wenn die Militärgouverneure Ihre Zustimmung zur Unterbreitung der Verfassung an die Länder ankündigen, werden sie gleichzeitig ein diese Grundsätze in ihrer endgültig abgeänderten Form enthaltendes Besatzungsstatut veröffentlichen, damit sich die Bevölkerung der Länder darüber im klaren ist, daß sie die Verfassung im Rahmen dieses Besatzungsstatutes annimmt.

Beilage zu Dokument Nr. III

Beauftragte der Militärgouverneure werden bereit sein, die Ministerpräsidenten und die Verfassunggebende Versammlung in allen Angelegenheiten, die diese vorzubringen wünschen, zu beraten und zu unterstützen.<<

Die übergebenen Dokumente enthalten den Gründungsauftrag für die Bundesrepublik Deutschland einschließlich Richtlinien für die Verfassung, Aufforderung zur Überprüfung der Ländergrenzen und Grundsätze eines Besatzungsstatus (x156/56-57): >>In Übereinstimmung mit den Beschlüssen ihrer Regierungen autorisieren die Militärgouverneure der amerikanischen, britischen und französischen Besatzungszone in Deutschland die Ministerpräsidenten der Länder ihrer Zonen, eine Verfassunggebende Versammlung einzuberufen, die spätestens am 1. September 1948 zusammentreten sollte.
Die Verfassunggebende Versammlung wird eine demokratische Verfassung ausarbeiten, die für die beteiligten Länder eine Regierungsform des föderalistischen Typs schafft, die am besten geeignet ist, die gegenwärtig zerrissene deutsche Einheit schließlich wieder herzustellen und die Rechte der beteiligten Länder schützt, eine angemessene Zentralinstanz schafft und Garantien der individuellen Rechte und Freiheiten enthält.
Wenn die Verfassung in der von der Verfassunggebenden Versammlung ausgearbeiteten Form mit diesen allgemeinen Grundsätzen nicht im Widerspruch steht, werden die Militärgouverneure ihre Vorlage zur Ratifizierung genehmigen. Die Verfassunggebende Versammlung wird daraufhin aufgelöst.

Die Ratifizierung in jedem beteiligten Land erfolgt durch ein Referendum, das eine einfache Mehrheit der Abstimmenden in jedem Land erfordert, nach von jedem Land jeweils anzunehmenden Regeln und Verfahren. Sobald die Verfassung von 2 Dritteln der Länder ratifiziert ist, tritt sie in Kraft und ist für alle Länder bindend. ...
... Die Schaffung einer verfassungsmäßigen deutschen Regierung macht eine sorgfältige Definition der Beziehungen zwischen dieser Regierung und den alliierten Behörden notwendig. ...
1. Die Militärgouverneure werden den deutschen Regierungen Befugnisse der Gesetzgebung, der Verwaltung und der Rechtsprechung gewähren und sich solche Zuständigkeiten vorbehalten, die nötig sind, um die Erfüllung des grundsätzlichen Zwecks der Besatzung sicherzustellen. ...
a) Deutschlands auswärtige Beziehungen vorläufig wahrzunehmen und zu leiten;
b) das Mindestmaß der notwendigen Kontrollen über den deutschen Außenhandel ... auszuüben, um zu gewährleisten, daß die Verpflichtungen, welche die Besatzungsmächte in bezug auf Deutschland eingegangen sind, geachtet werden und das die für Deutschland verfügbar gemachten Mittel zweckmäßig verwendet werden;
c) vereinbarte oder noch zu vereinbarende Kontrollen, wie z.B. in bezug auf die Internationale Ruhrbehörde, Reparationen ... und gewisse Formen wissenschaftlicher Forschung auszuüben;
d) das Ansehen der Besatzungsstreitkräfte zu schützen ...
2. Die Militärgouverneure werden die Ausübung ihrer vollen Machtbefugnisse wieder aufnehmen, falls ein Notstand die Sicherheit bedroht und um nötigenfalls die Beachtung der Verfassungen und des Besatzungsstatus zu sichern.
3. ... a) Jede Verfassungsänderung ist den Militärgouverneuren zur Genehmigung vorzulegen.
...<<
Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schreibt später über die Nachkriegspolitik der westlichen Siegermächte (x068/278-280): >>... Hinsichtlich der Deutschland-Politik nach dem Zweiten Weltkrieg zeigten sich die Alliierten zunächst gespalten. Die einen waren gegen, die anderen für den Wiederaufbau des Landes. Jahrelang herrschte ein übles Durcheinander.
Ursprünglich wollte man Deutschland nach dem Krieg vollständig entmilitarisieren. Man wollte es zerstückeln und ganz klein machen, schon um selber, ungestört, ganz groß, noch größer werden zu können.
Finanzminister Henry Morgenthau und sein Unterstaatssekretär Harry Dexter White hatten deshalb einen vorzüglichen Plan ausgearbeitet, der nicht von ihnen, sondern von zwei rassereinen Deutschen stammte, aber dann der "Morgenthau-Plan" hieß. Danach sollte Deutschland ein Bauernstaat werden - die Russen gaben wenigstens einen Arbeiter- und Bauernstaat vor -, und die Deutschen sollten, so Präsident Roosevelt, immerhin aus "Suppenküchen" ernährt werden. Menschenfreundlicher ging's kaum noch.
Dann aber war den Amis ein solch großer Kartoffelacker an der Grenze zum Osten zu riskant. Die Revitalisierung des Ruhrgebiets und das Mitmischen dabei schienen Erfolg versprechender. So milderte man, stets zum eigenen Vorteil, versteht sich, den Morgenthau-Plan so lange, bis von allerlei Plänen, einer Art "Roosevelt-Plan", einem "Churchill-Plan" und anderen Eingriffen schließlich die Direktive JCS 1067 übrig blieb, die Richtlinie für Eisenhowers Besatzungspolitik: Entmilitarisierung, Entnazifizierung und Aufteilung in vier Zonen.
Zuletzt wollte Eisenhower "starke Alliierte". Man erkannte die Nützlichkeit der Besiegten, konnte sie zum Puffer gegen die roten Teufel machen, zum "Bollwerk", so McCloy, "gegen die Sowjetunion": auch, wenn es denn sein mußte, zum Schlachtfeld. Die Deutschen hatten Erfahrung in derlei, und diese Erfahrung ließ sich nutzen.
Ergo entstanden sowohl der "Eiserne Vorhang" wie die "Bundesrepublik Deutschland" zuerst in amerikanischen Köpfen. Das eine wie das andere ist ihr Erzeugnis. Die Amerikaner befah-

len, die Deutschen führten aus: die "Währungsreform" im Sommer 1948, die Konstituierung des "Parlamentarischen Rates" im Herbst desselben Jahres, das "Grundgesetz" am 23. Mai 1949. Nichts geschah ohne Billigung der Sieger.
Und Kurt Schumacher sagte selbstverständlich die Wahrheit, als er Adenauer den "Kanzler der Alliierten" nannte, worauf sich ein Sturm der Entrüstung erhob, wie immer nach dem Aussprechen einer unangenehmen Tatsache.
Ein Befürworter der Demontage Deutschlands war zunächst der erste Militärgouverneur und frühere Stellvertreter General Eisenhowers, General Lucius D. Clay. Aber die amerikanische Geschäftswelt war anderer Auffassung und hatte ihre Leute natürlich auch in der Militärverwaltung. Ihre Wirtschaftsabteilung leitete damals General William H. Draper, vordem Unterstaatssekretär im US-Kriegsministerium.
Der General, jetzt eine Art Wirtschaftsminister für Deutschland, vertrat die Interessen der Bank Dillon, Read & Comp., deren Vizepräsident er einst gewesen, wobei er 1944 sogar in eine Anklage des Generalstaatsanwalts verstrickt war, die man jedoch für alle Zeiten niederschlug. Anders als Clay wünschte er selbstverständlich, wie die amerikanische Industrie überhaupt, die Aufrüstung Deutschlands. Clay aber wollte eher seinen Abschied nehmen, "als dem Ansinnen der Manufacturers zu entsprechen".
Doch als sich Amerika fürs Aufrüsten entschied, nahm Clay seinen Abschied nicht, sondern beugte sich dem Mammon und vollzog die Wünsche der Manufacturers. Clay war dem Druck mancher Seite ausgesetzt, auch dem eines guten Bekannten General Drapers, dem von McCloy, Unterstaatssekretär im Kriegsministerium, Berater mehrerer Präsidenten, schließlich selber Hochkommissar in Deutschland und ohne Zweifel der kompetente Mann, der besonders die Interessen Rockefellers wahrnahm, darüber hinaus aber enge Kontakte zu fast allen großen US-Banken hatte, wie er denn selbst, ehe er Hochkommissar wurde, Präsident der Weltbank gewesen ist.
Noch bevor Marshall seine Hilfe gestartet, waren schon die Türkei und Griechenland in einen gewissen Dollargenuß gekommen: die Türkei zu 150 Millionen, Griechenland zu 250 Millionen Dollar - und beide Staaten banden schließlich als Stützpfeiler der NATO, 26 Divisionen des Warschauer Pakts.
Auf der Türkei ruhte Stalins Auge wegen der großen strategischen Bedeutung der Dardanellen für Rußland. Und in Griechenland, wo Churchill in einer dreißigtägigen Straßenschlacht in der Athener Innenstadt alle antimonarchisch eingestellten Gegner hatte niedermetzeln lassen, tobte seit 1944 der offene Bürgerkrieg, bekämpften sich rechte und linke Gruppen. Da England offensichtlich überfordert war, griff Harry Truman ein. ...<<

02.07.1948

SBZ: In Mühlhausen/Thüringen erklärt Otto Grotewohl am 2. Juli 1948 während des ersten Parteitages der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands (x112/542): >>Die SED tritt für die Sicherung des bäuerlichen Privatbesitzes ein, eine Kollektivierung der Landwirtschaft ist nicht beabsichtigt und kann nicht durchgeführt werden, da die Verhältnisse ganz andere sind als in der Sowjetunion. ...<<

Berlin: Die deutsche Journalistin und Schriftstellerin Ruth Andreas-Friedrich (1901-1977) notiert am 2. Juli 1948 in ihrem Tagebuch (x112/542): >>Am Bahnhof Zoo (in Berlin) wird Währung gehandelt.
Man braucht sich nur zwischen die Menschen zu mischen, die vom Stadtbahnbogen zur Gedächtniskirche die Straßen füllen, und seine Ost- und Westscheine sichtbar in der Hand zu halten. Noch keine zwei Minuten – und das Wechselgeschäft ist im Gange.
"Brauchen Sie Ostmark?" ... "Brauchen Sie Westmark?" ...
Jemand streift an einem vorbei, flüstert einem ins Ohr. Ein Blick in die Runde ... ein Griff in die Brieftasche ... wie durch Zauberschlag verwandeln sich die sechs Westmark zwischen den

Fingern in fünfzehn Tapetenscheine (der Berliner nennt das Coupongeld damals "Tapetenmark") ...<<

03.07.1948

SBZ: Gemäß SMAD-Befehl wird am 3. Juli 1948 die "Kasernierte Volkspolizei" aufgestellt.

04.07.1948

SBZ: Der stellvertretende DWK-Vorsitzende Selbmann berichtet am 4. Juli 1948, daß man bereits 9.281 gewerbliche Unternehmen, darunter zahlreiche kleine und mittlere Handwerks-, Transport- und Handelsunternehmen, enteignet hat (x009/464).

05.07.1948

SBZ/Ostpreußen: Kreis Gumbinnen in Ostpreußen – Erlebnisbericht des B. L. (x002/149-150): >>Es sind viele Deutsche für immer nach Litauen gegangen.

Ich fand im Sommer 1948 noch sehr viele Deutsche: Männer, Frauen und Kinder, die bei litauischen Bauern Unterkunft und Arbeit gefunden hatten. Die Kinder hatten vielfach schon ihren deutschen Familiennamen vergessen. Es gab auch viele Fälle, wo Litauer deutsche Kinder adoptiert hatten. ... Viele, sehr viele Deutsche sind durch Litauer und Letten vor dem Hungertode gerettet worden.

Wir gedenken in tiefer Dankbarkeit dieser Hilfe. Wir werden sie nicht vergessen und wollen es auch unseren Nachkommen einprägen, wie Litauer und Letten uns in dieser Notzeit geholfen haben.<<

SBZ: Der SED-Politiker Erich Gniffke (Vorsitzender des Sekretariats des Deutschen Volksrates) dementiert am 5. Juli 1948 Meldungen über die beabsichtigte Bildung einer Ostregierung (x112/545: >>... Die in den letzten Tagen von der westlich lizenzierten Presse verbreitete Nachricht, der Deutsche Volksrat beabsichtige zur Bildung einer Ostregierung überzugehen, ist unrichtig.

Der deutsche Volksrat ist eine gesamtdeutsche Repräsentation und wird infolgedessen Fragen einer Regierungsbildung nur von diesem Standpunkt aus beurteilen.<<

WBZ: Konrad Adenauer schreibt am 5. Juli 1948 über die sog. "Londoner Empfehlungen" (x095/77-78): >>... Auf Ihr ...Schreiben vom 25. Juni ... erwidere ich Ihnen ergebenst, daß die "Londoner Empfehlungen" katastrophal sind; der Versailler Vertrag ist dagegen ein Rosenstrauß. Das im einzelnen auseinanderzusetzen, würde zu weit führen. Ich hielt es für nötig, daß die deutschen Parteien, mit Ausnahme der KPD, gemeinsam ihre Ablehnung zum Ausdruck brächten. ...

Ich habe mich zuerst an den Vorstand der Sozialdemokratischen Partei gewandt, um eine solche gemeinsame Stellung herbeizuführen; falls ein Übereinkommen mit der SPD erzielt worden wäre, sollten Verhandlungen mit den anderen Parteien folgen.

Leider waren die Herren vom sozialdemokratischen Parteivorstand, Ollenhauer, Heine, Henßler, nicht zu einer gemeinsamen Stellungnahme zu bewegen. Sie waren zwar in der Beurteilung der "Londoner Empfehlungen" mit mir völlig einig, erklärten aber, es handele sich um eine provisorische Regelung, und weiter, eine gesonderte Erklärung der einzelnen Parteien wäre nach ihrer Auffassung noch wirkungsvoller.

Ich habe sehr bedauert, daß dieser Anfang der Zusammenarbeit der beiden großen deutschen Parteien fehlgeschlagen ist. Es wäre ein Anfang gewesen. ...<<

Walter Müller-Bringmann berichtet am 5. Juli 1948 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/74-75): >>5. Juli 1948. Und wieder kehrten 1.400 Kriegsgefangene heim. Sie kamen aus dem Ural und vom Don zurück. Es sind Leute mit harten Gesichtern, denen man die Jahre hinter Stacheldraht ansieht. ...

Es ist falsch, anzunehmen, daß sich im Lager, in diesem Friedland, wo nun ihre Leiden ein Ende haben werden, überwältigende Freudenszenen abspielen. Nichts von alledem.

Die Menschen, die aus dem Osten zurückkommen, sind schweigsam, ruhig, gelassen. Große

Gefühle halten sie nicht für angebracht.
Gewiß, manchmal erscheint fast verstohlen ein kleines Lächeln auf den Gesichtern, klopft einer dem anderen auf die Schulter. Aber das ist auch alles. Sie sind keine Freunde der überschwenglichen Worte. ...<<

08.07.1948

SBZ/Ostpreußen: Die sowjetisch-polnische Grenze durch Ostpreußen wird am 8. Juli 1948 ohne Zustimmung der westlichen Siegermächte "endgültig festgesetzt" (x028/241).

UdSSR: Zwangsarbeitslager im Ural – Erlebnisbericht der Schneiderin Anna S. (x002/102): >>Nun hieß es, der nächste Transport geht nach Deutschland. ...
Auch wir wurden aufgerufen und mit Lastautos zum Lager gebracht. Alle Frauen über 30 Jahre, Kranke, Schwache und Invaliden sollten heimfahren. (Es folgte) noch eine Kommissionierung. Gott sei Dank (war es) die letzte, und wir durften uns auf die Heimkehr freuen. Den Zurückbleibenden wurde in die Hand versprochen, sie nicht zu vergessen und ihnen zu helfen, auch bald in die Heimat zu kommen.
Meine Heimreise sah anders aus als die Hinreise. Wir fuhren wohl auch in Viehwagen, aber die Türen standen offen, wir hatten Wasser, um uns zu waschen und den Raum sauber zu halten. An den Haltestellen konnten wir Obst, Milch, Brot, Fleisch und andere Dinge kaufen. Unser Zug war mit Grün, Stalinbildern und Transparenten geschmückt. Auf ihnen stand geschrieben: "Großer Stalin, wir danken Dir für die Heimkehr!" ...<<
Zwangsarbeitslager in Rußland – Erlebnisbericht der L. A. (x008/55): >>Von Monat zu Monat versprach man uns, daß wir bald in die Heimat zurückkehren könnten.
Nun kam wieder ein Sommer. Schon so mancher Kamerad hatte bereits sein Leben im gefährlichen Bergwerk gelassen. Durch die schwere Arbeit und schwache Kost wurde ich wieder krank. Der russische Arzt schrieb mich für schwere Grubenarbeiten arbeitsunfähig. Ich bekam jetzt ganz leichte Arbeiten. ...<<

WBZ: Konrad Adenauer schreibt am 8. Juli 1948 (x095/78-79): >>... Bis jetzt ist die Währungsumstellung und die wirtschaftliche Umstellung ein Erfolg. Es sind nicht so große Reibungen eingetreten, wie wir es befürchtet haben. Allerdings herrscht jetzt noch in weiten Kreisen, nachdem die Kopfquote aufgebraucht ist, große Sorge für die Zukunft.
Das gilt vor allem von alten Leuten und von den Vertriebenen und Ausgebombten, die ihre letzten Sparpfennige durch die Geldentwertung verloren haben.
Auch die Lage der Studenten ist außerordentlich kritisch geworden, weil etwa 80 % von ihnen von zu Hause her keine Unterstützung erwarten dürfen. Es ist in Aussicht genommen, von Staats wegen den Studenten wenigstens in etwa zu helfen, aber ob die Länder dazu in der Lage sein werden, ist noch keineswegs sicher. ...<<

10.07.1948

Ostdeutschland: Stadt Allenstein in Ostpreußen – Erlebnisbericht der Meta K. (x002/202): >>Im Juli 1948 sollten wir endlich nach Deutschland ausgewiesen werden.
Wir kamen nach Heilsberg und wurden dort zunächst mit über 2.000 Menschen in einem Kasernenkomplex untergebracht und später in Waggons verladen. Im letzten Moment hieß es jedoch, daß Mutter zu alt für die Ausreise in die russische Zone sei.
Wir mußten aussteigen und uns eine neue Unterkunft und Stellung suchen. Da wir nach Deutschland fahren sollten, hatten wir vorher alle Zloty ausgegeben, so daß wir kein Geld mehr besaßen. ...<<

Rumänien: Gemeinde Grabatz im Banat – Erlebnisbericht des Anton S. (x007/364): >>In der zweiten Hälfte des Jahres 1948 wurden Handwerksgenossenschaften ins Leben gerufen.
In Grabatz gab es die Genossenschaften der Schuhmacher, der Schmiede, der Schneider und der Friseure. Die Tischler arbeiteten bei Firmen, die ebenfalls unter staatlicher Aufsicht standen. Auch die Kaufleute taten sich zu Genossenschaften zusammen.

Die Gründer der Genossenschaften waren meistens schlechte Meister ihres Faches. Die Genossenschaften erhielten große Steuerbegünstigungen, während die privaten Handwerker dagegen mit verhältnismäßig hohen Steuern belegt wurden. ...<<

WBZ: Während der Zonenkonferenz in Minden kritisiert Konrad Adenauer am 10. Juli 1948 das Londoner Abkommen (x112/548): >>... Das Londoner Abkommen ist gegenüber dem Versailler Vertrag viel, viel härter und schwerer.

Eine solche wirtschaftliche Annektion ist noch schlimmer als eine politische Annektion. Bei einer politischen Annektion werden die Menschen gehört, sie werden Bürger, und sie bekommen ihre Abgeordneten, und man beschäftigt sich mit ihnen. So aber arbeiten wir unter Kontrolle und für die andern.

Ob das auf Dauer gutgehen wird, das wage ich zu bezweifeln.<<

Während einer Konferenz in Koblenz (vom 8. bis zum 10. Juli 1948) beraten die Ministerpräsidenten der 3 westlichen Besatzungszonen über die "Frankfurter Dokumente" (x156/58-60): >>... Die Ministerpräsidenten sind davon überzeugt, daß die Notstände, unter denen Deutschland heute leidet, nur bezwungen werden können, wenn das deutsche Volk in die Lage versetzt wird, seine Angelegenheiten auf der jeweils möglichen höchsten territorialen Stufe selbst zu verwalten.

Sie begrüßen es daher, daß die Besatzungsmächte entschlossen sind, die ihrer Jurisdiktion unterstehenden Gebietsteile Deutschlands zu einem einheitlichen Gebiet zusammenzufassen, dem von der Bevölkerung selbst eine kraftvolle Organisation gegeben werden soll, die es ermöglicht, die Interessen des Ganzen zu wahren, ohne die Rechte der Länder zu gefährden.

Die Ministerpräsidenten glauben jedoch, ... daß es sich lediglich um ein Provisorium handelt, sowie um eine Institution, die ihre Entstehung lediglich dem augenblicklichen Stand der mit der gegenwärtigen Besetzung Deutschlands verbundenen Umstände verdankt. ...

Für den Vorschlag der Ministerpräsidenten, von einem Volksentscheid Abstand zu nehmen, waren die gleichen Erwägungen maßgebend. Ein Volksentscheid würde dem Grundgesetz ein Gewicht verleihen, das nur einer endgültigen Verfassung zukommen sollte.

Die Ministerpräsidenten möchten an dieser Stelle noch einmal betonen, daß ihrer Meinung nach eine deutsche Verfassung erst dann geschaffen werden kann, wenn das gesamte deutsche Volk die Möglichkeit besitzt, sich in freier Selbstbestimmung zu konstituieren; bis zum Eintritt dieses Zeitpunktes können nur vorläufige organisatorische Maßnahmen getroffen werden.

Mit besonderem Ernst haben die Ministerpräsidenten die Probleme geprüft, die mit der Ordnung der Ausübung der Besatzungsherrschaft zusammenhängen.

Sie haben mit Genugtuung von der Absicht Kenntnis genommen, die Beziehungen zu den Besatzungsmächten auf eine klare Rechtsgrundlage zu stellen.

Die Ministerpräsidenten sind jedoch der Ansicht, daß der Erlaß eines Besatzungsstatutes durch die Militärgouverneure schon vor der Aufnahme der Tätigkeit der mit der Beratung des Grundgesetzes für das Gebiet der 3 Westzonen beauftragten Körperschaft eine dringende Notwendigkeit ist; nur dann wird diese eine sichere Arbeitsgrundlage haben.

Sie sind weiter der Meinung, daß in dem Besatzungsstatut deutlich zum Ausdruck kommen sollte, daß auch die nunmehr geplanten organisatorischen Änderungen letztlich auf den Willen der Besatzungsmächte zurückgehen, woraus sich andere Konsequenzen ergeben müssen, als wenn sie ein Akt freier Selbstbestimmung des deutschen Volkes wären. ...

Besonders bedeutsam erscheint hierbei die Notwendigkeit, den deutschen Außenhandel - unbeschadet einer wirksamen Überwachung durch die Besatzungsbehörden - von den Beschränkungen zu befreien, unter denen seine Ergiebigkeit heute zu leiden hat. Sie sind übrigens der Meinung, daß über die Bestimmungen des Besatzungsstatuts hinaus bald die Möglichkeiten für Handelsvertragsverhandlungen geschaffen werden sollte, die von deutschen Stellen zu führen wären, deren Ergebnis jedoch der Ratifikation durch die Besatzungsmächte unterliegen

würde. ...
Schließlich richten die Ministerpräsidenten an die Militärgouverneure die Bitte, in regelmäßigen Zeitabständen zu prüfen, ob die Entwicklung der Verhältnisse nicht eine weitere Ausdehnung der deutschen Zuständigkeiten und einen weiteren Abbau der Kontrolle erlauben könnte.
Die Ministerpräsidenten sprechen endlich den Wunsch und die Erwartung aus, daß durch einen Beschluß der Regierungen Frankreichs, Großbritanniens und der Vereinigten Staaten der Kriegszustand aufgehoben werden möge.<<

11.07.1948

Jugoslawien: Volksdeutsche im "Altersheim" Karlsdorf – Erlebnisbericht des Pfarrers Kornelius W. (x006/608-609): >>In diesem "Altersheim" in Karlsdorf war ich nun der "Brigadier" und hatte für jeden Tag die Arbeit einzuteilen.
In den Sommermonaten war um 6 Uhr "Tagwache". Im Herbst gab man mir eine Stunde, später 2 Stunden hinzu. Ich ging durch das ganze "Heim" und sagte es den alten Leutchen, daß es Zeit wäre, wieder mal aufzustehen und ans Tagewerk zu gehen! Nun, welche Arbeiten hatten diese alten Leute zu verrichten? Erstens mußten täglich einige Dutzend Frauen in die Bezirksgärtnerei zur Arbeit gehen. Als Entgelt für die dort geleistete Arbeit erhielt das Altersheim dann allerhand Gemüse zum Kochen. So wurde unser "Speisezettel" bereichert.
... Wir hatten eine hauptamtlich angestellte, bezahlte Köchin, und ungefähr ein Dutzend unserer alten Frauen halfen "ehrenamtlich" in der Küche mit. Vor der Arbeitsaufnahme war das Frühstück. Jeder Heiminsasse erhielt ca. 3 dl (Deziliter) Milch und ein Stückchen Brot. Die Milch wurde aus amerikanischem Milchpulver zubereitet, zeitweise erhielten wir sogar Kuhmilch. Mittags und abends gab es gewöhnlich eine Gemüsesuppe. Im Anschluß an das Mittagessen ... erhielten die Lagerinsassen Brot. Fleisch bekam unsere Küche in Karlsdorf höchst selten zugeteilt, aber dafür erhielten wir recht oft die Eingeweide der in der früheren ... Salamifabrik verarbeiteten Schweine.
An solchen Tagen roch unsere ganze Anlage nach (einem) Schweinestall. Für mich und so manch anderen bedeuteten die "Fleischtage" - Fastentage. Wir vermochten es auch beim besten Willen nicht, diese "stinkende Brühe mit Einlage" zu verzehren.
Viele unserer Frauen und auch einige Männer mußten in unserem Garten arbeiten. Wir hatten ca. 5-6 Joch Garten. (Es gab) also Arbeit genug. Und dann war noch eine Riesenarbeit zu bewältigen. Vom Kriege her war unsere Baracke noch mit mächtigen Erdwällen umgeben. Nun lautete der Befehl, diese Erdwälle müssen verschwinden! Wir erhielten 50-60 Stück Körbe, und dann mußten die Männer die Wälle abgraben, und die Frauen trugen die Erde mit ihren Körben auseinander. Es war oft ein schwieriges Kapitel, irgendwelche Männer zum Graben zu finden. –
Ja, und wenn man sie endlich hatte, so hieß es aufpassen, daß sie nicht wieder verschwanden; denn waren sie erst fort und in der mächtigen Baracke "untergetaucht", dann bekam man die "Arbeitskolonne" für diesen Tag nicht mehr zusammen. Oft mußte ich mich heiser schreien, daß nur halbwegs etwas gemacht wurde. Meine lieben Alten sagten schließlich halb scherzend und halb ernst zu mir: "Herr Pfarrer, sie sollten ... Schreimann heißen!" Ja, in diesem Altenheim wurde einem so allerhand zugemutet. Die meisten Frauen ließen sich oft nur ein oder zwei Spatenstiche Erde ins Körbchen geben und trotteten damit los; und trotzdem wurden in monatelanger Arbeit diese Erdwälle abgetragen. Und dort, wo einst Erdwälle waren, legte man hernach auch einen Garten an.
In Karlsdorf hatten wir auch ein "Duschbad". Das war ganz primitiv zusammengestückelt (aus alten Karbid-, Ölkannen- und Gießkannenköpfen), aber wir waren doch dankbar, daß wir es hatten. So konnten wir uns doch dann und wann einmal gründlich reinigen; und der Erfolg war, daß es uns gelang, endlich des Ungeziefers Herr zu werden; ja in den letzten Monaten hatten wir Wanzen und Läuse völlig "ausgerottet", ja selbst Flöhe hatten in "unserem Heim"

zuletzt schon "Seltenheitswert".<<

12.07.1948

Frankreich: Die französische Regierung erklärt am 12. Juli 1948, daß sich in Frankreich noch 117.000 Kriegsgefangene aufhalten würden und 129.000 ehemalige kriegsgefangene Soldaten freie Arbeitsverhältnisse angenommen hätten (x112/549).

Großbritannien: Großbritannien entläßt zwar am 12. Juli 1948 die letzten 546 deutschen Kriegsgefangenen in die Heimat, aber im Nahen Osten befinden sich noch 37.000 deutsche Soldaten in britischer Gefangenschaft (x112/549).

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung für Kriegsgefangenengeschichte berichtet später über die Arbeitsleistung der deutschen Kriegsgefangenen in Großbritannien (x130/126): >>Addieren wir die Quartalsergebnisse zusammen, so ergibt sich für den Zeitraum Anfang 1944 bis Mitte 1948 die beachtliche Zahl von mindestens 153.744.750 Arbeitstagen. Setzen wir schließlich die genannte Summe von 153 Millionen Arbeitstagen in Arbeitsstunden um, wobei nur ein durchschnittlicher Achtstundentag in Anrechnung kommt, obwohl dieser in der Landwirtschaft oft nicht eingehalten werden konnte, so entfallen auf Kriegsgefangenenarbeit in Großbritannien insgesamt mindestens 1.229.958.000 Arbeitstunden in Großbritannien. ...<<

14.07.1948

SBZ: Im sowjetischen Internierungslager Mühlberg erfolgt am 14. Juli 1948 eine größere Entlassungsaktion.

Ein sowjetischer Offizier verabschiedet die deutschen Häftlinge am 14. Juli 1948 mit folgenden Worten(x126/193): >>Im Auftrage der sowjetischen Militärregierung soll ich Ihnen mitteilen: Sie werden heute entlassen und sind von nun an frei und können gehen, wohin es beliebt.

Sie kehren zurück in das Deutsche Reich als gleichberechtigter Bürger und können jede Stellung in Verwaltung und Ökonomie annehmen:

"Sie sollen teilnehmen ... am Wiederaufbau Ihres Vaterlandes. Sie sollen sich fernhalten von der Politik Schumachers (westdeutscher SPD-Politiker, erbitterter Gegner Stalins) und arbeiten für den Sozialismus.

Sie sollen gute Freunde der Sowjetunion werden". ...<<

WBZ: US-Militärgouverneur Clay (1897-1978) reagiert am 14. Juli 1948 enttäuscht, weil die Ministerpräsidenten der US-Zone die sog. "Frankfurter Dokumente" ablehnen (x112/550): >>... Wenn wir im Westen nicht hier wären, wären Sie längst russisch. ...

Jedenfalls haben sie eine goldene Chance verpaßt.

Persönlich bin ich über die Haltung der deutschen Ministerpräsidenten sehr enttäuscht, und zwar deshalb, weil sie meine Erwartungen nicht erfüllt haben. Ich habe in London wochenlang mit den Franzosen und Engländern um die Anerkennung der deutschen Souveränität im Rahmen eines Weststaates gekämpft. Ich habe immer damit operiert, daß die Deutschen die Verantwortung, die mit der Übergabe neuer Vollmachten verbunden ist, gerne übernehmen würden.

Die Franzosen sagten damals, daß sie sehr daran zweifelten, und daß sich meine Erwartungen nicht erfüllen würden. Sie haben leider Recht behalten.<<

15.07.1948

SBZ/Ostpreußen: Lebensverhältnisse in Königsberg – Erlebnisbericht der G. K. (x002/863-864): >>Dann hieß es eines Tages wieder, daß wir nun alle wegkämen und neu registriert würden. Da dies schon oft geschehen war, nahmen wir es gar nicht mehr recht ernst. Viele gingen nicht hin. Ich blieb auch fern. ...

Da wir auch nichts hatten, um unsere Ausweise zu erbetteln und einzutauschen, waren wir völlig mutlos. Als auch die deutschen Küchenhelferinnen verschwunden waren, zählten wir

nur noch 16 Deutsche im Krankenhaus. ... Wir begleiteten diesen Ausweisungstransport bis zum Bahnhof. Es wurden aber wieder viele zurückgewiesen, so daß wir anschließend wieder 70 Deutsche im Krankenhaus waren.
Die russische Sprache, soweit sie zur Verständigung notwendig war, hatte ich mir inzwischen angeeignet. Ich wurde von verschiedenen Abreisenden bedauert, daß ich nicht auch mitfahren konnte. Aber die Russen wollten mich noch behalten. Ich hatte nämlich mehrfach erlebt, wie die russischen Schwestern wegen schlechter Arbeit beschimpft wurden und ich als Vorbild hingestellt wurde. Solche Vorfälle ließen bei mir Zweifel aufkommen, ob meine Arbeitsbereitschaft die Ausweisung verzögerte oder gar verhinderte.
Wir Zurückgebliebenen mußten am anderen Tag die Möbel von den Zimmern der Abgereisten in das russische Magazin bringen. Die Pässe nahmen sie uns wieder ab, so daß wir mit dunklen Ahnungen einhergingen, ob sie uns nicht doch noch nach ... Osten schaffen würden. ... Eine russische Ärztin wollte, daß ich ihre Wohnung betreuen sollte. Ich mochte aber nicht, weil ich fürchtete, dann überhaupt nicht mehr fortzukommen.
Wir glaubten im Sommer 1948 nicht mehr an die Heimfahrt. Es hieß nur, daß auf dem flachen Land wohl noch Transporte zusammengestellt würden. ... Wir mußten wieder mal eine lange gehegte Hoffnung begraben.<<
CSR: Ein ehemaliger tschechischer Funktionär der Aussiger Verwaltungskommission berichtet am 15. Juli 1948 in London über das Massaker an der deutschen Bevölkerung in Aussig vom 31. Juli 1945 (x005/284-286): >>Es muß eine richtige Darstellung der Ereignisse (in Aussig) vom 31.07.1945 gegeben werden, die man vielleicht das Gegenstück zu Lidice nennen kann. Die Sache wird früher oder später ventiliert werden, und wir müssen davon selber sprechen, wenn wir nicht wie die Deutschen kollektiv abgeurteilt werden sollen. Eben weil sich der 3. Jahrestag dieses Massakers nähert, das ausschließlich auf die Rechnung der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei geht, halte ich es für richtig, als Augenzeuge und Funktionär der damaligen Verwaltungskommission die Ursache der damaligen Explosion und die unmenschlichen Repressalien zu schildern, die ihr folgten:
In unserer Gegend endete die letzte Phase der Kämpfe der deutschen Armee des Generals Schörner am 9. Mai 1945. Alle Straßen und Gassen in den Städten waren durch Kolonnen von Autos, Geschützen und Munition verstopft. Am nächsten Tag, am 10. Mai, begann man mit dem Aufräumen. Waffen und Munition wurden in Lagern der ehemaligen Zuckerraffinerie in Schönpriesen gelagert, die während des Krieges in die "Deutschen Kabelwerke" verwandelt worden waren.
In diesem Unternehmen waren Hunderte neuer Flugzeugmotoren gelagert. Dahin wurden Granaten, Panzerfäuste und andere Munition zusammengefahren. Militär, das sich aus der benachbarten Eckelmannschen Likörfabrik genügend Spirituosen besorgte, versah den Aufsichts- und Wachdienst, wobei auf eine richtige Lagerung nicht geachtet wurde, im Gegenteil, man warf alles durcheinander. Daher kam es zur Katastrophe.
Am 31.07.1945, um 15.45 Uhr, erfolgte die erste Explosion, die die Fenster im Umkreis von 3 km erschütterte. Niemand in der Stadt ahnte in diesem Augenblick, daß dies das Signal zum Morden war. Militär umgab die Elbe-Brücken, und als um 16.10 Uhr kommunistische Provokateure in Begleitung von Leuten in russischen Uniformen eintrafen, begann man mit den "Exekutionen". Die Deutschen, die weiße Armbinden trugen und von der Arbeit heimkehrten, wurden die ersten Opfer auf der Benes-Brücke.
Das Militär, das vom Vorsitzenden des Ortsnationalausschusses in Aussig ... Herrn Vondra aufgefordert worden war, jedes Massaker zu verhindern, folgte dieser Aufforderung nicht und mordete mit. Eine Mutter, die ihr Kind im Wagen über die Brücke fuhr, wurde mit Latten erschlagen, mit dem Kind über das Geländer in die Elbe geworfen, unter Begleitfeuer aus Maschinenpistolen.

Ein weiterer Vorfall, der mir in Erinnerung blieb und mich mein ganzes Leben begleiten wird, war jener deutsche Antifaschist, der nach 4 Jahren aus dem Konzentrationslager zurückkehrte und als Monteur bei der Firma Brönner beschäftigt war. Diesem deutschen Kämpfer gegen den Faschismus, B., wurden die Haare ausgerissen und dann der Bauch durchschossen. Er starb auf der Stelle.
Dergleichen Vorfälle gab es Hunderte. Auf der Brücke und auf dem Hauptplatz wurden Leute erschlagen und in die sog. Luftschutz-Wasserbehälter geworfen.
In 3 Stunden waren mehr als 2.000 Menschen erschlagen. Die Toten wurden geplündert, von internierten Deutschen auf Autos geladen und zur Kremation nach Theresienstadt gefahren. Die Begleiter der Toten kehrten nicht zurück.
Nach diesem Massaker kamen am 1. August 1945 der Innenminister Nosek und der Nationalverteidigungsminister General Svoboda in die Stadt. Es kam zu scharfem Meinungsaustausch in dem Rate der Verwaltungskommission. Freilich änderte dies nichts an der Tatsache, daß es durch Fahrlässigkeit von seiten der militärischen Verwaltung zu der Explosion gekommen war. Dieser Umstand entschuldigt aber in keiner Weise den Minister Nosek.
Denn weder das Militär, noch die Polizei haben Ruhe und Ordnung wiederhergestellt, im Gegenteil, sie haben selbst zu den Unruhen noch aufgereizt. Durch die Unfähigkeit und die Undiszipliniertheit der militärischen Funktionäre hat die tschechische Bevölkerung in Schönpriesen Sachschäden im Werte von 8 Millionen Kc erlitten, abgesehen von dem Verlust zahlreicher Heime. Und die deutsche Bevölkerung bezahlte mit dem ungewöhnlichen Verlust von zum Großteil unschuldigen Menschenleben nur deshalb, weil sich der Pöbel bereichern und sich ihres Eigentums bemächtigen wollte.
Lidice war ein lebendiges Denkmal des unseligen "Furor teutonicus", und Aussig a. E. war die Rehabilitierung der deutschen nazistischen Mörder. Die Zahl der Opfer war hier fast die vierfache. Wird dieses Verbrechen nicht als "Furor Czechoslovaka plebs" in die Geschichte eingehen?"
Wir haben nichts, was wir dieser schrecklichen Schilderung hinzufügen könnten. Vielleicht nur eines: Ob eine derartige Aufpeitschung niederster Leidenschaften nicht beabsichtigt war, um die sittlichen Grundlagen des Volkes zu untergraben und zu vernichten, das auf diese Weise betäubt und für den Schlachthof vorbereitet wurde? ...<<

17.07.1948

SBZ: Der 19jährige Konrad W. berichtet aus dem sowjetischen Internierungslager Fünfeichen bei Neubrandenburg (x126/160-162): >>Täglich wurden hundert Leute entlassen, und das nach einer genau festgelegten Prozedur, die insgesamt 2 Tage in Anspruch nahm:
Vormittags Abholen der Kandidaten ins Südlager zum Aktenvergleich, Sachenkontrolle und Austausch von Kleidungsstücken, die nicht für die Entlassung taugten.
Dann in die Entlausung zum Duschen, anschließend nach nochmaliger Kontrolle der wenigen Habseligkeiten (damit nicht aus Versehen ein Brief oder Ähnliches hinausgeschmuggelt wurde) in eine der Steinbaracken am Lagereingang. Dort Übernachtung und am nächsten Tag Warten bis zum erneuten Aufruf zum Aktenvergleich (damit kein Falscher entlassen wurde), Aushändigung des Entlassungsscheines und des Reisegeldes mit Quittungsunterschrift (ich bekam 45 Coupon-Mark, die Währungsreform war gerade vorbei). Danach Umzug in die Entlassungsbaracke.
Am nächsten Tag dann Empfang der Marschverpflegung (ich erhielt anderthalb Brote und vielleicht 250 Gramm Zucker). Wer wollte, konnte sich ... die Haare schneiden oder sich rasieren lassen. Um 9 Uhr erfolgte die Entlassung, das heißt, die Leute wurden mit einem Lastwagen zum Bahnhof Neubrandenburg gefahren. Dort war man dann frei!!!
So war für mich am 17. Juli 1948 der lang ersehnte Tag der Freiheit gekommen. Nur wer eine solch harte Zeit der absoluten Isolierung von der Außenwelt unter allen diesen ... Bedingun-

gen durchgestanden hat, kann ermessen, wie uns zumute war. Ein solches Glücksgefühl ist einfach nicht zu beschreiben. Und im nachhinein denke ich an die niedergeschlagene Stimmung derjenigen, die erst nach weiteren 2 Jahren nach Hause durften.
Die Heimfahrt von Neubrandenburg in meinen Heimatort dauerte zu dieser Zeit 2 Tage. Aber was spielt das nach fast 3 Jahren Freiheitsentzug schon für eine Rolle.
Wir waren in Hochstimmung, aber je näher man dem Zuhause kam, desto mehr dachte man auch daran, was einen dort erwarten könnte.
Auf Grund der Tatsache, daß man ja seit 3 Jahren ohne jede Nachricht von Zuhause war, hatte ich eine gewisse Angst davor, es könnte böse Überraschungen geben. Deshalb hatte ich versucht, bei einem längeren Aufenthalt von Cottbus aus irgendeine Verbindung zum Heimatort herzustellen, was mir letztlich auch gelang. Die Folge war, daß es sich wie ein Lauffeuer herumgesprochen hatte, daß ein längst Verschollengeglaubter nach Hause kommen würde.
Ich war der erste Heimkehrer aus einem solchen Lager im Ort. Der Bahnhof war voller Leute. Für mich war das schon wieder ein schlimmer Augenblick, denn die Angst, möglicherweise wieder abgeholt zu werden, um erneut zu verschwinden, war groß.
Zehn Tage später waren die anderen Jungs auch zu Hause. Von 15 oder 16 Jugendlichen meines Heimatortes, die 1945 weggeholt wurden, waren 7 übriggeblieben. ...<<
Das "Leipziger Börsenblatt" berichtet am 17. Juli 1948 "Von der Einheit des deutschen Buchhandels" (x112/553): >>... Eine Reihe süddeutscher und westdeutscher Städte entfalten auf buchhändlerischem und buchgewerblichen Gebiet in der letzten Zeit lebhaften Ehrgeiz und neue Kräfte: Stuttgart, München, Hamburg, Hannover oder Bielefeld und nicht zuletzt Frankfurt am Main haben beträchtliche Anstrengungen entwickelt.
Diese Aktivität ist allen Teilen förderlich, wenn sie sich der Tatsache bewußt bleibt, daß jede Bücherproduktion – gleichgültig in welcher deutschen Landschaft sie emporwächst – stets nur unentbehrliches Glied des einen deutschen Buchhandels ist.
Gerade in Leipzig, Buchhandelszentrale von je her durch Tradition und Leistung, lebt die Vorstellung, daß zwischen dem Schicksal des Buches und dem deutschen Schicksal überhaupt enge Verflechtungen bestehen. Wenn beispielsweise in der Deutschen Bücherei in Leipzig, jenem über die Zonenschranken hinweggreifenden Proviantmagazin des deutschen Geistes, Werke aus der sowjetischen, der französischen, der amerikanischen oder der englischen Zone einlaufen, so prägen sich in ihnen nicht vier verschiedene Gesichter.
Im freien Meinungsaustausch bildet sich die einheitliche Physiognomie, die notwendig ist, wenn wir in der Welt draußen als Deutsche erkannt und anerkannt werden wollen. Es muß überall begriffen werden, daß der Geist sich nicht aufteilen, sondern nur mitteilen läßt und daß wir die Welt nicht mit einer Vielheit von Physiognomien anblicken können.
Wir wollen nicht als Bayern, Württemberger oder Sachsen, nicht als West- oder Ostdeutsche, sondern eben als Deutsche in die Völkergemeinschaft zurückkehren.<<

18.07.1948

UdSSR: Verschleppte Westpreußen verlassen ihr Zwangsarbeitslager im Ural – Erlebnisbericht der Schneiderin Anna S. (x002/102-103): >>Unser Weg führte uns über ... den Dnjepr, die Wolga, Beresina und durch die Rokitnosümpfe (in Polesien).
Überall waren noch die Spuren des Krieges zu sehen. Verbrannte Dörfer und Wälder, abgeschossene deutsche Flugzeuge, Geschütze und Tanks steckten in den Rokitnosümpfen. Vereinzelt sahen wir auch deutsche Soldatengräber. Die Städte, durch die wir fuhren, machten einen verwahrlosten und schmutzigen Eindruck. ... Auch Kirchen mit Zwiebeltürmen lagen an unserem Wege. Scheinbar diente selten eine Kirche ihrem Zweck. Die meisten waren verfallen, durch Dach und Fenster wuchsen Bäume. In anderen Kirchen lagerte Getreide oder sie dienten als Vieh- und Pferdestall.
Kriegsgefangene, die wir unterwegs trafen, waren erstaunt, deutsche Frauen in Rußland zu

treffen. Sie gaben uns Grüße für die Heimat auf und blickten uns traurig nach. In Minsk und Brest-Litowsk stießen noch Transporte mit Internierten und Gefangenen zu uns. - Minsk und Smolensk, vom Kriege sehr zerstört, waren zum größten Teil von Kriegsgefangenen aufgebaut worden. ...
In Brest erwarteten uns deutsche Waggons mit deutschem Personal. Dort hatten wir endlich die erste Berührung mit der Heimat.<<

20.07.1948

Ostdeutschland: Internierungslager Potulice bei Nakel, Westpreußen – Erlebnisbericht der Schwester M. S. (x002/614): >>Unsere kleine Oma Moll darf ich nicht vergessen.
Niemand konnte den Korridor so schnell mit kleinen Schritten entlang laufen wie sie. Am 20. Juli 1948 konnten wir ihren 90. Geburtstag feiern, und im Mai 1949 stand sie mit ihrem Bündel reisefertig zum Transport in die Ostzone (wie ja alle 16 Transporte, in der Zeit von April bis August 1949, in die Ostzone geleitet wurden).
Im Laufe des Jahres 1948 wurden wieder 557 Personen aufgenommen, von denen 336 starben.<<

21.07.1948

Polen: Das polnische Ministerium für die Wiedergewonnenen Gebiete veröffentlicht am 21. Juli 1948 ein Rundschreiben betreffend das ehemals deutsche lebende Inventar (x003/479-480): >>Eine bedeutende Anzahl des ehemals deutschen Inventars wurde, besonders in den ersten Monaten der Ansiedlungsaktion innerhalb der Wiedergewonnenen Gebiete, von den Ansiedlern ohne Kontrolle der staatlichen Behörden übernommen.
Ein Teil dieses Inventars wurde in den Verleihungsentscheiden der Höfe nicht aufgeführt, da die Ansiedler dessen Besitz entweder verheimlichten oder vor den Kommissionen für die Landwirtschaftliche Ansiedlung an Hand von verschiedenen Bescheinigungen den angeblichen Ankauf dieser Gegenstände nachwiesen. Gegenwärtig kommen Fälle vor, daß Ansiedler auf die ihnen verliehenen Wirtschaften verzichten und beim Verlassen der Höfe denjenigen Teil des Inventars mitnehmen, der in den Verleihungsentscheiden nicht aufgeführt ist. ...
Solche Praktiken ... sind unzulässig, da sie den Vorschriften des Verwaltungsverfahrens ... zuwiderlaufen.
Jedoch nicht nur formal-rechtliche Gründe verbieten die Streichung des Inventars in den Verleihungsentscheiden. Es ist offensichtlich, daß die Erklärungen der angeblichen Zeugen völlig unglaubwürdig sind, da sie den eigenen, zur Zeit der Bewerbung um die Verleihung des Inventars freiwillig abgegebenen Erklärungen der Ansiedler widersprechen. ...
Der Verzicht auf die verliehene Landwirtschaft entzieht daher dem Ansiedler jegliches Recht, das genannte Inventar zu benutzen. Der Ansiedler darf beim Verlassen der Wirtschaft nur diejenigen im Verleihungsentscheid nichtaufgezählten Gegenstände oder dasjenige Vieh aus dem Inventar mitnehmen, ... (wenn) er unzweifelhaft nachweisen kann, daß sie sein persönliches Eigentum sind (z.B. Frachtbrief der Eisenbahn oder andere glaubwürdige amtliche Bescheinigungen). ...
Im Zusammenhang damit empfiehlt das Ministerium für die Wiedergewonnenen Gebiete:
1. jedes ... schädliche Streichen von Inventar des Verleihungsentscheids zu unterlassen;
2. die Beträge für das in den Verleihungsentscheiden ... gestrichene lebende und tote Inventar im Rahmen der Aktion "K" einzuziehen, es sei denn, der Ansiedler legt im Sinne dieses Rundschreibens glaubwürdige Eigentumsnachweise vor;
3. darauf zu achten, daß die zurücktretenden Ansiedler auf der betreffenden Landwirtschaft das gesamte, auch das im Verleihungsentscheid nicht aufgeführte Inventar zurücklassen und nur diejenigen Gegenstände oder dasjenige Vieh mitnehmen, deren Eigentum sie an Hand entsprechender Urkunden nachweisen können.<<

22.07.1948

Berlin: Der SPD-Politiker Ernst Reuter (1889-1953, seit 1948 Oberbürgermeister von West-Berlin) erklärt am 22. Juli 1948 in seiner sog. "Kernstaat-Rede" (x116/233): >>Wir glauben, daß der Kampf, den wir um Berlin führen, ein wichtiger Beitrag zur Eroberung der Souveränität der Deutschen ist ...

Daraus folgert, daß wir eines in Berlin und im Osten nicht ertragen können – das Verbleiben des Westens in seinem bisherigen politisch unentschiedenen Status.

Wir sind der Meinung, daß die politische und ökonomische Konsolidierung des Westens eine elementare Voraussetzung für die Gesundung auch unserer Verhältnisse und für die Rückkehr des Ostens zum gemeinsamen Mutterland ist. ...<<

WBZ: Während einer Konferenz in Rüdesheim einigen sich die deutschen Ministerpräsidenten am 22. Juli 1948 auf folgende Grundsätze (x024/226): >>Die Schaffung eines westdeutschen Staates, wie diese von den westlichen Besatzungsmächten nahegelegt wurde, dürfe eine spätere Reichseinheit nicht blockieren.

Die Gründung sei vielmehr nur ein "Provisorium", "eine Etappe zur Wiederherstellung Deutschlands in den Grenzen von 1937". ...<<

25.07.1948

SBZ: Verschleppte Westpreußen kehren aus der UdSSR zurück – Erlebnisbericht der Schneiderin Anna S. (x002/103): >>Die Fahrt durch Polen dauerte nicht lange. Auf Befehl des Transportführers wurden die Türen geschlossen. Wir wurden aber nicht belästigt.

Am 25. Juli trafen wir nach einer Fahrt von 17 Tagen in Frankfurt/Oder ein. Obgleich wir mit Musik, Ansprachen und guter Verpflegung empfangen wurden, waren wir doch sehr froh, als wir ... uns in den Zug in die Westzone setzen durften. Hier erst fühlten wir uns frei. Wir kamen zwar nicht in die Heimat, aber doch ins Vaterland. Als einzige Überlebende meiner Familie erwartete mich meine Schwester, und mit ihr zusammen begannen wir "das neue Leben". –

Ich schließe meinen Bericht mit dem Wunsch und der Hoffnung, daß ihnen und allen deutschen Frauen mein Schicksal erspart bleiben möge.<<

WBZ: Der deutsche Journalist Walter von Cube (1906-1984) berichtet am 25. Juli 1948 während eines Rundfunkkommentars über die Wirkungen der Währungsreform auf das kulturelle Leben (x112/558): >>... Lange genug sind die Auflagenziffern gestiegen, weil die Kalorienzahlen gesunken sind. Der ursächliche Zusammenhang zwischen beiden Tatsachen ist unleugbar. ... Es ist für ein Volk bedeutend angenehmer, in einer Flut von Salat, Karotten und Tomaten zu ertrinken als in einer Flut von Zeitschriften. ...

Während der hungernde Normalverbraucher noch vor vier Wochen sich statt mit Nahrung und Konsumgütern mit Theaterkarten und Zeitschriften abspeisen lassen mußte, hat er heute die Möglichkeit, für sein gutes Geld zu wählen, welche Artikel ihm wertvoller erscheinen: die, die sein Kaufmann, oder die, die seine Zeitung ihm anbieten.

Der unnatürliche Zustand, daß ein Mann in die Oper geht, weil es keine Hosenträger zu kaufen gibt, ... ist vorüber.<<

26.07.1948

WBZ: Die westdeutschen Ministerpräsidenten und die westlichen Militärgouverneure einigen sich am 26. Juli 1948 in Frankfurt nach schwierigen Verhandlungen über die Annahme der Frankfurter Dokumente.

Die Militärgouverneure erlauben danach die Erarbeitung und Aufstellung des deutschen Grundgesetzes.

28.07.1948

SBZ: Der 17jährige Kurt N. berichtet über die Haft im sowjetischen Internierungslager Buchenwald bei Weimar (x126/181): >>... Die letzten Julitage waren sehr warm. 20 Tage nach

den ersten Entlassungen schlug auch für mich die ersehnte Stunde, an die ich oft genug nicht mehr zu glauben wagte, wie alle von uns.
Am 28. Juli 1948 hörte ich abends nach dem Appell das letzte Mal meine Nummer 18.383. Sie war unter denen, die morgen aufhören sollte, für Namen Buchenwalder Häftlinge zu stehen. Unvergeßlich bleibt die letzte Nacht, in der ich kein Auge zumachte. Die innere Erregung war groß.
... Nach Appell und Empfang meiner Tagesration an Brot, Zucker und Kaffee wurden Hände gedrückt, und die kleine Gruppe aus meiner Baracke setzte sich durch einen Durchlaß im Stacheldraht, der den Barackenhof begrenzte, in Bewegung. Einer meiner zurückbleibenden gleichaltrigen Kameraden, Günter R. aus der Nähe von Luckau, stand mit tränenden Augen, die Hände am Stacheldraht und blickte mir nach. Für mich unvergeßlich.
Wir gaben unsere Klamotten in die Entlausung und bekamen sie danach wieder, konnten duschen und erhielten neue Kleidung. Alle bekamen einen von den im Lager nicht unbedingt fachgerecht geschneiderten grauen Anzügen aus billigem Stoff mit Fischgrätenmuster, ein bläuliches Stoffhemd, eine Mütze, Socken, Segeltuchschuhe und ein Handtuch. Von der Rückgabe persönlichen Eigentums, etwa Wertsachen, die den älteren Häftlingen nach ihrer Verhaftung abgenommen wurden, konnte keine Rede sein.
In den Mittagsstunden des 29. Juli 1948 verließen wir 200 Mann durch das Tor mit dem von den Nazis geschmiedeten Hohn ("Jedem das Seine") unser Lager. Das große eiserne Tor war noch immer mit ... Grün gestrichenen Brettern vernagelt.
Einzeln nahmen wir in einem niedrigen Gebäude vor dem Tor von einem grünbemützten Offizier unseren Entlassungsschein entgegen.
Genau um 13.50 Uhr hielt ich ihn in der Hand, meine zweite Geburtsurkunde. Jetzt war die Freiheit unumstößliche Wahrheit geworden.<<
USA: US-Präsident Truman berichtet am 28. Juli 1948 über die Berliner Blockade und die Luftbrücke (x243/165): >>... Der Abzug aus Berlin hätte für unsere Pläne in Westdeutschland die katastrophalsten Folgen und würde die Erholung Europas ganz erheblich verzögern. Die Deutschen ... fürchteten ... die Räumung Berlins seitens der Westmächte weit mehr als diese selber. ... Die Berliner seien entschlossen, auch unter den größten Entbehrungen auszuharren. ...
Ich (Truman) fragte Clay, welches Risiko bestehe, falls wir bewaffnete Lastwagenkolonnen nach Berlin schicken. Der General meinte, die Russen würden vermutlich vorerst mit der Errichtung von Straßensperren reagieren, doch sei bestimmt mit Gewaltanwendung zu rechnen, falls unsere Pioniere diese zu beseitigen versuchten. ...
Ich fragte Clay, ob er irgendwelche Anhaltspunkte für eine (kriegerische) Absicht des Kremls ... besitze. Er verneinte, denn ... (sie) hofften ... uns auch ohne Ausweitung des Konflikts zum Verlassen Berlins zwingen zu können.<<
30.07.1948
WBZ: Ein US-Militärgericht fällt am 30. Juli 1948 in Nürnberg die Urteile gegen 23 Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder, Direktoren sowie leitende Angestellte der I. G. Farbenindustrie ("I. G. Farben-Prozeß").
"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über den "I. G. Farben-Prozeß" (x051/275): >>I. G. Farben-Prozeß, Verfahren vor dem Militärgerichtshof IV der USA in Nürnberg gegen den Vorsitzenden des Aufsichtsrates, Carl Krauch, und 22 Vorstandsmitglieder, Direktoren sowie leitende Angestellte der I. G. Farbenindustrie wegen Verbrechen gegen den Frieden, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Mitgliedschaft in einer verbrecherischen Organisation (Fall 6).
Den Angeklagten wurde im Wesentlichen vorgeworfen, mit Hitler und der militärischen Führung an der Planung und dem Aufbau der Wehrmacht zur Führung eines Angriffskrieges teil-

genommen und sich hierzu verschworen, Pläne für die "Aufsaugung" der ehemaligen Industrien in den von Deutschland zu überfallenden Ländern entwickelt, sie nach der Eroberung der Gebiete verwirklicht und Kriegsgefangene, Fremdarbeiter sowie KZ-Häftlinge für ihre Zwekke ausgebeutet zu haben. Drei Angeklagte wurden ferner beschuldigt, Angehörige der SS gewesen zu sein.
Der Prozeß begann im August 47. Am 30.7.48 verurteilte das Gericht 13 Angeklagte zu Freiheitsstrafen von 18 Monaten bis zu sechs Jahren. Zehn Angeklagte wurden freigesprochen. Da die Untersuchungshaft angerechnet wurde, sind zwei Verurteilte sofort entlassen worden. Fünf Verurteilte hatten weniger als ein Jahr zu verbüßen. Die Restlichen wurden wegen guter Führung vorzeitig entlassen.<<

31.07.1948

WBZ: Der "Rheinische Merkur" berichtet am 31. Juli 1948 über den "Staat im Werden" (x112/561): >>... Wir halten es für eine notwendige und bleibende Korrektur unserer Geschichte, daß das politische Schwergewicht wieder zum Westen zurückgekehrt ist, wohin es nach der geistigen Tradition unserer Länder, nach ihrer Bevölkerungsdichte, nach ihrem wirtschaftlichen Entwicklungsstand gehört.<<

Walter Müller-Bringmann berichtet über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/76): >>31. Juli 1948. Über 1.000 Kriegsgefangene und 400 Frauen kamen heute zurück.
Frauen in den besten Jahren, die irgendwo gefangengenommen wurden. Es ist rührend zu sehen, wie sie im Lager versuchen, sich wieder herzurichten, sich Kamm und Spiegel erbitten, die Haare waschen, sich wieder wie Frauen zurechtmachen. ...
Welche Schicksale offenbaren sich hier. Welche Wege mußten diese Mädchen und Frauen gehen. "Ach", sagte eine, "wenn es doch nur keinen Krieg wieder geben würde." Und doch ist noch immer kein Frieden auf der Welt. Trotz aller Beteuerungen. Und überall gibt es bereits wieder Frauen in Uniform. ...
... Ich fürchte, daß auch die nächsten Kriegsanstifter nicht auf die Hilfe der Frauen verzichten werden. Man wird sie wieder genauso zu Mägden des Todes pressen, wie ihre Geschlechtsgenossinnen, die heute ihren Entlassungsschein erhielten.
Entlassen in die Heimat oder auch in die Fremde. Denn für viele von ihnen ist Westdeutschland nicht die Heimat. Sondern hierher sind nur ihre Eltern oder ihre Männer oder ihre Verwandten transportiert worden. Um vielleicht eine neue Heimat zu finden.<<

Großbritannien: Die "United-Press" berichtet am 31. Juli 1948 über die Urteile im Nürnberger "Krupp-Prozeß" (x043/429): >>Das amerikanische Kriegsverbrecher-Tribunal hat heute die Firma ... Krupp, vertreten durch Alfried Krupp von Bohlen und Halbach, und 11 ihrer leitenden Direktoren, der Mißhandlung von Sklavenarbeitern in ihren Rüstungsbetrieben sowie der Plünderung und Ausraubung der Industrien in den besetzten Ländern für schuldig befunden. ...<<

Der deutsche Oberstaatsanwalt Alfred Streim (1932-1996) schreibt später über den "Krupp-Prozeß" (x051/336): >>Krupp-Prozeß, Verfahren des Militärgerichtshofs III der USA 1947/48 in Nürnberg gegen A. Krupp von Bohlen und Halbach und 19 leitende Mitarbeiter der Krupp-Werke wegen Verbrechen gegen den Frieden und Verbrechen gegen die Menschlichkeit (Fall 10).
Den Angeklagten wurde v.a. vorgeworfen, Angriffskriege geplant und durchgeführt, Eigentum und Hilfsquellen in den besetzten Ländern geplündert sowie Staatsangehörige dieser Gebiete versklavt zu haben.
Im Gegensatz zu den anderen Nürnberger Prozessen war der Krupp-Prozeß mit Spannung geladen: So verließen z.B. alle Verteidiger aus Protest zeitweilig den Verhandlungssaal und wurden wegen Mißachtung des Gerichts zu einer Haftstrafe verurteilt; ein Verteidiger wurde von der weiteren Teilnahme am Prozeß sogar ausgeschlossen. Im Übrigen lehnten es die An-

geklagten ab, vor Gericht als Zeugen in eigener Sache auszusagen.
Unter Freisprechung vom Vorwurf, Angriffskriege geplant oder durchgeführt zu haben, und zum Teil auch von anderen Anklagepunkten wurden die Angeklagten am 31.7.48 zu Freiheitsstrafen zwischen zwei Jahren zehn Monaten und zwölf Jahren (Krupp) verurteilt. Bei Krupp wurde zusätzlich die Einziehung des Vermögens angeordnet. Ein Angeklagter wurde freigesprochen.
Durch Gnadenerlaß des US-Hochkommissars McCloy am 31.1.51 wurden alle Verurteilten, die ihre Strafe noch nicht verbüßt hatten, begnadigt und die Vermögenseinziehung Krupps aufgehoben.<<

Juli 1948

WBZ: Im Juli 1948 erklärt Walter von Cube (1906-1984, seit 1947 freier Kommentator des Radios München) in einem Rundfunkkommentar, daß die Deutschen eines Tages an ihrer Humanität sterben werden, falls sie neue Brücken nach dem Osten bauen.

01.08.1948

Jugoslawien: Lebensverhältnisse der Volksdeutschen im Banat – Erlebnisbericht der Korrespondentin Wilhelmine S. (x006/618-619): >>Jene Landsleute, ... deren Heimatgemeinden und Städte von Bosniern besiedelt waren, konnten natürlich nicht mehr dorthin entlassen werden, sondern wurden als "halbfreie" landwirtschaftliche Arbeiter" auf die staatlichen Güter geschickt und dort zwangsverpflichtet.
Als Wohnungen wurden ihnen Baracken zugewiesen und mit ihrem Arbeitslohn mußten sie sich selbst mittels Lebensmittelkarten versorgen, die ihnen als Arbeiter zugeteilt wurden. Arbeitende und Kinder bekamen die Lebensmittel, wie Fett, Mehl und Zucker regelmäßig zugeteilt. Jene Frauen, die zu Hause die Hausarbeiten besorgten, für ihre arbeitenden Familienmitglieder kochten und die wenige Wäsche reinigten und ausbesserten, die bekamen zumeist wenig oder gar nichts zu essen, besonders kein Fleisch und kein Fett.
Sie hatten die sog. "K-Karten", die fast nichts wert waren. Die Arbeitenden bekamen "R-Karten" und damit die entsprechenden Lebensmittelzuteilungen. Da die K-Karten-Besitzer nicht verhungern wollten, blühte überall der Schwarzhandel. Die Bosnier, die bereits die Felder und Häuser der Deutschen vom jugoslawischen Staat erhalten hatten, profitierten besonders an diesem Mangel, denn ihnen mußten die geforderten Wucherpreise für Zucker und Fett bezahlt werden.
In den Städten war es ebenso. Alle aus den Lagern entlassenen Frauen, die nicht mehr in den staatlichen Betrieben arbeiten konnten, bekamen nur "K-Karten", so daß ihre arbeitenden Angehörigen die Wucherpreise zahlen mußten, um sie am Leben erhalten zu können. Textilkarten erhielten eigentlich nur arbeitsfähige Deutsche mit "R-Karten". Weil jeder, der aus dem Lager kam, vollkommen abgerissen war, wurden für minderwertige Waren Wucherpreise verlangt. Da alle Geschäfte, überhaupt alles verstaatlicht war, floß das Geld wieder dem Staate zu. Die Menschen, die in den Betrieben zu immer größeren Leistungen angetrieben wurden, mühten und plagten sich nur, um das nackte Leben zu erhalten.
Diejenigen, die von ihren Angehörigen aus dem Ausland Pakete bekamen, waren glücklich. Sie mußten dem Staat aber auch Tribut leisten, denn sie beklagten sich oft, daß manche Sachen fehlten oder daß man beim Zoll und der Post teure ausländische Kleidungsstücke gegen minderwertige Inlandsware ausgetauscht hatte.
Falls sich jemand bei den Behörden beklagte, wurde er nicht selten mit Gefängnishaft bedroht und mußte seine Beschwerde zurückziehen. Es war überall bekannt, daß die Pakete der ausländischen Hilfsorganisationen von den Lagerkommissionen und Lagerleitungen zu eigenen Zwecken verwendet wurden. Die Tee- und Kaffeesendungen ... wurden z.B. in den Lagerkanzleien in Betschkerek und der Rest von den Lagerkommandanten "beschlagnahmt". Die Armen im Lager bekamen jedenfalls nichts davon. ...<<

Rumänien: Kronstadt in Süd-Siebenbürgen – Erlebnisbericht der H. N. (x007/300-302): >>Es war vorgearbeitet worden. Die Dienstjahre mußten genau angegeben werden und wurden fast ausschließlich anerkannt. Die Lehrer hatten auch früher alle Begünstigungen eines Beamten genossen, wie z.B. 50 % Fahrpreisermäßigung der Staatsbahnen. Nun standen sie ganz in Staatsdiensten und mußten sich dem neuen (kommunistischen) System fügen. ... In der Hitlerzeit hatten sie uns die Schule von der Kirche getrennt, die sie 800 Jahre durch alle Fährnisse geführt und erhalten hatte. Im Sommer 48 wurden die Lehrer ... zum Kurs (Schulung des Lehrkörpers) einberufen und einen Monat lang täglich geschult. Am Schluß wurde eine Prüfung abgelegt.

In der Schule mußten die (deutschen) Lehrer anfangs immer eine Stunde früher, also schon um 7 Uhr da sein, um den Leitartikel des führenden rumänischen Blattes "Scanteia" und einen Abschnitt aus dem Buch der kommunistischen Partei zu lesen. Später erstellten sie zu Hause einen Auszug des Leitartikels in deutscher Sprache und mußten erst um 7.30 Uhr da sein, um diesen Auszug vorzulesen. Die Vorbereitungen für jede Stunde mußten dem Schulleiter vorgelegt werden, und es mußte in jeder Stunde etwas von der kommunistischen Gesinnung zu spüren sein.

Der Religionsunterricht in der Schule wurde sofort verboten. Offiziell war es erlaubt, daß die Kinder zum Pfarrer in den Religionsunterricht gingen; im Geheimen war es den Schulleitern nahegelegt worden, die Kinder durch irgendwelche Veranstaltungen vom Besuch des Religionsunterrichts fernzuhalten. - Auch die Kirchen wurden verstaatlicht. Jede Bank, Bilder, Teppiche usw. wurden inventarisiert. Auf allen Gegenständen klebte ein Zettel mit Stempel und Nummer.

Ich hatte damals schwere Sorgen. Meine Kinder standen beide vor dem Abitur und wollten gerne nachher studieren. Wie ich das machen sollte, wußte ich nicht. Sie wollten gerne zum Vater nach Deutschland, weil sie auf bessere Lebensmöglichkeiten hofften und weil die Zustände immer unerträglicher wurden.

Wir bewohnten 2 große Zimmer, nachdem wir in 3 Jahren viermal hatten umziehen müssen. Die Küche und das Badezimmer hatten wir mit einer rumänischen Familie gemeinsam. Und eine dritte Familie, ein Bahnarbeiter mit Frau und kleinem Kind, wohnte in der früheren Mädchenkammer des Hauses, ging also durch die Küche.

Kam ich zu Mittag aus dem Dienst in unsere Straße und begegneten mir 2-3 Männer mit Aktentaschen unter dem Arm, dann wußte ich, daß das irgend etwas Unerfreuliches zu bedeuten hatte, und mein Herz schlug bis zum Hals. Man kam aus der Angst gar nicht heraus. Wenn ich abends schlafen ging, überlegte ich jedesmal, ob ich mich irgend jemandem gegenüber nicht zu offen oder unüberlegt geäußert hatte und man mich nachts nicht mit dem gefürchteten schwarzen Wagen holen könnte. Wir hatten ja unsere Lehrerversammlungen, Vorträge usw. mit den Rumänen und Ungarn zusammen.

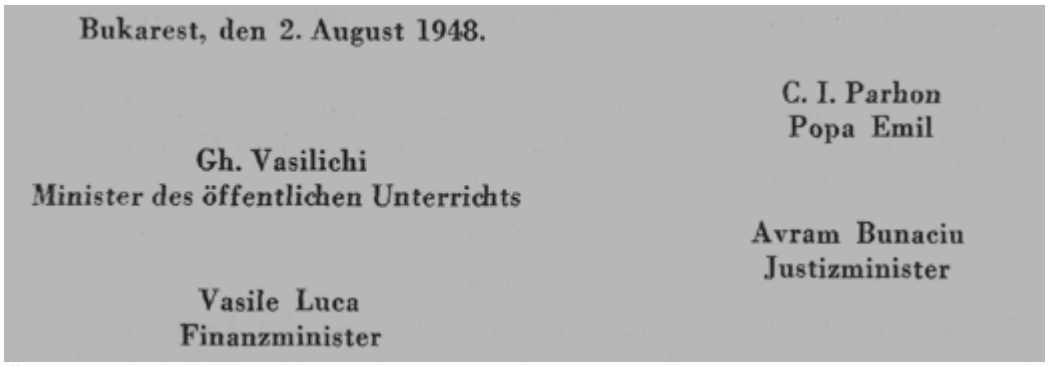
Ich sprach da auch nur mit Bekannten, aber wem konnte man trauen? Es wurden Leute verschiedener Nationalität mit dem bewußten Wagen abgeholt, die dann für immer verschwanden. Von einigen hörte man nach Monaten entweder aus einem Gefängnis oder vom Schwarzmeer-Donaukanal. Das war das Furchtbarste, was einem passieren konnte, weil dort die meisten, so wie in Rußland, zugrunde gingen. Im Gefängnis war man in "bester" Gesellschaft. Trotzdem haben manche die Nerven verloren und Selbstmordversuche gemacht.

Unsere Volksgenossen hatten sich noch enger als früher zusammengeschlossen. ... Das Schicksal jedes einzelnen Sachsen ging uns an und lag uns am Herzen.<<

02.08.1948

Rumänien: Die Regierung beschließt am 2. August 1948 ein Gesetz über die Verstaatlichung der Kirchen-, Kongregations-, Gemeinschafts- oder Privatgüter, die zum Betrieb und zum Unterhalt von allgemeinen, technischen und gewerblichen Erziehungsanstalten dienen (x007/-

176E-177E): >>**Das Dekret über die Verstaatlichung der Schulvermögen.**
Dekret Nr. 176/1948 über die Verstaatlichung der Kirchen-, Kongregations-, Gemeinschafts- oder Privatgüter, die zum Betrieb und zum Unterhalt von allgemeinen, technischen und gewerblichen Erziehungsanstalten dienten.
Artikel I.
Zum Zwecke guter Einrichtung und Wirksamkeit des öffentlichen staatlichen Unterrichts und zur Verbreiterung und Demokratisierung des Unterrichts werden sämtliche beweglichen und unbeweglichen Güter, die Kirchen, Kongregationen, religiösen Gemeinschaften, Privatvereinen, mit und ohne lukrativen Zweck, und - ganz allgemein - natürlichen oder juristischen Privatpersonen gehört haben und dem Betrieb der gemäß Artikel 35 des Gesetzes über den öffentlichen Staatsunterricht abgelösten Unterrichtsschulen dienten, in das Staatseigentum übergeführt und dem Ministerium für Öffentlichen Unterricht unterstellt, das sie für die Bedürfnisse des Unterrichts verwenden wird.
Die unbeweglichen Güter, die unter die Voraussetzungen des vorhergehenden Absatzes fallen, sind in der beigefügten Liste aufgeführt, die Bestandteil dieses Gesetzes ist.
Die beweglichen Güter jeder Art werden durch vom Ministerium für Öffentlichen Unterricht ernannte Beauftragte im Inventarverfahren übernommen.
Als bewegliche und unbewegliche Güter, die unter die Voraussetzungen dieses Artikels fallen, sind alle diejenigen Güter anzusehen, die dem Betrieb, dem Unterhalt oder der Unterstützung von Schulen, Internaten, Heimen und Kantinen zum Zeitpunkt des 1. Januar 1948 dienten, wie auch diejenigen, die zu diesem Zweck später erworben wurden.
Artikel II.
Unter die Voraussetzungen des vorhergehenden Artikels fallen, auch wenn sie in der beigefügten Liste nicht enthalten sind, alle Gebäude mit ihrem gesamten Inventar, die dem Betrieb von Unterrichtsschulen gedient haben, einschließlich derjenigen, die für Wohnungen des Lehrkörpers oder des Verwaltungspersonals benutzt wurden und für Internate, Heime und Kantinen für Schüler oder Studenten aller Schularten bestimmt waren.
Unter die Voraussetzungen des vorhergehenden Artikels fallen ebenfalls die Beteiligungsanteile der für Unterhalt oder Unterstützung von Unterrichtsschulen bestimmten Fonds und von Farmen oder sonstigen Unternehmen, die dem Unterhalt und dem Betrieb von Schulen, Internaten, Heimen, Kantinen oder dem Lehr- bzw. Verwaltungspersonal gedient haben.
Artikel III.
Die ausschließlich für kultischen Dienst bestimmten Güter werden dem entsprechenden Kultus zurückerstattet.
Artikel IV.
Mit der Veröffentlichung dieses Gesetzes werden sämtliche Vereine aufgelöst, die, mit oder ohne lukrativen Zweck, Einrichtung und Betrieb von privaten Unterrichtsschulen zum Ziel hatten.
Die Güter dieser Vereine gehen in das Eigentum des Staates über, sie werden aber zu dem Zweck benutzt, zu dem sie bestimmt waren.


Bukarest, den 2. August 1948.

C. I. Parhon
Popa Emil

Gh. Vasilichi
Minister des öffentlichen Unterrichts

Avram Bunaciu
Justizminister

Vasile Luca
Finanzminister

Übersetzt aus "Monitorul Oficial", Teil I A, Nr. 177/1948 vom 3. August 1948, S. 6.324 f.<<

03.08.1948

WBZ: Konrad Adenauer berichtet am 3. August 1948 während einer Sitzung des CDU-Zonenausschusses in Recklinghausen über die politische Lage (x112/564): >>... Verhandlungen, die jetzt zwischen den Alliierten und Rußland wahrscheinlich in Gang kommen, lassen erkennen, daß sich die Verhandlungen über die Gesamtheit der deutschen Probleme erstrekken, also auch über die Frage der Bildung Westdeutschlands.

Es ist für die Politiker und Ministerpräsidenten der drei westlichen Besatzungszonen unangenehm und gibt ein unbehagliches Gefühl, daß, nachdem sie erklärt haben, daß sie bereit seien, die nötigen Schritte – die Ihnen bekannt sind – zu tun, sie nun gleichzeitig wahrnehmen müssen, daß der Russe es durchsetzt, daß über diese Fragen neu verhandelt wird.<<

04.08.1948

WBZ: In der "Stuttgarter Zeitung" schreibt der CDU-Politiker Jakob Kaiser (1888-1961) am 4. August 1948 über die Berliner Blockade (x112/565): >>Unverständlich wird den kommenden Generationen auf jeden Fall eines bleiben: Warum konnten sich die maßgeblichen Parteien nicht ein einziges Mal über Gesamtdeutschland hinweg zu gemeinsamen Beratungen zusammenfinden?

Ich bin überzeugt, hätten sie es getan, wir wären heute weiter. Der Wille zur Selbsterkenntnis ist die Voraussetzung für jede aufbauende Politik.

Sagen wir es deshalb ehrlich: Der Einheitswille im Westen war lange Zeit eine recht flaue Angelegenheit. ...<<

06.08.1948

SBZ: Der brandenburgische Innenminister Bernhard Bechler (1911-2002) erklärt am 6. August 1948 während einer Tagung (x112/566): >>Je fortschrittlicher wir uns entwickeln, um so schärfer wird der Klassenkampf ...

Es wird behauptet, wir müssen zurück zu einem Rechtsstaat. Dem muß entgegengetreten werden, denn das würde nichts anderes bedeuten, als daß die alte Ordnung wieder neu aufgerichtet werden sollte ...

Wer heute die Frage der Selbstverwaltung zu stark in den Vordergrund rückt, in dem sehen wir rückschrittliche und reaktionäre Kräfte.<<

11.08.1948

Jugoslawien: Verhältnisse im "Altersheim" Karlsdorf – Erlebnisbericht des Pfarrers Kornelius W. (x006/609-611): >>Unserem "Schuster-Direktor", Herrn L. Bulatovic, arbeiteten wir immer zu wenig. Bulatovic war früher als Schuhmacher in der Irrenanstalt in Kubin beschäftigt; nach der Errichtung des Internierungslagers für Deutsche in Karlsdorf wurde er dort Lagerkommandant, später Direktor des Altersheimes. Er war ewig unzufrieden, und ich mußte so manches "Donnerwetter" über mich ergehen lassen. Zum Glück verstand ich nicht alles, da meine serbischen Kenntnisse recht mangelhaft waren. Wir ließen den "Allgewaltigen" reden und toben und störten uns nicht viel daran. Wir fühlten uns hier schon als - wenigstens halb-

wegs - freie Menschen.
In Karlsdorf erhielten wir den Auftrag, aus einer kleinen Baracke ein Krankenhaus herzustellen. Es war eine schwere Arbeit. Wir mußten Zimmerdecken einziehen und auch die Wände wohngerecht herrichten. Unter der Last dieser harten Arbeit haben unsere wenigen, noch halbwegs einsatzfähigen Männer oft geseufzt oder auch auf mich geschimpft. Aber der "Schuster-Direktor" ließ nicht locker. Und schließlich hatten wir auch das geschafft.
In 10 kleinen Räumen waren fast 60 Betten aufgestellt, die in Kürze von unseren kränklichen Alten belegt waren. Oft waren für ein "bald frei werdendes Bett" schon 3-4 Kranke vorgemerkt! Wir hatten auch eine Ambulanz und einen Apothekenraum eingerichtet. In der Apotheke hatten wir schon wesentlich mehr Arzneien als seinerzeit in den Handapotheken der Lager. Schwester "Frieda" sorgte dafür, daß die Kranken regelmäßig ihre Pillen und Spritzen bekamen.
Auch den Hof zwischen den einzelnen Baracken hatten wir mit mächtigen Steinen auszulegen. Diese Pflasterarbeiten währten auch geraume Wochen hindurch. Eine Arbeit muß ich hier noch erwähnen, die unseren Leuten Freude bereitete: das Abreißen des Stacheldrahtes! In den ersten Nachkriegsjahren war hier in Karlsdorf ein Kriegsgefangenenlager bzw. ein Offizierslager. Hauptsächlich höhere deutsche Offiziere wurden hier festgehalten. Das ganze Lager war mit einem 3 m hohen Stacheldraht umgeben. Diesen Stacheldraht "durften" wir nun umlegen. Das bereitete Freude, obwohl es oft eine mißliche Arbeit war. Als wir sie getan hatten, fühlten wir uns als "Freie". Erstmals lebten wir wieder "frei", ohne Stacheldraht!
Aber unseren Alten war es trotzdem nicht gestattet, so ohne weiteres in die Gemeinde zu gehen. Wir hatten 2 Torwächter, 2 alte Pfarrherren versahen dieses Amt. Die durften nur die Arbeitskolonnen und solche "Einzelgänger" hinauslassen, die einen Erlaubnisschein hatten. Zuerst mußten die "Passierscheine" noch die Unterschrift des Direktors tragen und regelrecht in der Kanzlei ausgestellt werden.
Später genügte ein einfaches Stück Papier, und sogar meine Unterschrift genügte. Ja, in den letzten Tagen meines Aufenthaltes hatten wir es schon so weit gebracht, daß ich mich z.B. an Markttagen ans Tor stellte und die alten Leutchen hinausließ. ...
Wir hatten da einen Alten, der eigentlich körperlich "noch gut beisammen" war. Dieser Alte war aber nie und nimmer geneigt, innerhalb des Hauses etwas zu tun. Von ihm verlautete, er mache draußen in der Gemeinde seine "schwarzen Geschäfte". Welcher Art die Geschäfte waren, wußte man nicht. Mit diesem Alten hatte ich dann oft meine liebe Not. Bulatovic hatte befohlen: "Dieser renitente Alte darf nicht hinaus!" Auch die arbeitsfreudigen Heiminsassen sahen es nicht gern, wenn ich diesen Alten hinausließ, aber dieser alte Mann war ja kaum zurückzuhalten. Immer wieder "entwischte" er uns; und ich erhielt hernach meinen "Ausputzer", besonders dann, wenn ihn der Allgewaltige auf dem Markt oder sonstwo sah. –
Es war beim besten Willen, hier oft recht schwer, recht zu tun. ... <<
SBZ: Der 18jährige Hubert P. berichtet über seine Internierung im sowjetischen Lager Sachsenhausen in der Stadt Oranienburg (x126/104-105): >>... Auf eines ... warteten wir vergeblich: daß uns jemand sagte, warum wir Monat um Monat unter diesen unwürdigen Bedingungen vegetieren mußten und worin unsere Schuld bestand.
Ich hatte mich inzwischen mit meinem Los abgefunden. Von uns besaß nach zwei Jahren kaum noch jemand Hoffnung, entlassen zu werden. Wir lebten wie auf einem anderen Stern, verloren für die übrige Welt.
Völlig überraschend rief man mich am 11. August 1948 zur Lagerkommandantur. Dort mußte ich eine Verpflichtung unterschreiben, keinem Menschen von den Umständen meiner Haft zu erzählen, und bekam 20 Mark Entlassungsgeld.
Offiziell hatte ich mich als "Heimkehrer" zu bezeichnen.<<

17.08.1948

WBZ: Der SPD-Politiker Erwin Schoettle (1899-1976) kritisiert am 17. August 1948 während der Vollversammlung des VWG-Wirtschaftsrates den Direktor der Verwaltung für Wirtschaft, Ludwig Erhard (x112/571-572): >>Es ist bekannt, daß wir zu Herrn Prof. Dr. Erhard und seiner Wirtschaftspolitik von Anfang an kein Vertrauen gehabt haben.

Wir haben das oft in diesem Hause erklärt, und in den Debatten über die Leitsätze der Wirtschaftspolitik für die Zeit nach der Währungsreform ... mit aller Schärfe vor dem Tempo gewarnt, das der Herr Direktor der Verwaltung für Wirtschaft mit der Aufhebung der Bewirtschaftungsvorschriften und der Preisbindung offenbar einzuschlagen beabsichtigte. ...

Jedenfalls ist es heute so, daß in unseren Zonen große Teile der Bevölkerung ... schon nicht mehr in der Lage sind, besonders die Menschen in den niedrigen Einkommensklassen, sich die unentbehrlichen Lebensmittel und Gegenstände des täglichen Bedarf zu kaufen.

Ich gebe Ihnen nur ein ganz kleines Beispiel. ... Ein Durchschnittsarbeiter-Einkommen beträgt rund 36,- DM pro Woche. Ein blauer Arbeitsanzug, der im Jahre 1938 zwischen 8,- und 9,- RM und vor der Währungsreform etwa 17,- oder 18,- RM gekostet hat, kostet heute rund 40,- DM! Das ist die wahre Situation! ...

(Erhard antwortet daraufhin:) Ich nehme für mich in Anspruch, nichts anderes zu wollen und nichts anderes zu erstreben, als durch eine soziale Marktwirtschaft ein Maximum an Lebensmöglichkeit und ein Maximum an Lebenssicherung für unser Volk sicherzustellen. Und keine Verleumdung und keine Intrige kann mich in meiner Arbeit davon abhalten, weil ich nicht vergessen habe, streng an dieser Linie festzuhalten. ...<<

21.08.1948

Berlin: Nach Auseinandersetzungen mit sowjetischen Soldaten werden am 21. August 1948 die Sektorengrenzen am Potsdamer Platz durch Stacheldrahtsperren gesichert.

24.08.1948

WBZ: Der für die Erstellung von Richtlinien für ein "Grundgesetz" betraute Sachverständigen-Ausschuß überreicht am 24. August 1948 einen kommentierten Verfassungsentwurf (x063/630): >>(Nach Auffassung der meisten Sachverständigen) ... ist das Deutsche Reich als Staat und Rechtssubjekt nicht untergegangen, sondern lediglich desorganisiert und seiner Geschäftsfähigkeit beraubt worden.

Es kann sich also nicht darum handeln, Deutschland staatlich neu zu konstituieren, sondern ausschließlich darum, es – wenn auch unter Beschränkung auf seine westlichen Gebiete – provisorisch neu zu organisieren, wie etwa Frankreich durch die Verfassung der Vierten Republik nicht neu konstituiert, sondern nur neu organisiert worden ist. ...

(Artikel 23 des Entwurfs bestimmte bereits:) Der Bund führt die schwarz-rot-goldene Flagge der Deutschen Republik. ... Die Flagge des Bundes kann nur Farben führen, die in der gesamtdeutschen Tradition begründet sind. Für die Wahl der Farben Schwarz-Rot-Gold war entscheidend, daß diese Farben im alten Reichsschild geführt wurden und auch seit Beginn einer deutschen Einheits- und Freiheitsbewegung allgemein als Embleme der Deutschen Republik gegolten haben.<<

25.08.1948

Ostdeutschland: Gefängnis in Fordon bei Bromberg, Westpreußen – Erlebnisbericht der E. S. (x002/476): >>Sie brauchten wieder einen zuverlässigen Menschen, der darüber hinaus ... beruhigend auf die Patienten einwirkte.

Man übertrug mir die Pflege einer schwerkranken deutschen Frau, die nicht mehr lange zu leben hatte. Außerdem mußte ich bei einer polnischen Mörderin Wache halten, die Selbstmordversuche durch Erhängen gemacht hatte und das Essen verweigerte. Sie wurde künstlich ernährt.

Ich war schon durch meine tägliche Arbeit reichlich erschöpft. Die schwache Ernährung - nur

trockenes Brot und dünne Wassersuppe - gab nur wenig Kraft. Dazu kam noch die Mehrbelastung durch die Versorgung der Frauen und das unruhige Schlafen bei Licht sowie die ständige Beobachtung von seiten der Nachtwache. ...<<

26.08.1948

Berlin: Nach einem weiteren Versuch von SED-Demonstranten, eine Sitzung der Berliner Stadtverordnetenversammlung gewaltsam zu sprengen, erklärt der SPD-Politiker Ernst Reuter (1889-1953, seit 1948 Oberbürgermeister von West-Berlin) am 26. August 1948 während einer Kundgebung vor dem Reichstagsgebäude (x112/576): >>Wir wissen, daß eine grausame, brutale, rücksichtslose, aggressive, imperialistische Macht den Willen hat, uns in die Knie zu zwingen, und ich wiederhole: wir haben nein gesagt, wir werden wieder nein sagen, und wir werden nein sagen, solange ein Atemzug in uns lebendig ist ...

Dieser unser Kampf um Berlin, er ist ein Kampf nicht nur um Berlin, er ist ein Kampf um Europa, und auf uns, auf das Schaufenster der demokratischen Freiheit, schauen die Völker auch im Osten.<<

28.08.1948

WBZ: Auf dem 2. CDU-Parteitag in Recklinghausen hält Konrad Adenauer am 28. August 1948 eine Grundsatzrede zum Thema "Eine Hoffnung für Europa" (x112/577): >>Wir wollen von den geistigen Grundlagen aus, die das abendländische Christentum im Laufe vieler Jahrhunderte geschaffen hat, in Deutschland das politische Leben neu gestalten – und nicht nur in Deutschland, sondern auch in Europa und in der Welt. Deswegen nennen wir uns Christlich-Demokratische Union, nicht etwa, um damit zu sagen, daß in anderen Parteien keine Christen seien; das liegt uns völlig fern. ...

Die persönliche Freiheit ist und bleibt das höchste Gut des Menschen! Wenn wir uns wenden gegen die Diktatur als dem Feind der Freiheit, wenn wir dagegen sind, daß das Kapital der Freiheit des einzelnen in der Wirtschaft und damit auch in der Politik erdrückt wird, wenn wir uns dagegen wenden, daß der Staat eine zu große Macht bekommt und damit ein Feind des einzelnen wird, so wenden wir uns und werden uns auch in Zukunft wenden gegen den Kollektivismus in irgendwelcher Form, weil er genauso ein Feind der persönlichen Freiheit ist wie jene.

Dieser wesentliche Satz des abendländischen Christentums vom Wert und der Würde eines jeden einzelnen Menschen, von der Freiheit der Person ist eine der Hauptthesen unserer politischen Arbeit. ...

Nur, wenn alle Kräfte, die auf dem gleichen Boden stehen wie wir, wenn alle politischen Kräfte in ganz Europa sich zusammentun, wird es möglich sein, nicht nur Deutschland, sondern Europa überhaupt zu retten. ...

Eine Hoffnung ist uns neu gekommen für Europa, und das ist der Gedanke an die europäische Union, an das vereinigte Europa. ... Ich ... erblicke in der Herstellung eines dauernden, guten nachbarlichen Verhältnisses zwischen Deutschland und seinen westlichen Nachbarn, den Benelux-Staaten und Frankreich, die erste und vornehmste Aufgabe einer kommenden deutschen Außenpolitik. ...

Ich bin der festen Überzeugung, daß wir nur dann den Osten wieder mit dem Westen zu einer Einheit verbinden können und werden, wenn wir wenigstens zunächst den Westen politisch und wirtschaftlich wieder erstarken lassen.

Daß wir den Anspruch auf den Osten Deutschlands niemals aufgeben werden, das können und müssen wir immer und immer wieder mit allem Ernst und allem Nachdruck erklären. So bitte ich namentlich auch die aus dem Osten Vertriebenen, davon Kenntnis zu nehmen, daß wir den Anspruch auf die Rückgabe ihrer Heimat als ein göttliches Recht niemals preisgeben werden. ...<<

Ludwig Erhard erklärt am 28. August 1948 während des 2. CDU-Parteitages in Recklinghau-

sen die Grundsätze seiner Wirtschaftspolitik (x112/577): >>Mit der wirtschaftspolitischen Wendung von der Zwangswirtschaft hin zur Marktwirtschaft haben wir mehr getan, als nur eine engere wirtschaftliche Maßnahme in die Wege geleitet; wir haben damit unser gesellschaftwirtschaftliches und soziales Leben auf eine neue Grundlage und vor einen neuen Anfang gestellt ...
Nicht die freie Marktwirtschaft des liberalistischen Freibeutertums einer vergangenen Ära, auch nicht das freie Spiel der Kräfte der gleichen Phrasen, mit dem man hausieren geht, sondern die sozialverpflichtete Marktwirtschaft, die das einzelne Individuum wieder zur Geltung kommen läßt, die den Wert der Persönlichkeit obenan stellt, der gerechten Leistung dann aber auch den verdienten Ertrag zugute kommen läßt, das ist die Marktwirtschaft moderner Prägung. ...<<
Jakob Kaiser fordert die Delegierten des 2. CDU-Parteitages auf, Berlin weiterhin zu unterstützen (x112/577-578): >>In Berlin spielt sich ein Weltdrama ab! ...
Welche Entscheidungen auch immer in Moskau fallen mögen, es bleibt Deutschland aufgegeben, klare Stellung gegen jeden Sowjetregierungsversuch in unserem Lande zu beziehen. Es bleibt unserem Volke aufgegeben, Berlin und die Ostzone mit aller Kraft, die uns gegeben ist, zu unterstützen, wo immer sich marxistisch-leninistischer Einfluß bemerkbar macht. ...<<

30.08.1948

WBZ: Der Flüchtlingsausschuß des Wirtschaftsrates gibt am 30. August 1948 folgende Flüchtlings- und Vertriebenenzahlen bekannt (x112/579): >>2,3 Millionen Ostpreußen, 0,6 Millionen Danziger, 3,1 Millionen Niederschlesier, 3,4 Millionen Oberschlesier, 0,9 Millionen Brandenburger, 1,0 Millionen Pommern, 0,3 Millionen Westpreußen, 1,0 Millionen Posener, 1,0 Millionen aus dem Warthegau, 3 Millionen Sudetendeutsche, 1,5 Millionen Deutsche aus Ungarn, Jugoslawien und Rumänien.
Insgesamt werden 18,1 Millionen (Flüchtlinge und) Vertriebene verzeichnet, es sind nach Angaben des Flüchtlingsausschusses 11 Millionen in die drei Westzonen gelangt.<<

31.08.1948

Jugoslawien: Staatsgut "Pantschowaer Ried" im Banat – Erlebnisbericht des Arztes Dr. K. F. (x006/594-596): >>Wenn man im Hochsommer des Jahres 1948 bei brennender hoher Südsonne in dem weiten Ried fuhr, war der Acker fast leer, nur hier und da sah man bunte kleine Gruppen von Arbeiterinnen. ...
Es waren Volksdeutsche - Frauen und Mädchen -, die weiblichen Pioniere der Kolchosen, unter Aufsicht und Leitung eines Brigadiers, der meistens kaum lesen und schreiben konnte. Es waren Frauen, die sich daran gewöhnt hatten, 60-80 kg schwere Säcke auf der Schulter zu tragen.
Die Vertriebenen arbeiteten fleißig, um sich wieder Kleider besorgen zu können. Langsam lockerten sich die Fesseln. Nach Jahren kamen einige zu einem eigenen Wohnzimmer oder einer Kollektivwohnung in einem Wohnhaus. Langsam besserten sich auch die hygienischen Verhältnisse. Man versuchte, den Deutschen die Staatsbürgerschaft mit Versprechungen aufzuzwingen, daß sie sich dann frei bewegen und reisen könnten.
Die Männer und Frauen über 55 Jahre waren nach 2- bis 3jähriger Arbeitszeit zu 80 % arbeitsunfähig geworden. Da viele früher selbständige Unternehmen geleitet hatten, waren sie kein Mitglied einer Krankenkasse und daher auch nicht berechtigt, eine Rente zu beziehen. (Sie wurden) gemäß ihrer jetzigen Arbeit mit einer einmaligen Abfertigung (Abfindung) ihrem weiteren Schicksal überlassen.
Zur Erreichung der Invalidenrente benötigte man 10 Jahre Arbeitszeit und für die Altersrente mindestens 15 Jahre. ... Wurde aber festgestellt, daß der Pensionsberechtigte bei der deutschen Wehrmacht oder bei einer anderen deutschen Formation Waffendienst geleistet hatte, bekam er nur eine einmalige Abfindung von 60.000 bis 80.000 Dinar, die in 12 Raten ausgezahlt

wurde. ...<<

Berlin: In einem Memorandum der französischen Militärmission schlägt man den Siegermächten am 31. August 1948 vor, die Massenauswanderung von 8 Millionen Deutschen (weitgehend eigentumslose Vertriebene) nach Übersee zu ermöglichen (x153/53).

01.09.1948

SBZ/Ostpreußen: Kreis Samland – Erlebnisbericht der F. M. (x002/162): >>Im September 1948 war es dann soweit, und wir fuhren mit Lastwagen bis Ragnit.

Nach 3 Tagen Wartezeit wurden wir in offenen Waggons und Viehwagen über Labiau nach Königsberg geschafft. Dort wurde nochmals alles untersucht. Alle Briefe und Papiere, Schmucksachen wurden fortgenommen. Dann wurden wir in geschlossene Waggons geladen. ... So sind wir zum letzten Mal aus unserer Heimat gefahren.<<

WBZ: Konrad Adenauer erklärt am 1. September 1948 während seiner Antrittsrede als Präsident des Parlamentarischen Rates (x156/61): >>... Und nun lassen Sie mich einige Worte über Wirken und Aufgabe des Parlamentarischen Rates sagen.

Er ist ins Leben gerufen durch einen Akt der Militär-Gouverneure der 3 Westzonen, durch einen Akt, wie er in dem Dokument niedergelegt ist, das den Ministerpräsidenten der 3 Westzonen am 1. Juli dieses Jahres übergeben wurde. ...

Der Parlamentarische Rat beginnt seine Tätigkeit – wir haben es heute morgen bei der Feier im Museum König gehört, und wir wissen es ja alle - in einer Zeit der völligen Ungewißheit über Deutschlands Zukunft.

Ja, auch die Zukunft Europas und der Welt ist dunkel und unsicher, und Deutschland selbst ist politisch ohnmächtig. Es ist in zwei Teile geteilt.

Wir Vertreter des Parlamentarischen Rates hier in diesem Saale ... vertreten 46 Millionen Deutsche.

Meine Damen und Herren!

Das Dasein des Parlamentarischen Rates selbst ist, wie ich eingangs sagte, zurückzuführen auf einen Entschluß eines Teiles der Siegermächte.

Für jeden von uns war es eine schwere Entscheidung, ob er sich bei dem heutigen Zustand Deutschlands, bei der mangelnden Souveränität auch dieses Teiles Deutschlands zur Mitarbeit zur Verfügung stellen dürfe und solle. ...

Wir gehen an unsere Arbeit in der festen und unerschütterlichen Absicht, auf diesem Wege wieder zur Einheit von ganz Deutschland, der Einheit, die unser Ziel ist und unser Ziel bleibt, zu gelangen.

Welche Ergebnisse unsere Arbeit für ganz Deutschland haben wird, das hängt von Faktoren ab, auf die wir nicht einwirken können.

Trotzdem wollen wir die historische Aufgabe, die uns gestellt ist – und es ist in Wahrheit nach diesem Zusammenbruch des Jahres 1945 eine historische Stunde und eine historische Aufgabe -, unter Gottes Schutz und dem ganzen Ernst und mit dem ganzen Pflichtgefühl zu lösen versuchen, die die Größe dieser Aufgabe von uns verlangt. <<

Ein Sozialdemokrat berichtet damals über Adenauers Wahl zum Präsidenten des Parlamentarischen Rates (x112/582): >>Den Adenauer haben wir zum Präsidenten gemacht, um diesen unbequemen alten Nörgler auf einem Ehrenplatz kaltzustellen. ...<<

Der SPD-Politiker Carlo Schmid (1896-1979) schreibt später über die Eröffnung des Parlamentarischen Rates im Alexander-König-Museum in Bonn (x112/582): >>... Wohl kaum hat je ein Staatsakt, der eine neue Phase der Geschichte eines großen Volkes einleiten sollte, in so skurriler Umgebung stattgefunden.

In der Halle dieses in mächtigen Quadern hochgeführten Gebäudes standen wir unter den Länderfahnen – rings umgeben von ausgestopftem Getier aus aller Welt. Unter den Bären, Schimpansen, Gorillas u.a. Exemplaren exotischer Tierwelt kamen wir uns ein wenig verloren

vor.
Die bizarre Umgebung ließ trotz der Beethovenschen Musik, mit der die Feier eröffnet und beschlossen wurde, keine rechte Feierlichkeit aufkommen; gleichgültig jedoch war keinem von uns zumute.<<
In der britischen und nordamerikanischen Besatzungszone werden im September 1948 täglich 1.846 Kalorien zugeteilt.

05.09.1948

SBZ/Ostpreußen: Palmnicken in Ostpreußen – Erlebnisbericht der Hella B. (x002/143-145): >>Ich habe von Juli 1945 bis zum September 1948 in der Bernsteinfabrik in Palmnicken (Samland) arbeiten müssen. Die Arbeitszeit betrug 8 Stunden. ... Da ich bereits vorher dort gearbeitet hatte, wurde ich als "Spezialistin" eingestuft. ...
Die Lebensmittelversorgung war bis 1947 sehr gering, so daß wir uns nur mit Mühe am Leben halten konnten. Wir 30 Spezialisten arbeiteten im Kombinat Nr. 9. ... Die Russen verstanden nichts von unserer Arbeit. Es gelang uns, günstige Akkordsätze zu vereinbaren, so daß wir monatlich 1.200 Rubel verdienten. Dieser Verdienst war z.B. um 200 Rubel höher als das Einkommen eines russischen Ingenieurs, Kapitäns oder Majors.
Bis zu meiner Ausweisung wurde lediglich das vorhandene Vorratsmaterial verarbeitet. Die Instandsetzung des Bernstein-Tagebaues wurde lange vernachlässigt. Bei der Bernsteinsuche stellten sich manche Russen so ungeschickt an, daß sie keinen ganzen Stein zu Tage brachten, und das geförderte Material lediglich zu Bernsteinlack oder Bernsteinöl verarbeitet werden konnte. ...
Die Leiter des Bernsteinwerks wechselten öfter, weil jeder geschoben hat. ... Seit 1946 tröstete uns der Russe, daß wir bald heim könnten. ... Wir Spezialisten sollten dann noch russische Frauen - meist Strafgefangene - anlernen und dann auch wegkommen.
Das verzögerte sich bis September 1948. Was wir besaßen, durften wir mitnehmen. Damals wurden ausschließlich nur die vorhandenen riesigen Bernsteinbestände verarbeitet. Uns letzten 20 Deutschen, die ausgewiesen werden sollten, wurde noch der halbe Himmel versprochen, wenn wir ... freiwillig länger geblieben wären. ...<<

08.09.1948

Ostdeutschland: Internierungslager Potulice bei Nakel, Westpreußen – Erlebnisbericht der G. G. (x002/490): >>Nachdem am 8. September 1948 wieder ein Transport fuhr und unsere Zimmerälteste auch mitkam, mußte ich für Ordnung in unserem Zimmer sorgen.
Das war eine schwere Aufgabe. War doch zu dieser Zeit eine neue Kommandantin eingestellt worden, die sehr oft durch alle Zimmer der Baracken ging und die Frauen zum Putzen antrieb. Dann mußte auch immer gemeldet werden, dazu in polnischer Sprache, welches uns sehr schwerfiel.
Im letzten Jahr bekamen wir Lagersachen, auch Wäsche. Auch das Essen wurde in den letzten 2 Jahren etwas besser und reichlicher. In den 2 ersten Jahren unserer Gefangenschaft haben wir oft hungern müssen. Mit 400 g Brot und abends nur Kaffee mußten wir ausreichen. In letzter Zeit gab es dagegen 500 g Brot und dazu abends noch Suppe.<<
WBZ: Der SPD-Abgeordnete Carlo Schmid (1896-1979, Prof. für Völkerrecht, 1949-66 und 1969-72 Bundestagsvizepräsident) erklärt am 8. September 1948 während einer Sitzung im Parlamentarischen Rat (x919/…): >>… Meine Damen und Herren!
Worum handelt es sich denn eigentlich bei dem Geschäft, das wir hier zu bewältigen haben? Was heißt denn: Parlamentarischer Rat? Was heißt denn: Grundgesetz? Wenn in einem souveränen Staat das Volk eine verfassunggebende Nationalversammlung einberuft, ist deren Aufgabe klar und braucht nicht weiter diskutiert zu werden: Sie hat eine Verfassung zu schaffen.
Was heißt aber Verfassung? Eine Verfassung ist die Gesamtentscheidung eines freien Volkes

über die Formen und die Inhalte seiner politischen Existenz. Eine solche Verfassung ist dann die Grundnorm des Staates. Sie bestimmt in letzter Instanz ohne auf einen Dritten zurückgeführt zu werden, die Abgrenzung der Hoheitsverhältnisse auf dem Gebiet und dazu bestimmt sie die Rechte der Individuen und die Grenzen der Staatsgewalt. Nichts steht über ihr, niemand kann sie außer Kraft setzen, niemand kann sie ignorieren.

Eine Verfassung ist nichts anderes als die in Rechtsform gebrachte Selbstverwirklichung der Freiheit eines Volkes. Darin liegt ihr Pathos, und dafür sind die Völker auf die Barrikaden gegangen. Wenn wir in solchen Verhältnissen zu wirken hätten, dann brauchten wir die Frage: worum handelt es sich denn eigentlich? nicht zu stellen. Dieser Begriff einer Verfassung gilt in einer Welt, die demokratisch sein will, die also das Pathos der Demokratie als ihr Lebensgesetz anerkennen will, unabdingbar.

Freilich weiß jeder von uns, daß man Ordnungsgesetze anderer Art auch schon Verfassung genannt hat, zum Beispiel die oktroyierten Verfassungen der Restaurationszeiten, etwa die Charte von 1814. Diese oktroyierten Verfassungen waren zweifellos gelegentlich technisch nicht schlecht, und die Fürsten, die sie gegeben haben, mochten dann und wann durchaus gute Absichten gehabt haben; aber das Volk hat diese Dinge nie als Verfassungen betrachtet, und die Revolutionen von 1830 sind nichts anderes gewesen als der Aufstand der Völker Europas gegen die oktroyierten Verfassungen, die nicht im Wege der Selbstbestimmung der Völker entstanden, sondern auferlegt worden sind.

Es kam in diesen Revolutionen die Erkenntnis zum Ausdruck, daß eine Verfassung in einer demokratischen Welt etwas mehr sein muß als ein bloßes Reglement, als ein bloßes Organisationsstatut. Die Ordnung des Behördenaufbaus, die Ordnung der Staatsfunktionen, die Abgrenzung der Rechte der Individuen und der Obrigkeit sind durchaus vorstellbar und das hat es gegeben - im Bereich der organischen Artikel des absolutistischen Obrigkeitsstaates, ja auch im Bereich der Fremdherrschaft.

Man wird aber da nicht von Verfassungen sprechen, wenn Worte ihren Sinn behalten sollen; denn es fehlt diesen Gebilden der Charakter des keinem fremden Willen unterworfenen Selbstbestimmtseins. Es handelt sich dabei um Organisation und nicht um Konstitution.

Ob eine Organisation von den zu Organisierenden selber vorgenommen wird oder ob sie der Ausfluß eines fremden Willens ist, macht keinen prinzipiellen Unterschied; denn bei Organisationen kommt es wesentlich und ausschließlich darauf an, ob sie gut oder schlecht funktionieren. Bei einer Konstitution aber ist das anders. Dort macht es einen Wesensunterschied, ob sie eigenständig geschehen ist oder ob sie der Ausfluß fremden Willens ist; denn eine Konstitution ist nichts anderes als das Ins-Leben-Treten eines Volkes als politischer Schicksalsträger aus eigenem Willen.

Dies alles gilt auch von der Schaffung eines Staates. Sicher, Staaten können auf die verschiedenste Weise entstehen. Sie können sogar durch äußeren Zwang geschaffen werden. Staat ist aber dann nichts anderes als ein Ausdruck für Herrschaftsapparat, so wie etwa die Staatstheoretiker der Frührenaissance von il stato sprachen. Il stato, das ist einfach der Herrschaftsapparat gewesen, der in organisierter Weise Gewalt über ein Gebiet ausgeübt hat.

Aber es ist ja gerade der große Fortschritt auf den Menschen hin gewesen, den die Demokratie getan hat, daß sie im Staat etwas mehr zu sehen begann als einen bloßen Herrschaftsapparat. Staat ist für sie immer gewesen das In-die-eigene-Hand-nehmen des Schicksals eines Volkes, Ausdruck der Entscheidung eines Volkes zu sich selbst.

Man muß wissen, was man will, wenn man von Staat spricht, ob den bloßen Herrschaftsapparat, der auch einem fremden Gebieter zur Verfügung stehen kann, oder eine lebendige Volkswirklichkeit, eine aus eigenem Willen in sich selber gefügte Demokratie. Ich glaube, daß man in einem demokratischen Zeitalter von einem Staat im legitimen Sinne des Wortes nur sprechen sollte, wo es sich um das Produkt eines frei erfolgten konstitutiven Gesamtaktes eines

souveränen Volkes handelt.
Wo das nicht der Fall ist, wo ein Volk sich unter Fremdherrschaft und unter deren Anerkennung zu organisieren hat, konstituiert es sich nicht - es sei denn gegen die Fremdherrschaft selbst -, sondern es organisiert sich lediglich, vielleicht sehr staatsähnlich, aber nicht als Staat im demokratischen Sinn. Es ist, wenn Sie mir ein Bild aus dem römischen Recht gestatten wollen, so: wie man dort den Freien und den Sklaven und den Freigelassenen kannte, wäre ein in dieser Weise organisiertes Gemeinwesen nicht ein Staat, sondern stünde dem Staat im selben Verhältnis gegenüber wie der Freigelassene dem Freien.
Diese Organisation als staatsähnliches Wesen kann freilich sehr weit gehen. Was aber das Gebilde von echter demokratisch legitimierter Staatlichkeit unterscheidet, ist, daß es im Grunde nichts anderes ist als die Organisationsform einer Modalität der Fremdherrschaft; denn die trotz mangelnder voller Freiheit erfolgende Selbstorganisation setzt die Anerkennung der fremden Gewalt als übergeordneter und legitimierter Gewalt voraus. **Nur wo der Wille des Volkes aus sich selber fließt, nur wo dieser Wille nicht durch Auflagen eingeengt ist durch einen fremden Willen, der Gehorsam fordert und dem Gehorsam geleistet wird, wird Staat im echten demokratischen Sinne des Wortes geboren.**
Wo das nicht der Fall ist, **wo das Volk sich lediglich in Funktion des Willens einer fremden übergeordneten Gewalt organisiert,** sogar unter dem Zwang, gewisse Direktiven dabei befolgen zu müssen, und mit der Auflage, sich sein Werk genehmigen zu lassen, **entsteht lediglich ein Organismus mehr oder weniger administrativen Gepräges.**
Dieser Organismus mag alle normalen, ich möchte sagen, inneren Staatsfunktionen haben; **wenn ihm die Möglichkeit genommen ist,** sich die Formen seiner Wirksamkeit und die Grenzen seiner Entscheidungsgewalt selber zu bestimmen, **fehlt ihm, was den Staat ausmacht,** nämlich die Kompetenz der Kompetenzen im tieferen Sinne des Wortes, das heißt **die letzte Hoheit über sich selbst und damit die Möglichkeit zu letzter Verantwortung.** Das alles hindert nicht, daß dieser Organismus nach innen in höchst wirksamer Weise obrigkeitliche Gewalt auszuüben vermag.
Was ist nun die Lage Deutschlands heute? Am 8. Mai 1945 hat die deutsche Wehrmacht bedingungslos kapituliert. An diesen Akt werden von den verschiedensten Seiten die verschiedensten Wirkungen geknüpft. Wie steht es damit? Die bedingungslose Kapitulation hatte Rechtswirkungen ausschließlich auf militärischem Gebiet.
Die Kapitulationsurkunde, die damals unterzeichnet wurde, hat nicht etwa bedeutet, daß damit das deutsche Volk durch legitimierte Vertreter zum Ausdruck bringen wollte, daß es als Staat nicht mehr existiert, sondern hatte lediglich die Bedeutung, daß den Alliierten das Recht nicht bestritten werden sollte, mit der deutschen Wehrmacht nach Gutdünken zu verfahren. Das ist der Sinn der bedingungslosen Kapitulation und kein anderer.
Manche haben daran andere Rechtsfolgen geknüpft. Sie haben gesagt, auf Grund dieser bedingungslosen Kapitulation sei Deutschland als staatliches Gebilde untergegangen. Sie argumentieren dabei mit dem völkerrechtlichen Begriff der debellatio, der kriegerischen Niederwerfung eines Gegners. Diese Ansicht ist schlechterdings falsch.
Nach Völkerrecht wird ein Staat nicht vernichtet, wenn seine Streitkräfte und er selbst militärisch niedergeworfen sind. Die debellatio vernichtet für sich allein die Staatlichkeit nicht, sie gibt lediglich dem Sieger einen Rechtstitel auf Vernichtung der Staatlichkeit des Niedergeworfenen durch nachträgliche Akte.
Der Sieger muß also von dem Zustand der debellatio Gebrauch machen, wenn die Staatlichkeit des Besiegten vernichtet werden soll. Hier gibt es nach Völkerrecht nur zwei praktische Möglichkeiten. Die eine ist die Annexion. **Der Sieger muß das Gebiet des Besiegten annektieren,** seinem Gebiet einstücken. Geschieht dies, dann allerdings ist die Staatlichkeit vernichtet. **Oder er muß zur sogenannten Subjugation schreiten,** der Verknechtung des besiegten

Volkes. **Aber die Sieger haben nichts von dem getan. Sie haben in Potsdam ausdrücklich erklärt, erstens, daß kein deutsches Gebiet im Wege der Annexion weggenommen werden soll, und zweitens, daß das deutsche Volk nicht versklavt werden soll.**
Daraus ergibt sich, daß zum mindesten aus den Ereignissen von 1945 nicht der Schluß gezogen werden kann, daß Deutschland als staatliches Gebilde zu existieren aufgehört hat. Aber es ist ja 1945 etwas geschehen, was ganz wesentlich in unsere staatlichen und politischen Verhältnisse eingegriffen hat. Es ist etwas geschehen, aber eben nicht die Vernichtung der deutschen Staatlichkeit.
Aber was ist denn nun geschehen? Erstens: Der Machtapparat der Diktatur wurde zerschlagen. Da dieser Machtapparat der Diktatur durch die Identität von Partei und Staat mit dem Staatsapparat identisch gewesen ist, ist der deutsche Staat durch die Zerschlagung dieses Herrschaftsapparats desorganisiert worden. Desorganisation des Staatsapparats ist aber nicht die Vernichtung des Staates der Substanz nach.
Wir dürfen nicht vergessen, daß in den ersten Monaten nach der Kapitulation im Sommer 1945, als keinerlei Zentralgewalt zu sehen war, sondern als die Bürgermeister der Gemeinden als kleine Könige regierten - die Landräte auch und die ersten gebildeten Landesverwaltungen erst recht - , alle diese Leute und alle diese Stellen ihre Befugnisse nicht für sich ausübten, nicht für die Gemeinden und für das Land, sondern fast überall für das Deutsche Reich.
Es war eine Art von Treuhänderschaft von unten, die sich dort geltend machte. Ich erinnere mich noch genau, wie es in diesen Monaten war, wie die Landräte die Steuern einzogen, nicht etwa, weil sie geglaubt hätten, sie stünden ihnen zu, sondern sie zogen sie ein, weil jemand dieses Geschäft stellvertretend für das Ganze besorgen mußte. Ähnlich machten es die Bürgermeister und machten es auch die Landesverwaltungen.
Als man z.B. in der französischen Zone die Länder veranlassen wollte, einen Vertrag zu schließen, in dem ihnen zugestanden war, das deutsche Eisenbahnvermögen auf sich selber zu übertragen, da haben diese Länder sich geweigert, dies zu tun, und haben gesagt: Aus technischen Gründen mag der Vertrag nötig sein, wir übernehmen aber das Reichsbahnvermögen nur treuhändlerisch für Deutschland!
Diese Auffassung, daß die Existenz Deutschlands als Staat nicht vernichtet und daß es als Rechtssubjekt erhalten worden ist, ist heute weitgehend Gemeingut der Rechtswissenschaft, auch im Ausland. Deutschland existiert als staatliches Gebilde weiter. Es ist rechtsfähig, es ist aber nicht mehr geschäftsfähig, noch nicht geschäftsfähig. Die Gesamtstaatsgewalt wird zum mindesten auf bestimmten Sachgebieten durch die Besatzungsmächte, durch den Kontrollrat im ganzen und durch die Militärbefehlshaber in den einzelnen Zonen ausgeübt. Durch diese Treuhänderschaft von oben wird der Zusammenhang aufrechterhalten.
Die Hoheitsgewalt in Deutschland ist also nicht untergegangen; sie hat lediglich den Träger gewechselt, indem sie in Treuhänderschaft übergegangen ist. Das Gebiet Deutschlands ist zwar weitgehend versehrt, aber der Substanz nach ist es erhalten geblieben, und auch das deutsche Volk ist - und zwar als Staatsvolk - erhalten geblieben.
Gestatten Sie mir hier ein Wort zum "Staatsvolk". Es hat sich in dieser Hälfte Deutschlands ungemein vermehrt durch die Flüchtlinge, durch Millionen Menschen, die ausgetrieben wurden aus Heimaten, in denen ihre Vorfahren schon seit Jahrhunderten ansässig gewesen sind. Man sollte in der Welt nicht so rasch vergessen, was damit geschehen ist! Denn wenn wir hier es zu schnell vergessen sollten, wenn wir dieses Wissen aus unserem Bewußtsein verdrängen sollten, könnte es geschehen, daß einige Generationen später das Verdrängte in böser Gestalt wieder aus dem Dunkel des Vergessens emporsteigen könnte!
Man sollte gerade im Zeitalter der Nürnberger Prozesse von diesen Dingen sprechen! Freilich wissen wir genau, daß die Austreibung von Bevölkerungen nicht von den Siegern dieses Krieges, sondern von den Nationalsozialisten erfunden worden ist und das, was bei uns geschah,

lediglich das Zurückkommen des Bumerangs ist, der einst von hier ausgeworfen wurde. Trotzdem aber bleibt bestehen, daß, was nach dem Kriege geschehen ist, auch Unrecht ist! Es gibt ein französisches Sprichwort: "Man rechtfertigt das Böse nicht durch den Hinweis auf ein noch Böseres".

Damit, daß die drei Staatselemente erhalten geblieben sind, ist Deutschland als staatliche Wirklichkeit erhalten geblieben. Deutschland braucht nicht neu geschaffen zu werden. Es muß aber neu organisiert werden. Diese Feststellung ist von einer rechtlichen Betrachtung aus unausweichlich Es ist aber an dieser Stelle noch kurz darauf einzugehen, ob nicht vielleicht durch politische Akte, die nach dem Mai 1945 in Deutschland selbst sich ereignet haben könnten, doch eine Auflösung Deutschlands als eines staatlichen Gebildes erfolgt ist.

Ich glaube aber, daß nichts von dem, was seit drei Jahren geschehen ist, uns berechtigt, anzunehmen, daß das deutsche Volk oder erhebliche Teile des deutschen Volkes sich entschlossen hätten, Deutschland aufzulösen. Wenn wir uns ein Ereignis als Beispiel vorhalten, wo so etwas in der Tat geschehen ist, dann sehen wir am besten, daß es falsch ist, in bezug auf Deutschland von so etwas zu sprechen: Österreich-Ungarn!

Dieses ist nach 1918 nicht "juristisch" zerfallen, sondern durch den Entschluß der Völkerschaften, die es einmal ausmachten, als staatliches Gebilde aufgelöst worden. An seine Stelle sind neue Staaten getreten, die sich nicht als Rechtsnachfolger der alten Doppelmonarchie zu betrachten brauchten. So etwas ist in Deutschland nicht geschehen.

Nun ist die Frage, ob vielleicht da und dort in Deutschland einzelne Teile Deutschlands vom Ganzen abgefallen sind und sich separieren wollten. Kann man ein solches Vorhaben aus gewissen Ereignissen schließen, die sich seit dem Sommer 45 bei uns begeben haben?

Manche mögen dabei auf diese oder jene Bestimmung dieser oder jener Länderverfassung hinweisen, in denen es etwa heißt, daß das Land X/Y bereit ist, "einem neuen deutschen Bundesstaat" oder "einem neuen Deutschland" beizutreten. Ich glaube, man sollte aus solchen Sätzen keine allzu weitgehenden Folgerungen ziehen. Ich jedenfalls glaube nicht, daß die Landtage und die Bevölkerungen der Länder, in deren Verfassung dieser Satz steht, damit erklären wollten, daß sich das Land von Deutschland separieren wollte.

Es handelt sich bei diesen Verfassungsartikeln um die Kodifikation eines Rechtsirrtums, der damals, als die Verfassung beraten wurde, entschuldbar und verständlich gewesen sein mag, aber nicht um mehr. Nun könnte man weiter die Frage aufwerfen, ob hier vielleicht nicht noch eine andere Betrachtung angefügt werden müsste.

Erik Reger, dessen gallige Artikel zu lesen sich auch dann lohnt, wenn man sie nicht für der jeweiligen Situation voll angepaßt hält, hat jüngst geschrieben, daß es sich hier nicht um eine Rechtsfrage handle, sondern um die Bekundung des politischen Willens, die Zäsur in der politischen Kontinuität deutlich zu markieren.

Nun, ich bin völlig damit einverstanden, daß man eine Zäsur zwischen gestern und heute und noch mehr zwischen gestern und morgen markiert. Aber bedingt denn der Wechsel in einem politischen System notwendig die Vernichtung des Staatswesens?

Haben denn zum Beispiel die Franzosen, als sie 1870 vom zweiten Kaiserreich zur Dritten Republik übergingen, vorher den französischen Staat als staatliches Gebilde aufgelöst? Ein Systemwechsel ist doch gerade dadurch charakterisiert, daß das staatliche Gebilde, in dem der Systemwechsel erfolgt, erhalten bleibt.

Der Rechtszustand, in dem Deutschland sich befindet, wird aber noch durch folgendes charakterisiert: Die Alliierten halten Deutschland nicht nur auf Grund der Haager Landkriegsordnung besetzt. Darüber hinaus trägt die Besetzung Deutschlands interventionistischen Charakter. Was heißt denn Intervention? Es bedeutet, daß fremde Mächte innerdeutsche Verhältnisse, um die sich zu kümmern ihnen das Völkerrecht eigentlich verwehrt, auf deutschem Boden

nach ihrem Willen gestalten wollen.
Es hat keinen Sinn, darüber zu jammern, daß es so ist. daß es dazu kommen konnte, hat seine guten Gründe: man kann verstehen, daß unsere Nachbarn sich nach dem, was im deutschen Namen in der Welt angerichtet worden ist, ihre Sicherheit selber verschaffen wollen! Ob sie sich dabei immer klug angestellt haben oder nicht, soll hier nicht diskutiert werden; das ist eine andere Geschichte.
Aber Intervention vermag lediglich Tatsächlichkeiten zu schaffen; sie vermag nicht, Rechtswirkungen herbeizuführen. Völkerrechtlich muß eine interventionistische Maßnahme entweder durch einen vorher geschlossenen Vertrag oder durch eine nachträgliche Vereinbarung legitimiert sein, um dauernde Rechtswirkungen herbeizuführen. Ein vorher geschlossener Vertrag liegt nun nicht vor: die Haager Landkriegsordnung verbietet ja geradezu interventionistische Maßnahmen als Dauererscheinungen.
So wird man für die Frage, ob interventionistische Maßnahmen von uns als Recht anerkannt werden müssen, spätere Vereinbarungen abzuwarten haben. Aber kein Zweifel kann darüber bestehen, daß diese interventionistischen Maßnahmen der Besatzungsmächte vorläufig legal sind aus dem einen Grunde, daß das deutsche Volk diesen Maßnahmen allgemein Gehorsam leistet.
Es liegt hier ein Akt der Unterwerfung vor - drücken wir es doch aus, wie es ist -, eine Art von negativem Plebiszit, durch das das deutsche Volk zum Ausdruck bringt, daß es für Zeit auf die Geltendmachung seiner Volkssouveränität zu verzichten bereit ist.
Man sollte sich doch darüber klar sein, was Volkssouveränität heißt: nicht jede Möglichkeit, sich nach seinem Willen in mehr oder weniger Beschränkung einzurichten, sondern zur Volkssouveränität gehört, wenn das Wort einen Sinn haben soll, auch die Entschlossenheit, sie zu verteidigen und sich zu widersetzen, wenn sie angegriffen wird!
Solange das nicht geschieht - und es hat sehr gute Gründe, daß es nicht geschieht -, werden wir die Legalität der interventionistischen Maßnahmen zum mindesten für Zeit anerkennen müssen. Das ist ja gerade die juristische Bedeutung der Résistance in Frankreich gewesen, daß infolge des Sicht-Nicht-Unterwerfens die Maßnahmen der "Zwischenregierung" nicht als legal zu gelten brauchten.
Zu den interventionistischen Maßnahmen, die die Besatzungsmächte in Deutschland vorgenommen haben, gehört unter anderem, daß sie die Ausübung der deutschen Volkssouveränität blockiert haben. An und für sich ist die Volkssouveränität, in einem demokratischen Zeitalter zum mindesten, der Substanz nach unvermeidbar und unverzichtbar.
Ich glaube, sagen zu können, daß dies auch heute der Standpunkt der offiziellen amerikanischen Stellen ist. Aber man kann die Ausübung der Volkssouveränität ganz oder teilweise sperren. Das ist bei uns 1945 geschehen. Sie wurde ursprünglich völlig gesperrt. Dann wurde diese Sperrung stückweise von den Besatzungsmächten zurückgezogen, immer weitere Schichten der deutschen Volkssouveränität wurden zur Betätigung freigegeben.
Zuerst die Schicht, aus der heraus die Selbstkonstituierung und Selbstverwaltung der Gemeinden erfolgte, dann die Schicht, aus der heraus die politische und administrative Organisation von Gebietsteilen etwa in der Gestalt unserer Länder erfolgte. Die "regionale" Schicht der deutschen Volkssouveränität wurde hier unter Vorbehalt des Ganzen freigelegt.
Aber geben wir uns keinem Irrtum hin: auch bei diesen konstitutiven Akten handelte es sich nicht um freie Ausübungen der Volkssouveränität. Denn auch da war immer die Entscheidung weithin vorgegeben, am weitestehenden dadurch, daß ja die Besatzungsmächte selber es gewesen sind, die den größten Teil dieser Länder abgezirkelt und damit bestimmt haben.
In der britischen Zone hatten die Länder bis heute noch keine Möglichkeit, sich auch nur formell selbst zu konstituieren. Dort wird am besten deutlich, in welchem Umfang Existenz und Konfiguration unserer Länder im wesentlichen Ausfluß des Willens der Besatzungsmächte

sind.
Nunmehr hat man uns eine weitere Schicht der Volkssouveränität freigegeben. Wir müssen uns fragen: Ist das, was uns nunmehr freigegeben worden ist, der ganze verbliebene Rest der bisher gesperrten Volkssouveränität?
Manche wollen die Frage bejahen; ich möchte sie energisch verneinen. Es ist nicht der ganze Rest freigegeben worden, sondern ein Teil dieses Restes.
Zuerst räumlich betrachtet: Die Volkssouveränität ist, wo man von ihrer Fülle spricht, unteilbar. Sie ist auch räumlich nicht teilbar. Sollte man sie bei uns für räumlich teilbar halten, dann würde das bedeuten, daß man hier im Westen den Zwang zur Schaffung eines separaten Staatsvolkes setzt. Das will das deutsche Volk aber in den 3 Westzonen nicht sein! Es gibt kein westdeutsches Staatsvolk und wird keines geben!
Das französische Verfassungswort: La Nation une et indivisible - die eine und unteilbare Nation - bedeutet nichts anderes, als daß die Volkssouveränität auch räumlich nicht teilbar ist.
Nur das gesamte Volk kann "volkssouverän" handeln, und nicht eine Partikel davon. Ein Teil von ihm könnte es nur dann, wenn es legitimiert wäre, als Repräsentant der Gesamtnation zu handeln, oder wenn ein Teil des deutschen Volkes durch äußeren Zwang endgültig verhindert worden wäre, seine Freiheitsrechte auszuüben. Dann wäre ja nur noch der Rest, der bleibt, ein freies deutsches Volk, das deutsche Volkssouveränität ausüben könnte.
Ist dieser Zustand heute schon eingetreten? Manche behaupten: Ja!
Aber man sollte nicht vergessen: Noch wird verhandelt; noch ist man sich, zumindest offiziell, darüber einig, in der Verschiedenheit der Zonenherrschaft ein Provisorium zu sehen, etwas, das nach dem Willen aller, auch der Besatzungsmächte, vorübergehen soll. ...
Eine gesamtdeutsche konstitutionelle Lösung wird erst möglich sein, wenn eines Tages eine deutsche Nationalversammlung in voller Freiheit wird gewählt werden können. Das setzt aber voraus, entweder die Einigung der 4 Besatzungsmächte über eine gemeinsame Deutschland-Politik oder einen Akt der Gewalt nach der einen oder anderen Seite.
Mag sein, daß mancher Mann mit diesem Gedanken spielt; es lohnt sich aber vielleicht, diesen Gedanken einmal zu meditieren. Was bedeutet denn Gewalt in diesem Zusammenhang? Entweder die Vertreibung einer Besatzungsmacht, die einer gesamtdeutschen demokratischen Einigung widerstrebt. Könnte daraus etwas anderes werden als eine Katastrophe für die ganze Welt?
Oder aber es bedeutet endgültige Abtrennung einer Zone durch Gewaltanwendung einer Besatzungsmacht mit gleichzeitiger politischer Entmannung des deutschen Volkes in dieser Zone und damit die endgültige Verminderung Deutschlands auf den Teil, der über sich noch in Freiheit bestimmen könnte. Auch das wäre eine Katastrophe; auch eine Weltkatastrophe, nicht nur eine deutsche. Man sollte daher nichts tun, was dazu beitragen könnte, eine solche Katastrophe wahrscheinlicher zu machen, als sie aus sich selber heraus vielleicht heute schon ist.
Zu dieser räumlichen Einschränkung der Möglichkeit, Volkssouveränität auszuüben, kommt noch eine substantielle Einschränkung.
Wenn man die Dokumente Nr. I und III liest, die die Militärbefehlshaber den Ministerpräsidenten übergeben haben, dann erkennt man, daß sich die Besatzungsmächte eine ganze Reihe von Sachgebieten und Befugnissen in eigener oder in konkurrierender Zuständigkeit vorbehalten haben. Es gibt fast mehr Einschränkungen der deutschen Befugnisse in diesem Dokument Nr. I als Freigaben deutscher Befugnisse!
Die erste Einschränkung ist, daß uns für das Grundgesetz bestimmte Inhalte auferlegt worden sind; weiter, daß wir das Grundgesetz, nachdem wir es hier beraten und beschlossen haben, den Besatzungsmächten zur Genehmigung werden vorlegen müssen.
Dazu möchte ich sagen: **Eine Verfassung, die ein anderer zu genehmigen hat, ist ein Stück der Genehmigungsberechtigten, aber kein reiner Ausfluß der Volkssouveränität der**

Genehmigungspflichtigen!
Die zweite Einschränkung ist, daß uns entscheidende Staatsfunktionen versagt sind: Auswärtige Beziehungen, freie Ausübung der Wirtschaftspolitik; eine Reihe anderer Sachgebiete sind vorbehalten. Legislative, Exekutive und sogar die Gerichtsbarkeit sind gewissen Einschränkungen unterworfen.
Die dritte Einschränkung: Die Besatzungsmächte haben sich das Recht vorbehalten, im Falle von Notständen die Fülle der Gewalt wieder an sich zu nehmen.
Die Autonomie, die uns gewährt ist, soll also eine Autonomie auf Widerruf sein, wobei nach den bisherigen Texten die Besatzungsmächte es sind, die zu bestimmen haben, ob der Notstand eingetreten ist oder nicht.
Vierte Einschränkung: Verfassungsänderungen müssen genehmigt werden.
Also: Auch die jetzt freigebende Schicht der ursprünglich voll gesperrten deutschen Volkssouveränität ist nicht das Ganze, sondern nur ein Fragment. Daraus ergibt sich folgende praktische Konsequenz:
Um einen Staat im Vollsinne zu organisieren, muß die Volkssouveränität sich in ihrer ganzen Fülle auswirken können. **Wo nur eine fragmentarische Ausübung möglich ist, kann auch nur ein Staatsfragment organisiert werden.** Mehr können wir nicht zuwege bringen, es sei denn, daß wir den Besatzungsmächten gegenüber – was aber eine ernste politische Entscheidung voraussetzen würde – Rechte geltend machen, die sie uns heute noch nicht einräumen wollen. Das müßte dann ihnen gegenüber eben durchgekämpft werden.
Solange das nicht geschehen ist, können wir, wenn Worte überhaupt einen Sinn haben sollen, keine Verfassung machen, auch keine vorläufige Verfassung, wenn "vorläufig" lediglich eine zeitliche Bestimmung sein soll. Sondern **was wir machen können, ist ausschließlich das Grundgesetz für ein Staatsfragment.**
Die eigentliche Verfassung, die wir haben, ist auch heute noch das geschriebene oder ungeschriebene Besatzungsstatut. Die Art und Weise, wie die Besatzungsmächte die Besatzungshoheit ausüben, bestimmt darüber, wie die Hoheitsbefugnisse auf deutschem Boden verteilt sein sollen. Sie bestimmt auch darüber, was an den Grundrechten unserer Länderverfassung effektiv und was nur Literatur ist. Diesem Besatzungsstatut gegenüber ist alles andere sekundär, solange man in Anerkennung seiner Wirklichkeit handelt.
Nichts ist für diesen Zustand kennzeichnender als der Schlußsatz in Dokument Nr. III, worin ausdrücklich gesagt wird, daß nach dem Beschluß des Parlamentarischen Rates und vor der Ratifikation dieses Beschlusses in den Ländern die Besatzungsmächte das Besatzungsstatut verkünden werden, damit das deutsche Volk weiß, in welchem Rahmen seine "Verfassung" gilt. Wenn man einen solchen Zustand nicht will, dann muß man dagegen handeln wollen. Aber das wäre dann Sache des deutschen Volkes selbst und nicht Sache staatlicher Organe, die ihre Akte jeweils vorher genehmigen lassen müssen.
Damit glaube ich die Frage beantwortet zu haben, worum es sich bei unserem Tun denn eigentlich handelt.
Wir haben unter Bestätigung der alliierten Vorbehalte das Grundgesetz zur Organisation der heute freigegebenen Hoheitsbefugnisse des deutschen Volkes in einem Teile Deutschlands zu beraten und zu beschließen.
Wir haben nicht die Verfassung Deutschlands oder Westdeutschlands zu machen. Wir haben keinen Staat zu errichten.
Wir haben etwas zu schaffen, das uns die Möglichkeit gibt, gewisser Verhältnisse Herr zu werden, besser Herr zu werden, als wir das bisher konnten.
Auch ein Staatsfragment muß eine Organisation haben, die geeignet ist, den praktischen Bedürfnissen der inneren Ordnung eines Gebietes gerecht zu werden. Auch ein Staatsfragment braucht eine Legislative, braucht eine Exekutive und braucht eine Gerichts-

barkeit.
Wenn man nun fragt, wo dann die Grenze gegenüber dem Vollstaat, gegenüber der Vollverfassung liege: Nun, das ist eine Frage der praktischen Beurteilung im Einzelfall. Über folgende Gesichtspunkte aber sollte Einigkeit erzielt werden können:
Erstens: **Das Grundgesetz für das Staatsfragment muß gerade aus diesem seinen inneren Wesen heraus seine zeitliche Begrenzung in sich tragen. Die künftige Vollverfassung Deutschlands darf nicht durch Abänderung des Grundgesetzes dieses Staatsfragments entstehen müssen, sondern muß originär entstehen können.**
Aber das setzt voraus, daß das Grundgesetz eine Bestimmung enthält, wonach es automatisch außer Kraft tritt, wenn ein bestimmtes Ereignis eintreten wird. Nun, ich glaube, über diesen Zeitpunkt kann kein Zweifel bestehen: an dem Tage, an dem eine vom deutschen Volke in freier Selbstbestimmung beschlossene Verfassung in Kraft tritt.
Zweitens: Für das Gebiet eines echten, vollen Staates ist charakteristisch, daß es geschlossen ist, daß also nichts hineinragen und nichts über seine Grenzen hinausragen kann. Bei einem Staatsfragment kann dies anders sein. Hier ist räumliches Offensein möglich. Das wird sich in unserer Arbeit in einem doppelten Sinne niederschlagen können und, wie ich glaube, auch müssen.
Dieses Grundgesetz muß eine Bestimmung enthalten, auf Grund derer jeder Teil deutschen Staatsgebietes, der die Aufnahme wünscht, auch aufgenommen werden muß; wobei die Frage noch zu klären sein wird, wie dies geschehen soll und ob Bedingungen aufgestellt werden sollen. Ich glaube, man sollte die Aufnahme so wenig als möglich erschweren.
Schließlich bleibt die Frage, ob nicht die Teile Deutschlands, die außerhalb des Anwendungsgebietes des Grundgesetzes verbleiben müssen, die Möglichkeit sollen erhalten können, an den gesetzgebenden Organen sich zu beteiligen, die das Grundgesetz schaffen wird. Über das Wie und die Frage, ob sie es allgemein sollen tun können, wird hier noch zu sprechen sein. Aber eine Voraussetzung scheint mir dafür vorliegen zu müssen: Es müssen in diesem Gebiet freie Wahlen möglich sein; es muß die Möglichkeit bestehen, Vertreter hierher zu entsenden. Dies trifft heute schon auf Berlin zu, und deshalb sollte das Grundgesetz die Bestimmung vorsehen, daß Vertreter Berlins in die gesetzgebenden Körperschaften zu berufen sind.
Ich weiß, man kann sagen, das sei nicht logisch, denn es sei nicht logisch, Vertreter von Gebieten an der Gesetzgebung zu beteiligen, auf die von ihnen mitbeschlossene Gesetze keine Anwendung fänden. Ich gebe zu, daß es in der Tat nicht sehr logisch ist. Aber hier handelt es sich nicht so sehr darum, Logik zu treiben, als politisch zu sein. Ich meine, man könnte das nicht auf wirksamere Weise tun, als durch das Sichtbarmachen der Tatsache, daß nur äußere Gewalt verhindert, daß hier alle Deutschen vertreten sind!
Das Dritte, in dem das Fragmentarische zum Ausdruck kommen muß, ist die innere Begrenzung der Organe auf die durch äußeren Zwang heute noch eingeschränkten Möglichkeiten. Da stellt sich, um nur ein Beispiel zu nennen, das Problem des Aufbaus der Organe, z.B. die Frage: Soll ein Staatsoberhaupt, ein Bundespräsident vorgesehen werden? Braucht man in einem Staatsfragment - in Anbetracht der erforderlichen Dignität einer solchen Funktion - diese Funktion heute schon ins Leben zu rufen?
Ist es nicht besser, statt des Präsidenten ein bescheideneres Organ mit den Aufgaben zu betrauen, die vernünftigerweise sonst ein Präsident zu erledigen hat? Soll das Amt nur ruhen? All das sind Fragen, die sich von dieser grundsätzlichen Betrachtung aus stellen müssen. Aber wenn auch die Ordnung, die wir gestalten sollen, nur die Ordnung eines Staatsfragmentes ist, so kann und sollte sie unserer Meinung nach doch so ausgestaltet werden, daß bei Ausweitung der heute gewährten Freiheitssphäre die geschaffene Organisation fähig ist, sie voll auszufüllen.
Und darüber hinaus möchte ich noch sagen: Man sollte diese Organisation so stark und voll-

ständig machen, daß sie fähig werden kann, durch ihr Wirken eine solche Ausweitung in Fluß zu bringen und durchzusetzen.
Nun ergeben sich aus dem Wesen des Provisoriums eine Reihe praktischer Fragen für das Grundgesetz. Da ist zunächst das Problem, ob darin der Weimarer Verfassung Erwähnung getan werden soll oder nicht.
Sicher besteht die Weimarer Verfassung - das ist meine persönliche Meinung - als Ganzes nicht mehr. Die Desorganisation Deutschlands durch die Nazi-Herrschaft und durch die Besetzung hat ihr zum mindesten auf weiten Strecken den Garaus gemacht. Auf der anderen Seite ist durch die bisherige Rechtsprechung herausgestellt worden, daß sie, wenigstens zum Teil, noch weiter gilt.
Es besteht also auf diesem Gebiet zum mindesten eine Rechtsunsicherheit. Es ist die Frage, ob man dieser Rechtsunsicherheit nicht dadurch abhelfen sollte, daß das Grundgesetz der Weimarer Verfassung Erwähnung tut, etwa so, daß es ausspricht, daß sie, soweit ihre Bestimmungen in Widerspruch zu diesem Grundgesetz stehen, ruht.
Weiter werden Bestimmungen in das Grundgesetz aufgenommen werden müssen, die die Frage der Weitergeltung von Gesetzen und Verordnungen betreffen, welche vor dem Inkrafttreten des Grundgesetzes erlassen wurden, sei es von den Ländern aus Sachgebieten, die künftig nicht mehr den Ländern zustehen sollen, sei es von Zonenorganen, sei es vom Wirtschaftsrat. Schließlich werden wir noch Bestimmungen für die Überleitung gewisser Kompetenzen auf etwa neu zu schaffende Organe vorsehen müssen.
Und nun, meine Damen und Herren, komme ich zu einem weiteren grundsätzlichen Kapitel: Wo liegen die Hoheitsbefugnisse, auf Grund derer wir dieses Grundgesetz beraten und beschließen? Wer wird dabei durch uns tätig? Wird durch uns tätig das deutsche Volk? Oder werden durch uns tätig die Länder als in sich geschlossene Gebietskörperschaften?
Diese Frage zu beantworten ist nicht müßig. Ich glaube vielmehr, daß der Umstand, wie wir sie beantworten, entscheidend für das ganze Werk ist. **Deutschland ist, das glaube ich bewiesen zu haben, als staatliches Gebilde nicht untergegangen. Damit, daß Deutschland weiter besteht, gibt es auch heute noch ein deutsches Staatsvolk.** Es ist also auf dem Gebiet, das heute durch die drei Westzonen umschrieben wird, ein Gesamtakt dieses deutschen Staatsvolkes noch möglich. Ein solcher Gesamtakt kann auch durch Länderverfassungen nicht verboten werden.
Das deutsche Volk ist aber keine amorphe Masse; es ist in Länder gegliedert, und es ist in seiner Geschichte bisher noch immer in dieser Gliederung in Länder politisch aufgetreten. Das deutsche Volk handelt auch, wenn es als das deutsche Volk in den Ländern Baden, Bayern, Hessen usw. auftritt, als deutsches Gesamtvolk. Darum ist es sicher, daß das Grundgesetz unseres Staatsfragments nicht auf Grund einer Vereinbarung der deutschen Länder zu entstehen braucht, weil die Quelle der Hoheitsgewalt nicht bei den Ländern liegt, sondern beim deutschen Volk.
Von dieser Auffassung scheinen auch die Besatzungsmächte auszugehen. Die Dokumente Nr. I und II sind in diesem Punkt ganz deutlich. **Nach Dokument Nr. II sollen die deutschen Ministerpräsidenten Vorschläge über die Änderung von Ländergrenzen machen**; wohlgemerkt: alle Ministerpräsidenten für jeden beliebigen Teil des deutschen Staatsgebiets. **Das ist nur möglich, wenn man als Auffassung der Besatzungsmächte annimmt, daß die Ministerpräsidenten treuhänderisch in Wahrung gesamtdeutscher Interessen handeln sollen.**
Denn wie käme sonst etwa der Ministerpräsident von Württemberg-Baden dazu, zu erklären, er sei nicht damit einverstanden, daß die Grenzen zum Beispiel Schleswig-Holsteins so und nicht anders verlaufen. Dazu ermächtigt ihn doch seine Landesverfassung nicht; dazu ist er doch nur ermächtigt, wenn man davon ausgeht, daß eine Möglichkeit besteht, gesamtdeutsche

Interessen heute schon unmittelbar zu repräsentieren.
Weiter: Der Parlamentarische Rat ist fraglos ein gesamtdeutsches Organ. Wir hier, meine Damen und Herren, vertreten nicht bestimmte Länder, sondern wir vertreten die Gesamtheit des deutschen Volkes, soweit es sich vertreten lassen kann. Der Umstand, daß das deutsche Volk in der Gliederung in Länder auftritt, kommt dadurch zum Ausdruck, daß die Wahl der Abgeordneten für dieses Hohe Haus durch die Landtage erfolgte, und darin, daß der Beschluß, zu dem wir kommen werden, in den Ländern zu ratifizieren ist. Notabene: Nur zu ratifizieren, und nicht etwa als Gesetz zu beschließen.
Schließlich - und das scheint mir jeden Zweifel auszuschließen - weise ich auf die Bestimmung hin, daß das Grundgesetz für das ganze Gebiet der elf Länder auch dann gelten wird, wenn nur zwei Drittel der Länder zustimmen. …
Noch eine weitere Frage: Soll das Gebilde, dessen Organisation wir hier zu schaffen haben, einen Namen erhalten oder nicht? Die Frage ist von höchster Bedeutung. … Namen bringen zum Ausdruck, was denn eigentlich entsteht oder entstehen soll.
Nun ist die Frage die, ob sich ein Name überhaupt mit einem Provisorium verträgt, ob hier nicht statt eines Namens eine bloße Bezeichnung das Bessere wäre. Es wird hier von diesem Hohen Hause eine sehr politische Entscheidung getroffen werden müssen. Ich glaube nicht, daß es möglich ist, von irgendeiner Seite her den Beweis zu führen, daß diese oder daß jene Antwort auf die gestellte Frage die richtige ist.
Man muß sich da eben entscheiden. Aber welcher Name auch immer gegeben werden mag und ob ein Name gegeben wird oder nicht: in dem Gebiet, für das das Grundgesetz gilt, wird nicht eine separate westdeutsche Gebietshoheit ausgeübt, sondern gesamtdeutsche Hoheitsgewalt in Westdeutschland. Das sollte bei der Bezeichnung der Organe zum Ausdruck kommen. Denn was hier geschieht, ist zwar räumlich auf einen Teil Deutschlands beschränkt, aber wir sollten nie vergessen, daß es sich ableitet aus dem Rechte des gesamten deutschen Volkes! Wir werden uns überlegen müssen, ob wir dieses Grundgesetz mit einer Präambel einleiten sollen.
Ich für meinen Teil halte es für notwendig; denn die Präambel charakterisiert das Wesen des Grundgesetzes. Sie sagt aus, was sein soll, und sie wird insbesondere aussagen müssen, was das Grundgesetz nicht sein soll. Die Präambel wird gewissermaßen die Tonart des Stückes angeben und sie wird darum alle konstitutiven Merkmale kennzeichnen und in sich enthalten müssen.
Weitere Frage: Soll dieses Staatsfragment Symbole erhalten, Farben und Flaggen; sollen es allgemeine Symbole sein, die dem ganzen Volke eigen sind, oder soll man sich mit Zwecksymbolen begnügen, etwa für die Schifffahrt, für Auslandsvertretungen usw.; oder soll man in das Grundgesetz überhaupt nichts über Symbole schreiben? Soll man sich auf ein künftiges Flaggengesetz verlassen, oder wie soll man sich sonst verhalten?
Auch das wird eine politische Entscheidung erfordern. Aber eines scheint mir sicher zu sein: wenn sich dieses Hohe Haus für ein Symbol entscheiden sollte, dann kann es nur ein gemeindeutsches Symbol sein, und ich glaube, daß hierfür nichts anderes in Betracht kommen kann als die schönen Farben der deutschen Einheits- und Freiheitsbewegung, die Farben Schwarz-Rot-Gold!
Meine Damen und Herren!
Es ist uns aufgegeben worden, ein Grundgesetz zu machen, das demokratisch ist und ein Gemeinwesen des föderalistischen Typs errichtet. Was bedeutet das? Welche allgemeinen Inhalte muß danach das Grundgesetz haben, wenn diesen Auflagen Gerechtigkeit erwiesen werden soll? Was heißt denn eigentlich "demokratisch" wenn man von Verfassungen spricht? Gerade heute gefällt man sich darin, die Demokratie weiter zu entwickeln, indem man progressistische Demokratien erfindet. …

Mir persönlich liegt es, wenn von Demokratie gesprochen wird, eher dabei an die klassische Demokratie zu denken, für die bisher die Völker Europas gekämpft haben. Wenn wir das so Erkämpfte betrachten, dann finden wir, daß offenbar einige Merkmale erfüllt sein müssen, wenn von einer demokratischen Verfassung soll gesprochen werden können.
Das Erste ist, daß das Gemeinwesen auf die allgemeine Gleichheit und Freiheit der Bürger gestellt und gegründet sein muß, was in zwei Dingen zum Ausdruck kommt. Einmal im rechtsstaatlichen Postulat, daß jedes Gebot und jedes Verbot eines Gesetzes bedarf und daß dieses Gesetz für alle gleich sein muß; und zweitens durch das volksstaatliche Postulat, das verlangt, daß jeder Bürger in gleicher Weise an dem Zustandekommen des Gesetzes teilhaben muß.
Ob das in der Form der plebiszitären unmittelbaren Demokratie erfolgt oder in der Form der repräsentativen Demokratie, wird im allgemeinen eine Zweckmäßigkeitsfrage sein, bei der das quantitative Element den Ausschlag wird geben müssen. Das Entscheidende ist, daß jeder Hoheitsträger mittelbar oder unmittelbar auf einen Wahlakt muß zurückgeführt werden können. Der Beamte zum Beispiel muß durch einen Minister ernannt sein, der selber durch ein allgemein gewähltes Parlament bestätigt und eingesetzt worden ist.
Nun erhebt sich die Frage: Soll diese Gleichheit und Freiheit völlig uneingeschränkt und absolut sein, soll sie auch denen eingeräumt werden, deren Streben ausschließlich darauf ausgeht, nach der Ergreifung der Macht die Freiheit selbst auszurotten? Also: Soll man sich auch künftig so verhalten, wie man sich zur Zeit der Weimarer Republik zum Beispiel den Nationalsozialisten gegenüber verhalten hat? Auch diese Frage wird in diesem Hohen Hause beraten und entschieden werden müssen.
Ich für meinen Teil bin der Meinung, daß es nicht zum Begriff der Demokratie gehört, daß sie selber die Voraussetzungen für ihre Beseitigung schafft. Ja, ich möchte weiter gehen. Ich möchte sagen: Demokratie ist nur dort mehr als ein Produkt einer bloßen Zweckmäßigkeitsentscheidung, wo man den Mut hat, an sie als etwas für die Würde des Menschen Notwendiges zu glauben. Wenn man aber diesen Mut hat, dann muß man auch den Mut zur Intoleranz denen gegenüber aufbringen, die die Demokratie mißbrauchen wollen, um sie aufzuheben.
Das Zweite, was verwirklicht sein muß, wenn man von demokratischer Verfassung im klassischen Sinne des Wortes sprechen will, ist das Prinzip der Teilung der Gewalten.
Sie wissen, daß die Verfassung von 1792 den Satz enthielt, daß ein Staat, der nicht auf dem Prinzip der Teilung der Gewalten aufgebaut sei, überhaupt keine Verfassung habe.
Was bedeutet dieses Prinzip? Es bedeutet, daß die 3 Staatsfunktionen, Gesetzgebung, ausführende Gewalt und Rechtsprechung in den Händen gleichgeordneter, in sich verschiedener Organe liegen müßten, damit sie sich gegenseitig kontrollieren und die Waage halten können. Diese Lehre hat ihren Ursprung in der Erfahrung, daß, wo auch immer die gesamte Staatsgewalt sich in den Händen eines Organs nur vereinigt, dieses Organ die Macht mißbrauchen wird.
Freilich besteht auch die Möglichkeit, daß die einzelnen Gewalten oder daß eine von ihnen die Macht, die in ihrer Unabhängigkeit liegt, mißbrauchen. Sie wissen um die harte Kritik, die man während der Zeit der Weimarer Republik an der richterlichen Gewalt geübt hat, und, wie ich glaube, nicht immer mit Unrecht.
Vielleicht wird es mit zu unseren Aufgaben gehören müssen, in dem Grundgesetz Vorsorge dafür zu treffen, daß die notwendige richterliche Unabhängigkeit nicht gegen die Demokratie mißbraucht werden kann.
Heute ist es wieder nötig, von diesen alten Dingen zu sprechen, denn gerade die Demokratie, die sich als besonders progressistisch bezeichnet, will die Teilung der Gewalten aufgeben.
In dem Entwurf für eine deutsche Verfassung, den der Deutsche Volksrat ausgearbeitet hat, finden sich zum Beispiel eine Reihe von Bestimmungen, die nichts anderes sind als der Aus-

druck dafür, daß das Prinzip der Teilung der Gewalten zugunsten der Allmacht des Parlaments nicht mehr gelten soll. Dort ist letzten Endes die gesamte Gewalt im Parlament konzentriert. Das Parlament soll letzten Endes nicht nur Gesetze erlassen und die Regierung politisch kontrollieren können, sondern es soll letzten Endes auch über die Rechtmäßigkeit eines Geschehens entscheiden können.
Wenn man so vorgeht, dann hat man alle Voraussetzungen für die Installierung einer Diktatur verwirklicht, und darum sollte man in dem Grundgesetz, das wir zu beschließen haben, klar zum Ausdruck bringen, daß das Prinzip der Teilung der Gewalten realisiert werden muß. Als drittes Erfordernis für das Bestehen einer demokratischen Verfassung gilt im allgemeinen die Garantie der Grundrechte.
In den modernen Verfassungen finden wir überall Kataloge von Grundrechten, in denen das Recht der Personen, der Individuen, gegen die Ansprüche der Staatsraison geschützt wird. Der Staat soll nicht alles tun können, was ihm gerade bequem ist, wenn er nur einen willfährigen Gesetzgeber findet, sondern der Mensch soll Rechte haben, über die auch der Staat nicht soll verfügen können.
Die Grundrechte müssen das Grundgesetz regieren; sie dürfen nicht nur ein Anhängsel des Grundgesetzes sein, wie der Grundrechtskatalog von Weimar ein Anhängsel der Verfassung gewesen ist. Diese Grundrechte sollen nicht bloße Deklamationen, Deklarationen oder Direktiven sein, nicht nur Anforderungen an die Länderverfassungen, nicht nur eine Garantie der Länder-Grundrechte, sondern unmittelbar geltendes Bundesrecht, auf Grund dessen jeder einzelne Deutsche, jeder einzelne Bewohner unseres Landes vor den Gerichten soll Klage erheben können.
Nun wird die Frage sein, wieweit man den Umfang dieses Grundrechtskatalogs ziehen will. Sollen lediglich die sogenannten "echten" Grundrechte aufgenommen werden, also die Rechte der Individualperson, oder auch die Rechtsbestimmungen über die sogenannten Lebensordnungen, die so zahlreich über unsere neuen Länderverfassungen hin verstreut sind: Wirtschaft, Kultur, Familie usw.?
Vielleicht wird es sich bei einem Provisorium empfehlen, keine endgültige Gestaltung der Lebensordnungen zu versuchen und sich statt dessen zu begnügen, einen recht klaren und wirksamen Katalog von Individual-Grundrechten aufzustellen, so wie in den klassischen Bills of Rights der angelsächsischen Länder verfahren worden ist. Aber auf der anderen Seite sollte das Grundgesetz die Länder nicht daran hindern, von ihren weitergehenden Grundrechten und Ordnungsbestimmungen Gebrauch zu machen.
Die Frage wird auch sein, ob diese Grundrechte betrachtet werden als Rechte, die der Staat verliehen hat, oder als vorstaatliche Rechte, als Rechte, die der Staat schon antrifft, wenn er entsteht, und die er lediglich zu gewährleisten und zu beachten hat. Auch das ist nicht nur von theoretischer, sondern von eminent praktischer Bedeutung, insbesondere für die Entscheidung der Frage, ob diese Grundrechte auch sollen auf Schranken stoßen können: Sollen sie schlechthin absolut unberührbar sein?
Ich glaube, daß man bei den Grundrechten eine immanente Schranke wird anerkennen müssen: es soll sich jener nicht auf die Grundrechte berufen dürfen, der von ihnen Gebrauch machen will zum Kampf gegen die Demokratie und die freiheitliche Grundordnung. Wir wollen nicht mehr, daß man sich auf das Grundrecht der Pressefreiheit berufen kann nur zu dem einen Zweck, eine Republik zu beseitigen, um an ihre Stelle eine Diktatur zu setzen, die keine Pressefreiheit mehr kennen wird!
Wir wollen auch nicht haben, daß man diese Grundrechte mit einem allgemeinen Gesetzesvorbehalt versieht, wie das etwa in den Verfassungsrichtlinien des Volksrats und in einigen Verfassungen der Länder der Ostzone der Fall ist. Wenn ich jedes Grundrecht durch Gesetz einschränken kann, dann ist es sinnlos, es durch die Verfassung zu garantieren, dann ist es

eine bloße Deklamation und keine effektive Wirklichkeit. Der allgemeine Gesetzesvorbehalt entwertet das Grundrecht, reduziert es auf Null.
Man wird aber bei einigen Grundrechten ohne einen beschränkten Gesetzesvorbehalt nicht auskommen können. Ich erinnere nur an alles, was sich aus der Notwendigkeit zum Beispiel der Wohnungsbewirtschaftung ergibt, der Einquartierungen und anderem mehr. Aber man sollte von diesen beschränkten Vorbehalten nur einen äußerst sparsamen Gebrauch machen, und keinesfalls sollen die Möglichkeiten des Gesetzgebers so weit gehen, daß er das Grundrecht in seiner Substanz kränken kann.
Und nun das Entscheidende: soll der Staat den Grundrechten gegenüber vom Staatsnotstandsrecht Gebrauch machen können, so daß er, wenn er mit den ordentlichen Mitteln nicht fertig werden kann, die Grundrechte aufhebt, um Ruhe und Ordnung und Sicherheit wieder herzustellen?
Man wird sich diese Frage sehr genau überlegen müssen. Man wird sich fragen müssen, ob die Tatsache der Unberührbarkeit der Grundrechte in sich selber nicht ein so hohes Gut ist, daß der Staat auch in Zeiten des Notstands vor ihnen soll zurücktreten müssen. Vielleicht kann eine Untersuchung der möglichen Tatbestände zeigen, daß bei Notständen, wie sie bei uns denkbar sind, der Staat im allgemeinen mit den gewöhnlichen polizeilichen Mitteln wird fertig werden können.
Vielleicht aber wird man auch zur Erkenntnis kommen, daß diese Mittel nicht genügen könnten und daß dann das Individuum vor dem Notstand des Staates zurückstehen muß. Sollte man zu dieser Überzeugung kommen, wird man aber darauf bedacht sein müssen, daß auch im Fall des Notstands nur bestimmte Grundrechte sollen suspendiert werden dürfen und auch dann nur für Zeit und nur unter der Kontrolle demokratischer Institutionen.
Meine Damen und Herren!
Jede Verfassungswirklichkeit hängt letzten Endes von dem Wahlrecht ab, das in einem bestimmten Bereiche gilt. Ich glaube, daß man sich auch in diesem Hause mit dieser Frage des Wahlrechts wird beschäftigen müssen, und sei es nur, um sich darüber schlüssig zu werden, ob Bestimmungen über die Modalitäten eines Wahlgesetzes in dieses Grundgesetz aufgenommen werden sollen oder nicht.
Notabene: bis heute scheint mir noch keine Klarheit darüber zu bestehen, wer das Wahlgesetz zur Wahl der ersten parlamentarischen Vertretung des deutschen Volkes erlassen soll, ob es von den Militärbefehlshabern erlassen werden soll oder von den Ministerpräsidenten. Bisher scheint mir nur das eine festzustehen, daß es nicht der Parlamentarische Rat sein soll, der dieses Wahlgesetz erläßt.
Die Frage ist nun, ob nicht durch uns allgemeine Bestimmungen für ein solches Wahlgesetz in das Grundgesetz aufgenommen werden sollten. Ich für meinen Teil würde darin einen Nachteil sehen. Man soll Wahlgesetze nicht allzu sehr unter Verfassungsschutz stellen. Man sollte Wahlgesetze beweglich lassen, damit sich hier bestimmte Erfahrungen auswirken können und damit sich auch etwas wie ein Stilwandel im politischen Leben auswirken kann.
Aber ich glaube, daß etwas anderes in den Kreis unserer Erwägungen mit einbezogen werden sollte, nämlich das Phänomen der politischen Partei. Ich habe es immer seltsam gefunden, daß auch die modernsten Verfassungen bis auf wenige unter ihnen von der Existenz politischer Parteien keine Notiz nehmen.
Freilich ist es sicher: die politischen Parteien sind keine Staatsorgane; sie sind aber entscheidende Faktoren unseres staatlichen Lebens, und je nachdem, ob sie so oder anders organisiert sind, haben unsere Staatsorgane diesen oder einen anderen Sinn. Nun scheint es mir richtig zu sein, daß man sehr bald ein Parteiengesetz erläßt, und mir scheint weiter richtig zu sein, daß man in dieses Grundgesetz Mindestbestimmungen für ein solches Parteiengesetz aufnimmt, Bestimmungen, die für die politischen Parteien einen gewissen demokratischen Mindeststan-

dard vorsehen.
Ich denke dabei nicht an Lizenzzwang. Ich halte es für eine schlechte Sache, politische Parteien unter Lizenzzwang zu stellen. Aber ich denke, man könnte vielleicht vorsehen, daß die politischen Parteien über die Mittel, die ihnen zufließen, periodisch Rechnung legen müssen oder daß sie ihre Kandidaten in Urwahlen aufstellen müssen oder daß sie einmal im Jahr in Mitgliederversammlungen über ihr Tun Rechnung legen müssen, und Ähnliches.
Ich könnte mir vorstellen, daß sich auf diese Weise bei uns einiges zum Nutzen einer echten Demokratie ändern könnte! Vielleicht könnte man sogar daran denken, ob nicht in diesem Grundgesetz eine Bestimmung vorgesehen werden soll, die, wie ich glaube, voreilig in die Länderverfassungen aufgenommene Bestimmungen über das jeweilige Wahlsystem gegenstandslos macht. Aber das ist nur ein Gedanke, den ich hier zur Erwägung geben möchte.
Meine Damen und Herren!
Zur Demokratie gehört weiter die Anerkennung des Satzes, daß Recht vor Macht geht, und ich glaube und möchte behaupten, daß ein Staat sich heute nur dann als volldemokratisch bezeichnen kann, wenn er diesem Prinzip im Verhältnis zu den anderen Staaten Ausdruck gibt.
Ich brauche hier nicht an die großartigen Gedanken Immanuel Kants zu erinnern, dort in seiner Schrift Vom Ewigen Frieden, wo er sagt, daß der Staat selber den Menschen nur dann ins Recht einzubetten vermöge, wenn er selber im Verhältnis zu den anderen Staaten in das Recht eingebettet sei.
Ich glaube darum, daß das Grundgesetz eine Bestimmung enthalten sollte, die besagt, daß die allgemeinen Regeln des Völkerrechtes unmittelbar geltendes Recht in diesem Lande sind, daß also das Völkerrecht von uns nicht ausschließlich als eine Rechtsordnung, die sich an die Staaten wendet, betrachtet wird, sondern auch als eine Rechtsordnung, die unmittelbar für das Individuum Rechte und Pflichten begründet.
Weiter sollte man eine Bestimmung vorsehen, die es erlaubt, im Wege der Gesetzgebung Hoheitsbefugnisse auf internationale Organisationen zu übertragen. Ich glaube, daß dieses Grundgesetz durch eine solche Bestimmung lebendig zum Ausdruck bringen würde, daß das deutsche Volk zum mindesten entschlossen ist, aus der nationalstaatlichen Phase seiner Geschichte in die übernationalstaatliche Phase einzutreten.
Wenn wir eine solche Bestimmung nicht aufnehmen, dann wird in jedem einzelnen Falle ein verfassungsänderndes Gesetz erforderlich sein, und was das bedeutet, brauche ich hier wohl nicht zu sagen. Wir sollten uns statt dessen selber die Tore in eine neugegliederte überstaatliche politische Welt weit öffnen. Wir wollen uns doch nichts vormachen: in dieser Zeit gibt es kein Problem mehr, das ausschließlich mit nationalen Mitteln gelöst werden könnte. So wie die Ursache aller unserer Nöte eine übernationale Grundlage hat, so können wir auch die Mittel, dieser Nöte Herr zu werden, nur auf übernationaler Grundlage finden.
Freilich sollen die Internationalisierungen, die geschehen, echte Internationalisierungen werden und nicht Hypotheken einseitig zu Lasten des deutschen Volkes.
Und dann stellt sich ein weiteres Problem, das Problem der Sicherheit dieses Gebietes. Wir werden keine Wehrmacht mehr haben. Ich für meinen Teil begrüße es, daß das Zeitalter der nationalen Wehrmachten zu Ende zu gehen scheint und daß die Wehrhoheit mehr und mehr auf übernationale Instanzen überzugehen scheint. Das setzt aber voraus, daß sich die Staaten in einem System kollektiver Sicherheit zusammenschießen, wo die Sicherheit nicht mehr ausschließlich durch das nationale militärische und industrielle Machtpotential garantiert wird, sondern wo die Sicherheit des Einzelnen garantiert wird durch alle Anderen.
Ich glaube darum, daß das Grundgesetz eine Bestimmung enthalten sollte, die es möglich macht, auf einfache Weise einem solchen System kollektiver Sicherheit auf der Grundlage der Gegenseitigkeit beizutreten.
Manche meinen, es genüge, daß sich ein Staat durch seine Verfassung neutralisiert. Dieser

Wunsch ist verständlich. Jeder blickt gern nach der Schweiz hinüber. Aber so einfach geht es nicht. Es gibt kein Institut der Neutralisierung, die man einseitig erklärt, es gibt nur Gebiete, die durch eine Reihe internationale Verträge neutralisiert sind.
Und wenn ich einer Reihe von Nachbarstaaten die Pflicht auferlege, die Neutralität dieses Gebietes zu garantieren, dann muß ich ihnen auch das Recht geben, sich um die Politik dieses Gebietes zu kümmern; denn wenn hier falsche Politik gemacht wird, engagiert das ja ihre Verpflichtungen. Man kann niemandem zumuten, Verpflichtungen zu übernehmen, ohne korrespondierende Rechte zu übertragen.
Aus diesem Grunde sollte man nicht so leichtfertig nach Neutralisierung rufen! Ich glaube, daß das Grundgesetz weiter eine Bestimmung enthalten sollte, die jeden unter Strafe stellt, der das friedliche Zusammenleben der Völker stört und Handlungen in der Absicht vornimmt, die Führung eines Krieges vorzubereiten. Ich denke dabei nicht nur an die Fabrikation und den Handel mit Waffen, sondern auch an den Turnverein, in dem in Wirklichkeit Wehrsport getrieben wird. Wohin diese Dinge uns geführt haben, wissen wir jetzt, und wir bezahlen heute die Rechnung für einen Unfug, den wir einmal leichtfertig duldeten.
Ich glaube, daß das Grundgesetz weiter eine Bestimmung enthalten sollte, daß wir die Abtretung deutschen Gebietes ohne die Zustimmung der auf diesem Gebiet wohnenden Bevölkerung nicht anerkennen. Vielleicht können wir gezwungen werden, zu erleiden und zu ertragen, was uns bisher hier angetan worden ist. Aber man wird uns niemals zwingen können, das als Recht anzuerkennen! Weder im Westen noch im Osten! Das gehört zur Ehre eines Volkes und damit auch zur Demokratie. Eine Tyrannis kann es sich leisten, Menschen preiszugeben, eine Demokratie aber nicht!
Wir lesen gegenwärtig wieder in den Zeitungen viel von Gebietsforderungen, die man auch im Westen an uns stellt. Wir müssen anerkennen, daß es überall an den Grenzen Probleme gibt, die gelöst werden müssen. Wir glauben aber nicht, daß man heute in der Mitte des 20. Jahrhunderts solche Probleme unbedingt mit Methoden lösen muß, die 1814 vielleicht modern gewesen sind.
Diese Probleme können nur auf internationaler Grundlage richtig gelöst werden. Man kann sich von Staat zu Staat über die Lösung der Schwierigkeiten einigen, die da und dort durch den Lauf der Grenzen begründet sein mögen, und braucht da nicht gleich Gebietsforderungen zu erheben. Wenn man entschlossen ist, sich in seinem eigenen Lande nationalistischen Regungen entgegenzustellen, dann ist man auch verpflichtet, ein nationalistisches Verhalten auch dann Nationalismus zu heißen, wenn es anderswo geschieht.
Wir müssen dieses Grundgesetz so gestalten, daß ein Gebilde föderalistischen Typs entsteht. Man hat uns das offensichtlich im Rahmen der Sicherheitspolitik auferlegt. Während überall sonst in der Welt Föderalismus Vereinigung von Getrenntem bedeutet, will man ihn bei uns offenbar einführen, um schon Geeintes wieder zu dissoziieren (trennen)!
Also genau den umgekehrten Prozeß, den man im eigenen Lande gewählt hat. Ich glaube, es lohnt sich, darüber einige Worte zu verlieren. Glaubt man denn wirklich im Ernst, daß die Sicherheit unserer Nachbarn durch verfassungstechnische Kunststücke garantiert werden kann? Ich glaube nicht, daß die Föderalisierung Deutschlands als solche eine Sicherheitsgarantie für unsere Nachbarn ist.
Ich glaube aber, daß Demokratisierung Deutschlands eine Sicherheit für unsere Nachbarn abgeben könnte. Hätten wir 1914 eine unter parlamentarischer Kontrolle stehende Regierung gehabt, dann wäre der Friede gesicherter gewesen, als er es in dem damaligen sehr föderalistisch aufgebauten Deutschland von damals gewesen ist. Der föderalistische Bundesrat hat den Krieg nicht verhindert, ein mächtiges Zentralparlament aber hätte ihn wahrscheinlich verhindert.
Was zur Frage des Föderalismus zu sagen ist, darüber nur einige Worte. Was heißt denn föde-

ralistische Ordnung? Ich glaube, daß sich darauf so viele Antworten geben lassen wie auf die Frage: Was heißt Demokratie?
Es gibt eine Reihe von historischen Verfassungsmodellen, die man übereingekommen ist, föderalistisch zu nennen. Sie differieren außerordentlich untereinander. Ich glaube aber doch, daß einige Charakteristika festzustellen sind, die realisiert sein müssen, wenn irgendwo einer Verfassung das Prädikat föderalistisch gegeben werden soll.
Das erste scheint mir zu sein, daß das Staatsgebiet in einer Reihe differenzierter Gebietskörperschaften eigener Ordnung gegliedert sein muß: zweitens, daß eine Bundesgewalt bestehen muß, die innerhalb ihrer Zuständigkeit der Gewalt der Glieder vorgeht; drittens, daß auf bestimmten Sachgebieten eine eigenständige ausschließliche oder konkurrierende Zuständigkeit der Glieder bestehen muß; viertens, daß die Glieder an den Organen zu beteiligen sind, die den gesetzgeberischen Willen des Bundes bilden; und schließlich fünftens, daß ein qualifizierter Schutz gegen Änderungen der föderalistischen Struktur der Verfassung vorhanden ist.
Es ist für uns kein Zweifel, daß die deutschen Länder die Grundlage des Gebietes sein müssen, das wir jetzt organisieren, und daß sie eigene Verfassungshoheit und Organisationshoheit haben müssen, eigene Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtsprechung und eine vom Bunde getrennte Finanzwirtschaft - alles dies im Rahmen der Bestimmungen des Grundgesetzes. Weiter ist es für uns kein Zweifel, daß eine Bundesgewalt geschaffen werden muß, die nicht die Summe der Ländergewalten ist, sondern eine eigenständige Gewalt, die im Rahmen des Grundgesetzes den Vorrang vor den Ländergewalten haben muß. Bundesrecht soll Landesrecht brechen.
Schwieriger wird es sein, das Verhältnis zu bestimmen, in dem auf beiden Stufen die ausführenden Gewalten zueinander stehen sollen. Ich will hier aber nichts vorwegnehmen, was morgen aus berufenerem Munde dazu ausgeführt werden soll. Lassen Sie mich hier nur noch einiges Grundsätzliche andeuten. Es wird nötig sein, daß wir die Gesetzgebungskompetenz nach Sachgebieten abgrenzen.
Die Frage ist, wie wir dabei verfahren sollen. Ich würde es bedauern, wenn man dabei auf Grund irgendwelcher formalistischer Standpunkte - auf Grund eines formalistischen Föderalismus oder eines formalistischen Unitarismus - verfahren würde. Wir sollten überhaupt bei diesen Dingen nicht deduktiv, sondern induktiv verfahren, d.h. nach dem Prinzip der sachlichen Zweckmäßigkeit.
Ich glaube, daß es dafür zwei Grundsätze gibt, über die wir uns sollten einigen können.
Der erste ist: Die Lebensinteressen des Ganzen dürfen nicht durch partikulare Egoismen gefährdet werden.
Der zweite Satz lautet: Was das Land ohne Schädigung des Ganzen tun kann, das soll es auch allein tun; denn es hat den Vorteil der Sachnähe. Aufbau von unten, aber Planung von oben! Nur wenn dieser zweite Satz auch mit ausgesprochen wird, ist der erste richtig. Zu der Frage, wie die Länder an der Bildung des Bundes zu beteiligen sind, wird wohl morgen referiert werden, wenn über den Aufbau der Organe gesprochen werden wird.
Ich will hier nur noch über einen Sonderfall sprechen: die Frage der territorialen Gliederung des Bundesgebietes. Soll die Gliederung des Bundesgebietes unverrückbar so bleiben. wie sie heute ist? Soll das geschichtlich Gewordene als letztes Kriterium gelten, oder sollen rationelle Gesichtspunkte bei der Entscheidung dieser Frage walten? Ich bin der Meinung - und mit mir meine Freunde -, daß ein gesunder Föderalismus nur möglich ist, wenn gegeneinander vernünftig ausgewogene Länder vorhanden sind und nicht pure Zufallsgebilde, die großenteils nicht älter sind als drei Jahre und ihre Entstehung dem Zufall der Demarkationslinie zwischen zwei Infanteriedivisionen verdanken.
Jetzt sollen die Herren Ministerpräsidenten dieses Problem regeln. Sie sollen, bevor unsere Arbeiten abgeschlossen sind, die Neugliederung Deutschlands im Wege einer Änderung der

Ländergrenzen vorgenommen haben. Werden sie Erfolg haben oder nicht? Wir können es nur ahnen, aber nicht wissen. Nehmen wir an, es würde ihnen nicht gelingen, sollen wir uns dann endgültig mit dem Zustand begnügen, mit dem die Ministerpräsidenten nicht fertig werden konnten?
Wir werden uns schlüssig werden müssen: Soll das Grundgesetz die Möglichkeit vorsehen, eine Neugliederung des Bundesgebietes vom Bunde her zu schaffen? Soll diese Neugliederung durch die Länder selbst vorgenommen werden, etwa im Wege gegenseitiger Verträge und Vereinbarungen? Bei den bisher mit diesem System gemachten Erfahrungen werden, glaube ich, alle am bisherigen Zustand Interessierten ihren Schlaf weiter in Ruhe genießen können. Soll, wenn die Neugliederung durch Bundesgesetz vorgenommen werden soll, der Wille der beteiligten Bevölkerungen mit in Betracht gezogen werden? So oder anders?
Alles das werden Fragen sein, um die man. sich hier wird bemühen müssen. Ich glaube jedenfalls nicht, daß wir um diese Fragen herumkommen werden. Aber eines möchte ich sagen: Sollte es je einmal gelingen, die Gliederung Deutschlands nach vernünftigen Gesichtspunkten durchzuführen, dann sollte man es bei dem geschaffenen Zustand sein Bewenden haben lassen. Dann sollte man ruhig konservativ verfahren.
Meine Damen und Herren!
Damit bin ich am Ende meiner Ausführungen angelangt. Sie sind Ihnen vielleicht gelegentlich ein wenig theoretisch vorgekommen. Aber glauben Sie mir, es ist mir nicht um Spekulationen gegangen! Ich habe versucht, eine klare Definition der Wirklichkeit zu geben und sonst nichts. Denn nur auf einer klar definierten Wirklichkeit kann man eine Politik aufbauen, die ihren Namen verdient.
Mit Illusionen und mit Fiktionen kann man sich etwas vormachen, eine Zeitlang vielleicht auch anderen. Man kann sich ihrer vielleicht eine Zeitlang sogar als Instrumente einer Politik bedienen, aber man kann Fiktionen nicht zu Fundamenten einer Politik machen, nicht einmal zu Ansatzpunkten für den Hebel einzelner politischer Aktionen.
Mein Anliegen ist gewesen, klare Einsicht zu vermitteln und dabei nüchtern zu verfahren. Klare Einsicht und Nüchternheit und leidenschaftliche Liebe zum deutschen Volke und brennende Sorge um den Frieden werden die Sozialdemokratische Partei bei ihrer Arbeit im Parlamentarischen Rate leiten. Einsicht und Nüchternheit gebieten, die Begrenzungen zu erkennen, denen unsere Möglichkeiten unterworfen sind. Je mehr wir bei voller Ausschöpfung dieser Möglichkeit dieser Realität Rechnung tragen, desto wirksamer wird das Instrument sein, das wir zu schmieden haben.
Wofür schmieden wir dieses Instrument? Schmieden wir es, um Deutschland zu spalten? Wir schmieden es, weil wir es brauchen, um die erste Etappe auf dem Wege zur staatlichen Einigung aller Deutschen zurückzulegen! Noch liegen die weiteren Etappen außerhalb unseres Vermögens. Möchten die Besatzungsmächte sich der Verantwortung bewußt sein, die sie übernommen haben, als sie sich zu Herren unseres Schicksals aufwarfen.
Diese Verantwortung schließt die Pflicht ein, um des Friedens Europas willen Deutschland endlich den Frieden zurückzugeben und damit dem deutschen Volk die Möglichkeit, von seinem unvernichtbaren Recht auf eigene Gestaltung der Formen und Inhalte seiner politischen Existenz Gebrauch zu machen. Ein geeintes demokratisches Deutschland, das seinen Sitz im Rate der Völker hat, **wird ein besserer Garant des Friedens und der Wohlfahrt Europas sein als ein Deutschland, das man angeschmiedet hält wie einen bissigen Kettenhund!** (Beifall)<<

11.09.1948

Ostdeutschland: Internierungslager Potulice bei Nakel, Westpreußen – Erlebnisbericht der Paula K. (x002/869): >>Am 11. September 1948 kamen wir ganz plötzlich zum Lager Potulice zurück.

Dort wurden unsere Sachen noch einmal durchsucht, um versteckte Wertsachen zu beschlagnahmen. Dann kamen alle ... unter die Dusche. Danach wurden ... einzelne Arbeitsgruppen zusammengestellt. Ich mußte nun in einer Tischlerei arbeiten. Gisela, meine älteste Tochter, 6 Jahre alt, kam nun in eine Jugendbaracke und durfte nur sonntags 2 Stunden zu mir kommen. Sie wollte dann immer am liebsten bei mir bleiben, aber es half nichts, sie mußte zurück und dort marschieren und polnische Lieder singen.<<

WBZ: Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (37/1948) berichtet am 11. September 1948 über die Kollektivschuld der Deutschen: >>**Sportliche Kollektiv-Schuld**

Wir haben Verständnis

In Frankfurt wurden die Plakate, die Indiens Hockeymannschaft ankündigten, wieder abgerissen. In Düsseldorf überklebte man sie mit einem schmalen "Verschoben".

Den Indern war es ernst gewesen. Schon vor ihrer Abreise zum olympischen Turnier nach London hatten sie sich vorgenommen, in Deutschland zu spielen. In ihren Augen sei Deutschland immer ein fairer Gegner gewesen, sagten sie; er rangiere bei ihnen an erster Stelle.

Die Einreiseerlaubnis von der amerikanischen Militärregierung hatte Unannehmlichkeiten gemacht. Mit dem englischen Militärgouverneur waren vorher Verhandlungen ohne Ergebnis abgebrochen worden. Es hatte angeblich ein Spiel Indien - Rhine Army zur Bedingung gemacht. Daran hatten die Inder wenig Interesse.

Die India Hockey Federation gehört dem Internationalen Hockeyverband (FIH) an. FIH hatte in der ersten Generalversammlung nach dem Kriege den Ausschluß Deutschlands beschlossen. Ihr holländischer Vorsitzender van Ufford setzte überdies ein ausdrückliches Verbot für alle der FIH angeschlossenen nationalen Verbände durch, mit deutschen Mannschaften zu spielen. Deutschlands Sportler hätten durch ihre verbrecherische Kriegsführung und durch die Einführung der KZ das Recht verwirkt, friedlichen Sport mit den Hockeyspielern des Auslands zu treiben.

"Wir haben Verständnis", schreibt Detmar Wette, Nationalmannschafts-Betreuer früherer Tage, "daß sich die Inder diesem Beschluß untergeordnet haben."

Die Inder hatten nach ihrem Olympiasieg die Europa-Tournee mit Erfolgen über Holland, Belgien, die Schweiz und die Tschechoslowakei mit Siegen in Deutschland beenden wollen wie nach den Olympischen Spielen 32 und 36.

Als 1928 zum ersten Male turbantragende Inder, überwiegendenteils barfuß, auf das olympische Hockeyfeld vor Amsterdam liefen, war es mit der europäischen Vormachtstellung im Landhockey vorbei.

Zum vierten Male holten sie sich in London die goldene Medaille. Wieder ungeschlagen, mit einem Torverhältnis von 25:2. Allerdings habe die Spielstärke etwas nachgelassen, meint der Sekretär des britischen Hockeyverbandes, der in Indien lebt und von den zwei Millionen indischen Hockeyspielern eine Menge weiß. Einmal liege das daran, daß Pakistan nach der Teilung Indiens ein eigenes Hockey-Team gebildet habe, zum anderen seien die Inder wieder einwandfreie Amateure.

Alle Spieler bezahlten nämlich ihre Spesen aus eigener Tasche. Die Fahrtkosten wurden nur zur Hälfte von der indischen Regierung getragen. Daher habe auch Dyan Chand (für Deutschland Symbol der Hockeykunst) an der Expedition nicht teilnehmen können.

Das Durchschnittsalter der olympischen Hockeyelf ist 22 Jahre. Der überragende Halbrechte Singh aus Lakhnau (Nordindien), von seinen Mitspielern Babu genannt, soll nach ihrer aller Meinung noch besser sein als Dyan Chand. Er sei nicht nur ein virtuoser Techniker, sondern auch ein fairer Sportsmann, der auf eine todsichere Torchance verzichte, ehe er einen Mitspieler gefährde.<<

12.09.1948

Berlin: Der sowjetische Oberst Tulpanow erklärt am 12. September 1948 im Berliner Lust-

garten während einer Massenkundgebung zu Ehren der Opfer des Naziregimes (x112/589-590): >>... Die Kraft der Sowjetunion hat die militärische, wirtschaftliche und politische Macht des dritten Reiches zerschmettert.
Sie wird auch jene zerschmettern, die versuchen, ein viertes Reich zu schaffen. In dem Klimpern der Marshall-Pfennige hören wir das unheilverkündende Rattern der Panzerwagen, das Geheul der Minen und das Stöhnen der neuen Kriegsopfer.
Wir wissen: wer nicht das Opfer eines neuen Kriegs werden will, der muß ein treuer und standhafter Kämpfer des demokratischen Weltlagers sein. An der Spitze dieses Lagers aber steht eine gewaltige sozialistische Macht: die Sowjetunion.<<

13.09.1948

Berlin: Wegen Schändung der Sowjetflagge verurteilt ein sowjetisches Militärgericht am 13. September 1948 fünf deutsche Angeklagte (unter ihnen sind vier Jugendliche im Alter von 16-20 Jahren) zu 25 Jahren Zwangsarbeit (x112/590).

14.09.1948

Berlin: "Der Tagesspiegel" berichtet am 14. September 1948 über den SED-Kongreß der Widerstandskämpfer "Tag der Opfer des Faschismus!" (x116/243): >>Es fiel in dieser Kundgebung nicht ein Wort über die Zustände, unter denen die Insassen der Konzentrationslager in der Ostzone leben müssen.
Allein die Tatsache, daß es solche Konzentrationslager ... noch und schon wieder gibt, in denen der Kommunismus mit den gleichen Methoden wie der Nationalsozialismus seine politischen Gegner spurlos verschwinden und zugrunde gehen läßt, diese Tatsache allein genügt, die pathetischen Gedenkworte für die Opfer des NS-Terrors als eine schamlos Heuchelei erkennen zu lassen.
Jene, die ihren Widerstand gegen die Hitlerdiktatur mit dem Leben bezahlten, wollten, daß das Ende des Dritten Reiches auch das Ende des Terrors, der politischen Verfolgung, der Konzentrationslager, der Gewalt sei. Daß dies in den Ländern der "Volksdemokratie", in der Ostzone Deutschlands und im Ostsektor von Berlin nicht der Fall ist, entwertet jedes Wort ...<<

15.09.1948

SBZ: Vertriebene Ostpreußen in Thüringen – Erlebnisbericht des Ernst W. (x002/868): >>Da ich trotz vieler Bemühungen ... kein Lebenszeichen von meinen Angehörigen erhalten konnte, ließ ich dem Schicksal freien Lauf und fand mit einigen Landsleuten in Langensalza (Thüringen) eine Unterkunft. Von hier aus setzte ich meine Bemühungen fort und erfuhr, daß sich meine Familie noch in Dänemark aufhielt.
Im Laufe des Spätsommers 1948 konnte ich dann in Zwiefaltendorf (Kreis Ehingen) mit meinen Angehörigen das langersehnte Wiedersehen feiern.<<

16.09.1948

SBZ: Der SED-Parteivorstand gründet am 16. September 1948 zentrale und dezentrale Parteikontrollkommissionen.
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Parteikontrollkommissionen" in der SBZ (x009/320-321): >>... Aufgaben: Kampf gegen "Parteifeinde", Korruptionserscheinungen, Mißbrauch von Funktionen, gegen Karrieristen, "Verleumdung führender Genossen", Untersuchung aller Vergehen von Parteimitgliedern.
Die Parteikontrollkommissionen werden durch das ZK, die Bezirks- oder Kreisleitungen gewählt. Sie können folgende Strafen beschließen: Verwarnung, Rüge, strenge Rüge, Ausschluß aus der Partei.
Die Parteikontrollkommissionen sind auch für die Aufhebung oder Revision von Parteistrafen zuständig. Enge Zusammenarbeit mit dem SSD (Staatssicherheitsdienst). ...<<

20.09.1948

SBZ/Ostpreußen: Hagenwalde, Kreis Labiau – Erlebnisbericht der M. P. (x002/866): >>In Zeitabständen von einigen Wochen drang immer wieder die Kunde zu uns, daß Transporte nach dem Reich abgingen. ...

Einige Russen flüsterten uns zu, wir kämen auch bald fort, sie hätten es im Hauptkontor gehört. Wir freuten uns und warteten voller Erregung, doch dann hieß es wieder: "Der Direktor hat Euch reklamiert, er braucht Arbeitskräfte."

Wir hätten vor Wut streiken mögen, doch dann wären wir wohl in die entgegengesetzte Richtung (nach Osten) gefahren. So wurden wir noch des öfteren genarrt. ...<<

22.09.1948

Jugoslawien: Das Obersten Gericht von Novi Sad/Neusatz verurteilt den deutschen Pfarrer Peter M. am 22. September 1948 zu 3 Jahren Zwangsarbeit. Die Verurteilung wegen Spionagetätigkeit wird u.a. mit beschlagnahmten Aufzeichnungen und Personallisten über die Schicksale der Pfarrgemeinde in den Jahren 1944-48 begründet (x006/633).

SBZ: Die DWK bildet am 22. September 1948 die "Zentrale Kommission für Staatliche Kontrolle" (ZKK).

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Kontrollkommissionen" in der SBZ (x009/227): >>"Zentrale Kommission für Staatliche Kontrolle" (ZKK) nach dem Statut vom 16.10.1958 "Kontrollorgan des Ministerrates zur Kontrolle der Verwaltungsorgane sowie der wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Einrichtungen der DDR".

Sie ist 1952 aus der "Zentralen Kontrollkommission" hervorgegangen, hat jedoch nur einen Teil der Befugnisse der alten ZKK übernommen. Diese war von der DWK insbesondere zur Aufdeckung von Wirtschaftsverbrechen gebildet worden. Sie hatte das Recht, bei begründetem Verdacht strafbarer Handlungen die Polizei bzw. die Justiz verpflichtend zu beauftragen, Personen festzunehmen und Sachen sicherzustellen (Rundverfügung des Chefs der Justizverwaltung der SBZ vom 22.9.1948).

Die alte ZKK unterhielt Landeskontrollkommissionen (LKK) in jedem Land, Kreiskontrollbeauftragte und Volkskontrollausschüsse, die befugt waren, alle Einrichtungen der Verwaltung und der Wirtschaft, auch die Privatbetriebe, zu kontrollieren. 1952 wurde dieser Unterbau aufgelöst. ...

In "volkswirtschaftlich und staatspolitisch wichtigen Einrichtungen können zeitweilig Beauftragte für staatliche Kontrollen eingesetzt werden. Die Kontrollkommission hat die Aufgabe, die Durchführung der gesetzlichen Bestimmungen "mit dem Ziele der konsequenten Einhaltung und Durchführung der darin festgelegten im Interesse des siegreichen Aufbaus des Sozialismus" zu kontrollieren, und zwar in den zentralen und örtlichen Organen der staatlichen Verwaltung, der Wirtschaft, der Kultur, des Gesundheitswesens und des Sozialwesens. Nicht kontrolliert werden die Ministerien für nationale Verteidigung und Staatssicherheit und deren nachgeordnete Organe sowie die bewaffneten Kräfte des Ministeriums des Innern. ...

Die Bevollmächtigten der Kontrollkommission haben das Recht, verbindliche Weisungen zu erteilen sowie von den Leitern der zuständigen Organe die Durchführung von Disziplinarverfahren oder die Einleitung von Ordnungsstrafverfahren verpflichtend zu verlangen. Die Kontrollkommission kann ferner die Leiter der kontrollierten Einrichtungen zur Beseitigung festgestellter Mängel unter Fristsetzung auffordern.<<

Großbritannien: Der britische Außenminister Ernest Bevin (1881-1951) spricht am 22. September 1948 vor dem Unterhaus in London über die sowjetischen Blockademaßnahmen in Berlin (x112/594): >>Wir müssen unsere eigene Stellung stark und unzweideutig machen. Berlin ist jetzt ein Symbol des Widerstandes. ...

Es gilt, entweder in Berlin festzustehen oder einem zweiten München entgegenzugehen.<<

23.09.1948

SBZ: Die DWK erläßt am 23. September 1948 die sog. "Wirtschaftsstrafverordnung" (eine Verordnung über die Bestrafung von Verstößen gegen die Wirtschaftsordnung).

§ 15 der Wirtschaftsstrafverordnung lautet (x112/595): >>... Besteht der dringende Verdacht, daß vom Inhaber oder Leiter eines Betriebes oder in einem Betriebe eine ... strafbare Handlung begangen worden ist, so kann in jeder Lage des Verfahrens die vorläufige Verwaltung des Betriebes durch einen Treuhänder ... (oder) eine Beschlagnahme des ... Vermögens angeordnet werden.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Wirtschaftsstrafverordnung" in der SBZ (x009/487): >>Kurzbezeichnung der "Verordnung über die Bestrafung von Verstößen gegen die Wirtschaftsordnung" vom 23.9.1948 ...

Die Wirtschaftsstrafverordnung soll die Durchführung der Wirtschaftsplanung und der Versorgung der Bevölkerung schützen; sie ersetzte die noch von dem nationalsozialistischen Gesetzgeber erlassene Verbrauchsregelungsstrafverordnung und Kriegswirtschaftsverordnung sowie die in den Ländern der SBZ nach 1945 ergangenen wirtschaftsstrafrechtlichen Bestimmungen.

Die in § 1 katalogisierten Wirtschaftsverbrechen sind mit Zuchthausstrafe bedroht, neben der auf Vermögenseinziehung erkannt werden kann. Die in den §§ 2-10 und 19 festgelegten Wirtschaftsvergehen werden mit Gefängnis bestraft; für schwere Fälle ist Zuchthaus bis zu 10 Jahren vorgesehen, neben dem auf Vermögenseinziehung erkannt werden kann. Außerdem sind in allen Fällen Geldstrafen in unbegrenzter Höhe und wirtschaftliche Strafmaßnahmen (Berufsverbot, Einsetzung eines Treuhänders, Betriebsschließung u.a.) zulässig. ...<<

25.09.1948

UdSSR: Die sowjetische Regierung erklärt am 25. September 1948 (x112/596): >>... Die Sowjetregierung besteht darauf, daß die durch die separaten Maßnahmen der Westmächte geschaffene Lage bedeutet, daß sich die drei Regierungen nicht auf die souveräne Verwaltung der Westzonen Deutschlands beschränken, sondern gleichzeitig wünschen, auch an der Verwaltung von Währungs- und Finanzangelegenheiten in der sowjetischen Besatzungszone teilzunehmen, und zwar durch die Einführung ihrer separaten Währung in Berlin, das mitten in der Sowjetzone liegt, um dadurch die Wirtschaft der Ostzone Deutschlands in Unordnung zu bringen und letzten Endes die UdSSR zur Räumung ihrer Zone zu zwingen.<<

26.09.1948

Frankreich: Die drei westlichen Siegermächte beschließen am 26. September 1948 in Paris, das Berlin-Problem vor die UNO zu bringen und informieren die Sowjetunion über diese Maßnahme (x112/596): >>... Um eine weitere Gefährdung des internationalen Friedens und der internationalen Sicherheit zu verhindern, sehen sich die Regierungen der Vereinigten Staaten, des Vereinigten Königreichs und Frankreichs gezwungen, die Handlungsweise der sowjetischen Regierung im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen zu unterbreiten, während sie sich gleichzeitig alle Rechte vorbehalten, die unter diesen Umständen notwendig erscheinenden Maßnahmen zur Aufrechterhaltung ihrer Position in Berlin zu treffen.<<

28.09.1948

SBZ/Ostpreußen: Ausweisung aus Königsberg – Erlebnisbericht der G. K. (x002/864): >>Wir dachten schon mit Grauen an den nächsten Winter.

Da kam am 28. September abends der russische Sanitäter mit der Buchhalterin zu mir auf das Zimmer und sagte mir auf russisch, indem mir die Buchhalterin um den Hals fiel, daß wir am nächsten Tag alle nach Deutschland kämen. Die Papiere wären fertig. Als sie dann aber sagten, daß sie gekommen wären, um mein Sofa abzuholen, wurde ich jedoch unsicher.

Aber tatsächlich bekamen wir unsere Pässe zugestellt. Die Russen holten dann bei Nacht mein Liegesofa ab. Wir schickten noch (einen Boten) zu R., der uns immer die Schuhe repariert

hatte und als Sanitäter in einem anderen Krankenhaus arbeitete, daß er uns beim Einpacken helfen sollte. Er sollte vor allem das abholen, was wir hinterließen, damit er (diese Sachen) in Rubel umsetzen konnte.
Da wir schon mehrere Transporte bis zum Bahnhof begleitet hatten, besaßen wir etwas Erfahrung. Erstaunt waren wir, daß einige erklärten, nicht mitzufahren. Bei einzelnen wußten wir, daß sie freundschaftlichen Verkehr mit den Russen angefangen hatten; bei anderen vermuteten wir Krankheit als Ursache. 2 Diakonissen blieben bei einer Leprakranken zurück.<<

29.09.1948

SBZ/Ostpreußen: Ausweisung aus Königsberg – Erlebnisbericht der G. K. (x002/864-865):
>>Wir kauften noch morgens ein, um die letzten Rubel umzutauschen. Am 29. September fuhr dann ein Pferdegespann vor dem Krankenhaus vor, auf dem wir unsere Sachen laden konnten. ...
Zunächst gingen wir zu Fuß. (Dann) nahmen uns Lastwagen auf, die uns zum Bahnhof brachten. Beim Abschied vor dem Krankenhaus winkte mir die Oberschwester und ihre Schwester nach. Ich hatte (anscheinend) doch einen guten Kontakt zu ihnen bekommen. Man fühlte es erst jetzt beim Abschied. Oft war ich ja ihre Dolmetscherin gewesen. Eine Russin weinte, als sie sich von mir verabschiedete.
Beim Verladen auf die Lastkraftwagen hatte ein Russe einer Mutter den Sohn wieder vom Wagen geholt. ... Der gerade ankommende Vorgesetzte ließ den Wagen (jedoch) wieder anhalten. Der Russe mußte den Jungen schließlich wieder hergeben.
So kamen wir zum Ostbahnhof. In der Halle mußten wir uns sammeln. ... Da erschien plötzlich unsere Buchhalterin vom Krankenhaus und übergab uns noch den restlichen Lohn. Ich erhielt nochmals 500 Rubel. Ich kaufte mir dafür am Bahnhof Stoff, Butter und Schokolade. Wir waren etwa 3.000 Menschen, die hier zu einem Transport zusammengestellt wurden. Die meisten kamen aus der Provinz, und hatten kein Geld. Sie waren teilweise nur dürftig gekleidet und mit wenigen Lebensmitteln versehen. Sie waren auf Kolchosen gewesen. ... Sie hatten ... sehr schlechte Ernährung gehabt. Vor allem hatte man ihnen nie Fett gegeben. ... Wir halfen mehreren von ihnen noch mit Geld und Lebensmitteln aus.
Der Zug bestand aus Personen- und Güterwagen. Ich bekam in einem Personenwagen einen Platz am Fenster. Wir mußten unsere Pässe abgeben und erhielten dafür den Durchlaßschein. Ich hatte 2 Holzkoffer, einen Rucksack und ein Federbett bei mir. Soldaten prüften das Gepäck. Man nahm uns aber nichts ab. Manche mußten sich ausziehen, weil man Schmuck vermutete. ... Vor allem durften wir kein Geld mitnehmen. Ein Junge half mir, die Sachen in den Zug zu tragen. Als wir endlich so nach Stunden der Spannung zum Sitzen kamen, merkten wir erst, welche Strapazen wir durchgemacht hatten. Aber wir kamen nicht zur Ruhe, weil uns im Zuge die Flöhe so furchtbar plagten.
In der Nacht ging der Zug bei Mondschein ab. In stand am Fenster und nahm Abschied von Königsberg. Ich war doch sehr wehmütig. ... Treffe ich meine Verwandten wirklich im Westen? Hier hatte ich die Jugendzeit und einige Ehejahre verlebt. Auch die letzten Jahre waren ja ein tiefes Erlebnis für mich. Nun mußte ich Abschied nehmen. ...<<

USA: Die westlichen Siegermächte wenden sich am 29. September 1948 wegen der Berliner Blockade an den Sicherheitsrat der UNO.
In dieser Note an den Sicherheitsrat der UNO heißt es (x112/597-598): >>... Die Sowjetregierung hat durch ihre Handlungen klar gezeigt, daß sie illegale und Zwangsmaßnahmen, in Mißachtung ihrer Verpflichtungen versucht, politische Ziele zu erreichen, zu deren Erleichterung sie nicht berechtigt ist und die sie durch friedliche Mittel nicht erreichen könnte.
Sie ist zu Blockademaßnahmen geschritten; sie hat die Berliner Bevölkerung mit Aushungerung, Krankheit und wirtschaftlichem Ruin bedroht; sie hat Unruhen geduldet und versucht, die rechtmäßig gewählte Stadtverwaltung zu stürzen.

Die Haltung und das Vorgehen der Sowjetregierung lassen klar erkennen, daß sie beabsichtigt, ihre illegale und zwangsweise Blockade und ihre ungesetzlichen Maßnahmen fortzusetzen, um die absolute Autorität über das wirtschaftliche, politische und soziale Leben des Berliner Volkes zu erhalten und der Sowjetzone einzuverleiben ...
Die Lage stellt eine Bedrohung des internationalen Friedens und der Sicherheit dar.<<

30.09.1948

UdSSR: Zwangsarbeitslager im Ural – Erlebnisbericht der C. N. (x002/66): >>Im September 1948 wurde das Lager "Bealareyk" (Nr. 7777), in welches wir inzwischen verlegt worden waren, aufgelöst.
Wir, etwa 250 Personen, blieben als Arbeiterbataillon" in einem kleineren, angenehmeren Lager in der gleichen Stadt. Ein Teil fuhr nach Hause, und der Rest kam ... in das Ölgebiet.
Als Arbeitsbataillon bekamen wir das verdiente Geld ausgezahlt. Wir mußten uns selbst verpflegen. Es blieb sogar etwas Geld zum Beschaffen von Kleidungsstücken übrig.
Wenn nicht die ewige Sorge und Ungewißheit gewesen wäre, hätte das Leben dort nach den letzten Jahren erträglich sein können.<<

September 1948

WBZ: Der deutsche Publizist und Jurist Peter Grubbe (1913-2002, eigentlich Claus P. Volkmann) berichtet später über das Flüchtlings- und Vertriebenendurchgangslager Uelzen in Niedersachsen im September 1948 (x039/201-205): >>Ein kleiner, viereckiger Barackenraum. In der Diagonale ein Tisch. Dahinter zwei Angestellte, die anhören, prüfen, entscheiden.
Vor dem Tisch eine Kette von Menschen, die vorüberziehen: Männer, Frauen, Greise, Krüppel, Kinder, Kriegsversehrte, Kriegsvertriebene, Heimatlose. Einer hinter dem andern. Ohne Ende. Sie legen ihre Papiere auf den Tisch, sie erklären, bitten, betteln, warten – dann gehen sie weiter.
Das Zimmer hat zwei Türen. Zu der einen kommen sie herein, zur anderen gehen sie hinaus. Dazwischen liegt die Entscheidung, das Urteil.
Über der Eingangstür, vor der sie warten, durch die sie eintreten, hängt ein schmales weißes Schild: FLÜCHTLINGSLAGER UELZEN AUFNAHME.
Vor dem Tisch eine Frau in einem schwarzen Kleid, eine Tasche aus Papierschnur geflochten, in der Hand, das Gesicht eingefallen, rote Flecken über den spitz hervortretenden Backenknochen, neben ihr die Tochter, 16 Jahre alt, ein kindlich offenes Mädchengesicht, daneben der 13jährige Sohn.
Vor sechs Wochen hat die Tochter eine Arbeitsaufforderung für eine der verstaatlichten Thüringer Fabriken erhalten. Daraufhin sind sie fortgegangen. Zunächst wollten sie nach Hessen, in die amerikanische Zone. Dort ist die älteste Schwester bei einem Pfarrer in Stellung. Bei Eschwege hat man sie festgehalten und zurückgeschickt. Im Wiederholungsfalle würden sie mit sechs Wochen Gefängnis bestraft werden, hat man ihnen gesagt.
So sind sie nach Uelzen gekommen. Hier könnten sie Papiere für die Weiterfahrt bekommen, hat man ihnen unterwegs erzählt, hier erhielten sie auch eine Zuzugsgenehmigung. Die britische Zone nähme noch Flüchtlinge aus der russischen Besatzungszone auf.
Der Beamte schüttelt den Kopf. Die englische Zone ist schlimmer überfüllt als jede der drei anderen. Aller Zuzug ist gesperrt. Er reicht die Papiere zurück.
Das Mädchen hat während der ganzen Zeit kein Wort gesprochen. Jetzt rollen langsam zwei Tränen über ihr Gesicht. Sie hat Angst. Sie will nicht zurück in die Ostzone. Dort gibt es Listen, in die man sich eintragen muß, die Arbeitsverpflichtungen, die Fremden, die plötzlich in den Wohnungen auftauchen, die Menschen, die nicht zurückkehren. Die Mutter hat mit unsicherer Hand eine Schachtel deutscher Zigaretten aus der Tasche gezogen, hält sie zögernd vor sich hin.
Der Beamte wendet sich ab. "Der nächste bitte ..."

Seine Stimme klingt belegt. Sein Gesicht ist plötzlich sehr müde. Langsam, zögernd verlassen die beiden Frauen den Raum. Der Junge blickt sich noch einmal um, sieht den Mann an, fragend, ohne Verständnis. Dann schließt er die Tür hinter sich.
"Der nächste bitte ..."
Ein Bauernsohn aus Mecklenburg, vor zwei Monaten aus englischer Kriegsgefangenschaft heimgekehrt, groß, blond, einen verbissenen Zug um den zusammengepreßten Mund. Er legt seinen Personalausweis auf den Tisch, die polizeiliche Abmeldung, daneben die Einberufung zum Uranbergbau.
Der Beamte hebt für einen Augenblick den Kopf. Dann füllt er einen Zettel aus, für die Nebenstelle des Arbeitsamtes, in der gleichen Baracke. Echten politischen Flüchtlingen, auch die zum Uranbergbauverpflichteten gehören dazu, gewährt die britische Zone Asylrecht. Und Landarbeiter werden ohnehin gesucht.
Der Junge, der vor dem Tisch steht, holt tief Atem. Dann packt er seine Papiere zusammen und geht weiter, zum Arbeitsamt.
"Der nächste bitte ..."
Ein 18jähriges Mädchen, offensichtlich schwanger, ein rotes Tuch um den Hals, schmutzig, geschminkt, keine Papiere. Sie sei von den Russen verfolgt, habe flüchten müssen. Sie wolle mit ihrem Verlobten nach Hamburg.
Der Beamte hat bereits nach dem Stempel gegriffen. Sie bekonnt einen Rückfahrschein in die russische Zone.
Mit spöttischem Lachen zerknüllt sie den Zettel, wirft ihn zur Erde. Sie wird hierbleiben, im Westen. Sie wird einen Weg finden.
"Der nächste bitte ..."
Ein alter Mann, Tischlermeister aus Ostpreußen. Drei Jahre hat er in Halle gelebt. Als Hilfsarbeiter in der Werktischlerei einer Maschinenfabrik. Jetzt hat er Nachricht von seiner Frau bekommen. Sie lebt mit der Tochter in Celle, bei Verwandten, in einem kleinen sechs Quadratmeter großen Zimmer. Dort will er hin.
Die beiden Männer hinter dem Tisch sehen sich an. Der Mann vor dem Tisch wartet. Nach Erlaß der Regierung ist die Erteilung einer Zuzugsgenehmigung zum Zwecke der Familienzusammenführung zulässig. Aber maßgeblich ist der Wohnsitz des Mannes, des Ernährers. Und das wäre Halle in der Ostzone.
Der Mann wartet. Zögernd schreibt der Beamte einen Vermerk auf das Papier, Er wird versuchen zu helfen. Er wird versuchen, ihn einzuschieben. Der Mann muß warten, vielleicht Monate. Er hat ja das Warten gelernt. Drei Jahre lang, die Hauptsache ist, daß er nicht zurück braucht.
"Der nächste bitte ..."
Ein Kriegsversehrter seit zehn Monaten unterwegs, eine ehemalige Gutsbesitzerin aus der Mark Brandenburg, zwei Landarbeiterinnen, angeblich direkt aus Ostpreußen kommend, mit gefälschten Papieren, ein ehemaliger Soldat, aus französischer Kriegsgefangenschaft geflüchtet, eine "Volksdeutsche" aus Oberschlesien, ... Bauern aus Siebenbürgen, Handwerker aus Westpreußen, Evakuierte aus Berlin, Flüchtlinge, Verbrecher; ein Straßenmädchen, das aus dem Krankenhaus geflohen ist, ein Pfarrer, den man seines Amtes enthob, ein Schwarzhändler, dem die Polizei auf den Fersen ist, eine ehemalige BDM-Führerin.
Die meisten kommen das erste Mal. Manche stehen zum dritten, zum vierten Mal vor dem Tisch. Ein Arbeitsscheuer zieht seit zwei Jahren durch die Länder der Bizone mit einem alten Entlassungsschein und mit dreifachen Papieren.
28 Baracken umfaßt das Durchgangslager Uelzen. 28 grau gestrichene Holzbaracken auf einem Bauplatz am Rande der vom Kriege verschont gebliebenen, friedlich verschlafenen Heidestadt. Ein Zaun, über den ein Stacheldraht gespannt ist, schließt die Anlage ein. Vor dem

Tor ein Schlagbaum, daneben ein Posten, der die Papiere kontrolliert. Zwischen den einzelnen Baracken schmale Durchgänge, breite Straßen, weiße Richtungsschilder: Zum Arzt. Zur Aufnahme. Zum Verpflegungsempfang. Zur Lagerleitung. Zur Transportabteilung. Eine Barakkenstadt.
Das Lager faßt 1.600 Personen und ist durchschnittlich mit über 2.000 belegt. Etwa jeder achte von denen, die kommen, kann bleiben, erhält eine Zuzugsgenehmigung der Regierung Niedersachsens, wird Verwandten zugewiesen, die angewiesen werden, ihn aufzunehmen, wird durch das Arbeitsamt im Lager an einen Betrieb vermittelt, der Fachkräfte sucht. Die keine Zuzugsgenehmigung erhalten, müssen das Lager wieder verlassen. ...
Solange sie im Lager sind, werden sie verpflegt. Einkleiden kann man sie nicht, obwohl manche von denen, die kommen, fast nur Lumpen auf dem Leib tragen und fast barfuß gehen. Aber Zuteilungen an Wäsche, an Kleidern, an Textilien waren nicht zu erhalten. Selbst Dekken werden nicht mehr ausgegeben.
Die deutschen Wirtschaftsämter verfügen angeblich über keine Kontingente. Lediglich das britische Rote Kreuz verteilt täglich 40 bis 50 Kleidungsstücke an völlig zerlumpte Kinder und Frauen.
Ein saurer, dumpfer Geruch hängt in den niederen Hallen der Baracken. Es richt nach Lumpen.
Eine Frau mit einem bäuerlich breiten Gesicht, ein schwarzes Umschlagtuch um die Schultern, hockt auf "ihrem" Platz im Stroh. Es ist ihr Bett, ihr Wohnraum, ihr "Zuhause". Zwischen den Knien hält sie eine Tasche. Sie hat ihre Schuhe ausgezogen. Die Füße sind geschwollen. Sie sucht ein Stück Stoff als Fußlappen.
Sie ist das dritte Mal im Lager. Sie kommt aus Ostpreußen. Mit dem Treck ihres Dorfes ist sie zunächst in den Sudetengau gezogen, dann über Sachsen, Thüringen hierher. Das erste Mal wies die Lagerleitung sie dem Kreis Aurich zu. Aber das Flüchtlingsamt des Kreises schickte sie zurück, da für Flüchtlinge aus dem Sudetengau nicht Niedersachsen, sondern Bayern zuständig sei. Sie wurde nach Hof weitergeleitet. Nach vier Wochen war sie wieder da. Bayern sei nur für Sudetendeutsche, nicht aber für Ostpreußen zuständig.
Nun wartet sie wieder hier. Ihr Gepäck hat sich um zwei Kisten und einen Koffer vermindert. Auch das Geld ist weniger geworden. 300 Mark hat sie noch. Über 20 Monate wartet sie jetzt, fast 2 Jahre. In der nächsten Woche soll sie mit einem Transport endgültig in ihre "neue Heimat" gebracht werden.
Im Schatten der Barackenwand spielen zwei Kinder, ein Junge und ein Mädchen von zehn bis elf Jahren. Sie spielen "Erwachsene". Sie spielen Kofferpacken und Essenholen. Sie spielen Abreisen und Streit und Schlafen. Das Kleid des Mädchens ist voller Flecken und reicht knapp bis zum Knie. Der Junge hat keine Schuhe an den Füßen. Sie sind seit Jahren nicht mehr zur Schule gegangen.
Das Mädchen kommt aus Pommern. Der Vater hat sie mitgebracht. Die Mutter ist dort geblieben, bei einem Polen. Die Mutter des Jungen kommt aus Schlesien. Sie hat keine Papiere. Sie und der Vater des Mädchens haben sich vor der Lagerleitung als Ehepaar ausgegeben. Eigentlich hätten sie Anfang der Woche mit einem Transport nach Hildesheim fahren sollen, als Landarbeiter. Aber am Abend vor der Abreise ist der Mann verschwunden. Bis heute ist er nicht zurückgekehrt. Einstweilen sorgt die Frau für das Mädchen. ... Aber was soll werden, wenn der Mann nicht zurückkommt?
Die Baracke ist halb dunkel. Die Kinder spielen. Sie spielen Grenze und Gefängnis. Später zieht der Junge eine Illustrierte aus der Tasche. Stockend buchstabiert er die Texte unter den Bildern, denn lesen hat er noch gelernt.
Um fünf Uhr nachmittags wird das Tor des Lagers geschlossen. Wer später kommt, muß bis zum anderen Morgen warten. Der Wartesaal des Bahnhofs bleibt die ganze Nacht geöffnet.

An den Tischen sitzen schlafende Gestalten. Gelegentlich schlurft ein müder Kellner durch den Raum. In einer Ecke führen ein paar Frauen ein halblautes Gespräch. Zuweilen fährt einer auf aus einem wirren Traum, tastet hastig nach dem Koffer, dem Rucksack, nach dem Geld in seinem Brustbeutel. Es wird so viel gestohlen heutzutage.
Die Nächte sind noch warm. Am Rande des Bahnsteigs, an der Bahndammböschung, hocken ein paar Gestalten im Dunkel. Einmal zündet sich einer eine Zigarette an. Für einen Augenblick beleuchtet die bläuliche Flamme eines Feuerzeugs die Gesichter. Ein Mädchen, drei Männer, einer von ihnen fast noch ein Kind, keiner älter als 30 Jahre. Ein paar Worte tropfen aus dem Dunkel. "... Arbeitsamt ... Arabische Legion ... Argentinien ... Zivilarbeiter für Frankreich ... Bayern ... besser Landwirtschaft als Bergbau ... am besten ins Ausland, in Deutschland ist doch nichts mehr los ..."
Ein Zug fährt auf dem Bahndamm vorbei. Der Schnellzug nach Hamburg. Dunkle, unbeleuchtete Wagen. Nur die Lokomotive wirft einen Feuerschein gegen den Himmel. Die Schienen vibrieren noch eine Weile.
Ein paar Schritte abseits von den anderen sitzt eine Frau. Neben ihr schlafen zwei Kinder, in eine Decke gewickelt. Vor einem Dreivierteljahr war sie im Lager Uelzen, zwei Monate lang, mit ihrem Mann zusammen. Dann wurden sie in den Kreis Verden eingewiesen. Der Mann sollte dort als Facharbeiter in einer Fabrik eingewiesen werden. Statt dessen kam er ins Krankenhaus. Dort ist er vor vier Wochen gestorben, an Tuberkulose, ohne die Arbeit aufgenommen zu haben, und daher ohne Zuzug. Darauf hat man ihr die Zuzugsgenehmigung verweigert und sie einfach in das Flüchtlingslager nach Uelzen zurückgeschickt. Denn dieses sei nun wieder für sie zuständig.
Morgen früh um acht wird sie sich dort melden. Man wird sie aufnehmen, da sie ja Papiere hat. Über anderthalb Jahre war sie bereits in Lagern. Nun wird sie wieder in einem Lager leben, vielleicht ein paar Monate, bis man sie weiterschickt. Vor dreieinhalb Jahren begann ihre Flucht. Vor dreieinhalb Jahren ist sie in die Mühle geraten, in die Mühle der Barackenlager, in die Menschenmühle.
Die die Mühle ausspuckt, machen sich ohne Ziel auf den Weg. Sie warten am Rand der Bahnhöfe auf Güterzüge, die halten müssen, weil das Signal auf Rot steht, klettern rasch auf einen der offenen Kohlewaggons und fahren mit, ohne zu wissen wohin.
Sie kommen in Dörfer, in denen man sie feindselig mustert, als gehörten sie zu einem fremden Volk, mit dem man nichts zu tun haben möchte, weil es arm ist und nichts besitzt. Wenn sie ein amtliches Papier haben, so daß man sie nicht fortschicken kann, weist man ihnen eine Baracke zu, die leer steht, weil die "Fremdarbeiter", die früher darin untergebracht waren, nach Hause gegangen sind, oder man gibt ihnen eine Kammer neben einem Stall, die sich nicht heizen läßt.
Sie landen in den Städten, in deren Straßen noch die Trümmer der zerbombten Häuser liegen. Wer Glück hat, findet einen Keller in den Ruinen, den noch keiner entdeckte, oder ein halbwegs bewohnbares Zimmer in einem eingestürzten Haus. Dann bemühen sie sich, Geld zu verdienen. ...<<

Oktober 1948

>>Täglich ist meine Schmach mir vor Augen, und mein Antlitz ist voller Scham, weil ich sie höhnen und lästern höre und muß die Feinde und Rachgierigen sehen.<< (Psalm 44, 16-17)

01.10.1948

Jugoslawien: In St. Georgen im Banat wird ab Oktober 1948 ein zweites Altersheim für Volksdeutsche eingerichtet. Die pflegebedürftigen Alten und Kranken werden dort im allgemeinen recht human behandelt und genießen ausreichende ärztliche Fürsorge (x006/115E).
SBZ: In der sowjetischen Zone und im Sowjetsektor Berlins wird am 1. Oktober 1948 der

Deutsche Sportausschuß (DSA) gegründet (x112/601): >>... Nach Bildung der Kreissportausschüsse in allen Kreisen der sowjetischen Besatzungszone gehen wir nunmehr daran, unverzüglich in Dörfern und Städten, insbesondere aber in den großen volkseigenen Betrieben, demokratische Sportgemeinschaften ins Leben zu rufen. In allen Sportgemeinschaften wird ein breites kulturelles Leben entfaltet.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über den "Sport" in der SBZ (x009/412): >>Nach dem Zusammenbruch war jede sportliche Betätigung verboten.

Die Sportvereine wurden aufgelöst, das Vereinsvermögen wurde beschlagnahmt und durch die Sportdezernenten bei den Volksbildungsämtern der Kreise und Gemeinden verwaltet.

Am 1.10.1948 wurde durch den FDGB und die FDJ der Deutsche Sportausschuß (DSA) gebildet. Die sportliche Betätigung wurde immer mehr auf die neu gegründeten Betriebssportgemeinschaften (BSG) verlagert. ...<<

Palästina: Die Münchener Zeitung "Heute" meldet am 1. Oktober 1948 die Ermordung des UN-Vermittlers Bernadotte (x043/340): >>... Graf Folke Bernadotte, ein Neffe des schwedischen Königs und Präsident des Schwedischen Roten Kreuzes, der seit Mai dieses Jahres als UN-Vermittler im Palästina-Streit zwischen Juden und Arabern tätig war, fand am 17. September in Jerusalem den Tod. ...

Nach dem Kriege hatte er ein großzügiges Hilfswerk für die Notleidenden in Deutschland eingeleitet. Im Oktober 1945 reiste er als Vertreter des Schwedischen Roten Kreuzes nach Deutschland, um Hilfsaktionen einzuleiten. ...

Vor einiger Zeit wurde er in Plakaten der illegalen "Stern-Bande" (jüdische Extremisten) aufgefordert, seine Vermittlerrolle aufzugeben. Es folgten offene Morddrohungen. Aber Bernadotte ließ sich nicht einschüchtern. ... Kurze Zeit später ereilte ihn in Jerusalem die tödliche Salve aus einer Maschinenpistole. ...<<

02.10.1948

WBZ: Thomas Dehler (1897-1967, seit 1946 Landesvorsitzender der bayerischen FDP, 1948-49 Mitglied des Parlamentarischen Rates) fordert am 2. Oktober 1948 (x112/601): >>Wir wollen keine Bestandsaufnahme unserer Ohnmacht machen, sondern die Form schaffen, in der das deutsche Volk wieder Macht über sich selbst gewinnt. ...<<

05.10.1948

SBZ/Ostpreußen: Vertreibungstransport aus Königsberg/Ostpreußen nach Dessau – Erlebnisbericht der G. K. (x002/865, x010/193): >>Wir waren so manche Stunden gefahren, als wir anhielten. Wir mußten den Zug verlassen und uns draußen aufstellen. In dieser Zeit ging polnisches Militär durch den Zug und durchsuchte ihn. Auf den Wagen und unter den Wagen wurde alles abgesucht. Dann rief uns ein Pole einzeln auf, und wir konnten wieder einsteigen. Hier hatten die Polen alles durcheinander geworfen, aber es fehlte nichts. ...

Am Morgen kamen wir nach Bartenstein. Ein Pole, der auf unseren Wunsch hin eine Flasche Wasser holte, fragte uns, warum wir nicht für Polen optieren wollten.

Ab Bartenstein hatten wir deutsche Lokführer und Zugschaffner. Im Zug befanden sich eine Ärztin und 25 Schwestern. So fuhren wir über Stolp, Stettin und Prenzlau. In Pasewalk wurden wir zur Bekämpfung von Läusen mit Pulver bespritzt. Hier gab es auch Kaffee und Suppe für alte Leute und Kinder. Über Stendal und Magdeburg kamen wir nach einer Gesamtfahrzeit von 6 Tagen am 5. Oktober 1948 in Dessau an. In Dessau wurden wir hin und her rangiert, so daß schon wieder manche meinten, daß es zurückginge. Schließlich hielten wir. Eisenbahner kletterten am Zug entlang und teilten uns mit, daß wir am Ziel wären.

Darauf sangen die älteren Leute den Choral: "Nun danket alle Gott ...". Es war 12 Uhr nachts. ... Das Gepäck wurde auf Lastwagen verladen. Wir marschierten dann ... in ein Barackenlager ...<<

06.10.1948

Jugoslawien: Pater Wendelin G., der sich jahrelang um die seelsorgerische Betreuung der internierten Jugoslawien-Deutschen und die Organisation von Hilfsaktionen bemühte, wird wegen "politischer Spionage" zu 14 Jahren Zwangsarbeit verurteilt.

"Altersheim" in Karlsdorf – Erlebnisbericht des Pfarrers Kornelius W. (x006/611): >>Meine Versetzung nach Zitiste (St. Georgen an der Bega) - Anfang Oktober 1948 - nahm ich mit recht gemischten Gefühlen auf.

Hier in Karlsdorf war man schon eingelebt; hier wußte man, was man hatte. Zitiste aber stand dunkel vor uns. Außer mir wurde noch ein junger katholischer Priester, Stefan Sch., mit ungefähr 50-60 alten Leuten nach Zitiste geschickt. Wir sollten in Zitiste ein neues "Altenheim" aufbauen.

Als wir dort ankamen, wurden wir vom dortigen Direktor mit einer recht scharfen Rede in Empfang genommen. Er sagte unter anderem, daß niemand das Lager verlassen dürfe. Alle unsere Klamotten mußten wir in die Magazine geben. Nur das Allernotwendigste durfte mit in die Zimmer genommen werden. Nur, wer je im Lager war, weiß, was dem armen Gefangenen seine kleine Habe bedeutet. Man klebt daran, es ist das "ein und alles"! Wir konnten und wollten uns daher nicht von unseren Habseligkeiten trennen. Aber wohin damit?

Unter die Betten sollte nichts getan werden, und sonst durfte in den Zimmern auch nichts herumliegen. Schließlich einigten wir uns dahin, daß wir unsere Klamotten aufteilten und jeder einen Teil ins Magazin abführte. Ich erhielt die Schlüssel zum Magazin und war verantwortlich dafür, daß dort alles ordentlich aufbewahrt wurde. Dort waren aber recht viele Ratten; die gingen alsbald ans Werk und zerfraßen dies und das. Unsere Leute wurden unzufrieden.

Einer nach dem anderen trat mit der Bitte an mich heran, er möchte doch verschiedene Sachen aus dem Magazin herausholen. Und das Ende der Geschichte war, daß wir hernach doch fast all unsere Habe in unseren Zimmern hatten. Nur einige Lumpen blieben in Gewahrsam. ...<<

Berlin: Die Westberliner Militärregierungen ordnen am 6. Oktober 1948 an, rd. 350.000 Raummeter Holz zu fällen, um Brennstoffe für den Winter zu erhalten.

Der Waldbestand im Westen Berlins wird der dadurch bis Januar 1949 um zwei Drittel reduziert (x112/603).

07.10.1948

Berlin: Der Parteivorstand der KPD erklärt am 7. Oktober 1948 (x112/603): >>Die demokratische Ordnung in Westdeutschland kann ... nur durch den revolutionären Massenkampf errungen werden. ...

Die Theorie von dem "besonderen deutschen, relativ friedlichen Weg zum Sozialismus" ist darum falsch.<<

08.10.1948

Ostdeutschland: Kreis Hohensalza in Westpreußen – Erlebnisbericht der F. K. (x002/500): >>Am 8. Oktober 1948 gab es noch einmal einen Arbeitsplatzwechsel. Gott, sei Dank!, denn meine Arme und Hände konnten die bisherigen übermäßigen Strapazen nicht mehr bewältigen.

Nun kamen wir auf das Gut Kaluda Wielka, Kreis Hohensalza. Hier bekam ich dann gleich eine Nervenlähmung. Ich konnte keinen Finger mehr rühren, hatte aber furchtbare Schmerzen in Armen und Händen. ... Der Gutsgärtner holte mich in den Garten. Er war sehr nachsichtig, gerade das Gegenteil von allen anderen. Ich sollte langsam arbeiten, nur wie es ginge. Ich fing langsam an, und es ging allmählich immer besser. Er lud mich zu seiner Frau ein, und ich half ihr in meiner freien Zeit, welche ich hier hatte, und genoß viel Gastfreundschaft ...<<

Jugoslawien: "Altersheim" in Zitiste bzw. St. Georgen an der Bega – Erlebnisbericht des Pfarrers Kornelius W. (x006/611-612): >>Mein Kollege Pfarrer Sch. und ich hatten gleich am zweiten Tag unseres Aufenthaltes in Zitiste ein Zimmer für uns allein bekommen, und so be-

stand dann für uns keinerlei Verbot mehr. Wir nahmen all unsere Sachen aus dem Magazin zu uns, und Vlado, der Herr Direktor, sagte kein Wort.
Zu uns war Vlado immer gut; abends lud er uns zu sich ein. Dann hörten wir Radio - alle möglichen Sender -; so waren wir denn hinfort über die Geschehnisse in der "großen Welt" bestens unterrichtet. Vlado, ein Dalmatiner, machte auch des öfteren eine dalmatinische Nationalspeise und bewirtete uns. Wenn wir Pakete erhielten, so revanchierten wir uns bei Vlado und luden ihn zu uns ein. Und Vlado kam! Später verging kein Tag, an welchem Vlado nicht zu uns gekommen wäre.
Wir hatten auch hier in Zitiste unsere eigene Heimküche. Hier waren lauter bezahlte Kräfte tätig: eine Köchin und 2 Gehilfinnen. Unsere alten Frauen halfen aber auch sehr oft mit, damit alles reibungslos ging. Jeden Morgen gingen wir mit Vlado in das Lebensmittelmagazin, dann faßten wir die Lebensmittel für den ganzen Tag, manchmal auch gleich für 2 Tage auf einmal. Das Brot wurde mittags von einem Bäcker gebracht, es war ein Mischbrot aus Weizen und Maismehl, aber meistens (war das Brot) gut. Überhaupt konnte man die Verpflegung in Zitiste "aufs ganze gesehen" gut nennen.
In Zitiste hatten unsere lieben Alten wenig oder nichts zu tun. Von Zeit zu Zeit hieß es, den großen Hof in Ordnung zu bringen; dann mußten wir die frühere Lagerbäckerei in Ordnung bringen und uns einige Wochen hindurch das Brot selber backen. Aber Vlado kam bald wieder davon ab, und so konnten denn unsere Alten ein stilles, geruhsames Leben führen. Für uns (Pfarrer) gab es ebenfalls nicht viel zu tun. Ich ging täglich 2mal zur Post. Die amtliche Post wurde in der Kanzlei abgegeben, die private Post wurde gleich im Heim ausgeteilt. In den ersten Tagen zensurierte (prüfte) Vlado unsere Post, hernach kümmerte er sich nicht mehr darum. Unsere Alten durften auch in das Dorf gehen; nur das Betteln war "wegen des guten Rufes unseres Heimes" strengstens untersagt.
Über ein Ding ärgerte sich Vlado oft. Jede alte Frau hatte unter ihrem Bett eine größere oder kleinere Dose für die "kleine Not". Diese Dosen verbreiteten in den Zimmern recht oft nicht gerade "gute Luft". Vlado ... sagte des öfteren, bei ihnen in Dalmatien habe man das Klo nicht in der Stube.
Zitiste lag an der Bega und war durch eine Schmalspurbahn mit der übrigen Welt verbunden. Die kleine Lokomotive nannten sie "Ciro". Oft gingen S. und ich zum Bahnhof und schauten uns die "majestätische Anfahrt" des "Ciro" an. Das war für uns in Zitiste: das Erlebnis! Täglich kam und ging ein Zug. –
Unser Altenheim war in einem früheren Schloß. Hier war aber schon vorher Jahre hindurch ein Lager, und so hatten denn diese Gebäude arg gelitten. Auch der einst herrschaftliche Park sah recht verwahrlost aus, aber trotzdem "lustwandelte" ich oft und gern darin.<<
WBZ: Konrad Adenauer schreibt am 8. Oktober 1948 (x095/82-83): >>... Wie Sie wissen, tagt in Bonn der Parlamentarische Rat der drei Westzonen. Er hat u.a. die Aufgabe, den Entwurf einer Verfassung für die drei Westzonen fertigzustellen. Er wird sich daher mit der Frage beschäftigen, welche Stadt Sitz des Bundesparlaments und der Bundesregierung sowie evtl. auch des Bundespräsidenten werden soll. Frankfurt bewirbt sich sehr intensiv darum. Auf der anderen Seite wünschen das Land Nordrhein-Westfallen und die Stadt Bonn, daß Bonn Sitz werde.
Ich persönlich bin der Auffassung, daß, auch vom Standpunkt der Westmächte aus gesehen, Bonn Frankfurt vorzuziehen ist, weil die alten traditionellen Verbindungen zwischen dem rheinischen Westen und den westlichen Nachbarn Deutschlands stärker sind als die Beziehungen zwischen Frankfurt und den westlichen Nachbarn.
Ich bin ferner der Auffassung, daß es für die Arbeit des künftigen Bundesparlaments und der Bundesregierung besser ist, wenn sie in einer verhältnismäßig kleinen Stadt, wie Bonn es ist, ihren Sitz haben, statt in dem lärmenden Frankfurt.

Die Freunde des Planes, Bonn zum Sitz zu machen, befürchten nun, daß durch Dispositionen der belgischen Besatzungstruppen, von denen man spricht, die aber noch nicht endgültig getroffen sind, größere Bauten in Bonn, die für das Bundesparlament und die Bundesregierung, für Gesandtschaften usw. gebraucht würden, beschlagnahmt würden. ...<<

09.10.1948

WBZ: Das Landesgrenzpolizeikommissariat Marktredwitz berichtet am 9. Oktober 1948 über den Abschub von Sudetendeutschen nach Bayern (x005/540-541): >>1. Während anfänglich durch die verstärkte Grenzüberwachung eine geringe Abnahme der Grenzübertritte durch Sudetendeutsche zu verzeichnen war, sind diese nunmehr wieder im Ansteigen begriffen.

Durch die schärfere Überwachung der Grenze sowie durch die vermehrten Zurückweisungen sind sowohl die tschechischen Grenzüberwachungsorgane als auch die Volksdeutschen selbst dazu übergegangen, ihre Schwerpunkte für den Grenzübertritt ständig zu wechseln und zum Teil in Grenzabschnitte zu verlegen, die bisher nicht durch illegale Grenzübertritte berührt waren.

2. Der Abschub der Sudetendeutschen aus der CSR wird von den tschechischen Stellen offensichtlich nach wie vor betrieben, und es laufen ständig organisierte Transporte im tschechischen Grenzgebiet, besonders im Raum gegenüber dem GPP (Grenzpolizeiposten) Neuhausen, ein. Wie festgestellt wurde, werden nicht nur Volksdeutsche aus Lagern, die zur Auflösung gelangen, sondern auch andere, die sich noch in Einzelunterkünften befinden und über Zuzugsgenehmigungen verfügen, zur Aussiedlung erfaßt. U.a. kamen die Volksdeutschen aus der Gegend von Braunau, Komotau, Elbogen, Neusattel, Chodau usw.

Bemerkenswert ist hierbei wieder, daß die Transporte fast ausschließlich von Volksdeutschen selbst organisiert waren. So hat beispielsweise den Transport aus Braunau eine Sudetendeutsche mit Namen R., wohnhaft in Märzdorf (CSR) geleitet und angeblich als Transportkosten pro Familie einen Betrag von 6.000 Tschechenkronen erhoben. Den Transport aus Komotau organisierte und leitete ein Sudetendeutscher mit Namen K., der sich 2.000 Tschechenkronen pro Familie zahlen ließ. K. war übrigens schon vor längerer Zeit über den Grenzpolizeiposten Neuhausen ausgesiedelt worden und befindet sich nunmehr wieder in der CSR.

Wie die Ausgewiesenen berichten, sind sie angehalten von den organisierten Transporten möglichst nichts zu erzählen, da sie sonst Gefahr laufen, wieder zurückgeschickt zu werden.<<

Großbritannien: Winston Churchill spricht am 9. Oktober 1948 auf dem Parteitag der britischen Konservativen über strategische Fehler der westlichen Alliierten (x112/604): >>... Die Staaten der westlichen Welt hätten mit ihren großen Rückzügen in Deutschland warten sollen, bis die Armeen von West und Ost auf einer Linie quer durch Deutschland zusammengetroffen wären. Es wäre auch klüger und vorsichtiger gewesen, wenn man es den britischen Truppen gestattet hätte, in Berlin einzuziehen, was durchaus möglich gewesen wäre, und wenn die amerikanischen Panzerdivisionen Prag besetzt hätten, zumal dies nur Sache einiger weniger Stunden gewesen wäre.

Ich und meine Kollegen aller Parteien sahen zu jener Zeit voraus, daß die Armeen der Demokratie im Sonnenglanz des Sieges dahinschmelzen würden, während die Streitkräfte des totalitären Despotismus in gewaltigem Ausmaß und für unbestimmte Zeit unter den Waffen gehalten werden konnten.<<

10.10.1948

SBZ/Ostpreußen: Vertreibung aus dem Kreis Labiau – Erlebnisbericht der M. P. (x002/866-867): >>(Wir) erhielten schließlich am ... 10. Oktober 1948 den Befehl, unsere Sachen zu packen und in 20 Minuten zum Abmarsch fertig zu sein.

Dann mußten wir uns ... an der Kirche sammeln. Beim Verlassen unseres Zimmers standen die 3 Russenfamilien, die inzwischen in unserem Haus einquartiert waren, ... und noch einige

Russen von außerhalb bereit, um über die paar Möbel und Habseligkeiten herzufallen, die wir zurückließen. Noch einmal schauten wir uns um. Ein Schaudern lief uns über den Körper, wie wüst sah unsere Heimat aus.
An der Kirche hatte sich schon der größte Teil der Deutschen versammelt. Niemand fiel der Abschied schwer. Dann fuhren die Autos vor, mit denen wir so lange Holz gefahren hatten. Wir kamen mit dem ersten Schub mit. Noch einmal erfaßte unser Blick die Kirche. Sie war von außen fast unbeschädigt, doch drinnen hatte diese Meute sich einen Kino- und Tanzsaal hergerichtet. Das Kreuz ... auf dem Turm hatte sie gestört. Sie hatten 1.000 Rubel für denjenigen ausgesetzt, der das Kreuz herunterholte. Da sich daraufhin niemand meldete, hatte man es einfach abgeschossen.
Unsere Autos setzten sich in Bewegung. Still und ohne Tränen verließen wir unsere Heimat. Im Labiauer Schloß wurden wir ausgeladen und mußten hier noch eine Nacht zubringen. Am nächsten Tage wurde uns noch unser rückständiger Arbeitslohn ausgezahlt, und dann ging es weiter nach Königsberg zum Güterbahnhof. Dort waren in der Vorhalle Stoffe, Schuhe, Lebensmittel und allerlei Sachen ausgestellt, die wir in all den Jahren nicht gesehen hatten. Hier hieß es, in 20 Minuten einkaufen, die Rubel müssen jetzt ausgegeben werden. Wenn auch alles sehr teuer war, so konnten wir doch manches notwendige Stück erstehen und auch einige langentbehrte Sachen wie Schinken und Käse einkaufen.
Dann hieß es, durch die Sperre gehen. Wir waren voller Mißtrauen, weil wir dachten, hier würde uns doch wieder alles abgenommen. Doch so schlimm war es nicht. Vater durfte unbehelligt durchgehen. Meine beiden Schwestern und ich mußten unsere Rucksäcke durchsuchen lassen. Wir wurden am ganzen Körper abgetastet, dann durften wir auch gehen. Auf dem Bahnhof stand ein Güterzug bereit. Dort wurden 46 Personen in einen Wagen gesteckt. Dann standen wir noch einen Tag lang. Erst am anderen Morgen setzte sich der Zug in Bewegung. Kurz vor der polnischen Grenze wurde der Zug verplombt.
Nach 7tägiger Fahrt gelangten wir über Pasewalk in Pommern nach Pirna in Sachsen. Hier mußten wir noch eine 14tägige Quarantänezeit durchmachen.<<

WBZ: Der französische Außenminister Robert Schuman (1886-1963) bezeichnet es am 10. Oktober 1948 in Koblenz als selbstverständlich, daß Westdeutschland ein Teil der Europa-Union werden müsse (x112/605).

11.10.1948

Jugoslawien: Adalbert Graf von Neipperg (1890-1948, Abt des katholischen Benediktiner-Ordens) schreibt am 11. Oktober 1948 im Kriegsgefangenenlager 233 in Werschetz (x130/-237): >>Bei aller angebrachten Skepsis in allzu große Erwartungen hoffe ich doch auf eine Repatriierung für mich im Dezember – sollte es früher sein (ich bin unter den 20 Ältesten und nicht arbeitsfähig, und die sollen berücksichtigt werden!) tant mieux (um so besser) – wird es später, werde ich darüber auch die Ruhe nicht verlieren! Aber je eher desto besser – schon meiner guten Mutter willen, für die jeder Tag Erdenleben ja eine besondere Gnade ist!
Und dann muß ich sagen, daß meine Sehnsucht, endlich nach 10 Jahren wieder ins Kloster zu kommen, zu Chor und Zelle und brüderlicher Gemeinschaft, immer mehr wächst. ...
Meine Ausgeherlaubnis genieße ich sehr. ... Gestern war ich zum ersten Mal in der großen katholischen Kirche zum Hochamt – die heilige Messe in einer richtigen Kirche gefeiert zu sehen, ist nach über drei Jahren "Notkirche" besonders schön.<<

WBZ: Der Bonner Oberstadtdirektor Johannes Langendörfer (1891-1985) erklärt am 11. Oktober 1948 (x112/605): >>Bundestag und Bundesrat könnten im Gebäude der Pädagogischen Akademie untergebracht werden. Die Lösung bedingt lediglich den Neubau eines Plenarsitzungssaales für den Bundestag. Dieser Saal kann entweder durch Ausbau der bereits vorhandenen großen Turnhalle oder durch Neubau hergestellt werden. In beiden Fällen ist die Erstellung in 6 Monaten möglich. ...<<

13.10.1948

SBZ: Adolf Hennecke stellt am 13. Oktober 1948 in der Kohlengrube "Karl Liebknecht" einen neuen Förderrekord auf.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über Adolf Hennecke (x009/178-179): >>... 1946 Mitglied der SED, 1947 nach dem Besuch der SED-Parteischule in Meerane von Oberst Tulpanow (SMAD) auserlesen, der deutsche Stachanow (sowjetischer Bergarbeiter, der im Jahre 1935 die Leistungsnorm um das 14,5fache übertraf) zu werden. Nach sorgfältiger technischer Vorbereitung förderte Hennecke am 13.10.1948 in einem für den Abbau besonders günstigen Stollen der Grube "Karl Liebknecht" im Zwickauer Kohlenrevier ... 387 % des bis dahin üblichen Tagessolls ...

Dieser unechte Förderrekord wurde zum Anlaß genommen, die sowjetischen Stachanow-Methoden auf deutsche Arbeitsverhältnisse zu übertragen und in allen Betrieben die Arbeitsnormen zu erhöhen. Hennecke wurde Nationalpreisträger, verdienter Bergmann. ... Abteilungsleiter im Ministerium für Schwerindustrie. ... <<

14.10.1948

WBZ: US-Militärgouverneur General Clay gibt am 14. Oktober 1948 bekannt, daß weitere 110 Todesurteile aus den Dachauer Prozessen vollstreckt werden sollen (x112/607).

16.10.1948

SBZ: Die SED-Zeitung "Neues Deutschland" meldet am 16. Oktober 1948 (x156/49-50): >>Kumpel Hennecke weit voraus!

In der Grube "Karl Liebknecht" vom Steinkohlenwerk "Gottes Segen" in Zwickau hat der Kumpel Adolf Hennecke in einer Sonderschicht am 13. Oktober eine beispielgebende Leistung vollbracht, die die Aktivistenbewegung auf eine höhere Stufe stellt. Er förderte während seiner Achtstundenschicht mit dem Preßlufthammer 24,4 cbm Steinkohle, was bei einer Arbeitsnorm von 6,3 cbm je Schicht 380 % des Tagessolls bedeutet. Damit hat Hennecke die Leistungen der besten Häuer um 200 Prozent übertroffen.

Bei seiner Ausfahrt wurde Hennecke von den Kumpels, die sich vor der Anlage des Schachtes versammelt hatten, zu seiner außerordentlichen Leistung beglückwünscht. In einer Betriebsversammlung unter freiem Himmel wurde Hennecke von der Betriebsgewerkschaftsleitung und der Revierdirektion ausgezeichnet. Der Häuer Hennecke ist bereits seit 26 Jahren in derselben Grube tätig und seit August als Instrukteur für die Arbeitsaktivisten eingesetzt, die durch sein Vorbild auf über hundert angewachsen sind.

... Er arbeitete vor Ort unter normalen Arbeitsverhältnissen in Einmannschicht, d.h. Förderung und Beladung wurden von ihm allein verrichtet. Hennecke übertraf sein Sondersoll und erreichte 380 %. Er erklärte zu seiner Leistung, daß bei richtiger Organisation des Arbeitsprozesses seine Leistung noch von manchem Kameraden nicht nur erreicht, sondern auch überschritten werden kann. Voraussetzung dazu ist die richtige Organisation des Arbeitsprozesses. Wie die Betriebsleitung des Steinkohlenwerkes mitteilt, haben bereits 3 weitere Kumpels eine Sonderschicht angemeldet.

Die Leistung des Häuers Adolf Hennecke ist der lebendige Beweis, daß es zur Erfüllung des Zweijahresplanes, zur Erfüllung der großen lebensnotwendigen Aufgabe der Produktionssteigerung vor allem der wirklichen Aktivisten der Arbeit bedarf. ... Und vor allem – muß man wissen wofür. Der Aktivist Adolf Hennecke weiß es! – Mit dem hier im Zwickauer Bergrevier erzielten Abbaurekord von 380 % der Norm ist der Anfang zu einer Aktivistenbewegung der höheren Stufe, die man eine "Hennecke-Bewegung" nennen könnte, gemacht worden.<<

17.10.1948

SBZ: Das Zentralkomitee der SED beglückwünscht am 17. Oktober 1948 den erfolgreichen Aktivisten Hennecke per Brief zu seiner herausragenden Leistung (x156/50-51):

>>Lieber Genosse Hennecke!

Mit großer Freude haben wir von Deiner wegeisenden Tat erfahren. 380 % des Tagessolls – 24,4 Kubikmeter Steinkohle in einer Schicht – ist eine revolutionierende Leistung zur Erfüllung des Wirtschaftsplanes und eine schlagende Antwort auf die Marshallplanpolitik im Westen!
Du sagst, Deine Leistung sei nichts Besonderes – sie ist aber das krönende Ergebnis eines wohlüberlegten, mit eisernen Willen verfolgten Planzieles. ...
Du bist damit zum Vorbild unserer jungen Aktivistenbewegung geworden, um Dich stehen ebensolche Helden wie Du, denen wir gleich Dir die Hand drücken. ...
Wenn die Bewegung dazu führt, daß alle Kumpels ihre Leistungen um einen hohen Prozentsatz steigern, wird Deine Tat ihre wahre Bedeutung erreichen. Darum geht es jetzt, neben den Spitzenleistungen die Durchschnittsproduktion pro Kopf zu steigern, damit eine weitgehende Übererfüllung des Plansolls im deutschen Bergbau erreicht wird. Wir wissen, daß Kumpels und Genossen wir Ihr diese Aufgabe vollbringen werden. Ihr werdet damit das führende Beispiel für andere Wirtschaftszweige geben.
Dir lieber Genosse Hennecke, gebührt unser Dank und die besten Wünsche für die Erfüllung Deiner weiteren Pläne. Dir und Deinen Kumpels sowie der ganzen Grube "Karl Liebknecht" unsere besten sozialistischen Grüße!
Mit herzlichem Glückauf! ...<<
Der deutsche Historiker Wolfgang Leonhard (1921-2014) berichtet später über die "Hennecke-Bewegung" (x156/51-52): >>Die Sowjetisierung ging mit riesigen Schritten voran. Nachdem die Theorie des besonderen Weges zum Sozialismus verurteilt, die "Geschichte der KPdSU" zur Grundlage alle Lehrpläne gemacht, die Kritik- und Selbstkritikabende nach sowjetischem Muster eingeführt worden waren, wurde Mitte Oktober 1948 getreu nach sowjetischem Muster der deutsche Stachanow "entdeckt".
Am 13. Oktober hatte Adolf Hennecke in einem Stollen der Grube Karl Liebknecht im Zwickauer Kohlenrevier das bisher übliche Tagessoll um 380 Prozent überboten. Dies wurde – ähnlich wie 1935 bei Stachanow – sofort zum Ausgangspunkt einer mächtigen "Bewegung" gemacht. Ich erinnerte mich noch gut, wie wir in der Sowjetschule den Rekord Stachanows vom 31. August 1935 im Irmino-Schacht bei Stalino – Stachanow hatte die Norm mit 1.400 % erfüllt – bis zum Überdruß durchgenommen hatten.
Bei Hennecke war man bescheidener. Er hatte die Norm nicht mit 1.400 %, sondern nur mit 380 % erfüllt. Sonst war alles ebenso.
In der Sowjetunion hatte ich allmählich ein wenig über die Hintergründe der Stachanow-Bewegung erfahren: Wie lange man ein bestimmtes Arbeitsgebiet vorbereitet, besonders günstige Arbeitsbedingungen schafft, eine ganze Brigade damit beschäftigt, Zubringerdienste zu leisten, um dann den "Rekord" zu brechen. Ich hatte keine Illusion mehr darüber, und doch war ich erstaunt, mit welch nüchterner Offenheit wir auf einer internen Lehrerbesprechung von Rudolf Lindau über die beginnende Hennecke-Bewegung informiert wurden:
"Wir wollen hier ganz offen sprechen. Wir befinden uns jetzt in der Zeit, da es sich als notwendig erweist, durch eine besondere Bewegung eine neue Einstellung zur Arbeit, einen neuen mächtigen Aufschwung der Arbeitsproduktivität zu erzielen. Solche Dinge gehen natürlich nicht spontan, sondern müssen sorgfältig geplant und organisiert werden. Bereits vor mehr als 2 Monaten haben die Besprechungen darüber begonnen. Es mußte zunächst die Frage geklärt werden, in welchem Teil der Zone der Ausgangspunkt einer solchen Bewegung zu liegen habe.
Nach längeren Diskussionen entschied man sich, diese Bewegung in Sachsen ins Leben zu rufen. Danach wurde die Entscheidung über den Industriezweig getroffen. Ähnlich wie in der Sowjetunion wurde der Bergbau als günstigster Ausgangspunkt erkannt. Sollte man nun einen jüngeren oder einen älteren Arbeiter zu dieser Funktion auswählen?

In der Sowjetunion hat man sich für einen Komsomolzen entschieden. Bei uns in der Zone liegen die Dinge anders. Die jüngere Generation der Arbeiter wird leichter für eine Aktivistenbewegung zu gewinnen sein. Bei uns ist die Hauptfrage, einen Umschwung bei den älteren Industrie- und Facharbeitern zu erreichen. Daher wurde festgelegt, einen älteren Arbeiter auszuwählen.
... Nach eingehenden Beratungen entschied man sich für ein SED-Mitglied, um damit die Rolle der Partei in dieser wichtigen Frage deutlich zu unterstreichen. ...
Bei dieser Sicht stieß man auf Adolf Hennecke, der den gewünschten Anforderungen entsprach. Er ist jetzt 43 Jahre alt, seit über 20 Jahren im Bergbau, Mitglied unserer Partei und hat auch eine SED-Parteischule besucht.
Unerwartet gab es jedoch eine Schwierigkeit: Adolf Hennecke wollte zunächst nicht. Er fürchtete, seine Arbeitskollegen würden ihm diese Rolle übelnehmen. Erst als ihm die politische Bedeutung und auch seine eigenen Aufstiegsmöglichkeiten klargemacht wurden, erklärte er sich bereit, die Aufgabe zu übernehmen.
Am 13. Oktober erfolgte dann sein Rekord, und damit stehen wir nun am Ausgangspunkt einer Aktivistenbewegung."
Einige Tage später erschien ein Brief des Zentralsekretariats über Adolf Hennecke in allen Zeitungen der Sowjetzone. Es wurde von seiner "wegweisenden Tat" gesprochen, von seiner "revolutionären Leistung zur Erfüllung des Wirtschaftsplanes", "die eine schlagende Antwort auf die Marshallplan-Politik im Westen" sei. Da ich wußte, wie die Sache wirklich vor sich gegangen war, wurde ich schamrot, als ich den Brief las:
"Hieraus geht klar hervor, daß Deine Tat als Ergebnis der in Dir lebendig gewordenen Tradition der deutschen Arbeiterbewegung, wie sie sich unter anderem in Karl Liebknecht, dessen Namen Deine Grube mit Stolz trägt, verkörpert. Sie ist das Ergebnis des sozialen Verantwortungs- und höchsten Pflichtbewußtseins gegenüber Deiner Partei, Deiner Klasse und unserem Volk".<<

18.10.1948

Ostdeutschland: Gefängnis in Fordon bei Bromberg, Westpreußen – Erlebnisbericht der Bäuerin Berta P. (x002/479-480): >>16 Monate war ich dort. Am 18. Oktober 1948 waren meine 3 Jahre um, und ich dachte, jetzt würde ich entlassen. O nein, so war es aber nicht. Ich wurde aus der Zelle herausgeholt, wurde unten im Keller in den Kleiderraum geführt, mußte die Gefängniskleider ausziehen, bekam meine Kleider und ein kleines Bündel.
In dem Bündel befand sich, was ich von anderen Gefangenen bekommen hatte, ein Hemd, ein paar Schlüpfer und Stoffreste zum Flicken. Als man mich damals verhaftete, hatte ich nichts mitnehmen dürfen. ... Ich kam in eine kleine Zelle im Keller, nur ein Kübel zum Austreten war darin. Dort mußte ich bis zum Nachmittag des folgenden Tages bleiben. ... Ich mußte ohne Decke auf dem Fußboden liegen, nur das kleine Bündelchen als Kopfkissen. Als ich morgens aufstand, war ich ganz steifgefroren.
Wir - 4 Frauen - wurden nach Potulice bei Bromberg gebracht, bis Nakel (fuhren wir) mit der Bahn und dann (gingen wir) eine gute Stunde zu Fuß. Dort standen Baracken an Baracken für ungefähr 12.000 Deutsche.<<

WBZ: US-Präsident Truman erklärt am 18. Oktober 1948 in Miami (x112/608): >>Wir werden immer für den Frieden wirken; dagegen wird unser Land niemals zu einem Kompromiß über die Grundsätze der Freiheit und der Menschenrechte bereit sein. ...<<

20.10.1948

WBZ: Der Parlamentarische Rat legt am 20. Oktober 1948 in Bonn den ersten Entwurf von insgesamt 127 Artikeln des künftigen Grundgesetzes für Westdeutschland vor.

21.10.1948

WBZ: Der Frankfurter Oberbürgermeister Walter Kolb (1902-1956) wirbt am 21. Oktober

1948 für die neue Bundeshauptstadt Frankfurt (x112/610): >>... Die geschichtliche Vergangenheit der Stadt Frankfurt ist bekannt. Frankfurt war die Krönungsstadt des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation, und in Frankfurt trat 1848 die erste zentrale Institution der deutschen Demokratie in Gestalt der Nationalversammlung in der Paulskirche zusammen. Diese historische Tradition macht den Namen Frankfurt zum Symbol der deutschen Einheit und der deutschen Demokratie.
Keine andere Stadt Deutschlands, insbesondere der Westzonen, verkörpert in dieser Weise einen nationalen demokratischen Wert. Schon der Begriff Frankfurt drückt die politische Bedeutung der angestrebten deutschen demokratischen Einheit aus.<<

22.10.1948

Ostdeutschland: Internierungslager Potulice bei Nakel, Westpreußen – Erlebnisbericht der Paula K. (x002/869): >>Am 22. Oktober 1948 verließen wir das Lager und mußten unter schärfster Bewachung bis Nakel marschieren.
Dort bekamen wir noch einmal Verpflegung und wurden dann mit einem Transportzug nach Deutschland in die russische Zone befördert.
Da mein Mann aber in der Westzone war, machte ich mich bald auf den Weg und ging mit meinen Kindern an der Hand bei Nacht und Nebel schwarz über die Zonengrenze und kam am 28. November 1948 müde und erschöpft in Varel (Niedersachsen) an.<<

SBZ: Der "Deutsche Volksrat" veröffentlicht am 22. Oktober 1948 den "Entwurf einer Verfassung für die Deutsche Demokratische Republik" (x156/64-65): >>Der deutsche Volksrat ist die einzige legitime Repräsentation des deutschen Volkes. Er fordert hiermit die Verwirklichung des Rechtsanspruchs des deutschen Volkes auf die Gestaltung seines staatlichen und gesellschaftlichen Lebens, die Schaffung einer freien, demokratischen Republik und den Abschluß eines Friedensvertrages.
Er hat die konkreten Maßnahmen zur Beschreitung dieses Weges unternommen, legt hiermit dem deutschen Volk den Entwurf einer Verfassung für die Deutsche Demokratische Republik vor und stellt ihn zur freien Diskussion. Auf dem dritten Volkskongreß wird die Bilanz dieser Diskussion gezogen werden und diese Verfassung zur Beratung stehen.
Im Gegensatz zu dieser Ausübung des Selbstbestimmungsrechtes des deutschen Volkes zeigen die Verhandlungen des sogenannten Parlamentarischen Rates in Bonn, daß hier nicht nur die Einheit der deutschen Nation, sondern auch die Demokratie preisgegeben werden. Die in Bonn ausgearbeitete Verfassung für den westdeutschen Staat dient dem Versuch, das deutsche Volk unter die Macht zu beugen, die sich die westlichen Besatzungsmächte entgegen den Verpflichtungen von Jalta und Potsdam angeeignet haben. Das Bonner Statut nimmt sowohl den Zustand der Besatzung als auch die Usurpation des größten Teiles der deutschen Wirtschaft durch ausländische Machthaber bedingungslos hin.
Die in ihm festgelegten Befugnisse deutscher Organe und Rechte deutscher Bürger widersprechen den Interessen des deutschen Volkes. Das zu errichtende westdeutsche Staatswesen ist ein Vasallenstaat und der Willkür fremder Mächte unterworfen. Ein Besatzungsstatut kann weder die Freiheit Deutschlands noch die seiner Bürger herstellen. Es bestätigt und verewigt nur den Zustand der Besatzung.
Die Verfassung für die Deutsche Demokratische Republik kann nicht aus der Befehlsgewalt von Besatzungsmächten geboren werden, sondern sie muß dem eigenen und freien Willen des gesamten deutschen Volkes entspringen. Zu dieser Willensbildung ruft der Deutsche Volksrat das gesamte deutsche Volk auf.<<
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die Verfassung der DDR (x009/454-455): >>Die Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik hat als Staatsgrundgesetz eine völlig andere Bedeutung als die Verfassung demokratischer Staaten. ...
Die Verfassung ist nicht aus einer gewählten verfassunggebenden Versammlung hervorgegan-

gen. Diese Rolle maßte sich vielmehr ein aus dem Zweiten Volkskongreß ... hervorgegangener "Deutscher Volksrat" an, dessen Mitglieder aus Delegierten der Parteien und Massenorganisationen bestanden. Er ließ durch einen Verfassungsausschuß den "Entwurf einer Verfassung für die Deutsche Demokratische Republik" ausarbeiten, der am 22.10.1948 veröffentlicht wurde. ...
Die Verfassung ist in ihrem Wortlaut weitgehend der Weimarer Reichsverfassung nachgebildet. So erscheint deren Art. 1 Abs. 2: "Die Staatsgewalt geht vom Volke aus" in der Fassung: "Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus" (Art. 3 Abs. 1). Auch das Bekenntnis zu dem Grundgesetz freier Wahlen ist in der Verfassung der DDR in fast die gleichen Worte gekleidet wie in Art. 22 der Weimarer Reichsverfassung: "Die Abgeordneten werden in allgemeiner, gleicher, unmittelbarer und geheimer Wahl ... gewählt (Art. 51 Abs. 2).
Insbesondere haben die Vorschriften über die Grundrechtsartikel der Weimarer Verfassung als Vorbild gedient; sie stimmen z.T. fast wörtlich überein. Wie die entsprechenden Normen des Grundgesetzes sind diese Artikel unmittelbar geltendes Recht.
Ihr Sinngehalt ist jedoch ein völlig anderer als der gleichlautender Formulierungen der Verfassung rechtsstaatlicher Demokratien. Denn die volksdemokratische Ordnung kennt nur das Primat der Gemeinschaft, nicht dagegen die Freiheit des einzelnen um des einzelnen willen. So ist auch der Schutz der Grundrechte vor Maßnahmen der Staatsgewalt denkbar schwach ausgestaltet und bezeichnenderweise jeder richterlichen Nachprüfung entzogen. ... Sämtliche Grundrechte stehen jedoch nur auf dem Papier und werden seit dem Inkrafttreten der Verfassung ständig und bewußt verletzt und sogar durch die Gesetzgebung in verfassungsmäßig unzulässigerweise Weise eingeschränkt.
... Scheint die Verfassung auf den ersten Blick wenigstens formal den Voraussetzungen eines demokratischen Staatsgrundgesetzes zu entsprechen, so genügt sie bei genauerer Betrachtung selbst diesen Anforderungen nicht. Der angeblich die völlige Volkssouveränität verkörpernden Volkskammer fehlt seit der Verwaltungsneugliederung auch das ohnehin bescheidene Regulativ der Länderkammer. Insbesondere aber ist die in allen Demokratien unumgängliche "dritte Gewalt", die richterliche, schwach ausgebildet und effektiv wirkungslos. Es gibt neben der faktisch und gesetzlich nicht vorhandenen Unabhängigkeit der Richter nach dem Wortlaut der Verfassung kein Verfassungsgericht.<<

24.10.1948

Berlin: Die Zeitschrift "Ost und West" erinnert am 24. Oktober 1948 an den 300. Jahrestag des Westfälischen Friedens und den Abschluß des 30jährigen Krieges (x112/612): >>Nach 30 jähriger Dauer starb der Krieg an der allgemeinen Erschöpfung.
Eine ähnliche Zerstörung hat ein großes Kulturvolk niemals zu erdulden gehabt. Um 200 Jahre wurde Deutschland in seiner Entwicklung zurückgeworfen; 200 Jahre hat es gebraucht, bis es wieder auf die ökonomische Höhe gelangte, die es zu Beginn des Dreißigjährigen Krieges behauptete. ...<<
Der Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands in Ost-Berlin beginnt am 24. Oktober 1948 eine Kulturbund-Woche (x112/612): >>... (Um) 3 Jahre seiner überparteilichen, konsequent antifaschistischen Arbeit an der demokratischen Erneuerung des deutschen Geisteslebens sichtbar werden lassen.<<

25.10.1948

CSR: In der CSR wird am 25. Oktober 1948 ein "Arbeitspflicht-Gesetz" bzw. Arbeitszwang für alle Männer bis zu 60 Jahren und Frauen bis zu 45 Jahren erlassen. Für "bestimmte Klassen", die über ihre Bürgerpflicht belehrt werden müssen, richtet man Zwangsarbeitslager ein, um ihre Arbeitskraft im Interesse der Gemeinschaft zu verwenden.
Im Jahre 1951 gibt es in der Tschechoslowakei bereits 87 Arbeitslager mit 90.000 Häftlingen. 1952 existieren schon 371 Lager mit 200.000 Insassen. Der Anteil der Sudetendeutschen ist

jedoch nur noch gering (x004/93).
Berlin: Der deutsche Schriftsteller Bertolt Brecht (1896-1956) schreibt am 25. Oktober 1948 nach seiner Rückkehr aus den Vereinigte Staaten über das total zerstörte Deutschland (x111/-384): >>Der Anblick der ungeheuerlichen Verwüstungen erfüllt mich nur mit einem Wunsch: auf meine Weise dazu beizutragen, daß die Welt endlich Frieden bekommt.<<
28.10.1948
WBZ: Nach einer Verhandlungsdauer von 8 Monaten wird am 28. Oktober 1948 in Nürnberg der OKW-Prozeß (sog. "Geisel-Prozeß") gegen ehemalige Wehrmachtsoffiziere (Südost-Generäle) wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen (Ermordung von Tausenden von Zivilisten in Jugoslawien, Albanien und Griechenland) beendet.
2 Angeklagte werden zu lebenslänglicher Haft verurteilt, 9 Generäle erhalten 3 bis 20jährige Haftstrafen und 2 Generäle spricht der US-Militärgerichtshof frei.
Das US-Kriegsgericht stellt damals im Nürnberger "Geisel-Prozeß" gegen die angeklagten Wehrmachtsoffiziere fest (x130/205-206): >>Es ist klar bewiesen, daß während der Besatzungszeit in Jugoslawien gegen die Besatzungsmacht ein Guerilla-Krieg geführt wurde.
Ein Guerilla-Krieg besteht, wo nach der Kapitulation des Hauptteils der Streitkräfte, nach der Übergabe der Regierung und der Besetzung ihres Gebietes der Rest der geschlagenen Armee oder die Einwohner selbst die Feindlichkeiten fortsetzen, indem sie den Feind mit umorganisierten Kräften, die gewöhnlich nicht stark genug sind, um ihr in offener Feldschlacht gegenüberzutreten, belästigen. Sie sind mehr oder minder in der Lage eines Spions.
Nach Kriegsrecht ist es zulässig, Spione zu verwenden. Wenn ein Spion gefangen wird, darf er nichtsdestoweniger erschossen werden, weil der Kriegsführende das Recht hat, sich durch wirksame, abschreckende Strafen gegen die ernsten Gefahren der feindlichen Spionage zu schützen ...
Wir sind der Ansicht, daß die Regel gilt, daß ein Zivilist, der einen Kampf unterstützt, ihn begünstigt und daran teilnimmt, nach den Kriegsgesetzen als Kriegsverbrecher bestraft werden kann ...
Eine Prüfung des uns über diese Materie zur Verfügung stehenden Beweismaterials überzeugt uns, das Geiseln genommen werden können, um das friedliche Verhalten der Bevölkerung der besetzten Gebiete sicherzustellen, und daß diese unter gewissen Umständen, und wenn die notwendigen vorbereitenden Schritte getan wurden, als letzter Ausweg erschossen werden können ...
Übermäßige Repressalien können selbst zum Verbrechen werden und beladen die Personen, die für ihre Begehung verantwortlich sind, mit Schuld ...
Das Beweismaterial in diesem Falle führt ein Maß an Tod und Zerstörung auf, wie es in der neueren Geschichte selten übertroffen wird. Tausende unschuldige Einwohner verloren ihr Leben durch ein Erschießungskommando oder durch den Strang des Henkers ...<<
Der Nürnberger OKW-Prozeß wird in Osteuropa heftig kritisiert, weil das US-Kriegsgericht z.B. bestätigt (x051/206): >>... daß einer Besatzungsmacht das Recht zustehe, unter gewissen Umständen Geiseln zu erschießen, und daß Partisanen die Stellung von Kriegsführenden nicht zustehe.<<
"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über das "Oberkommando der Wehrmacht" (x051/425): >>Oberkommando der Wehrmacht (OKW), im Gefolge der Fritsch-Krise am 4.2.38 gebildete oberste Verwaltungs- und Kommandobehörde der deutschen Streitkräfte unter Keitel, der wiederum Hitler als Oberstem Befehlshaber der Wehrmacht direkt unterstellt war.
Keitel erhielt den Rang eines Reichsministers und wurde mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Reichskriegsministeriums beauftragt. Vier Ämter bildeten die Organisation des Oberkommandos der Wehrmacht: Das Wehrmachtführungsamt (ab 1940 Wehrmachtführungsstab)

unter Jodl war die militärische Stabsabteilung Hitlers, das Amt Ausland/Abwehr führte bis Februar 44 Canaris, hinzu kamen die verwaltenden Abteilungen Allgemeines Wehrmachtsamt sowie Wehrwirtschafts- und Rüstungsamt.
Das OKW arbeitete Hitlers "Weisungen für die Kriegsführung" aus und gab seine Befehle an die Teilstreitkräfte weiter, ohne allerdings direkte Kommandoberechtigung über sie zu haben. Es kontrollierte nur die militärischen Planungen der Wehrmachtteile auf die Befolgung der allgemeinen Anweisungen Hitlers hin.
Im Nürnberger Prozeß 1945 u.a. wegen der Weitergabe des Kommissarbefehls und des Kugelerlasses angeklagt, wurde das OKW dennoch nicht unter die verbrecherischen Organisationen eingereiht, da das Gericht wie beim Generalstab den Organisationscharakter verneinte und zur Ahndung der Verbrechen des OKW die Aburteilung der einzelnen Beteiligten empfahl.<<
Der deutsche Oberstaatsanwalt Alfred Streim (1932-1996) schreibt später über den "OKW-Prozeß" (x051/428): >>OKW-Prozeß, Verfahren vor dem Militärgerichtshof V der USA in Nürnberg gegen Generalfeldmarschall Leeb und 13 andere Generäle oder im Generalsrang stehende Offiziere der Wehrmacht (Fall 12).
Die Angeklagten wurden beschuldigt, Verbrechen gegen den Frieden, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen begangen zu haben. Die Vorwürfe bezogen sich im Wesentlichen auf Planung und Führung von Angriffskriegen, Entwurf, Verteilung und Durchführung völkerrechtswidriger Befehle (z.B. des Kommissarbefehls), Verbrechen zum Nachteil von Kriegsgefangenen und Zivilpersonen, Plünderung und mutwillige Zerstörung von Städten und Dörfern. Vor Beginn der Hauptverhandlung verübte der Angeklagte Blaskowitz am 5.2.48 Selbstmord.
Unter Freisprechung von dem Vorwurf, Angriffskriege geplant zu haben, und z.T. von anderen Anklagepunkten verurteilte das Gericht am 28.10.48 nach acht Monaten Verhandlung zwei Angeklagte zu lebenslänglich und neun zu zeitiger Freiheitsstrafe von drei bis 20 Jahren. Bei zwei Angeklagten erkannte das Gericht auf Freispruch. Leeb, der nur in einem Punkt schuldig gesprochen worden war (Weitergabe und Anwendung des "Barbarossa-Gerichtsbarkeits-Befehls") und drei Jahre Freiheitsentzug erhalten hatte, wurde unter Anrechnung der Untersuchungshaft entlassen.
Am 31.1.51 setzte der US-Hochkommissar McCloy im Gnadenweg die Strafen einiger Verurteilter herab. Bis Mitte der 50er Jahre waren alle Verurteilten wieder auf freiem Fuß.<<

Hinrichtung von deutschen Wehrmachtsgeneralen (Alliierte Gerichte)

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden 41 deutsche Wehrmachtsgenerale des Heeres (36), der Luftwaffe (4) und der Marine (1) durch Gerichte der alliierten Siegermächte zum Tod verurteilt und hingerichtet (x078/83,96-98,111,116).
Wegen angeblicher Kriegsverbrechen und "Verbrechen gegen die Menschlichkeit" exekutierten die Alliierten in der UdSSR, in Jugoslawien, Griechenland, Italien und im Deutschen Reich folgende Wehrmachtgenerale (x078/96-98,111,116):
>>**a) in der Sowjetunion hingerichtet**
Generalleutnant Friedrich-Gustav Bernhard,
Generalleutnant Karl Burckhardt,
Generalleutnant Wolfgang von Dithfurth,
Generalmajor Gottfried von Erdmannsdorff,
Generalmajor Wolf Ewert,
Generalmajor Adolf Hamann,
Generalmajor Emil Just,
Generalmajor Hans Küpper,
Generalleutnant Albrecht Baron von Monteton Digeon,

Generalleutnant Helmuth von Pannwitz,
Generalmajor Bonislaw Pawel,
Generalleutnant Rudolf Peschel,
Generalleutnant Fritz-Georg von Rappard,
Generalmajor Heinrich Remlinger,
Generalleutnant Johann-Georg Richert,
Generalmajor Ruoff,
Generalmajor Eckardt von Tschammer und Osten,
Generalmajor Hermann Werther,
Generalleutnant Hermann Winkler

b) in Jugoslawien hingerichtet

General Heinrich Danckelmann,
Generalleutnant Adolf Fischer,
Generalmajor Ludwig Fischer
General Martin Fiebig,
Generalmajor Johann Fortner,
Generalmajor Hans Gravenstein,
Generalleutnant Hans von Hösslin,
Generalleutnant Joseph Kübler,
General Ludwig Kübler,
Generaloberst Alexander Löhr,
Generalmajor Adalbert Lontschar,
General Hartwig von Ludwiger,
Generalleutnant Fritz Neidholdt,
Generalleutnant Neuhaus,
Generalmajor Harald Turner,
Konteradmiral Waue,
Generalmajor Eugen Wurster

c) in Griechenland hingerichtet

General Bruno Bräuer,
General Friedrich Wilhelm Müller

d) in Italien hingerichtet

General Anton Dostler

e) in Nürnberg hingerichtet

Generaloberst Alfred Jodl,
Generalfeldmarschall Wilhelm Keitel<<

Eine Grundsatzentscheidung der Alliierten Kriegsgerichte, um Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu ahnden, lautet damals wie folgt (x133/484: >>... Der Umstand, daß ein Angeklagter den Befehlen seiner Regierung oder seiner Vorgesetzten gehorcht, befreit ihn nicht von der Verantwortung, und der wahre Prüfstein ist nicht das Vorhandensein solch eines Befehls, sondern die Frage, ob eine moralische Wahl tatsächlich möglich war.<<

Der spanisch-jüdische Schriftsteller Elias Canetti (1905-1994) schreibt später über "Befehl und Verantwortung" (x105/283): >>Es ist bekannt, daß Menschen, die unter Befehl handeln, der furchtbarsten Taten fähig sind. Wenn die Befehlquelle verschüttet ist und man sie zwingt, auf ihre Tat zurückzublicken, erkennen sie sich selber nicht.

Sie sagen: Das habe ich nicht getan, und sie sind sich keineswegs immer darüber klar, daß sie lügen. Wenn sie durch Zeugen überführt werden und ins Schwanken geraten, sagen sie noch: So bin ich nicht, das kann ich nicht getan haben. Sie suchen nach den Spuren der Tat in sich und können sie nicht finden. Man staunt, wie unberührt sie von ihr geblieben sind.

Das Leben, das sie später führen, ist wirklich ein anderes und von der Tat in keiner Weise gefärbt. Sie fühlen sich nicht schuldig, sie bereuen nichts. Die Tat ist nicht in sie eingegangen.
Es sind Menschen, die sonst sehr wohl dazu imstande sind, ihre Handlungen abzuschätzen. Was sie aus sich heraus tun, hinterläßt bei ihnen die Spuren, die man erwartet. Sie würden sich schämen, ein unbekanntes und wehrloses Geschöpf, das sie nicht herausgefordert hat, umzubringen. Sie empfänden Ekel davor, irgendwen zu foltern. Sie sind nicht besser, aber auch nicht schlechter als die anderen, unter denen sie leben. Mancher, der sie aus täglichem Umgang intim kennt, wäre bereit, einen Eid darauf abzulegen, daß man sie zu Unrecht beschuldigt. ...
Von welcher Seite immer man ihn betrachtet, der Befehl in seiner kompakten, fertigen Form, wie er sie nach einer langen Geschichte heute hat, ist das gefährlichste einzelne Element im Zusammenleben von Menschen geworden. Man muß den Mut haben, sich ihm entgegenzustellen und seine Herrschaft zu erschüttern. Es müssen Mittel und Wege gefunden werden, den größeren Teil des Menschen von ihm freizuhalten. Man darf ihm nicht erlauben, mehr als die Haut zu ritzen. Aus seinen Stacheln müssen Kletten werden, die mit leichter Bewegung abzustreifen sind. ...<<
Der französische Politikwissenschaftler und Germanist Alfred Grosser schreibt später in seinem Buch "Ermordung der Menschheit" über die ungesühnten Kriegsverbrechen der Sieger (x075/102-103): >>... Aber hatten nicht auch die Sieger Kriegsverbrechen begangen? Eine Frage der Rechtsanwälte, die die Hinrichtung von Gefangenen durch die Sowjetunion betraf, wurde vom Gerichtshof zurückgewiesen.
Der U-Bootkrieg gegen Handelsschiffe wurde als kriminell erachtet, nicht hinhegen die Phosphorbomben auf Dresden und auch nicht die Atombombe auf Hiroshima oder auf Nagasaki, die abgeworfen wurde, nachdem Japan seinen Wunsch zu kapitulieren bereits kundgetan hatte.
Und als vor dem Tribunal der Name Katyn ausgesprochen wurde, untersagte der Gerichtshof auf Verlangen des sowjetischen Richters eine Debatte über die Art des Verbrechens und die Identität der Verbrecher.
Die Kriegsverbrechen umfaßten gemäß der in Nürnberg angenommenen Definition "Mord, Mißhandlungen oder Deportation zur Sklavenarbeit oder für irgendeinen anderen Zweck, von Angehörigen der Zivilbevölkerung von oder in besetzten Gebieten, Mord oder Mißhandlungen von Kriegsgefangenen oder Personen auf hoher See, Töten von Geiseln, Plünderung öffentlichen oder privaten Eigentums, die mutwillige Zerstörung von Städten, Märkten, Dörfern oder jede durch militärische Notwendigkeit nicht gerechtfertigte Verwüstung".
Hinzu kamen die Verbrechen gegen die Menschlichkeit: "Nämlich: Mord, Ausrottung, Versklavung, Deportation oder andere unmenschliche Handlungen, begangen an irgendeiner Zivilbevölkerung von oder in besetzten Gebieten, Verfolgung aus politischen, rassischen oder religiösen Gründen, begangen in Ausführung eines Verbrechens oder in Verbindung mit einem Verbrechen, für das der Gerichtshof zuständig ist, und zwar unabhängig davon, ob die Handlung gegen das Recht des Landes verstieß, in dem sie begangen wurde, oder nicht." ...<<
Konrad Adenauer erklärt am 28. Oktober 1948 während der CDU-Zonenausschußsitzung in Königswinter (x112/614): >>Die Wahlen zum ersten Bundestag sind von der entscheidenden Bedeutung für die drei Westzonen, für Deutschland und für den christlichen Gedanken. Die erste Bundesregierung hat die große Aufgabe, die Fundamente für einen Aufbau zu legen, der auf lange Zeit hinaus Geltung haben wird. Wenn es nicht gelingt, eine auf christlichem Boden stehende Mehrheit zu schaffen, dann ist die Rettung des christlichen Gedankens in Europa sehr in Frage gestellt. ...
Das deutsch-französische Verhältnis ist die entscheidende aller Fragen und verdient größte Aufmerksamkeit. ... In der Frage der europäischen Föderation müssen wir antreibend wirken,

da hier die einzige Möglichkeit für eine bessere Zukunft Deutschlands liegt.<<

30.10.1948

WBZ: Die "Neue Zeitung" berichtet am 30. Oktober 1948 über die zukünftige deutsche Bundeshauptstadt (x112/615): >>Bonn oder Frankfurt als Hauptstadt. Beide Städte kämpfen um den Rang – Berlins Anspruch bleibt anerkannt.<<

31.10.1948

WBZ: In der Präambel der neuen saarländischen Verfassung vom 31. Oktober 1948 heißt es (x112/616): >>... Das Saarland ist ein autonomer Staat, der wirtschaftlich mit Deutschland verbunden und politisch von Deutschland getrennt ist.<<

01.11.1948

WBZ: Konrad Adenauer bittet den Kölner Kardinal Frings (1887-1978) bzw. die katholische Kirche am 1. November 1948 in einem Brief, die CDU/CSU bei den zukünftigen Wahlen zu unterstützen (x112/616): >>... Wenn es der CDU/CSU nicht gelingt, bei diesen Wahlen (zum ersten Deutschen Bundestag, die zu diesem Zeitpunkt für März-April/Mai 1949 vorgesehen sind) eine Mehrheit zu bekommen, ist für die Vertretung der christlichen Interessen das Schlimmste zu befürchten, da die Sozialdemokratie weit überwiegend marxistisch und unduldsam eingestellt ist.<<

Walter Müller-Bringmann berichtet am 1. November 1948 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/78-82): >>1. November 1948. Eine graue Nebelschicht liegt über dem Lager, hüllt die Baracken ein, dämpft das Geräusch der in der Nähe vorbeifahrenden Züge. Hier öffnet sich eine Tür, dort werden Schritte auf den Gängen laut. Gestalten sind zu sehen, die mit Seife und Handtuch der Waschbaracke zustreben.

Ein Tag in Friedland hat begonnen.

... In den Baracken erheben sich die müden Schläfer von den Feldbetten. ... Andere bleiben auch liegen. Sie haben nichts zu versäumen. Wer weiß, was dieser Tag bringen wird. Vielleicht einen Freifahrtschein nach dem Lager Aurich. Möglicherweise auch eine Einweisung für irgendein Dorf in Oldenburg. Es kommt alles noch früh genug. Hier hatte man zunächst einmal sein Bett und sein Essen. Mehr braucht der Mensch unseres Jahrzehnts offenbar nicht, um zufrieden zu sein.

In der Lagerleitung ist überall Licht gemacht worden. Die Angestellten nehmen die Arbeit auf. ...

Während alles noch schlief, wurde in der Küchenbaracke bereits tüchtig gearbeitet. Kaffee muß für viele hundert Menschen gekocht werden. Und dann sind Vorbereitungen zu treffen, damit gegen Mittag das Essen ausgegeben werden kann. Gute, schmackhafte Hausmannskost. Frauen sitzen in einer Ecke und schälen Kartoffeln. Die Feuer unter den großen Kesseln werden kräftig geschürt. ...Man muß sich sputen um rechtzeitig fertig zu sein. Essen ist eine sehr wichtige Angelegenheit für Menschen die Hunger haben. Und nicht nur für die. ...

In Baracke VI ist, wie überall, die trostlose Morgenstimmung eingetreten. Diese Morgenstunden sind schlimm. Man ist aufgewacht, hat sich einigermaßen recht und schlecht gewaschen und gekämmt, hat sich warmen Kaffee geholt und eine Kleinigkeit dazu gegessen. Und nun sitzt man da um den großen Tisch und wartet - wartet wieder wie gestern und vorgestern auf das, was da kommen soll. ...

Zwei Kinder spielen wie verloren in einer Nische. Sie haben irgendwo eine Puppe, ein armseliges Holzding, herbekommen und versuchen, alte Flicken in Puppenkleidung umzuwandeln. ...

Die Frauen ... empfinden dieses Warten als besonders bedrückend. Trotzdem fügen sich Frauen besser als Männer in die Regeln und ungeschriebenen Gesetze des Lagers ein. ... Männer begehren schnell auf, werden laut, lassen sich nicht belehren, wollen mit dem Kopf durch die Wand. Sie sind manchmal "ganz unten", müssen wieder aufgerichtet werden, hatten so viel

Mut und sind doch so mutlos geworden.
Frauen sind zäher, härter im Nehmen, verlieren nicht so schnell die Beherrschung, haben weiter ihre Sorge um die Familie und müssen nun auch noch auf den Mann aufpassen. Sie versuchen die Kleidung auszubessern, sehen immer wieder den Inhalt der Koffer, Kisten und Rucksäcke nach, versuchen den Baracken ihre tödliche Leere zu nehmen, indem sie dort ein paar Blumen hinstellen, hier zwei Betten versetzen und dadurch einen Hauch von Gemütlichkeit hervorzaubern.
Frauen verstehen durch einige Handgriffe toten Gegenständen Wärme einzuflößen. Diese Eigenschaft wird ihnen mit in die Wiege gelegt. Das haben sie von den Müttern gelernt. Und sie wenden diese Gaben an. Überall in der Welt. So auch hier. In Friedland. In den armseligen Baracken.
Über den Lautsprecher kommt der Ruf, daß Mittagessen empfangen werden kann. Sogleich gehen die Türen auf, kommen Männer, Frauen, Kinder mit Schüsseln und Töpfen zum Vorschein, eilen zur Lagerküche und stellen sich an. Die Schlange entsteht. Wie jeden Tag um diese Zeit. ...
Der Nachmittag beginnt. Manche liegen auf den Betten und schlafen. Andere ... erkundigen sich nach den Möglichkeiten in Westdeutschland, schreiben Briefe. Es gibt lange Nachmittage, die kein Ende nehmen wollen.
Abends sitzen die Menschen in den Baracken am Ofen, rücken noch etwas näher, weil der Novemberwind kalt und eisig durch die Ritzen zu dringen vermag, erzählen sich etwas von der Heimat. ...
In der Lagerleitung (löscht man) die Lichter aus. Eins nach dem anderen. Es ist spät geworden. Und der Tag war lang. Hier geht noch eine Tür. Es wird still im Lager. ...
Die Betten werden zurecht gemacht, man wickelt sich in die Decken und versucht einzuschlafen. Es gelingt nicht allen. Wenn es dunkel ist, kommen die Gedanken geschlichen und bestürmen die Menschen. Kommt die Erinnerung und ruft in ihnen wach, was sie verloren, was sie durchlitten, was sie erlebten. ...
Ein Tag in Friedland geht zu Ende.<<

03.11.1948

SBZ: Die staatliche Handelsorganisation für Einzelhandelsunternehmen eröffnet am 3. November 1948 die ersten "HO-Läden".
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die HO in der SBZ (x009/181): >>Abkürzung für Handelsorganisation; staatliches Einzelhandelsunternehmen, das zu überhöhten Preisen Mangelwaren verkauft. Die HO wurde durch Verordnung der DWK im November 1948 gegründet.
Als Begründung gab die DWK "Bekämpfung des Schwarzmarktes" an. Hauptzweck der HO-Gründung war, währungsgefährdende "überschüssige Kaufkraft" abzuschöpfen und zur Finanzierung der Staatsausgaben heranzuziehen. ...<<

WBZ: Der Grundsatzausschuß des Parlamentarischen Rates entscheidet sich am 3. November 1948 für die "künftigen Bundesfarben" Schwarz-Rot-Gold.

04.11.1948

WBZ: Hamburgs Bürgermeister Max Brauer (1887-1973) erklärt am 4. November 1948 (x112/618): >>... In den westlichen Zonen Deutschlands sind gegenwärtig noch rund 600.000 heimatlose Ausländer, die der deutschen Bevölkerung monatlich l,5 Millionen DM Unterhaltungskosten verursachen.<<

05.11.1948

WBZ: In Landsberg/Lech werden am 5. November 1948 vierzehn verurteilte NS-Verbrecher hingerichtet.

09.11.1948

WBZ: Im Verlauf der 24. Vollversammlung des VWG-Wirtschaftsrates erfolgt am 9. November 1948 die erste Lesung des Gesetzes zum Ausgleich von Kriegs- und Kriegsfolgeschäden (Lastenausgleichsgesetz).

Der deutsche Schriftsteller und Schauspieler Werner Finck (1902-1978) schreibt am 9. November 1948 über sein in der Herbig Verlagsbuchhandlung erschienenes Buch "Aus der Schublade" (x112/621): >>... Nach dem vorletzten Kriege (1939–1945) begann die Jagd nach der Schublade: Zum allgemeinen Erstaunen war sie leer. Eine bittere Lehre, die wir daraus ziehen mußten! Teils mag diese symbolische Inhaltslosigkeit an der fortgeschrittenen Praxis der drittreichigen Heim- und Haussuchungen gelegen haben, der auch die Schubladen nicht entgehen konnten, teils an der tatsächlichen Lethargie des pausenlos völkisch beobachteten Geistes.

Meine eigene Schublade machte keine Ausnahme. Ich hatte nur ganz wenig und damit alle hineingelegt, die Gott weiß was darin vermutet hatten. Dieses Wenige ist, weniger, weil es damals verboten war, sondern weil es (wenigstens in gewissen Zonen) schon wieder so aktuell geworden ist, in Druck gekommen.

Im Nichtvordernteil (um eine anstößige Formulierung zu vermeiden) dieses Buches befinden sich viele in der freiesten Zeit Deutschlands entstandene Gedichte aus der "Neuen Herzlichkeit", jenes Büchleins aus der Katakombenzeit, das dem Scheiterhaufen nur dadurch entging, daß es gänzlich unbekannt war.<<

10.11.1948

WBZ: Bei den Ford-Werken in Köln läuft am 10. November 1948 der erste Ford "Taunus" vom Band.

11.11.1948

SBZ: Am 11. November 1948 beginnt eine Verfolgungswelle gegen LDPD-Mitglieder.

12.11.1948

WBZ: In Landsberg/Lech werden am 12. November 1948 fünfzehn verurteilte KZ-Aufseher gehängt.

15.11.1948

SBZ: Die staatliche Handelsorganisation für Einzelhandelsunternehmen (HO) eröffnet am 15. November 1948 die ersten staatlichen "HO-Läden" in der sowjetischen Besatzungszone, in denen alle Waren ohne Bezugsscheine verkauft werden (x112/623).

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "HO" in der SBZ (x009/181): >>HO (Abkürzung für Handelsorganisation; staatliches Einzelhandelsunternehmen, das zu überhöhten Preisen Mangelwaren verkauft) wurde durch Verordnung der DWK im November 1948 gegründet.

Als Begründung gab die DWK "Bekämpfung des Schwarzmarktes" an. Hauptzweck der HO-Gründung war, währungsgefährdende "überschüssige Kaufkraft" abzuschöpfen und zur Finanzierung der Staatsausgaben heranzuziehen.

Trotz Verbesserung der Versorgungslage und des Verschwinden des Schwarzmarktes wurde die HO nicht aufgelöst, sondern vor Abschaffung der Lebensmittelkarten sogar noch in den Vertrieb von bewirtschafteten Waren eingeschaltet. Preissenkungen, veranlaßt durch Produktionssteigerung bei Lebensmitteln und Verbrauchsgütern führten bislang nicht zu einer Verminderung der Staatseinnahmen aus der HO, da zum Ausgleich dafür immer mehr HO-Verkaufsstellen, HO-Kaufhäuser, HO-Gaststätten errichtet und immer mehr Warengattungen bevorzugt der HO für den Verkauf zur Verfügung gestellt werden.

30.9.1960 betrieb die HO insgesamt 39.404 Verkaufsstellen und Warenhäuser ...

Ursprünglich war die HO hauptsächlich auf den Verkauf von Lebensmitteln und Industriemangelwaren eingestellt. Sie hatte bis 1959 das Monopol für den Verkauf freier Waren. Inha-

ber privater Läden wurden durch ungenügende Warenzuteilungen in wirtschaftliche Schwierigkeiten gebracht und veranlaßt, ihre Geschäfte zu Spottpreisen an die HO zu verkaufen. Man gab ihnen dann häufig die Möglichkeit, als HO-Angestellte in ihren eigenen Läden tätig zu werden. Auf diese Weise übernahm die HO seit 1951 u.a. Drogerien, Fleischerläden, Blumenläden, Modesalons, Juwelierläden usw.
Die HO ist somit nicht nur Instrument der staatlichen Währungspolitik, sondern gleichzeitig Werkzeug des Staates zur systematischen Vernichtung des privaten Einzelhandels.<<
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über den "Handel" in der SBZ (x009/171-172): >>Der überwiegende Teil des Groß- und Einzelhandels in der SBZ wird von staatlichen Handelsorganisationen durchgeführt. ...
Am stärksten wurde von den Sozialisierungsmaßnahmen der Großhandel betroffen; nur noch ca. 3 % des gesamten Großhandelsumsatzes entfallen auf Privatfirmen. Die Deutschen Handelszentralen übernahmen 1949/50 schon weitgehend den Großhandel mit Industriewaren, und auch vom Versorgungshandel der Produktion mit Grundstoffen und Produktionsmitteln wurde der private Handel sehr früh ausgeschaltet.
Der private Einzelhandel konnte sich gegenüber HO und Konsumgesellschaften bis 1960 mit einem Umsatzanteil von ca. 20 % behaupten. ...
Der private Einzelhandel wurde hauptsächlich durch unzureichende Belieferung mit Waren und durch Senkung der Handelsspannen benachteiligt, die von der Industrie- und Handelskammer festgelegt werden. In den sozialistischen Handelsapparat wurde er dadurch einbezogen, daß man die Einzelhändler zum Abschluß von Agenturverträgen, später von Kommissionsverträgen nötigte. Groß- und Einzelhandel üben kaum noch echte Handelsfunktionen aus. ... Die vielfachen Versorgungsmängel sollen im Bereich des Konsumgüterhandels durch die Organe der staatlichen Handelsorganisation und der Arbeiterkontrolle beseitigt werden.
Zum Einzelhandel zählen in der SBZ auch die Gaststätten und das Beherbergungsgewerbe, die nach den gleichen Bedingungen mit Waren beliefert werden. Die Lage auf dem Baumarkt und die Unterbindung der Privatinitiative ließen Kapazitätserweiterungen im Beherbergungsgewerbe nur in beschränktem Maße zu, so daß auch heute noch empfindlicher Mangel an Übernachtungsmöglichkeiten besteht. Neue oder renovierte Hotels gibt es aus Prestigegründen in Ost-Berlin, in der Messestadt Leipzig und anderen wirtschaftlich bedeutenden Orten.
Privater Gaststätten und Beherbergungsbetriebe werden ebenfalls zwangsweise zu Kommissionsverträgen oder Staatsbeteiligungen veranlaßt. ...<<
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Staatsbeteiligungen" in der SBZ (x009/417-418): >>Ähnlich wie in China im Jahre 1954 ist man in der SBZ Anfang 1956 dazu übergegangen, gemischte staatlich-private Betriebe zu schaffen, die "auf einem friedlichem Wege in sozialistische Betriebe umzugestalten" sind. ...
Nachdem die funktionale Selbständigkeit der Privatbetriebe schon seit Beginn der langfristigen Planwirtschaft nicht mehr besteht, wird nunmehr auch die noch vorhandene Kapitalbasis überfremdet.
Bisher wurde bei dieser Staatsbeteiligung formell die alte Rechtsform der Kommanditgesellschaft (KG) gewählt, wobei der Staat mit seiner Kapitaleinlage als Kommanditist (Gesellschafter mit Teilhaftung) in die neue Gesellschaft eintritt und der ehemalige private Unternehmer Komplementär (Gesellschafter mit Vollhaftung) und Geschäftsführer wird. ...
Wenn auch diese neuen Gesellschaften gegenüber den anderen Privatunternehmen besondere Vorteile genießen, so begeben sie sich doch stark in die Hand des Staates und der staatsgewerkschaftlichen Kontrolle.
Sie erhalten bestimmte Produktionsaufgaben, Materialkontingente und Lizenzen für Kapazitätserweiterung direkt von den betreffenden Verwaltungsorganen.
Der FDGB ist für die Produktion dieser Betriebe mitverantwortlich. ...

Der Einfluß der SED in diesen Betrieben wird laufend vergrößert. Private Komplementäre werden gezwungen, in die SED einzutreten und politische Schulungskurse zu besuchen. ...<<

17.11.1948

SBZ: Im Verlauf der Aktivistentagung der SED-Lehrer wird am 17. November 1948 gefordert, die Umwandlung der Schule in eine politische Erziehungsstätte der SED und FDJ durchzusetzen (x112/624): >>... Nur derjenige Lehrer ist auf dem besten Wege, nicht nur ein Parteimitglied, nicht nur ein guter Parteifunktionär, ... sondern ein qualifizierter fortschrittlicher Pädagoge zu werden, der sich mit der marxistischen Erziehungswissenschaft, wie sie ... von Lenin und Stalin weiterentwickelt worden ist, ... vertraut macht, sie ... anzuwenden lernt.<<

20.11.1948

Jugoslawien: Arbeitsverpflichtung in der Baranja – Erlebnisbericht der Wilhelmine K. (x006/607): >>Am 20. November 1948 kam ich mit meinen Kindern in das Dorf Ceminac (Laskafeld). ...

Der Chef der staatlichen Firma sagte zu mir in deutscher Sprache, daß ich hier genauso interniert wäre wie die anderen, welche auf den Staatsgütern geblieben wären. Er untersagte mir außerdem, im Büro deutsch zu sprechen, ohne seine Erlaubnis das Dorf zu verlassen oder Fluchtversuche zu unternehmen. Er gab mir ein deutsch-kroatisches Wörterbuch, denn ich mußte kroatisch lernen, versprach mir aber, daß ich nur einige Monate bleiben müßte.

Als ich ihm später sagte, daß ich in meine Heimat zurück wollte, antwortete er: "Nein, Sie bleiben bis zum Ablauf der 3jährigen Internierung hier. Danach können Sie gehen, wohin Sie wollen."<<

25.11.1948

Ostdeutschland: Internierungslager Potulice bei Nakel, Westpreußen – Erlebnisbericht der Bäuerin Berta P. (x002/480): >>Im November 1948 kamen 65 Frauen in einen Gänsemastbetrieb, darunter bin auch ich gewesen. ...

Wir wurden in einer Baracke mit 4 Räumen untergebracht und mußten um 4.00 Uhr aufstehen, ... und den Kaffee und das Brot im Stehen einnehmen. Dann kam ein Beamter; wir mußten ... eine Stunde marschieren. ... Wenn wir nicht schnell genug liefen und etwas zurückblieben, kam er mit dem Knüppel und schlug drauf los. Da meine Schuhe inzwischen abgerissen waren, bekam ich ein Paar abgeschnittene Gummistiefel, ungefähr Größe 45, obwohl ich Schuhgröße 38 bis 39 hatte. Ich mußte mir viele Lumpen um die Füße wickeln, damit ich sie nicht verlor. Später platzten die Stiefel am Spann auf, und ich mußte sie mit einem Bindfaden ringsherum festbinden.

Wir mußten über 2 Monate lang ungebrühte Gänse und Puten rupfen. Es durfte nicht eine Feder oder ein Spier zu sehen sein, dann flogen sie uns gleich an den Kopf. Hier waren auch 65 Polinnen aus Bromberg beschäftigt, die im Akkord arbeiteten. Sie schafften am Tag 8 bis 10 Gänse und durften sich die Gänse aussuchen. Die Gänse, die sich schwer rupfen ließen, ließen die polnischen Akkord-Arbeiterinnen für uns Deutsche zurück. Natürlich schafften wir dann nicht so viele Gänse und wurden beschimpft. ...

Drei- bis viermal in der Woche mußten wir bis um 23.00 Uhr arbeiten. Wenn wir zu Hause ankamen, war es bereits 24.00 Uhr. ... Morgens um 6.00 Uhr konnten wir oft nicht einmal unsere Suppe essen, weil der Aufseher vorher kam, um den Abmarschbefehl zur Arbeit zu erteilen. ... Durch das ständige Gänse- und Putenrupfen waren meine Hände (bald) ganz verkrüppelt.<<

27.11.1948

Berlin: Der SPD-Politiker Ernst Reuter (1889-1953, seit 1948 Oberbürgermeister von West-Berlin) beklagt sich am 27. November 1948 während einer großen Wahlkundgebung über Adenauers zurückhaltende Berlinpolitik (x112/628): >>Er lebt an seinem schönen Rhein, und ich kann verstehen, daß er an seiner schönen Heimat hängt.

Aber Berlin gehört auch noch zu Deutschland, und hinter Berlin gibt es auch noch allerhand, was zu Deutschland gehört. ...<<

28.11.1948

WBZ: Walter Müller-Bringmann berichtet am 28. November 1948 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/82): >>28. November 1948. Nach dem Gottesdienst, in einer Wellblechbaracke, die als Lagerkapelle eingerichtet wurde, blieben ein Mann und eine Frau an der hinteren Wand stehen. Als die Mehrzahl der Gläubigen den Raum verlassen hatte, schritten die beiden weiter nach vorn, setzten sich dort und sahen zu dem Gekreuzigten auf.

... In den stark verarbeiteten Händen hielt der Mann einen schwarzen Hut, wie ihn die Deutschen in Siebenbürgen zu tragen pflegten. ...

Die beiden, offenbar ein Ehepaar, saßen da, losgelöst von der Umwelt, weit weg vom Lager und hielten ohne Scheu lautlose Zwiesprache mit dem, der über den Dingen und Geschehnissen steht. Nach einer Weile standen sie auf, gingen gemessenen Schrittes zum Ausgang und verschwanden dann in einem der Barackengänge.

... Nirgendwo, so scheint mir, ist in diesen Jahren inbrünstiger und heißer gebetet worden, als in dieser unscheinbaren, kleinen, dürftigen Kapelle in Friedland.<<

30.11.1948

Ostdeutschland: Zwangsarbeit im Kreis Kolmar, Reichsgau Wartheland – Erlebnisbericht der Bäuerin M. R. (x002/555): >>Da wir nur wenige Männer hatten, mußten die Frauen alle schweren Arbeiten erledigen.

Im Herbst brach meine Mutter ... auf dem Felde zusammen. Sie bekam täglich schwere Herzanfälle. Blieb sie nur einen Tag zu Hause, so kam schon der Verwalter: "Arbeiten Sie morgen nicht, so bringe ich Sie morgen ins Lager." So mußte sie wieder mit, bis es ganz aus war. Mutter wurde dann zum Arzt geschafft und wurde arbeitsunfähig geschrieben.

Tag für Tag und Jahr für Jahr vergingen. In den Jahren 1947 bis 1948 ... besserten sich dann die Verhältnisse. Wir bekamen (für unsere Arbeit) Brot, Roggenmehl, auch etwas Milch und ein paar polnische Zloty, so daß wir uns Streichhölzer, Zucker und andere nötige Teile für den Lebensunterhalt kaufen konnten. Ab Ende 1948 bekamen wir täglich ein Deputat von 2 Pfund Kartoffeln, 4 Pfund Roggen, 1 ½ Pfund Gerste und 1 Liter Milch. Es gab auch mehr Geld. Wir mußten dafür vor allem Kleidung kaufen, denn unsere Kleidung war fast völlig zerrissen.

Mit meiner Arbeitskraft ging es (allmählich) ... dem Ende entgegen. (Wir mußten) jeden Sonntag wie am Alltag arbeiten und oftmals ... schwere Kornsäcke tragen. ... So kam es, daß ich 14 Tage arbeitete und 4 Wochen (krank zu Hause) lag.

Meine Mutter versuchte trotz aller Not noch sparsamer zu wirtschaften, um ein paar Zloty für einen Antrag des Warschauer Ministeriums zu sparen. Aber alle Bemühungen, nach Deutschland zu kommen, blieben erfolglos. ...<<

SBZ: Das Konzentrationslager Fünfeichen ("Speziallager Nr. 9") wird am 30. November 1948 aufgelöst. Die restlichen 3.000 Häftlinge werden ins Konzentrationslager Buchenwald oder in das KZ Sachsenhausen gebracht.

Von Juli 1945 bis November 1948 sterben im Konzentrationslager Fünfeichen etwa 7.000 Häftlinge. Etwa 1.000 Inhaftierte werden zur Zwangsarbeit in die UdSSR verschleppt (x126/152).

WBZ: In Frankfurt/Main wird am 30. November 1948 während der 26. Vollversammlung des VWG-Wirtschaftsrates das 1. Lastenausgleichsgesetz ("Soforthilfegesetz" zur Milderung dringender sozialer Notstände) verabschiedet, um die Eingliederung der Vertriebenen zu erleichtern.

Die "Mainpost" stellt am 30. November 1948 die Frage: "Ist es wieder so weit?" (x043/341): >>Dr. Eugen Kogon, bekannt geworden durch die Herausgabe des Buches "Der SS-Staat", hat in einer Pressekonferenz in Frankfurt über eine angeblich bereits in Gang befindliche Remili-

tarisierung Westdeutschlands berichtet.
Dieser Behauptung ist inzwischen, besonders auch von alliierter Seite, nicht nur widersprochen worden, sie hat auch eine große Diskussion über die Frage, ob die verbliebene deutsche Wehrkraft zur Verteidigung des Westens eingesetzt werden soll, ausgelöst. ...
Wie nun denkt der sog. "Kleine Mann von der Straße" über diese Angelegenheit? ... "Man hat uns jahrelang über die Schlachtfelder Europas gehetzt, durch Blut und Grauen, und nach weiteren Jahren hinter Stacheldraht glauben wir, ein Recht auf endgültigen Frieden zu haben. ...
Wer soll schon wieder verteidigen? Wir "Kleinen Männer", die bereits Millionen unserer Brüder in den Massengräbern Europas zurückgelassen haben - auf uns rechnet man bereits wieder. ...
Wir wollen für keine Parole verbluten. Wir wollen weder am Rhein, noch an der Elbe oder sonstwo krepieren." ...<<

November 1948

SBZ: Das sowjetische Internierungslager Mühlberg ("Speziallager Nr. 1") wird im November 1948 aufgelöst. Etwa 3.500 deutsche Häftlinge werden ins sowjetische Internierungslager Buchenwald oder in das Zuchthaus Bautzen gebracht.
Von September 1945 bis November 1948 starben im sowjetischen Internierungslager Mühlberg etwa 8.000 Häftlinge. Etwa 3.000 Inhaftierte wurden zur Zwangsarbeit in die UdSSR verschleppt (x126/111).

01.12.1948

UdSSR: Zwangsarbeitslager in Tschassow Jar, Donezbecken – Erlebnisbericht der Hilde K. (x006/299): >>Zu kulturellen Zwecken wurde uns ein Rundfunkgerät zur Verfügung gestellt und in den Baracken überall Lautsprecher angebracht, die alles übertönten. Die Einstellung der Lautsprecher nahm der diensthabende Wachposten vor.
Auch wurde uns Ende 1948 ein Klub eingerichtet. Hier lagen Bücher von verschiedenen russischen Schriftstellern und verschiedene Illustrierte aus Moskau, die vom Antifaschistischen Komitee - unter Leitung von General Paulus - herausgegeben wurden. - Gemeint ist das "Nationalkomitee Freies Deutschland", eine im Juli 1943 in Moskau gegründete Organisation deutscher kommunistischer Emigranten, Überläufer und Kriegsgefangener. Das "Nationalkomitee" wurde zwar bereits 1945 aufgelöst, die Organisation der sog. "Antifaschistischen Komitees" bestand jedoch in den Kriegsgefangenenlagern weiter. -
Außerdem gab es ein Klavier, einige Balalaikas (Saiteninstrumente) und eine Ziehharmonika. Um nach außen hin den Schein zu bewahren und zu beweisen, wie gut es uns ging, arrangierte die ausgeruhte Lagerleitung immer wieder abends Kino-, Musik- und Tanzveranstaltungen. Auch wenn wir noch so müde waren und um uns die wenigen Ruhestunden zu kürzen, trieben sie uns mit Gewalt dazu. Wer sich weigerte, mußte Strafarbeiten verrichten.<<
Zwangsarbeitslager Makejewka im Donezbecken – Erlebnisbericht der Katharina T. (x006/-301-302): >>Bis 1948 wurden schwangere Frauen entlassen, nach 1948 nicht mehr, so daß die Kinder in Rußland zur Welt kamen. Die Frauen mußten weiterhin zur Arbeit gehen. Eine Frau blieb immer daheim und betreute die Kinder.<<

WBZ: In der britischen und nordamerikanischen Besatzungszone werden im Dezember 1948 täglich 1.883 Kalorien zugeteilt.

06.12.1948

Berlin: Der SPD-Politiker Ernst Reuter (1889-1953, seit 1948 Oberbürgermeister von West-Berlin) erklärt am 6. Dezember 1948 vor der Presse (x112/634): >>... Heute rufen wir die Völker der Welt, sich diese traurige Stadt anzusehen.
Wir fragen Sie, wie lange noch wollen Sie es dulden, daß wir unter solchen Umständen leben sollen.
Zerbrecht die Blockade, dieses grausame Mittel, mit dem man ein freies Volk in die Knie

zwingen will.<<

07.12.1948

SBZ: Das Volksgericht Glauchau in Sachsen verurteilt am 7. Dezember 1948 mehrere Angeklagte wegen Wirtschaftssabotage zum Tod.

WBZ: Der Landtag von Nordrhein-Westfalen beschließt am 7. Dezember 1948 einstimmig die Vorfinanzierung des Projektes "Hauptstadt Bonn" (x112/634): >>... Für den Fall, daß der Parlamentarische Rat als Sitz der künftigen deutschen Bundesorgane den Raum Bonn-Godesberg vorsieht, wird die Landesregierung ermächtigt, Haushaltsmittel bis zum Betrage von 10 Millionen, davon 5 Millionen außerplanmäßig, im Rechnungsjahre 1948 bereitzustellen, die zur Vorfinanzierung vorzugsweise von Siedlungen, Umbau von Verwaltungsgebäuden und zum Ankauf von geeigneten Objekten zur Unterbringung von Angehörigen der Bundes- oder der Militärregierung oder für ähnliche Zwecke verwandt werden sollen.<<

09.12.1948

USA: Die UN-Konvention "über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes" wird am 9. Dezember 1948 offiziell verabschiedet und verkündet (x075/52-53): >>Nach Erwägung der Erklärung, die von der Generalversammlung der Vereinten Nationen in ihrer Resolution 96 (I) vom 11.12.1946 abgegeben wurde, daß Völkermord ein Verbrechen gemäß internationalem Recht ist, das dem Geist und den Zielen der Vereinten Nationen zuwiderläuft und von der zivilisierten Welt verurteilt wird,

In Anerkennung der Tatsache, daß der Völkermord der Menschheit in allen Zeiten der Geschichte große Verluste zugefügt hat, und

In der Überzeugung, daß zur Befreiung der Menschheit von einer solch verabscheuungswürdigen Geißel internationale Zusammenarbeit erforderlich ist,

sind die vertragsschließenden Parteien hiermit wie folgt übereingekommen:

Art. I. Die vertragsschließenden Parteien bestätigen, das Völkermord, ob im Frieden oder im Krieg begangen, ein Verbrechen gemäß dem internationalen Recht ist, zu dessen Verhütung und Bestrafung sie sich verpflichten.

Art. II. In dieser Konvention bedeutet Völkermord eine der folgenden Handlungen, die in der Absicht begangen wird, eine nationale, ethnische, rassische oder religiöse Gruppe als solche ganz oder teilweise zu zerstören:

a) Tötung von Mitgliedern einer Gruppe;

b) Verursachung von schwerem körperlichem oder seelischem Schaden an Mitgliedern der Gruppe;

c) vorsätzliche Auferlegung von Lebensbedingungen für die Gruppe, die geeignet sind, ihre körperliche Zerstörung ganz oder teilweise herbeizuführen;

d) Verhängung von Maßnahmen, die auf die Geburtenverhinderung innerhalb der Gruppe gerichtet sind;

e) gewaltsame Überführung von Kindern der Gruppe in eine andere Gruppe. ...<<

In dieser Erklärung der UNO-Generalversammlung heißt es ferner, daß niemand willkürlich festgenommen, in Haft gehalten oder des Landes verwiesen werden darf (Art. 9) und daß jeder Mensch das Recht hat, jedes Land, auch sein eigenes Land, zu verlassen sowie in sein Land zurückzukehren (Art. 13). Auch eine Verschwörung zur Begehung von Völkermord und bereits der Versuch, sind zu bestrafen.

Diese UNO-Konvention enthält zwar keine eigene Strafnorm, aber sie verpflichtet die Signatarstaaten gemäß Art. VI, Handlungen, die als Völkermord definiert sind, unter Strafe zu stellen (x086/249).

Trotz Stimmenthaltung aller "Ostblockstaaten" wird die UNO-Erklärung der Menschenrechte damals allgemein gültig.

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über den Tatbestand des Völker-

mordes (x051/608): >>Völkermord (Genozid), physische (auch kulturelle) Vernichtung nationaler, ethnischer, religiöser, sozialer oder rassischer Gruppen.
Der Tatbestand des Völkermordes ist so alt wie die Menschheitsgeschichte, der Begriff dafür wurde im 20. Jahrhundert entwickelt und völkerrechtlich gefaßt. In Ansätzen schon im Gefolge der Minoritätenverfolgungen in der Sowjetunion seit 1917 formuliert, wurde Völkermord kodifiziert nach den Erfahrungen mit der nationalsozialistischen Ausrottungspolitik gegen Polen, Slawen und Juden (Endlösung): In Artikel 6c der IMT-Satzung vom 8.8.45 für die Nürnberger Prozesse wurde er unter die Verbrechen gegen die Menschlichkeit eingereiht und am 9.12.48 Gegenstand des Abkommens zur Verhütung und Bestrafung des Völkermordes, das einstimmig von der UN-Vollversammlung angenommen wurde.
Zum Völkermord zählt danach bereits das körperliche und geistige Schädigen sowie das Töten von Mitgliedern einer Gruppe mit dem Ziel ihrer Zerstörung, was durch planmäßige Schaffung unerträglicher Lebensbedingungen, Vertreibung, Geburtenverhinderung u.a. geschehen kann.
1954 trat die Bundesrepublik dem Abkommen bei und schuf in § 220a StGB einen Straftatbestand des Völkermordes.<<
Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil berichtet später über den Tatbestand des Völkermordes (x026/35): >>... Als Völkermord betrachtet die UNO-Resolution über den Genozid vom 9. Dezember 1948 ebenso wie das deutsche Strafrecht (§ 220a des Strafgesetzbuches) nicht nur die physische Vernichtung bestimmter Gruppen, sondern auch andere Formen der Verfolgung, die zur Zerstörung der Identität dieser Gruppen führen.
Die Stämme der Schlesier, Ostpreußen, Wolgadeutschen usw. haben praktisch zu existieren aufgehört; das Geschehen in den Vertreibungsgebieten – die größte Vertreibung der Weltgeschichte – müßte als Genozid eingestuft werden, selbst wenn es nicht so viele Menschenleben gekostet hätte.<<

13.12.1948

SBZ: Die Jugendorganisation "Junge Pioniere" (Uniform = weißes Hemd mit blauem Halstuch) wird am 13. Dezember 1948 als Unterorganisation der FDJ für 10- bis 14jährige gegründet (das Aufnahmealter wird in den folgenden Jahren auf 6 Jahre festgesetzt).
Die Leitung dieser Organisation übernimmt Margot Feist, die später Erich Honecker heiratet.
WBZ: Ein vertriebener Schlesier berichtet über sein Leben im Westen (x024/251): >>13.12.1948. ... Seit Juli bin ich leider wieder arbeitslos und versuche neben meiner Unterstützung noch etwas dazu zu verdienen.
Gehe in den Wald nach Beeren, Pilzen und jetzt nach Kiefern- und Tannenzapfen. So gut es halt geht, halten wir uns über Wasser. ...<<

15.12.1948

Jugoslawien: "Altersheim" in Zitiste bzw. St. Georgen an der Bega – Erlebnisbericht des Pfarrers Kornelius W. (x006/612-613): >>Wir verbrachten in Zitiste den Winter 1948/49.
Es wurde täglich eine Holzration zugeteilt, d.h. ich nahm die Verteilung vor. Für jedes Zimmer war die Ration je nach Raumgröße bestimmt. Es war genau vorgeschrieben wieviel kg Holz eine Person zu bekommen hatte. Nun war das oft bitter wenig. (Direktor) Vlado verheizte viel, und auch in unseren Kanzleien - auch in der Küche - wurde nicht gespart. Die alten Leute beklagten sich und verlangten mehr Holz, und so gab ich denn oftmals noch weiteres Holz aus. Das hatte zur Folge, daß unser Holzvorrat frühzeitig zusammenschrumpfte.
Mein Kollege Pfarrer Schwarz und ich wußten uns aber zu helfen. Auf dem Speicher "unseres Schlosses" waren Hunderte von Betten aufgestapelt, die man den Schwaben abgenommen hatte. Wir holten uns nun heimlich diese Betten herunter, zerkleinerten sie mit einem Beil und verheizten das "so gewonnene" Holz. Oft waren wir gerade bei unserer "Holzarbeit", wenn Vlado kam, um uns zu besuchen. Hinfort mußte einer von uns immer aufpassen, denn diesen

"Raubbau von Möbelhölzern" hätte auch der "gute Vlado" sicherlich nicht gutgeheißen! –
Es stellte sich auch alsbald heraus, daß man diese Betten gut gebrauchen sollte. Noch während unseres dortigen Aufenthaltes wurde ein Trakt des Schlosses renoviert und dort ein Schülerinternat eingerichtet. Die Bettenteile wurden heruntergeholt, um sie hernach zusammenzusetzen. Da fehlte dann so manches Kopf- und Seitenteil. Unser Ofen hätte davon erzählen können, aber der schwieg; na, und wir schwiegen selbstverständlich auch "fein still" und verrieten unsere "Untat" bzw. unseren Selbsterhaltungstrieb nicht.
Während unseres Aufenthaltes in Zitiste wurden wir aufgefordert, eine Eingabe um Rückerstattung der Staatsbürgerschaft zu machen, besser gesagt wurden diese Gesuche "von Amts wegen" gemacht. Nur eine Familie, die früher in Rumänien beheimatet war und wieder dahin zurückgehen wollte, brauchte kein Gesuch einzureichen.
An eine Verweigerung der Unterschrift unter dieses Gesuch war gar nicht zu denken. Mann wurde dann gleich als Staatsfeind betrachtet und mit Gefängnis bedroht. Ich nahm mir zunächst vor, die Annahme der jugoslawischen Staatsbürgerschaft abzulehnen, um nach Deutschland abgeschoben zu werden. Von befreundeter Seite ließ man mich aber wissen, daß eine Ablehnung allerhand schlimme Folgen nach sich ziehen würde. - Und so unterschrieb ich denn auch. ...<<

21.12.1948

Berlin: Die 3 westlichen Besatzungsmächte bilden am 21. Dezember 1948 eine Westberliner Kommandantur.

22.12.1948

WBZ: Walter Müller-Bringmann berichtet am 22. Dezember 1948 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/84-85): >>22. Dezember 1948. ... "Ich kann wieder aufatmen", sagte ... der Lagerarzt. "Der Gesundheitszustand aller Heimkehrer hat sich wesentlich gebessert. Wenn ich daran denke, wie sie früher kamen. Geschwollene Füße, geschwollene Beine, aufgeblasene Leiber, aufgeschwemmte Gesichter - alles nur Wasser als Folge des Hungers.
Es gab kaum einen, der gesund war. Die überwiegende Mehrzahl hatte Herzschäden, Magenbeschwerden, Leberschmerzen, Rheumatismus, Blasenleiden, Erfrierungen I. und II. Grades, Mangelschäden, Ekzeme, Tuberkulose, Muskelschwund oder Skorbut.
Schlimmer waren aber noch die seelischen Erschütterungen, unter denen alle zu leiden hatten. Die Belastung der Nerven war sicher ungeheuerlich. Alle hielt immer nur die Zuversicht aufrecht: einmal muß sich doch das Lagertor (des Kriegsgefangenenlagers) öffnen und dann geht es wieder heim.
... Die Leute hatten das Sprechen verlernt. ... Sie schwiegen. ...<<

23.12.1948

Polen: Der Minister für die Wiedergewonnenen Gebiete beschließt am 23. Dezember 1948 eine Verordnung über den Tätigkeitsbereich und die Organisation der Liquidationsämter (x003/481-483): >>... § 3. Die Veräußerung, Vermietung oder Verpachtung von Vermögen ... gehören in die ausschließliche Zuständigkeit der Liquidationsämter.
§ 4. Bei der Ausführung ihrer Tätigkeit sind die Organe der Liquidationsämter befugt, bei Tage Flächen und Räumlichkeiten zu betreten, in denen sich verlassenes oder ehemals deutsches Vermögen befinden kann, Bücher und Urkunden einzusehen, Sachverständige zu berufen, Zeugen zu vernehmen sowie andere Handlungen vorzunehmen, die zur Gestellung und Sicherung des Vermögens notwendig sind. Sie sind befugt, von anderen staatlichen oder autonomen Organen im Rahmen ihrer Kompetenzen Hilfeleistungen zu verlangen. ...
§ 5. Bis zur Übertragung der Verwaltung der Vermögen an die ... genannten Behörden, Institutionen oder Personen sind die Liquidationsämter verpflichtet, alles zu unternehmen, was zur Sicherstellung und Erhaltung der Substanz dieser Vermögen sowie zu ihrer Benutzung im Rahmen normaler wirtschaftlicher Erfordernisse notwendig ist.

§ 6. Darüber, ob ein Vermögen als verlassen oder als ehemals deutsch gilt, entscheiden ausschließlich die Liquidationsämter. ...
§ 11. Gegen eine Entscheidung des Bezirks-Liquidationsamtes, durch welche die Wiedereinräumung des Besitzes eines verlassenen Vermögens nach Art. 19 abgelehnt wird, ist kein Rechtsmittel im Verwaltungswege zulässig, der Partei verbleibt jedoch das Recht, ihre Rechte auf dem Rechtsweg geltend zu machen. ...<<

Jugoslawien: Adalbert Graf von Neipperg (1890-1948, Abt des katholischen Benediktiner-Ordens) wird am 23. Dezember 1948 im Kriegsgefangenenlager 233 in Werschetz ermordet (x130/231).

Der deutsche Kriegsgefangene Albert O. berichtet später über die letzten Stunden des katholischen Militärseelsorgers Adalbert Graf von Neipperg (x130/238-239): >>Am Morgen des 23. Dezember gab er seinen Kameraden bekannt, er werde in die Stadt gehen, um Weihnachtseinkäufe zu machen. Auch mehrere Kameraden gaben ihm Geld, um für sie etwas einzukaufen.
Für die religiösen Feiern des Weihnachtsfestes, besonders für die Christmette, hatte er bereits alles mit seinen Leidensfährten im Lager geprobt und auf den Nachmittag auch noch eine Besprechung mit dem protestantischen Lagerpfarrer verabredet.
Um 12 Uhr, so versicherte er, werde er wieder zurück sein. Als er aber zur angesagten Zeit nicht zurückkehrte, gerieten seine Kameraden in begründete ernste Sorge um ihn. Gegen 17 Uhr meldeten sie sein auffallendes, besorgniserregendes Ausbleiben der deutschen Lagerleitung.
Der Lagerleiter erklärte darauf: "Ich vermute, daß der Abt beim jugoslawischen Stab ist. Ich traf ihn heute Morgen in der Stadt, und er sagte mir, daß er auf der Straße dem Kommissar begegnet sei. Dieser habe ihm im Auftrag des Kommandanten mitgeteilt, er solle zum jugoslawischen Stab kommen. Schickt deshalb das Essen und die Decke des Abtes zum Stab.
Die Lagerleitung fürchtete, Graf Neipperg sei unter irgendeinem Vorwand im Karzer gelandet, um ihn an seinen Weihnachtspredigten zu hindern. Der Bote kam aber mit Essen und Decke zurück und berichtete, man habe ihm beim Stab erklärt, der Abt sei nicht dort. Man habe ihm erklärt, wenn er nicht aufzufinden sei, habe er vermutlich seine Ausgangsfreiheit benutzt, um heimlich zu entfliehen. ...<<
Der Militärseelsorger Adalbert Graf von Neipperg wird einige Tage später mit durchschnittener Kehle unter einem Maisschrothaufen gefunden.

24.12.1948

UdSSR: Ein unbekannter deutscher Kriegsgefangener berichtet aus einem Arbeitslager in Karaganda, Kasachstan: >>Eine eigene Stimmung liegt über dem Häuflein von 30 pelzvermummten Gestalten, das sich mühsam durch hohen Schnee den steilen Hang der Abraumhalde hinaufkämpft. –
Weihnachten ist heute - Heiliger Abend! ...
Heute, nach dem Essen, vor dem unbarmherzigen Scheppern der rostigen Schiene, die die Brigade zur Nachtschicht rufen wird, war nun wieder seit langer Zeit der Politoffizier in die Baracke gekommen und hatte erklären wollen, warum und wieso die Gefangenen - also auch sie - in diesem Jahr noch nicht alle hätten heimfahren können.
Das Lied kannten sie, die Männer, die stumm und ergeben auf ihren Pritschen hockten. Früher Winter, keine Waggons, auch der Westen habe sich nicht an die Abmachungen gehalten, alles nichts Neues. ... Sinnlos, die Zeit damit totzuschlagen. Eine Stunde Schlaf wäre besser gewesen! - Das also war das Weihnachtsgeschenk ihres Gastlandes! - das und die Heiligabend-Nachtschicht bei minus 35 Grad.
Stumm, frierend warten die Männer, warte auch ich auf den Arbeitsauftrag. Die fahle Wintersonne versinkt am westlichen Horizont, an dem Horizont, an dem auch wir so gern entschwinden möchten - auf Nimmerwiedersehen. - Endlich! Im Gänsemarsch - (wir sind) schon

geübte Schwellenläufer - geht es an die Westspitze der Kohlenhalde.
Geleise rücken! - Die Brechstange, das Universalinstrument des Ostens, klebt schwer und beißend kalt an den dünnen Handschuhen. - "Hau - ruck! Hau - ruck!" Es will nicht so recht klappen. ... Wo sind wir auch mit unseren Gedanken! Hier in Südsibirien, im Kohlenbecken von Karaganda, in der Kasachischen Steppe bestimmt nicht.
Ob sie daheim wohl ein Bäumchen haben? Ein Bäumchen mit richtigen Lichtern, mit Zukkerwerk und Glockengeläut aus dem Radio? ---
Immer dunkler wird es. Die Filzstiefel sind knochenhart gefroren, und es poltert über die Schwellen, wenn es wieder heißt: "Zehn vor!" oder "Zwanzig zurück!" ... Da glimmt ein Feuerchen auf. ... "Pause!" Na, Gott sei Dank! -
Nur wer schon einmal auf solch zugiger Kante aus Machorka und einem Stück "Prawda" eine Zigarren-Zigarette drehte, weiß, was jetzt kommt. Wenn sich 30 steifgefrorene, vor Vermummung unbeholfene Gestalten um ein Feuer drängen und Bärte, Wimpern und Augenbrauen auftauen. ...
Betretenes Schweigen! ... Ihre Augen werden feucht. - Und dann - zuerst ganz leise, dünn, nur ein paar Stimmen erst, dann alle, laut tönt es zum Sternenhimmel über uns, über uns und der Heimat: "Stille Nacht, heilige Nacht. Alles schläft, einsam wacht ..."
Mächtig loht das Feuer jetzt in die Nacht, prasseln Funken über uns hin, feucht werden da Augen, brechen Stimmen, und mancher wendet sich ab mit zuckenden Lippen, im Herzen bitterstes Weh. –
Friede auf Erden! - Wann auch für uns? ...<<

Berlin: Die Tageszeitung "Neues Deutschland" berichtet am 24. Dezember 1948, daß mindestens 40.000 ehemalige deutsche Soldaten als französische Fremdenlegionäre in Indochina kämpfen (x112/639).
Der SED-Vorsitzende Otto Grotewohl erklärt am 24. Dezember 1948, daß sich noch etwa 300.000 deutsche Kriegsgefangene in der Sowjetunion befinden (x112/639).
WBZ: Das bayerische Rote Kreuz berichtet am 24. Dezember 1948, daß noch mindestens 1,5 Millionen deutsche Kriegsgefangene und Vermißte in der Sowjetunion sein müssen (x112/-639).
Schweiz: Nach Angaben des Internationalen Roten Kreuzes befinden sich am 24. Dezember 1948 in Frankreich und Nordafrika noch 24.140, in Polen noch 40.000 und in Albanien noch etwa 1.000 deutsche Kriegsgefangene (x112/639).

25.12.1948

SBZ: Das Leipziger "Börsenblatt" fordert am 25. Dezember 1948 ein gesamtdeutsches Schrifttum (x112/639): >>... So eingreifend und wirksam Zwangsmaßnahmen der Besatzungsmächte in allen Fragen der äußeren Lebensgestaltung unseres Volkes sein mögen – solange es deutsche Menschen gibt, die eine deutsche Sprache sprechen, werden sie auch um die geistige Durchdringung und Bewältigung ihrer Erfahrungen und um die Gewinnung fruchtbarer Einsichten ringen. Hierfür können und werden sie auf das gesamtdeutsche Schrifttum nicht verzichten.<<
WBZ: A. Dreppenstedt schreibt in der Zeitung "DIE HARKE" über Weihnachten 1948: >>Drei entbehrungsreiche Hungerjahre nach dem Krieg, die Vertreibung von Millionen Menschen aus Ostpreußen, Pommern, Schlesien und dem Sudetenland, die bei uns notdürftig eine Bleibe fanden und drei eiskalte Winter waren bei Brennstoffknappheit und Mangel an warmer Bekleidung zu überstehen. ...
Weihnachten, das "Fest der Familie", könnten wir es doch wieder so nennen! Aber da stehen so viele Einsame in der Winternacht, die sich die kalten Hände nicht wärmen können, weil ihnen Holz und Kohle fehlt, um ein warmes Zimmer zu haben. ...
Wir lasen kürzlich, daß noch 2 Millionen Kriegsgefangene und Verschleppte in der Fremde,

zum großen Teil hinter Stacheldraht, die Heimkehr ersehnen. ...
Nicht genug, wenn wir der Soldaten und Verschleppten in Gefangenschaft gedenken. Die Einsamkeit steht mitten unter uns, neben dir und mir.
... So waren Weihnachten 1948, wie 3 Jahre zuvor, abermals viele Menschen hoffnungslos und verzweifelt.
Die Einsamen dieser Weihnacht warten nicht auf schöne Worte, sondern auf das, was wir für sie tun. ... Und helfen wir ihnen, so entzünden wir auch im Dunkel ihrer Seele wieder das verloschene Licht der Weihnacht.<<

26.12.1948

Jugoslawien: "Altersheim" in Zitiste bzw. St. Georgen an der Bega – Erlebnisbericht des Pfarrers Kornelius W. (x006/613-614): >>Am 2. Weihnachtstag 1948 kam eine Inspektion aus dem Fürsorgeministerium unter der Führung einer Jüdin aus Neusatz.
Ich kam eben mit Titus aus unserem Zimmer, um in die Kanzlei zu gehen, als die Inspektionsgruppe bei uns vorüber wollte. Als diese Frau uns bemerkte, sagte sie zum Direktor Bulatovic; "Ja, was wollen diese jungen Leute hier? Bulatovic antwortete: "Wissen sie, Genossin, das sind Popovi, und die UDBA hat es so beschlossen, daß diese hier sind!" - Mir ist von einer solchen Verordnung nichts bekannt, und ich werde so junge Leute nicht füttern", meinte der Gast. "Wenn ich nach Beograd komme, wird dieser Unordnung ein Ende gemacht werden!" Sie können sich vorstellen, wie wir ... damals schimpften. Man hielt uns hier also seit Mai fest, ohne daß man in Beograd etwas davon wußte! ...
Als wir Geistlichen am 11. Mai 1948 aus Neusatz nach Karlsdorf ins Altersheim und später nach Zitiste eingeliefert wurden, wurde uns gesagt, daß die übrigen Insassen "Schützlinge" des Altersheimes wären, wir Geistliche aber weiter als "Lagerleute" geführt würden und für uns also das "Lagergesetz" maßgebend wäre. Damit wurde auch das Verbot begründet, daß wir nicht in die Kirche gehen durften. Wir meinten, daß die höchste Behörde so entschieden hatte, und fügten uns. ...<<

28.12.1948

Großbritannien: Beim "Londoner Sechs-Mächte-Abkommen" beschließen die westlichen Besatzungsmächte und die Benelux-Staaten (Belgien, Niederlande und Luxemburg) am 28. Dezember 1948 die Einsetzung einer Internationalen Ruhrbehörde (Ruhrstatut), um die gesamte Kohlen- und Stahlproduktion des Ruhrgebietes zu kontrollieren (x101/18).
Das Ruhrstatut wird später aufgrund des Pariser Vertrages vom 18.04.1951 am 23.07.1952 in die Montanunion integriert.

30.12.1948

WBZ: Konrad Adenauer schreibt am 30. Dezember 1948 (x095/84): >>... Die politische Arbeit läßt nicht nach.
Im Parlamentarischen Rat, dessen Präsident ich ja bin, sind große Schwierigkeiten entstanden zwischen meiner Partei und der sozialdemokratischen Partei, und zwar hat die Sozialdemokratie sehr heftige Angriffe gegen mich gerichtet. Zugrunde liegen aber parteitaktische Manöver. Es ist sehr schade, daß infolge solcher parteitaktischen Schwierigkeiten die sachliche Arbeit leidet. ... Ob und wie sie sich überbrücken lassen werden, weiß ich noch nicht.
Dringend nötig ist aber, daß wir so schnell wie möglich eine westdeutsche Bundesregierung bekommen. Die Notwendigkeit der möglichst baldigen Schaffung einer solchen Bundesregierung tritt auch wieder klar zu Tage durch das eben bekannt gewordene Ruhrstatut. Erst wenn eine westdeutsche Bundesregierung besteht, werden die Deutschen in der durch dieses Statut geschaffenen Ruhrbehörde mindestens einen gewissen Einfluß ausüben können.
... Es sieht fast so aus, als ob in Amerika wieder Morgenthau-Ideen etwas mehr an Boden gewännen, hoffentlich nur vorübergehender Art. ...<<

31.12.1948

Ostdeutschland: In den ostdeutschen Gebieten, soweit sie unter polnischer Verwaltung stehen, überschreitet die Bevölkerungszahl erstmalig die 5 Millionengrenze. Ca. 1,0 Millionen Personen sind aber ehemalige deutsche Staatsangehörige, die als Autochthone (Masuren, Ermländer, Kaschuben und Ostoberschlesier) wegen ihres Dialekts oder ihrer Namensform als Polen reklamiert oder wegen ihrer Unabkömmlichkeit als Spezialarbeiter nicht ausgewiesen und zur Option für Polen gezwungen worden sind (x001/120E).

Nach polnischen Angaben liegen im Jahre 1948 in den ehemaligen deutschen Ostgebieten noch immer 24,6 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche brach (x001/118E).

Arbeitslager Sikawa – Erlebnisbericht der Else B. (x002/644): >>Es hieß immer: "Am 1. oder 15. kommt ihr frei!"

Es vergingen aber viele 1. und 15. und wir waren immer noch Gefangene. ... Ich konnte es im Lager nicht länger aushalten, deshalb versuchte ich zu fliehen.

Am Silvester 1948 floh ich aus Leszmierz und kam glücklich bis nach Breslau. Von dort fuhr ich zu Bekannten nach Sorau, in der Hoffnung, dort über die Neiße zu kommen. Es gelang jedoch nicht, denn die Grenze war sehr gut bewacht.<<

UdSSR: Zwangsarbeitslager in Tschassow Jar, Donezbecken (x006/299): >>Ende 1948 ging wieder ein Transport nach Deutschland.

Es waren zum größten Teil Frauen, die über 35 Jahre alt waren.<<

SBZ/WBZ: Die Besatzungsmächte kümmern sich weiterhin in erster Linie um die Abwicklung des "Bevölkerungstransfers" der Ost- und Volksdeutschen, während man die schwierige wirtschaftliche, politische und soziale Eingliederung der Vertriebenen größtenteils den deutschen Behörden überläßt. Millionen von Flüchtlingen und Vertriebenen aus Ost-Mitteleuropa müssen in den mittel- und westdeutschen Besatzungszonen untergebracht werden. Diese "Umsiedler" verändern maßgeblich die soziale Struktur Deutschlands.

Der einzige Willkommensgruß für die Heimatlosen ist gewöhnlich nur eine karge Mahlzeit. Wer keine Verwandten im Westen hat, muß sehen, wo und wie er unterkommt. Die einheimischen Hauseigentümer und Mieter von großen Wohnungen müssen vielerorts Räume an die unerwünschten Landsleute abtreten. Während dieser Zwangseinweisungen kommt es ständig zu Reibereien mit den Einheimischen, denn fast niemand will die Fremden freiwillig aufnehmen. In vielen Landkreisen und Gemeinden muß man Wohnräume mit Waffengewalt beschlagnahmen, um die Neuankömmlinge unterzubringen.

Ein Zeitzeuge schreibt im Jahre 1948 über diese radikalen Zwangseinweisungen (x153/25): >>Jedes Haus steht dem Zugriff offen. Man findet das fast schon selbstverständlich, muß sich aber doch einmal klarmachen, wie ungeheuerlich die Belegung der Häuser und Wohnungen mit fremden Familien ... ist.<<

Die gewaltsamen Beschlagnahmungen bzw. die willkürlichen Zwangseinweisungen führen vielerorts zu offenen Feindseligkeiten zwischen den Einheimischen und Vertriebenen. Die "Neubürger" werden nicht selten mit bösartigen Schimpfwörtern und abfälligen Bemerkungen (wie z.B. "Kartoffelkäfer", Polacken usw.) begrüßt.

Fast alle "Neubürger" verlieren während der Flucht oder Vertreibung ihren gesamten Besitz. Die Arbeitslosigkeit unter den Zugewanderten ist überdurchschnittlich hoch. Vor allem für die Jugendlichen ist es ein großer Nachteil, daß die meisten Vertriebenen in kleineren Dörfern untergebracht werden, denn dort gibt es kaum Ausbildungsplätze.

In dieser bitteren Zeit der unvorstellbaren sozialen Verelendung müssen die Frauen zwangsläufig die Hauptlast tragen, denn Millionen von deutschen Männern müssen als Kriegsgefangene jahrelang Zwangsarbeit leisten. Viele Frauen gehen nicht selten barfuß und hungern für ihre Kinder. Sie müssen nicht nur bei der Verteilung der Lebensmittelrationen stundenlang Schlange stehen oder anstrengende "Hamsterfahrten" unternehmen, sondern sie leisten außer-

dem schwerste Aufräumungsarbeiten. Zwischen den Trümmerbergen sieht man überall hart und schmal gewordene Frauen und alte Männer. Sie beseitigen Schutt, stapeln Klinkersteine aufeinander und sammeln sorgfältig jedes Stück Eisen oder Draht.
Nicht nur ungezählte Wohnungen liegen in Schutt und Asche, auch die Heimatlosen und Heimkehrer sind oft gebrochene Menschen. Fast alle Deutschen sind unentwegt mit dem Überlebenskampf beschäftigt und nehmen die Ereignisse der Nachkriegsjahre teilnahmslos hin.
Berlin: Der SPD-Politiker Ernst Reuter (1889-1953, seit 1948 Oberbürgermeister von West-Berlin) berichtet am 31. Dezember 1948 während seiner Silvesteransprache im Rundfunk über die Lage in Berlin (x112/640-641): >>... Dunkel sind die Abende, kalt sind die Wohnungen, und was das Allerschlimmste ist, wir sind abgeschnitten von jeder Berührung mit der Außenwelt ...
Wir hoffen alle, daß ... diese Stadt im Jahre 1949, oder, wenn es noch länger dauern soll, jedenfalls bald danach wieder den Platz in Deutschland einnehmen wird, der ihr zukommt, den Platz, der es ihr ermöglicht, der Mittelpunkt von ganz Deutschland zu werden, vom Deutschland des Westens, der Mitte und von dem Deutschland des Ostens.<<
Nach offiziellen Angaben des Berliner Dreimächtekomitees sind 3.478.600 deutsche Wehrmachtssoldaten noch nicht aus der sowjetischen Kriegsgefangenschaft zurückgekehrt (x112/-641).
China: Obwohl die Vereinigten Staaten Chiang Kai-shek mit Kriegsmaterial und militärischen Ausbildern unterstützen, beginnt im Jahre 1948 der unaufhaltsame Siegeszug der kommunistischen Truppen von Nord- nach Südchina.

Januar 1949

>>Es ist kein Teufel so schlimm, er weiß immer einen, der noch schlimmer ist.<< (Russisches Sprichwort)

01.01.1949

SBZ: Im Rahmen der Bodenreform hat man bis zum 1. Januar 1949 in der SBZ bereits 11.390 private Landwirtschaftsbetriebe enteignet.
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Bodenreform" in der SBZ (x009/79): >>Die sog. Bodenreform der SBZ erfolgte auf Betreiben der sowjetischen Besatzungsmacht.
Ihre Grundlage sind Verordnungen der damaligen 5 Länder- bzw. Provinzverwaltungen (3.9.1945: Provinz Sachsen, 6.9.1945: Provinz Mark Brandenburg, 7.9.1945: Land Mecklenburg-Vorpommern, 11.9.1945: Land Sachsen, 12.9.1945: Land Thüringen).
Die Bodenreform wurde offiziell begründet als "unaufschiebbare, nationale, wirtschaftliche und soziale Notwendigkeit". Entschädigungslos enteignet wurden alle Privatbetriebe über 100 ha Betriebsfläche sowie Betriebe von "Kriegsverbrechern und Naziaktivisten". Mit der Enteignung war die Vertreibung der ehemaligen Besitzer und ihrer Familien verbunden. Die Gutshäuser wurden zum großen Teil "als Wahrzeichen des Feudalismus" abgerissen.
Bis 1.1.1949 wurden aus Privatbesitz über 100 ha 7.112 Güter mit 2,5 Millionen ha, aus Privatbesitz unter 100 ha 4.278 Betriebe mit 124.000 ha enteignet. Zusammen mit dem Landbesitz des Staates, der Länder, Provinzen, Städte und Gemeinden ergaben sie einen Bodenfonds von rund 3,22 Millionen ha Land- und forstwirtschaftlicher Fläche.
Dieser Bodenfonds wurde verteilt: an 119.530 landlose Bauern und Landarbeiter 924.365 ha; an 89.529 Vertriebene 754.976 ha; an 80.404 landarme Bauern 270.949 ha; an 45.403 Kleinpächter 43.969 ha; an 169.427 Arbeiter und Handwerker 111.203 ha; an 39.786 Altbauern (Waldzulagen) 60.140 ha. Rund 550 Betriebe wurden als Spezialbetriebe für Saatzucht-, Tierzucht- und Forschungszwecke in "Volkseigentum" übergeführt (Volkseigene Güter).

Das den Bodenempfängern durch die Bodenreform zugeteilte Land war von ihnen zu bezahlen; der Preis je ha betrug den Gegenwert von etwa 1.000-1.500 kg Roggen; der Preis für Waldstücke wurde den örtlichen Verhältnissen entsprechend von den Bodenkommissionen festgesetzt. Die Bezahlung konnte in bar oder natura in Raten bis zu 20 Jahren erfolgen. Bodenreform-Land darf weder ganz noch teilweise verkauft werden, es ist auch nicht teil- oder verpfändbar. Über die Landzuteilung wurde eine Urkunde ausgehändigt. Die neuen Besitzverhältnisse wurden grundbuchamtlich festgelegt, die Grundbuchblätter über die früheren Eigentumsverhältnisse amtlich verbrannt.
Gemäß Befehl 209 der SMAD sollte durch ein Bodenreform-Bauprogramm die Errichtung von Gehöften für rd. 209.000 Neubauern mittels Baumaterial- und Kreditbereitstellung ermöglicht werden. Unüberwindbare Schwierigkeiten der Materialbeschaffung haben die Verwirklichung dieses Programms verhindert ...<<
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Bauern" in der SBZ (x009/55-56): >>... Die in der SBZ geläufigen Bauern-Begriffe erfahren willkürlich veränderte Ausdeutungen nach kommunistischen Grundsätzen.
Im Sinne des Klassenkampfes auf dem Lande wird differenziert zwischen "werktätigen" Kleinbauern mit "reiner Warenproduktion" ohne jede Kapitalakkumulation und "Ausbeutung" fremder Arbeitskräfte sowie zwischen Mittel- und Großbauern (bis bzw. über 20 ha Nutzfläche), die angeblich "kapitalistische" Merkmale in mehr oder weniger starkem Maße aufweisen und also Zielscheibe des Kampfes sind.
Die Unterscheidung zwischen Alt- und Neubauern war eine Folge der Bodenreform; nach 1952 wurde zwischen Einzel- und Genossenschaftsbauern unterschieden. Der Kampf gegen die "Großbauern" wurde immer mehr zu einem Kampf gegen die noch privat wirtschaftenden Einzelbauern, unabhängig von der Größe ihrer Betriebe.<<
Berlin: Das Präsidium des Deutschen Volksrates der sowjetischen Zone erklärt am 1. Januar 1949 (x112/647): >>... Das abgelaufene Jahr brachte mit der imperialistischen Zerreißung Deutschlands durch die Remilitarisierung Westdeutschlands und durch die amerikanische Annektion des Ruhrgebietes eine schwere Bedrohung der Sache des Friedens.<<
WBZ: Die SPD-Parteizeitung "Neuer Vorwärts" kritisiert am 1. Januar 1949 das "Ruhrstatut" (x112/647): >>Das Statut bedeutet eine große Vertrauenskrise für die Demokratie und die westlichen Siegermächte im deutschen Volk. ...
Die Einigung ist jetzt auf Kosten des deutschen Volkes erfolgt. Durch die vorliegende Regelung wird keine gedeihliche internationale Zusammenarbeit geschaffen. Diese Internationalisierung ist einseitig mit bevorrechtigten Subjekten und dem benachteiligten Objekt Deutschland. ...<<
In der britischen und nordamerikanischen Besatzungszone werden im Januar 1949 täglich 1.779 Kalorien zugeteilt (x117/31).

06.01.1949

WBZ: Die Wochenzeitung "DIE ZEIT" berichtet am 6. Januar 1949: >>**Das Ruhrstatut**
Eigentlich hatte die am 11. November in London zusammengetretene Sechsmächtekonferenz nur die Errichtung eines Kontrollamts für die Verteilung von Kohle und Stahl des Ruhrgebiets verhandeln wollen, so war es im Juni in London beschlossen worden. Aber in den sechs Monaten seit Juni 1948 hatte sich manches geändert.
Die Währungsreform der Westzonen hatte der deutschen Industrie einen starken Aufschwung gebracht, während gleichzeitig die französische Wirtschaft infolge der politischen Unruhen und Streiks einen Rückschlag erlitten hatte. Was Wunder, daß das französische Sicherheitsbedürfnis angesichts dieser Situation nicht nur Garantien gegen eine militärische Aggression, wie sie das sogenannte Militärische Sicherheitsamt bieten könnte, verlangte, sondern Garantien, die eine Kontrolle des deutschen Wirtschaftsaufschwungs ermöglichen.

Noch im Juli 1948 belief sich die französische Stahlproduktion auf 640.000 t, im September war sie bereits auf 550.000 t gesunken, während die Stahlerzeugung, der Bizone von 310.000 t zu Beginn des Jahres 1948 auf 572.000 t im September angestiegen war und damit die Leistungen der französischen Stahlindustrie erstmalig übertreffen hatte.
Als dann am Vorabend der zweiten Londoner Konferenz die anglo-amerikanischen Regierungen den Deutschen noch die Treuhänderschaft über die Kohle- und Stahlindustrie übertrugen und sich bereit erklärten, die Regelung der endgültigen Eigentumsverhältnisse der künftigen deutschen Regierung zu überlassen, war die französische Geduld erschöpft. Dies die Vorgeschichte des Ruhrstatuts.
In der deutschen Öffentlichkeit hat die Verkündung dieses "Übereinkommens", dessen Inhalt den deutschen Partnern bis dato unbekannt war, Kritik und Niedergeschlagenheit ausgelöst. ... Vom Morgenthau- bis zum Marshall-Plan haben wir hinsichtlich Industrieplan, Demontage und Stahlquote manche Wandlung erlebt, die eher eine optimistische als eine pessimistische Auslegung rechtfertigt.
Und was die Dauer solcher Bestimmungen anbelangt, kann man den Optimismus der Sechsmächtekonferenz nur bewundern, wenn sie in Anlehnung an die Vorschläge von Byrnes die Vision einer vierzigjährigen Lebensdauer der Ruhrbehörde beschwört. Schließlich sind erst drei Jahre vergangen, seit im Potsdamer Abkommen die Westalliierten und Rußland vereinbarten, eine Entscheidung über die Ruhrindustrie gemeinsam zu treffen. Das war 1945 - im Ruhrstatut von 1948 ist Rußland gar nicht mehr erwähnt.
Es ist ferner zu bedenken, daß die deutsche Stahl- und Kohleindustrie bisher unter angloamerikanischer Kontrolle stand, also in gewisser Weise nur eine Kontrolle durch eine andere abgelöst wird und daß überdies die gesamte deutsche Wirtschaft im Rahmen der Marshall-Planung ohnehin nicht frei ist. Man muß sich allerdings auch darüber klar sein, daß die Handhaben zur Kontrolle der deutschen Wirtschaft, wie sie die Ruhrbehörde - in der Deutschland bekanntlich von 15 Stimmen nur 3 hat - bietet, wirklich allumfassend sind.
In jeder modernen Wirtschaft kann man über die Kontrolle der Grundstoffe: Kohle, Stahl und Roheisen praktisch die gesamte Volkswirtschaft lenken. Wenn außerdem die Ruhrbehörde laut §§ 14 und 15 noch ermächtigt ist, die Qualitäten und Typen bei der Ausfuhr zu bestimmen und die Preise, das Transportwesen, die Zölle und Wirtschaftsmethoden zu überprüfen, so bedeutet dies, daß eine internationale Kommission die Struktur der deutschen Wirtschaft bestimmt, die Höhe des Eigenverbrauchs und den deutschen Lebensstandard.
Es wird zwar ausdrücklich verlangt, daß hierbei keine Konkurrenzinteressen mitsprechen dürfen und die Mitglieder der Kommission sich nicht als Vertreter ihrer Nationen, sondern als internationale Körperschaft fühlen sollen; aber kann man verlangen, daß der französische Vertreter unbeeinflußt von nationalen Interessen die Verteilung von Koks und Kohle bewirkt, wenn in Frankreich neue Streiks die eigene Produktion stillegen?
Kann man erwarten, daß der Vertreter Englands ein Werk, das vielleicht im Hinblick auf irgendwelche Spezialqualitäten den englischen Export entscheidend hemmt, in großzügiger Weise mit Kontingenten versieht? Kann man hoffen, daß das deutsche Interesse: so viele Fertigfabrikate und so wenig Rohstoffe wie möglich zu exportieren, von den übrigen Mitgliedern respektiert wird? Und schließlich erhebt sich noch die politische Frage, kann man die zukünftige deutsche Regierung von vornherein in ihren Kompetenzen so stark einschränken, daß sie eine eigene Wirtschaftspolitik eigentlich gar nicht mehr ausüben kann?
Auf all diese Fragen wird man in den 35 Paragraphen des Ruhrstatuts keine Antwort finden, erst die Durchführung kann sie bringen. Potentiell sind beide Möglichkeiten gegeben: die Ruhrbehörde kann, wie ihre Kritiker sagen, zur kolonialen Ausbeutung Deutschlands führen, und sie kann auch, wie ihre Befürworter es wünschen, zur Keimzelle einer neuen europäischen Wirtschaftsauffassung und Gestaltung werden.

Allerdings schrieb der "Economist" kürzlich: "Ein internationalisiertes Ruhrgebiet in einem im übrigen völlig nationalistischen Europa würde da mächtiger Unruheherd werden." Daher gäbe es "nur eine Lösung: die internationale Kontrolle auf die Industriegebiete Lothringens, Luxemburgs und Belgiens auszudehnen."
Bisher hat es sich gezeigt daß die Realitäten und wirtschaftlichen Erfordernisse stärker waren als die Theorien von Mr. Morgenthau, der das Ruhrgebiet in eine Schafweide verwandeln wollte. In Ruhe abwarten, wie die Ruhrbehörde arbeitet und nicht übereilt beitreten wird daher bis auf weiteres die deutsche Aufgabe sein.<<

08.01.1949

WBZ: Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (2/1949) berichtet am 8. Januar 1949 über das Ruhrstatut: >>**Tedeum des Sieges**

Der französische Ministerrat beeilte sich, den Entwurf des Londoner Ruhrstatuts als erste beteiligte Regierung zu billigen. Er tat das "mit Genugtuung". Die Statuten gehen den Franzosen ein wie Honigseim. Die Deutschen schlucken schwer an dem bisher bittersten Tropfen aus dem totalen Kapitulationskelch.
Das Ruhrgebiet bleibt deutsches Eigentum und in deutscher Verwaltung. Daran ändert keiner der 35 Paragraphen des Kontrollstatuts der Engländer, Amerikaner und der Benelux-Staaten etwas. Sonst aber ändert sich manches.
Treu und Glauben. "Das Ruhrstatut ist der tragische Fehlschlag der Nachkriegszeit", konstatiert Wirtschaftsdirektor Ludwig Erhard in der Höchster McNair-Kaserne. "Die letzte Konsequenz des Statuts ist, daß die soziale Lebensführung, der Lebensstandard des deutschen Volkes, jetzt nicht mehr abhängig ist von deutschen Bestrebungen, deutschem Fleiß und deutscher Sozialpolitik, sondern vom Votum der Interessenten und Konkurrenten der deutschen Wirtschaft."
Den anglo-amerikanischen Versicherungen, die Deutschen müßten sich darauf verlassen, daß die Bestimmungen des Ruhrstatuts von der internationalen Behörde im "good faith", auf "Treu und Glauben" gehandhabt werden würden, steht Erhard skeptisch gegenüber.
"Ich kann nicht glauben, daß hinter dem Ruhrstatut der Geist europäischer Zusammenarbeit zugunsten Europas steht." Ludwig Erhard glaubt eher an kleinliche Überlegungen konkurrenzmäßiger Art.
Die Pariser Wirtschaftszeitung "L'Echo de la Finance" bekräftigt das auf gut französisch: "Wir sind vor allem durch das industrielle Potential unserer ehemaligen Feinde beunruhigt. Wenn die deutsche Stahlindustrie uns morgen von den europäischen Märkten verdrängt, bleibt uns keine Möglichkeit, die Devisen zu erwerben, die wir bitter nötig haben. Die Kraftprobe zwischen uns und unseren früheren Gegnern ist jetzt nicht militärischer, sondern wirtschaftlicher Art."
Unglauben. Der "Combat" in Paris empfiehlt, das Ruhrstatut mit Vorsicht und sogar "mit Unglauben" aufzunehmen. In seinem Leitartikel erteilt die unabhängige Tageszeitung den Kontrollbestimmungen die Prädikate "zusammenhanglos und dehnbar".
Tatsächlich liegen die Begrenzungen der Eingriffe in das westdeutsche Wirtschaftsleben nur schwer feststellbar zwischen den Buchstaben des Abkommens und dem guten oder bösen Willen seiner Unterzeichner. Durch den Artikel 14 wird die neue Ruhrbehörde zu einer Super-Jeia (Auslandsbehörde der westlichen Besatzungsmächte) für den westdeutschen Export.
Ihre Aufgabe ist die Verteilung der gesamten Kohle-, Koks- und Stahlproduktion von 135 großen Gruben und Bergwerken, 12 Hochöfen, 263 Eisenwerken, 296 Gießereien und 57 Walzwerken.
Die Erzeugung von fast 7.000 mittleren und großen Unternehmen im westdeutschen Industrierevier soll so verteilt werden, daß "Länder, die zum Besten aller Beteiligten an der wirtschaftlichen Zusammenarbeit teilnehmen, angemessenen Zugang zu den deutschen Rohstoffen" er-

halten. Deutschlands "wesentliche Bedürfnisse" werden dabei berücksichtigt.
Das Ruhrgebiet stellt die Grundstoffe für 80 Prozent des deutschen Exportes. Die Ruhrbehörde hat das Recht, die "Mindestmengen" für den Export und den deutschen Bedarf von Kohle, Koks, Fertig- und Halbfertigstahl festzusetzen. Es wird künftig Sache der internationalen Kontroll-Behörde sein, wieviel Kohle die deutschen Porzellanfabriken in Bayern erhalten, oder wieviel Bunkerkohle in die Bäuche deutscher Fischdampfer kommt.
Die Behörde kann dabei selbst die Qualitäten oder Typen der auszuführenden Produkte bestimmen. Wenn sie die Qualität der Edelstahle vorschreibt, kann beispielsweise mit einem Schlage der gesamte deutsche Zahnbohrer-Export (ein guter Devisenbringer im Kanada-Geschäft) ausgeschaltet werden.
Die allgemeine Hoffnung im Ruhrgebiet auf eine Erhöhung der jährlichen Stahlproduktion (auf etwa 12 bis 14 Millionen Tonnen) wurde enttäuscht. Es bleibt bei 10,7 Millionen. Schon jetzt beträgt die Monatsproduktion rund 600.000 Tonnen.
In alle Ewigkeit. Bei entsprechender Abstimmungskonstellation können die westlichen Vertreter praktisch jeden deutschen Exportzweig, der ihrer eigenen Wirtschaft gefährlich zu werden droht, abdrosseln. Ohne den gütigen Geist George C. Marshalls, der hier und da mahnend aus der dialektischen Dunkelheit der 6.000 Worte spricht, könnte der gegenwärtige Rohstoffanteil des deutschen Exports (Kohle, Holz und Schrott) in alle Ewigkeit zum Hauptbeitrag der deutschen Ausfuhrproduktion gestempelt werden.
Schon das letzte Jahr brachte in der deutschen Kohleausfuhr einen zweifelhaften Exporterfolg. Die Ausfuhr von Steinkohlen erhöhte sich 1948 gegenüber 1947 um etwa 75 Prozent. Die Kohleproduktion selbst stieg kaum um 20 Prozent.
Die Jeia-Anordnung Nr. 1 verbot den Export von deutschem Roheisen. Artikel 14 der Ruhrstatuten kann die Roheisenausfuhr trotzdem möglich machen. Die letzten Jeia-Bestimmungen vom Dezember 1948 ließen die deutschen Ausfuhrzügel etwas lockerer. Das Ruhrstatut droht die alten Scheuklappen in Disposition und Preisgestaltung wieder hervorzuholen. Aus den Paragraphen knistert es schon wieder nach den 32 kaum zerknüllten Ausfuhrformularen.
Hundert Kilo gewalzter Edelstahl für Metallsägen kosten auf dem Weltmarkt 45 bis 50 Dollar. Selbst bei verbesserten Herstellungsmethoden könnte der deutsche Exporteur nicht billiger liefern, wenn es dem bösen Nachbarn nicht gefällt.
Durch das Recht zur Regulierung des deutschen Exports hat die Kontrollbehörde die Möglichkeit, willkürlich den gesamten Handel mit Skandinavien, Spanien, Italien oder Südosteuropa zu unterbinden. In der Außenpolitik der Ruhrstatut-Mächte könnte so der Ruhrexport ein wirksames außenpolitisches Druckmittel werden.
Nach Artikel 15 darf die Behörde Transportwesen, Preise, Wirtschaftsmethoden, Quoten, Zölle und andere wirtschaftliche Maßnahmen deutscher Stellen überprüfen. Sieht die Behörde diese Maßnahmen als schädlich für ihre eigenen Kohle-, Koks- und Stahldispositionen an, so kann sie bestimmen, daß solche Anordnungen abgeändert oder aufgegeben werden.
Das ist der Hiobsparagraph für jeden künftigen deutschen Wirtschaftsminister, der sein eigenes Konzept für irgendeine Wirtschaftspolitik besitzt und durchführen möchte.
Die künftige Preisbildung der Ruhrbehörde für die Grundrohstoffe bestimmt auch mit das inländische Preisspiegelbild Westdeutschlands.
Letzten Endes hängt es von der Preiskalkulation der Westsignatarstaaten ab, welchen Betrag westdeutsche Hausfrauen für ihre Kochtöpfe zahlen müssen und was ihnen in Mark und Pfennig die Gasuhr am Monatsende geschlagen hat.
Auch die letzten Bayern. "In der Praxis wird die internationale Ruhrbehörde das künftige westdeutsche Wirtschaftsministerium sein", befürchtet Nordrhein-Westfalens Wirtschaftsminister SPD-Professor Erik Nölting. "Sie wird den Lebensstandard auch des letzten Bayern im Allgäu bestimmen."

"Exterritoriale Vorrechte, wie sie im Ruhrgebiet einer administrativ tätigen Behörde eingeräumt werden, gehörten bislang zum Instrumentarium der Kolonialpolitik."
Besonderen Schutz des Londoner Statuts genießen Betriebe der Grundindustrien, in denen ausländisches Kapital arbeitet. Die Behörde soll den zuständigen Besatzungsmächten den Schutz ausländischer Firmen vor "diskriminierenden Maßnahmen" der deutschen Konkurrenz empfehlen. In den meisten Fällen sind für diese Empfehlung Absender und Empfänger gleich. Das Fremdkapital im kontrollierten Ruhrgebiet ist restlos im Besitz der Westmächte.
Maßnahmen einer deutschen Regierung, die eine Durchführung der Kontrolle behindern, können von der Behörde ausgesetzt werden. Die deutschen Vertreter haben dann eine Einspruchsfrist von fünfzehn Tagen. Danach kann die deutsche Regierung für schuldig erklärt werden. Den Gerichtsstand für beide Teile bestimmen in jedem Falle die Signatarmächte des Londoner Ruhrabkommens.
Offene Fabriktore. Das Gesetz 75 zur Übergabe der westdeutschen Industrie an deutsche Treuhänder bleibt bestehen. Auch die Kontrollen zur Verhinderung neuer wirtschaftlicher Machtkonzentration bleiben in Kraft. Die Behörde besitzt ein unbedingtes Auskunftsrecht. Die deutschen Betriebe werden regelmäßig Arbeitsberichte einreichen müssen. Den Ruhrkontrolleuren steht jedes Fabriktor offen.
Sie können Untersuchungen, Zeugenvernehmungen und die Durchsicht von Akten und Einrichtungen privater oder öffentlicher Organisationen durchführen. Westdeutschlands Unternehmer bangen wieder um ihre Erfindungen und Produktionsverfahren. Die Arbeiter bangen mit.
"Wir haben alles getan, um die Ruhrarbeiter zu arbeitsamen europäischen Demokraten zu machen, und nun setzt man diesen Arbeitern eine fremde kapitalistische Diktatur vor die Nase", händeringt der Betriebsrat der Zeche "Julia" in Herne.
"Stellen Sie sich folgendes vor: Eine Schnüffelkommission aus französischen Offizieren kommt ins Werk. - Ah, würde der alte Arbeiter sagen: das wird ja 1923 gespielt; die alte Tante Micum (die damalige französische Industriekommission) ist wieder da. Dann aber wird es ernst: Aus dem sumpfigen Boden des französischen Nationalismus, der an der Ruhr vorexerziert wurde, sind die Schlageters aufgestiegen. Auch der Kommunismus wurde groß. Das Ruhrabkommen liefert Moskau auch heute erstklassige Trümpfe."
Westdeutschlands Arbeiterschaft vermutet meist unbesehen in den Kontrollparagraphen die Achillesfersen eines Tausendfüßlers. Sie sucht vergeblich nach den Eigentumsbestimmungen. Ihre Funktionäre prophezeien ein rapides Absinken des Leistungswillens und der Meldungen zum Ruhrbergbau.
Eine große Sache. "Kohle - Brot und Aufbau. Helft mehr Kohle fördern und werdet Bergmann", steht in Deutsch auf dem Plakat im Zimmer 118 des US-Hauptquartiers im Frankfurter I.-G.-Haus.
Neben der drei Meter hohen Deutschland-Wandkarte mit dem rotstift-ummalten Ruhrgebiet (bis zur holländischen Grenze) hängen auf 118 seit ein paar Tagen noch mehr Plakate und Graphiken mit dem deutschen Wort "Kohle".
Davor sitzt ein grauhaariger Amerikaner im schottisch karierten Businessanzug: Mr. F. C. Wright jr., der Berater für. Wirtschaftsfragen beim Zweimächtekontrollamt.
"Wissen Sie, das mit dem Ruhrstatut scheint eine große Sache zu sein. Ich habe mir das schon am Sonntag überlegt, als ich es in der New York Herald Tribune las." Sonst hat F. C. Wright jr. noch keine feste Meinung über die Ruhrkontrolle. "Geben Sie mir acht Tage Zeit, dann kann ich Ihnen sagen, was ich darüber denke."
Bitte Zeit. Die Franzosen sitzen am anderen Ende des Korridors. Besucher werden in dem spärlich möblierten Raum der französischen Verwalter mit routinierter Höflichkeit empfangen.

Eine Meinung über das Ruhrstatut aber haben die Frankfurter Franzosen nicht. Mit höflich neutralem Lächeln bitten sie sich Zeit aus. "Wir haben ja hier gerade erst angefangen." Ihre Regierung in Paris bezeichnet das Übereinkommen als wichtigen Schritt auf dem Wege zu künftigen Regelungen.
Ruhrstatut und Besatzungsstatut sollen Kern einer künftigen Friedensregelung mit Deutschland bilden. Die drei deutschen Stimmen gehören bis zur Bildung einer westdeutschen Regierung einem alliierten Besatzungsvertreter. Sie werden immer nur ein schwaches Stimmchen in dem Chor der anderen Partner sein. Zur Beschlußfassung der Behörde genügen acht Jastimmen.
Selbst bei der ausnahmsweisen Verteilung von Roheisen müssen es gerade zwölf Stimmen sein, die den Beschluß gültig machen. Falls die westlichen Kontrahenten Roheisen wollen, wird geliefert Auch wenn die deutschen Stimmen protestieren.
Kontrollrats- und UNO-Kenner prophezeien einträgliche Kuhhändel mit den Stimmen. Die Franzosen wären für jede Unterstützung ihres Planes zur Verschiffung der Ruhrkohle nach Lothringen dankbar, um die eigene Stahlproduktion auf die im Monnet-Plan vorgesehene Höhe von 15 Millionen Tonnen jährlich zu bringen.
Für Holland und Belgien ergibt sich die Möglichkeit, gegen ihr Jawort die drei französischen Stimmen für eine mögliche Transportbevorzugung der belgisch-holländischen Häfen einzuhandeln.
"Ich denke da an das Feilschen der einzelnen westeuropäischen Staaten beim O.E.C.C. (Marshallplan-Büro) in Paris über die Verteilung der ERP-Dollar erinnert sich Professor Erhard. "Warum sollten da jetzt ausgerechnet hinter dem Ruhrstatut hehre Ideen stehen?"
Da acht Stimmen im Normalfall für einen Beschluß notwendig sind, könnten die Angelsachsen zusammen mit ihrem Platzhalter für das unmündige Deutschland ihre Ansichten immer durchdrücken.
Wie das Pariser Marshallplan-Büro steht auch die neue Ruhrbehörde vor der Aufgabe, das wirtschaftspolitische Sonderinteresse einzelner Staaten zugunsten des gemeinsamen Aufbaues Westeuropas zurückzustellen.
Eine kleine Garantie. Jede größere Benachteiligung Deutschlands würde die amerikanischen und englischen Steuerzahler sehr bald fühlen lassen, daß Deutschland sich nicht selbst erhalten kann, wenn ihm die industriellen Möglichkeiten verbaut werden. Das ist eine kleine Garantie dafür, daß im Rate der Ruhrbehörde Deutschland bei der Verteilung seiner eigenen Produktion nicht zu kurz kommt. Wie überhaupt das Abkommen nur in seiner Praxis endgültig als verwerflich oder annehmbar bezeichnet werden kann.
Die sowjetische Behauptung, der Londoner Vertrag enthalte Geheimklauseln über eine Remilitarisierung Deutschlands sowie Sondervereinbarungen in der Eigentumsfrage, wurde von der britischen Regierung dementiert. Rußland bezeichnet das Ruhrabkommen als ungesetzlich und "besonders schändliche Verletzung internationaler Abkommen".
Die Ruhrstatuten fordern eine Zusammenarbeit zwischen den Ruhrkontrolleuren und den Pariser ERP-Marshallplanern. Nordrhein-Westfalens Ministerpräsident Karl Arnold dachte den Marshallplan-Gedanken im Ruhrstatut zu Ende.
An Stelle der einseitigen Kontrolle des Ruhrreviers fordert er einen völkerrechtlichen Zweckverband auf genossenschaftlicher Grundlage. Dazu sollten Deutschland die Ruhr, Belgien und Luxemburg ihre Schwerindustrie, Frankreich das lothringische Erzvorkommen und die Saar einbringen.
"Das kommt vielleicht später noch", tröstet der Londoner "Observer" und fordert Deutschland auf, erst wieder einmal "etwas Vertrauen" zu schaffen. Auch der "Nieuve Rotterdamsche Courant" plädiert für eine Kontrolle aller westeuropäischen Industriezentren (s. Spiegel Nr. 48/1948). Die Londoner "Times" weist darauf hin, daß in dem Ruhrstatut Hinweise auf die

Möglichkeit einer Revision gegeben sind. Deutsche Kritik sei jetzt aber "nur mit Gedächtnisschwund" zu entschuldigen.
Frankreichs Presse singt - mit Ausnahme der Kommunisten - ein "Tedeum des Sieges", wie die Pariser "Le Monde" schreibt. Der französische Außenminister Schuman schmiedete das Ruhreisen, solange es unter den deutschen Remilitarisierungsdebatten und anderen im Ausland als "Anzeichen nationalistischer Wiedergeburt" gewerteten Diskussionen heiß war.
Nicht über den Weg. Frankreichs große Befürchtung war eine Ruhrwirtschaft in Form einer amerikanisch-deutschen Holding-Gesellschaft, bei der die deutschen Schwerindustriellen die Managerposten übernehmen sollten. Die Franzosen sind darüber jetzt beruhigt. Die Sowjets argwöhnen, daß der Rohstoffnachschub für den Wiederaufbau der westeuropäischen Rüstungsindustrie künftig auch aus Westdeutschland kommen könnte. Sie trauen auch dem Sicherheitsamt nicht über den Weg.
Die militärische Sicherheitsbehörde ist bereits konstituiert. Als Vertreter der drei westlichen Militärgouverneure wurden der amerikanische Generalmajor James P. Hodges (bisher Direktor bei der amerikanischen Militärregierung), der englische Generalmajor V. J. Westropp (bisher stellvertretender Stabschef der britischen Militärregierung) und der französische General Paskiewicz (bisher Leiter der Entwaffnungsabteilung der französischen Militärregierung) ernannt.
Das Amt soll 150 Mann Personal beschäftigen. Vorgesehen sind eine militärische, eine industrielle und eine wissenschaftliche Abteilung. Sitz der Sicherheitsbehörde soll Stuttgart oder Baden-Baden, das Ruhrbehördenquartier wahrscheinlich Düsseldorf sein.
Der westdeutsche Kommunistenchef Max Reimann will die in Bonn streitenden Verfassungshähne zu einer Erklärung über das Ruhrstatut bewegen. Auch der Rat der elf westdeutschen Ministerpräsidenten will sich äußern. Das Kabinett Nordrhein-Westfalen ernannte einen ständigen Ausschuß von Sachverständigen, der die wirtschaftlichen und organisatorischen Auswirkungen des Ruhrstatutes beobachten soll. Am schärfsten stehen SPD und KPD in Opposition zu dem Statut. Das heißt aber nicht, daß sie sich in ihrer Opposition einig sind.
"Das Ruhrstatut bedeutet Sklaverei" schrieben Kommunistenhände in roter Farbe an die Fassade des Düsseldorfer Arbeitsamtes. Viele Leute blieben davor stehen. Zu größeren Unruhen kam es nicht. Die Tagesberichte der westdeutschen Polizeireviere vermelden keine besonderen Vorkommnisse.
Nur Köln machte eine Ausnahme. 23 Personen wurden auf der Polizeiwache eingeliefert. Sie hatten einen Arbeiter verprügelt, der die Ansicht vertrat, das Ruhrstatut sei schließlich eine Folge des Hitlerkrieges. Alle 23 gaben zu, noch keine Zeile des Ruhrstatuts gelesen zu haben.
UNTER DEM RUHRSTATUT
ANTEIL DES RUHRGEBIETS
WEST-DEUTSCHLAND = 100 %
95 % DER STEINKOHLENVORRÄTE
90 % DER KOHLENPRODUKTION
80 % DER EISENSCHAFFENDEN INDUSTRIE
87 % DER ROHSTAHLPRODUKTION
65 % DER GIESSEREIEN

KOHLEN-EXPORT der britischen Zone in Mio. Tonnen

	1947	**1948**
FRANKREICH	1,7	4,6
LUXEMBURG	1,5	2,3
BELGIEN	0,7	1,2
HOLLAND	1,0	1,7

DÄNEMARK	0,8	0,6
NORWEGEN	0,4	0,2
SCHWEDEN	0,1	0,7
ÖSTERREICH	1,4	2,3
ITALIEN	0,9	1,5
SONSTIGE	0,5	0,8<<

Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (2/1949) berichtet am 8. Januar 1949 über das Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen in der UdSSR: >>**Jeder Fünfzehnte ...**

Drei Noten gingen am Montag gleichzeitig im Moskauer Außenministerium ein. Die Vereinigten Staaten, England und Frankreich ließen durch ihre diplomatischen Vertreter anfragen, ob Rußland die noch in seiner Hand befindlichen deutschen Kriegsgefangenen bis zum 31. Dezember 1948 entlassen habe. Das war zwischen den Außenministern der großen Vier am 23. April 1947 beschlossen worden.

In ihrer Anfrage machten die Westmächte gleich die Gegenrechnung auf. In der englischen Note wurde von den 447.367 Kriegsgefangenen aus Rußland gesprochen, die nachgewiesenermaßen bis Ende 1948 in Deutschland eingetroffen sind. Die Schlußfolgerung: Noch mindestens 200.000 deutsche Kriegsgefangene müssen sich in sowjetischer Hand befinden.

Molotow schwieg, wie er auch die britische Note vom 9. März 1948 "über die gegenseitige Benachrichtigung von Todesfällen kriegsgefangener Soldaten" nicht beantwortet hat. Statt dessen schlug die "TASS" Lärm. "Lügner" und "Verleumder" wurden die westlichen Anfrager gescholten, und nach den west-verfügten PoW's wurde gefragt, die angeblich auf den Schlachtfeldern des Nahen Ostens Kriegsdienste leisten dürfen. Nur für die deutschen Mithörer gab es ein Trostpflästerchen: Der Rest der Kriegsgefangenen wird dem sowjetischen Plan entsprechend im Laufe des Jahres 1949 nach Deutschland zurückgebracht werden.

Wie viele Deutsche es genau sind, die noch ein Jahr russische Kriegsgefangenschaft vor sich haben, weiß niemand. Es gibt in ganz Deutschland keine amtliche Stelle, die nachzuforschen hätte, wieviel Deutsche sich heute noch außer Landes befinden oder in der Gefangenschaft ums Leben kamen. Karitative Organisationen und politische Parteien haben auf eigene Faust recherchiert.

In Hannover in der Odeonstraße bei der SPD-Reichsleitung macht dies von parteiamtswegen Hans Stephan. Was in den Heimkehrerlagern die Angehörigen verschollener Kriegsgefangener aus privater Herzensnot tun, daß sie nämlich den heimkehrenden Kameraden die Bilder ihrer Vermißten vorhalten, hat Stephan zu einem System erhoben. Er sammelt Einzelnachrichten von Ostheimkehrern und trägt aus vielen tausend Steinchen ein Kriegsgefangenen-Mosaik zusammen.

Ursprünglich war dem einstigen Breslauer SPD-Kassierer, Ostvertriebenen und Ägypten-PoW mehr die propagandistische Seite des Kriegsgefangenenproblems ans Herz gelegt worden. Er sollte Außenminister Molotow Lügen strafen. Der hatte nämlich am 31. März 1947 die Zahl der in der UdSSR befindlichen Kriegsgefangenen mit 890.532 angegeben. Diese Zahl schien vielen Deutschen, vielen Ausländern - noch in der britischen Note vom Montag wird sie wieder in Zweifel gezogen - und dem SPD-Reichsvorstand viel zu niedrig. Die Odeonstraße startete eine Aktion, um die wirkliche Zahl aller Rußland-Gefangenen herauszubekommen (vgl. Spiegel Nr. 19/47).

Hans Stephan fing an zu sammeln. Stoßweise schüttete die Post einzelne Angaben und Mitteilungen auf seinen und seiner Mitarbeiter Schreibtische. Je länger er sammelte und je intensiver er auswertete, um so mehr begriff er, wie Molotow zu den 890.532 gekommen war.

Hans Stephan rechnet so: Die sowjetamtliche TASS-Agentur hat im April 1945 3,8 Millionen Deutsche in russischer Hand gemeldet. Wenn man den Durchschnittssatz von 20 Prozent Zi-

vilinternierten von den TASS-Zahlen abzieht, so bleiben drei Millionen deutsche Kriegsgefangene, die sich im Mai 1945 in russischer Hand befanden. Seitdem seien, will Stephan errechnet haben, 1,5 Millionen entlassen worden, eine halbe Million amtlich zugegebener stehe noch aus. Die restliche Million deutscher Männer müsse aber wohl abgeschrieben werden.
Von den seit Februar 1948 im Lager Friedland befragten Heimkehrern sind 690.000 Namen von Soldaten genannt worden, die während der Gefangenschaft verstorben sind. Durch Friedland wird bestenfalls nur ein Drittel aller Ostheimkehrer geschleust. Mögen sich die Angaben auch oft überschneiden, sagt Hans Stephan, so ergibt sich doch, daß jeder siebenzigste Deutsche, jeder fünfzehnte deutsche Soldat in der sowjetischen Gefangenschaft erfroren oder verhungert ist.
Lage und Name von über 1.000 Kriegsgefangenenlagern in West-Rußland hat Hans Stephan feststellen und in eine Karte eintragen lassen. Das Material über die Lager jenseits des Ural ist noch zu unvollständig, um veröffentlicht zu werden.
Das aber konnte man in Erfahrung bringen: Die Lager der Nummern 1.000 bis 6.050 sind Lazarett-, Erholungs- und Schulungslager. Die Lager der Nummern 6.300 bis 6.500 unterstehen der Roten Armee und arbeiten für sie. Die Insassen von 7.000 bis 7.961 sind in Bergbau, Straßenbau, Landwirtschaft und Industrie eingesetzt.
Ergänzt werden Hans Stephans Ermittlungen durch den Kriegsgefangenenausschuß des Stuttgarter Länderrats. Der hat aus Heimkehrermunde von zwölf Schweigelagern in der Sowjetunion erfahren. Deren Insassen dürfen auch heute noch nicht nach Hause schreiben. Die Zahl zwölf wird als Mindestangabe geschätzt. Wahrscheinlich gibt es noch viel mehr Lager, deren Insassen wie in einem lebendigen Sarge gehalten werden.
Die Stuttgarter wissen auch von mindestens 28.000 weiteren Kriegsgefangenen, die Polen noch zurückhält. Von ihnen sollen nur einmal die entlassen werden, die in der Sowjetzone beheimatet sind. So hat es Moskau der Warschauer Regierung befohlen. Warschau selbst gibt eine andere Auskunft. Es will erst dann die West-Beheimateten nach Hause schicken, wenn ein entsprechender Vertrag abgeschlossen ist. Mit wem dieser Vertrag zu schließen sein würde, sagt Polen nicht.
Hans Stephan wird weiter sammeln und auswerten müssen. Nach dem russischen "Vertragsbruch", wie "OMGUS-Berlin" kommentierte, bleibt ihm zumindest noch für 1949 Arbeit genug. Mit ihm warten die Angehörigen in Deutschland. Für sie hatte die sowjetisch lizenzierte "Berliner Zeitung" zu Weihnachten einen wohlgefälligen Trost: "Wer einen Kriegsgefangenen aus dem Osten erwartet, weiß sicher, daß er heimkehren wird. Sie leben friedlicher als wir, formen sich schneller als wir zu neuen zukunftsfrohen Menschen und Friedenskämpfern."<<

11.01.1949

Polen: Der Präsident der Republik erläßt am 11. Januar 1949 ein Gesetz über die Eingliederung der Verwaltung der Wiedergewonnenen Gebiete in die allgemeine Staatsverwaltung (x003/488): >>Art. 1. Das Ministerium für die Wiedergewonnenen Gebiete wird aufgelöst.
Art. 2. 1. Die nach den bisherigen Vorschriften der Zuständigkeit des Ministers für die Wiedergewonnenen Gebiete unterliegenden Angelegenheiten gehen in den Zuständigkeitsbereich der entsprechenden Minister über. ...<<
Durch diesen völkerrechtlich unzulässigen Verwaltungsakt werden die polnisch verwalteten deutschen Gebiete östlich der Oder-Neiße-Linie in den polnischen Staatsverband eingegliedert. Polen gibt damit zu verstehen, daß es die Verwaltungshoheit über Ostdeutschland nicht, wie in Potsdam festgelegt, als ein Provisorium betrachtet, sondern diese deutschen Provinzen für immer behalten will (x001/122E-123E).

12.01.1949

SBZ: Die Deutsche Verwaltung des Innern ordnet am 12. Januar 1949 die faktische Gleichstellung aller freien kulturellen Vereinigungen in der sowjetischen Zone an (x112/651): >>Der

Kampf für die Erfüllung des Zweijahresplanes macht die Entfaltung einer Massenkulturarbeit erforderlich. ... Zur Förderung der Volks- und Laienkunst in künstlerischen und materiellen Fragen sollen deshalb die schon bestehenden Gruppen und Vereine in die demokratischen Massenorganisationen eingegliedert und durch sie weiterentwickelt werden.
In den Betrieben werden die bestehenden Volkskunst und volksbildenden Gruppen aller Art – außer den Jugendgruppen – der Betriebsorganisation des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes angegliedert. ...
Die demokratischen Massenorganisationen, FDGB, FDJ, DFD, Kulturbund, Bund Deutscher Volksbühnen, Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion, haben im Rahmen ihrer Aufgaben das Recht, lokale (örtliche) Volkskunst und volksbildende Gruppen zu bilden und zu unterhalten.<<

15.01.1949

Jugoslawien: "Altersheim" in Zitiste bzw. St. Georgen an der Bega – Erlebnisbericht des Pfarrers Kornelius W. (x006/614): >>Im Januar kam aus der Inneren Staatsabteilung Neusatz die Verordnung, von allen (inhaftierten) Geistlichen ausführliche Daten einzusenden. Dann war es bis Mitte April wieder still.<<

17.01.1949

WBZ: Die westlichen Besatzungsmächte richten am 17. Januar 1949 ein militärisches Sicherheitsamt ein, um die westdeutsche Entmilitarisierung zu überwachen.

19.01.1949

WBZ: Der SPD-Politiker Wilhelm Kaisen (1887-1979) schreibt am 19. Januar 1949 über die Einsetzung der Internationalen Ruhrbehörde (Ruhrstatut) durch die Siegermächte (x112/640): >>... Ich hätte lieber gesehen, wenn in einer Stellungnahme zum Ruhrstatut darauf hingewiesen worden wäre, was die Situation so unbefriedigt erscheinen läßt, nämlich die Tatsache, daß die Wirtschaftspolitik, wie sie heute betrieben wird, eines sachlich bedingten Programmes entbehrt, auf das sich die entscheidenden deutschen Stellen und die Besatzungsstellen einigen. In dem heutigen Hin und Her kann die Sicherung der wirtschaftlichen Existenz des deutschen Volkes nicht gefunden werden.
Es muß unsere Aufgabe sein, immer wieder auf diesen wunden Punkt hinzuweisen, und um diesen entscheidenden Punkt muß sich die Diskussion bewegen. Es wird wohl der Westregierung vorbehalten bleiben, an diese Aufgabe heranzugehen. Ich befürchte nur, daß unsere Partei allzusehr geneigt sein wird, ihr Gewicht in die negative Schale zu legen, weil sie sich nicht aufraffen kann, den heutigen völlig veränderten Verhältnissen mit einer neuen Politik zu begegnen.<<
Ein vertriebener Schlesier berichtet über sein Leben im Westen (x024/251): >>19.01.1949: ... Leider bin ich noch immer arbeitslos. ...
Heimisch werden wir hier nie und nimmer werden. ...<<

20.01.1949

WBZ: Walter Müller-Bringmann berichtet am 20. Januar 1949 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/90-96): >>20. Januar 1949. Der Kopftausch geht weiter. Kopftausch ist der amtliche Ausdruck für den Austausch von vermißten Kindern, die von Ost nach West oder von West nach Ost geleitet werden. Heute kamen 586 Kinder aus dem Osten nach Friedland an und umgekehrt wurden 170 Kinder aus Westdeutschland zu ihren Eltern nach Ostdeutschland geschleust. ...
... Nirgendwo wird die Teilung Deutschlands in zwei Hälften deutlicher sichtbar als hier. Hier, an einer der wenigen Nahtstellen, die es zwischen Osten und Westen noch gibt.
Alle Sanitätswagen, die der Lagerleitung zur Verfügung standen, waren bis zum Schlagbaum beordert worden und hier in Reihe aufgestellt. Auch von "drüben" waren Wagen herangekommen, hielten an der dortigen "Grenze" und dann begannen die Helfer damit, das Gepäck

zu übergeben und zu übernehmen.
Das war nicht ganz einfach. Mitten im Niemandsland, genau an der "Grenze", ist ein breiter und tiefer Sperrgraben ausgehoben worden, damit ja niemand auf den Gedanken kommen kann, von einem Teil Deutschlands in den anderen zu fahren. Dieser Graben soll das verhindern. Um aber ganz sicher zu gehen, wurde außerdem noch von sachkundiger Hand ein regelrechter Stacheldrahtverhau gezogen.
... Dann war auch das letzte Bündel übergeben, das letzte Formular überreicht, die letzte Unterschrift geleistet. In den Sanitätswagen hatten es sich die Kinder bereits bequem gemacht. Andere fuhren in Omnibussen. Das Lager nahm sie auf.
In den Kinderbaracken begann es bald lustig und fröhlich zu werden. Bei all dem schweren, daß diese Mädel und Jungen durchmachen mußten, hat ihnen doch die Kindheit geholfen, sich eine gewisse Unbekümmertheit zu bewahren. ...
Nach einiger Zeit, als sich die Freude und die laute Fröhlichkeit legte, Ruhe und eine lastende Stille eintrat, merkte jeder, daß diese Kinder nicht nur unermeßliches Leid mit ansehen, sondern auch selbst durchstehen mußten. Körperliche Qualen, seelische Schmerzen. Diese schlimmen Erlebnisse und Leiden haben ihre Zeichen in den Gesichtern hinterlassen. Dort wurde eingraviert, was es heißt, ohne Vater und ohne Mutter, fern der Heimat, voller Erschütterungen ein kleines Leben, angefüllt mit Sehnsucht nach einer liebenden Hand, zu fristen.
Später wurden alle Kinder noch einmal zur Lagerleitung gerufen. Man fragte sie aus, ob nicht doch eines von ihnen Angaben über andere vermißte Kinder machen konnte. Einzeln traten sie herein. Jedes von ihnen hatte eine große Schnur um den Hals mit einem Pappschild, auf dem der Name geschrieben war. Andere waren mit Erkennungsmarken aus Blech versehen, auf denen Name, Geburtsdatum und manchmal auch die Anschrift der Eltern zu lesen stand. ... Viele Kinder wußten damals nicht mehr als ihren Vornamen. ...
Noch immer warten viele tausend Kinder in Ost und West darauf, zu ihren Eltern zurückkehren zu können. ... Deshalb fragen wir die Kinder auch noch einmal aus. Manchmal bringt eine winzige Angabe den Anstoß zur richtigen Spur. ...
Nach unseren Unterlagen befinden sich noch versprengte Kinder in Jugoslawien, Rumänien, Ungarn, Frankreich, Belgien, Dänemark – um nur einige Länder zu nennen. Das DRK konnte bereits nach dem Kriege 17.000 Kinder wieder den richtigen Eltern zuführen. Ein hartes, aber schönes und segenbringendes Stück Arbeit. Nach den anderen Tausenden, die noch auf den Vater oder die Mutter warten, müssen wir weitersuchen.
Abends waren bereits über 400 Kinder, von DRK-Schwestern begleitet, mit den Zügen unterwegs zu ihren Eltern irgendwo in Westdeutschland. ...
Manches Kind wird allerdings vergeblich auf die Eltern warten. Der Vater liegt vielleicht auf einem Soldatenfriedhof ... Die Mutter ruht an einer der großen Rückzugsstraßen aus dem Osten. ...<<
USA: US-Präsident Truman fordert am 20. Januar 1949 im nordamerikanischen Kongreß ein Hilfsprogramm für die Entwicklungsländer (x272/255-256): >>... Wir müssen ein neues, kühnes Programm aufstellen, um die Segnungen unser Wissenschaft und Technik für die Erschließung der unterentwickelten Weltgegenden zu verwenden.
Über die Hälfte der Weltbevölkerung lebt unter ärmlichen, ja elenden Umständen. Ihre Ernährung ist unzureichend, Krankheiten und Epidemien grassieren. Die Wirtschaftsformen sind primitiv und veraltet. Ihre Armut bildet nicht nur für sie selber, sondern auch für die begünstigteren Weltgegenden eine Gefahr.
Zum erstenmal in der Geschichte besitzt heute die Menschheit das Wissen und Können, die Leiden dieser Millionen zu lindern.
Wir müssen es als unsere Aufgabe betrachten, die Bemühungen aller freien Völker zu unterstützen, ihre Lebensmittel-, Textil- und Baumwollproduktion zu steigern und neue Kraftwerke

zu bauen. Wir laden alle Staaten ein, unsere und ihre technische Erfahrung für dieses große Unternehmen zusammenzulegen. ...
Der alte Imperialismus – das heißt die Ausbeutung zugunsten ausländischer Geldgeber – hat mit diesem Konzept eines fairen Handelns auf demokratischer Basis nichts zu tun.
Ein konstruktives Programm zur besseren Verwertung der natürlichen Schätze und der Arbeitskraft der Welt wird allen Ländern, auch unserem eigenen, Segen bringen. Die Erfahrung hat gezeigt, daß unser Warenaustausch mit Ländern zunimmt, die sich wirtschaftlich entfalten. Eine größere Erzeugung bildet den Schlüssel zur Wohlfahrt und zum Frieden. Und den Schlüssel zu einer größeren Erzeugung bildet die weltweite intensive Anwendung moderner wissenschaftlicher und technischer Kenntnisse.
Die große Familie der Völker kann nur dann ein menschwürdiges Dasein für alle ihre Glieder sichern, wenn sie den Unglücklichsten unter ihnen hilft, sich selber zu helfen.
Einzig die Demokratie vermag es, den Völkern den Elan und den Aufschwung zu vermitteln, nicht nur über Unterdrücker und Ausbeuter, sondern auch über die uralten Feinde Hunger, Not und Verzweiflung zu triumphieren. ...<<

22.01.1949

Berlin: "Der Tagesspiegel" ruft die Berliner am 22. Januar 1949 zum Widerstand auf (x116/-30): >>OSTBERLINER: Passiver Widerstand ist euere Antwort auf den Stadt-Sowjet. ...
Verweigert die Teilnahme an den Versammlungen und Aufmärschen des kommunistisch regierten "Demokratischen Blocks"; die Unterschriften unter Listen der offenen und getarnten kommunistischen Organisationen wie des "Demokratischen Frauenbundes"; die Mitarbeit in den volkseigenen Betrieben; die Auskünfte der Hausobleute, die euch kontrollieren und denunzieren sollen.
Boykottiert die russisch lizenzierten Zeitungen, die samt und sonders deutschfeindlich sind; die Erzeugnisse der "volkseigenen" Betriebe oder "Treuhand-Betriebe"; die Bücher aus den "Staatsverlagen"; die "Staats-Theater" des illegalen Stadt-Sowjet. ...
WESTBERLINER: Fallt euren Mitbürgern nicht in den Rücken. Unterstützt keine der vom Stadt-Sowjet, von der SED oder einer ihrer Gliederungen kontrollierten Einrichtungen. Beobachtet die Lauen und Schwankenden unter euch. Stellt euch hinter die vom Oberbürgermeister Reuter geleitete Regierung Berlins.
Fordert die Westmark als alleiniges Zahlungsmittel, den wirtschaftlichen und den politischen Anschluß an Westdeutschland, freie Verkehrswege zwischen Berlin und dem Westen, kulturelle Souveränität und intensive Pflege künstlerischen Lebens in Westberlin.<<

24.01.1949

SBZ: Das Politbüro übernimmt am 24. Januar 1949 die Leitung des Zentralkomitees der SED.
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über das "Politbüro" (x009/330-331): >>... Den Weisungen des SED-Politbüros, das die Richtlinien seiner Arbeit vom Präsidium der KPdSU erhält, sind faktisch sowohl die Partei-Apparate der SED als auch sämtliche Massenorganisationen und der Staatsapparat der SBZ unterworfen.
Sitzungen des Politbüros finden in der Regel wöchentlich statt. An wichtigen Sitzungen nimmt der sowjetische Botschafter in Ost-Berlin teil. Das Politbüro wurde im Januar 1949 im Zuge der Angleichung des SED-Apparates an die Struktur der KPdSU gegründet; es übernahm die Funktion des im Juli 1950 auch offiziell aufgelösten Zentralsekretariats. ...
Alle Mitglieder und Kandidaten werden ständig von Angehörigen des Staatssicherheitsdienstes begleitet ("Schatten") und wohnen in einem von Außenwelt hermetisch abgeschlossenen Reservat in Wandlitz bei Berlin.<<
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über das "Zentralkomitee" (x009/502): >>... Das Zentralkomitee soll mindestens alle 4 Monate tagen.
Gemäß Statut soll das ZK die Vertreter der Partei in den höchsten leitenden Stellen des

Staatsapparates und der Wirtschaft bestimmen, die Kandidaten für die Volks- und Länderkammern bestätigen. Es hat das Recht, zwischen den Parteitagen "Parteikonferenzen" einzuberufen.
Die eigentliche Parteiführung und politische Macht liegen jedoch nicht bei diesem, lediglich vorliegende Beschlüsse annehmenden, repräsentativen erweiterten Vorstand, sondern in den Händen des Politbüros, des Sekretariats und der nicht gewählten Abteilungsleiter und Mitarbeiter des ZK. ...<<
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über das "Sekretariat des ZK der SED" (x009/391): >>... Nach dem Modell des Sekretariats der KPdSU hat Ulbricht als 1. Sekretär die Befugnisse des Sekretariats des ZK weit über die statutenmäßig festgelegten Aufgaben erweitert.
Den Mitgliedern des Sekretariats des ZK unterstehen die einzelnen Fachabteilungen des ZK. Über sie sowie über die Büros der SED-Bezirks- und Kreisleitungen lenkt und kontrolliert das Sekretariat des ZK den gesamten Parteiapparat und die Parteiorganisation der SED. Es gibt keinen staatlichen kulturellen, wirtschaftlichen und sozialen Bereich, der nicht vom Sekretariat des ZK beaufsichtigt und angeleitet wird.
Im Gegensatz zur KPdSU ist jedoch die oberste Entscheidungsinstanz der SBZ das Politbüro, dem sämtliche Mitglieder des Sekretariats als Mitglieder oder Kandidaten angehören. ...<<

25.01.1949

Ostdeutschland: Internierungslager Potulice bei Nakel, Westpreußen – Erlebnisbericht der Bäuerin Berta P. (x002/480-481): >>Ende Januar 1949 kamen wir wieder nach Potulice zurück.
Wir wurden wieder zur Arbeit verschickt. Ich kam zu einem Bauern. ... Ich mußte früh um 5.00 Uhr aufstehen, vor 23.00 bis 24.00 Uhr kam ich nie ins Bett. Zum Frühstück gab es Milchsuppe, die Hälfte (bestand aus) Magermilch, die andere Hälfte aus Wasser und dazu trockenes Brot. Brot konnte ich aber essen, soviel ich wollte. Das Brot war gut.
(Ich mußte) aber furchtbar schwer arbeiten. ... Der Dung lag ein bis eineinhalb Meter hoch. Der Dung wurde von 3 Leuten losgepickt. Ich stand an der Stalltür und mußte ihn auf den Wagen werfen. Die Fladen waren sehr groß und schwer. ... Ich weinte vor (Erschöpfung und) Schmerzen. Da ging der 24jährige Sohn (des polnischen Bauern) auf mich los und wollte mich schlagen und schimpfte ich wäre faul. ... In diesem Moment war mir alles egal, und auch ich hob die Forke und sagte ihm: "Jeder dumme Junge kann eine alte Frau schlagen." ...<<

29.01.1949

WBZ: Der deutsche Jurist und SPD-Politiker Heinrich Troeger (1901-1975) berichtet am 29. Januar 1949 in seinem Tagebuch (x112/658): >>Wenn ich mir die Entwicklung im Osten und Westen Deutschlands überlege: hier Marshall-Plan, Westeuropa-Union, Zoll- und Wirtschaftsgemeinschaft, Ruhrstatut, Bonner Verfassung, Lastenausgleich, Steuerentwicklung usw. usw., dort Deutsche Wirtschaftskommission, SED-Herrschaft, Russifizierung der Wirtschaft und des Menschen usw., dann komme ich zu dem Ergebnis, daß – jedenfalls zur Zeit – weder die Westmächte noch Rußland im Grunde die Einheit Deutschlands wollen, daß nur beide nicht darüber sprechen. ...
So habe ich die Befürchtung, daß sich der augenblickliche Zustand festigt und verewigt: wir Deutschen sind nur Objekte der Außenpolitik, die Einheit Deutschlands wird sich niemand etwas kosten lassen, wenn man sich mit der Teilung billiger verständigen kann.<<

31.01.1949

Ostdeutschland: Internierungslager Potulice bei Nakel, Westpreußen – Erlebnisbericht der G. G. (x002/490-491): >>In den letzten Tagen des Monats Januar 1949 kam eines Abends das Fräulein Oberin in unsere Baracke und brachte mir die Botschaft, daß man mich durch das Rote Kreuz angefordert hätte. ...

So konnte ich am 31. Januar 1949 zusammen mit 178 Personen endgültig das Lager Potulice verlassen.
Wir wurden nach Nakel transportiert. Dort übergab uns die polnische Miliz der "Umsiedlungskommission". In Nakel blieben wir 3 Tage. In dieser Zeit kamen noch täglich weitere Deutsche von den Gütern ... nach Nakel. ... Alle Papiere wurden geprüft, und als der Transportzug angekommen war, wurden wir eingeteilt und sind dann zum Bahnhof abmarschiert. ...
Wir fuhren bis Oberschlesien nach Leobschütz. Der Transport dauerte sehr lange, denn am Tage ließ man die Waggons oft auf einsamen Strecken stehen und zur Nachtzeit fuhren wir weiter.
In Oberschlesien kamen wir in ein Umsiedlungslager, wo wir 2 ½ Wochen bleiben mußten. Aus Lodz kam eine Dame und prüfte alle Papiere. Als alles stimmte, bekamen wir gleich eine Nummer und wurden eingeteilt. Froh waren wir erst, als es hieß: "Wir fahren nach Deutschland".<<

WBZ: Konrad Adenauer schreibt am 31. Januar 1949 (x095/86): >>... Was uns am bittersten nottut, das ist eine westdeutsche Regierung. Bei den Zuständen, wie sie in der Ostzone herrschen, völlig Sowjetisierung, schrankenlose Herrschaft der SED und der Russen, Aufstellung einer stark bewaffneten Polizeimacht mit sowjetrussischer und SED-Tendenz, ist an eine Wiedervereinigung aller Zonen einstweilen nicht zu denken.
Eine westdeutsche Bundesregierung ist aber absolut notwendig, damit die 3 Westzonen bei der europäischen Entwicklung sowie beim Ruhrstatut mitsprechen können. Wir stehen im Parlamentarischen Rat kurz vor der Beendigung des Schaffung eines Grundgesetzes, der ersten Voraussetzung für das Inslebenrufen einer westdeutschen Bundesregierung. ...<<

Das bayerische Landesgrenzpolizeikommissariat Marktredwitz berichtet am 31. Januar 1949 über die Flüchtlingsbewegung bzw. den Abschub von Sudetendeutschen nach Bayern vom 18.12.48 bis 23.1.49 (x005/541-542): >>1. Die illegalen Grenzübertritte durch sudetendeutsche Flüchtlinge aus der CSR im Gebiet Neuhausen - Wildenau haben in der vorgenannten Zeit einen starken Rückgang erfahren.
In der Berichtszeit waren nur 338 illegale Grenzübertritte durch Sudetendeutsche zu verzeichnen. Dies bedeutet einen Rückgang gegenüber Vorberichten um 55 %. Der Hauptgrund hierfür dürfte in den ungünstigen Witterungsverhältnissen zu suchen sein.
Einzelne Transporte wurden wieder wie früher durch deutsche Mittelsmänner an die Grenze gebracht, von tschechischen Finanzbeamten abgefertigt und an verschiedenen Stellen über die Grenze abgeschoben. Es handelte sich hierbei durchwegs um kleinere Transporte.
Am 21.1.49 erschien bei Neuhausen ein Transport von 15 Sudetendeutschen. Dieser wurde von einem Deutschen namens V. organisiert. Die Personen kamen aus dem Aussiedlungslager Eger/CSR, und nach ihren Aussagen sollen in nächster Zeit weitere Transporte aus diesem Lager in Bayern eintreffen. Für die Transportkosten mußten pro Person 300,- Kc entrichtet werden.
In der Berichtszeit überschritten im Stellenbereich Waidhaus wieder 79 sudetendeutsche Flüchtlinge in Gruppen bis zu 12 Personen illegal die grüne Grenze. Hierbei handelte es sich weniger um organisierte Transporte, sondern lediglich um kleine Gruppen, die der langwierigen Aussiedlung über das Aussiedlungslager Domazlice (Taus/CSR) nach Furth im Wald entgehen wollten.
Ein Hauptgrund für diese Personen zur illegalen Überschreitung der Grenze ist immer wieder die Möglichkeit der Mitführung von größeren Gepäckstücken, während bei der legalen Aussiedlung nur Gepäck bis zu einem Gewicht von angeblich 30 kg mitgenommen werden kann.<<

03.02.1949

Berlin: Das Präsidium des Deutschen Volksrates der sowjetischen Zone berichtet am 3. Fe-

bruar 1949 über die drohende Zerstückelung Deutschlands (x112/660): >>... Wir stehen in unserem Kampfe nicht allein. Die mächtige Sowjetunion, die Völker Ost- und Südosteuropas, die fortschrittlichen Parteien Westeuropas unterstützen unsere Forderungen in Wort und Tat.<<

05.02.1949

Berlin: Walter Ulbricht fordert am 5. Februar 1949 während einer Konferenz der Hennecke-Aktivisten (x112/661): >>... Die Überschreitung der technisch begründeten Normen durch bessere Arbeitsorganisation, durch das Rechnen mit jeder Minute, durch die größte Sorgfalt in der Arbeit. ...

Organisation des Wettbewerbs, Entfaltung der Hennecke-Bewegung zu Massenwettbewerben aller Werktätigen. Organisierung der Produktionsberatungen, Verbesserung der Qualität der Produktion, Einsparung von Material. ...

Breiteste Anwendung des Leistungslohnes, offene Stellungnahme gegen die Gleichmacherei.<<

06.02.1949

Ostdeutschland: Optionsaufforderung für den polnischen Staat im Kreis Sensburg, Ostpreußen – Erlebnisbericht des R. G. (x002/882): >>Es war am 6. Februar 1949, um 15 Uhr, für uns Deutsche ... eine Magistratsversammlung anberaumt, auf der ein ansässiger Lehrer, ein Oberförster, ein polnischer Geheimpolizist und der polnische Bürgermeister uns folgende Nachricht übermittelten:

"Nach einem Abkommen mit den Besatzungsmächten werden jetzt nie mehr von hier Deutschlandtransporte hinter die Oder fahren. Wir wollen ... Euch im guten raten, die polnische Staatsangehörigkeit zu vollziehen, zumal ihr 4 Jahre Zeit dazu hattet. Wir treten an Euch das letzte Mal heran ohne Zwang, auch ohne Schlagen: schreibt noch heute unter!" –

Da aber kein einziger ... (für Polen optierte), kündigten sie für den 8. Februar eine weitere Versammlung an.<<

08.02.1949

Ostdeutschland: Kreis Sensburg in Ostpreußen – Erlebnisbericht des G. S. (x002/880-881): >>Am ... 8. Februar kam ein Junge: Ich sollte mich gleich beim Soltys (polnischer Bürgermeister) melden.

Wir beendeten unser Frühstück und gingen hin. ... Ein junger Mann, ca. 30 Jahre alt, stellte sich als UB-Mann (polnischer Geheimpolizist) aus Allenstein vor. ...

Nach der Vorstellung und Erklärung ... fragte er mich, weshalb ich nicht unterschreiben (und für Polen optieren) wollte. ... Ich erklärte, daß ich in Westfalen geboren wäre, meine Verwandtschaft und mein ältester Sohn seien dort, wie könnte ich hierbleiben und unterschreiben. ... 2 Stunden dauerte diese Bearbeitung mit guten (Vorschlägen) und bösen Drohungen. Er versprach mir eine Rente, Rückgabe von Pferd und Kuh und (begann über) die Freiheit zu predigen. Ich sollte mit meiner Familie als erster unterschreiben und dann alle werben.

Ich blieb jedoch fest, denn ich konnte es mit meinem Gewissen nicht vereinbaren. ... Dann entließ er mich. Ich sollte mich um 14.00 Uhr ... im Amtsbüro des Verwaltungsbezirkes melden.<<

Optionsaufforderung für den polnischen Staat im Kreis Sensburg, Ostpreußen – Erlebnisbericht des R. G. (x002/882): >>8. Februar: (Der polnische) Landrat (Starost), ein Hauptmann ... der geheimen Polizei (UB), auch der Pfarrer erschien um 10.00 Uhr vormittags.

Der Pastor sprach: "Mich hat der Magistrat auch geladen, um einige Sätze zu Euch zu sprechen: Wenn jemand einen Hof besitzt, so sieht er auf Ordnung und fegt ihn sauber und rein und so muß auch der junge polnische Staat sein Reich säubern, was in 4 Jahren noch verabsäumt wurde. Seht, Joseph und Maria sind soweit gegangen, um sich auch eintragen zu lassen; so müßt Ihr es auch tun."

Der Starost sagte: "Ich verlange, daß bis morgen abend 6.00 Uhr kein Deutscher mehr in C. sein darf. Dadurch erlangt ihr dieselben Rechte, ja noch bessere wie jeder andere Pole. Ihr könnt euch Grundstücke hier aussuchen und erhaltet ein Pferd, eine Kuh und Beihilfen, ja ihr könnt evtl. Eure Grundstücke zurückerhalten. Wer unterstützungsbedürftig ist, erhält Unterstützung, ebenso auch Rente." Diese Lockmittel zogen auch nicht. ...<<

09.02.1949

Ostdeutschland: Kreis Sensburg in Ostpreußen – Erlebnisbericht des R. G. (x002/882-883): >>Um 14.00 Uhr erschien der Kommandant und ein Milizionär in meiner Wohnung und brachten mich und meine Frau zum Verhör.

Wir sagten dem polnischen Hauptmann, daß wir nicht optieren könnten, weil wir 4 erwachsene Kinder im Reich hätten. Zu ihnen wollten wir.

... Als meine Frau vernommen wurde, sagte sie: "Wenn mein Mann nicht unterschreibt, unterschreibe ich auch nicht." Meine Frau wurde entlassen, während sie mich und 3 andere Deutsche ins Auto verfrachteten und nach Sensburg in den UB-Keller transportierten.<<

SBZ: Die Deutsche Wirtschaftskommission (DWK) ordnet am 9. Februar 1949 die Einführung von Planungs-, Materialversorgungs- und Statistikabteilungen an (x112/663): >>Bei den Räten der kreisfreien Städte und Landkreise sind Abteilungen "Planung, Materialversorgung und Statistik" zu bilden. Der Leiter der Abteilung untersteht dem Oberbürgermeister bzw. Landrat. ...

(Sie haben) die Erstellung und Durchführung der volkswirtschaftlichen Pläne zu gewährleisten, die Verteilung der Kreiskontingente nach den Weisungen der Hauptabteilung Materialversorgung durchzuführen, durch systematische Überwachung der Bedarfsanforderungen eine reale Bedarfsermittlung zu garantieren und unverhältnismäßig hohe Bestände und widerrechtlich beschaffte Materialien im Einvernehmen mit dem zuständigen Kontingentträger umzudisponieren, die volkswirtschaftlichen Pläne abzurechnen.<<

10.02.1949

Ostdeutschland: Erzwingung der Option für den polnischen Staat im Kreis Sensburg, Ostpreußen – Erlebnisbericht der E. B. (x002/877): >>Den Februar des Jahres 1949 werde ich nie vergessen.

Bis dahin zählte unser Kreis Sensburg noch über 12.000 Deutsche. Dann wurden überall Werbeveranstaltungen abgehalten, in denen uns, falls wir nicht optierten, das Ein- und Verkaufen sowie überhaupt das Verlassen unserer Ortschaften streng verboten wurde. Auch den Polen und Masuren wurden Strafen angedroht, wenn sie von oder für uns Deutsche etwas kauften. Die Polizei führte in den Geschäften und auf dem Markt Kontrollen durch und schleppte die wenigen, die sich noch in die Stadt gewagt hatten und keinen Masurenschein besaßen, ins Revier. Doch brachte auch diese Maßnahme nicht den gewünschten Erfolg.

Nun fuhren die Werber mit bewaffneten Polizisten in die einzelnen Dörfer, wo alle Deutschen von 14 bis 100 Jahren in Eile bestellt wurden, um zu unterschreiben. Wer krank im Bett lag, zu dem gingen die Herren ins Haus. Wer sich versteckte, der wurde aufgestöbert und auf die Behörde geführt. Bei uns weigerten sich alle Dorfbewohner, zu optieren. So wurden 28 von uns auf Lastkraftwagen geladen und nach Sensburg gefahren. Ich gehörte auch dazu. Außerdem waren Männer und Frauen verschiedenen Alters unter diesen Leuten, sogar eine Mutter von 8 Kindern, wovon das jüngste Kind 5 Jahre alt war. Die Zurückgebliebenen erhielten den Befehl, sich nach 2 Tagen beim Amtsvorsteher zu melden, sonst würden sie geholt.

Wir wurden nun in Sensburg ausgeladen, und man ... lieferte uns bei der politischen Polizei (UB) oder ... bei der Miliz ab. Anfangs wurden wir in einen zementierten Kellerraum eingesperrt. In kurzen Abständen kam ein Polizist und fragte, wer sich besonnen hätte. Später führte uns dieser Polizist, wahrscheinlich um uns bequemer überwachen zu können, in ein Zimmer neben der Wachstube, wo wir wenigstens auf den Dielen sitzen konnten. Verpflegt wur-

den wir dort nicht.<<
Kreis Sensburg in Ostpreußen – Erlebnisbericht des G. S. (x002/881): >>Am 10. Februar ließ man mich wieder holen. ...
Ich sollte als erster unterschreiben und alle anderen werben. Der UB-Mann hielt lange Reden und betonte, daß man uns nach Sensburg bringen würde. Dort müßten wir unter Garantie für Polen optieren. Aber alle blieben fest. ... Es waren schwere Stunden. ...<<

11.02.1949

Ostdeutschland: Erzwingung der Option für den polnischen Staat im Kreis Sensburg, Ostpreußen – Erlebnisbericht der E. B. (x002/877-878): >>Am zweiten Abend sagte uns der Beamte, wir sollten vernünftig sein und unterschreiben, denn im Januar sei eine Konferenz in Warschau gewesen, an der Vertreter der russischen, polnischen, amerikanischen und englischen Regierung teilgenommen und beschlossen hätten, daß kein Deutscher mehr hinter die Oder fahren könnte, weil dort die Hungers- und Wohnungsnot zu groß wäre.
Vielmehr müßten alle, die hierher gehörten, aus dem Reich zurückkommen; denn es sei endlich an der Zeit, daß die Familien zusammenkommen. Da wir ... in Polen, denn das hier wäre jetzt Polen, als Deutsche nicht leben dürften, müßten wir optieren; dann hätten wir die gleichen Rechte wie die Polen und in 4 Tagen bis 4 Wochen wären die Männer aus dem Reich bei ihren Familien.
Viele Frauen sagten, wenn sie optierten, kämen sie mit ihren Männern nie zusammen; denn sie ließen sich von ihnen scheiden, und sie hätten sich all die Jahre umsonst gequält, um ihre Kinder zu versorgen.
Da wurde ihnen gesagt: "Die Männer werden aufgefordert zu kommen, und falls sie sich weigern, hat die Frau einen Scheidungsgrund und kann einen Polen heiraten!"
Auch die Zuzugspapiere schützten nicht vor der Unterschrift. Diese Zumutung erregte die Gemüter so, daß 3 mit Herzanfällen ins Krankenhaus kamen. ...<<
Erzwingung der Option für den polnischen Staat im Kreis Sensburg, Ostpreußen – Erlebnisbericht des R. G. (x002/883): >>Der 78jährige B. wurde verhört.
Da er wieder alles verweigerte, bekam er ein paar Ohrfeigen und man schlug ihn mit einem Lineal auf die Hände. Danach kam er zurück in den Keller.
Ich wurde am zweiten Tag (aus dem UB-Keller) nach oben geholt. Hier saßen 3 in Zivil gekleidete Herren, etwa 22 bis 30 Jahre alt. Sie boten mir einen Stuhl an. Der eine setzte sich dicht vor mich und rauchte eine Zigarette. Er fragte, warum ich in 4 Jahren nicht unterschrieben hätte. Antwort: "Mein Vater ist deutsch gewesen. Er konnte kein Wort Polnisch. ... Übrigens würde er sich im Grabe umdrehen, wenn ich das täte; ich will ... ins Reich zu meinen Kindern, damit ich nicht mehr so schwer arbeiten muß. ..."
Da erhielt ich mehrere Backpfeifen. Dann mußte ich die ... Finger der Hände zusammenballen. Einer schlug mit dem Lineal auf meine Fingerspitzen und auf meinen kahlen Kopf. - "Schreibst unter?" "Jetzt erst recht nicht!", sagte ich. - Ich wurde wieder eingesperrt.
... Beim zweiten Mal ... mußte ich zuerst die Stiefel und Strümpfe ausziehen und die nackten Füße auf einen Fußstuhl stellen. Dann schlugen sie mich mit Gummischläuchen auf die Sohlen, daß sie schwarz wurden, immer ... 2 Mann schlugen auf mich ein. Danach mußte ich die Hosen runterlassen, da gab's wieder eine Auflage. ...
Dann mußte ich mich auf die Dielen setzen, sie packten mich an den Haaren und stellten mich wieder auf die Beine. Dann schlugen sie mich mit Fäusten auf die Halssehnen. Zuletzt mußte ich mich mit dem Rücken zur Wand stellen. Sie faßten mich am Kinn und stießen mich mit dem Hinterkopf so 10- bis 12mal gegen die Wand. Dieser Akt dauerte über eine Stunde, so daß ich ganz beschwiemt war.
Als ich noch nicht unterschrieb, sagten sie: "Nach einer Stunde kommst wieder." - Beim vierten Male hatte ich Angst davor, krüppelig geschlagen oder zu Tode gemartert zu werden, und

unterschrieb nach 5 Tagen und 5 Nächten. ...
Wir haben nur den einen Wunsch, dieses an die Öffentlichkeit zu bringen. ... So erging es etwa 13.000 Deutschen im Kreis Sensburg. Viele hatten Arm- und Beinbrüche. Warum sind so viele Deutsche mit Transporten rausgekommen und wir, der Rest nicht? Wir wissen ja absolut nicht, was gespielt wird. ...<<

12.02.1949

Ostdeutschland: Erzwingung der Option für den polnischen Staat im Kreis Sensburg, Ostpreußen – Erlebnisbericht der E. B. (x002/878): >>Ich kam ... zur UB (politische Geheimpolizei) in eine mit Ziegeln ausgelegte Zelle zu anderen Leidensgefährten.
Dort nahm man uns alles weg: Decken, Tücher, Schals, Gürtel, Taschen, Hand- und Taschentücher, Seife, Kämme, sogar die Schnürsenkel. Die Männer mußten noch ihre Mützen und Hosenträger abliefern. Zum Waschen und Kämmen gab man uns während der ganzen Woche nichts. Nur als wir zum Unterschreiben gingen, sollten wir das Versäumte nachholen, worauf ich aber dann verzichtete. Beköstigt wurden wir hier ausreichend.
Eine Frau erzählte mir in der Zelle, daß sie sich in den ersten 3 Tagen als Einzelhäftling im Kohlenkeller aufhalten mußte und sich wegen der vielen Kohlen nicht hinsetzen konnte; zu essen bekam sie nichts.
Als sie in unsere Zelle kam, brauchte sie fast einen ganzen Tag, um wieder warm zu werden, so erstarrt waren ihre Glieder. Sie war im Rheinland verheiratet und wollte mit ihren 3 Kindern zum Mann fahren - und mußte optieren. Es wurde uns gesagt, auch wenn jetzt Amerikaner oder Afrikaner dabei wären, so müßten sie auch optieren. –
Eine Mutter war mit ihrer 16jährigen Tochter in der Zelle. Sie erzählte, wie die letzte Nacht auf der Polizeiwache ihres Dorfes gewesen war: Alle Arrestanten mußten sich um Mitternacht bis aufs Hemd und barfuß ausziehen und so eine Stunde lang im eisigen Februarwind draußen stehen. Wer unterschreiben will, darf reinkommen, hieß es. Sie blieben alle draußen stehen. Als sie zurückkamen, mußten sie die Kleider in den Hausflur legen und bis morgens 8.00 Uhr so nackend im kalten Zimmer sitzen.
Sie unterschrieben erst, als ihre Rücken von den Gummiknüppelschlägen ganz wund waren. Eine Frau war 55 Jahre alt. Das Gesicht der Frau war von den Schlägen ... ganz schwarz unterlaufen. Sie konnte weder liegen noch sitzen. ...<<

WBZ: Rund 1.000 Juden, ehemalige Häftlinge des Konzentrationslagers Bergen-Belsen, wandern am 12. Februar 1949 nach Israel aus.

13.02.1949

Ostdeutschland: Erzwingung der Option für den polnischen Staat im Kreis Sensburg, Ostpreußen – Erlebnisbericht der E. B. (x002/878-879): >>Wir wurden immer wieder gefragt, warum wir nicht unterschreiben wollten.
Unsere Antworten waren überzeugend und begründet, und doch hat niemand das Gebäude verlassen, der nicht zur Unterschrift gezwungen wurde. Immer wieder wurde uns gesagt, dieses Land ist vor 700 Jahren polnisch gewesen, und die Leute, die hier wohnen, müssen zurückgegliedert werden zu Polen, weil das ihre Stammeseltern waren. Deutsche seien hinter der Oder.
Als ich dann persönlich gefragt wurde, sagte ich, daß ich nicht optieren könne, da ich im Reich geboren sei. Da stutzte man und fragte nach den Geburtsorten meiner Eltern und Großeltern, die ebenfalls aus dem Reich stammten. Ich hatte hier nie Verwandte gehabt. Erst wurde ich ratlos angesehen, und dann sagte man mir, ich sollte unterschreiben, dann würde ich Papiere bekommen und könnte gleich fahren. Darauf erklärte ich, wenn ich als Deutsche nicht in meine Heimat fahren kann, so will ich es auch nicht als Polin. - Dann käme ich in ein Zwangsarbeitslager, sagte man mir. –
Hiermit war ich einverstanden, desgleichen alle anderen, denen dieses Ansinnen gestellt wur-

de. Als man sah, daß es uns hiermit ernst war, hieß es, wir könnten in der Zelle verfaulen, aber optieren müßten wir. Ich wurde noch einige Male ins Einzelverhör genommen und erklärte auf wiederholte Fragen: "Mein Gewissen läßt das nicht zu. Ich war deutsch, als es mir gut ging, und ich will es bleiben auch in Notzeiten, selbst wenn es mein Leben kostet." Dafür gab's Ohrfeigen.
Der Werber bedrohte mich: "Ich gebe ihnen den Befehl, Sie müssen unterschreiben und nicht als Masurin, sondern als Polin." Darauf sagte ich: "Sie legen mir eine Frage vor, die ich mit ja oder nein beantworten soll, und ich kann sie nicht mit ja beantworten und will alles tragen, was daraus entsteht." Wieder (gab es) Ohrfeigen. Nun wurde mir das Gesangbuch vorgelegt: Ob ich das lesen könnte, es sei evangelisch. - Ich verneinte, da ich die polnische Sprache nicht lesen konnte.
Es gab wieder Ohrfeigen mit den Worten; "Hier ist Polen! Hier ist Polen!" Als ich auch jetzt noch nicht optierte, herrschte er mich an, ich sollte meinen Mantel und die Oberkleider ausziehen, während der "Herr" die Tür zuschloß. Dann mußte ich mich über einen Stuhl beugen und wurde nun mit dem Gummiknüppel geschlagen; dazwischen wurde ich immer höhnisch gefragt, ob es schmerzen würde. Aber ich biß die Zähne zusammen und gab keinen Laut von mir. Es waren noch 2 Beamte im Zimmer. Alle trugen Zivil. Mir gegenüber saß einer von ihnen, der den ganzen Akt mit hämischem Grinsen verfolgte.
Es wäre mir noch übler ergangen, aber jemand begehrte Einlaß. Ich mußte mich wieder anziehen und wurde mit 5 anderen Frauen, denen es nicht viel besser ergangen war als mir, in die Zelle zurückgeführt, wo wir nun 21 Frauen waren. In der folgenden Nacht wurde alle Viertelstunde eine Frau rausgeholt. Am nächsten Morgen blieben nur noch 8 von uns übrig. Alle andern hatten sich schon der Gewalt gebeugt. Einzelne kamen noch zurückgewankt, um den Verwandten zu sagen, daß sie optiert hätten. Wegen des Postens durften wir nicht fragen, aber wir sahen, was sie mitgemacht hatten. ...<<
Rumänien: Nach längeren Verhandlungen wird am 13. Februar 1949 das "Deutsche antifaschistische Komitee für Rumänien" oder, wie es später genannt wird, das "Antifaschistische Komitee der deutschen Werktätigen in Rumänien" gegründet (x007/101E).
14.02.1949
Ostdeutschland: Erzwingung der Option für den polnischen Staat im Kreis Sensburg, Ostpreußen – Erlebnisbericht der E. B. (x002/879-880): >>Wir acht (Frauen) wurden angeschrieen: "Wenn wir nicht bald von selbst kämen, würden wir sehen, was nach 3 Stunden geschehen würde."
Wir sahen zwar die Aussichtslosigkeit, warteten aber doch, bis man uns rief. Da setzten wir dann unsere Namen unter ein Schriftstück, auf dem vorgedruckt stand: "Ich bitte um die polnische Staatsangehörigkeit und verspreche, dem polnischen Staat Treue und Gehorsam zu leisten." Uns war zu Mute, als hätten wir unser eigenes Todesurteil unterschrieben. ...
Wir haben schon viel Schweres durchgemacht, aber jetzt hat man uns die größte Gewalt angetan. Wir haben nur einen Wunsch, aus diesen Verhältnissen herauszukommen, zu ... deutschen Menschen ins Reich.<<
15.02.1949
Ostdeutschland: Kreis Hohensalza in Posen – Erlebnisbericht des Schmiedemeisters Hermann K. (x002/543-544): >>Die Bauern stöhnten unter der Last der Steuern.
Es begann ein Werben durch kommunistische Agenten, die Bauern zum Beitritt in Kolchosen zu bewegen. Vereinzelte traten bei. Wer nicht mitmachte, wurde mit Strafsteuern bedrückt. ... Nun merkten die Polen erst, was los war. ...
Die Preise wurden immer unerschwinglicher. ... Die Polen sahen allmählich ein, daß sie ihrer Freiheit immer mehr beraubt und verdrängt wurden. Die polnischen Bauern sollten nach Ostpreußen umgesiedelt werden, wo Tausende von Hektar brachlagen. Dort wollte aber absolut

keiner hin, und so wurde das Land (in Ostpreußen) nicht bearbeitet und der Ertrag immer spärlicher.<<

Erzwingung der Option für den polnischen Staat im Kreis Sensburg, Ostpreußen – Erlebnisbericht der E. B. (x002/879-880): >>Den Männern ging es noch schlimmer (als den Frauen).

Sie waren in einem Raum untergebracht, der dick mit Kalkstaub bedeckt war. Hier mußten die Armen Tag und Nacht herumwandern und dabei die Hosen mit den Händen festhalten, weil man ihnen die Hosenträger fortgenommen hatte. Hinlegen und sitzen war verboten und wurde ständig kontrolliert. Um ihre Notdurft zu verrichten, wurden sie in 24 Stunden nur einmal rausgelassen, ohne Rücksicht auf Alte und Kranke. Viele Männer und Frauen waren herz-, nieren- oder blasenleidend oder wurden von Rheuma geplagt und hatten große Schmerzen zu ertragen. Frauen wurden täglich dreimal rausgelassen. Bei den Vernehmungen gab es Faustthiebe, Kinnhaken und Fußtritte in rauhen Mengen.

Mein Pflegevater war 60 Jahre alt. Er wurde ... einmal von 7.00 bis 11.00 Uhr in "Behandlung" genommen. Dabei wurde er immer mit dem Kopf gegen die Wand gestoßen. Als er sagte, sie sollten ihn lieber erschießen, reichte man ihm einen Strick, er solle sich aufhängen oder vom dritten Stockwerk aus dem Fenster springen, eine Kugel sei für ihn zu schade. Schließlich mußte er seinen Unterkörper ganz entblößen und sich über einen Stuhl legen. Doch ehe er den Gummiknüppel zu spüren bekam, wurde er ohnmächtig, denn er war herzkrank. Man schrak auch nicht davor zurück, Frauen und Mädchen auf den nackten Körper zu schlagen. ...<<

18.02.1949

Ostdeutschland: Erzwingung der Option für den polnischen Staat im Kreis Sensburg, Ostpreußen – Erlebnisbericht der H. W. (x002/884-885): >>Die Polen fingen an, die Deutschen zu schikanieren, um sie zur Unterschrift zu zwingen.

Alle Deutschen reagierten kopflos. Einer rannte zum anderen, aber nur heimlich, denn die Polen hatten uns streng verboten, in einen anderen Ort zu gehen. Wir durften auch nichts kaufen. Kein Pole durfte einem Deutschen etwas schenken. Wir sollten verhungern oder unterschreiben. - Dieses konnte uns jedoch nicht erschüttern, denn als Deutsche hatten wir schon größere Not mitgemacht. Deutsch waren wir, als es uns gut ging, deutsch bleiben wir, auch wenn uns schlecht geht. Man hörte, wie die Schikanen dörferweise durchgeführt wurden.

Man hat immer gesagt, warum halten die Deutschen nicht stand. Viele saßen im Keller, aber sie haben alle kleingekriegt. Mit Gummiknüppeln, Drahtseilen und Eisenstangen. Es wurden extra Polen angestellt, die Deutschen zu schlagen. Sie bekamen pro Tag 13.000 Zloty.

... Alle Deutschen unseres Dorfes mußten zur Versammlung. Dort wurden wir von 5 Leuten der Behörde und Polizei (Miliz und UB) empfangen. ...

Ich wurde gefragt: "Werden Sie als Polin unterschreiben?" - Nein!" "Warum nicht?" - "Weil ich eine Deutsche bin!" ... "Sie sind (nicht in Ostpreußen, sondern) in Polen-Masuren geboren." - "Nein!" - "Wo ist Ihre Mutter?" - Sie liegt krank zu Hause!" - "Die ist auch hier geboren?" "Ja!" "Die ist auch eine Polin und Sie auch." - "Nein, ich bin eine Deutsche und von einer deutschen Mutter geboren." - "

Hier ist Polen, und wer hier geboren ist, ist Pole!" - "Ich bin keine Polin; als ich geboren bin, gehörte alles zum Deutschen Reich." Da schrie er, ich sollte nicht frech werden. ... Danach fragte er mich, wo mein Vater wäre. - "Er ist am 23. März 1945 von Polen erschossen worden!" - Das sollte ich nicht noch einmal sagen. Nicht Polen, sondern Banden hätten meinen Vater erschossen. - "Ich unterschreibe nicht, ich will raus hinter die Oder, wo alle Deutschen sind," sagte ich. Anschließend mußte ich in den Keller zurück.

Unser Dorf umfaßte 80 Deutsche, und alle blieben standhaft. ... (Wir wurden alle mit Autos zur Polizeistation gebracht). Dort wurden wir alle paar Minuten verhört und auf uns eingeredet, daß wir unterschreiben müßten. Niemand unterschrieb!

Im Keller kamen wir mit Frauen zusammen, die hier schon 8 Tage ohne Verpflegung saßen. Etliche hatten schon die Zuzugsgenehmigung und alle Ausreisepapiere. Auf diese Frauen hatten sie es ganz besonders abgesehen. "Raus kommt keiner. Wenn Ihr nicht unterschreibt, kommt Ihr nach Warschau und (anschließend nach) Sibirien in Zwangslager!" - Das wollten wir auch, aber als Deutsche. Da wurden wir härter angefaßt. Alle sollten wir zur UB, und die würden uns schon kleinkriegen.
Dann sagten sie uns: "Es ist ein Befehl aus Moskau gekommen. Alle Deutschen müssen unterschreiben. Die Westmächte sind sich einig, und die Engländer und Amerikaner sind in Warschau gewesen und haben es bestätigt. Sie wollen von den Deutschen hier in Polen nichts wissen, nehmen keinen Deutschen mehr auf, denn dort ist eine zu große Hungersnot; auch werden alle Ostpreußen nach hier ausgewiesen. Und wenn wir nicht unterschreiben, kommen wir nicht mit heiler Haut raus." –
Das (geschah) ... unter so einem Gebrüll, daß unsere Nerven es nicht aushielten und ... mehrere Frauen zusammenbrachen.
... Als ich zu mir kam, wollte ... ich nur noch als Deutsche sterben. Aber unsere Unterschrift war ihnen von großem Wert. Wir wurden ins Krankenhaus gebracht. Dort brach ich wieder zusammen. Aber durch Tropfen, Spritzen und Tabletten kam ich wieder zu mir.<<

19.02.1949

Ostdeutschland: Erzwingung der Option für den polnischen Staat im Kreis Sensburg, Ostpreußen – Erlebnisbericht des G. S. (x002/881): >>Wir wurden per Bahn nach Mragowo (Sensburg) zur UB gebracht und in den Keller gesperrt.
Am ... 19. Februar hatte man schon etliche schwer mißhandelt. Es war an diesen Tagen harter Frost. In dem Keller waren wir 9 Mann. In dem ungeheizten Keller konnten nur 4 auf der Pritsche liegen. Am Montag brachten sie mich in den 3. Stock. Sie nötigten mich und forderten mich alsdann auf, den Pelz auszuziehen; ich weigerte mich. Es waren 4 Männer. Sie schlugen von allen Seiten gewaltig auf meinen Kopf, zogen den Pelz aus und schlugen mit Gummiknütteln. Nach einer Weile zogen sie mich bis auf die Hose aus und bearbeiteten ... den nackten Körper, ... bis ich ohnmächtig wurde.
Als ich wieder zu mir kam, fragten sie mich, ob ich unterschreibe. Alsdann schlugen sie mit 2 Mann auf die Fußsohlen. Einer hielt mir den Mund mit dem Taschentuch zu. Ich wurde wieder ohnmächtig. Danach sagte ich ihnen, daß sie mich nicht so quälen, sondern lieber totschlagen sollten. Sie brachten mir daraufhin eine Schnur, legten sie mir um den Hals, schnürten sie zu und forderten mich auf, mich zu erhängen. Dann boxten sie mich mit Fäusten, stellten mich an die Wand und schlugen mit den Handkanten gegen Hals, Wirbelsäule und Genick, bis ich zusammenbrach.
Anschließend setzten sie mich auf einen Stuhl und zwangen mich zur Unterschrift. Dann halfen sie mir beim Anziehen, Pelz und Hemd waren zerrissen. Danach setzten sie uns "zum Abkühlen" in ein kaltes Zimmer. ... So zwangen sie uns unter Marter zur Unterschrift.<<

21.02.1949

Ostdeutschland: Erzwingung der Option für den polnischen Staat im Kreis Sensburg, Ostpreußen – Erlebnisbericht der H. W. (x002/885-886): >>Nach 3 Tagen wurden wir von der Polizei abgeholt und wie die schlimmsten Verbrecher durch die Stadt zum (UB)-Keller geführt. So krank wie wir waren, wurden wir ... in die kalte Zelle hinter starke Eisengitter gesteckt. Hier ging es bunt zu. Alle paar Stunden (wurden wir) verhört.
... Männer, vom Jüngling bis zum Greis, ... haben sie die Kleider vom Leibe gerissen und ... (den) bloßen Körper mit Drahtseilen, Stöcken und Eisenstangen bearbeitet. Ein Vater saß dort mit 2 Söhnen. Die Söhne haben sie nicht geschlagen. Der Vater wurde aber so geschlagen, daß er zusammenbrach. Man goß ihm dann einen Eimer Wasser über den Kopf und verabreichte ihm noch "eine Schicht". Der Mann hielt es 14 Tage aus. ... (Doch brutale) Gewalt

bricht Eisen!
... Eine junge Frau und ein junges Mädchen wurden in den Wald gebracht und dort vergewaltigt. Danach haben sie unterschrieben und alles zur Anzeige gebracht. Jetzt hörte ich, daß man diese Frauen in der Nacht mit einem Auto abgeholt hat. Keiner weiß, was mit den Frauen geschehen ist.
Andere Frauen mußten im Hemd draußen stehen, junge Mädchen mußten nackt Wasser tragen, es war Februar. Man hat uns immer wieder gesagt, daß wir als Deutsche nicht mehr aus dem Keller kommen. Die Männer wurden so geschlagen, daß sie es nicht aushalten konnten und alle unterschrieben haben. Frauen wurden festgeschnallt und geschlagen, daß das Blut ... spritzte. Man sah ein, es war alles zwecklos. Wem ist damit geholfen, wenn sie uns die Knochen kaputtschlagen, und am Ende müssen wir doch unterschreiben.
Ich hatte besonders viel zu leiden, weil ich kein Wort Polnisch konnte und immer einen Dolmetscher brauchte. ... Ich war sehr krank und wußte nicht mehr aus noch ein. Sie merkten es und fragten mich, warum ich so mit meiner Gesundheit spielen würde. Ich soll unterschreiben, und dann wird mir Hilfe geleistet. Darauf habe ich gar nicht geachtet, denn man kannte ja ihre Hilfe. - Mit Gutem und Bösem, einigen Stößen und Schlägen ins Gesicht, wurde ich dann gezwungen, zu unterschreiben.
Ich habe von allen Personen, die aus unserem Dorf festgenommen wurden, als letzte Frau unterschrieben. Als ich nach Hause kam, brach ich wieder zusammen, lag 3 Stunden ohne Bewußtsein und war 14 Tage lang schwer krank. (Ich konnte mich lange) ... nicht erholen und beruhigen, daß ich unterschreiben mußte.
Auf dem Schein ... stand: Ich bitte um die polnische Staatsangehörigkeit. ... Es war unmöglich, diesem Zwang Widerstand zu leisten. ... Im Kreis Ortelsburg wurden die Deutschen auch gezwungen, für Polen zu optieren. Dort waren die Schikanen noch schlimmer als im Kreis Sensburg. Viele Leute haben es mit ihrem Leben bezahlt, sind irre geworden, haben sich aus Verzweiflung erhängt oder sind an den Schlägen verstorben. ...
Hat man uns ... Deutsche wirklich vergessen? Wenn wir auch unterschreiben mußten, unser Herz ... ist deutsch und schreit zu euch (im Westen) und gen Himmel nach Hilfe und Befreiung. Erbarmt euch unsrer Not! ...<<

23.02.1949

WBZ: Der CDU-Politiker Jakob Kaiser (1888-1961) erklärt am 23. Februar 1949 vor der Presse (x112/667): >>1. Die französischen und britischen Besatzungstruppen sollen sofort zurückgezogen werden.
2. Die amerikanischen und russischen Truppen sollen sich umgehend aus Mitteldeutschland zurückziehen. Diese Einheiten sollen an die West- bzw. Ostgrenze Deutschlands verlagert werden.
3. Während der Übergangszeit sollen sowohl die West- als auch die Ostmark ihre Gültigkeit beibehalten.
4. Berlin soll als Viermächte-Stadt verwaltet werden, wobei jede Macht dort geringe Truppenbestände belassen soll.
5. Eine deutsche Zentralregierung soll ihre Funktionen in Berlin so bald als möglich aufnehmen.<<

26.02.1949

SBZ: Das "Leipziger Börsenblatt" berichtet am 26. Februar 1949 anläßlich des 50. Geburtstages des deutschen Schriftstellers Erich Kästner (x112/668): >>... Er weicht nicht aus und deckt die soziale, politische und menschliche Problematik mit respektloser Offenheit auf. In einem Panoptikum seiner Zeit marschieren die Typen auf: der Bankier und Generaldirektor, die Aktionäre und Hochstapler, die Fememörder und Industrie-Strauchritter, die sadistischen Sergeanten und blutrünstigen Generäle, die Barfräuleins und fetten Genießergestalten, die ver-

logenen Pauker und die bedauernswerten Primaner in Uniform.
Er wird zu einem literarischen George Grosz und kratzt die ganze kapitalistische Kulturtünche ab, die Heldenmystik, Parlamentarierphrasen und nationalistische Kraftprotzerei.<<

WBZ: Im Verlauf der letzten Sitzung des CDU-Zonenausschusses (in Königswinter) erklärt Konrad Adenauer am 26. Februar 1949 zur bevorstehenden Wahl des ersten Deutschen Bundestages (x112/667): >>Für uns folgt jetzt als erste Forderung – wie wir sie verwirklichen sollen, das ist mir noch nicht klar -, daß wir in irgendeiner Form dafür sorgen, daß die CDU/CSU in den drei Zonen, und wenn Berlin genehmigt wird, einschließlich Berlin als eine Partei erscheinen. ...
Wenn bei der Wahl zum Bundestag eine sozialdemokratisch-kommunistische Mehrheit infolge des Wahlgesetzes, das gestern mit Hilfe der FDP verabschiedet wurde, kommt, dann trägt die Fraktion der FDP in Bonn volle Schuld daran. Sie allein ist dann schuld. ... Das ist die üble Lage für uns.<<

28.02.1949

Ostdeutschland: Internierungslager Potulice bei Nakel, Westpreußen – Erlebnisbericht der E. S. (x002/476): >>Ich war (nach der überstandenen Bauchtyphuserkrankung) so schwach, daß mir auch die leichteste Arbeit schwerfiel, und behielt ständig leichte Temperaturen, so daß ich nach meiner Entlassung aus dem Zuchthaus Fordon bei der Einlieferung in das Straflager Potulice unter Tbc-Verdacht in die Isolierabteilung kam.
Die letzten beiden Ärzte in Fordon - Militärärzte - waren sehr gut, auch zu uns Deutschen, bei aller Strenge ihrer Vorschriften. Sie machten keine Unterschiede. ...
Potulice, das schlimmste Straflager Polens, war eine Hölle! Obgleich ich meine Strafe am 28. Februar 1949 abgesessen hatte, wurde ich nicht in die Freiheit entlassen, sondern unter Bewachung nach Potulice gebracht. Männer, Frauen und Kinder jeden Alters, besonders auch viele alte und gebrechliche Leute (wurden dort interniert).
Zum Lager Potulice gehörten zu meiner Zeit über 17.000 Deutsche. Etwa 7.000 waren im Lager, die übrigen (hatte man) als Arbeitskräfte außerhalb des Lagers untergebracht. In Warschau allein waren Tausende mit den Aufräumungsarbeiten und dem Wiederaufbau beschäftigt, die ebenfalls zum Lager Potulice gehörten.<<

SBZ: Auf dem 3. LDPD-Parteitag gibt der Parteivorstand am 28. Februar 1949 seine letzten Selbständigkeitsbestrebungen auf und unterwirft sich der SED.
Der deutsche Historiker Wolfgang Leonhard (1921-2014) berichtet später über die SED (x156/67): >>Es war Februar 1949 geworden. Die SED hatte sich immer mehr dem "sowjetischen Vorbild" angeglichen. ... Das Zentralsekretariat der SED wurde aufgelöst. An seine Stelle trat ein Politbüro, bestehend aus 9 Mitgliedern, darunter 6 ehemaligen KP-Spitzenfunktionären und 3 ehemaligen Sozialdemokraten. Für die laufende Arbeit wurde ein "kleines Sekretariat" unter dem Vorsitz Ulbrichts geschaffen. Eine zentrale Parteikontrollkommission unter Vorsitz von Hermann Matern folgte.
All das lief unter der Losung der Entwicklung zu einer "Partei neuen Typs" – es war aber nichts anderes als die weitere Angleichung der SED an die stalinistische Partei der Sowjetunion.
Den kommunistischen Parteien Westeuropas blieb auch das letzte nicht erspart. Die Parteiführer wurden Ende Februar 1949 angehalten, öffentlich zu erklären, daß die kommunistischen Parteien im Falle einer militärischen Auseinandersetzung die sowjetischen Truppen unterstützen würden. ... Damit wurde der letzte Anschein einer Unabhängigkeit aufgegeben. Die Partei erklärte sich offen zum Hilfsverband der Sowjetarmee.<<

Berlin: Die Berliner Wechselstuben zahlen am 28. Februar 1949 für 1 DM (West) = 4,10 DM (Ost).

WBZ: Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges wird am 28. Februar 1949 in Köln erstmalig

wieder ein Rosenmontagszug veranstaltet.
Die beliebtesten Karnevalsschlager sind damals (x112/669): >>... In Münster: "Westfalenland, Westfalenland ist wieder außer Rand und Band ...";
in Köln: "Wer soll das bezahlen? ..." von Jupp Schmitz;
in Düsseldorf ist der Schlager der Saison: "Du darfst mich lieben für drei tolle Tage, du mußt mich küssen, das ist deine Pflicht! Du kannst mir alles, alles Schöne sagen. Nur nach dem Namen frag mich bitte, bitte nicht" von Hans-Ludwig Lonsdorfer. Der Volksmund nennt diesen Schlager damals "Alimentenlied".<<

Februar 1949

SBZ: Der ehemalige Leiter eines Beerdigungskommandos des sowjetischen Internierungslagers Sachsenhausen berichtet im Februar 1949 (x026/97): >>Im Februar 1949 entstand in der Kommandantur erhebliche Aufregung, der Grund dafür sprach sich schnell herum, der Nachrichtendienst im Lager funktionierte stets prompt und schnell: Internierte hatten einige der Pappschilder gefunden, die man den Toten an die Beine band und die beim Transport zum Friedhof verlorengegangen waren.
Es kam der Befehl, die Toten ohne diese Schilder zu beerdigen, um jede Möglichkeit der Zählung zu verschleiern. Nichts fürchtete man damals russischerseits mehr als ein Bekanntwerden der Totenzahl außerhalb des Lagers.
Aber die Zahlen waren bekannt. Es waren inzwischen in Sachsenhausen 19.000 beerdigt worden, besser eingescharrt. Das Lager ist bis 1950 praktisch zweimal ausgestorben! Auf dem Friedhof war es verboten, irgendwelche Blumen zu pflanzen. Auch die Hügel der Toten, die nach Zuschütten der Toten ca. 50 cm hoch waren, durften nicht neu aufgeschüttet werden. Es sollte nach Möglichkeit alles schnell dem Erdboden gleichgemacht werden. ...<<

01.03.1949

SBZ: Otto Grotewohl (1945 Vorsitzender der SPD in der SBZ, von 1946-54 SED-Vorsitzender) berichtet am 1. März 1949 in der Zeitschrift "Einheit" über die SED (x112/669): >>... (Die Partei habe) die Verstärkung des Studiums der Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion ... zu einer besonderen Aufgabe unserer Schulungsarbeit gemacht. ...
Unsere Mitglieder haben erkannt, daß eine demokratische Entwicklung Deutschlands nur im engsten Anschluß an die Sowjetunion möglich ist. Im Leninismus erblicken wir den unverfälschten Marxismus ...
Wir haben in der Parteidiskussion die Theorie des "besonderen deutschen Weges zum Sozialismus" zerschlagen, die ... auch antisowjetischen und nationalistischen Tendenzen Vorschub leistete.<<

WBZ: In der britischen und nordamerikanischen Besatzungszone werden im März 1949 täglich 1.843 Kalorien zugeteilt.

15.03.1949

WBZ: US-Militärgouverneur General Clay gibt am 15. März 1949 bekannt, daß die "negative Phase der US-Besatzungspolitik in Deutschland" beendet und eine "konstruktive Politik" begonnen werden soll (x112/673).

19.03.1949

Jugoslawien: Zwangsarbeitseinsatz im serbischen Bergwerk Radljevo – Erlebnisbericht des Josef B. (x006/601-603): >>Im Jahre 1949 verlangte der jugoslawische Staat eine sog. "Volksanleihe".
Diese wurde nicht nur von Unternehmen, sondern auch von uns verlangt. Man ließ uns alle erscheinen und machte uns klar, daß jeder von uns mindestens einen halben Monatslohn für die Staatsanleihe geben müßte. Als wir, die wir alle nichts als das nackte Leben hatten, uns weigerten, wurde jeder einzeln zum Direktor ins Büro bestellt und bearbeitet. Es wurde mit der Rückführung ins Hungerlager gedroht und mit verschärften Haftbedingungen.

Der größte Teil hat schließlich dieser Anleihe trotz der großen Not zugestimmt. Nur 5 bis 7 Mann lehnten es weiterhin ab, diese Volksanleihe zu leisten. Wir, die diese Anleihe verweigerten, wurden in der Öffentlichkeit als Saboteure hingestellt und mit Erschießung bedroht. Die Anleihe wurde uns trotzdem vom Lohn abgezogen. Kurze Zeit später wurden wir in das berüchtigte Kohlenbergwerk von Senjski Rudnik (Ravna Reka) versetzt. ...
Die Arbeit im Kohlenbergwerk von Ravna Reka war wegen der großen Einsturzgefahr sehr gefährlich und ungesund. An manchen Stellen brannten die Stollen, so daß wir unter Hitze, Rauch und Gasen litten. ... Wir verdienten dort aber viel Geld. Damit konnten wir uns einigermaßen ankleiden und besser leben. Wir erhielten Lebensmittelkarten, konnten uns bei den Bergbauern aber zusätzliche Lebensmittel kaufen. Bei diesen Bauern, die vom Tito-Regime unterdrückt wurden, waren wir gerne gesehen. ...
Wenn unsere Landsleute erkrankten und vom Arzt nicht krankgeschrieben wurden, bekamen sie für die fehlenden Tage keine Lebensmittelzuteilungen. ... Kleidung gab es nach einem Punktesystem. Im Schwarzhandel waren Kleidungsstücke sehr teuer.
Der 3jährige Zwangsarbeitsvertrag, den wir in Radljevo unterschrieben hatten, war im gesamten Jugoslawien gültig. Aus diesem Vertrag wurde man nur entlassen, wenn man 3 Monate vor Vertragsende kündigte. Wenn man diesen Kündigungstermin verpaßte oder noch keine andere Arbeit gefunden hatte, wurde der Arbeitsvertrag automatisch für weitere 3 Jahre verlängert. Viele mußten weiterhin im Bergwerk arbeiten, weil sie ihren Arbeitsvertrag nicht fristgemäß kündigten. ... Ohne Arbeitsbuch konnte man im ganzen Land keine Arbeit kriegen. ...
Einige Arbeiter erhielten trotz Ablauf der Arbeitsverträge keine Arbeitspapiere, da man die Arbeiter unbedingt in der Kohlengrube benötigen würde. ... Ein Arbeiter, der darauf flüchtete, wurde nach 8 bis 10 Tagen von der Polizei festgenommen, verprügelt und in das Bergwerk zurückgebracht. ...<<

20.03.1949

Ostdeutschland: Internierungslager Potulice bei Nakel, Westpreußen – Erlebnisbericht der Mira B. (x002/533): >>Am 20. März 1949 kam ich dann in das Vernichtungslager Potulice, zu welchem wir seit 1946 gehörten.
Dort verlebte ich auch noch unendlich schwere Stunden. Es war am Sonntag, als ich nach Potulice gebracht wurde. Als ich ins Lager kam, brachte mich ein Lagerpolizist in ein Einzelzimmer. Dort mußte ich nun 3 Tage und 3 Nächte hinter verschlossenen Türen und doppeltem Stachel- und Maschendraht allein am Fenster sitzen. So sperrte man viele tausend Menschen ohne jede Ursache ein. ...
In den Baracken waren die Bettgestelle ... ohne Stroh, so mußten wir auf den harten Brettern liegen. Es waren dort so viele Wanzen, daß man ganz und gar zerbissen war. Nach 3 Tagen kam ich dann zur Kontrolle und auch zu den anderen Deutschen, die im Lager waren.
Nach 3 Wochen bekam ich dann durch Zufall meine Mutter zu sehen. Meine Mutti war schon einige Wochen länger im Lager als ich. Es ging der Transport nach Deutschland. Ich glaubte mein Herz verging vor Leid, daß ich nicht mit durfte, denn die Polen sagten: "Die Jugend bleibt bis zuletzt." ...<<

21.03.1949

Jugoslawien: Lebensverhältnisse von Volksdeutschen in Betschkerek – Erlebnisbericht des Pfarrers Kornelius W. (x006/615): >>Meine Frau stellte nach ihrer Lagerentlassung ein Gesuch nach dem anderen, um mich freizubekommen. Aber alles Bitten und Betteln half nicht. Der allgewaltige Mann - Vid Dodig -, der über alle Lager zu sagen hatte, hatte für alles nur ein "Njet".
Erst im März 1949 kam die Wende. Meine Frau wurde zum Geheimdienst befohlen. Dort wurde ihr gesagt, daß ihr Mann entlassen werden könne, er müsse sich aber an Titos Fünfjah-

resplan beteiligen. Auch mich beorderte man nach Betschkerek zum dortigen Geheimdienst und bearbeitete mich. Schließlich wurde ich mürbe und sagte zu. Am 21. März 1949 wurde ich dann entlassen.<<

31.03.1949

SBZ: Nach offiziellen Angaben der Umsiedlerämter halten sich am 31. März 1949 insgesamt 4.442.318 - davon sind 1.874.736 männliche und 2.567.582 weibliche Vertriebene - in der SBZ auf (x009/131).

Von 1945 bis 1949 sind bereits rund 500.000 bis 600.000 deutsche Flüchtlinge und Vertriebene in das Gebiet der späteren BRD abgewandert.

April 1949

>>Und ihr werdet gehaßt werden von jedermann ... Wer aber bis an das Ende beharrt, der wird selig werden.<< (Matthäus 10, 22)

01.04.1949

Rumänien: Kronstadt in Süd-Siebenbürgen – Erlebnisbericht der H. N. (x007/303-304): >>Im Jahre 1949 begann man mit der Gründung der Kollektivwirtschaften.

Sie wurden von Sachsen geführt, weil diese planmäßig arbeiten konnten. Viele Sachsen wurden aus diesem Grunde von den neuen Eigentümern auf ihre Höfe zurückgerufen, und der Staat duldete es. Manche jüngere Heimkehrer, die in Rußland harte Zwangsarbeit geleistet hatten, zählten in den rumänischen Fabriken meistens zu den besten Arbeitern und erhielten rote Fähnchen. Sie erklärten, daß sie vor der Arbeit keine Angst hätten, aber niemals wieder nach Rußland gehen würden. Lieber würde man sich vorher umbringen. ...

Es wurde auch wieder eine deutsche Zeitung ("Neuer Weg") herausgegeben, denn auch in den sächsischen Reihen hatte sich eine antifaschistische Gruppe gebildet. An ihrer Spitze standen 2 Arbeiter, die seinerzeit gegen den Nationalsozialismus eingestellt waren.

In kultureller Hinsicht konnte man sich im Jahre 1949 wieder frei betätigen, d.h. frei nach kommunistischer Art. Es wurden Theaterstücke von einer Laiengruppe aufgeführt, z.B. "Der Kreuzelschreiber" von Anzengruber, "Der Revisor" von Gogol, und das rumänische Theater spielte wochenlang Schillers "Räuber" in rumänischer Sprache.

Auch Kirchenmusik wurde wieder in der "Schwarzen Kirche" gespielt. Zu den Zuhörern gehörten auch viele Rumänen. Sogar zum Gottesdienst erschienen sie und gingen durch die Reihen, was als sehr störend empfunden wurde. Zuschließen konnte man die Türen nicht, weil man dann von geheimer Verschwörung hätte reden können. Die früheren Philharmoniker hatten bisher immer bei Kirchenkonzerten mitgewirkt; nun waren sie ins Staatsorchester aufgenommen und durften in der Kirche nicht mehr spielen.

Die Kirche versuchte auch in dieser Zeit durchzuhalten und hatte, solange ich dort war, im Gegensatz zur katholischen Kirche, keine Verfolgungen zu erleiden. Bischof M. und die anderen evangelischen Geistlichen waren bemüht, nach dem Grundsatz zu leben und zu handeln "Gebt dem Kaiser, was des Kaisers ist, und Gott, was Gottes ist". ...<<

04.04.1949

USA: In Washington wird am 4. April 1949 die NATO gegründet.

10 europäische Staaten schließen mit den USA und Kanada den Nordatlantikpakt.

In der Präambel der NATO (North Atlantic Treaty Organization) heißt es (x243/220): >>Die vertragsschließenden Staaten ... sind entschlossen, die Freiheit, ... gegründet auf die Prinzipien der Demokratie, auf die Freiheit des einzelnen und die Grundsätze des Rechts, sicherzustellen, ... die Stabilität und Wohlfahrt im nordatlantischen Gebiet zu fördern, ... ihre Bemühungen um eine gemeinsame Verteidigung und um die Erhaltung von Frieden und Sicherheit zu vereinigen. ...<<

In diesem Nordatlantikpakt vom 4. April 1949 heißt es z.B. (x301/154-155):

>>Artikel 1: Die Parteien verpflichten sich, in Übereinstimmung mit der Satzung der Vereinten Nationen jeden internationalen Streitfall, an dem sie beteiligt sind, auf friedlichem Wege so zu regeln, daß der internationale Friede, die Sicherheit und die Gerechtigkeit nicht gefährdet werden, und sich in ihren internationalen Beziehungen jeder Gewaltandrohung oder Gewaltanwendung zu enthalten, die mit den Zielen der Vereinten Nationen nicht vereinbar sind.
...
Artikel 5: Die Parteien vereinbaren, daß ein bewaffneter Angriff gegen eine oder mehrere von ihnen in Europa oder Nordamerika als ein Angriff gegen sie alle angesehen werden wird; sie vereinbaren daher, daß im Falle eines solchen bewaffneten Angriffs jede von ihnen in Ausübung des in Artikel 51 der Satzung der Vereinten Nationen anerkannten Rechts der individuellen oder kollektiven Selbstverteidigung der Partei oder der Parteien, die angegriffen werden, Beistand leistet, indem jede von ihnen unverzüglich für sich und im Zusammenwirken mit den anderen Parteien die Maßnahmen, einschließlich der Anwendung von Waffengewalt trifft, die sie für erforderlich erachtet, um die Sicherheit des nordatlantischen Gebietes wiederherzustellen oder zu erhalten. ...<<
Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schreibt später über die Gründung der NATO (x068/272-275): >>... Das amerikanische Wesen ist das Geld: der Inbegriff des Yankee-Daseins. Natürlich erfaßt dies nicht alles, aber das Wichtigste. ...
Für ihre ungeheure Aufrüstung hatten die Amerikaner militärische, mehr jedoch wirtschaftliche Gründe. Deshalb traten auch viele jener, die das Geschwätz von der Gefahr aus dem Osten keinen Augenblick glaubten, für Aufrüstung und Nato ein.
Derart konnte enorm verdient werden und wurde enorm verdient. Und gerade nach dem Verlust Chinas benötigte man Europa auch als Absatzmarkt. Der Verlust des chinesischen Riesenreichs aber seit der Flucht Tschiang Kai-scheks samt seiner unfähig-korrupten Regierung 1949 nach Formosa (Taiwan), seit dem Sieg Mao Tse-tungs hatte die Öffentlichkeit in den USA nahezu unvorbereitet überrascht. Und er war um so größer, als nun nicht nur jeder amerikanische Einfluß in China ausschied, sondern auch im gesamten pazifischen Raum gefährdet schien.
In Europa aber begann jetzt nach dessen militärischer Eroberung die friedliche. Ein US-Konzern nach dem anderen investierte in den zuvor zerbombten und zerschossenen Städten. Und die Rechnung, daß eine im Krieg ruinierte Wirtschaft schneller wächst als eine, die den Krieg so glänzend überstand, erwies sich als richtig, zumal auch die US-Banken von Anfang an mitspielten, deren Politik in Europa war: alte Investitionen retten, neue vornehmen. Ja, das Bankhaus Dillon, Read, setzte so sehr auf die Rentabilität seiner Anlagen im Nachkriegsdeutschland, daß es deutschen Industriebossen noch vor Kriegsende eine Privatanleihe von einer Milliarde Dollar anbot.
Man gründete Filialen, baute Fabriken, erwarb Aktienmajoritäten. Man nahm Fusionen vor, kaufte ganze Betriebe, kaufte Bergwerke und Banken. Die Sache nahm einen ähnlichen Verlauf wie das frühere Vorgehen in Lateinamerika.
Die Beherrschung der Alten Welt durch die Neue begann. Man schuf hunderteweise Tochter- und Beteiligungsgesellschaften. Man überzog Westeuropa mit einem Netz wirtschaftlicher Einfluß- und Machtsphären, und alles geschah mit einem Tempo ohnegleichen. Ganze Branchen, die Mineralöl-, die Büromaschinen-, Landmaschinen-, die Kosmetikindustrie u.a. wurden von US-Firmen beherrscht. Selbst im kleinen Holland gab es schon im März 1960 nicht weniger als 105 Filialen der größten amerikanischen Gesellschaften. Noch in der Schweiz, deren Binnenmarkt für die US-Haie gewöhnlich nicht sehr attraktiv ist, existierten 1960 immerhin 320 amerikanische Firmen, 1961 etwa 400, 1962 schon 520.
Die US-Investitionen in Europa erreichten bereits Ende der fünfziger Jahre eine so Schwindel erregende Höhe, daß die Amerikaner den Plan der EWG, dies durch einen Kongreß in Baden-

Baden ans Licht zu bringen, erfolgreich in Bonn hintertrieben. Die New York Times bezifferte gleichwohl nach ihren mehrfach geprüften Angaben am 15. April 1963 die Gesamtanlagen der USA in Europa auf 44,8 Milliarden Dollar oder 179,2 Milliarden DM. Davon entfielen 64 Millionen DM auf militärische Investitionen.
Nicht nur die niedrigen Löhne lockten die Yankees. Auch die Regierungen hofierten die Sieger. In Holland durften amerikanische Firmen Grundstücke, Gebäude und Betriebseinrichtungen in den ersten zwei Jahren mit 70 % abschreiben, innerhalb von drei Jahren den Rest von 30 %. Sie konnten Grund und Boden zur Hälfte des Realwertes erwerben. Luxembourg gab den Grund für Betriebsbauten sogar umsonst. Nicht genug. Seine Regierung ließ Firmengebäude auf eigene Kosten errichten, um sie den Amerikanern erst günstig zu vermieten, schließlich günstig zu überlassen.
Ähnlich großzügig kam Italien den Siegern entgegen. Oder die deutsche Bundesrepublik, wo bereits 1963 nicht weniger als 700 deutsche Firmen von US-Firmen kontrolliert worden sind. Deutsche Neugründungen wurden mehr als riskant bis unmöglich. Im Vorstand, in der Verwaltung so mancher US-Tochtergesellschaft in Deutschland sprach man schon damals englisch. War Stalins Erklärung, daß zwischen Nazideutschland und den anderen kapitalistischen Staaten nur ein "vorübergehender politischer" Dissens bestand, so falsch?
Die US-Anlagen in Europa, besonders im EWG-Bereich, nahmen Ende der fünfziger Jahre schon einen solchen Umfang an, daß die klassischen US-Investitionsländer Kanada und Lateinamerika dagegen abfielen. Die amerikanischen Wirtschaftsführer empfanden Europa fast als Kolonie oder, wie einer von ihnen 1958 auf einem Kongreß in Washington sagte, als "ganz speziellen Schluck für unsere Kehlen" (our particular cup of tea).
Einst war's eher umgekehrt.
Die USA sind bis in die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts hinein in vielen Ländern Europas weder sehr bekannt noch sehr angesehen gewesen. Man kannte sie kaum besser als China, Südafrika oder Australien. Und bis ins 20. Jahrhundert hinein dachte man über sie in Europa fast ausnahmslos negativ, dachte darüber wie der berühmte englische Romancier D.H. Lawrence, der lange in New Mexico gelebt hatte: "Die Neue Welt bedeutet mir nichts".
Es ist bezeichnend, daß es bis zum Zweiten Weltkrieg in ganz Europa nur drei Lehrstühle für Amerikakunde gab. Offenbar hatte man für US-Wertvorstellungen in der Alten Welt noch gar keinen Sinn entwickelt, kannte man die Höhe der Zivilisation in Übersee überhaupt nicht. Als dann aber die Massen der GIs über den großen Teich schwappten, "Camel" und "Lucky Strike" kamen, der Jazz und Rock und Pop, Giftgas und Atomsprengköpfe, kurz alles, was die Neue Welt der Alten an Kultur zu bieten hatte, da ließ sie sich rasch vom Sieger eines anderen und natürlich besseren belehren.
Da beurteilte man plötzlich die USA fast ausnahmslos positiv. Zumal in Deutschland war man servil, devot, fast wie in einem Bananenstaat. Und wie man eben noch Hitler in den Hintern kroch, so nun den Amis. Die Politiker voran. "Wir alle sind Amerikaner", rief ein sozialdemokratischer Bundeskanzler schließlich beim Empfang des Ehrendoktorhutes in Übersee.
Alles nahm man nach dem Zweiten Weltkrieg hier mit ausgestreckten Händen auf, alles von drüben, Soldaten, Bankiers, Fabrikanten, die Anleihen, Kredite, sogar ihre mildtätigen Spenden.<<

05.04.1949

Ostdeutschland: Internierungslager Potulice bei Nakel, Westpreußen – Erlebnisbericht der Schwester M. S. (x002/614): >>Mein Mollzähnchen (Opa Eduard M.) wurde immer schwächer und kindischer, und als es am 5. April 1949 tatsächlich so weit war: "Aufschreiben zum Transport", der auch am 11. April von Nakel abgefahren ist, da war mein Opa so weit, daß seine Stunden gezählt waren; aber noch waren seine Gedanken beim Transport und immer wieder fragte er: "Schwester, haben Sie mich auch aufschreiben lassen?"

Am 8. April 1949 ist er gefahren, aber mit einem besseren Transport - in die ewige Heimat. Seine letzten Worte waren wie immer: "Komme ich auch mit?" ...
So könnte ich von vielen, vielen alten Leutchen eine kleine Geschichte erzählen. Auch die alte Urgroßmutter Auguste H. sehe ich im Geiste noch in ihrer Ecke auf dem Schemel hocken, auch sie feierte ihren Geburtstag bei uns, und zwar den 94. Sie starb bereits Ende 1947.<<

08.04.1949

WBZ: Die französische Zone schließt sich am 8. April 1949 mit der Bizone zur Trizone zusammen.

USA: Die Außenminister Acheson (USA), Bevin (England) und Schuman (Frankreich) beschließen am 8. April 1949 während einer Konferenz in Washington (vom 5. bis zum 8. April 1949) ein Besatzungsstatut für Westdeutschland und die Einsetzung einer Alliierten Hohen Kommission (Ersatz für den seit März 1948 entscheidungsunfähigen Alliierten Kontrollrat).

Im Besatzungsstatut für die Bundesrepublik Deutschland heißt es (x156/71-72, x101/200-201): >>In Ausübung der obersten Gewalt, die bei den Regierungen Frankreichs, der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreichs verbleibt, erlassen wir ... hierdurch gemeinsam das folgende Besatzungsstatut:

I. Während des Zeitraumes, in dem die Beatzung noch fortdauern muß, wünschen und beabsichtigen die Regierungen Frankreichs, der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreichs, daß dem deutschen Volke Selbstregierung in dem höchstmöglichen Maße, das mit dieser Besatzung vereinbar ist, zuteil werden soll. Der Bundesstaat und die an ihm beteiligten Länder sollen, lediglich durch die Bestimmungen dieses Statuts beschränkt, die volle gesetzgebende vollziehende und rechtsprechende Gewalt gemäß dem Grundgesetz bzw. ihren Verfassungen haben.

II. Um die Verwirklichung der grundlegenden Besatzungszwecke sicherzustellen, bleiben Sonderbefugnisse, einschließlich des Rechts, die von den Besatzungsbehörden benötigten Auskünfte und statistischen Angaben anzufordern und zu prüfen, auf folgenden Gebieten vorbehalten:

a) Abrüstung und Entmilitarisierung einschließlich der damit zusammenhängenden naturwissenschaftlichen Forschungsgebiete, der Verbote und Beschränkungen für die Industrie und zivile Luftfahrt,

b) Kontrollmaßnahmen hinsichtlich der Ruhr, Rückerstattungen, Reparationen, Dekartellisierung, Entflechtung, Diskriminierung im Geschäftsverkehr, ausländische Vermögenswerte in Deutschland und vermögensrechtliche Ansprüche gegen Deutschland,

c) auswärtige Angelegenheiten, einschließlich völkerrechtlicher Abkommen, die von Deutschland oder mit Wirkung für Deutschland abgeschlossen werden,

d) Verschleppte und die Zulassung von Flüchtlingen,

e) Schutz, Ansehen und Sicherheit der alliierten Streitkräfte, Familienangehörigen, Arbeitnehmern und Vertreter, ihrer Immunitätsrechte, sowie die Deckung der Besatzungskosten und ihrer sonstigen Bedürfnisse,

f) Beachtung des Grundgesetzes und der Landesverfassungen,

g) Kontrolle über Außenhandel und Devisenwirtschaft,

h) Kontrolle über innenpolitische Maßnahmen, jedoch nur in dem Mindestmaß, das notwendig ist, um eine Verwendung von Geldern, Nahrungsmitteln und anderen Gütern in der Weise zu gewährleisten, daß die Notwendigkeit ausländischer Unterstützung für Deutschland auf ein Mindestmaß herabgesetzt wird,

i) Kontrolle der Verwahrung und Behandlung derjenigen Personen in deutschen Gefängnissen, die vor den Gerichten der Besatzungsmächten oder Besatzungsbehörden angeklagt oder von ihnen verurteilt worden sind, sowie Kontrolle über die Vollstreckung der gegen sie verhängten Strafen und über Fragen ihrer Amnestierung, Begnadigung und Freilassung.

III. Die Regierungen Frankreichs, der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreichs hoffen und erwarten, daß die Besatzungsbehörden keine Veranlassung haben werden, auf anderen Gebieten als den oben besonders vorbehaltenen Maßnahmen zu treffen.
Die Besatzungsbehörden behalten sich jedoch das Recht vor, auf Anweisung ihrer Regierung die Ausübung der vollen Regierungsgewalt ganz oder teilweise wiederaufzunehmen, wenn sie der Ansicht sind, daß dies aus Sicherheitsgründen oder zur Aufrechterhaltung der demokratischen Regierungsform in Deutschland oder in Verfolg (Fortgang) der internationalen Verpflichtungen ihrer Regierungen unumgänglich ist.
Bevor sie dies tun, werden sie die zuständigen deutschen Behörden von ihrem Entschluß und seinen Gründen offiziell unterrichten. ...<<
>>... V. Jede Änderung des Grundgesetzes bedarf vor Inkrafttreten der ausdrücklichen Genehmigung der Besatzungsbehörden. Länderverfassungen, Änderungen dieser Verfassungen, sowie alle anderen Gesetze und alle Abkommen, die zwischen der Bundesregierung und auswärtigen Regierungen getroffen werden, treten 21 Tage nach ihrem amtlichen Eingang bei den Besatzungsbehörden in Kraft, falls sie nicht vorher vorläufig oder endgültig beanstandet worden sind. ...
IX. Nach 12 Monaten, mindestens aber innerhalb von 18 Monaten nach Inkrafttreten dieses Status werden die Besatzungsbehörden eine Überprüfung seiner Bestimmungen unter Berücksichtigung der bei seiner Anwendung gemachten Erfahrungen vornehmen mit dem Ziel, die Zuständigkeit der deutschen Behörden auf dem Gebiet der Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtsprechung zu erweitern.<<
Das "neue Besatzungsstatut" tritt am 21. September 1949 in Kraft. Dieses Besatzungsstatut reduziert zwar die geplanten Demontagen, aber die Souveränität der "neuen" Bundesrepublik Deutschland wird durch die große Autorität der westlichen Besatzungsmächte bis zum 4. Mai 1955 erheblich eingeschränkt. Die Oberaufsicht der Alliierten über Reparationen, Entmilitarisierung, Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland und die Ruhrkontrolle ändert sich damals jedenfalls noch nicht.

09.04.1949

WBZ: Die Aufhebung des Koalitionsverbotes für die deutschen Vertriebenen-Organisationen führt am 9. April 1949 zur Gründung des "Zentralverbandes vertriebener Deutscher".
Nach langen Verhandlungen schließen sich die Landesverbände der Vertriebenen in Frankfurt zum "Zentralverband vertriebener Deutscher" (ZvD) zusammen. 1. Vorsitzende wird Dr. Hans Lukaschek, der später von Dr. Linus Kather abgelöst wird.

11.04.1949

WBZ: Ein US-Militärgericht fällt am 11. April 1949 in Nürnberg die Urteile gegen den ehemaligen deutschen Außenminister und Leiter der "Geschäftsführenden Reichsregierung" Johann Ludwig (Lutz) Graf von Schwerin von Krosigk sowie Staatssekretär Weizsäcker und 19 weitere hohe Beamte des Auswärtigen Amtes ("Wilhelmstraßen-Prozeß").
Der deutsche Oberstaatsanwalt Alfred Streim (1932-1996) schreibt später über den "Wilhelmstraßen-Prozeß" (x051/645-646): >>Wilhelmstraßen-Prozeß, Verfahren vor dem Militärgerichtshof V der USA gegen den Staatssekretär im Auswärtigen Amt (in der Berliner Wilhelmstraße) Weizsäcker und 20 andere; größter und letzter der Nürnberger Prozesse (Fall 11).
Von den 21 Angeklagten waren 18 Minister und hohe Beamte der Zivilverwaltung des Dritten Reiches. Sie wurden beschuldigt, Verbrechen gegen den Frieden, Kriegsverbrechen – u.a. Mitschuld am Lynchen abgesprungener Flieger und der Ermordung und Mißhandlung von Kriegsgefangenen –, Verbrechen gegen die Menschlichkeit – namentlich gegen die Zivilbevölkerung in den besetzten Gebieten – begangen zu haben und Mitglieder einer verbrecherischen Organisation gewesen zu sein.
Durch Urteil vom 11.4.49 wurden 19 Angeklagte teilweise unter Freisprechung von Anklage-

punkten zu Freiheitsstrafen zwischen drei Jahren zehn Monaten und 25 Jahren verurteilt und zwei Angeklagte freigesprochen.
Durch Berichtigungsbeschluß vom 12.12.49 wurden die Strafen von drei Verurteilten, u.a. die für Weizsäcker, von jeweils sieben auf fünf Jahre herabgesetzt. Soweit die Verurteilten die Strafen noch nicht verbüßt hatten, milderte sie US-Hochkommissar McCloy am 31.1.51 im Gnadenweg.<<
"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über Johann Ludwig (Lutz) Graf von Schwerin von Krosigk (x051/532): >>Schwerin von Krosigk, Johann Ludwig (Lutz) Graf von (Titel 1925 durch Adoption erhalten), geboren in Rathmannsdorf (Anhalt) 22.8.1887, gestorben in Essen 4. März 1977, deutscher Politiker, Studium der Rechts- und Staatswissenschaften, im Ersten Weltkrieg Offizier, 1920 Regierungsrat in der Friedensvertragsabteilung im Reichsfinanzministerium, 1929 als Ministerialdirigent Leiter der Etatabteilung.
Der renommierte Finanzexperte erhielt als Parteiloser am 2.6.32 im "Kabinett der Barone" unter Papen das Finanzressort und behielt es auch unter Schleicher und Hitler bis zum Zusammenbruch 1945, obwohl er nicht der NSDAP beitrat. Politisch profilierte er sich nie, pflegte einerseits Verbindungen zu Widerstandskreisen und protestierte andererseits nicht gegen die nationalsozialistische Judenverfolgung. Ohne seine geschickte Amtsführung wäre auch die Finanzierung der Aufrüstung erheblich schwieriger gewesen.
Bei Kriegsende wurde er in der Regierung Dönitz unter Vermeidung der Bezeichnung Reichskanzler Leiter der "Geschäftsführenden Reichsregierung unter Führung der Geschäfte des Reichsaußen- und Reichsfinanzministeriums".
Nach der Verhaftung am 23.5.45 interniert, wurde Schwerin von Krosigk im Wilhelmstraßen-Prozeß am 11.4.49 zu zehn Jahren Haft verurteilt, aber schon im Januar 51 entlassen.
Seine Erinnerungsbücher über die Zeit des Dritten Reiches zeichnen sich durch genaue Porträts der handelnden Personen aus (u.a. "Es geschah in Deutschland", 1951).<<
"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über Ernst Freiherr von Weizsäcker (x051/630): >>Weizsäcker, Ernst Freiherr von, geboren in Stuttgart 12.5.1882, gestorben in Lindau 4.8.1951, deutscher Diplomat; 1933-36 Geschäftsträger in der Schweiz, 1936 Leiter der Politischen Abteilung im Auswärtigen Amt, 1938 Staatssekretär unter Ribbentrop.
Als Nationalkonservativer stand Weizsäcker einerseits der nationalsozialistischen Politik distanziert gegenüber, als pflichtbewußter Beamter sorgte er andererseits für deren Durchsetzung. Weizsäcker unterhielt Kontakte zum Widerstand und ließ 1938 dem britischen Außenminister Halifax eine Warnung vor dem bevorstehenden Angriff auf die Tschechoslowakei und den geplanten Kriegsbeginn zukommen, in der Hoffnung, Schlimmeres zu verhüten. Dennoch zeichnete er später offensichtliche "Unrechtsbefehle" ab und nahm den Ehrenrang eines SS-Führers wohl nicht nur aus "dekorativen Gründen" (Weizsäcker) an.
1947 wurde Weizsäcker, der in den letzten beiden Kriegsjahren als Botschafter beim Vatikan diente, von den Alliierten verhaftet und als Hauptangeklagter im Wilhelmstraßen-Prozeß zu sieben Jahren Haft verurteilt, 1950 vorzeitig begnadigt.
In seinen Memoiren ("Erinnerungen", 1950) versuchte er, sein Verhalten im Dritten Reich zu rechtfertigen.<<

12.04.1949

WBZ: Die westdeutschen Ministerpräsidenten akzeptieren am 12. April 1949 das Besatzungsstatut der westlichen Siegermächte.

14.04.1949

Ostdeutschland: Internierungslager Potulice bei Nakel, Westpreußen – Erlebnisbericht des Bauern Karl R. (x002/516): >>Im Lager Potulice blieb ich zwar nur 14 Tage, aber ich sah noch genug von der bestialischen Behandlung der Deutschen durch die Polen.
Ich kam selbst wegen eines lächerlichen Vergehens (ich hatte wohl einen Posten nicht stramm

genug gegrüßt) in den Bunker, der bis zu den Knien mit Wasser gefüllt war. Hier mußte ich 6 Stunden lang stehen. ...<<

16.04.1949

WBZ: Walter Müller-Bringmann berichtet am 16. April 1949 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/97-98): >>16. April 1949. Transporte deutscher Kriegsgefangener aus Rußland treffen wieder ein. Alle Zurückgekommenen freuen sich sehr.

Der Frühling liegt in der Luft, er streift auch Friedland. ...

Für manchen ist es sicherlich nicht das letzte Barackenlager. Die Frau oder die Eltern hausen irgendwo als Flüchtlinge am Rande einer Großstadt, sind vielleicht immer noch in einem der Durchgangslager und warten vergeblich seit Jahren auf eine richtige und ausreichende Wohnung. ...<<

20.04.1949

Ostdeutschland: Internierungslager Potulice bei Nakel, Westpreußen – Erlebnisbericht der Mira B. (x002/533-534): >>Inzwischen war auch mein Vater ins Lager gekommen, von dem wir 4 Jahre lang nichts gehört hatten. Mein Vater meldete uns dann für den zweiten Transport nach Deutschland an. Unter schwierigen Umständen bekamen mich meine Eltern frei.

Wir fuhren dann am 20. April mit einem Transport, der vom Roten Kreuz begleitet wurde, von Nakel, Kreis Wirsitz, los.<<

22.04.1949

SBZ: Am 22. April 1949 fordert der SED-Parteivorstand "eine systematische Aufklärung der deutschen Öffentlichkeit".

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Aufklärung" in der SBZ (x009/43-44): >>Aufklärung: a) Im Parteijargon jede Art von Propaganda, vor allem seitens der SED, der anderen Parteien, der Massenorganisationen und der Nationalen Front. ... Sehr häufig wird die Formel "Aufklärungsarbeit" gebraucht.

b) Erkundungs- und Spionagetätigkeit der Sicherheitsorgane außerhalb ihres Machtbereiches, vornehmlich in der Bundesrepublik und in West-Berlin. Diese Aufklärung obliegt überwiegend dem Staatssicherheitsdienst; sie ist zentralisiert in der "Hauptverwaltung A" des Ministeriums für Staatssicherheit. Daneben hat die Deutsche Grenzpolizei eine "Abteilung Aufklärung" (Koordinierung, Ministerium für Nationale Verteidigung).<<

WBZ: Das "Ruhrstatut" tritt am 22. April 1949 in Kraft.

Die Kohlen-, Koks- und Stahlproduktion des Ruhrgebietes wird damals einer internationalen Kontrollbehörde unterstellt (x101/19).

In diesem "Ruhrstatut" vom 22. April 1949 heißt es (x243/177): >>... Da die internationale Sicherheit und die allgemeine wirtschaftliche Gesundung erfordern, daß die Hilfsquellen der Ruhr ... nicht für Angriffszwecke verwendet werden, sondern im Interesse des Friedens ("errichten Belgien, Frankreich, Luxemburg, die Niederlande, Großbritannien und die USA) eine internationale Behörde für die Ruhr ... (zur) Aufteilung der Kohle, des Kokses und des Stahls. ...

Sobald eine deutsche Regierung errichtet worden ist, kann sie dem vorliegenden Abkommen beitreten. ...<<

25.04.1949

Ungarn: Gefängnis von Kobanya bei Pest – Erlebnisbericht des Bauern N. N. (x008/93): >>Vier Jahre Entbehrung und Leid vergingen.

Am 25.4.49 wurde ich zum Gefängniskommandanten gerufen. Er verlas eine Mitteilung des Justizministeriums, wonach man mir wegen guter Führung die Reststrafe erlassen hätte und ich sofort auf freien Fuß gesetzt werden sollte. Der Kommandant forderte mich auf, sofort meine geringen Habseligkeiten zu packen, reichte mir die Hand und wünschte mir viel Glück zu meinem neuen Leben. Ich dankte ihm. Dann wurde das große eiserne Tor geöffnet und ich

trat ins Freie hinaus. Nach langer Zeit (war ich wieder) allein, ohne Begleitung.
Mein erster Weg führte in eine Kirche, wo ich dem Allmächtigen für meine wiedergewonnene Freiheit dankte. Nachher fuhr ich zu meinem Freund. Dort wurde ich erfreut aufgenommen. Am Nachmittag fuhr ich in meine Heimatortschaft. Ich ging die Gasse entlang, in welcher sich auch mein Haus befand.
Ich war entsetzt über das Aussehen dieser einst so schmucken und sauberen Bauernstraße. Der Verputz vieler Häuser war abgefallen. In den sonst sauber gehaltenen Höfen wucherte das Unkraut. Fremde, unfreundliche Gesichter blickten aus den Fenstern. Ich kam vor mein Haus und erkannte es kaum wieder. Das fast neue eiserne Haustor war verbogen, der Verputz des Hauses war abgefallen. Seit ich das Haus mit meiner Familie verlassen hatte, war es nicht mehr geputzt oder gestrichen worden.
Ich überlegte, ob ich hineingehen sollte, entschied aber, es nicht zu tun. Ich ging auf dem Friedhof zu meines Vaters Grab. Der Friedhof war von den zurückgebliebenen alten Einwohnern in Ordnung gehalten worden.
Nachher ging ich zur Tochter meines Bruders, die mit ihrer Familie zurückgeblieben war. Sie waren über mein plötzliches Erscheinen überrascht. ... Die Leute trauten sich im allgemeinen nicht, deutsch zu reden. ...<<
WBZ: US-Militärgouverneur General Clay gibt am 25. April 1949 bekannt, daß der künftige westdeutsche Staat "Bundesrepublik Deutschland" heißen wird.
29.04.1949
Jugoslawien: "Altersheim" in Zitiste bzw. St. Georgen an der Bega – Erlebnisbericht des Pfarrers Kornelius W. (x006/614): >>Eines Nachmittags war ich allein in der Kanzlei, als das Telefon läutete. Als ich mich meldete, hörte ich: "Hier ist der Chef der Inneren Staatsabteilung A. "Wo ist Bulatovic (der Heimleiter)?!"
Ich antwortete: "In Beograd, er kommt heute abend zurück!" Er sagte dann: "Sage ihm, daß ich den Auftrag habe, Euch Popovi (Pfarrer) sofort freizulassen. Ihr könnt also gehen, wohin Ihr wollt!" - Das war eine Neuigkeit! –
Als dann der Heimleiter kam, berichtete ich ihm alles. Er machte ein sehr ernstes Gesicht und sagte: "Das hast Du falsch gehört. Ich habe andere Richtlinien." Dann ging er in die Kanzlei und machte die Tür zu. ... Als er später wieder herauskam, sagte er lächelnd: "So geht das nicht, wie Du es Dir vorgestellt hast. Ihr werdet erst dann frei sein, wenn Ihr einen Arbeitsvertrag mit einem Staatsunternehmen abgeschlossen habt. Priester könnt Ihr keinesfalls mehr sein!" - Wir müßten uns also zu einer Kanzleiarbeit verpflichten.
Bulatovic sprach auch gleich mit dem Direktor der neugegründeten Dorfgemeinschaft in Karlsdorf, der mich und Titus bereits am anderen Tag abholen wollte. Da ich aber Bescheid wußte, ließ ich mich nicht so leicht kleinkriegen. ...
"Gut", sagte ich, "aber ich mache Sie darauf aufmerksam, daß wir beide eine Universitätsbildung haben und Sie uns tarifmäßig auch in diesem Sinne bezahlen müssen." –
Die Zahlung war damals merkwürdigerweise nicht nach Arbeit, sondern nach Qualifikationen bestimmt. Und diesen Umstand wollte ich mir zunutze machen, was mir auch vollkommen gelang. –
"Was", staunte der Direktor, "Ihr habt eine Universität besucht?!"
"Selbstverständlich!", meinte ich.
"Ja, soviel kann ich Euch nicht zahlen. Da muß ich mich schon um andere Arbeitskräfte bemühen." ...
Zum Glück war auch Bulatovic zu dumm, um mein Manöver zu durchschauen. Er hätte mich nämlich ruhig als gewöhnlichen Kanzleimitarbeiter anstellen können, und ich wäre machtlos gewesen; mein Diplom hätte man im Ministerium einfach nicht anerkannt - was ich ja wußte. Ich hatte diesen Versuch trotzdem gewagt und er gelang.

Drei Tage später gingen Titus und ich ... zum Chef, wo mir mein zweites Manöver gelang. Ich sagte ihm, ich hätte einen Bruder in Werschetz, und ich möchte dort bei ihm wohnen, und in Werschetz werde ich mir auch eine Arbeit suchen. Dabei hütete ich mich zu sagen, daß mein Bruder Stadtpfarrer war, und ich unter "Arbeit" Seelsorge meinte. Der Chef ging darauf ein, und so bekam ich am 29. April 1949 meine Kennkarte.<<

30.04.1949

WBZ: Der deutsche Journalist Walter von Cube (1906-1984) berichtet am 30. April 1949 während eines Rundfunkkommentars über den Freispruch im Veit Harlan-Prozeß (x112/690):

>>... Jeder Tag des Dritten Reiches kostete 1.370 Juden das Leben.

Wie müssen die, die übriggeblieben sind, den Satz der Urteilsbegründung aufnehmen, die moralische Beleidigung, die der Film allenfalls darstelle, sei verjährt?

Wie müssen sie über jene Zweihundert denken, die den Freigesprochenen mit Jubel überschütteten und auf den Schultern aus dem Gerichtssaal trugen?

Lange genug sind Recht und Menschlichkeit Vokabeln gewesen, die man im Wörterbuch anderer Nationen nachschlagen mußte.

Die Parteien, die Gewerkschaften, die Kirchen sollten, wie es Zehntausende von einzelnen Menschen taten, durch ihren Protest gegen das Urteil beweisen, daß Recht und Menschlichkeit wieder deutsche Worte geworden sind.<<

Walter Müller-Bringmann berichtet über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/98-100):

>>Ende April 1949 ... traf wieder ein Transport mit Kriegsgefangenen ein, darunter (waren) viele Frauen, die vor allem aus Ostpreußen stammten. ...

Es ist wichtig für die Frauen, daß sie sich so schnell wie möglich an unser Leben hier in den Städten und Dörfern gewöhnen.

Deshalb schicken wir sie an den Nachmittagen nach Göttingen. Dort sehen sie Geschäfte, Autos, gut angezogene Menschen. ...

... Alle wollen wieder schnellstens "Frauen" werden, fühlen sich in den empfangenen Kleidern wie neugeboren, versuchen sich zurecht zu machen und verfallen damit nicht der Grübelei und der Schwermut ...

Man muß beobachtet haben, um zu ermessen, was diesen Frauen in den russischen Steppenlagern fehlte. Wonach sie sich sehnten. Wie (sie sich freuten), ... als man sich vor dem Gang in die Stadt "landfein" machte, die Haare wusch, Kämme in Bewegung setzte, Schuhe putzte, hier ein Kleid veränderte, dort eine Bluse auftrennte, um sie passend zu machen.

Ach, und der Spiegel, dieses wichtige Instrument, eigens für Frauen geschaffen. Er war immer umlagert. Es ist schön zu sehen, wie Menschen wieder zu Menschen werden.

Keiner spricht mit Haß von den schlimmen Dingen, die hinter ihnen liegen. Es ist erstaunlich, wie sie von dem sprechen, was doch unvergeßlich in ihren Seelen eingeprägt ist. Nicht eine von den Frauen redet sich mit heftigen Worten das vom Herzen, was sich da seit Jahren angesammelt hat.

Sie sind wieder daheim. Friedland – das ist für die Frauen bereits die Vorstufe des zu Hause. Sie wollen sich wieder dem Leben zuwenden, sich erholen, der Familie widmen – und vergessen. ...

Denn mit einem zu Stein gewordenen Herzen, mit Augen, die nur immer das Viereck des Stacheldrahts, die Maschinengewehrtürme und die abgezehrten Gesichter vor und in den Baracken sehen; mit Ohren, in denen die sowjetischen Kommandos, die antreibenden Rufe der Vorarbeiter und Aufseher ... am Abend auf den Pritschen widerklingen und Gedanken, die fortwährend um die Appelle auf dem Lagerplatz, den schweren Stunden in Krankheit und Not oder der immer wieder gestellten Frage kreisen: "Warum muß ich das erleiden?", kann man nicht leben.

Ein neues Leben muß angefangen werden. Sofort. Ohne Zögern. ... Männer können sich nicht

so schnell umstellen. Es fällt ihnen schwerer.<<

April 1949

China: Im April 1949 dringen die kommunistischen Truppen über den Jangtse vor.
Chiang Kai-shek flieht später nach Formosa (heute Taiwan).

01.05.1949

Ostdeutschland: Internierungslager Potulice bei Nakel in Westpreußen – Erlebnisbericht des Bauern Karl R. (x002/516): >>Im Lager wurden uns vor unserem Abtransport nach Westen die allerletzten Wertsachen, Papiere, Sparbücher usw. abgenommen. In Nakel wurden wir dann verladen.
In unserem Zug fuhr eine polnische Militärwache mit, die für Schutz und Ordnung sorgte, so daß wir ungeschoren am 1. Mai 1949 in Sachsen ankamen.<<

WBZ: In der britischen und nordamerikanischen Besatzungszone werden im Mai 1949 täglich 1.851 Kalorien zugeteilt.

07.05.1949

SBZ: Das "Leipziger Börsenblatt" fordert am 7. Mai 1949 intensivere "politische Öffentlichkeitsmaßnahmen" des Buchhandels (x112/694): >>Das politische Schaufenster, (das wir schon so oft forderten!) ist Verteidigung des Friedens, ist Kampf für den Frieden. Die Anklage gegen die neuen Bücherverbrenner ist Verteidigung des Friedens und Kampf für ihn.
Es genügt nicht, den Frieden zu preisen. ... Es genügt nicht, Bücher zu verkaufen! Die politische Demonstration für den Frieden ist heute – mehr denn je – keine bloß optische Darbietung, sondern ein Kampfmittel – dessen sollten sich alle Buchhändler bewußt sein. ...<<

08.05.1949

Berlin: Im Treptower Park wird am 8. Mai 1949 nach 3jähriger Bauzeit ein riesiges Ehrendenkmal für die Gefallenen der Roten Armee eingeweiht.

WBZ: Der Parlamentarische Rat stimmt am 8. Mai 1949 dem Grundgesetz zu (53 Abgeordnete stimmen mit "Ja", während 12 Abgeordnete der CSU, des Zentrums, der Deutschen Partei und der KPD mit "Nein" stimmen).
Konrad Adenauer (Präsident des Parlamentarischen Rates) erklärt nach dieser Schlußabstimmung am 8. Mai 1949 (x112/694): >>Wir wünschen die Einheit Deutschlands, wir wünschen sie von ganzem Herzen und von ganzer Seele.
Wir wünschen ein freies Deutschland, in dem der deutsche Mensch ein menschenwürdiges Leben führen kann wie jeder andere europäische Mensch. ...
Wir wünschen auch die Rückkehr der Ausgetriebenen, und wir wünschen schließlich auch, daß man ... über die Grenzziehung im Osten spricht und über die Oder-Neiße-Linie, so wie wir es nach göttlichem und menschlichem Recht verlangen können. ...<<
Der deutsche Historiker Hubertus Prinz zu Löwenstein (1906-1984) schreibt später über die völkerrechtliche Bedeutung des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland (x063/605): >>... Unbestritten ist heute, daß durch die militärische Kapitulation und durch die Besetzung des gesamten Staatsgebietes das Deutsche Reich als Staat, als Subjekt des Völkerrechts, nicht zu bestehen aufgehört hat. Es trat nur eine zeitweilige Handlungsunfähigkeit ein.
Diese Handlungsfähigkeit wurde wieder hergestellt, als am 8. Mai 1949 das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland vom Parlamentarischen Rat verabschiedet und am 23. Mai in Kraft gesetzt wurde. Es kann demnach das Wort von Gerhard Anschütz, verwandt für das Deutsche Reich von 1871 und 1919, ... erneut zitiert werden: "Das neue und das alte Reich stehen nicht im Verhältnis der Rechtsnachfolge, sondern dem der Identität."<<

09.05.1949

Berlin: Marschall Wassili Tschuikow (1900-1982, 1949-52, Oberkommandierender der sowjetischen Truppen in der SBZ) ordnet am 9. Mai 1949 für den 12. Mai, 00.01 Uhr, die Aufhebung der Berliner Blockade sowie die Öffnung der Verkehrswege von und nach Berlin an

(x112/695).

10.05.1949

WBZ: Der Parlamentarische Rat entscheidet sich am 10. Mai 1949 mit 33 gegen 29 Stimmen für Bonn als vorläufigen Regierungssitz.

11.05.1949

WBZ: Die bayerische Landesgrenzpolizeidirektion berichtet am 11. Mai 1949 über den Abschub von Sudetendeutschen nach Bayern (x005/542-543): >>Die Flüchtlingsbewegung der Volksdeutschen aus der CSR ist im Bereich des Grenzpolizeikommissariats Marktredwitz wieder erheblich im Ansteigen begriffen. Während in den Monaten Februar und März 1949 noch 468 bzw. 590 illegale Grenzübertritte durch volksdeutsche Flüchtlinge erfolgten, erhöhte sich die Zahl im Monat April 1949 bereits wieder auf 839. Alle bisherigen Anzeichen deuten auf eine weitere Zunahme der Grenzübertritte hin.

Nach Aussagen der Volksdeutschen ist in absehbarer Zeit etwa mit 30.000 Flüchtlingen zu rechnen, die illegal in die US-Zone einwandern werden.

Am 22.4.49, als wieder eine Gruppe von 67 sudetendeutschen Flüchtlingen durch die SNB über die Grenze abgeschoben wurde, rief ein tschechischer Beamter dem hinzukommenden bayerischen Grenzpolizeibeamten zu, daß in der nächsten Woche etwa 500 bis 700 Deutsche kämen und die bayerischen Behörden daher für den nötigen Wohnraum Sorge tragen möchten. Den Schwerpunkt der Flüchtlingsbewegung bilden wieder die Postenbereiche Neuhausen und Wildenau.

Die Flüchtlinge kommen aus den verschiedensten Landstrichen der CSR und werden, in Sammeltransporten zusammengefaßt, wie bisher fast ausschließlich aus dem Ascher Bezirk über die Grenze nach Bayern abgeschoben.

Die Transporte sind stets von SNB begleitet. Im Raum Waidhaus werden laufend kleinere Gruppen von volksdeutschen Gruppen in Transporten an die Grenze herangeschafft und über diese abgeschoben. Für die Unternehmer sind diese Transporte nach wie vor ein sehr einträgliches Geschäft, da pro Person von 500-3.000 Kc und pro Familie bis zu 5.000 Kc zu entrichten sind.

Bis auf wenige Ausnahmen sind die Flüchtlinge ohne jegliche Zuzugsgenehmigung. Demnach werden tschechischerseits die getroffenen Abmachungen, wonach die Aussiedlung jeder volksdeutschen Person aus der CSR vorher der Genehmigung des Permit-Officers in Prag durch Erteilung des Entry-Permits bedarf, völlig außer Acht gelassen.

Der Großteil der Flüchtlinge war bisher entweder auf Meierhöfen oder an ihren Wohnsitzen bei den einzelnen Bauern zur landwirtschaftlichen Arbeit eingesetzt. Wegen der angeblich immer schlechter werdenden Arbeitsbedingungen für Volksdeutsche und aus Angst vor der drohenden Verschleppung in das Landesinnere bzw. einer Aussiedlung in die russische Zone haben die Flüchtlinge ihre beschleunigte Auswanderung aus der CSR in die US-Zone betrieben. Unter den Flüchtlingen befinden sich auch Familien, deren Väter langjährige Freiheitsstrafen in der CSR abzubüßen haben.<<

12.05.1949

Berlin: Die Berliner Blockade (Beginn: 24. Juni 1948) wird am 12. Mai 1949 beendet.

Für rund 277.000 Flüge mußten die Nordamerikaner ca. 1,5 Milliarden DM, die Briten ca. 200 Millionen DM und die Deutschen ca. 150 Millionen DM aufwenden (x063/631).

WBZ: Die westlichen Militärgouverneure, General B. H. Robertson (britische Zone), General Pierre Koenig (französische Zone), General Lucius D. Clay (nordamerikanische Zone), genehmigen am 12. Mai 1949 das Grundgesetz und verkünden gleichzeitig das Besatzungsstatut für die Bundesrepublik Deutschland (x101/198-199):

>>Herrn Dr. Konrad Adenauer

Präsident des Parlamentarischen Rates

Bonn

Sehr geehrter Herr Dr. Adenauer!
1. Das am 8. Mai vom Parlamentarischen Rat angenommene Grundgesetz ist hier mit beachtlichem Interesse zur Kenntnis genommen worden. Nach unserer Auffassung verbindet es sehr glücklich deutsche demokratische Überlieferung mit den Begriffen repräsentativer Regierung und einer Herrschaft des Rechts, wie sie in der Welt als Erfordernis für das Leben eines freien Volkes anerkannt worden sind.
2. Indem wir diese Verfassung zwecks Ratifizierung durch das deutsche Volk in Übereinstimmung mit den Bestimmungen des Artikels 144 (1) genehmigen, nehmen wir an, daß Sie verstehen werden, wenn wir verschiedene Vorbehalte machen müssen.
In erster Linie sind die Vollmachten, die dem Bund durch das Grundgesetz übertragen werden sowie die Machtbefugnisse, die die Länder und örtlichen Regierungsstellen ausüben, den Vorschriften des Besatzungsstatuts unterworfen, das wir Ihnen schon übermittelt haben und das mit dem heutigen Datum verkündet wird.
3. Zweitens versteht es sich, daß die Polizeibefugnisse, wie sie in Artikel 91 (2) enthalten sind, nicht ausgeübt werden dürfen, bis sie von den Besatzungsbehörden ausdrücklich gebilligt sind. ...
9. Wir möchten es auch klar verstanden wissen, daß nach Zusammentritt der gesetzgebenden Körperschaften, die das Grundgesetz vorsieht und nachdem entsprechend dem im Grundgesetz festgelegten Verfahren die Wahl des Präsidenten sowie die Wahl und Ernennung des Kanzlers bzw. der Bundesminister erfolgt sind, die Regierung der Bundesrepublik Deutschland konstituiert ist und das Besatzungsstatut daraufhin in Kraft tritt. ...<<
Der Frankfurter Oberbürgermeister Walter Kolb (1902-1956) erklärt am 12. Mai 1949 zur "Hauptstadtentscheidung" des Parlamentarischen Rates (x112/696): >>... Soviel Freude wir über das heute erreichte Ende der Blockade der Berliner empfinden, so sehr hat uns das Ergebnis der Abstimmung in Bonn (10. Mai) in der Frage des vorläufigen Sitzes der Bundesorgane geschmerzt.<<
In der "Rhein-Neckar-Zeitung" schreibt am 12. Mai 1949 ein Kritiker über die "Hauptstadtentscheidung" des Parlamentarischen Rates (x112/696): >>... Ich habe immer auf Bonn getippt, weil es das Dümmste war.<<

14.05.1949

WBZ: Dr. Kurt Schumacher (1895-1952, von 1946-52 SPD-Vorsitzender) schreibt am 14. Mai 1949 im "Neuen Vorwärts" (x112/699): >>... Wir wollen die Einheit, aber es gibt keine Einheit ohne Freiheit. Die Einheit kann nur verwirklicht werden, wenn die Freiheit sich in der persönlichen Sicherheit, in der Bewegungsfreiheit der politischen Parteien in der Ostzone und in freien demokratischen Wahlen bereits manifestiert hat.<<

16.05.1949

WBZ: Konrad Adenauer schreibt am 16. Mai 1949 (x095/88-89): >>... Die Blockade Berlins ist zwar aufgehoben, aber es besteht alles andere als freier Verkehr mit Berlin. Der Verkehr mit Berlin ist denselben Schwierigkeiten unterworfen, die im März 1948 bestanden haben. Zur Aufhebung der Blockade am 12. Mai war ich mit einer Anzahl von Mitgliedern des Parlamentarischen Rates in Berlin.
Die Freude der Berliner war sehr groß. Aber eine gewisse Enttäuschung zeigte sich doch bei allen Einsichtigen. Sie hatten geglaubt, es würden alle Verkehrsbeschränkungen wegfallen. Der gesundheitliche Zustand der Berliner Bevölkerung ist verhältnismäßig gut. Aber die Leute sehen doch sehr schlecht aus und sind auch sehr schlecht gekleidet. Alles in allem genommen sind die Verhältnisse dort so, wie bei uns vor etwa 2 Jahren waren. Das gleiche gilt auch in wirtschaftlicher Hinsicht.

Wir haben im Hinblick auf die Pariser Konferenz die Arbeiten im Parlamentaischen Rat zum Schluß außerordentlich beschleunigt und das Grundgesetz für die drei Westzonen nach sehr anstrengenden Wochen am 8. Mai verabschiedet, und zwar gegen die Stimmen des Zentrums, einiger Mitglieder der CSU, der Deutschen Partei und der Kommunisten. Es findet nunmehr in den Landtagen die vorgesehene Abstimmung statt. Möglicherweise wird der Bayerische Landtag dagegen stimmen.
Aber da das Grundgesetz für alle 11 Länder der drei Zonen gilt, wenn es in 2/3 der Länder angenommen ist, ist es ohne Zweifel, daß es demnächst geltendes Recht wird. Am 23. Mai, dem Tage des Beginns der Pariser Konferenz wird der Parlamentarische Rat in einer feierlichen Schlußsitzung die Annahme durch die Landtage feststellen und das Grundgesetz verkünden. Dann beginnt die Vorbereitung zu den Bundestagswahlen, die von entscheidendster Bedeutung sein werden.
Wenn irgend möglich, sollten die Wahlen noch im Laufe des Juli abgehalten werden, damit die deutsche Bundesregierung noch im Laufe des Sommers ihre Arbeit aufnehmen kann.
Das Besatzungsstatut ist in der Zwischenzeit auch verkündet worden. Es bedeutet einen sehr wesentlichen Fortschritt gegenüber dem jetzigen Zustand.
Bonn ist einstweilen Sitz des Bundes. Die Sozialdemokratie stimmte geschlossen für Frankfurt. Ich freue mich, daß Bonn Sitz des Bundes wird. ...<<

20.05.1949

WBZ: Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland wird am 20. Mai 1949 durch den bayerischen Landtag mit 101:64 Stimmen abgelehnt. 9 Abgeordnete enthalten sich der Stimmabgabe (x112/701).

23.05.1949

BRD: Der Parlamentarische Rat stellt am 23. Mai 1949 in einer öffentlichen Sitzung fest, daß das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland vom 16. bis 22. Mai 1949 durch die Volksvertretungen von mehr als zwei Dritteln der beteiligten westdeutschen Länder (Ausnahme: Bayern) angenommen und damit die Bundesrepublik Deutschland gemäß Artikel 144 GG als parlamentarischer Staat gegründet worden sei.
Eine Volksabstimmung über die Annahme des Grundgesetzes erfolgt damals nicht, so daß das Grundgesetz am 23. Mai 1949 ohne die direkte demokratische Beteiligung des deutschen Volkes in Kraft tritt.
Wahrscheinlich war es kein Zufall, daß das Grundgesetz am 23. Mai 1949 in Kraft trat, denn am 23. Mai 1945 hatte man die "Geschäftsführende Zentralregierung des Deutschen Reiches" völkerrechtswidrig abgesetzt, verhaftet und "als Kriegsgefangene" inhaftiert. Sämtliche Mitglieder der letzten deutschen Reichsregierung und des Oberkommandos der Wehrmacht, die sogenannte "Dönitz-Clique", wurden damals auf Weisung General Eisenhowers in Flensburg-Mürwik verhaftet und "als Kriegsgefangene" interniert.
Konrad Adenauer (Präsident des Parlamentarischen Rates) erklärt am 23. Mai 1949 (x112/-703): >>... Wir sind der festen Überzeugung, daß wir durch unsere Arbeit einen wesentlichen Beitrag zur Wiedervereinigung des ganzen deutschen Volkes und auch zur Rückkehr unserer Kriegsgefangenen und Verschleppten leisten.
Wir wünschen und hoffen, daß bald der Tag kommen möge, an dem das ganze deutsche Volk unter dieser Fahne wieder vereint sein wird.
Uns alle leitete bei unserer Arbeit der Gedanke und das Ziel, das die Präambel des Grundgesetzes in folgenden Worten zusammenfaßt:
Im Bewußtsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen, von dem Willen beseelt, seine nationale und staatliche Einheit zu wahren und als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen, hat das deutsche Volk in den Ländern Baden, Bayern, Bremen, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-

Pfalz, Schleswig-Holstein, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern, um dem staatlichen Leben für eine Übergangszeit eine neue Ordnung zu geben, kraft seiner verfassungsgebenden Gewalt dieses Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland beschlossen.
Möge allezeit der Geist und der Wille, der aus diesen Sätzen spricht, im deutschen Volk lebendig sein.<<
Im Grundgesetz wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die Bevölkerung der 3 westlichen Besatzungszonen für Gesamtdeutschland gehandelt hat (x105/306): >>... (Es hat) auch für jene Deutschen gehandelt, denen mitzuwirken versagt war. Das gesamte Deutsche Volk bleibt aufgefordert, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden.<<
Das deutsche Grundgesetz, in dem zahlreiche "Sonderwünsche" (Forderungen) der Westmächte berücksichtigt werden müssen, soll im Hinblick auf Mittel- und Ostdeutschland nur für "eine Übergangszeit" gelten. Es wird deshalb auf einen Volksentscheid verzichtet.
Die Grundrechte werden an den Anfang gestellt. Sie sollen die Freiheit des Staatsbürgers schützen und unabänderlich sein. Um ein gefestigtes Staatswesen zu gewährleisten, wird die deutsche Verfassung von 1919 in einigen Punkten geändert. Das Volksbegehren und die direkte Wahl des Staatsoberhaupts durch das Volk werden z.B. abgeschafft.
Die ständigen Verfassungsorgane der Bundesrepublik Deutschland sind:
Der Deutsche Bundestag als Versammlung der vom Volk gewählten Abgeordneten, der Bundesrat als Vertretung der Länderregierungen, der Bundespräsident, die Bundesregierung und das Bundesverfassungsgericht.
Die Bundesregierung besteht aus dem Bundeskanzler und den Bundesministern. Die Richtlinien der Politik bestimmt und verantwortet der Bundeskanzler.
Die Gemeinde-, Kreis-, Länder- und Bundeswahlen werden im Grundgesetz nicht eindeutig festgelegt, so daß in den folgenden Jahren ständig neue Wahlgesetze beschlossen werden, die naturgemäß den größeren Parteien Vorteile verschaffen. Das Wahlgesetz vom 25. Juni 1953 schaltet später alle kleineren "Splitterparteien" aus, wenn sie bei den Wahlen nicht mindestens 5 % aller abgegebenen Wählerstimmen oder die meisten Wählerstimmen in einem Wahlbezirk erzielen.
Nach den leidvollen Erfahrungen des NS-Terrors wird im deutschen Grundgesetz (Artikel 20 Abs. 4) ausdrücklich ein Widerstandsrecht verankert. Das Widerstandsrecht besteht danach gegen jeden (auch gegen die öffentliche Gewalt), der die verfassungsmäßige Ordnung zu beseitigen versucht. Dieses Widerstandsrecht kann durch keine Verfassungsänderung aufgehoben werden.
Die Präambel (feierliche Einleitung) des Grundgesetzes lautet (x067/226): >>Im Bewußtsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen, von dem Willen beseelt, seine nationale und staatliche Einheit zu wahren und als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen, hat das deutsche Volk in den Ländern Baden, Bayern, Bremen, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern, um dem staatlichen Leben für eine Übergangszeit eine neue Ordnung zu geben, kraft seiner verfassungsgebenden Gewalt dieses Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland beschlossen.
Es hat auch für jene Deutschen gehandelt, denen mitzuwirken versagt war. Das gesamte deutsche Volk bleibt aufgefordert, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden.<<
Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland wird damals nicht aufgrund des Selbstbestimmungsrechtes des deutschen Volkes erlassen, wie es in der Präambel heißt, sondern das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland wird formalrechtlich infolge eines gemeinsamen Aktes der Militärgouverneure der drei Westmächte - als oberste Befehlshaber und Inha-

ber der obersten Gewalt in ihren Besatzungszonen - in Kraft gesetzt.
Der SPD-Abgeordnete Carlo Schmid (einer der "Väter" des deutschen Grundgesetzes) schreibt damals über den letzten Satz der Präambel (x024/226-227): >>Dieser letzte Satz der Präambel ist ein unverjährbarer Auftrag, dem sich alle deutsche Politik zu unterwerfen hat. Das Grundgesetz hat es also ausdrücklich vermieden, irgend etwas aufzunehmen, aus dem der Schluß gezogen werden könnte, es sei von einer eigenen westdeutschen Staatsnation ausgegangen.<<
Der deutsche Historiker Hermann Graml schreibt später über das "Wiedervereinigungsgebot" in der Präambel des Grundgesetzes (x073/233-234): >>Es existierte doch immer noch ein ungebrochenes Nationalgefühl ...
Die Vorstellung, die Nation könne dauernd oder auch nur längere Zeit getrennt bleiben, erschien unter dem Einfluß des Bewußtseins der Zusammengehörigkeit nach wie vor nahezu allen Westdeutschen nicht allein als unerträglich, sondern als absurd.
Daher wurde die Bundesrepublik, obwohl und weil ihre Gründung, die Spaltung der Nation gerade so recht sichtbar gemacht hatte, notwendigerweise – auch von der Regierung und ihrem Kanzler – als Provisorium verstanden, ihre Wiedervereinigung mit der vorerst draußen gebliebenen SBZ zu einem mit Selbstverständlichkeit proklamierten Ziel deutscher Politik.<<
Der deutsche Historiker Hubertus Prinz zu Löwenstein (1906-1984) schreibt später über die Unterzeichnung des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland (x063/634): >>Obgleich sich die tatsächliche Wirksamkeit des Grundgesetzes auf die ehemaligen 3 westlichen Besatzungszonen, die nunmehrige Bundesrepublik Deutschland beschränkte, so wurde doch in der Präambel gesagt, das Deutsche Volk in den, namentlich aufgeführten, Bundesländern habe "auch für jene Deutschen gehandelt, denen mitzuwirken versagt war".
Das Grundgesetz und die Bundesrepublik sind ein Provisorium. Gemäß Artikel 146 verliert jenes seine Gültigkeit an dem Tage, da eine vom gesamten deutschen Volke frei beschlossene Verfassung in Kraft tritt. Darin ist der bindende und unabdingbare Auftrag enthalten, sowohl die Freiheit der Entscheidung zu bewahren als auch niemals das Ziel der Wiedervereinigung, gemäß demokratischen Grundsätzen und Menschenrechten, preiszugeben. ...<<

28.05.1949

SBZ: Das "Leipziger Börsenblatt" berichtet am 28. Mai 1949 (x112/706): >>... Als sich im Herbst vorigen Jahres durch den Erlaß des amerikanischen Einfuhrverbots sowjetisch lizenzierter Druckerzeugnisse in die Westzonen auch für den Buchhandel die Blockade endgültig auswirkte, da war mehr zerstört als nur die wirtschaftliche Einheit eines gesamtdeutschen Produktionszweiges: das Buch als Repräsentant deutschen Geistes war in weiten Absatzgebieten entwurzelt, das freie deutsche Wort im Westen Deutschlands verboten.<<

30.05.1949

SBZ: In Ostberlin verkündet der 3. Volkskongreß am 30. Mai 1949 die Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik, die ebenfalls für Gesamtdeutschland gelten soll (x105/306): >>Deutschland ist eine unteilbare demokratische Republik; sie baut sich auf den deutschen Ländern auf. ... Es gibt nur eine deutsche Staatsangehörigkeit.<<
BRD: Der deutsche CDU-Politiker Ludwig Erhard (1897-1977) erklärt am 30. Mai 1949 in Köln (x112/707): >>... Die zwischenstaatliche Wirtschaft muß genauso von den Verkrustungen der Zwangswirtschaft, der staatlichen Reglementierung befreit werden, wie die einzelnen Nationalwirtschaften.
Dies ist besonders im Interesse der Wirksamkeit der Marshall-Hilfe notwendig, denn hier zeigt sich, daß es den beteiligten Ländern oft mehr auf einen möglichst großen Anteil an den Lieferungen als auf einen aufrichtigen Geist der europäischen Zusammenarbeit ankommt. Die Verteilung der Marshall-Plankredite an die einzelnen Länder birgt die Gefahr in sich, daß eine Entwicklung eingeleitet wird, an deren Ende eine großangelegte europäische Planwirtschaft

steht. Hier gilt es zu warnen und Fehlinvestitionen zu vermeiden.<<

31.05.1949

Ostdeutschland: Internierungslager Potulice bei Nakel, Westpreußen – Erlebnisbericht der Annemarie M. (x002/510-511): >>Es hatte sich nun inzwischen schon einiges gebessert, aber Geld verdienten wir überhaupt nicht.

Am 31. Mai 1949 kamen wir alle ... ins Lager Potulice. Die Polen sahen es nicht gerne, da sie nun keine ... billigen Arbeiter mehr hatten. Ein Pole sagte noch am letzten Tag zu mir: "Frau, bleiben Sie hier, es gibt noch einmal Krieg, und der spielt sich im Westen ab. ..."

Als ich 14 Tage in Potulice war, schrieb ich ein Gesuch, daß ich endlich meine Kinder haben möchte. Man teilte mir mit, daß die Kinder in Schwetz zu 70 % erkrankt seien und sich in Thorn im Krankenhaus befinden würden, darunter waren auch 2 von meinen Kindern. Ich machte mir große Sorgen. Man durfte den Kindern nicht schreiben. Wollte man sich im Büro nach den Kindern erkundigen, wurde man angeschnauzt: "Die Kinder wären staatlich!"

Ich arbeitete den ganzen Tag in einer Waschanstalt. Abends um 9.00 Uhr mußte alles im Bett sein. Es herrschte überall Ordnung und Sauberkeit. Wer Läuse hatte, dem wurde das Haar kahlgeschoren. Nur die Wanzen wurden nicht ausgerottet, die gehörten noch zu den Peinigern ...<<

BRD: Im Mai 1949 wird der ehemalige ostpreußische Gauleiter Koch, der sich als "Landarbeiter Berger" in der Nähe von Hamburg aufhält, von britischen Sicherheitskräften festgenommen.

01.06.1949

BRD: Das bayerische Landesgrenzpolizeikommissariat Marktredwitz berichtet am 1. Juni 1949 über den Abschub von Sudetendeutschen nach Bayern (x005/543-544): >>1. Im Zuge der Flüchtlingsbewegung aus der CSR haben im Monat Mai 1949 1.145 volksdeutsche Personen die Grenze illegal überschritten. Die Volksdeutschen treffen aus allen Teilen der CSR zunächst in einem Sammellager in Eger ein und werden dort in Einzeltransporten, deren Stärke sich zwischen 30 und 100 Personen beläuft, in der Regel wöchentlich zwischen Dienstag und Freitag, an die Landesgrenze gebracht und über diese vornehmlich im Bereich der Grenzpolizeiposten Neuhausen und Wildenau abgeschoben.

Die Flüchtlinge sind nach wie vor mit wenigen Ausnahmen ohne Zuzugsgenehmigung. Ein Flüchtling mit Namen M., der am 29.4.49 illegal die Grenze überschritt, hatte ... eine Zuzugsbescheinigung bei sich, die er angeblich im April 1948 ... in Asch/CSR von einer ihm unbekannten Person für 500 Kronen käuflich erwarb.

Der Besitz des Entry-Permits neben der Zuzugsgenehmigung wurde bisher nur in einigen Fällen bei den mit der Eisenbahn über Schirnding einreisenden Volksdeutschen festgestellt.

2. Bekanntlich sträuben sich die Flüchtlinge verständlicherweise mit allen Mitteln gegen eine Zurückweisung, und die Situationen, die sich hierbei ergeben, sind alles andere als erfreulich. Außerdem dürfen keine Zweifel darüber bestehen, daß alle zurückgewiesenen Flüchtlinge über kurz oder lang an anderen Stellen die Grenze überschreiten.

Es handelt sich hier um ein schon oft dargelegtes Problem, das nicht von der Grenzpolizei gelöst werden kann, sondern mit dem sich das Land Bayern und die damit befaßte Flüchtlingsverwaltung zurechtfinden muß.<<

06.06.1949

SBZ: Der evangelische Bischof Dibelius kritisiert am 6. Juni 1949 die linksradikale Politik in der sowjetischen Besatzungszone (x112/710): >>... Ernste Sorge mache die Entheiligung des Sonntags, die Behinderung des Religionsunterrichts, die Beeinflussung der Schule "im antichristlichen Sinne".<<

07.06.1949

Ostdeutschland: Kreis Hohensalza in Westpreußen – Erlebnisbericht der F. K. (x002/500):

>>Auf dem Gut erhielt ich monatelang keine Post, obwohl ich genau wußte, daß mir mein Bruder jeden Monat einen Brief schrieb. Ich bat dann eine mir wohlgesinnte Frau, meine Briefe an ihre Anschrift senden zu lassen, welches sie mir auch gestattete. Fortan bekam ich auch hier meine Post. Diesem Beispiel folgten dann auch andere.
Es stellte sich dann später heraus, daß der Verwalter, welcher sich Ingenieur schimpfte, unsere Post einfach behielt. Sonst verlebte ich hier aber die erträglichste Zeit der viereinhalbjährigen Gefangenschaft.
Am 7. Juni wurden wir zum zweiten Mal nach Potulice berufen, empfingen unsere Papiere und mußten dann am 17. Juni 1949 unsere Heimat verlassen.<<

BRD: Der nordrhein-westfälische Wirtschaftsminister Erik Nölting (1892-1953, SPD-Politiker) erklärt am 7. Juni 1949 im Landtag (x112/710): >>Die Bundesrepublik Deutschland ist in diesen Tagen in Bonn aus der Taufe gehoben worden. Mir will scheinen, meine Damen und Herren, die Aufhebung der Demontagen wäre das passendste Patengeschenk. ...<<

12.06.1949

BRD: Konrad Adenauer schreibt am 12. Juni 1949 an den US-Manager Dannie N. Heinemann (x095/90-92): >>... 1.) Die Pariser Konferenz wird mit größter Wahrscheinlichkeit völlig oder ungefähr negativ ausgehen. Das ist gut so. Jede Verbindung zwischen Westdeutschland und Ostdeutschland würde, solange dieses Ostdeutschland nichts anderes als ein Satellit Sowjet-Rußlands ist, die Macht der Sowjets in Deutschland stärken.
2.) Das Ausscheiden von General Clay ist allgemein von uns bedauert worden. Er hatte sich ... vorzüglich eingearbeitet. Er ist ein kluger Mann. Kennen sie seinen Nachfolger, Herrn McCloy? Wenn sie ihn kennen, so weisen Sie ihn bitte auf mich hin.
3.) Die Europäische Union, der Zusammenschluß Westeuropas, ist eine nicht sehr aussichtsreiche Angelegenheit, weil anscheinend England, wohl im Hinblick auf seine Dominien (frühere Teile des Commonwealth), einen wirklichen Zusammenschluß verhindert. Das europäische Parlament z.B., das vorgesehen ist, soll nur ein Mal im Jahre einen Monat lang tagen. Es kann nur konsultative Beschlüsse fassen. Meines Erachtens muß Amerika mit größter Energie darauf dringen, daß es wirklich zu einer Europäischen Union kommt. Es ist sonst Westeuropa gegenüber Asien nicht zu halten.
4.) Die wirtschaftliche Lage in Deutschland betrachte ich mit einer gewissen Besorgnis. Es mangelt uns an Kapital. Dadurch kommt die Wirtschaft ins Stocken, die Arbeitslosigkeit nimmt zu.
5.) Die Bundestagswahlen sind am 14. August. Ihr Ausgang ist von größter internationaler Bedeutung. Wenn sie für die Sozialdemokratie erfolgreich verlaufen, wird eine sozialistische deutsche Regierung in Abhängigkeit sein von der sozialistischen englischen Regierung. Beide zusammen werden dem neuen Europa ein sozialistisches Gesicht geben.
Die Labour-Party unterstützt gutem Vernehmen nach die deutsche Sozialdemokratie mit großen Geldmitteln. Die englische Regierung hat die öffentliche Meinung in der britischen Zone, die mehr als die Hälfte der drei Zonen umschließt, fast ganz in die Hände der Sozialdemokraten gespielt. Das gilt sowohl vom Rundfunk, wie von den Nachrichtenagenturen, wie vom Zeitungswesen.
Wenn es ihrer Überzeugung entspricht, so machen Sie bitte maßgebende amerikanische Kreise darauf aufmerksam, daß die CDU, meine Partei, demokratisch, fortschrittlich und sozial, aber nicht sozialistisch ist, daß die amerikanischen Stellen der Unterstützung der Sozialdemokratie durch die Briten entgegenwirken müssen. ...<<

20.06.1949

BRD: Dr. Kurt Schumacher (1895-1952, von 1946-52 SPD-Vorsitzender) berichtet am 20. Juni 1949 in Gelsenkirchen (x268/213): >>... Deutschland hat schon jetzt mehr Reparationen bezahlt als nach dem Ersten Weltkrieg.<<

Frankreich: Der Außenministerrat der Siegermächte beschließt während einer Konferenz in Paris (3. Mai bis zum 20. Juni 1949), daß die Grenzen Österreichs vom 1. Januar 1938 beibehalten werden sollen (x006/577).

22.06.1949

SBZ: Sämtliche Apotheken werden durch eine DWK-Verordnung vom 22.6.1949 enteignet (x009/24).

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Apotheken" in der SBZ (x009/24): >>Alle Apotheken wurden durch Verordnung der DWK vom 22.6.1949 enteignet, alle Realrechte für erloschen erklärt. ...

Das Apothekenwesen wurde 1958 gesetzlich geregelt. Es soll nur noch "staatliche Apotheken" geben, die als öffentliche Apotheken von den Kreisen geführt werden (daneben Krankenhausapotheken, tierärztliche Apotheken und nichtöffentliche Apotheken für besonderen Bedarf staatlicher Einrichtungen, insbesondere der Nationalen Volksarmee). ...<<

24.06.1949

Ostdeutschland: Internierungslager Potulice bei Nakel, Westpreußen – Erlebnisbericht der Bäuerin Berta P. (x002/481): >>Am 24. Juni ging es zum Transport. Um 2.00 Uhr nachts mußten wir uns im Hof aufstellen, um 4.00 Uhr marschierten wir bis Nakel. Dort ging es in den Zug und um 14.00 Uhr fuhren wir los.

Als wir in Frankfurt waren, atmeten wir erst einmal auf, und es wurde das Lied gesungen: "Nun danket alle Gott ..." Wir kamen ins Lager Fürstenwalde - Berlin.

Dort mußten wir 14 Tage bleiben. Dreimal in der Woche mußten wir zur Kundgebung. Es wurde uns gesagt, wir sollten nur nicht nach dem Westen, dort wäre Hungersnot und keine Arbeit.<<

29.06.1949

SBZ: Die SED-Vorsitzenden Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl schreiben am 29. Juni 1949 in einem offenen Brief an die Mitglieder der SED (x112/717): >>Ein Teil unserer Funktionäre und Mitglieder verkennen die Rolle der FDJ als der fortschrittlichsten Jugendorganisation und als Verbündete im Kampf unserer Partei.

Andere glauben unter Mißachtung der politisch notwendigen Unabhängigkeit der FDJ, sich unmittelbar kommandierend einschalten zu können. ...

(Vielmehr sei) Gewinnung und ... kühne Einbeziehung junger Menschen in die aktive und verantwortungsvolle Arbeit unserer Parteiorganisation eine Notwendigkeit.<<

30.06.1949

Rumänien: Hatzfeld im Banat – Erlebnisbericht des Landwirts T. T. (x007/308-309): >>Die Propaganda begann nachzuweisen, daß die Kleinfelderwirtschaft mit 9 Joch unrentabel sei und daß die Lösung in einem Zusammenschluß zu Kollektivwirtschaften läge.

Im Sommer 1949 ließen sich etwa 30 rumänische und ungarische Familien überreden, sich zu einer Kollektivwirtschaft zusammenzutun. Sie kamen jedoch bald dahinter, daß sie auf "ihrer Kolchose" nichts anderes als Knechte waren. Daher unternahmen sie alle Anstrengungen, um wieder aus der Kollektivwirtschaft herauszukommen. Es gelang ihnen, aber einige von ihnen sperrte man ein.

Andererseits gaben sich die Kommunisten größte Mühe, die privaten Bauern für die Kollektivfarm zu gewinnen, indem sie ihnen enorme Vorteile in Aussicht stellten, eine Motoren- und Traktorenstation errichteten, die unentgeltlich für das Kollektiv arbeitete, und die Ablieferungssätze niedrig hielten. Gleichzeitig setzten sie die Privatbauern durch immer höhere Steuern und Ablieferungsquoten unter Druck. Doch damit kamen sie nicht weit, denn die erpreßten Privatbauern sagten: "Sie sollen mir meine Felder und mein Vieh nehmen, dann habe ich Ruhe. Ins Kollektiv gehe ich jedenfalls nicht." ...<<

30.06.1949

BRD: Die Alliierten bestätigen am 30. Juni 1949 nochmals, daß Bonn die vorläufige Hauptstadt werden soll (x115/68): >>... Es ist vorgesehen, daß die deutsche Regierung sich in Bonn niederlassen wird. Bonn wird künftig nicht mehr zur britischen Besatzungszone gehören.<<

Juli 1949

>>Wie lange soll dein Knecht noch warten? Wann willst du Gericht halten über meine Verfolger? ... / Sie haben mich fast umgebracht auf Erden; ich aber verlasse deine Befehle nicht.<< (Psalm 119, 84-87)

02.07.1949

Ostdeutschland: Internierungslager Potulice bei Nakel, Westpreußen – Erlebnisbericht der Annemarie M. (x002/511): >>Einige Frauen wurden rausgeholt, um die deutschen Friedhöfe sauber zu machen. Ich meldete mich auch, um aus dem Drahtverhau herauszukommen.

Es waren 2 kleine Friedhöfe, ungefähr je 2 Morgen groß, mit kleinen Hügeln und Nummern versehen. Nebenan war noch ein größerer Friedhof, welcher schon eingeebnet war. Dort wuchs schon Roggen.

Es war nun Juli geworden. Endlich kam nun eins von meinen Kindern (ins Lager). Nach ein paar Tagen kam das zweite Kind (aus dem staatlichen Kinderheim). ...<<

BRD: Der bayerische Ministerpräsident Hans Ehard (1887-1980) erläutert am 2. Juli 1949 während einer Rundfunkansprache die Ablehnung des Grundgesetzes durch den bayerischen Landtag (x112/722): >>Die Mehrheit der bayerischen Volksvertretung folgte unserem Rate zum Nein, das wir für notwendig hielten, damit Bayern im kommenden Bunde die Sache des Föderalismus mit freien Händen vertreten kann. ... (Ehard fügt hinzu,) daß wir trotz dieses Nein uns zugehörig zu dem Ganzen betrachten.<<

05.07.1949

Ostdeutschland: Internierungslager Potulice bei Nakel, Westpreußen – Erlebnisbericht des B. R. (x002/871-872): >>Endlich kamen wir der Entlassung näher.

Wir wurden zum Transport aufgeschrieben, mußten aber eine Erklärung unterschreiben, daß wir in der russischen Zone unsere Angehörigen haben, dort wohnen und arbeiten werden. Das Gegenteil war der Fall, denn meine Töchter arbeiteten schon seit 1946 in der britischen Zone. Ein alter, gebrechlicher Mann, der erklärte, er wolle in die britische Zone, wurde zurückgestellt. ...

Anders als in den Jahren 1945/46 waren die Polen im Jahre 1949 weniger gern zur Ausweisung der Deutschen bereit, da sie mit ihnen wertvolle Arbeitskräfte verloren. In der Anordnung, daß nur solche Personen entlassen werden dürfen, die in der sowjetischen Zone Deutschlands bleiben wollten, zeigte sich das Bestreben, diese deutschen Arbeitskräfte, wenn schon nicht in Polen, so doch wenigstens in einem der Ostblockstaaten zu behalten. ...<<

14.07.1949

Ostdeutschland: Internierungslager Jaworzno bei Myslowitz in Oberschlesien – Erlebnisbericht des Buchhalters Walter F. (x002/326): >>Im Juli 1949 wurden wir, etwa 800 Mann, in Güterwagen verfrachtet und kamen in das Entlassungslager nach Potulice im Kreise Bromberg.

(Wir bekamen) schlechte Ernährung und Milliarden von Wanzen (gab es dort). Schläge und Arbeit gab's dort nicht. Der Aufenthalt dauerte nur etwa 14 Tage.

Dann begann der Transport "in die Heimat". (Es waren) über 1.200 Männer, Frauen und Kinder. Zunächst ging's nach Dessau und dann nach Friedland.<<

15.07.1949

BRD: Die CDU veröffentlicht am 15. Juli 1949 ihr Wahl- und Regierungsprogramm ("Düsseldorfer Leitsätze").

In diesem Programm wirbt die CDU vor allem für die Einführung einer sozialen Marktwirtschaft (x112/728): >>Die soziale Marktwirtschaft ist die sozial gebundene Verfassung der gewerblichen Wirtschaft, in der die Leistung freier und tüchtiger Menschen in eine Ordnung gebracht wird, die ein Höchstmaß von wirtschaftlichem Nutzen und sozialer Gerechtigkeit für alle erbringt ...
Es sind nicht nur wirtschaftliche und soziale Überlegungen, sondern auch politische und kulturelle Gründe, die uns veranlassen, die "soziale Marktwirtschaft" zu fördern. Wir sehen in ihr eine Wirtschaftsordnung, die zu echter Freiheit führt.<<

17.07.1949

Ostdeutschland: Internierungslager Potulice bei Nakel, Westpreußen – Erlebnisbericht des B. R. (x002/872): >>Wir zählten schon die Tage.
Schikanen gab es nicht mehr. Nach der Arbeitszeit durften ... (die Lagerinsassen) bis 21.00 Uhr auf dem Freiplatz des Lagers spazierengehen. Wieviel Liebespärchen konnte man dort sehen. Kein Milizionär kümmerte sich darum. O, wie schwer ist hier gelitten worden, und jetzt war das Lager wie ein Erholungsheim. Es fehlte nur noch eine Musikkapelle, die Tanzmusik spielte. ... Es wurde sogar versucht, abends in der Baracke zu singen, was zuvor unmenschlich schwer bestraft wurde. Auch konnten die alten Personen, die in letzter Zeit wegen Überfüllung des Lagers nicht mehr zur Arbeit herangezogen wurden, während des Tages auf ihrer Schlafstelle ruhen. Auch Nachtstörungen kamen nicht mehr vor.
Endlich kam der Tag, wo ich mit meinem Sohn in die Isolierbaracke kam. ... Die Zollbehörde war gekommen und untersuchte unsere wenigen Sachen. So gingen die Vorbereitungen zum Transport weiter. Mit Läusepulver wurden wir von hinten und von vorn, von unten und von oben eingepudert. Wir erhielten sehr notwendige, aber doch minderwertige Kleidungsstücke, und wurden in Waggons eingeteilt. So vergingen die letzten 8 Tage. Arbeiten durften wir nicht mehr.
Zu dem Transport gehörten 1.600 Personen, 1/4 Männer, 1/4 Kinder und 2/4 Frauen. Am letzten Tag wurden wir waggonweise aufgestellt, damit das Durchschleusen durch das Lagertor, das nachts um 12.00 Uhr begann, reibungslos stattfinden konnte. Der Transport war vom ersten bis zum letzten Waggon alphabetisch eingeteilt und wurde am Tor in dieser Reihenfolge aufgerufen. Es klappte gut.
Nachdem wir das Lager verlassen hatten, übernahm uns das Rote Kreuz. Nun mußte man aber den Mund halten und keinem erzählen, in welche Zone man wollte, denn es waren einige Spitzel unter uns. Es war schon vorgekommen, daß einige vom Bahnhof ins Lager zurückkamen, weil sie in ihrem Freudentaumel gesagt hatten: "Ich reise doch in die britische Zone!"
Polnische Miliz begleitete uns als "Schutzengel", denn das polnische Zivilvolk könnte uns gemarterte und wehrlose Menschen überfallen. Die dachten aber gar nicht daran. Um 5.00 Uhr morgens kamen wir ... auf dem Bahnhof in Nakel an. Hier wurden wir verladen. Am Sonntag, dem 17. Juli 1949, verließ unser Zug (als 16. Transport) den Bahnhof Nakel.
Es handelte sich um einen der Ausweisungstransporte von Entlassenen aus polnischen Zwangsarbeitslagern, die im Jahre 1949 erfolgte. Die Auflösung der Lager, Entlassung und Ausweisung der Deutschen begann in Einzelfällen schon in den Jahren 1947/48, erreichte im Jahre 1949 den Höhepunkt und wurde in den Jahren 1950/51 zu Ende geführt.<<

18.07.1949

Ostdeutschland: Internierungslager Potulice bei Nakel, Westpreußen – Erlebnisbericht der Schwester M. S. (x002/614): >>Im Januar 1949 hatte ich einen Bestand von 221 Personen, dazu kamen bis Mitte Juli ungefähr 160 Personen, davon starben 185.
Die übrigen sind z.T. mit ihren Kindern oder Angehörigen oder auch allein ... mit den Transporten nach Deutschland gekommen. Einzelne, die in Polen bleiben wollten, wurden auch inzwischen entlassen - (es waren) aber nur wenige. So hatte ich z.B. noch 3 Leute, 2 Männer

und eine Frau, die in Polen bleiben wollten. Sie wurden 2 Tage vor meiner Entlassung ins Hospital verlegt.
Somit war meine Mission beendet, nachdem ich tags zuvor, am 18. Juli, 8 Schwerkranke, darunter mein Sorgenkind Gerhard, nach Nakel begleitet und sie in den Sanitätswagen, der sehr sauber und ordentlich war, gebettet hatte. Es gab nun kein Altersheim mehr.<<

21.07.1949

Ostdeutschland: Durchgangslager Nakel, Westpreußen – Erlebnisbericht der Schwester M. S. (x002/615-617): >>Nakel war eine kleine Umsiedlungszentrale.
Ein Barackenkomplex verriet, daß hier Deutsche "hausten". Wie üblich wurden Personalien, Aussiedlungsscheine und die Listen geprüft. ... (Danach ging es) wieder in eine Baracke. Wie lange noch? Niemand wußte es.
Viele waren schon 3 Wochen hier, aber man sprach davon, daß in den nächsten Tagen ein kleiner Transport nach Breslau gehen würde. Allerlei Menschen sah ich dort wieder, die bei mir sogar in Potulice in Baracke 17 waren, die für Polen optiert hatten, als "Polen" entlassen wurden und jetzt auf den Abtransport nach Deutschland warteten.
Zu einem Opa sagte ich gleich: "Nun, Herr F., haben sie Polen schon aufgebaut? Ist es fertig? Wollen Sie jetzt Deutschland unsicher machen?" Da wurde er sehr verlegen und sagte: "Meine Tochter durfte mich nicht behalten, ich bekam einen Aussiedlungsschein und fahre jetzt zu meinem Sohn."
Der alte Mann war ein Deutscher, die Tochter, mit einem Polen verheiratet, hatte ursprünglich die Entlassung (des Vaters) aus dem Lager erreicht, durfte den Vater aber danach nicht bei sich behalten. Dieser Opa war damals unausstehlich gewesen. Er hatte nur noch von Polen geschwärmt und polnisch gesprochen, obwohl er nur ein paar Brocken dieser Sprache konnte, und hatte Luftschlösser gebaut. Nun waren sie fertig, aber auch schon wieder eingestürzt.
Am Nachmittag des 21. Juli 1949 wurde ich schon wieder ins Büro gerufen. ... Ich bekam es mit der Angst zu tun. Was würde nun passieren?
Mußte ich wieder zurück nach Potulice? Nein, nur das nicht! Der Herr Kierownik (ein leitender Verwaltungsbeamter) sprach polnisch.
Er fragte, ob ich eine Schwester sei usw. Ich sagte darauf: "Ja, ich verstehe schon einiges, aber ich weiß nicht, was Sie von mir wollen." Natürlich wunderte er sich, daß ich so lange in einem polnischen Lager war und nicht einmal Polnisch gelernt hatte. Nun ging diese Litanei von neuem los, dachte ich, aber dann sprach er deutsch und trug mir eine neue Aufgabe auf.
Draußen im Hof standen eine Reihe Kinder im Alter von 6 bis 15 Jahren. ... Sie waren aus dem Kinderheim Schwetz gekommen, hatte ich gehört, und um diese Kinder sollte ich mich nun kümmern. ... Ich wagte es, mich zu weigern, denn ich war so abgearbeitet, ... so müde und wollte jetzt endlich Ruhe haben. ... Ich wollte keine Verantwortung mehr. Doch es nützte nichts. Ich machte einen letzten Versuch: "Die Kinder können doch kein Wort Deutsch, und ich kann nicht Polnisch - wir verstehen uns nicht, ich kann die Verantwortung nicht übernehmen."
Aber der Herr Kierownik ließ nicht davon ab: "Wenn wir eine Schwester hier haben, muß sie auch die Kinder übernehmen, und ich gebe ihnen noch eine Frau als Hilfe." Also hatte ich schon wieder eine neue Mission. Doch ich erbat mir von dem Herrn Kierownik "Ausgang". ... Er sagte: "Aber natürlich dürfen Sie in die Stadt gehen, zumal bei dem schönen Wetter. Die Kinder bleiben im Lager, und wenn Sie zurückkommen, schauen Sie mal nach; wenn Sie etwas benötigen, wenden Sie sich an uns."
Am Nachmittag des 21. Juli machte ich gleich meinen ersten Ausflug in die "goldene Freiheit". Ich kam mir so ängstlich, so unsicher vor und glaubte, jeder Mensch müßte es mir an der Nase ansehen, daß ich eine Deutsche – also eine Gefangene – war.
Die Kinder waren schwierig zu behandeln. ... Ein Bub, der vor einem 3/4 Jahr im Lager Potu-

lice war, erkannte mich. ... Ich war ziemlich erstaunt, weil der Bub polnisch mit mir sprach. Ich sagte zu ihm: "... Warum sprichst Du denn jetzt polnisch? Hier ist doch die deutsche Sprache nicht mehr verboten, und ich denke, Du willst doch auch nach Deutschland fahren, Du bist doch ein deutscher Bub!" Er antwortete ... in einem ganz schlechten Deutsch: "Schwester, ich habe alles verlernt; wir durften kein deutsches Wort sprechen, verstehen tue ich es noch, (ich kann) es nur nicht gut sprechen." Ich munterte ihn auf, daß er die deutsche Sprache schon bald wieder lernen würde. ...
28 Kinder waren es, die aus dem Kinderheim Schwetz kamen. Ich erkundigte mich, ob denn noch mehr deutsche Kinder dort wären, da sagten sie: "Ja, ja, noch viele!" Wieviel, konnte ich aber nicht herausbekommen. Dann wollte ich noch unbedingt wissen, wie und auf welche Art und Weise diese 28 Kinder zu einem Transport nach Deutschland ermittelt wurden. Da erzählten die Kinder, daß vor einigen Tagen 3 Herren gekommen wären und gefragt hätten, wer nach Deutschland wollte und wer Verwandte oder Angehörige in Deutschland hätte. Natürlich hatten sich noch mehr Kinder gemeldet, aber sie seien nun gerade ausgesucht worden.
Als ich einzelne Kinder fragte: "Wo willst Du denn hin?", bekam ich meistens nur die Antwort: "Do Niemcy" ("Nach Deutschland"). ... Die meisten, ja fast alle Kinder waren Halb- und Vollwaisen. ... Ein Kind sagte: "In Deutschland, in Westfalen, wohnt eine Tante, zu der fahre ich hin." ... 2 Schwestern, 14 und 15 Jahre alt, gestanden offen ein, sie wüßten nicht, ob sie Verwandte in Deutschland hätten. ... Der Vater war Soldat und die Mutter wurde ermordet. Sie sprachen nur polnisch. Die 15jährige verstand etwas Deutsch, aber die andere stellte sich noch ganz bockbeinig an. Sie sagte, noch sei sie in Polen und brauche deshalb nicht deutsch zu sprechen.
Im Büro wurde auch nach Adressen von Verwandten gefragt. Als diese 2 Schwestern an die Reihe kamen, sagten sie wieder ganz offen und ehrlich, sie wüßten nicht, ob sie Verwandte in Deutschland hätten. Da sagte Herr Kierownik: "Ja, warum wollt Ihr denn nach Deutschland? Bleibt doch hier, ich hätte für Euch eine gute Stelle, und Ihr sprecht doch ein so feines Polnisch; niemand merkt, daß ihr keine Polen seid. Ihr braucht nur zu sagen: Wir fühlen uns als Polen und wollen in Polen bleiben; dann könnt Ihr gleich heute das Lager verlassen und seid freie Menschen. Wer weiß, wie es Euch in Deutschland gehen wird!"
Beide waren sich aber in diesem Punkt einig und sagten: "Unsere Eltern waren Deutsche, und wir bleiben es auch!"
Ich sehe sie heute noch, als wir in Hannover waren und vom Roten Kreuz aufgeteilt wurden. Da standen sie beide neben mir, lehnten sich an mich und weinten bitterlich: "Schwester, nehmen Sie uns doch mit! Was wird man mit uns machen, wenn wir keine Verwandten angeben können? ..."<<

UdSSR: Zwangsarbeitslager im Süd-Ural – Erlebnisbericht der Ilse L. (x002/69): >>Im Laufe der Zeit hatte ich mich an die Holzschlepperei (im Bergwerk) so gewöhnt, daß ich mir gar keine andere Arbeit wünschte, zumal der Verdienst nicht schlecht war. Ca. 500 Rubel bekam ich monatlich ausgezahlt.
Ich hätte von dem Geld ganz gut leben können, doch ich bin sehr viel krank gewesen: Eine Lungenentzündung, Malaria und Quetschungen bei der Arbeit brachten mich oft ins Lazarett. Während dieser Zeit bekam ich nie Geld und mußte von meinen Ersparnissen leben. Hätte meine Freundin Margot ... mich nicht so treu unterstützt, dann wäre es mir oft bitter ergangen. Bei längerer Krankheit bekam man zwar vom Lager etwas Verpflegung, doch das war zum Sterben zu viel und zum Leben zu wenig.
Am 21. Juli 1949 verunglückte ich zum letzten Mal im Schacht. Durch die Quetschungen zog ich mir eine Phlegmone (Zellgewebsentzündung) zu, die mich 5 Monate ans Bett fesselte.<<

BRD: Während einer CDU/CSU-Veranstaltung im Heidelberger Schloß macht Konrad Adenauer am 21. Juli 1949 die mitteldeutsche und die Ostberliner SPD für die Teilung Deutsch-

lands verantwortlich (x112/732): >>... Es ist eine historische Schuld der Sozialdemokratie in der Ostzone und in Berlin, daß sie den einheitlichen Widerstand der deutschen Parteien in der russischen Besatzungszone gegen den Kommunismus und gegen die Russen zerbrochen hat.<<
Der deutsche Jurist und SPD-Politiker Heinrich Troeger (1901-1975) schreibt damals in seinem Tagebuch über Adenauers Heidelberger Wahlkampfrede (x112/732): >>... Ich möchte wissen, was Herr Adenauer zu antworten hätte, wenn jemand ebenso laut und vernehmlich behaupten wollte, die katholische Kirche wäre am Nationalsozialismus schuldig, denn Hitler, Heß, Goebbels und viele andere Führer der NSDAP sind Katholiken gewesen.
So geht es nun wirklich nicht!<<
USA: Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (30/1949) berichtet am 21. Juli 1949: >>**Man sagt Ya statt Yes**
Sir Brian Robertson, Englands Militärgouverneur für Deutschland, fand dieser Tage ein dorniges Telegramm auf seinem Schreibtisch:
"Amerikaner deutschen Ursprungs legen gegen Demontage deutscher Fabriken schärfsten Protest ein. Fortgesetzter Abbau der Fabriken bürdet dem amerikanischen Volk weitere Opfer auf."
Absender die Wählervereinigung der Amerikaner deutscher Herkunft in New York.
Diese Vereinigung besteht schon seit vielen Jahren. Auch die Amerikaner polnischer, irischer oder italienischer Herkunft haben solche Gemeinschaften. In der amerikanischen Politik sprechen sie nicht selten ein gewichtiges Wort mit. Besonders vor den Präsidentenwahlen. Da sparen die Parteien nicht mit Zugeständnissen und Versprechungen.
Seit den letzten Novemberwahlen holte auch die Wählervereinigung der Deutschamerikaner an kriegsverlorenem Einfluß wieder auf. Wahlanalytiker wollten wissen, daß die Demokraten ihren Wahlsieg zum mindesten in einigen Staaten den Deutschamerikanern zu verdanken haben. Harry S. Truman müsse sich wenigstens zum Teil bei den Deutschamerikanern bedanken, daß er im Weißen Hause sitze.
Dessen war sich Harry auch wohl bewußt. Noch am Vorabend der Wahl beehrte er die Einweihungsfeier eines deutschamerikanischen Turnerheims mit einem betont herzlichen Telegramm und mit freundlichen Versprechungen.
Die Mehrzahl der Deutschamerikaner kehrte denn auch zur alten Tradition zurück: sie wählte demokratisch. Nur in der Roosevelt-Ära stimmten die Deutschblütigen republikanisch. Die deutschfeindliche Haltung des Präsidenten und seiner Clique verstimmte sie.
Die Deutschamerikaner lehnten es immer ab, sogenannte Bindestrich-Amerikaner zu sein. Auch im letzten Krieg taten sie vorbehaltlos ihre - amerikanische - Pflicht. Die starke Assimilationskraft des amerikanischen Bodens formte sie zu Amerikanern. Nicht ganz so schnell wie die britisch geborenen Neubürger, jedoch schneller als Italiener und Iren.
Selbst Hitler nahm sie nicht als Volksdeutsche in Anspruch. Und Goebbels wies die Flugblattverfasser der Wehrmacht an, keine Sonderausgabe für die Deutschamerikaner jenseits der HKL zu drucken. Er wußte, es war zwecklos.
Dennoch pflegen die Müllers und die Schulzes, die Neumanns und Hubers selbst im großen Menschenkessel New York - wie eine Erinnerung an eine verklungene Welt - die alten deutschen Bräuche. Erst kürzlich holten sie die vor acht Jahren eingemotteten Trachten zum erstenmal wieder aus den Schränken und demonstrierten vor erstaunten Amerikaneraugen die Treue zur Heimat.
Allein in New York gibt es Hunderte von deutschamerikanischen Gesangvereinen. In ungezählten deutschen Küchen brutzeln Braten nach deutscher Art. Auch Feinschmecker nichtdeutschen Geblüts wissen die hohen Leistungen der deutschamerikanischen Restaurants zu schätzen.

Eine britische Journalistengruppe beschwerte sich, als man sie auf einer offiziellen USA-Reise mitten im Kriege ausgerechnet in ein deutschamerikanisches Restaurant führte. Dort sei das Menü besser, erklärte ihnen kurz und bündig der Reiseführer des "Information Service".
Von 1683 bis 1870 zogen in Fünfzig-Jahres-Abständen immer neue Schübe deutscher Auswanderer über den großen Teich. Das war schon damals nicht leicht. Man verkaufte all sein Hab und Gut. In Le Havre wurde ein primitiver Segler gechartert. Den Strapazen der Überfahrt erlag mancher Möchtegern-Amerikaner.
In vielen Staaten, bis nach Kalifornien hin, gab es eingesprenkelte deutsche Siedlungen. Größere Gruppen der "Neukommer" gingen nach Pennsylvanien. Nicht nur aus religiösen Gründen wählten sie das Land des großen Quäkers William Penn. Die Landschaft dort erinnerte ein wenig an die alte Heimat.
Ein Zentrum dieser deutschen Siedlungen ist Lancaster im südöstlichen Pennsylvanien. Noch heute wird dort das Pennsylvania-Dutch gepflegt - eine Art pfälzischer Dialekt mit einigen englischen Brocken. Man sagt "Ya" statt "Yes".
"The Pennsylvania-Dutchman", eine Zeitschrift, die sich um die Pflege der Tradition bemüht, behauptete erst kürzlich, dieses Pennsylvania-Dutch sei durchaus eine lebende Sprache.
Die Gesellschaft "Dutch Folklore Center Inc." bemüht sich, die alten Bräuche vor dem Aussterben zu bewahren. Noch heute sind die Siedler stolz auf ihre bäuerliche Kultur. Sie besitzen "die schönsten Scheunen der Erde", behaupten die Farmer in pfälzisch formuliertem amerikanischem Superlativ. Allein in Pennsylvania leben 900.000 Amerikaner deutscher Abstammung.
Als während des Krieges Roosevelts Propagandawelle über das Land ging, mußten die Deutschamerikaner sich ducken. Nun sind sie politisch wieder recht aktiv. In vielen deutsch geschriebenen Zeitungen und Zeitschriften kritisieren sie die amerikanische Deutschlandpolitik.
Harte Töne sind nicht selten. Seit einem halben Jahr sägen und nagen sie vor allem an den Wurzeln der These von der Kollektivschuld der Deutschen und auch von der alleinigen Kriegsschuld Deutschlands.
So gab beispielsweise William Lemke, ein Amerikaner deutscher Herkunft, der kürzlich in Norddakota wieder in den Kongreß gewählt wurde, eine Dankesbotschaft an seine Wähler heraus. Darin heißt es:
"Ich protestiere gegen die Hinrichtung deutscher und japanischer Persönlichkeiten. Einige von ihnen starben, da sie zuviel wußten und man ihnen den Mund verschließen mußte. Vielleicht aber wird die Geschichte dennoch alles das aufdecken, was sie von den schmutzigen Hintergründen des zweiten Weltkrieges wußten. Dann wird sich vielleicht zeigen, daß unsere Flügel nicht ganz so weiß waren, wie einige unserer Kriegsverantwortlichen es so gerne wahr haben möchten."
Noch stärker ins Horn stieß Dr. Ludwig Adolphus Fritsch, ein deutschamerikanischer Pfarrer aus Chicago. Er verfaßte eine Schrift "Das Verbrechen unserer Zeit", in der Amerika zu lesen bekam:
"Deutschland wurde beschuldigt, einen Angriffskrieg begonnen zu haben. Deshalb sind führende deutsche. Persönlichkeiten hingerichtet worden. Jeder Historiker aber weiß, daß das eine große Lüge ist. Die Deutschen verfolgten lediglich das berechtigte Ziel, Europa mit friedlichen Mitteln zu retten ..."
Dr. Fritschs Attacke stieß auf starken Widerspruch. Einige Gruppen riefen nach dem Kadi. Besonders heftig protestierte die "Gesellschaft zur Verhinderung des dritten Weltkrieges", eine rußlandfreundliche Henry Wallace-Gruppe. Schon spricht man in den USA von "Neo-Nazismus", diesmal sogar im eigenen Heim. Aber der Geistliche aus Chicago nimmt für sich das Recht der freien Rede in Anspruch. Seine Schrift wandert von Hand zu Hand.

Viele Deutschamerikaner, die trotz der Depression die nötigen Dollars sparen können, wollen in der nächsten Zeit die alte Heimat wiedersehen. In den Reisebüros in Pennsylvania ist Hochbetrieb. Rhein und Neckar locken. Und außerdem möchte man sich mit eigenen Augen davon überzeugen, ob es (der) Militärgouverneur in der US-Zone richtig oder falsch macht.<<

24.07.1949

BRD: Dr. Kurt Schumacher (1895-1952, von 1946-52 SPD-Vorsitzender) erklärt am 24. Juli 1949 in Köln nach Adenauers Heidelberger Wahlkampfrede vom 21. Juli 1949 (x112/734): >>Ich habe den Mann nach sorgfältiger Beobachtung noch nie als Persönlichkeit begriffen. ... Die Heidelberger Rede berechtigt dazu, den Namen Adenauer in "Lügenauer" umzuändern. ...<<

25.07.1949

Ostdeutschland: Kreis Sensburg, Ostpreußen – Erlebnisbericht des M. E. (x002/886-887): >>Mit zunehmender Besorgnis verglichen wir Pressenotizen. ...

Es wurde bereits im Juli 1949 erklärt, daß wir gar nicht daran zu denken brauchten, nach ... Westdeutschland umgesiedelt zu werden. ... Es war für uns eine verzweifelte Lage, daran glauben zu müssen, was die Polen erklärten. "Man will uns in Deutschland nicht haben; laut internationaler Vereinbarung müssen wir Polen werden."

Wir sträubten uns, daran zu glauben, daß auch gewisse deutsche Kreise (des kommunistischen Regimes in der Sowjetzone) an der Ablehnung unserer Umsiedlung beteiligt sein sollten. Nach all dem Anfachen der Hoffnung, der Enttäuschung und Vertröstung sowie Wiederanfachung der Hoffnung schien uns diese Version beinahe glaubhaft, die lautete, daß man uns durch Versprechungen und Vertröstungen so lange hinhalten wollte, bis man den Polen, wie im Februar dieses Jahres, weitere Vollmachten zu unserer zwangsweisen Einbürgerung geben würde, um dann bedauernd die Achseln zu zucken und zu sagen, daß man nun nichts mehr machen könnte.

Unsere Lage war sehr schwer. Am 7. April 1946 hatte man unser Gehöft in Brand geschossen. Dadurch verloren wir alles, was uns nach 4wöchiger Flucht noch übriggeblieben war. Das viele Geld für eine Schwarzfahrt nach Deutschland aufzubringen, war völlig unmöglich. Wir lebten jahrelang bei allerschwerster Arbeit in mangelhafter Kleidung - ohne Pferd und Kuh, ohne Schaf und Schwein, ohne Fett und Milch - von Kartoffeln und Schwarzbrot.

In Deutschland gab man uns auf das Bitten unserer Angehörigen keine Zuzugsgenehmigung. Das Permit Office (in Polen) verlangte aber eine Zuzugsgenehmigung. Es schien ein vereinbartes Trickspiel zu sein. Dafür duldeten, darbten und litten wir, daß man uns in Deutschland die Tür verschloß.

Dafür waren (also meine) 2 Söhne und mein Bruder gefallen, daß wir nun betteln müssen, um nach jahrelangen Leiden als Deutsche nach Deutschland zu gelangen. Als wir uns der ... polnischen Februarfolter dieses Jahres beugen mußten, wandten wir uns auf Anraten der Arbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtsverbände in Hamburg - unter Hinweis auf unsere Erpressung - an das polnische Außenministerium, mit der Bitte um Ausweisung aus Polen. ...<<

31.07.1949

BRD: Adenauer verspricht am 31. Juli 1949 bei seinen Wahlkampfreden, ein Ministerium für die Vertriebenenprobleme zu bilden.

02.08.1949

Ostdeutschland: Internierungslager Potulice bei Nakel, Westpreußen – Erlebnisbericht der Annemarie M. (x002/511): >>Wir waren nun inzwischen ... transportfertig. Es war der 2. August.

Meine Tochter fehlte immer noch. Es waren auch noch etwa 50 deutsche Soldaten im Lager, die sollten in 8 Tagen weg. Diese Soldaten sorgten dafür, daß (im polnischen Kinderheim) in Schwetz angerufen wurde. Am Abend kam dann ein Auto mit 15 Kindern. Meine Tochter war

auch dabei. ...<<

03.08.1949

Ostdeutschland: Internierungslager Potulice bei Nakel, Westpreußen – Erlebnisbericht der Annemarie M. (x002/511): >>In der Nacht zum 3. August ging es zu Fuß bis nach Nakel, wo die Waggons bereitstanden. 32 Personen kamen in einen Waggon. Die Verpflegung war gut. Viele Mütter mußten ohne ihre Kinder fahren, weil das Kinderheim Schwetz sie nicht rechtzeitig geschickt hatte. ...<<

08.08.1949

BRD: Das Gesetz zur Milderung dringender sozialer Notstände ("Soforthilfegesetz") tritt am 8. August 1949 in Kraft.

Es wird danach eine monatliche Unterhaltshilfe von 70 DM gezahlt (x024/239).

13.08.1949

BRD: Die Tageszeitung "Die Welt" berichtet am 13. August 1949 über die bevorstehende erste Bundestagswahl (x112/746): >>Es dürfte heute wohl nur noch wenige Einzelgänger geben, die sich der Bedeutung der morgigen Wahlen nicht bewußt sind. ... Der Anfang des eigenstaatlichen Lebens nach der Kapitulation und der Zwischenzeit des Länderaufbaus beginnt jetzt.<<

14.08.1949

BRD: In den 3 Westzonen findet am 14. August 1949 die 1. Bundestagswahl der Bundesrepublik Deutschland statt (x089/82): >>CDU/CSU = 31 %, SPD = 29,2 %, FDP = 11,9 %, KPD = 5,7 %, DP = 4 %, Sonstige = 19,2 %.<<

15.08.1949

BRD: Der CDU-Politiker Karl Arnold (1901-1958, von 1947-56 Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen) berichtet am 15. August 1949 über das Wahlergebnis der ersten Bundestagswahl (x112/749): >>... Der Start für die Bundesrepublik ist gelungen, und der Grundstein für die neue Souveränität ist gelegt. Die Absage an radikale Parteien ist ein beredtes Zeichen für die Urteilsfähigkeit der deutschen Wähler.<<

Der "Sozialdemokratische Pressedienst" berichtet am 15. August 1949 über den Wahlausgang der ersten Bundestagswahl (x112/750): >>... daß die Arbeit der SPD unerhört durch die Demontagepolitik vor allem der britischen Regierung erschwert worden ist, denn zu einem guten Teil hat die CDU ihren Wahlkampf mit dem Hinweis auf dieses offenkundige Versagen sozialistischer Solidaritätsbewährung geführt.<<

Der FDP-Politiker Theodor Heuss (1884-1963) erklärt am 15. August 1949 vor der Presse (x112/750): >>... (daß keine) grundsätzlichen Gegensätze zwischen der FDP und der CDU/CSU bestehen, die die Bildung einer Koalitionsregierung der beiden Parteien verhindern könnten. ... Aufgrund ihres wirtschaftspolitischen Programms (sieht er mit der SPD keine Möglichkeit der Zusammenarbeit). ...

Der Gesamtrhythmus der Größenordnung in dem Parteienergebnis hat ungefähr so erwartet werden können. Wenn man einzelne Resultate betrachtet, spürt man, daß durch die Isolierung der Flüchtlinge eine eigentliche Verschiebung nicht eintrat. Das Problem wird jetzt sein, die politische Atmosphäre der einzelnen Gruppen kennenzulernen und dann festzustellen, wo eine Verständigung auf entscheidende Fragen in der Weiterentwicklung einer deutschen politischen Selbstverständigung erreicht werden kann.<<

16.08.1949

SBZ: Ein SED-Politbeschluß vom 16. August 1949 fordert die Schaffung von Parteiorganisationen im Apparat der Partei und der "Massenorganisationen" (x009/280): >>... Im Apparat der Massenorganisationen zentral, bei den Landesvorständen und Kreisleitungen sind die Parteimitglieder zu Parteigruppen zusammenzufassen. ...

Der Apparat der Parteigruppen muß ein operatives Instrument der Parteileitung sein. ... In den

Parteigruppen ist jeder Genosse, gleich welche Funktion er im Apparat hat, zuerst Mitglied der Partei ...<<
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Parteigruppe" in der SBZ (x009/319-320): >>Nach dem Vorbild der KPdSU werden seit 1953 in verstärktem Maße die Betriebsparteiorganisationen der SED in den Großbetrieben, staatlichen Institutionen sowie den Apparaten der SED und der Massenorganisationen in Parteigruppen untergliedert.
Der Parteigruppe gehören alle SED-Mitglieder an, die an einem gemeinsamen Arbeitsplatz, z.B. in einer Unterabteilung oder Brigade, tätig sind. In der Regel soll die Parteigruppe nicht mehr als 8 bis 10 SED-Angehörige umfassen.
Unter Anleitung eines Parteiorganisators, der die Verbindung zur SED-Betriebsgruppe herstellt, haben sie die Aufgabe, sich an ihrem speziellen Arbeitsplatz gegenseitig zu überwachen, die Arbeit sowie das Privatleben ihrer unmittelbaren Kollegen zu kontrollieren und die Durchführung sämtlicher Parteibeschlüsse auf unterster Ebene zu gewährleisten.
Die Parteigruppe soll "die führende Rolle der SED auf allen Gebieten" auf unterster Ebene verwirklichen.<<
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Massenorganisationen" in der SBZ (x009/280): >>Von der SED gesteuerte Organisationen.
Die Massenorganisationen sollen als "Transmissionsriemen" die Bevölkerung für die Verwirklichung der SED-Politik aktivieren. Mitgliedschaft in einer der Massenorganisationen gilt als Mindestmaß "gesellschaftlicher Aktivität".
Trotz teilweise vorgegebener parteipolitischer Neutralität oder parteimäßig nicht gebundener Vorsitzender werden sämtliche Massenorganisationen durch die SED, vor allem durch die hauptamtlichen Funktionäre, die überwiegend SED-Mitglieder sind, geleitet. ...<<

22.08.1949

BRD: Die "Neue Zeitung" berichtet am 22. August 1949 (x112/755): >>... Regierungskoalition ohne SPD. CDU verhandelt mit FDP und DP.<<
Der "Sozialdemokratische Pressedienst" berichtet am 22. August 1949 über die damaligen Koalitionsverhandlungen (x112/755): >>Wenn gelegentlich noch Stimmen aus dem kommenden Bürgerblock laut werden, die für den Versuch einer Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie eintreten, dann mögen einige davon aufrichtig gemeint sein, andere sind wohl mehr taktisch bedingt und entspringen dem Bestreben, loyal und verhandlungsbereit zu erscheinen ...
Die SPD ist unverändert der Auffassung, daß die Zustimmung für einen Bundeskanzler Adenauer und einen Wirtschaftsminister Erhard eine allzu starke Zumutung für die sozialdemokratische Wählerschaft und für die sozialdemokratischen Politiker wäre, die in einer solchen Regierung arbeiten müßten.<<
Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (44/1961) berichtet später über Adenauers Koalitionsverhandlungen nach der ersten Bundestagswahl: >>... Unbestreitbar ist, daß Adenauer während seiner Regierungszeit einen großen Teil seiner Energie, vor allem seines taktischen Raffinements, darauf verwendet hat, die föderalistischen Tendenzen der "Bundesländer" niederzukämpfen - nicht zuletzt jener Länder, die von CDU- oder CSU-Landesfürsten regiert werden.
Die Zähmung
- der bayrischen CSU unter der anfänglichen Führung des Adenauer-Gegners Dr. Josef Müller (Ochsensepp) und neuerdings unter dem ehrgeizigen Franz-Josef Strauß,
- der württembergischen CDU unter Gebhard Müller (heute Präsident des Bundesverfassungsgerichts),
- der hannoverschen CDU unter dem Neutralisten Dr. Wilhelm Gereke (heute in der Sowjetzone) und

- der nordrhein-westfälischen CDU unter dem christlichen Sozialisten Karl Arnold (inzwischen verstorben) war nicht leicht - und ist bis in die Gegenwart hinein ein ständig gefährdetes Balance-Kunststück geblieben.
Die Art und Weise, wie Adenauer von vornherein diese zentrifugalen Kräfte beaufsichtigte und wie er sie mit taktischen Winkelzügen ausmanövrierte, hat die erste Regierungsbildung Adenauers beispielhaft demonstriert.
Am 14. August 1949 hatten die ersten Bundestagswahlen stattgefunden. Die CDU/CSU hatte einen knappen Sieg errungen. Ihre Fraktion zählte 139 Abgeordnete, die der SPD 131. Der Rest verteilte sich auf eine Reihe kleinerer Parteien, unter denen die FDP mit 52 Sitzen die stärkste war.
Als größte Fraktion hatte die CDU/CSU das Recht, den Bundeskanzler vorzuschlagen. Ihr Kandidat hieß unbestritten Konrad Adenauer.
Die offene Frage war, ob die CDU/CSU
- entweder eine große Koalition mit der SPD suchen (mit einer starken und aktionsfähigen Regierungsmehrheit)
- oder eine bürgerliche, kleine Koalition mit einer voraussichtlich kleinen Mehrheit anstreben sollte. (Tatsächlich wurde Adenauer schließlich von einer winzigen Mehrheit, nämlich mit einer einzigen Stimme Vorsprung - seiner eigenen - gewählt.)
Gegen eine Koalition mit der SPD sprachen vor allem ideologische Gründe. Die CDU hatte den Wahlkampf mit der Erhardschen Parole von der "sozialen Marktwirtschaft" geführt. Hätte die CDU nach dem Wahlsieg mit der SPD koaliert, so hätte sie sich in ihrer Regierungspraxis zu Kompromissen bereit finden müssen, die mit ihrem Programm nicht übereinstimmten, und vorauszusehen war, daß bei der nächsten Wahl die bürgerlichen Wähler - von der CDU aus gesehen - nach rechts ausgewichen wären.
Neben diesen parteilichen Gründen für eine Ablehnung der großen Koalition hatte Adenauer aber auch noch persönliche Gründe - und zwar Gründe, die dem Problemfeld "Zentralismus oder Föderalismus" entstammten.
In einer ganzen Reihe von Bundesländern - so in Hessen, Nordrhein -Westfalen und Rheinland-Pfalz - gab es Länderregierungen, die sich aus CDU und SPD rekrutierten. Das Interesse der in diesen Regierungen sitzenden CDU-Politiker ging nun 1949 dahin, nach Möglichkeit zu unterbinden, daß sich innerhalb der Bundesrepublik ein Kampfzustand zwischen Christdemokraten und Sozialdemokraten herausbildete, der zwangsläufig früher oder später die Koalitionen und damit auch ihre Ministersessel gefährden mußte.
Unter diesem Gesichtspunkt ging es also bei der Frage, ob das erste Bundeskabinett eine CDU/SPD- oder eine bürgerliche Koalition sein solle, auch darum, ob im Rahmen der CDU entweder die Bedürfnisse der CDU-Landesverbände oder die Interessen der Bonner CDU-Zentrale den Vorrang haben sollten. Mithin: Die notwendig gewordene Entscheidung über große oder kleine Bonner Koalition war ihren Konsequenzen nach zugleich eine Entscheidung über die Alternative zwischen "Bonner Zentralismus" und dem Föderalismus der CDU-Landesverbände - und kein CDU-Politiker sah diesen Sachverhalt deutlicher als Adenauer.
Adenauer fingerte die Entscheidung in einer höchst formlosen Weise. Eigentlich hätte man erwarten müssen, daß Adenauer die Beschlußfassung über ein immerhin so folgenreiches Problem irgendeinem Parteigremium überlassen hätte. In Frage kam die CDU/CSU-Bundestagsfraktion oder die von ihm - Adenauer - selbst eingerichtete Konferenz der CDU-Landesverbandsführer oder eine Versammlung, die aus beiden Gremien zusammengesetzt war.
Anstelle dieser institutionell entscheidungsbefugten Gremien berief Adenauer aber eine willkürlich zusammengewürfelte Versammlung in seine Rhöndorfer Villa. Eingeladen waren unter anderen:
- der Berliner CDU-Führer Jakob Kaiser, der, obwohl zum linken Flügel der CDU gehörend,

aus persönlichen und politischen Gründen mit Schumacher verfeindet war und schon deswegen eine Koalition mit der SPD ablehnte,
- der Kanzler-Freund und Bankier Robert Pferdmenges, der damals noch nicht einmal Bundestagsabgeordneter war und in der CDU keine große Rolle spielte,
- der Oberdirektor des trizonalen Wirtschaftsrates, Pünder, und andere Funktionäre derselben Behörde, die schon aus Gründen ihres Amtes zentralistisch eingestellt waren.
Nicht in das Bild dieser vorwiegend zentralistischen, mithin zu einer kleinen Koalition geneigten Versammlung paßte der rheinpfälzische Ministerpräsident Peter Altmeier. Der Koblenzer Christdemokrat, Chef einer CDU/SPD-Koalition, war entschiedener Anhänger einer großen Bonner Koalition - also eines Bundeskabinetts, das genauso zusammengesetzt sein sollte wie seine Koblenzer Landesregierung.
Aber gerade die Einladung Altmeiers war ganz offenbar ein fuchsig berechneter Schachzug Adenauers. Einerseits nämlich entlastete die Anwesenheit Altmeiers ihn, Adenauer, von dem Vorwurf, er habe bei seiner Rhöndorfer Einladung nur "Zentralisten" und Gegner der großen Koalition berücksichtigt - andererseits jedoch war der nicht eben pfiffige Altmeier von vornherein als ein sehr schlechter Anwalt der föderalistischen Interessen erkennbar. Sonderlich beweiskräftiger Widerstand war von dem Koblenzer kaum zu erwarten. Altmeier war recht geeignet, als die etwas bedauernswerte Leitfigur einer Opposition zu dienen, die Adenauer lächerlich zu machen bestrebt war.
Daß Adenauer bei der Auswahl seiner Gäste sehr wohl daran gedacht hatte, dem hantierbaren Koblenzer Landesfürsten die Funktion des Oppositionsführers zuzuschieben, wird noch durch einen weiteren Umstand wahrscheinlich gemacht. Obwohl der linke CDU-Führer Karl Arnold als Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen einer der stärksten CDU-Führer auf Länderebene war, hatte Adenauer vermieden, ihn zu der Rhöndorfer Sitzung einzuladen. Offenkundig hatte Adenauer von ihm allzu entschiedenen und allzu gewichtigen Widerstand erwartet.
Die Entscheidung kam schließlich beim Kaffee zustande. Zwar plädierte Altmeier tapfer für eine CDU/SPD-Koalition auf Bonner Ebene, aber seine Freunde kamen - wie Dr. Pferdmenges in einem Interview mit dem Adenauer-Biographen Weymar bezeugte - nicht zu Worte oder wurden von Adenauer beiseitegezogen und überzeugt. Auf jeden Fall, am Ende war man sich im Sinne Adenauers einig: Die kleine Koalition war beschlossene Sache.
Die Sonntags-Kaffeetafel zu Rhöndorf hatte gleichsam als regierungs-bildende Versammlung - und wenn man die Tragweite der dabei beschlossenen Lösung bedenkt: geradezu als eine Art "Konstituierende Versammlung" - fungiert. Adenauer hatte die föderalistische Struktur der Bundesrepublik mit einem Trick überspielt.
Die an diesem Beispiel eklatant sichtbare institutionelle Schwäche des Adenauer-Regimes ist bis in die Gegenwart hinein ein Makel der Bundesrepublik geblieben. Allzuoft wurde durch faule Praktiken, taktische Winkelzüge und unfaire Kniffe das ersetzt, was das Grundgesetz an zentraler Autorität nicht hergibt. Das Grundgesetz selbst geriet dabei ins Zwielicht.
Auf dem Höhepunkt des Finanzausgleichs-Streits im Parlamentarischen Rat murrte Adenauer: "Besser ein schlechtes Grundgesetz als gar kein Grundgesetz!" Bei dieser Äußerung schimmerte durch, daß Adenauer von vornherein entschlossen war, die Paragraphen des künftigen Grundgesetzes auf jeden Fall nicht tödlich ernst zu nehmen; er traute sich zu, mit seinem Repertoire an taktischen Kunstgriffen auch noch das unhandlichste Verfassungsinstrument nützlich verwenden zu können. Sein Desinteresse am Grundgesetz ging oft bis zur glatten Unkenntnis. Die Entscheidung, 1959 Bundespräsident werden zu wollen, traf er in offenbarer Nichtkenntnis der einschlägigen Grundgesetzartikel.
Zweifellos hat die institutionelle Unsicherheit der westdeutschen Demokratie Gründe, die in der Person Adenauers liegen: in seiner Fähigkeit und mithin auch in seiner Tendenz, verfassungsrechtliche Grundsatzprobleme mittels eines Systems von Intrigen, klotzigen Vergröbe-

rungen und manchmal auch persönlichen Infamien zu lösen.
Die Intriganz Adenauers hat sicher viel dazu beigetragen, die politische und sogar die verfassungsrechtliche Stabilität der westdeutschen Demokratie zu gefährden. Indes, die Gründe für die Bedenkenlosigkeit, mit der Adenauer die politischen und rechtlichen Streitobjekte der Bundesrepublik hantierte, sind keineswegs nur in seiner persönlichen intriganten Veranlagung, sondern auch in seinen politischen Grundansichten zu suchen.
Deutschland mit dem Westen zu versöhnen, ist seit spätestens 1919 eine fixe Idee Adenauers gewesen. Unter diesem Leitgesichtspunkt betrieb er nach dem Ersten Weltkrieg die Föderalisierung des Reiches und nahm er nach 1945 die Teilung Deutschlands hin. Eine föderale Gestaltung des westdeutschen Teilstaates schien ihm, nachdem diese Teilung als Faktum sichtbar wurde, auf jeden Fall nicht mehr unbedingt notwendig.
Gleichwohl wird gelegentlich erkennbar, daß es in seiner politischen Gedankenwelt noch föderalistische Vorstellungen gibt. Diese Vorstellungen beziehen sich aber nicht so sehr auf die innere Gestaltung der Bundesrepublik als vielmehr auf die Ordnung des mitteleuropäischen Raumes. ...<<

24.08.1949

BRD: Dr. Kurt Schumacher (1895-1952, von 1946-52 SPD-Vorsitzender) schreibt am 24. August 1949 über den Wahlausgang der ersten Bundestagswahl (x112/750): >>Ohne diese praktische Wahlhilfe des britischen Außenministeriums und des Genossen Bevin für die CDU wären wir wenigstens formal die stärkste Partei geworden, ohne damit an der Entwicklung zum Bürgerblock etwas Beträchtliches hätten ändern (zu) können. ...<<
Die auf Bundesebene organisierten Landsmannschaften der Vertriebenen schließen sich in Bad Homburg im Verband Vereinigter Ostdeutscher Landsmannschaften (VOL) zusammen, den man im Jahre 1952 in Verband der Landsmannschaften (VdL) umbenennt.
Vorsitzender des VOL wird der sudetendeutsche Politiker Rudolf Lodgman von Auen (1877-1962).

25.08.1949

BRD: Das bayerische Landesgrenzpolizeikommissariat Hof berichtet am 25. August 1949 über den Abschub von Sudetendeutschen nach Bayern (x005/544): >>Das bayerische Landesgrenzpolizeikommissariat Hof berichtet, daß im Bereich der Grenzpolizeistelle Rehau am 22.8.1949 gegen 17 Uhr von den Tschechen 38 sudetendeutsche Flüchtlinge und etwa 15 Kinder bei Mähring über die Grenze nach Bayern abgeschoben worden sind.
Es handelt sich durchweg um Sudetendeutsche aus dem Bezirk Freiwaldau/CSR, die in der Mehrzahl noch bis unmittelbar vor ihrer Ausweisung in ihren ursprünglichen Wohnungen lebten. Unter den Flüchtlingen befanden sich auch alte, gebrechliche Leute und Säuglinge. Die Personen wurden von Freiwaldau mit der Eisenbahn bis Eger und anschließend mittels LKW bis an die bayerische Grenze gebracht; sämtliches noch im Besitz befindliche Geld wurde ihnen an der Grenze durch die Tschechen abgenommen.
Die früheren Transporte wurden in der Regel entweder am tschechischen Zollhaus oder am alten Wasserwerk bei Neuhausen durchgeführt, während die eingangs erwähnte "Aussiedlung" erstmals bei Mähring erfolgte. Es wird deshalb angenommen, daß sich die tschechischen Grenzbehörden an die früheren Vereinbarungen nicht mehr halten.
Dem Bericht des BLGP-Kommissariats Hof zufolge versuchen nunmehr die tschechischen Behörden die ... Abmachungen, wonach nur bei Wildenau und Neuhausen wöchentlich höchstens 80 Flüchtlinge über die Grenze gebracht werden und diese Zahl auf keinen Fall vergrößert würde, dadurch zu umgehen, daß sie auch an anderen Grenzstellen mit dem Abschieben von Sudetendeutschen beginnen.<<

28.08.1949

SBZ: Verschleppte Rumänien-Deutsche in Mitteldeutschland – Erlebnisbericht des Metzgers

Andreas W. (x007/281-282): >>Dann versuchte ich auf illegalem Wege nach Rumänien zu gelangen. ...
Bei Hof wurde ich jedoch von den Russen geschnappt und zur Strafe ins Uranbergwerk nach Aue verpflichtet. In Plauen stieg ich jedoch in einen falschen Zug und landete in Berlin. ... Ich wurde in Berlin-Mariendorf im Barackenlager "Askania" untergebracht, von dort wurde ich am 28. August 1949 über die Luftbrücke von West-Berlin in die Westzone ausgeflogen.<<

30.08.1949

BRD: Der "Sozialdemokratische Pressedienst" veröffentlicht am 30. August 1949 die Dürkheimer Erklärung.
In dieser Mitteilung des SPD-Parteivorstandes vom 30. August 1949 heißt es (x112/763): >>... Das Ergebnis der Wahlen am 14. August beschwört die Gefahr herauf, daß die bisherige Wirtschaftspolitik fortgeführt, die deutsche Arbeitskraft ruiniert und die Spannungen zwischen den Klassen so gesteigert werden, daß die staatsbildenden Kräfte gelähmt und die deutsche Demokratie zerstört wird.<<

August 1949

Jugoslawien: Im berüchtigten Kriegsgefangenenlager 233 in Werschetz werden im August 1949 wieder mehrere deutsche Offiziere zu Tode gefoltert, weil sie keine Kriegsverbrechen gestehen wollen, die sie nicht begangen haben (x130/229).
Gefangene Wehrmachtsoffiziere berichten der Wissenschaftlichen Kommission der deutschen Bundesregierung für Kriegsgefangenengeschichte später über die Folterungen im jugoslawischen Kriegsgefangenenlager 233 in Werschetz (x130/217,227-229): >>Eines Nachts hörte ich die ersten Schreie. Ich habe in meinem Leben viele Menschen vor Schmerzen schreien hören. Aber dieses Schreien in dunkler Nacht, das in Wimmern überging, um dann plötzlich wieder zu einem langgezogenen Ton anzuschwellen, hatte ich bisher noch nicht gehört.
Das war systematisches Quälen und Foltern von Menschen, wie es in den Folterkammern der Inquisition, vielleicht auch in Hitlers Konzentrationslagern geschah. ...<<
>>... Stundenlang hörten wir die Geräusche der Prügelei, oft höhnisches Gelächter der Vernehmenden, lautes, immer stärker werdendes Stöhnen, Röcheln, und dann wieder lautes Schreien der unter fürchterlichen Schmerzen gequälten Kameraden. ...
(General Gerhard Henke:) Ich wurde scharf nach rückwärts gefesselt und im barbarischen Ton aufgefordert, mich mit dem Bauch auf den Tisch zu legen. Einer der Vernehmer riß mich am Oberarm über den Tisch. Mein rechtes Knie schlug schwer gegen die Tischkante. Man band meine beiden Fußgelenke mit einem Strick zusammen, zog die Füße nach rückwärts hoch und knotete sie scharf an die auf dem Rücken gefesselten Hände.
Der Strick wurde dann weiter um den Hals geführt und auf dem Rücken wieder irgendwo zusammengebunden. Sie warfen mich nun wie ein lebendiges Paket vom Tisch auf die Erde hinunter. Ich schlug mit dem Brustkorb, den Knien und dem Kinn schwer auf.
Halb betäubt hörte ich, wie meine Peiniger auf Serbisch etwas besprachen. Ich erwartete die ersten Schläge. Aber sie hatten sich noch eine andere Gemeinheit ausgedacht. Sie stülpten einen Schemel um und legten mich mit Brust und Bauch auf die vier Schemelfüße. Mein Kopf hing vorn herunter. Dann schlugen zwei mit Knüppeln ununterbrochen mit voller Wucht auf Rücken und Füße. Ein schneidender Schmerz vom linken Fuß ausgehend zog durch den ganzen Körper. Auch bohrten sich die Schemelbeine mit jedem Schlag in die Lenden.
Ob ich gebrüllt oder gestöhnt habe, weiß ich nicht. Die weiteren Schläge fühlten sich immer dumpfer an. Dann verlor ich das Bewußtsein. ...
(Oberleutnant Dr. Martin Speer:) Dieser hatte aus seiner christlichen Einstellung heraus abgelehnt, immer weiter erfundene Greueltaten anzugeben. Dafür wurde er, wie Augen- und Ohrenzeugen erzählten, so lange geschlagen und an den Händen aufgehängt, bis er gestorben ist. ... (Hauptmann) Föhner betete und rief zu Gott, sein Anblick war furchtbar. Die rechte Ge-

sichtshälfte war fast gänzlich verkrustet mit Blut. In seinem Blick saß Angst, Verzweiflung, Entsetzen. ...
Er rief in seiner Not wieder Gott an. Zwei der Jugoslawen packten F., dessen Hände gefesselt waren und spannten ihn über das Bett. Die zusammengebundenen Arme legte man über die oberen Pfosten und die Füße band man mit Draht an den unteren Pfosten fest. Die vordere Körperseite war dem Erdboden zugewandt.
Einer nach dem anderen sprang ihm nun auf den Rücken. ...<<
Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung für Kriegsgefangenengeschichte berichtet später über die extremen Mißhandlungen im jugoslawischen Kriegsgefangenenlager 233 in Werschetz (x130/219,240): >>Lassen sich die Übergriffe in der Zeit unmittelbar nach Kriegsende notfalls noch aus dem Siegestaumel heraus erklären, wenn auch damit keineswegs entschuldigen, so kann das in keinem Falle für die methodische Handlungsweise jugoslawischer Organe in Werschetz 1949, insbesondere für die dort begangenen schweren Folterungen und die dadurch verursachten Todesfälle, gelten.
Das kann um so weniger für die Werschetzer Vorgänge gelten, als es der jugoslawischen Gewahrsamsmacht vier Jahre nach Kriegsende hätte möglich sein müssen, bei allen für die Kriegsgefangenen zuständigen Stellen auf die Beachtung der Artikel 60 bis 67 des Genfer Kriegsgefangenen-Abkommens von 1929 hinzuwirken. ...
Schon die Umstände, unter denen bereits vor Beginn der Werschetzer Prozesse drei profilierte Persönlichkeiten unter den Gefangenen gewaltsam ums Leben kamen, deuten auf eine Verschärfung der Situation hin, deren Ursprünge nicht zuletzt in der Haltung der jugoslawischen Regierung der Kriegsgefangenenfrage zu suchen sind. ...<<
>>... Wie viele Kriegsgefangene den Folterungen unmittelbar oder an deren Folgen während der Strafverbüßung erlegen sind, läßt sich mit Sicherheit nicht sagen. Die von Heimkehrern am häufigsten genannten Zahlen bewegen sich zwischen 50 und 60 Todesfällen. Diese Ungewißheit resultiert einmal aus der Tatsache, daß die Umstände, unter denen sich die Ereignisse abspielten, den Gefangenen keinen Einblick in das Gesamtgeschehen erlaubten; zum anderen daraus, daß der Werschetzer Lagerarzt, der frühere Oberfeldarzt und Neurologe Dr. Joachim Rost, der die mißhandelten Gefangenen versorgt hat und die einzelnen Todesfälle hätte registrieren können, nach seinen eigenen Angaben gegenüber Mitgefangenen gezwungen war, die wahre Todesursache im Einzelfall zu verschleiern. ...
In einer Reihe von Fällen ist es indessen durchaus möglich zu beweisen, daß der Tod von Kriegsgefangenen eine unmittelbare Folge der Mißhandlungen gewesen ist.<<
SBZ: Im August 1949 werden in der gesamten sowjetischen Zone verstärkt Arbeiterfamilien für den Uranbergbau in den Erzgebirgskreis Aue zwangsweise umgesiedelt.
Es handelt sich bei diesen "Umgesiedelten" vor allem um reichs- und volksdeutsche Flüchtlinge und Vertriebene.

01.09.1949

UdSSR: Zwangsarbeitslager im Ural – Erlebnisbericht des H. H. (x002/90): >>Unser Lager umfaßte im Juni 1945 ca. 1.800 Frauen und Männer von 15 bis 65 Jahren.
Von der Gesamtzahl sind ca. 60 % tot, und laut Meldung der ... im September 1949 Heimgekehrten wurden ... noch 3 Kameraden zurückgehalten und zu mehrjähriger Zwangsarbeit verurteilt. ... (Sie) waren sich einer schuldhaften Handlung nicht bewußt!<<
Zwangsarbeitslager in Tschassow Jar, Donezbecken – Erlebnisbericht der Hilde K. (x006/-300): >>Gegen Ende unserer Haft wurde auch in unserem Lager ein Antifaschistisches Komitee unter der Leitung des politischen Offiziers gegründet, dessen Aufgabe es war, uns über die Lehren von Marx und Engels sowie den Leninismus und den damals noch populären Stalinismus zu unterrichten. Besonders ... wurde uns eingeprägt, ja alles über die gute Lebensweise des sowjetischen Arbeiters im kommunistischen Staat, das Aufblühen der Sowjetunion, über

die wunderbaren Einrichtungen der Kolchosen und Sowchosen, so auch über ihre landwirtschaftlichen Fortschritte (Doppelernten etc.) weiterzuverbreiten. ...
Diese Schulungen waren auch "unbedingt" notwendig, denn sonst hätten wir Rußland nach 5 Jahren verlassen, ohne zu wissen, wie gut es uns unter diesem einmaligen Regime gegangen war und wie dankbar wir sein mußten daß wir es kennenlernen durften. ...<<

04.09.1949

BRD: Die Katholische Kirche kritisiert am 4. September 1949 zum Abschluß des Katholikentages die damalige ungerechte Eigentumsverteilung (x112/766): >>Die gegenwärtige Eigentumsverteilung widerspricht der sozialen Gerechtigkeit und gefährdet die Einrichtung des privaten Eigentums überhaupt. ...
Übergroße, das Gemeinwohl bedrohende wirtschaftliche Macht in den Händen Einzelner muß aufgelöst werden.<<

07.09.1949

SBZ: Die SED gründet am 7. Oktober 1949 die Nationale Front.
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die Gründung der "Nationalen Front" (x009/302): >>Gegründet am 7. Oktober 1949, hervorgegangen aus dem Volkskongreß.
Die Nationale Front soll als "breiteste Massenbewegung" auch die Teile der Bevölkerung politisch beeinflussen und aktivieren, die sich allen anderen Organisationen entziehen konnten. Ohne individuelle Mitgliedschaft baut sie ihre Organisation auf den Haus- und Hofgemeinschaften auf und verfügt auf allen Ebenen des Systems über sog. Ausschüsse und Aktive. ... Der weitaus wichtigere Apparat der Nationalen Front besteht überwiegend aus SED-Funktionären ...
Das Programm der Nationalen Front ist die allgemeinste Formulierung der SED-Politik und ist - als "genereller Volkswille" verstanden - für alle anderen Parteien und die Massenorganisationen bindend. Zu seiner Verbreiterung veranstaltet die Nationale Front regelmäßige "Aufklärungseinsätze" und unterhält eine Anzahl von Aufklärungslokalen (Agitation). Die Nationale Front nimmt zunehmend die früheren Aufgaben des "Demokratischen Blocks" (Blockpolitik) wahr; in ihrem Namen werden z.B. die Einheitslisten zu den jeweiligen Wahlen aufgestellt und die Kandidaten für die Richter- und Schöffenwahlen benannt. ...
Die ursprüngliche gesamtdeutsche Zielsetzung der Nationalen Front, "Sammlung aller aufrechten Deutschen zum Kampf um die Einheit Deutschlands und für den Abschluß eines Friedensvertrages", ist zugunsten innenpolitischer Aufgaben seit 1955 mehr und mehr in den Hintergrund getreten. Seit 1958 ist die Nationale Front allerdings wieder verstärkt in die Infiltrationstätigkeit nach und in Westdeutschland und West-Berlin eingespannt. Sie arbeitet dabei streng nach den Weisungen des Politbüros und des ZK der SED. ...
Für "Verdienste um den Kampf für ein einheitliches, friedliebendes Deutschland" wird vom Präsidenten des Nationalrates der Nationalen Front die "Ernst-Moritz-Arndt-Medaille" verliehen.<<

Berlin: Der SPD-Politiker Ernst Reuter (1889-1953, seit 1948 Oberbürgermeister von West-Berlin) erklärt am 7. September 1949 im US-Radiosender "RIAS" zur Konstituierung des Bundestages (x112/768): >>... Es fehlen noch die 5 Fahnen und Wappen der Länder der ostdeutschen Zone, und es fehlt vielleicht auch noch die volle wirklich klare Erkenntnis, daß die Rückgewinnung des Ostens und Berlins, die Wiedergewinnung eines einheitlichen Deutschlands nicht ein Geschenk vom Himmel ist, sondern daß die Rückgewinnung der Einheit Deutschlands von uns erkämpft, erobert und erstritten werden muß.<<

12.09.1949

BRD: Der FDP-Politiker Theodor Heuss (1884-1963) wird am 12. September 1949 zum Bundespräsidenten gewählt.

Der erste Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland ist ein ungewöhnlich beliebter Politiker und wird von der Bevölkerung in den folgenden Jahren sehr verehrt und geachtet.
Bundespräsident Theodor Heuss, der sich wesentlich an der Formulierung des Grundgesetzes beteiligt hat, erklärt während seiner Antrittsrede vor dem deutschen Bundesrat und Bundestag am 12. September 1949 (x105/307-308): >>Niemand wird, so hoffe ich, mißdeuten, und mancher wird verstehen, wenn ich in dieser mich sehr bewegenden Stunde, die mein Leben verwandelt, zunächst sehr persönliche Dinge anspreche und zweier Männer gedenke:
Mein früh verstorbener Vater hat in die Seelen seiner jungen Söhne die Legenden des Jahres 1848 gegossen, die mit der Familiengeschichte verbunden sind, und uns einen Begriff davon gegeben, daß die Demokratie und Freiheit nicht bloße Worte, sondern lebensgestaltende Werte sind.
Ich darf weiter an Friedrich Naumann denken, ... ohne den ich nicht das wäre, was ich bin, dem ich zumal das Wissen verdanke, das als Erbe in mir geblieben ist, daß die Nation nur leben kann, wenn sie von der Liebe der Massen ihres Volkes getragen wird, und von dem ich gelernt habe, daß die soziale Sicherung mit die Voraussetzung der politischen Sicherung ist. ...
Gestatten Sie mir noch ein persönliches Wort. In den Zeitungen habe ich in den letzten Tagen allerhand seltsame Dinge von mir lesen können, nette Sachen. Aber es wurde darin auch gesagt, mir fehle die Ellenbogenkraft, die zum Politiker gehöre.
Ich selber habe das Gefühl: Von der Ellenbogenpolitik haben wir reichlich genug gehabt. Ich betrachte es persönlich als einen Gewinn meines Lebens, im öffentlichen Leben tätig zu sein, daß ich die Worte so gebrauche, daß ich auf der Rechten wie auf der Linken persönliche Freundschaft und Vertrauensleute besaß, heute besitze und es wird so bleiben.
Mir scheint, daß dieses Amt, in das ich gestellt bin, keine Ellenbogen vertragen kann, sondern daß es den Sinn hat, über den Kämpfen, die kommen, die notwendig sind, die ein Stück des politischen Lebens darstellen, als ausgleichende Kraft vorhanden zu sein.
Wir sind eine Bundesrepublik. ... Wir wollen in Deutschland keinen Zentralismus haben. Wir haben die Lehre der Nationalsozialisten hinter uns, die gezeigt haben, wohin es führt, wenn der deutsche Mensch genormt werden soll. Wir wollen nicht den genormten Deutschen. Wir wollen diese Aussprache. Die Länder sollen ihr Eigenleben führen, aber nicht ihr Sonderleben, sondern im Verband des Gemeinen. ...
Ich habe selber zum Grundgesetz, als wir es berieten, den Antrag gestellt, daß wir uns als stellvertretend empfinden für die deutschen Brüder (im Osten), die an dieser Aufgabe nicht mitwirken konnten. Wir wissen gut genug, daß das Herausarbeiten aus unserer Situation, in der wir stecken, nicht bloß von uns geleistet wird, sondern daß hier eine Weltproblematik vorliegt, die mit dem Mächteschicksal der Anderen verbunden ist.
Deutschland braucht Europa, aber Europa braucht auch Deutschland. Wir wissen, daß wir im Geistigen ärmer geworden sind in der Hitlerzeit, als uns die Macht des Staates von dem Leben der Völker absperrte.
Aber wir wissen auch dieses: Die Anderen würden ärmer auch ohne das, was Deutschland bedeutet.
Wir stehen vor großen Aufgaben, ein neues Nationalgefühl zu bilden. Es ist eine sehr schwere erzieherische und erlebnismäßige Aufgabe, daß wir nicht in den Ressentiments versinken und stecken bleiben, in die das Unglück des Staates uns gestürzt hat.
Wir werden der hochfahrenden Hybris (dem frevelhaften Übermut) ausweichen müssen, die oft genug bei den Deutschen zutage getreten ist. Es ist ein seltsames deutsches Volk, das voll der größten Spannungen ist, wo das Subalterne neben dem Genial-Spekulativen und der großen Romantik steht.
Wir haben die Aufgabe, uns im politischen Raum zum Maß und zum Gemäßen zurückzufinden und unsere Würde neu zu bilden, die wir nie im Innern der Seele verloren. ...<<

Dr. Horst Heidtmann schreibt später über Theodor Heuss (x051/251): >>Heuss, Theodor, geboren in Brackenheim 31.1.1884, gestorben in Stuttgart 12.12.1963, deutscher Politiker und Publizist; 1903 Mitglied der Freisinnigen Vereinigung, 1912-18 Chefredakteur der "Neckar-Zeitung" in Heilbronn, 1920-33 Dozent an der Hochschule für Politik in Berlin; 1918 Mitbegründer der Deutschen Demokratischen Partei (DDP) und 1924-33 Mitglied des Reichstages.
Heuss engagierte sich als Journalist und zeitweise 2. Vorsitzender des Schutzverbandes deutscher Schriftsteller für Prinzipien der parlamentarischen Demokratie, setzte sich als Autor ("Hitlers Weg", 1932) wie als Politiker kritisch mit "Kümmerlichkeit", Prinzipienlosigkeit und Irrationalismus des Nationalsozialismus auseinander.
Doch trotz grundsätzlicher Vorbehalte stimmte er im März 33 aus Fraktionsräson dem Ermächtigungsgesetz zu.
Noch 1933 verlor Heuss seine Dozentenstelle und sein Reichstagsmandat, bei der Bücherverbrennung flogen auch seine Schriften ins Feuer, dennoch konnte er lange Zeit weiter für deutsche Zeitungen schreiben (z.T. unter dem Pseudonym Thomas Brackheim); in den Kriegsjahren beschäftigte er sich besonders mit biographischen Arbeiten.
Gleich nach Kriegsende ging der als Antifaschist von den amerikanischen Besatzungsbehörden unterstützte Heuss wieder aktiv in die Politik, wurde 1945 Kultusminister von Württemberg-Baden und bemühte sich als Mitbegründer und 1. Vorsitzender der FDP erfolgreich um den Zusammenschluß der liberalen Parteien in den Westzonen.
Am 12.9.49 wurde Heuss zum ersten Präsidenten der Bundesrepublik gewählt, für die er als volkstümlicher Landesvater ("Papa Heuss") im Innern und als hochgebildeter Weltmann im Ausland Sympathien erwarb.<<

13.09.1949

SBZ: Der Dachdeckerlehrling Klaus S. berichtet über die Haftbedingungen im sowjetischen Internierungslager Sachsenhausen in der Stadt Oranienburg (x126/97): >>Bis September 1949 wurde in der 2. Zone des Lagers immer noch die beim Russen so populäre Glatze geschnitten. Nur prominente Persönlichkeiten wie Barackenälteste, Blockälteste, Läufer, Ärzte und Sanitätspersonal durften lange Haare tragen. Damit wurde der Haß des einfachen Häftlings gegen diese Leute immer wieder entflammt. Oft gab es schwere Debatten über das Haareschneiden mit dem Kommandanten. Endlich, im September 1949, kam dann der Befehl, daß sämtliches Glatzeschneiden zu unterbleiben hätte. ...
Am 13. September 1949 wurde ich dann geröntgt. Bis zu dieser Zeit gab es nämlich so etwas nicht. Bei mir stellte man eine schwache Verschattung der Lunge fest und ich wurde ... ins Revier eingeliefert. ... Dadurch konnte ich mein Gewicht von 46 auf 59 Kilo erhöhen.
Beim ersten Serienröntgen wurde ein trauriges Ergebnis erzielt. Von 10 Mann hatten in der ersten Zeit mindestens 8 oder 9 Mann Tuberkulose. ...<<

15.09.1949

Ostdeutschland: Ausweisungsurteil für Wanda J. aus dem Kreis Turek, Reichsgau Wartheland (x002/870-871): >>Kreisstarost von Turek, ... 15. September 1949. Urteilsspruch.
Auf Grund der Art. 1 und 7 des Dekrets vom 13. September 1946 über die Ausschließung von Personen deutschen Volkstums aus der polnischen Gesellschaft entziehe ich auf Grund eines Antrages des Kreisamtes für öffentliche Sicherheit in Turek ... der Wanda J. ... die polnische Staatsbürgerschaft.
Gleichzeitig verfüge ich die Aussiedlung der Obengenannten aus dem Gebiet des polnischen Staates und erkläre ihr Vermögen für verfallen zu Gunsten des polnischen Staatsschatzes: Wohnhaus, Scheune, Viehstall zusammen mit Pferdestall und Speicher, Schuppen und 1,40 Hektar Land in Turek.
Begründung.
Das Kreisamt für Öffentliche Sicherheit in Turek beantragte unter Anlehnung an die Vor-

schriften der Art. 7 und 1 des Dekrets vom 13. September 1946 über die Ausschließung von Personen deutschen Volkstums aus der polnischen Gesellschaft die Entziehung der polnischen Staatsbürgerschaft.
Auf Grund der Ergebnisse durchgeführter Ermittlungen wurde der folgende Tatbestand festgestellt: W. J. betrachtete sich noch vor 1939 als Deutsche. Zu Hause bediente sie sich der deutschen Sprache. In allen Dokumenten erklärte sie ihre deutsche Volkszugehörigkeit zum deutschen Volkstum. In der Wohnung der Wanda J. fanden Versammlungen deutscher Organisationen statt. Zu der polnischen Bevölkerung war sie feindlich eingestellt, wofür sie durch Spruch des Bezirksgerichts zu 3 Jahren Gefängnis und Verlust der öffentlichen und bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 3 Jahren verurteilt wurde.
Den oben geschilderten Tatbestand nach den Vorschriften ... bewertend, mußten als Beweise angesehen werden, daß Wanda J. durch ihr Verhalten tatsächlich ihre deutsche nationale Eigenart bewiesen hat. Es bestanden daher die gesetzlichen Handhaben zur Anwendung des Dekrets vom 13. September 1946, welche die Entziehung der Staatsbürgerschaft (Art. 1), die Aussiedlung (Art. 4) und den Verfall des Vermögens (Art. 5) für begründet halten.
Gegen diesen Urteilsspruch haben die Parteien das Recht, das Bezirksgericht Kalisch anzurufen. Der Antrag durch den Kreisstarosten in Kalisch muß im Laufe von 7 Tagen vom Tage des Ergehens des Spruches an gestellt werden.
Der Kreisstarost ... T. Kopacz
Hierdurch erkläre ich, daß ich auf das mir im Laufe von 7 Tagen, vom Tage der Einhändigung diese Spruches an gerechnet, zustehende Recht der Berufung verzichte. Wanda J. (Unterschrift)<<
BRD: Konrad Adenauer wird am 15. September 1949 zum Bundeskanzler gewählt.
Bundeskanzler Adenauer bildet daraufhin noch am selben Tag eine Koalitionsregierung aus CDU/CSU, FDP und DP.
Der deutsche Historiker Alexander Demandt schreibt später über die Wahl Adenauers (x283/-236): >>... Am 15. September wählte der Bundestag den 73jährigen Konrad Adenauer zum Kanzler. Die im ersten Wahlgang erforderliche Mehrheit für ihn hing an einer einzigen Stimme, seiner eigenen.
Mit der Wahl Adenauers war eine außenpolitische Grundsatzentscheidung gefallen: die Anlehnung der Bundesrepublik an Frankreich, England und die Vereinigten Staaten, die ja als Besatzungsmächte ohnehin kaum politischen Spielraum gestatteten.
Die Parole hieß: Westbindung vor Wiedervereinigung. Als Sitz der Bundesregierung kam Berlin einstweilen nicht mehr in Betracht. Ein Trostpflaster war der Artikel 23 des Grundgesetzes, der dieses auch für "Groß-Berlin" gültig erklärte, sodann die symbolische Anerkennung als deutsche Hauptstadt durch Beschluß des ersten Bundestags und die Vergabe der Postleitzahl 1 an die Stadt. ...<<
Der irische Journalist Terence Prittie (1913-1988) schreibt später über Bundeskanzler Adenauer und den ersten Deutschen Bundestag (x073/245): >>... Bei dieser Regierung und im Parlament machte Adenauer seine Autorität geltend, eine Mischung aus väterlicher Fürsorge, schulmeisterlicher Strenge und klugem Menschenverstand, die ihm ohne offensichtliche Anstrengung gelang.
Unterbrechungen tat er mit lässiger Ironie ab. Seine Reden waren knapp und stets sachlich. Nahezu unveränderlich bewahrte er Gemütsruhe, auch wenn er ungewohnterweise von Zorn überwältigt wurde. Er konnte böse werden oder bissig oder giftig; ein "falscher" Ton schien sich dann in seine Stimme zu schleichen. Er besaß die Gabe, seinem Zorn Luft zu machen, während er äußerlich ruhig blieb.
Er war das genaue Gegenteil von einem Demagogen und gab so ein Beispiel, das dieses erste Parlament nach der Nazizeit ganz dringend brauchte.<<

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über Konrad Adenauer (x051/14): >>Adenauer, Konrad, geboren in Köln 5.1.1876, gestorben in Rhöndorf 19.4.1967, deutscher Politiker; trat 1906 der Zentrumspartei bei und wurde Beigeordneter im Kölner Stadtparlament.
1917-33 war Adenauer Oberbürgermeister seiner Heimatstadt und gewann als Mitglied des Preußischen Staatsrates (1920-33 dessen Präsident) in der Weimarer Republik großen politischen Einfluß, lehnte aber 1926 die Reichskanzlerschaft in der Nachfolge Luthers ab.
Als Katholik stand er dem Nationalsozialismus ablehnend gegenüber und wurde am 12.3.33 im Zuge der Gleichschaltung seines Amtes enthoben. Man warf ihm Mißwirtschaft vor und beschuldigte ihn des Separatismus, weil er im Ruhrkampf einen von Preußen (nicht vom Reich) gelösten rheinischen Freistaat angeregt hatte. 1934 vorübergehend in Haft, zog sich Adenauer ins Privatleben zurück, wurde aber 1944 im Zusammenhang mit dem Attentat vom Zwanzigsten Juli 44 erneut inhaftiert, doch bald wieder auf freien Fuß gesetzt.
Nach dem Zusammenbruch baute er - kurzfristig wieder Kölner Oberbürgermeister - die CDU mit auf und wurde als Präsident des Parlamentarischen Rates einer der Väter des Grundgesetzes.
Als 1. Bundeskanzler (15.9.49-16.10.63) stellte er sich dem schweren Erbe der NS-Zeit: u.a. Abkommen über Wiedergutmachung mit Israel, Verhandlungen in Moskau zur Freilassung der Kriegsgefangenen, Aussöhnung mit Frankreich, zog sich aber auch Kritik wegen zu großer Nachsicht mit Belasteten wie etwa Globke oder Oberländer zu.
Adenauer führte die Bundesrepublik ins westliche Bündnis, seine Ära begründete, nicht zuletzt dank wachsenden Wohlstands, eine stabile freiheitliche politische Kultur im Westteil Deutschlands.<<
Der deutsche Historiker Karl Dietrich Bracher schreibt später über Bundeskanzler Adenauer (x073/243): >>... Das Gewicht des ungewöhnlich hohen Alters, das die Brücke nicht nur zur Weimarer Republik, sondern bis zur wilhelminischen Epoche schlug, half dem ersten Bundeskanzler, seinen Stil und seine Autorität in den Augen der Öffentlichkeit zu rechtfertigen und durchzusetzen.
Einige wenige klare Grundgedanken, an denen er stark und starr festhielt, machten die charakteristische Sicherheit aus, mit der Adenauer die politischen Möglichkeiten seines Amtes ergriff und festhielt. ...
Es war die klare Frontstellung des "Kalten Krieges". Aber nicht ein berüchtigter preußischer Militarist vom Schlage Wilhelms II. oder Hindenburgs repräsentierte sie, sondern ein bürgerlich-katholischer Zivilist, dessen Stärke im taktischen Geschick und in der Ausdauer lag, mit der er die Grundposition des Staates von 1949 gegenüber allen anderen Möglichkeiten behauptete und ausbaute: außenpolitisch die volle Westorientierung gegen Neutralismus und Wiedervereinigungsexperimente, innenpolitisch die Restaurierung des bürgerlichen Rechtsstaates gegenüber radikaldemokratischen und sozialistischen Ordnungsvorstellungen. ...<<
Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schreibt später über Bundeskanzler Adenauer (x068/302-304): >>... Wie das ostdeutsche Marionettenensemble in Pankow Moskaus Direktiven erfüllte, so (erfüllte) im Westen, in Bonn, der katholische Kanzler (Adenauer) die Wünsche Washingtons, der USA, wo er übrigens, vielleicht als erster ausländischer Staatsmann, für sich eine Werbeagentur nutzte.
Schließlich konnte der Mann der ahnungslosen Nation jenseits des großen Wassers allerlei altes Neues über sich melden. Zum Beispiel:
Ich habe als Oberbürgermeister Kölns 1917 versichert, die Stadt werde "untrennbar mit dem Deutschen Reich vereinigt" sein "und sich stets als Glied des deutschen Vaterlandes fühlen".
Ich habe 1919 proklamiert: "Entweder wir kommen direkt oder als Pufferstaat zu Frankreich ..."

Ich habe im Winter 1932/33 erklärt, "daß nach meiner Meinung eine so große Partei wie die NSDAP unbedingt führend in der Regierung vertreten sein müsse."
Ich habe 1934 in einem Brief an Hitlers Innenminister meine Verdienste, meine jahrelangen Verdienste für die Nazipartei betont. Ich habe die Partei des Führers schon in der Weimarer Republik "immer durchaus korrekt behandelt" und ich tat das im "Gegensatz zu den damaligen ministeriellen Anweisungen"! Ich bin ein Paradebeispiel für alle Beamten.
Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde ich, natürlich als Widerstandskämpfer, Oberbürgermeister von Köln, dann zwar von den britischen Behörden "wegen Unfähigkeit" bald wieder entlassen. Aber wie Harry Truman mit einem kleinen Krimskramsgeschäft bankrott machen und doch Präsident der Vereinigten Staaten werden konnte, so stieg auch ich, der infolge "Unfähigkeit" entlassene Kölner Bürgermeister, zum deutschen Bundeskanzler auf, mit besonderer Hilfe, wie ich hinzufügen möchte, der römisch-katholischen, der allein wahren Kirche.
Während Konrad Adenauer aber alsbald mit aller Intensität die geforderte Wiederaufrüstung betrieb, belog er - er müßte denn kein Politiker gewesen sein - systematisch die Deutschen, was schlicht unumgänglich war, weil die meisten einfach genug hatten vom Krieg, weil sie schon jeder Uniformknopf unausstehlich anstank, geschweige mehr.
Die Wiederaufrüstung war, wie er, Adenauer, selbst zugeben mußte, trotz "aller Anstrengungen der Bundesregierung ... im deutschen Volk sehr unpopulär". Also machte er sich zum Sprecher des deutschen Volkes und redete mit jener Entschiedenheit, die Politiker immer bekunden, wenn sie lügen, "prinzipiell gegen eine Wiederaufrüstung der Bundesrepublik Deutschland", "strikt gegen die Remilitarisierung der Bundesrepublik".
"Eine Aufstellung von militärischen Streitkräften in Deutschland wünschen wir nicht, wir haben genug vom Krieg" usw. Kurz, Adenauer war so pazifistisch wie Wilson bis 1917. Oder Roosevelt bis 1941. Oder wie Konrad Adenauer 1919. Und wie er fast alle Nazis, außer jenen, die nun mal in Nürnberg gehängt worden waren, wieder in Dienst nahm, wie er die Justiz mit hohen Nazirichtern, das Auswärtige Amt mit hohen Nazidiplomaten nur so überschwemmte, so eben auch die neue alte Truppe mit Nazigenerälen und -admirälen. Fast alle kamen sie wieder, nur jetzt natürlich nicht mehr für das Böse, sondern für das Gute wirkend. Sie alle hatten sich gewandelt, alle, ganz von innen her, wahrhaftig. Siehe, alles ist neu geworden ...
Wirklich, war es ein Wunder, daß Kanzler Adenauer, einmal von Vizekanzler Erhard gefragt, ob er denn das ganze deutsche Volk und seine Interessenvertreter für korrupt halte, prompt die Gegenfrage stellte, ob Erhard etwa glaube, daß dem nicht so sei ...
Ein Staat kann nicht besser als seine Führung sein, jedenfalls nicht so lange, bis er das Gegenteil beweist. Adenauer bemühte sich nun, päpstlicher zu sein als der Papst. Als hochgedienter Knecht machte er sich dem Herrn gefällig.
Und während er eine Rüstungsbeschränkung nach der andern beseitigte, während er unentwegt Angst suggerierte, unentwegt drohte mit dem Menetekel der bolschewistischen Gefahr - wie schade, daß wir die Höhe seines Kontos nicht kennen -, lehnte er jedes Disengagement, jede Veränderung des Status quo, zum Beispiel in Berlin, starrsinnig ab, ein Zustand, den selbst Eisenhower "anomal und gefährlich" nannte.
Dafür harmonierte der deutsche Kanzler um so besser mit den US-Außenministern. Hatte er schon zu dem Bischofssohn Dean Acheson, der Trumans Containment-Politik betrieb, ausgezeichnete Beziehungen, so noch bessere zu dessen Nachfolger. Dulles und Adenauer, das waren zwei Seelen aus einem Stoff, verbohrte Antikommunisten mit einer starken Affinität zu Leuten wie Mussolini, dem Adenauer 1929 telegraphiert hatte, sein Name werde in goldenen Buchstaben in die Geschichte der katholischen Kirche eingetragen ... Für Hitler allerdings hatte der Beauftragte der US-Banken, Dulles, mehr getan als der Oberbürgermeister von Köln je hätte tun können. ...<<

20.09.1949

BRD: Bundeskanzler Adenauer sagt während seiner Regierungserklärung am 20. September 1949 (x058/399-400): >>... Auf Bundesregierung, Bundestag und Bundesrat wartet eine außerordentlich große und umfangreiche Arbeit. Die Koalitionspartner sind sich völlig einig darin, daß sie sich immer von dem Bestreben leiten lassen werden, so sozial im wahrsten Sinne des Wortes zu handeln, wir irgend möglich.

Die Vertriebenen werden gleichmäßiger als bisher auf die verschiedenen Länder verteilt werden müssen. Wir wollen ferner mit allen Mitteln den Wohnungsbau in der energischsten Weise fördern, nicht, indem der Bund selbst baut, sondern indem er Mittel zur Verfügung stellt und darauf dringt, daß von den Ländern alle Möglichkeiten auf diesem Gebiete des Wohnungsbaues erschöpft werden. ...

Die deutsche Wirtschaft ist in der Vergangenheit groß und stark geworden durch ihre Facharbeiter und nicht zuletzt durch angewandte Wissenschaft. ... Die Bundesregierung wird, soweit ihre finanziellen Kräfte es erlauben, dafür eintreten, daß die wissenschaftliche Forschung in Deutschland gefördert wird. Und sie wird dann auch die deutsche Wirtschaft veranlassen, das gleiche zu tun. Nur wenn es gelingt, uns durch Leistungen auf dem Weltmarkt auszuzeichnen, wird es möglich sein, auf ihm zu bestehen. ...

Die Förderung der Kapitalbildung, und zwar sowohl der Bildung von Sparkapital wie von Betriebskapital, wird unser vordringlichstes Ziel sein. Nur dann können wir erwarten, daß durch Freigabe von Gegenwertfonds und auf andere Weise das dringend benötigte ausländische Kapital zum Wiederaufbau unserer Wirtschaft zur Verfügung steht.

Der Wiederaufbau unserer Wirtschaft aber ist die vornehmste, ja einzige Grundlage für jede Sozialpolitik und für die Eingliederung der Vertriebenen. Nur eine blühende Wirtschaft kann die Belastungen aus dem Lastenausgleich auf die Dauer tragen.

Die sozial- und gesellschaftspolitische Anerkennung der Arbeitnehmerschaft macht eine Neuordnung der Besitzverhältnisse in den Grundindustrien notwendig. Es scheint mir aber auch eine der wesentlichsten Grundbedingungen einer verständigen Sozialpolitik zu sein, den Fleißigen und Tüchtigen jede Aufstiegsmöglichkeit zu geben. Auf die Betonung dieser Aufstiegsmöglichkeiten legen wir den größten Wert. ...

Und nun lassen Sie uns übergehen zu Fragen, die uns in Deutschland außerordentlich am Herzen liegen und die für unser gesamtes Volk Lebensfragen sind. Es handelt sich um die Abkommen von Jalta und Potsdam und die Oder-Neiße-Linie.

Im Potsdamer Abkommen heißt es ausdrücklich: Die Chefs der 3 Regierungen, das sind die Vereinigten Staaten, England und Sowjetrußland, haben ihre Absicht bekräftigt, daß die endgültige Bestimmung der polnischen Westgrenzen bis zur Friedenskonferenz vertagt werden muß. Wir können uns daher unter keinen Umständen abfinden mit einer von Sowjetrußland und Polen später einseitig vorgenommenen Abtrennung dieser Gebiete. Diese Abtrennung widerspricht nicht nur dem Potsdamer Abkommen, sie widerspricht auch der Atlantik-Charta vom Jahre 1941, der sich die Sowjetunion ausdrücklich angeschlossen hat. ...

Wenn ich aber vom Frieden spreche, dann muß ich auf die Teilung Deutschlands zurückkommen. Ich fürchte, daß in Europa keine Ruhe eintreten wird, wenn sie nicht verschwindet. Sie ist durch die Spannungen herbeigeführt worden, die zwischen den Siegermächten entstanden sind. Wir hoffen, daß dann der Wiedervereinigung mit unseren Brüdern und Schwestern in der Ostzone und in Berlin nichts mehr im Wege steht.

Lassen Sie mich in dieser Stunde mit besonderem Dank der Vereinigten Staaten von Nordamerika gedenken. Ich glaube nicht, daß jemals in der Geschichte ein siegreiches Land es versucht hat, dem besiegten Lande in der Weise zu helfen und zu seinem Wiederaufbau und seiner Erholung beizutragen, wie das die Vereinigten Staaten gegenüber Deutschland getan haben und noch tun. ...

Das deutsche Volk wird das dem amerikanischen Volk niemals vergessen dürfen und es wird es auch nicht vergessen.<<

21.09.1949

BRD: Das Besatzungsstatut der Alliierten tritt am 21. September 1949 in Kraft. Es schränkt die deutschen Souveränitätsrechte bis zum 5. Mai 1955 empfindlich ein. Das Besatzungsstatut wird schließlich durch die Pariser Verträge (1955) aufgehoben (Deutschlandvertrag).

In der BRD wird am 21. September 1949 die Lizenzpflicht für Zeitungen und Zeitschriften aufgehoben. Jeder Westdeutsche kann jetzt Presseerzeugnisse ohne Zustimmung der Besatzungsmächte herausgeben.

28.09.1949

BRD: Die Presse berichtet am 28. September 1949 über den Umfang und die Möglichkeiten der Werbung im Rundfunk (x112/778): >>... Sie liegen nicht nur in dem Widerstand der Hörerkreise gegen ein Werbeprogramm in der Hauptsendezeit, sondern sie liegen vielmehr auch in den akustischen Ermüdungserscheinungen, die nach den Beobachtungen deutscher Sendestationen sogar bei der Durchgabe von aktuellen Nachrichten, die über eine gewisse Sendezeit hinausgehen, unvermeidlich eintreten.<<

29.09.1949

BRD: Der parteilose Abgeordnete Franz Ott (1910-1998, katholischer Geistlicher und Vertriebenpolitiker) stellt am 29. September 1949 im Deutschen Bundestag folgenden Antrag (x112/778): >>Die Bundesregierung wird ersucht, dem Bundestag den Entwurf eines Gesetzes über die Anerkennung des "Deutschlandliedes" in seiner ursprünglichen, unveränderten Form als Bundeshymne für die Bundesrepublik Deutschland vorzulegen.<<

30.09.1949

Rumänien: Hatzfeld im Banat – Erlebnisbericht des Landwirts T. T. (x007/309): >>Der Hungerlohn und die schwere, über meine Kräfte gehende Arbeit auf der Staatsfarm veranlaßten mich, eine andere Beschäftigung zu suchen.

Ich meldete mich in der Hatzfelder Hutfabrik, die früher dem Schwaben D. gehört hatte und 1945 mit einer zweiten kleineren und ebenfalls schwäbischen Hutfabrik zusammengelegt worden war. Der Direktor der verstaatlichten Hutfabrik war ein Jude, den ich von früher her kannte und mit dem ich häufig Schach gespielt hatte. Er nahm mich auf und wies mich in die Kanzlei als Hilfskraft ein.

Auf Betreiben der Parteileute, die mich haßten, wurde ich aber bald aus der Kanzlei entfernt und in die Wollreißabteilung gesteckt. Hier arbeitete ich im Akkord. Aber auch dies paßte den Kommunisten nicht. So schoben sie mich zu niedrigen Diensten ab und gaben mir einen elenden Stundenlohn. Ein ähnliches Schicksal erlitten fast alle Schwaben, die in der Fabrik ihr Brot zu verdienen suchten.

Der Direktor befreite mich endlich von der schweren Arbeit, die ich zu leisten hatte und die mich fast umbrachte, und setzte mich als Portier ein. Diesen Posten bekleidete ich 4 Monate lang, dann war die Herrlichkeit zu Ende, weil ein neuer politischer Leiter einzog, der mich, den "Dreckschwaben", zum Hofkehrer degradierte. Und schließlich kam das, was ich schon lange befürchtet hatte. Man rief mich ins Büro und verkündete mir, ich möge mich beim Arbeitsamt melden, um eine neue Arbeit zugewiesen zu erhalten.

Dies kam einer Entlassung gleich. Ich meldete mich beim Arbeitsamt und erfuhr, daß sich vor mir 500 Anwärter arbeitslos gemeldet hätten und daß ich sehr lange warten müsse, wenn ich überhaupt jemals eine Beschäftigung bekommen würde. Völlig verzweifelt ging ich jeden Tag zum Arbeitsamt. Der Beamte zuckte jedesmal mit den Achseln. Er sagte: "Sie waren Bauer und dürfen sich keine Illusionen machen. Man wird Ihnen nie wieder eine Fabrikarbeit geben."

Das war mein Todesurteil. Ich versuchte noch einige Male im Öldepot der Fabrik, wo ein ru-

mänischer Bekannter arbeitete, Beschäftigung zu finden, mußte dann jedoch, wollte ich nicht verhungern, wieder zur Staatsfarm (Kolchose) gehen und um Arbeit betteln. Man stellte mich ein. Ich schuftete wieder in der Reihe der Tagelöhner, meist Schwaben, denen es wie mir erging. Wir erhielten so geringen Lohn, daß wir uns davon kaum das tägliche Essen kaufen konnten. Dies Essen bestand aus Maisbrei, dünner Suppe, selten Brot und ganz selten (gab es) ein Stückchen Fleisch. ...<<

BRD: Der Deutsche Bundestag billigt am 30. September 1949 mit großer Mehrheit den Antrag der SPD, die Alliierten um Zustimmung zum Anschluß Berlins (West) an die Bundesrepublik Deutschland zu bitten (x112/778): >>... Der Bundestag bekennt sich zu Berlin als dem demokratischen Vorposten Deutschlands.

Er erklärt feierlich vor aller Welt, daß nach dem Willen des deutschen Volkes Groß-Berlin Bestandteil der Bundesrepublik Deutschland und ihre Hauptstadt sein soll.<<

UdSSR: In den sowjetischen Kriegsgefangenenlagern beginnen im September 1949 nochmals großangelegte Vernehmungen und Prozesse, um die letzten vermeintlichen deutschen Kriegsverbrecher zu verurteilen (x130/356).

Der deutsche Wehrmachtsarzt Dr. Kuno W. berichtet später über die unerwartete "Zurückhaltung von gefangenen Offizieren" (x130/354-355): >>... Und dann sehen wir etwas, das selbst unsere hart gewordenen Herzen fast stillstehen läßt.

Draußen werden unter strenger Bewachung durch Posten mit Maschinenpistolen im Arm und Hunden etwa hundert Offiziere abgeführt.

Man hat sie hier an der letzten Linie des sowjetischen Machtbereichs aus dem Heimkehrertransport herausgeholt. Viele der Männer, die da abgeführt werden, schämen sich ihrer Tränen nicht, und das will etwas heißen bei diesen Gefangenen, die in der Esse der Gefangenschaft zu steinharten Männern gebrannt wurden.

Einer ruft noch herüber: "Kameraden, vergeßt uns nicht!" ...<<

Die deutschen Journalisten Paul Carell (1911-1997) und Günter Böddeker (1933-2012) schreiben später in ihrem Buch "Die Gefangenen ..." über die "Umwandlung von deutschen Kriegsgefangenen zu Kriegsverbrechern" (x130/355): >>... Die hundert Offiziere ... gehörten zu jenen Deutschen in russischer Hand, die unter der Unbarmherzigkeit des Siegers länger leiden sollten, als alle anderen gefangenen deutschen Soldaten des Zweiten Weltkriegs.

Im Jahre 1949 waren in nahezu allen Gefangenenlagern der Sowjetunion schlagartig Offiziere der Geheimpolizei des Innenministers Berija erschienen. In langen Verhören hatten sie die Gefangenen danach ausgefragt, was sie während des Krieges in der Sowjetunion möglicherweise Böses – im Sinne des Siegers - getan hatten: Kartoffeln oder Getreide von Kolchosgütern requiriert, Zivilisten aus ihren Häusern ausquartiert, an Partisanenbekämpfung teilgenommen usw.

Die Vernehmungen begannen am frühen Morgen und endeten spät in der Nacht. Mancher Gefangene durfte nach drei Stunden scharfer Fragen wieder gehen, mancher mußte mehrere Tage hintereinander auf dem harten Stuhl vor dem Tisch des Vernehmungsoffiziers zubringen.

Der Russe fragte nach Lebenslauf und Dienstrang, nach Schulbesuch und politischer Einstellung. Dann kam sehr oft die Frage: "Haben sie Greueltaten begangen oder Greuelbefehle ausgeführt? Hatten Sie Kenntnis von Greuelbefehlen? Wer war daran beteiligt? Nennen Sie die Namen!" ...

Natürlich stritten die meisten der verhörten deutschen Soldaten ab, an solchen Taten beteiligt gewesen zu sein. Sie hatten einen langen erbitterten Krieg gekämpft, sie hatten in schweren Schlachten gestanden, sie waren Soldaten.

So weigerten sie sich, Geständnisse abzulegen und Protokolle zu unterschreiben. Die Russen brachten sie gleichwohl dazu. ...<<

Deutsche Kriegsgefangene berichten später über die sowjetischen "Verhörmethoden" (x130/-

355-356,281): >>... Wir müssen mit Schrecken erleben, wie mit List und Gewalt versucht wird, auch die harmlosesten Kameraden zu Kriegsverbrechern zu stempeln. ...
Gegen September begann im Lager eine umfassende Vernehmungswelle, wobei eine große Zahl von Offizieren und Soldaten bedroht, erpreßt und schwer geschlagen wurde. ...
Wollen die Russen jemand zu irgendeinem Geständnis zwingen, so wird er in den Stehbunker gesperrt, ein schmales Verlies, in dem man weder sitzen noch liegen kann, und aus dem die Eingesperrten wie Holzstücke herausfallen, wenn nachgesehen wird. ...
Aus unserer Baracke wird ein Kamerad zum Verhör geholt, der bereits eingekleidet ist für den Heimtransport. Wir sehen ihn nicht wieder. ...
Die Atmosphäre in unserer Baracke ist drückend wie unter einer schweren Gewitterwolke. Die lauten Stimmen sind verstummt. Wir wundern uns, daß nicht schon längst der eine oder andere von uns Schreikrämpfe bekommen hat.
Zum Glück werden diejenigen, die zum Verhör bestellt werden, vom Kompanieführer benachrichtigt. Der Betroffene geht dann schweigend in sein Verhängnis mit einem letzten Händedruck an seine nächste Umgebung, wie auf dem Schlachtfeld im Angesicht des Todes. ...<<
>>... Die Spitzel erhielten bessere Verpflegung und Bekleidung. Viele der Spitzel handelten aus politischen Gründen. Sie waren Mitglieder der antifaschistischen Ausschüsse. Von diesen Spitzeln stammt ein Großteils des Materials, das sowjetischen Gerichten 1949 dazu diente, Gefangene wegen angeblicher Kriegsverbrechen zu 25 Jahren Zwangsarbeit zu verurteilen.<<
Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung für Kriegsgefangenengeschichte berichtet später über die sowjetischen Kriegsverbrecherprozesse 1949/50 (x130/356-357): >>Die letzten Monate und Wochen zum Jahreswechsel 1949 stellten für die deutschen Kriegsgefangenen eine Zeit ungeheurer seelischer Belastung dar. Es ging ja um die Frage: Heimtransport oder Verurteilung?
Den Hauptschock erlitten die Gefangenen in dem Augenblick, als sie im Rahmen der Verurteilungsaktion zum Verhör gerufen und isoliert wurden: Dies war der Punkt, von dem an es fast immer kein Zurück gab. ...
... Das Gericht tagte in einem Raum des Lagers.
Drei sowjetische Offiziere saßen an nackten Holztischen, etwas abseits eine Dolmetscherin. Der Gerichtsvorsitzende fragte ... nach Name und Dienstrang. Dann wurde dem Deutschen die Anklage vorgelesen. Der Vorgang dauerte nicht einmal fünf Minuten. Dann verschwand das Gericht durch eine Tür, offenbar um den Anschein zu erwecken, es berate ernsthaft über das Strafmaß.
Nach fünf Minuten waren die Russen wieder da und verkündeten das Urteil: Tod durch Erschießen. ... Das Ritual wiederholte sich mit maschinenhafter Präzision, die Deutschen wurden allesamt verurteilt.
Nahezu 50.000 deutsche Soldaten wurden 1949 und 1950 durch die russische Verurteilungsmaschinerie gedreht. Die meisten wurden zum Tode verurteilt, die Urteile jedoch oft noch während der Gerichtsverhandlung, sonst einige Tage später, in 25 Jahre Arbeitslager abgemildert.
Mancher deutsche Offizier wurde verurteilt, weil er gegen Partisanen gekämpft und geschossen hatte. Mancher wurde verurteilt, weil er gestanden hatte, ein russisches Huhn requiriert und aufgegessen zu haben. Er hatte sich, so die Sowjets, des Diebstahls an sowjetischem Eigentum schuldig gemacht.
Ein Schuhmachermeister wurde verurteilt, weil er, so die sowjetischen Richter, die "Marschfähigkeit der deutschen Truppe begünstigte", ein Musiklehrer deshalb, weil er mit gelegentlichen Darbietungen seiner Kunst die Stimmung der faschistischen Armee gehoben hatte.
Ein deutscher Gefangener wurde von einem Gericht in Stalino deshalb verurteilt, weil er bei der Feldpost Dienst getan hatte. Die Begründung der Russen für das Urteil auf 25 Jahre Ar-

beitslager: "Sie haben von deutschen Soldaten geraubtes Gut nach Deutschland befördert". ...<<

Oktober 1949

>>Einst, in meiner letzten Not, / laß mich nicht versinken; / soll ich von dem bittern Tod / Well' auf Welle trinken, / reiche mir dann liebentbrannt, / Herr, Herr, deine Glaubenshand.<< (Johann Daniel Falk)

01.10.1949

Jugoslawien: Lebensverhältnisse der Volksdeutschen im Banat – Erlebnisbericht der Korrespondentin Wilhelmine S. (x006/619): >>Als in den Jahren 1949 bis 1950 die Angehörigen in Österreich und in Deutschland den Wunsch äußerten, ihre Familienangehörigen zu sich kommen zu lassen, und Schriften von den zuständigen Ministerien ihrer derzeitigen Heimatländer sandten, versuchten viele (Jugoslawien-Deutsche), die Bewilligung zur Auswanderung zu ihren Angehörigen zu erhalten.

Anfangs verhielt man sich bei den zuständigen Stellen vollkommen ablehnend. Man sagte uns, daß wir jetzt nach Verbüßung unserer Schuld im Lager wieder jugoslawische Staatsbürger wären und als solche am Aufbau des Staates mitarbeiten müßten. Nachdem es aber die größte Zahl der Zurückgebliebenen kaum erwarten konnte, wieder mit den Angehörigen vereint zu sein, suchte man Mittel und Wege, um hinauszukommen.

Manche entschlossen sich zur Flucht; da die Fluchtmöglichkeiten aber sehr erschwert wurden, flüchteten nur wenige. Der größte Teil der Zurückgebliebenen suchte Rat und Hilfe bei Advokaten, und wenn es dem einen oder anderen geglückt war, ... tatsächlich hinauszukommen, so wurde dies dem Einfluß des betreffenden Advokaten zugeschrieben und derjenige konnte sich dann kaum vor seinen vielen neuen Klienten erwehren. ...<<

China: Am 1. Oktober 1949 ruft Mao Tse-tung (1893-1976) in Peking die "Chinesische Volksrepublik" aus.

Der britisch-nordamerikanische Historiker Geoffrey Parker schreibt später über die Gründung der Chinesischen Volksrepublik (x192/462): >>... Das Riesenreich China, mit mehr als einer Milliarde Menschen das bei weitem bevölkerungsreichste Land der Welt, wurde 1949 nach einem langandauernden Bürgerkrieg kommunistisch.

Der "große Steuermann" Mao Tse-tung bestimmte bis 1976 die chinesische Politik, die sich anfänglich am Beispiel der stalinistischen UdSSR orientierte. ...<<

02.10.1949

BRD: Walter Müller-Bringmann berichtet über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/-104-105): >>2. Oktober 1949. Am Sonntag kam der 300.000 Rußlandheimkehrer in Friedland an. ...

Der Ostpreuße Albert Zybek wurde am 9. Mai 1945 auf der Halbinsel Hela gefangengenommen. ...<<

03.10.1949

UdSSR: Zwangsarbeitslager im Ural – Erlebnisbericht der C. N. (x002/66): >>Endlich, am 3. Oktober 1949, bestiegen wir wieder mal einen Transportzug. Diesmal führte er uns aber wirklich zurück in die Heimat. Wir fuhren z.T. mit schweren Gedanken nach Haus; fast jeder von uns hatte einen oder mehrere liebe Menschen dort in den Bergen lassen müssen.

Von den 14 verschleppten Personen aus meinem Heimatdorf Dobrin (Ostpommern) kehrten 1949 nur 3 wieder zurück. Eine war bereits 1947 als Kranke entlassen worden. Alle übrigen waren gestorben.<<

07.10.1949

DDR: Die "Provisorische Volkskammer" gründet am 7. Oktober 1949 die Deutsche Demokratische Republik.

Die Ausrufung der "DDR" erfolgt aus taktischen Gründen erst nach der Gründung der Bundesrepublik Deutschland; scheinbar als Antwort auf einen Schritt des Westens. Tatsächlich war dieser Schritt nur die formelle Bestätigung einer Spaltungspolitik, die die Sowjetunion bereits seit Juli 1945 eingeleitet hatte (x009/406).
Mit der Proklamation der SBZ zur sog. DDR geht die DWK in der "Provisorischen Regierung der DDR" auf. Die leitenden Persönlichkeiten der DWK werden Minister und Staatssekretäre.
Der deutsche Historiker Hubertus Prinz zu Löwenstein (1906-1984) schreibt später über die Gründung der Deutschen Demokratischen Republik (x063/635): >>... Während in den Westzonen der demokratische Aufbau von unten nach oben vor sich ging, wurde die staatliche und gesellschaftliche Form in der sowjetischen Besatzungszone von oben, durch die Besatzungsmacht und durch die der kommunistischen Politik und Ideologie verpflichtete SED geprägt. ...
Die Auflösung Preußens durch das Kontrollratsgesetz Nr. 46 vom 25. Februar 1947 – ein Willkürakt ohne Rechtsgültigkeit, da er weit über die Befugnisse hinausging, die die Haager Landkriegsordnung Besatzungsmächten einräumt – zerbrach eine wichtige Klammer zwischen West-, Mittel- und Ostdeutschland.
... Eine Befragung des Volkes, ob es tatsächlich einen Staat, abgetrennt vom übrigen Deutschland, bilden wolle, hat nie stattgefunden. Aus der Massenflucht der Bevölkerung aus dem sowjetischen Besatzungsgebiet, einem täglichen "Volksentscheid mit den Füßen", Menschen aller Klassen und Stände, die Mehrheit von ihnen unter 25 Jahre, ließ sich die Stimmung gut entnehmen.
Eine Verfassung haben die Parteiinstanzen der Sowjetzone am 19. März 1949 verkündet. Auf dem Papier durchaus demokratisch, mit zahlreichen Bestimmungen, die nahezu wörtlich aus der Weimarer Verfassung übernommen wurden, bildeten sie in Wirklichkeit nur den Deckmantel für eine totale Willkürherrschaft. Die Einrichtung einer Geheimpolizei, des Staatssicherheitsdienstes, eine politisierte Justiz, Säuberungsaktionen, Gleichschaltung der Jugend, in steigendem Maße eine atheistische, religionsfeindliche Propaganda und die nahezu völlige Absperrung nach außen sollten der SED-Regierung die Kontrolle über die Bevölkerung sichern. ...<<
Der deutsch-amerikanische Historiker und Autor Frank Fabian berichtet später über die "Deutsche Demokratische Republik" (x313/400-402): >>Die Deutsche Demokratische Republik (1949-1990) war weder demokratisch noch eine Republik, tat aber alles, um die Illusion einer Demokratie aufrechtzuerhalten. Auch die freien, geheimen Wahlen waren weder frei noch geheim. Zwar waren verschiedene Parteien zugelassen, die allerdings streng kontrolliert wurden. Der Ausgang bei den Wahlen stand von vorneherein fest. Sie wurden stets euphorisch als Sieg des Systems gefeiert.
Russisch war die erste Fremdsprache, die in den Schulen gelehrt wurde. Rund 16 Millionen Ostdeutsche (bzw. Mitteldeutsche) wurden damals auf die marxistische Ideologie eingeschworen und "umerzogen".
Am Anfang bemühte sich die (von den Sowjets kontrollierte) Regierung, das Land schnell wieder auf die Beine zu bringen und die Industrieproduktion anzukurbeln. Mit Hilfe von Fünfjahresplänen erzielte man besonders im Bereich der chemischen Industrie, des Maschinenbaus und der Energiewirtschaft (Braunkohle) erstaunliche Produktionserfolge. Zu Beginn der 70er-Jahre war die DDR kurzzeitig das zehntgrößte Industrieland der Erde. ...
Auf der anderen Seite gab es in der DDR nicht genügend Konsumgüter (Autos, technische Geräte, Telefone), und auch andere Handelsgüter waren knapp. Die Infrastruktur hinkte hinterher, und die Produktionsmethoden wurden mit der Zeit ineffizient. Am erbärmlichsten war es um die Freiheit bestellt. Über alles wachte der Staat, alles kontrollierte er. Der Staat schien allgegenwärtig zu sein, das Individuum war nichts, der Staat alles.
... Die Ausbildung war zum Teil hervorragend, doch wenn es um geisteswissenschaftliche

Fächer ging, dann wurde stramm in Richtung Marxismus/Leninismus indoktriniert.
Genau genommen wurden die Menschen in der DDR nach Strich und Faden belogen und betrogen. Mithilfe einzelner, sichtbarer Erfolge (im Hochleistungssport etwa) versuchte man, so etwas wie ein eigenes deutsches Bewußtsein zu schaffen, doch das mißlang.
Die freie Meinungsäußerung wurde unterdrückt, Bücher, Radio, Fernsehen und Kunst wurden streng zensiert. Die DDR war eine lupenreine Diktatur, selbst wenn es einige Freiräume und Bürgerrechtler gab, man westliche Sender hören und sehen konnte und im Rahmen der Kirchen so manches laut gesagt wurde.
Aber schon die Reisefreiheit war beschnitten, die allgegenwärtige MfS bespitzelte alle und jeden. Es gab rund 90.000 offizielle und etwa 100.000 inoffizielle Mitarbeiter der Stasi – eine unerhörte Menge für ein Land mit rund 16 Millionen Einwohnern. Jeder ... (84.) Bürger war ein Spitzel!
Opposition wurde grundsätzlich im Keim erstickt, Mord, Einschüchterung und Erpressung waren an der Tagesordnung. Es handelte sich um einen Unrechtsstaat, kontrolliert von der Sowjetunion, die mehr als 300.000 Soldaten in der DDR abgestellt hatte, vom KGB ganz zu schweigen. Die SED (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands) hielt alles fest im Griff. Erst Walter Ulbricht, dann Erich Honecker (ab 1976) leiteten diese Diktatur im Auftrage der Sowjets.
Viele Bürger flohen, selbst die "Mauer" half nicht viel, der "antifaschistische Schutzwall", wie er offiziell genannt wurde. Das Recht wurde regelmäßig gebeugt. Menschen überall überwacht und Andersdenkende unterdrückt.
Die Hypothek wog schwer: Bis zum Jahre 1945 wurden die Menschen in der DDR mit dem Nationalsozialismus traktiert, danach versuchte man. ihnen den Marxismus-Kommunismus einzuhämmern. ...<<
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Spaltung und Wiedervereinigung" Deutschlands (x009/405-408): >>Auf der Konferenz in Teheran (Ende 1943) vereinbarten Roosevelt, Churchill und Stalin die Spaltung Deutschlands. In Jalta (Februar 1945) war dies ihre gemeinsame Forderung. Im März verzichtete Stalin gleich Churchill darauf, die Spaltung zu verlangen. Stalin ließ - dem Buchstaben nach - die Spaltung fallen, denn er befürchtete,
1. seinen Anspruch auf Reparationen und Mitregierung des Ruhrgebietes,
2. die langfristig geplante Bolschewisierung ganz Deutschlands zu gefährden.
Das Potsdamer Abkommen forderte nur "Dezentralisation ... örtliche Selbstverwaltung (§ III, A 9), jedoch keine Spaltung. Immer wieder behauptet das Regime der SBZ, Deutschland sei nach 1945 von den Westmächten und politischen Kreisen Westdeutschlands gespalten worden. Das ZK der SED behauptete zum "10. Jahrestag der Gründung der DDR! (7.10.1959), es hätten "die mit dem ausländischen Imperialismus verbündeten reaktionären imperialistischen Kreise in Westdeutschland die Spaltung Deutschlands" bewerkstelligt.
Wie aber geschah Deutschlands Spaltung?
Bereits am 25.7.1945 errichtete die SMAD 11 deutsche Zentralverwaltungen, die von Anfang an gewisse Weisungsrechte gegenüber den 5 Landesverwaltungen hatten und sich bald - natürlich als Instrument der SMAD - zu zentralen Regierungsstellen über die gesamte SBZ erhoben. Der im August 1946 eingesetzten "Deutschen Verwaltung des Innern" wurden die Polizeien der 5 Länder untergeordnet. So begründete die SMAD die verwaltungsmäßige Spaltung Deutschlands schon im Herbst 1946. ...
Noch schwerer wiegt die wirtschaftliche, soziale und allgemein politische Spaltung, die die Sowjets schon früh vollzogen: Sie zwangen der SBZ schon 1945/46 einen kommunistischen Gesellschaftszustand auf, der jenem der Westzonen entgegengesetzt war (Bodenreform, Enteignung). Zögernd und spät, gegen den Willen Frankreichs, vereinigten die USA und England

erst am 1.1.1947 ihre Zonen, und auch nur wirtschaftlich. ...
Die SMAD gab am 14.6.1947 der Zentralverwaltung der SBZ die Bezeichnung DWK und die Vollmachten einer wirklichen Zentralregierung. Dieser DWK gehörten in Wirklichkeit auch die zentralen deutschen Verwaltungen für Inneres (Polizei), Justiz, Volksbildung und Gesundheitswesen an, obwohl sie amtlich selbständig waren. –
Im April 1947 scheiterte die Moskauer Viererkonferenz, weil die Westmächte der Sowjetunion weder die "demokratisch-antifaschistische" Ausrichtung Westdeutschlands, Reparationen aus laufender Produktion noch Vier-Mächte-Kontrolle der Ruhr zubilligen konnten. ...
Der nächste Schritt der Sowjetunion zur Spaltung war die Stärkung der DWK am 9.3.1948. Dies beantworteten die Westmächte mit Besprechungen über die Vorbereitung eines Dreizonen-Notstaates (23.2. bis 3.6.1948). Diese Abwehrhandlung nahm die Sowjetunion als Vorwand, um den Kontrollrat zu verlassen (20.3.1948).
Weiter weigerte sie sich, die schon allzu lange verzögerte Währungsunion mitzumachen (24.7.1948), richtete die Blockade gegen West-Berlin, daß die Westmark erhalten hatte, und organisierte die Spaltung Berlins (30.11.1948).
Die Errichtung der Bundesrepublik am 8.5.1949 war eine Notwehrmaßnahme, die am 14.8.1949 von 48 Millionen (d.h. von fast ¾ des deutschen Volkes) gebilligt wurde. Doch die auf Scheinwahlen beruhende Einsetzung eines Parlamentes der SBZ (des am 15. und 16.5.1949 "gewählten" 3. Volkskongresses) war ein Schritt der Sowjetunion und der SED, der zur weiteren Spaltung Deutschlands beitrug.
Die Ausrufung der "DDR" am 7.10.1949 erfolgte aus taktischen Gründen erst nach der Begründung der Bundesrepublik: scheinbar als Antwort auf einen Schritt des Westens. Tatsächlich aber war sie nur die formelle Bestätigung einer Spaltungspolitik, die die Sowjetunion und die SED seit Juli 1945 betrieben hatten.
Seit dem kommunistischen Schritt vom 7.10.1949 ist die Frage der Wiedervereinigung der Hauptgegenstand der innerdeutschen Auseinandersetzung.
Die Bundesregierung, Deutschlands einzige, aus freien Wahlen hervorgegangene und rechtsstaatlich handelnde Regierung, beansprucht, für ganz Deutschland zu sprechen. Sie sieht freie gesamtdeutsche Wahlen als unabdingbare Voraussetzung der Wiedervereinigung an. Sie kann jedoch die Sowjetunion und die Westmächte von der Verantwortung für die Beseitigung der von ihnen verursachten Spaltung nicht entlasten. ...
Jeder Schritt, mit dem die Bundesrepublik die Zusammenarbeit der europäischen Staaten unterstützte, und jeden ihrer Beiträge zur Abwehrrüstung der NATO, verdächtigten die Sowjetunion und die SBZ als "Verrat" an der Wiedervereinigung. Sie verleumdeten die Bundesrepublik, obschon z.B. der sogenannte "Generalvertrag" vom 23.10.1954 festlegte, es werde im Fall der Wiedervereinigung das Verhältnis Gesamtdeutschlands zur NATO neu vereinbart. ...
So forderte auch das ZK der SED am 27.10.1955 ganz bewußt "Verhandlungen auf der Grundlage der Gleichberechtigung".
... Im Beschluß des V. Parteitages der SED vom 16.7.1958 heißt es mit unverkennbarem Bezug auf die Wiedervereinigung: "Die DDR und ihre sozialistischen Errungenschaften werden niemals ein Objekt des Schachers sein. Fest verbunden mit der Sowjetunion und dem ganzen sozialistischen Lager sind die Arbeiter- und Bauernmacht des deutschen Volkes und ihre sozialistischen Errungenschaften für immer unantastbar."
Bei all diesen Vorschlägen lehnen SED und Regierung der SBZ es ab, an den Anfang der Wiedervereinigung freie und geheime Wahlen zu setzen. Diese Vorschläge wiederholen sich in all den Äußerungen, die seit 1958 SED und Regierung der SBZ zur Wiedervereinigung getan haben. Dabei verbinden sie die Wiedervereinigung oft mit der Souveränität der SBZ, mit der Forderung nach Abrüstung und nach Ablösung der NATO und mit den Friedensvertragsentwürfen. ...<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Kontakte" zur Bundesrepublik (x009/226): >>Mit Kontakte werden alle menschlichen und amtlichen Beziehungen über die Demarkationslinie hinweg bezeichnet, also sowohl die spontanen, "natürlichen" (z.B. auch sportlichen) zwischenmenschlichen Beziehungen wie die gesteuerten Verbindungen, die (etwa im Sinne des Kampfplanes 1958 der Nationalen Front) der kommunistischen Agitation und Infiltration in der Bundesrepublik dienen, wie schließlich auch der Amts- und Rechtshilfeverkehr zwischen amtlichen Stellen der Bundesrepublik und des Sowjetzonenregimes, der (häufig auch als "technische Kontakte" bezeichnet) auf vielen Gebieten fortbesteht, aber durch Handhabung im Geiste der bolschewistischen Parteilichkeit immer mehr behindert und in manchen Beziehungen (z.B. Lastenausgleich, Wiedergutmachung sowie in allen Angelegenheiten der Flüchtlinge gänzlich lahmgelegt wird.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Außenpolitik" der SBZ (x009/50): >>Von einer Außenpolitik der SBZ kann erst seit Errichtung der DDR (7. Oktober 1949) gesprochen werden. ...

Die Außenpolitik ist jedoch völlig nach der sowjetischen Außenpolitik ausgerichtet. Die SBZ unterhält diplomatische Beziehungen nur zu den Staaten des Ostblocks, ihre Botschafter und Gesandte haben im wesentlichen nur repräsentative Pflichten. ...

Die enge außenpolitische Bindung an den Ostblock hat zu Verträgen mit der Sowjetunion und anderen Staaten dieses Blockes geführt.<<

Der völkerrechtliche Status der BRD und der DDR

Die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik waren bis zum Abschluß des "Zwei-Plus-Vier-Vertrages" keine souveränen Staaten, weil das Deutsche Reich völkerrechtlich nie untergegangen ist. Es handelte sich lediglich um Besatzungskonstrukte der alliierten Siegermächte, aber um keine Staaten im völkerrechtlichen Sinn, denn sie verfügten nicht über die klassischen Merkmale eines Staates**:** Staatsgebiet, Staatsvolk und Staatsgewalt. Weder die von den Siegermächten gegründete Bundesrepublik Deutschland noch die Deutsche Demokratische Republik waren völkerrechtlich politisch und ökonomisch unabhängige Staaten oder souveräne Staaten.

In der Bundesrepublik Deutschland (BRD) waren die freien, geheimen Wahlen zwar frei und geheim, aber die gewählten Parteien und Abgeordneten konnten die Interessen des deutschen Volkes nicht souverän vertreten. Aufgrund des Besatzungsstatutes, der geheimen Zusatzverträge (Ruhrstatut und Zwangsmitgliedschaft in den Folgegemeinschaften Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl bzw. Montanunion, EG und EU) sowie der zahlreichen geheimen Vorbehaltsrechte handelten die gewählten Parteien und Abgeordneten seit Gründung der BRD im Auftrag und nach den Vorgaben der alliierten Siegermächte.

Insofern waren alle bisher durchgeführten Wahlen in der BRD (wie auch in der DDR) überflüssige Pseudowahlen.

Die Tageszeitung "Die Welt" berichtete später (am 8. Dezember 2011): >>**EU am Scheideweg**

… Gemeint sind Ereignisse, von denen nur wenige Notiz nehmen und die einem, wenn man von ihnen erfährt, glatt die Sprache verschlagen, weil ihre Wirkung die demokratische Verfaßtheit der Bundesrepublik Deutschland in ihren Grundfesten erschüttert.

Nehmen wir nur diesen Satz: **Deutschland sei seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs zu keinem Zeitpunkt ein souveräner Staat gewesen.** Das sagte nicht irgendein Extremist, sondern sagte kein geringerer als Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) Ende November auf dem "European Banking Congress" in der Alten Oper in Frankfurt am Main. …<<

11.10.1949

DDR: Wilhelm Pieck wird am 11. Oktober 1949 erster Präsident der Deutschen Demokratischen Republik.

Wilhelm Pieck betont am 11. Oktober 1949 vor der Volkskammer (x009/405): >>Von den westlichen Besatzungsmächten ... wurde Deutschland gespalten", doch niemals wird die Spaltung Deutschlands ... von der DDR anerkannt werden ...<<
"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über Wilhelm Pieck (x051/444): >>Pieck, Wilhelm, geboren in Guben 3.1.1876, gestorben in Berlin 7.9.1960, deutscher Politiker.
Vor dem Ersten Weltkrieg war Pieck hauptamtlicher Sekretär der SPD, gehörte dann dem Spartakusbund an und 1919 zu den Mitbegründern der KPD. Als einer der wichtigsten kommunistischen Politiker der Weimarer Republik (1928-33 MdR, Leiter der "Roten Hilfe", Mitglied im ZK der KPD) mußte Pieck 1933 ins Exil fliehen und übernahm nach der Verhaftung Thälmanns die Exilführung der KPD.
1935 konnte Pieck zusammen mit Ulbricht einen politischen Kurswechsel durchsetzen, nachdem er selbstkritisch festgestellt hatte, daß die KPD ihren "Hauptangriff gegen die Sozialdemokratie noch in einer Zeit" richtete, in der sie diesen "gegen die faschistische Bewegung hätte richten müssen". Während des Krieges in Moskau gehörte Pieck 1943 zu den Mitbegründern des Nationalkomitees "Freies Deutschland".
1946 kehrte er mit der Gruppe Ulbricht nach Deutschland zurück, übernahm 1946 gemeinsam mit Otto Grotewohl den Vorsitz der SED und war von 1949-60 erster Staatspräsident der DDR.<<

12.10.1949

DDR: Nach der Gründung der DDR werden die Aufgaben der DWK durch das "Gesetz zur Überleitung der Verwaltung" vom 12. Oktober 1949 an die Ministerien, der "Provisorischen Regierung der DDR" übertragen.
Ministerpräsident Otto Grotewohl (seit dem 7.10.1949 Ministerpräsident und Vorsitzender des Staatsrates der DDR) sagt während seiner Regierungserklärung am 12. Oktober 1949 (x058/400-401): >>Die Bildung der Provisorischen Regierung der Deutschen Demokratischen Republik ist ein Ausdruck des unerschütterlichen Willens der demokratischen Kräfte des deutschen Volkes, seine nationale Not zu überwinden und sein Schicksal in die eigenen Hände zu nehmen.
Die Bildung dieser Regierung ist der Ausdruck der Tatsache, daß die demokratischen Kräfte unseres Volkes nicht gewillt sind, sich mit der Spaltung unseres Vaterlandes und der Versklavung seiner westlichen Teile abzufinden, sondern daß sie von dem eisernen Willen beseelt sind, beharrlich den Kampf um die Wiedererlangung der Einheit Deutschlands und seiner Souveränität auf demokratischer und friedlicher Grundlage zu führen. ...
Unmittelbar nach der Beendigung des Zweiten Weltkrieges gingen die führenden englisch-amerikanischen Kreise mit der Aufstellung der Truman-Doktrin und des Marshall-Planes dazu über, eine dem Potsdamer Abkommen feindliche Politik durchzuführen. Sie verweigerten hartnäckig dem deutschen Volke den versprochenen Friedensvertrag, sie verhinderten die Bildung zentraler deutscher Verwaltungsorgane und zerrissen durch eine Kette von Vertragsbrüchen die im Potsdamer Abkommen gewährleistete Einheit Deutschlands.
Bereits im Dezember 1946 wurden von den Regierungen der USA und Großbritanniens ein Abkommen über die Bildung der Bizone getroffen, daß den ersten praktischen Schritt auf dem Wege zur Zerreißung Deutschlands bedeutete. Mit der Bildung des bizonalen Wirtschaftsrates wurde ein separates Verwaltungsorgan in Westdeutschland gebildet. Es war klar, daß mit diesen Maßnahmen die im Potsdamer Abkommen vorgesehene Viermächteverwaltung Deutschlands erschüttert wurde. ...
Von vornherein war man sich darüber klar, daß die Besetzung Deutschlands nur vorübergehend sein sollte. Besetzung und Viermächteverwaltung Deutschlands sollten die Grundlagen des deutschen Imperialismus beseitigen, den deutschen Militarismus ausrotten und das deut-

sche Volk im demokratischen Sinne umerziehen und auf den Weg des Friedens bringen.
Deshalb sieht das Potsdamer Abkommen ausdrücklich vor, daß eine einheitliche Verwaltung in ganz Deutschland herbeizuführen ist, daß die Viermächteverwaltung nach Erfüllung ihres Hautzweckes, nämlich der Beseitigung der Grundlagen des deutschen Imperialismus und Militarismus, durch eine eigene demokratische Regierung des deutschen Volkes abzulösen ist.
Die Potsdamer Beschlüsse enthalten als eine Rechtsgrundlage für die Lebensforderungen des deutschen Volkes die Vereinigung aller Teile Deutschlands in einer einheitlichen demokratischen Republik. Die Regierung vertritt die Ansicht, daß kein Deutscher auf diese Rechtsgrundlagen verzichten kann. ...
Unsere politischen Ziele gehen also mit den Zielen konform, die die Alliierten als für Deutschland verbindlich in Potsdam festlegten. ...
Wir wissen, daß wir in unserem Kampf um die Einheit Deutschlands, der ein Bestandteil des Kampfes um den Frieden ist, nicht allein stehen. Wir haben das Glück, uns in diesem Kampf auf das große Lager des Friedens in der Welt stützen zu können, dessen ständig zunehmende Stärke die imperialistischen Kriegsinteressen Schritt um Schritt zurückdrängt. Diese Kräfte des Friedens in der ganzen Welt werden geführt von der Sowjetunion, die eine andere Politik als die Politik des Friedens weder kennt noch kennen kann. ...
Die Oder-Neiße-Grenze ist für uns eine Friedensgrenze, die ein freundschaftliches Verhältnis mit dem polnischen Volk ermöglicht. Es ist verbrecherisch, auch nur den Gedanken zu erwägen, das ausgeblutete deutsche Volk noch einmal in Krieg und Katastrophe zu stürzen.
Wer übrigens dem Besatzungsstatut zugestimmt und damit seine Bereitschaft bewiesen hat, ganz Deutschland als Kolonie an die imperialistischen Mächte auszuliefern, hat jedes Recht verloren, über Grenzfragen im Osten zu zetern. ...<<

15.10.1949

Ostdeutschland: Stadt Breslau in Schlesien – Erlebnisbericht der Else B. (x002/644-645): >>Ich arbeitete mit einem polnischen Namen in einer Fabrik, weil dort keine Deutschen beschäftigt wurden. ...
Als ich erfuhr, daß in Liegnitz noch Bekannte wohnten, fuhr ich dort hin und arbeitete in einem polnischen Haushalt. Es war wieder sehr schwierig, denn ich hatte keinen gültigen Anmeldeschein. Durch Bestechung bekam ich für 4.000 Zloty einen Meldeschein. ...<<
Ungarn: Am 15. Oktober 1949 wird der westlich orientierte "Heimatkommunist" Lazlo Rajk nach einem Schauprozeß hingerichtet.
Der stalinistisch ausgerichtete KP-Parteisekretär Matyas Rakosi läßt danach alle politischen Konkurrenten systematisch durch die allgegenwärtige Geheimpolizei beseitigen.
UdSSR: Die Sowjetunion erkennt am 15. Oktober 1949 die DDR an und nimmt diplomatische Beziehungen auf.
Zwangsarbeitslager in Tschassow Jar, Donezbecken – Erlebnisbericht der Hilde K. (x006/-299): >>Die endgültige Entlassung (der verschleppten Jugoslawien-Deutschen) begann am 15. Oktober 1949, und zwar mit Deutschen aus Rumänien, die in die Heimat zurückgebracht wurden. ...<<

21.10.1949

BRD: Bundeskanzler Konrad Adenauer erklärt am 21. Oktober 1949 vor dem Bundestag (x058/401): >>... Ich stelle folgendes fest. In der Sowjetzone gibt es keinen freien Willen der deutschen Bevölkerung. Das, was jetzt dort geschieht, wird nicht von der Bevölkerung getragen und damit legitimiert.
Die Bundesrepublik Deutschland stützt sich dagegen auf die Anerkennung durch den frei bekundeten Willen von 23 Millionen stimmberechtigten Deutschen.
Die Bundesrepublik Deutschland ist somit bis zur Erreichung der deutschen Einheit insgesamt die alleinige legitimierte staatliche Organisation des deutschen Volkes. Hieraus ergeben sich

innenpolitisch und außenpolitisch Folgerungen, die ich im einzelnen wiederzugeben mir heute versagen muß.
Die Bundesrepublik Deutschland fühlt sich auch verantwortlich für das Schicksal der 18 Millionen Deutschen, die in der Sowjetzone leben. Sie versichert sie ihrer Treue und Sorge. Sie erkennt Erklärungen der Sowjetzone nicht als verbindlich für das deutsche Volk an.<<

26.10.1949

BRD: Die deutsche Bundesregierung beantragt am 26. Oktober 1949 bei der Alliierten Hohen Kommission im Rahmen der Familienzusammenführung die Ausreise von 20.000 Sudetendeutschen aus der CSR nach Westdeutschland.

27.10.1949

UdSSR: Zwangsarbeitslager in Rußland – Erlebnisbericht der L. A. (x008/55-56): >>Ich erholte mich etwas und mußte wieder in der Kohlengrube arbeiten. ...
Wir erhielten Post und die Verhältnisse im Lager wurden immer besser. Sonntags wurden wir von deutschen Kriegsgefangenen im Lager besucht, die für uns Musikvorführungen veranstalteten. Auch ungarische Kriegsgefangene besuchten uns ab und zu im Lager, um Musikkonzerte für uns zu spielen. Man versprach uns außerdem, daß wir im Oktober heimfahren sollten. ...
Am 17. Oktober gingen wir zum letzten Mal zur Arbeit. Wir freuten uns und konnten die Zeit bis zur Abfahrt kaum erwarten.
Am 27. Oktober 1949 wurden wir endlich eingeladen und am Abend fuhren wir in Richtung Heimat ab.
Am 2. November kam der Zug an der rumänisch-slowakischen Grenze an. ... Dort wurden wir ausgeladen und entlaust. Wir bekamen gutes Essen und gingen schlafen. Am nächsten Tag ging es weiter in Richtung Heimat und am 3. November fuhren wir um 5 Uhr morgens über die ungarische Grenze. Unsere Freude war groß, denn nach 5 Jahren waren wir wieder in der Heimat.
Am 4. November kamen wir im Heimkehrlager in Debrecen an. Wir wurden schön empfangen, bekamen zu essen, wurden nochmals entlaust und viele wurden gleich entlassen.<<

30.10.1949

Rumänien: Judet Tarnava-Mare in Süd-Siebenbürgen – Erlebnisbericht der A. R. (x007/293): >>Als 1949 die letzten Verschleppten aus Rußland heimkehrten - im Herbst 1945 waren 10 Kranke, im Sommer war ein weiterer Transport eingetroffen -, waren wir wenigstens wieder beisammen.
Nur unsere Männer, die zur Waffen-SS eingerückt waren, kehrten nicht mehr zurück. Das war für uns Frauen sehr bitter. ...<<

Ungarn: Bezirk Központ im Komitat Pest – Erlebnisbericht des Bauern N. N. (x008/94): >>Ich fuhr nach Budapest, um Papiere für die Ausreise nach Deutschland zu besorgen.
Im Jahre 1946 hatte man meine Familien bereits nach Deutschland ausgesiedelt. In Budapest sagte mir der Beamte höhnisch, ich sollte nur geduldig warten. ... Da beschloß ich, das Land "schwarz" zu verlassen. ...
... Zu viert machten wir uns am 30.10.49 auf den Weg. ... Den Marsch auf die Grenze traten wir bei Dunkelheit an. Wir mußten mit einer Drahtschere Löcher in den zweireihigen Stacheldraht schneiden. Unglücklicherweise berührten wir den Alarmdraht. Der abtastende Scheinwerfer bekam uns in seinen Kegel, mittlerweile waren wir aber durchgeschlüpft und liefen in Richtung österreichische Grenzbahnstation. Einige Schüsse wurden uns nachgesandt, die aber Gott sei Dank nicht trafen.
Am österreichischen Bahnhof warteten wir auf den Frühzug nach Wien, wo wir um 8 Uhr morgens glücklich ankamen.<<

Oktober 1949

Ungarn: Der stalinistisch ausgerichtete KP-Parteisekretär Matyas Rakosi erläßt im Oktober

1949 eine Generalamnestie für die Ungarndeutschen (x008/69E).
Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtet später (im Jahre 1956) über das Schicksal der in Ungarn verbliebenen Deutschen (x008/69E-71E): >>... Mit dem schrittweisen Hervortreten der Kommunisten als der bestimmenden politischen Macht - 1950 stellten sie zum erstenmal mit ihrem Führer Rakosi den Ministerpräsidenten - lief die Verstaatlichung und Kollektivierung der ungarischen Industrie und Landwirtschaft parallel.
Das Bodenreformgesetz verlor mehr und mehr seine Bedeutung. Auf die deutschen Facharbeiter konnte zur Aufrechterhaltung des Wirtschaftspotentials nicht verzichtet werden. Diese Entwicklung schlug sich in weiteren Gesetzen und Erlassen nieder, die zu einer Gleichstellung von Deutschen und Madjaren im Sinne der kommunistischen Doktrin hinführten. Rakosi verlangte schon 1948 in einer Rede vor dem Zentralkomitee der KP die Wiedereingliederung der "Schwaben" in den Staat.
Im Oktober 1949 wurde eine Generalamnestie für die Ungarndeutschen ausgesprochen, wenn sie sich innerhalb von 14 Tagen bei ihren Gemeinden als Volksdeutsche meldeten. Ein halbes Jahr später, im März 1950 wurde die Einstellung der Aussiedlung offiziell angeordnet und alle Personen, die unter Ausweisungsbestimmungen fielen, wurden wieder zu ungarischen Staatsbürgern erklärt.
Sogar ausgesiedelte Personen konnten "in berücksichtigungswürdigen Fällen" die Staatsbürgerschaft wiedererwerben und zurückkehren. Auf Grund dieses Erlasses versuchten Evakuierte und Ausgesiedelte, die in Österreich und Westdeutschland lebten, wieder in die Heimat zu gelangen. Eine allgemeine Rücksiedlung wurde aber von den ungarischen Behörden unterbunden, da nur ausgesuchten Facharbeitern der Weg zu den alten Arbeitsplätzen offengehalten werden sollte.
Um die Tragödie zu vollenden, wirkte sich diese endliche Gleichstellung noch einmal als Unheil aus, jedenfalls für alle diejenigen, die das ungarische Staatsgebiet verlassen wollten und auf Grund ihrer Staatszugehörigkeit keine Ausreisegenehmigung erhielten.
Ein großer Teil der ehemaligen SS-Leute hatte nach der Entlassung aus der Gefangenschaft gar nicht erst versucht, in die Heimat zurückzukehren, sondern sich in Westdeutschland eine Existenz aufgebaut. Ihre Angehörigen wohnten noch in Ungarn. Da jetzt weder eine Ausnoch Einreise möglich war, gab und gibt es im Augenblick keinen Weg, um die auseinandergerissenen Familien wieder zusammenzuführen.
Ebenso schwer wurden die 1950 aus der Sowjetunion nach Ungarn einreisenden Spätheimkehrer von der Ausreisesperre betroffen. Da sie nach ihrer Gefangennahme ungarisch als ihre Staatsangehörigkeit angegeben hatten, wurden sie ohne Rücksicht auf persönliche Wünsche nach Ungarn transportiert und im Auffanglager Debrecen gesammelt. Wer in Ungarn bleiben wollte, wurde entlassen, alle übrigen strengen Verhören unterzogen, in denen man ihnen ihre ungarische Staatsangehörigkeit nachzuweisen versuchte. Ein Teil konnte nach 3jähriger Zwangsarbeit in die sowjetische Zone ausreisen.
Obwohl das ungarländische Deutschtum bei Kriegsende und in den Nachkriegsjahren nicht in dem Maße brutalen Verfolgungen und Ausschreitungen ausgesetzt war wie das Deutschtum in der Tschechoslowakei oder in Jugoslawien, so ist das Ergebnis der vom ungarischen Staat getroffenen Maßnahmen im ganzen nicht weniger einschneidend: das Deutschtum in Ungarn ist als selbständige Volksgruppe und geschlossener Bestandteil der ungarischen Bevölkerung in seiner sozialen und nationalen Existenz aufs allerschwerste getroffen.
... Im Jahre 1950 lebten in der Bundesrepublik etwa 170.000 Ungarndeutsche, in Österreich (nach dem Stand vom 1. Oktober 1951) etwa 15.000. In diesen Zahlen sind die Flüchtlinge, die Evakuierten und die Ausgewiesenen enthalten.
In der sowjetischen Zone Deutschlands werden sich ungefähr 54.000 Volksdeutsche aus Ungarn aufhalten. ...<<

Schweiz: Im Oktober 1949 schließt der Schweizerische Bundesrat mit der polnischen Regierung einen Vertrag mit Geheimprotokoll, um die geforderten Entschädigungen für enteignete schweizerische Güter, Handelshäuser und Betriebe in Polen zu erhalten.
Aufgrund dieses Abkommens werden Kontenguthaben, die verschollenen polnischen Juden gehören, nach Polen transferiert. Mit diesen Devisen gleicht der polnische Staat anschließend die Entschädigungsforderungen der Schweizer aus (x136/280).

01.11.1949

UdSSR: Zwangsarbeitslager bei Charkow – Erlebnisbericht der Schülerin E. K. (x006/344): >>In den letzten 2 Jahren besserte sich unsere Lage.
Die Verpflegung war ausreichend, und das Tagesgespräch war (da es keinen Hunger mehr gab) nur noch die Heimkehr. Die Russen lancierten (verbreiteten) selbst diese erdachten Heimkehrtermine, um die schon sehr sinkende Arbeitsfreudigkeit der Lagerinsassen zu heben. Auf diesem Gebiete erwiesen sich die Russen als großartige Manager.
Im letzten Abschnitt unserer Internierung wurden wir buchstäblich von einem Monat auf den anderen Monat mit der Heimkehr vertröstet. Im Monat September 1949 schien dann die Sache ernst zu werden. Es fand eine Lagerversammlung statt, auf der uns der russische Kommandant offiziell mitteilte, daß das Lager Ende Oktober aufgelöst wird und wir spätestens am 1. November die Heimreise antreten werden. ...
Es wurde nun in aller Eile mit der Organisation des Transportes begonnen. Wir Internierten mußten einen Nachweis erbringen, aus dem ersichtlich war, daß wir in Deutschland bzw. in Österreich Verwandte haben. Wir wurden fast alle neu eingekleidet und 3 Tage vor der Abfahrt aus dem Arbeitsprozeß gezogen. Was wir besaßen, konnten wir mitnehmen. Strengstens untersagt war jedoch das Mitnehmen von Anschriften, Fotografien sowie ... Lektüren (auch keine marxistischen und leninistischen Bücher), ... alles, was in Bild und Schrift aufgezeichnet war.
Es gab eine Abschiedsfeier, in der unsere führenden russischen Persönlichkeiten große Reden schwangen und von uns ein improvisiertes Programm geboten wurde. Leider wurde am nächsten Morgen ein Wermutstropfen in unsere Heimkehrfreude gegossen. Man riß plötzlich 11 Mann aus unserer Mitte und brachte sie in das berüchtigte Straflager Nr. 3 in Charkow. Nur die Götter wissen warum. Zum Glück fand auch diese Episode ein gutes Ende, da diese Verschleppten 4 Wochen später ebenfalls heimkehrten.
Und so verließen wir - 400 Personen an der Zahl - nach 5 entbehrungsvollen und bitteren Jahren das sowjetische Arbeiterparadies.<<

02.11.1949

DDR: Pieck und Grotewohl bezeichnen die Oder-Neiße-Linie am 2. November 1949 als Friedensgrenze.

03.11.1949

BRD: Die Mehrheit der deutschen Bundestagsabgeordneten entscheidet sich am 3. November 1949 für den "provisorischen Regierungssitz" Bonn.
Der deutsche Historiker Alexander Demandt schreibt später über die neue Hauptstadt Bonn (x283/236-237): >>Bei der Wahl des als provisorisch deklarierten Regierungssitzes entschied sich der neue Bundestag am 3. November 1949 mit 200 gegen 176 Stimmen für Bonn anstelle von Frankfurt.
Die alte Reichs- und Messestadt am Main, wo sich 794 unter Karl dem Großen die Kirchenfürsten Westeuropas über die Bildungsfrage geeinigt hatten, wo nach der Goldenen Bulle 18 römisch-deutsche Kaiser gewählt, 10 gekrönt worden waren, wo 1815 der Bundestag, 1848 die Nationalversammlung tagte, dieses Frankfurt war Sitz des amerikanisch-britischen Zweimächtekontrollrats, der höchsten alliierten Behörde im Westen, und wäre historisch, wirtschaftlich und verkehrstechnisch für den Sitz der deutschen Regierung prädestiniert gewesen.

Ihr protestantisch-sozialdemokratischer Charakter aber mißfiel Adenauer.
Er erreichte eine Mehrheit für Bonn, die Lieblingsresidenz der in Köln nicht sonderlich beliebten Erzbischöfe, und gewann die Wahl durch eine manipulierte Agenturmeldung und "Handsalben" in Höhe von 2 Millionen Mark, nachdem ein Teil der CDU-Abgeordneten zuvor mit Frankfurt sympathisiert hatte. Auch die Amerikaner waren überzeugt, daß Frankfurt Regierungssitz würde, und bestimmten deshalb Wiesbaden zur Hauptstadt von Hessen. Dabei blieb es.
Adenauers Argument gegen die Wahl Frankfurts, daß damit die künftige Rückkehr nach Berlin gefährdet sei, war gewiß nicht sein Motiv, aber sachlich zutreffend. So sah das auch Ernst Reuter, der für Kassel als Regierungssitz eintrat, weil die Stadt der Zonengrenze näher lag. Kassel aber war zerstört.
Wäre Frankfurt Regierungssitz geworden, so wäre es bis heute Hauptstadt geblieben – gegen die pulsierende Rhein-Main-Metropole hätte Berlin fern im Osten bei der Abstimmung des Bundestags vom 20. Juni 1991 keine Chance gehabt. Das Ergebnis war ohnedies knapp: 338 Stimmen für Berlin gegen 320 für das liebliche Städtchen am Rhein.
Es gehört zur Ironie der Geschichte, wenn es Adenauer, der ein unterkühltes Verhältnis zu Berlin hatte, zu danken ist, daß die Regierung an die Spree zurückkehrte.<<

06.11.1949

BRD: Die Landsmannschaft Ostpreußen kritisiert am 6. November 1949 die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie durch die DDR (x155/20): >>Die Regierung der "Deutschen Demokratischen Republik" hat in ihrer Erklärung die Oder-Neiße-Linie als Grenze des deutschen Gebietes anerkannt.
Wir stellen fest, daß die Regierung der "DDR" damit auf etwas verzichtet, was ihr nicht gehört und nie gehört hat. Träger der Ansprüche auf die zur Zeit abgetrennten deutschen Gebiete sind die Heimatvertriebenen, deren Vertreter ihre landsmannschaftlichen Organisationen sind. ...<<

07.11.1949

DDR: Während der Feiern zum 32. Jahrestag der russischen Oktoberrevolution wird am 7. November 1949 in Ostberlin erstmals die Nationalhymne der DDR "Auferstanden aus Ruinen ..." gespielt (x175/458).
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die Nationalhymne der DDR (x009/306, x296/207 L): >>Die Nationalhymne der Sowjetzonen-Republik wurde 1949 verfaßt von Johannes R. Becher (1891-1958) und vertont von Hanns Eisler (1898-1962):
>>1. Auferstanden aus Ruinen und der Zukunft zugewandt,
laß uns dir zum Guten dienen, Deutschland, einig Vaterland.
Alte Not gilt es zu zwingen, und wir zwingen sie vereint,
denn es wird uns doch gelingen, daß die Sonne schön wie nie
über Deutschland scheint.
2. Glück und Friede sei beschieden, Deutschland, unserm Vaterland.
Alle Welt sehnt sich nach Frieden, reicht den Völkern eure Hand.
Wenn wir brüderlich uns einen, schlagen wir des Volkes Feind.
Laßt das Licht des Friedens scheinen, daß nie eine Mutter mehr
ihren Sohn beweint, ihren Sohn beweint.
3. Laßt uns pflügen, laßt uns bauen, lernt und schafft wie nie zuvor,
und der eigenen Kraft vertrauend, steig ein frei' Geschlecht empor.
Deutsche Jugend, bestes Streben unsres Volks in dir vereint,
wirst du Deutschland neues Leben, und die Sonne schön wie nie
über Deutschland scheint, über Deutschland scheint.<<

09.11.1949

UdSSR: Zwangsarbeitslager in Tschassow Jar, Donezbecken – Erlebnisbericht der Hilde K.

(x006/299): >>Als letzte wurden die Jugoslawien-Deutschen am 9.11.1949 entlassen, die nun auf ca. 180 Personen zusammengeschmolzen waren.
Wer Angehörige im Westen hatte, wurde ohne Schwierigkeiten dorthin entlassen.<<
Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtet über die letzten verschleppten Jugoslawien-Deutschen aus Filipovo (x006/337): >>Die letzten Verschleppten aus Filipovo kehrten erst nach Auflösung der Lager im November 1949 aus der Sowjetunion zurück. Auch von den ins Gebiet Woroschilowgrad Deportierten wurden einige bereits mit Krankentransporten im September 1946, November 1946 und 1948 entlassen.
Nach den einzelnen Angaben in mehreren Erlebnisberichten und verschiedenen Namenslisten sind von den aus Filipovo in den 2 Transporten verschleppten 209 Personen (50 Männer und 159 Frauen) in der Sowjetunion 52 gestorben (28 Männer und 24 Frauen). ...<<
BRD: Die Münchener Zeitung "Heute" berichtet am 9. November 1949 über die "Illegalen" Deutschen in der Bundesrepublik Deutschland (x043/033): >>Sie haben keinen Interzonenpaß und keine Aufenthaltsgenehmigung. Sie kommen bei Nacht und Nebel über die Grenze. Sie wissen oft keinen Verwandten und keinen Freund in Westdeutschland anzugeben. Sie wissen nur eines: daß sie nicht mehr zurück wollen, nicht mehr in die Ostzone.
Es ist ein nicht abreißender Strom, eine gespenstische Wanderung durch das Niemandsland zwischen den Zonengrenzen. Rund tausend Menschen strömen täglich aus der Ostzone in Westdeutschland ein.
Sie werden durch die beiden Auffanglager Uelzen oder Gießen geschleust, wo jeder Fall überprüft wird, um zu verhindern, daß Unrechte sich einschleichen; dort fällt die Entscheidung, wer bleiben darf und wer zurück muß. ... Jeder 3. Einwohner in Schleswig-Holstein, jeder 4. in Niedersachsen, jeder 5. in Bayern ist Flüchtling. Diese Länder gleichen einem vollgesogenen Schwamm. ...
Die Bestimmungen, nach denen die Beamten in den Durchgangslagern verfahren, gewähren das Asylrecht nur solchen Flüchtlingen, denen aus politischen Gründen in der Ostzone nachweislich Gefahr für Leib und Leben droht. Alle anderen werden zurückgewiesen.
Unter ihnen mögen viele sein, die aus Abenteuerlust kamen oder von dem "besseren Leben" angezogen worden sind; die meisten sind Menschen, die das Leben in der Ostzone mit der ständigen Unterdrückung, mit der ewigen Angst vor Verschleppung und Zwangsverpflichtung einfach nicht mehr ertragen konnten.
Sie gehen nicht zurück. Sie graben sich Höhlenwohnungen oder hausen im Walde in primitiven Hütten. Sie sickern auf tausend Wegen in die schon überfüllten Städte ein. Sie klammern sich an jede noch so schwache Hoffnung, hier doch noch Arbeit und ein Dach über dem Kopf zu finden - und endlich nicht mehr "illegal" zu sein. ...
Man trifft in Westdeutschland täglich auf beschämende Beispiele von Gedankenlosigkeit, von Härte und mangelndem Verständnis gegenüber denen, die ihre Heimat verlassen mußten. Das sichere Leben diesseits des Eisernen Vorhangs läßt viele von uns leicht vergessen, wie es "jenseits" aussieht - und das auch die Flüchtlinge Menschen sind, die die gleiche Sprache sprechen.
Die begreifliche und manchmal unvermeidliche Härte gesetzlicher Bestimmungen ist keine Entschuldigung für die Trägheit des Herzens.<<

10.11.1949

UdSSR: Zwangsarbeitslager Makejewka im Donezbecken – Erlebnisbericht der Katharina T. (x006/302): >>Ich lernte meinen Mann im Lager in Rußland kennen, er war aus meiner Heimat.
Ich brachte auch in Rußland ein Kind zur Welt und wurde dann mit meinem Mann im Jahre 1949 aus Rußland entlassen und kam im November 1949 nach Deutschland.<<

11.11.1949

DDR: Die SMAD wird am 11. November 1949 durch die SKK (Sowjetische Kontrollkommission) ersetzt.

Ein Gesetz der Provisorischen Volkskammer der SBZ vom 11. November 1949 soll ehemalige Nazis für die SED, NDP und die Nationale Front gewinnen.

Dieses Gesetz erstattet den verurteilten Nazis zwar keinerlei Vermögen, aber alle ehemaligen Nazis erhalten das aktive und passive Wahlrecht. Sie dürfen außerdem ihre Berufe wieder ausüben (außer Tätigkeiten in der inneren Verwaltung und der Justiz). Hiervon sind alle NS-Täter ausgenommen, die "sich der Strafvollstreckung entzogen haben" oder mehr als ein Jahr Haft absitzen müssen.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die Besatzungspolitik in der SBZ (x009/66): >>Neben den Enteignungen war die gesonderte Währungsreform das wichtigste Hilfsmittel der Besatzungspolitik zur Umgestaltung. Nach Bildung der "DDR" wurde die SMAD am 11.11.1949 aufgelöst, ihre Aufgaben wurden formell den deutschen Verwaltungsorganen übertragen.

An Stelle der SMAD wurde die Sowjetische Kontrollkommission (SKK) mit Sitz in Berlin-Karlshorst gebildet. Ihre Aufgabe bestand in der "Kontrolle der Durchführung der Potsdamer Beschlüsse und der anderen von den 4 Mächten gemeinsam getroffenen Entscheidungen über Deutschland". Die SKK behielt sich ferner den diplomatischen Verkehr mit den anderen Besatzungsmächten vor, auch behielt sie alle anderen wesentlichen Kontrollen. ...<<

18.11.1949

BRD: Ein ehemaliger Kriegsgefangener berichtet am 18. November 1949 über seine Ankunft im Grenzdurchgangslager Friedland: >>Friedland wurde zum Mekka der Rußland-Gefangenen. Und diesen Ort sollen wir nun in 2 Stunden erreichen. Vorläufig stehen wir vor dem Schlagbaum hinter Arenshausen. Fünferkolonne, sauber ausgerichtet, den Entlassungsschein aus Frankfurt im Mund, am Fuß das kleine Bündel der letzten Habe und 2 Laibe Brot aus der letzten Marschverpflegung.

Wieder und wieder hetzen Rotarmisten an der Kolonne entlang und zählen, zählen, zählen. Und wir machen es ihnen schon so leicht! - Stehen ruhig, in geöffneter Ordnung, keiner spricht! Was sollte man auch jetzt sagen?! Jetzt, da alles in Erfüllung geht! Das Herz leer ist, ja richtig leer! Wir sind da! ... Nichts anderes vermag das Hirn jetzt zu denken! -

Dann beginnt das Sehen, das gierige Aufsaugen all dessen, was zum "Drüben" gehört. ... Ein Mann und eine Frau im Trenchcoat, ein englischer Major und eine Dolmetscherin, 2 Polizisten, auf der Straße einige Zivilisten, halblinks Nissenhütten und am Schlagbaum Schwarz-Rot-Gold und der Union Jack. - Hm! - Endlich! Das letzte "Schagga - marsch!" -

Ich sehe keine Menschen mehr, spüre nicht mehr das Pflaster der Landstraße. Der Schritt wird schneller, sehe nur noch vorn 2 Schlagbäume, die sich langsam fast feierlich heben! Nur nicht mehr umsehen! Wir sind drüben!

Verschwommen vernehme ich, daß die Dolmetscherin fortwährend "Guten Morgen! Willkommen!" ruft - dann sind die Zivilisten unter uns. Ordensschwestern, Geistliche, Amtspersonen, wer weiß, wer sonst noch alles! Händeschütteln, Umarmungen, freundliche Worte, Lachen - ganz dumm wird mir im Kopf! Kein Wort kommt über die Lippen!

Stumm werden wir alle vor soviel Herzlichkeit! Das ist überwältigend! Das erwartet keiner. ... "Willkommen in der Heimat! Heut' ist euer Auferstehungstag! Vergeßt und seit daheim!"

... Notdürftig in Marschordnung (geht es) in die Nissenhütten. Zählen! Hinten wieder heraus und dann stehen vor uns lachende Frauen, Schwestern, Heilsarmee, reichen uns Kakao und Wurstbrote! Weißbrot! - Wohin so schnell damit?!

(Von) hinten drängen sie nach, das Bündel hindert, ... bis mir eine Schwester freundlich lächelnd die Brote abnimmt. "Laß die hier, Kamerad! Die brauchst du nicht mehr!" "Ja, aber die

daheim?! Ich will die doch mitbringen! Die haben doch auch nichts!" "Ach was, das sagte man euch drüben!" -- Komisch! -- So nun schnell! -- Aber wohin? Was, in die Reiseautobusse da? Mit Lederpolstern, Chromleisten und Radiomusik? Sind die denn für uns? - Ja! - Da endlich kommt Leben in den Pulk der "Heimkehrer", so heißen wir nun ja wohl! Ein Lachen und gegenseitiges Zeigen beginnt. "Mensch, sieh mal hier!" "Und hier!" Keine Menschenseele kümmert sich weiter um uns. Keiner zählt, keiner schreit, flucht und stößt! Nur schnell in die Busse und nach Friedland. ...
Daheim! Daheim! -- Und dann sind wir da! - Endlose Reihen von Nissenhütten. ... Raus aus dem Wagen, und dann wollen wir antreten, gezählt werden. 5 Jahre kannten wir ja nichts anderes! Haben da die Leute gelacht, die uns in Empfang nahmen! - Ja, und dann haben wir auch gelacht. Ein befreiendes, herzhaftes Lachen! Und ich weiß nicht, schwand es aus unseren Zügen an jenem 18. November 1949? Ich glaube kaum! –
Alles ging dann sehr schnell und doch uns allen viel zu langsam! Es begann das große Abschiednehmen ohne Wehmut, ohne Trauer. –
Und als wir dann - schon in der Nacht - doch noch einmal antraten, unsere Papiere geprüft wurden und wir an den Zug rückten, - ach es war so schön! - konnten wir uns noch einmal eines lauten Lachens nicht erwehren!
... Und als wir im Zuge saßen - da wurde es still in und um uns. Jeder sah stumm vor sich hin. Das neue Leben war unhörbar eingetreten, hatte sich mit in den Heimkehrerzug geschwungen und fuhr mit uns heim.
Nun war die Sorge im Herzen! - Die Sorge um die daheim, die Sorge um Beruf, Wohnung, Essen und all die vielen Dinge, die nun anders waren als damals, als wir sie verließen.
Doch wer uns sehen konnte, wer in unseren Herzen las, der mußte fühlen, daß da Menschen heimkommen, die sich etwas vorgenommen haben, die ein Ziel haben und die den Kampf aufnehmen gegen alles, was für sie da kommen mag. –
Rußland-Spätheimkehrer! ---<<

19.11.1949

UdSSR: Zwangsarbeitslager im Süd-Ural – Erlebnisbericht der Ilse L. (x002/70): >>Am 19. November 1949 war ich dann ... endlich heimatreif.
Mit einem Soldatentransport ging es von Tscheljabinsk aus heim. Am 6. Dezember 1949 traf unser Transport in Friedland ein. Von dort aus trat ich die Fahrt durch die Krankenhäuser Göttingen, Bahlburg und Juist an.
Anschließend verlebte ich 4 herrliche Wochen in Wangerooge. Überall wurde ich aufs Beste bedacht. Wie schön ist es doch, wieder frei und in der Heimat zu sein.<<

21.11.1949

USA: General Lucius Clay (1897-1978, von 1947-49 Militärgouverneur der US-Besatzungszone) erklärt am 21. November 1949 zur deutschen Wiederbewaffnung (x243/178): >>... Deutschland könnte sich mit beschränkten Streitkräften eines besonderen Typus an (den) gemischten europäischen Streitkräften beteiligen. ...<<

22.11.1949

BRD: Im Petersberger Abkommen vereinbaren die Bundesregierung und die westlichen Besatzungsmächte am 22. November 1949 einen teilweisen Demontagestopp. Die BRD beantragt danach den Beitritt zur Ruhrbehörde (Ruhrstatut).
Im Petersberger Abkommen vom 22. November 1949 heißt es (x067/227-228): >>1. Die Hohe Kommission und die Bundesregierung sind sich darin einig, daß die Beteiligung Deutschlands an all jenen internationalen Organisationen herbeigeführt werden soll, durch welche die Erfahrung Deutschlands und dessen Unterstützung zum allgemeinen Wohlergehen beitragen können. ...
Sie stellen den auf beiden Seiten ausgesprochenen Wunsch fest, daß die Bundesrepublik bald

als ein assoziiertes Mitglied in den Europarat aufgenommen und daß ein bilaterales Abkommen mit der Regierung der USA über die Mithilfe unterzeichnet werden sollte.
2. Die Bundesregierung, in Erwägung der Wünschbarkeit der möglichst engen Mitarbeit Deutschlands bei der Wiedererrichtung der westeuropäischen Wirtschaft, erklärt ihre Absicht, das Gesuch um die Mitgliedschaft bei der internationalen Ruhrbehörde zu stellen. ...
8. In der Demontierungsfrage hat die Hohe Kommission die gegenwärtig Lage im Lichte der Zusicherung der Bundesregierung wiedererwogen und der folgenden Änderung des Programms zugestimmt.
Die folgenden Werke werden von der Reparationsliste ausgenommen und die Demontierung ihrer Ausrüstung eingestellt:
a) Fabriken für synthetisches Öl und Kunstgummi: ...
b) Stahlwerke: ...
Alle Demontierungen in Berlin werden eingestellt.<<

25.11.1949

BRD: Bundeskanzler Adenauer spricht am 25. November 1949, um 3 Uhr morgens, im Bundestag über das Petersberger Abkommen (x243/177): >>... Ich stelle fest, ... daß die sozialdemokratische Fraktion bereit ist, eher die ganze Demontage bis zu Ende gehen zu lassen. –
("Sehr gut!" und "Hört! Hört!" und lebhafter Beifall bei den Regierungsparteien.
Zuruf von links: "Unerhört so was!"
Gegenruf von rechts: "Ihre englischen Freunde versagen!" –
Zuruf von der SPD: "Eine politische Taktlosigkeit!" ...)
Zu dieser Frage muß die Opposition Stellung nehmen.
(Lebhafte Stellungnahme bei den Regierungsparteien ...) –
das ist die Frage, um die es sich handelt: ... Ist sie bereit, einen Vertreter in die Ruhrbehörde zu schicken, oder nicht?
Und wenn sie erklärt: nein, dann weiß sie auf Grund der Erklärungen, die mir der (britische) General Robertson abgegeben hat, daß die Demontage bis zu Ende durchgeführt wird.
(Dr. Schumacher/SPD: "Das ist nicht wahr!" - ...
Gegenruf bei den Regierungsparteien. – Weitere erregte Zurufe von SPD und KPD. –
Glocke des Präsidenten.
Renner/KPD: "Wo steht denn das?" –
Zurufe von links: "Sind sie noch ein Deutscher? – Sprechen sie als deutscher Kanzler? –
Dr. Schumacher: "Der Bundeskanzler der Alliierten!") ...
(Präsident Dr. Köhler schließt nach der unterbrochenen Sitzung um 6.11 Uhr Dr. Schumacher gemäß der Geschäftsordnung des Bundestages für 20 Sitzungstage von den Verhandlungen des Bundestages aus.)<<

26.11.1949

Schweiz: Die "Neue "Zürcher Zeitung" berichtet am 26. November 1949 über die Sitzung des Deutschen Bundestages vom 24./25.11.1949 (x067/228): >>Im Laufe der Debatte wurde der Vorsitzende der SPD-Fraktion, Kurt Schumacher, für 20 Sitzungstage vom Bundestag ausgeschlossen, da er in einem Zwischenruf Dr. Adenauer als "Bundeskanzler der Alliierten" bezeichnet hatte.
Der Abgeordnete Adolf Arndt (SPD) nannte den Abschluß des Abkommens vom Petersberg durch den Bundeskanzler einen "autoritären Handstreich" und forderte namens der SPD-Fraktion die Bundesregierung auf, nachträglich die Zustimmung des Bonner Parlaments zum Bonner Protokoll einzuholen. Der Abschluß sei ein neues Glied in der Kette der Versuche, das Parlament auszuschalten. ... Deutschlands Beitritt zum Ruhrstatut beinhalte ein internationales Abkommen, daß nur durch einen Akt des Bundespräsidenten abgeschlossen werden dürfe.
Der SPD-Abgeordnete Erich Ollenhauer erklärte, daß versucht worden sei, mit Demontageer-

folgen andere Dinge zu verschleiern ...
Bundeskanzler Dr. Adenauer verwahrte sich gegen den Vorwurf, einen zu teuren Preis für Zugeständnisse gezahlt zu haben. Wenn die Bundesregierung nicht sofort gehandelt hätte, so wäre das Demontageproblem durch den Abtransport von selbst erledigt worden.<<

28.11.1949

UdSSR: Zwangsarbeitslager bei Antrazit, Bezirk Woroschilowgrad – Erlebnisbericht des Landwirts S. L. (x006/318): >>Am 28. November 1949 kam abends der russische Lagerarzt und teilte uns mit, daß ab morgen keiner mehr zur Arbeit gehen muß. Jeder sollte seine Wäsche, Kleider und Koffer in Ordnung bringen.
Am 10. Dezember würde ein Transport aus Stalino abfahren, um uns nach 5 Jahren Zwangsarbeit in Rußland zu unseren Angehörigen zu bringen.<<

29.11.1949

CSR: Die tschechische Regierung beschließt eine Verordnung über die Wiederverleihung der tschechoslowakischen Staatsbürgerschaft an Personen deutscher Nationalität (x004/312-313): >>§ 1 Den Personen deutscher Nationalität, welche die tschechoslowakische Staatsbürgerschaft nach § 1 des Dekretes Slg. Nr. 33/1945 verloren haben, kann der Kreisnationalausschuß auf Vorschlag des Bezirksnationalausschusses die tschechoslowakische Staatsbürgerschaft wiederverleihen, wenn sie ihren ständigen Wohnsitz auf dem Gebiet der Tschechoslowakischen Republik und die Pflichten eines tschechoslowakischen Staatsbürgers nicht verletzt, insbesondere sich dem volksdemokratischen System gegenüber nicht feindlich verhalten haben. ...
§ 3 (1) Ehegatten können um die Wiederverleihung der Staatsbürgerschaft in einem gemeinsamen Gesuch ansuchen; das Gesuch eines jeden Ehegatten wird selbständig beurteilt. Kinder unter 15 Jahren, welche ein Elternteil in sein Gesuch aufgenommen hat, erwerben die Staatsbürgerschaft zusammen mit ihm.
(2) Die Wiederverleihung der Staatsbürgerschaft wird bei Personen über 15 Jahren erst mit der Ablegung eines Gelöbnisses mit folgendem Wortlaut wirksam: "Ich gelobe auf Ehre und Gewissen, daß ich der Tschechoslowakischen Republik und ihrem volksdemokratischen System immer treu und ergeben sein werde und daß ich alle Pflichten ihrer Bürger (ihrer Bürgerinnen) ordentlich erfüllen werde." Nur in außergewöhnlichen Fällen kann die Ablegung des staatsbürgerlichen Gelöbnisses vom Ministerium des Innern erlassen werden. ...<<

UdSSR: Das Kommunistische Informationsbüro (Kominform) kritisiert am 29. November 1949 Jugoslawiens (Titos) "falsche Politik" (x148/191): >>... Die "Kommunistische Partei Jugoslawiens" ist in ihrer gegenwärtigen Zusammensetzung in die Hände von Volksfeinden, Mördern und Spionen geraten und hat somit das Recht verloren, sich kommunistische Partei zu nennen, und ist nur ein Apparat, der die Spionageaufträge der Clique Tito - Kardelj - Rankovic - Djilas ausführt.
Das Informationsbüro der Kommunistischen und Arbeiterparteien ist daher der Ansicht, daß der Kampf gegen die Tito-Clique - diese gedungenen Spione und Mörder - die internationale Pflicht aller kommunistischen und Arbeiterparteien ist. ...<<

30.11.1949

BRD: Sudetendeutsche Politiker und Wissenschaftler veröffentlichen am 30. November 1949 die "Eichstätter Advents-Deklaration (x155/20-21): >>... Die Entwicklung seit 1945 hat die These widerlegt, daß eine mit Gewalt erzwungene nationale Einheitlichkeit der mitteleuropäischen Staaten eine dauernde Sicherung des Weltfriedens verbürge. Die Austreibung hat im Gegenteil die Selbständigkeit der Austreiberstaaten vernichtet und der östlichen Totalität den Weg nach Westen geebnet. Zu wenig wird heute noch anerkannt, daß mit dem ideologischen Vordringen des Bolschewismus der panslawistisch-imperalistische Drang nach dem Westen Hand in Hand geht.

Diese schwerste Störung des europäischen Gleichgewichts seit der Völkerwanderung bedroht den gesamten europäischen Westen mit einem östlich-asiatischen Übergewicht. Ohne das aktive Eingreifen Amerikas hätte sich die Katastrophe Westeuropas bereits vollendet.
... Die Völker hinter dem eisernen Vorhang sollen wissen, daß die Wiederherstellung ihrer eigenen Rechte und Freiheiten unlösbar mit der Anerkennung und Wiederherstellung des Heimatrechtes aller Vertriebenen verbunden ist.
Wir wünschen nicht, daß der Vormarsch dieser Einsicht durch Kollektivbeschuldigungen gegen das tschechische oder polnische Volk gehemmt wird. Wir Sudetendeutschen wollen nicht Vergeltung, sondern Gerechtigkeit. So sehr das elementare Rechtsempfinden eine gerichtliche Bestrafung krimineller Handlungen verlangt, so wenig wollen wir dazu beitragen, daß durch Angst dieser Völker vor Kollektivrache ihre Loslösung von den kommunistischen Diktaturen aufgehalten werde.
Unsere unabdingbare Forderung ist die Rückgabe der Heimat in den Sprachgrenzen von 1937. ... Gleichzeitig aber geht es um die Herstellung eines tragbaren Verhältnisses zwischen Deutschland und seinen westslawischen Nachbarn. ... Alle diese Aufgaben können nur im Rahmen einer föderalistischen Gesamtordnung Europas gelöst werden, die jede Hegemonialstellung irgendeiner Großmacht ausschließt. ...<<

02.12.1949

BRD: Walter Müller-Bringmann berichtet am 2. Dezember 1949 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/105): >>2. Dezember 1949. Friedland hat eine Glocke erhalten. Sie wurde dem Evangelischen Hilfswerk von einer Glockengießerei in Bockenem zur Verfügung gestellt und nun feierlich eingeweiht.
Die Lagerglocke soll in Zukunft auch immer läuten, wenn wieder Heimkehrertransporte ankommen. Der eherne Klang der großen Glocke wird davon künden, daß deutsche Menschen wieder heimfanden. "Sie erklingt vor allem aber zur Ehre dessen, der unser Schicksal in Händen hat", sagte der evangelische Lagerpfarrer Lippert.<<

USA: Die Zeitung "U.S. News" berichtet am 2. Dezember 1949 über die geplante Wiederaufrüstung Deutschlands (x068/301): >>US-Generäle können es nicht öffentlich aussprechen, aber geben es in privaten Gesprächen zu, daß der Wiederaufbau einer deutschen Armee bereits 'in the cards' ist. ...
Die Generäle sehen keine Möglichkeit, im Westen 40 Divisionen gehen Rußland aufzustellen, ohne heftig auf das verfügbare Menschenmaterial und die militärischen Erfahrungen Deutschlands zurückzugreifen. ...<<

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schreibt später über die US-Unterstützung der Westdeutschen (x068/301-302): >>... Verhandlungen über die Wiederaufrüstung der Bundesrepublik begannen, bereits zwei Jahre vor deren Gründung, in Washington, im Winter 1948/49 mit deutschen Generälen. Glaubte das Pentagon doch, daß in Westeuropa allein Deutschland eine wirklich schlagkräftige Landarmee aufzustellen vermöge. ...
Die deutschen Generäle stimmten im Winter 1948/49 in Washington den dortigen Wiederaufrüstungswünschen zu. Und von nun an kommandierten die Amerikaner die Militarisierung und setzten die Deutschen nachweislich unter Druck. Beispielsweise drohte man bei Nichterfüllung mit Einstellung der Marshallplan-Hilfe. Doch verkettete man überall finanzielle Hilfeleistungen mit militärischen Forderungen. Es war Prinzip, vor allem ein Prinzip der Dulles-Politik.
"Kein Land der Welt erhielt auch nur eine halbe Million Dollar", betont L. L. Matthias, "wenn es sich nicht verpflichtete, dafür gewisse militärische Zugeständnisse zu machen, sei es durch Waffenkäufe in den Vereinigten Staaten, durch pachtweise Überlassung eines Flugzeugstützpunktes, durch Abtretung eines Geländes für Abschußrampen atomarer Geschosse oder für die

Stationierung amerikanischer Truppen. Amerikanische Kredite oder Anleihen mußten bezahlt werden. Man begnügte sich nicht, wie in vergangenen Zeiten, mit Garantien und Zinsen. Man ließ sich die finanzielle Hilfe doppelt und dreifach bezahlen".
Mit offenen Armen nahmen die Yankees Generäle auf, die noch wenige Jahre zuvor Hunderttausende deutscher Soldaten Hitler ans Messer geliefert und sie selbst blutig bekämpft hatten. Andererseits lieferten auch die deutschen Offiziere ihre "Osterfahrungen" gern dem US-Generalstab aus, der einfach alles brauchen konnte: von Reinhard Gehlen, Chef der Abteilung "Fremde Heere Ost", der nun (Jahre bevor er Präsident des Bundesnachrichtendienstes wurde) mit seiner ganzen Einheit zum bisherigen Feind übertrat und mit dessen Spionagedienst ein Abkommen schloß (worin es wörtlich heißt, daß man "nach Osten aufklärt bzw. die alte Arbeit im gleichen Sinne fortsetzt"), bis zur Gestapo-Hyäne von Lyon, Klaus Barbie, der jetzt so "vorzüglich" für die USA gearbeitet hat, daß sie den vielbewährten Kriegsverbrecher im März 1951 über Genua nach Bolivien in Sicherheit brachten. (Noch ungezählten anderen, selbstverständlich, wurde derart zur Flucht verholfen, auch durch weitere Menschenfreunde, vor allem durch den Vatikan.)
Geradezu gierig stellten die Staaten Hitlers Mörder in ihren Dienst, und das "verfügbare Menschenmaterial ... Deutschlands", das sie benötigten, lieferte ihnen mit schöner Beflissenheit der "Kanzler der Alliierten" (Adenauer). ...<<

03.12.1949

BRD: Bundeskanzler Konrad Adenauer schlägt am 3. Dezember 1949 in einem Gespräch mit der US-Zeitung "Cleveland Plain Dealer" die Aufstellung einer westeuropäischen Armee mit westdeutschen Truppenkontingenten vor (x092/951).

07.12.1949

BRD: Theodor Heuss (1884-1963; von 1949-59 erster Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland) erklärt am 7. Dezember 1949 anläßlich einer christlich-jüdischen Feierstunde: >>... Es hat keinen Sinn, um die Dinge herumzureden. Das scheußliche Unrecht, das sich am jüdischen Volke vollzogen hat, muß zur Sprache gebracht werden in dem Sinne: Sind wir, bin ich, bist du schuld, weil wir in Deutschland lebten, sind wir mitschuldig an diesem teuflischen Verbrechen?
Das hat vor 4 Jahren die Menschen im Inland und Ausland bewegt. Man hat von einer "Kollektivschuld" gesprochen. Das Wort Kollektivschuld und was dahinter steht, ist aber eine simple Vereinfachung, es ist eine Umdrehung, nämlich der Art, wie die Nazis es gewohnt waren, die Juden anzusehen: daß die Tatsache, Jude zu sein, bereits das Schuldphänomen in sich eingeschlossen habe.
Aber etwas wie eine Kollektivscham ist aus dieser Zeit gewachsen und geblieben. Das Schlimmste, was Hitler uns angetan hat - und er hat uns viel angetan -, ist doch dies gewesen, daß er uns in die Scham gezwungen hat, mit ihm und seinen Gesellen gemeinsam den Namen Deutsche zu tragen.
... Wir dürfen nicht immer sagen: Er ist ein Franzose - also; er ist ein Engländer - also; er ist ein Deutscher - also; er ist ein Jude - also. Nein, so geht es nicht. Wir müssen im Verhältnis Mensch zu Mensch eine freie Bewertung des Menschentums zurückgewinnen.
... Mut zur Liebe? Bedarf es dessen? Ja! Der Haß folgt der Trägheit des Herzens, er ist billig und bequem. Die Liebe ist immer ein Wagnis. Aber nur ... (durch Wagnis) wird gewonnen.<<

08.12.1949

DDR: Der Oberste Gerichtshof und die Generalstaatsanwaltschaft werden am 8. Dezember 1949 gegründet.
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über das Rechtswesen in der SBZ (x009/353): >>Das Recht gehört nach der Lehre des Marxismus-Leninismus zum sog. Überbau. Es habe Klassencharakter, sei seiner Natur nach parteilich, weshalb auch die

Rechtsanwendung nur parteilich sein könne. "Das sozialistische Recht ist der zum Gesetz erhobene Wille der Arbeiterklasse, die im Bündnis mit den werktätigen Bauern und den anderen werktätigen Schichten der Bevölkerung die Macht ausübt.
Die Grundlage des sozialistischen Rechts ist die Abschaffung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen. ... Der Hauptzweck des sozialistischen Rechts ist die Sicherung der Arbeiter- und Bauernmacht und der sozialistischen Errungenschaften" ...
Die politische Aufgabe der Rechtsprechung kommt auch im Gesetz über die Gerichtsverfassung zum Ausdruck: "Die Rechtsprechung der Gerichte der Deutschen Demokratischen Republik dient dem Sieg des Sozialismus, der Einheit Deutschlands und dem Frieden ... Die Gerichte erziehen alle Bürger in ihrem beruflichen und persönlichen Leben zu einem verantwortungsbewußten Verhalten und zur gewissenhaften Befolgung der Gesetze. ...
Eng verbunden damit ist die Forderung nach einer echten Parteilichkeit der Rechtsprechung: "Einhaltung der Gesetzlichkeit bedeutet Wahrung der Parteilichkeit. Als höchste Gerichtsinstanz besteht seit Dezember 1949 das Oberste Gericht der DDR. ...<<
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Staatsanwaltschaft" in der SBZ (x009/416): >>Nach Errichtung der DDR wurde durch Gesetz vom 8.12.1949 außer dem Obersten Gericht auch eine Oberste Staatsanwaltschaft geschaffen, deren durch die Volkskammer zu wählender Leiter als Generalstaatsanwalt der DDR Weisungsbefugnis gegenüber den Staatsanwälten der Länder erhielt. ...<<

12.12.1949

UdSSR: Zwangsarbeitslager bei Antrazit, Bezirk Woroschilowgrad – Erlebnisbericht des Landwirts S. L. (x006/318): >>Der Transport ging am 12. Dezember, um 12.30 Uhr, von Stalino ab. Auch jetzt kamen wir in Viehwaggons. ...
(Während der Rückfahrt) waren sie aber ganz anders ausgestattet, als während des Verschleppungstransportes. Es waren z.B. Liegestätten und viel Stroh vorhanden. Am 19. Dezember 1949 kamen wir in Frankfurt/Oder an.
In Frankfurt/Oder ... erhielten wir Verpflegung für 2 Tage und 50 Ostmark. ... In Hof-Moschendorf bekamen wir einen Anzug, einen Wintermantel, 1 Paar Schuhe, 2 Paar Unterwäsche, 2 Paar Socken und 150 Mark Taschengeld. Von dort fuhr ich zu meinen Angehörigen.<<

15.12.1949

DDR: Die Provisorische Regierung klärt am 15. Dezember 1949 das Unterstellungsverhältnis der verstaatlichten "Volkseigenen Betriebe" (VEB) und die "Volkseigenen Güter" (VEG).
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die Volkseigenen Güter (VEG) in der SBZ (x009/464): >>1949 wurden die bei der Bodenreform "verstaatlichten" landwirtschaftlichen Großbetriebe, die sich in Länder-, Kreis- oder Gemeindeverwaltung befanden, in der Vereinigung volkseigener Güter, Körperschaft des öffentlichen Rechts zusammengeschlossen. ...
Die Volkseigenen Güter sollten zu Mustergütern entwickelt werden, die den übrigen Betrieben der Umgebung als Vorbild und Anregung dienen; sie sind mit den typischen Sonderaufgaben des Großbetriebes (Tierzucht, Pflanzenzucht und Saatgutvermehrung) betraut und sollen gleichzeitig "kulturelle Stützpunkte auf dem Lande" sein.
Tatsächlich ist ihre Wirtschaftsweise, die ihrer alljährlich wiederkehrenden Defizite wegen hohe Staatszuschüsse erfordert, selbst in der SED-Presse Gegenstand häufiger Kritik. ...<<

19.12.1949

BRD: Der ehemalige deutsche Generalfeldmarschall Erich von Manstein (1887-1973) wird am 19. Dezember 1949 in Hamburg zu 18 Jahren Haft verurteilt.
"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über Erich von Manstein (x051/-373): >>Manstein, Erich von (ursprünglich Erich von Lewinski), geboren in Berlin

24.11.1887, gestorben in Irschenhausen (Isartal) 9.6.1973, deutscher Generalfeldmarschall (1.7.42); 1906 Offizier, im Ersten Weltkrieg Generalstabsverwendung, Reichswehrkarriere (1.10.36 Generalmajor).
Manstein war bei Kriegsausbruch Chef des Stabes der Heeresgruppe Süd und entwickelte nach dem Sieg über Polen den Operationsplan für den Frankreichfeldzug: "Sichelschnitt" durch die Ardennen und Belgien mit schnellen Panzerverbänden zur Kanalküste. Der vom OKH sehr skeptisch beurteilte Plan fand Hitlers Billigung und brachte nach dem Erfolg die Beförderung Mansteins zum General der Infanterie (19.7.40).
Im Rußlandfeldzug war Manstein u.a. mit der 11. Armee Eroberer der Krim und wurde während der Stalingradkrise Oberbefehlshaber der Heeresgruppe Don (später Süd). Zwar konnte er den sowjetischen Kessel um die deutsche 6. Armee nicht mehr sprengen, doch gelang ihm mit einer genialen "Strategie der Aushilfen" die Rettung der Südfront in Rußland (u.a. Rückeroberung Charkows 16.3.43). Nach Meinungsverschiedenheiten mit Hitler, der nun "nur noch Steher" haben wollte, wurde mit Manstein am 30.3.44 der wohl fähigste deutsche Stratege abgelöst und nicht wieder verwendet.
Von den Briten gefangen genommen, wurde er am 19.12.49 in Hamburg zu 18 Jahren Haft verurteilt, u.a. weil er den Kommissarbefehl weitergegeben und die Morde der Einsatzgruppen als "harte Sühne am Judentum, dem geistigen Träger des bolschewistischen Terrors" gebilligt hatte.
Aus Gesundheitsgründen im Mai 53 freigelassen, schrieb Manstein seine Memoiren "Verlorene Siege" (1955) und beriet die Bundesregierung in Fragen der Wiederbewaffnung.<<

24.12.1949

Jugoslawien: Der zum Tod verurteilte deutsche Wehrmachtsgeneral Gerhard Henke schreibt damals über den Heiligen Abend 1949 in jugoslawischer Kriegsgefangenschaft (x130/335):
>>In einer Atmosphäre des nahenden Todes durch Hunger oder Maschinenpistole begingen wir das Weihnachtsfest. Es ließ das Flämmchen der Zuversicht, das trotz allem nicht erloschen war, heller aufflackern.
Der (mitgefangene) Ludwig Wolf hatte aus dem Reisig eines groben Besens ein Bäumchen gemacht, aus grünem Papier die Tannennadeln und aus irgendwelchem Wachs und Stoff die Weihnachtskerzen.
Kurz zuvor waren aus der Heimat einige Pakete eingetroffen. Kameraden aus unserer Zelle stellten in echter Hilfsbereitschaft die Hälfte des eßbaren Inhalts trotz des eigenen Hungers zur Verfügung.
Das Weihnachtsbäumchen wurde so aufgestellt, daß der Schein der Kerzen nicht durch das Gitterfenster nach außen dringen konnte.
Ich hielt die Weihnachtsansprache.
Ich sagte, daß wir das Weihnachtsfest nun zum sechsten Mal in der Gefangenschaft, fern und ohne Nachricht von unseren Lieben in der Heimat feierten.
Wir begingen es in der Nacht tiefster Erniedrigung, die ein unschuldig verurteilter Mensch durchwandern könne. Unser kleines Bäumchen mit seinen brennenden Lichtern sei ein Symbol unserer Hoffnung und Zuversicht. Wir sollten und brauchten uns nicht allein und verlassen hinter den Mauern dieser Todeszelle zu fühlen.
Danach sangen wir Weihnachtslieder und hörten, wie sie auch aus den anderen Zellen erklangen. ...<<

Rumänien: Volksdeutsche in Süd-Siebenbürgen – Erlebnisbericht der A. R. (x007/294):
>>Der Kirchgang war erlaubt, ebenso das Tragen der sächsischen Trachten. Es gab nur wenige deutsch-rumänische Eheschließungen. Obwohl ... auch die Veranstaltungen wie Tanzabende, Kundgebungen usw. mit Rumänen und Zigeunern gemeinsam abgehalten werden mußten, ergab sich stets eine unausgesprochene, aber selbstverständliche Distanz. Das Deutschbewußt-

sein war noch sehr wach und ließ sich nicht so leicht ausrotten. Die Kinder waren allerdings starken Einflüssen der Kommunisten und der Entnationalisierung ausgesetzt. Die Jugend zeigte sich jedoch gegenüber der kommunistischen Ideologie wenig anfällig.
Als man uns die Weihnachtsbäume verbot - es wurde an deren Stelle ein sog. "Winterbaum" zu Neujahr propagiert -, schmückten wir am Weihnachtsabend heimlich kleine Bäumchen und deckten sie mit Papier und Tüchern zu, als die Kommunisten die Häuser kontrollierten. Am Heiligen Abend brannten jedenfalls die Kerzen, wenn auch nur einige wenige. Wir wollten unseren Kindern zeigen, wie schön das alte Weihnachtsfest ist.<<
Ungarn: Internierungslager Debrecen – Erlebnisbericht der L. A. (x008/55): >>Ich blieb mit etlichen anderen zurückgekehrten Zwangsarbeitern im Lager, weil man unsere Eltern bereits ausgewiesen hatte. Da wir zu ihnen nach Deutschland wollten, versprach man uns, daß wir bis Weihnachten nach Deutschland ausreisen könnten.
Es wurde Weihnachen, aber wir waren immer noch im Lager. Zum ersten Mal seit 5 Jahren feierten wir unter einem kleinen Tannenbaum das Weihnachtsfest. Man versprach uns, daß wir im Frühjahr fahren dürften. ...<<
25.12.1949
BRD: Walter Müller-Bringmann berichtet am 25. Dezember 1949 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/105): >>25. Dezember 1949. ... Zu Weihnachten kamen Gefangene zurück.
Mit großer Rührung, unendlicher Freude und Dankbarkeit, nahmen sie von guten Helferinnen in Friedland später nach einer kleinen Feier Gabenpäckchen und bunte Tüten entgegen. Das Lagerpersonal und auch die englischen Soldaten in der Entlassungsstelle ließen ... nicht früher von ihrer Arbeit ab, bis auch der letzte Heimkehrer seine Papiere und Fahrscheine besaß, um einen Zug in die Heimat erreichen zu können. ...<<
26.12.1949
UdSSR: Richard Noethlichs berichtet in seinem Buch "Namenlos" über das Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen in der Sowjetunion: >>Am 26. Dezember 1949. Morgens. Die ersten russischen Lastwagen rollen ohne schützende und verbergende Plane mit ihrer Last aus dem Hof des höchsten Gebäudes Moskaus in die frühe Kälte. Heimkehrer saßen eng gepfercht in ihren wulstigen Klamotten auf den Bänken.
Die Sonne kroch langsam höher, quälte sich aus dem Dunst des dünnen grauen Nebels hervor und schaute über die Dächer der Stadt. ... Wir standen im Hof zitternd vor Erregung und Kälte. Wußten wir denn, ob wir noch wie gestern auf der Liste der Glücklichen stünden, die heimfahren durften? 360 Mann waren im Lager, 304 Namen nannte die Liste der Heimkehrer. Niemand zweifelte, daß sie noch geändert würde. Alle waren eingekleidet worden, und gerade das hatte uns stutzig gemacht.
Eisiges Schweigen lag über den Gruppen der Männer, die etwa 20 m von den Lastwagen entfernt standen und den monotonen Ruf des Unterleutnants lauschten, der aus der Liste die russisch geschriebenen deutschen Namen buchstabierte.
Es war nicht ganz leicht, den eigenen Namen zu verstehen, aber wir waren dies ja gewohnt und kannten die verschiedenen Auslegungen. Die Wintermützen über die Ohren gestülpt, den Rucksack auf der neuen blauen Steppjacke, den Holzkoffer griffbereit, horchten wir gespannt auf den Vorlesenden. Einer nach dem anderen der Aufgerufenen rief Vornamen, Geburtstag und den Namen des Vaters als Bestätigung für die Richtigkeit seiner Personalien und schritt oder wankte schwerfällig zu dem einen der beiden Lastwagen, stieg dann hastig auf, als wolle er damit jedem die Möglichkeit nehmen, ihn zurückzuhalten.
Manch einen mußten die anderen darauf aufmerksam machen, daß er aufgerufen sei, manch einem mußten Vornamen und Geburtsdatum erst vorgesagt werden. Die Männer konnten sich nicht fassen, konnten es nicht glauben, daß sie aufgerufen waren, aufgerufen nach vielen, vie-

len endlos langen schweren Jahren, um in die Heimat zu fahren. Einige blieben stehen, sie wurden zum Lastwagen hingeschoben. Andere lachten wie kleine Kinder, die vor einem unverhofften, überraschenden Geschenk stehen und nichts damit anzufangen wissen.
Oder lachten sie etwa wie Irre, die nichts mehr vom Glück oder Unglück wissen? Oder lachten sie, weil ihnen das Herz weh tat und so voll war, daß sie nicht weinen konnten? Oder lachten sie, weil es ihnen lächerlich vorkam, nun in jenes Land als Bettler zurückgebracht zu werden, aus dem sie einst als waffentragende Männer ausgezogen waren?
Die Beine versagten ihren Dienst. Die Füße waren schwer wie Blei, und es bedurfte aller Kraft, um die Schritte bis zu den Lastwagen zu gehen. Die meisten mußten geschoben und auf die LKW gehoben werden. Es war der erste Schritt in die Freiheit, der getan werden sollte.
Das ist ein Schritt, der schwerer ist als der in die Sklaverei. Er bringt Gedanken mit, die fast erdrücken. Wer in die Sklaverei geht, weiß, daß er nichts mehr zu hoffen hat. Wer aber vor dem Tor der Freiheit steht, erwartet das goldene Licht hinter dem noch verschlossenen Tor - wir haben es alle erwartet. Wer fand es? ...
Manch einer, der gestern am ersten Weihnachtstag auf der Heimkehrerliste stand, ... fragte ... die Umherstehenden, ob sie etwa seinen Namen gehört hätten, er sei doch gestern eingekleidet und verlesen worden.
Er fragte es mit Schweiß auf der Stirn und großen bittenden Augen. Er fragte es, obwohl er wußte, daß er nicht aufgerufen worden war. ... Er fragte in das Schweigen hinein und wußte, daß er keine Antwort bekommen würde. Er konnte es nicht fassen, daß er nun unter denen sein würde, die sehen würden, wie der letzte Lastwagen um die Ecke bog. ...
Einer war unter ihnen, der mir besonders nahe stand. Ein Landsmann aus meiner engeren Heimat, ein harmloser kleiner Kerl. Betroffen starrte er zu uns hinauf, die wir auf dem LKW saßen. Erschüttert und fassungslos stammelte er, daß er nicht mitfahren werde. ...
Dann wurde der Motor angeworfen. ... Sie haben nicht hinter uns hergeschaut. ...
Die Sonne Moskaus strahlte auf unseren Weg. Wir fuhren in den eisigen Morgen hinein, in das Sammellager, wo wir noch einmal genau untersucht und abgetastet wurden, marschierten von dort gegen Nachmittag zum Güterbahnhof, wurden einwaggoniert. 750 Mann.
Später kamen kleine Trupps dazu, sie erzählten alle, sie seien die letzten ihrer Lager. Es wurden neue Waggons angehängt und nachts – wie immer – zog plötzlich die Lokomotive den rumpelnden Zug an. Krachend prallten die Wagen aufeinander, irgendwo schrie es: "Einsteigen, einsteigen!"
Der glühende Ofen wackelte hin und her, und einer sagte erlöst in das Schweigen, sagte es befreiend: "Wir fahren!" Das war am 27. Dezember 1949 um 0.30 Uhr die Abfahrt des letzten offiziellen Heimkehrertransportes.
Durch das Fenster, dieses Mal nicht verdrahtet und vergittert, huschte der Schein der Tiefstrahler des Güterbahnhofs. Draußen lag Schnee auf den Böschungen zwischen den Geleisen. Schlagend und stoßend rollte der Zug quer über die Schienen hinüber nach dem Ausfallgleis. Dann wurde die Fahrt ruhiger, stetiger.
In den Waggons hörte man plötzlich befreites Lachen, tiefes Aufatmen und Sprechen. Das war nun ein weiterer Schritt in die Freiheit. Jetzt wird noch der Übergang über den Bug kommen, hinter Brest-Litowsk, dann die Entlassung in Frankfurt an der Oder und dann – dann --- ? Aber das war noch weit, denn wer wußte denn, ob er nicht noch an diesen beiden Punkten scheiterte und wieder zurück mußte. ...
Der 50-Tonnen-Waggon faßte 80 Mann. Einige standen immer an den kleinen schmalen Gucklöchern und starrten hinaus in die eintönige Landschaft. – So war es auch bei den trostlosen Fahrten der Gefangenen durch Rußland gewesen: Stumm starrten matte Augen hinaus, und der Rhythmus der klopfenden, klirrenden Räder erfüllte das Denken.
Damals waren keine Pritschen in den Waggons, gab es keine brennenden Öfen, keine Stroh-

säcke. Damals waren in denselben Waggons 120 und mehr Männer zusammengepfercht. Aber damals stierten diese fernverlorenen Männeraugen durch das kleine vergitterte Fenster, trostlos, hoffnungslos und leer.
Jetzt schimmerte Hoffnung in diesen Augen, aber auch Traurigkeit. Und vielleicht auch Angst vor der Zukunft, in der man selbst zu bestimmen haben würde, in der man nicht mehr mit "Dawai, Dawai" zur Arbeit getrieben würde und zu irgendeinem Tun, das nicht dem eigenen Willen entsprang ...
Es ist schwer in die ungewisse Fremde zu fahren, viel schwerer aber in die ungewisse Heimat, die man in allen Traumbildern so gesehen hatte, wie sie einst war, wie würde sie wohl jetzt aussehen? Der Gedanke daran verursacht Herzklopfen. ...
Der Zug rollt, rollt schnell, so schnell, als ob er die Menschenlast möglichst rasch ans Ziel bringen wolle. Wir fahren im letzten Zug.
"Hier stand meine Batterie", sagt einer, "dort lagen die frierenden Infanteristen, die nicht einmal Sommermäntel hatten. Der Frost war grausam, 52 Grad Celsius unter Null und keine Ruhe, kein Haus. Der Iwan griff mit sibirischen Truppen an. Prima ausgerüstet. Sie konnten im Schnee in ihrer Wattekleidung mit den Filzstiefeln und den Pelzmänteln schlafen. Wir hatten keinen Sprit, keine Munition!"
"Heute noch stehen unsere abgeschossenen und unbeschädigt verlassenen Panzer hier", sagte ein anderer. Die alten, kurzstummeligen 7,5-cm-Rohre schauen aus dem Turm in den Himmel hinauf, trostlos, trostlos. –
Wir blicken in die Ferne, hinüber nach dem Wald, wo Gräber unserer Toten vergessen und verschollen liegen mögen, vergessen wie so viele Gräber des letzten Krieges überall auf der Erde.
Ich denke an die sieben Gräber am Waldrand von Kommunarka, Nummern waren auf den Kreuzen. So lange wir in dem Lager dort droben waren, wußten wir, wer unter den Hügeln lag, die wir pflegten. Die Birkenkreuze werden verwittern, die Nummern verbleichen, verschwinden, und kein Mensch (wird) mehr wissen, daß dort am Waldesrand sieben namenlose brave deutsche Menschen ihren langen Schlaf schlafen. ...
Jetzt sind wir im rollenden, schlagenden Zug, wir Lebenden, wir Nochlebenden, schauen in das Kampfgelände, stunden- und tagelang und denken unsere neuen, immer sich wiederholenden Gedanken von dem was war, was ist, was sein wird und werden soll.
Die Herzen sind schwer, selten lacht einer, die meisten schweigen und starren hinaus übers Land, sie schauen und sehen wohl nichts. Alles fliegt an den Augen vorüber.
Nur wenn einer sagt: "Schau, dort an dem Dorfrand fiel mein bester Kamerad", dann blickt man hinüber, dorthin, wo die schwarze Erde aufgesprungen sein mag im Feuer der russischen Geschütze, dorthin, wo die Stalinorgeln Verderben streuten und frierende Männer sich in die frostkalte Erde krallten.
Der lange Zug rollt und rollt, und unsere Gedanken werden still und trüb. Alles, was wir uns in der ersten Freude vorgenommen (haben), ist vergessen. Wir wollten singen, Karten spielen, uns frohe Dinge erzählen. Alles ist vergessen.
Steinern und grau sind unsere Gedanken. Die Schwere einer ungewissen Zukunft erfüllt uns mit Unruhe. Was würde werden, was sein? Was würde die Frau tun, wie würde sie aussehen, wie die Kinder? Wie würde die Heimat, das Haus, die fremde Umgebung uns empfangen? Würden wir wieder Sklaven sein?
Dann kam Brest mit der berüchtigten Durchsuchung, von der wir so viel hatten sagen hören. Es war nicht so schlimm. Vielleicht war es für Menschen, die so etwas noch nicht erlebt hatten unerhört und würdelos. Wir konnten nur darüber lächeln und die Durchsuchenden mit Dingen bestechen, die uns nichts, ihnen aber viel galten.
"Arme Kerle!" dachten wir.

Wieder war es Nacht, als wir in den Zug gewiesen wurden. Diesmal ohne Überwachung von Männern und Frauen in russischen Uniformen. Kein Dawai-Ruf, kein "bistraij, bistraij!!" – "schnell, schnell!"
Die Waggons waren kleiner als die bisherigen, standen auf deutscher Spurweite, waren tadellos sauber. Wir lasen, daß es sich um Wagen der "Reichsbahn" handelte. An den Öfen fehlten zum größten Teil Rohre, aber die waren rasch aus unserem bisherigen Transportzug besorgt, und bald hatten wir uns eingerichtet.
Wir lagen, 40 Mann in einem 15-Tonnen-Waggon auf 19 Quadratmeter Fläche, drei Pritschen übereinander. Sie reichten nicht ganz aus, aber man hatte wohl damit gerechnet, daß sechs, acht Mann immer um den Ofen herumsitzen würden. Viel lag hinter uns, aber auch viel vor uns. Das eine wußte man, das andere machte bange.
Männer waren unter uns, die als Kinder in die Fronzeit gingen, Männer, die mit hungrigen Augen zuhörten, wenn die anderen von ihren Liebsten erzählten, von Dingen, die ihre Phantasie erregten. Sie ahnten nur die Seligkeit, die aus den groben, ungeschliffenen oder scheuen Worten der anderen klang.
Wir wußten, daß manche Frau daheim ihren Weg vergessen hatte, und doch dachten wir an die andere, die wartete, nur wartete, sich erhielt und aufopferte, um dann an dem einen Tag die Arme auszubreiten und sagen zu können:
"Es ist alles gut! Du bist da!" -<<

31.12.1949

DDR: Im Jahre 1949 fliehen 125.245 Sowjetzonenflüchtlinge in den Westen.

BRD: In den Jahren 1945-49 müssen die Westdeutschen insgesamt Besatzungskosten in Höhe von 21.289 Millionen RM/DM zahlen (britische Zone: 10.416 Millionen RM/DM, US-Zone: 7.882 Millionen RM/DM und französische Zone: 2.991 Millionen RM/DM).
Im gleichen Zeitraum sind in den 3 westdeutschen Besatzungszonen außerdem 2.280 Millionen RM/DM für ausländische Zwangsarbeiter (verschleppte "Fremdarbeiter) aufzubringen (x111/79-80).

Dezember 1949

Jugoslawien: Die deutschen Generale Bleyer, Henke und Hülfing sowie mehrere österreichische Offiziere werden Anfang Dezember 1949 vom Militärgericht in Werschetz zum Tod verurteilt.
Ehemalige deutsche Todeskandidaten berichten später über die damaligen Mißhandlungen und Haftbedingungen im jugoslawischen Zuchthaus Sremska Mitrovica (x130/242-243):
>>Wir mußten in einem langen Keller Exerzierübungen machen, erlitten dabei Stockschläge und Fußtritte. Besonders schlimm erging es mir, als ich auf Befehl der Wachmannschaft einem Kameraden Schläge ins Gesicht geben und ihn anspucken sollte.
Meine Weigerung wurde mit furchtbaren Schlägen der Wächter quittiert, und zwar für uns beide. ...
Als Kälteschutz gab es eine kurze gefütterte Jacke oder einen alten Mantel. Decken mußte man selbst haben. Tag und Nacht mußten sämtliche Fenster geöffnet bleiben. ...
Kamerad Steidle, gleich uns allen sehr schwach, bat um Aufnahme in die Krankenstube; man erwiderte ihm, daß er eben bei dieser schlechten Kost eingehen würde – mehr zu essen könne man ihm nicht geben. ... (Ferdinand Steidle starb im Februar 1951 im Zuchthaus)
Tagsüber durfte man sich mit den Decken nicht zudecken und sich außerdem nur auf die vordere Kante der Strohsäcke hinsetzen. Es durfte zunächst nicht einmal laut gesprochen werden. Wer irgendwie auffiel, mußte stundenlang das Parkett glänzend reiben oder ein paar Stunden stillstehen. ...
Beim Kaffe- und Essenholen mußte man einen Pappdeckel unter das Eßgeschirr halten, damit ja kein Tropfen aufs Parkett fiel. Wehe, wenn dies einmal der Fall war. 7 Tage Bunker gab es

dafür. ...
Wir lagen wie die Ölsardinen in ihrer Büchse. Mit dem Kopf immer neben den Füßen des Nachbarn. Der Zementboden war mit Strohsäcken bedeckt, die von Flöhen wimmelten. Die Kameraden sahen erschreckend grau und abgemagert aus.
Einer der Kommandierenden des Zuchthauses, ein stiernackiger roher Kerl, hielt es darüber hinaus für angebracht, uns jeden Abend, wenn er zum Abfragen von Zelle zu Zelle ging, zu schlagen oder zu treten.
Es war die Zeit unserer allertiefsten Erniedrigung. Wir waren vogelfreie Menschen, für die es keine Rechte mehr gab, sondern als Erlösung voraussichtlich nur den Tod. ...<<
UdSSR: Otto Tauber berichtet später in seinem Buch "Die Männer um Röder" über das Schicksal von deutschen Kriegsgefangenen in der Sowjetunion: >>... Monate gingen über das Land, reihten sich eintönig aneinander und wurden zu Jahren.
An einem regnerischen Dezembertag des Jahres 1949 saßen drei Männer um den aus Ziegelsteinen gebauten Ofen im rückseitigen Teil einer Baracke.
Pfarrer S. sah immer wieder die beiden Menschen an, die in ihren neuen Steppanzügen ihm gegenüber auf der Bank hockten.
W. und B. fuhren nach Haus. Sie wollten sich verabschieden.
"Ich habe heute morgen in einer stillen Stunde einmal versucht, die Bilanz aus den letzten 10 Jahren zu ziehen", sagte W. "Es ist nichts dabei herausgekommen – nichts Positives."
Aus den zum Trocknen aufgehängten Kleidungsstücken fielen Wassertropfen auf die Ofenplatte und verdampften zischend.
"Nichts".
"Etwas haben die Jahre doch gebracht – die Heimkehr", meinte der Pfarrer.
W. nickte nachdenklich.
"Wie ist von diesem Tag gesprochen worden in den langen Jahren! Man hat ihn herbeigesehnt, hat davon geträumt im Wachen und Schlafen. Ich habe versucht mir klarzumachen, was es bedeutet, nach Hause zu fahren. Ich wollte mich freuen. Es geht einfach nicht. Sind wir abgestumpft?
Vielleicht können wir uns gar nicht mehr freuen, wie ein Mensch, der jahrelang in einem dunklen Kerker eingesperrt war, von dem Tageslicht geblendet nichts mehr sehen kann, wenn man ihm plötzlich die Freiheit wieder gibt."
"Er wird aber wieder sehen können, nach einer Zeit. Wenn er sich an das Tageslicht gewöhnt hat, so wird er bald die vertrauten Dinge wieder wahrnehmen wie früher", antwortete Pfarrer S.
"So werdet Ihr Euch auch wieder freuen können."
"Mußten wir ein Jahrzehnt an Gräbern vorbeigehen, nur um endlich heimkehren zu können?", fragte W.
"Liegt der Sinn des Lebens darin, daß man auf Schritt und Tritt dem Tod begegnet, einem nackten, widerlichen Tod? Ist das nicht alles unsinnig?"
"Alles hat einen Sinn im Leben", sagte der Pfarrer.
Er schob ein Stück Holz in die Feuerung, blickte für einen Augenblick den Funken nach, die langsam zu Boden fielen und verloschen.
"Mag sein, daß wir den Sinn nicht sofort erkennen. Wenn man ganz dicht vor einem Mosaik steht, so sieht man nur einzelne bunte Steinchen – scheinbar planlos angeordnet. Treten wir aber einige Schritte zurück, nehmen wir Abstand, so sehen wir, wie ein Stein sich auf den anderen fügt. Aus dem scheinbar Planlosen wird ein wohldurchdachtes Kunstwerk. Genauso ist es im Leben."
Im Ofen knisterte das Holz. Aus dem schadhaften Barackendach tropfte gleichmäßig der Regen. Es hörte sich an wie das Ticken einer Standuhr.

B. drehte seine Pelzmütze in den Händen. Er druckste, rutschte auf der Bank hin und her, räusperte sich verlegen und sah den Pfarrer an:
"Ich wollte mal fragen, ob es stimmt, daß Sie auf der Heimkehrerliste standen und freiwillig zurückgetreten sind?"
"Ja, Hannes, das stimmt", antwortete Pfarrer S.
"Sieh mal, wenn wir alle fahren würden, wäre ich auch dabei. Aber Du weißt doch, daß noch einige Hunderte hierbleiben müssen, die verurteilt wurden, oder gegen die noch ein Verfahren schwebt. Was sollen die denn denken, wenn ich sie jetzt im Stich lasse!"
Er stand auf und schloß die Tür, die bei einem Windstoß aufgesprungen war. Setzte sich wieder.
"Uns sind im Leben Aufgaben gestellt. Deine ist, jetzt in der Heimat für die Familie zu sorgen. Meine ist, hier zu helfen so gut ich es kann."
"Wird es hier nicht sehr einsam sein?", fragte W. mit gepreßter Stimme.
"Einsam ist es auch für die Menschen, die hierbleiben müssen", sagte der Pfarrer.
"Vergeßt sie nicht. Sie müssen wissen, daß sie wohl einsam aber nicht verlassen sind. Grüßt die Heimat von denen, die hier draußen an unzähligen Gräbern Totenwacht halten. An Gräbern, von denen jedes ein Menschenschicksal birgt. Sprecht von diesen Schicksalen, sprecht davon, woran die Menschen zerbrachen. Sagt, daß es viele ... gegeben hat, die immer wieder fragten: Warum?
Und nicht jeder von ihnen fand angesichts des Todes eine Antwort. Sie fragen auch heute noch – mahnend und anklagend – eine Welt, die keine Antworten geben kann."
Der Pfarrer hatte sich erhoben. Er blickte den beiden Männern nach, bis sich die Tür hinter ihnen geschlossen hatte.
In der Stille tropfte wieder der Regen von der Decke ... gleichförmig und eintönig ... Sekundenschläge einer endlosen Zeit. ...<<
DDR: Die 20jährige Eva F. (ehemalige BDM-Jungmädelführerin) berichtet über ihre Internierung im sowjetischen Lager Sachsenhausen in der Stadt Oranienburg (x126/110): >>... Ende 1949 bekamen wir die Möglichkeit, eine Karte mit 12 Zeilen nach Hause zu schicken.
Die Antworten von zu Hause brachten in den meisten Fällen weder Freude noch Erleichterung, denn in den vergangenen Jahren des Schweigens waren im Leben draußen so viel tragische Umwälzungen erfolgt – Todesfälle, Scheidungen und so weiter -, daß viele Mithäftlinge jetzt erst seelisch zusammenbrachen. ...<<
Berlin: Bertolt Brecht (1898-1956, Schriftsteller, emigriert 1933 in die USA) schreibt nach seiner Rückkehr im Jahre 1949 das Gedicht "Als ich kam in die Heimat" (x115/321):
>>Als ich kam in die Heimat
Und sah den Rest so stehn
Da bekam ich einen Schrecken
Und wollte schneller gehen.
Doch wär ich auch schneller gegangen
So schnell wie nie, uns bangt:
Aus solcher Trümmerstätte
Wär ich nicht hinausgelangt.<<
BRD: Der deutsche CDU-Politiker Konrad Adenauer (von 1949-1963 Bundeskanzler) berichtet im Jahre 1949 (x373/8): >>"Wir sind keine Mandanten des deutschen Volkes, wir haben den Auftrag von den Alliierten." …<<
Die ostpreußische Schriftstellerin Agnes Miegel (1879-1964) schildert im Jahre 1949 in dem Gedicht "Es war ein Land" ihre persönliche Trauer über den Verlust der Heimat (x035/175-176): >>**Es war ein Land**
O kalt weht der Wind über leeres Land,

O leichter weht Asche als Staub und Sand!
Und die Nessel wächst hoch an geborstner Wand,
Aber höher die Distel am Ackerrand!

Es war ein Land, - wo bliebst Du, Zeit?
Da wogte der Roggen wie See so weit,
Da klang aus den Erlen der Sprosser Singen
Wenn Herde und Fohlen zur Tränke gingen,
Hof auf, Hof ab, wie ein Herz so sacht,
Klang das Klopfen der Sensen in heller Nacht,
Und Heukahn an Heukahn lag still auf dem Strom
Und geborgen schlief Stadt und Ordensdom, -
In der hellen Nacht, -
der Johannisnacht!

Es war ein Land, - im Abendbrand
Garbe an Garbe im Felde stand.
Hügel auf, Hügel ab, bis zum Hünengrab
Standen die Hocken, brotduftend und hoch,
Und drüber der Storch seine Kreise zog.
So blau war die See, so weiß der Strand
Und mohnrot der Mond am Waldesrand
In der warmen Nacht, -
der Erntenacht!

Es war ein Land, - der Nebel zog
wie Spinnweb, das um den Wacholder flog,
Die Birken leuchteten weiß und golden,
und korallen die schweren Quitschendolden,
Die Eicheln knirschten bei Deinem Gehn
In den harten Furchen der Alleen.
Ein Stern mir blinkte, fern und allein,
Und Du hörtest im Forst die Hirsche schrein
In der kalten Nacht, -
der Septembernacht!

Es war ein Land, - der Ostwind pfiff,
Da lag es still wie im Eis das Schiff,
Wie Daunen deckte der Schnee die Saat
Und deckte des Elchs verschwiegenen Pfad.
Grau fror die See an vereister Buhne
Und im Haff kam Fischer und Fisch zur Wuhne.
Unter warmem Dach aus Stroh und Ried
Klappte der Webstuhl zu altem Lied:
"Wi beid', wi sönn noch jong on stark,
Nähr'n ons möt eigne Hände, -"
Es war ein Land, - wir liebten dies Land, -
Aber Grauen sank drüber wie Dünensand.
Verweht wie im Bruch des Elches Spur

Ist die Fährte von Mensch und Kreatur, -

Sie erstarrten im Schnee, sie verglühten im Brand,
Sie verdarben im Elend in Feindesland,
Sie liegen tief auf der Ostsee Grund,
Flut wäscht ihr Gebein in Bucht und Sund,
Sie schlafen in Jütlands sandigem Schoß, -
Und wir letzten treiben heimatlos,
Tang nach dem Sturm, Herbstlaub im Wind, -
Vater, Du weißt, wie einsam wir sind!

Nie zu klagen war unsre Art,
Du gabst und Du nahmst, - doch Dein Joch drückt hart!
Vergib, wenn das Herz, das sich Dir ergibt,
Nicht vergißt, was zu sehr es geliebt.

O kalt weht der Wind über leeres Land,
O leichter weht Asche als Staub und Sand!
Und die Nessel wächst hoch an geborstner Wand,
Aber höher die Distel am Ackerrand!<<

1950

>>Kein größerer Schmerz ist denkbar als sich erinnern an die Zeit des Glückes im Unglück.<< (Alighieri Dante)

05.01.1950

Ostdeutschland: Kreis Heilsberg, Ostpreußen – Erlebnisbericht der Meta K. (x002/202):
>>Im Januar 1950 brach ich mir ... durch Sturz auf einer vereisten Straße den rechten Arm. Weil ich gerade stellenlos war, gab es kein Krankengeld, und auch die Wohlfahrt kümmerte sich trotz eines Bittgesuches nicht um mich, weil ich eine Deutsche war. Von Mutters sauer verdientem Geld lebte ich nun recht und schlecht. (Ich) fand außerdem viel Liebe und Hilfe bei bekannten Deutschen und Polen.
Am 3. August 1950 wurden wir dann endlich auf den Weg nach Westdeutschland gebracht und landeten am 19. August 1950 in Detmold bei meiner Schwester. ...<<

08.01.1950

BRD: Waldemar Kraft (1898-1977), Theodor Oberländer (1905-1998) und weitere Anhänger der deutschen Vertriebenenorganisationen gründen am 8. Januar 1950 in Kiel die Blockpartei der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE), um vor allem die Interessen der deutschen Flüchtlinge und Vertriebenen zu vertreten.
Der deutsche Assessor Ulrich Bachmann schreibt später über Theodor Oberländer (x051/426):
>>Oberländer, Theodor, geboren in Meiningen 1.5.1905, deutscher Politiker; Studium der Agrarwissenschaften und Volkswirtschaft, Professor in Danzig, Königsberg, Greifswald und Prag, Hauptforschungsgebiet: osteuropäische Wirtschaft.
Seit 1933 in der NSDAP, war Oberländer 1939-45 Reichsführer des Bundes Deutscher Osten. Nach dem Krieg war er Mitbegründer und Bundesvorsitzender des Gesamtdeutschen Blocks/BHE, trat aber 1956 zur CDU über.
Als Bundesvertriebenenminister trat er 1960 zurück wegen des Vorwurfs, er habe als Offizier der deutsch-ukrainischen Einheit "Nachtigall" im Herbst 41 in der Sowjetunion an Erschießungen von Juden und Polen teilgenommen. Das diesbezügliche strafrechtliche Ermittlungsverfahren wurde von der Staatsanwaltschaft Bonn allerdings eingestellt. In der DDR wurde

Oberländer vom Obersten Gerichtshof in Abwesenheit zu lebenslangem Zuchthaus verurteilt. Der "Fall Oberländer" führte seinerzeit in der Öffentlichkeit zu heftigen Kontroversen, die erneut aufflammten, als Oberländer 1963 wieder für den Bundestag kandidierte.<<

17.01.1950

DDR: Marschall Wassili Tschuikow (1900-1982, 1949-52, Oberkommandierender der sowjetischen Truppen in der SBZ, Vorsitzender der sowjetischen Kontrollkommission in der DDR) teilt dem stellvertretenden DDR-Ministerpräsidenten Ulbricht am 17. Januar 1950 die Schließung der letzten sowjetischen Internierungslager mit (x126/195): >>Ich habe die Ehre, Ihnen mitzuteilen, daß laut Beschluß der Regierung der UdSSR alle Internierungslager, die unter Kontrolle der sowjetischen Behörden in Deutschland standen - Buchenwald, Sachsenhausen und Bautzen - liquidiert werden. ...

Aus den Lagern werden 15.038 Personen entlassen, einschließlich der 5.504 Personen, die früher von Militärtribunalen zu verschiedenen Strafen verurteilt wurden. Dem Ministerium des Innern (der DDR) werden 3.432 Internierte übergeben zur Untersuchung ihrer verbrecherischen Tätigkeit und Aburteilung durch Gerichte der Deutschen Demokratischen Republik. Ebenso werden dem Innenministerium der Deutschen Demokratischen Republik 10.513 Verhaftete zur Verbüßung ihrer Strafen übergeben, die für von ihnen begangene Verbrechen von Militärtribunalen ausgesprochen worden sind.

In den Händen der sowjetischen Behörden bleiben 649 Verbrecher, die besonders große, gegen die Sowjetunion begangene Verbrechen begangen haben.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Konzentrationslager" in der SBZ (x009/228): >>... 1950 wurden einige Konzentrationslager (Bautzen, Torgau) aufgelöst und gingen als Strafanstalten an die Strafvollzugsbehörden über.

Gegen 3.500 an Zonenbehörden übergebene KZ-Häftlinge wurden in Waldheim Kriegsverbrecherprozesse durchgeführt. ...<<

Der 28jährige Helmut K. berichtet über seine Internierung im sowjetischen Lager Sachsenhausen in der Stadt Oranienburg (x126/167): >>... Ich habe im Bad und in der Entlausungsstation gearbeitet und mußte jeden Tag 2 Stunden Holz hacken, um die Desinfektionsöfen zu beheizen.

Im Lager tat man buchstäblich alles, um am Leben zu bleiben. Wer arbeiten durfte, empfand das als große Gnade. Es gelang mir sogar, ein wenig Tabak zu pflanzen und damit Handel zu treiben. Solcher Art Tauscherei gehörte in Sachsenhausen zum Alltag.

Überleben war wirklich Glückssache, denn der Hunger wuchs oft bedrohlich an. Ich erinnere mich vor allem an das immer wieder verabreichte Sauerkraut. Wer magenkrank war ist entweder gestorben oder wieder gesund geworden. Daß ich diese Torturen überlebt habe, ist vielen Zufällen zu verdanken.

Wer aus dem Lager entlassen werden sollte, ging zuvor meist in eine abgesonderte Baracke. Dort wurden neue Kleider verteilt, und die Häftlinge erhielten Sonderrationen, damit sie dann in einigermaßen passablem Zustand entlassen werden konnten. Für mich kam dieser Tag am 17. Januar 1950.

Nach 4 Jahren und 2 Monaten Zuchthaus, Gefängnis und Lager winkte endlich die Freiheit. Man gab mir 20 Mark und einen Entlassungsschein.

Warum ich so lange hinter Gittern und Stacheldraht verbringen mußte, hat mir bis heute niemand gesagt.

Meine Partei (LDP) stellte mich sofort wieder ein. ...<<

20.01.1950

DDR: Die DDR-Zeitschrift "Für Dich" berichtet am 20. Januar 1950 über die angeblich guten Haftverhältnisse im sowjetischen Internierungslager Sachsenhausen (x126/194): >>Ein Tagesablauf im Internierungslager entsprach durchaus dem Tagesablauf eines werktätigen Men-

schen. Außer dem Freiheitsentzug gab es für die Häftlinge keine besonderen Härten. ...
(Die Lagerinsassen hätten sich unter Tränen von ihrem sowjetischen Wachpersonal) "in vielen Fällen Freunde" (verabschiedet).<<

24.01.1950

DDR: Der Dachdeckerlehrling Klaus S. berichtet aus dem sowjetischen Internierungslager Sachsenhausen in der Stadt Oranienburg (x126/99): >>Als dann im Januar 1950 die ersten Meldungen von der Auflösung der Lager Sachsenhausen und Buchenwald durch unsere Lautsprecher kamen, wollte kein Mensch so richtig daran glauben, aber dann ging es tatsächlich los. ...
Am 24. Januar mittags um 2 Uhr erklang auch mein Name. Doch wußte keiner von uns, geht es jetzt heim oder zur deutschen Justiz, denn wir hatten ja erfahren, daß viele von uns den DDR-Behörden zur "Strafverbüßung" übergeben werden sollten.
Ich war noch am selben Abend im Zellenbau und erhielt dort meine Laufkarte. Erst jetzt wurde uns klar, daß es nach Hause ging. Im Zellenbau war die Stimmung ganz groß. Die darauffolgende Nacht konnte keiner von uns schlafen. ...<<

25.01.1950

DDR: Der Dachdeckerlehrling Klaus S. berichtet aus dem sowjetischen Internierungslager Sachsenhausen in der Stadt Oranienburg (x126/99): >>... Am nächsten Tag gab es jedoch einen Zwischenfall. Alle, die sich schon ausgerechnet hatten, wann sie zu Hause wären, wurden enttäuscht, denn am 25. Januar erschien kein Offizier.
Erst am Mittag erfuhren wir, daß 1.000 Kameraden mit LKW von der Volkspolizei abgeholt und nach Bautzen ins Gefängnis geschafft wurden. Unsere Entlassung zögerte sich um einen Tag hinaus. Nun, wir hatten 4 Jahre ausgehalten, so hielten wir auch diesen Tag noch aus.<<

26.01.1950

DDR: Der Dachdeckerlehrling Klaus S. berichtet aus dem sowjetischen Internierungslager Sachsenhausen in der Stadt Oranienburg (x126/99): >>Der 26. Januar 1950 war dann aber tatsächlich der Tag unserer Entlassung ...
Vormittags um 10 Uhr ging es dann, nachdem wir nochmals gefilzt worden waren, durch den großen Uhrturm, den eigentlichen Haupteingang.
Am 7. November 1946, abends 6 Uhr, hatte ich ihn das erste Mal passiert, am 26. Januar 1950, vormittags 10 Uhr, durchschritt ich ihn das zweite Mal und verließ damit das Todeslager Sachsenhausen für immer.<<

27.01.1950

BRD: Bundeskanzler Adenauer erinnert am 27. Januar 1950 im Deutschen Bundestag an das deutsche Kriegsgefangenen-Problem und berichtet ausführlich über die in Jugoslawien zum Tod oder zu langen Haftstrafen verurteilten deutschen Offiziere (x026/90): >>... Besonders erschütternd sind die neuesten Nachrichten über das Schicksal der Kriegsgefangenen, die in Jugoslawien unter dem Vorwand von Untersuchungen über Kriegsverbrechen zurückgehalten worden sind. Diese Gefangenen sind bis zum Dezember 1949 in einem besonderen Lager interniert gewesen.
Wie aus einwandfreien Berichten hervorgeht, erfolgten Voruntersuchungen und Verhandlungen gegen diese Deutschen ohne Beachtung auch nur der elementarsten Rechtsgrundsätze. Es fanden Verhöre unter verschärften Bedingungen, verbunden mit Schlägen, Folterungen, Einzelhaft und Nahrungsentzug statt. Von Gewährung irgendeines Rechtsschutzes kann keine Rede sein.
Nach den neuesten, der Bundesregierung vorliegenden Nachrichten wurde die große Mehrheit der Gefangenen im Dezember vorigen Jahres in das Staatsgefängnis Mitrowitz übergeführt. Es besteht aber Grund zu der Annahme, daß fast alle deutschen Gefangenen inzwischen im Schnellverfahren zu hohen Freiheitsstrafen verurteilt worden sind, wenn nicht in vielen Fällen

sogar die Todesstrafe ausgesprochen ist. ...
Als Sofortmaßnahme wurde die Alliierte Hohe Kommission gebeten, die Aufschiebung der Vollstreckung etwa ergangener Todesurteile und die Aushändigung einer Namensliste sämtlicher Verurteilter mit den erkannten Strafen und der Untersuchungsgefangenen mit Angabe der Anklagepunkte zu erwirken.
Auf die besondere Eilbedürftigkeit der erbetenen Schritte ist die Alliierte Hohe Kommission ausdrücklich hingewiesen worden. Im übrigen ist der jugoslawischen Regierung auch auf anderem Wege das dringende Verlangen der Bundesregierung nach Freilassung dieser Kriegsgefangenen unterbreitet worden.
Sie werden verstehen, meine Damen und Herren, daß diese Vorgänge uns nicht zum Abschluß eines Handelsvertrages mit Jugoslawien ermutigen.
Lassen Sie mich ein Wort an die gesamte Weltöffentlichkeit richten: Hier handelt es sich um solche Vergehen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit, daß die gesamte Öffentlichkeit auf der ganzen Welt sich dagegen empören muß.<<
Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung für Kriegsgefangenengeschichte berichtet später über die politischen Maßnahmen Jugoslawiens, deutsche Kriegsgefangene gegen wirtschaftliche Vorteile zu entlassen (x130/244): >>Vielleicht erklärt sich hieraus, daß die Todesurteile an den Österreichern (1949/50) vollstreckt wurden, während man die deutschen Todeskandidaten zu Freiheitsstrafen begnadigte und schließlich (nach mehr als 3 Jahren, sobald man den Handelsvertrag abgeschlossen hatte) repatriierte. ...
... Die Offiziere von Werschetz sind amnestiert worden, sobald die Bundesrepublik Deutschland mit Jugoslawien einen Handelsvertrag abgeschlossen hatte, ... so daß der Foltertod der Werschetzer um so sinnloser gewesen ist.<<

31.01.1950

CSR: Tschechoslowakisch-amerikanisches Übereinkommen vom 31. Januar 1950 über die Zusammenführung von 20.000 Deutschen mit ihren Familienangehörigen in Westdeutschland (x004/356-357): >>Am 26. Oktober 1949 bat die Bundesregierung die Alliierte Hohe Kommission der Überführung von 45.000 Deutschen und Volksdeutschen aus der CSR, Polen und den deutschen Gebieten unter polnischer Verwaltung zuzustimmen. Sie schätzte, daß 20.000 Personen aus der CSR und 25.000 Personen aus Polen und den besetzten deutschen Ostgebieten kommen würden. Zweck der Umsiedlung war, die betreffenden Personen mit ihren bereits in Westdeutschland durch die Aussiedlung im Jahre 1945 und 1946 ansässig gewordenen Angehörigen zusammenzuführen.
Der Rat der Alliierten Hohen Kommission stimmte diesem Ansuchen am 25.11.1949 zu und beschloß in der vierten Sitzung des Komitees für Flüchtlinge und Displaced Persons am 14.12.1949, den Briten die Führung der Verhandlungen mit den polnischen Behörden und den Amerikanern die Führung der Verhandlungen mit den tschechoslowakischen Behörden zu übertragen.
Am 31.1.1950 erzielten das Permit Office der Alliierten Hohen Kommission in Prag und ein Vertreter der Abteilung für verschleppte Personen der "Hohen US-Kommission" mit der tschechoslowakischen Regierung ein Übereinkommen über die technischen Einzelheiten bei der Umsiedlung der 20.000 in der CSR befindlichen Personen. Den Unterhandlungen wohnten auch Vertreter des Internationalen Roten Kreuzes bei.
Dies ist der Text des Übereinkommens:
"Im Zusammenhang mit der Auswanderung aus der CSR im Zuge der Familienzusammenführung der bereits in Deutschland ansässig gewordenen Deutschen von 20.000 Personen deutscher Volkszugehörigkeit werden zwischen dem Permit Office der Alliierten Hohen Kommission einerseits und dem tschechoslowakischen Innenministerium andererseits folgende Verfahren und technische Einzelheiten festgelegt:

Allgemeines:
A. Daß die Auswanderung seitens der Betreffenden freiwillig ist und sich gemäß der tschechoslowakischen Auswanderungsbestimmungen vollzieht.
B. Daß hinsichtlich der Eigentums- und Vermögenswerte der Betreffenden die bestehenden Zollbestimmungen für Auswanderung aus der CSR angewandt werden.
2. Durchführungsbestimmungen:
A. Das Innenministerium wird dem Permit Office der Alliierten Hohen Kommission nach und nach Listen der betreffenden Personen (insgesamt 20.000) liefern.
B. Nach der Genehmigung werden diese Listen vom Permit Office der Alliierten Hohen Kommission dem Innenministerium zurückgegeben. Auf Grund dieser genehmigten Listen wird das Innenministerium wenigstens einen, ungefähr 400 Personen umfassenden Transport wöchentlich abfertigen, der über Furth im Wald nach Deutschland geleitet wird. Der erste Transport wird Mitte März 1950 stattfinden.
C. Das Permit Office der Alliierten Hohen Kommission wird für jeden Transport 6 Exemplare einer Liste anfordern, auf der Name, Geburtsdaten, Geburtsort und deutsche Bestimmungsadresse jeder angeführten Person verzeichnet sind. Das Permit Office der Alliierten Hohen Kommission wird ebenso 2 ausgefüllte Zuzugsansuchen und 3 Paßbilder für jede in den Listen aufgeführte Person anfordern, außer für Kinder unter 16 Jahren, die in Begleitung ihrer Eltern reisen. Wo Kinder unter 16 Jahren allein reisen, sind für sie ebenfalls die notwendigen Unterlagen auszustellen.
D. Sowohl die Listen als auch die Gesuche sollen dem Permit Office der Alliierten Hohen Kommission wenigstens 4 Arbeitstage vor der vorgesehenen Abreise des Transportes vorliegen.
E. Nach Erhalt der Liste und der Gesuche wird der Permit Office der Alliierten Hohen Kommission provisorische Ausweise für jede aufgeführte Person ausstellen und wird die Liste für die Einreise des Transportes nach Deutschland bestätigen.
F. Wenigstens 24 Stunden vor planmäßiger Abreise des Transportes werden die vollständigen Unterlagen für jeden Transport dem Innenministerium zu übergeben sein. Unmittelbar nach dem Ausladen werden die tschechischen Züge nach der CSR zurückgehen.
G. Das Internationale Rote Kreuz wird den Aussiedelnden bei der Anfertigung der erforderlichen Unterlagen behilflich sein.
H. Technische Abänderungen dieser Bestimmungen können erst 14 Tage nach Übereinkunft in Kraft treten.
3. Hinsichtlich der Überführung von 25.000 Deutschen aus Polen und aus den polnisch besetzten Gebieten haben die Briten noch keinen endgültigen Bericht vorgelegt, obwohl inoffiziell bekanntgegeben wurde, daß mit den Transporten am 1.3.1950 begonnen werden wird. Sowie weitere Unterlagen vorliegen, werden sie bekanntgegeben.<<

02.02.1950

DDR: Die SED-Zeitschrift "Neue Berliner Illustrierte" berichtet am 2. Februar 1950 über die Entlassung von Häftlingen aus dem sowjetischen Internierungslager Sachsenhausen (x126/-194): >>Ausreichend ernährt und gekleidet sind alle Insassen des Lagers. ... Die Rationen entsprachen der an die arbeitende Bevölkerung bis Dezember 1949 ausgegebenen (Lebensmittel-Karte 2) ...<<

06.02.1950

Ostdeutschland: Kreis Sensburg, Ostpreußen – Erlebnisbericht des M. E. (x002/895): >>Daß wir Masuren sind, leugnen wir nicht ab, wir sind aber deutsche Masuren, daß haben wir 1920 bewiesen. (Es stimmt einfach) nicht, wenn der Pole sagt: "Masuren sind Polen" –
Wir haben unserer Heimat 5 Jahre trotz schwerster Bedrängnis die Treue gehalten, in der Hoffnung, daß wir wenigstens deutsche Schulen und eine deutsche Verwaltung bekommen,

aber wir sind in unserer Hoffnung bitter enttäuscht worden. Unsere Kinder werden gezwungen, die polnische Schule zu besuchen. Wir werden mit hohen Steuern belastet, daß es unter keinen Umständen möglich ist, dieses Leben fortzusetzen. Wir sind (fast) nackt und barfuß, und so geht das Leben nicht weiter.
Wir sind gewillt, in jedem anderen Land zu siedeln oder Sklaven zu spielen. Wir wollen uns jeder Nation unterwerfen, aber nicht hier als Geiseln bleiben, wie es 1939 in Bromberg und Soldau war. ... Wenn wir in Deutschland sind, bringen wir das Beste, was wir ... bringen können.<<

08.02.1950

Ostdeutschland: Internierungslager Lissa im Kreis Turek, Reichsgau Wartheland – Erlebnisbericht des Bauern August R. (x002/620): >>Ein Pole vom Roten Kreuz, ließ uns alle antreten, besah sich unsere Lumpen und versprach bessere Kleidung ... Er hielt uns dann eine versöhnende Rede: "In jedem Kriege ist einer der Unterlegene, der die Zeche zu zahlen hat, Ihr werdet jetzt entlassen, vergeßt alles Schlechte!"
Nach weiteren 2 Wochen wurden wir dann mit etwa 100 anderen Deutschen ... in das Lager Hundsfeld bei Breslau gebracht, in dem wir 8 Tage auf unseren endgültigen Abtransport warten mußten.
Am 1. März kam ich in Friedland ... an.<<

DDR: Am 8. Februar 1950 beschließt das ZK der SED ein "Gesetz über die Teilnahme der Jugend am Aufbau der Deutschen Demokratischen Republik und die Förderung der Jugend in Schule und Beruf, bei Sport und Erholung", um die Verstaatlichung des Sports zu beschleunigen (x009/412).
Am 8. Februar 1950 wird das Ministerium für Staatssicherheit gegründet.
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über den "Staatssicherheitsdienst" (SSD bzw. STASI) in der SBZ (x009/420-421): >>Politische Geheimpolizei der SBZ. Schon Ende 1945 begann der Aufbau eines geheimen Polizeiapparates zur Verfolgung politischer Gegner des SED-Regimes, indem bei den Landes- und Kreisbehörden der Volkspolizei Kommissariate 5", kurz "K 5" genannt, gebildet wurden.
Ende 1946 wurde bei der Deutschen Verwaltung des Innern auch auf zentraler Ebene ein Referat "K 5" innerhalb der Kriminalpolizei errichtet, das politische Delikte als "Auftragsangelegenheiten der Besatzungsmacht" bearbeitete.
Parallel dazu entstand durch Beschluß der Deutschen Wirtschaftskommission vom 12.5.1948 ein "Ausschuß zum Schutz des Volkseigentums", dem die "administrative Kontrolle des gesamten Volkseigentums" übertragen wurde.
Beide Stellen wurden nach Gründung der "DDR" am 7.10.1949 zunächst zu der "Hauptverwaltung Schutz der Volkswirtschaft" im Ministerium der Innern (MdI) zusammengefaßt, danach durch Gesetz vom 8.2.1950 zu einem Ministerium für Staatssicherheit zusammengefaßt (MfS) verselbständigt. ...
Nach dem "Juni-Aufstand" in "Staatssekretariat für Staatssicherheit" umgewandelt und erneut dem MdI unterstellt. Seit November 1955 wieder MfS. Minister seit 1957: Erich Mielke als Nachfolger des in Ungnade gefallenen Ernst Wollweber. Im Februar 1957 hat das MfS die Bereitschaftspolizei, Deutsche Grenzpolizei ... an das MdI abgegeben.
Sitz des MfS: Berlin-Lichtenberg, Bezirksverwaltungen in allen Bezirkshauptstädten und im Sowjetsektor Berlins; Kreisdienststellen in den Kreisen; Beauftragte in Industriebetrieben und landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften. Bis 1954 waren allen Einheiten des SSD Instrukteure des sowjetischen MGB zugeteilt.
Arbeitsweise: Ermittlungs-, Untersuchungs- sowie Vernehmungsmethoden nach Vorbild des KGB; stützt sich in erster Linie auf Berichte seiner Geheimen Informanten (Spitzelwesen)
Der SSD hat sämtliche Lebensbereiche der SBZ gegen alle nichtsowjetischen Regungen und

antikommunistische Gedanken geheimpolizeilich zu "sichern". Daneben betreibt er Spionage, Sabotage, Diversion (Ablenkung) und Zersetzung in West-Berlin, in der Bundesrepublik und zum Teil auch im westlichen Ausland.
Die "offensive" Tätigkeit des SSD obliegt der "Hauptverwaltung Aufklärung" (HVA) im MfS, die sich auf teils legale, teils illegale "Residenturen" (Spionageköpfe) stützt. Fiese "Residenturen" arbeiten konspirativ (d.h. streng verdeckt).
1. in den gesamtdeutschen Abteilungen aller Parteien und Massenorganisationen und Einrichtungen, die durch Kontakte auf dem Wege der Infiltration in die Bundesrepublik hinein wirken;
2. in der Wirtschaft und der technisch-militärischen Forschung außerhalb der SBZ.
Der SSD unterliegt keiner Kontrolle durch die Volkskammer ... Er ist lediglich der Form nach an die Sozialistische Gesetzlichkeit gebunden. Er verletzt sie häufig, wenn auch die bis 1954 festgestellten Vernehmungsmethoden (Licht-, Wasser- und Kältezellen, Verpflegungsentzug, schwere Mißhandlungen) selten geworden sind. Die erwünschten Aussagen erzielt der SSD nötigenfalls durch zermürbende Dauerverhöre.
Der Hauptabteilung V des MfS obliegen in der Zusammenarbeit mit der Hauptverwaltung VIII Planung und Durchführung von Verschleppungen aus dem Westen (Menschenraub).
SSD-Angehörige führen Militärdienstgrade und haben neben SSD-Ausweis auch Kripo-Ausweis und getarnte Papiere.
Stärke: etwa 13.000 Zivilkleidung tragende Offiziere, Unteroffiziere und Angestellte, einschließlich der 1.450 Angehörigen des MfS ohne das 3.000 Mann starke Wachregiment des MfS.<<
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über das "Ministerium für Staatssicherheit" - MfS – (x009/295): >>Zentralbehörde des Staatssicherheitsdienstes.
Der Minister (Generaloberst Erich Mielke) hat 3 Stellvertreter: die Generalmajore Otto Last, Otto Walter, Markus Wolf (sämtlich SED). - Der Hauptteil des Ministeriums für Staatssicherheit ist in Berlin-Lichtenberg.
8 Hauptabteilungen haben operative Aufgaben bei "Sicherung" der SBZ gegen alle freiheitlichen und nichtkommunistischen Bewegungen und Einflüsse.
I. Sicherung der Streitkräfte (NVA und Polizeitruppen);
II: Spionage-Abwehr;
III: Sicherung der allgemeinen Wirtschaft; ...
V: Kampf gegen verdächtige Vereinigungen;
VI: Sicherung der Schwerindustrie und Forschung;
VII: Sicherung der Volkspolizei;
VIII: Verkehrssicherung, Schutz leitender Staats- und Parteifunktionäre. ...<<
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die sowjetische Geheimpolizei "KGB" (x009/213): >>... Entstehungsgeschichte: In den Revolutionstagen wurde die Tscheka zur "Bekämpfung der Gegenrevolution und Sabotage" (Gesetz vom 5.9. und 2.11.1918) gegründet.
Am 6.2.1922 wurde die Tscheka in OGPU - Vereinigte Staatliche politische Verwaltung - umbenannt. Diese ging in dem Volkskommissariat für Innere Angelegenheiten, dem NKWD auf (10.7.1934).
Am 3.2.1941 erfolgte die Abtrennung der eigentlichen Geheimpolizei und die Bildung des NKGB (Volkskommissariat für Staatssicherheit).
Im März 1946 Umbenennung in Ministerien: MGB = Ministerium für Staatssicherheit, wurde im März 1953 in das KGB umgewandelt; MWD = Ministerium für Innere Angelegenheiten. (Dies, zuletzt auf uniformierte Polizei und Paßwesen beschränkt, wurde als zentrale Behörde im Januar 1960 aufgelöst. Seine Aufgaben gingen an die Innenministerien der Gliedstaaten

der Sowjetunion über).
Die Bedeutung des KGB hat sei Mitte 1960 wieder zugenommen. Nach Stalin ist die Geheimpolizei eine "Drohung an die Bourgeoisie, eine immer wachsame Wache der Revolution, das entblößte Schwert des Proletariats".
In der SBZ hat das KGB 3 Aufgaben:
Die Voruntersuchung in politischen Prozessen, die die Sowjetischen Militärtribunale an sich ziehen, die Beobachtung der zivilen Sowjetbürger in der SBZ und die Beobachtung der politischen Parteien und der Strömungen in der Bevölkerung.
Dazu dient ein Netz von Agenten und Spitzeln. (Das Verhältnis zum praktisch untergeordneten Staatssicherheitsdienst der SBZ ist teils durch Zusammenarbeit, teils durch Überwachung bestimmt). Die sowjetischen Mitarbeiter des KGB sind ausgewählte linientreue Bolschewisten und sowjetische Nationalisten. Die Brutalität ihrer Vernehmungsmethoden ist bekannt.<<
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über das polizeiliche "Meldewesen" (x009/283-284): >>... Das polizeiliche Meldewesen wird zur besseren Überwachung der Bevölkerung besonders streng gehandhabt.
Die Möglichkeit, sich an 2 Orten anzumelden (2. Wohnsitz), besteht nicht. Jede - auch vorübergehende - Änderung des Wohnsitzes muß binnen 3 Tagen gemeldet und im Personalausweis eingetragen werden.
Neben der polizeilichen Meldung ist noch eine weitere Eintragung im Hausbuch notwendig. Dies gilt auch für vorübergehenden besuchsweisen Aufenthalt.<<
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Hausvertrauensleute" in der SBZ (x009/177): >>Durch die sowjetischen Militärbehörden unmittelbar nach der Kapitulation eingesetzte Vertreter von Hausgemeinschaften.
Sie waren für die vollständige Beteiligung der Hausbewohner an Aufräumungsarbeiten und Dienstleistungen für die Rote Armee verantwortlich. Später übernahmen sie die Verteilung der Lebensmittel und stellten die ersten politischen Zeugnisse für die Entnazifizierung aus.
Ihre Wahl durch die Hausbewohner und ihre Aufgaben wurden 1952 gesetzlich geregelt. Heute sind sie verpflichtet, alle Personen, die vorübergehend in ihrem Haus auf Besuch weilen, oder Hausbewohner, die auch nur kurzfristig verreisen, den örtlichen Polizeibehörden zur Registrierung zu melden, Versammlungen der Hausbewohner zu organisieren und unter Umständen dem SSD (Staatssicherheitsdienst) Auskünfte über politisch verdächtige oder geflüchtete Hausbewohner zu erteilen.
Von einer generellen Verpflichtung aller Hausvertrauensleute zur Spitzeltätigkeit für den SSD kann jedoch keine Rede sein.<<
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über das sogenannte "Hausbuch" in der SBZ (x009/176): >>An- und Abmeldung für Dauer- und Besuchsbewohner eines jeden Hauses in den Städten der SBZ, das vom Hausbesitzer oder Hausverwalter zu führen ist.
Dem zuständigen Polizeirevier sind die Eintragungen mitzuteilen. Soll angeblich nur allgemeines Meldewesen erleichtern, dient aber wesentlich der politischen Überwachung aller Reisenden und Umziehenden.<<
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Postzensur" in der SBZ (x009/333): >>Das im Art. 8 der Verfassung garantierte Postgeheimnis wird ständig gebrochen.
Vielen Hauptpostämtern sind Kontrollstellen des SSD koordiniert. Mindestens 50 solcher Briefkontrollstellen des SSD, früher "Auffangstelle für anti-demokratischen Schriftverkehr", heute "Dienststelle 12" genannt, bestehen, die vor allem die aus dem Westen kommende und nach dort gerichtete Post kontrollieren.
Der Telefon- und Telegrafenverkehr wird durch besondere Beauftragte der Post überwacht.

Diese haben den Auftrag, verdächtige Sendungen dem SSD zuzuleiten.
Die Paketkontrolle wird durch das Am für Zoll und Kontrolle des Warenverkehrs durchgeführt. ...<<

BRD: Konrad Adenauer schreibt am 8. Februar 1950 an den Vorsitzenden der Hohen Kommission der Alliierten in Deutschland, John McCloy (x095/102-103):

>>Lieber Herr McCloy!
Heute finde ich in deutschen Zeitungen die Mitteilung, daß ein amerikanischer Sprecher anscheinend gestern folgendes erklärt hat:
"Dr. Adenauer habe bisher sehr wenig für eine gute Zusammenarbeit zwischen seinen Regierungsstellen und der gesamten Presse getan und dürfe sich heute nicht über das Echo wundern."
Anscheinend hat derselbe Sprecher von mir auch behauptet, daß ich in Oberhausen von einer "konstanten Boshaftigkeit" der Auslandspresse gesprochen habe.
Ich gestatte mir, Ihnen mitzuteilen, daß ich niemals eine derartige und ähnliche Äußerung getan habe. Ich darf diese Gelegenheit benutzen, um Ihnen meine gestrigen mündlichen Darlegungen schriftlich zu wiederholen.
Jede öffentliche Kritik alliierter Stellen an der Bundesregierung sollte tunlichst vermieden werden, weil sie das Ansehen der Bundesregierung und der Bundesrepublik in der deutschen Öffentlichkeit sehr beeinträchtigt.
Durch solche Kritik nützt man nur denjenigen, die entweder sagen, die Bundesregierung stehe vollständig unter der Herrschaft der Alliierten – siehe die Ostzone – oder aber nationalistischen Elementen. ...<<

09.02.1950

DDR: Nach einer Resolution der Pressekonferenz des Parteivorstandes der SED vom 9. Februar 1950 wird die Parteipresse zum "operativen Organ der Parteileitung".

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die Parteipresse der SED (x009/322): >>Umfaßt das Zentralorgan der SED "Neues Deutschland" und 15 Organe der Bezirksleitungen der SED mit Lokalteilen für jeden Kreis. Zur Parteipresse der SED sind auch die Tageszeitungen "Tribüne" des FDGB und "Junge Welt" der FDJ zu zählen. Nach Lenins Worten "die schärfste Waffe unserer Partei" ...
Als "Presse neuen Typus" lehnt sie den "verfluchten Nur-Journalismus" (d.h. Berufsjournalismus) ab, will vielmehr "die werktätigen Massen erziehen, ihr politisches Bewußtsein heben, sowie zum revolutionären Handeln führen. Form und Inhalt der Parteipresse der SED sind ausschließlich nach diesen Gesichtspunkten gestaltet.
Alle Redaktionen haben die gleiche Struktur. Die wichtigen Ressorts sind Parteileben (d.h. Anleitung der Parteimitglieder) und Propaganda (Vermittlung der marxistisch-leninistischen "Wissenschaft"). Die redaktionelle Gestaltung richtet sich nach dem Zentralorgan "Neues Deutschland" und den Weisungen der Abteilung "Agitation und Propaganda" des ZK der SED. Jede Veröffentlichung in der Parteipresse der SED, gleichgültig, wer als Verfasser zeichnet, gilt als offizielle Verlautbarung. ...
Der Bezug der Parteipresse der SED ist für Parteimitglieder Pflicht; sie muß jedoch als amtliches Mitteilungsblatt und aus Mangel an anderen Zeitungen von weiten Kreisen der übrigen Bevölkerung ebenfalls bezogen werden. ... Den Klagen über die Eintönigkeit der Parteipresse der SED wird mit dem Hinweis begegnet: "Nichts ist interessanter, kühner, lebendiger, kritischer und schärfer als die konsequente Anwendung der marxistisch-leninistischen Publizistik" (Hermann Axen auf der Pressekonferenz des Parteivorstandes der SED am 9. und 10.2.1950). Das Vorbild der Parteipresse der SED ist die sowjetische Presse.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die Presse in der SBZ (x009/335-336): >>Die Presse ist im kommunistischen Bereich eines der wichtigsten

Mittel zur Massenbeeinflussung und zur Verbreitung der kommunistischen Ideologie. Die gesamte Presse, über die eine Postzeitungsliste herausgegeben wird, ist Lizenzpresse. ... Zeitungslizenzen erhalten ausschließlich die SED, die Massenorganisationen und die durch die Blockpolitik gleichgeschalteten Parteien. ...
Zentrale Lenkungsinstanz ist die Abteilung "Agitation und Propaganda" des ZK der SED, nachgeordnete Instanzen sind das Presseamt beim Ministerpräsidenten, die Presseabteilung der zentralen Leitungen der Blockparteien und der Massenorganisationen und die entsprechenden Instanzen in den Bezirken. Die Einheit der Nachrichtenpolitik wird durch den ADN gewährleistet. Von der in der Verfassung (Art. 9) proklamierten freien Meinungsäußerung kann keine Rede sein.
In der SBZ erscheinen 39 Tageszeitungen, davon 9 Tageszeitungen im Sowjetsektor Berlins. Die Höhe der Auflagen wird geheimgehalten. Die Gesamtauflage aller Zeitungen dürfte mehr als 4 Millionen Exemplare übersteigen. ... Bei den Auflagen der SED-Presse ist zu berücksichtigen, daß ganze Berufsstände zum Abonnieren von SED-Blättern verpflichtet sind und daß der Abonnentenkreis der "bürgerlichen" Presse durch Papierzuteilung begrenzt wird. ...
Inhaltlich unterscheiden sich die Zeitungen kaum. Der Nachrichtenteil unterliegt in gleicher Weise wie die redaktionellen Meinungsäußerungen der zentralen Lenkung. Auslandsmeldungen dürfen nur vom ADN übernommen werden. ...
Ebenso wie die Tagespresse sind die Wochen- und Monatszeitschriften der Massenorganisationen gelenkt. Sogar die Fach- und Sportpresse usw. besitzt einen umfangreichen politischen und ideologischen Teil.
Das Fehlen von objektiven Nachrichten und der eintönige Stil und Inhalt der sowjetzonalen Presse begründen ein starkes Bedürfnis nach westlicher Publizistik.
Die Verbreitung westlicher Presse wird als Hetze gegen die "sozialistische Ordnung" aufgefaßt und mit Zuchthausstrafen bedroht. ...<<

14.02.1950

BRD: Die Briten liefern am 14. Februar 1950 den ehemaligen ostpreußischen Gauleiter Koch an Polen aus.
Erich Koch (1896 in Elberfeld/Wuppertal geboren) wird erst im März 1959 zum Tod verurteilt. Diese Todesstrafe (wegen Massenmord an polnischen Zivilisten) wandelt man jedoch später in lebenslängliche Haft um, da Koch nachweislich geisteskrank ist und deshalb nach polnischem Strafrecht nicht hingerichtet werden darf. Koch stirbt wahrscheinlich im Jahre 1986 (x030/207).
"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über Erich Koch (x051/317-318):
>>Koch, Erich, geboren in Elberfeld (heute Wuppertal-Elberfeld) 19. 6.1896, deutscher Politiker; Bahnbeamter, Kriegsfreiwilliger, aktiv im Ruhrkampf, 1922 NSDAP-Beitritt, 1926 wegen republikfeindlicher Aktivitäten amtsenthoben, 1928 Gauleiter und 1933 Oberpräsident von Ostpreußen, 1930 MdR.
Koch galt selbst in Parteikreisen als äußerst unbeherrscht und brutal. Als er nach Kriegsausbruch Reichsverteidigungskommissar und 1942 Reichskommissar Ukraine wurde, entfaltete Koch ein Terrorregiment, das zuweilen sogar bei der SS auf Widerstand stieß und in der zunächst deutschlandfreundlichen Bevölkerung eine lawinenartig wachsende Partisanenbewegung provozierte. Koch betrieb eine Politik massiver Eindeutschung, ließ die Schulen schließen, da Bildung für Russen nicht erforderlich sei, ließ Zigtausende zur Zwangsarbeit ins Reich deportieren und war verantwortlich für zahllose Transporte von Juden in die Vernichtungslager.
1944 kehrte Koch nach Königsberg zurück, organisierte den Volkssturm gegen die Rote Armee, sorgte für den Abtransport des Bernstein-Zimmers und tauchte bei Kriegsende unter.
Erst Ende Mai 49 wurde er von britischer Militärpolizei ergriffen, am 14.2.50 an Polen ausge-

liefert und dort 1959 wegen Beihilfe zum Mord an mindestens 400.000 Polen (die Verbrechen in der Ukraine blieben unberücksichtigt) zum Tod verurteilt, aber wegen Unzurechnungsfähigkeit nicht hingerichtet. Er soll heute in einem Gefängnis in Bartchero (Polen) leben.<<

15.02.1950

DDR: Am 15. Februar 1950 treffen 2.200 deutsche Häftlinge aus dem sowjetischen Internierungslager Buchenwald in der sächsischen Strafanstalt Waldheim ein.

Ein Häftling berichtet später über die Ankunft im Zuchthaus Waldheim (x126/211): >>In verdrahteten Viehwagen unter schärfster Bewachung der Vopo (Volkspolizei), die mit Hunden, Pistolen, Karabinern, Maschinenpistolen und Scheinwerfern den Transportzug sicherte, trafen wir am 15. Februar 1950 nachts im Zuchthaus Waldheim ein.

Als wir durch das Tor schritten, stürzten sich aus dunklen Ecken und Mauernischen Vopos auf uns, schlugen uns die Kopfbedeckungen herunter, entrissen uns Koffer und Aktentaschen und trieben uns mit Schlägen und Fußtritten in die Zellen. ...<<

26.02.1950

Ostdeutschland: Transporte aus Ostpommern im Rahmen der Aktion "Link" – Erlebnisbericht des N. N. (x002/873): >> Der erste Transport mit 180 Personen ging am 26. Februar hier ab, wie es hieß, in die russische Zone.

Der Zug kam aus Stettin und bestand aus 40 Waggons. Darunter war ein Sanitätsabteil mit Ärzten und Pflegepersonal und ein Küchenwagen. Hier in Schlawe gab es gerade Mittagessen, es wurden gutgekochte Erbsen verteilt. In jedem Waggon waren 8 Betten, je 2 Betten standen übereinander. In jeden Waggon kamen 15 Personen. In Stolp wurden noch einmal Leute eingeladen, dann ging der Transport bis Gotenhafen. Dort wurde eine sehr oberflächliche Kontrolle durchgeführt. Es wurden z.T. nur Stichproben gemacht. ...

(Die Aktion "Link" war unter Vermittlung des Deutschen Roten Kreuzes zustandegekommen und sollte der Übersiedlung derjenigen Deutschen aus den polnisch verwalteten Gebieten dienen, deren Angehörige bereits in Deutschland waren.

Im Zuge dieser Aktion sind von Ende Februar 1950 bis Ende April 1951 44.000 Deutsche aus den polnisch verwalteten Gebieten nach der Bundesrepublik Deutschland transportiert worden, darunter 4.000 aus Pommern).<<

Februar 1950

DDR: Das sowjetische Internierungslager Bautzen (mit etwa 5.400 deutschen Häftlingen) wird im Februar 1950 von der Volkspolizei übernommen.

Im sowjetischen Internierungslager Bautzen wurden insgesamt ca. 30.000 deutsche Gefangene inhaftiert (durchschnittliche Belegung: 7.000 Häftlinge). Von Mai 1945 bis Februar 1950 kamen hier etwa 12.000 Häftlinge um (x126/182). Die Toten wurden größtenteils in der Nähe des Lagers und des Dorfes Niederkaina in Massengräbern bestattet. Mindestens 4.000 Inhaftierte verschleppte man zur Zwangsarbeit in die UdSSR.

Das sowjetische Internierungslager Buchenwald bei Weimar wird im Februar 1950 aufgelöst. Die restlichen 2.200 deutschen Häftlinge werden von den DDR-Behörden übernommen und in das Zuchthaus Waldheim transportiert.

Im sowjetische Internierungslager Buchenwald wurden insgesamt ca. 32.000 deutsche Frauen und Männer inhaftiert (durchschnittliche Belegung: 10.000-12.000 Häftlinge).

Von August 1945 bis Februar 1950 kamen hier mehr als 12.000 Häftlinge um (x126/172-173). Die Toten wurden größtenteils am Südhang des Ettersberges oder beim Dorf Hottelstedt in Massengräbern bestattet. Mindestens 2.100 Inhaftierte verschleppte man zur Zwangsarbeit in die UdSSR.

Die 20jährige Eva F. (ehemalige BDM-Jungmädelführerin) berichtet über ihre Internierung im sowjetischen Lager Sachsenhausen in der Stadt Oranienburg (x126/110): >>... Als im Februar 1950 das KZ Sachsenhausen aufgelöst wurde und wir der Volkspolizei der DDR übergeben

wurden, sagte mir ein russischer Posten: "Bei deinen Deutschen wirst auch du das Weinen lernen!" Der Junge war ein Prophet!<<
Eva F. wird schließlich im Januar 1954 freigelassen (x126/110).
BRD: Im Rahmen der Entnazifizierung bearbeiten die deutschen Spruchkammern bis Februar 1950 über 6 Millionen Fälle, die wie folgt eingestuft werden (x118/197): >>1.667 Hauptschuldige, 23.060 Belastete, 150.425 Minderbelastete, 1.005.854 Mitläufer, 1.213.873 Entlastete und 4.000.000 Fälle von Jugendamnestie.<<

04.03.1950

BRD: Walter Müller-Bringmann berichtet am 4. März 1950 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/106-110): >>4. März 1950. Die Menschlichkeit hat gestern wieder einmal an der Zonengrenze einen Sieg errungen. ...
Nach den zwischen Polen, der Tschechoslowakei und den westlichen Besatzungsmächten getroffenen Vereinbarungen sollen zunächst weitere 45.000 Deutsche, die noch in diesen Ländern wohnen und Angehörige in Westdeutschland haben, nach hier umgesiedelt werden. Gestern traf der erste Transport Männer, Frauen und Kinder auf dem noch im sowjetischen Besatzungsgebiet liegenden Bahnhof Arenshausen ein. ... Aber der britische Hohe Kommissar, General Robertson, wollte plötzlich nicht mehr.
... Die Engländer und Amerikaner wollen damit verhindern, daß Menschen in ihre Gebiete abgeschoben werden, die man in den bisherigen Ländern offenbar nicht "gebrauchen kann". Außerdem soll diese Umsiedlungsaktion, so heißt es in den Kommentaren der Alliierten, nicht dazu benutzt werden, um alle Deutschen ostwärts der Oder-Neiße-Linie auszuweisen. Sondern man will nur diejenigen Deutschen im Westen aufnehmen, die Verwandte hier haben und für die auch ein Unterkommen garantiert ist. ...
Währenddessen warteten auf dem Bahnhof Arenshausen, nur wenige Kilometer von Friedland entfernt, aber durch 2 Schlagbäume mitten in Deutschland schlimmer als durch eine internationale Grenze getrennt, die vielen, von der langen Fahrt übermüdeten Menschen, froren, bangten, hofften. Wird man uns aufnehmen? Dürfen wir in den Westen? Geben die Briten nach? Oder müssen wir wieder zurück? ...
Auf der westlichen Seite wurde weiter beratschlagt. Der niedersächsische Flüchtlingsminister, Pastor Albertz, fuhr an die Grenze, verhandelte am Schlagbaum mit den britischen Offizieren, versuchte sie umzustimmen, appellierte an die Vernunft und die Menschlichkeit. Er erklärte, daß es keinem Deutschen verwehrt werden könne, nach Deutschland zu wollen. ...
Seit dem frühen Morgen warteten Friedländer Omnibusse darauf, endlich nach Arenshausen fahren zu können. Jetzt fuhren sie einfach los. Entgegen der Anweisung. Ohne Befehl. Und dann kamen sie wieder zurück. Mit den ersten Umsiedlern. ...
Die da ankamen, zu Fuß das Niemandsland zwischen den Schlagbäumen durchschreiten mußten, während die Omnibusse das umfangreiche Gepäck brachten, waren Deutsche. ...
Aber sie hatten seit langer Zeit "offiziell" nicht mehr in ihrer Muttersprache gesprochen. Es kamen Kinder an der Hand der Eltern, die nicht ein Wort deutsch verstanden und von der Heilsarmee verschenkte Apfelsinen für "schöne bunte Kartoffeln" hielten. Die Mütter mußten übersetzen. Es war erschütternd ...
Wie eng waren Glück und Schmerz gestern beisammen. Einer der Männer des Transportes hatte seit mehr als 4 Jahren zum letzten Mal etwas von seinen Angehörigen vernommen. Kaum einige Stunden im Lager, hielt er vor Rührung weinend die genauen Adressen in Händen ... Nicht mehr lange, dann war er wieder bei der Familie.
Zu sehr gefreut hatte sich der alte Herr, der kurze Zeit nach dem Überschreiten der Zonengrenze tot zusammenbrach. Die Aufregungen der letzten Wochen waren zu viel für ihn. Vergebens wird irgendwo im Westen jemand warten. Dieser alte Mann hat ausgelitten. Für die letzte Ruhestätte braucht niemand eine Einreisegenehmigung. Der Flüchtlingsfriedhof beim

Lager Friedland wird ihn aufnehmen.
Nach einer Mitteilung der Lagerleitung sind diesem ersten Transport aus Polen auffällig viele alte und alleinstehende Leute angegliedert worden. Facharbeiter hält man gern zurück. ...
... 35 % der Kinder leiden an schweren Mangelschäden, mindestens 5 % an schwerer Dystrophie. Bei 58 Männern und Frauen wurden Herz- und Lungenerkrankungen festgestellt. ...
Im übrigen wurden sämtliche Umsiedler in "Fälle" aufgeteilt. ... "A-Fälle" sind solche Leute, die beim Ehepartner oder Verwandten gerader Linie Aufnahme und Unterkunft finden können. Zu "B-Fällen" werden Umsiedler gezählt, die bei Verwandten einen Unterschlupf erhalten. Schlechter sind die "C-Fälle" dran. Sie haben niemanden hier in den Westzonen oder wissen nicht, wo ihre Verwandten oder Familien leben. Diese Umsiedler müssen "irgendwo eingewiesen werden".
Wie man hört, werden Hamburg und Schleswig-Holstein keine B- und C-Fälle aufnehmen. Denn alle westdeutschen Bundesländer haben Vertreter nach Friedland geschickt, die die Umsiedler "übernehmen" sollen. ...<<

10.03.1950

DDR: Das letzte sowjetische Internierungslager, das Lager Sachsenhausen in der Stadt Oranienburg, wird am 10. März 1950 aufgelöst. Rd. 5.700 deutsche Häftlinge transportiert man in die Zuchthäuser Hoheneck-Stollberg, Torgau und Waldheim.
Im sowjetischen Internierungslager Sachsenhausen wurden insgesamt ca. 50.000 deutsche Frauen und Männer inhaftiert (durchschnittliche Belegung: 12.000-16.000 Häftlinge).
Von August 1945 bis März 1950 starben hier etwa 15.000-20.000 Häftlinge (x126/91). Die Toten wurden größtenteils in der Nähe von Schmachtenhagen in Massengräbern bestattet. Etwa 5.000-7.000 Inhaftierte verschleppte man zur Zwangsarbeit in die UdSSR.

12.03.1950

Ostdeutschland: Transporte aus Ostpommern im Rahmen der Aktion "Link" – Erlebnisbericht des N. N. (x002/873-874): >>Jetzt, am 12. März, geht der erste Transport in die englische Zone. Aus Schlawe sind 171 Personen in der Liste verzeichnet. Aus dem Spital kommen 7 Personen mit. Die übrigen Personen sind von den russischen und polnischen Gütern. Aber nun kam der Knalleffekt, denn die Russen ließen einige Leute nicht ausreisen, obwohl sie von ihren Angehörigen aus dem Reich über das DRK angefordert wurden.
Beim letzten Transport waren einige deutsche Familien ... heimlich bei Nacht aus den russischen Kolchosen (ins polnische Lager) geflohen. Der Russe durfte sie zwar nicht aus dem Lager holen, aber die polnischen Behörden konnten diese geflohenen Deutschen aus den russischen Kolchosen nur mitnehmen, wenn sie einen Entlassungsschein des russischen Kommandanten hatten. Die Russen stellten ihnen natürlich keine Entlassungsscheine aus. ...
Die polnischen Verwalter der Güter handelten ebenfalls oft nach diesem russischen Muster. In Natzlaff war die Verwaltung für 18 Güter. Der polnische Direktor dieser Güter ließ fast keine Leute ausreisen. Er ließ nur eine einzige Familie gehen, ... weil sie nur eine Arbeitskraft stellte, eine 50jährige Frau.
Eine andere Familie aus Natzlaff mit 6 schulpflichtigen Kindern und eine Familie aus Datzow wurden nicht mitgelassen. ... Höchstens die Hälfte der 170 Personen, die für den Transport vorgesehen waren, kamen mit. In dieser Liste waren außerdem inzwischen Verstorbene und eine ganze Reihe von Personen aufgeführt, die längst im Reich waren.
... Es sollten bald große Transporte gehen, mit denen man die alten und nicht arbeitsfähigen Leute abtransportieren wollte. Die jungen und arbeitsfähigen Leute wurden nicht fortgelassen. ... So trieben sie Schindluder mit uns.
(In der Tat ergab sich bei der Ankunft der Transporte in der Bundesrepublik, daß es sich bei 25 % der im Rahmen der Aktion "Link" nach Deutschland Gekommenen um Personen handelte, die zum Zweck der Familienzusammenführung über das DRK angefordert waren. Die

anderen waren meist Kranke und nicht arbeitsfähige Deutsche, auf deren Verbleiben in Polen von sowjetischer und polnischer Seite kein Wert gelegt wurde.
Diese Nichteinhaltung der britisch-polnischen Abmachungen führte im Frühjahr zu einer Weigerung der britischen Besatzungsbehörden in Deutschland, weitere Transporte in das Gebiet der Bundesrepublik hereinzulassen. Auf Intervention deutscher Stellen wurde jedoch bald erreicht, daß sämtliche Ankömmlinge aus den polnisch verwalteten Gebieten in der Bundesrepublik Aufnahme fanden).<<

20.03.1950

Ostdeutschland: Kreis Sensburg in Ostpreußen – Erlebnisbericht des M. E. (x002/887-889):
>>Als vor mehr als einem Jahr die ... polnische Februarfolter 1949 gegen uns einsetzte, der wir uns nach 3 Wochen Gegenwehr doch beugen mußten, erklärte man uns und unseren Angehörigen in Deutschland viele Dutzend Male: "Nein, nein, diese Unterschriften gelten nicht, um nun im Frühjahr dieses Jahres von deutscher Seite zu erklären, die Frage der Zwangsoptierten steht noch offen. –
Wir sind nicht schlichtweg Zwangsoptierte, sondern nach internationaler Festlegung Folterer-preßte. ...
Wir erklären hier zum wiederholten Male, was wir in früheren Anträgen ausführlich darlegten, daß wir nicht aus eigenem Wollen oder Verschulden in Polen geblieben sind, sondern daß wir von allen Stellen mit Versprechungen und Vertröstungen hingehalten und von allen Stellen nicht nach Deutschland gelassen wurden.
Was wir bei unserer Lage zu den Zukunftsvorhersagen empfinden müssen, brauchen wir wohl nicht näher darzulegen. Es ist uns in all diesen Jahren überhaupt nichts erspart geblieben, alles, was hier überhaupt durchzustehen war, haben wir tragen müssen, aber all das ist nichts gegen diese Grausamkeit, die man uns nun unter Mitwissen und Mithilfe von deutschen Stellen antun will. Haben wir darum jahrelang als Deutsche für Deutschland so unsäglich gelitten, um nun von Deutschland den Eselstritt zu erhalten? Wenn jemand ein moralisches Recht auf Umsiedlung nach Deutschland hat, dann glauben wir, es zu besitzen.
Wir erklären, daß wir bis zum heutigen Tage dem polnischen Staat nicht zu der geringsten Kleinigkeit verpflichtet sind, daß wir mit dem polnischen Staat nicht die geringste Bindung eingegangen sind, daß wir vom polnischen Staat nicht die geringste Kleinigkeit annahmen, erhielten oder verlangten. Wir haben lediglich jahrelang in vielen, vielen schriftlichen und mündlichen Gesuchen um unsere Umsiedlung gebeten, die uns sehr, sehr oft zugesichert wurde, die bis heute aber nicht ... erfolgte.
Wir gehören zu jener deutschen Volksgruppe im Süden Ostpreußens, der die Kreise Sensburg, Ortelsburg und Johannisburg umfaßt, die sich der ... polnischen Februarfolter 1949 beugen mußte. Die Tatsachen dieser Aktion, die nur in der Inquisition und den Hexenprozessen des finsteren Mittelalters ihre Parallele hat, sind in Deutschland sehr gut bekannt. Wir haben uns mehrfach beschwerdeführend an das polnische Außenministerium sowie an alle untergeordneten polnischen Dienststellen gewandt, außerdem an das Internationale Rote Kreuz in Warschau, Genf, in Deutschland und Schweden. Alles erfolglos.
Sollen wir denn glauben, was man uns immer wieder andeutete, daß man uns für Geld verkauft hat, wie man Vieh verkauft? Warum beachtet man unsere Bitten all die Jahre nicht? Wir wissen nach all den vielen Anfragen, Bitten und Gesuchen immer noch nicht, was wir eigentlich sind. Sind wir einer unter der Hand verkauften Menschengruppe angehörig? Sind wir als lebendes Inventar Deutschlands Reparationsmaterial geworden? Sind wir Demontage-Deutsche wie die Fabriken? Sind wir Verbannte? Sind wir Gefangene? Oder sind wir alles zusammen?
Polen können wir beim besten Willen nicht werden, weil wir nach (unserer) Abstammung auch nicht die geringste Beziehung zu dem Slawentum haben. Warum will man uns unter al-

len Umständen gegen unseren Willen auch von deutscher Seite ... den Polen überantworten? Haben wir darum all die Jahre so unendlich als Deutsche gelitten, um nun den Polen verkauft zu werden?
Wir hätten uns darum jahrelang nicht so quälen brauchen, es wäre ja viel einfacher gewesen. Aber es ist entsetzlich, von denen so lange hingehalten und vertröstet zu werden, um derentwegen man so litt und die uns das antun wollen, als Eselstritt, weil wir in der allertiefsten Zeit an Deutschland glaubten und bis zum heutigen Tage Deutschland die Treue hielten.
Wir wissen, daß es auch noch in diesem Deutschland Männer gibt, die sich um unsere Umsiedlung nach Deutschland ernstlich mühen, daß es auch andere gibt, beweist die Tatsache, daß man uns den Polen überantworten will (Regierungserklärung des Ministerpräsidenten der DDR vom 12. Oktober 1949 und andere Stellungnahmen der SED-Regierung).
Kann es etwas Furchtbareres geben, als sich sagen zu müssen, daß wir nach Anschein der Dinge in diesen Jahren als Narren gekämpft haben und darum gestorben sind, weil man die Angehörigen um ihre Treue zu Deutschland zu Narren gemacht hat? Kann es noch etwas Furchtbareres geben, als diesen Gedanken zu Ende zu denken? –
Wir haben das Schwerste in all diesen Jahren nur ertragen können, weil wir an Deutschland glauben konnten, weil wir die Hoffnung hatten, einmal kommen wir nach Deutschland, vielleicht nächste Woche, nächsten Monat, im Frühjahr, im Sommer, im Herbst, nächstes Jahr! Nun sind Glaube und Hoffnung zuschanden, weil jene Recht behalten haben, die das voraussagten, was wir fürchteten, und die uns für die Zukunft nur die Überantwortung an Polen prophezeien. ...<<

22.03.1950

DDR: Die politischen Häftlinge des gefürchteten Internierungslagers Bautzen protestieren am 22. März 1950 in einem Brief gegen die unmenschlichen Haftbedingungen im sog. "gelben Elend".
Entlassene Häftlinge des Internierungslagers Bautzen schmuggeln damals folgenden Brief in die Bundesrepublik Deutschland (x126/197-202): >>Liebe Freunde!
Nachdem alle Protestschritte der Insassen des Lagers Bautzen keine Besserung der Verhältnisse bewirkt haben, richten wir diesen Notschrei und Hilferuf an die Weltöffentlichkeit.
Wir, das sind mehr als 6.000 Häftlinge, davon 1.000 Tbc-Kranke wenden uns an Euch und bitten, unseren Brief der Öffentlichkeit bekanntzugeben. Diese 6.000 Menschen vegetieren unter unmenschlichen Verhältnissen und warten auf den Tod.
... Bei Übergabe des Straflagers von der sowjetischen an die deutsche Verwaltung betrug die Belegschaftsstärke der acht Säle ... durchschnittlich 400 Mann. Diese Überbelegung der Säle, wobei jedem Insassen eine Schulterbreite von ca. 34 cm als Schlaffläche auf den Holzpritschen zugebilligt wurde, hat infolge der immer schlechter werdenden Ernährung zu einer Erhöhung der Tbc-Krankenziffer um 15 % geführt.
Der schon ohnehin geschwächte Körper ist, nachdem die Verpflegung unter deutscher Regie noch einmal wesentlich schlechter wurde, dem Verfall völlig preisgegeben. ... Der Häftling hat in den hiesigen Massenunterkünften bei diesen Hungersätzen keine Aussicht auf Erhaltung der Gesundheit und des Lebens. Die Tbc-Krankenziffern steigen täglich. ... Die Ansteckungsgefahr ist gewaltig. Die morgendliche und abendliche Zählung wird in Kehrtstellung, mit dem Rücken zum Zählenden vorgenommen, denn selbst die Aufsichten fürchten sich vor Ansteckung. Selbst die geringe Tbc-Zusatzverpflegung, die die Sowjets in den Konzentrationslagern in Einzelfällen gewährten, wurde hier gestrichen. ...
In der Landesstrafanstalt Bautzen, in der normalerweise ca. 1.200 Häftlinge untergebracht waren, sind zur Zeit über 6.000 Menschen zusammengepfercht, die unschuldig unter Vorgabe unsinniger Gründe und Verdächtigungen durch sowjetische Militärtribunale zu durchschnittlich 25 Jahren Zwangsarbeit verurteilt wurden.

Alle wurden verhaftet oder entführt und sind, ohne daß die Angehörigen etwas über ihren Verbleib erfuhren, von einem Tribunal ohne Verteidiger, Staatsanwalt und ohne Zeugen, unter Hinzuziehung eines Dolmetschers, der kaum deutsch sprach, entgegen jeder Rechtsauffassung verurteilt worden.
Wir sind heute noch zu 350 und 400 Häftlingen in Sälen von 33 x 12 Metern untergebracht, deren vergitterte Fenster bis oben hin mit Blechblenden verschlossen sind. Als Waschschüsseln dienen alte Brotkästen. Seife gab es seit 3 Monaten keine. Die Fingernägel müssen wir abbeißen oder an zersprungenen Fensterscheiben abschleifen. Für die Zehennägel steht (für alle) eine alte Kneifzange zur Verfügung. 3 Toiletten, die oft ohne Wasserzuführung sind, kein Toilettenpapier, keine Zahnbürste, kein Fieberthermometer im Saal. Wenig, fast gar keine Medikamente in einer offenen Pappschachtel. Bei greller Beleuchtung harren wir von Tag zu Tag auf eine Erlösung.
Die Kleidung zerfällt am Leibe. Nadeln, Faden, Flicklappen und Stopfzeug sind verboten. Die Ergänzung der unbrauchbaren Wäsche ist völlig ungenügend. Selbst die Zustellung von Ostzonenzeitungen, die zur politischen Umerziehung der Häftlinge geliefert wurden, ist seit dem 1. März 1950 unterblieben, von Papier, Bleistift oder Büchern ganz zu schweigen.
Die Jugendlichen, die zum Teil mit 14 Jahren eingekerkert wurden, sind körperlich zurückgeblieben und geistig und moralisch verkommen. Sie haben keine Möglichkeit der Weiterbildung und sind mit ihrem unterernährten Körper den Seuchen und Krankheiten besonders ausgesetzt.
Die Verbindung mit den Angehörigen ist nicht mehr möglich. Am 12. Dezember 1949 ging die letzte Post von hier ab, nachdem seit Mai 1949 ein paar Briefe an die Angehörigen geschrieben werden durften.
Die Wachtürme – neben der ca. 5 Meter hohen Mauer und dem vierfachen Stacheldraht, der elektrisch geladen ist, sind jetzt mit deutschen Volkspolizisten besetzt, die mit den Karabinern Anschlagübungen auf die Häftlinge vornehmen. Der tägliche Spaziergang von 30 Minuten muß in völligem Schweigen durchgeführt werden, zu je 8 Mann eingehakt, in genau angemessenen Entfernungen. Ein großer Teil der Insassen besitzt nur noch Reste von Schuhen und kann deshalb den Raum überhaupt nicht mehr verlassen.
Das Essen muß mit uralten, z.T. durchlöcherten, übelriechenden Holzbottichen aus der Küche geholt werden und wird aus den verschiedenen Schüsseln mit rohen Holzlöffeln eingenommen. Das Brot wird mit Holzmessern zerkleinert.
Als Liegestätten gibt es Reihenholzpritschen in unzureichender Anzahl. Die uralten dreckigen Strohsäcke sind nur noch mit Strohmehl gefüllt. Die Pritschen sind mit Ungeziefer, Wanzen und Flöhen verseucht. Eine Ungezieferbekämpfung gibt es nur dem Namen nach.
... Das Rote Kreuz und andere internationale Organisationen, die das Streben nach Menschlichkeit als ihr oberstes Ziel ansehen, sollen Zutritt zu diesem Elendslager fordern. ...
In unserer heutige Zeit, die mindestens dieselbe ist, wie sie seit 5 Jahren in den Konzentrationslagern der sowjetischen Besatzungszone bestand, wenden wir uns an die westdeutsche Öffentlichkeit und das Weltgewissen.
Wir bitten alle Zeitungen und Rundfunkstationen, die Öffentlichkeit auszuklären und uns in die Erinnerung aller freien Menschen zurückzurufen. Wir richten diesen Appell an die Menschlichkeit all derer, die sich dem unmenschlichen Regime, das hier am Tode und der Verzweiflung Tausender schuldig ist, nicht beugen wollen. Wir rufen die Menschen des Westens auf, denen zu helfen, die unschuldig in die Maschen der kommunistischen Terrorjustiz geraten sind.
WIR RUFEN DEN WESTEN! ...
DRINGENDE HILFE TUT NOT! Wenn nicht schnellstens geholfen wird, gehen wir alle zugrunde. 16.000-18.000 hat diese gelbe Elendslager bis heute an Todesopfern gekostet. Täg-

lich kommen neue Opfer hinzu.
Wir rufen das Internationale Rote Kreuz und alle anderen internationalen Hilfsorganisationen!
Wir rufen alle Vereinigungen, Verbände, Gruppen, Parteien!
Wir rufen die kirchlichen und karitativen Verbände!
Wir wenden uns an alle freien und hilfsbereiten Menschen!
Helft uns!
Noch sind Tausende von unschuldigen Menschen zu retten.
Wir hoffen auf Euch! ...<<

24.03.1950

Ostdeutschland: Kreis Kolmar, Reichsgau Wartheland – Erlebnisbericht der Bäuerin M. R. (x002/555): >>Ich schrieb meiner Tante, die auch aus dem Kreis Kolmar stammte und als Flüchtling in Delmenhorst war, daß sie einen Antrag nach Warschau senden sollte. Mit aller Mühe bekam sie die nötigen Unterlagen und schickte den Ausreiseantrag am 24. März ab.
Am 9. Mai erhielten wir die Nachricht aus Warschau, daß man unsere Ausreise nach Deutschland genehmigt hätte. Mit großer Freude, endlich von dem Joch erlöst zu werden, packten wir unsere Habseligkeiten und fuhren am 25. Mai ab.
Am 7. Juni 1950 kamen wir auf dem Delmenhorster Bahnhof an.<<

25.03.1950

Ungarn: Der Ministerrat der Volksrepublik Ungarn beschließt am 25. März 1950 eine Verordnung betreffend die Aufhebung der Anwendung der im Zusammenhang mit der Umsiedlung der deutschen Bevölkerung Ungarns erlassenen Einschränkungsverfügungen (x008/-105E-106E): >>**Die Wiederherstellung der Gleichberechtigung der in Ungarn verbliebenen Volksdeutschen.**
Verordnung Nr. 84/1950 (III. 25.) M. T. des Ministerrates der Volksrepublik Ungarn, betreffend die Aufhebung der Anwendung der im Zusammenhang mit der Umsiedlung der deutschen Bevölkerung Ungarns erlassenen Einschränkungsverfügungen.
(Verwaltungsordnungsnummer: 5.122., 5.530. und 8120.)
§ l
1) Mit Inkrafttreten dieser Verordnung finden die im Zusammenhang mit der Umsiedlung der deutschen Bevölkerung Ungarns erlassenen Einschränkungsverfügungen keine Anwendung mehr.
2) Die im Sinne der im Absatz (1) erwähnten Verfügungen, bereits vor Inkrafttreten dieser Verordnung durchgeführten behördlichen Maßnahmen bleiben in Kraft, und aus ihnen können weder Schadensersatz- oder sonstige Ansprüche hergeleitet werden.
3) Strafrechtliche oder Verwaltungsverfahren, die wegen eines Verstoßes gegen die in Absatz (1) erwähnten Verfügungen vor dem Inkrafttreten dieser Verordnung eingeleitet wurden, sind ebenso wie die in ihrem Verlauf bereits ergangenen Beschlüsse oder getroffenen Maßnahmen nicht länger durchführbar.
§ 2
Der betroffenen Person ist gemäß § l Absatz (1) ein sich in ihrem tatsächlichen Besitz befindliches Grundstück, das nicht größer als zehn Katastraljoch ist, zu belassen.
§ 3
1) Alle Personen, die unter die Bestimmungen der Umsiedlungsverfügungen fallen, ohne umgesiedelt worden zu sein, ebenso wie diejenigen, die zwar umgesiedelt worden sind, die sich aber im Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Verordnung in Ungarn aufhalten und gemäß der einschlägigen Verfügungen ihrer Meldepflicht entsprochen haben, sind ungarische Staatsangehörige und mit den übrigen in jeder Hinsicht gleichberechtigte Bürger der ungarischen Volksrepublik.
2) Denjenigen Personen, die unter die Bestimmungen der Umsiedlungsverfügungen fallen,

ohne daß auf sie die in Absatz (1) festgelegten Voraussetzungen zutreffen, kann der Innenminister in schutzwürdigen Fällen die ungarische Staatsangehörigkeit verleihen, wenn sie sich als hierfür würdig erweisen. Entsprechende Anträge sind innerhalb von 6 Monaten nach Inkrafttreten dieser Verordnung über den ersten Beamten eines kommunalen Selbstverwaltungsverbandes bzw. über eine ungarische Auslandsvertretung einzureichen.
Doby István m. p., der Vorsitzende des Ministerrates.
Übersetzt aus "Magyar Közlöny" Nr. 52 vom 25. März 1950, S. 402 ff.<<
Die Aussiedlung der Volksdeutschen wird damit offiziell eingestellt, denn sie werden wieder zu ungarischen Staatsbürgern erklärt. Diese Gleichstellung wirkt sich für die Deutschen jedoch verhängnisvoll aus, weil sie als ungarische Staatsangehörige keine Ausreisegenehmigung erhalten. Da jetzt weder eine Aus- noch Einreise möglich ist, gibt es zunächst keinen Weg mehr, um auseinandergerissene Familien wieder zusammenzuführen (x008/69E-70E).

31.03.1950

DDR: Im gefürchteten DDR-Zuchthaus Bautzen ("dem sog. gelben Elend") protestieren am 31. März 1950 mehrere tausend politische Häftlinge gegen die unmenschlichen Haftbedingungen (x126/197): >>Wir haben Hunger! ... Freiheit! ... Wir rufen das Rote Kreuz! ...<<
Nach Abbruch der Protestaktion stürmen DDR-Polizeieinheiten das Zuchthaus, um die Häftlinge mit Gummi- und Holzknüppeln zu bestrafen.

März 1950

Polen, Ostdeutschland: Im Rahmen der sog. "Aktion Link" werden von März 1950 bis Ende 1951 fast 44.000 Deutsche aus getrennten Familien zusammengeführt und nach Westdeutschland geholt (x001/154E).
Die polnischen Behörden halten sich allerdings nicht an die Vereinbarungen. Meistens werden nicht die angeforderten Personen auswiesen, sondern oft handelt es sich um Kranke, Alte oder aus anderen Gründen arbeitsunfähige Deutsche (x001/155E).
Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtet im Jahre 1954 über das Schicksal der zurückgebliebenen Deutschen in Polen und in den polnisch verwalteten Gebieten östlich der Oder-Neiße-Linie (x001/154E-157E): >>... Infolge des Abstoppens der Ausweisungen kam es zu zahlreichen gewaltsamen Trennungen von Familienangehörigen. Frauen blieben in Polen oder Ostdeutschland zurück, deren Männer bei ihrer Rückkehr aus der Kriegsgefangenschaft nach Mittel- oder Westdeutschland gekommen waren, und zahlreiche Deutsche, selbst Kinder, wurden nun als wichtige Arbeitskräfte in Polen und den polnisch verwalteten deutschen Ostgebieten festgehalten, obwohl ihre engsten Angehörigen schon lange ausgewiesen waren.
Um diesen Zustand zu beheben, haben britische Behörden unter Mitwirkung des Deutschen Roten Kreuzes die sog. "Aktion Link" in die Wege geleitet mit dem Ziele, die getrennten Familien zusammenzuführen. Im Rahmen dieser Aktion, die von März 1950 bis Ende 1951 andauerte, sind noch einmal fast 44.000 Deutsche über die Oder-Neiße-Linie nach Westdeutschland gekommen. Allerdings haben die polnischen Behörden auch hier nicht die Vereinbarung eingehalten, indem sie meist nicht die angeforderten von ihren Angehörigen in Westdeutschland getrennten Personen auswiesen, sondern in der Mehrzahl Kranke, Alte oder aus anderen Gründen arbeitsunfähige Deutsche, auf deren Verbleiben in den polnisch verwalteten Ostgebieten sie wenig Wert legten.
Seit dem Ende der Aktion Link sind nach Westdeutschland und offenbar auch nach der sowjetischen Besatzungszone nur noch ganz vereinzelt Deutsche über die Oder-Neiße-Linie nach Westen gekommen. ...
Nachdem 1950/51 mit den letzten größeren Ausweisungstransporten aus Polen und den polnisch verwalteten Gebieten die Ausweisung der Deutschen zum Stillstand gekommen war und Hunderttausende von Deutschen schon vorher infolge der katastrophalen Lebensverhältnisse,

unter denen sie besonders in den Jahren 1945 und 1946 zu leben hatten, zugrunde gegangen waren, blieb von der Bevölkerung deutscher Staatsangehörigkeit, die bei Kriegsende in den Reichsgebieten östlich der Oder-Neiße gelebt hatte, und von den Deutschen, die ehemals in Danzig und in Polen ansässig gewesen waren, noch insgesamt etwa eine Million zurück.
Gegenüber diesen Menschen, von denen ein kleiner Teil auf Grund der Zugehörigkeit zum polnischen Volkstum oder zur polnischen Sprachgemeinschaft freiwillig die polnische Staatsbürgerschaft angenommen hatte, wurde nun nach Abschluß der Ausweisung in erhöhtem Maße die Politik der Zwangsoptionen aufgenommen, durch die die noch im Lande befindlichen Deutschen dem polnischen Staat eingegliedert werden sollten.
Noch im Dekret der polnischen Regierung vom 28. April 1946 war daran festgehalten worden, daß die polnischen Bürgerrechte nur denjenigen Personen ehemaliger deutscher Staatsangehörigkeit zustanden, deren polnische Volkszugehörigkeit nachgewiesen werden konnte und die gegenüber dem polnischen Volk und Staat eine "Treueerklärung" geleistet hatten.
Da sich nur sehr wenige von den damals noch im Lande befindlichen Personen deutscher Staatsangehörigkeit als Polen fühlten und von der Möglichkeit, die polnische Staatsbürgerschaft zu erlangen, Gebrauch machten, haben die polnischen Behörden vielerorts versucht, allen denen die polnische Staatsbürgerschaft aufzuzwingen, die sie auf Grund irgendwelcher äußerst fragwürdiger Voraussetzungen, etwa weil sie polnisch klingende Namen besaßen oder weil sie polnische Sprachkenntnisse hatten, als autochthone Polen reklamieren zu können glaubten. –
Später wurden diese verzweifelten Versuche, einen beachtlichen Teil der noch in ihrer Heimat lebenden Deutschen als Polen zu deklarieren, jedoch fallen gelassen. Durch das Dekret vom 8. Januar 1951 wurde verordnet, daß allen Personen ehemals deutscher Staatsangehörigkeit, die sich noch in Ostdeutschland befinden, gleich ob sie deutscher oder polnischer Volkszugehörigkeit sind, ob sie polnisch oder deutsch sprechen, die polnische Staatsbürgerschaft zusteht.
Auf Grund dieser Bestimmung erhöhte sich überall in den polnisch verwalteten Gebieten Ostdeutschlands der auf die Deutschen ausgeübte Druck, für Polen zu optieren. Wie viele Deutsche diesem Druck inzwischen nachgegeben haben ist gegenwärtig kaum feststellbar.
Sicher ist jedoch, daß sehr viele von ihnen noch heute eine Annahme der polnischen Staatsbürgerschaft verweigern, weil sie fürchten müssen, damit endgültig die Aussicht auf ein Entrinnen aus einem ideologisch und national fremden Staatsgebilde und ihren Anspruch auf eine Zusammenführung mit ihren in Mittel- oder Westdeutschland lebenden Angehörigen zu verlieren. Vom Roten Kreuz allein wurden bisher insgesamt 204.000 Deutsche aus Polen und den polnisch verwalteten deutschen Ostgebieten registriert, die ihre Überführung nach Deutschland beantragt haben.
Eine solche Entwicklung konnte von der polnischen Regierung auch dadurch nicht aufgehalten werden, daß sie die Diskriminierungen der Deutschen aufhob und zuließ, daß heute in manchen Gegenden und Orten Schlesiens und Pommerns wieder regelmäßige deutsche Gottesdienste abgehalten werden und deutsche Schulen wiedererrichtet sind, was zweifellos darauf hinzielte, die Deutschen zum Bleiben und zur Annahme der polnischen Staatsbürgerschaft zu bewegen.
Aus alledem wird deutlich, wie sehr sich die Situation gegenüber 1945 in ihr Gegenteil verkehrt hat. Waren die Polen damals an einer möglichst schleunigen Vertreibung interessiert, so sehen sie sich heute dazu gezwungen, entweder durch Drohungen oder durch Entgegenkommen die Deutschen als Staatsbürger zu gewinnen.
Indem die Leiter des polnischen Staates durch ihre Maßnahmen zu erkennen geben, daß sie die radikale Vertreibungspolitik - aus welchen Gründen auch immer - selbst nicht mehr gutheißen, wird in sehr eindringlicher Weise deutlich, daß die Vertreibung der ostdeutschen Bevölkerung in jeder Hinsicht eine politische Fehlentscheidung war. Sie brachte unsägliches

Leid und erschreckend hohe Menschenverluste über ein Volk, belastete eine ganze Nation, ja, ganz Europa und die westliche Welt mit dem schier unlösbarem Problem der Vertriebenen und schadete im letzten Grunde auch dem polnischen Volk mehr, als es ihm nutzte.
Die Vertreibung hat damit längst aufgehört, ein internes deutsches Problem zu sein; sie ist zu einer Frage geworden, die die politische und soziale Ordnung und Sicherheit der ganzen westlichen Welt gefährdet. ...<<
Wlodzimierz Borodziej (Prof. für Zeitgeschichte an der Universität Warschau und polnischer Co-Vorsitzender der deutsch-polnischen Schulbuchkommission) schreibt später über die Umsiedlung der Deutschen aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße-Linie (x294/103): >>... Nach 1951 handelte es sich um noch kleinere Gruppen, die im Rahmen der Familienzusammenführung nach Deutschland ausreisten; die Umsiedlung wurde jetzt von dem staatlichen Touristikunternehmen "Orbis" durchgeführt. Die Ausreise über die im Stalinismus dicht geschlossene Grenze war zu einem Privileg geworden und sollte es im Wesentlichen bis in die späten achtziger Jahre hinein bleiben. ...<<